Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1972

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 21.11.2022

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

Herausgegeben von der Zentrale der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale)

Jahrgang 9 / 1926

Vereinigung Internationaler. Verlags-Anstalten G. m. b. H.

Berlin SW 61

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 1. Januar 1926 * Heft 1

Die Machtfrage.

***** Berlin, 28. Dezember 1925.

Regierungskrisen sind in Deutschland fast zum Normalzustand geworden. Keine dieser Krisen findet ihre Lösung in einem weitausschauenden Programm. Jede kurze Zwischenpause wird von der gerade siegreichen Kapitalistenschicht in aller Eile benutzt, um sich möglichst große Vorteile zu verschaffen, den Staat und das Volk zu plündern. Aber damit beschwört die jeweilige Regierung nur neue Schwierigkeiten herauf, beschleunigt sie das Herannahen der eigenen Krise. Dieser Zustand ist kein Zufallsprodukt des deutschen Parteiwesens. Er entspringt nicht den „unglücklichen" Mehrheitsverhältnissen im Parlament, die das Zusammenschieben einer „arbeitsfähigen" Regierung zu einem Kunststück machen. Die ewige Regierungskrise ist vielmehr der Ausdruck der großen chronischen Krise des deutschen Kapitalismus.

Noch nie ist das so klar zum Ausdruck gekommen als gerade jetzt, wo die Regierungskrise mit einer verheerenden Wirtschaftskrise zusammenfällt. Was ist denn das Charakteristische an dieser Wirtschaftskrise? Daß sie eintritt, nachdem jene Periode überwunden ist, in der die Parole galt: Nach uns die Sintflut! und wo auf den Abbruch der Wirtschaft spekuliert wurde. Daß sie eintritt nach der famosen Stabilisierung, nach der Aufnahme großer Auslandskapitalien, nach Locarno, das die Aufhebung des latenten Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Siegermächten bedeuten soll. Und daß nur Blinde und Betrüger die heutige Wirtschaftskrise mit den regelmäßigen Wachstumskrisen vor dem Kriege vergleichen können, daß selbst das Geschwätz von der heilsamen Stabilisierungskrise verstummt. Nein, kein solcher Trost ist mehr erlaubt. Kein Schimmer eines Frührots zeigt sich am Horizont, und die kühnsten Erwartungen der Wirtschaftskenner wagen nur den Schluß: wenn es gelingt, die stürmische Periode der gegenwärtigen Krise mit ihren serienweisen Zusammenbrüchen von Unternehmungen und ihren vielen Millionen von Arbeitslosen zu überwinden, dann wird sich als Normalzustand eine Depression [2] mit einer Dauerarbeitslosigkeit ergeben, die auch nach Millionen zählt. Wirtschaftskrisen vor dem Kriege endeten regelmäßig mit der Vernichtung überlebter Produktionsmethoden und kapitalschwacher Unternehmungen. Sie schafften den technisch und finanziell am besten gerüsteten Unternehmungen den Raum zu neuer stürmischer Entfaltung. Heute ist davon nicht die Rede. Dauernde Einschränkung der Produktion, Abbau der Produktivkräfte, Drosselung der Wirtschaft, das ist die Losung. Denn der Markt ist zu klein. Was seit Jahren in England das Normale ist, die Riesenarbeitslosigkeit, wird es jetzt für Deutschland. Aber die englische Wirtschaft kann noch immer von einer reichen Substanz zehren, kann ihre Reservearmee von Arbeitslosen erhalten und der Industrie riesige Zuschüsse liefern. Das ausgepumpte Deutschland kann es nicht.

Zwei Lösungen werden vorgeschlagen. Die Sozialdemokratie sagt: höhere Löhne zur Erweiterung des inneren Marktes. Das ist entweder ein gewaltiger Entschluß von ungeheurer Tragweite oder eine Falle für die Arbeiter. Denn Erhöhung der Löhne zur Schaffung eines inneren Marktes, der den Produktionsapparat in Gang bringt, das bedeutet in Wirklichkeit nichts Geringeres als die Streichung des kapitalistischen Profits, ist die tatsächliche Enteignung der Kapitalisten. Höhere Löhne als Lösung des Gesamtproblems, das bedeutet nicht einen gewöhnlichen Gewerkschaftskampf. Das würde den Bruch der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführer mit ihren bisherigen politischen Methoden und Prinzipien bedeuten. Das wäre die Proklamierung des Kampfes um die politische Macht. Die Herren denken nicht daran. Sie sabotieren ganz bewußt sogar die Volksabstimmung gegen die Fürsten, weil sie ihre aufwühlende Wirkung fürchten. Sie haben durch ihre Verhandlungen in der Regierungsfrage grundsätzlich ihre Bereitschaft selbst zur Koalition mit den Großindustriellen erklärt. Nur die Furcht, ihre Anhänger zu verlieren, nur die Furcht vor der Kommunistischen Partei hat sie noch zurückgehalten. Und sie werden in jede Bourgeois-Regierung hineingehen, wenn die Krise ihre unausbleiblichen Wirkungen zeigt und die Gefahr für den kapitalistischen Staat akut wird. Darum ist die Losung „höhere Löhne" für die Sozialdemokratie nur ein windiges Agitationsmanöver, kein Aufruf zum Kampf, sondern eine Vertröstung der Arbeiter, eine Falle. Hinter ihr steht der Wille zum Verrat.

Um die Macht handelt es sich. Das schreien die Wortführer der Bourgeoisie in die Welt hinaus. Ihre Lösung des Krisenproblems ist der Kampf um den Markt durch die Unterbietung der Weltmarktpreise. Ihre Mittel sind Ausplünderung des Staates durch die Kapitalisten, Herabdrückung der proletarischen Existenz auf ein Hungerniveau, das als Dauerzustand in der modernen kapitalistischen Welt noch nicht da war, Spaltung der Arbeiterklasse in ein Heer willenloser Fabriksklaven und eine Reservearmee von Arbeitslosen. Sie verheimlichen nichts. Sie wissen, daß die Verwirklichung dieses [3] Programms einen neuen Kampf um die Macht bedeutet, daß zu diesem Zweck der Kampfwille des Proletariats gebrochen werden muß. Schon rüsten sie. Darum verschleppen sie die Lösung der Regierungskrise. Darum lehnen sie jetzt die Große Koalition ab. Die Sozialdemokraten sollen erst mürbe gemacht werden, bis sie zum äußersten fähig geworden sind, zu Noske und Seeckt. Darum legen Luther und Stresemann ihre Vollmachten vertrauensvoll in die Hände Geßlers, das heißt: in die Hände Seeckts. Darum die Geheimkonferenzen über die Durchführung des Belagerungszustandes. Darum die Proklamierung des § 48 als des einzig wirkungsvollen Instruments der kommenden Regierung. Darum spricht man jetzt schon offen von der Diktatur.

Wie die Regierungsfrage auch gelöst werden mag, ob als Uebergangs- oder Dauerlösung, ob als Beamtenkabinett oder in Gestalt irgend welcher Koalition, die Lösung bedeutet in jedem Falle eine neue Kriegserklärung an das Proletariat.

Es handelt sich um die Einleitung einer neuen Periode des Kampfes um die Macht. Das muß vor allem die Partei erkennen. Denn ungeheure Aufgaben stellt ihr diese Situation. Noch ist sie innerlich nicht klar, nicht geschlossen, nicht stark genug, um diesen Aufgaben gewachsen zu sein. Es muß mit höchster Anspannung der Kräfte organisatorisch gearbeitet werden. Es muß uns gelingen, wichtige Positionen in Betrieb und Gewerkschaft zu erobern. Wenn wir es verstehen werden, mit Geschick, Nachdruck und Zähigkeit gegen das Abbauprogramm der Bourgeoisie unser Aufbauprogramm zu propagieren, wenn wir verstehen werden, jede kleinste Gelegenheit zum Widerstande, zur Aktion auszunutzen und den Massen das lebendige Bewußtsein beizubringen, daß es im Ganzen bei all ihrem Handeln um die Macht geht, dann werden wir die Führung der Millionen Arbeitslosen gewinnen, dann werden die Massen in den Betrieben zu uns stehen. Und dann werden wir auch den schweren Verpflichtungen gerecht werden, die uns erneut durch den EKKI-Brief vorgezeichnet sind. Es muß jetzt vorwärts gehen mit gesammelter Kraft! [4]

*

Friedensutopien.

Von R o s a L u x e m b u r g.

Zum 7. Male jähren sich die Januarkämpfe der vom Spartakusbund geführten Berliner revolutionären Arbeiter und zugleich der Todestag der Gründer unserer Partei, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In diesen Tagen, da eine neue schwere Krise, aber zugleich ein neuer revolutionärer Aufschwung vor der deutschen Arbeiterbewegung steht, erhalten auch die theoretischen Kämpfe, die seinerzeit um den revolutionären Marxismus geführt wurden, neue Bedeutung, nicht nur als historische Tatsachen, sondern als praktische Waffen in den gegenwärtigen Kämpfen. Dies beweist der folgende Artikel.
Locarno ist vorüber, eine „Abrüstungskonferenz“ wird vorbereitet, die Schwerindustriellen suchen sich mit Frankreich wirtschaftlich zu verbünden, die führenden Männer der Bourgeoisie propagieren die „Vereinigten Staaten Europas“. Die Sozialdemokratie stimmt freudig in diese Friedensschalmeien ein, um die Arbeiter mit leeren Hoffnungen zu betören und sie mit dem Bourgeoisstaat und dem Kapitalismus auszusöhnen. Zu diesen Fragen geben wir nun das Wort Rosa Luxemburg. Der Aufsatz „Friedensutopien erschien am 6. und 8. Mai 1911 in der „Leipziger Volkszeitung“. Den Anlaß zu dem Aufsatz gab eine Reichstagsdebatte über Abrüstungsfragen, die von der Sozialdemokratie eingeleitet worden war. Wir haben aus Raumgründen einige Kürzungen vorgenommen. Die Redaktion.

I.

Unsere Aufgabe besteht nicht bloß darin, die Friedensliebe der Sozialdemokratie jederzeit kräftig zu demonstrieren, sondern in erster Linie darin, die Volksmassen über das Wesen des Militarismus aufzuklären und den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuheben. Worin besteht aber dieser Unterschied? Gewiß nicht darin allein, daß die bürgerlichen Friedensapostel auf die Einwirkung schöner Worte lauern, während wir uns auf Worte allein nicht verlassen. Unser ganzer Ausgangspunkt ist ein diametral entgegengesetzter: Die Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen glaubten, daß sich Weltfriede und Abrüstung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen, wir aber, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, sind der Ueberzeugung, daß der Militarismus erst mit dem kapitalistischen Klassenstaate zusammen aus der Welt geschafft werden kann. Daraus ergibt sich auch die entgegengesetzte Taktik bei der Propagierung der Friedensidee. Die bürgerlichen Friedensfreunde sind bemüht – und das ist von ihrem Standpunkt ganz logisch und erklärlich –, allerlei „praktische“ Projekte zur allmählichen Eindämmung des Militarismus zu ersinnen, so wie sie naturgemäß ge-[5]neigt sind, jedes äußere scheinbare Anzeichen einer Tendenz zum frieden für bare Münze zu nehmen, jede Aeußerung der herrschenden Diplomatie nach dieser Richtung beim Wort zu fassen und zum Ausgangspunkt einer ernsten Aktion aufzubauschen. Die Sozialdemokratie kann umgekehrt hier, wie in allen Stücken der sozialen Kritik, ihren Beruf nur darin erblicken, die bürgerlichen Anläufe zur Eindämmung des Militarismus als jämmerliche Halbheiten, die Aeußerungen in diesem Sinne, namentlich aus Regierungskreisen, als diplomatisches Schattenspiel zu entlarven und dem bürgerlichen Wort und Schein die rücksichtslose Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit entgegenzustellen. Dies war z. B. das Verhalten unsrer Partei auch der Haager Konferenz gegenüber. Während sie von Opportunisten verschiedener Länder mit dem üblichen kleinbürgerlichen Optimismus als ein segensreicher Ansatz zum Weltfrieden gepriesen wurde – noch vor zwei Jahren hatte Genosse Treves im römischen Abgeordnetenhaus in einer schwungvollen Rede den Vorschlag gemacht, der Haager Konferenz zur Feier ihres zehnjährigen Jubiläums eine Ehrung darzubringen –, hat die deutsche Sozialdemokratie für die holde Schöpfung des Blutzaren und seiner europäischen Kollegen nur den verdienten Hohn als für ein dreistes Possenspiel übrig gehabt.

Von demselben Standpunkt kann die Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber Kundgebungen in der Art derjenigen der englischen Regierung nur die sein, die Idee einer teilweisen E i n s c h r ä n k u n g m i l i t ä r i s c h e r R ü s t u n g e n als eine Halbheit in ihrer Aussichtslosigkeit zu beleuchten und sie auf die Spitze zu treiben, dem Volke klar auseinanderzusetzen, daß der Militarismus mit der Kolonialpolitik, Zollpolitik, Weltpolitik aufs engste verknüpft ist, daß also die heutigen Staaten, wenn sie dem Wettrüsten ernstlich und aufrichtig ein Halt gebieten wollten, damit anfangen müßten, handelspolitisch abzurüsten, koloniale Raubzüge, ebenso wie die Weltpolitik der Interessensphären in allen Weltteilen aufzugeben, mit einem Wort, in der äußeren wie der inneren Politik das direkte Gegenteil von dem tun, was das Wesen der heutigen Politik eines kapitalistischen Klassenstaates ist. Damit wäre klar zum Ausdruck gebracht, was den Kern der sozialdemokratischen Auffassung bildet: daß der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, daß also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse. Nur auf diesem Wege läßt sich aus Anlaß der Rüstungsdebatte wirklich sozialdemokratische Aufklärung und Werbearbeit leisten.

Diese Arbeit wird hingegen ziemlich erschwert, die Stellung der Sozialdemokratie wird unklar und schillernd, wenn durch eine seltsame Rollenverwechslung unsere Partei dem bürgerlichen Staate umgekehrt partout einzureden versucht, er könne sehr wohl die militärischen Rüstungen einschränken und den Frieden herbeiführen, und zwar von seinem eigenen Standpunkte, dem eines kapitalistischen Klassenstaates aus ...

Es war bis jetzt der Stolz und die feste wissenschaftliche Basis unserer Partei, daß wir sowohl die allgemeinen Programmdirektiven [6] wie auch die Losungen unserer praktischen Tagespolitik nicht aus freien Stücken als Wünschenswertes ersannen, sondern uns in allen Dingen auf die Erkenntnis

der Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung stützten, die objektiven Richtlinien dieser Entwicklung zum Maßstab unserer Stellungnahme machten. Nicht die Möglichkeit vom jeweiligen Standpunkt des Kräfteverhältnisses im Staat, sondern die Möglichkeit vom Standpunkte der Entwicklungstendenzen der Gesellschaft war uns bis jetzt immer maßgebend ... Die Einschränkung der Rüstungen, eine Rückbildung des Militarismus liegt nicht auf der Linie der Fortentwicklung des internationalen Kapitalismus ... An die Möglichkeit, diese internationalen Konflikte abflauen, sich mildern und verwischen zu lassen, kann nur glauben, wer an die Milderung und Abstumpfung der Klassengegensätze, an die Eindämmung der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus glaubt. Sind doch die internationalen Gegensätze der kapitalistischen Staaten nur die andere Seite der Klassengegensätze, die weltpolitische Anarchie nur die Kehrseite der anarchistischen Produktionsweise des Kapitalismus. Beide können nur zusammen wachsen und zusammen überwunden werden. „Ein bißchen Ordnung und Friede“ ist deshalb genau so unmöglich, genau so eine kleinbürgerliche Utopie in bezug auf den kapitalistischen Weltmarkt wie auf die Weltpolitik, auf die Einschränkung der Krisen wie auf die Einschränkung der Rüstungen.

Werfen wir einen Blick auf die Vorgänge der letzten 15 Jahre der internationalen Entwicklung. Wo zeigt sich da irgend eine Tendenz zum Frieden, zum Abrüsten, zur schiedlichen Beilegung der Gegensätze?

Wir hatten in diesen 15 Jahren: 1895 den Krieg zwischen Japan und China, der das Präludium der ostasiatischen Periode der Weltpolitik bildete, 1898 den Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, 1899–1902 den Burenkrieg Englands in Südafrika, 1900 den Chinafeldzug der europäischen Großmächte, 1904 den russisch japanischen Krieg, 1904–1907 den deutschen Hererokrieg in Afrika dazu kommt 1908 die militärische Intervention Rußlands in Persien, im gegenwärtigen Moment die Militärintervention Frankreichs in Marokko, ohne der unaufhörlichen Kolonialscharmützel in Asien und in Afrika zu gedenken. Schon die nackten Tatsachen zeigen also, daß seit 15 Jahren beinahe kein Jahr ohne eine Kriegsaktion vergangen ist.

Doch wichtiger ist noch die nachhaltige Rückwirkung jener Kriege. Dem Krieg mit China folgte in Japan eine militärische Reorganisation, die zehn Jahre später das Kriegsunternehmen gegen Rußland ermöglichte und Japan zur militärischen Vormacht im Stillen Ozean machte. Der Burenkrieg zog nach sich eine militärische Reorganisation Englands, die Stärkung seiner bewaffneten Macht zu Lande. Der Krieg mit Spanien ist in den Vereinigten Staaten zum Ausgangspunkt einer Reorganisation der Kriegsflotte gemacht worden und hat die vereinigten Staaten zu einer Kolonialpolitik mit weltpolitischen Interessen in Asien gemacht, den Keim des Interessengegensatzes zwischen den Vereinigten Staaten und Japan im Stillen Ozean geschaffen. Den Chinafeldzug begleitete in Deutschland eine grundlegende militärische Reorganisation, nämlich das große Flottengesetz des Jahres 1900, von [7] dem das Wettrennen Deutschlands mit England zur See und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen beiden Staaten datiert.

Weiter kommt aber eine andere hochwichtige Erscheinung hinzu: das soziale und politische Erwachen der Hinterländer, der Kolonien und der „Interessensphären“ zum selbständigen Leben. Die Revolution in der Türkei, in Persien, die revolutionäre Gärung in China, in Indien, in Aegypten, in Arabien, in Marokko, in Mexiko sind ebenso viele Ausgangspunkte weltpolitischer Gegensätze, Spannungen, militärischer Aktionen und Rüstungen. Gerade im Laufe der verflossenen anderthalb Jahrzehnte haben sich also die Reibungsflächen der internationalen Politik beispiellos vergrößert, eine Reihe neuer Staaten sind in den aktiven Kampf auf der Weltbühne getreten, alle Großmächte machten eine gründliche militärische Reorganisation durch. Die Gegensätze haben infolge all dieser Vorgänge eine nie dagewesene Zuspitzung erreicht, und der Prozeß dauert immer weiter, da einerseits die Gärung im Orient mit jedem Tage zunimmt, andererseits jede neue Vereinbarung zwischen den Militärmächten unvermeidlich zum Ausgangspunkt neuer Konflikte wird. Die Revaler Entente zwischen Rußland, England und Frankreich, die Jaurès als eine Gewähr des Weltfriedens feierte, führte zur Verschärfung der Krise auf dem Balkan, beschleunigte den Ausbruch der türkischen Revolution, ermutigte Rußland zur militärischen Aktion in Persien und führte zur Annäherung zwischen der Türkei und Deutschland, die ihrerseits den deutsch-englischen Gegensatz zuspitzte. Die

Potsdamer Vereinbarung hat die Verschärfung der Krise in China zur Folge und von derselben Wirkung war die russisch-japanische Verständigung.

Rechnet man also einfach mit Tatsachen, so hieße es absichtlich die Augen verschließen, wenn man nicht einsehen wollte, daß aus diesen Tatsachen alles andere denn eine Milderung der internationalen Konflikte und irgendwelche Ansätze zum Weltfrieden sprechen.

Wie kann man angesichts dessen von Friedenstendenzen der bürgerlichen Entwicklung reden, die angeblich ihre Kriegstendenzen durchkreuzen und überwinden? Worin sind sie zum Ausdruck gekommen?

In der Kundgebung Sir Edward Greys und des französischen Parlaments? In der „Rüstungsmüdigkeit" der Bourgeoisie? Aber die mittleren und die kleinbürgerlichen Schichten der Bourgeoisie stöhnen seit jeher über die Last des Militarismus, genau so wie sie über die Verwüstungen der freien Konkurrenz, über die wirtschaftlichen Krisen, über die Gewissenlosigkeit der Börsenspekulation, über den Terrorismus der Kartelle und Trusts stöhnen. Die Tyrannei der Trustmagnaten in Amerika hat sogar einen ganzen Aufruhr breiter Volksschichten und eine langwierige Aktion der Staatsgewalten gegen sie hervorgerufen. Erblickt etwa die Sozialdemokratie hierin die Anzeichen einer beginnenden Einschränkung der Trustentwicklung oder hat sie nicht vielmehr für jenen kleinbürgerlichen Aufruhr ein mitleidiges Achselzucken und für jene Staatsaktion nur ein höhnisches Lächeln übrig? Die „Dialektik" der Friedenstendenz der kapitalistischen Entwicklung, die ihre Kriegstendenz angeblich durchkreuzte und über sie obsiegt, läuft einfach [8] auf die alte Binsenwahrheit hinaus, daß die Rosen der kapitalistischen Profitmacherei wie der Klassenherrschaft eben auch für die Bourgeoisie nicht ohne Dornen sind, die sie jedoch trotz Weh und Ach immer noch lieber um ihr Dulderhaupt, solange es geht, zu tragen vorzieht, als sie mitsamt dem Haupt auf den gutgemeinten Rat der Sozialdemokratie loszuwerden.

Dies den Massen auseinanderzusetzen, alle Illusionen in bezug auf die Friedensmache von bürgerlicher Seite rücksichtslos zerzausen und die proletarische Revolution als den einzigen und ersten Akt des Weltfriedens erklären, daß ist die Aufgabe der Sozialdemokratie angesichts aller Abrüstungsposssen, ob sie in Petersburg, London oder Berlin arrangiert werden ...

II.

Das Utopische des Standpunkts, der eine Friedensära und die Rückbildung des Militarismus in der heutigen Gesellschaft erwartet, kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß er zur Projektemacherei Zuflucht nimmt. Es ist ja typisch für utopische Bestrebungen, daß sie, um ihre Realisierbarkeit zu beweisen, möglichst detaillierte „praktische" Rezepte aushecken. Dahin gehört auch das Projekt der „Vereinigten Staaten Europas" als Basis zur Einschränkung des internationalen Militarismus.

„Wir unterstützen – sagte Genosse L e d e b o u r in seiner Etatrede im Reichstag am 3. April – alle die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die fadenscheinigen Vorwände für die unaufhörliche Kriegsrüstung zu beseitigen. Wir fordern den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten. Ich bin fest überzeugt, wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch schon auch früher dazu kommen, daß wir die V e r e i n i g t e n S t a a t e n v o n E u r o p a erleben, wie wir heutigen Tags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, daß sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa erleben, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluß Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten."

Und in der „N e u e n Z e i t" vom 28. April schreibt Genosse K a u t s k y:

„... Für eine ständige Fortdauer des Friedens, die das Gespenst des Krieges für immer bannt – gibt es heute nur einen Weg: die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer – die Herstellung der V e r e i n i g t e n S t a a t e n v o n E u r o p a. Gelänge dies, so wäre Ungeheures erreicht. Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Uebermacht, daß sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschlössen, dazu zwingen könnten, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben. Damit hörte aber auch für die neuen Vereinigten Staaten selbst jede Notwendigkeit einer Bewaffnung auf. Sie könnten nun nicht bloß auf alle weiteren Rüstungen, auf das stehende Heer, auf die Angriffswaffen zur See

verzichten, deren Aufgeben wir heute schon fordern, sondern auch auf jegliches Mittel der Verteidigung, auf das Milizsystem selbst. Damit wäre die Aera des ewigen Friedens sicher begründet."

So plausibel die Idee der Vereinigten Staaten Europas als einer Friedenskonvention auf den ersten Blick vielleicht manchem erscheinen mag, sie hat gleichwohl bei näherem Zusehen mit der [9] Denkweise und den Standpunkten der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun ...

Als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung vertraten wir bis jetzt immer den Standpunkt, daß die modernen Staaten als politisches Gebilde nicht künstliche Produkte einer schöpferischen Phantasie, wie z. B. das Herzogtum Warschau Napoleonischen Angedenkens, sondern historische Produkte der wirtschaftlichen Entwicklung sind.

Welche wirtschaftliche Grundlage liegt aber der Idee einer europäischen Staatenföderation zugrunde? Europa ist wohl ein geographischer und in gewissen Grenzen ein kulturhistorischer Begriff. Die Vorstellung jedoch von Europa als einem Wirtschaftsganzen, widerspricht zwiefach der kapitalistischen Entwicklung. Einerseits bestehen innerhalb Europas unter den kapitalistischen Staaten – und solange diese existieren – die heftigsten Konkurrenzkämpfe und Gegensätze, andererseits kommen die europäischen Staaten wirtschaftlich ohne die außereuropäischen Länder gar nicht mehr aus. Als Lieferanten der Lebensmittel, Rohstoffe und Fabrikate wie als Abnehmer derselben sind die übrigen Weltteile mit Europa tausendfältig verknüpft. Bei dem heutigen Entwicklungsstadium des Weltmarkts und der Weltwirtschaft ist der Begriff von Europa als einem gesonderten Wirtschaftsganzen ein lebloses Hirngespinst. Europa bildet ebenso wenig ein in sich zusammenhängendes besonderes Ganzes innerhalb der Weltwirtschaft wie Asien oder Amerika.

Ist die Idee des europäischen Zusammenschlusses wirtschaftlich längst überholt, so nicht minder politisch. Sie ist im Grunde genommen nur ein demokratisch aufgeputzter Abklatsch der Idee vom Konzert der europäischen Mächte, das als der bewegende Mittelpunkt, als die Zentralsonne des politischen Weltalls die Geschicke entschied. Die Zeiten aber, wo der Schwerpunkt der politischen Entwicklung und die Kristallisationsachse der kapitalistischen Gegensätze auf dem europäischen Kontinent lagen, ist längst vorbei. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts und traditionell noch bis zur Märzrevolution lag der Mittelpunkt der internationalen Politik in dem Gebiet des aufgeteilten Polens, an der deutsch-russisch-österreichischen Grenze. In den fünfziger Jahren verschob er sich an den Bosporus. Die siebziger Jahre schufen mit dem deutsch-französischen Krieg einen neuen Schwerpunkt, um den sich der Zweibund und der Dreibund als die Pfeiler des europäischen Gleichgewichts gruppiert haben. Damals hätte die Utopie der europäischen Föderation wenigstens einen historischen Sinn gehabt. Mit den achtziger Jahren begann aber eine ganz neue Aera der internationalen Politik – es setzten die Kolonialeroberungen mit erneuter Wucht ein, denen in den neunziger Jahren der allgemeine Wettlauf der Weltpolitik um überseeische Einflußsphären, in dem letzten Jahrzehnt das allgemeine Erwachen des Orients folgte. Heute ist Europa nur ein Glied in der wirren Kette internationaler Zusammenhänge und Gegensätze. Und was das Entscheidende: die europäischen Gegensätze selbst spielen jetzt gar nicht mehr auf dem europäischen Kontinent, sondern in sämtlichen Weltteilen und Ozeanen.

[10] Nur wenn man plötzlich all diese Vorgänge und Verschiebungen aus den Augen verliert und sich in die seligen Zeiten des europäischen Konzerts zurückversetzt, kann man z. B. davon reden, daß wir seit 40 Jahren einen ununterbrochenen Frieden haben. Dieser Standpunkt, für den nur die Vorgänge auf dem europäischen Kontinent existieren, bemerkt gar nicht, daß wir gerade deshalb seit Jahrzehnten keinen Krieg in Europa haben, weil die internationalen Gegensätze über die engen Schranken des europäischen Kontinents ins Ungemessene hinaus gewachsen sind, weil europäische Fragen und Interessen jetzt auf dem Weltmeer und nicht in dem europäischen Krähwinkel ausgefochten werden.

Die „Vereinigten Staaten Europas" sind also eine Idee, die sowohl wirtschaftlich wie politisch dem Gang der Entwicklung direkt zuwiderläuft, von den Vorgängen des letzten Vierteljahrhunderts gar keine Notiz nimmt ...

Daß eine mit der Entwicklungstendenz so wenig übereinstimmende Idee, trotz aller radikalen Allüren, im Grunde genommen keine fortschrittliche Losung abgeben kann, bewahrheitet sich auch an dem

Einfall der „Vereinigten Staaten Europas“. Und jedesmal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die „gelbe Gefahr“, gegen den „schwarzen Weltteil“, gegen die „minderwertigen Rassen“, kurz, es war stets eine imperialistische Mißgeburt.

Und wenn wir als Sozialdemokraten jetzt versuchen sollten, diesen alten Schlauch mit neuem, scheinbar revolutionärem Wein zu füllen, so muß man sagen, daß die Konsequenz jedenfalls nicht auf unsrer, sondern auf bürgerlicher Seite wäre. Die Dinge haben eben ihre eigene, objektive Logik. Und die Losung des europäischen Zusammenschlusses kann objektiv innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wirtschaftlich einen Zollkrieg mit Amerika und politisch einen kolonialpatriotischen Rassenkampf bedeuten. Der Chinafeldzug der vereinigten europäischen Regimenter mit dem Weltfeldmarschall Waldersee an der Spitze und dem Hunnenevangelium als Panier – das ist der wirkliche, nicht phantastische, der einzig mögliche Ausdruck der „europäischen Staatenföderation“ in der heutigen Gesellschaft ...

*

Die Grundlagen der deutschen Wirtschaftskrise.

Von E. P a w l o w s k y.

Vollkommen unerwartet für jene Kreise, die vom Dawespakt und Locarno einen stetigen Aufstieg der deutschen kapitalistischen Wirtschaft erwartet haben, ist in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eine Wirtschaftskrise von ungewohnter Schärfe über Deutschland hereingebrochen. Wir wollen versuchen, die Ursachen dieser Erscheinung aufzuklären. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, die deutsche Wirtschaft nicht isoliert, sondern im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft zu betrachten.

[11] Die kapitalistische Weltwirtschaft ist gegenwärtig kein einheitliches Gebilde. Ein Teil: Amerika und die englischen Siedlungskolonien befinden sich noch im Aufstieg auf kapitalistischer Basis, Asien und Nordafrika in einer revolutionären Gärung; die Wirtschaft des kapitalistischen Europa – trotz zeitweiliger Stabilisierungserscheinungen – im Niedergang.

Letzteres wird von vielen Seiten bezweifelt: Wir glauben aber, daß im europäischen Kapitalismus so tiefgehende strukturelle Aenderungen vor sich gegangen sind, daß eine länger dauernde Stabilisierung, d. h. die Wiederherstellung eines relativen Gleichgewichts zwischen den Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten, nur auf einer viel niedrigeren Basis, durch Stillegung und Vernichtung eines bedeutenden Teiles des sachlichen Produktionsapparates möglich wäre, was eben den Niedergang des europäischen Kapitalismus bedeutet. **Während in den früheren Krisen das gestörte Gleichgewicht durch Ausweitung des kapitalistischen Absatzmarktes erzielt wurde**, sehen wir heute die deutschen Kapitalisten an der Arbeit, durch Vernichtung von Produktionsanlagen den Versuch zur Herstellung eines gewissen Gleichgewichts zu machen. Die wichtigsten strukturellen Veränderungen, bei denen keine immanente Tendenz zum Rückgängigmachen vorhanden zu sein scheint, sind kurz skizziert folgende:

1. Verschwinden der Rentnerklasse durch die Inflation, die das fix verzinslich angelegte Kapital fast vollkommen zugunsten des Industriekapitals enteignet hatte.

2. Die revolutionäre Bewegung der Kolonialvölker nimmt dem europäischen Kapitalismus jene Ueberprofite, die es früher den Kapitalisten möglich machten, einen bedeutenden Teil der Arbeiterschaft als Arbeiteraristokratie an sich zu ketten.

3. Die in der Kriegs- und Nachkriegszeit vor sich gegangene Industrialisierung der früher agrarischen Länder und die gewaltige industrielle Entwicklung Amerikas hat der europäische Kapitalismus seine Vormachtstellung als industrielles Zentrum der Welt weitgehend eingebüßt.

4. Kontinental-Europa, das früher ein Kapital exportierendes Gebiet und daher Empfänger von in anderen Weltteilen produziertem Mehrwert war, ist zu einem Kapitalimportgebiet geworden, das einen Teil des in Europa selbst produzierten Mehrwerts an Amerika abtreten muß.

Obwohl nun gewisse Gegentendenzen (wie im anarchischen System des Kapitalismus immer) vorhanden sind, z. B. Neubildung von Sparkapital in Ländern mit stabilisierter Valuta, Anfänge von neuem Kapitalexport aus Kontinentaleuropa usw., kann doch nicht angenommen werden, daß diese sehr schwachen Gegentendenzen irgendwie imstande wären, die oben skizzierten strukturellen Aenderungen des europäischen Kapitalismus aufzuheben.

Diese strukturellen Veränderungen sind nicht in jedem Lande in gleicher Stärke vorhanden. In D e u t s c h l a n d sind sie besonders scharf und bilden die Ursache der gegenwärtigen scharfen Wirtschaftskrise. Die Wirtschaftskrise präsentiert sich, wie jede Krise im kapitalistischen System, der äußeren Form nach als eine Absatzkrise. Sie unterscheidet sich von einer gewöhnlichen Krisen-[12]phase innerhalb des normalen, d. h. aufsteigenden Kapitalismus – wie wir oben bereits sagten – durch die Unmöglichkeit für das deutsche Kapital, durch Ausweitung des Absatzmarktes die Krise zu überwinden.

In Deutschland ist in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine besonders starke Konzentration des Kapitals vor sich gegangen. Aber diese Konzentration vollzog sich nicht oder nur in ganz geringem Maße auf dem Wege der Akkumulation, sondern fast ausschließlich durch Zentralisation, d. h. durch Aufsaugung kleiner Kapitalien durch die großen. Insbesondere war es die Inflationszeit, die auch die fix verzinslichen Kapitalien (Sparkasseneinlagen, Lebensversicherungen, Kriegsanleihen, Industrieobligationen, landwirtschaftlichen Hypotheken usw.) entwertet und im Wege des Inflationsmechanismus der Großindustrie zugeleitet hat. Der dem großindustriellen Kapital durch den Zentralisationsprozeß zugeführte Zuwachs wurde in Form von fixem Kapital angehäuft, d. h. der sachliche Produktionsapparat ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeiten erweitert. Diese Erweiterung des industriellen Produktionsapparates Deutschlands wurde von Direktor Fürstenberg unlängst auf 40 bis 50 Prozent der Vorkriegszeit geschätzt.

Nach der Stabilisierung trat die erste Krise ein, die vor allem dem Mangel an Zirkulationskapital zugeschrieben wurde. Die amerikanischen Kredite haben diesem Mangel abgeholfen und eine zeitweilige Besserung des deutschen Wirtschaftslebens hervorgerufen. Aber eben der Zufluß von ausländischem Leihkapital ermöglichte es der deutschen Kapitalistenklasse, den Produktionsapparat fast voll in Gang zu setzen: jetzt erst zeigte es sich, daß die Produktionsmöglichkeiten in Deutschland im schärfsten Widerspruch zu den Absatzmöglichkeiten stehen. Dies ist die Grundlage der jetzigen besonders scharfen Absatzkrise.

Dieser Widerspruch beruht auf folgenden Tatsachen:

1. die für die Entwicklung der ganzen europäischen Industrie zu geringe Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes an Industriewaren, wie oben dargelegt;

2. die geringe Aufnahmefähigkeit des innerdeutschen Marktes;

3. die verringerte Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt.

Der innere Markt für I n d u s t r i e-F e r t i g w a r e n ist vor allem eingeengt durch das Verschwinden des Konsums der früheren Rentnerklasse; ferner durch die zeitweilige Verminderung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die an Mangel an Geldmitteln leidet und deren reichere Schichten, die Groß- und Mittelbauern, sich während der Inflationsperiode mit industriellen Fertigwaren auf lange Zeit hinaus versorgt hatten; die niedrigen Löhne der industriellen Arbeiterschaft, die im Zusammenhang mit der durch die agrarischen Schutzzölle verursachten Verteuerung der Lebensmittel, Erhöhung der Mieten usw. für industrielle Fertigwaren nur eine geringe Kaufkraft erübrigen.

Was die Absatzmöglichkeiten für P r o d u k t i o n s m i t t e l anbelangt, so hängen diese immer von den Absatzmöglichkeiten der Fertigwaren ab. In einer Zeit, wo eine Absatzkrise für industrielle [13] Fertigwaren besteht, kann selbstverständlich auch kein Absatz für Produktionsmittel zum Erweitern der Produktion vorhanden sein, denn kein Kapitalist wird seine Produktionsanlagen erweitern, wenn die bereits bestehenden Produktionsanlagen für ihre Produkte keinen Absatz haben. Nun ist die deutsche Industrie ihrem Aufbau nach überwiegend Produktionsmittelindustrie. Die allgemein vorhandene

Verengung des Weltmarktes für Industrieprodukte Europas muß natürlich auch zu einer Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten von industriellen Produktionsmitteln führen.

Der geringe inländische Absatz von Industriewaren führt zu einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auch auf dem Weltmarkt, da infolge des geringen Inlandabsatzes und der unproportionellen Vergrößerung des industriellen Produktionsapparats dieser nicht voll arbeiten kann. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß die Produktion in einem Betrieb, der nicht voll arbeitet, bedeutend teurer ist, als die Produktion eines Betriebes, dessen Produktionskapazität voll ausgenutzt wird. Insbesondere begegnet die deutsche Ausfuhr auf dem Weltmarkt der Konkurrenz der voll arbeitenden amerikanischen Industrie einerseits, der durch die Inflation künstlich stimulierten französischen und italienischen Industrie andrerseits.

Ein weiteres Hindernis in dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt bedeutet für die deutsche Industrie die Unmöglichkeit, Warenexport in Form von Kapitalexport zu treiben, langfristigen Kredit zu gewähren. Bei der gegenwärtigen Lage ist dies noch wichtiger als die Preisfrage.

Alle diese Umstände zusammen führten zu der gegenwärtigen scharfen Krise der deutschen Wirtschaft, die offenbar von ziemlich langer Dauer sein wird. Die deutsche Bourgeoisie sucht unbestimmt und tastend den Ausweg aus der Krise. Das Schlagwort von der „Rationalisierung der Wirtschaft“ bedeutet im wesentlichen nichts anderes, als die Umschreibung des Prozesses der weiteren Zentralisierung und der Vernichtung von bereits bestehenden Produktionsanlagen. Wenn der Referent auf der Tagung der deutschen Maschinenindustriellen, Lange, vorschlägt, man solle die überflüssigen Produktionsmittel verschrotten, so kann man dies zwar eine „Rationalisierung der Wirtschaft“ nennen, in Wirklichkeit bedeutet es aber eben einen Prozeß des Niedergangs des deutschen Kapitalismus, den Versuch einer Herstellung des Gleichgewichts zwischen Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten nicht auf einer aufsteigenden Linie durch Ausweitung des Absatzes, sondern auf einer absteigenden Linie durch Vernichtung der überflüssigen Produktionsanlagen. Dieser Prozeß, der jetzt elementar vor sich geht, bedeutet zugleich, daß die Schaffung von Produktionsmitteln in der Inflationsperiode zwar ihrer Naturalform nach eine Akkumulation von Kapital zu sein schien, ökonomisch aber keine Akkumulation von Kapital darstellte, da, wie es sich jetzt erweist, keine Möglichkeit der Anwendung dieser Produktionsmittel als Kapital zur Produktion von Mehrwert besteht. Dieser Niedergangsprozeß des deutschen Kapitalismus vollzieht sich elementar, erzwungen durch die Verhältnisse, und es ist ein Irrtum, zu glauben, daß dieser Prozeß irgendwie bewußt von dem deutschen Bank- bzw. Finanz-[14]kapital in die Wege geleitet wird.[1] Das Schlagwort von der Rationalisierung der Wirtschaft ist nur eine ideologische Verschönerung des elementar vor sich gehenden Niedergangsprozesses.

Ein anderer Teil der deutschen Bourgeoisie sucht den Ausweg durch Expansion auf dem Auslandsmarkt, durch den Wiedererhalt von Kolonien, durch eine industrielle Expansion nach Sowjetrußland und China, kurzum durch „imperialistische“ Methoden. Tatsächlich ist die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft eine Neuerscheinung, wie sie in der Geschichte des Kapitalismus noch nie gegeben war. Deutschland ist einerseits eine Kolonie: denn es ist auf Kapitalimport angewiesen; es ist außenpolitisch unselbständig; die wichtigsten Teile der Staatswirtschaft: die Reichsbank, die Eisenbahnen, die Steuereinnahmen stehen unter Kontrolle der ausländischen Mächte. Es muß jährlich einen Milliardentribut an ausländische Mächte zahlen; kurzum, die wichtigsten Momente der kolonialen Lage eines Landes sind klar vorhanden. Anderseits aber ist rein ökonomisch. was die Entwicklung des industriellen Produktionsapparates, die monopolistische Zusammenfassung des Kapitals usw. anbelangt, die Basis eines Imperialismus vorhanden, und die Enge des inneren Absatzmarktes drängt zu einer imperialistischen Entfaltung außerhalb der Grenzen des Landes. Wir sehen also ein nur in der Niedergangsperiode des Kapitalismus mögliches in sich widersprechendes Gebilde: die Mischung einer Kolonie und

[1] Die Bedeutung des Bankkapitals, die in der Inflationszeit sehr gering war, ist im letzten Jahre sehr gewachsen. Die deutschen Banken sind die Vermittlungsstellen der ausländischen und der Reichsbankkredite. Neben ihnen spielen die staatlichen Geldinstitute eine entscheidende Rolle. Der Staat und die staatlichen Monopolunternehmungen raffen durch Ueberspannung der Steuern Kapital zusammen, das sie den begünstigten Kapitalisten zur Verfügung stellen.

eines auf imperialistische Ausdehnung angewiesenen, aber hierzu der militärischen und politischen Möglichkeiten entblößten Landes.

Ein Teil der deutschen Kapitalisten hofft, aus diesem Dilemma durch den engsten Anschluß an die Westmächte herauszukommen, von welchen sie die zum Kapitalexport nötigen Mittel zu erhalten hoffen, das heißt, sie steuern auf einen Imperialismus zweiten Grades zu.

Diese Widersprüche in der Wirtschaftslage Deutschlands innerhalb eines niedergehenden europäischen Kapitalismus sind die Ursachen der gegenwärtigen scharfen Wirtschaftskrise und bilden die Unterlagen zur Beurteilung der einzelnen Geschehnisse in der deutschen Wirtschaft, die in weiteren Artikeln ausgeführt werden sollen.[1] Selbstverständlich wird die gegenwärtige Krise – die sich in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter verschärfen wird – nicht ununterbrochen andauern: je nach der Gestaltung der [15] Verhältnisse auf dem Weltmarkt wird sich die Wirtschaftslage Deutschlands zeitweilig wieder bessern. Aber jener Aufstieg, der von Hilferding und anderen Optimisten nach Bereinigung der politischen Gegensätze in Europa erhofft wurde, wird in absehbarer Zeit keinesfalls eintreten. Der europäische Kapitalismus als solcher und der deutsche Kapitalismus als Teil desselben, befinden sich auch weiterhin in einer Niedergangsperiode, innerhalb deren zwar Zeiten einer besseren Konjunktur, aber kein Aufstieg möglich ist.

*

Unsere Altmeister als Zellenbauer.

Von H. F a r w i g.

Wie die Sozialdemokraten unseren Kampf u m die Gewerkschaften umlügen in einen Kampf g e g e n die Gewerkschaften – ganz ebenso stellen sie unsere Arbeit in den Gewerkschaften und ihre Revolutionierung als etwas Unerhörtes und ganz Neues hin. Dabei tun sie, als ob sie selbst an einen Kampf um die Gewerkschaften nie gedacht hätten.

Nun haben aber die Altmeister des Marxismus und des revolutionären Sozialismus, deren Banner die SPD heute noch v o r g i b t hochzuhalten, Marx und Engels vor allem, diesen Kampf schon seit Beginn ihrer Tätigkeit ganz planmäßig geführt. Sie sind darum auch genau so verhaßt gewesen bei allen Halben und Unechten, wie wir Kommunisten es heute sind. Dasselbe gilt für Rosa Luxemburg, ja sogar für Karl Kautsky, solange dieser Mann noch Sozialist war.

Marx und Engels waren Zeit ihres Lebens gute Zellenbauer. Und wie hätten sie auch anders wirken können? Ueberall gab es, wohin sie auch kamen, schon irgendwelche Organisationen. Entweder die Arbeiter waren, wie es damals ja gar nicht anders sein konnte, in den radikalen demokratischen Vereinen, wie 1848 am Rhein; oder sie waren zu einem sehr kleinen Teil in Gesellenorganisationen, die sich auf dem Wege zum Sozialismus befanden. Als Marx und Engels in den B u n d d e r G e r e c h t e n eintraten, waren die Mitglieder dieses Bundes, in der Hauptsache deutsche Handwerksburschen, noch lange keine wirklichen Sozialisten. Die Fortgeschrittensten unter ihnen huldigten dem noch halb utopischen Sozialismus W e i t l i n g s.

Erst durch die planmäßige Zellenarbeit unserer beiden Alten wurde aus dem Bund der Gerechten der B u n d d e r K o m m u n i s t e n, der das Kommunistische Manifest als sein Programm und sein Banner annahm.

So war es auch 1848, als beide auf die Nachricht von der deutschen Revolution zu derem damaligen Brennpunkt im Westen, nach [16] Köln, eilten. Im Sorgeschen Briefwechsel finden wir einen Brief von Friedrich Engels vom 27. Januar 1887. Dort schreibt er wörtlich:

„Als wir den Frühling 1848 nach Deutschland zurückkehrten, schlossen wir uns der Demokratischen Partei an, als einzige Möglichkeit, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen, wir waren der fortgeschrittenste Flügel der Partei, aber immerhin ein Flügel derselben. ... Hätten wir von 1864 bis 1873 darauf bestanden, nur mit denen zusammen zu wirken, die unser Programm offen annahmen – wo würden wir heute stehen?“

[1] Diese Artikel werden monatlich in der Rubrik „Rundschau“ erscheinen. D. Red.

Marx selbst schreibt am 10. November 1871 mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit: „Die Trade Unions müßt Ihr at all costs[1] zu gewinnen suchen.“ Daß diese strikte Anweisung zu kommunistischer Zellenarbeit auch befolgt wurde, ergibt sich ganz klar aus einer Anmerkung, die der Herausgeber der Briefsammlung, Sorge, auf Seite 49 macht. Er sagt da:

„Die Sektion 1, Newyork, unterhielt intime Beziehungen mit den Gewerkschaften.“

In den Vereinigten Staaten hatte sich unter der englisch redenden Arbeiterschaft eine eigentümliche gewerkschaftliche Organisation gebildet mit allerlei mystischem und zünftlerischem Geheimkram: die Knights of Labor (Ritter der Arbeit). Mit dem ersten Aufschwung der nordamerikanischen Arbeiterbewegung 1886 wuchs sie zu einer Massenorganisation an. In einem längeren Schreiben an den alten Sekretär der Internationale, Sorge, setzt Friedrich Engels am 29. November 1886 seine Ansichten über die Taktik der Sozialisten in der amerikanischen Bewegung auseinander. Dieser Brief und viele andere ähnlich gehaltene bilden einen wirklichen Kursus der gewerkschaftlichen Zellenarbeit der Kommunisten. Er wirft immer wieder den deutschen Sozialisten in Amerika vor, daß sie nicht verstanden hätten, von ihrer Theorie aus den Hebel anzusetzen, um die amerikanischen Arbeiter in Bewegung zu bringen. An sehr vielen Stellen dieser Briefe, besonders dort, wo er die Notwendigkeit klar zu machen sucht, die Theorie als eine Anleitung zum Handeln, nicht als bloßes Glaubensbekenntnis zu benutzen, ist es einem manchmal, als hörten wir Lenin sprechen.

In diesem Briefe verlangt Engels von den deutschen Sozialisten genau dasselbe, was seit Jahren die Kommunistische Partei von ihren Mitgliedern verlangt. Er sagt wörtlich:

„Nach allem aber was ich höre, sind die K. o. L., namentlich in Neuengland und im Westen, eine wirkliche Macht und werden es täglich mehr durch die brutale Gegnerschaft der Kapitalisten. Ich glaube, daß es möglich ist, innerhalb ihrer zu wirken, innerhalb dieser noch ganz plastischen Masse einen Kern von Leuten auszubilden, die die Bewegung und ihre Ziele versteht.“

Am 9. Februar 1887 kommt Engels in einem Briefe wieder darauf zu sprechen:

„Gehen die Deutschen hinein, um zu helfen, oder um die Entwicklung in der rechten Richtung zu beschleunigen, so können sie Gutes leisten und eine entscheidende Rolle darin spielen; halten sie sich fern, so schwinden [17] sie zusammen zu einer Glaubenssekte und werden beiseite geschoben als Leute, die ihre eigenen Grundsätze nicht verstehen.“

Klingt das nicht, als wäre es heute gesprochen?

Es ist kaum anders denkbar, als daß diese planmäßige Zellenarbeit bei den „Amsterdamern“ und Reformisten von damals genau den gleichen erbitterten Widerstand fand als heute die Arbeit der Kommunisten. So sagt Sorge in einer Anmerkung: „Die Anhänger H. Georges[2] hielten eine sogenannte Staatskonvention ab und verweigerten den Sozialisten den Eintritt.“

Die Zellenarbeit im Sinne von Marx und Engels hatte damals schon gewisse Erfolge aufzuweisen, wenn auch trotz aller Kritik der prächtige revolutionäre Optimismus unserer Altmeister sie manchmal die Erfolge größer sehen ließ, als diese sein mochten. Jedenfalls schreibt Engels am 22. Februar 1888 über England: „Das Arbeiterklassenelement wird immer mehr ... durchdrungen von sozialistischem Sauerteig.“

Daß die damals gewiß noch sehr kleinen Zellen richtig arbeiteten, sehen wir deutlich aus einem späteren Briefe an Sorge. Am 8. Juni 1889 schreibt Engels: „Die hiesigen Unzufriedenen der Trade Unions wandten sich an uns ...“ Jawohl, so muß es sein: das Vertrauen der Massen innerhalb der Gewerkschaften gilt es zu erringen, so daß sich alle mit der verräterischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie nicht Zufriedenen an die Kommunisten wenden, als die Leute ihres Vertrauens. So muß es sein: „daß die Leute. ohne selbst Sozialisten zu sein, doch nur Sozialisten zu Führern haben wollen“, wie Engels am 8. Februar 1890 schreibt.

[1] Um jeden Preis.

[2] Henry George, der Bodenreformprediger und Klassenversöhner.

Ganz verruchte Pläne entwickelt Engels, der alte Maulwurf und Zellenbauer, in einem Schreiben an Sorge vom 17. August 1889: „Der Plan ist, in den demokratischen und radikalen Klubs – unser hiesiges Rekrutierungsfeld – und den Trade Unions Achtstundentagagitation zu machen und die 1.-Mai-1890-Demonstration zu organisieren."

Schade, daß die Amsterdamer Friedrich Engels nicht mehr ausschließen können; sie würden es sonst sicher tun.

Engels sagt uns auch deutlich, was für Aufgaben die kommunistischen Zellen vor allem zu erledigen haben:

„In so einem Lande alter politischer und Arbeiterbewegung ist immer ein kolossaler Haufen traditionell überkommener rubbish[1], der allmählich beseitigt werden muß ... aber die Bewegung geht unter der Oberfläche fort, ergreift immer weitere Schichten und gerade meist unter der bisher stagnierenden untersten Masse. Und der Tag ist nicht mehr fern, wo diese Masse plötzlich sich selbst findet, wo es ihr aufleuchtet, daß sie diese kolossale sich bewegende Masse ist und an jenem Tage wird mit all der Lumperei und dem Krakehl kurzer Prozeß gemacht."

Können wir uns wundern, wenn Engels sich über die Wut der Bourgeoisblätter freut? Aus Schottland, wo der damals schon 71jährige zur Erholung weilte, schreibt er am 14. September 1891:

„Auch der Tr.-U.-Kongreß in Newcastle ist ein Sieg. ... die Bourgeoisblätter erkennen die Niederlage der bürgerlichen Arbeiterpartei [18] vollständig und mit Schrecken, Heulen und Zähneklappern an. Besonders die schottischen Liberalen, diese intelligentesten und klassischsten Bourgeois des Reiches, sind einstimmig in ihrem Geheul ob des großen Pechs und der rettungslosen Verbohrtheit der Arbeiter."

Und zwei Wochen später noch einmal: „Du hättest die liberalen Blätter lesen sollen, besonders die schottischen, wie die jammerten über die Verwirrungen der dem Sozialismus verfallenden englischen Arbeiter." Deutlich fühlt man die Freude des erfolgreichen kommunistischen Zellenbauers Friedrich Engels über die Wut der Bourgeoisie, deren beste Stützen die englischen Trade Unions damals noch waren, heraus. Es ist derselbe berechtigte Stolz, mit dem Marx davon spricht, daß ihn die englische Bourgeoisie „the Red Terror Doctor"[2] nennt.

Ebenso gut wie die beiden Alten, ebenso gut wie ihr Vater, verstand sich Marxens jüngste Tochter Tussy, Frau Aveling, aufs Zellenbauen. Sie begriff, wie Friedrich Engels in einem Briefe vom 9. Februar 1887 sagt, daß man in eine große Arbeiterbewegung, die noch nicht zur Klarheit gekommen. hineingehen muß. Darum arbeitete Tussy Marx, „die ihren Vater an der Arbeit gesehen", an beiden Ufern des Atlantischen Ozeans im Sinne ihres Vaters als erfolgreiche Zellenbauerin. Sowohl in Old England als in den „Staaten" wühlte sie in den alten Organisationen mit gutem Erfolge und überzeugte auch ihren Mann von der Notwendigkeit dieser revolutionären Wühlarbeit. So daß besonders in England die Avelings eine Zeitlang zu den bestgehaßten Personen in den Kreisen der Trade Unions zählten – sicher eine Ehre für sie.

Tussy weiß sich durch ihre kommunistische Zellenarbeit, ganz besonders bei den ungelernten Arbeitern, großen Einfluß zu verschaffen. Am 19. April 1890 berichtet Engels an Sorge: „Leiterin der Gasleute (im stillen) ist Tussy und die Union scheint jedenfalls weitaus die beste." Und am 30. April 1890:

„Wenn hier in London nächsten Samstag eine Riesendemonstration für den Achtstundentag zusammenkommt, so verdanken wir das allein Tussy und Aveling. Tussy ist Delegierte für ihre Silvestow-Arbeiterinnen im Rat der Gas Workers and General Labourers Union. Und in diesem Council so populär, daß sie nur our mother[3] genannt wird."

Am 11. Februar 1891 spricht der schon halb zum Engländer gewordene Engels sogar von den „von Tussy ge-boss-ten Gewerkvereinen ...", das heißt also, Tussy, die nicht einmal Mitglied der Gewerkschaft ist, hat sich allmählich, ganz im Sinne ihres Vaters und Engels', zur Seele der Bewegung

[1] Unrat.
[2] Den Doktor des roten Terrors.
[3] Unsere Mutter.

der ungelernten Arbeiter gemacht. Das wird noch deutlicher in dem Schreiben vom 8. April 1891. Engels sagt dort: „Die Bewegung hier vollzieht sich in den neuen Trade Unions vor allem in Gas-Workers und in der Achtstunden-Bill-Agitation, und in beiden stehen Avelings an der Spitze."

Nur kurze Zeit nachher, am 10. Juni 1891 heißt es dann:

„Hier geht die Bewegung recht gut. Die U. der Gas Workers.. . nimmt mehr und mehr die erste Stelle hier ein, dank namentlich Tussy."

Sie mußten also brav gewühlt haben, Tochter und Schwiegersohn von Marx.

[18] Aber auch die deutschen Sozialdemokraten von damals müssen nach der Ansicht von E n g e l s tüchtige Zellenbauer gewesen sein. So schreibt er:

„In Deutschland geht's famos. Wir haben jetzt noch bessere Agitatoren als Bismarck, Ruhrkohlengräber sind uns sicher."

Und ähnlich in einem anderen Briefe ungefähr aus derselben Zeit:

„Die Bewegung dort, ganz wie hier und jetzt auch in den Kohlenbezirken Deutschlands, läßt sich nicht durch Predigen allein machen. Die Kohlengräber gehören uns heute potentiell und mit Notwendigkeit. Im Ruhrgebiet geht der Prozeß rasch vor sich."

Wir sehen also, daß die Amsterdamer und Barmatsozialisten wirklich keine Veranlassung haben, sich auf unsere Altmeister zu berufen, und daß wir K o m m u n i s t e n vielmehr ganz in ihrem Geiste arbeiten, wenn wir planmäßig in den Gewerkschaften tätig sind.

*

PROBLEME DER PARTEI

„Arbeiter- und Bauernregierung."

Unter diesem Titel, mit einem großen Fragezeichen versehen, schickt uns ein Breslauer Genosse folgenden Artikel. Bedenken offen auszusprechen, ist gut, weil ihre Widerlegung der Klarheit der Partei über ihre Aufgaben nützt. Besonders gilt dies heute für die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, die gerade jetzt für die Agitation sehr wichtig ist. Daß ihr gegenüber noch gewisse Zweifel in der Partei bestehen, die durch eine lange Sabotage dieser Parole verstärkt wurden und heute noch ihre praktische Anwendung hemmen, ist richtig. Daß aber die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung erst jetzt „vereinzelt und schüchtern" auftaucht, stimmt nicht ganz. Bekanntlich hat nicht nur die Reichskonferenz, sondern schon der 10. Parteitag die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ausgegeben. Wir erteilen im folgenden dem Genossen H o e r n l e das Wort zur Erwiderung. Die Redaktion.

Nach einer Pause von über zwei Jahren taucht, wenn auch vereinzelt und schüchtern, erneut die Losung auf: „Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!"

Uns allen ist noch in Erinnerung, auf welche Schwierigkeiten unsere Genossen in den großindustriellen Betrieben stießen beim Verteidigen dieser Losung in den Belegschaftsversammlungen und in Gesprächen mit Arbeitskollegen. Insbesondere nach den praktischen Erfahrungen der Kriegs- und Inflationszeit sieht der deutsche Industriearbeiter in dem Bauer nicht den Enterbten und Entrechteten, sondern den Besitzenden. 1923 nutzte die SPD diese Stimmung zur Lächerlichmachung unserer Genossen geschickt aus. Demzufolge sahen sich die Genossen in Versammlungen des öfteren ge-[20]zwungen, den Begriff „Arbeiter- und Bauernregierung" zu zergliedern. Dies tat jeder, wie er es eben verstand. Z. B. zur Durchführung der Revolution brauchen die Industriearbeiter Brot; Stadt und Land gehören zusammen usw.

In Deutschland haben wir auf dem Lande 3,5 Millionen Knechte, Mägde, Arbeiter und Tagelöhner ohne eigenes Land. Die Familien hinzugerechnet ergibt das eine Zahl von 10 Millionen Köpfen. Kleine Landbetriebe sind vorhanden: Unter zwei Hektar – 3,5 Millionen, mit zwei bis fünf Hektar – eine Million. Mit den Familienzugehörigen ergibt das eine Zahl von 13 Millionen Köpfen und etwa

7,75 Millionen Hektar Land. Großbetriebe mit über 100 Hektar nehmen eine Fläche von 7 Millionen ein; hinzugerechnet die verpachteten Großflächen ergibt sich die Summe von 17 Millionen Hektar.

Ist es angesichts dieser Zahlen notwendig, die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung“ eben als Arbeiter- und Bauernregierung zu formulieren?

Nein! Weshalb?

Der russische Begriff „krestjanin“ deckt sich mit dem deutschen Begriff „Bauer“ nicht. Der deutsche Arbeiter sieht in dem Bauer nicht den „krestjanin“, sondern den „kulak“. (Aus zweierlei Gründen. Erstens ist der deutsche Bauer relativ im Durchschnitt wohlhabender als der russische. Zweitens ist der Kontakt zwischen Arbeitern und Bauern in Rußland inniger, da der Prozentsatz von Bauernsöhnen und Töchtern, die vorübergehend in der Stadt oder Industrie arbeiten, dort größer ist.) Bei einiger Uebertreibung kann man die deutsche Losung „Arbeiter- und Bauernregierung“ ins Russische als „Arbeiter- und Kulakregierung“ übersetzen. Es ist klar, daß diese Losung keinerlei Verständnis weder bei den russischen Arbeitern noch bei den armen (auf die es ankommt) Bauern finden würde. Aehnlich wie in Deutschland die Losung „Arbeiter und Bauernregierung“.

Weiter. Die Möglichkeit der Erdrosselung der Revolution durch die Landbevölkerung ist in Deutschland im Vergleich zu Rußland minimal. Auch wird in der Belieferung der Industriearbeiterschaft (Armee) mit Lebensmitteln die ausschlaggebende Rolle nicht der Kleinbauer spielen, sondern der verstaatlichte Großgrundbesitz, d. h. der Landarbeiter. Deshalb – bei aller Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gewinnung des Kleinbauern – ist die Notwendigkeit der Gewinnung des Landarbeiters wichtiger.

Es ist richtig: Der kleine und mittlere Bauer muß für das Bündnis mit der Industriearbeiterschaft gewonnen werden. Aber: dasselbe trifft auch in bezug auf die Angestellten und Beamten zu. Logischerweise müßte also die Losung heißen: „Regierung der Industrie- und Landarbeiter und der Beamten, Angestellten und Bauern“. Auch in dieser langen Formulierung sind nicht alle Kategorien genannt, auf die oder auf deren Sympathien sich die deutsche Sowjetregierung stützen wird (Soldaten, Matrosen, Kleinkaufleute).

Jede Losung muß kurz und schlagend sein.

Aus oben angeführten Gründen ist es richtig, die besprochene Losung zu formulieren: „Regierung der Industrie- und Landarbeiter“.

W. Biewald.

Erwiderung.

Wir begrüßen es, daß der Genosse B. die Bedenken und Hemmungen, die in der Mitgliedschaft unserer deutschen Partei immer noch vorhanden sind, endlich einmal klar und unumwunden zum Ausdruck bringt. Die immer noch mangelhafte Stellung unserer Presse, unserer Gemeinde und Landespolitik zu der Bauernfrage beruht auf diesen Bedenken, die leider meist nicht offen ausgesprochen werden.

Worin bestehen die Einwände?

1. Die soziale Struktur der deutschen Bauernschaft und ihre zahlenmäßige Bedeutung sei in Deutschland anders als in Rußland. Soweit Genosse B. das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Arbeiter und Bauer in Deutschland betrachtet, hat er vollkommen recht. Die Bauernschaft ist in Deutschland in der Minderheit. Was aber die soziale Struktur der deutschen Bauernschaft anbetrifft, so ist sie im wesentlichen dieselbe wie in Rußland. [21] Auch die deutsche Bauernschaft setzt sich zusammen aus Halbproletariern und Zwergbauern, ausgesprochenen Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern. Es scheint uns kein Zufall zu sein, daß Genosse B. bei seiner statistischen Uebersicht über die deutsche Bauernschaft ausgerechnet die wichtige Schicht der Mittelbauern vergessen hat. Er spricht von Betrieben unter 5 Hektar und Großbetrieben über 100 Hektar. Wo bleiben die Betriebe über 5 Hektar und unter 20 Hektar? Die Schicht der Mittelbauern zählt in Deutschland rund 1 Million Betriebe. Bei schlechten Böden kann man sogar Bauern mit 30 Hektar noch zu den Mittelbauern

zählen. Entscheidend ist, ob sie ständig fremde Lohnarbeit ausbeuten oder im wesentlichen Familienbetriebe sind. Warum vergißt Genosse B. den Mittelbauer, der vor allem in Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Hessen) die „zentrale Figur" im Dorfe ist? Die starke Stellung der monarchistischen Reaktion in Bayern ist wesentlich ein Resultat der Tatsache, daß sie sich dort auf die breiten bäuerlichen Schichten stützen kann. Die Ideologie des Mittelbauern beherrscht das ganze Dorf, auch das Gesinde, auch das Dorfproletariat. Diese Mittelbauernschaft von den Großbauern und Junkern loszulösen, dem Proletariat nahe zu bringen, ist vor allem in Süddeutschland eine der zentralen Aufgaben der Partei.

2. Der russische Begriff „Krestjanin" decke sich nicht mit dem deutschen Begriff „Bauer". Er deckt sich genau mit diesem Begriff in ganz Süd-, Mittel- und Westdeutschland. Nur in Ostelbien und in Niedersachsen wird der Begriff „Bauer" auf den kleineren Gutsbesitzer angewandt. Die Bauern in unserem Sinne heißen dort Halbbauern. Doch sind diese Gebiete für die Probleme der Bauernpolitik nicht entscheidend. Die Landarbeitermassen dieser Gebiete begreifen sehr gut, daß wir mit unserer Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" nicht den Großbauer, sondern den Klein- und Mittelbauer meinen. Bei den Landarbeitern stößt die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung erfahrungsgemäß auf keine wesentlichen Mißverständnisse oder Widerstände. Gewisse Mißverhältnisse zu beseitigen, ist eine Aufgabe der kommunistischen Aufklärung.

3. Der deutsche Bauer sei im Durchschnitt „wohlhabender" als der russische. Diese Behauptung beweist eine ganz verkehrte Auffassung des Problems. Nicht auf das absolute Niveau der „Wohlhabenheit", d. h. auf die durchschnittliche technische und kulturelle Höhe der Bauernwirtschaft kommt es an. Entscheidend ist, ob der Bauer fremde Lohnarbeit ausbeutet, ob er Kapital akkumuliert, kurzum, ob seine Interessen ihn enger mit der Bourgeoisie oder mit dem Proletariat verbinden. Auch zwischen Kleinbauer und Proletarier bestehen natürlich gewisse Interessengegensätze. Sie sind bereits in den Thesen des II. Weltkongresses aufgezeigt. Dort hat Lenin aber gleichzeitig den Nachweis erbracht, daß diese Gegensätze leicht überbrückbar sind und zurücktreten müssen gegenüber der fundamentalen Interessengemeinschaft aller Ausgebeuteten gegenüber der Bourgeoisie. Es ist Unsinn zu behaupten, daß die Masse der deutschen Bauern „Kulaken" sei. Kulakenwirtschaften gibt es in Deutschland, wenn es hochkommt, rund 250.000, d. h. Wirtschaften, deren ökonomische Grundlage trotz persönlicher Mitarbeit des Besitzers und seiner Familie in der Hauptsache auf der Ausbeutung fremder Lohnarbeit beruht. Aber auch die „Wohlhabenheit" des deutschen Bauern ist mehr oder weniger ein Märchen. Schon vor dem Kriege war die Masse der deutschen Kleinbauern schwer verschuldet und nur in sehr beschränktem Sinne „Eigentümer" des von ihnen bebauten Grund und Bodens. Ein Fünftel der Bauernschaft ist auf Pachtland ganz oder teilweise angewiesen. Gerade wir Kommunisten müssen scharf dagegen ankämpfen, daß der Proletarier im Klein- und Mittelbauern den „Besitzenden" sieht, d. h. wir müssen eine energische Umstellung, vor allem auch unserer Gemeindepolitik in dieser Beziehung vornehmen. Seit der Stabilisierung der Mark und bei der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise ist die „Wohlhabenheit" des deutschen Bauern vollends in die Brüche gegangen. Die Kleinbauernwirtschaften sind bereits so gut wie ruiniert und sogar Mittelbauernwirtschaften halten sich vielfach nur mühsam über Wasser.

4. Der Kontakt zwischen Arbeiter und Bauer sei inniger in Rußland als in Deutschland. Auch diese Behauptung verrät eine fundamentale Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Unsere Genossen müssen sich abgewöhnen, lokale Verhältnisse ihrer Gegend sofort zu verallgemeinern. Wir können umgekehrt sagen: Die Mehrzahl der deutschen Bauernschaft ist in irgendeiner Form auf dauernde oder gelegentliche Lohnarbeit, sei es in der Industrie oder auf den Gütern und Forstes, oder bei Kanal- und Straßenbauten, in Steinbrüchen und Bergwerken, oder aber in der Heimarbeit angewiesen. Die Figur des ländlichen Halbproletariers spielt in Mitteldeutschland, Thüringen, Sachsen, in ganz Süddeutschland eine wichtige Rolle, gerade auch in den industriellen Großbetrieben. Mitunter bestehen hier sehr scharfe Gegensätze zwischen diesen Halbproletariern und den Vollproletariern, woraus sich für die Partei und ihre Betriebszellen ganz besondere Probleme ergeben. Umgekehrt sind viele Landproletarier gleichzeitig Zwergbauern und Kleinpächter.

5. Die Möglichkeit der Erdrosselung der Revolution durch die Landbevölkerung sei in Deutschland im Vergleich zu Rußland „minimal". Wäre dieses Argument richtig, so müßte man natürlich nicht

nur die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, sondern überhaupt jede ernsthafte kommunistische Bauernpolitik in Deutschland als Kraftvergeudung ablehnen. Denn „minimale“ Gefahren bekämpft man nicht ernstlich. Aber seit wann ist die monarchistische Reaktion in Bayern, die ganze Bayernfrage für die deutsche Revolution eine minimale Gefahr? Ist die Bolz-Bazille-Regierung in Württemberg eine ernste Gefahr oder nicht? Bestehen enge Verbindungen zwischen der ostelbischen Konterrevolution und ihren bewaffneten Verbänden mit der süddeutschen Konterrevolution oder nicht? Besteht die Reichswehr, die legale wie die schwarze, zum großen Teil aus Bauernsöhnen oder nicht? Bilden die ländlichen Gebiete eine politische Machtgrundlage für die Rechtsparteien und das Zentrum oder nicht? Diese Fragen stellen, heißt doch sie mit ja beantworten. Wir sehen, wie falsch es ist, mit leeren Zahlen zu operieren, statt mit lebendigen Klassenkräften. Die Bauernschaft spielt deshalb in Deutschland eine wesentliche Rolle, weil sie im Bündnis mit der Bourgeoisie eine der festesten Stützen der wirtschaftlichen und politischen Reaktion bildet. Wenn wir diesen Pfeiler aus dem Gebäude der Konterrevolution ausbrechen, so wird das ganze Gebäude ins Wanken geraten.

6. Die Belieferung der Industriearbeiterschaft im Momente der Revolution mit Lebensmitteln werde durch den verstaatlichten Großgrundbesitz und durch die revolutionären Landarbeiter bewerkstelligt. Auch hier eine ganz mechanische abstrakte Auffassung. Die Revolution und vor allem die Sozialisierung der Gutsbetriebe ist keine einmalige Handlung, die in 24 Sunden abläuft. Sie ist eine Kette von schweren andauernden Kämpfen, von Vorstößen und Rückschlägen, sie wird sich in den verschiedenen Gebieten in verschiedener Stärke, mit verschiedenen Kräften und in verschiedenen Formen abspielen. Große Industriegebiete sind von bäuerlichen Gebieten umgeben, z. B. München, Augsburg, Nürnberg, Mannheim, Ludwigshafen, Frankfurt, Kassel, Köln. Andere große Industriegebiete sind zwar von landwirtschaftlichen Großbetrieben umgeben, aber gleichzeitig bestehen in ihrem Umkreis viele bäuerliche Betriebe mit einer zahlreichen bäuerlichen Bevölkerung, so bei Düsseldorf, Hamburg, Berlin. Das riesige Industriegebiet der Ruhr ist von seiner ostelbischen Ernährungsgrundlage durch breite Bauerngebiete (Niedersachsen) getrennt. Die revolutionären Arbeiter werden also gerade in den schwierigsten Momenten der Revolution sehr stark auf die Sympathien, mindestens die Neutralität der Bauernmassen angewiesen sein. Sie werden sonst im besten Falle starke Kräfte auf dem Lande festlegen müssen, die dringend an der Roten Front gebraucht werden. Die Entfesselung des Klassenkampfes im Dorfe, die Gewinnung der ärmeren Bauernschichten, die Neutralisierung der mittleren, ja größeren Bauern kann aber nicht im letzten Moment erreicht werden, sie muß das Resultat einer ziemlich langes, zielklaren Vorbereitung sein. Zu dieser Vorbereitung gehört auch die Schaffung einer richtigen Einstellung des Industrieproletariats zum Bauern. Warum [23] kann die Partei heute noch so schwer Einfluß gewinnen bei den Kleinbauern Thüringens und im Erzgebirge? Wesentlich deshalb, weil im Herbst 1923 die Kontrollausschüsse und Betriebsräte der Bauernschaft gegenüber eine grundverkehrte Taktik befolgten, weil häufig genug erwerbslose Proletarier nicht beim Großbauern, sondern beim Klein- und Mittelbauern „requirieren“ gingen. Und warum? Weil sie nicht differenzieren gelernt haften, weil ihnen die leninistische Bündnispolitik unbekannt war, weil der Kleinbauer weniger Widerstand leisten konnte als der bewaffnete Großbesitzer.

7. Die Angestellten und Beamten seien für das Bündnis mit der Industriearbeiterschaft mindestens ebenso wichtig wie der kleinere und mittlere Bauer. Auch hier eine grundsätzlich falsche Einstellung. Die Angestellten- und Beamtenmassen sind für die Durchführung der Revolution unzweifelhaft nicht minder wichtig als die Bauern, aber sie sind nicht „e b e n s o“, nicht in d e m s e l b e n Sinne wichtig. Die Angestellten und Beamten sind keine Mittelschichten im ökonomischen Sinne, sondern P r o l e t a r i e r. Sie kommen nicht als Verbündete, sondern als aktive Kämpfer in der proletarischen Front in Betracht. Sie gehören zur Arbeiterklasse. Wollten wir die Arbeit unter Angestellten und Beamten als eine Frage der Bündnispolitik betrachten, so würden wir zu einer ganz falschen Politik und Taktik gegenüber diesen Schichten kommen. Unsere Gewerkschaftsarbeit ist gleichzeitig Angestellten- und Beamtenarbeit. Die Bauernfrage ist etwas ganz anderes. In der Losung Arbeiter- und Bauernregierung sind die Angestellten- und Beamtenmassen in den Begriff Arbeiter e i n b e z o g e n. Eine Losung Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Bauernregierung wäre prinzipiell und faktisch f a l s c h.

Die Losung: „Regierung der Industrie- und Landarbeiter“ aber, die Genosse B. vorschlägt, muß selbstverständlich zurückgewiesen werden. Das wäre ausgesprochen „zünftlerische Arbeiterpolitik“, Wie sie die Komintern bereits auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive im Sommer 1923, als sie die Losung Arbeiter- und Bauernregierung erstmalig herausgab, scharf zu rückgewiesen hat. E. H ö r n l e.

RUNDSCHAU

Vorbemerkung.

In dieser Rubrik werden wir regelmäßige und fortlaufende Uebersichten über die Hauptgebiete des politischen, ökonomischen und sozialen Lebens veröffentlichen. Diese Uebersichten werden je nach der Wichtigkeit der Gebiete 14täglich, monatlich und vierteljährlich erscheinen und folgende Gebiete umfassen: Deutsche Politik – Internationale Politik – Sowjetunion – Gewerkschaftsbewegung – Komintern – SPD und 2. Internationale – Wirtschaft – Militärische Fragen – Sozialpolitik – Arbeitsrecht – Technik und Technologie – Arbeitstechnik – Jugendbewegung usw. Die Redaktion.

Komintern.

Die wichtigste Frage, von der gegenwärtig das Leben der KP F r a n k r e i c h s beherrscht wird, ist die Inflation und ihre Auswirkungen auf die arbeitenden Mittelschichten. Die Partei brachte vor einiger Zeit einen Antrag in der Kammer ein, der die Nationalisierung des Außenhandels und der Banken verlangte. Dabei wurde auch, zwar nicht sehr klar, von der Arbeiterkontrolle gesprochen, unter der diese Maßnahmen durchgeführt werden sollten.

Die Stellungnahme der Partei führte zu einer schärferen Debatte über die Frage des Charakters der kommunistischen Forderungen. Eine Landeskonferenz, die Anfang Dezember stattfand, beschloß, daß es im Augenblick [24] für die Politik der KPF von größter Bedeutung sei, konkrete Tagesforderungen zu stellen. Dementsprechend wurde nun der Hauptwert auf folgende Losungen gelegt: Beseitigung der Finanzkrise auf Kosten des Kapitals, Annullierung der internationalen Kriegsschulden, Kampf gegen die Teuerung, Einführung der gleitenden Lohnskala, Ausbau der Sozialversicherung, Bau von billigen Wohnungen und Erhöhung der Unterstützung an die Kriegsopfer.

Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen richtete die Partei an die sozialistische Partei einen Offenen Brief zum Zwecke des gemeinsamen Vorgehens für die Durchsetzung vorstehender Forderungen. Außerdem richtete die CGTU an die CGT ein Schreiben, in dem zur Bildung der Einheitsfront auf Grundlage obengenannter Forderungen aufgefordert wurde. Bis zum Augenblick wurde von beiden Spitzenorganisationen nicht geantwortet. Jedoch erzielte die Partei bei Einsetzung der Kampagne eine Reihe Erfolge auf dieser Basis. Im Zusammenhang mit den Forderungen entfaltete die Partei eine Kampagne zugunsten des durch die Inflation stark bedrohten Kleinbürgertums. Als praktische Maßnahme für die Verbesserung ihrer Lage wurde Schutz der Pacht- und Mietverträge und Umwandlung ihrer Guthaben beim Staat in kurzfristige Werte verlangt. Neben diesen Forderungen wurde innerhalb der Mittelschichten eine Kampagne entwickelt, die Aufklärung über den realen Sinn der faschistischen Bewegung bezweckte. Der Kampf gegen die faschistische Bewegung gipfelte in der Forderung der Auflösung ihrer Organisationen.

Eine starke und erfolgreiche Arbeit entwickelte die Partei unter den Bauern. Hierbei sind besonders die in der letzten Zeit stattgefundenen Bauernkongresse zu erwähnen, die vollkommen unter dem Einfluß der Partei standen.

*

Die Lage der Kommunistischen Partei E n g l a n d s wird durch die Verfolgungen und Verurteilungen der Mitglieder der Zentrale charakterisiert. Diese Maßnahmen können als Auftakt eines allgemeinen Angriffs der konservativen Regierung auf die Arbeiterklasse bezeichnet werden. Da bei der Verurteilung der Zentrale-Mitglieder die Frage der Legalität der Kommunistischen Partei aufgeworfen wurde, sieht die Partei im Augenblick als eine ihrer Hauptaufgaben, den Kampf um die Legalität aufzunehmen. Die Zentrale richtete an die Partei einen Aufruf, in dem sie die gegenwärtige Lage Englands einer allgemeinen Analyse unterwarf, und die Arbeiterschaft auf die Gefahr aufmerksam machte, wenn sie nicht zu einer einheitlichen Abwehr der Angriffe der Bourgeoisie übergehe.

Das Vorgehen der Bourgeoisie gegen die KPE wurde zweifellos erleichtert durch die Beschlüsse der Labour Party auf ihrem letzten Kongreß. In der augenblicklichen Situation sieht die Partei ihre wichtigste Aufgabe in der Durchsetzung der Beschlüsse des Kongresses der Trade-Unions in Scarborough und in dem Aufbau der Fraktionen, Unterstützung des linken Flügels in der englischen Arbeiterbewegung, Hilfe in der Arbeitslosenbewegung und vor allem aktive Tätigkeit in der Schaffung der Labour Defense Corps (Arbeiter-Abwehr).

Innerhalb des linken Flügels in der Labour Party ist eine gewisse Spaltung hervorzuheben, die bei den parlamentarischen Verhandlungen über den Locarno-Pakt zum Durchbruch kam. Die Opposition wird geführt von Lansboury und Weedgewood. Lansbury selbst solidarisierte sich in seinem „Labour Weekly“ mit den verurteilten Mitgliedern der KPE. Er schreibt dort, daß es der Angriff des Kapitals gegen den linken Flügel der Arbeiterklasse sei. Voraussetzung für dieses Vorgehen seien die Beschlüsse des letzten Kongresses der Labour Party gewesen. Eine ähnliche Stellung nahmen andere Führer des linken Flügels ein.

Von einer Reihe von Mitgliedern des linken Flügels wurde ein Aufruf veröffentlicht, der sich gegen das Urteil ausspricht und auf die Gefahren, die für die Arbeiterklasse daraus entstehen, aufmerksam macht. Es wird dort gesagt, daß, wenn das Gericht erklärte, Propaganda des Klassen-[25]kampfes und antimilitaristische Tätigkeit seien Aufruhr, so könne man mit diesen Maßnahmen Angriffe gegen die gesamte englische Arbeiterklasse durchführen.

Der rechte Flügel gibt seinem Staunen über die Taktik der Kommunistischen Partei Ausdruck und erklärt, daß sie selbst die Schuld an der Verurteilung tragen. Doch sah man sich veranlaßt, einen Protest zu veranstalten, weil durch die Verurteilung das Recht der freien Meinungsäußerung bedroht sei und weil durch solche Urteile unter Umständen der Boden für Maßnahmen gegen andere Organisationen der Arbeiterklasse vorbereitet werden könnte. Eine gemeinsame Protestkundgebung der Exekutive der Labour Party und des Generalrates der Trade-Unions wurde beschlossen. Aehnliche Beschlüsse faßten eine Reihe gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen.

*

Die durch das Wahlresultat in der Tschechoslowakei hereingebrochene Regierungskrise beschäftigte die Politik der Partei in der letzten Zeit. Die Partei wurde von den tschechischen Sozialdemokraten zur Teilnahme an einer Regierung aufgefordert. Die Partei entwickelte in einem größeren Aufruf ihre Stellungnahme zur Regierungskrise und kennzeichnete ihre Politik der nächsten Zeit. Es wird abgelehnt, sich an einer irgendwie gearteten bürgerlichen Regierung zu beteiligen. Für die Partei bleibe auch nach dem Erfolg die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung bestehen. Als wichtigste Aufgabe der arbeitenden Massen wird die Bildung einer einheitlichen Kampffront bezeichnet, weil sie die Voraussetzung irgendwelcher Erfolge auch mir in der parlamentarischen Tätigkeit sei. Als Losungen für diese Einheitsfrontkampagne stellte die Partei eine Reihe konkreter politischer, wirtschaftlicher und staatsfinanzieller Forderungen.

Das Parteileben wird im Augenblick beherrscht durch den Kampf gegen die „bubnikistischen“ (d. h. dem Renegaten Bubnik anhängenden) Vorsitzenden der roten Bau- und Holzarbeiterverbände, die ihre Tätigkeit darin sehen, die Verschmelzungsbewegung zu verhindern. Es handelt sich hier um die Verschmelzung der beiden Organisationen mit dem Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband (rot). Die Partei kann in dieser Arbeit bereits einen gewissen Erfolg buchen, indem sie die Stellung der beiden Vorsitzenden in den Augen der Arbeitermassen stark erschüttert hat.

Eine allgemeine Kampagne der Partei gegen die Massenentlassungen von Staatsangestellten und für die Erhöhung ihrer Gehälter ist im Gange.

*

Die Tätigkeit der italienischen KP, die illegal wirkt, ist in der letzten Zeit mehrfach durch zunehmende Verfolgungen und Verhaftungen von seiten der faschistischen Regierung behindert worden. Die Partei hat eine Kampagne für die Gewerkschaftseinheit und gegen die faschistischen

Maßnahmen, jede andere nichtfaschistische Gewerkschaft zu beseitigen, eingeleitet. Sie richtete an die Confederatione Generale di Lavoro einen Einheitsfrontvorschlag.

Innerparteilich ist die Diskussion über die Probleme des kommenden Parteitages zu erwähnen. Der Einfluß der Linken (Bordiga) ist zurückgegangen. Die Opposition zeigt keine Einheitlichkeit und es ist charakteristisch, daß weniger die Anerkennung der Plattform Bordigas die Sympathien seiner Anhänger ausmacht als das persönliche Verhältnis zu ihm. Bordiga selbst beteiligt sich gegenwärtig nicht an den Parteidebatten

*

Die holländische Partei veranstaltet gegenwärtig eine Kampagne gemeinsam mit der NAS (Revolutionäre Gewerkschaftszentrale) gegen die Rückkehr des Ministers Colijn und gegen die von den Sozialdemokraten und den reformistischen Gewerkschaftsführern vorgeschlagene Koalitionsregierung der bürgerlichen Demokraten, der katholischen Staatspartei und der Sozialdemokratie.

[26] Die Partei richtete an sämtliche Arbeiterorganisationen einen allgemeinen Aufruf zum Zwecke der Einberufung eines Arbeiterkongresses. Dieser Kongreß soll sich vor allem mit der Aufstellung eines Minimalprogramms beschäftigen, in dem die wichtigsten Kampfforderungen des Augenblicks für die holländische Arbeiterklasse festgehalten werden sollen. Weiter ist zu erwähnen ein Aufruf der Partei an die holländische Arbeiterschaft zwecks Unterstützung einer Kampagne zugunsten der indischen revolutionären Bewegung und gegen die reaktionären Maßnahmen in Holländisch-Indien mit dem Ziele der Freilassung der politischen Gefangenen in diesen Gebieten.

Bemerkenswert ist die Stellungnahme des reformistischen Gewerkschaftsführers Stenhuis in bezug auf die internationale Gewerkschaftseinheit. Er erklärt, daß jede Zusammenarbeit mit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung unbedingt abgelehnt werden müsse.

Innerparteilich ist eine Parteikrise zu erwähnen, die zu einigen Schwierigkeiten mit der Organisation in Rotterdam führte und die soweit ging, daß van Ravesteijn in der bürgerlichen Presse gegen die Partei Stellung nahm.

*

Im Vordergrund der Parteiarbeit in Schweden steht die oppositionelle Arbeit in den Gewerkschaften. Die Partei kann in dieser Richtung eine Reihe von Erfolgen verzeichnen, indem eine Anzahl gewerkschaftlicher Verbände und Kartelle Resolutionen zugunsten der Gewerkschaftseinheit angenommen haben.

Die stärkste Ortsorganisation im Metallarbeiterband, die Ortsgruppe Göteborg hat für Januar 1926 eine Konferenz der oppositionellen Gewerkschaften einberufen. Die oppositionellen Gewerkschaftler verlangen vor allem, daß auf dieser Konferenz die Frage der nationalen und internationalen Einheit erörtert sowie die Vereinigung der syndikalistischen und aller außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehenden gewerkschaftlichen Organisationen mit dem Gewerkschaftsbund durchgeführt werde. Weiter wird der Anschluß an das englisch-russische Einheitskomitee, der Kampf gegen Streikbrecherorganisationen und eine Kampagne für die Verschmelzung der Berufsorganisationen zu Industrieverbänden verlangt. Bisher haben sich über 150 gewerkschaftliche Ortsgruppen und eine Reihe von Gewerkschaftskartellen sowie syndikalistischen Organisationen zu der Konferenz zustimmend geäußert.

Allgemein ist noch zu bemerken, daß die Verhandlungen Höglunds mit der SDP so gut wie zu Ende geführt sind. Es wird von ihm die Anerkennung der Demokratie als der einzigen Methode im Kampfe der Arbeiterklasse verlangt. Außerdem keinerlei Fraktionskampf innerhalb der SDP.

*

Der Kongreß der Kommunistischen Partei Dänemarks ist für den 1. Januar 1926 einberufen. Als wichtigste Fragen, die zur Verhandlung stehen, ist die Arbeit für eine gewerkschaftliche Opposition innerhalb des Gewerkschaftsbundes zu erwähnen. Der Boden für diese Bewegung wurde in der letzten großen Aussperrung vorbereitet, nachdem die größte Organisation, der Arbeitsmännerverband (ungelernte Arbeiter), bereits beschlossen hatte, dem Gewerkschaftsbund den Rücken zu kehren.

*

Als wichtigste literarische Neuerscheinungen der kommunistischen Parteien der verschiedensten Länder sind außer in deutscher Sprache zu erwähnen: Lentzner: „La Révolution de 1905“. N. Bucharin: „La Bourgeoisie Internationale et son Apôtre Karl Kautsky“. Von der Workers Party of America: Ruthenberg: „From the Third through the Fourth Convention of the Workers (Communist) Party of America“. KP Kanada: Tim Buck: „Steps to Power“. Von der KP England: Bucharin: „Lenin as a Marxist“. Sinowjew: „Russias Path to Communism“. „Bulletin der Skandinavischen Kommunistischen Parteiföderation Nr. 3“.

Ch. Wurm.

[27]

LITERATUR

Der Bericht des Agenten über das erste Jahr des Dawesplans.

Genau zwei Jahre nach jenem 30. November des Krisenjahres 1923, an dem die Reparationskommission das Erste Sachverständigenkomitee zur Untersuchung der Fragen der Stabilisierung der deutschen Währung und des Ausgleichs des deutschen Haushalts eingesetzt hat, am 30. November 1925, erstattet der zur Kontrolle und Ueberwachung der Durchführung des von jenem Komitee entworfenen. Planes eingesetzte Generalagent für die Reparationszahlungen seinen Auftraggebern den offiziellen Bericht über das am 1. September 1925 abgelaufene erste Geschäftsjahr.

Der Bericht*) beginnt mit der Feststellung der Tatsache, daß die bisherige Ausführung des Planes voll und ganz geklappt hat. In den ersten beiden Monaten – September-Oktober 1924 – wurde die neue deutsche Reichsbank errichtet, die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen in eine private Aktiengesellschaft umgewandelt, die Ausgabe der elf Milliarden Eisenbahnobligationen organisiert und die Ausgabe der unmittelbar auf die Industrie gelegten weiteren 5 Milliarden Industrieobligationen vorbereitet. In der gleichen Periode wurden auch alle Vorbereitungen für die demnächst bewerkstelligte Ausgabe der „Deutschen Auswärtigen Anleihe 1924“ in Höhe von 800 Millionen Goldmark getroffen und die fiskalische und ökonomische Einheit Deutschlands im Sinne des Londoner Abkommens vom 30. August 1924 wieder hergestellt.

Auch die weitere Durchführung des Planes während der restlichen zehn Monate des ersten Geschäftsjahres verlief nach dem Bericht des Agenten in vollkommener Uebereinstimmung mit den daran geknüpften Erwartungen. Der deutsche Staatshaushalt wurde mehr als ausreichend balanziert, die Stabilität der deutschen Währung ununterbrochen und vollständig aufrechterhalten. Last not least wurde auch der für das erste Jahr geschuldete Reparationsbetrag (die erste Annuität) in Höhe von 1 Milliarde Goldmark pünktlich und vollständig auf das Konto des Agenten für die Reparationszahlungen eingezahlt und von diesem dazu verwendet, um sämtliche Gläubigermächte in den fortlaufenden und regelmäßigen Genuß ihrer Zahlungen und Sachlieferungen zu setzen.

Darüber hinaus sind in dem jetzt beendeten ersten Geschäftsjahr schon alle erforderlichen Vorkehrungen dafür getroffen worden, daß auch der für das zweite Geschäftsjahr zu zahlende Jahresbetrag in Höhe von 1220 Goldmark pünktlich und glatt zur Auszahlung gebracht werden kann. Und wie der deutsche Schuldner schon im ersten Geschäftsjahr einen Teil der von ihm geschuldeten Beträge gegen einen billigen Diskont von 6 Prozent freiwillig eine bestimmte Zeit vor dem Tage ihrer Fälligkeit im voraus entrichtet hat (wobei für die Gläubiger, wie die Schlußrechnung des Agenten in Anlage VI des Berichts zeigt, vermittels einer vorteilhaftes anderweitigen Anlegung der so im voraus erhaltenen Gelder noch ein kleiner Zuschußgewinn von X Million Goldmark zu der Hauptsumme von 1000 Millionen hinzu erzielt worden ist!), so hat der deutsche Schuldner auch schon für die [28] größeren, im zweiten Geschäftsjahr anfallenden Beträge sich zu monatlichen Teilzahlungen im voraus verpflichtet und hat die hiernach für die beiden ersten Monate des zweiten Geschäftsjahres fällig

*) Report of the Agent General for Reparation Payments, 120 Seiten (englisch) – zu erlangen im Büro des Agenten, Berlin, Luisenstraße 33.

gewordenen Teilbeträge auch bereits tatsächlich im Oktober und November 1925 auf das Konto des Reparationsagenten eingezahlt. Ueberall, wo es nötig war oder auch nur irgend zweckmäßig scheinen konnte, sind auch schon beträchtliche Reserven zur Sicherung der in künftigen Jahren fällig werdenden Beträge gebildet oder in Bildung begriffen. Insbesondere hat auch der künftige Hauptträger der Reparationslast, die Verwaltung des deutschen Staatshaushalts selbst, schon jetzt alle erdenklichen Vorkehrungen getroffen, um die wirkliche Auszahlung der bis zum ersten „Normaljahr“ 1928/29 ständig und schnell anwachsenden Summen, die aus dem Haushalt selbst gezahlt werden müssen, nach aller Möglichkeit zu sichern. Dieser Erfüllungsfanatismus geht so weit, daß in dem jetzt dem Reichsrat zugeleiteten Reichshaushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1926/27 (welches die Zeit vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1927 umfaßt und also fünf Zwölftel des zweiten und sieben Zwölftel des dritten Reparationsjahres in sich einschließt) sogar schon ein Ansatz für einen Zuschußbetrag von 145,8 (gleich sieben Zwölftel von 250) Millionen Goldmark über den Betrag der auf dieses Jahr normalerweise entfallenden Zahlungslast hinaus enthalten ist. Dieser Zuschußbetrag ist nach dem Dawes-Plan nur unter der Bedingung zu zahlen, daß die für die Reparationsschuld zunächst und speziell verpfändeten Einnahmen Deutschlands (d. h. die Einnahmen aus den Zöllen, der Bier-, Tabak- und Zuckersteuer und der Reingewinn aus dem Branntweinmonopol) im zweiten und drittes Reparationsjahre den Betrag von 1 bzw. 1¼ Milliarde überschreiten. Indem die deutsche Finanzverwaltung diesen erst nach Ablauf des dritten Reparationsjahres fälligen und auch dann nur bedingt geschuldeten Betrag schon heute als reguläre Ausgabe in den Voranschlag für 1926 aufnimmt, richtet sie sich etatmäßig schon jetzt darauf ein, daß der deutsche Schuldner im dritten und vierten Reparationsjahr freiwillig (nämlich infolge eines von ihm selbst aus freien Stücken geschaffenen Zustandes seines inneren Finanzsystems) an seine auswärtigen Gläubiger eine absolute Mehrzahlung von jährlich 250 Millionen Goldmark (nämlich statt der durch den Dawes-Plan unbedingt vorgeschriebenen Summen von 1200 und 1750 Goldmark die Summen von 1450 und 2 Milliarden Goldmark) zu leisten haben wird.

In diesen und einer großen Reihe von anderen Tatsachen über die der Agent seinen Auftraggebern Bericht erstattet, offenbart sich mit größter Deutlichkeit, wie vollkommen jene erste Vorbedingung, von der vor zwei Jahren das Dawes-Komitee das Gelingen des von ihm vorgeschlagenen Planes für die Erfüllung der Reparationsschulden in erster Linie abhängig gemacht hat: die volle Erfüllungsbereitschaft des deutschen Schuldners, bei diesem vom ersten Tage des Inkrafttretens des Dawes-Planes an vorhanden gewesen ist. Und es besteht auch kein Zweifel, daß die vollkommene Erfüllung dieser subjektiven Vorbedingung gerade in diesem ersten Jahre, wo einer glatten Erledigung der Zahlungen keinerlei objektive Hindernisse im Wege gestanden haben, für das gute Funktionieren des Planes eine ausschlaggebende Bedeutung gehabt hat. Der Agent bestätigt ausdrücklich, daß zu dem guten Ergebnis des ersten Jahres „alle an der Ausführung des Planes Beteiligten loyal und im Geiste freundschaftlichen Entgegenkommens zusammengewirkt haben“.

Wie wichtig aber diese Feststellung ist, daß Deutschland im ersten Reparationsjahre seine Erfüllungsbereitschaft durch die pünktliche und sogar überpünktliche Zahlung der ersten Reparationsmilliarde vollauf bewiesen hat, so ist doch ungleich wichtiger die Frage, ob ein gleich gutes Resultat auch für die künftigen Jahre, wo für die Zahlungsfähigkeit des deutschen Schuldners sein [29] guter Erfüllungswille allein nicht ausreichend sein wird mit einiger Zuverlässigkeit erwartet werden kann. Im abgelaufenen ersten Reparationsjahre erhielt bekanntlich Deutschland den weitaus größten Teil der von ihm an seine Reparationsgläubiger zu zahlenden Summe, vier Fünftel, von diesen Gläubigern selbst auf dem Wege der sogenannten Dawes-Anleihe vorgestreckt. Die größeren und außerordentlich schnell wachsenden Beträge für die kommenden Jahre aber wird es aus eigenen Mitteln aufbringen müssen, und ob es dazu imstande sein wird, hängt natürlich keineswegs allein oder auch nur in erster Linie von seinem subjektiven Erfüllungswillen ab. Und ganz ähnlich verhält es sich auch mit den beiden anderen schon durch die bisherige Auswirkung des Dawes-Plans hinreichend gesicherten Voraussetzungen, von deren Erfüllung das Gelingen des Planes ebenfalls abhängig ist und die bei der bisherigen Erörterung über die Auswirkungen des Dawes-Planes im Vordergrund gestanden haben: Auch die weitere Aufrechterhaltung der Stabilität der deutschen Währung

und des Gleichgewichts im deutschen Staatshaushalt, so wichtig sie als Voraussetzungen und Vorbedingungen für die Möglichkeit aller künftigen Reparationszahlungen sind, da ja durch ihren Fortfall die Möglichkeit jedes geordneten Zahlungsverfahrens wieder aufgehoben und der Zustand von 1923 wiederkehren würde, können doch an sich nichts Positives beitragen zur Herbeiführung desjenigen Zustandes, von dessen Herstellung der weitere Erfolg des Dawes-Planes in der nächsten Zukunft entscheidend abhängt; sie garantieren in keiner Weise die wirkliche Zahlungsfähigkeit des deutschen Reparationsschuldners. Diese wird vielmehr allein bestimmt von der objektiven Entwickelung der deutschen Handelsbilanz einerseits und der damit zusammenhängenden Wiederherstellung und Erneuerung der Rentabilität der deutschen Produktions- und Handelsbetriebe auf der durch den Krieg und die Kriegsfolgen erheblich veränderten weltwirtschaftlichen Basis andererseits. Die für die zukünftige praktische Weiterentwicklung des Reparationsproblems entscheidende Frage besteht also darin, welche Entwicklungslinie sich auf Grund der Erfahrungen des ersten Reparationsjahres mit Bezug auf diese beiden Tendenzen: die Tendenz zur Wiederherstellung einer aktiven Handelsbilanz und die Tendenz zur Wiedergewinnung der Rentabilität der deutschen Produktion auf der veränderten weltwirtschaftlichen Grundlage erkennen läßt.

Gerade über diese beiden für die künftige praktische Weiterentwickelung des ganzen Reparationsproblems entscheidenden Fragen finden wir aber auch in dem gegenwärtigen Bericht des Reparationsagenten ganz ebenso. wenig eine klare Auskunft, wie in den schon vor zwei Jahren, also vor aller praktischen Erfahrung, von den Sachverständigen des Dawes-Komitees selbst über diese Fragen angestellten Spekulationen. Auch der gegenwärtige Bericht sagt uns noch nichts Positives darüber, ob und inwieweit durch die bisherige Entwicklung eine wirkliche Fähigkeit des deutschen Schuldners zur künftigen Leistung der Reparationszahlungen schon erwiesen ist. Er erklärt vielmehr ausdrücklich, daß eine positive Entscheidung hierüber erst durch die künftige praktische Erfahrung gefunden werden könne. Andererseits läßt sich aber nach der Darstellung des Agenten aus der bisherigen Passivität der deutschen Handelsbilanz und den gegenwärtig in krisenhafter Form wachsenden Schwierigkeiten der deutschen industriellen und kommerziellen Unternehmungen ganz ebensowenig ein Argument für den umgekehrten Schluß auf eine dauernde Leistungsunfähigkeit des deutschen Reparationsschuldners ableiten. Wenn insbesondere die deutsche Handelsbilanz in den letzten zwölf Monaten ununterbrochen passiv gewesen ist gegenüber all den Ländern, die nach dem Dawes-Plan die Hauptgläubiger Deutschlands darstellen, so erscheint diese Tatsache zunächst als die natürliche und erwartete Folge der an Deutschland nach dem Plane des Dawes-Komitees in seiner ersten Erholungs- und Wiederauffüllungs-[30]periode gewährten ausländischen Kredite (deren Höhe übrigens von dem Reparationsagenten außerordentlich vorsichtig und nirgends annähernd so hoch eingeschätzt wird wie von dem deutschen Reichsbankdirektor Dr. Schacht und allen anderen deutschen Quellen, die den Gesamtbetrag dieser auswärtigen Anleihen bekanntlich auf 3 bis 3½ Milliarden schätzen). Außerdem aber, fügt der Agent hinzu, muß man die Bedeutung des deutschen Außenhandels und seiner Entwickelung nicht allein nach den noch so sorgfältig ermittelten, gewogenen und berichtigten statistischen Ziffern beurteilen, sondern vielmehr „im Lichte der Kräfte, durch welche diese Ziffern hervorgebracht werden“. So betrachtet, scheint ihm der gegenwärtige Umfang des deutschen Imports und Exports durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, die z. T. ihrer Natur nach vorübergehend sind, z. T. durch bestimmte Gegenfaktoren in naher Zukunft abgeschwächt und schließlich überkompensiert werden können. Als solche Gegenfaktoren nennt er dann einerseits die von ihm gehegte Hoffnung, daß wenigstens die schlimmsten aus der unmittelbaren Nachkriegsperiode stammenden oder auch noch neuerdings errichteten Zollschranken und sonstigen Einfuhrbeschränkungen und Differenzierungen, die „auch vom Standpunkt der Länder, die sie errichtet haben, als unwirtschaftlich erscheinen“, demnächst wieder abgebaut werden möchten. Neben dieser etwas platonischen Hoffnung läßt er aber zugleich auch den wirklichen Weg sichtbar werden, der nach seiner Auffassung der deutschen wirtschaftlichen Entwickelung unter den Bedingungen der allgemeinen durch den Krieg und die Kriegsfolgen herbeigeführten Neuverteilung des Welthandels und der Weltproduktion mit ökonomischer Notwendigkeit vorgezeichnet ist:

„Um auf ausländischen Märkten konkurrenzfähig zu sein, müssen die deutschen Fabrikanten, soweit sie nicht besondere Anreize in Form von Krediten, Qualitäten usw. anbieten können, entweder die Stückkosten ihrer auf engerer Stufenleiter stattfindenden Produktion soweit herabdrücken, daß sie sich den Kosten der Massenproduktion nähern, oder aber sie müssen ihre Waren im Inland zu hinreichend hohen Preisen verkaufen, um die Möglichkeit zu haben, im Ausland die Preise zu schneiden. Deutschland, dessen innerer Markt noch eng und sogar beträchtlich unterhalb der Produktionskapazität liegt, kann gegenwärtig als in dem durch dieses Problem geforderten Zustand der neuen Anpassung (in the state of readjustement) befindlich betrachtet werden.“ (Bericht des Generalagenten, englische Originalausgabe, Berlin, 30. November 1925, S. 84/85.)

Dieser Weg also ist nach der Auffassung des Generalagenten und der hinter ihm stehenden Weltmächte für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft schon „rein ökonomisch“ vorgeschrieben, wenn diese Wirtschaft auch nur für sich selbst bestehen bleiben will. Da aber diese deutsche Wirtschaft, wie es schon im Dawes-Gutachten selbst scharf unterstrichen wurde, überdies „unter der beherrschenden Tatsache der Verpflichtungen steht, die sich für Deutschland aus dem Versailler Vertrag ergeben“, so treten für Deutschland zu dieser rein ökonomischen Gewalt, wie der Generalagent ausdrücklich betont, auch noch die „nicht zu übersehenden Gewalten“, welche dem Agenten und seinen 134 in den verschiedenen Verwaltungs- und Ueberwachungskomitees tätigen Kollegen durch das Dawes-Gutachten eingeräumt sind. Beide Kräfte zusammen, der stumme Zwang der ökonomischen Notwendigkeit und der durch „die Politik des Transferkomitees selbst“ ausgeübte Druck, werden nach der Meinung des Reparationsagenten sicher ausreichen, um die deutsche Wirtschaft in absehbarer Frist auf diesen ökonomisch und politisch notwendigen Weg zur zwangsweisen Wiederherstellung ihrer Rentabilität zu bringen.

[31] Dieser Weg bedeutet – die Krise, er bedeutet zugleich die erste wirkliche Belastungsprobe für den Dawes-Plan selbst und für die Macht des die Durchführung dieses Planes überwachenden, kontrollierenden, und regulierenden „Generalagenten für die Reparationszahlungen“.

Karl Korsch.

*

„Die Justiz.“

Zeitschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens. Zugleich Organ des Republikanischen Richterbundes. Verlagsbuchhandlung Dr. W. Rothschild in Berlin-Grunewald.

Die Klassenjustiz des bürgerlichen Deutschland befindet sich seit der Staatsumwälzung von 1918 in einer Krisis. Nachdem die Sozialdemokratie bei Errichtung der demokratisch-bürgerlichen Republik den alten Berufsrichterstand in seinen Machtpositionen belassen und die Unabhängigkeit und lebenslängliche Anstellung des gelehrten Richters verfassungsmäßig verankert hat, ist es den Richtern, die der Auswahl der alten monarchistischen Justizverwaltungsbehörden entsprechend in überwiegender Mehrheit monarchistisch-national gesinnt waren, möglich geworden, in ihrer alten Gesinnung ihre Aemter unter der Republik fortzuführen. Zahlreiche Urteile – namentlich in politischen Strafprozessen – spiegelten die reaktionäre Anschauungsweise der Richter wieder und erweckten weit über das Proletariat hinaus bei vielen Kleinbürgern einen starken Unwillen gegen die bestehende Justiz. Einige besonders krasse Fälle des „Versagens der Justiz gegen rechts“ haben sogar den Protest des demokratisch-republikanisch gesonnenen Teils der Bourgeoisie zur Folge gehabt.

Angesichts dieser Sachlage hat sich eine Anzahl demokratischer und sozialdemokratischer Juristen zusammengefunden, um eine neue Zeitschrift „Die Justiz“ herauszugeben. Diese Zeitschrift ist zugleich das Organ des Republikanischen Richterbundes. Der Herausgeber ist der neuernannte Oberverwaltungsgerichtsrat Wilhelm Kroner, der durch seine scharfe Kritik des Magdeburger Urteils im Ebert-Prozeß weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Als ständige Mitarbeiter sind die Rechtslehrer Mittermaier in Gießen, Radbruch (der frühere Reichsjustizminister) in Kiel und Sinzheimer (zugleich Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.) genannt.

Soweit die neue Zeitschrift durch eine sachkundige Kritik der einzelnen Vorkommnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege, der Gesetzgebung, der Prozeßführung, der Urteile und des Strafvollzugs dem klassenbewußten Proletariat, das in der Regel Objekt dieser Gesetzgebung und Justizmaßnahmen ist, Material zur Verteidigung gegen seine Ausbeuter und Bedrücker liefert, soll sie uns willkommen sein. Die Herausgeber haben es sich aber auch als Aufgabe gesetzt, das Vertrauen zur bürgerlichen Rechtspflege in Deutschland, das nach ihrer eigenen Annahme stark erschüttert ist, wiederherzustellen. Dieser Programmpunkt der Zeitschrift zeigt, daß die Herausgeber beabsichtigen, sich selbst und ihre Leser in die Illusionen einer demokratischen, sozialdemokratisch-pazifistischen Justizpolitik einzuwickeln, die sich am besten mit dem Vergleiche charakterisieren läßt, daß man die Pelze waschen will, ohne daß sie naß werden. Wir Kommunisten haben unsererseits um so mehr die Aufgabe, das Proletariat über den wirklichen Charakter der bestehenden Justiz in seiner geschichtlichen Bedingtheit aufzuklären. Wenn sich das neue Organ als „Zeitschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens“ bezeichnet, so müssen wir demgegenüber die marxistische Anschauung vertreten, daß die Erneuerung des deutschen Rechtswesens nur durch das werktätige deutsche Volk selbst herbeigeführt werden kann. Eine Rechtspflege, die den Interessen der besitzlosen Klasse entspricht, kann dem Proletariat niemals durch eine Justizreform – gleichsam von oben – schenkt werden; sondern ein solcher Rechtszustand wird von der revolutionären Klasse zugleich mit der politischen Macht erkämpft.

[32] Das vorliegende erste Heft der „Justiz“ enthält neben dem prinzipiellen Aufruf, in dem die Linie gezeigt wird, in deren Richtung sich die Arbeit der Zeitschrift bewegen soll einen Aufsatz von Sinzheimer „Zum Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes“. Radbruch erörtert unter dem Titel „Richterlichen Prüfungsrecht“ die Frage, ob die höchsten deutschen Gerichte, insbesondere das Reichsgericht, das Recht haben sollen, Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Beide Arbeiten, sowohl die von Sinzheimer wie die von Radbruch, behandeln Probleme, die direkt oder mittelbar in die Interessen der Arbeiterklasse eingreifen. Sie sollen Gegenstand besonderer Besprechung sein. Der demokratische Oberlandesgerichtspräsident von Braunschweig, Professor Levin, zeigt in seinen Betrachtungen über den „Berufsrichter und seine Aufgaben in unserer Zeit“, daß er, „trotz aller Gegensätze“ zu seinen monarchistisch-nationalistischen Kollegen, mit seiner Auffassung vom Richteramt den Interessen der besitzlosen Klasse ebenso entgegensteht. Rechtsanwalt Ernst Fuchs, Karlsruhe, der Führer der deutschen Freirechtsbewegung, schreibt über „Richterkönigtum, Reichsgericht und Juristenbildung“. Schon die Sprache läßt in der Wahl einer Bezeichnung wie „Richterkönigtum“ erkennen, daß diese moderne Richtung innerhalb der bürgerlichen Juristen keinerlei Zusammenhänge mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung hat. Und doch muß dieser jüngeren Richtung in der bürgerlichen Jurisprudenz auch vom proletarischen Standpunkte aus die genügende Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil sie in fachlicher – insbesondere technischer – Hinsicht beachtenswerte Fortschritte in der Methode gegenüber der älteren bürgerlichen (begriffsjuristisch-systemlogischen) Richtung aufweist. Schalten wir die dem proletarischen Empfinden wesensfremde Bezeichnung „Richterkönigtum“ aus und sprechen wir nur von dem Richter, der nicht Sklave des Wortlauts des Gesetzes sein soll, so finden wir, daß das Proletariat gerade im Zeichen der beginnenden Diktatur seine proletarischen Volksrichter nach dieser Methode auf Grund des revolutionären Rechtsbewußtseins – nur durch Dekrete in eine bestimmte Richtung gewiesen – frei entscheiden läßt.

Von praktischen Rechtsfällen verdient die Besprechung des Falles F e c h e n b a c h durch den Verteidiger Rechtsanwalt Hirschfeld Beachtung. Rechtsanwalt Oborniker (Berlin) behandelt den Freispruch des Mitgliedes des Wikingbundes Rehnig, der am Vortage der Reichspräsidentenwahl den Reichsbannermann Erich Schulz mit einem Revolverschuß vorsätzlich getötet hatte. Oborniker meint, daß die „falsche Einstellung“ der Richter schon in der Prozeßführung dazu beitrage, daß konterrevolutionäre Mörder in Deutschland in der Regel straflos ausgehen. Im gleichen Sinne äußert sich Oborniker zu dem Freispruch des Fabrikanten Küchenmeister im zweites Prozeß wegen der Ermordung Rathenaus. Oborniker wendet sich dann dem „unverständlichen“ Ausschluß der Oeffentlichkeit im Schweriner Prozeß gegen die Mitglieder der Organisation Roßbach wegen Ermordung ihres Mitwissers Holz zu. Der wohlwollenden Behandlung reaktionärer Mörder stellt Rechtsanwalt Oborniker das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen den Schauspieler G ä r t n e r gegenüber, der wegen Rezitation

und Darstellung von rechtlich unangefochtenen Dichterwerken als Hochverräter auf über 1 Jahr ins Gefängnis geschickt worden ist, weil er Mitglied der Kommunistischen Partei war.

F e l i x H a l l e.

[33]

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. Januar 1926 * Heft 2

Die Partei und ihre Kritiker

‡ B e r l i n, 13. Januar.

In der Durchführung der politischen Aufgaben der Partei wie in der innerparteilichen Umstellung ergeben sich Schwierigkeiten zweierlei Natur. Da ist erstens die planmäßige, teils prinzipielle, teils taktische, in Personalfragen wie in politischen Fragen wirksame Opposition jener ultralinken Genossen, die zwar jederzeit laut und mit einem Unterton von Entrüstung betonen, daß sie keine Fraktionsarbeit innerhalb der Partei machen, die aber jedenfalls eine Gruppe von Kritikern bilden, die in den verschiedenen Bezirken des Reiches mit denselben Argumenten kritisieren, dieselben Gerüchte verbreiten und gleichlautende politische Vorschläge machen. Neben diesen mit fraktionellem Geist erfüllten Vertretern einer Fraktion, die nach den Äußerungen ihrer prominenten Vertreter nur in der Phantasie einiger Mitglieder des ZK besteht, gibt es noch eine Reihe von Funktionären in der Partei, die das – an und für sich berechtigte – demokratische Mißtrauen in die Führung der Partei zu einem System ausbilden, dessen erster Grundsatz ist: führe die neue Linie der Partei und die Anweisungen des ZK. mit der Reserve durch, die durch Deine eigene Unklarheit bedingt ist. Dies führt dazu, daß die Partei dort, wo diese Genossen wichtige Positionen innehaben, auf der Stelle marschiert, was in der jetzigen Situation so viel bedeutet, wie daß sie rückwärts geht.

Beide Gruppen von Genossen haben gewisse gemeinsame ideologische Positionen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Da ist zunächst einmal die Frage der „großen Aufgaben“, die jetzt vor uns stehen und die infolge der Beschäftigung der Partei mit dem „Kleinkram“ der Reorganisation, Gewerkschaftsarbeit, Einheitsfrontkampagne usw. nicht gesehen, signalisiert und gelöst würden. In Verbindung damit steht die Gegenüberstellung von „Pessimismus“ und „Optimismus“, wobei selbstverständlich die Kritiker die Optimisten sind, während das ZK aus purem Pessimismus sich so eingehend mit der Frage beschäftigt, wie wir durch die Schaffung der Einheitsfront die Arbeitermassen für den revolutionären Kampf gewinnen und den Einflußradius der Partei erweitern können. Dieser „Optimismus“ [34] führt die Kritiker häufig dazu, von der Partei zu fordern, sie solle Aktionen vorbereiten und Maßnahmen selbständig durchführen, wie beispielsweise den Reichskongreß der Erwerbslosenvertreter, der einberufen werden solle von der Partei, wenn der ADGB eine ultimativ an ihn gestellte entsprechende Forderung ablehnt. Da nun in der jetzigen Situation die Ablehnung eines solchen Reichserwerbslosenkongresses durch den ADGB zu 99 Proz. sicher ist, bedeutet das, von vornherein der KPD die Abhaltung eines solchen Kongresses zuzuschieben. Was dagegen notwendig ist und von der Partei auch bereits eingeleitet wurde, das ist eine starke Kampagne i n n e r h a l b der Gewerkschaften für die Einberufung eines außerordentlichen G e w e r k s c h a f t s k o n g r e s s e s, der sich mit den durch die Wirtschaftskrise getroffenen Zuständen und mit der Not der Erwerbslosen beschäftigt. Es hängt von der Stärke unseres Einflusses in den Gewerkschaften und von der zähen Agitation unserer Genossen unter den Erwerbslosen wie unter den im Betriebe stehenden Arbeitern ab, die Voraussetzungen für einen solchen Gewerkschaftskongreß zu schaffen.

Wir sind hier bereits im Kernpunkt des strategischen Problems, von dem aus die ganze Stellung der Kritikergruppe am besten beleuchtet werden kann. Diese Genossen sind der Ansicht, daß die Partei Aufgaben übernehmen und aus eigener Kraft durchführen kann, die voraussetzen – wenn nicht leere Demonstrationen gemacht werden sollen –, daß die große Mehrzahl der deutschen Arbeiterklasse oder jedenfalls ihr ausschlaggebender aktiver Teil der Kommunistischen Partei voll und ganz vertraut und sich ihrer Führung unterordnet. Dies ist aber noch nicht der Fall. Diese Genossen sind also der „optimistischen“ Auffassung, daß es mit Hilfe einer radikalen G e s t e gelingen werde, den Einfluß der reformistischen Führer auf die Arbeitermassen zu zerstören. Sie haben aus den letzten Jahren der Parteigeschichte nichts gelernt. Sie sind gewillt, die Beschlüsse der Parteikonferenz zu liquidieren, die Verankerung der Partei in den Betrieben zu hemmen, die jetzt begonnene Gewerkschaftsarbeit zu zerstören, um an ihre Stelle Phrasen und Illusionen zu setzen, die die Sympathien für die Partei bei den Erwerbslosen nicht verstärken, dagegen aber unseren Einfluß auf die Gesamtarbeiterschaft

abschwächen werden. Die Aufziehung einer selbständigen Erwerbslosenbewegung gegen die Gewerkschaften – denn das ist die Konsequenz des Vorschlages eines Reichskongresses in der jetzigen Situation – würde die begonnene Arbeit der Verankerung der Partei in den breitesten Arbeitermassen hemmen und so gerade das herbeiführen, was die Kritiker angeblich verhindern wollen – das Zurückfallen der Parteigenossen und breiter Arbeiterschichten in Passivität.

Um die Gefahr dieser Kritikasterei in ihrer ganzen Bedeutung zu erkennen, ist ein Blick auf die soziale Basis unserer Partei notwendig. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen hat zu der außerordentlich wichtigen Feststellung geführt, daß die Partei in den wichtigsten Schichten des Proletariats, unter den Arbeitern der industriellen [35] Großbetriebe, relativ erheblich schwächer verwurzelt ist, als unter der Arbeiterschaft der Klein- und Mittelbetriebe. Diese Tatsache findet ihre teilweise Erklärung darin, daß die Unternehmer nach jeder Niederlage der revolutionären Bewegung mit besonderer Brutalität daran gegangen sind, gerade die Großbetriebe von allen revolutionären Elementen zu säubern. Aber diese Erklärung hebt nicht die Bedeutung dieser für die Arbeit der Partei wichtigen Tatsache auf. Sie zeigt, daß es nicht eine der Nebenaufgaben, sondern die H a u p t a u f g a b e der Partei sein muß, ihren Einfluß in dem a u s s c h l a g g e b e n d e n Teil des Industrieproletariats, in den Großbetrieben, zu stärken und zu festigen, um so für die großen Aufgaben, die die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit sich bringen wird, gerüstet und bereit zu sein.

Denn es ist nicht so, wie die Kritiker behaupten, daß die Leitung der Partei nicht erkennt, daß wir einer Periode schärfster revolutionärer Auseinandersetzungen entgegengehen, einer Periode, die mit Bürgerkriegserscheinungen verbunden sein wird, die die Frage des Kampfes um die Macht als aktuelle Aufgabe auf die Tagesordnung setzen kann. Aber die Partei würde ihren eigenen Bankrott aussprechen, wenn sie aus den Kämpfen der letzten Jahre nicht das eine gelernt hätte, daß bei diesen schweren Kämpfen nur dann ein Versagen, eine Niederlage ohne entscheidenden Kampf, ein Ausweichen vor dem Kampf, ebenso wie ein isoliertes Verbluten einer kleinen Vorhut vermieden werden kann, wenn die Partei in ihrem Kampf getragen ist von der Sympathie, dem Kampfwillen der e n t s c h e i d e n d e n Schichten des deutschen Proletariats. Die Stärkung unserer Positionen in den Gewerkschaften wie in den Großbetrieben, die breiteste Anwendung der Einheitsfronttaktik, um die sozialdemokratischen Arbeiter dem Einfluß der reformistischen Bürokratie zu entreißen: das ist der erste und wichtigste Schritt zur Erfüllung der „großen Aufgaben“, um die sich die Kritiker des ZK in platonischen Liebeserklärungen und großen Gesten bemühen, während sie den einzigen Weg zu ihrer Verwirklichung nicht sehen. Der angebliche „Pessimismus“ des ZK erweist sich so nicht nur als der einzig r e a l e Weg für die Partei, da er die Frage der Erfüllung der historischen Aufgaben der Partei konkret und nicht abstrakt stellt, sondern ist in der Tat wirklicher, weitblickender O p t i m i s m u s in der Inangriffnahme und Durchführung dieser Aufgaben.

Gewiß ist es viel leichter, Politik im luftleeren Raum zu treiben und durch die endlose Wiederholung radikaler Redensarten sich selbst besoffen zu machen, als den schweren Weg der Überwindung der starken Widerstände zu gehen, die im Lager der Arbeiterklasse selbst einer kommunistischen Politik noch entgegentreten. Und diejenige Bezirksleitung unserer Partei, die auf einer Sitzung der letzten Zeit das Problem der Einheitsfront dadurch erledigte, daß sie erklärte, bei ihr im Bezirk wären die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre nicht zu gewinnen, mit ihnen sei nichts anzufangen, mag sich selbst sehr „prinzipienrein“ erschienen sein, aber sie mußte die vor-[36]handene S c h w ä c h e unserer eigenen Partei zugestehen, den Mangel jedes Einflusses in den Gewerkschaften zugeben Wie sie ohne Überwindung dieses Zustandes die Führung der Arbeiterklasse des Bezirks übernehmen will, das wußte sie n i c h t zu sagen. So zeigt sich überall, wo man den Argumenten der Kritiker nachgeht oder sich mit den Widerständen gegen die Durchführung der Einheitsfront beschäftigt, daß ihre Grundlage neben kleinbürgerlichen Tendenzen das Gefühl der Schwäche ist, das mit großen Redensarten und großen Gesten übertüncht werden soll. Und wenn auf der anderen Seite die erfreuliche Feststellung gemacht werden kann, daß die im Großbetrieb stehenden Funktionäre der Partei den Sinn der neuen Taktik erkannt und diese Taktik, die auf Verbreiterung der Basis der Partei, auf Verstärkung ihres Einflusses in den Gewerkschaften und Betrieben gerichtet ist, durchführen, so ist dies der beste Beweis für die Notwendigkeit dieser Taktik und die schärfste Verurteilung jener Genossen, die aus

der Kritik der Führung der Partei und der vom Parteikongreß bestimmten politischen Linie der Partei ein System zu machen versuchen – ein System, das die Partei politisch und organisatorisch zur Unfruchtbarkeit verdammen würde.

Die Partei wird auch mit diesen letzten Auswirkungen einer verfehlten Politik der Isolierung fertig werden. Die gewaltige Mehrheit der Parteigenossen wird sie bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützen, auch g e g e n die Genossen, die sich als Fraktion oder Gruppe der Dauerkritiker aufspielen und die damit die Arbeit der Partei durchkreuzen.

*

Über die Losung der „Vereinigten Staaten Europas“

Von N. L e n i n

Der folgende Artikel ist im „Sozialdemokrat“ Nr. 44 vom 23. August 1915 erschienen und deutsch im Sammelband „Gegen den Strom“, Hamburg 1921, veröffentlicht worden. Er ist nicht nur aktuell, weil er eine heute von der SPD aufgegriffene Parole behandelt, sondern auch, weil er bei dieser Gelegenheit in knappen Strichen die Stellung des Leninismus zu den entscheidenden Fragen der proletarischen Politik herausarbeitet. In diesen Tagen, da wir anläßlich des zweiten Todestages Lenins die Propaganda seiner Lehren unter der Arbeiterschaft organisieren, gewinnt der Artikel daher besondere Bedeutung. Die Redaktion.

In Nummer 40 des „Sozialdemokrat“ haben wir den Beschluß der ausländischen Sektionen unserer Partei mitgeteilt, die Besprechung der Losung: „Vereinigte Staaten Europas“ zu verschieben, bis die wirtschaftliche Frage in der Presse eine Klärung gefunden haben würde.

Die Diskussion über dieses Thema hat auf unserer Konferenz einen einseitig politischen Charakter angenommen. Das wurde vielleicht [37] zum Teil dadurch hervorgerufen, daß im Manifest des ZK diese Losung direkt als politische Losung formuliert wurde („von der nächsten p o l i t i s c h e n Losung ...“ ist dort die Rede); dabei werden nicht allein die republikanischen Vereinigten Staaten von Europa hervorgehoben, sondern es wird auch betont, daß „ohne den revolutionären Sturz der deutschen, österreichischen und russischen Monarchie“ die Losung sinnlos und falsch sei.

Es wäre vollkommen verfehlt, gegen eine solche Fragestellung i m R a h m e n der politischen Bewegung zu polemisieren, – zum Beispiel von dem Standpunkt aus, daß sie die Losung der sozialistischen Revolution verdränge oder schwäche u. a. m. Politische Reformen in wirklich demokratischem Geiste und um so eher politische Revolutionen können unter keinen Umständen, niemals unter keinen Bedingungen, die Losung der sozialistischen Revolution verdrängen oder abschwächen. Im Gegenteil, sie bringen sie näher, erweitern die Basis für sie und ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Elemente in den Kampf hinein. Aber andererseits sind politische Revolutionen unvermeidlich im Werdegang der sozialistischen Revolution, die man nicht als einen einzigen Akt zu betrachten hat, sondern als Epoche stürmischer politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen, des schärfsten Klassenkampfes, des Bürgerkriegs, der Revolutionen und Gegenrevolutionen.

Aber wenn die Parole: Vereinigte Staaten von Europa, in Zusammenhang gebracht mit der revolutionären Umwälzung in den drei reaktionärsten Monarchien Europas, mit der russischen an der Spitze, als politische Losung unantastbar ist, so bleibt noch die sehr wichtige Frage nach dem wirtschaftlichen Inhalt und nach der Bedeutung dieser Parole übrig. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexportes und der Aufteilung der Welt unter den „fortschrittlichen“ und „zivilisierten“ Kolonialstaaten, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter dem Kapitalismus entweder unmöglich oder reaktionär.

Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist unter einem Häuflein Großmächte verteilt, d. h. solcher Staaten, die in der großen Ausräuberung und Unterdrückung der Nationen den größten Erfolg zu verzeichnen haben. Die vier Großmächte Europas: England, Frankreich, Rußland und Deutschland (mit einer Bevölkerung von 250 bis 300 Millionen und einer Gesamtfläche von zirka 7 Millionen Quadratkilometern), verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von f a s t e i n e r h a l b e n M i l l i a r d e (494,5 Mill.) und einer Fläche von 64,6 Millionen Quadratkilometern,

d. h. fast über die halbe Erdkugel (133 Millionen Quadratkilometer ohne die Polarzone). Fügen Sie dazu die drei asiatischen Staaten: China, die Türkei und Persien, die jetzt in Stücke gerissen werden von den Räubern, die jetzt den „Befreiungskrieg“ führen, nämlich: Japan, Rußland, England und Frankreich. Diese drei asiatischen Staaten, die man als Halbkolonien bezeichnen kann (in Wirklichkeit sind sie zu neun Zehntel Kolonien), haben 360 Millionen Bewohner und eine Gesamtfläche von 14,5 Qua-[38]dratmeilen (d. h. eineinhalbmal soviel als die Gesamtfläche von ganz Europa).

Ferner: England, Frankreich und Deutschland haben im Auslande mindestens 70 Milliarden Rubel Kapital untergebracht. Um eine „rechtmäßige“ Einnahme von dieser netten Summe zu liefern (eine Jahreseinnahme von über 3 Milliarden Rubel), dienen die nationalen Ausschüsse der Millionäre, die man Regierungen nennt, die über eine Armee und eine Flotte verfügen und die in den Kolonien und Halbkolonen die Söhnlein und Brüder des „Herrn Kapital“ „unterbringen“: als Konsuln und Vizekonsuln, Botschafter, allerhand Beamte, Priester und andere Blutsauger.

So ist im Zeitalter des höchst entwickelten Kapitalismus die Ausräuberung von fast einer Milliarde Erdbewohner durch ein Häuflein Großmächte organisiert. Aber unter dem Kapitalismus wäre jede andere Organisation unmöglich, Auf die Kolonien, auf die Einflußsphären, auf den Kapitalexport verzichten? Daran denken, würde heißen, zum Niveau des Pfäffleins herabsinken, das jeden Sonntag die Erhabenheit des Christentums predigt und rät, den Armen zu schenken ... wenn nicht ein paar Milliarden, so doch wenigstens ein paar hundert Rubel im Jahr.

Die Vereinigten Staaten Europas sind unter dem Kapitalismus gleichbedeutend mit einer Aufteilung der Kolonien. Aber im Kapitalismus ist jedes andere Prinzip, jede andere Grundlage der Teilung als die Macht unmöglich. Der Milliardär kann die „nationalen Einnahmen“ des kapitalistischen Landes nicht anders mit einem anderen teilen, als nach dem Verhältnis des Kapitals (dazu noch mit dem Zusatz, daß das größte Kapital mehr bekommt, als ihm gehört). Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf dieser Grundlage eine „gerechte“ Teilung der Einnahmen predigen, ist Proudhonismus, kleinbürgerlicher und philiströser Stumpfsinn. Man kann nicht anders teilen, als entsprechend der Macht. Und die Machtverhältnisse ändern sich mit dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. Nach 1871 verstärkte sich Deutschland drei- bis viermal rascher als England und Frankreich. Japan zehnmal rascher als Rußland. Um die tatsächliche Macht eines Landes zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel, als Krieg, und kann es auch nicht geben. Der Krieg ist kein Widerspruch gegen die Grundlagen des Privateigentums, sondern eine direkte und unvermeidliche Folge dieser Grundlagen. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel zur Wiederherstellung der von Zeit zu Zeit gestörten Gleichgewichte, als Krisen der Industrie und Kriege in der Politik.

Freilich, v o r ü b e r g e h e n d e Abkommen zwischen den Kapitalisten und den Mächten sind durchaus möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der Kapitalisten E u r o p a s ... über was? Darüber, daß mit vereinten [39] Kräften der Sozialismus in Europa unterdrückt werde und die geraubten Kolonien g e g e n Japan und Amerika verteidigt werden, also die Länder, die bei der jetzigen Aufteilung der Kolonien umgangen wurden und die im letzten halben Jahrhundert bedeutend stärker geworden sind als das rückständige monarchistische und schon altersschwache Europa. Im Vergleich mit den Vereinigten Staaten Amerikas bedeutet Europa im großen und ganzen Stagnation. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter dem Kapitalismus, würden die Vereinigten Staaten von Europa eine Reaktion zur Hemmung der raschesten Entwicklung Amerikas bedeuten. Jene Zeiten, da die Sache der Demokratie und des Sozialismus allein an Europa geknüpft waren, sind unwiderruflich vorbei.

Die Vereinigten Staaten der Welt (und nicht allein Europas) sind jene Staatsform des Zusammenschlusses und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen – solange bis der volle Sieg des Kommunismus zur endgültigen Vernichtung eines jeden, sei es auch demokratischen Staates, führen wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung: Vereinigte Staaten der Welt, kaum richtig, denn erstens verschmilzt sie mit dem Sozialismus, und zweitens deshalb, weil sie eine

irrtümliche Auffassung über die Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und über das Verhältnis eines solchen Landes zu den übrigen Ländern hervorrufen würde.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unleugbares Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, daß ein Sieg des Sozialismus zuerst in wenigen oder sogar in einem einzigen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde, nachdem es die Kapitalisten expropriiert und seine sozialistische Produktion organisiert hätte, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben und nötigenfalls sogar mit Kriegsgewalt gegen die ausbeuterischen Klassen und ihre Staaten vorgehen. Die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, wird die demokratische Republik sein, die immer mehr die Kräfte des Proletariats der betreffenden Nation oder der betreffenden Nationen zentralisiert im Kampfe gegen die Staaten, die zum Sozialismus noch nicht vorgedrungen sind. Ohne Diktatur der unterdrückten Klasse, des Proletariats, ist eine Aufhebung der Klassen unmöglich. Eine freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken mit den übrigen Staaten.

Das sind die Argumente, warum die Redaktion des Zentralorgans Unserer Partei nach allseitiger Besprechung der Frage in der Konferenz der ausländischen Sektionen der RSD-Arbeiterpartei zum Schluß gelangt ist, daß die Losung Vereinigte Staaten von Europa unrichtig ist. [40]

*

Ergebnisse des XIV. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Von Lominadse (Moskau).

1. Über die Diskussion und die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten

Bestehen denn in den Reihen der KP der Sowjetunion prinzipielle Meinungsverschiedenheiten in den grundlegenden Fragen der Politik? Inwiefern sind sie ernsthaft und groß? Woher sind sie gekommen und wohin können sie führen? Das sind die Fragen, die jeden Kommunisten, jeden Arbeiter, der die Diskussion in unserer Partei verfolgt, am meisten interessieren und aufregen. In erster Linie von dieser Seite aus, unter diesem Gesichtswinkel sind die Arbeiten des XIV. Parteitags zu studieren. Jetzt, nach Schluß des Parteitags, verfügen wir über genügend Material, um eine erschöpfende Antwort auf alle diese Fragen geben zu können.

Noch niemals hat es in der Geschichte unserer Partei eine so kurze, aber zugleich so scharfe Diskussion gegeben, wie die jetzige. Die offene Diskussion setzte erst 14 Tage vor dem Parteitag ein; aber einmal begonnen, wuchs sie wie eine Lawine. Besondere Zuspitzung und Spannung erreichte sie auf dem Parteitag selbst. Aber auf dem Parteitag ging sie auch zu Ende.

So kurz an sich diesmal der offene Parteitag war, so barg er in sich nicht weniger und vielleicht sogar mehr Gefahren und Schäden für die Partei, als die von der Partei in den Jahren 1921 und 1923 durchlebten Krisen im Kampfe gegen den Trotzkismus (Gewerkschaftsdiskussion 1921, Diskussion über Demokratie 1923). Auf dem XIV. Parteitag waren wir Zeugen eines ernsthaften inneren Kampfes in den Reihen der alten Garde der Bolschewiki und Leninisten.

Vor den Gefahren eines solchen Kampfes hat Genosse Lenin die Partei bereits im Jahre 1922 gewarnt:

„Wenn man nicht die Augen vor der Wirklichkeit schließt“, schrieb er an das ZK der Partei, „so muß man anerkennen, daß die proletarische Politik der Partei im gegenwärtigen Moment bestimmt wird weniger durch die Zusammensetzung als durch die gewaltige ungeteilte Autorität jener ganz dünnen Schicht der Partei, die man als die alte Parteigarde bezeichnen kann. Ein geringer innerer Kampf in dieser Schicht würde genügen, um ihre Autorität zu untergraben oder jedenfalls so sehr zu schwächen, daß die Beschlußfassung nicht mehr von ihr allein abhängig sein wird.“

Man darf natürlich nicht außer acht lassen, daß dies zu Beginn des Jahres 1922 geschrieben wurde, als das Proletariat Rußlands infolge des Bürgerkrieges und der Not zerstäubt, entkräftet und deklassiert war. Jetzt, Anfang 1926, nach 4 Jahren, ist die Lage der Arbeiterklasse eine ganz andere. Der Prozeß

der Deklassierung liegt weit hinter uns, die Arbeiterklasse der Sowjetunion wächst, erstarkt und bildet die Hauptstütze der proletarischen Politik unserer Partei. Doch die Rolle und die Bedeutung der „ganz dünnen Schicht der alten Parteigarde“ ist dabei keineswegs geringer geworden. Das, was Lenin über die Gefahr der Schwächung der Autorität dieser Schicht [41] gesagt hat, behält in hohem Grade seine Kraft auch für den heutigen Tag. Diese Gefahr in erster Linie barg die jetzige Diskussion in der Partei. Wenn diese Gefahr sich nicht irgendwie realisiert hat, so ist die Ursache davon in folgenden Umständen zu suchen: 1. darin, daß der Parteitag der Diskussion entschlossen ein Ende gemacht hat, und 2. darin, daß sich in der oppositionellen Minorität ein ganz unbedeutender Teil alter Bolschewiki befand.

Um sich eine klare Vorstellung zu machen über den Charakter und das Ausmaß der Meinungsverschiedenheiten, die auf dem XIV. Parteitag zum Vorschein gekommen sind, muß man sich an einige Lehren der vergangenen Diskussion erinnern, durch die unsere Partei seinerzeit gegangen ist.

„Das Wesen der Meinungsverschiedenheiten“, schrieb Genosse Lenin 1921 in einem Artikel ‚Die Krise der Partei‘, „entfaltet sich, dehnt sich aus und konkretisiert sich (verändert sich auch ständig) im Verlaufe des Kampfes, der verschiedene Etappen durchmacht und uns stets in jeder Etappe eine veränderte Zusammensetzung und Zahl der Kämpfenden, veränderte Positionen im Kampfe usw. zeigt“.

„Aus kleinen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen entstanden große, wie es stets bei verhältnismäßig geringen Fehlern der Fall ist, wenn man auf dem kleinen Fehler beharrt und sich mit aller Kraft gegen die Gutmachung des Fehlers sträubt. ... So wachsen immer die Differenzen und ‚Spaltungen‘ an.“ (Ebenda.)

Diese Lehren der Diskussion von 1921 haben sich durch den ganzen Gang des innerparteilichen Kampfes vor dem XIV. Parteitag und insbesondere auf dem Parteitage selbst vollauf bestätigt.

Jetzt, nachdem dem Parteitag allerhand Dokumente vorgelegt worden sind, wissen wir mit aller Bestimmtheit: vor Beginn der letzten Diskussion, d. h. vor dem Dezember 1925, bestanden weder in der Partei an sich, noch im ZK irgendwelche einigermaßen ernsthafte Meinungsverschiedenheiten in den Grundfragen der Parteipolitik. Einzelne Abweichungen von der richtigen Parteilinie, ebenso wie einzelne Fehler dieser oder jener Führer der Partei (die bei der ungeheuer komplizierten Arbeit, die vom ZK geleistet wird, absolut unvermeidlich sind) wurden mit Leichtigkeit beseitigt und verbessert „auf innerem Wege“, innerhalb der leitenden Organe der Partei.

Das war so lange der Fall, als im ZK der Partei ein kollektives Zusammenarbeiten gesichert war, so lange die Beschlüsse des Kollektivs von allen anerkannt wurden und für alle verpflichtend waren, solange alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kollektivs liquidiert wurden. Dies mag vielleicht manchen Genossen, deren Fehler vom leitenden Parteizentrum korrigiert wurden, nicht immer gefallen haben, doch die Partei zog stets ihren Nutzen daraus. Die Partei „lernt die Meinungsverschiedenheiten nicht zu übertreiben“ (Lenin), bei einer derartigen Arbeitsmethode, und dies ist eine der Grundbedingungen ihrer Einheitlichkeit und Festigkeit. Differenzen, die anfangs nicht wesentlicher Natur waren, begannen erst zu wachsen und einen prinzipiellen Charakter anzunehmen, als sie zur Diskussion in die Gesamtpartei hinausgetragen wurden und als man aus Irrtümern, die „auf innerem Wege“ leicht zu beseitigen waren, eine besondere Plattform zu machen begann, als man auf [42] diesen Fehlern zu beharren begann, anstatt auf sie zu verzichten. Die Schuld der Minorität des ZK. besteht eben darin, daß sie partielle Meinungsverschiedenheiten, die in der ersten Zeit unwesentlicher Natur waren, aus dem Rahmen des ZK heraustrug und zu einer besonderen politischen Linie erhob.

Freilich, diese Linie ist noch nicht genügend gestaltet, sie ist voller innerer Widersprüche und Inkonsequenzen. Dennoch wurde sie auf dem Parteitag der politischen Linie der Gesamtpartei entgegengesetzt. Hätte der Parteitag, der diese politische Linie der oppositionellen Minorität abgelehnt hat, nicht zugleich auch die Diskussion abgebrochen, so hätten wir in der Partei ein weiteres Anwachsen, eine weitere Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten. Wir wären sehr bald in einer ganzen Reihe von politischen Fragen zu einer vollständigen Formulierung zweier entgegengesetzter Richtungen innerhalb der einheitlichen bolschewistischen Partei „herangewachsen“. Das ist die Logik jeder breiten „Diskussion“ in unserer Partei. (Wir sprechen von einer „Diskussion“ und meinen damit den innerparteilichen Kampf vom Typus der Jahre 1921 und 1923.) Aber das wäre ein unhaltbarer Zustand

für eine bolschewistische Partei, um so mehr für eine Regierungspartei, dazu noch für die einzige Partei im Lande. Davon ließ sich auch der Parteitag leiten, als er den Beschluß faßte, die Diskussion einzustellen.

Doch die Diskussion einstellen bedeutet keineswegs, auf die Erläuterung und Erklärung der Parteitagsbeschlüsse zu verzichten. Im Gegenteil. Jeder Kommunist muß bemüht sein, die Arbeiten des XIV. Parteitages zu studieren. Die Erläuterung der Beschlüsse des XIV. Parteitags wird zu einer der wichtigsten Aufgaben des gegenwärtigen Moments.

Sämtliche Beschlüsse in den strittigen Fragen wurden auf dem Parteitag von einer Neunzehntelmajorität gefaßt. Aber leistet denn die Majorität, selbst eine so überwiegende Majorität, Gewähr für die Richtigkeit der Parteitagsbeschlüsse? Vielleicht liegt die Wahrheit gerade auf seiten der Minorität, so geringfügig sie heute auch sein mag? Nicht immer „hat die Partei recht“, wie Genosse Trotzki auf dem XIII. Parteitag der KPR behauptet hat. Kann es nicht doch vorkommen, daß die Partei in ihrer Majorität sich irrt und die Minorität recht behält? Vielleicht, wenn man an sich und abstrakt spricht. Einen solchen Fall hat es jedoch in unserer bolschewistischen Partei noch nicht gegeben, die die große Schule eines 30jährigen Kampfes hinter sich hat: unter Lenins Leitung kam es nicht vor, daß in der Lösung politischer Probleme die Partei als ganzes unrecht und die oppositionelle Minorität recht behielt. Als auf dem XIV. Parteitag manche sehr autoritativen Vertreter der Minderheit sich unangebrachterweise auf den Stockholmer Parteitag beriefen (den Vereinigungsparteitag der Bolschewiki mit den Menschewiki im Jahre 1906, wo die bolschewistische Fraktion in der Minderheit war) und die Sache so hinstellen wollten, als ob man noch nicht wüßte, auf wessen Seite „die Wahrheit“ sei, daß die Frage der „Wahrheit“ nicht durch Majorität entschieden werde usw., wurde ihnen darauf vollkommen mit Recht geantwortet, man dürfe so abstrakt und subjektiv die Frage der „Wahrheit“ nicht stellen. Der Marxismus erheischt bei der Lösung der Frage nach der politischen Wahrheit und Richtigkeit eine genaue Berücksichtigung dessen, wie die verschiedenen [43] Klassen und Parteien sich zu dem betreffenden Problem verhalten. Alles Gerede über „Wahrheit“ artet in leere Scholastik aus. Ohne Berücksichtigung dieser Interessen der Arbeiterklasse, deren Wortführerin die Kommunistische Partei ist, und besonders eine solche Partei wie die unsrige, die durch ihre ganze Geschichte bewiesen hat, daß sie die einzige und treueste Vertreterin des Proletariats ist. Sobald die Rede ist von einem politischen Beschluß, gehört für uns Bolschewiki zum Begriff der Wahrheit unbedingt die Arbeiterklasse und ihre bewährte bolschewistische Partei. Bei Lebzeiten Lenins war es so, daß er manchmal in dieser oder jener Frage in der Minderheit blieb und dennoch war die Wahrheit stets auf seiner Seite. Dafür war er auch Lenin. Einen anderen Lenin haben wir nicht und können ihn nicht haben. Die höchste Autorität ist jetzt für uns der Wille und der Beschluß der Majorität der Partei. Und deshalb betrachten wir die Beschlüsse unseres Parteitags als die einzig richtigen und wahren Beschlüsse und können auch nicht anders tun.

Doch wir haben noch eine unschätzbare und absolut richtige Methode, die uns erlaubt, genau festzustellen, inwiefern diese oder jene politische Linie richtig ist. Das ist die revolutionäre Theorie von Marx. Es ist von der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung bewiesen und bestätigt worden, daß jede irrtümliche politische Linie, die den Interessen des Proletariats bei dem gegebenen Stand der Entwicklung nicht entspricht, früher oder später in Widerspruch zu dem geraten muß, was uns Marx gelehrt hat. In noch viel höherem Maße trifft dies auf den Leninismus zu, der nicht nur eine Weiterentwicklung der Marxschen Lehre ist, sondern im wesentlichen die Lösung aller wichtigsten Probleme der Jetztzeit, wie sie vor der Arbeiterklasse entstehen können, gegeben hat. Wenn jede einigermaßen ernsthafte irrige Abweichung in den Reihen der Kommunistischen Partei, letzten Endes zu einem Widerspruch mit dem Marxismus führen muß, so muß sie mit der Leninschen revolutionären Theorie sofort in Konflikt geraten, schon bei ihrer Entstehung. Dieses Kriterium des Marxismus und des Leninismus muß man eben an die Beurteilung der Differenzen auf unserem 14. Parteitag anlegen.

II. Über die Nep

Sondert man die grundlegenden, prinzipiellen Probleme aus, um die die Diskussion entstanden ist, so bekommen wir folgenden Umkreis strittiger Fragen: 1. die Nep, 2. den Staatskapitalismus, 3. die Hauptlinie der Entwicklung der sozialen Wirtschaft der Sowjetunion, 4. die Klassenschichtung der Landbevölkerung und zwei Abweichungen in der Partei und 5. die Regelung des Wachstums der Partei. Einige spezielle Fragen, über die ebenfalls debattiert wurde, stehen gesondert da (z. B. die Frage der internationalen Politik der russischen Gewerkschaften). Alle übrigen strittigen Probleme allgemeinen Charakters lassen sich in diesem von uns umrissenen Kreis einschließen. Wir müssen von vornherein bemerken, daß das Problem, das alle diese auf den ersten Blick selbständigen Fragen zusammenfaßt, die entscheidende Frage nach der Politik des Proletariats im [44] Verhältnis zur Bauernschaft ist. Das wird uns klar werden aus einer Analyse der Meinungsverschiedenheiten in jeder einzelnen Frage.

Die Diskussion über die Nep hat verschiedene Stadien durchgemacht. Wir wollen bloß das Wesentliche in dieser Diskussion hervorheben. Der prinzipielle Grundsatz, den die Opposition mit aller Energie vor dem Parteitag verfocht, aber auf dem Parteitag selbst fallen gelassen hat, bestand darin, daß die Nep von ihr bloß als Politik des Rückzuges betrachtet wurde. „Die Nep ist die weitgehendste Rückzugsbewegung des Leninismus“ – so formulierte diesen Grundsatz Genosse Sinowjew in seinem Büch „Leninismus“. In demselben Buch wird in einer Reihe anderer Stellen die Nep ausschließlich als eine Politik des Rückzuges definiert. Dieser Standpunkt wurde dann auch von dem Genossen Safarow und anderen Genossen in der „Leningrader Prawda“ verteidigt.

Wird die Nep bloß als Rückzug bewertet, so ist es klar, daß von einem Aufbau des Sozialismus unter der Nep, von einem Vormarsch zum Sozialismus auf dem Geleise der Nep keine Rede sein kann. Es ist ebenso klar, daß unsere wirtschaftliche Vorwärtsentwicklung und die Erfolge unseres Aufbaues unter der Nep noch nicht eine Vorwärtsbewegung zum Sozialismus und ein Erfolg des sozialistischen Aufbaues ist, sondern bestenfalls bloß „eine Vorbereitung zum neuen Vormarsch bilden“, der der Nep ein Ende bereiten soll. Dieses System von Ansichten wurde vom Genossen Safarow in der „Leningrader Prawda“ entwickelt. Jedoch dieses System steht in direktem Widerspruch zu dem, was uns Lenin über die Nep gelehrt hat. Die Nep ist nach Lenin nicht bloß ein Rückzug. Die Nep ist ein Rückzug bis zu einer gewissen Grenze, darauf eine Umgruppierung der Kräfte, und dann ein Vormarsch zum Sozialismus. Schon ein Jahr nach dem Übergang zur neuen Wirtschaftspolitik, im März 1922, sagte Lenin (auf dem 11. Parteitag):

„Der Rückzug ist zu Ende!“

„Wir waren ein Jahr im Rückzug. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen: genug! Der Zweck, der durch den Rückzug verfolgt wurde, ist erreicht. Diese Periode geht zu Ende, ist zu Ende.“

„Jetzt haben wir beschlossen, den Rückzug als beendet zu betrachten. Das heißt soviel, daß de ganze Aufgabe unserer Politik von neuem aufgeworfen wird“, sie besteht jetzt darin, „nunmehr vorwärts zu marschieren“.

Das wurde vor vier Jahren gesagt. Und in diesen vier Jahren sind wir bedeutend vorwärts gekommen. Wir marschieren auch jetzt in einem immer rascheren Tempo vorwärts zum Sozialismus, gerade mit Hilfe der Nep. Das Stadium des Rückzuges ist weit hinter uns zurückgeblieben. Die Nep ist „die einzig richtige ökonomische Politik des Proletariats“, sagte wiederholt Lenin. In den Beschlüssen unseres 14. Parteitages heißt es, daß wir es mit einem „ökonomischen Vormarsch des Proletariats auf der Grundlage der Nep und einer Vorwärtsentwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion in der Richtung des Sozialismus“ zu tun haben.

[45] Es ist charakteristisch, daß die Minorität in diesem Punkte keine Abänderungsanträge eingebracht hat. Die Minorität hat ihre grundlegende Position in der Frage der Nep schon in den ersten Tagen des Parteitages aufgegeben. Genosse Safarow, der so beharrlich Sinowjews Behauptung verteidigt hatte, daß „die Nep die weitgehendste Rückzugsbewegung des Leninismus“ sei, hat sich plötzlich (1) einverstanden erklärt, die Nep als „Methode des sozialistischen Aufbaus im kleinbäuerlichen (?)

Lande“ anzuerkennen. Warum bloß im kleinbäuerlichen Lande, bleibt das Geheimnis des Genossen Safarow. Doch ein Abrücken von der Formulierung: „die Nep ist ein Rückzug“, ist hier, wenn auch mit Vorbehalten, klar zu konstatieren.

In den Abänderungsanträgen zu der Resolution des ZK. hat die Minorität kein Wort über die Nep als „Rückzugsbewegung“ zu sagen gewagt. Das einzige, was die Minorität in dieser Frage gefordert hat, war die Abgrenzung von den Auffassungen, die die negativen Seiten in der Nep vertuschen. Als ob diese Auffassungen in der Partei irgend eine ernsthafte Verbreitung hätten und als ob sie von der Partei nicht aufs schärfste verurteilt würden! (Siehe dieselbe Resolution zum Bericht des ZK)

In dieser Frage hat die Opposition auf dem Parteitag vollkommen kapituliert. Dafür aber hat die Minorität auf dem Parteitag eine Attacke gegen die neue ökonomische Politik von dem anderen Ende begonnen. Genosse Sinowjew behauptet in seinem Buch „Leninismus“, daß die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz (über die Erweiterung der Pachtrechte und die Rechte der Verwendung der Lohnarbeit) ein Zugeständnis „gerade an die kapitalistischen Elemente der Landwirtschaft“ bilden. Genosse Kamenew hat diese These auf dem Parteitag zu einer Plattform erhoben:

„Wir meinen“, sagte Genosse Kamenew, „wenn wir auf der 14. Parteikonferenz uns auf bestimmte Maßnahmen in der Frage der Verpachtung und der Lohnarbeit eingelassen haben, so haben wir dies zwar als richtig anerkannt, haben uns aber sagen müssen, daß es ein Zugeständnis sei. An wen? An den Mittelbauer?! ... Wir behaupten: derjenige, der sagt, daß die Erleichterung der Bodenverpachtung, daß Vorzugsbedingungen für die Einstellung von Lohnarbeitern ein Zugeständnis an den Mittelbauer ist, der verhehlt die Wahrheit und entstellt die Perspektiven, weil wir in Wirklichkeit ein Zugeständnis an den Kulak gemacht haben.“

Was folgt aus dieser Behauptung? Daraus folgt einzig und allein, daß, wenn die ökonomische Politik, die von der 14. Parteikonferenz angenommen worden ist, ein Zugeständnis gerade an den Kulak, an die kapitalistischen Elemente der Landwirtschaft ist, auch die ganze Nep ein Zugeständnis an das Kapital, an die Bourgeoisie in Stadt und Land darstellt. Das folgt aus der Behauptung der Genossen Sinowjew und Kamenew mit eherner Notwendigkeit, da sie beide wiederholt erklärt haben, daß die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz ein weiteres Zugeständnis an die Bourgeoisie sind, so entsteht unwillkürlich die Frage: kann denn die proletarische Partei „im Ernst und auf die Dauer“ (nach dem Ausdruck Lenins) eine ökonomische Politik verfolgen, die auf Zugeständnisse nicht nur an die Mittelbauern, sondern gerade an die Bourgeoisie in Stadt und Land [46] eingestellt ist? Gewiß doch nicht. Sonst wäre sie keine proletarische Partei. Aber die einzige Schlußfolgerung aus der „Plattform“ des Genossen Kamenew, falls er irgendwie konsequent gewesen wäre, hätte ein Verzicht auf die Nep sein müssen.

Doch die Sache ist eben die, daß die Behauptung des Genossen Kamenew grundfalsch ist; sie entspricht weder der wahren Sachlage noch der Auffassung der Nep, wie sie uns Genosse Lenin hinterlassen hat.

In seinem letzten Artikel über das Genossenschaftswesen schrieb Genosse Lenin:

„In der Nep haben wir ein Zugeständnis an den Bauern als Händler, an das Prinzip des Privathandels gemacht“

Zwei Seiten weiter erklärt Lenin, daß die Rede von den „vielen Millionen kleiner und kleinster Bauernwirtschaften“ ist. Sieht das der Kapitalistenklasse ähnlich, an die angeblich die Nep ein Zugeständnis macht? Gewiß: „ein Zugeständnis an den Bauern als Händler, an das Prinzip des Privathandels“ bedeutet Wiederherstellung (innerhalb gewisser Grenzen) des Kapitalismus. Gewiß, auch die Kapitalisten gewinnen durch die Nep. Gewiß, der Arbeiterstaat, der die Politik der Verpachtung und der Konzessionen durchführt, zahlt einen gewissen Tribut an die Kapitalisten. Doch es handelt sich darum, daß „dieser Kapitalismus für die breiten Bauernmassen notwendig ist und auch notwendig für das Privatkapital, das so handeln muß, daß es die Bedürfnisse der Bauernmasse befriedigt.“ (Lenin, Referat auf dem 11. Parteitag der KPR. 1922.)

„Der Zusammenschluß (die Smytschka) der Bauernwirtschaft“, sagte Lenin in diesem Referat, „mit jener neuen Ökonomik, die wir zu schaffen versucht haben, war bei uns nicht vorhanden. Ist er jetzt vorhanden? Noch nicht.

Wir gehen erst jetzt an ihn heran. Die ganze Bedeutung der Nep, die ... man oft noch überall sucht, nur nicht dort, wo es nötig ist, die ganze Bedeutung dieser Politik besteht einzig und allein darin."

Und weiter:

„Man darf nicht vergessen, daß die grundlegende entscheidende Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik, der sich alle übrigen Aufgaben unterordnen, in der Schaffung eines Zusammenschlusses zwischen jener neuen Ökonomik besteht, die wir aufzubauen begonnen haben ... und der Bauernökonomik, von der Millionen und aber Millionen Bauern leben." (Ebenda.)

Dieser Zusammenschluß wird geschaffen mit Hilfe des Handels, durch den Markt, was unvermeidlich zu einer teilweisen Wiederherstellung des Kapitalismus führt. Doch ein Zugeständnis wird hier nicht an die Kapitalisten gemacht, sondern an die „Millionen und aber Millionen Bauern". Das eben hat Genosse Kamenew vergessen, als er behauptet hat, daß die Beschlüsse unserer 14. Parteikonferenz ein Zugeständnis nicht an den Mittelbauer, sondern an den Kulak seien.

Aber was stellen die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz in der Tat dar? Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß auch nach der Auffassung der Genossen Kamenew und Sinowjew diese Beschlüsse sich mit der Nep vertragen und nicht „prinzipiell Neues" darstellen. Schon 1921 hat Genosse Lenin die Hauptlinie unserer ökonomischen Politik folgendermaßen definiert:

[47] „Nicht die alte gesellschaftliche Wirtschaftsordnung, den Handel, die Kleinwirtschaft, das Kleinunternehmertum, den Kapitalismus zerschlagen, sondern den Handel, das Kleinunternehmertum, den Kapitalismus beleben, vorsichtig und allmählich sie beherrschen oder die Möglichkeit bekommen, sie einer staatlichen Regelung in dem Maße ihrer Belebung zu unterwerfen". („Über die Bedeutung des Goldes."

Bedeutet das denn, daß die Belebung des kleinen Unternehmertums und die Beherrschung ein Zugeständnis gerade an die kapitalistischen Elemente der Landwirtschaft ist? Keinesfalls! Wir geben einer gewissen Belebung des Kapitalismus auf dem flachen Lande entgegen, indem wir ihn der staatlichen Regelung des Arbeiterstaates unterwerfen, um die gesamte Landwirtschaft zu heben, ihre Produktivkräfte zu steigern und auf diese Weise den Übergang der vielen Millionen Klein- und Mittelbauern zu einer neuen, höheren und nichtkapitalistischen gesellschaftlichen Wirtschaftsordnung zu erleichtern.

Dieses ganze ABC des Leninismus hat Genosse Kamenew natürlich ausgezeichnet gekannt. Er hat es aber vergessen, als er eine spezielle Plattform ausdenken mußte, die die Existenz der Opposition rechtfertigen sollte. Nachdem Genosse Kamenew diese Plattform aufgestellt hatte, fragte er erstaunt: „Tastet denn jemand überhaupt die Nep an?" Als ob die Identifizierung der Nep mit den Zugeständnissen gerade an die Kapitalisten nicht den direkten Versuch bedeutete, auf die Nep zu verzichten!

„Die Nep im Ernst und auf die Dauer, aber nicht für immer", – diese Formulierung, die vom Genossen Lenin oft gebraucht wurde, ist vollkommen richtig, und alle Bemühungen der Minorität, nachzuweisen, daß irgend jemand in der Partei den Schluß dieser Formel abstreiten möchte (die Worte „nicht für immer"), sind nichts als nebelhafte, unbestimmte Andeutungen geblieben. Aber diese Formulierung wird häufig falsch verstanden. Welchen Gedanken drückt sie in Wirklichkeit aus? Doch nur den, daß in dem Maße, als die sozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft wachsen, als unsere Staatsindustrie und die Genossenschaften, die immer breitere Schichten der Bauernmassen erfassen, erstarken, als der Elektrifizierungsplan des Landes, der eine radikale Umgestaltung der gesamten Technik und Ökonomik der Landwirtschaft nach sich ziehen wird, realisiert wird, auch der Zusammenschluß mit der Bauernwirtschaft verwirklicht werden wird, nicht mehr durch die Kanäle des Handels, nicht durch den freien Markt, sondern durch die Kanäle der sozialistischen Genossenschaften und in der Form der gesellschaftlichen Regelung des Gesamtprozesses der Produktion und Distribution. Die Quantität wird dabei in Qualität umschlagen.

„Die Nep – nicht für immer" – bedeutet nicht, daß eines schönen Tages die proletarische Diktatur zum zweiten Mal eine Expropriation aller Kapitalisten in Stadt und Land wird vornehmen müssen, die bis dahin in aller Gemütsruhe wachsen und gedeihen werden. Das Wort bedeutet vielmehr, daß die sozialistischen Elemente und Formen der Wirtschaft im Prozeß ihres Wachsens die Elemente und

die Formen der kapitalistischen Wirtschaft verdrängen und überwinden werden, bis ihre vollkommene Abschaffung möglich werden wird. In diesem, und nur in diesem Sinne sind Lenins Worte zu verstehen: „Aus dem [48] Rußland der Nep wird ein sozialistisches Rußland werden."

Hierbei müssen wir noch einen Fehler eines prominenten Vertreters der Minorität, der Genossin Krupskaja, hervorheben. Die Genossin Krupskaja sagte in ihrer Rede auf dem Parteitag:

„Die Nep ist im Grunde genommen Kapitalismus, der unter gewissen Umständen zugelassen wird, Kapitalismus, der vom proletarischen Staate an der Kette gehalten wird."

Diese Definition ist durch ihre Einseitigkeit unrichtig. Wir halten die Antwort des Genossen Stalin an die Genossin Krupskaja für vollkommen richtig:

„Die Nep", sagte Genosse Stalin, „ist eine besondere Politik des proletarischen Staates, die auf die Zulassung von Kapitalismus berechnet ist, unter Verbleiben der Kommandohöhen in den Händen des proletarischen Staates; eine Politik, die berechnet ist auf den Kampf zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Elementen, auf die wachsende Rolle der sozialistischen Elemente auf Kosten der kapitalistischen Elemente; die berechnet ist auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen Elemente, auf die Abschaffung der Klassen, auf den Bau des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft. Wer diese zwiespältige Übergangsnatur der Nep nicht versteht, der rückt vom Leninismus ab. Wäre Nep Kapitalismus, so würde das Nep-Rußland, von dem Lenin sprach, ein kapitalistisches Rußland sein. Aber ist denn das heutige Rußland ein kapitalistisches Land und nicht eine Übergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus?" (Schlußwort auf dem 14. Parteitag.)

Wir haben drei Charakterisierungen der Nep durch Vertreter der Minderheit angeführt. Die Nep sei ein Rückzug, die Nep sei ein Zugeständnis an die kapitalistischen Elemente, die Nep sei Kapitalismus.

Zu welcher Schlußfolgerung man gelangen kann, wenn man die Nep derartig definiert, ist leicht einzusehen. Daraus folgt allein die Schlußfolgerung, daß der Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland unter der Nep unmöglich sei. Diese Schlußfolgerung wird direkt von keinem Vertreter der Minorität gezogen, aber so weit die Minorität auf ihren Definitionen der Nep beharrte, war diese Schlußfolgerung für sie unvermeidlich.

Es ist doch leicht einzusehen, daß bei einer derartigen Meinungsverschiedenheit in der Beurteilung der jetzigen Wirtschaftspolitik der Partei unvermeidlich Differenzen entstehen mußten über die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in dem einzigen Lande vor dem Sieg der proletarischen Weltrevolution. Diese Diskussionen wurden vor dem Parteitag allerdings nicht in offener Form geführt, aber immerhin so, daß man ziemlich leicht verstehen konnte, um was es sich handelte.

Niemand in unserer Partei hat je den vollkommen richtigen Grundsatz bestritten, der wiederholt von Lenin betont wurde, daß der endgültige Sieg des Sozialismus in einem einzigen Lande unmöglich sei. Der Streit bewegte sich auf einer anderen Linie. Warum ist der endgültige Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion vor der Machteroberung des Proletariats wenigstens in einigen der entscheidenden Länder der Welt unmöglich? Etwa infolge der Hindernisse ausschließlich internationalen Charakters? Oder infolge unserer wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit, die uns nicht erlaubt, den Sozialismus aufzubauen, bis das siegreiche Proletariat des Westens uns zu Hilfe ge-[49]kommen sein wird? Darum ging seinerzeit der Streit! Aber dieser Streit wurde schon vor dem Parteitag entschieden. Niemand von der Minorität wagte es, auf dem Parteitag Lenins Grundsätze zu bestreiten, 1., daß unser Land „alles Notwendige zum Aufbau der vollkommen sozialistischen Gesellschaft" besitzt und 2., „daß unendlich schablonenhaft ihr (Lenin meinte die kleinbürgerlichen Demokraten) Argument sei ... daß wir für den Sozialismus noch nicht reif seien, daß wir noch nicht ... die objektiven ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus haben." Es fand sich niemand auf dem Parteitag, der diese „unendlich schablonenhaften Argumente" zu wiederholen Lust gehabt hatte. Aber Elemente des Unglaubens an die Sache des Sozialismus in unserem Lande sind unzweifelhaft in den oppositionellen Stimmungen der Minorität vorhanden.

Der 14. Parteitag hat dem ZK. als erste Aufgabe gestellt, „mit allen Mitteln das Bündnis des Proletariats der Sowjetunion, als Basis der Weltrevolution, mit dem westeuropäischen Proletariat und den unterdrückten Völkern zu festigen und den Kurs auf die Entwicklung und den Sieg der proletarischen Weltrevolution zu halten“. Aber zu gleicher Zeit hat der Parteitag beschlossen, daß ein entschlossener Kampf geführt werden muß „gegen den Unglauben an die Sache des Aufbaus des Sozialismus in unserm Lande“.

(Fortsetzung folgt.)

*

Locarno und Petroleum

Von A. Friedrich

I.

Wie frühere Konferenzen – man denke an Lausanne – stand auch Locarno im Zeichen des Erdöls, obwohl davon in der Öffentlichkeit zunächst mit keinem Wort gesprochen wurde. Der politische Sinn von Locarno war für das amerikanische und für das englische Finanzkapital, Deutschland für ihre imperialistischen Ziele einzuspannen, und die Rolle, die in diesem Jahrzehnt das Erdöl in der Welt spielt, erklärt es, daß die ökonomischen und damit auch politischen Machtverhältnisse sich nirgends anschaulicher manifestieren als in der Obereinstimmung der Politik der Auswärtigen Ämter mit der der großen Ölkonzerne der beteiligten Staaten. Kürzlich teilten „Daily Herald“ und „Chicago Tribune“ mit, daß eine deutsche Petroleumgruppe eine 25prozentige Beteiligung an der Turkish Petroleum Co. (T. P. C.) erhalten soll, und auch in der deutschen Presse finden sich verschiedentliche Andeutungen über ein solches Angebot von englischer Seite. Auf jeden Fall haben wir schon heute fest mit der Tatsache zu rechnen, daß das deutsche Kapital, sei es auch in Form einer Unterbeteiligung, an der T. P. C. beteiligt werden soll, d. h. an jener Organisation, die unter englischer Kontrolle das Erdöl von Mossul ausbeuten soll und [50] eine der wichtigsten Stützen des britischen Imperiums darstellt.

Wir werfen, um die Rolle Deutschlands dabei besser zu verstehen, einen kurzen Blick auf die Entwicklung des deutschen Petroleumkapitals.

Die beiden Hauptpetroleumgesellschaften waren vor dem Kriege aufs engste mit dem Großbankkapital liiert: die Deutsche Petroleum-A.-G. (D. P. A. G.) mit der Deutschen Bank, die Deutsche Erdöl-A.-G. (Deag) mit der Disconto-Gesellschaft. Damals machte die Deag den Versuch, gegen die Standard Oil anzurennen. Er scheiterte und endete damit, daß die Deag zu einer Art Agentur Rockefellers wurde und einige besondere Reservate erhielt. Die Belieferung der Schweiz, Hollands, Belgiens und Norwegens mit galizischem Petroleum wurde der Deag zugestanden, während sie als Konkurrentin der Standard Oil in der gesamten übrigen Welt ausschied. Die Hauptbasis der Deag wie der D. P. A. G. bildeten Besitzungen und Beteiligungen in den galizischen und rumänischen Erdölfeldern, deren Majorität sie kontrollierten. Dagegen schlug der Versuch der deutschen Bourgeoisie, die gewaltigen Erdölvorkommen der wichtigsten kolonialen „Einflußsphäre“ Deutschlands, der Türkei, in ihre Hände zu bekommen, fehl: zunächst wurden (1912) die Anteile der Deutschen Bank (D. P. A. G.), der Shell-Gruppe und der National Bank of Turky an der T. P. C. im Verhältnis 1:1:2 festgesetzt, bald darauf aber wurden die Anteile der National Bank of Turky von der Anglo-Persian Oil Co. übernommen (1914), so daß das englische Kapital bei weitem das deutsche überwog.

Mit dem Kriegsausgang verlor die deutsche Bourgeoisie alle ihre ausländischen Positionen und sonstigen Ölbeteiligungen.

In den ersten Nachkriegsjahren verlegten darum die deutschen Ölkonzerne den Schwerpunkt ihrer Organisation auf die Herstellung von Schwerölen aus Braunkohle, Ölschiefer usw.

Gegen Ende der Inflationszeit trat dann eine neue deutsche Ölmacht auf den Plan: Stinnes.

II.

Das wichtigste Merkmal der neuesten Etappe der deutschen Ölpolitik ist die Fusion der Deag mit der D. P. A. G., unter Führung der Deutschen Bank einerseits, die Aufsaugung eines großen Teils des Stinnesschen Ölkonzerns durch den Anilinkonzern andererseits.

Die Fusion der beiden großen Ölkonzerne hätte vor dem Kriege vielleicht eine Konzentrierung und Machterweiterung des deutschen Ölimperialismus bedeutet, heute hängt dieser Zentralisierungsprozeß mit der Überfremdung des deutschen Kapitals aufs engste zusammen. Eine gut informierte Quelle („Petroleum“, Nr. v. 20. September 1925) teilt zu dieser Fusion mit:

„Es verlautet, daß die ganze Transaktion im Einvernehmen mit der Anglo-Persian Oil Co. Ltd. (London) zur Durchführung gelangt ist, weiche bekanntlich seit langer Zeit freundschaftliche Beziehungen zur Gruppe der Deutschen Bank unterhält. Wahr-[51]scheinlich wird auf diesem Wege ein entsprechender Anschluß des neugeschaffenen deutschen Erdölkonzerns an die internationale Erdölindustrie und das internationale Finanzkapital geschaffen werden, ohne deren Mitwirkung eine erfolgreiche Betätigung in der Erdölproduktion und im Mineralölhandel kaum mehr möglich erscheint.

Fast gleichzeitig damit erfolgte ein anderer Zusammenschluß: die Fusionierung der Ölwerke Stern-Sonneborn A.-G., mit dem Mineralölwerk Rhenania A.-G.; beide Gesellschaften gehörten der Royal Dutch Shell-Gruppe an.

Wir ergänzen diese von uns erwähnten Tatsachen (Fusionierung der D. P. A. G. und der Deag unter Führung der Deutschen Bank, enge Beziehungen der Deutschen Bank zur Anglo-Persian Oil Co., Zusammenfassung der Shell-Interessenten in Deutschland) durch einige andere Tatsachen, die wir kurz zusammenstellen:

1. 40 Millionen Mark Aktien, d. h. mehr als der vierte Teil des Aktienkapitals der Deutschen Bank, befinden sich in Händen eines Bankkonsortiums, an dessen Spitze Dillon Read & Co. und H. J. Schröder (London und Newyork) stehen;

2. mindestens 3 Millionen Mark Aktien, wahrscheinlich aber mehr, der Disconto-Gesellschaft wurden kürzlich an Dillon Read & Co. verkauft;

3. Schröder und auch Dillon Read & Co. stehen in engen Beziehungen zum englischen Petroleumkapital;

4. das Verhältnis der Anglo-Persian zur Shell-Gruppe, das vor dem Kriege gespannt war, ist in der Zwischenzeit, insbesondere auf dem Wege über die Burmah Oil Co., sehr intim geworden. Beide Gesellschaften arbeiten in allen wichtigen Fragen Hand in Hand.

Wenn wir an diese Tatsachen die Gerüchte reihen, daß Deutschland, d. h. die Deutsche Bank und die Deutsche Petroleumgesellschaft (der neue Name der fusionierten Gesellschaften), an der Turkish Petroleum Co. beteiligt werden sollen, so haben wir festzustellen, daß diese „Gerüchte“ einen sehr realen Boden haben und ihr Inhalt eine logische Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung der Dinge darstellt.

Auf die Form der deutschen Beteiligung kommt es dabei nicht an. Ein guter bürgerlicher Kenner der Ölpolitik, Dr. W. Mautner, deutete im Hamburger „Wirtschaftsdienst vom 4. Dezember 1925 eine andere Möglichkeit an: Innerhalb der Hauptbeteiligungen an der T, P. C., über die wir unten noch zu sprechen haben werden, sind Unterbeteiligungen vorgesehen, wobei es keine Beschränkung auf bestimmte Nationalitäten gibt.

„Es liegt hierin die bisher ganz unbeachtet gebliebene, doch wie wir glauben, bedeutsame Möglichkeit, daß sich auch andere, z. B. deutsche Interessenten (wenn sie nur über genügende Mittel verfügen), um mesopotamische Ölvorkommen bewerben. Und wir möchten als Vermutung äußern ..., daß die Pressemeldungen über eine künftige deutsche Beteiligung an der T. P. C., die Mr. Chamberlain den deutschen Vertretern au Locarno zugesagt haben sollte, ... als richtigen Kern vielleicht einen Hinweis auf die eben angedeutete Möglichkeit einer derartigen Unterbeteiligung Deutschlands enthalten.“

[52] Was eine solche Bindung politisch bedeutet, braucht nicht des längeren ausgeführt zu werden. Wir wissen, wie zäh die Angora-Türkei seit Jahren auf die Wiedererwerbung des Mossulgebietes

hinarbeitet, wie krampfhaft andererseits England die Zugehörigkeit Mossuls zum Irak und das Mandat über das Irakgebiet selbst im Völkerbund verteidigt. Eine Beteiligung des deutschen Kapitals aus Gnaden der englischen Interessenten bedeutet, daß Deutschland, sobald es Mitglied des Völkerbundes geworden sein wird, dort die britischen Interessen gegen die Türkei mit allen Mitteln unterstützen muß.

III.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten über eine Einspannung Deutschlands in den britischen Ölimperialismus war es eine internationale Sensation, als der Vorsitzende der T. P. C., Sir Charles Greenway, auf Anfragen erklärte, daß die Aktien der T. P. C. zu 47% Prozent im Besitz der Anglo-Persian seien, zu 22% Prozent in dem der Shell-Gruppe und zu 25 Prozent in jenem der französischen Gruppe, während schließlich 5 Prozent Herr C. S. Gulbenkian besäße. Das Sensationelle an dieser Mitteilung war nämlich, daß die amerikanische Beteiligung, die vor drei Jahren in Höhe von 25 Prozent zugestanden worden war, mit keinem Wort erwähnt wurde. Die bürgerliche Presse sprach von einem „Austritt“ der amerikanischen Ölgruppe, an deren Spitze die Standard Oil Co. steht, aus der T. P. C. In Wirklichkeit hat jedoch bisher die amerikanische Gruppe jene 25prozentige Beteiligung noch gar nicht angenommen. Die Standard Oil Co. arbeitet mit Angora Hand in Hand und Amerika vermeidet es, vorläufig, in Kleinasien ebenso wie im Fernen Osten, sich in schroffen Gegensatz zu den nationalen Kräften Asiens zu stellen, wie es ja auch seinerzeit das ihm vom Völkerbund angebotene Mandat über Armenien abgelehnt hatte, um keine unnötige Reibungsfläche mit der Türkei zu erhalten.

Es ergibt sich also, daß in Kleinasien ebenso wie im Fernen Osten der Interessengegensatz zwischen dem amerikanischen und dem englischen Imperialismus sich verschärft, so daß sich schon daraus das Bestreben Englands erklärt, die deutschen Völkerbundsdelegierten auf alle Fälle in die britische Irak- und Mossul-Politik einzuspannen.

Einen anderen Anlaß dazu bietet die oben erwähnte französische Beteiligung an der T. P. C., die seit 1920 festgesetzt ist. Dabei handelte es sich ursprünglich darum, daß der französische Anteil von der Société pour l’Exploitation des Pétroles übernommen werden sollte, einer von der Shell-Gruppe unter Mitwirkung der französischen Finanz geschaffenen Organisation. 1924 aber, nachdem sich infolge der kostspieligen Ruhraktion der Druck Amerikas auf Frankreich wesentlich verschärfte, wurde eine andere Gesellschaft, die neugegründete Compagnie Française des Pétroles, mit der Beteiligung an der T. P. C. betraut. Gleichzeitig änderte sich der Charakter des französischen [53] Erdölimports von Grund auf. Bis dahin wurde dieser Import zu 90 Prozent von der Shell-Gruppe gedeckt, seit 1924 dagegen nur noch zu einem Drittel.

Es ist nur verständlich, daß England als Ersatz für diesen Verlust in Paris sich nunmehr an Berlin wendet. Es handelt sich ja nicht um die Beherrschung der T. P. C. – die ist den Engländern bereits auf alle Fälle sicher –, sondern darum, daß ihnen zur Verteidigung ihrer Stellung im Irak und damit im Mossulgebiet andere p o l i t i s c h e K r ä f t e (nicht nur im Völkerbund) zur Verfügung stehen.

Wir erwähnen in diesem Zusammenhang noch einen anderen weltpolitisch bedeutenden Vorgang: die sich vollziehende Annäherung zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten, die von London mit dem größten Mißtrauen beobachtet wird. In den Rahmen dieses Zusammenhanges gehört, daß die Standard Oil sich mit der Nationalisierung des Erdöls von Baku viel leichter abfinden kann als die Shell-Gruppe, die mit den früheren Aktionären der verschiedenen Petroleumgesellschaften von Baku gemeinsame Sache macht. Auch ist der wachsende Petroleumexport Rußlands, der bereits die Vorkriegshöhe überschritten hat, die Herabsetzung der russischen Exportpreise für Erdöl und Erdölprodukte den Engländern aus rein geographischen Gründen (Mossul, Persien) wesentlich gefährlicher als den Amerikanern. Dieser Zusammenhang wird durch verschiedene Pressemeldungen ergänzt, die nicht nur von türkischen Konzessionen an die Standard Oil, sondern gleichzeitig von einer engeren Zusammenarbeit zwischen Angora und der Arcos, der russischen Ölexportgesellschaft, berichten.

IV.

Gleichzeitig mit diesem politischen Versuch Englands, Deutschland zu binden, erfolgt ein Vorstoß zur stärkeren Beherrschung des deutschen Ölmarktes. Die obenerwähnten Fusionierungen sind nur

die eine Seite dieses Vorgangs. Die andere bildet eine Forcierung des Ölexportes nach Deutschland. Wir stark bisher Amerikas Stellung auf dem deutschen Ölmarkt gewesen ist, geht aus seinem Anteil am deutschen Ölimport in den ersten zehn Monaten des Jahres 1925 hervor:

Rohöl	64,9	Prozent
Gasöl	77,3	"
Leuchtöl	84,2	"
Rohbenzin	54,3	"
Schwerbenzin	19,1	"
Benzin	63,6	"
Schmieröle	67,4	"

In den restlichen Anteil teilte sich nicht nur der englische Import, sondern auch der Import aus Polen, Rumänien, Südamerika und insbesondere auch aus Sowjetrußland.

Die Filialen der Standard Oil Co. in Deutschland, in erster Linie die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, in zweiter die Vacuum Oelgesellschaft, haben infolgedessen in der letzten Zeit gute [54] Geschäfte gemacht, während beispielsweise die Ossag mit Verlust abgeschlossen hatte und auch die Finanzlage der nunmehr fusionierten großen Ölkonzerne sehr ungünstig war, Die Ossag z. 13. hatte von Anfang 1924 bis Mitte 1925 einen Verlust von 1,75 Millionen Mark, Die Deag und die D. P. A. G. klagten über schlechten Geschäftsgang, dagegen ist die Geschäftstätigkeit der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft von 1924 auf 1925 stark gewachsen, der Reingewinn beträgt über eine halbe Million Mark. Diese Lage erklärt sich, wenn wir wissen, daß die Deag und die D. P. A. G., ebenso natürlich auch die Ossag und die Rhenania, keinerlei Anteil an den Ölimporten aus Amerika und Mexico gehabt haben.

Das Vordringen des englischen Petroleumkapitals ist nicht etwa eine Folge der bisherigen Entwicklung des deutschen Ölhandels, sondern – wie der Anteil Amerikas zeigt – im Gegenteil eine aggressive Maßnahme gegen die bisherige Vorherrschaft der Amerikaner und steht im Zusammenhang nicht nur mit dem neuerdings a l l g e m e i n verschärften Konkurrenzkampf zwischen Shell und Standard Oil, sondern mit dem verschiedenen Verhalten Londons und Newyorks gegenüber Moskau.

Nach Kriegsende gingen Shell und Standard Oil vielfach zusammen, insbesondere gegenüber Sowjetrußland und rumänischen Nationalisierungsbestrebungen. Das „Groupement International des Sociétés naphtiferes en Russie“[*)] wurde von beiden Konzernen gemeinsam gegründet (1922); 1924 kam es jedoch bereits zum Bruch als die Standard Oil und die mit ihr sympathisierenden Gesellschaften aus diesem „Groupement“ austraten.

Der englische Vorstoß auf dem bald wachsenden deutschen Markt schließt natürlich nicht aus, daß die Standard Oil nicht zum Gegenangrifft vorgeht, wie er in Frankreich 1924, und zwar überaus geschickt, erfolgte.

Gleichzeitig mit den Vorgängen im deutschen Ölkapital und der Schwenkung der deutschen Ölpolitik verschwand eine sensationelle deutsche Erfindung vollständig im Dunkeln, von der um die Mitte des Jahres 1925 in der bürgerlichen Presse viel Aufhebens gemacht wurde: die Herstellung von Öl aus Steinkohle.

Das Geheimnis, warum eine solche Entwicklung n i c h t eingetreten ist, lüftet sich sehr bald, wenn wir wissen, daß 50 Prozent der Deutschen Bergingesellschaft, die die maßgebliche Organisation zur Ausnützung dieser Erfindung wäre, in Händen einer internationalen Gesellschaft liegt, an der die S h e l l-G r u p p e entscheidend beteiligt ist.

*

Aus diesen Tatsachen geht hervor, in wie gefährlicher Weise sich das deutsche Ölkapital, die Deutsche Bank und die deutsche Regierung an das Schicksal des englischen Ölkapitals, d. h. des eng-[55]lischen Imperialismus, gebunden haben durch und im Zusammenhang mit Locarno, In den

[*)] „Internationale Vereinigung der in Rußland interessierten Naphtagesellschaften.“

Petroleumfragen verschwindet auch der letzte Schein eines „Friedenspaktes“, Locarno entpuppt sich als eine mehr oder minder gutbezahlte Schwenkung Deutschlands in die Front des britischen Imperialismus nicht nur gegen Sowjetrußland, sondern auch gegen die Türkei und die anderen um ihre nationale Befreiung kämpfenden Völker des Ostens.[*)] Vom weltgeschichtlichen Gesichtspunkt ist diese Schwenkung kurzsichtig und dumm, denn der englische Imperialismus kämpft heute seinen Todeskampf und dem revolutionären Osten gehört zweifellos die Zukunft. Deutschland wird nicht so sehr an den Reichtümern des britischen Imperialismus beteiligt, als vielmehr an seinem Risiko. Trotzdem: Nur auf diesem Wege ist unter den gegenwärtigen Umständen ein neudeutscher Imperialismus (zweiten Grades) möglich. Die deutsche Bourgeoisie ist von der Geschichte dazu verurteilt, eine dumme, kurzsichtige, neue reaktionäre Kriege vorbereitende Politik zu machen, denn es ist die einzige, die sie als untergehende Klasse machen kann.

Das Gegenteil gilt für die deutsche Arbeiterklasse: sie muß sich freimachen von den Locarno-Illusionen der Sozialdemokratie, die sie an die Katastrophenpolitik der untergehenden Bourgeoisie kettet, und auf ihre eigene Klassenpolitik besinnen: mit der Sowjetunion und den Ostvölkern zusammen gegen Locarno, gegen den englischen Imperialismus und seine deutschen Vasallen.[**)]

*

Frankreichs Weg zur finanziellen Sanierung

Von S. Erkner[***)]

Deutlich sind in Frankreich in der Nachkriegsperiode zwei Abschnitte zu unterscheiden, und zwar die Periode vor und die Periode nach dem Ruhrabenteuer, wobei das Ruhrabenteuer selbst die Übergangsetappe darstellt. Wesentliche Merkmale des ersten Teiles der Nachkriegsperiode sind:

1. Der Neu- und Wiederaufbau einer starken Industrie und das Aufkommen eines mächtigen Industriekapitals, das in diesem Abschnitt die Vormacht in Frankreich an sich reißt.

2. Die riesige Entfaltung des nationalen Kredits, den in erster Linie das Industriekapital in seine Dienste zu stellen weiß.

3. Die weitausholende Expansion des französischen Imperialismus auf dem europäischen Kontinent, organisiert vom französischen Indu-[55]striekapital. Ein ganzes System von politischen Allianzen auf dem Kontinent wurde damals aufgebaut. Dabei wurde versucht, mit Hilfe finanzkapitalistischer Methoden und Mittel, diesem System politischer Bündnisse eine stabile und dauerhafte Grundlage [vor allem durch Finanzierung der polnischen und tschechoslovakischen Großeisenindustrie] zu verleihen.

An der Restauration der französischen Industrie und an der gleichzeitigen Expansion im Ausland erschöpfte sich schließlich der nationale Kredit, der beide zu tragen hatte. Nach dieser äußersten Anspannung folgte eine schwere Krise des ganzen Systems, die der Krieg in den Kolonien nur noch verschärfte. Kennzeichnend für diesen zweiten Teil der Nachkriegsperiode sind:

1. Krise des französischen Kredits,

2. Übergleiten der Vormacht in Frankreich vom Industriekapital auf das Bankkapital. (Finaly, Banque da Paris et des Pays Bas.)

3. Stillstand und teilweiser Abbau der französischen Expansion (Dawes-Anleihe drängt Frankreich aus dem deutschen Pfand hinaus, angelsächsische Währungsanleihen an die Tschechoslovakei und an Polen lockern das Gefüge der politischen Allianz in Frankreich, dagegen vielleicht wirtschaftliche Orientierung auf Kolonien).

[*)] Der Eintritt Deutschlands in den Washingtoner Chinapakt bildet eine Parallele hierzu für den Fernen Osten.

[**)] Zur vorliegenden Arbeit wurde außer der Fachliteratur, den Geschäftsberichten usw. auch ein Artikel des Genossen Peter Rodin (Berlin) benutzt.

[***)] Der vorliegende Artikel ist im November v. J. verfaßt. Er gibt die Vorgeschichte und die allgemeinen Umrisse der französischen Wirtschafts- und Finanzlage deren aktuelle Fragen wir in einigen weiteren Artikeln behandeln werden. D. Red.

In der Lage der französischen Industrie ist ein entschiedener Umschwung zu ihren Ungunsten eingetreten. Diese Feststellung scheint nun in einem Widerspruch zu den hohen Produktions- und Ausfuhrzahlen der französischen Industrie zu stehen. Es bleibt ein Widerspruch, wenn man eine Überprüfung der Gesamtlage der Industrie auf ihre bloßen Produktions- und Ausfuhrziffern beschränkt. Man hat es nämlich in Frankreich mit der typischen „trügerischen Prosperität“ der Inflation zu tun, für die in gleicher Weise hohe Produktions- und Ausfuhrzahlen und eine Reihe von kritischen Erscheinungen kennzeichnend sind.

Zwei Tatsachen nun unterstreichen das Krisenhafte an der französischen Industrielage, und zwar:

1. Der Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete ist so gut wie beendet. Dadurch verliert die französische Industrie für zahlreiche Erzeugnisse einen gesicherten, großen und ihre Produktion dauernd stimulierenden Markt. Dieser wird jetzt auf einen ‚normalen“ (faktisch wesentlich kleineren) Umfang reduziert.

2. Die Einschränkung und Rationierung der Industriekredite von seitens der Bank von Frankreich und der Großbanken.

Der Prozeß, im Verlauf dessen zunächst das Industriekapital zur Vormacht kam und dann diese Stellung an das Bankkapital abgeben wußte, wobei gleichzeitig in einem groß angelegten Raubzuge die niederen Klassen systematisch ausgeplündert wurden, verlief folgendermaßen: Das Schatzamt (Trésor Public), ein staatliches Finanzinstitut, dem die Verwaltung der Staatskasse oblag, hatte die Finanzierung des industriellen Wieder- und Neuaufbaus übernommen. Es bestritt diese zum Teil aus den Eingängen der regelmäßig einlaufenden Steuern. Zum weitaus größeren Teil mobilisierte es den [57] nationalen Kredit, d. h. in erster Linie die Ersparnisse der breiten Massen. Dies geschah in der Form der Ausgabe von kurzfristigen Schatzscheinen, vor allem der sogenannten Nationalverteidigungsbons (bons de la défense nationale), also auf dem Wege ununterbrochener Staatsanleihen. Diese Bons wurden scheinbar mit verschiedenen „Vorteilen“ ausgestattet: mit hohen nominellen Zinsen, Steuerfreiheit, leichter Einlösbarkeit, Prämien usw. Faktisch verwandelte die Inflation all diese Vorteile in ihr genaues Gegenteil. Infolge der ständigen und raschen Entwertung waren diese Anleihen nicht nur zinslos gewährte Darlehen, sondern überdies ihrem Wesen nach eine dauernde Einkommensteuer. Der größte Teil der in dieser Form mobilisierten Gelder wurde in die Industrie gesteckt, dort festgelegt, „immobilisiert“.

Auf dem Wege der ständigen Entwertung dieser durch den Staat vermittelten Kredite konnte die französische Industrie sich teilweise entschulden, von ihrem Profit zunächst einen weit geringeren Teil für Zinsverpflichtungen ausgeben, als ihren nominellen Verbindlichkeiten entsprach. Aber das Industriekapital hatte zwar jetzt große Anlagen doch durch die Erschöpfung des nationalen Kredits war zugleich das freie Geldkapital im eigenen Lande verschwunden, auf das man sonst in Perioden des Geldbedarfs und der Geldnot hätte zurückgreifen können. Der Profit der Industriellen, mag er im einzelnen bei jedem Warenumsatz groß gewesen sein, reichte in seiner Masse infolge der kurzen Spanne Zeit der Verwertung des neu angelegten Kapitals nicht aus, um die laufenden Geldbedürfnisse der dauernden Reproduktion der riesigen industriellen Neuanlagen oder gar ihre erweiterte Erneuerung zu befriedigen. Infolge der starken Nachfrage nach Geld und Geldkapital war eine Kredit- und weiter eine Produktionskrise unvermeidlich, der die Inflation nur ihren akuten Charakter zeitweilig nahm. Die Lage der französischen Industriellen wurde insofern verschärft, als nicht nur Kredit in immer geringerem Umfang und zu immer ungünstigeren Bedingungen zu erhalten war, sondern weil gerade die Kreditkrise die Unternehmer zwang, im stärkeren als im Durchschnittsmaße sich „liquid“ zu halten d. h. Geld um jeden Preis zwecks rascher Einlösung der laufenden Verbindlichkeiten bereit zu halten. In einer solchen Lage der allgemeinen Geldknappheit kann die steigende Produktion, die das in einer solchen Periode allgemein begehrte Geldkapital im größten Umfange immobilisiert, den Ausbruch der folgenden Produktionskrise umso verheerender gestalten. Diese Gefahr droht der französischen Industrie seit langer Zeit, und ihre Hinausschiebung mit den Mitteln der Inflation ist keine Beseitigung der potentiellen Krisenursachen.

Im Laufe der zwei letzten Jahre haben die Banken in Frankreich (als die spezifischen Träger des Geldkapitals) die Oberhand gewonnen. Dafür gibt es eine Reihe von Anzeichen.

Charakteristisch für die Position der französischen Großbanken ist noch eine Erscheinung, die auch ihre Lage prinzipiell unterscheidet von der der Großbanken Deutschlands während der Inflation. Die [58] deutschen Großbanken blieben bekanntlich bis in die letzten Ausläufe der Inflation in einer untergeordneten Stellung, während die französischen Großbanken den Umschwung noch lange vor Beendigung der Inflation durchführen konnten. Das hat verschiedene Ursachen, u. a. auch die, daß die französischen Großbanken neben den illegalen Möglichkeiten einer Kapitalflucht auch legale besitzen. Die Pariser Börse hat nämlich im Gegensatz zur Berliner Börse den Zusammenhang mit den internationalen Börsen niemals unterbrochen. An der Pariser Börse wird eine ganze Menge internationaler Wertpapiere notiert, deren Verzinsung in Pfunds, Dollars usw. ausgezahlt wird. In diesen Werten ist nun viel freies französisches Geldkapital angelegt. Die gleichzeitige Notierung dieser Wertpapiere in Newyork, London usw. verhindert in einem gewissen Umfange ihre Überbewertung auf Grund stärkerer französischer Käufe und sichert auf diese Weise das französische Geldkapital vor stärkeren Verlusten (bei Rückschlägen). In Deutschland hatte die Illegalität der Kapitalflucht ihr gewisse Grenzen gesetzt und das Geldkapital der Banken mangels anderer Anlagen zu einer Spekulation in sogenannten Sachwerten direkt gezwungen, was zu ihrer Überwertung führte. Die Loslösung von der Industrie in ihrer krisenhaften Phase konnten also die französischen Großbanken frühzeitiger durchführen als die deutschen, und deshalb zugleich auch die Industrie noch in der Inflationsperiode in starke Abhängigkeit bringen.

Caillaux, der Mann der Großbanken, sollte die Reorganisation der französischen Finanzen ins Werk setzen. Er war vor folgende Aufgaben gestellt: Große Beträge der unfundierten, schwebenden Schuld waren im Juli und September und Dezember 1925 fällig. Prolongationsmöglichkeiten (Zahlung der alten Schulden durch neue Schuldaufnahme) waren infolge des Widerstandes der Anleihebesitzer so gut wie ausgeschlossen, ihre Deckung aus laufenden Steuern ebenso versperrt, da das Budget ohnehin eine Passivbilanz aufwies. Überdies waren neue Ausgaben, die ebenfalls eine Sonderdeckung erheischten, durch den Krieg in Marokko und Syrien entstanden. (100.000 Mann operierender Truppen kosten monatlich mindestens 100 Mill. Goldfranken, 200.000 Mann ungefähr dürften eingesetzt sein.) Eine Inflation in deutschem Ausmaße, die in kürzester Zeit die Schulden vernichtete, mußte wegen der sozialen Wirkungen (Frankreich ist ein Siegerland) möglichst umgangen werden. Auf dar einen Seite mußten die Mittel für die dringendsten Ausgaben aufgebracht, auf der anderen Seite die Ansprüche der niederen Klassen an Zinsen und Anleiherückzahlungen möglichst stark herabgedrückt werden, um dann an die Währungsstabilisierung tatsächlich heranzuschreiten. Caillaux und die hinter ihm stehenden Großbanken versuchten diese doppelte Aufgabe durch eine Verbindung einer neuen aber teilweise wertbeständigen Anleihe mit gleichzeitiger Inflation zu lösen.

Die Absichten, die man mit diesem Finanzexperiment verfolgte, waren folgende: die neue wertbeständige Anleihe sollte die Scheu [59] der niederen Klassen vor einer neu en Anleihe überwinden. Weiter sollte diese Anleihe:

1. die Mittel für die Fälligkeiten verschaffen. Die fälligen schwebenden Verpflichtungen des Staates wären durch die neue Goldanleihe gedeckt wurden, so daß diese Operation auf eine Fundierung der schwebenden Schuld hinausgelaufen wäre.

2. Wurde versucht, mit der Anleihe, die in die währungsstabile Periode übernommen worden wäre, den unvermeidlichen Hochzinsen der Übergangsperiode vorzubauen. (Das Geschäft, das der Staat mit 4prozentiger Zinsgewährung machen wollte, wäre besonders groß gewesen. Denn in allen anderen Staaten müssen, wenn man Ausgabekurs, Prämien usw. berücksichtigt, gegenwärtig mehr als 4 Prozent für ähnliche Anleihen gezahlt werden.)

3. Je größer der Erfolg der Anleihe war, umso geringer waren die sozialen Erschütterungen, da man unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen (4 Prozent) ohne große Inflation die Fundierung einen großen Teiles der schwebenden Schulden zu erreichen hoffte.

4. Ferner, je größer unter solchen Umständen der Erfolg der Anleihe war, umso niedriger mußte sich der Bedarf Frankreichs an angelsächsischen Anleihen stellen, umso bessere Bedingungen hoffte dann Frankreich für seine Anleihen und für den Schuldenausgleich mit den angelsächsischen Finanzmächten herauszuschlagen.

Das Tor zu einer weiteren Inflation war für alle Fälle offen gelassen. Auf diese Weise hatte die bedingte Werterhaltung der neuen Anleihe die anderen Bons mit ihrer Entwertung zu bezahlen, andererseits konnte ein stärkerer Mißerfolg der neuen Anleihe durch eine stärkere Inflation korrigiert werden. Der Mißerfolg ist auch tatsächlich eingetreten. Anstatt der erhofften 30 bis 40 Milliarden wurden nur 6 Milliarden gezeichnet. Gleich wurde der andere Hebel zur Reorganisation der Finanzen, d. h. im wesentlichen zur Liquidierung eines Teiles der noch bestehenden Ansprüche der niederen Klassen angesetzt: der Franken fiel stark.

Nun ist in Frankreich die Lösung durch die Inflation, vor allem durch eine überstürzte, die den Weg zur notwendigen Währungsstabilisierung im Sinne der herrschenden Klasse freimacht, keine einfache. Die Neigung zu ihr besteht zweifellos bei der herrschenden Klasse, um die Forderungen der niederen Klassen, die im raren Geld zu zahlen wären, aus der Welt zu schaffen. Aber es drohen:

1. Eine weitgehende soziale Erschütterung. Neue Krisenelemente treten hinzu auf Grund des kolonialen Krieges. Eine Belastungsprobe der sozialen Tragfähigkeit all dieser Raubzüge der herrschenden Klasse ist speziell in Frankreich ein umso größeres Wagnis, als eine soziale Krise rasch auf die Armee überspringt.

2. Eine Inflation desorganisiert den französischen Kapitalmarkt, da sie die illegale Kapitalflucht, ein starkes desorganisierendes Element, das überdies erfahrungsmäßig mit starken Kapitalverlusten verbunden ist, fördert. [60]

3. Aus diesem Grunde verschärft sie das Maß der Abhängigkeit vom angelsächsischen Finanzkapital. Das bürgerliche Frankreich ist ein imperialistischer Staat mit ganz anderen objektiven imperialistischen Möglichkeiten als beispielsweise das bürgerliche Deutschland. Es muß im Interesse seiner dauernden Freiheit, unabhängig zu handeln, versuchen, die Schranken, auch die finanziellen, die ihm der Expansionsdrang des angelsächsischen Finanzkapitals setzt, dauernd zu beseitigen.

Aus all diesen verschieden wirkenden Kräften die richtige Resultante herauszufinden, ist ein umso schwierigeres Exempel, als es sich um kein mathematisches, sondern um ein eminent politisches handelt.

RUNDSCHAU

Internationale Politik

Die Hauptachse der Weltereignisse der letzten Wochen bleibt die Feindschaft des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion und die Orientvölker, oder, wenn man so sagen will, der Locarno- und Völkerbundsgeist. In diesem Geiste sprach der Völkerbund das Mossulgebiet dem englischen Imperialismus zu, um damit vor aller Welt seinen räuberischen, imperialistischen Charakter wieder einmal zu offenbaren. Im selben Geist führt England die Propaganda mit der „Abrüstungskonferenz“, die vom Völkerbund nach der Schweiz einberufen nach Englands Wunsch dem Zweck dienen soll, die Sowjetregierung, die wegen des Mordes an Worowski eben nach der Schweiz keine Delegation entsenden kann, als den Störenfried, das Haupthindernis des Weltfriedens und der Abrüstung zu denunzieren. Im Rahmen dieser englischen Hetzkampagne ist es nur natürlich, daß die englische Regierungspresse den sowjetisch-türkischen Freundschaftsvertrag, diese einzig mögliche Antwort der türkischen Republik auf die Provokationen Englands, als „Kriegsbündnis“ bezeichnet, obwohl die Sowjetregierung wiederholt erklären ließ, daß sie im Interesse des Friedens, zur Abschwächung der bestehenden Spannungen jederzeit bereit ist, mit jedem Staate, auch mit England, ähnliche Neutralitätsverträge abzuschließen.

Trotz dieser Feindschaft des englischen Imperialismus hat sich die internationale Lage der Sowjetunion nicht verschlechtert sondern weiter befestigt. Der Abschluß des Vertrages mit der Türkei war zweifellos ein Erfolg der Sowjetdiplomatie. Ein weiterer Erfolg zeigt sich im Verhältnis zu Frankreich. In Frankreich gibt es seit einem Jahre keine stabile Regierung, weshalb auch die internationalen Verbindungen Frankreichs unsicher und unbeständig sind. Die schwere Finanzkrise, der starke englische Druck, vor dem sich der französische Imperialismus gerne retten möchte, hat

aber die Geneigtheit der französischen Bourgeoisie gestärkt, mit der Sowjetunion geordnete Beziehungen anzubahnen. Im Laufe des Januars werden russisch-französische Verhandlungen eröffnet, die die Grundlage friedlicher Verständigung schaffen sollen. Schon die Tatsache dieser bevorstehenden Verhandlungen allein zeigt an, daß der antisowjetische Locarno-Block nicht so festgefügt ist, wie ihn England gerne gesehen hätte.

*

Ein weiteres Zeichen dafür ist die Lage auf dem Balkan und das Verhältnis Englands zu Italien. Zwar ist es dem englischen Imperialismus gelungen, sich in Griechenland durch die Militärdiktatur Pangalos einen festen [61] Stützpunkt zu verschaffen, der von England geplante feste „Balkan-Locarno"-Block kam aber infolge der englisch-französisch-italienischen Gegensätze nicht zustande. Endgültiges kann über die Stellungnahme der Balkanregierungen noch nicht gesagt werden, alles ist heute noch im Fluß, aber die Ereignisse in Bulgarien, Jugoslavien und Rumänien weisen auf neue Gruppierungen, natürlich auch neue, von den großen Imperialistenmächten geschürte Konflikte hin. Es ist auch noch nicht bekannt, wie sich das Verhältnis Italiens zu England nach der Besprechung Chamberlains mit Mussolini gestalten wird. Die Absicht Englands ist die Einbeziehung Italiens in den sowjetfeindlichen Block. Dazu hat England die Schuldenforderungen an Italien als Druckmittel in der Hand. Die italienisch-französischen Interessengegensätze in bezug auf das nordafrikanische Kolonialgebiet sind ebenfalls stark. Aber ebenso stark sind auch die Widerstände Italiens gegen die englischen Mittelmeerpläne, die Feindschaft gegen den griechischen Vasallen Englands – und schließlich ist Italien durch das Schuldenabkommen mit Amerika auch Bindungen eingegangen, die gegen die nahöstliche Politik Englands gerichtet sind. Erst der Ausgang der italienisch-englischen Schuldenverhandlungen wird konkrete Anhaltspunkte dafür liefern können, wie sich das Verhältnis Italiens zu England gestalten wird.

*

Ebenso befindet sich gegenwärtig in China alles im Fluß. In den letzten Wochen sind dort einige unerwartete Ereignisse eingetreten. In der Mandschurei ist entgegen allen Voraussagen nicht Kuosunlinng, der Führer der demokratischen Jungmukden-Partei, sondern der alte Reaktionär und Japanagent Tschangtsolin Sieger geblieben. Heute steht es schon einwandfrei fest, daß dieser Sieg einer regelrechten militärischen Intervention des japanischen Imperialismus zu verdanken ist. Ob Japan in diesem Falle im Einvernehmen mit anderen Mächten oder auf eigene Faust gehandelt hat, bleibt noch unklar. Angesichts der großen Erfolge der nationalrevolutionären Unabhängigkeitsbewegung und der Nationalarmee Fengs war trotz der verschiedenen Interessen der Mächte ein Bestreben zum gemeinsamen Vorgehen bemerkbar. Die letzten Meldungen darüber, daß sich sowohl Feng wie Tschang vom politischen Leben zurückziehen wollen, zeigt, ebenso wie die steigende Welle der imperialistenfeindlichen Kundgebungen, neue Wendungen in der chinesischen Situation an.

*

Die Kolonialkriege Frankreichs in Syrien und Marokko gehen mit großer Heftigkeit weiter. Friedensvorschläge der Drusen und Rifkabylen werden vom französischen Imperialismus abgelehnt, seitdem sich Frankreich infolge des Locarno-Abkommens die Unterstützung Englands versichert hat. Trotzdem ist es mit dieser englisch-französischen Freundschaft nicht sehr weit her. Es ist bezeichnend, daß die Friedensaktion des englischen Kapitäns Cunnings, der im Auftrag Abd el Krims nach Paris kam, von der französischen Imperialistenpresse ziemlich unverhohlen als ein englisches Manöver bezeichnet wurde.

*

Außer Frankreich, das gegenwärtig eine heftige Inflationskrise durchlebt. sind auch in einer Reihe schon „sanierter" Länder ernste Krisenerscheinungen mit einer Massenarbeitslosigkeit zu verzeichnen: in Österreich, in Polen und in Ungarn. In Polen ist eine schon stabilisierte Währung ins Wanken geraten, die Arbeitslosigkeit hat ungeheure Dimensionen angenommen und führte bereits zu blutigen Arbeitslosenunruhen. Im politischen Leben Polens geht ein Kampf zwischen der französischen

und englischen Orientierung vor sich. In Ungarn finden wir dieselben Erscheinungen. Die Horthysche Frankenfälscherangelegenheit hat die Treibereien der monarchistisch-faschistischen Putschisten in diesem Lande und ihre internationalen Verbindungen besonders kraß beleuchtet. In dem Schutz, den der englische Imperialismus dem stark kompromittierten Horthysystem angedeihen läßt, zeigt sich deutlich das Bestreben des englischen Imperialismus, seinen horthystischen Stützpunkt in Mitteleuropa zu erhalten. Georg.
[62]

LITERATUR

O. D. Chwolson: „Das Problem der Wissenschaft und Religion“

Versuch einer Lösung in neuer Richtung. Verlag Vieweg und Sohn, Braunschweig 1925. (37 S.)

Gegen den Ansturm der unterdrückten Massen haben die herrschenden Klassen aller Zeiten mehrere Dämme zu errichten vermocht. War einer durchbrochen, so zogen sie sich bis zum nächsten zurück, ließen aber selbst die Reste der alten Stellung als Vorposten der neuen bestehen und verteidigen.

Auch in der Welt der religiösen Ideen hat die Bourgeoisie mehrere Eisen im Feuer. In ihrer Jugend legte sie selbst manche Bresche in die Front des orthodoxen Kirchenglaubens und war für „Freiheit“ auch in Glaubenssachen. Mit einer Reihe anderer hat sie auch die endgültige Lösung dieser Aufgabe dem Proletariat überlassen. Inzwischen dient ihr jede, aber auch jede noch so „liberale“ Religion zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Dem demokratischen bzw. sozialdemokratischen Flügel im politisch-sozialen Kampf entspricht der „liberale“ Glaube in der Auseinandersetzung der Weltanschauungen. Je mehr sich diese Religion hinter der Wissenschaft verschanzt, desto schwerer ist sie zu schlagen; denn kein Gebiet vermochte die Bourgeoisie so sehr mit dem Nebel der „Neutralität“ zu umhüllen, wie da., der Wissenschaft.

Unter diesen allgemeinen Gesichtspunkten ist Chwolsons Schrift zu betrachten.

Chwolson stellt sich die Aufgabe, eine Religion zu konstruieren, „die in keinem Widerspruch steht zu den modernen Naturwissenschaften“ (S. 19). Folgende von ihm formulierten Sätze geben die einzelnen Etappen seines Weges an (S. 18, 26, 31):

„1. Wir müssen annehmen, daß es für den Menschen einen Horizont der Erkenntnis gibt.

2. Eine Beschreibung der physikalisch-chemischen Begleiterscheinungen und der strukturellen Vorbedingungen der Gedanken enthält noch nicht eine erschöpfende, den Wissensdurst allseitig befriedigende Erklärung oder Aufklärung der Entstehung und des Wesens der Gedanken.

3. Die einzige scheinbare Hypothese in diesem Buche: der Mensch ist nicht nur der Sitz physikalischer und chemischer Erscheinungen; er enthält noch etwas, das sich auf solche Erscheinungen nicht zurückführen läßt und als dessen Äußerung wir einzig und allein die Gedanken des Menschen bezeichnen. Wir nennen es Etwas.

4. Wir bezweifeln, daß der vorhergehende Satz eine Hypothese sei; wir sind der Ansicht, daß es ein Erfahrungssatz ist.

5. Wir lassen die Frage, ob die Gedanken des Menschen auch wirklich die einzige Äußerung des Etwas sind, vollkommen offen.

6. Damit eine Religion auch wirklich eine Religion sei, hat sie zwei Bedingungen zu genügen: a) sie muß die Behauptung enthalten, daß es eine (transzendente) Macht gibt, welche eingreifen kann in die Geschicke der Menschen; b) es müssen Menschen vorhanden sein, in denen diese Religion sich durch Erscheinungen bemerkbar macht, welche am Ende des dritten Kapitels durch eine Reihe von Worten in für alle verständlicher Weise charakterisiert wurden. [„... Glaube, Frömmigkeit, Hingabe, Erbauung, Hoffnung, Zuversicht, Unterwerfung und Trost ... Ekstase.“)

7. Zwischen den Resultaten der modernen Naturwissenschaften und den Dogmen der modernen Religionen besteht ein unüberbrückbarer Widerspruch.

8. Als Quellpunkt fast aller Lebensereignisse erweist sich ein Gedanke.

9. Das ES kann durch das Etwas Gedanken hervorrufen.

[63] Um die Kette der logischen Schlüsse zu schließen, müssen wir zwischen Satz 7 und Satz 8 noch zwei Zitate anführen (S. 19):

„Es gibt eine (transzendente) Macht, welche eingreifen kann in die Geschicke der Menschen. ... Das Wort, d. h. der neue Name für die (transzendente) Macht ... lautet: das ES."

Wir haben hier ein mit größter Vorsicht ausgebautes, dabei in bestechender Einfachheit vorgetragenes System vor uns, dessen einzelne Glieder so eng mit einander verflochten sind, daß mit jedem einzelnen der angeführten Sitze das Ganze fällt.

Zunächst ist zu beachten, daß Chwolson nicht etwa Religionslose überzeugen, sondern den Religiösen einen Weg zeigen will, wie sie Konflikte mit den modernen Wissenschaften vermeiden können. „Denn als wir uns als Thema dieses Buches die Frage vorlegten: Läßt sich eine Religion konstruieren, die in keinem Widerspruch steht zu den modernen Naturwissenschaften? haben wir damit bereits die Möglichkeit einer solchen Religion angegeben und damit also auch ganz allgemein die Möglichkeit einer Religion. Wollten wir diese Möglichkeit a priori leugnen, so wäre ja das Thema dieses Buches sinnlos. Mit der bloßen Aufstellung dieses Themas ist also bereits die Möglichkeit einer Religion zugegeben; da aber eine solche ohne die obige Bedingung unmöglich ist, so ist also die Aufstellung der obigen Behauptung*) identisch mit der Aufstellung des Problems, welches das Thema dieses Buches bildet." (S. 19.)

Diese Beweisführung ist mißglückt. Chwolson unterscheidet zwischen „modernen", „jetzt existierenden" Religionen, die auch nach seiner Meinung in unüberbrückbarem Widerspruch stehen zu den Naturwissenschaften (Satz 7) und seiner zu konstruierenden Religion, die diesen Widerspruch vermeiden will. Ob eine solche Konstruktion möglich ist, ist im Thema noch nicht entschieden; sondern seine Behauptung (Anmerkung 1) ist seine höchst subjektive Glaubensangelegenheit. Eine unter Verwendung dieser Behauptung mit dem Problem seiner Schrift tatsächlich identische Frage müßte richtig lauten: Läßt sich eine in die Geschicke der Menschen eingreifende Macht annehmen, ohne in Widerspruch zu den modernen Naturwissenschaften zu geraten? Die Möglichkeit einer solchen Konstruktion bliebe nach wie vor nachzuweisen.

Doch nun zu seinen Sätzen. Wenden wir uns zunächst Satz 2 zu. Er ist deshalb von großer Bedeutung, weil er die Bauplatzanweisung für Chwolsons Konstruktionsversuch enthüllt. In diesen Sätzen begnügt sich Chwolson (Professor der Physik in Leningrad!) mit den – wie er an anderer Stelle selbst anführt – erschütterten Begriffen der alten Physik. Sind deren Grundbegriffe: Materie, Masse, Energie u. a. m. derart schwankend, so stehen wir auch in der Erklärung des Zustandekommens der Gedanken vor neuen, umwälzenden Entdeckungen. Ad majorem Dei gloriam verewigt hier Chwolson die Wahrheiten der heutigen Wissenschaft, um an anderer Stelle – ebenfalls ad majorem Dei gloriam – die Revolution in den Wissenschaften und ihren gebräuchlichsten Begriffen zu zeigen.

Die Wissenschaft darf keinen Platz für eine „transzendente Macht" reservieren, will sie sich nicht selbst ihren Weg verbauen. Nur auf dem Boden der Dichtung mag diese noch einige Zeit existieren. Die Annahme einer speziellen Gedankenursache, des Chwolsonschen „Etwas", ist voreilig und nicht zwingend.

Nachdem Chwolson eine besondere Gedankenursache (das Etwas) und eine „(transzendente) Macht" (das ES) postuliert hat, schließt er den Zirkel, indem er in Satz 8 den Gedanken zum Quellpunkt fast aller Lebensereignisse erklärt. Auf dem Umwege über unsere Unkenntnis des tieferen Zusammenhanges zwischen Gehirn und Gedanke ist der alte Aristoteles mit seiner „unbewegten Ursache der bewegten Welt" – dem Verknüpfungs-[64]punkt der katholischen Theologie mit der aristotelischen Philosophie – glücklich in die Gegenwart hineingemogelt. Nur schade, daß inzwischen die Bourgeoisie selbst gelehrt hat, ihn kritisch zu betrachten. Selbst die bürgerliche Wissenschaft kennt

*) „Es gibt eine (transzendente) Macht, welche eingreifen kann in die Geschicke der Menschen."

keinen ursachlosen Vorgang und auch keine erste Ursache. Alle Lebensereignisse sind eng miteinander verflochten; die Ursache des einen ist Wirkung eines vorhergehenden. Dadurch, daß Chwolson – wiederum lediglich ad majorem Dei gloriam – die Erkennbarkeit dieses kausalen Zusammenhanges leichtfertig aufgibt und die Kette ins Okkulte verlaufen läßt, schafft er einen Präzedenzfall, der seiner Wissenschaft – der Physik – das Leben kosten kann.

Seine Unterscheidung des „allgemeinen" Menschenschicksals von dem „speziellen" ist unhaltbar. Ein Ausbau der Begriffe[*)], die seiner Meinung nach das „vollkommen bestimmte" allgemeine Schicksal des Menschen ergeben, auf dem sich das spezielle einzeichnet, würde ergeben, daß für das spezielle kein Raum mehr vorhanden ist.

Es ist Chwolson nicht gelungen, seine Aufgabe zu lösen. Es steht ihm frei, eine transzendente Macht anzunehmen und sich in gläubiger Anschauung in sie zu versenken. Im Augenblick, wo er sie in das Handeln der Menschen eingreifen läßt, gerät er in Widerspruch zu den Ergebnissen der modernen Naturforschung. Sein Gott muß der Gott der Wissenschaften sein oder er ist überhaupt nicht. Seine Konstruktion ist unhaltbar und wirkt – nur deshalb beschäftigen wir uns hier mit ihr – konterrevolutionär. Was Lenin an Gorki schrieb, als dieser einen „sozialen" Gottesbegriff formulierte, trifft auch – soweit es sich um den allgemeinen Versuch, eine neue Religion zu schaffen, handelt – für Chwolson, den Liebling der Jesuiten, zu:

„Gott ist (historisch und praktisch) zu allererst ein Komplex von Ideen, die durch die stumpfsinnige Niedergedrücktheit des Menschen und die äußere Natur und die Klassenunterdrückung erzeugt wurden – von Ideen, die diese Niedergedrücktheit festigen, die den Klassenkampf einschläfern. Es gab eine Zeit in der Geschichte, da trotz eines solchen Ursprungs und einer solchen tatsächlichen Bedeutung der Gott[heits]idee der Kampf der Demokratie und des Proletariats in Gestalt des Kampfes einer religiösen Idee wider die andere vor sich ging.

Aber auch diese Zeit ist längst vorüber. Jetzt ist, sowohl in Europa als auch in Rußland, jede, selbst die raffinierteste, die wohlgemeinteste Verteidigung oder Rechtfertigung der Gott[heits]idee – eine Rechtfertigung der Reaktion.[**)] R-n.

*

Druckfehlerberichtigung.[*]

Im 12. Heft des letzten Jahrgangs ist im Nachwort der Redaktion zu dem Artikel von Lenin über die Ereignisse auf dem Balkan ein Druckfehler unterlaufen. Auf Seite 724, Zeile 33 von oben, soll die Jahreszahl für den Berliner Kongreß statt 1875 natürlich 1878 lauten.

[65]

[*)] „Offenbar hat man das allgemeine Schicksal eines Menschen von dem speziellen zu unterscheiden. Das erstere ist vollkommen bestimmt, liegt sozusagen fertig vor uns, wenn der Mensch geboren ist und wird durch folgende Umstände eindeutig festgelegt:
1. Die Zeit der Geburt (2000 v. Ohr. oder 1900 n. Ohr.).
2. Das Volk, zu dem er gehört (Engländer, Chinesen, afrikanische Neger).
3. Die soziale Stellung der Eltern.
4. Angeborene Anlagen (Begabung, Talent, Charakter).
Das allgemeine Schicksal bildet den gegebenen Fond, auf dem das spezielle sich einzeichnet." (S. 25.)

[**)] Lenin, Briefe an Gorki, S. 95, Wien 1924.

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 1. Februar 1926 * Heft 3

Ein Durchbruch

* B e r l i n, 24. Januar 1926.

Die deutschen Potentaten haben diesmal doch nicht die rechten Sachwalter gehabt, dann nämlich nicht, wenn man voraussetzt, daß die abgetakelten Monarchen noch gute Monarchisten sind. Gewiß waren diese Sachwalter tüchtige Rechner und Raffer. Vorzüglich verstanden sie die Situation zu nutzen, die durch die erste Regierung gegen die Revolution, die Regierung Ebert-Scheidemann-Haase, geschaffen worden war. Wenn schon einmal die Frage der Fürstenvermögen in eine Rechtsfrage verwandelt war, wenn es gelungen war, den ersten Ansturm der Arbeiterklasse durch die beiden Mittel der Demagogie und der Mobilisierung der gesamten Gegenrevolution niederzuwerfen, dann waren die nötigen Voraussetzungen für den fürstlichen Raubzug geschaffen. Die Spekulation auf die Untertanentreue der Regierungen, auf die Erbärmlichkeit der Parlamente, auf die monarchistische Zuverlässigkeit der republikanischen Gerichte war richtig. Die Existenz der Novemberrepublik war eine Sicherung des Milliardenraubes der Fürsten.

Dennoch stimmt die Rechnung nicht. Selbst wenn alle Hoffnungen der Fürsten in Erfüllung gehen, wenn ihnen der Milliardenraub gelingt, und wenn sie die ganze wirkende Kraft der erbeuteten drei Milliarden in den Dienst der monarchistischen Propaganda stellen, damit die Gegenrevolution organisieren und ausrüsten, so wird das alles nicht den Verlust ausgleichen, den die monarchistische Idee und die Konterrevolution in Deutschland erlitten haben. Wozu die blutigen Erfahrungen der letzten acht Jahre, wozu das Noske-Regiment, der tausendfältige Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, die Jahre der Plünderung, die Verruchtheit der Klassenjustiz, die Krise, wozu der ganze Jammer der neudeutschen Bourgeoisrepublik nicht genügten – der Raffgier der Fürsten ist es gelungen, eine einheitliche Massenbewegung über das ganze Reich zu erzeugen. Es ist gewiß nicht erhebend, daß die proletarische Kampfeinheit nicht bei einer Frage erprobt werden konnte, in der viel wichtigere Interessen der Arbeiterklasse auf dem Spiele standen. Aber es ist eitel, darüber zu klagen. Es kommt darauf an, den Augenblick zu nutzen, und der jetzige Augenblick zeigt eine Bresche in der konterrevolutionären Front und in der Gleichgültigkeit, Unsicherheit [66] und Unentschlossenheit der proletarischen und kleinbürgerlichen Massen. Hier mußte der Durchbruch versucht werden.

Der erste Stoß ist gelungen. Die zähe Kraft, die einer proletarischen Klassenpolitik im Wege steht, die Führung der Sozialdemokratie hat eine Niederlage erlitten. Sie hatte deutlich genug ausgesprochen, daß sie die unbequeme Frage der Fürstenabfindung im üblichen parlamentarischen Spiel erledigen wollte. Sie fürchtete wie immer die Massenbewegung, und hier besonders die Rückwirkung der Massenbewegung auf das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Sie kapitulierte vor der anderen Gefahr, der Massenflucht ihrer Anhänger. Schon daß es gelang, die SPD-Führer vor diese Entscheidung zu stellen, ist ein Erfolg unserer Partei und der Taktik der Einheitsfront. Daß diese Entscheidung zugunsten der Einheitsfront ausfiel, vertieft den Erfolg. Denn jeder gemeinsame Kampf der ganzen Klasse, und wenn er auch nur mit den Mitteln der Propaganda und des Stimmzettels geführt wird, muß der Revolution dienen, wenn unsere Partei keine Fehler macht.

In diesem ersten Erfolg zeigt sich, daß die verschiedenen Versuche, eine Klassenfront aufzurichten, die wir seit einem halben Jahr unternommen haben, nicht fruchtlos geblieben sind. Wir haben aber auch diesmal erst verstanden, taktisch richtig zu handeln. Mit dem Gedanken der Volksabstimmung hatten die SPD-Führer bei anderen Gelegenheiten gespielt. Wir hatten dieses Spiel stets richtig gekennzeichnet. Diesmal stellten w i r die Frage des Volksentscheids auf die Tagesordnung, aber n i c h t zum Spiel. Wir stellten die Führer der SPD vor die Frage, ob es ihnen ernst sei mit ihrem Kampf gegen die Fürsten und ihrem Republikanertum und bekamen in den Spalten des „Vorwärts“, den Aufsätzen von Dittmann und den Reden von Loebe, Scheidemann usw. die Absage. Die Demaskierung wäre damit schon gelungen gewesen. Aber die Partei begnügte sich nicht mit einem solchen rein agitatorischen Erfolg. Sie strebte weiter nach der gemeinsamen Aktion. Sie hielt den Leitungen

der SPD, der Gewerkschaften, des Reichsbanners usw. die Tür offen und ging entschlossen daran, die Basis für die Einheitsfront zu schaffen. Sie stärkte und ermutigte die Massenbewegung, ward ihr Wortführer, verbündete sich mit allen Kräften, die diesem einen Zweck dienen konnten, und ergriff im rechten Augenblick die Initiative. Damit erbrachten wir den Massen den unwiderleglichen Beweis, daß es uns nicht auf einen simplen Agitationstrick ankam, daß es uns vielmehr ernst war mit der Aktion. Und dadurch ist die Massenbewegung so unwiderstehlich geworden, daß sie auch die SPD-Führung bezwang. Wahrscheinlich hat die Entscheidung jener Gedanke mit herbeigeführt, den einst Herr Wels so formulierte: „Wenn eine Massenbewegung über unsere Köpfe hinwegzugehen droht, stellen wir uns an ihre Spitze und biegen sie um, wie 1918." Das wird uns Warnung sein und uns zwingen, die Initiative nicht aus der Hand zu geben. Fester Wille zum gemeinsamen Handeln mit der [67] gesamten Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten, schärfstes Mißtrauen und schärfste Überwachung der Führer der SPD.

Es ist eine wichtige Aufgabe, den Fürsten den Raub und damit der Gegenrevolution eine starke finanzielle Rüstung abzujagen. Eine gewaltige propagandistische und organisatorische Leistung ist zu erfüllen. Aber damit ist die Bedeutung der gegenwärtigen Aktion nicht erschöpft. Selbst im Bürgertum hat man eine Ahnung davon, wenn sie sich auch in recht kurioser Form äußert. So meinte Stefan Großmann in seiner Wochenschrift, die Fürstenabfindung könne jetzt für Deutschland dieselbe Bedeutung bekommen, wie die Dreyfuß-Affäre für Frankreich, nämlich die Sicherung der Bourgeois-Republik. Die Parallele liegt nahe. Aber Herr Großmann vergißt, daß sich in der Geschichte nichts unter denselben Bedingungen wiederholt. Die Situation Europas nach dem Weltkrieg ist anders, als die Frankreichs nach dem 70er Krieg. Das Machtverhältnis der Klassen ist anders. Die Frage, welche Schicht der Bourgeoisie herrschen soll, war nach dem deutsch-französischen Kriege die Kampf frage in Frankreich; sie stand in der Form: Monarchie oder Republik? Die Hauptfrage ist h e u t e, ob die Bourgeoisie oder das Proletariat herrschen soll. Damit ist die Frage: Monarchie oder Republik? nicht ausgeschaltet, aber sie hat nur episodischen Charakter. Darum liegt die große Bedeutung der Fürstenabfindung darin, daß sie zum ersten Male wieder nach langer Depression das Proletariat, verbündet mit breiten Schichten des Kleinbürgertums, in die Offensive getrieben hat. Das ist das Wesentliche. Diesen Gedanken muß die Partei mit allen Konsequenzen erfassen. Auf diesem wichtigen Erfolg muß sie aufbauen.

Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt der notwendige 20-Millionen-Sieg erst eine rechte Bedeutung. Der tatsächlich errungene Sieg wird das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse mächtig stärken, das weitere Vordringen ermutigen. Aber in jedem Falle ist die Bewegung selber das Wichtigere. Die jetzt geschaffene Einheitsfront darf deshalb keine Episode bleiben. Sie muß gehämmert und geschmiedet werden, damit sie sich neue Aufgaben stellt. Wie das erreicht wird? Es müssen alle Kräfte auf den einen Punkt konzentriert, aber zugleich alle aktuellen Fragen mit ihm verbunden werden. Es ist kein Zweifel, daß die Einheitsfront stark gefördert worden ist durch die schwere Not der Zeit. Die ganze Agitation für die Volksabstimmung muß durchtränkt werden von den wichtigen Fragen des Tages, dem Kampf gegen das Elend der Arbeitslosen, der Kriegsopfer, der Inflationsopfer, gegen die Dawes- und Locarno-Politik, gegen die kapitalistische Wirtschaftszerrüttung, gegen die verbrecherische Justiz, die sich in den Fürstenprozessen, in Perlach, den Enthüllungen über den Justizmord an den Matrosen, den Fememordskandalen usw. offenbart, gegen die Rüstungen der Konterrevolution, gegen die Diktaturgelüste, gegen die Luther-Regierung usw. So eng müssen diese Tagesfragen mit der Einheitsfront gegen die Fürsten verbunden werden, daß es möglich wird, auch in jeder einzelnen von der reinen Agitation zur Aktion [68] in geschlossener Front überzugehen. Wir müssen uns jetzt einen großen Fonds von Vertrauen in den Massen schaffen.

Aber diese proletarische Einheitsfront, die heranwächst, ist nicht bloß ein allgemeiner politischer Begriff, sondern eine praktische Tatsache der Massenbewegung, und sie ist, wie jede Bewegung, nicht einfach spontan da, sondern muß o r g a n i s i e r t werden. Und auch h i e r liegt die Hauptlast der politischen Arbeit auf den Schultern unserer Partei. Die Kommunisten müssen nicht bloß Agitatoren, sondern die Organisatoren der proletarischen Einheitsfront werden in den Gewerkschaften, den Betrieben. Schon sind in einer Reihe großer Fabrikstädte des Westens Einheitskomitees aus Vertretern

der KPD, der SPD und der freien Gewerkschaften gebildet worden. in Zwickau war der sozialdemokratische Bezirksverband durch die beharrliche Arbeit unserer Partei und den Druck der sozialdemokratischen Arbeiter genötigt, selbst die Bildung eines Einheitskomitees in der Frage des Volksentscheids vorzuschlagen. Einheitskomitees müssen überall organisiert werden, sie müssen ihren augenblicklichen Zweck, den Volksentscheid, überdauern, sich auch mit den entscheidenden proletarischen Klassenfragen befassen, zu wirklichen Organen der einheitlichen Aktion der breiten Massen der organisierten Arbeiter werden.

Von der Partei wird in dieser Situation ein hohes Maß von Beweglichkeit, Umsicht und Tatkraft verlangt. Je mehr sie sich dieser Aufgabe gewachsen zeigt, umso breiter und tiefer wird der Durchbruch der feindlichen Front sein. Umso bessere Positionen wird sich das Proletariat zu neuen Vorstößen schaffen.

*

Ergebnisse des XIV. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Von L o m i n a d s e (Moskau)[*)]

III. Über Staatskapitalismus und Sozialismus im proletarischen Staat

Die Frage des Staatskapitalismus stand im Mittelpunkt der gesamten Diskussion. Mit dieser Frage hatte eigentlich die offene Diskussion vor dem Parteitag begonnen. Anfangs ging der Streit darum, ob unsere Staatsbetriebe als eine eigentümliche Form des „Staatskapitalismus im proletarischen Staate angesprochen werden können, oder ob sie als „Unternehmen konsequent sozialistischen Typus“ (nach der von Lenin gegebenen Definition) betrachtet werden müssen. In einer Broschüre „Über die Kettenorganisatoren“, die kurz vor dem Parteitag erschienen war, behauptete Genosse S a l u t z k i, einer der Führer der Leningrader Organisation, daß

„wir erst die ersten Schritte zur Verwandlung der Übergangsformen der Betriebe ‚sozialistischen Typus‘ (Anführungszeichen des Genossen Salutzki), d i e a b e r n o c h n a c h P r i n z i p i e n d e s ‚S t a a t s k a p i t a l i s m u s‘ a r b e i t e n, in wahrhaft sozialistische Betriebe [68] machen ... Das, was wir jetzt haben, ist i n d e n G r u n d z ü g e n einstweilen dasjenige, was Lenin als S t a a t s k a p i t a l i s m u s bezeichnet hat.“

Als man dem Genossen Salutzki in der „Prawda“ erklärt hatte, daß Lenin niemals unsere Staatsbetriebe zum System des Staatskapitalismus zählte, und daß nach Lenin unsere Staatsindustrie ihrem Typus und ihrem Wesen nach eine k o n s e q u e n t s o z i a l i s t i s c h e ist, erkannte Genosse Salutzki, freilich nicht ohne Vorbehalte, seinen Fehler. Genosse Salutzki schrieb in der „Leningrader Prawda“ vom 13. Dezember:

„Nachdem ich in der ‚Prawda‘ eine Reihe von Artikeln zu dieser Frage gelesen hatte, wurde mir das Nichtzutreffende einzelner meiner Formulierungen klar, u n d i c h g e b e i h r e I r r t ü m l i c h k e i t z u.“

Aber noch am 11. Dezember, d. h. zwei Tage bevor Genosse Salutzki seinen Irrtum eingestanden hat, nahm ein anderer bekannter Vertreter der Minorität, Genosse S a f a r o w, den falschen Grundsatz des Genossen Salutzki unter seinen Schutz und bezeichnete ihn als „S c h e i n ketzerei“.

Es ist interessant, daß im Zentralkomitee der Partei, einen Monat vor dem Parteitag, bei der Bestätigung der Thesen des Genossen Bucharin: „Über die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes“, gerade wegen dieser Frage ein Streit entbrannt war. Die Minorität des Polbüros des ZK. forderte eine Änderung des Punktes in den Thesen des Genossen Bucharin, wo es heißt:

„Es ist keineswegs ein Zufall ..., daß die Reste der von der Revolution zerschlagenen Parteien ... unsere Staatsbetriebe, die ihrem Typus nach sozialistische sind, einfach als Kapitalismus bezeichnen oder, als irgendeine Form des Staatskapitalismus.“

Auf dem Parteitag erzählte Genosse Bucharin über diesen Fall folgendes:

„Genosse Sinowjew hat geschlagene zwei Stunden darum gekämpft, daß wir den Ausdruck ‚oder irgendeine Form des Staatskapitalismus‘ fortlassen. Warum eigentlich? Darum, weil er glaubte, der Staatskapitalismus in

[*)] Siehe Heft 2 vom 15. Januar.

bürgerlichem Sinne des Wortes passe für unsere Betriebe nicht. Der ‚Staatskapitalismus unter der proletarischen Diktatur', von dem in den Schulbüchern für unsere Schulen noch nicht gesprochen wird, dieser Staatskapitalismus seien eben unsere Betriebe. Deshalb kämpfte er auf Gedeih und Verderb gegen diese Formulierung und stimmte gegen sie." (Siehe die Rede Bucharins auf dem 14. Parteitag.)

Auch in seinem Buch „Leninismus" suchte Genosse Sinowjew unter Mißbrauch Leninscher Zitate zu beweisen, daß Lenin den Begriff Staatskapitalismus auf unsere sozialistische Staatsindustrie ausdehnte. Dieser Irrtum des Genossen Sinowjew wurde ausgezeichnet in der Parteitagsrede des Genossen Bucharin aufgedeckt. Wir wollen dabei nicht weiter verweilen, um den ohnehin langen Aufsatz nicht noch mehr in die Länge zu ziehen.

Es ist von Wichtigkeit, daß auch in der Frage des Staatskapitalismus, genau so wie in der Frage der Nep („Die Nep ist ein Rückzug") die Minorität auf dem Parteitag ihre ursprüngliche Position aufgegeben hat. Auf dem Parteitag polemisierte niemand mehr dagegen, daß unsere Staatsbetriebe Betriebe konsequent sozialistischen Typus sind. Die Thesen des Genossen Bucharin wurden vom Parteitag einstimmig angenommen, ohne irgendwelche Veränderungen des Punktes, der seinerzeit die Differenzen im Polbüro des ZK. hervorgerufen hatte. Die Minorität sah sich gezwungen, in Worten die Richtigkeit der Leninschen Charakteristik des sozialen Typus unserer Staatsindustrie anzuerkennen. Sie sah sich dazu gezwungen, weil in unserer Partei gegen Lenin sich niemand direkt hervorwagen würde! Doch im Abrücken von der [70] ursprünglichen Position ist die Minorität lange nicht bis ans Ende gegangen. Auch auf dem Parteitag noch verteidigte sie, wenn auch nicht immer in offener Form, ein vollkommen irrtümliches, unleninistisches System von Ansichten über den Charakter unserer Staatsindustrie und den Staatskapitalismus im proletarischen Staate. Wir wollen bei einigen grundlegenden Reden der Vertreter der Minorität verweilen.

Genossin Krupskaja, die in der Debatte zum Bericht des ZK. als eine der ersten aufgetreten war, führte folgendes aus:

„Vom abstrakt politischen Standpunkt aus gesehen, ist unsere Staatsindustrie natürlich eine sozialistische; wenn wir aber ohne irgendwelche Vorbehalte den Massen sagen würden, daß sie eine sozialistische ist ... so könnte der Eindruck entstehen, daß wir unsere Staatsindustrie für ein Ideal halten, daß wir weiter nicht zu kämpfen brauchen usw."

Lenin lehrte uns, stets, in jeder Diskussion, uns vor Augen zu führen, „sowohl die ganze Geschichte der betreffenden Diskussion (der Marxismus, d. h. die dialektische Logik erfordert es unbedingt) als auch die ganze Behandlung der Frage, die ganze Fragestellung, oder, wenn man will, die ganze Richtung der Fragestellung zur gegebenen Zeit, unter den gegebenen konkreten Umständen". Um was ging bei uns der Streit am Vorabend des Parteitags? Doch nicht darum, ob unsere Staatsindustrie vom Standpunkt des Sozialismus ein Ideal sei und ob wir noch weiter zu kämpfen haben. Darüber wurde in der Partei nicht diskutiert. Niemand hat je in unserer Partei behauptet, daß wir es in unseren Staatsbetrieben mit einer vollkommenen Verwirklichung des Sozialismus zu tun haben. Solche verrückte Dummköpfe gibt es in unserer Partei nicht, und kann es nicht geben. Unsere ganze Partei versteht wohl, auf welch niedrigem Niveau der sozialistischen Entwicklung unsere Staatsindustrie erst steht. Die Arbeitsbedingungen und die Entlehnung in unseren Staatsbetrieben entsprechen einstweilen noch keineswegs dem sozialistischen Ideal, ja, sie stehen zuweilen sogar noch hinter den Arbeitsbedingungen und den Löhnen in der kapitalistischen Industrie zurück. Die Geldform der Entlohnung selbst ist natürlich noch nicht eine sozialistische Form der Distribution. Überbleibsel kapitalistischer Gepflogenheiten und Methoden, Bürokratismus im Verwaltungsapparat weist die Staatsindustrie noch in Hülle und Fülle auf. Es wäre ein Wahnwitz, wollte man an die vollkommene Verwirklichung des Sozialismus in der Staatsindustrie denken, ohne den Sieg des Sozialismus in unserer gesamten Gesellschaftsordnung erreicht zu haben (das bedeutet in erster Linie die Abschaffung des Marktes erreichen und ihn durch eine sozialistische Verteilung der Güter ersetzen, die Abschaffung der Klassen usw. erreichen), Aber wir sind ja noch nicht so weit!

Die Partei sieht ja wohl alle diese wahrhaft ungeheuerlichen Schwierigkeiten und Mängel, die in unserer sozialistischen Industrie zu überwinden sind, damit sie auf ein noch nie dagewesenes Niveau gehoben werden könnte. Die Partei kämpft gegen diese Mangel und Schwierigkeiten, kämpft selbst,

und ruft die Arbeiterklasse auf, unentwegt gegen sie zu kämpfen. Nein, nicht darum ging der Streit in unserer Partei. Der Streit ging darum, ob unsere Staatsbetriebe ihrem Typus nach, ihrem sozialen Wesen nach, in ihrer ganzen Grundlage konsequent sozialistisch sind. Und dieser Umstand wirft ein grelles Licht auf „die Richtung der Fragestellung" der Genossin Krupskaja. Sie erkennt unsere Betriebe als sozialistische an bloß „vom abstrakt politischen Standpunkt aus". Das heißt also, daß vom konkret politischen Standpunkt aus über den [71] sozialistischen Typus unserer Staatsindustrie bei der Genossin Krupskaja Zweifel entstehen.

Aber da irrt sich Genossin Krupskaja. In seiner letzten Rede auf dem Moskauer Sowjet, im November 1922, sagte Genosse Lenin im Schlußwort:

„Der Sozialismus ist jetzt schon nicht mehr eine Frage der fernen Zukunft oder irgendeines abstrakten Bildes ... Wir haben den Sozialismus in das Alltagsleben versetzt und müssen uns hier zurechtfinden. Das eben bildet die Aufgabe des heutigen Tages, das ist die Aufgabe unserer Epoche ... So schwierig diese Aufgabe sein mag ..., wir alle zusammen werden nicht morgen, aber in einigen Jahren diese Aufgabe um jeden Preis lösen, so daß aus dem Rußland der Nep ein sozialistisches Rußland werden wird."

Es genügt, diese Worte des Genossen Lenin der Behauptung gegenüberzustellen, daß vom Sozialismus bloß „vom abstrakt politischen Standpunkt aus" die Rede sein kann, um einzusehen, wie unrichtig, wie grundfalsch und schädlich eine derartige Behauptung ist!

Eine Weiterentwicklung dieses Grundsatzes der Genossin Krupskaja bilden die Erklärungen des Genossen Kamenew auf dem Parteitag:

„Welches ist der Charakter unserer Betriebe? Unsere Fabriken sind Unternehmen ‚konsequent sozialistischen Typus', aber sie sind keineswegs eine Verwirklichung des Sozialismus; in ihnen ist noch nicht einmal die Verwirklichung der sozialistischen Beziehungen wahrzunehmen."

„Unsere Betriebe sind tatsächlich ‚konsequent sozialistischen Typus', denn sie sind Eigentum des Arbeiterstaates, aber sie sind noch lange nicht vollendete sozialistische Unternehmen, denn die Beziehungen der Personen, die Organisation der Arbeit, die Form der Entlohnung, die Arbeit für den Markt machen sie noch nicht zu Elementen einer entfalteten sozialistischen Wirtschaft. Nach den Eigentumsverhältnissen sind sie sozialistisch, nach den Beziehungen zwischen den Personen nicht."

Und noch eine Stelle aus der Rede des Genossen Kamenew:

„Die Beschönigung der Situation ... besteht darin, daß diese Betriebe nach dem Charakter der in ihnen herrschenden Beziehungen als sozialistische hingestellt werden."

Der Genosse Kamenew denkt sich die Sache so, daß die Eigentumsverhältnisse in unserer Staatsindustrie eine Sache für sich, und die Beziehungen zwischen den Personen wieder etwas anderes sind, etwas, was mit den Eigentumsverhältnissen nichts zu tun hat. Das ist ein heilloses Durcheinander in jeder Hinsicht, und vor allem in theoretischer Hinsieht. Die Eigentumsverhältnisse sind ja Beziehungen zwischen Personen. Die Eigentumsverhältnisse sind nicht eine von den Personen, von den Klassen abzusehende abstrakte Kategorie. Wer den sozialistischen Charakter und den Typus der Beziehungen zwischen den Personen in unseren Staatsbetrieben leugnet, der leugnet faktisch auch den sozialistischen Typus unserer Staatsbetriebe. Sind die Beziehungen zwischen den Personen in unserer Staatsindustrie ihrem Charakter nach nichtsozialistische, so müssen sie als kapitalistische angesprochen werden, da es andere als kapitalistische oder sozialistische Beziehungen in der heutigen Industrie nicht gibt und nicht geben kann.

So kommt es, daß Genosse Kamenew bloß formal, bloß in Worten die Leninsche Charakteristik des Charakters unserer Staatsindustrie („Betriebe konsequent sozialistischen Typus") als richtig anerkennt. [72] In der Tat, dem Wesen nach versucht er, diese These zu widerlegen durch seine Behauptung, daß die Beziehungen zwischen den Personen in unseren Staatsbetrieben nicht-sozialistisch seien. Das ist eine verhüllte Rückkehr zur alten Position: „Unsere Staatsbetriebe sind Staatskapitalismus".

Was die Beziehungen zwischen den Personen betrifft, so müßte ja dem Genossen Kamenew wenigstens folgende Erklärung des Genossen Lenin bekannt sein:

„Wir sehen zumindest fünf verschiedene Systeme oder Ordnungen oder ökonomische Formen von unten nach oben gezählt. Sie sind folgende: 1. patriarchalische Wirtschaft, wenn die Bauernwirtschaft nur für sich arbeitet, oder sich im Nomaden- oder Halbnomadenzustand befindet; solcher Wirtschaften haben wir mehr als genug; 2. kleinproduzierende Warenwirtschaft, die ihre Produkte auf dem Markte feilbietet; 3. kapitalistische Wirtschaft, also Auftauchen von Kapitalisten, von kleinem privat-wirtschaftlichen Kapital; 4. Staatskapitalismus; 5. Sozialismus. Wenn wir sie alle. näher betrachten, müssen wir sagen, daß wir auch jetzt noch in dem ökonomischen System, in der Wirtschaftsform Rußlands alle diese Beziehungen sehen. Wir dürfen unter keinen Umständen vergessen, daß wir oft sozialistische Beziehungen unter den Arbeitern in den Fabriken, die dem Staate gehören, sehen, wo die Arbeiter selbst Brennmaterial, Rohstoffe und das Arbeitsprodukt sammeln, oder wo die Arbeiter bemüht sind, ihre Industrieprodukte richtig unter der Bauernschaft zu verteilen und sie mit ihren Transportmitteln heranfahren. Das ist Sozialismus.“ (Referat „Über die Naturalsteuer“ in der Versammlung der Zellen-Sekretäre der Moskauer Organisation 1921.)

Ja, eben diese Beziehungen zwischen den Personen, wo die Arbeiter der Staatsbetriebe mit Mitteln des Staatstransports ihre Produkte der Bauernschaft zuführen, unter Vermeidung des Privatkapitals, sind eben Sozialismus.

„Wir dürfen unter keinen Umständen vergessen“ – lautet die Warnung des Genossen Lenin. Wie nützlich wäre es sowohl für die Partei als auch für den Genossen Kamenew gewesen, wenn er diesen Ratschlag nicht vergessen hätte!

Noch weiter als die Genossin Krupskaja und der Genosse Kamenew ist in seinen Behauptungen Genosse Sokolnikow gegangen.

„Wir haben neben der Industrie“, sagte Genosse Sokolnikow auf dem Parteitag, „eine Sphäre der Staatswirtschaft, die sich lange nicht mit dem Terminus ‚Industrie‘ deckt: die Eisenbahnen, den Außenhandel, den Binnenhandel, das Kreditsystem. Und nun frage ich Euch: Von dem Moment an, wo die Eisenbahnen, die früher schon, unter dem Zaren, Staatsbetriebe waren, in die Hände der neuen Regierung, der Arbeiterregierung übergehen, – werden denn die Eisenbahnen von diesem Moment an tatsächlich zu einer sozialistisch-organisierten Wirtschaftseinheit? Mit nichten! Es sind erst die Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus gegeben, wie Genosse Lenin schreibt, ... Unser Außenhandel wird geführt als staatskapitalistisches Unternehmen ... Unsere Handelsgesellschaften im Lande sind ebenfalls staatskapitalistische Unternehmen. Und ich muß sagen, Genossen, daß die Staatsbank ebenfalls ein staatskapitalistisches Unternehmen darstellt.“

In diesem kleinen Bruchstück aus der Rede des Genossen Sokolnikow ist ein ganzer Haufen von ganz groben Fehlern aufgetürmt. Es verlohnt sich, bei ihnen länger zu verweilen. Genosse Sokolnikow hat es nicht direkt gesagt, aber aus seiner ganzen Rede ist zu ersehen, daß er auch die [73] Staatsindustrie zum Staatskapitalismus zählt, der unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur in den Sozialismus hineinwächst.

Wir haben oben die Charakteristik der fünf verschiedenen gesellschaftlich-ökonomischen Methoden in unserer Wirtschaftsordnung angeführt, die Genosse Lenin bereits 1918 gegeben und dann oft in den Jahren 1921-22 wiederholt hat. Genosse Lenin definiert jedes dieser fünf Systeme nach den besonderen Produktions- und Klassenmerkmalen. Hinter jedem gesellschaftlich-ökonomischen System steht bei Lenin als Subjekt des betreffenden Systems eine besonders gesellschaftliche Klasse oder ein besonderer Teil dieser oder jener Klasse. Hinter der patriarchalischen Wirtschaftsordnung steht der Teil der Bauernschaft, der Naturalwirtschaft betreibt; hinter der kleinproduzierenden Warenproduktion steht fast die gesamte Bauernschaft als Klasse; hinter dem privatwirtschaftlichen Kapitalismus steht die Klasse der Kapitalisten; hinter dem Staatskapitalismus jener Teil der Kapitalistenklasse, der durch bestimmte Vertragsverhältnisse an den Arbeiterstaat gebunden ist, der unter der unmittelbaren Regulierung und Kontrolle des Staates arbeitet im Rahmen und unter den Bedingungen, wie sie vom Staat unmittelbar diktiert werden; und schließlich hinter dem Sozialismus steht das Proletariat. Wie oft hat Lenin wiederholt:

„Der Staatskapitalismus ist jener Kapitalismus, den wir einzuschränken verstehen werden, dessen Grenzen wir festzustellen vermögen werden; der Staat dagegen sind die Arbeiter, das ist die Vorhut der

Arbeiter, das ist die Avantgarde, das sind wir.“ ... „Der K e r n der Frage besteht darin, daß wir begriffen haben, daß der Staatskapitalismus jener Kapitalismus ist, den wir zulassen können und müssen, den wir in einen Rahmen einfügen können und müssen, weil der Kapitalismus für die breiten Bauernmassen eine Notwendigkeit ist.“

Wie oft hat Lenin ganz genau den Kreis der staatskapitalistischen Betriebe umrissen: K o n z e s s i o n e n, V e r p a c h t u n g e n, b ü r g e r l i c h e G e n o s s e n s c h a f t e n, H e r a n z i e h u n g d e s P r i v a t h ä n d l e r s a l s K o m m i s s i o n ä r z u m V e r k a u f d e r S t a a t s p r o d u k t e u n d z u m A u f k a u f d e r P r o d u k t e d e s K l e i n p r o d u z e n t e n. Doch im Rahmen des Systems des Staatskapitalismus „bleibt der Gegensatz der Klasseninteressen von Arbeit und Kapital unbedingt bestehen“. (S. die Thesen zur Gewerkschaftsfrage, die vom XI. Parteitag bestätigt worden sind.)

Im System des Staatskapitalismus haben wir zwei K l a s s e n im System unserer Staatsindustrie, auch dem der E i s e n b a h n e n, haben wir es bloß mit Beziehungen innerhalb e i n e r Klasse zu tun. Dies hat Genosse Sokolnikow nicht begriffen, und folglich hat er auch nichts begriffen von all dem, was Genosse Lenin über den Staatskapitalismus gelehrt hat.

Aber der staatliche Außen- und Innenhandel, das staatliche Kredit- und Geldsystem, – sind sie denn nicht Staatskapitalismus? fragt Genosse Sokolnikow. Hier treten wir bereits aus dem Bereich der Produktion in dir Sphäre der Zirkulation, aber dadurch wird Genossen Sokolnikows Stellung nicht gerettet. Welche Klasse steht hinter dem Staatshandel, dem Kredit- und Geldsystem? Die Arbeiterklasse. Sie ist die e i n z i g e und u n b e s c h r ä n k t e Herrin auch in der Sphäre der Zirkulation. Gerade deswegen sind unsere staatlichen Handelsbetriebe und Kreditanstalten i h r e m T y p u s n a c h sozialistische Unternehmungen. Genosse Sokolnikow wird irregeführt durch die Waren- und Geldf o r m, die wir direkt von der kapitalistischen Gesellschaft übernommen haben, durch die Form, in der sich die [74] Tätigkeit all dieser Unternehmen abspielt. Sein Irrtum besteht eben darin, daß er hinter der alten, noch beibehaltenen kapitalistischen Form nicht den grundsätzlich veränderten s o z i a l e n I n h a l t des Staatshandels und des Staatskredits sieht, den Inhalt, der schließlich auch seine heutige äußere Hülle überwinden und ändern müssen wird. Wenn, sagen wir, in zehn bis fünfzehn Jahren der halbe Erdball in den Händen der Kapitalisten verbleiben sollte und wir mit ihnen Handel treiben müßten, so würde dieser Handel mit Hilfe des Geldes, der Wechsel usw. nach den Gesetzen der kapitalistischen Warenwirtschaft geführt werden müssen. Folgt denn aber daraus, daß auch in zehn bis fünfzehn Jahren die Staatsbetriebe des Außenhandels eines sozialistischen Staates, der die Hälfte des Erdballes umfassen wird, „staatskapitalistische“ bleiben werden? Es genügt allein, diese Frage aufzustellen, um die ganze Unsinnigkeit der Argumentationen des Genossen Sokolnikow einzusehen.

In seiner Erwiderung auf Genossen Sokolnikow hat Genosse Stalin ihn treffend daran erinnert, was Genosse Lenin bereits 1917 über die Staatsbank ausgesprochen hat:

„Die Großbanken bilden jenen ‚Staatsapparat‘, den wir b r a u c h e n zur Verwirklichung des Sozialismus, und den wir in seiner fertigen Form dem Kapitalismus entlehnen. Dabei besteht unsere Aufgabe bloß darin, das a b z u s ä g e n, w a s d i e s e n g l ä n z e n d e n A p p a r a t k a p i t a l i s t i s c h v e r s t ü m m e l t, ihn noch zu erweitern, in noch demokratischer, noch allumfassender zu machen. Die Quantität wird in die Qualität umschlagen. Eine einzige ungeheuer große Staatsbank mit Filialen in jeder Gemeinde, in jeder Fabrik, das ist schon n e u n Z e h n t e l e i n e s s o z i a l i s t i s c h e n A p p a r a t e s ... Das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaftsordnung.“

Man darf nicht vergessen, daß dies im Jahre 1917 geschrieben wurde, als Lenin nicht die Perspektive der Nationalisierung der gesamten Großindustrie vor sich sah, sondern bloß diejenige einer Staatskontrolle der gesamten Großindustrie.

Nach all dem Gesagten braucht man nicht lange bei der Irrtümlichkeit der Behauptung zu verweilen, wie sie Genosse Sinowjew aufgestellt hat (in seinem Buch „Leninismus“), daß „die Nep S t a a t s k a p i t a l i s m u s im proletarischen Staate“ sei. Dies ist theoretisch falsch. Man darf eine bestimmte P o l i t i k, die der Arbeiterstaat führt, nicht mit der g e s e l l s c h a f t l i c h - ö k o n o m i s c h e n O r d n u n g in unserem Übergangsregime identifizieren. Das ist auch dem Wesen nach falsch, denn der Staatskapitalismus ist bei uns nicht das vorwiegende und ausschlaggebende Wirtschaftssystem. Es gab tatsächlich eine Zeit, wo die Partei den Kurs auf die Heranziehung von Konzessionären, auf

Verpachtungen und andere Formen des Staatskapitalismus einstellte. Dies war 1921, gleich nach dem Bürgerkriege, in der Periode des größten Niedergangs und Ruins unserer Staatswirtschaft. Damals war dieser Kurs absolut richtig. Realisiert, hätte er den raschesten und schmerzlosesten Aufschwung der Produktivkräfte des Landes gesichert, auf deren Grundlage sich auch unsere sozialistische Staatsindustrie rasch gefestigt hätte. Aber es wurde nichts aus den Konzessionen und den Verpachtungen. Diese beiden Formen des Staatskapitalismus nehmen in unserer heutigen Wirtschaft einen geringfügigen Platz ein. Zum leitenden Prinzip der gesamten Volkswirtschaft der Sowjetunion wird immer mehr unsere sozialistische Staatsindustrie; das Transportwesen, die Genossenschaften, der Innen- und Außenhandel, das Kredit- und Geldsystem des Arbeiterstaates werden zugleich zu immer mächtigeren Werkzeugen der Einwirkung auf den gesamten Wirtschaftsprozeß des Landes. Die an sich [75] unrichtige Identifizierung der Nep mit dem Staatskapitalismus hätte noch Irgendeinen Sinn haben können im Jahre 1921. 1925–26 wird sie einfach unsinnig. Das bedeutet natürlich nicht, daß man die Nep irgendwie mit dem Sozialismus identifizieren könnte. Aber niemand in unserer Partei tut es auch. Ungeachtet aller Bemühungen der Minorität gelang es ihr nicht, das Gegenteil zu beweisen.

In der Frage des gegenseitigen Verhältnisses von Staatskapitalismus und Sozialismus in unserer Wirtschaft hat der XIV. Parteitag entschlossen eine konsequente Leninsche Position eingenommen. Es erübrigt sich, zu sagen, daß dies auch von gewaltiger praktischer Bedeutung für die gesamte Arbeit der Partei und für die richtige Orientierung der Arbeiterklasse ist. Die Diskussion über den Staatskapitalismus war keine abstrakte Polemik. Sie berührte die grundlegenden dringenden Lebensinteressen des Proletariats. Die Partei hat auch diesmal genau und klar das zum Ausdruck gebracht, was die gesamte Arbeiterklasse unseres Landes denkt, wofür sie kämpft, wovon sie lebt. So schwierig an sich die Verhältnisse des heutigen Tages sein mögen, so weiß doch das Proletariat, daß es nicht für den einzelnen oder kollektiven Kapitalisten arbeitet, sondern für sich selbst, für die Interessen seiner Klasse, die auf eine Abschaffung der Klassengesellschaft hinzielt. Und das Proletariat ist sich dessen bewußt, daß die Arbeiterklasse allein die wirkliche Herrin in den Betrieben ist, wo der Sozialismus geschmiedet wird. Keinerlei Schwankungen, keinerlei Zweifel in dieser großen Zuversicht, die die Welt umbauen will, – das ist der Sinn der Beschlüsse unseres Parteitags. Es kann für uns keinem Zweifel unterliegen, daß alle ziel- und klassenbewußten Elemente der Arbeiterklasse, die aufmerksam den Verlauf unserer Diskussion verfolgt haben, erleichterten Herzens die Beschlüsse unseres Parteitags entgegennehmen werden, denn die Arbeiter wissen jeden Zoll zu schätzen, den sie dem Kapitalismus abgerungen haben, denn „die Verhöhnung der schwachen Keime des Neuen, die billige Intellektuellen-Skepsis usw., – all das paßt im Grunde genommen für den Klassenkampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat, all das ist Schutz des Kapitalismus gegen den Sozialismus“. (Lenin.) Die Keime des Sozialismus in unserem Lande wachsen empor und erstarken, was auch unsere Feinde sagen mögen, auch wenn mitunter einzelne, sogar die besten, Revolutionäre verzagen und zurückscheuen.

IV. Über die allgemeine Linie unseres wirtschaftlichen Aufbaues

Obwohl diese Frage von ungeheuerer Bedeutung ist, so entstand eine weitgehende Diskussion zu dieser Frage selbst weder vor noch auf dem Parteitag. Dies geschah wahrscheinlich deshalb, weil die Minorität keine einheitliche, keine gemeinsame Linie in dieser Frage aufwies, Kurz vor dem Parteitag, glaube ich, verfocht der Genosse Schanin allein offen in der Presse einen besonderen Standpunkt zur Frage der Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion. Sein Standpunkt wurde in einigen Artikeln in der „Prawda“ einige Tage vor dem Parteitag kritisiert. Auf dem Parteitag selbst war Genosse Sokolnikow der einzige, der die Ansichten des Genossen Schanin vertrat. Aber Genosse Sokolnikow fand keine offenen Anhänger, nicht einmal in den Reihen der Minorität. Und deshalb beanspruchte die Behandlung dieser Frage auf dem Parteitag so wenig Zeit.

[76] Wir wollen die Argumentation des Genossen Schanin nicht näher betrachten, da sie gründlich in dem erwähnten „Prawda“-Artikel zerpflückt wurde. Es wäre außerdem richtiger, zu sagen, daß nicht Genosse Sokolnikow den Genossen Schanin auf dem Parteitag unterstützt hat, sondern daß Genosse Schanin vor dem Parteitag die Auffassungen des Genossen Sokolnikow dargelegt hat. Deshalb werden wir bloß bei der Rede des Genossen Sokolnikow verweilen.

Genosse Sokolnikow polemisierte gegen die Ansichten, die Genosse Stalin im Bericht des ZK. vertrat. Genosse Stalin sagte:

„Es gibt zwei generelle Linien: die eine geht davon aus, daß unser Land noch lange ein Agrarland bleiben muß, landwirtschaftliche Produkte exportieren muß, daß man dabei bleiben und auf diesem Wege sich weiter entwickeln muß. Diese Linie erfordert eigentlich eine Einschränkung unserer Industrie. Sie fand ihren Ausdruck kürzlich in den Thesen des Genossen Schanin. ... Diese Linie müßte dazu führen, daß unser Land niemals, oder fast niemals, sich wirklich industrialisieren könnte. Unser Land müßte sich aus einer ökonomisch-wirtschaftlichen Einheit, die sich auf den Binnenmarkt stützt, objektiv in ein Anhängsel des allgemeinen kapitalistischen Systems verwandeln. Diese Linie bedeutet eine Absage an die Aufgaben unseres Aufbaues. Das ist nicht unsere Linie. Es gibt eine andere Hauptlinie, die davon ausgeht, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um unser Land, solange die kapitalistische Umkreisung bestehen bleibt, zu einem ökonomisch-selbständigen Lande zu machen, das auf dem Binnenmarkt basiert, zu einem Lande, das alle anderen Länder an sich heranzieht, die nach und nach vom Kapitalismus abfallen und in das Fahrwasser der sozialistischen Wirtschaft münden. Diese Linie erfordert die größtmögliche Entfaltung unserer Industrie, jedoch entsprechend den Ressourcen, über die wir verfügen. Diese Linie lehnt entschieden die Politik der Verwandlung unseres Landes in ein Anhängsel des Systems des Finanzkapitalismus ab. Gegen diese Ansichten polemisierte eben Genosse Sokolnikow, der meinte: Unser Land muß noch lange Zeit ein Agrarland bleiben, muß landwirtschaftliche Produkte exportieren und Maschinen importieren."

So formulierte Genosse Stalin die erste unrichtige, „nicht unsere" generelle Linie. Genosse Sokolnikow hingegen meint dazu:

„Dies ist die Linie unseres Landes, in dieser Richtung muß es marschieren. ... Wenn wir in unserem bäuerlichen Lande nicht in Selbstzufriedenheit versinken wollen, wenn wir nicht zu einem Lande werden wollen, das in seiner Entwicklung hinter den kapitalistischen Ländern zurückbleibt, so können wir die Einfuhr von Maschinen auf Kosten der landwirtschaftlichen Produkte nicht vermeiden."

Es bedarf keiner Beweise, daß die Einfuhr von Maschinen in den nächsten Jahren zur Hebung unserer Industrie absolut unvermeidlich ist: das wurde auch von niemandem bestritten und kann von niemandem bestritten werden. Aber, wie Genosse Stalin richtig bemerkt hat, handelte es sich nicht um den Ex- und Import für das nächste Jahr, sondern um die allgemeine Richtung der Entfaltung der Wirtschaft und um jene generelle Linie, die von der Partei eingeschlagen werden muß. Es handelt sich darum, ob die Sowjetunion aus einem Lande, das Produktionsmittel importiert, zu einem Lande gemacht werden soll, das Produktionsmittel erzeugt. Diesen Kurs, diese Richtlinie lehnt Genosse Sokolnikow ab. Genosse Stalin hat mit Leichtigkeit bewiesen, daß die Richtlinie, die vom Genossen Sokolnikow vorgeschlagen wird, nichts anderes als eine Dawesierung unseres Landes bedeuten würde, da das internationale Kapital eben darnach strebt, daß die Sowjetunion ein Agrarland-bleibe, das Produktionsmittel einführt. Auf einer ähnlichen Kalkulation ist in hohen [77] Grade der Dawes-Plan aufgebaut. Genosse Sokolnikow blieb allein bei der Verteidigung seiner Position in dieser Frage. Niemand von der Minorität unterstützte ihn offen. Und doch sind die Ansichten des Genossen Sokolnikow keine Zufälligkeit und widersprechen keineswegs der Gesamtlinie, die auf dem Parteitag von der Minorität verfochten wurde. Sie bilden die konkrete praktische Schlußfolgerung aus dieser Einstellung.

In der Tat, wenn die Nep Kapitalismus oder wenigstens Staatskapitalismus im Arbeiterstaate ist, wenn die Nep eine Politik der Rückzüge und der Zugeständnisse an die Kapitalisten ist, wenn der Aufbau des Sozialismus bei uns infolge unserer wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit unmöglich ist, wenn unsere Eisenbahnen, unser Staatskredit, unser Geldsystem, unser Außen- und Innenhandel bloß eigentümliche Formen des Staatskapitalismus darstellen, wenn selbst in den Staatsbetrieben von sozialistischen Beziehungen bloß „vom abstrakt kapitalistischen Standpunkt aus" gesprochen werden kann, in Wirklichkeit aber dort kapitalistische Beziehungen zwischen den Menschen herrschen, – wenn all das zutrifft, so ist es klar, daß bis zum Sieg der Weltrevolution die ganze wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes unter der Nep sich auf dem Geleise des Kapitalismus bewegt und bewegen wird. Der kapitalistische Weg unserer wirtschaftlichen Entwicklung wird aber nur dann einen möglichst raschen und mächtigen Aufschwung der Produktivkräfte sichern, wenn unsere Wirtschaft in das System der kapitalistischen Geldwirtschaft einbezogen werden wird und wenn die

Schranken, die jetzt die enge Verbindung der Sowjetwirtschaft mit dem Geldmarkt hemmen, beseitigt oder auf ein Minimum reduziert sein werden. Trägt unsere wirtschaftliche Entwicklung einen kapitalistischen Charakter durch und durch, so wäre es eine naive Phantasie, wenn man an die Möglichkeit einer gewissen Absonderung von dem Weltwirtschaftssystem denken und auf eine wirtschaftliche Selbständigkeit hinsteuern wollte. Unter diesen Umständen wäre die zweckmäßigste Politik zur Entfaltung der Produktivkräfte die Orientierung darauf, daß „unser Land noch lange Zeit ein Agrarland bleiben muß, daß es landwirtschaftliche Produkte exportieren und Maschinen importieren muß“. Das wäre eine nüchterne, reale Politik und nicht eine Phantasie.

Aber es handelt sich ja eben darum, daß in dieser Betrachtung die grundlegende Voraussetzung an sich falsch ist. Außer der kapitalistischen Tendenz gibt es in unserer ökonomischen Entwicklung noch eine sozialistische Tendenz. Alles, was diese sozialistische Tendenz stärkt, alles, was die wirtschaftliche Entwicklung auf den sozialistischen Weg hinlenkt, all das bildet unsere Linie im wirtschaftlichen Aufbau. Alles übrige ist nicht unsere Linie. Wir lassen innerhalb gewisser Grenzen den Kapitalismus zu, lassen seine Entwicklung zu, jedoch der Arbeiterstaat und die Kommunistische Partei kämpfen um die Entwicklung des Sozialismus, um dessen Sieg.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir um jeden Preis die Einbeziehung unserer Wirtschaft in das System des Weltkapitalismus verhindern und sind gezwungen, bis zum Sieg der proletarischen Revolution in den anderen Ländern um unsere wirtschaftliche Selbständigkeit zu kämpfen (was natürlich nicht mit unserer wirtschaftlichen Isolierung gleichbedeutend ist, im Gegenteil, je energischer der proletarische Staat auf die Industrialisierung des Landes hinsteuert, um so größere Möglichkeiten haben wir zum Nutzen für die Sache des Sozialismus, die ökonomischen Verbindungen mit dem kapitalistischen Weltmarkt zu erweitern und zu vergrößern).

Marx hat bereits 1848, in den Tagen der ersten revolutionären Aktionen der französischen Arbeiter unter dem Banner des Sozialismus, geschrieben, [78] daß die Verwirklichung des Sozialismus in Frankreich allein, bis zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft in England, unmöglich ist infolge der ökonomischen Abhängigkeit Frankreichs von der bürgerlichen Weltwirtschaft. (Vergl. „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, S. 31.) Bedeutet denn dies, daß vom Standpunkt des Marxismus der Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Lande unmöglich sei? Keineswegs! Das bedeutet bloß, daß für den wirklich sozialistischen Aufbau in einem einzigen Lande, wo die proletarische Diktatur besteht, die Lockerung der ökonomischen Abhängigkeit dieses Landes vom Weltkapitalismus mit allen Mitteln anzustreben ist. Zu diesem Ziel muß das Proletariat seine besondere Linie im wirtschaftlichen Aufbau verfolgen. Zu diesem Ziel dient das Monopol des Außenhandels des Sowjetstaates. Wie konsequent Genosse Sokolnikow ist, geht daraus hervor, was über ihn auf dem Parteitag erzählt wurde und was er mit keinem Worte widerlegt hat. Es stellte sich heraus, daß Genosse Sokolnikow im ZK als ein Anhänger der Abschaffung des Außenhandelsmonopols auftrat oder für eine Veränderung dieses Monopols, die einer Abschaffung gleichkam, eintrat. Das macht seiner Konsequenz alle Ehre, nicht aber seiner politischen und ökonomischen Richtlinie.

Jene generelle Linie des wirtschaftlichen Aufbaues, die vom Parteitag entgegen dem Genossen Sokolnikow angenommen wurde, ist an sich nichts Neues. Diese Linie wird von unserer Partei die ganze Zeit nach der Machteroberung, insbesondere nach dem Übergang zur Nep, verfolgt. Der Grundplan unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist der Elektrifizierungsplan des Landes, der bereits zu Lebzeiten Lenins und unter seiner unmittelbaren Leitung ausgearbeitet wurde. Doch die Elektrifizierung des Landes ist seine Industrialisierung; sie bedeutet die Verwandlung der Sowjetunion in eine mächtige selbständige wirtschaftliche Einheit, die auch in der Erzeugung der Produktionsmittel von sich selbst abhängt und nicht vom interrationalen Kapital.

Wieviel banale Ironie und billige Intellektuellen-Skepsis wurde doch über den Elektrifizierungsplan verzapft, wie höhnte man seinerzeit über die „Elektrofiktion“ usw.! Und jetzt sind wir Zeugen und Teilnehmer dessen, wie der erste, für uns vielleicht schwierigste Teil dieses Planes verwirklicht wird. Im Jahre 1926 arbeitet bereits eine Reihe gewaltiger elektrischer. Kraftstellen, andere werden in Betrieb genommen (Schatura, Wolchowstroj usw.) Die Erhebung unseres rückständigen Agrarlandes zu

einem mächtigen, selbständigen sozialistischen Industriestaat ist keine Utopie. Das ist das lebendige Werk des aufbauenden Sozialismus, das ist eine der Hauptaufgaben unsere Epoche.

Die Minorität auf dem Parteitag hat sich direkt der Position des Genossen Sokolnikow nicht angeschlossen und hat auch g a n z r i c h t i g g e h a n d e lt. Dieser Umstand ist ein Beweis und zum Teil auch die Garantie dafür, daß die Genossen, die in der Opposition waren, nicht so sehr in ihren Irrtümern beharren, um allzu weit gehen zu wollen. Jene Schlußfolgerung, die sich aus der politischen Linie der Minorität ergab und die Genosse Sokolnikow gezogen hat, wagten die übrigen Genossen nicht zu ziehen. Birgt nicht dieser Umstand die Möglichkeit in sich, daß auch jene Voraussetzungen, von denen Genosse Sokolnikow ausgegangen ist, bald als irrig erkannt werden?

(Schluß folgt)

[79]

Über Grundsätze und Taktik der Partei im Schulkampf

Von F r i t z A u s l ä n d e r

Es mehren sich neuerdings die Stimmen, namentlich aus den Kreisen der Lehrergenossen, die eine Änderung der Haltung unserer Partei in der Frage der weltlichen Schulen fordern. Diese Frage läßt sich jedoch nicht ohne schweren Fehler von der Erörterung der gesamten kommunistischen Schulpolitik trennen, vielmehr muß der ganze Fragenkomplex im Zusammenhang behandelt werden.

Ausgangspunkt für die Schulpolitik der KPD ist der Kampf gegen das Weimarer Kompromiß, das die Sozialdemokratie im Juli 1919 mit dem Zentrum abschloß und das seinen Niederschlag in den Artikeln 146 bis 149 der Reichsverfassung fand. Damals ließ sich das Zentrum den kulturpolitischen Lohn für das Bündnis zahlen, das es über Spartakus' Leiche mit den Sozialdemokraten zum Schutze der bürgerlich-demokratischen Republik schloß. Viele ernste Schulmänner bis in die Reihen des Bürgertums hinein haben erst hinterher erkannt, was für ein Preis damals für „Freiheit, Friede, Brot" (wo sind sie?) gezahlt worden ist. Die lendenlahme Opposition in der Mehrheits-Sozialdemokratie (Hänisch, Paul Östreich) kam natürlich nicht gegen den rechten Flügel unter Führung von Heinrich Schulz auf, der sehr genau wußte, daß man nicht Spartakus erschlagen und gleichzeitig irgendwo sonst Klassenkampfpolitik treiben kann. Seitdem ist die Sozialdemokratie der Erpresserpolitik ihres schwarzen Komplizen aus den Januar- und Märztagen ausgeliefert. Heinrich Schulz hat auf dem Heidelberger Parteitag von neuem das Weimarer Kompromiß als Versöhnungswerk gepriesen, und der „linke" Löwenstein hat, wie er in seiner neuesten Broschüre „Zum Kampf um das Reichschulgesetz"[*)] versichert, „dies Kompromiß im Laufe der Zeit ruhiger beurteilen gelernt". Dieser führende Schulpolitiker der SPD gab Anfang Oktober 1925 in einer Sitzung der Berliner „Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände" für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die offizielle Erklärung ab, daß sie an dem Absatz 2 des Artikels 146 – dem Kernstück des Kompromisses – unentwegt festhalte.

Es ist leider nötig, wieder einmal festzustellen, worin das Verhängnis dies er Verfassungsbestimmungen liegt.

1. Die Einheitlichkeit des Schulwesens wird dadurch zerschlagen, daß nach der Verfassung (Artikel 146, 2) zwei oder mehrere nach Religion oder Weltanschauung getrennte Schularten eingerichtet werden sollen. Zur nicht beseitigten Spaltung der Schuljugend nach dem Geschlecht und nach dem Geldsack des Vaters tritt also die Spaltung nach der Weltanschauung. Damit ist der Weg zur Einheitlichkeit und Weltlichkeit des Gesamtschulwesens verbaut, die Weimarer Verfassung selbst das schwerste Hindernis auf diesem Wege. Die weltliche Schule wird zur Sonderschule gestempelt.

2. Durch die Erfindung des Rechts der „Erziehungsberechtigten" auf Mitbestimmung über den Weltanschauungscharakter der Schule i h r e s Kindes wurde der Grundsatz der Staatsschule durchbrochen. Die Kirche, in jener Zeit der Staatsgewalt nicht mehr sicher, zog sich auf die reaktionäre Zelle ihres Einflusses im Volke, auf die Familie, zurück, und sie fand dabei die verständnisvolle Unterstützung der Bourgeoisie. Die Massen aber wurden mit der Vorstellung genarrt, als sei bei gleichzeitiger verfassungsmäßiger Sanktionierung der kapitalistischen Wirtschafts- und Machtverhältnisse [80] die

[*)] Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30.

Erweiterung der Elternrechte eine revolutionäre Errungenschaft. Zum Überfluß machte dann Konrad Hänisch die Elternbeirate zu einem Spott- und Zerrbild wirklicher Sowjets.

3. Die Religionsfrage erhielt eine Bedeutung, wie sie ihr im proletarischen Klassenkampfe in dieser Einseitigkeit und Isoliertheit nicht zukommt. Die Kirche hatte den Vorteil, die noch religiös befangenen Teile der Arbeiterschaft gegen die Freidenker auszuspielen und so das Proletariat in sich zu spalten. An die Stelle des Klassenkampfes gegen die Not des proletarischen Kindes und des Auf- und Ausbaues der Schule nach den Forderungen der Arbeiterklasse trat vielfach eine Kulturkampfstimmung, bei der die kirchliche Reaktion gedieh und die Einheitsfront im Schulkampfe litt.

Dies „Kompromiß“ bedeutete also nicht einen „kleinen“ Schritt vorwärts, sondern einen großen Schritt ab vom Wege in eine Sackgasse. Aus dieser Sackgasse hat die Republik in sieben Jahren noch keinen Ausweg gefunden, wie das Scheitern aller Versuche um ein Reichsschulgesetz zu Artikel 146 der Reichsverfassung beweist.

Leider ist es der Partei nicht gelungen, den Massen begreiflich zu machen, daß hier der Kardinalfehler steckt. Ja, in unseren eigenen Reihen möchte man sich jetzt mit dem nun einmal vor der Machtergreifung doch nicht zu ändernden Zustande abfinden und die „unfruchtbare“ Kritik am Weimarer Kompromiß in den Hintergrund treten lassen. Die im Mai vorigen Jahres erschienene Parteibroschüre „Der Kampf um die Schule“ freilich fordert schärfsten Kampf gerade von diesem Punkte aus; sie war aber in sehr kleiner Auflage erschienen und wurde wenig verbreitet. Bezeichnend ist es, daß bei der Debatte über das bayerische Konkordat im Bayerischen Landtag der Sprecher der Kommunistischen Partei es völlig versäumte, den Nachweis zu führen, daß dieses Verpfaffungsgesetz auf dem Boden des Weimarer Kompromisses gewachsen ist. So konnte diese Rede zusammen mit der des Sozialdemokraten Dr. Högner in einem Freidenkerverlag erscheinen, ohne daß ein grundlegender Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Standpunkt ersichtlich ist.

Die Sozialdemokratie will es natürlich nicht wahr haben, daß jenes Kirchenkonkordat mit seinen ungeheuerlichen Bestimmungen über die Kontrolle des bayerischen Schul- und Bildungswesens durch die Kirche, in allen wesentlichen Punkten durch die Reichsverfassung gedeckt ist; aber natürlich verstummte das Geschrei über Verfassungsbruch sehr rasch, aus Rücksicht auf die klerikalen Reichsbannerkameraden. Dasselbe Spiel wiederholte sich im Herbst 1925 gegenüber dem Reichsschulgesetzentwurf der Luther-Regierung (die nachher von nichts wissen wollte). Überall, im Parlament, in Eltern- und Volksversammlungen, in der Presse bewies die SPD die Verfassungswidrigkeit dieses Entwurfs. Die oben angeführte Broschüre Löwensteins ist einzig diesem Nachweis gewidmet. Demgegenüber haben wir, freilich durchaus nicht mit ausreichendem Erfolg, den Nachweis geführt, daß die offenbaren Verfassungsverletzungen des Schieleschen Entwurfs federleicht wiegen gegenüber der Tatsache, daß er in den entscheidenden Bestimmungen auf der Verfassung fußt. Keineswegs umfassend genug hat unsere Presse auf den „Bruch“ in der Verfassung selbst zwischen den Absätzen 1 und 2 des Artikels 146 hingewiesen; sie hat nicht deutlich genug aufgezeigt, daß der Entwurf des Sozialdemokraten Heinrich Schulz von 1921 dem deutschnationalen ähnelt wie ein faules Ei dem andern; sie hat auch jetzt bei der letzten Regierungskrise unter den Gefahren der Großen Koalition die Fortsetzung der Weimarer Kompromißpolitik nicht genügend betont.

Die Kritiker in unseren Reihen erklären eine Aktion im Parlament, die in Antwort auf ein reaktionäres Reichsschulgesetz die Streichung vor allem [81] der Artikel 146,2 und 149 fordert, für belanglos, da ja doch ein Erfolg nicht denkbar ist. Es sollte zu denken geben, daß die Deutschnationalen unter Führung Westarps seit einiger Zeit sehr lebhaft für allerhand Verfassungsänderungen in ihrem Sinne agitieren, obgleich auch sie wissen, daß dazu Zweidrittel-Majorität gehört. Wichtig ist, daß bei einer solchen Aktion die Sozialdemokratie offen Farbe bekennen müßte, was es mit ihrem Lippenbekenntnis zur Weltlichkeit und Einheitlichkeit auf sich hat. Vor den Massen würde dadurch das Kernproblem der republikanischen Schulpolitik in klares Licht gerückt. Würden wir diese grundsätzliche Aktion vermeiden, so kämen wir durchaus auf die opportunistische Linie der Sozialdemokratie, bei der ein Funktionsverhältnis zwischen Zielforderungen und Tagespolitik nicht mehr besteht. Das neue Zentralkomitee hat sich denn auch in Richtlinien zum Reichsschulgesetzentwurf auf den hier

vertretenen Standpunkt gestellt. Die Kritiker dieser Haltung aber kommen zu ihrer scheinbar sehr realpolitischen Einstellung im Grunde nur deswegen, weil sie fordern, daß die Partei sich für die weltlichen Schulen positiv einsetzen soll. Dann freilich muß man auch die Rechtsgrundlage für diese Schulen fordern, man muß den Kampf gegen den Artikel 146,2 als Zielforderung zurückstellen.

Dabei liegen die Dinge für einen grundsätzlichen Kampf gar nicht ungünstig. Es tut sich nämlich innerhalb der Sozialdemokratie ein Gegensatz auf, der so recht zeigt, in welchen Hexenkessel unsere Partei geraten würde, wenn sie ihre grundsätzliche Stellung aufgäbe. Dieser Gegensatz wird durch die Namen Heinrich Schulz und Löwenstein bezeichnet. Auf dem Heidelberger Parteitag gingen die beiden Rivalen noch umeinander vorsichtig herum. Warum aber ist jetzt Löwensteins Broschüre „Zum Reichsschulgesetzentwurf“ nicht im offiziellen Parteiverlag erschienen? Weil sie trotz aller Vorsicht in der Wahrung der Parteilinie und aller rabulistischen Verschleierung klarer klassenkämpferischer Konsequenzen doch einen Angriff auf das Weimarer Kompromiß darstellt. Diese Konsequenz aus Löwensteins Broschüre an seiner Stelle vor den sozialdemokratischen Arbeitern zu ziehen, ist unsere sehr leichte Aufgabe.

Dazu kommt aber noch ein zweites. Schulz will die Absonderung in weltlichen Schulen um der schiedlich-friedlichen Scheidung willen. Löwenstein will den Kampf zwischen christlichen und weltlichen Schulen. Er möchte am liebsten die Konfessionsschulen so kirchenfromm und pfäffisch wie möglich sehen, damit dann die erschreckten Eltern, Lehrer und Kinder in die weitgeöffneten Tore einer sehr toleranten (beileibe nicht klassenkämpferischen!) weltlichen Schule strömen.

Hier klafft ein Gegensatz, der von uns gesehen werden muß: Das Wesen und die Aufgaben einer weltlichen Schule ändern sich wesentlich, je nachdem man in ihnen Kampfpositionen oder schiedlich-friedliche Oasen für Freidenkerwild sieht. Mit den eigentlichen Interessen des Proletariats haben beide „Lösungen“ nichts zu tun; sie sind Verlegenheitsprodukte einer unmöglichen Situation.

In den „Richtlinien für die praktische Tätigkeit der kommunistischen Elternbeiräte“ vom Jahre 1922 fixierte die Partei zum ersten Male die kommunistische Einstellung zu den weltlichen Schulen. Es hieß da (S. 4):

Die von jenen Parteien heute besonders propagierten „weltlichen“ Schulen bzw. „weltlichen“ Klassenzüge sind kein kommunistisches Ziel. Sie bringen die Gefahr der Isolierung der revolutionären Eltern, Kinder und Lehrer in einigen wenigen Anstalten mit sich. Sie setzen an Stelle des Machtkampfes der proletarischen Klasse um die Gestaltung und Leitung des gesamten Schulwesens einen ideologischen „Kulturkampf“ [82] zwischen den revolutionär fortgeschrittenen und den kleinbürgerlich rückständigen Schichten des Proletariats. Aus demselben Grunde lehnen wir auch die „Weltanschauungsschule“ im Sinne des Reichsschulgesetzentwurfes vom 22. April 1921 ab. Sie bedeutet in der Praxis nichts anderes als die Zulassung einiger weniger atheistischer Konfessionsschulen neben und außerhalb der großen Masse der christlichen Konfessionsschulen. Wir fordern die proletarische Schule, das heißt, die Leitung und Kontrolle, sowohl zentral wie örtlich, des gesamten Schulwesens durch die Organisationen des Proletariats, und als Mittel hierzu: Erweiterung der Elternbeiratsrechte, Reinigung der Schulbehörden und Lehrkörper von reaktionären Elementen, Trennung von Schule und Kirche, Öffentlichkeit des gesamten Unterrichts.

(Wo SPD und USPD die Einrichtung besonderer weltlicher Schulen neben den bestehenden Konfessionsschulen propagieren und proletarische Elternmassen dafür in Bewegung geraten, dürfen wir uns nicht darauf beschränken, solche Forderungen kritisch zu beleuchten, noch weniger darauf, sie kritiklos zu übernehmen, sondern müssen sie korrigieren und ergänzen durch die Forderung des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht bei Anstellung. Versetzung oder Entlassung der Lehrkräfte und bei Aufstellung des Unterrichtsplans. Wir müssen versuchen, solche bestehenden weltlichen Schulen in proletarische Arbeitsschulen zu verwandeln, in der bewußten Absicht, die proletarischen Eltern praktisch auf die Schranken einer wirklichen Schulreform innerhalb der heutigen Gesellschaft hinzuweisen, und sie so von der Illusion zu heilen, als bedeutete die Existenz einer weltlichen Schule an sich schon eine proletarische Machtposition und als sei der Kampf um die proletarische Schule durchführbar, losgelöst von dem ökonomisch-politischen Machtkampf.)

Später ergab sich aus der Praxis, daß das Entscheidende die Lehrerfrage ist, und die Partei machte ihre Zustimmung zur Neugründung von weltlichen Schulen von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig. Es handelt sich in der Hauptsache um die beiden Forderungen:

Austritt der Lehrer aus der Landeskirche,
Eintreten für den proletarischen Klassencharakter der Schule.

Hierbei ist zu bemerken: Niemals hat die Partei den Kampf gegen bestehende weltliche Schulen gefordert, vielmehr hat sie wiederholt – namentlich auch in der erwähnten Parteibroschüre – erklärt, daß die Kommunisten die bestehenden weltlichen Schulen gegen Angriffe der Reaktion verteidigen werden.

Die Kritiker in unsern Reihen verlangen nun, daß die Partei sich auch positiv für Neugründungen einsetzen soll, daß sie jene obigen Forderungen nicht als „Bedingungen" ihrer Zustimmung und Mitarbeit bei der Propaganda stellen soll. Das bedeutet in Wahrheit bedingungslose Zustimmung zu jeder Neugründung. (Es soll natürlich hinterher in den Schulen im Sinne der obigen Forderungen gearbeitet werden.)

Man überlege die Konsequenzen dieses Standpunktes! Die Sozialdemokratie erstrebt ein möglichst ausgedehntes Netz von weltlichen Schulen; gerade jetzt betreibt sie überall eine sehr lebhafte Agitation. (In Düsseldorf allein sollen zu Ostern 50 neue weltliche Schulklassen eröffnet werden.) Dann aber kann man keine besonderen Forderungen an die Lehrer dieser Schulen stellen. Heinrich Schulz hat daher ganz folgerichtig – genau wie Herr Schiele! – in seinem Entwurf gefordert, daß an weltlichen Schulen Lehrer jeden Bekenntnisses und jeder Weltanschauung unterrichten können. Und auf der Tagung der Freien Schulgesellschaften in Hannover 1923 wurde der kommunistischen Opposition schlankweg erklärt, schon die Forderung „Austritt aus der Landeskirche" sei unannehmbar, denn dann könne man fast sämtliche Schulen schließen. Unsere Arbeit in den weltlichen [83] Schulen, in Eltern- und Lehrerschaft und bei den Freidenkern war aber doch gerade darauf gerichtet, den Gedanken der Klassenschule gegenüber der „neutralen" Schule zum Siege zu führen. Wir Kommunisten haben diese Diskussion überall, besonders aber im Westen, erfolgreich angekurbelt. Als wir Erfolge hatten, rief die Sozialdemokratie ihre „Linken", voran den Wiener Max Adler, zur Hilfe; dadurch erhielten sie die Führung, aber gleichzeitig setzte sich die Losung durch, die kürzlich in Dortmund den entscheidenden Sieg errang: „Die weltliche Schule muß Klassenkampfschule sein."

Es ist doch ganz klar, daß diese Parole vorläufig noch rein ideologisch ist, auf dem Papier steht. Zum Überfluß lese man, was der „linke" Löwenstein, einer der Helden von Dortmund, über den Klassencharakter der weltlichen Schulen orakelt (a. a. O. S. 10): „Die weltliche Schule kann nicht Parteischule, noch nicht einmal Weltanschauungsschule sein ... Wenn man die weltliche Schule überhaupt mit Weltanschauung zusammenbringen will, so könnte man sie eine Pflegestätte nennen, um das heranwachsende Geschlecht zum Bewußtsein seiner Zeit, das heißt, zu seiner Weltanschauung zu bringen." Wir werden also alle Hände voll zu tun haben, um der Losung der Dortmunder Tagung Fleisch und Blut zu geben. Dazu dienen gerade auch die oben angeführten Bedingungen. Und in dieser Auseinandersetzung wird es sich eben zeigen, daß es der Sozialdemokratie gar nicht darauf ankommt, Klassenkampfpositionen dem Proletariat zu verschaffen, sondern daß ihr Ziel nur ist, das Netz weltlicher Schulen als ebensovieler Stützpunkte ihres Parteieinflusses auszudehnen.

Es muß also m. E. dabei bleiben, daß die Kommunistische Partei ihre Zustimmung zur Begründung neuer weltlicher Schulen zu versagen hat, wenn nicht wenigstens die oben angeführten beiden Bedingungen erfüllt sind. Wir werden auch keineswegs unseren Parteigenossen eine , „Ehrenpflicht" daraus machen, ihre Kinder in weltliche Schulen zu schicken. Das proletarische Interesse erfordert vielmehr, die christlichen Schulen nicht völlig ohne unsere Kontrolle und unseren Einfluß zu lassen. Das ist ja gerade die schlimmste Wirkung der einzelnen weltlichen Schulen, daß sie wie ein Magnet alle klassenkämpferischen Elemente aus den anderen Schulen herausziehen. Nur deshalb werden sie auch ohne gesetzliche Verankerung heute geduldet. Unsere Jung-Spartakus-Gruppen können in den weltlichen Schulen gegenüber republikanisch-pazifistischen und manchmal sogar sozialistischen Lehrern ihre eigentliche Kampfaufgabe nicht recht erfüllen; sie sind schließlich Kinder und keine durchgebildeten Leninisten. In den christlichen Schulen aber ist ihre Arbeit bitter notwendig. Auch die Kritiker in unseren Reihen reden davon, man müsse „die Klassenkampffront" auch in den christlichen Schulen aufziehen. Sobald aber die KPD sich bedingungslos für die weltlichen Schulen

einsetzt, sobald sie auch den grundsätzlichen Kampf gegen die Verfassung als augenblicklich unaktuell abschwächt, wie soll man sich dann eine Propaganda in den christlichen Schulen, unter deren Kindern, Eltern und Lehrern denken? Wie kann man da für Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht innerhalb der christlichen Schulen erfolgreich agitieren?

Es wird gesagt, unsere Haltung sei nur negativ. Gewiß ist sie das gegenüber irreführenden und ablenkenden Schulversuchen. Positiv aber ist unsere Stellung gerade für jene Gebiete des Schulkampfes, wo die Klassenkampffront auch auf dem Schulgebiet gerade heute sich durchsetzen müßte, wenn wir an die Nöte des proletarischen Kindes richtig anknüpfen. Die sind genau so groß in christlichen wie weltlichen Schulen. In katholischen Gegenden müßte es auch gerade jetzt gelingen, die Loslösung der christlichen Arbeiterschaft von der bürgerlichen Klassenideologie vorwärts zu treiben, [84] indem wir die Frage aufwerfen: Was geschieht von seiten der Kirche und der christlichen Gesellschaft für Eure Kinder? Dies ist die Einheitsfront, die tausendmal wichtiger ist, als das Bündnis mit der Sozialdemokratie zur Errichtung von weltlichen Schulen. Ja, die forcierte Propaganda für die weltlichen Schulen kann leicht, wie wir das oft beobachtet haben, einheitliche Aktionen der Arbeiterschaft für allgemeine wirtschaftliche Forderungen stören. Viel drastischer aber als durch kulturkämpferische Debatten enthüllt sich der Klassencharakter der Kirchen und ihrer Vertreter gegenüber handgreiflichen proletarischen Kämpfen um Arbeit, Lohn und Brot.

Wenn bisher die Partei mit ihrer Stellung zu den weltlichen Schulen bei den Massen kein rechtes Verständnis fand, so lag das nicht daran, daß die Richtlinien falsch waren, sondern daß nicht oder nur sehr unzulänglich nach ihnen gearbeitet worden ist, teils aus Mangel an Kräften, teils aus Unterschätzung der Bedeutung des Schulkampfes. Angesichts der ganzen Erfolge hat sich die Meinung herausgebildet, unsere Linie müsse falsch sein, und gewisse Teile der Partei tendieren nach der Seite der erfolgreicheren Taktik der Sozialdemokratie, in deren Schlepptau wir rettungslos bei Aufgabe unserer bisherigen Haltung geraten. Was uns fehlt, ist nicht eine andere Taktik, sondern die organisatorische und ideologische straffe Verbindung der im Schulwesen tätigen Genossen (Elternräte, Lehrer. Jung-Spartakus-Leiter) und deren enge Zusammenarbeit mit der übrigen Partei, insbesondere unseren Vertretern in den Stadt- und Landesparlamenten.

PROBLEME DER PARTEI

Zur Propaganda des Marxismus-Leninismus

Von Hermann Duncker.

Kein Gebiet der Parteiarbeit ist unter der Fischer-Maslow-Zentrale so vernachlässigt worden, wie das der systematischen Propaganda des Marxismus-Leninismus. Aus Furcht, in sozialdemokratischen Bildungsfimmel zu verfallen, tat man schon lieber gar nichts mehr. Das wird leider noch eine Weile in der Partei nachwirken, wenn man jetzt auch energisch an die Parteibildungsarbeit herantritt. Zwischen Aussaat und Ernte muß naturgemäß eine gewisse Zeit vergehen.

In der Hochspannung revolutionärer Aktionen wird niemand nach Kursen und Parteischulen schreien, Da muß der Tag vom Tage leben. Aber es wird sich auch sehr rasch erweisen, was als sicherer Fonds marxistischer Erkenntnis in der Partei vorhanden ist. Etwas anderes ist es, wenn die Partei durch Zeiten politischer Flaute hindurch muß, wenn man vor den bitteren Jahren eines langsameren Konsolidierungsprozesses der revolutionären Partei steht. Die Schaffung einer kampfesfähigen Einheitsfront des werktätigen Volkes erfordert so viel Planmäßigkeit und zielklare Übersicht in der Auswertung aller Tagesereignisse, verlangt eine so systematisch aufgebaute Agitation und Propaganda, um immer breitere Massen zum kommunistischen Klassenbewußtsein emporzuführen, daß hier ohne eine gute, wissenschaftlich vertiefte Grundlage in der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus gar nicht auszukommen ist. Lenins Wort: „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung“, gilt wie für die Partei so auch für jeden einzelnen in ihr, wenn die revolutionäre Bewegung ein andauernd zielsicheres Vorwärtsschreiten sein soll.

Die KPD ist historisch gesehen noch eine junge Partei. Was sind sieben Jahre Parteigeschichte? Freilich ist von den Januarkämpfen 1919 bis zur [85] Volksentscheidsbewegung vom deutschen Proletariat

ein sehr inhaltsreicher Zeitraum durchmessen worden, und wichtige Lehren konnten den Ereignissen entnommen werden. Aber es heißt doch bei so manchem:

Dann hat er die Teile in seiner Hand,
Fehlt, leider, nur das geistige Band.

Vor allem gilt das für die, die erst nach 1918 zum politischen Leben erwacht sind. Und die KPD ist auch in ihrem Mitgliederbestand eine junge Partei. Das brachte Licht und Schatten: keine große Belastung mit sozialdemokratischen Irrtümern, aber auch keine marxistische Tradition! Der Mangel an solcher Tradition kann nur ersetzt werden durch intensive marxistisch-leninistische Bildungsarbeit, die natürlich nicht abseits des politischen Lebens erworben werden kann. Aktivität im Tageskampf des Proletariats muß eng verbunden sein mit Aktivität im Aufbauen der kommunistischen Weltanschauung. Aber es muß unter allen Umständen s y s t e m a t i s c h e Arbeit sein, eine planmäßige Einführung in die Grundlehren des Marxismus-Leninismus.

Wir müssen uns dabei vor zwei Extremen hüten: vor dem A k t u a l i t ä t s f a n a t i s m u s ebenso wie vor dem der Gegenwart abgewandten r e i n e n H i s t o r i s m u s u n d d e r b l u t l e e r e n A b s t r a k t i o n! Man vergesse nicht, die dialektische Betrachtung ist ein Grundbestandteil des Marxismus, d. h. es gilt die Probleme in ihrer E n t w i c k l u n g zu untersuchen und zu erklären. „Wissenschaftliche Wahrheiten“, sagte Marx im Jahre 1865 englischen Gewerkschaftsführern, „sind immer paradox (scheinbar widersinnig), wenn man sie an der alltäglichen Erfahrung mißt, welche den täuschenden Schein der Dinge erfaßt.“ (Marx: Lohn, Preis und Profit, Seite 42). Daher ist eben die Aufgabe, von der aktuellen Erscheinungsform auf das Wesen der Dinge zurückzugreifen, und das ist bei sozialen Problemen nur möglich durch eine genetische (entwicklungsgeschichtliche) Darlegung, wie es zu den Erscheinungsformen auf der Oberfläche des heutigen Tages gekommen ist. Damit braucht man wahrhaftig nicht bis zum Urschleim zurückzugehen. Es wird immer die feste Verbindung der herangezogenen Vergangenheitstatsachen mit dem vorliegenden Gegenwartsproblem festzuhalten sein.

Es scheint mir übrigens auch nicht richtig, wenn man glaubt, daß der Arbeiter nur bei der Erörterung der ihm vor der Nase liegenden Dinge wissenschaftlich zu interessieren sei. Gewiß, aus seinem Erleben erwacht sein Interesse. Aber er empfindet sehr bald, daß eine wissenschaftliche Meisterung der Vielfältigkeit und des bunten Wechsels der sozialen Oberfläche nur möglich ist durch die Erkenntnis der maßgebenden Grundkräfte und ihrer nachweisbaren Auswirkung in der gesellschaftlichen Entwicklung. Erst wenn er so die Gegenwart als „Resultat“ methodisch und grundsätzlich erfassen gelernt hat, fühlt er sich sicher in der Bewertung auch neuauftauchender sozialer Ereignisse.

In der alten SPD hat einmal der spätere Deutschnationale Maurenbrecher die Auffassung vertreten, die marxistischen Grundlehren, historischer Materialismus, Werttheorie usw., brauchten nur die Offiziere der Bewegung zu kennen, für die Masse der Mitglieder sei das alles nicht nötig. Maurenbrechers Auffassung wurde damals zwar abgelehnt, aber wir wissen ja, wie schwer es den ehrlichen Marxisten in der SPD gemacht worden ist, die Ideologie des Marxismus, soweit sie der reformistischen Parteiregierung nicht genehm war, zu lehren. Und was ist heute noch vom Marxismus in der Sozialdemokratie übrig geblieben? Die KPD kann unter gar keinen Umständen eine solche geistige Aushungerung und Infamierung ihrer Mitgliedschaft zulassen. Hier muß jeder Angehörige der Partei den Marschallstab im Tornister tragen. E i n unklarer Kopf in der Partei ist schlimmer als zehn außerhalb der Partei. Daher müssen die Kommunisten d i e K o m m a n d o h ö h e n d e s w i s s e n s c h a f t l i c h e n K o m m u n i s m u s besetzen, wenn diese auch h i n t e r der augenblicklichen Feuerlinie des Tageskampfes liegen.

[86] Andererseits ist die Gefahr, s i c h i n d i e V e r g a n g e n h e i t z u v e r l i e r e n, für eine Partei, die so im Kampfe steht wie die KPD, nicht allzugroß. Gefahr wäre nur, wenn einer sich in die Vergangenheit flüchtet, um sich mit der Gegenwart nicht auseinandersetzen zu müssen, wie das die sogenannte historische Schule in der bürgerlichen Nationalökonomie getan hat, und wie es der Lehrer in der sozialdemokratischen Bildungsschule heutzutage nur allzugern tut.

In den Monaten Februar-März setzen in den Bezirken der Kommunistischen Partei Elementarkurse ein, die in 8 bis 9 Abenden die Mitglieder über die wirtschaftliche Ausbeutung, die politische Unterdrückung, über die Formen des Klassenkampfes und die Parteitaktik, sowie insbesondere über die gewerkschaftlichen Aufgaben jedes Kommunisten aufklären sollen. Ein großzügiges Unternehmen, an das wir freilich noch nicht überall mit ganz ausreichenden Kräften herantreten, da auch in den kleineren Parteiorten und möglichst in Betriebszellen diese Schulungsarbeit durchgeführt werden soll. Um dem Mangel an ausgebildeten Lehrkräften abzuhelfen, ist für die große Zahl der in Aussicht genommenen Kursusleiter ein umfangreiches Lehrmaterial verfaßt worden. Wenn der Lehrer das aufmerksam durchgearbeitet und dazu die dort angegebene, auf das Notwendigste beschränkte Literatur durchgelesen haben wird, werden diese Kurse eine erste groß“ systematisch durchgeführte Aussaat kommunistischen Wissens bedeuten.

Ein weiteres Ziel ist dann die Aufrichtung einer Parteischule, über deren Lehrgang und Organisation später noch eingehend zu sprechen sein wird.

RUNDSCHAU!

Deutsche Politik

Das Jahr beginnt mit einer gewaltigen Zahl von Erwerbslosen, stillgelegten Betrieben, Konkursen. Die Großbourgeoisie sucht sich auf Kosten des Proletariats und der Mittelschichten aus der Krise herauszuwinden, in die sie ihr „System“ zwingt. Damit erhöht sie gleichzeitig die sozialen Spannungen und sieht sich deshalb nach Verbesserungen der Instrumente und Me(ho. den zur Niederhaltung der ausgebeuteten Massen um. Je nach der Schichtung sind diese Methoden verschieden.

Der Streit um die Außenpolitik spaltet künstlich die Bourgeoisie, weil der rechte Flügel aus Rücksicht auf seine (mit der Agitation gegen die Erfüllungspolitik gewonnenen) Massen an den Locarnoverträgen nicht offiziell teilnehmen kann, ohne eine Spaltung und den Verlust großer Anhängermassen befürchten zu müssen.

Im Locarnostreit schleppt die SPD große Kräfte des Proletariats in die Front der Bourgeoisie, während die Deutschnationalen große Teile des Kleinbürgerturns als Reserve für die Bourgeoisie bereit halten.

Unter der politisch „falschen“ Frontbildung, an der außenpolitischen Oberfläche bildet sich an innenpolitischen, unmittelbar materiellen Klassenfragen inzwischen eine neue Front, die ihre ersten offensiven Schritte bereits tut. (Siehe den Leitartikel dieses Heftes. D. Red.) Zugleich aber, ja schon vorher, lassen sich die Verteidigungsbewegungen der Bourgeoisie erkennen. Ihnen wird in der Herausbildung der revolutionären Front eine entscheidende Rolle zufallen. Wir beginnen mit ihnen.

1. Völkische Putschrüstungen.

Die faschistischen Verbände werden durch die Wirtschaftskrise aktivisiert. Bei den Wahlen hatten sie Verluste, die Stagnation begünstigte stark Zersetzungs- und Spaltungserscheinungen in ihren Reihen, Die seit Locarno und der damit zusammenhängenden Annahme der Entwaffnungsnote einsetzende Massenentlarvung der Fememörder (deren Entlarvung wegen „Landesverrats“ zu verfolgen eiern Reichswehrministerium durch die Entente verboten wurde) schädigen Verbände und schwarze Reichswehrformationen sehr stark. Die internationalen Skandale (Frankenfälscher) stören. Die Aktion der Kommunisten gegen die Fürstenabfindung bedroht auch die finanziellen Grundlagen der fürstlichen Hintermänner und Drahtzieher der Monarchisten.

2. Diktatur.

In den Kreisen des Großbesitzes und in Offizierkorps der weißen Reichswehr ging das Streben nach Verstärkung der Mittel zur Niederhaltung der Ausgebeuteten von der sozialen Spannung aus, die erzeugt wurde durch die Abwälzung der Lasten des Dawes-Paktes, der Stabilisierungskrise, der „Ratio-[87]nalisierung“ auf die werktätigen Massen. Gleichzeitig wurde diese Diktaturdiskussion benutzt, um die Stimmung zu terrorisieren und damit auf die Regierungsumbildung zu drücken.

3. Verfassungs- und Wahlrechtsverschlechterung.

Die für die klügeren großkapitalistischen Drahtzieher viel zu riskante „Diktatur“ wurde umgebogen. Bei einigen wurde die Parole „legal“ durch illegale Anwendung des Art. 48, bei einigen sollte sie nur eine „Wirtschaftsdiktatur“ sein, um Streiks zu verhindern. Was zuletzt davon übrig bleibt, ist bei den Deutschnationalen eine „Verfassungsreform“ und bei Volkspartei, Zentrum und Demokraten eine Wahlrechtsreform.

Die deutschnationale Forderung der Verfassungsreform (weitere Ausschaltung des Reichstags zugunsten Hindenburgs) wird wahrscheinlich in näherer Sicht nicht akut werden, dagegen sind für die Wahlrechtsänderung alle Parteien, mit Ausnahme der KPD und der SPD, eingetreten. Darüber wird noch genauer berichtet werden müssen. Hier ist nur festzustellen, daß diese Bestrebungen sich natürlich gegen die Arbeiter richten.

4. Regierungskrise.

Der Lutherblock, das Bündnis von Großindustrie und Großgrundbesitz, war auf Zeit gekündigt. Vor Luther stand die Aufgabe, eine Regierung zu bilden, die das Werk vollendet, in den Völkerbund eintritt, ohne und gegen die Deutschnationalen, damit der Lutherblock dann wiederhergestellt werden könne, gebunden an Locarno und Völkerbund, aber ohne die „Schuld der Deutschnationalen, die dann das ‚böse‘ Erbe antreten können und für alle Folgen ihrer Politik die Ausrede haben werden: daran ist Locarno schuld, aber nicht wir, die wir gültige Staatsverträge doch nicht ändern können.

Das war die allgemeine Richtung.

In ihrem Programm der Verfassungsverschlechterung fordern die Deutschnationalen bereits für Preußen den ständigen Vorsitz im Reichsrat, der größere Befugnisse bekommen soll. Das deutet schon darauf hin, daß zwischen ihnen und dem Zentrum bereits Abmachungen hinter den Kulissen getroffen sind, und das Zentrum hat ja in der Regierungskrise offen mit dem Sturz der Preußenregierung gedroht und sich damit eine Basis geschaffen. Die Schulgesetze werden einen guten Anlaß bieten, den Bruch zu vollziehen. Vorläufig allerdings braucht man die SPD noch, damit sie die Deutschnationalen der Notwendigkeit enthebt, selber für den Völkerbundseintritt offen die Mitverantwortung zu übernehmen.

Inzwischen haben die Fememorde, die Putschrüstungen, die Diktaturschwätzereien, der Sieg der SPD-Arbeiter über die Politik des Parteivorstandes in der Koalitionsfrage, besonders aber die Skandale der Fürstenabfindung zu starken Ansätzen ganz neuer Frontbildung geführt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Mittelschichten beginnen, sich zusammenzuschließen, die Grundlagen eines proletarisch geführten Linksblocks zu schaffen.

Hier liegen jetzt agitatorisch, politisch und organisatorisch die Hauptaufgaben. Sie bestehen im wesentlichen darin, die Vorbedingungen für eine aktive proletarische Klassenpolitik zu schaffen.

Der Volksentscheid gegen die Fürsten, unter der Führung der KPD eingeleitet, wird zu der zentralen, die Interessen aller Klassen berührenden Frage, die eine Klassenbewegung von historischer Bedeutung auszulösen berufen ist. Nach Durchführung der Aktion wird die Partei auch die weitere Perspektive mit Sicherheit bestimmen können.

22.1. E. Kunik.

Internationale Politik

Die französische Sozialdemokratie hat auf ihrem außerordentlichen Parteitag beschlossen, gegenwärtig keiner Koalitionsregierung beizutreten. Sie erklärt sich aber bereit, als sozialdemokratische Minderheitsregierung die Regierungsmacht zu übernehmen oder als führende Partei einer Regierungskombination mit den bürgerlichen Radikalen zusammenzuwirken. Der Beschluß bedeutet die vorläufige Ablehnung der offenen Koalitionspolitik, ist ein Sieg der Mittelgruppe Compère-Morel gegenüber den offenen Ministerialisten und stellt ohne Zweifel eine Konzession an die linksstehenden sozialdemokratischen Arbeiter dar. Er ist durch den Dreck der Massen und durch

taktische Schwierigkeiten entstanden, stellt aber keine endgültige Ablehnung der Koalitionspolitik, auch nicht der bisher betriebenen Unterstützungspolitik, dar.

Die chronische französische Regierungskrise werde durch diesen Beschluß der Sozialdemokratie weiter verschärft. Die Kompromißverhandlungen zwischen dem Finanzminister Doumer und der Linkskartell-Mehrheit des Finanzausschusses um die Finanzsanierungs-Gesetze kamen wochenlang nicht vom Fleck. Doumer besteht nach wie vor auf indirekten Steuern, die von den Linksparteien aus Angst vor der Wählerschaft abgelehnt werden. Am 21. Januar wurde die Kammerdebatte über die Finanzprojekte für den 25. Januar festgesetzt. Massendemonstrationen der Beamten, Aussperrungen und lokale Lohnkämpfe, schließlich Lohnforderungen beider Bergarbeiterverbände zeigen eine ansteigende Welle wirtschaftlicher Kämpfe in Frankreich an.

*

In England haben die vorläufig abgebrochenen Verhandlungen der Kohlen-Untersuchungs-Kommission die Frage der kommenden Bergarbeiterkämpfe auf die Tagesordnung gesetzt. Die Bergwerksbesitzer fordern Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und Ausschaltung des Bergarbeiterverbandes durch Ortstarife. Die Bergarbeitervertreter widersetzen sich diesen Forderungen [88] und haben der Kommission als Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Spitzenkörper. schalten der englischen Arbeiterbewegung einen Entwurf zur Vertrustung und Verstaatlichung des Kohlenbergbaues mitsamt der kohlenverarbeitenden Industrie vorgelegt. Der Entwurf sieht eine staatliche Entschädigung der bisherigen Besitzer und eine arbeitsgemeinschaftliche Verwaltung der Gruben durch Hinzuziehung von Arbeitervertretern vor, während der Bergarbeiterverband selbst bemerkenswerter Weise eine entschädigungslose Enteignung der Gruben vorgeschlagen hat. Halten die Kohlenbarone an ihren Forderungen fest, und stellt die Regierung wie vorgesehen am 1. Mai die seit dem „roten Freitag“ gezahlten Staatszuschüsse an die Gruben ein, so ist der gigantischste Kampf der englischen Arbeiter mit dem Grubenkapital unausbleiblich.

Im Rahmen der allgemeinen Linksentwicklung der englischen Arbeiterschaft ist die „Linksflügelbewegung“ auch in der Labour-Party (bisher nur in der Gewerkschaftsbewegung) organisiert aufgetreten. Gleichzeitig ist aber auch eine gewisse Differenzierung innerhalb dieser Linksbewegung zu verzeichnen, Lansbury z. B., der bis vor kurzem noch als einer der Linkesten galt, schloß mit den rechten Macdonald-Leuten ein Kompromiß, ging in den Vorstand der Parlamentsfraktion der Labour-Party und polemisiert öffentlich sehr scharf gegen die Kommunisten.

*

Die Frage der Abrüstungskonferenz wird vom englischen Imperialismus auch weiter zu einer Hetzkampagne gegen die Sowjetunion ausgenutzt. Die Sowjetregierung gab bekannt, daß sie durchaus bereit sei, an den Vorbesprechungen zur Abrüstungskonferenz teilzunehmen, wenn diese nicht auf Schweizer Boden stattfinden, oder die sowjetrussischen Genugtuungsforderungen von der Schweizer Regierung vorher erfüllt werden. Die englische Regierung steift der Schweiz den Rücken, die sowjetrussischen Forderungen nicht zu erfüllen, um auf diese Weise die Sowjetunion von der Abrüstungskonferenz fernzuhalten. Die Geschäftsinteressen der Schweizer Industrie, die durch den sowjetrussischen Boykott stark geschädigt werden, scheinen aber stärker zu sein, als die englischen Intrigen. In der letzten Zeit sind Anzeichen der Nachgiebigkeit seitens der Schweizer Regierung sichtbar geworden. In dem Maße aber, wie die Teilnahme der Sowjetunion an den Abrüstungsbesprechungen (15. Februar) wahrscheinlich wird, bemühen sich die Imperialistenmächte, die Konferenz überhaupt zu verschieben.

*

In der Weltstellung der Sowjetunion sind als günstige Momente die wahrscheinlich nahe bevorstehende jugoslavische Anerkennung der Sowjetregierung und die für Ende Januar angekündigten russisch-französischen Verhandlungen hervorzuheben. Die jugoslavische Anerkennung wäre auch äußerlich ein Zeichen des Scheiterns der englischen Pläne auf Schaffung eines einheitlichen Balkanblocks („Balkan-Locarno“). Die Abhängigkeit Griechenlands von

England wurde zwar noch stärker als bisher, auch eine italienisch-englische Zusammenarbeit auf dem Balkan scheint sich in den Schuldenverhandlungen anzubahnen, dem englischen Imperialismus gelingt es aber nicht, auch dank der englisch-französischen Gegensätze, die Konflikte der Balkanstaaten auszugleichen. Scharfe Interessengegensätze bestehen zwischen Jugoslavien und Italien, Jugoslavien und Griechenland. – Als Grundlage der Vereinbarungen mit Frankreich deutet die Sowjetunion die gegenseitige Streichung aller Forderungen der Vergangenheit und die Gewährung langfristiger Kredite an die Sowjetindustrie seitens der französischen Firmen an, wofür die Sowjetregierung einen Absatz der französischen Maschinenindustrie in der Sowjetunion und nach einem Moratorium in den ersten Jahren hohe Zinsen garantieren würde.

*

Die Situation in China hat sich nach den widersprechenden Meldungen der letzten Wochen etwas geklärt. Dem japanischen Imperialismus ist es durch direkte militärische Intervention gelungen, seine Position nicht nur in der Mandschurei (Tschang), sondern auch in Peking und Umgebung (Provinz Tschili) zu festigen. Die zentrale Regierungsgewalt in Peking wird nach wie vor von dem japanfreundlichen von Japan unterstützten Präsidenten Tuan ausgeübt, trotz des Widerstandes der chinesischen politischen Kreise. Die provisorische Abdankung Fengs, des populärsten Führers der nördlichen Nationalarmee, ist vor allem als eine Protestaktion gegen diese japanischen Intrigen aufzufassen. Inzwischen (21.1.) hat Japan durch seinen Söldner Tschang sogar einen Konflikt der chinesischen Behörden mit der Sowjetunion provoziert. Tschangs Truppen besetzten in der Mandschurei die unter gemischter chinesisch-russischer Verwaltung stehende chinesisch-ostrussische Eisenbahn und verhinderten den regelmäßigen Verkehr. Die Sowjetunion sah sich veranlaßt, gegen diese Maßnahmen bei den chinesischen Zentralbehörden Verwahrung einzulegen.

*

Die Angelegenheit der ungarischen Geldfälscher scheint mit einem neuen Kompromiß der Sozialdemokratie mit der Horthy-Regierung zu enden. Nachdem die Sozialdemokratie erst die Forderung auf sofortigen Rücktritt der Regierung und Ausschreibung der Neuwahlen erhob und im Parlament mit einer regelrechten Obstruktion einsetzte, begnügte sie sich am 20.1. mit der Einsetzung einer nichtöffentlichen parlamentarischen Untersuchungskommission, in der auch die Opposition vertreten ist und die die politischen Zusammenhänge der Angelegenheit womöglich verwischen soll.
24.1. Georg.

[89]

Wirtschaft

Die weltwirtschaftlichen Aussichten sind am Anfang des Jahres sehr trübe.

Die Krise in Deutschland ist im weiteren Anwachsen begriffen. Das Heer der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter nimmt noch immer zu; die Zahl der Arbeitslosen kann Ende Januar bei vorsichtiger Schätzung mit 3,5 Millionen angenommen werden. Die Konkurse häufen sich.

		Konkurse	Geschäftsaufsichten	
Erste Hälfte	November	1925	609	408
" "	Dezember	1925	843	652
" "	Januar	1926	928	693

Die Lage verschlechtert sich, jedoch nicht in solch rasendem Tempo wie im Dezember.

Infolge der Betriebsstillegungen und Einschränkungen wird auch Geldkapital frei; die dadurch hervorgerufene Geldflüssigkeit und die damit zusammenhängende Aufwärtsbewegung an der Börse sind nur Zeichen der schweren Krise. Das Unterkunft suchende Kapital wird nur kurzfristig oder in Börsenwerten – also in leicht beweglicher Form – abgelegt; so ist es verständlich, daß trotz der momentanen Geldflüssigkeit die Jagd nach langfristigen ausländischen Anleihen weitergeht.

Das Ende der deutschen Krise ist noch nicht abzusehen, und wie weit der deutsche Produktionsapparat abgebaut werden wird, ist vorläufig schwer festzustellen. Wenn sich in Deutschland ein ähnlicher

Zustand herausbildet, wie er in England und Österreich seit längerer Zeit besteht – was ständige Arbeitslosigkeit von etwa 10 Proz. des in Industrie und Bergbau beschäftigten Proletariats bedeutet –, dann müssen wir in Deutschland mit einer Erwerbslosenziffer von 1,5 bis 2 Millionen Arbeitern als Dauererscheinung rechnen. Von einer raschen Besserung der Lage kann keine Rede sein, um so weniger, als sich in ganz Europa eine Tendenz zur Verschlechterung der Wirtschaftslage bemerkbar macht.

*

Die schwere Krise in P o l e n hat schon früher eingesetzt als in Deutschland; die Lage wird von Tag zu Tag schlimmer. Es ist zwar gelungen, die Valutapanik einzudämmen sind eine Besserung des Złotykurses zu erreichen, aber die dazu notwendigen Maßnahmen haben noch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise hervorgerufen. In der Textilindustrie werden fortdauernd weitere Fabriken stillgelegt; der für Polen wichtige Holzhandel kämpft mit den größten Schwierigkeiten; fast die Hälfte aller Arbeiter ist beschäftigungslos. Im Kohlenbergbau – bei der internationalen Krise desselben, in der Textilindustrie infolge des Verlustes des russischen Absatzmarktes – besteht keine Hoffnung auf eine baldige Erholung. Man beschäftigt sich mit dem Gedanken, Industrieunternehmungen nach den Nachfolgestaaten – Rumänien, Jugoslaviens – zu verlegen.

*

Die Nachrichten aus Ö s t e r r e i c h, aus den s k a n d i n a v i s c h e n L ä n d e r n, aus H o l l a n d lauten in der letzten Zeit sehr ungünstig. In Österreich sind mehr als 20 Proz. des Industrieproletariats arbeitslos, in Dänemark ist jeder dritte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ohne Beschäftigung.

*

In E n g l a n d wurde in den letzten Monaten des vergangenen Jahres von einem leichten Aufschwung gesprochen. Die Zahl der Arbeitslosen ging etwas zurück. Der Hauptgrund dafür war die gesteigerte Beschäftigung im Kohlenbergbau. Durch die Subventionierung der Kohlenbergwerke seitens der Regierung – was den Staat ungefähr 20 Millionen Pfund kosten wird – wurde eine starke Herabsetzung der Kohlenpreise ermöglicht; dadurch ist die Nachfrage nach englischer Kohle gewachsen.

Dazu kam noch der Streik in den Anthrazitgruben der Vereinigten Staaten und die zunehmenden englischen Kohlenlieferungen nach Amerika. Beide Gründe der Verbesserung sind vorübergehend und lassen das Problem des englischen Kohlenbergbaues ungelöst. Vom Kohlenbergbau abgesehen, können wir nirgends einen Aufstieg in der englischen Wirtschaft feststellen. Die Eisen- und Stahlproduktion in den letzten vier Monaten des Jahres blieb unverändert niedrig. Die Lage des Schiffbaues ist schlechter denn je. Im Jahre 1925 waren nur 30 Proz. der Baukapazität der Werften ausgenutzt. Die am 1. Januar 1926 im Bau befindliche Tonnage war um 400.000 Tonnen geringer als vor einem Jahre. Die Vereinigung der Baumwollspinner des Bezirks Lancashire hat unlängst beschlossen, die Arbeitszeit in den Abteilungen für amerikanische Garne auf 30 Stunden wöchentlich (bisher wurden 30 Stunden gearbeitet) herabzusetzen. Die Handelsbilanz für 1925 wurde mit einem Defizit von 395 Millionen Pfund (7900 Millionen Mark) abgeschlossen. Der Staatshaushalt wird im laufenden Budget-Jahre ein bedeutendes Defizit aufweisen. Wir sehen kein einziges Zeichen, durch das die optimistischen Stimmen der letzten Monate begründet wären; in den letzten Wochen sind sie auch verstummt. Der erste Januar-Ausweis über die Arbeitslosigkeit zeigt mit einem Male eine Zunahme von 150.000. Der Waffenstillstand im Kohlenbergbau nähert sich dem Ende. Die Bergarbeiter haben schon ihren Plan zur Lösung der Kohlenfrage veröffentlicht; sie verlangen die Nationalisierung der Kohlenbergwerke und den planmäßigen Ausbau der Kraftversorgung des Landes. Die Bourgeoisie drängt auf Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung nicht nur im Kohlenbergbau, sondern in allen Industriezweigen. England steht vor schweren sozialen Kämpfen.

*

F r a n k r e i c h erfreut sich noch einer guten Konjunktur; die Krise ist aber nicht mehr sehr fern. Die Arbeiterschaft, deren Reallöhne infolge der raschen Preissteigerung fallen, das Kleinbürgertum, das durch die Währungszerrüttung in ähnlicher Weise expropriiert wird wie es in Deutschland geschah, fordern die Stabilisierung des Franken. Die Großbourgeoisie wünscht Inflation und

weitere Geldentwertung, solange diese ihr Nutzen bringt. Die Preise aber steigen schon sehr rasch, und dieser Umstand zeigt, daß sich der Zeitpunkt nähert, wo das Preisniveau in [90] Frankreich jenes des Auslandes nicht nur erreichen, sondern übertreffen wird; in diesem Moment verschwinden die Vorteile der Inflation für die Bourgeoisie. Die Währungsstabilisierung und die „Stabilisierungskrise" sind daher ganz aktuelle Probleme der französischen Wirtschaft.

Wir können also – trotz der starken Besonderheiten der Wirtschaftslage in einzelnen Ländern – von der allgemeinen Tendenz einer Depression in Europa sprechen, die in solchem Maße seit der Krise 1920/21 nicht vorhanden war. Das Bild wird sich jedenfalls erst in den nächsten Monaten klären. Wenn wir die europäische Gesamtlage betrachten, wird die Annahme, daß ein rasches Vorübergehen der deutschen Krise nicht wahrscheinlich ist, noch bestärkt.

*

Eine Depression in Europa müßte ihre Wirkungen auch in den Vereinigten Staaten zeitigen. Wenn die Wirtschaftslage in Europa sich nicht bessert – erklärte der Schatzsekretär Mellon vor einigen Tagen – wird Amerika seine überschüssigen Erzeugnisse an Lebensmitteln, Rohstoffen und Waren nicht verkaufen können. Ein Blick auf die Außenhandelsziffern der Vereinigten Staaten bestätigt die Richtigkeit dieses Standpunktes.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten betrug:

	Zwölf Monate (abgeschl. mit Oktober)		
	1924	1925	Zunahme
	(Millionen Dollar)		
Insgesamt	4480	4933	453
Davon nach Europa	2330	2698	358

Mehr als die Hälfte der amerikanischen Ausfuhr geht also nach Europa, und von der Ausfuhrzunahme eines Jahres entfielen 78 Proz. auf Europa. Auch die Lage des inneren Marktes enthält Unsicherheiten trotz des vorläufig guten Geschäftsgangs. Die Autoindustrie und die Bautätigkeit sind die Hauptträger der guten Konjunktur in den Vereinigten Staaten; die Stimmen werden in der letzten Zeit immer lauter, die von „spekulativen Auswüchsen" der Bautätigkeit sprechen. Von einer Krisenstimmung kann man noch keinesfalls sprechen, aber es wird mit der Möglichkeit eines Rückfalles binnen einiger Monate gerechnet.

*

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß in der nächsten Zukunft ein verschärfter Wettkampf der großen Industrieländer auf dem Weltmarkt und infolgedessen die Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zu erwarten ist. In erster Linie stehen sich das Britische Reich und die Vereinigten Staaten gegenüber. Einen Vorgeschmack von dem Kampfe der zwei Rivalen hat der „Gummi-Krieg" geliefert, der jetzt im Gange ist. Die Vereinigten Staaten sind der größte Kautschukverbraucher, die englische Bourgeoisie der größte Kautschukerzeuger. Die englische Regierung hat 1922 Maßnahmen getroffen, die Kautschukpreise in die Höhe zu treiben, die Regierung der Vereinigten Staaten sucht jetzt Gegenmaßnahmen, um die Kautschukpreise herabzudrücken. Hoover, der amerikanische Staatssekretär für Handel, führt eine zähe Propaganda gegen England, und eine Kommission des Repräsentantenhauses untersucht jetzt die Kautschuklage. Das Interesse für diese Angelegenheit ist in den Vereinigten Staaten, wo es 15 Millionen Autobesitzer gibt, sehr groß. Die Gummifrage ist kein entscheidendes weltwirtschaftliches Problem; aber dieser Gummikrieg ist sehr bemerkenswert, weil er deutlich zeigt, daß das Freundschaftsband zwischen den imperialistischen Räubern mit sehr dünnen und schwachen Fäden geknüpft ist.

19.1. L. M.

Gewerkschaftsbewegung

Die neuere Phase im Kampf um die Gewerkschaftseinheit nahm ihren Ausgang von der Linksschwenkung der englischen Gewerkschaftsbewegung, Frühjahr 1924. Es folgte seitens der englischen

Gewerkschafter der erste Vorstoß auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien, die Stellungnahme und Beschlüsse des 5. Komintern- und 3. RGI-Kongresses zur Gewerkschaftseinheit, dann der begeisterte Empfang des Vorsitzenden der russischen Gewerkschaften auf dem englischen Gewerkschaftskongreß 1924, die englische Rußland-Delegation, die Schaffung eines englisch-russischen Einheitskomitees. Die direkten und indirekten Wirkungen dieses jetzt eineinhalbjährigen Kampfes um die internationale Gewerkschaftseinheit sind größer, als selbst die kühnsten Optimisten vor eineinhalb Jahren annehmen konnten. Es gibt heute in der ganzen Welt fast kein einziges Land mehr, wo nicht die Frage der Einheit zu einer der wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen geworden wäre.

Das reformistische sowjetfeindliche Zentrum bildet immer noch die sozialdemokratische Führerschaft der deutschen Gewerkschaften. Doch auch diese Führer, die noch vor eineinhalb Jahren den Kampf um die Gewerkschaftseinheit glaubten, mit der größten Arroganz abtun zu können, sehen sich heute gezwungen, die verzweifeltsten Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Reise von 15 ADGB-Führern nach Amerika war eine derartige Maßnahme und hatte nur den Zweck, die rein kapitalistisch eingestellten amerikanischen Gewerkschaftsführer in den IGB hineinzuziehen, um ein Gegengewicht gegen die rußlandfreundlichen englischen Gewerkschafter zu schaffen. Sehr interessante Feststellungen macht darüber Eduard Weckerle (Amsterdam) in einem Artikel: „Amsterdam – Moskau – Washington“, in dem neuesten Heft Nr. 1, 1926, des „Gewerkschafts-Archivs“. Weckerle kommt in seinem Artikel zu dem Schluß: „Entweder Moskau oder Washington!, das ist die Wahl, die Amsterdam gestellt ist.“ Er zitiert Oudegeest, der, in dem Interview mit dem „Daily Herald“ erklärt hatte, „daß der IGB durch Aufnahme der Russen den Beitritt der Amerikaner [91] nicht unmöglich machen dürfte“. Weckerle schreibt: „Hierdurch ist festgelegt, daß der IGB die Verbindung mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund einer Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung in Rußland vorzieht.“

Die rechten Amsterdamer Führer sprechen das nicht so offen aus, handeln aber nichtsdestoweniger nach diesem Grundsatz. Um ihre wirkliche Absicht zu verdecken, schreiben sie einmal, daß die russischen Gewerkschaften auf Grund ihrer Stellungnahme zum Staat den Mussolini-Gewerkschaften gleichen und „gar nicht in den IGB aufgenommen werden könnten“ („Gewerkschaftszeitung“ Nr. 1 vom 2.1.1926), oder behaupten das andere Mal, daß „Amsterdam immer die Tore weit offen halte, um mit Freuden die russischen Gewerkschaften aufzunehmen“. („Vorwärts“, Morgenausgabe vom 14.1.1926.)

Nachdem die Konferenz des IGB-Vorstandes in London am 1. Dezember und die IGB-Ausschußsitzung am 5. und 6. Dezember ohne jeglichen Fortschritt in dieser Frage geendet hatten, erklärte sich die Berliner Konferenz des englisch-russischen Einheitskomitees für die Fortsetzung des bisherigen Kampfes und beschloß die Einberufung einer Weltkonferenz durch die englischen Gewerkschaften. („Rote Fahne“ vom 11. Dezember 1925.)

Das ganze Problem der internationalen Gewerkschaftseinheit wurde auch auf dem 14. Parteitag der KPR sehr ausgiebig behandelt, wobei gewisse Gegensätze zwischen Tomski und Losowsky in bezug auf die Taktik in dieser Frage zutage traten. Tomski erklärte in seiner Rede, wie auch in seinen mit großer Mehrheit angenommenen Thesen, daß sich die russischen Gewerkschaften in ihrem Kampf nicht formal auf eine bestimmte Taktik festlegen werden, sondern die Frage, ob sie sich separat dem IGB anschließen, oder nur in Gemeinschaft aller übrigen revolutionären, der RGI angeschlossenen Verbände mit dem IGB zu einer neuen Internationale verschmelzen werden, offen lassen. Losowsky dagegen hält den Anschluß der russischen Gewerkschaften an den IGB, ohne eine gleichzeitige Verschmelzung der RGI und sämtlicher revolutionärer Organisationen, für undiskutabel („Rote Fahne“ vom 12. und 15.1.1926).

*

Die Spaltung der Gewerkschaften durch die Sozialdemokraten in allen Ländern ist durch zwei Ereignisse in der allerneuesten Zeit besonders kraß dokumentiert worden. Die offiziellen Presseberichte des IGB vom 5. Januar bringen eine Notiz über den finnischen Gewerkschaftsbund, in der es zum Schluß heißt:

> „Die ganze sozialdemokratische Presse Finnland enthält heftige Angriffe gegen die (kommunistische) Vorstandsmehrheit (der Gewerkschaften), der man vorwirft, daß sie durch ihre Politik die Gewerkschaftsbewegung zur völligen Machtlosigkeit verurteilt hat. Von sozialdemokratischer Seite wird nun die Einberufung einer sozialdemokratischen Gewerkschaftskonferenz geplant ... Es ist nicht ausgeschlossen, daß die kommunistische Wühlarbeit in den Gewerkschaften schließlich zu einer Sprengung des Gewerkschaftsbundes führt."

Mit denselben Argumenten wurde von den Reformisten bekanntlich der r u m ä n i s c h e und j a p a n i s c h e Gewerkschaftsbund gespalten, weil die Mehrheit kommunistisch war. Die japanischen Reformisten haben zu ihrem ersten Verbrechen jetzt ein weiteres gefügt, indem sie sich zunächst bei der Bildung einer Arbeiterpartei beteiligten, aber sich im letzten Moment zurückzogen und die neue Arbeiterpartei der Regierung als eine kommunistische Partei denunzierten und so die Auflösung dieser Partei eine Stunde nach ihrer Gründung provozierten.

Z u r S t e l l u n g d e r A m s t e r d a m e r g e g e n ü b e r d e n M u s s o l i n i - G e w e r k s c h a f t e n bzw. dem von Mussolini erlassenen Zwangs-Gewerkschaftsgesetz berichten die IGB-Presseberichte vom 5. Januar, daß der italienische Gewerkschaftsbund (Richtung Amsterdam) sich auf den Boden des neuen Gesetzes stellt und dementsprechend seine Organisation umgestaltet, bzw. überall versuchen wird, um die Anerkennung der einzelnen Organisationen neben den faschistischen Gewerkschaften zu kämpfen.

*

D i e A r b e i t s l o s i g k e i t nimmt international immer katastrophalere Formen an. Die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen stieg in Deutschland vom 15. Dezember 1925 bis 1. Januar 1926 von 1,06 Millionen auf 1,485 Millionen. Da ein großer Prozentsatz der Erwerbslosen in Deutschland nicht unterstützt wird, gegenwärtig zirka 50 Prozent, so ist am 1. Januar mit einer Erwerbslosenziffer von rund 3 Millionen und mit etwa derselben Zahl von Kurzarbeitern zu rechnen. Seit dem 1. Januar steigen die Erwerbslosenziffern weiter. In Berlin ist die Gesamtzahl der Erwerbslosen von 160.000 am 3. Januar auf 189.000 am 16. Januar gestiegen – auch in Dänemark hat sich die Arbeitslosigkeit zu einer ungeheuren Katastrophe ausgewachsen. In der ersten Januar-Woche ist die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen von rund 73.000 auf 84.000 gewachsen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird auf zirka 100.000 angegeben.

In Ö s t e r r e i c h haben die Gewerkschaften der Regierung eine interessante Denkschrift unterbreitet, in der sie den Bau eines großen Freihafens in Wien fordern und außerdem als eine Milderungsmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit vorschlagen, die Verlängerung der Schulpflicht um ein volles Jahr, um „auf diese Weise den Zustrom der Jugendlichen einzudämmen

In E n g l a n d versucht die konservative Partei die Auffassung zu verbreiten, daß unter der konservativen Regierung die Arbeitslosigkeit zurückgegangen wäre. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen Ende November 1924: 1.233.000, Ende November 1925: 1.227.000 betragen hat, also insgesamt nur um 6000 zurückgegangen ist. Jedoch wird ebenfalls offiziell gemeldet, daß der Arbeitsminister [92] in immer größerem Maße die Zahl der Unterstützungsgesuche zurückweist, so daß offiziell schon über 100.000 Arbeitslose nicht mehr gezählt werden, d. h., daß faktisch die Arbeitslosenziffer nicht gesunken, sondern gestiegen ist.

*

W i r t s c h a f t s k ä m p f e sind gegenwärtig sehr selten. In Deutschland sind an bedeutenden Streiks gegen Lohnabbau nur z w e i zu registrieren: der Streik bzw. die Aussperrung der gesamten Schwarzwälder Uhrenindustrie (gegen 20prozentigen Lohnabbau), und der schon sechs Wochen andauernde Streik der Berliner Karosseriearbeiter (ebenfalls gegen 20prozentigen Lohnabbau). Nach der systematischen Betriebsstillegungskampagne der Unternehmer im November und im Dezember v. Js. ist jetzt festzustellen, daß die Unternehmer seit dem 1. Januar einen systematischen Lohnabbau durchführen. Soweit Tarifverträge fällig sind, werden sie von den Unternehmern gekündigt und durchweg 10, 20 und mehr Prozent Lohnabbau gefordert. Neuerdings entsprechen die Schlichtungsbehörden

fast durchweg den Anforderungen der Unternehmer auf Lohnabbau. Die Schiedssprüche lauten gewöhnlich: Lohnabbau um die Hälfte von dem, was die Unternehmer fordern.

Die monatelange Lohnbewegung bei den Eisenbahnern hat geendet mit einem Schiedsspruch, der für die ungelernten Arbeiter unter 24 Jahren gar nichts, für die übrigen 1 bis 2 Pfennig Zulage pro Stunde vorsieht, Die Eisenbahnergewerkschaften gingen dem Kampf aus dem Wege, indem sie den Schiedsspruch anerkannten und nach der Ablehnung durch die Eisenbahndirektion die Verbindlichkeitserklärung beantragten und auch durchsetzten. Allgemein gehen die deutschen Gewerkschaften einem Lohnkampf aus dem Wege, so daß damit zu rechnen ist, daß der Lohnabbau in allen Industriezweigen mit verhältnismäßig wenig Widerstand durchgeführt wird.

In Amerika geht der seit eineinhalb Jahr dauernde Streik der Anthrazitarbeiter weiter. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat bis jetzt jede Solidaritätsaktion der übrigen Kohlenarbeiter abgelehnt, erläßt aber jetzt zu Beginn des Januar 1926 einen Aufruf für die Unterstützung der hungernden Streikenden und ihrer Familien.

In England wird die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Atem gehalten durch die drohende Zuspitzung im Bergbau. (s. u. „Int. Politik“ und „Wirtschaft“. D. Red.)
23.1. August Enderle.

II. Internationale

Ultrarechte Strömungen in der SPD

„Der Firn“. Aus der Sozialdemokratie ist Karl Erdmann ausgeschieden, nachdem ein Ausschlußverfahren wegen Korruption eingeleitet worden war. Erdmann war der tatsächliche Besitzer des „Verlags der wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, einer Vermittlungsstelle zwischen dem „Firnverlag“ und der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Der „Firnverlag“ (jetzt Verlag der Neuen Gesellschaft) hat eine Schriftenreihe: „Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft“ herausgegeben, die für die Wirtschaftspolitik der Unternehmer Propaganda machte. Herr v. Borsig erklärte:

> „Die Vereinigung entschloß sich daher, die Herausgabe dieser, übrigens in dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes selbst empfohlenen Schriftenreihe durch finanzielle Mittel zu ermöglichen und durch Ankauf einer größeren Anzahl der herausgegebenen einzelnen Schriften für deren weitere Verbreitung behilflich zu sein.“

Nach Mitteilungen der SPD-Presse hat Erdmann aus dem Arbeitszeitpropagandafonds der Unternehmerverbände 60 bis 80.000 Mark erhalten (aus derselben Quelle erhielt bekanntlich der Fememörder Oberlt. Schulz 5000 Mark).

Karl Erdmann hat sich während des Krieges in der Schweiz als Gegner der sozialdemokratischen Kriegspolitik aufgespielt.

1917 schrieb er ein Buch, in dem er demagogisch den Verrat der SPD geißelte und zugleich die Arbeiter für den U-Boot-Krieg zu gewinnen suchte. Offenbar hatte er sich [93] damals schon verkauft. 1919 vermittelte er Stinnesgelder für die Parteikasse der SPD zum Kampf gegen Spartakus. Bei der Ausführung des Waffenstillstandsvertrags verdiente er Unsummen durch Pferdeverkäufe an die Regierung.

Sein Kompagnon ist Albert Baumeister, der Inhaber des „Firnverlags“. Er war während des Krieges der Herausgeber der berüchtigten „Internationalen Korrespondenz“, in der die Gewerkschaftslehrer Kriegspropaganda trieben. Nach dem Kriege geriet er in Konflikt mit dem Parteivorstand der SPD, und er deckte den Korruptionsskandal Sklarz auf. Im Barmatausschuß konnte er sich der Sache nicht mehr erinnern. Baumeister ist Angestellter des Internationalen Arbeitsamts (Völkerbund).

Auf den ersten Blick ist es verwunderlich, daß die SPD so energisch gegen diesen Korruptionsfall vorgeht. Das wird verständlich, wenn man erfährt, daß der „Firn“ die Leute um sich sammelte, die mit der herrschenden Clique in der SPD auf gespanntem Fuße standen. Maßgebend sind weiter Differenzen in der auswärtigen Politik und ein unbequem entschiedenes Aussprechen der Grundsätze,

nach denen die SPD praktische Politik treibt. Die SPD fürchtet dadurch einen Schaden für ihre Agitation unter den Arbeitern.

Das Programm dieser Schriften ist die konsequenteste Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung. Nur ein paar Beispiele:

Dr. Theodor Cassau, „Das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften". Cassau, der selber volkswirtschaftlicher Gewerkschaftsbeirat ist, fordert eine strengere Hierarchie in den [93] Gewerkschaften. Bedingung für die höheren Führerämter soll akademische Bildung sein, für die mittlere Beamtenschaft Gymnasialbildung. Scharfe Differenzierung der Gehälter wird verlangt. „Wenn der Arbeiter ... seinen Führern keine bürgerliche Lebenshaltung ermöglicht, dann besteht die Gefahr, daß die kleinbürgerliche Lebenshaltung, die ja heute schon das Ideal der Arbeitermassen ist auch das der Führer bleibt ... Der Gewerkschaftsführer ist dem Fabrikanten, dem er an Intelligenz überlegen ist, heute praktisch unterlegen, weil er vereinsamt in der niedrigen Sphäre lebt. Also grundsätzlich und ausschließlich Arbeitsgemeinschaftspolitik und ihre Sicherung durch die soziale Gleichstellung der Führer mit der Bourgeoisie. Praktisch ergibt sich aus Cassaus Vorschlägen eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den alten Führergruppen und den Akademikern.

Fritz Ebert jr., „Der deutsche Arbeiter in der Wirtschaft". Die in der SPD-Presse heftig angegriffene Schrift spricht das aus, was praktisch der SPD- und Gewerkschaftspolitik zugrunde liegt und von vielen Biedermännern offen verkündet wurde: Rücksicht auf die Profitmöglichkeit der Wirtschaft, „alles zu tun, um die Volkswirtschaft in den Stand zu setzen, die ihr auferlegten Verpflichtungen (Dawes-Pakt) zu erfüllen und außerdem nach Möglichkeit zu entlasten". Deshalb Polemik gegen den „schematischen Achtstundentag". Die Schrift starrt übrigens von ganz elementaren Fehlern und Unwahrheiten. Sie ist von der ganzen Unternehmerpresse zitiert worden.

Am wichtigsten sind zwei Schriften von Niekisch:

Ernst Niekisch, „Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat" und „Grundfragen deutscher Außenpolitik". Niekisch hat im April 1919 den Anstoß zur Bildung der ersten, der Schein-Räteregierung in München, gegeben, deren Vorsitzender er wurde, und sich dann vor Gericht erbärmlich benommen. Er kam mit einer Verurteilung zu 2 Jahren Festung davon. Jetzt fordert er, alle Konsequenzen aus der Politik vom 4. August zu ziehen. Seine Parolen sind: Gegen den Marxismus: der Staat ist kein Klasseninstrument; Staatsbejahung: kein Klassenkampf, sondern nur Konkurrenzkampf der verschiedenen Schichten auf dem Boden des bestehenden Staates; gegen den Internationalismus: die SPD muß „zum geschicktesten Organ der Staatsräson" werden; fort mit der Unwahrhaftigkeit und Heuchelei der SPD-Politik, entschlossene „Ablehnung aller Klassenkämpferei". – Der SPD ist ein so schroffes Aussprechen dessen, was ist, unbequem. Selbst in der Führerschaft stoßen diese Auffassungen auf Widerspruch. Entscheidend sind Niekischs Grundsätze für die auswärtige Politik: gegen den Pazifismus; Förderung des „Geistes der Wehrhaftigkeit"; Außenpolitik ist „harter politischer Machtkampf", nicht die „Verwirklichung von Humanitätsidealen"; Abschüttelung des fremden Druckes, gegen Dawes-Pakt und Locarno-Vertrag; gegen den Anschluß an die hochkapitalistischen Länder des Westens; gegen die Rußlandhetze; für deutsche imperialistische Politik. Dies Programm ist vollkommen konsequent, aber trotz teilweiser scheinbarer Übereinstimmung mit kommunistischen Parolen keineswegs vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes, sondern durchaus vom nationalistischen, imperialistischen Standpunkt aus gesehen. Niekisch ist in diesen Punkten offen deutschnational.

*

Der Nelson-Bund (Internationaler Jugendbund) wurde vom Parteivorstand der SPD ausgeschlossen. Der Bund ist eine reaktionäre Organisation, die unter der Flagge einer besonders „linken" Haltung schwimmt. Sein Programm ist politischer Mystizismus: Verwirklichung der Idee des Rechts. Der Nelson-Bund ist Gegner der Demokratie, nicht etwa oder nicht allein Gegner der staatlichen Demokratie als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie, sondern Gegner der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung. Er verficht die Diktatur einzelner Persönlichkeiten (den „Geistigen") in den

Arbeiterorganisationen mit Führerauslese von oben. Der Bund hat an der SPD, der Bonzenschaft, viel berechtigte Kritik geübt. Nicht seine Grundsätze, seine mystisch-reaktionären Ideen führten zum Ausschluß, sondern die Tatsache, daß er innerhalb der SPD eine geschlossene Organisation bildete.

Sein Führer, der Göttinger Professor Leonard Nelson, hat inzwischen einen Interrationalen Sozialistischen Kampfbund gegründet, eine rötliche Häusserei. Man darf nicht übersehen, daß manche „Linke“ in der SPD große Verwandtschaft mit den Nelsonianern haben, so Professor N ö l t i n g u. a.

*

D e r r e l i g i ö s e S o z i a l i s m u s wächst in der SPD Im Dezember hielt in Berlin der Bund religiöser Sozialisten eine Reichstagung ab, die in der SPD-Presse schamhaft totgeschwiegen wurde. Die Bewegung ist noch sehr zersplittert. Sie wird von führenden Sozialdemokraten gefördert (Stampfer, Meerfeld u. a.). Die sogenannte kulturpolitische Beilage zur „Rheinischen Zeitung“: „Das Neue Werden“, hat sich zum Organ dieses religiösen Sozialismus herausgebildet. Die Bewegung ist durchaus reaktionär schon wegen ihrer religiösen Einspinnung der Arbeiter, Das zeigen auch ihre Grundsätze. Wir zitieren aus einem Aufsatz des Pfarrers Dr. H a r t m a n n im „Neuen Werden“:

> „Diese (kapitalistische) Wirtschaftsform gestattet verantwortungslosen (!) Menschen die Ausbeutung ihrer Mitmenschen. Sie muß ersetzt werden durch eine Wirtschaftsordnung der Verantwortlichkeit, ohne daß man sich dabei auf ein sozialistisches Dogma festlegt ... Man muß scharf unterscheiden zwischen dem machtgierigen verantwortungslosen Ausbeuter und etwa dem „Kapitalisten“ eines guten Willens, der darunter leidet (!), daß eine Menschengruppe vorwiegend durch die Arbeit einer anderen Menschengruppe lebt.“
>
> „Der Sozialismus ist nicht Sache einer Klasse, sondern aller gutgesinnten Menschen, die dem Willen Gottes Bahn brechen wollen.“

Also gegen den Klassenkampf, für Klassenversöhnung auf Grundlage einer Moralduselei. Die SPD fördert diese Strömungen bewußt. P a u l F r ö l i c h.
[94]

LITERATUR

Leo Trotzki: Wohin treibt England?

D e u t s c h e V e r l a g s - G e s e l l s c h a f t f ü r P o l i t i k u n d G e s c h i c h t e. B e r l i n W 8.
Preis Mk. 6.– (geb.).

Trotzkis Buch behandelt in acht Kapiteln die politischen und proletarischen Tendenzen des gegenwärtigen Großbritanniens (England, Wales, Schottland). Seinen Kern bildet der Gedanke: Großbritannien befindet sich auf den letzten Etappen seines kapitalistischen Ganges durch die Weltgeschichte, d. h. am Vorabend der proletarischen Revolution, die revolutionären Umrisse des werdenden Englands jedoch sind durch ein weitgespanntes und dichtmaschiges Netz von geschichtlichen Überlieferungen, soziologischen Unklarheiten, gedanklichen Kompromissen, politischen Heucheleien und konventionellen Lügen verhüllt, so daß sie viele von uns mit Unsicherheit und Besorgnis erfüllen.

Trotzki stellt sich zur Aufgabe, dieses Netz zu zerreißen, um der britischen Arbeiterklasse ihre eigene Stärke zu zeigen, ihr in ihrer eigenen Geschichte Kraftquellen zu eröffnen und sie zu befähigen, sich für den kommenden Entscheidungskampf geistig und materiell zu wappnen. Diese Aufgabe ist hauptsächlich eine kritische und polemische; sie enthält jedoch auch viel Positives; es gilt erstens, falsche Ideen zu bekämpfen, unehrliche aber einflußreiche Ratgeber durch Ironie und Satire unschädlich zu machen, die halben Wahrheiten der Freunde zu beleuchten und zu ergänzen, überlebte Führer aus dem Sattel zu heben und den heranwachsenden Führern Mut und Zuversicht einzuflößen.

Seine Hilfsmittel holt sich der Verfasser aus der englischen Geschichte der neuen und neuesten Zeit.

Das erste Kapitel, das sich „Niedergang Englands“ betitelt, enthält in zusammengepreßter Form die Leitgedanken, die in den übrigen Kapiteln eine ausführliche Behandlung erfahren. Der Verfasser

streift die politische Revolution um die Mitte des 17. Jahrhunderts (Übergang von der persönlichen Monarchie zur parlamentarischen Regierungsweise) und die wirtschaftliche Revolution im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts (Übergang vom Agrar- und Handelsstaat zum Industriestaat), die England zum kapitalistischen Musterlande der Welt machten. Diese Herrlichkeit währte bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, worauf sie nach und nach durch den industriellen Aufstieg Deutschlands und Amerikas erschüttert wurde. Auf dem Fuße der wirtschaftlichen Revolution folgte der Chartismus, die erste Erhebung der britischen Arbeiterklasse (1825 bis 1855), die zwar noch unreif war, aber im Keime all die theoretischen und taktischen Probleme enthielt, die die ganze sozialistische Bewegung Europas in späteren Jahrzehnten beschäftigten. Nach der Niederlage des Chartismus trat ein Zeitabschnitt des sozialen Friedens ein, in welchem der englische Industrialismus und sein politischer Ausdruck: der Liberalismus, ihren Höhepunkt erreichten. Erst nach der Erschütterung der industriellen Vorherrschaft Großbritanniens erwachte die Arbeiterklasse langsam zur politischen Selbständigkeit, und die Labour-Party wurde durch die Trade-Unions gegründet. Die Gewerkschaften gaben ihre antirevolutionäre Haltung auf, traten in umfassende Streiks und politische Wahlkämpfe ein, formulierten revolutionäre Gedanken, deren hauptsächlichster die „Beherrschung der Produktion“ war; – dann kam der Weltkrieg. Inzwischen rang die kapitalistische Klasse mit dem wirtschaftlichen Niedergangsprozeß, gegen den sie im Weltkriege das Heilmittel suchte, aber hierin die größte Täuschung erlebte; denn gerade der Weltkrieg beschleunigte den Abstieg des britischen Kapitalismus:

„In den Kriegsjahren – sagt Trotzki – hat sich das gigantische wirtschaftliche Übergewicht der Vereinigten Staaten von Amerika entwickelt und in seiner ganzen Größe offenbart. Als die Vereinigten Staaten gewissermaßen ihre Position einer transozeanischen Provinzmacht verließen, wurde Großbritannien mit einem Schlage auf den zweiten Platz gedrängt.“

Vorläufig arbeiten beide Mächte zusammen, aber „die anglo-amerikanische Zusammenarbeit bereitet den Krieg ebenso vor, wie die Periode der Reformen die Epoche der Revolution vorbereitet“, Gerade durch die Tatsache, daß England auf dem Wege der „Reformen“, d. h. , der erzwungenen Abmachungen mit Amerika, eine Position nach der anderen räumen wird, „muß es schließlich in die Zwangslage versetzt werden, Widerstand zu leisten“.

Das Erwachen der britischen Arbeiterklasse und der Aufstieg der amerikanischen Wirtschaftsmacht hängen ursächlich zusammen mit dem wirtschaftlichen Niedergang des britischen Kapitalismus. Großbritannien war sogar außerstande, seine Kriegsfinanzen und seine ins Schwanken geratene Valuta ohne amerikanische Finanzhilfe wieder ins Lot zu bangen, aber zugleich geriet es in die Abhängigkeit von Wall-Street (Sitz der amerikanischen Hochfinanz in Newyork). Die Londoner Tagesblätter „Daily Mali“ und Daily Chronicle“ drückten dies viel brutaler aus: sie meinten, daß Großbritannien zum Anhängsel der Vereinigten Staaten geworden sei.

Von dieser Zange erfaßt, verliert die britische Bourgeoisie die traditionelle Fähigkeit, der revolutionären Bewegung durch Reformen beizukommen.

[95] „Die Angst vor der Revolution – sagt Trotzki – hat bislang die britischen Kapitalisten zu Konzessionen und Reformen geneigt gemacht, solange die materiellen Möglichkeiten des britischen Kapitalismus unbegrenzt waren, oder es wenigstens zu sein schienen. Sie konnten die Gewerkschaften legalisieren, die Brotzölle abschaffen, bessere Arbeitsbedingungen gewähren, das Wahlrecht reformieren, soziale Gesetze erlassen usw. Bei der jetzigen, bis in die Tiefe veränderten Weltlage Großbritanniens ist die Drohung mit Revolution nicht imstande, die Bourgeoisie vorwärts zu treiben, sondern lähmt vielmehr die letzten Reste ihrer wirtschaftlichen Initiative. Jetzt ist nicht die Drohung mit Revolution, sondern die Revolution selber notwendig.“

In den folgenden Kapiteln setzt sich der Verfasser gründlich auseinander mit Stanley Baldwin, dem belesenen und schlauen Leiter der gegenwärtigen britischen Politik.

Am 12. März 1925 hielt Baldwin eine große Rede in Leeds über das Schicksal Großbritanniens, in welcher er seine Angst vor dem Sozialismus äußerte und die britischen Arbeiter belehrte, daß ihr Weg zur Wohlfahrt nicht durch die Revolution, sondern durch die graduelle Evolution (schrittweise Entwicklung) führe. Da Baldwin sich hierbei auf Trotzki berief, erteilt ihm dieser ein Privatissimum über den Weg der Geschichte, insbesondere der englischen Geschichte, der immer und überall, in der

inneren wie der äußeren Politik, durch gewaltsame Erschütterungen: durch Kriege und Bürgerkriege führte. Jeder große englische Fortschritt in konstitutioneller wie sozialreformerischer Beziehung war entweder die direkte Folge innerer Kämpfe und äußerer Kriege Englands oder die indirekte Folge derartiger gewaltsamer Vorgänge im Auslande, die ihren Reflex bis an die Themse warfen. Was die letzte Etappe des britischen Kapitalismus anbetrifft, so ist es für die britische Arbeiterklasse allerdings schwieriger, in die akute revolutionäre Phase einzutreten, als es für das russische Proletariat war.

Nicht die graduelle Evolution kann Großbritannien aus der Krise ziehen, sondern eine neue wirtschaftliche Revolution – die Umgestaltung der ganzen Wirtschaft nach einem einheitlichen sozialistischen Plan. Aber diese Umgestaltung kann sich erst nach der politischen Revolution, nach der Ergreifung der Macht durch die britische Arbeiterklasse vollziehen. Da aber die Bourgeoisie keineswegs freiwillig auf ihre Eigentumsrechte, auf ihre Herrschaft verzichten wird, so ist es notwendig, tapfer und revolutionärer vorzugehen.

„Bis jetzt hat die Geschichte keine andere Methode für ihre Umgestaltungsprozesse gefunden. Und auch für Großbritannien wird es keine Ausnahme geben."

Die Polemik gegen Baldwin ist zugleich eine Polemik gegen die derzeitigen Führer der politischen Arbeiterbewegung: Macdonald, Webb, Snowden, J. H. Thomas usw. Denn such die Methode dieser Führer ist die graduelle Evolution. Trotzki erinnert die Führer, daß z. B. ohne die im Jahre 1917 ausgefochtene russische Revolution es im Jahre 1924 keine Labour-Regierung gegeben haben würde. Nicht die graduelle Evolution, sondern der Weltkrieg und die russische Revolution brachten den Briten 1918 das allgemeine Wahlrecht und sechs Jahre später die Labour-Regierung, die zwar wenig geleistet. aber eine große historische Vorbedeutung hat.

In seiner ganzen Polemik schlägt Trotzki auf Baldwin, aber er meint Webb und Macdonald, denn es ist der Fabianismus, der seit seiner Gründung sich bemühte, die Verbreitung marxistischer Lehren zu verhindern, den Klassenkampf abzustumpfen und das ganze politische Leben auf das reformistische Gleis zu schieben. Trotzki hält den Kampf gegen die Fabier für außerordentlich wichtig. Die Niederwerfung dieser geistigen Korrupteure würde den Siegeslauf der britischen Arbeiterklasse erheblich erleichtern und beschleunigen. Der Fabianismus bestärkte die politischen Arbeiterführer in ihrer Ansicht, die soziale Revolution sei ein trauriges Vorrecht der kontinentalen Arbeiter. Aber die Ereignisse dürften früher oder später die Rückständigkeit derartiger Ansichten offenbaren.

„Es wird viel weniger Zeit in Anspruch nehmen, – sagt der Verfasser – die Arbeiterpartei in eine Revolutionspartei zu verwandeln, als ihre Gründung beanspruchte."

Wider den Willen der Führer vollzieht sich in den Massen ein Prozeß, der endgültig den parlamentarisch-liberalen Traditionen ein Ende machen, gleichzeitig aber auch mit den alten Führern, den Macdonald, Henderson, Webb usw. aufräumen wird.

„Die Arbeiterschaft – sagt der Verfasser – wird wahrscheinlich gezwungen sein, mehrere Male ihre Führerschaft zu wechseln und zu erneuern, bis die Partei so dasteht, wie dies der geschichtlichen Lage und den Aufgaben des britischen Proletariats entspricht."

Denn die heutigen Führer verkennen die Geschichte ihrer eigenen Nation und der britischen Arbeiterklasse.

„Vom Puritanismus erbten die Macdonald-Leute nicht seine revolutionäre Stoßkraft, sondern seinen religiösen Aberglauben; von den Owenisten nicht ihre kommunistische Begeisterung, sondern ihre utopisch-reaktionäre Feindschaft gegen den Klassenkampf. Aus der politischen Vergangenheit Englands entlehnten die Fabier nur die geistige Abhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie. Die Geschichte kehrte diesen Gentlemen nur die Rückseite zu, und die Zeichen, die sie dort ablasen, wurden ihr Programm."

Die britische Arbeiterklasse sollte jedoch – im Unterschiede zu ihren Führern – aus der Geschichte Englands richtigere Schlüsse ziehen und insbesondere den englischen Bürgerkrieg (die englische Revolution 1640 bis 1660), die Rolle Cromwells und dann den Chartismus fleißig studieren. Wie der Bürgerkrieg oder der Kampf des aufsteigenden Bürgertums gegen die persönliche [96] Monarchie und den Feudaladel erst seine volle Auswirkung durch das Schwert und die Diktatur Cromwells erhielt, so kann die kommende proletarische Revolution Großbritanniens nur dann ihre Aufgabe

erfüllen, wenn sie sich mit der Entschlossenheit des aufsteigenden Bürgertums des 16. und 17. Jahrhunderts erfüllt und an Cromwells Entschiedenheit in der Taktik lernt. Nicht minder wichtig ist das Studium des Zeitalters des Chartismus:

„weil es in der Spanne eines Jahrzehnts in gedrängter und schematischer Form die ganze Skala des proletarischen Kampfes, von Petitionen an das Parlament bis zu bewaffneten Aufständen, durchläuft. Alle Grundfragen der Klassenbewegung des Proletariats: die Beziehungen zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Tätigkeit, die Rolle des allgemeinen Wahlrechts, das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, die Bedeutung des Generalstreiks und seine Beziehung zum bewaffneten Aufstand – all diese Fragen kristallisierten sich im Laufe der chartistischen Klassenbewegung und fanden in ihr auch eine prinzipielle Antwort. Theoretisch ist diese Antwort nicht immer einwandfrei begründet, die ganze Bewegung und ihre theoretischen Niederschläge sind vielfach sehr unreif und unvollendet. Trotzdem sind die revolutionären Losungen und Methoden des Chartismus auch heute noch, wenn man sie kritisch bewertet, unendlich wertvoller, als die süßliche Eklektik Macdonalds und der ökonomische Stumpfsinn Webbs."

Doch die süßliche Eklektik und der Pazifismus Macdonalds scheinen nur Geltung zu haben, wenn er sie den Arbeitern predigt. Als Macdonald an der Spitze der britischen Regierung stand, vergaß er seine Süßlichkeit und seinen Pazifismus und trat mit derselben Schärfe gegen die Ägypter und Inder auf wie Mr. Baldwin und Lord Birkenhead. Er entließ die Polizei nicht und ließ auch nicht die Gefängnisse abbrechen. Er ließ vielmehr neue Gefängnisse bauen; ebenso mehrere neue Schlachtkreuzer. In der Praxis läuft Macdonalds Pazifismus darauf hinaus, daß die Unterdrückten keine Gewalt gebrauchen sollen gegen den kapitalistischen Staat, daß die kolonialen Völkerschaften sich nicht gegen den britischen Imperialismus erfolgreich auflehnen sollen, Trotzki sieht die proletarische Revolution in Großbritannien in absehbarer Zeit kommen. Sie wird seiner Ansicht nach zu einem der größten Dramen der Weltgeschichte werden, denn auf einer Seite steht eine rücksichtslose kalt-grausame Bourgeoisie, die im Kampfe um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft vor nichts zurückschrecken wird, und auf der anderen Seite ein Proletariat, dessen Leidenschaften im Kampfe um die Befreiung in ihrer ganzen Tiefe und Weite entfacht und entfesselt werden.

„Das Schicksal des englischen Proletariats verbindet sich in diesem Kampfe mit dem Schicksal der ganzen Menschheit. Die Weltlage und die Rolle des englischen Proletariats in der Produktion und in der Gesellschaft verbürgen ihm den Sieg – unter der Bedingung einer richtigen und entschlossenen revolutionären Leitung."

Diese Leitung kann nur eine große, mit den Arbeitermassen verbundene kommunistische Partei geben. Diese Partei ist erst im Werden begriffen. Die Frage ist also:

„Wird in England die Bildung einer starken kommunistischen Partei gelingen, die mit den Massen eng verbunden ist, um im gegebenen Augenblick alle notwendigen praktischen Folgerungen aus der sich stetig verschärf enden Krise zu ziehen? Diese Frage umschließt jetzt Englands Schicksal."

Mit diesen Sätzen schließt Trotzki das erste Kapitel und mit ihnen klingt auch das letzte Kapitel seines Buches aus.

Trotzkis Schrift gehört in die Reihe der westvollen Erzeugnisse der marxistischen Literatur. Manches in ihr scheint zwar allzu hoffnungsvoll zu sein, aber in diesen Dingen hat der mit durchgebildeter Beobachtungsgabe und mit den nötigen Kenntnissen ausgerüstete Outsider den Vorteil vor dem Insider, der lediglich eine Masse von Details, Hindernissen und Schwierigkeiten sieht und die großen Entwicklungslinien, die nur von der Perspektive aus zu sehen sind, leicht aus dem Auge verliert.

M. B e e r.

[97]

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. Februar 1926 * Heft 4

Der Kampf um die Einheitsfront

╬ B e r l i n, 10. Februar

Die KPD hat durch die bewußte Anwendung der Einheitsfronttaktik die ersten A n f a n g s erfolge errungen. Wir müssen jedoch den bisher errungenen Erfolg zu festigen verstehen, wir müssen ihn erweitern, sonst wird die Gegenoffensive des Parteivorstandes der SPD und des Bundesvorstandes des ADGB die sich bildenden Anfänge erneut zerschlagen. Wohl ist der erste Vorstoß dieser Gegenoffensive abgerutscht. Man hat aber bloß die Methoden geändert, nicht etwa die Absicht.

Der Kampf um die Enteignung der Fürsten hat die weitesten Kreise der werktätigen Schichten auf eine gemeinsame Aufgabe gestoßen. Es wird und muß uns nun gelingen, die in Bewegung gebrachten Kräfte auch für die Durchsetzung anderer Forderungen und Aufgaben zu sammeln. Es stehen vor allem im Vordergrund die ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die Inangriffnahme großzügiger öffentlicher Arbeiten, der Kampf gegen den Mietwucher*, der Sturz der Luther-Regierung die Auflösung des Reichstags und Herbeiführung von Neuwahlen. Das Letztere trifft auch für eine Reihe von Ländern zu. Gleichzeitig muß die Front der Arbeiter und der Gewerkschaften für die Abwehr der besonders im März-April auf der g a n z e n L i n i e einsetzenden Unternehmeroffensive gebildet werden. Der Kampf der Arbeiter auf allen diesen Gebieten wird auch den revolutionären Losungen eine günstigere Aufnahme bereiten und wird in immer stärkerem Maße den Widerstand der Leitungen von SPD und ADGB hervorrufen.

Die Partei hatte keine Illusionen, als sie sich mit SPD und ADGB an den Verhandlungstisch setzte. Der Druck auf die SPD-Führung war groß. Die konnte sich aber umso leichter mit der „gemeinsamen" Aktion abfinden, als diese Bewegung ja nicht unmittelbar die Herrschaft der Bourgeoisie bedroht. Man kam sogar vorübergehend bei den eigenen „Linken" in den Geruch, Arbeiterpolitik zu treiben, wie die optimistischen Hymnen der linkssozialdemokratischen Blätter beweisen.

Die Führer der SPD machen dabei einen kleinen Fehlen sie übersehen, daß für die Arbeiter die Einheitsfront nicht ein Betrugs-[98]manöver ist, sondern eine Notwendigkeit zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen. Einen Kampf für die Klassenforderungen des Proletariats aber kann die SPD – selbst wenn ihre Arbeitermitglieder dies wollen – nicht führen. Ihre Leitung wird stets die Einheitsfront zu sprengen versuchen. Von 1918 bis 1926 sehen wir eine ununterbrochene Kette von Kämpfen gegen die Einheitsfront. Die Schärfe des Kampfes der Leitung der SPD gegen die einheitliche Klassenfront des Proletariats wird diktiert von dem Grad der Gefahr, in der sich die Bourgeoisie befindet. Sie wird in der entscheidenden Situation zum bewaffneten Kampf gegen das Proletariat selbst.

Die KPD, die Klassenpartei, die die Einheitsfront des Proletariats vertritt, ist der Dorn im Auge a l l e r SPD-Führer. Bekämpfen die Rechten sie auf dem Umwege über den Staat auch h e u t e mit allen Mitteln der Brachialgewalt, so schlagen die Linken einen andern, konzilianteren, mit revolutionären Worten zu vereinbarenden Weg ein bzw. v o r, um unsere Partei vom Erdboden zu vertilgen.

Damit kommen wir zu gewissen Illusionen der „linken" Sozialdemokraten, mit denen wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden. In der SPD entwickelt sich ein Flügel, dessen „Programm" sich in die Worte zusammenfassen läßt: „Zurück zur Vorkriegszeit!" Dieser Ruf einer Anzahl Linksreformisten bedeutet nun nicht etwa, daß sie in i h r e r Partei einen energischen Kampf organisieren gegen die stille und offene Koalitionspolitik des Parteivorstandes, gegen die Passivität und Arbeitsgemeinschaftspolitik des ADGB und der Verbandsleitungen. Sie denken z. B. nicht daran, ihre Anhänger in Sachsen zusammenzunehmen und mit einem Schlage die Rechten aus den Machtpositionen in den Gewerkschaften zu werfen. Hat nicht der letzte Landesparteitag der SPD in Sachsen bewiesen, daß die Rechte ihre eigentliche Stütze in den Leitungen der machtvollen Gewerkschaftsorganisationen hat? Jedes Kind weiß dies. Jeder Arbeiter weiß auch, daß es eine Kleinigkeit wäre, hier eine radikale

* Könnte eventuell heißen: Mieterhöhungen. Siehe meine Anmerkung hier auf S. 150 (PDF).

Änderung zu treffen, wenn linke SPD-Arbeiter und Kommunisten sich für die Eroberung dieser Organisationen zusammenfinden. Die „linken“ Führer allerdings fürchten nichts so sehr wie ihren – Sieg.

Die linksreformistischen F ü h r e r werfen sich also auf ein anderes Gebiet: sie wollen die revolutionären Erfahrungen des deutschen Proletariats auslöschen, sie wollen nicht den Kampf gegen den Parteivorstand organisieren, sondern die Kommunistische Partei liquidieren. „Wozu zwei Parteien?“ fragt der „Linke“ H u g o S a u p e in seiner Broschüre „Einheitsfront?“, die sich vor allem mit dem Parteitag der KP der Sowjetunion und der „Ausnutzung“ der Beschlüsse desselben für den Linksreformismus beschäftigt.

S a u p e schreibt (Seite 46):

„... Die Komintern zwingt die deutschen Kommunisten, in die gleiche Front mit den Sozialisten einzuschwenken, so daß der Unterschied in der Taktik beider Parteien zuletzt nur noch darin besteht, daß die Kommunisten um 10 bis 20 Proz. höhere Forderungen stellen als die Sozialdemokraten ...“

[99] Es ist kaum notwendig, diesen Unsinn zu widerlegen. Soweit Teilforderungen in Frage kommen, unterscheiden sich allerdings die Kommunisten von den Reformisten nicht dadurch, daß die ersten keine und die anderen welche haben, noch dadurch, daß wir unbedingt 20 Prozent mehr verlangen. Der Unterschied ist der, daß die SPD auch nicht den Kampf für die Teillosungen will, vielmehr diesen Kampf verhindert. Die KPD dagegen will die Macht der Arbeiter für die Durchsetzung der Teillosungen mobilisieren. Hierauf sollte Saupe die Aufmerksamkeit der Arbeiter richten.

Ein Beispiel mag genügen: SPD, ADGB, KPD stellen die Forderung auf sofortige fünfzigprozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Einführung der Kurzarbeiterunterstützung. Was liegt näher, als g e m e i n s a m die gesamte Arbeiterklasse für die Durchsetzung dieser g e m e i n s a m e n Forderungen zu mobilisieren, die Regierung Luther zu stürzen, alles Dinge, die erreichbar sind.

Wohin die Absichten dieses „Flügels“ aber gehen, zeigt eine andere Broschüre eines jungen Leipziger Intellektuellen, A. Gurland, in der es heißt (Seite 46):

„... Doch ist das Proletariat gespalten und in seinem Aufstieg gehemmt durch den unseligen Kampf, den die Sozialdemokratie gegen die blanquistisch-kommunistischen Verschwörersekten zu führen hat. Die erste Vorbedingung einer Gesundung der politischen Arbeiterbewegung ist die Überwindung dieser aus dem Kriegszerfall geborenen antisozialistischen Organisationen, die innerhalb der proletarischen Bewegung nur die Krise des Kapitalismus und die Verzweiflung ungeschulter, agitatorisch leicht beeinflußbarer Massen an dem Aufstieg des Proletariats verkörpern. Dieses Ziel, die Sozialdemokratie wieder zu d e r Partei der Arbeiterklasse zu machen, stellt alle anderen Forderungen des Augenblicks in den Hintergrund. Seine Erreichung ist eine conditio sine qua non, eine unerläßliche Vorbedingung der Wiederherstellung der Parteidemokratie, der Entfachung einer politischen Massenbewegung, der Einbeziehung der Gesamtheit der proletarischen Klasse in den Kulturkampf (!) zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Sie ist aber auch die unumgängliche Voraussetzung der Schlagkraft und Beweglichkeit, der Lenkbarkeit und Manövrierfähigkeit der Organisation. Ohne daß diese Wiedervereinigung des Proletariats unter dem r o t e n Banner der Sozialdemokratie restlos gelungen ist, sind alle parlamentarischen Manöver, Kompromisse und Kombinationen, die das unbeschränkte Vertrauen der Gesamtheit des Proletariats voraussetzen, zum Zusammenbruch verurteilt. Immer wieder wird das Vorgehen der Führung nicht verstanden und verdächtigt, die Zweifel der Massen durch die feindliche kommunistische Organisation zum Schaden und Nachteil der Gesamtbewegung ausgeschlachtet werden.

... Und da sollte man, solange dieser Zustand anhält, die Massen, die organisatorisch noch nicht fest erfaßt sind, nicht kopfscheu machen durch ein parlamentarisches Kombinationsspiel, Jas sie nicht begreifen können.“ (Seite 47.) („Der proletarische Klassenkampf in der Gegen.. wart.“ Leipzig 1925.)

Auch hier dieselbe Illusion, gepaart mit dem schlimmsten Opportunismus. Aus dem Klassenkampf wird ein „Kulturkampf“. Zuerst muß die „Einheit“, d. h. die Liquidierung der KP, die Unterordnung der revolutionären Arbeiter unter die reformistische Führung erreicht sein, bevor die „parlamentarischen Manöver, Kompromisse und Kombinationen“ möglich werden, die der Parteivorstand in Verkennung [100] der Möglichkeiten – nach Gurland – leider heute schon macht. Der Parteivorstand hat allerdings die Ratschläge nicht beachtet. Man hat Gurland nur aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ geworfen.

Es ist kein Zufall, daß besonders in Sachsen sich derartige Ansätze zu einer Neubildung der Zweieinhalb-Ideologie bemerkbar machen. Neben der noch vorhandenen Stabilisierung wirken hier verschiedene besondere Faktoren. (Siehe den Artikel P. Böttchers, „Internationale“, Nr. 9 v. J.) Alte sozialdemokratische Tradition, Mittel- und Kleinindustrie mit einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz qualifizierter Arbeiter, starke Schichten des Kleinbürgertums usw. formen die Basis für diese Zwischenstellung. Hier sind die elementaren Kräfte der revolutionären Bewegung viel geringer als in Rheinland-Westfalen oder selbst im Halle-Merseburger Industriegebiet.

Diese Auffassungen verdienen die ernsteste Beachtung der KP, um so mehr, als sie selbstverständlich auch ihre Ausstrahlungen in andere Gebiete haben und im Zusammenhang mit den Auffassungen Otto Bauers gewertet werden müssen. Bedrohen diese Auffassungen die Entwicklung des Einflusses der Kommunistischen Partei?

Wir haben einige Erfahrung. Die USPD versuchte diese Politik in der Nachkriegszeit durchzuführen. Formales Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum „Rätesystem“ ging Hand in Hand mit der Ablehnung der Grundsätze und der Kampfmethoden der Kommunistischen Partei. Die Massen der USPD zogen andere Schlußfolgerungen, als die Hilferding und Dittmann es wünschten. Sie entwickelten sich zum Kommunismus.

Die Niederlagen unserer Partei, verbunden mit einer fehlerhaften Politik, haben den Entwicklungsgang gehemmt und teilweise unterbrochen. Wir befinden uns jetzt im langsamen Aufstieg, der neben unserer bewußten Arbeit auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Illusionen abstreifen, Deutschland geht trotz Stabilisierung neuen großen Krisen und Erschütterungen entgegen. Gerade die Zeit der „Stabilisierung“ ist eine Zeit der großen Kämpfe, die auch die SPD-Führung zwingen, o f f e n für die Bourgeoisie Partei zu ergreifen, in der der Arbeiterschaft der Gegensatz zwischen den Worten und Handlungen der „linken“ Führer demonstriert wird.

Die Einsicht in die Notwendigkeit revolutionärer Kampfmethoden das Bedürfnis der Arbeitermassen danach ist in Deutschland vor dem Weltkriege erwachsen. Die großen Wahlrechtsdemonstrationen, die Debatten über den Generalstreik, der Kampf der Linken gegen den Revisionismus und das Kautskysche Zentrum sind Beweise dafür. Die Haltung der „linken“ Führer beweist nur, daß sie weder die Lehren der Kriegs- noch der Nachkriegszeit gezogen, noch etwas aus dem Kampf der alten Linken, dem Kampf Rosa Luxemburgs, Mehrings, Klara Zetkins u. a. gelernt haben.

[101] Wir sind nicht solche Pessimisten, daß wir glauben, die Arbeiterklasse werde denselben Weg gehen. Wir wissen vielmehr, daß jetzt ein großes Zweifeln in der Mitgliedschaft der SPD an der Richtigkeit der Politik i h r e r P a r t e i einsetzt. Mit viel Recht sprach eine große bürgerliche Zeitung aus, daß die SPD zusammengehalten werde nur noch durch die Unfähigkeit ihrer Mitglieder, die Frage zu beantworten, wohin sie bei einem Ausscheiden aus der SPD gehen sollen. Durch unsere Arbeit, durch unsere Politik werden wir den SPD-Arbeitern die Beantwortung dieser Frage erleichtern. Daß wir auf dem richtigen Wege sind, beweist die Nervosität und Unsicherheit der Leitungen der SPD. Saupe schließt seine Schrift mit den Sätzen:

„Dabei wäre ein Zusammengehen beider Organisationen in einer Partei gerade jetzt, wo sich in der sozialistischen Bewegung eine entschiedenere Linksentwicklung geltend macht, historisch gesehen, von größter Bedeutung. Das aktivere Element in der Kommunistischen Partei könnte wesentlich dazu beitragen, den Linkskurs der gesamten Arbeiterklasse zu sichern und zu verstärken.“

Dieser Appell wird ein frommer, schlechter Wunsch bleiben. Wir wollen gewiß den linken Flügel auch in der SPD in j e d e m e r n s t h a f t e n S c h r i t t gegen die Politik ihres Parteivorstandes unterstützen. Wir werden bewußt alle Methoden entwickeln, um dies zu tun; wir werden möglichst jedes einzelne Mitglied unserer Partei zu einem Kampfgenossen, Lehrer, Berater, Führer besonders der Arbeiter machen, die sich jetzt langsam zum Kampf auf bisher breitester Basis gegen die Politik der SPD formieren.

Wir werden aber gleichzeitig jeden zurückweisen, der an dem Fundament der revolutionären Partei rüttelt. Wir werden die Einheit der Organisation für die Gewerkschaften verwirklichen, aber gleichzeitig die Hegemonie der KPD als d e r Partei, die allein die Massen sammeln und zum Siege führen

wird. Je größer die Erfolge der KPD, desto stärker wird das Selbstvertrauen, die Sicherheit, die Aktivität werden. Aus den Fehlern des Jahres 1923 haben wir gelernt: nie darf die revolutionäre Partei ihre Handlungen von den Schwankungen im reformistischen Lager abhängig machen. Vertrauen in die Arbeiterklasse, Schaffung von Führerkaders in allen Betrieben und Arbeiterorganisationen, nicht zuletzt in der Partei selbst, eine richtige Verbindung der Einheitsfronttaktik mit größter Selbständigkeit des Handelns – das ist das Gebot der Stunde. [102]

*

Die Ergebnisse des XIV. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Von L o m i n a d s e (Moskau)[*)]

V. Über die Klassenschichtung des Dorfes und zwei Abweichungen in der Partei

Wir halten es für nötig, in aller Kürze bei der Diskussion über die Zahlen zu verweilen, mit der die Debatten über die Politik der Partei auf dem flachen Lande begonnen haben. Die Diskussion über die Zahlen war bereits vor dem Parteitag entschieden und wurde auf dem Parteitag selbst fast nicht aufgeworfen. Man darf den Irrtum des Zentral-Statistischen Amtes und der Genossen Gollendo und Kamenew als durchaus feststehend betrachten, die behaupteten, daß 61 Proz. aller Getreideüberschüsse (in der Formulierung des Genossen Kamenew: 61 Proz. der gesamten G e t r e i d e w a r e n) in den Händen von 14 Proz. Kulaki und wohlhabenden Bauern lägen, daß nur ein Drittel des Marktgetreides sich bei 49 Proz. der mittleren Bauern befänden und daß 37 Proz, der armen Bauern überhaupt über keine Getreideware verfügten.

Diese Zahlen erwiesen sich als übertrieben und unrichtig, als falsch gruppiert. Bei ihrer Zusammenstellung wurde nicht allein ein statistischer, sondern auch ein großer politischer Fehler zugelassen. Der Fehler in der Berechnung, der vom Zentral-Statistischen Amt zugelassen worden war und seinen Ausdruck fand in einer Überschätzung der Warenmittel der wohlhabenden Schichten der Bauernschaft, wurde noch dadurch vertieft, daß unter der Gruppe von 14 Proz. der Wirtschaften zwei verschiedene K l a s s e n zusammengefaßt wurden: Die Kulaki, die nicht mehr als 3,4 Proz. der Dorfbevölkerung ausmachen, und ein Teil der mittleren Bauernschaft. Dabei wurden die 14 Proz. der Wirtschaften, die zu Unrecht nach den Angaben über die Anbaufläche zu einer Rubrik zusammengefaßt wurden, als bestimmte s o z i a l e Gruppe betrachtet. Die Behauptung, daß 37 Proz. der armen Bauernwirtschaften überhaupt über kein Getreidekorn verfügen, erwies sich als absolut unrichtig. Nach den vorsichtigsten Schätzungen kommt man zu dem Schluß, daß die armen Bauern, die ungefähr 40 Proz. der Landbevölkerung ausmachen, zirka 25 Proz. des Marktgetreides liefern, daß die wohlhabende Spitze in ihren Händen keineswegs mehr als 23 Proz. der Getreidewaren hat und daß die übrigen Getreideüberschüsse in den Händen von 50–55 Proz. der mittleren Bauernschaft konzentriert sind. Die ursprünglichen Zahlen des Zentral-Statistischen Amtes haben die Partei f a l s c h o r i e n t i e r t. Sie verwischten die z e n t r a l e B e d e u t u n g d e s m i t t l e r e n B a u e r n in der Landwirtschaft und stellten die Klassenschichtung des Dorfes in einer äußerst übertriebenen Form dar.

Kein Mensch von der Minorität versuchte auf dem Parteitag, diese willkürlichen und übertriebenen Zahlen, mit denen Genosse Kamenew ein paar Monate vor dem Parteitag operiert hatte, zu verteidigen. Niemand versuchte es, auf dem Parteitag d i r e k t gegen den Grundsatz zu polemisieren, der von L e n i n aufgestellt wurde, daß der Mittelbauer die zentrale Figur unserer Landwirtschaft darstellt und daß „wir unsere staatliche Wirtschaft aufzubauen haben entsprechend der Wirtschaft des Mittelbauern“ (Lenin).

[103] Hier geschah dasselbe, wie in den anderen Fragen (über die Nep und den Staatskapitalismus): die Minorität beharrte nicht auf ihrer ursprünglichen Position, sie gab sie auf, jedoch um die Attacke gegen die Linie der Parteimehrheit auf einem anderen Wege, auf einem Umwege fortzusetzen. Die Attacke wurde von der Minorität auf der Linie fortgeführt, daß das ZK der Partei angeblich nicht genügend energisch jene Abweichung in den Reihen der Partei bekämpft hätte und bekämpfe, die die

[*)] Siehe die Hefte 2 und 3 dieses Jahrgangs. Wir mußten leider aus Raumgründen diesen letzten Artikel an verschiedenen Stellen stark kürzen. Die Red.

negativen Seiten der Nep und in erster Linie das Anwachsen der kapitalistischen Elemente auf dem flachen Lande, sowie die Tatsache der Klassenschichtung auf dem Lande selbst unterschätze, – daß das ZK in seiner Minorität diese Abweichung sogar g e d e c k t hätte. Die Attacke wurde gegen den Genossen Bucharin und seine sogenannte „Schule“ geführt (eine Bezeichnung, die während des Parteitags erfunden wurde und die keineswegs der Wirklichkeit entspricht, da von irgendeiner Bucharinschen Schule einigermaßen ernsthaft nicht gesprochen werden kann). In ihrer Kritik der falschen Formulierung des Genossen Bucharin: „Bereichert Euch!“, die von Bucharin selbst längst als falsch anerkannt und korrigiert worden ist, wollte die Minorität jenes Kettenglied finden, an dem man, nach dem Ausdruck Lenins, die ganze Kette (der Opposition) an sich ziehen könnte.

Die Minorität suchte auf dem Parteitag die Sache so hinzustellen, daß das ZK. überhaupt nicht genug energisch die „r e c h t e n Abweichungen“ in den Reihen unserer Partei bekämpft hätte. Dabei berief man sich auf den Irrtum des Genossen Boguschewski (der ganz zu Unrecht dank den Bemühungen der Minorität zu einer Berühmtheit geworden ist) und auf einzelne Irrtümer der Genossen Stetzki, Slepkow und anderer, die angeblich nicht rechtzeitig vom ZK zurechtgewiesen worden wären. Aber auch diese Beschuldigung beruht nicht auf Tatsachen, sondern auf Märchen und unsinnigen Geschichten über eine besondere „Bucharin’sche Schule“ usw. Kein anderer als Genosse Bucharin war es, der als e r s t e r die Frage der z w e i A b w e i c h u n g e n in der Partei aufgeworfen hatte, und zwar schon auf der XIV. Parteikonferenz im April 1925. In der Resolution, die auf dem Oktoberplenum des ZK von der Kommission des Genossen M o l o t o w eingebracht worden war, wurden sowohl die rechte wie die linke Abweichung abgelehnt. Auf dem Parteitag wurden Tatsachen angeführt und Dokumente zitiert, die zu widerlegen die Minorität auch nicht suchte, und die r e s t l o s die Legende z e r s t ö r t e n, daß das ZK. nicht rechtzeitig oder nicht genügend energisch die rechte Abweichung abgewiesen hätte.

Wie wurde die Frage des Kampfes gegen die beiden Abweichungen auf dem Parteitag selbst gestellt? Wir halten es für notwendig, einige Stellen aus den Parteitagsreden und aus der Resolution zum Bericht des ZK anzuführen:

„In der Bauernpolitik“, sagte Genosse S t a l i n in seinem Referat, „haben sich in unserer Partei zwei Abweichungen herausgestellt ... Eine Abweichung im Sinne der Unterschätzung der Kulakigefahr und eine Abweichung in der Richtung deren Überschätzung, in der Richtung der Unterschätzung und Unterwertung der Rolle des mittleren Bauern.“

„Zwei Worte für die Überschätzung der Kulakigefahr. Entschieden sammelt der Kulak die Kräfte, und wer das nicht merkt, wer da sagt, daß das eine Lappalie sei, daß der Kulak ein Hirngespinst sei, der setzt die Partei der Gefahr aus, ihre Wachsamkeit einzubüßen und im Kampfe gegen den Kulak, gegen den Kapitalismus entwaffnet dazustehen ... Diese Abweichung ... ist bekanntlich vom ZK der Partei zurückgewiesen worden.“

„Aber es gibt eine andere Abweichung in der Richtung der Ü b e r schätzung der Kulakigefahr, der Kopflosigkeit und der Panik vor dem [104] Kulak: ‚Der Kulak ist im Anmarsch! Hilfe!‘ Seltsam! Die Leute führten die Nep ein und wußten, daß die Nep eine Belebung des Kapitalismus, eine Belebung des Kulak ist, daß der Kulak dabei unbedingt das Haupt erheben wird. Und nun brauchte der Kulak nur zu erscheinen, damit man ‚Hilfe‘ zu schreien begann und den Kopf verlor. Die Kopflosigkeit ging so weit, daß man den Mittelbauern vergessen hat. Indeß besteht jetzt die Hauptaufgabe auf dem flachen Lande in der Eroberung der Mittelbauernschaft im Kampf um die Lostrennung des mittleren Bauern vom Kulak ... Das wird von jenen Genossen vergessen, die in Panik vor dem Kulak geraten sind Diese Abweichung geht davon aus, daß bei uns auf dem Lande eine einfache Wiederherstellung des Kapitalismus vor sich gehe und daß dieser Wiederherstellungsprozeß ein allmächtiger Prozeß sei, der ganz oder überwiegend auch unsere Genossenschaften erfasse. In Wirklichkeit führt diese Abweichung zu einer A u f s t a c h e l u n g des Klassenkampfes auf dem Lande, zu einer Rückkehr zu der alten Politik der Komitees der armen Bauern, zu einer Politik der ‚Entkulakisierung‘, also zur Proklamierung des Bürgerkriegs in unserem Lande ... zu einer Leugnung des Genossenschaftsplans Lenins im Sinne des Einschlusses der Bauernwirtschaften in das System des sozialistischen Aufbaues. Sie werden fragen: Welche Abweichung ist schlimmer? Aber so kann man die Frage nicht stellen. Alle beide sind schlimmer. Wenn diese Abweichungen sich entwickeln sollten, könnten sie die Partei zersetzen und zugrunde richten ... Obwohl beide Abweichungen schlimmer sind und es dumm wäre, die Frage zu stellen, welche die gefährlichere sei, so gibt es noch einen anderen Standpunkt, von dem aus man die beiden Abweichungen behandeln muß. Man muß die Frage so stellen: Zum Kampfe mit welchen Abweichungen ist die Partei am meisten vorbereitet? ... Fragt man die Kommunisten,

wozu die Partei mehr vorbereitet sei, ob, um den Kulak zu enteignen, oder um das nicht zu tun, aber um ein Bündnis mit den Mittelbauern zu schließen, so glaube ich, werden 99 von 100 Kommunisten sagen, daß die Partei am meisten vorbereitet ist zu der Parole: Haut den Kulak! ... Was aber den Punkt betrifft, daß man eine ziemlich komplizierte Politik der Isolierung des Kulaks durch ein Bündnis mit den Mittelbauern führen soll, so wird diese Sache nicht so leicht verdaut. Deshalb glaube ich, daß im Kampfe gegen die beiden Abweichungen die Partei das Feuer auf den Kampf gegen die zweite Abweichung sammeln muß."

Wir haben dieses lange Zitat deswegen angeführt, weil es voll und klar den Parteistandpunkt zur Frage der beiden Abweichungen darlegt. Der andere Standpunkt, der Standpunkt der Minorität hat den deutlichsten Ausdruck gefunden in der Rede des Genossen Kamenew.

„Was haben wir denn in Wirklichkeit vor uns?" fragte Genosse Kamenew: „Eine Begrabung der Nep oder eine Beschönigung der Nep? Gegen wen muß das Feuer gerichtet sein: Gegen diejenigen, die 1925 die Nep untergraben, oder gegen jene, die 1925 die Nep beschönigen? ... Unsere Überzeugung ist die, daß das ganze soziale Milieu, das ganze Klassenverhältnis in unserem Lande, die ganze internationale Situation die Wurzeln jener Richtung stützen und nähren, die geneigt ist, die Nep zu beschönigen und nicht zu untergraben."

Kamenew's Berufung auf die historische Situation, in der die Gefahr der „Rechtsorientierung" liege und aus der die Beschönigung der Nep herkomme, ist absolut unrichtig. Der Marxismus erheischt nicht nur die Berücksichtigung der allgemeinen historischen Situation, sondern all ihrer konkreten und eigentümlichen Züge im betreffenden Moment. Wir erleben jetzt eine Etappe der Verlangsamung der Weltrevolution, eine Etappe der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus und der bürgerlichen Konterrevolution in ganz Europa. Aber wie diese historische Situation sich in der Tätigkeit und der Entwicklung der einzelnen kommunistischen Parteien [105] auswirkt, hängt nicht von den allgemeinen, sondern von den konkreten, besonderen Bedingungen ab, unter denen jede kommunistische Partei zu wirken hat. So hat die Etappe der Stabilisierung in der tschechoslovakischen, holländischen und anderen Parteien eine rechte Abweichung, eine Stärkung der opportunistischen Richtungen zur Folge gehabt, in der deutschen, italienischen und polnischen Partei hingegen eine linke Abweichung, eine Stärkung des linken Liquidatorentums erzeugt. Der Unterschied im Charakter der Krisen dieser Parteien ist bedingt durch die verschiedene Kombination der konkreten Umstände und in erster Linie durch die verschiedenen historischen Erfahrungen dieser Parteien. Die historische Erfahrung unserer Partei spricht dafür, daß sie am wenigsten vorbereitet ist zum Kampfe um die Eroberung des Mittelbauern mit neuen Methoden, neuen Mitteln, die die Partei in der Vergangenheit nicht kannte, die jetzt aber unumgänglich notwendig geworden sind. Läßt man sogar diese allgemeinen Betrachtungen über die historische Situation beiseite, so ist die Sachlage in unserer Partei konkret die, daß eine Abweichung, die die Kulakigefahr überschätzt, gerade deswegen gefährlich ist, weil sie durch solche Genossen wie Kamenew und Sinowjew, wie verschiedene Führer der Leningrader Organisation (Safarow u. a.) vertreten ist.

Eine Abweichung, die von prominenten Führern der Partei und der Leningrader Organisation vertreten ist, eine Abweichung, der ganze Nummern einer der größten Parteizeitungen gewidmet wurden, bedeutet natürlich im gegebenen Moment eine größere Kalamität für die Partei als die Fehler der Boguschewski u. a. Das ist so selbstverständlich, daß es sich nicht lehnt, bei dieser Frage zu verweilen.

Den Ausgangspunkt der politischen Linie der Minorität bildet die Behauptung, daß der Klassenkampf unter der Nep verschärfter und erbitterter ist als früher. Genosse Sinowjew führte eine Stelle aus einer Leninschen Rede auf dem XIV. Parteitag an:

„Heutzutage greift man uns nicht mit der Waffe in der Faust an", sagt Genosse Lenin, „und dessen ungeachtet ist der Kampf mit der kapitalistischen Gesellschaft hundertmal erbitterter und gefährlicher geworden, denn wir sehen nicht immer klar, wer unser Feind, wer unser Freund ist!"

Ihr verwischt die Tatsachen des Klassenkampfes, Ihr rückt von Lenins Auflassung ab, – darin liegt der Sinn des Vorwurfs, den die Minorität gegen das ZK. und die Parteimajorität richtete. Doch wird gewöhnlich dabei vergessen, welche Formen des Klassenkampfes Lenin im Auge hatte, als er von der hundertfachen Schwierigkeit sprach. Gleich nach jenen Worten, die vom Genossen Sinowjew auf dem Parteitag zitiert wurden, sagt Lenin folgendes:

„Ich sprach vom kommunistischen Wetteifern vom Standpunkte der Entwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsformen. Das ist kein Wetteifern, das ist ein verzweifelter, ein wahnwitziger, wenn nicht der letzte, so nahezu der letzte Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Kapitalismus und Kommunismus."

Lenin spricht hier nicht vom politischen Kampfe, sondern vom Wetteifern der wirtschaftlichen Formen und gesellschaftlichen Systeme. Das ist eine neue Form des Klassenkampfes Wir halten es für notwendig, noch ein Zeugnis des Genossen Lenin zu dieser Frage anzuführen:

„Jetzt", schrieb Lenin in seinem letzten Artikel „Über das Genossenschaftswesen": „... sehen wir uns gezwungen, die grundsätzliche[106] Änderung unseres ganzen Standpunktes über den Sozialismus einzusehen. Diese grundsätzliche Änderung besteht darin, daß wir früher das Schwergewicht auf den politischen Kampf, die Revolution, die Machteroberung legten und legen mußten. Jetzt aber ändert sich der Schwerpunkt und wird auf die friedliche, organisatorische Kulturarbeit übertragen."

Dieser „hundertmal erbittertere Kampf" dieser kapitalistischen Gesellschaft besteht im Wetteifern der wirtschaftlichen Formen und Methoden. Von dieser Seite aus erhält der Aufbau des Genossenschaftswesens eine besondere Bedeutung. „Jetzt können wir mit Recht sagen", schrieb Lenin in demselben Artikel, „daß das einfache Wachstum der Genossenschaften für uns gleichbedeutend ist mit dem Wachstum des Sozialismus."

Der Klassenkampf wird jetzt entfaltet in Form des Kampfes um die Genossenschaften, um den Sieg der sozialistischen Wirtschaftselemente über die sozialistischen, um die ökonomische Überwindung und Verdrängung des Privatkapitals usw. Dieser Kampf ist in der Tat vielmals schwieriger und erbitterter als der unmittelbare und politische Kampf, ja sogar als der offene Bürgerkrieg, denn da genügt nicht allein die Hingabe für die Sache des Sozialismus, hier bedarf es des Könnens, das in Jahren erarbeitet wird. Die Opposition unterschätzt diese Übertragung des Schwergewichts des Klassenkampf es auf ein anderes Gebiet. Daraus ergibt sich das Verschweigen der Bedeutung der Genossenschaften, daraus die Betonung der politischen Kampfmethoden gegen den Kulak und die Kapitalisten, Methoden, auf die die Partei natürlich nicht verzichten kann, solange es Klassen gibt, Methoden, die aber im gegenwärtigen Moment nicht im Mittelpunkt stehen.

Anstatt die Beschlüsse der Partei über die Politik auf dem Lande zu wiederholen, wollen wir einzelne wichtige Abschnitte aus jenem Teil der Resolution zum Bericht des ZK. zitieren, in dem die Politik der Partei dargelegt ist:

„In den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Klassen hebt der Parteitag folgende Haupterscheinungen hervor, die in ihrer Grundlage durch die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion bestimmt werden: das Wachstum des Industrieproletariats, das Erstarken der Kulaki auf dem flachen Lande, das Anwachsen der neuen Bourgeoisie in der Stadt hebt die gesteigerte Aktivität aller Klassen und Gruppen in unserem Lande. Eine Grundform des Klassenkampfes ist gegenwärtig der Kampf zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Elementen der Wirtschaft, der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat um die Erfassung der Hauptmasse der Bauernschaft. Dieser Kampf findet seinen politischen Ausdruck vorwiegend in den Versuchen der Kulaki-Elemente, des Dorfes, die Mittelschichten zu gewinnen und auf diese Weise die Sowjets unter ihren Einfluß zu bringen.

Wenn die armen Bauern, und vor allem die Landarbeiter, die Stütze des Proletariats auf dem flachen Lande bilden, so ist der Mittelbauer sein sicherer Verbündeter und muß es sein ... Ohne diese Masse als sicheren Verbündeten, oder allein auf die Neutralisierung dieser Schichten beschränkt, kann man jetzt nach der Festigung der proletarischen Diktatur den Sozialismus nicht aufbauen ... Deshalb führt jede Unterschätzung des Mitteibauern, das Verkennen seiner besonders wichtigen Rolle, jeder Versuch, die Partei vom festen Bündnis des Proletariats mit dem Mittelbauer zu der veralteten Losung der Neutralisierung zurückzubringen, führt ‚die Furcht vor den Mittelbauern' objektiv zu einer Untergrabung der proletarischen Diktatur, denn dadurch wird der Arbeiter- und Bauernblock gesprengt.

[107] Der Kampf gegen das Kulakentum muß sich vollziehen sowohl durch Organisierung der Armen gegen den Kulak als auch durch Festigung des Bündnisses des Proletariats und der armen Bauern. mit den Mittelbauern zur Loslösung des Mittelbauern vom Kulak und Isolierung des Kulaks."

„Der Parteitag billigt vollkommen die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz zur Bauernfrage (auch über die Erweiterung der Pachtungsrechte, die Rechte der Einstellung von Lohnarbeitern, der Unterstützung der Heimindustrie, des Übergangs vom System des administrativen Drucks zum ökonomischen Wetteifern, zum ökonomischen Kampfe, über die Belebung des Sowjets usw.), die auf eine weitere Verbesserung der Politik der Partei im Sinne der Festigung des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse mit dem Bauerntum gerichtet sind. Der Parteitag konstatiert, daß nur diese Wendung der Parteipolitik, die sich aus den veränderten Klassenbeziehungen ergibt, grundsätzlich die Lage auf dem Lande gebessert, die Autorität des Proletariats und seiner Partei unter den Bauern gehoben und eine feste Basis für eine breite organisatorische Arbeit zur Gewinnung der Bauernschaft, für den sozialistischen Aufbau geschaffen hat."

VI. Über die Regelung der Parteizusammensetzung – Schluß

Die Diskussionen über die Aufnahme der Arbeiter in die Partei werden erst begreiflich im Lichte der Meinungsverschiedenheiten in den Grundfragen der Parteipolitik.

Der Anreger dieser Diskussion war Genosse Sarkis, einer der Führer der Leningrader Organisation. Seine Vorschläge haben während der Diskussion bedeutende Modifikationen erfahren. Anfangs waren sie so formuliert, daß man sie bloß als Anträge für die Aufnahme in die Partei im kommenden Jahre oder in anderthalb Jahren verstehen konnte. Dann wurden diese Vorschläge anders und etwas klarer formuliert: Genosse Sarkis hielt es für notwendig, das Wachstum der Partei so zu regulieren, daß bis zum XV. Parteitag in der Partei mindestens 90 Proz. Arbeiter aus den Betrieben vertreten seien. Daraufhin hat Genosse Sarkis vorgeschlagen, sich als Ziel zu setzen, daß bis zum XV. Parteitag in der Partei 90 Proz. Arbeiter an sich, d. h. nicht allein Arbeiter aus den Betrieben, vertreten seien. Und schließlich lief eine der letzten Variationen der Sarkisschen Vorschläge dahin, im kommenden Jahre ein solches prozentuales Verhältnis in der Partei anzustreben, daß die Arbeiter aus den Betrieben 50 bis 60 Proz. bilden. Eigentlich hatten alle diese „Variationen" des Genossen Sarkis natürlich nichts an sich, worauf es gelohnt hätte, die Aufmerksamkeit der Gesamtpartei zu lenken, wenn hinter Genossen Sarkis nicht ein bedeutender Teil der Führer der Leningrader Organisation gestanden hätte und wenn diese „Variationen" dem Parteitag nicht als besondere „Plattform" der Opposition kredenzt worden wäre. Der Sinn all dieser mit der Schnelligkeit eines Films vorbeiziehenden Vorschläge lief darauf hinaus, um jeden Preis die Partei zu „proletarisieren", ohne der Qualität und dem Niveau Rechnung zu tragen.

Wozu hat die Minorität eine solche stürmische „Proletarisierung" der Partei gefordert? Um vor der „Entartung" der Partei gewappnet zu sein. Die Partei, die eine Politik der Zugeständnisse an die Bourgeoisie betreibe und sie für eine Politik der Zugeständnisse an die Mittelbauern halte, die Partei, die dem Einfluß einer „Schule" unterliege, die die Nep beschönige und die Kulakigefahr leugne in einer Situation, wo das ganze gesellschaftliche Regime als Staatskapitalismus charakterisiert werden könne und wo die Kräfte des Kulaks und der Bourgeoisie rasch anwachsen, – eine solche Partei müsse natürlich entarten, wenn sie nicht bereits zu entarten begonnen [108] habe. Das einzige, was sie vor dem „Abrutschen von den Klassenpositionen" (Lieblingsausdruck der Opposition) bewahren könne, sei die radikale Verbesserung der sozialen Zusammensetzung, die vollkommene „Proletarisierung" der Partei.

Abgesehen davon, wie irrtümlich die Voraussetzungen einer derartigen Argumentation sind, hält ein solcher Rettungsplan der Partei vor der „Entartung" durch Proletarisierung im Sinne der Sarkisschen „Variationen" keiner Kritik stand. Eine einfache arithmetische Berechnung zeigt, daß die Durchführung der ursprünglichen Sarkisschen Variation nichts anderes bedeuten würde, als die Auffüllung der Partei im nächsten Jahre mit neuen fünf Millionen Arbeitern. Läßt man alle diese Variationen beiseite und betrachtet man die Linie, die von der Minorität in dieser Frage vorgeschlagen wurde, so läuft sie darauf hinaus, das quantitative Wachstum der Partei zu forcieren auf Kosten der Qualität.

Wäre dies unter den gegebenen Verhältnissen eine richtige Politik? Mit nichten! Die Reihen der Arbeiterklasse sind in den letzten Jahren und Monaten im raschen Wachstum begriffen und werden bei einem immer rascher werdenden Tempo der Entfaltung unserer Industrie noch weiter wachsen auf Kosten neuer Schichten, die aus dem Dorfe zuwandern und die, wie es in der Resolution des Parteitags mit Recht heißt, weder durch die Schule der Gewerkschaften noch durch proletarische Organisationen überhaupt hindurchgegangen sind. Ein bedeutender Teil der Arbeiterschichten, hauptsächlich der

jungen Arbeiter, sind in den Betrieben nicht reif geworden und sind eigentlich erst eine halb proletarische, halb bäuerliche (d. h. halbkleinbäuerliche) Masse. Das Anschwellen der Partei auf Kosten dieser Schichten würde nicht zu einer „Proletarisierung" der Partei, sondern zu einer Schwächung des proletarischen Kerns der Partei führen und die Rolle der Avantgarde, die unsere Partei in bezug auf die Arbeiterklasse insgesamt noch lange Zeit spielen muß, zunichte machen. Die Hauptlinie der Entwicklung unserer Partei geht dahin, daß ein immer größerer Teil des Proletariats sich in ihren Reihen organisiert. Schließlich wird die gesamte Arbeiterklasse in der Kommunistischen Partei organisiert sein, Aber dieses Ziel ist weder in einem Jahr, noch in zwei bis drei Jahren durchführbar. Dazu wird es offenbar zumindest einer Reihe von Jahren bedürfen. Unter den heutigen konkreten Verhältnissen hat aber die Partei zwei Aufgaben zu lösen: quantitativ die Partei zu festigen und zu verbessern, in diesem Sinne jene neuen Kaders zu bolschewisieren, die in der letzten Zeit zur Partei gekommen sind, und daneben „das spezifische Gewicht des proletarischen Parteikerns beständig zu erhöhen". Das ist die einzig richtige leninistische Politik in der Regulierung der Parteizusammensetzung.

Genosse Tomski hat auf dem Parteitag zwei Briefe Lenins vorgelesen, in denen die Frage der Aufnahme der Arbeiter in die Partei berührt wird. Diese beiden Briefe sind wie alles, was aus den Händen Lenins kam, denkwürdige Dokumente; es ist nur zu bedauern, daß sie vor dem XIV. Parteitag nirgends publiziert worden sind. Hätte die Partei sie vor dem Parteitag gekannt, so hätte es jene im Grunde genommen fruchtlose Debatte nicht gegeben, die vom Genossen Sarkis in Szene gesetzt wurde. Es würde zu weit führen, hier diese Briefe zu zitieren. Wir wollen nur soviel sagen, daß die Linie, die der XIV. Parteitag eingeschlagen hat, den Ansichten Lenins über die Verbesserung der Parteizusammensetzung durchaus entspricht. Man kann sich leicht davon überzeugen, wenn man die Beschlüsse des Parteitags mit den erwähnten Briefen Lenins vergleicht (natürlich mit Berücksichtigung der veränderten Situation).

*

[109] Wir haben den Kreis jener Fragen umrissen, innerhalb dessen auf dem Parteitag prinzipielle Meinungsverschiedenheiten entstanden waren. Wir wollen bei den Fragen rein organisatorischen oder persönlichen Charakters usw. nicht verweilen. All das ist mehr oder weniger bei einem inneren Parteikampf unvermeidlich, Man muß jedoch zugeben, daß die „organisatorischen Stänkereien" und die persönlichen Anrempelungen in der ganzen Diskussion einen geringfügigen Platz einnahmen, ja vielleicht weniger noch als sonst. Das zeugt von einem Wachstum der Partei: wenn die Partei es mit einer Frage von allgemeiner politischer Bedeutung zu tun hat, verläßt sie den Rahmen der prinzipiellen Behandlung nicht. Deshalb sind auch alle Beschlüsse unseres XIV, Parteitags so zurückhaltend und zugleich so prägnant, so vorsichtig und doch so entschlossen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der XIV. Parteitag den Anfang einer neuen Etappe in der Entwicklung unserer Partei kennzeichnet. Wir leben in einer Übergangsperiode. Innerhalb einer Übergangsperiode gibt es Etappen und Stufen der Entwicklung, Die Partei ist auf dem XIV. Parteitag eine Stufe höher gestiegen. Das Milieu, in dem die Partei zu wirken hat, ändert sich und wirft auf jeder neuen Etappe neue Aufgaben auf. Aber unsere Partei hat ganz und gar jene Züge beibehalten, die Genosse Lenin über alles schätzte, so „die Biegsamkeit des Denkens und die Biegsamkeit des ganzen Organismus", die Fähigkeit, jenes Neue zu erfassen, das in der veränderten Situation vorhanden ist, und die Fähigkeit, aufs neue mit neuen Mitteln und Methoden die Aufgaben der Partei zu lösen. Wir sind bereits ganz in die Etappe des unmittelbaren sozialistischen Aufbaues eingetreten. Aufgaben, die früher im Hintergrund standen, gewinnen jetzt besondere Bedeutung Vorsichtig, aber sicher leninistisch arbeitet die Partei ihre Taktik aus und findet neue Arbeitsmethoden. Manche Genossen sind auf einem der Wendepunkte schwankend geworden und scheuten zurück. Aber die Partei hat die Fehler der Schwankenden korrigiert und ging den einzig richtigen Weg weiter. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Krise, die die Partei dabei durchmachen mußte, in den Grundzügen bereits auf dem Parteitag gelöst worden ist, Die Partei wird nicht mehr fiebern. Allen böswilligen Erwartungen unserer Klassenfeinde zum Trotz wird die Partei jetzt, nach dem Parteitag, ihre Reihen noch enger schließen und unter dem mächtigen Banner des Leninismus vorwärts marschieren. [110]

Grundsätzliches zur Kommunalpolitik der KPD

Von Wilhelm Koenen

Die scharfe Trennung, die im Zeichen der Demokratie zwischen der Gemeindeverwaltung und dem polizeiich-militärischen Exekutivapparat des Staates durchgeführt wurde, hat den Charakter der Kommunen in der kapitalistischen Gesellschaft stark verwischt, Sie verfügen nur noch über einen Teil des Staatsapparats, die bürokratische Verwaltung. Ihnen fehlt der andere Teil, die militärische Gewalt, völlig. Die Kommune erscheint deshalb in den Augen der breiten Massen nicht so ohne weiteres als ein Organ der Unterdrückung, sie gilt nur als Verwalterin. Und weil in den Kommunen der politische Gewaltapparat nicht so kraß in Erscheinung tritt, gelingt es ihnen leichter, eine Verschleierung der Klassengegensätze herbeizuführen, Wenn schon die demokratische Republik nach Lenin „die denkbar beste politische Umhüllung des Kapitalismus ist, so ist die sogenannte kommunale Selbstverwaltung im Rahmen dieser demokratischen Republik ein besonders wirksames Mittel zur Verschleierung der sich verschärfenden kapitalistischen Ausbeutung und der sich zuspitzenden Klassengegensätze. Durch den Schein der Selbstverwaltung werden die Unterdrückten systematisch irregeführt. Sie sollen glauben, daß sie auf dem Wege der Selbstverwaltung in den Kommunen durch Reformen langsam ihre Lage verbessern können. Der Schein der kommunalen Selbstverwaltung soll die proletarischen Schichten von der Aufrollung des Klassenkampfes, vom Kampfe um die politische Macht planmäßig ablenken.

Trotz allen Geredes von der Selbstverwaltung wird aber in der demokratischen Republik der Severing, Heldt und Remmele, dieser sozialistischen Polizeiminister der deutschen Länder, weiter systematisch die Loslösung jeder Polizeigewalt aus den Händen der Kommunen betrieben, Das gilt nicht nur für die Großstädte, wo die Trennung zwischen Rathaus und Polizeipräsidium immer sinnfälliger wurde, das gilt auch für die Landgemeinden, wo der Amtsvorsteher Polizeiherr ist und der Gemeinderat nur noch zu verwalten hat. Es ist die Angst vor dem im Zeichen der Demokratie in den Organen der Selbstverwaltung stärker auftretenden proletarischen Element, die die Regierungen veranlaßt, den Kommunen jede polizeiliche Funktion zu nehmen, damit nicht etwa irgend ein proletarisches Element bestimmenden Einfluß auf militärisch-polizeiliche Exekutivorgane erlangt. Die sozialdemokratischen Polizeiminister spitzen diese Trennung zwischen Polizeigewalt und Kommunalorganen so scharf zu, daß sie selbst vor der offenen Vergewaltigung ihrer eigenen Parteimitglieder in hervorragenden Kommunalstellungen nicht zurückschrecken. Ein klassischer Fall war die Beseitigung der kommunalen Polizeigewalt in Halle a. d. S. Dort wurde der Sozialdemokrat Dölz Anfang 1922 eines guten Tages auf Verfügung seines Polizeigenossen Severing mit sanfter Gewalt aus dem Polizeigebäude entfernt und in seinen Sessel setzte sich sein sozialdemokratischer Parteigenosse Runge – aber als Polizeipräsident. Ohne demokratische Flausen wurde einfach auf administrativem Wege die kommunale Polizei in eine Staatspolizei umgewandelt. Damit war der Einfluß der Stadtverordnetenversammlung, der Selbstverwaltung, auf die Exekutive gebrochen. Der preußische Polizeiminister Severing erinnerte sich wohl dabei an den Satz von Karl Marx aus dessen Schrift über den Bürgerkrieg in Frankreich:

„Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwaffen der Staatsgewalt."

[111] Marx begrüßte es deshalb daß die Pariser Kommune dieses „Werkzeug der Staatsregierung" sofort „in das verantwortliche, jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelte. Der ehemalige Sozialist Severing hat aus dieser Lehre gegen seine eigenen kommunalen Parteigenossen im Interesse der Bourgeoisie die umgekehrte Folgerung gezogen. Er machte aus den bisherigen Polizeiorganen der Selbstverwaltung gefügige Werkzeuge der großkapitalistischen Staatsregierung.

Die Arbeiterschaft aber kann in der gleichen Schrift von Karl Marx studieren, welch enge Zusammenhänge zwischen dem militärisch-politischen Teil der Staatsmaschinerie und dem bürokratischen Apparat bestehen. In der Kommune tritt jetzt nur noch der eine Teil des bürokratisch-militärischen Staatsapparats, nämlich die bürokratische Verwaltung, in Erscheinung, Daß auch dieser Teil wirklich nur ein Unterdrückungsorgan des kapitalistischen Staates ist, darüber wurden wir in der neudeutschen Republik in letzter Zeit wieder gründlich belehrt. Entgegen allem demokratischen Selbstverwaltungsgerede geht

das Drängen auch des kommunalen bürokratischen Apparats systematisch auf die Verselbständigung der leitenden Bürokratie aus, Bei der Verwaltungsreform in Preußen stand im Herbst 1925 die Frage des Zweikammersystems für die Kommunen, die sogenannte Magistratsverfassung, erneut zur Entscheidung. Dabei trat im Verfassungsausschuß des preußischen Landtags sogar der Gefeiertste aller Demokraten, der Vater der demokratischen Weimarer Verfassung, Professor Dr. Preuß.

ganz energisch für die Magistratsverfassung, also für die Verselbständigung der oberen bürokratischen Verwaltung ein. Also auch dieser „beste aller Demokraten“ sah von seinem Klassenstandpunkt aus in der Verselbständigung der städtischen Bürokratie ein notwendiges und geeignetes Mittel zur Niederhaltung des proletarischen Einflusses. Mit diesen neuen Versuchen der Festigung der Herrschaft der Bürokratie in der Kommune ist der Charakter der Kommune als ein Teil des Herrschaftsapparats der kapitalistischen Gesellschaft wieder einmal nachdrücklichst betont. Unter dem Schein der sogenannten Selbstverwaltung und unter der Führung der noch durch die Staatsaufsicht gestärkten verselbständigten Bürokratie ist die Kommune, wie der Staat überhaupt, einfach ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere.

Da dieser Charakter der Kommunen von den proletarischen Massen nicht immer klar erkannt wird, und da tatsächlich infolge der Loslösung des Gewaltapparats die Klassengegensätze besonders gut verschleiert sind, so ist klar, daß uns in der Kommune bei jeder Taktik große Gefahren umlauern und daß der Boden für unsere Politik dort besonders schlüpfrig ist. Die Gefahren der Abweichungen, des Opportunismus, sind gegenwärtig auf keinem Gebiet schlimmer, als auf dem Gebiet der Kommunalpolitik. Diese Gefahren werden taktisch noch vermehrt durch die Haltung der Sozialdemokraten, die insbesondere jetzt – in der Republik – die Kommune gern als eine Einrichtung erscheinen lassen möchten, in der man unpolitisch, unparteiisch arbeiten könne. Insbesondere die Bürgermeister, Stadträte und Gemeindevorsteher der SPD betonen überall, wo man es nur hören will, daß es in der Kommune doch nur darauf ankomme, gerecht zu verwalten. Dazu kommt weiter noch, daß die Kommunen den breiten Massen als die Einrichtungen erscheinen, von denen am ehesten eine direkte Abhilfe in den Nöten des Tages zu erwarten und zu fordern ist, Die Kommunaleinrichtungen sind mit dem täglichen sozialen und wirtschaftlichen Leben und den kulturellen Bedürfnissen der Massen in der engsten und umfassendsten Verbindung. Sie sind deshalb der Boden, auf dem das Haschen nach dem [112] positiven Erfolg, der Gedanke der sogenannten „positiven Mitarbeit“, der Reformismus in jeglicher Gestalt auch in seinen übelsten Formen am meisten gedeiht.

Uns Kommunisten kann aber die Tatsache, daß wir allen diesen Gefahren und Schwierigkeiten gegenüberstehen, keineswegs veranlassen, irgendwie zurückzuweichen oder gar der Politik in der Kommune ganz auszuweichen, Gerade die Möglichkeit, in der Kommune dauernd und vor den Augen der breiten Massen unmittelbar sichtbar an die Tagesnöte anzuknüpfen, das muß uns zwingen, noch viel mehr als bisher unsere agitatorische Arbeit in den Kommunen zu entfalten. Angesichts der aufgezeigten Gefahren ist es aber mehr als anderswo gerade in der Kommunalpolitik notwendig, immer das Ziel der Machteroberung durch das Proletariat klar vor Augen zu sehen.

Für das, was wir in und durch die Kommune erstreben, für die besonderen Aufgaben unserer Kommunalpolitik haben wir nicht nur Prinzipien, sondern auch Beispiele. Halten wir uns immer diese Beispiele vor Augen, so wird die taktische Orientierung klarer und leichter sein, Diese historischen Beispiele sind die Pariser Kommune und die russischen Sowjets. Karl Marx schreibt im „Bürgerkrieg in Frankreich“ über die Pariser Kommune, was auch jetzt noch für unseren Kampf in der Kommune als Ziel gilt:

„Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit ...“

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar, ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder aus anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse.“

Also vollziehend und gesetzgebend zugleich, direkt verantwortlich und absetzbar! Das waren die Keime der Sowjets als proletarische Machtorgane, die wir konsequent zu verfolgen haben, Lenin führt in seiner Broschüre „Staat und Revolution“ diese Gedankengänge näher aus:

„Der käufliche und versumpfte Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft wurde von der Kommune durch Körperschaften ersetzt, in denen die Freiheit des Urteils und der Prüfung nicht zum Betruge ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst prüfen, was sie verwirklichen, selbst vor ihren Wählern die unmittelbare Verantwortung tragen, Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber ein Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung zwischen gesetzgebender und vollziehender Arbeit, als Vorzugsstellung für Parlamentarier, besteht hier nicht.“

Diese Worte umreißen kurz und knapp, was wir prinzipiell vom Standpunkt unserer Staatstheorie aus in der Kommune erstreben. Die proletarischen Vertretungskörperschaften, die selbst arbeiten, selbst ihre Beschlüsse durchführen, also in sich Legislative und Exekutive, Gesetzgebung und Ausführung vereinigen, sind jetzt in Sowjetrußland in jedem Dorf und in jeder Stadt verwirklicht. Die verselbständigte Verwaltung, die Bürokratie mit besonderer administrativer Gewalt ist beseitigt. Die wirkliche Selbstverwaltung der Arbeitenden ist zur Tatsache geworden.

Daß Karl Marx an der Pariser Kommune nicht nur den Heldenmut und die gewaltige revolutionäre Energie des Proletariats bewunderte, sondern daß er in ihrer Organisationsform auch die Anfänge einer wirklichen proletarischen Selbstverwaltung sah, auf der sich das ganze kommunistische Gemeinwesen aufbauen sollte, hat er deutlich genug in der schon zitierten Schrift zu erkennen gegeben, indem er schrieb:

[113] „In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Pariser Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein müßte,“

Wir sind leider auch heute noch nicht so weit, die Skizze, von der Marx hier spricht, weiter „auszuarbeiten“ und so das Beispiel der Pariser Kommune zu erweitern oder aber die Räteorganisation „als die politische Form selbst des kleinsten Dorfes“ zu verwirklichen. Aber wir sollen dieses unser Ziel bei unserer kommunalpolitischen Arbeit stets fest vor Augen haben, Das wird umso besser gelingen, je mehr wir mit der Arbeit in den Kommunen die ständige Propaganda für unsere Ziele und Grundsätze verbinden. Ob wir in Gewerkschaften oder Betrieben sprechen oder ob wir in Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen oder in Ausschüssen auftreten, überall müssen wir bei allen Anträgen, die wir stellen, alle unsere Begründungen und Reden einleiten mit dem Hinweis auf das, was wir erstreben. Keine Rede ohne Propaganda für unsere Ziele. Die direkte Verbindung unserer grundsätzlichen Propaganda mit den Teilforderungen des Tages ist eine Voraussetzung, um uns vor Abweichungen nach rechts zu schützen und uns davor zu bewahren, daß irgendwelche Befürchtungen in den Massen aufkommen, als wollte jemand die Ziele der Partei verleugnen.

Für die tägliche Agitation kommt es darauf an, die wirksamste Form der Teilforderungen zu finden, durch die wir zeigen, daß wir durchaus auf dem Wege zur Erreichung unserer Ziele voranschreiten und mit dem Kampf um diese zielklaren Teilforderungen tatsächlich die Massen aus dem jetzigen Elend herausführen. Wir müssen also solche Teilforderungen aufstellen, die in der Richtung der Erreichung unseres Zieles liegen und die von den Arbeitern sowohl als eine Möglichkeit der unmittelbaren Hilfe als auch ein Schritt auf dem Wege zur proletarischen Befreiung, zur Machteroberung und zum Sozialismus verstanden werden. Eine kommunistische Partei, die zielbewußt auftritt, deren Politik und Werbetätigkeit auf die Organisierung der sozialen Revolution gerichtet ist, deren Teilforderungen über die Tagesagitation hinaus die Mobilisierung der Massen für weitergehende Kämpfe bezweckt, braucht keineswegs zu befürchten, daß diese Teilforderungen, wenn sie zunächst nur zu Reformen führen, deswegen schon Reformismus sind. Wir sollen in der jetzigen Situation vielmehr immer und immer wieder auch solche Forderungen erheben, deren Durchführung in den besonderen Nöten des Proletariats direkte Hilfe bringt. Solche Teilerfolge sind für uns nicht Selbstzweck und Hauptaufgabe, sondern Nebenprodukte und Mittel, um immer

breitere Massen in den Kampf gegen die Bourgeoisie hineinzuziehen, zu politischem Bewußtsein und unter die Führung unserer Partei zu bringen.

Unsere Kommunalforderungen können demnach jetzt kein Übergangsprogramm zum Sozialismus sein, sondern sie sind Teilforderungen zur Linderung der konkreten Nöte der Arbeiter unter den gegenwärtigen Umständen. Wir stellen jetzt kein fest umrissenes Minimalprogramm auf, sondern solche einzelne Minimalforderungen, deren Durchführung für sich als möglich anerkannt wird, deren jeweilige Ablehnung deshalb von agitatorischer Wirkung ist. Aber diese Teilforderungen sollen doch ein gewisses System darstellen. Dieses System von Teilforderungen, das planmäßig auszugestalten ist, muß der arbeitenden Bevölkerung zeigen, daß die Kommunisten auf alle Fragen des täglichen Lebens, der Nöte der Arbeiterschaft und der [114] versinkenden Mittelschichten eine Antwort geben, die als greifbare Lösung erscheint, für die es sich lohnt zu kämpfen.

Die Bewegungen, die wir mit unseren Teilforderungen auslösen oder verstärken wollen, und die Bewegungen, an die wir mit unseren Teilforderungen anknüpfen, sollen schließlich den Beteiligten zeigen, daß sich die Durchführung ihrer Wünsche am Rahmen der heutigen Staatsform stößt und daß der Kampf für ihre Forderungen an dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaft rüttelt. Unsere Teilforderungen sollen Vorstöße sein auf dem Wege der Erstarkung der revolutionären Kräfte.

In der gegenwärtigen Situation ist das besondere taktische Ziel dieser Arbeit die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für die Ziele des Kommunismus. Wir haben innerhalb der Arbeiterschaft um die Mehrheit zu ringen und werden zur sozialen Revolution nur kommen, wenn wir in den entscheidenden Gebieten und dort in den entscheidenden Schichten des Proletariats die Mehrheit unter unsere Führung gebracht haben.

Wir werden in einem späteren Artikel noch darzulegen haben, welche Forderungen wir jetzt erheben, welche kommunalen Aufgaben wir stellen und mit welchen Methoden unsere Taktik in der Kommunalpolitik durchzuführen ist.

PROBLEME DER PARTEI

Die Einheitsfront und das Problem der proletarischen Hegemonie

Die letzten Wochen haben im Zusammenhang mit dem Kompromiß der Regierungsparteien in der Fürstenabfindungsfrage einen offenen Versuch der reformistischen Führer der SPD und des ADGB gebracht, von der proletarischen Einheitsfront loszukommen durch Entfesselung einer Hetze gegen die KPD Diese „Aktion“ hat sich recht rasch totgelaufen. Schon nach einer Woche wurde abgeblasen und heute liefert der „Vorwärts“ schon Rückzugsgefechte.

Es ist Zeit, die Lehren dieses Scharmützels im Kampfe um die Einheitsfront festzuhalten. Daß der Vorstoß der SPD dem Kampfe gegen die Reaktion und den Fürstenraub sehr geschadet hat, steht fest, Wir werden das den Arbeitern sagen. Es war aber nicht der Widerstand der linken SPD-Führer, an dem er gescheitert ist. Die Linken haben im Gegenteil die Hetzartikel in ihren Blättern mit Behagen nachgedruckt und in ihnen ein willkommenes Mittel gesehen, den Druck der Massen, unter dem sie stehen, ein wenig zu dämpfen. Es war vielmehr das Fortschreiten der Einheitsfront von unten, aus den Betrieben, es war die Logik und Kraft unseres Standpunktes und der ganzen von uns geführten Aktion, die den SPD-Vorstoß zum Scheitern gebracht haben, Die dritte Schlappe innerhalb weniger Wochen, die dem Parteivorstand von den Arbeitern beigebracht wird, Es ist interessant, den Ton der jetzigen Polemiken in der SPD-Presse zu vergleichen mit dem Ton ihrer Kritik noch vor einem halben Jahre, z. B. anläßlich des Ekki-Briefes. Damals ein ruhiger, selbstsicherer Spott, heute ein unsicheres, aufgeregtes Geschimpfe, sogar in den offiziellen Auslassungen. Nichts kann besser die Wandlung kennzeichnen, die in diesem halben Jahr im gegenseitigen Verhältnis der beiden Parteien und im Verhältnis zu den Massen vor sich gegangen ist.

[115] Der Angriff ist abgeglitten, Aber es wird nicht der letzte Angriff auf die Einheitsfront bleiben und auch nicht der gefährlichste. Noch können die SPD-Führer zurückweichen. Bald werden sie

es nicht mehr können und mit verzehnfachter Verbissenheit arbeiten. Es ist unsere Aufgabe, die Arbeiter offen vor diesen Manövern zu warnen und uns selbst auf ihre Abwehr vorzubereiten.

Dazu ist aber auch nötig, daß wir die Aufgaben klar sehen, die uns als der revolutionären Arbeiterpartei im allgemeinen in dieser Etappe der Klassenkämpfe und wie sie im gegenwärtigen Moment gestellt sind.

Es sind dies vor allem zwei Aufgaben: einerseits die Loslösung breiter Arbeiterschichten aus der Gefolgschaft der SPD und ihre Eingliederung in die KPD, andererseits die Loslösung des Mittelstandes und des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie und ihre Eingliederung in die Gefolgschaft – des Proletariats. Wenn man diese beiden Aufgaben auch keineswegs räumlich oder zeitlich von einander trennen kann, sind es immerhin, das muß mit allem Nachdruck als Ergebnis der leninistischen Schulung unserer Partei betont werden, ihrer Klassenbasis nach zwei Aufgaben. Die erstgenannte ist die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für unsere Partei. Die zweite aber ist die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats über alle Ausgebeuteten, auch große Teile des Kleinbürgertums.

Für unsere Partei, die eine revolutionäre Strategie besitzt, steht die Frage der Massengewinnung nicht so flach wie für eine Wahlpartei wie die SPD, für die der Kleinbürger wie der Arbeiter einfach als Individuum, als Stimme in Betracht kommt. Wir sind die Klassenpartei der Arbeiter. Unser zentrales politisches Ziel ist die Diktatur des Proletariats. Ihre Erkämpfung aber bedeutet zugleich die Verwirklichung der Führung (Hegemonie) der Arbeiterklasse über die ausgebeuteten kleinbürgerlichen Schichten des Landes und der Stadt. Gerade diese politische Leitlinie, die wir gegenüberstellen der politischen Linie der SPD, die sich mit der liberalen und „demokratischen“ Bourgeoisie verbündet gegen die ausgebeuteten Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, gerade diese Leitlinien in die gegenständliche Sprache der praktischen Beziehungen der Klassen selbst, der Masse selbst übersetzt, bildet besser als alle bloßen Worte unser siegreiches Argument, unseren besten Hebel zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für unsere Partei, Man kann also diese Fragen keineswegs schlechthin nebeneinanderstellen. Sie bedingen sich gegenseitig, gehen praktisch oft ineinander über. Trotzdem dürfen wir sie nicht verwischen, weil dies ein Zurückgleiten zu dem Wählerstandpunkt der bürgerlichen Politik z. B. der SPD, bedeuten würde. Wir müssen sie im Gegenteil vor unserer Partei und dem ganzen Proletariat offen stellen, auch in der politischen Aktion selbst.

Welche der beiden Fragen ist es nun, die im gegenwärtigen Moment der Volksentscheidsaktion vor allem auf der Tagesordnung steht? Zweifellos die zweite, die Frage der Hegemonie des Proletariats. Die Aktion für den Volksentscheid, von der Arbeiterklasse geschlossen durchgeführt, ist ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung des Ansehens der Arbeiterklasse bei den breiten kleinbürgerlichen Massen, das seit 1918 durch die schändliche Politik der SPD verloren gegangen ist, zur Erweckung von Sympathie und Unterstützung für die Aktionen der Arbeiter in allen ausgebeuteten und unterdrückten Kreisen des Volkes und damit zur Belebung des Selbstbewußtseins und der Kraft der Arbeiterklasse selbst. Und weil diese Aktion unter der Führung der KPD begonnen und durchgeführt wird, weil sie im Widerspruch steht zu der bürgerlichen Politik der SPD-Führung, weil diese Führung notwendig sabotieren muß, um ihre Koalition mit der Bourgeoisie zu retten, weil so diese Aktion, obwohl sie noch keine ausgesprochenen Klassenfragen des Proletariats zum Gegenstand hat, die beste Gelegenheit bietet, um unsere Politik der Politik der SPD entgegen zustellen – deswegen ist sie zugleich die beste Vorbereitung der Eroberung der Mehrheit innerhalb der Arbeiterklasse selbst, des [116] Herüberziehens der sozialdemokratischen Arbeiter unter den Einfluß unserer Partei, Es wäre ein Fehler, diese beiden Aufgaben zeitlich zu trennen. Dennoch muß man sagen, daß die heutige Etappe bloß eine Vorbereitung ist der Eroberung der SPD-Arbeiter. Man soll das Pferd nicht am Schwanz aufräumen. Heute steht vor allem und nicht „auch die Frage der Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats, der Losreißung der breiten Schichten des Mittelstandes, des Kleinbürgertums und nicht zuletzt der zurückgebliebensten Arbeiterschichten von der bürgerlichen Reaktion auf der Tagesordnung und erst in zweiter Linie die Losreißung der SPD-Arbeiter aus dem Einfluß der SPD. Diesem Zweck sollen auch die Aktionsausschüsse heute vor allem dienen. Gerade in diesem gemeinsamen Kampf der SPD- und KPD-Arbeiter gegen die Reaktion, die

jetzt offen von Hitler bis zu Gerlach reicht, um die Seele aller Ausgebeuteten der Stadt und vor allem des Landes, wird die Praxis beweisen, daß nur unsere Politik und unsere Methoden die Politik und die Methoden der Arbeiterklasse sind. Dieser gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den die SPD-Führer heute nicht wollen, wird die Einheitsfront so fest zusammenschweißen, daß bei den entscheidenden Klassenfragen, die wir im heute schon in den Aktionsausschüssen beharrlich auf die Tagesordnung stellen, der Frage der Arbeitslosigkeit, des Mieterschutzes. des Kampfes gegen Luther usw., bei denen die SPD-Führer nicht mehr mitgehen können, die sozialdemokratischen Arbeitermassen in den Einfluß unserer Partei kommen müssen. Es ist notwendig, in jeder Etappe des Kampfes die strategischen Punkte ganz scharf festzulegen, auf die die Aktion der Partei konzentriert werden muß, und es wäre ein Fehler, mit dem Ende anzufangen.

Es ist nun unsere Aufgabe – und das soll die Lehre des ersten Scharmützels im Kampfe um die Einheitsfront sein –, viel stärker und viel konkreter als bisher die Frage der Hegemonie des Proletariats auf die Tagesordnung zu stellen. Dies muß geschehen in den bestehenden Einheitskomitees, aber auch bei der Bildung von solchen Komitees, es muß geschehen in den Gewerkschaften, in den Belegschaftsversammlungen, in den Betriebsräten durch praktische Anträge unserer Genossen. Es wird dies vor allem eine Frage der Arbeit und der Aktion des städtischen Proletariats auf dem Lande sein. 1919 haben die Landstädte und das flache Land rot gewählt, die SPD hat sie in die Arme der Reaktion getrieben durch ihre falsche Siedlungs-, Steuer- und Bauernpolitik. Hindenburg ist vom flachen Land auf den Thron gesetzt worden. Der Volksentscheid ist die Gegenoffensive des Proletariats. Sie erfolgt auf unsere im Antrieb, unter unserer Führung. Unsere Losung, die wir in den kommenden Wochen mit aller Energie und Zähigkeit in die sozialdemokratischen, freigewerkschaftlich organisierten, parteilosen Arbeiter hineintragen müssen, lautet: Arbeiter, hinaus aufs Land! Das Gesicht dem Lande zu!

Ende Februar führt die Partei eine rote Landwoche durch. Es ist unsere Pflicht, sie zu einer Landwoche der ganzen Arbeiterklasse zu machen, Wir müssen das scheinbar Paradoxe begreifen, daß unsere Arbeit auf dem Lande nicht nur unser Verhältnis zu den Bauern aufrollt, sondern vor allem unser Verhältnis zu den SPD-Arbeitern, Wenn es möglich ist, diese Arbeiter zusammen mit den kommunistischen Arbeitern hinaus zu bringen zur Agitation, zum Kampfe gegen die Bourgeoisie und die Grundbesitzer, wenn es möglich ist, ihnen so praktisch aus der traurigen Sackgasse, in die die SPD die Arbeiterklasse durch ihre Koalitionspolitik geführt hat, einen Ausweg zu zeigen, einen neuen Weg, auf dem die Arbeit lohnt, dann werden wir diese Massen mit neuem Mut, mit neuer Zuversicht erfüllen zu den Aufgaben der Arbeiterklasse, zum Sozialismus. Dann hat unsere Partei schon zu 50 Proz. der Arbeit zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats geleistet und kann künftigen Anschlägen der reformistischen Führer auf die proletarische Einheitsfront mit größter Ruhe entgegensehen. Karl Schmidt.
[117]

RUNDSCHAU

Deutsche Politik

In der zweiten Januarhälfte wurde die 2. Luther-Regierung als eine provisorische Lösung etabliert. Die ihr von der Bourgeoisie gestellte außenpolitische Aufgabe ist der Eintritt in den Völkerbund. Die innenpolitische Aufgabe besteht darin, den Eintritt zu vollziehen ohne Kompromittierung der Deutschnationalen, der Koalitionspartei der Zukunft, unter Ausnützung der SPD. Die zweite innenpolitische Aufgabe besteht in dem legalen Ausbau der bürgerlichen Machtpositionen durch Verschlechterung des Wahlverfahrens für die Arbeiterschaft und, wenn möglich, darüber hinaus durch Verschlechterung des Wahlrechts. Daneben hat sie wichtige Tagesaufgaben der Bourgeoisie zu erledigen: Staatliche Hilfsstellung für Verschärfung der Ausbeutung, Aushungerung der Erwerbslosen, damit ihre Funktion als industrielle Reservearmee bei den kommenden Lohnbewegungen und Lohnkämpfen nicht abgeschwächt wird, Verschleppung des Volksentscheids, Staatsgeschenke an Industrie und Großgrundbesitz usw.

*

Die Aktion für den Volksentscheid gegen die Fürsten ist zu einer gewaltigen Massenbewegung geworden. Die Regierungsparteien brachten einen lächerlichen Gesetzentwurf ein, uns für die Fürsten möglichst alles zu retten. Die unerhörten Tatsachen, besonders die die antinationale Haltung der Fürsten aufzeigenden (der russische Artilleriegeneral, der englische Herzog, die Berufung auf den Versailler Vertrag), wirken auch sehr stark auf die deutschnationalen Wähler ein. In den Mittelschichten wirkten, nach den Pressestimmen der letzten Zeit, besonders die Aufwertungsargumente. Das deutet darauf hin, daß das Bewußtsein: Monarchismus-Krieg-Niederlage-Inflation in diesen Schichten noch vorhanden ist und durch Wiederholung der Tatsachen und Zusammenhänge vertieft werden kann. In der Bauernschaft lösen die ungeheuren Landflächen, die den Monarchen ausgeliefert werden sollen, gewaltige Empörung aus. Aber wie bei den ländlichen Mittelschichten allgemein, ist es besonders unter weiten Bauernschichten der dort allein herrschenden Rechtspresse noch gelungen, die Tatsachen zu verbergen. Wo sie in vollem Umfang bekannt werden, wirken sie sehr stark. Im bayrischen Bauernbund ist eine breite und starke Bewegung für volle Beteiligung am Volksentscheid. Die Wählermassen des Zentrums und der Deutschnationalen sind auf der bürgerlichen Seite die Hauptreservoire, aus denen für den Volksentscheid Kräfte mobilisiert werden können.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hat den Völkerbundseintritt gebilligt. In Zusammenhang damit stellte die deutschnationale Fraktion einen demagogischen Antrag auf Durchsetzung neuer Forderungen bei der Entente. Der von Loebell in seinem bekannten Diktaturartikel vom 1. Januar angekündigte Feldzug für Revision des Dawes-Abkommens wurde Ende Januar bereits breiter in der Presse vorbereitet. Ebenso nahmen die Kolonieforderungen wieder zu. Hinter der planmäßigen außenpolitischen Kampagne der großbürgerlichen Völkerbundsskeptiker einerseits und der bedingungslosen Völkerbundsfreunde andererseits scheinen sich in der letzten Zeit deutlichere Interessenursachen zu zeigen. Auf der einen Seite weisen gewisse Anzeichen auf eine proenglische Frontbildung, die von Fertingindustrie und Kaliinteressenten geführt wird, auf der anderen eine proamerikanische Front, die von den Banken und Teilen der Schwerindustrie geführt wird. Diese Frontbildung deckt sich nicht mit der gegenwärtigen Parteigruppierung der führenden Schichten der bürgerlichen Klasse und ruft gewisse leichte Gärungserscheinungen hervor.

In der Frage des Völkerbundseintritts ist auf bürgerlicher Seite eine ernsthaft gemeinte Gegnerschaft nur noch in den alldeutsch-völkischen Organen zu finden. Aber auch dort hat der „Locarno-Geist“ schon Bresche geschlagen. Der Jungdo hat sich zur Außenpolitik des Lutherblocks bekehrt und mit den Franzosen über Duldung und Unterstützung einer Diktatur verhandelt. Ein von Völkischen anhängig gemachtes Landesverratsverfahren gegen die Führer wurde eingestellt. Die Polemik der Völkischen untereinander bewegte sich um die West- und Ostorientierung, und der Jungdo beschuldigte seine völkischen Angreifer der Vorliebe für den Bolschewismus.

*

Die Fememordprozesse haben bisher noch nicht zur Entlarvung der Hintermänner geführt, insbesondere noch nicht zur Entlarvung der Zusammenhänge mit Reichswehr und Reichswehrministerium.

Im Herbst 1925 führte die „Weltbühne“ bei einer Darstellung der Organisation der Schwarzen Reichswehr das preußische Innenministerium (Severing) als Bestandteil dieser Organisation auf. Am 18.1.26 erklärte die „Welt am Abend“ den Oberstleutnant von Schleicher vom Reichswehrministerium als den Vermittler von 30.000 Mark für eile ostpreußische völkische geheime Waffenfabrik. Beide Behauptungen sind noch immer unwidersprochen.

*

[118] Bei den Parteien zeigten sich in der zweiten Januarhälfte folgende Tendenzen: In der deutschnationalen Presse wurde die politische Vorbereitung der Wahlrechts- und Verfassungsverschlechterung energisch fortgesetzt, sind zwar gleichmäßig von allen Gruppen mit den gleichen Argumenten. Als Gesamttendenz ergibt sich etwa folgendes:

Die Beteiligung an der ersten Luther-Regierung gefährdete den Bestand an Wählern, die mit Losungen gewonnen sind, g e g e n welche die Deutschnationale Volkspartei gemäß ihrem Charakter als großagrarische Partei natürlich handeln muß.

Die Zwiespältigkeit zwischen Agitationslosungen und politischen Notwendigkeiten hat sich auch auf den inneren Parteiapparat ausgewirkt.

Diese innerparteiliche Lage der Deutschnationalen Volkspartei, die in der Presse sorgfältig vertuscht wird, schildert Dr. Peters im „Deutschenspiegel“ (III, 1) ziemlich offen wie folgt:

Die Parteibürokratie (die man zur Gewinnung der Wählermassen hochzüchten mußte), habe, anstatt der Vernichtung der Demokratie zu dienen, selber demokratische Methoden in der Partei eingeführt, so daß es ihr (bei Locarno) gelang, einen Sieg zu erringen und sogar die Fraktion zu desavouieren. Die „Straße“ sei in die antidemokratische Partei eingedrungen. Die Parteibürokratie (weil man sie zur Massengewinnung eben unbedingt brauchte) habe so an Macht gewonnen, daß sie selbständig ihre Kreisvereinsvorsitzenden und Geschäftsführer auf die Abgeordnetenliste setzte.

Daraus der Schluß: Das Hauptgewicht soll nicht mehr auf die Massengewinnung gelegt werden m ü s s e n. Das bedeutet: man muß die Machtausübung von den Wahlen unabhängiger machen. Einmal durch A b b a u d e s W a h l r e c h t s und zweitens durch Ä n d e r u n g d e r V e r f a s s u n g: Aufhebung bzw. Einschränkung der Abhängigkeit der Exekutive (Regierung) von der Legislative (Reichstag) durch Verstärkung der Stellung Hindenburg. oder wenigstens die Bedingung der Zweidrittel-Mehrheit für Regierungssturz. Darauf arbeitet die ganze Rechtspresse hin. Es erschienen zu dieser Frage bis Ende Januar Dutzende und aber Dutzende von Artikeln, die alle die gleiche Tendenz haben: Sicherung der Machtpositionen vor parlamentarisch-demokratischen Angriffen der Linken. Die Diskussion der o f f e n e n D i k t a t u r ist in der Berichtszeit abgeflaut.

*

Der L a n d b u n d, der für die Deutschnationalen eine ähnliche Rolle spielt, wie der ADGB für die SPD, tagte in Cassel. Er schloß sich den deutschnationalen Wahlrechts- und Verfassungsforderungen an. Die von den Landbündlern zum Zwecke der Erpressung von Krediten und Steuergeschenken betriebene Drohagitation für extensive Wirtschaft lebte Ende Januar wieder auf, Zum

Teil wird die Parole zum Bauernfang verwandt. Die Steuern, gegen die die deutsch-nationalen Landbundführer hetzen, stemmen aber von dem deutschnationalen ersten Luther-Kabinett und sind mit Hilfe des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei durchgesetzt worden.

Der preußische amtliche Pressedienst teilte im Januar über die preußischen Steuern folgendes mit:

Vom Großgrundbesitz (Güter über 400 Morgen) zahlen Steuern:

60 Proz. überhaupt keine, weil sie wegen „Not“ steuerfrei veranlagt sind.

20 Proz. vorläufig keine, weil die Erhebungen über die Befreiung noch schweben,

20 Proz. zahlen. (Aber es steht nicht dabei, wieviel ...)

Die Kleinbauern werden anders behandelt.

*

Die Z e n t r u m s p a r t e i ist durch die Fürstenabfindung von unten her unter einen gewissen Druck gesetzt. Durch die Landbundkrisen ist die Arbeit des Zentrums unter den Bauern wieder stärker geworden, besonders im Süden, wo der Bayrische Bauernbund gezeigt hat, daß die Kirche allein die Bauern nicht halten kann, Adam Röder trat ins Januarheft des „Jungen Zentrums“ (Organ der Windhorstbünde) besonders stark dafür ein, daß jeder junge Zentrumsmann „ein Freund des Bauern werde“. Er gibt folgende Parole aus: Der private Großgrundbesitz muß beseitigt werden, Großgrundbesitz muß im Interesse des technischen Fortschritts und der methodischen Experimente sein, aber darf nicht Latifundienbesitzern gehören, sondern nur dem Staat. Zur Bewirtschaftung soll ein obligatorischer Arbeits-Einjährigendienst für jeden Deutschen im Alter von 20 bis 24 Jahren eingerichtet

werden. Privater Großgrundbesitz erdrückt den Bauern. Der Bauer aber muß geschützt werden, Bauernbesitz muß hergestellt werden.

Die demokratische Presse gebt weiter zu Luther. In der Volksentscheidsfrage, in der Wahlrechtsfrage ist die Schwenkung schon vollkommen.

Geßler ging (in einem Artikel in den „Hamburger Nachrichten“) sogar noch weiter und versuchte, eine Kompromißformel mit den deutschnationalen Verfassungrestaurationsgelüsten zu finden, indem er vorschlug. daß zum Sturz eines Ministeriums künftig die Zweidrittel-Mehrheit erforderlich gemacht werden solle. Offenbar erhofft er, daß die Wahlrecht„reform“ bewirken werde, daß Kommunisten und Sozialdemokraten bei einer Neuwahl kein Drittel mehr aufbringen.*)

5.II. E. Kunik.

[119]

Internationale Politik

Die für den 15. Februar vorgesehene Vorbesprechung zu einer Abrüstungskonferenz wurde auf den Wunsch Frankreichs und Japans verschoben. Für die Verschiebung werden die verschiedensten formalen Grunde angegeben. Der wirkliche Grund liegt in großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten, von denen jede die Rüstungseinschränkung der anderen durchsetzen möchte. In Europa stehen sich Frankreich und England, im Weltmaßstabe England und Amerika (und Japan) gegenüber. Amerika versucht durch die Abrüstungskonferenz seine wirtschaftlich und politisch gewachsene Machtstellung auch militärisch zu festigen. Das ist der Sinn der amerikanischen Pläne der Einberufung einer Abrüstungskonferenz nach Washington, die vom Völkerbund, d. h. von England, unabhängig tagen soll.

*

Das bedeutsamste Zeichen einer Neugruppierung der Mächte war in den letzten Wochen das englisch-italienische Schuldenabkommen. Italien erhielt von England so vorteilhafte Zahlungsbedingungen, daß dieses Abkommen als eine Fortsetzung der bei der Besprechung Chamberlains mit Mussolini begonnenen weitgehenden politischen Annäherung zwischen Italien und England angesehen werden muß. Italien wird im Sinne dieser Zusammenarbeit der Gendarm Englands auf dem Balkan, schützt Griechenland vor Überfällen, fördert Englands Pläne im Nahen Osten und erhält dafür in Nordafrika freie Hand. Insofern richtet sich dieses Abkommen gegen Frankreich, auf dessen Kosten England eine italienische Expansion in Nordafrika fördern soll. Andererseits ist infolge der englischen Beeinflussung auch eine sowjetfeindliche Wendung der Mussolini-Regierung zu erwarten.

*

Der vorläufig friedlich beigelegte Konflikt der Sowjetunion in der Mandschurei, der vom chinesischen Weißgardistenführer Tschang provoziert wurde, lüftete den Schleier von einem Teil der großzügigen Interventionspläne der Imperialisten. Tschang versuchte durch Besetzung der vertraglich russisch-chinesisch verwalteten Eisenbahn eine weißgardistische Operationsbasis gegen die Sowjetunion im Fernen Osten zu schaffen, wie sie zur Zeit der Interventionskriege schon bestand. Seine zweite Absicht war die chinesisch-russische Freundschaft zu trüben. Seine Pläne sind mißlungen, aber es wurde deutlich, daß Tschang auf Anweisung der fremden Imperialisten so handelte. Die große Freude Englands am Konflikt, die in London erörterten Interventionspläne gegen die chinesische Freiheitsbewegung, die Annäherungsversuche Englands an Japan, die sich in den chinesischen Kämpfen auch in der Annäherung Tschangs und Wus widerspiegeln. zeigen, daß neue Vorstöße der Imperialisten im Fernen Osten bevorstehen.

*

Die französische Finanzdebatte geht (5. Febr.) ihrem Ende entgegen. Die parlamentarische Lage ist unklar; Anträge der Regierung und des Linksblocks, die einander gegenüberstehen, werden

*) Über SPD. siebe den Leitartikel dieses Heftes und die Rundschau des nächsten. D. Red.

mit wechselnder Mehrheit angenommen oder abgelehnt. In der entscheidenden Frage der Umsatzsteuer, die vom Linksblock erst abgelehnt wurde, bahnt sich ein Kompromiß an. Das Ergebnis der Finanzdebatte wird sein: weitere Inflation, drückende Steuerlasten, wachsende Teuerung. Gegen das wachsende Elend macht sich ein Zug zur proletarischen Einheitsfront bemerkbar. Der Pariser Bauernkongreß, verschiedene Resolutionen und Äußerungen von sozialdemokratischer Seite sind Zeichen einer solchen Bewegung. –

*

Eine neue Verfolgungswelle ergießt sich über einige Länder: zweifellos Zeichen der Schwäche der bürgerlichen Regierungen, ihrer wachsenden Schwierigkeiten und der wachsenden Kräfte der Arbeiterbewegung. In Griechenland, Jugoslavien und Italien wurden Massenverhaftungen vorgenommen.

*

Die ungarische Frankenfälschungsaffäre spielt in der internationalen Politik insofern eine Rolle, als zwischen Frankreich und England ein Kampf um die Horthy-Regierung entbrennt ist. Während der englische Imperialismus im Horthysystem eine gute Stütze der englischen Pläne in Mitteleuropa erblickt, will der französische Imperialismus die Angelegenheit zum Sturz der (englisch orientierten) Horthy-Regierung und zur Einsetzung einer französisch orientierten Regierung benutzen. Diese sollte zusammen mit den anderen Vasallenstaaten Frankreichs als französischer Stützpunkt dienen. – Dieselben englisch-französischen Gegensätze offenbaren sich auch in der Behandlung Deutschlands. Die schließliche Räumung Kölns ist auf englischen Druck gegen Frankreich zurückzuführen, während in der Frage der verbleibenden Besatzungsstärke und der Militärkontrolle über Deutschland der französische Standpunkt zur Geltung kam.

5.11. Georg.

[120]

Sowjetunion

Das politische Leben der letzten Wochen stand noch ganz unter dem Eindruck und im Zeichen der Auswirkungen des XIV. Parteitags der KP der Sowjetunion. Die Berichterstattungskampagne über die Tagung, die immer in Sowjetrußland den Charakter einer Hochschule für die ganze Masse der Mitglieder trägt, wurde diesmal noch vertieft dank der Fülle und dem schwerwiegenden Inhalt der aufgeworfenen Probleme, Der Parteitagsbeschluß lautete, daß die Diskussion in den breiten Mitgliedermassen nicht fortgesetzt werde, aber um so mehr wurde der Mitgliedschaft zur Pflicht gemacht, den Parteitag zu studieren. Die Berichterstattungskampagne, die jetzt zu Ende geht, wurde diesem Gebot voll gerecht.

Die Opposition, die auf dem Parteitag selbst von ihren ursprünglichen Formulierungen abrückte, hat im Laufe der Kampagne nach dem Parteitag fast vollständig ihre Anhänger verloren. In Leningrad haben an den Versammlungen, in denen der Bericht vom Parteitag entgegengenommen wurde, 72.967 Genossen, d. h. 83 Proz. sämtlicher Kommunisten Leningrads, teilgenommen. Von ihnen stimmten gegen die Opposition 70.389 Genossen, d. h. 96,3 Proz. und nur 2 244 oder 3,2 Proz. stand hinter der Opposition bei 334 (0,5 Proz.) Stimmenthaltungen. In des Roten Armee und Flotte stimmten 99 Proz. gegen die Opposition. Ebenso hat sich der Kommunistische Jugendverband in seiner überwiegenden Mehrheit für die Linie des ZK entschieden.

Organisatorisch wurden Maßnahmen in dem Sinne getroffen, daß Neuwahlen einiger Rayon-(Bezirks-)Komitees vorgenommen wurden und für den 10. Februar eine außerordentliche Parteikonferenz von Leningrad angesetzt ist.

Die Opposition in der KP der Sowjetunion kann jetzt schon im großen und ganzen als liquidiert betrachtet werden.

*

Die Auswirkungen des Parteitags vollziehen sich in erster Linie auf dem Gebiet der Wirtschaft. Hier ist der auf Dserschinskis Antrag gefaßte Beschluß zu erwähnen, die Metallindustrie so auszubauen,

den die Sowjetunion in absehbarer Zeit vom Auslande unabhängig werden kann. Die Industrialisierung der Sowjetwirtschaft soll intensiver betrieben werden als es bisher der Fall war Die Eröffnung der Kraftstation Schatura hat gezeigt, zu welch ansehnlicher Leistung die Sowjetwirtschaft unter den ungünstigsten Verhältnissen fähig ist. Die Arbeiten auf dem Wolchowstroj schreiten vorwärts. Ebenso werden bereits Vorbereitungen getroffen für die Erweiterung und den Neubau von Fabrikanlagen.

Die Redaktion des Importplans und die Zusammenlegung der Außen- und Innenhandels-Kommissariate sind die Maßnahmen, auf die sich ökonomisch und organisatorisch die Wirtschaftsorgane umstellen.

Die Neuwahlen zu den Sowjets, die in der Union stattfinden, ergeben durchwegs eine gesteigerte politische Aktivität auf dem flachen Lande. Es zeigt sich, daß besonders die arme Bauernschaft viel aktiver geworden ist, Eine Eigentümlichkeit dieser Wahlen ist ferner die erhöhte Aktivität der Kopfarbeiter auf dem flachen Lande, so der Dorflehrer, Agronomen usw.

*

Die Gewerkschaftskongresse, die in den letzten Wochen in Moskau legten, gaben einen Überblick über den Grad des politischen und kulturellen Wachstums der Arbeitermessen, Nach dem Allrussischen Metallarbeiterkongreß tagte der Kongreß der Landarbeiter und dann der der Bauarbeiter. Besonders auf dem Kongreß der Landarbeiter (Verband der Boden- und Waldarbeiter), zu dem zum Teil die rückständigsten Elemente der ländlichen Arbeiter aus allen Teilen der Union zusammengekommen sind, konnte man den Fortschritt der letzten acht Jahre beobachten. Es wurde eine große gewerkschaftliche Arbeit auf diesen Kongressen geleistet, und zwar durchaus kollektiv.

Außer den Gewerkschaftskongressen tagte ein Kongreß der Agronomen und ein Kongreß der Statistiker. Der Sowjetstatistik wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet, nachdem der XIV. Parteitag die Mängel der statistischen Daten, die den Wirtschaftsplänen zugrunde gelegt worden waren, festgestellt hat.

Höhere Qualifikation der Produkte und der Arbeit sind die Forderungen, die immer greifbarere Gestalt gewinnen. Nicht allein, daß Arbeiterschichten umlernen und Branchen von höherer Qualifikation zugeführt waren sollen, – auch die Beamtenschaft tritt in eine höhere Phase. Davon zeugt die neue Tageszeitung „Nascha Gaseta“, das Blatt des Verbandes der Sowjetangestellten.

*

Die Arbeiter-Delegationen stehen nach wie vor im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Außer der österreichischen Arbeiterdelegation, die aus zehn Arbeitern besteht, wallt in Moskau eine norwegische Arbeiterdelegation. Swales, Mitglied des Generalrats der Trade Unions, weilte in Moskau und nahm an verschiedenen Tagungen teil.

Außer den Arbeiterdelegationen besuchte eine Delegation polnischer Parlamentarier unter Führung Bryls die Sowjetunion. Die Mitglieder dieser Delegation, vorwiegend Angehörige der Bauernpartei, haben die verschiedensten Orte der Union besucht und sich über das Gesehene sehr befriedigend ausgesprochen. Gegenwärtig befindet sich u. a. eine Delegation polnischer Industrieller in Sowjetrußland.

*

Das öffentliche Leben war außer den Tagungen stark in Anspruch genommen durch [121] die 20.-Jahr-Feier der Revolution von 1905 und den 100 Jahrestag des Dekabristen-Aufstandes. Anläßlich des 100. Geburtstages des berühmten Satyrikers Saltykow Stschedrin beschloß die Regierung den Nachkommen verdienstvoller Gelehrter und Künstler Staatspensionen zu gewähren.

Als Kulturerscheinung, die besonders erwähnt zu werden verdient, ist der Kampf gegen die Verwahrlosung der Kinder, der jetzt verstärkt in Angriff genommen wurde. Aus öffentlichen Mitteln soll eine Kolonie für verwaiste und defekte Kinder errichtet werden.

*

Die Außenpolitik der Sowjetunion stand im letzten Monat im Zeichen des Konflikts um die Ost-China-Bahn in der Mandschurei. Die Sowjetregierung hat seit dem ersten Moment des mandschurischen Konflikts deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nach wie vor die chinesischen Souveränitätsrechte anerkennt und daß ihr jede aggressive Haltung gegenüber dem chinesischen Volk fernliegt, In Tschangtsolins Söldnerheer befinden sich sehr viele weißgardistische Elemente, die in unmittelbarer Verbindung mit den russischen Monarchisten in Westeuropa stehen. Die Weißgardistenpresse im Auslande zeigt jetzt unverhohlen ihre Unzufriedenheit über den Ausgang des Abenteuers.

Die Sowjetregierung hat gleichzeitig ausgesprochen, daß ihr kriegerische Absichten auch gegenüber Japan fernliegen, Die Stellungnahme der englischen Presse während des Konflikts hat die Rolle Großbritanniens als treibende Kraft in der Antisowjethetze. im Fernen Osten offenbart.

Die Haltung der Sowjetregierung zum Völkerbund und der Locarnopolitik ist dieselbe geblieben. Die Verhandlungen malt der Schweiz zur Schlichtung des Konflikts sind bisher resultatlos geblieben. Mit Frankreich sollen die Verhandlungen jetzt in Fluß kommen. Die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung durch die Tschechoslovakei wird erwartet.
4.II. F. Rubiner.

Komintern
England.

Die Kommunistische Partei führt gegenwärtig eine Kampagne im ganzen Lande zur Befreiung der politischen Gefangenen. Es gelang ihr, in einer Reihe von Städten gemeinsame Komitees mit lokalen Labour-Parties zu schaffen, die die Durchführung dieser Kampagne übernahmen. Andererseits erhielt die Partei Unterstützung durch lokale Arbeiterparteiorganisationen. Dies ist um so bemerkenswerter, als zu Ende vorigen Jahres die Independent Labour-Party einen Einheitsfrontvorschlag der KP (zur Abwehr der Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse) abgelehnt hat. Die Hauptlosungen in dem Schreiben der KP lauteten: „Für einen 100prozentigen Trade-Unionismus, für die Nationalisierung der Bergwerke, für ein Existenzminimum, für einen Arbeiter-Selbstschutz gegen die Technische Nothilfe.“

Die Kampagne der Partei gegen Ausschluß aus der Labour-Party wurde bis jetzt von 38 Organisationen der LP. unterstützt.

Die Organisierung des linken Flügels in der LP schreitet fort. In London und in einer Reihe anderer Distrikte wurden Linksflügel-Organisationen gebildet. Die Londoner Organisation besteht aus Labour-Parties, die sich auch mit aller Schärfe gegen den Ausschluß der Kommunisten gewandt haben. Mit der nationalen Organisation des linken Flügels befaßte sich der „Sunday Worker“ (Linksflügelorgan). In diesem Blatt wurde zu einer nationalen Konferenz des linken Flügels aufgerufen, gezeichnet von Purcell, Hicks und Cook, Es erfolgten viele Zustimmungen im nationalen Maßstabe, Die Konferenz fand statt, und die Teilnehmer bestanden aus Parlamentsmitgliedern, Gewerkschaftsführern, Mitgliedern der Plebs-League, der KP und der ILP. Die von den Einberufern eingebrachte Resolution enthielt u. a. folgende Forderungen: Internationale Gewerkschaftseinheit, Solidarität der Arbeiterschaft mit den unterdrückten Arbeitern des britischen Weltreichs, eine Politik der nächsten Arbeiterregierung, die auf Niederringung des Kapitalismus hinzielt, Arbeiterverteidigungskorps gegen den Faschismus. Die Konferenz verlief jedoch wegen starker Differenzen resultatlos und wurde auf einen Monat verschoben. Inzwischen wurde die Frage in der Presse weiter diskutiert. Lansbury wandte sich in seinem „Labour Weekly“ gegen die Organisierung des linken Flügels, da eine derartige Organisation die Gefahr einer Spaltung der Arbeiterklasse herbeiführe. „Sunday Worker“ erwiderte darauf, daß die gestellten Forderungen mit denen Lansburys und des Kongresses von Scarborough übereinstimmen. Die KP drückte ihre Bereitschaft aus, zwecks Durchführung der Forderungen des „Sunday Worker“ mit der Lansbury-Gruppe und der ILP zusammenzuarbeiten.

Die Exekutive der ILP hat für den Parteitag zu Ostern ein neues Aktionsprogramm vorbereitet. Darin heißt es, es sei die Aufgabe der Partei, „den aggressiven Geist der Linken mit der konstruktiven

Fähigkeit, die uns mit der Rechten verbindet, zu kombinieren“. Die Absicht ist, den Gedanken abzuschwächen, daß der Sozialismus nur auf evolutionärem Wege und nur nach Generationen kommen kann. ILP sieht ihre Aufgabe darin, der jetzigen Generation den Sozialismus zu bringen. Die Nationalisierung der Banken, Nationalisierung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, Nationalisierung der Eisenbahnen, Bergwerke und elektrischen [122] Kräfte, Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden, nationale Organisation der Bauindustrie werden als unmittelbare Maßnahmen für notwendig erachtet.

In bezug auf ihr Verhältnis zur Zweiten Internationale will sie ihre Bemühungen zur Schaffung einer „vollkommenen“ Internationale erneuern und so die Voraussetzungen für die Schaffung eines linken Flügels in der Zweiten Internationale geben.

Vereinigte Staaten.

Die Workers (Communist) Party hat auf die Botschaft Coolidges mit einem Aufruf geantwortet, in dem folgende Forderungen enthalten sind: Gegen die polizeiliche Registrierung der ausländischen Arbeiter, für die Gleichberechtigung der Neger, gegen die Antistreikgesetzgebung, keine politischen Verfolgungen, für Nationalisierung der Industrie unter Arbeiterkontrolle, Hilfe für die ausgebeuteten Farmer, für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Weiter ist die Tätigkeit der Partei ins Bergarbeiterstreik zu erwähnen. Es gelang in einer Reihe von Streikgebieten, die Arbeiter für die Forderungen des progressiven Bergarbeiterkomitees zu gewinnen.

In den wichtigsten Zentren der Partei wurden Parteischulen gegründet. Die Umorganisierung der Partei auf Betriebszellen ist in New York zu Ende geführt.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist der Erfolg des linken Flügels auf dem Kongreß der International Ladies Garement Workers (Damenschneider), einer der fünf größten Organisationen der American Federation of Labor, zu erwähnen. Während auf dem vorletzten Kongreß der linke Flügel eine Niederlage erlitt und nur 50 Delegierte auf sich vereinigte, war er auf diesem Kongreß mit 170 Delegierten vertreten, Diese repräsentierten etwa 70 bis 80 Proz. der Mitgliedschaft. Die Stärke der Organisation beträgt 90.000 Mitglieder. Es wurden einstimmig Resolutionen angenommen: Für die Bildung einer Labour-Party, für die Entsendung einer Arbeiterdelegation nach der USSR, für die Anerkennung der USSR, für die Anerkennung des 1. Mai als Feiertag der Arbeiterschaft, gegen den Faschismus, für die Unterstützung aller Bewegungen, die gegen den Militarismus kämpfen, gegen diplomatische Beziehungen mit der faschistischen Regierung Italiens, gegen die polizeiliche Registrierung der ausländischen Arbeiter, Alle Versuche der Bürokratie sowie die Angriffe des Führers der AF of L, Green, die darauf hinausliefen, den linken Flügel zu spalten, scheiterten,

Die auf Grund der Tournée von Purcell nach dem Kongreß der AF of L gegründeten Komitees der Gewerkschaften für die Entsendung einer Arbeiterdelegation nach der USSR entwickeln eine umfangreiche Tätigkeit. Bis jetzt wurden 12 Delegierte gewählt, davon acht aus größeren Städten.

Frankreich.

Bei den Gemeindewahlen in St. Denis erhielt die Partei 65 Proz. der abgegebenen Stimmen. Doriot trat im Parlament für die Räumung und Unabhängigkeit Syriens ein.

I n n e r p a r t e i l i c h ist eine allgemeine Mitgliederversammlung von Paris zu erwähnen, in der das ZK. über den Sinn des Offenen Briefes referierte, den die letzte Parteikonferenz an die Mitgliedschaft richtete. Treint ging auf die Fehler der Partei ein, die bei der praktischen Anwendung der Einheitsfront in der letzten Zeit gemacht wurden. Es seien manchmal Propaganda- und Einheitsfrontlosungen verwechselt worden. Die Partei bleibe nach wie vor Anhängerin des Fraternisierens auf der Rif-Front sowie der Räumung Marokkos. Doch dürfe man den Arbeitern nicht sagen, daß, wenn sie nicht Anhänger unserer Losungen seien, mit uns keine gemeinsame Front gebildet werden könne. Die Fehler der Partei bestanden darin, daß als Vorbedingung Forderungen aufgestellt wurden, die erst eine Folge unserer Arbeit sein können. Zwischen uns und den Opportunisten, die für die Reformisten annehmbare Losungen aufstellen, müssen wir jedoch einen reinlichen Strich ziehen. Nach Treint sprach von

der rechten Opposition Loriot, der darauf hinwies, daß die Partei die revolutionären Perspektiven überschätze und die Stabilisierungsmomente des Kapitalismus unterschätze sowie bei der Durchführung der Einheitsfront eine falsche Stellung bezogen habe, Nach seiner Auffassung sei es utopisch, die Einheitsfront mit den Massen unter Umgehung der Führer durchführen zu wollen. Im weiteren rechtfertigte Sémard die allgemeine Politik der Partei und wies auf eine Reihe von Erfolgen hin. Die Versammlung wurde vertagt.

Das ZK. der KPF faßte eine Resolution über die Ergebnisse des XIV. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die dem ZK. der Kommunistischen Partei der Sowjetunion volles Vertrauen ausspricht und den Beschluß auf Ausbau der Leitung der Komintern durch Verstärkung des Einflusses der Bruderparteien begrüßt.

Der Kongreß des französischen Bauernrates, Bezirk Paris, der unter dem Einfluß der KP steht, hat mit einer Mehrheit von 180 gegen 69 Stimmen einen Beschluß angenommen, wonach sich die Föderation keiner politischen Partei unterordnen darf, Weiter wurden Protestresolutionen gegen neue indirekte Steuern sowie für die Beendigung des Krieges in Marokko und Syrien, für Aufhebung der Kriegsgerichte und für eine allgemeine Amnestie angenommen.

Tschechoslovakei

Die KP gab im Senat und im Abgeordnetenhaus eine Programmerklärung ab. In bezug auf die Bauernfrage wird dort gesagt, daß die Partei scharf den Betrug bekämpfe, den die Regierung bei der Bodenreform an den kleinen und mittleren Bauern vorgenommen habe. Es wird Steuerfreiheit für alle Kleinbauern gefordert, die pro Kopf der Familie nicht mehr als 1 ha Boden zur Verfügung haben. Weiter werden Steuerkontrollkommissionen, zusammengesetzt aus den arbeitenden Dorfbewohnern, zwecks richtiger Einschätzung gefordert. Die Grundbesitzer [123] sollen durch ein Gesetz zur Abgabe von Grund und Boden mit mäßigem Pachtzins an die Kleinbauern gezwungen werden. Weiter werden billige und langfristige Kredite gefordert.

In der nationalen Frage verlangt die Partei für jede Nationalität das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung. Entscheidungen in dieser Beziehung sollen durch Vertretungskörperschaften der arbeitenden Massen der entsprechenden Nationen gefällt werden. Die Forderung der Autonomie sei zwar eine bürgerliche, deren Inhalt ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Klassen der herrschenden und denen der unterdrückten Nationen sei, aber als Teilforderung sei die Partei bereit, auch eine derartige Forderung zu unterstützen.

Gegenwärtig führt die Partei eine Amnestiekampagne und größere Massenkundgebungen gegen die nationale Unterdrückung durch.

Die Kampagne für die Gewerkschaftseinheit wird weitergeführt und große Versammlungen fanden speziell im Ostrauer Industriegebiet statt. Zwecks Schaffung einer einheitlichen Textilorganisation wurde eine rege Propagandatätigkeit in Ostböhmen veranstaltet.

Die im letzten Monat erwähnte Kampagne für die Verschmelzung der selbständigen roten Verbände Ist weiter fortgeschritten. Die Vorstände des Holzarbeiterverbandes und des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter haben sich offiziell an den IAV zwecks Einleitung von Verschmelzungsverhandlungen gewandt.

Italien.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei Ist gegenwärtig durch die Lage gegeben, in die die Gewerkschaften durch das Verbot der Regierung kamen. In einer Reihe größerer industrieller Gebiete macht sich Innerhalb der Arbeiterschaft ein starker Widerstand gegen diese Maßnahmen der Faschisten bemerkbar. Hier hat die Partei schon einige Erfolge errungen, so vor allem im Norden in einigen gewerkschaftlichen Organisationen.

Bemerkenswert sind die Erfolge der Partei bei der Arbeit unter den Bauern, besonders im Süden. Der Faschismus, der seine Politik vollkommen auf die Interessen des Großgrundbesitzes eingestellt hat, hat dort seinen gesamten Anhang verloren. Weitere Ansatzpunkte ergeben sich vor allem durch die von der Regierung durchgeführte Zerstörung der Gemeindeautonomie.

Innerparteilich ist das nunmehr veröffentlichte Oppositions-Aktionsprogramm Bordigas zu erwähnen.

Schweden.

Die Partei hat im Augenblick eine starke Hetzkampagne von seiten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abzuwehren. Die Ursache liegt in der gesteigerten Aktivität der Partei, besonders auf dem Gebiet der Gewerkschaften. Besondere Beunruhigung schafft den Sozialdemokraten die von den Göteborger Metallarbeitern einberufene Konferenz, von der bis jetzt Zustimmungserklärungen von Organisationen eingelaufen sind, die etwa 130.000 Mitglieder vertreten. Bereits 100 Delegierte sind gewählt. Eine Gegenaktion der reformistischen Gewerkschaftsführer dürfte aus diesem Grunde erfolglos bleiben.

Die Erfolge der Partei dürften einer verbesserten Fraktionstätigkeit und dem Funktionieren der Betriebszellen zuzuschreiben sein. In einer Werbekampagne hat das Parteiorgan im letzten Monat 1000 neue Abonnenten gewonnen.

Norwegen.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der KP steht die Kampagne für die Labour-Party in Norwegen. Tranmael trat öffentlich gegen die Gründung einer Labour-Party und mit der Losung für eine vereinigte Arbeiterpartei auf. Nach ihm ist die Labour-Party keine revolutionäre Losung, da auf Grund einer solchen Bewegung kein revolutionärer Klassenkampf möglich sei. Eine Reihe von Gewerkschaftsführern treten für eine Labour-Party ein, die sich wesentlich auf die Gewerkschaften stützen müsse.

Holland.

Der Kongreß des NAS (revolutionäre Gewerkschaftszentrale Hollands) hat alle von der Profintern unterstützten Resolutionen über Gewerkschaftseinheit, Tageskämpfe, Verbindung mit den englischen Gewerkschaften u. a. mit gewaltiger Mehrheit angenommen. Ein Komitee zur Vorbereitung einer holländischen Arbeiterdelegation nach der USSR wurde gewählt.

Griechenland.

Durch die Einheitsfront der Kommunisten mit den übrigen Linksparteien und die Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen in Saloniki und anderen Orten ist die Regierung außerordentlich nervös geworden. Die Diktatur Pangalos ist das Ergebnis. Es ist beschlossen. die hauptsächlichsten Aufgaben der Regierung in einer einheitlichen Institution zu vereinigen, deren Hauptaufgabe die „Aufrechterhaltung der Ordnung“ sei.

*

Literatur.

Vereinigte Staaten: „The 4th National Convention of the Workers (Communist) Party.“ 166 Seiten. „Lenin, Liebknecht and Luxemburg“, herausgegeben von der Young Workers League. – England: Die Januarnummer der „Communist Review“: an erwähnenswerten Artikeln in dieser Nummer „Th. Rising Tide in Syria and the Near East“ von Crossley; „The Attack on the Party“ von T. Quelch.

1.II. Ch. Wurm.

[124]

II. Internationale

Der XX. Parteitag der PPS

Bisher ist noch auf keinem Kongreß dieser Partei ihre enge Verknüpfung mit der kapitalistischen Ordnung so klar und eindeutig zum Ausdruck gelangt.

Liest man aufmerksam den Kongreßbericht, so gelangt man abermals zu dem Schluß, daß im Grunde genommen der konterrevolutionäre Standpunkt der Partei ihrer kleinbürgerlichen Ideologie entspringt.

So wie die Furcht vor der proletarischen Diktatur, vor dem Regime der Arbeiter und Bauern die politische Linie der PPS in den Jahren 1918 und 1920 bestimmte, so bewirkte die Furcht vor der Entwicklung der revolutionären Kräfte in Polen den Eintritt der PPS in die Regierungskoalition auch im Jahre 1925.

Um ihren Eintritt in die Koalition vor den Massen zu rechtfertigen, wiesen die PPS-Leute ständig auf die Gefahr eines Rechtsputsches hin, der angeblich die Demokratie bedrohe:

„Es ist schwer auszudenken – so erklärte Barlicki in seinem Kongreßbericht –‚was die Bourgeoisie aus diesem Staat und aus der Arbeiterklasse gemacht hätte, wenn wir an der Koalition nicht teilgenommen hätten." – „Unsere vornehmste Pflicht war – die Demokratie zu retten. Daher sind wir in der Regierung", – ergänzte der Abgeordnete Prager. Keiner der Koalitionsanhänger unternahm jedoch den Versuch, einen Beweis dafür anzutreten, daß die Demokratie „in Gefahr" gewesen wäre. Die Argumente der Barlicki und Prager waren lediglich für sehr naive Leute bestimmt. Selbst die sehr friedfertige und furchtsame Opposition der Herren Zaremba, Szczerkowski, Uziemblo und ähnlicher Pseudoradikaler ging nicht auf diesen Leim.

In seiner Antwort an Barlicki mußte Zaremba feststellen:

„Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, der Gesetzgebung hätte Gefahr gedroht. Es drohte vielmehr die Gefahr einer Bewegung des Hungers und des Elends, wodurch die besitzenden Klassen gezwungen wurden, aus Angst ein Bündnis mit uns zu suchen. Die PPS. wird von der Bourgeoisie als Schild gegen etwaige Anschuldigungen benutzt."

Also – nicht die Befürchtung eines Putsches seitens der Rechtsparteien, nicht die Sorge um die Demokratie, sondern die Furcht vor Hungerrevolten, vor der Steigerung der revolutionären Bewegung bewirkte den Eintritt der PPS in die Koalition.

„Wenn nicht die Koalition – Polen hätte der Bürgerkrieg gedroht" – rief der Abgeordnete Jaworowski auf dem Kongreß. In ähnlicher Weise wurden die Delegierten von einem der Hauptförderer der Koalition, vom Abgeordneten Barlicki gewarnt.

Der Wiederaufbau der bürgerlichen Wirtschaft – dies ist das Ziel der Sozialistischen Partei. Dies war der Sinn des Berichts Szulawskis über die Wirtschaftslage, wie auch der Rede des Arbeitsministers Ziemincki und einer Reihe weiterer Führer der PPS.

Minister Ziemincki erklärte unumwunden:

> „Unsere aktuellste Aufgabe ist die Belebung der Industrie ... Dieses ist auch die Aufgabe unserer Klassengegner ... Dieses ist also gewissermaßen ein gemeinsamer Weg zum gemeinsamen Ziel ..."

Auch der „Oppositionelle" Stanczyk gab zu, daß der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft die Hauptaufgabe der PPS darstelle.

Die PPS-Leute sind daher feindselig gestimmt gegen alles, was der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft – ihrer Hauptaufgabe – zuwiderläuft. Daher auch ihr feindliches Verhältnis zum Kampf der landarmen und landlosen Bauern um das Land, wie auch zum Befreiungskampf der Weißrussen und Ukrainer. Daschinski sagte z. B. ausdrücklich, daß zur Erlangung einer auswärtigen Anleihe es notwendig war, die Gehälter der Beamten zu kürzen und „weitere Zugeständnisse der Arbeiterklasse an die besitzenden Klassen notwendig" seien.

Der Abgeordnete Jaworowski trat offen gegen die „Phrasen" vom Bündnis der Arbeiter und Bauern auf und „warnte" die Arbeiterschaft vor den Egoismus der Bauern. Der Abgeordnete Szulawski empfiehlt an Stelle des Arbeiter- und Bauernbündnisses das Bündnis „aller Parteien, die die Städte vertreten", d. h. das Bündnis der verräterischen Arbeiterführer mit den Fabrikanten, Kaufleuten und Bankiers.

An Stelle der Solidarität der polnischen Arbeiter und Bauern mit den unterdrückten Nationalitäten empfiehlt die PPS die Bildung einer „rein polnischen Mehrheit" in Gestalt der Koalitionsregierung. Der PPS-Kongreß, der sich zynisch-verlogen für das „Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten"

aussprach, stellte sich in Wirklichkeit in eine Reihe mit dem polnischen Nationalismus, der gegen die ukrainische und weißrussische Bevölkerung der Ostgebiete die Politik der rücksichtslosesten Polonisierung anwendet. Diesen Sinn haben auch die Beschlüsse des Kongresses über die Agrarreform. Selbst der PPS-Mann Uziemblo sah sich gezwungen, das von der PPS gutgeheißene Agrargesetz ein „ausgesprochenes Kolonisationsgesetz" zu nennen. Er widersprach den Ausführungen Kwapinskis folgendermaßen:

„Ihr wollt die Ostgebiete kolonisieren durch Ansiedlung ehemaliger Soldaten ... Zur Zeit, als die deutsche Regierung polnische Gebiete in Posen und in Pommerellen kolonisierte, waren die deutschen Sozialdemokraten die einzigen, die dagegen Protest erhoben. Und nun mutet man uns polnischen Sozialisten zu, wir sollen dem Kolonisationsgesetz für die Ostgebiete zustimmen!"

Der Kongreß beantwortet die Worte Uziemblos durch die Annahme des Beschlusses, das Kolonisationsgesetz sei „eine bedeutende Errungenschaft des Proletariats".

[125] Die auf dem Kongreß vertretene Opposition, zu der u. a. auch Uziemblo gehört, wurde gekennzeichnet durch Ängstlichkeit, Unentschlossenheit, Inkonsequenz. Die „Opposition" hatte dem konsequenten Opportunismus, dem offenen Verrat der Perl, Barlicki, Szulawski und Jaworowski nichts entgegenzustellen. Die „Oppositionellen" griffen den Grundsatz der Koalition mit den bürgerlichen Parteien gar nicht an, sondern fanden, es würde in der gegenwärtigen Lage genügen, die bürgerliche Regierung zu unterstützen, ohne sich durch offene Koalition den Massen gegenüber in eine ungünstige Lage zu bringen. Diese Leute, die – um mit Daschinski zu sprechen – „ein halbes Jahr lang ruhig zuschauten, wie die PPS gemeinsam mit den Nationaldemokraten die Grabaki-Regierung stützte", die gemeinsam mit Daschinski und Perl die Verantwortung für die opportunistisch. und verräterische Politik der PPS tragen, waren auch unfähig, eine tatsächliche Oppositionsstellung gegenüber den rechten Führern einzunehmen.

Die Kongreßbeschlüsse, durch welche der Beitritt der PPS zur Regierungskoalition gutgeheißen wurde, sowie auch die Kongreßreden der PPS-Führer fanden eine begeisterte Aufnahme in der reaktionären bürgerlichen Presse. Die „Gazeta Poranna" hob anerkennend hervor, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung sei „in der Ferne künstlicher Ideale entschwunden"; die reaktionäre „Iskra" schrieb, die Beschlüsse des Kongresses beweisen „den Sieg der nationalen Ideologie selbst bei den Leuten, die mit internationalen Losungen manövrieren".

Die Lobgesänge der Reaktion sind uns nur zu begreiflich. Die Reaktion wird die zeitweilige Schwächung der Arbeiterklasse durch den Verrat der PPS geschickt ausnützen. Schon jetzt, ungeachtet der Teilnahme der PPS-Leute an der Regierung, beginnt die Rechtspresse einen Angriff auf das bisherige Wahlsystem. Der Angriff auf die soziale Gesetzgebung hat auch bereits begonnen. Der Antrag der Rechtsfraktionen auf Aufhebung des Achtstundentags und der Urlaubsbeatimmungen ist bereits im Sejm eingebracht. Der Hauptangriff steht bevor im Moment einer geringen Besserung der Industriekonjunktur. N.

LITERATUR

Deutsch-Französische Jahrbücher

Neudrucke marxistischer Seltenheiten I. Verlag von Rudolf Liebing (L. Franz u. Co.), Leipzig 1925. Preis 8 RM.

Es ist ein glücklicher Gedanke des Verlags Rudolf Liebing, Seltenheiten der marxistischen Literatur in photographischer Wiedergabe nachzudrucken und sie damit auch denen zugänglich zu machen, die die märchenhaften Preise für die wenigen im Handel befindlichen Exemplare nicht zahlen können. Die Reihe beginnt mit den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, die eines der wertvollsten Dokumente aus der Geschichte des Marxismus sind.

Über ihre Entstehung mag man in Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie, Band 1, und auch in dem von ihm herausgegebenen Literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lasalle, Band 1, nachlesen. Hier nur der Hinweis, daß die Jahrbücher von Marx und dem Hegelianer und späteren Abgeordneten des Frankfurter Parlaments, Arnold Ruge, im Jahre 1843 geplant wurden, als sie beide

gerade ein Opfer der vormärzlichen Zensur geworden waren. Sowohl die „Rheinische Zeitung“, die unter der Leitung von Karl Marx das erste Blatt der werdenden deutschen Demokratie gewesen war, als die „Deutschen Jahrbücher“ Ruges waren unterdrückt worden. Gegen Ende des Jahres waren die Vorbereitungen abgeschlossen. im März 1844 kam das Doppelheft heraus. Es ist das einzige Heft geblieben, nicht weil die Zeitschrift, die nach Deutschland eingeschmuggelt werden mußte, sich finanziell nicht trug, nicht nur, weil zwischen Marx und Ruge der Bruch eintrat, sondern vor allem, weil die Jahrbücher eine bedeutsame, aber schnell überwundene Epoche in Marx' Entwicklung darstellen.

Die besten Köpfe des jungen, rebellierenden Deutschland schufen sich in den Jahrbüchern ein Forum. Neben den Herausgebern haben Aufsätze beigesteuert: Ludwig Feuerbach, Friedrich Engels, Michael Bakunin, Moses Heß, Johann Jacoby und F. C. Bernays. Von den Dichtern sind die beiden stärksten aus dem Vormärz vertreten: Heinrich Heine und Georg Herwegh.

Das Heft steht unmittelbar unter dem tiefen Eindruck, den Ludwig Feuerbach mit seiner Religionskritik auf die junge Generation der vierziger Jahre gemacht hatte. Indem er den Himmel auf die platte Erde herniedergezogen, Gott als das Geschöpf des Menschen nachgewiesen, die deutsche Philosophie aus dem Luftreich des Idealismus verjagt und auf dem festen Boden des Materialismus gegründet, hatte Feuerbach dieser jungen Generation selbst einen Boden unter die Füße gegeben. Und nun tummelte sie sich auf dieser Erde voll Begier, statt nur zu spekulieren, zu [126] wirken und auf Erden aufzuräumen, nachdem der Himmel gestürmt worden war.

Ihren Charakter erhält die Zeitschrift durch die Beiträge von Marx. Nachdem er in leidenschaftlichem Drang das letzte Wort der Philosophie in sich aufgenommen und das Revolutionäre in Hegels Dialektik entfesselt, war er in der „Rheinischen Zeitung“ bereits mit den profanen Tatsachen der Politik und des Klassenkampfes bekannt geworden. Nun hatte er von Feuerbach einen mächtigen Stoß vorwärts bekommen. Noch erkennt er diesen uneingeschränkt an. Aber schon macht er in den Jahrbüchern schöpferisch einen weiteren Schritt über ihn hinaus. Bei Feuerbach ist der Einzelmensch der Mittelpunkt der natürlichen Welt. Marx dringt vor zum politischen, zum sozialen Menschen, zur Klasse. „Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.“ Marx vollzieht hier die entscheidende Wendung von der Hegelei zum historischen Materialismus.

Die erste Frage ist die nach dem Kommunismus. Man spürt, wie er mit dieser Sache ringt. Die Dogmen, die Systeme der Cabet und Weitling, der Fourier und Proudhon befriedigen ihn nicht. Aber er fühlt, daß hier der Schlüssel für das soziale und politische Rätsel liegt, und er weiß den Weg, auf dem er zu suchen ist: „Wir müssen den Dogmatikern nachzuhelfen suchen, daß sie ihre Sätze sich klar machen.“ Überhaupt ist die Aufgabe: Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche! Darum hinein in die wirklichen Kämpfe, der Welt die Parolen des Kampfes zuschreien und ihr zeigen, warum sie eigentlich kämpft. Was gegenwärtig zu vollbringen ist? „Die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten.“ Das ist das Programm der Jahrbücher, es ist Marx' Lebensprogramm.

Marx schreitet zur Erfüllung dieses Programms in seiner Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Das ist wohl der glänzendste Aufsatz, den der Meister je geschrieben hat. Er ist geschrieben in dem berauschenden Gefühl des schöpferischen Wirkens, der Gestaltung eines neuen Weltbildes, das eben Form annimmt, und geschrieben unter dem heißen Drang, sich in den Kampf zu stürzen.

In scharf zugefeilten, funkelnden Antithesen seziert Marx hier die moderne Gesellschaft, sowohl in ihrer ausgebildeten Form im bürgerlichen Staate, wie in der anachronistischen des preußisch-deutschen Jammers; er untersucht ihr Bewußtsein und zeigt, wo der Hebel anzusetzen, welche Aufgaben zu erfüllen sind. Fast jeder Satz wird zur Sentenz. Hundertmal zitiert, sind wir versucht, Satz für Satz hier wieder herzusetzen, die letzten Schlüsse anzuführen, die dem Leser zeigen, wie weit sich der Marxismus im Kopfe seines Schöpfers gestaltet hatte:

„Wo also ist die Möglichkeit der deutschen Emanzipation?

Antwort: In der Bildung einer Klasse mit r a d i k a l e n Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und k e i n b e s o n d e r e s Recht in Anspruch nimmt, weil kein b e s o n d e r e s Unrecht, sondern das U n r e c h t s c h l e c h t h i n an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen h i s t o r i s c h e n, sondern nur noch auf den m e n s c h l i c h e n Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der v ö l l i g e V e r l u s t des Menschen ist, also nur durch die v ö l l i g e W i e d e r g e w i n n u n g des Menschen sich selbst gewinnen kann. D i e s e A u f l ö s u n g d e r G e s e l l s c h a f t a l s e i n b e s o n d e r e r S t a n d i s t d a s P r o l e t a r i a t.“

Marx sieht hier aus der Hegelschen Form den marxistischen Inhalt hervorbrechen. Die proletarische Revolution wird als Aufgabe gestellt, ihre Voraussetzungen werden entschleiert. Von einer anderen Seite wird dasselbe Thema von Marx in der J u d e n f r a g e aufgerollt.

F r i e d r i c h E n g e l s ist mit dem bekannten Aufsatz: „U m r i s s e z u e i n e r K r i t i k d e r N a t i o n a l ö k o n o m i e“ vertreten, indem bereits die Kritik der klassischen Ökonomie der Smith und Ricardo und ihres Abläufers Malthus eingeleitet wird. Er zeigt zugleich den Untergrund, auf dem Marx seine ökonomischen Theorien aufbaute. Weiter bringt Engels eine sehr wertvolle Kritik des Buches von Carlyle: „Part and Present“ (Vergangenheit und Gegenwart), einer Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft in der höchsten Entfaltung, die sie damals erreicht hatte, in England.

Sehr interessant gerade in dieser Zeit, wo den Fürsten der Prozeß gemacht werden soll, sind eine Reihe von Dokumenten, die in den Jahrbüchern abgedruckt werden. Da ist vor allem der Kampf Johann Jacobys um die Urteilsbegründung in dem bekannten politischen Prozeß aus vormärzlicher Zeit. Jacoby war wegen seiner Schrift: „V i e r F r a g e n, b e a n t w o r t e t v o n e i n e m O s t p r e u ß e n“, zunächst wegen „Hochverrats, Majestätsbeleidigung und frechen, unehrerbietigen Tadels der Landesgesetze“ zu zweieinhalb Jahren Festungshaft verurteilt, dann aber freigesprochen worden. Der ganze Prozeß war eine Schurkerei Friedrich Wilhelms IV., und er wurde durch eine noch größere Schurkerei, durch die Vernichtung der Unabhängigkeit der Richter, abgeschlossen [127] – diese Unabhängigkeit hatte sich einmal trotzig und ehrenvoll gegen den Cäsar behauptet. Von gleicher Bedeutung für die Kenntnis der Zeit, da Deutschland unter den Metternich u. Co. seufzte, ist das „Schlußprotokoll der Wiener Ministerialkonferenz vom 12. Juny 1834“, in welchem dem vormärzlichen „Konstitutionalismus“ die letzten Fetzen seiner Scheinexistenz heruntergerissen werden. Aber die Lehren, die sich daraus ergeben, gelten auch für heute.

Oberhaupt gilt für die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ dies: die bürgerliche Welt und ihr Bewußtsein und auch das Bewußtsein über diese bürgerliche Welt erscheint in ihnen im Gewande des Vormärz. Doch welch’ reicher Quell der Belehrung für den heutigen Tag! PF.

*

Fr. Engels: Naturdialektik

M a r x - E n g e l s - A r c h i v II. B d. S t a a t s v e r l a g M o s k a u - L e n i n g r a d. 1 9 2 5.

Vor eineinhalb Jahren berichteten wir an dieser Stelle über die Tätigkeit des Marx-Engels-Instituts und konnten dabei auf die Tatsache hinweisen, daß der Schwerpunkt dar marxistischen Forschung von Westeuropa sich nach Sowjetrußland verschoben hat.

Eine schlagende Bestätigung dafür bietet der II. Band des von Rjasanoff redigierten Marx-Engels-Archivs. Unter der Sammelüberschrift: F r. E n g e l s, „N a t u r d i a l e k t i k“, werden 16 zum größten Teil b i s h e r u n v e r ö f f e n t l i c h t e Arbeiten von Engels im deutschen Original und in einer sorgfältigen russischen Übersetzung publiziert. Die größte Bedeutung kommt den Manuskripten „Dialektik und Naturwissenschaft“ (1873–76). „Alte Einleitung zur Naturdialektik“ (1880), „Notizen“ (1881/82), „Allgemeine Natur der Dialektik als Wissenschaft“ zu. Diese Manuskripte von Engels

bilden eine unschätzbare Ergänzung zu den bisher bekannten Werken von Marx und Engels. In historischer Hinsicht liegt ihre Bedeutung vor allem darin. daß sie den Einfluß Hegels auf Engels in ganz neue Beleuchtung rücken. Gegenüber dem seichten Empirismus der bewußten und unbewußten philosophischen Spekulationen der zeitgenössischen Naturwissenschaftler, der seine Polemik in erster Linie gilt, hebt Engels immer wieder aus dem unerschöpflichen Reichtum der Hegelschen Logik neue Momente hervor. Die fortlaufenden Kommentare zur Hegelschen Naturphilosophie sind ein Beweis dafür, daß die marxistische Dialektik allein fähig ist, das Wertvolle und Bleibende aus der alten Philosophie herauszuholen, während die heutige bürgerliche Philosophie (der sogenannte Neuhegelianismus inbegriffen) mit der Hegelschen Naturphilosophie nichts anzufangen weiß.

In systematischer Hinsicht ist die Bedeutung der Manuskripte nicht weniger groß. Sie liegt nicht nur darin, daß der Versuch Engels, die dialektischen Gesetze in der Natur nachzuweisen, hier in viel umfassenderer Weise vorgenommen wird, als im „Antidühring", sondern vor allem darin, daß der Nachweis der Dialektik in der Natur von Anfang bis Ende, in ganz konkreter Weise – mit dem Nachweis der Gemeinsamkeit der Naturgesetze und der Denkgesetze verbunden wird. In den Notizen von Engels haben wir die Bausteine zu einer wahren dialektischen Logik. Überall ist Engels bestrebt, das dialektische Ineinanderübergehen der Gegensätze nachzuweisen. Seine Analysen sind eine einzige fortlaufende Bestätigung für Lenins Formulierung: „Dialektik ist die Lehre dessen, wie Gegensätze identisch sein können und sind und wie sie es werden ..." (S. Lenin, „Zur Frage der Dialektik", „Unter dem Banner des Marxismus". Heft 2.)

In engster Anlehnung an Hegel gibt Engels eine köstliche Kritik der platten, „induktiven Logik" (die noch heute in Millionen Schulbüchern herrscht), Analysen der logisch-erkenntnistheoretischen Grundbegriffe (Kausalität, Zufall und Notwendigkeit, Identität) sowie der naturphilosophischen Grundbegriffe. Die Analyse des Begriffs der Kraft in dem Manuskript „Grundformen der Bewegung" (gegen Helmholtz) stellt den Höhepunkt der dialektischen Begriffskritik dar.

Die im engeren Sinne genommenen naturwissenschaftlichen Arbeiten („Flutreibung", „Wärme", „Elektrizität) sind inhaltlich stofflich mehr oder minder veraltet; trotzdem bietet ihr Studium für das Verständnis der Dialektik in methodischer Hinsicht auch höchst wichtiges Material.

Das Studium der Engelsschen Manuskripte erfordert sehr verschiedene Voraussetzungen. Die Manuskripte sind keine Sensationslektüre. Nur eine genaue Kenntnis der auch bisher zugänglichen Schriften von Engels und der Hegelschen Logik ermöglicht die fruchtbare Auswertung der fragmentarisch-knappen Aufzeichnungen. Andere, für die Veröffentlichung bestimmte, ausgearbeitete Manuskripte, wie z. B. die wunderbare alte Einleitung zur „Naturdialektik" sind Musterstücke populärer Darstellung schwieriger Probleme. Wir sprechen hier den Wunsch aus, daß diese Stücke möglichst bald in einer billigen Sonderauflage erscheinen, die allen Arbeitern und nicht nur Forscherkreisen zugänglich ist.

Die Einleitung des Genossen Rjasanoff bietet eine ausgezeichnete historische Darstellung der inneren und äußeren Entstehungsgeschichte der Engelsschen Manuskripte.

Adalbert Fogarasi.

[128]

„Die Kommunistische Internationale"

Verlag C. Hoym, Nachf. Hamburg.

Im Laufe des Januar ist das November-Heft 5 der Zeitschrift in deutscher Sprache erschienen. Hervorzuheben ist ein Beitrag von Gussew über „Frunse und die Rote Armee, der die großzügigen Pläne des mitten aus seinem Schaffen herausgerissenen Kriegskommissars behandelt. Wichtig für unsere Partei ist der Artikel des Genossen Fleck über die Partei- und Führerkrisen in der KPD, der die Geschichte der KPD von ihrer Gründung bis zum Ekki-Brief an der Hand des Prinzips der innerparteilichen Demokratie durchprüft. In einer kürzen Antwort weist die Redaktion auf die Bedeutung dieses Artikels hin „als einer Widerspiegelung der Ansichten, die in einem gewissen Teil der Partei

unter dem neuen Kurs bestehen“, macht aber als Kritik geltend, daß dieses Leitprinzip zur Aufhellung der Geschichte der Krisen der Partei nicht genüge. Dieses Prinzip sei nicht aufzufassen als Mittel, die „Resultante“ zwischen den verschiedenen Gedankenrichtungen in der Partei zu finden, sondern vor allem wichtig für die engere Verbindung der Partei mit den Massen. Bei der Erforschung des Charakters und der Bedeutung der Führerkrisen in der KPD müsse die Prüfung der konkreten politischen Lage entscheidend sein.

Die Bibliographie bringt sehr interessante Beiträge, so eine glänzende Abfuhr Werner Sombarts aus der Feder von Maletzki. In der Besprechung eines kürzlich erschienenen Werkes von Mathiez, einem namhaften französischen Historiker der großen Revolution, passiert leider wieder einer jener hier schon oft vermerkten Druck- bzw. Übersetzungsfehler, indem der Name dauernd M a t h i e u geschrieben wird. Der Verlag müßte die Übersetzer dazu anhalten, die Schreibweise der Namen, die sie aus der phonetischen russischen Schreibweise übersetzen, genau nachzuprüfen.

Ebenfalls mit über zweimonatiger Verspätung ist ein Sonderheft erschienen, das die Probleme des Ostens behandelt. Wir heben hervor die beiden ersten Artikel über die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei Chinas, die wichtige Lehren über die revolutionäre Taktik enthalten. Es folgen Artikel über die Lage in Partien, den syrischen Unabhängigkeitskampf, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Japan (ein Artikel Katayamas, der leider aus dem Mai 1925 (!) stammt), ferner über die proletarische Partei in Japan, die Probleme Niederländisch-Indiens und Südafrikas. Von großem Interesse ist ein ausführlicher historischer Artikel über die Arbeiterbewegung der Türkei von P. Kitaigorodski.

Das Heft ist sehr wertvoll und wäre es in viel höherem Maße, wenn die Artikel nicht zum größten Teil schon reichlich veraltet wären. Die Bewegung im Osten z. B. macht heute in wenigen Jahren Schritte, die die europäische Arbeiterbewegung in Jahrzehnten zurücklegte. Ein halbes Jahr Verzögerung der Berichterstattung bedeutet da sehr viel. Sollte es unmöglich sein, den technischen Apparat der Zeitschrift zu verbessern? R.

*

Druckfehlerberichtigung.[*]

Im Leitartikel des Heftes Nr. 3 soll es auf Seite 68, Zeile 7 von oben statt „proletarischen“ richtig heißen „p o l i t i s c h e n“ Arbeit.

[129]

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 1. März 1926 ∗ Heft 5

Zum deutsch-italienischen Konflikt

B e r l i n, 22. Februar.

Die Presse der deutschen Bourgeoisie beginnt Kampagnen gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten in Polen, in der Tschechoslovakei, in Memel, in Südtirol, Elsaß-Lothringen usw. zu unternehmen. Immer lauter tritt diese Presse für die nationale Freiheit der deutschen Minderheiten in andern Staaten ein. Und immer systematischer werden diese Kampagnen geführt, zweifellos im Einverständnis mit der Regierung.

Die deutsche Bourgeoisie als Vorkämpfer der nationalen Freiheit! Das ist dieselbe Bourgeoisie, die erbarmungslos die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ausplündert, deren Gerichte die Fememörder und Fürsten verteidigen und die Arbeiter in die Zuchthäuser stecken. Die deutsche Bourgeoisie bleibt unempfindlich gegen das Elend der Werktätigen, der fünf Millionen Erwerbslosen, aber wenn sie z. B. an die 250.000 deutschen Südtiroler denkt, die der Faschismus natürlich ebenso wenig schont, wie die 40 Millionen italienischen Arbeiter und Bauern, dann wird sie moralisch, dann tritt sie auf als Vorkämpfer der „internationalen Moral“.

Mit diesen Worten bezeichnete nämlich der Außenminister der deutschen Bourgeoisie, Herr Stresemann, die Rolle Deutschlands in der Südtiroler Frage. Und er fand nicht nur den Beifall der gesamten Bourgeoisie, sondern selbstverständlich auch den Beifall der Sozialdemokraten. Die deutsche Sozialdemokratie, seit 1914 gewohnt, sich mit der Bourgeoisie zum „nationalen Krieg“ zu verbünden, verband sich auch diesmal mit den Junkern und Kapitalisten zum nationalen Protest.

Der deutschen Bourgeoisie geht es natürlich nicht um das Wohl und Wehe der 250.000 national unterdrückten Südtiroler. Auch das Standbild Walthers von der Vogelweide würde ihr an und für sich keine Träne entlocken. D i e d e u t s c h e B o u r g e o i s i e b e n ü t z t d i e T a t s a c h e d e r d e u t s c h e n M i n d e r h e i t e n i n d e n v e r s c h i e d e n e n S t a a t e n u n d i h r e n a t i o n a l e U n t e r d r ü c k u n g, u m u n t e r d e m D e c k m a n t e l d e r V e r t e i d i g u n g d e r n a t i o n a l e n M i n d e r h e i t e n i h r e P o l i t i k d e s W i e d e r a u f b a u e s d e s d e u t s c h e n I m p e r i a l i s m u s i m S c h a t t e n E n g l a n d s z u [130] b e t r e i b e n u n d d u r c h d i e E r z e u g u n g e i n e r n a t i o n a l i s t i s c h e n K a m p a g n e d i e A r b e i t e r u n d K l e i n b ü r g e r v o n d e r s o z i a l e n M i s e r e a u f d i e n a t i o n a l e E h r e a b z u l e n k e n. Ihrer Rolle getreu, decken die sozialdemokratischen Führer auch alle derartigen Manöver der deutschen Bourgeoisie.

Der reale Hintergrund des deutsch-italienischen Konflikts war nicht die (tatsächlich vorhandene) nationale Unterdrückung der Deutschen Südtirols und die Beleidigung der Gedichte Walthers von der Vogelweide. Der offiziöse diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, eines der englischen Regierung nahestehenden Blattes, brachte Ende Januar einige interessante Mitteilungen über die Ursachen der Verschlechterung in den Beziehungen zwischen dem italienischen Faschismus, d. h. der italienischen Bourgeoisie, und der deutschen Bourgeoisie.

Die deutsche Bourgeoisie hofft nach ihrem Eintritt in den Völkerbund ein Kolonialmandat zu bekommen. Die gesamte bürgerliche Presse betreibt nicht nur eine Kampagne gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten, sondern seit langem auch für die Notwendigkeit der Erwerbung von Kolonien und Einflußsphären (z. B. in China), also für das „Recht“ Deutschlands zur Teilnahme an der Ausbeutung und Vergewaltigung von Kolonialvölkern. Der zweifellos ausgezeichnete und offiziös informierte Korrespondent teilte mit, daß die deutsche Regierung bereits seit längerer Zeit bei den verschiedenen Staaten über die Möglichkeit sondiere, vom Völkerbund ein Kolonialmandat zu erhalten. Hierbei sei sie aber auf die A b l e h n u n g I t a l i e n s gestoßen. Denn Italien verlangt vor Deutschland vom Völkerbund ein Mandat, der italienische Faschismus erhebt das Prioritätsrecht.

Der offiziöse Korrespondent dieses der englischen Regierung nahestehen den Blattes brachte diese Mitteilung Ende Januar. Zu dieser Zeit spitzten sich die deutsche Kampagne wegen der Unterdrückung

Südtirols und die Kampagne der faschistischen Presse zu. Der bayerische Freiheitskämpfer Held hielt seine Rede. Zweifellos besteht ein enger Z u s a m m e n h a n g zwischen der Ankurbelung der Aufregung über Südtirol, die man den Massen vormachte, und der ablehnenden Haltung des italienischen Faschismus gegen die Ansprüche der deutschen Bourgeoisie auf ein Kolonialmandat. Es besteht kein Zweifel, daß der hinter den Türen geführte Streit über ein Kolonialmandat eine der Ursachen für die Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen war. Die brutale Unterdrückung der Südtiroler Deutschen durch Mussolini bot einen günstigen Anlaß, um diese Kolonialverstimmung in Form gewaltiger Proteste gegen die nationale Vergewaltigung der Südtiroler Deutschen zu äußern.

Die Südtiroler Kampagne, ihre Zusammenhänge, ihr Verlauf, ihre Zwischenfälle, zeigen eine Reihe interessanter Erscheinungen, auf die man die Aufmerksamkeit lenken muß, da sie mit der Zeit zum System der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie werden.

[131] Erstens: die deutsche Bourgeoisie benutzt die deutschen Minderheiten in den verschiedenen Staaten als Instrumente für ihre Außenpolitik. Sie ist damit zum Teil erfolgreich imstande, ihre realen außenpolitischen Pläne und Handlungen zu verschleiern. Die deutsche Bourgeoisie, die immer stärker in das Fahrwasser des englischen Imperialismus gerät, wird zweifellos auch jede konkrete Maßnahme im Dienste des englischen Imperialismus mit dem Vorwand der Verteidigung und des Schutzes dieser oder jener deutschen Minderheit in diesem oder jenem Staat begründen. So ist es in der weiteren Entwicklung durchaus nicht ausgeschlossen, daß z. B. die „Befreiung“ der Deutschen im polnischen Korridor, in Danzig, in Oberschlesien usw. der Vorwand sein wird, hinter dem versteckt die deutsche Bourgeoisie auch konkret einen Angriff auf Sowjetrußland unterstützt*).

Zweitens: die Südtiroler Kampagne wurde von der ganzen bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse planmäßig mit einem System von zweifellos auf breitere Kreise wirkenden „Kriegslügen“ ausgeschmückt. Nicht nur Stresemann, sondern auch ein Teil der Presse mußten am Abschluß der Kampagne, wie z. B. die „Deutsche Bergwerkszeitung“, einen Teil der Lügen richtigstellen.

Drittens: die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse stellte es so hin, als wäre die ganze Welt und vor allem England in diesem Konflikt auf seiten Deutschlands. Das war eine systematische Fälschung, denn die englische konservative Presse nahm faktisch für Mussolini Stellung. Diese Methode war natürlich darauf berechnet, das Manöver der deutschen Bourgeoisie bei den Massen noch erfolgreicher wirken zu lassen. Diese Methode ist dieselbe wie die im Weltkrieg angewandte Methode der „Aufstände in Indien und Irland“.

Viertens: die offizielle Sprache der deutschen Bourgeoisie, in der sie ihre Manöver durchführt, ist die Sprache des „Friedens“. Die offizielle Sprache der deutschen Bourgeoisie hat an Kaiser Wilhelm gelernt, was man vermeiden, und von den englischen Diplomaten, wie man über eine schlechte Sache reden muß. Die Außenminister der deutschen Bourgeoisie triefen jetzt von Appellen an den Frieden, Völkergerechtigkeit, internationaler Moral. Breitscheid, Hilferding und Stampfer können fast nicht mehr konkurrieren. Diese Sprache ist natürlich darauf berechnet, die breiten Arbeitermassen für die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie einzufangen. Man erinnere sich daran, daß während der Locarno-Debatte im Reichstag, als unsere Vertreter die englische Orientierung der deutschen Bourgeoisie, die Pläne des englischen Imperialismus gegen Sowjetrußland feststellten, Stresemann mit dem Ton eines Biedermanns Rußland fragte, ob es der Friedensstörer Europas sein wolle.

Fünftens: indem die deutsche Bourgeoisie die tatsächliche Unterdrückung der deutschen nationalen Minderheiten in den verschiedenen [132] Staaten zur Verschleierung ihrer realen außenpolitischen Ziele benützt, gelingt es ihr zweifellos, nicht nur breite kleinbürgerliche Massen, sondern auch breitere Schichten von Arbeitern für die „nationale Einheitsfront“ einzufangen. Dies umsomehr, als die Sozialdemokratie mit ihrem ganzen Einfluß, den sie noch auf breite Massen besitzt, diese Manöver erleichtert. Man betrachte z. B. das Manöver, das die deutsche Bourgeoisie anläßlich des Streits um die Sitze im Völkerbundsrat ausführt, und die Haltung der sozialdemokratischen Presse. Die Sozialdemokratie hat Locarno als einen gewaltigen Schritt zur Herstellung eines dauernden Friedens

*) Die Frage der deutschen Minderheiten wird noch in einem besonderen Artikel zu behandeln sein.

zwischen Frankreich und Deutschland angepriesen, Locarno war die endliche Versöhnung der jahrhundertelang entzweiten Völker. Was tut diese Sozialdemokratie jetzt? Sie kämpft an der Seite Englands und der gesamten deutschen Bourgeoisie gegen Frankreich, das einen polnischen Ratssitz befürwortet, und gegen Polen, das einen solchen Ratssitz verlangt. Hier hat die Sozialdemokratie sich selbst und Locarno demaskiert. Die deutsche Bourgeoisie, voll unterstützt von der deutschen Sozialdemokratie, „versöhnt" sich nicht, sondern versucht als englisches Instrument im Völkerbund, ihre Stellung gegen Frankreich und Polen aggressiv zu stärken. Morgen, wenn es die internationale Lage erlaubt, wird die deutsche Sozialdemokratie an der Seite der Bourgeoisie den Arbeitern nicht nur die Parole geben, daß man zur Herstellung des ewigen Friedens den polnischen Ratssitz verhindern, sondern daß man die deutschen Minderheiten in Danzig, im Korridor usw. „befreien" müsse,

Die Partei muß sehr aufmerksam die realen Hintergründe der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie, die Zusammenhänge, ihre Methoden zur Erzeugung der „nationalen Einheitsfront" beobachten, Denn nur dann wird man imstande sein, die Politik der deutschen Bourgeoisie und ihrer Agenten vor den Massen zu entlarven, sie zu warnen, sie vor Überrumpelung zu schützen. Dieser italienisch-deutsche Konflikt hat sehr anschaulich gezeigt, wie es der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe der SPD gelang, sich für kurze Zeit vor breiten proletarischen und kleinbürgerlichen Massen als die Verteidiger der nationalen Freiheit hinzustellen und in dieser Frage eine gewisse Burgfriedensstimmung zu erzeugen. Dieser Konflikt hat natürlich heute an und für sich geringe Bedeutung. Aber in der Entwicklung können solche „Konflikte" die Verschleierungsmaßnahmen bei der Einleitung bewaffneter Vorstöße oder Hilfsdienste für den englischen Imperialismus bedeuten. Von einer Stresemann-Rede über Deutschland als „Verfechter der internationalen Moral", unter vollster Zustimmung der Sozialdemokraten, bis zur „Verteidigung der internationalen Moral" mit den Waffen, ebenfalls unter Zustimmung der Sozialdemokraten, ist bei der Zuspitzung der imperialistischen Konflikte, bei der systematischen Vorbereitung der englischen Front gegen Sowjetrußland ein viel kürzerer Weg, als mancher von uns heute annimmt. [133]

*

Sieben Jahre Komintern

Am 2. März 1919 wurde in Moskau unter dem Vorsitz Lenins der Gründungskongreß der Komintern eröffnet. Wir bringen im folgenden eines der wichtigsten Dokumente dieses Kongresses, das Einladungsschreiben an die KPD (Spartakusbund).

Die Redaktion.

Teure Genossen! Die unterzeichneten Parteien und Organisationen halten es für dringend notwendig, den ersten Kongreß der neuen revolutionären Internationale zusammenzuberufen. Während der Dauer des Krieges und der Revolution sind nicht nur der volle Bankrott der alten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und zugleich der Zweiten Internationale, nicht nur die Unfähigkeit der Zwischenelemente der alten Sozialdemokratie (des sogenannten „Zentrums") zur aktiven revolutionären Aktion endgültig klar geworden, sondern gegenwärtig kommen bereits mit voller Deutlichkeit die Umrisse der wirklich revolutionären Internationale zum Vorschein. Die riesenhaft schnelle Vorwärtsbewegung der Weltrevolution, die stets neue Probleme aufstellt, die Gefahr der Erstickung dieser Revolution durch das Bündnis der kapitalistischen Staaten, welche sich gegen die Revolution unter der heuchlerischen Fahne des „Völkerbundes" zusammentun, die Versuche der sozialverräterischen Parteien, sich miteinander zu einigen und, nachdem sie einander „Amnestie" erteilt haben, ihren Regierungen und ihrer Bourgeoisie nochmals zum Betrug der Arbeiterklasse zu verhelfen; endlich die bereits erworbene außerordentlich reiche revolutionäre Erfahrung und die Internationalisierung der ganzen Revolutionsbewegung – alle diese Umstände zwingen uns, die Initiative zu ergreifen, um die Frage der Zusammenberufung eines internationalen Kongresses der revolutionären proletarischen Parteien auf die Tagesordnung zur Diskussion zu stellen.

1. Die Ziele und die Taktik

Als Grundlage der neuen Internationale muß unseres Erachtens die Anerkennung der folgenden Sätze dienen, welche hier als Plattform aufgestellt werden und welche auf der Basis der Programme des

Spartakusbundes in Deutschland und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) in Rußland ausgearbeitet worden sind.

1. Die jetzige Periode ist diejenige der Auflösung und des Zusammenbruchs des gesamten kapitalistischen Weltsystems, welche den Zusammenbruch der europäischen Kultur überhaupt bedeuten wird, falls der Kapitalismus mit seinen unlösbaren Gegensätzen nicht vernichtet wird.

2. Die Aufgabe des Proletariats besteht jetzt darin, die Staatsmacht zu ergreifen. Das Ergreifen der Staatsmacht bedeutet die Vernichtung des Staatsapparats der Bourgeoisie und die Organisierung eines neuen proletarischen Machtapparats.

3. Dieser neue Machtapparat muß die Diktatur der Arbeiterklasse und an einigen Orten auch der Kleinbauern und der Landarbeiter verkörpern, das heißt, das Werkzeug der systematischen Niederwerfung der Ausbeuterklassen und das Werkzeug ihrer Expropriation sein. Nicht die falsche bürgerliche Demokratie – diese heuchlerische Form der Herrschaft der Finanzoligarchie – mit ihrer rein formellen Gleichheit, sondern die proletarische Demokratie mit der Möglichkeit der Realisation der Freiheit für die arbeitenden Massen; nicht Parlamentarismus, sondern Selbstverwaltung dieser Massen durch ihre gewählten Organe; nicht kapitalistische Bürokratie, sondern Verwaltungsorgane, die von den Massen selbst geschaffen worden sind, unter der wirklichen Beteiligung dieser Massen an der Verwaltung des Landes und an der Tätigkeit des sozialistischen Aufbaues – dies soll der Typs des proletarischen Staates sein. Die Macht der Arbeiterräte oder Organisationen ist seine konkrete Form. [134]

4. Die Diktatur des Proletariats muß der Hebel der sofortigen Expropriation des Kapitals und der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmittel sein und dessen Verwandlung in Volkseigentunt.

Die Sozialisierung (wobei unter Sozialisierung die Aufhebung des Privateigentums und die Übergabe ins Eigentum des proletarischen Staates und in die sozialistische Verwaltung der Arbeiterklasse verstanden wird) der Großindustrie und deren organisierenden Zentren, der Banken; die Konfiskation der Ländereien der Großgrundbesitzer und die Sozialisierung der kapitalistischen landwirtschaftlichen Produktion; die Monopolisierung des Großhandels; die Sozialisierung der großen Häuser in den Städten und auf den Gütern; die Einführung der Arbeiterverwaltung und die Zentralisation der wirtschaftlichen Funktionen in den Händen der Organe der proletarischen Diktatur – dies sind die Hauptprobleme des Tages.

5. Zwecks Sicherung der sozialistischen Revolution, ihrer Verteidigung gegen innere und äußere Feinde, Hilfeleistung den anderen Nationalfraktionen des kämpfenden Proletariats usw. ist die volle Entwaffnung der Bourgeoisie und ihrer Agenten und die allgemeine Bewaffnung des Proletariats notwendig.

6. Die Weltsituation verlangt jetzt die engste Fühlung zwischen den verschiedenen Teilen des revolutionären Proletariats und eine vollständige Einigung zwischen den Ländern, wo die sozialistische Revolution bereits gesiegt hat.

7. Die Grundmethode des Kampfes sind die Massenaktionen des Proletariats bis zum offenen Kampf mit bewaffneter Hand gegen die Staatsmacht des Kapitals.

II. Verhältnis zu den „sozialistischen“ Parteien

8 Die Zweite Internationale ist in drei Hauptgruppen auseinandergefallen: die offenen Sozialpatrioten, welche während des ganzen imperialistischen Krieges der Jahre 1914 bis 1918 ihre eigene Bourgeoisie unterstützen und die Arbeiterklasse in Henker der internationalen Revolution verwandelten; das „Zentrum“, dessen theoretischer Führer gegenwärtig Kautsky ist und das eine Organisation solcher Elemente darstellt, welche stets schwankend sind, keiner bestimmten Richtschnur fähig und bisweilen direkt verräterisch sind; endlich der linke revolutionäre Flügel.

9. Im Verhältnis zu den Sozialpatrioten, welche überall in den kritischen Momenten mit bewaffneter Hand gegen die proletarische Revolution auftreten, ist nur schonungsloser Kampf möglich. Im Verhältnis zum „Zentrum“ – die Taktik des Absplitterns von ihm der revolutionären Elemente,

erbarmungslose Kritik und Entlarvung der Führer. Die organisatorische Scheidung von den Zentrumsleuten ist auf einer gewissen Stufe der Entwicklung unbedingt notwendig.

10. Auf der anderen Seite ist ein Block mit denjenigen Elementen der revolutionären Arbeiterbewegung notwendig, welche, obgleich sie früher der sozialistischen Partei nicht angehörten, jetzt im großen und ganzen auf dem Standpunkt der proletarischen Diktatur in der Form der Sowjetmacht stehen. Solche sind an erster Stelle die syndikalistischen Elemente der Arbeiterbewegung.

11. Endlich ist das Heranziehen aller jener proletarischen Gruppen und Organisationen notwendig, welche, obgleich sie nicht der linken revolutionären Strömung sich offen angeschlossen haben, nichtsdestoweniger in ihrer Entwicklung eine Tendenz in dieser Richtung an den Tag legen.

12. Konkret schlagen wir vor, daß am Kongreß die Vertreter folgender Parteien, Gruppen und Strömungen teilnehmen sollen (als vollberechtigte Mitglieder der Kommunistischen Internationale werden ganz andere Parteien gelten, welche gänzlich auf deren Boden sich stellen):

1. Der Spartakusbund (Deutschland). 2. Die Kommunistische Partei (Bolschewiki) Rußland. 3. Die Kommunistische Partei Deutsch-Österreich, 4. do. Ungarns. 5. do. Finnlands. 6. Die Kommunistische Arbeiterpartei Polens. 7. Die Kommunistische Partei Estlands. 8. do. Lettlands. 9. do. Litauens. 10. do. Weißrußlands. 11. do. Ukraine. 12. Die revolutionären [135] Elemente der Tschechischen SDP. 13. Die engherzige Bulgarische Sozialdemokratische Partei. 14. Die Rumänische SDP. 15. Der linke Flügel der Serbischen SDP. 16. Die linke SDP Schwedens. 17. Die Norwegische SDP. 18. In Dänemark die Gruppe Klassenkampen. 19. Die Kommunistische Partei Hollands. 20. die revolutionären Elemente der belgischen Arbeiterpartei. 21. und 22. Die Gruppen und Organisationen innerhalb der sozialistischen und syndikalistischen Bewegung Frankreichs, welche im großen und ganzen mit Loriot solidarisch sind. 23. Die linken Elemente der spanischen sozialistischen Partei. 26. Die linken Elemente der portugiesischen sozialistischen Partei. 27. Die Britischen SP (hauptsächlich die von den Maclean vertretene Strömung). 28. SLP (England). 29. IWW (England). 30. I. W. of Great Britain. 31. Die revolutionären Elemente der irländischen Arbeiterorganisationen. 32. Die revolutionären Elemente der shop stewards (Groß-Britannien). 33. SLP (Amerika). 34. Die linken Elemente der amerikanischen SP (die von Debs vertretene Strömung und die Liga der sozialistischen Propaganda). 35. IWW (Amerika). 36. IWW (Australien). 37. Workers International Industrial Union (Amerika). 38. Die sozialistischen Gruppen von Tokio und Yokohama (vertreten durch Genossen Katayama). 39. Die sozialistische Jugendinternationale (vertreten durch Genossen Münzenberg).

III. Die Organisationsfrage und die Namen der Partei

13. Die Basis der Kommunistischen Internationale wird dadurch gegeben, daß in verschiedenen Teilen Europas bereits Gruppen und Organisationen von Gesinnungsgenossen sich gebildet haben, welche auf einer gemeinsamen Plattform stehen und im großen und ganzen dieselben taktischen Methoden anwenden. Dies sind an erster Stelle die Spartakusleute in Deutschland und die kommunistischen Parteien in vielen anderen Ländern.

14. Der Kongreß muß ein gemeinsames Kampfesorgan zwecks permanenter Verbindung und planmäßiger Leitung der Bewegung, ein Zentrum der Kommunistischen Internationale hervortun, die Interessen der Bewegung in jedem Lande den gemeinsamen Interessen der Revolution im internationalen Maßstab unterordnend. Die konkreten Formen der Organisation, der Vertretung usw. werden vom Kongreß ausgearbeitet werden.

15. Der Kongreß muß den Namen „Der erste. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ annehmen, wobei die einzelnen Parteien zu ihren Sektionen werden. Theoretisch haben bereits Marx und Engels den Namen „Sozialdemokrat“ unrichtig gefunden. Der schändliche Zusammenbruch der sozialdemokratischen „Internationale“ verlangt auch hier eine Scheidung. Endlich ist der Grundkern der großen Bewegung bereits von einer Reihe von Parteien gebildet, welche diesen Namen angenommen haben.

Angesichts des Obengesagten schlagen wir allen Bruderparteien und Bruderorganisationen vor, die Besprechung der Frage der Zusammenberufung des Internationalen Kommunistischen Kongresses auf die Tagesordnung zu stellen.

Mit sozialistischem Gruß:
Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei
(Lenin, Trotzki)
Das Auslandsbüro der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens
(Karski)
Das Auslandsbüro der Kommunistischen Arbeiterpartei Ungarns (Rudniansky)
Das Auslandsbüro der Komm. Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs
(Duda)
Das Russische Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen
Partei Lettlands (Rosing)
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Finnlands
(Siirola)
Das Exekutivkomitee der revolutionären sozialdemokratischen
Balkanföderation (Rakowsky)
Für die SLP Amerika (Reinstein).

[136]

Die deutsche Strafrechtsreform und das Proletariat

Zum amtlichen Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuchs von 1925.

Von F e l i x H a l l e.

Als im November 1918 die konstitutionelle Monarchie in Deutschland zusammenbrach, versäumte es das Proletariat bzw. die von ihm gewählten Vertretungskörperschaften, die Arbeiter- und Soldatenräte nebst dem Rat der Volksbeauftragten, die alte Justizgesetzgebung im Interesse des Proletariats von Grund aus zu ändern, den bürgerlichen Justizapparat zu zerbrechen und eine proletarische Klassenjustiz zum Schutze der Revolution an seine Stelle zu setzen. Es war die sozialdemokratische Führerschaft, die den vereinzelt laut gewordenen Wünschen nach sofortigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Justiz im Interesse der Revolution auf dem Verordnungswege mit dem Einwande begegnete, daß eine Abänderung derartiger Grundgesetze durch Verordnung zu einer allgemeinen Unordnung führen und deswegen einer gesetzlichen Regelung durch die Nationalversammlung vorbehalten bleiben müsse. So bildete sich folgender Zustand heraus: die monarchistischen Richter und Staatsanwälte blieben in ihren Funktionen, ihre Machtstellung wurde sogar durch die Weimarer Verfassung ausdrücklich bestätigt, im Strafprozeß galt nicht nur die alte, reguläre Prozeßordnung, sondern es wurde sogar das Ausnahmegesetz aus der preußischen Reaktionszeit, das Belagerungszustandsgesetz von 1851, mit seinen außerordentlichen Kriegsgerichten von N o s k e galvanisiert, bis sich konterrevolutionäre Sondergerichte nach neuem Reichsrecht (Artikel 48 RV,) entwickelt hatten und die Pseudo-Volksgerichte in Bayern ein wirksames Instrument der Gegenrevolution geworden waren.

Was die Strafandrohungen angeht, die den wesentlichen Bestandteil des Reichsstrafgesetzbuchs von 1871 und der strafrechtlichen Nebengesetze bilden, so blieben diese in Kraft mit der Einschränkung, daß die Bestimmungen zum Schutze der Fürsten infolge deren Entthronung gegenstandslos (obsolet) geworden waren. Soweit nun unter der neuen republikanischen Staatsform eine einschneidende Änderung der strafgesetzlichen Bestimmungen vorgenommen worden ist – so durch das Republikschutzgesetz vom 21. Juli 1922 –, fand noch eine Vermehrung der strafrechtlichen Tatbestände statt, die sich in der Praxis der Gerichte im wesentlichen nur gegen die Bestrebungen des klassenbewußten Proletariats zur Erkämpfung seiner politischen und wirtschaftlichen Freiheit richteten. Hiermit war eine Verschärfung der Strafen verbunden, die zur Wirkung hat, daß Tausende von Proletariern bei politischen Delikten an Stelle der vom Strafgesetzbuch vorgesehenen Festungsstrafe Gefängnis oder gar Zuchthaus erhalten konnten.

Die wirtschaftliche Desorganisation der Kriegs- und Nachkriegszeit, die mit der Demobilmachung einsetzende Arbeitslosigkeit als periodisch immer wiederkehrende Massenerscheinung, der Wäh-

rungsverfall führten bei dem Fortbestehen der alten – unter gänzlich anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffenen – Strafbestimmungen zu einer derartigen Häufung von Verurteilungen, daß die Zuchthäuser und Gefängnisse der Republik ständig überfüllt waren, obwohl während der Hungerjahre der Kriegszeit ein Massensterben der Gefangenen und der entlassenen Strafgefangenen an Hungerödem stattgefunden hatte. Die wachsende Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten schuf einen so großen kriminellen Nachwuchs, daß schließlich fiskalische Gründe, hohe Strafvollzugskosten und ähnliche Erscheinungen, die Regierungen zu Abhilfemaßnahmen zwangen. Da aber die [137] Regierungen sich nicht entschließen konnten, endlich den Entwurf eines neuen, den veränderten Zeitumständen angepaßten und erheblich gemilderten Strafgesetzbuchs dem Reichstag vorzulegen, schritten sie zu einer Novellengesetzgebung. Im Dezember 1921 erschien das erste G e l d s t r a f e n g e s e t z, das in den folgenden Jahren wegen der dauernden Änderung der Währung und der wirtschaftlichen Verhältnisse fünfmal abgeändert wurde. Durch diese Gesetzgebung wurden die ins ungemessene angeschwollenen kurzfristigen Freiheitsstrafen, die auf Grund des alten Reichsstrafgesetzbuchs von 1871 verhängt werden mußten, durch eine erweiterte Anwendung der Geldstrafe in einem gewissen Umfange eingeschränkt und ersetzt. Die andere bedeutsame Materie, die durch eine Novellengesetzgebung geregelt worden ist, betrifft das J u g e n d s t r a f r e c h t. Das Jugendgerichtsgesetz von 1923 beseitigte einige der schwersten, selbst nach bürgerlicher Auffassung unhaltbar gewordener Mißstände, schuf aber zugleich mit seinen weitgehenden Erziehungs- und Fürsorgevorschriften, die in einem durchaus antiproletarischen Geiste durchgeführt werden, neue Gefahren für die Jugend der Arbeiterklasse.

Schon vor dem Kriege war die Reformbedürftigkeit des geltenden Strafgesetzbuchs von 1871 von den Juristen der verschiedensten Richtungen und den politischen Parteien anerkannt worden, wenn auch die Wünsche über das an die Stelle des Alten zu setzende sehr weit auseinandergingen. Bereits im zweiten Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten des Reichsstrafgesetzbuchs zeigte die 1882 neu angelegte Reichskriminalstatistik in wenigen Jahren ein so erschreckend schnelles Ansteigen der Verurteilungsziffern, insbesondere bei den Eigentumsdelikten, daß eine Abänderung des Gesetzes von den verschiedensten Seiten gefordert wurde. Vor allem wurde immer deutlicher, daß von einer Besserung im bürgerlichen Strafvollzuge ernsthaft nicht die Rede sein konnte, und daß Rückfall und wiederholter Rückfall eine ständige Erscheinung bildeten. Die einsichtigeren Fachleute konnten sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Staat auf dem Gebiete der Strafjustiz trotz der schärfsten Ausbeutung der Gefangenen alljährlich große Stimmen im Etat auswarf, ohne auch nur annähernd die gewünschten Erfolge einer Abnahme der Gesetzesverletzungen zu erzielen. In den folgenden Jahrzehnten wurden zahlreiche Vorschläge zur Reform des geltenden Strafrechts von bürgerlichen und vereinzelt auch von sozialdemokratischen Fachleuten gemacht. Als Vorarbeit für eine deutsche Strafrechtsreform wurde auf Anregung des damaligen Reichsjustizamts ein umfangreiches Werk (16 Bände) einer rechtsvergleichenden Darstellung des ausländischen und deutschen Strafrechts geschaffen, an dem fast alle deutschen Strafrechtslehrer ohne Unterschied der Richtungen – es gab damals nur bürgerliche Rechtslehrer in Deutschland – mitarbeiteten. In Auswirkung dieser Anregungen erschienen dann mit Unterstützung der Behörden mehrere Strafgesetzentwürfe, so 1909, 1913 und 1919. 1922 ließ der damalige Reichsjustizminister Professor R a d b r u c h eine Neufassung ausarbeiten, die dann mit einem in Österreich ausgearbeiteten amtlichen Entwurf die wesentlichen Unterlagen für den jetzt vorliegenden amtlichen Entwurf von 1925 abgab, wobei eine Rückrevidierung des Entwurfs aus der älteren bürgerlichen Auffassung heraus vorgenommen wurde.

Der amtliche Entwurf von 1925 ist ein Mischprodukt. Der Entwurf läßt die Weltanschauungsgegensätze zwischen der herrschenden Bourgeoisie und des an der Herrschaft mitbeteiligten Kleinbürgertums deutlich erkennen. Gerade auf dem Gebiete des Strafrechts bestehen erhebliche Gegensätze zwischen den feudalen, klerikalen Teilen der Bourgeoisie und dem liberalfreidenkerischen Teile des Bürgertums und des Kleinbürgertums. Einig sind [138] beide Gruppen nur in dem einen Ziel: der Benutzung des Strafrechts zur politischen Unterdrückung des Proletariats. Der Entwurf von 1925 spiegelt nun die grundsätzlichen Anschauungen seiner Verfasser und der hinter ihnen stehenden politischen und wirtschaftlichen Gruppen zu den Grundproblemen des Strafrechts wieder. Wir wollen

uns zur Vornahme einer Kritik in möglichster Kürze mit diesen strafrechtlichen Grundfragen beschäftigen.

In seinem Ursprung hat das Strafrecht eine gemeinsame Wurzel mit der Privatrache des Verletzten (Blutrache). In der Feudalzeit ziehen die herrschenden Stände, Fürsten, Adel, Geistlichkeit, und in den Städten das Patriziat die richterliche Gewalt – und allmählich auch den Strafvollzug – als ein ausschließliches Hoheitsrecht an sich. Die Strafgewalt wird eines der wirksamsten Mittel zur Behauptung der Herrschaft der höheren Stände über die ausgebeuteten Klassen. Um die Grausamkeit dieser Strafgewalt, die alle Elemente der Rache in sich trägt, zu bemänteln und von sich abzuwälzen, wird die Strafe als Opfer der Götter und in christlich-kirchlicher Zeit als eine von Gott gewollte „gerechte Vergeltung dargestellt und vollzogen. Die Strafe ist eine von Gott verhängte Vergeltung für den Frevel, Gesetzgeber und Richter sind nichts als irdische Werkzeuge göttlicher Gerechtigkeit. Die Strafe in dieser Auffassung – die in verschiedenen Abwandlungen die theologische und die ältere bürgerliche Strafrechtsphilosophie durchzieht – ist etwas Absolutes. Vertreter dieser Auffassung war im 19. Jahrhundert die sogenannte „klassische“ Strafrechtsschule. In dem Entwurf von 1925 finden sich eine ganze Reihe von Bestimmungen, die in letzter Linie auf Vorstellungen zurückzuführen sind, wie sie dem Gedankengang der klassischen Strafrechtstheorie entsprechen. Ich nenne hier die absolute Androhung der Todesstrafe beim Mord: „Wer einen anderen tötet, wird mit dem Tode bestraft.“ (A. E. 1925, § 221.) Auch die Beibehaltung der Bestrafung der Gotteslästerung, der Blutschande, der Abtreibung entspricht der gleichen rückständigen Weltanschauung, die in den wirtschaftlichen Interessen ihrer Anhänger, soweit sie der herrschenden Klasse angehören, ihre Erklärung findet. Neben dem Text des Gesetzentwurfs ist es vor allem die Begründung, die deutlich erkennen läßt, daß die Redakteure des amtlichen Entwurfs von 1925 den Vergeltungs- und Abschreckungsgedanken keineswegs aufgegeben haben. Sie stehen in ihrer Auffassung durchaus den reaktionären Juristen Birkmeyer und Kahl nahe, den echten Erben des Geistes der Verfasser der peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V. Die Konzessionen dieser konservativen Strafrechtsrichtung an die veränderten Zeitverhältnisse beschränken sich darauf, daß sie keine verschärfte Todesstrafe (Rädern, Verstümmeln) mehr fordern, sondern mit dem geltenden Recht sich mit Enthauptung durch Fall- und Handbeil begnügt und auch an Stelle der anderen Leibesstrafen den Täter nur mit langjährigen, teils bis zur Lebenszeit ausgedehnten Zuchthausstrafen „proportional“ seinem Verbrechen „gerecht“ bestraft wissen will.

Die andere Strafrechtsrichtung, die auf den amtlichen Entwurf von 1925 erheblichen Einfluß gehabt hat, ist die sogenannte moderne (bürgerliche) Strafrechtsschule, die sich auch als soziologische Strafrechtsschule bezeichnet. Der Hauptvertreter dieser strafrechtlichen Auffassung in Deutschland war der verstorbene Strafrechtslehrer Franz von Liszt. Politisch war Liszt als freisinniger Abgeordneter tätig gewesen, er war antijunkerlich, antiklerikal, aber auch – wie verschiedene Veröffentlichungen aus seiner letzten Lebenszeit ergeben – antikommunistisch eingestellt. Seine Kollegen und Schüler, die seine Schule fortsetzten, sind zumeist Demokraten, zum Teil auch wie z. B. Radbruch die juristischen Berater der SPD, namentlich in [139] den Programmfragen (vergl. das Görlitzer Programm der SPD von 1921). Im Gegensatz zur klassischen konservativen Strafrechtsschule sieht die moderne bürgerliche Strafrechtsrichtung im Verbrechen nicht nur die individuelle Handlung des Täters, sondern sie betrachtet das Verbrechen als soziale Erscheinung in seiner gesellschaftlichen Bedingtheit. Aber weit entfernt, den gegenwärtigen Klassenstaat zu negieren, will sie den Rechtsverletzer bessern und ihn der Gesellschaft, d. h. der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft, zurückgewinnen, ihn einordnen oder als unverbesserlich und Schädling zur Sicherung der Gesellschaft durch dauernde, eventuell lebenslängliche, Einsperrung absondern (eliminieren).

Liszt und seine Schule haben freilich die Grundsätze der soziologischen Kriminologie nicht so konsequent vertreten, wie die Italiener Enrico Fern und Raffaele Garofalo. Der erste Entwurf eines Strafgesetzbuchs für einen bürgerlichen Staat, das den Schuldbegriff und damit die Vergeltungsstrafe nicht kennt, ist der italienische, der in deutscher Übersetzung 1921 erschienen ist. Bezeichnenderweise ist dieser italienische Entwurf nicht Gesetz geworden, und er hat unter der Herrschaft des Faschismus in Italien auch keine Aussicht, Gesetz zu werden. Das einzige geltende Strafrecht der Welt, das auch die Grundsätze der soziologischen Strafrechtsschule verwirklicht und die soziale Maßnahme an die Stelle

der Vergeltungsstrafe gesetzt hat, ist da. auf dem Boden des Marxismus stehende sowjetrussische Recht, und in dem Strafgesetzbuch der RSFSR vom 1. Juni 1922, sowie in den Grundsätzen der Strafgesetzgebung des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepubliken vom 31. Oktober 1924 niedergelegt.

Die deutsche Bourgeoisie, die sich bisher unter der republikanischen Staatsform im wesentlichen mit dem aus der Zeit der Monarchie übernommenen materiellen Strafrecht beholfen hat, sucht nun nach einem Strafrecht, das ihren Interessen entspricht. Die reaktionären Tendenzen sollen durchgesetzt werden, aber es sind auch gewisse Konzessionen an die sozialdemokratische Führerschaft notwendig, die solche Zugeständnisse zur Erhaltung der justizpolitischen Illusionen, d. h. zur Täuschung ihrer Wähler, gebraucht. Professor Kahl, der juristische Exponent wichtigster Kreise der herrschenden Bourgeoisie, steht in seiner Weltanschauung den Anhängern der extrem-konservativen Strafrechtsrichtung näher, als den Sozialdemokraten. Aber Kahls Taktik ist auf kriminalpolitischem Gebiet ebenso von der ultrakonservativen verschieden, wie in der allgemeinen Politik das Vorgehen der Deutschen Volkspartei von der Haltung der Deutschnationalen. Für die Gestaltung des AE. 1925 war die Kompromißpolitik entscheidend, die die Richtungen Kahl und Radbruch getrieben haben.

Der Entwurf von 1925 gibt, soweit er die Radbruchschen Vorarbeiten von 1922 beibehalten hat, den Richtern mit der unbestimmten Verurteilung und mit der Sicherheitsvermehrung Vollmachten, die gegenüber dem geltenden Recht eine bedeutende Erweiterung der richterlichen Gewalt darstellen. Es bedarf keiner weiteren Begründung zu der Feststellung, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Gerichte und der Einstellung der Richter in Deutschland es für das klassenbewußte Proletariat eine neue große Gefahr bedeutet, wenn die Rechte der Gerichte in dieser Weise erweitert werden. Das deutsche Proletariat darf sich keinen Augenblick darüber täuschen, welch wesentlicher Unterschied darin besteht, ob soziale Schutzmaßnahmen wie Besserungs- und Zweckstrafe, sowie Sicherheitsverwahrung von einem proletarischen Staate zum Schutze proletarischer Interessen eingeführt und angewandt werden, oder von einem kapitalistischen Staat zur Aufrechterhaltung der alten Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung. Und wenn demokratische und sozialdemokratische Führer [140] dem Proletariat Justizeinrichtungen nach den Prinzipien der modernen bürgerlichen Strafrechtsschule uneingeschränkt als Fortschritt anpreisen, so müssen wir das Proletariat darauf hinweisen, daß dieser Fortschritt im kapitalistischen Staat für die Arbeiterklasse bisweilen eine ähnliche Bedeutung hat wie die Errungenschaft, die darin liegt, daß der Reichswehrminister ein neues Tank- oder Gewehrmodell einführt, mit dem unter vollster Ausnutzung modernster Waffentechnik auf Angehörige des Proletariats bei gegebener Gelegenheit geschossen wird. Für das Proletariat kommt die Anwendung der Grundsätze der modernen Strafrechtsschule in ihrer Totalität als Fortschritt nur in Frage, soweit sich das Proletariat im Besitze der politischen Macht und damit zugleich auch der richterlichen Gewalt befindet. Dies schließt nicht aus, daß einzelne Reformvorschläge der modernen bürgerlichen Strafrechtsschule auch im kapitalistischen Staat von dem klassenbewußten Proletariat als Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht betrachtet werden dürfen. Hierher gehört jede Milderung des Strafrechts, insbesondere eine Beseitigung starrer Mindeststrafen.

Der Entwurf von 1925 enthält im allgemeinen Teil verschiedene Bestimmungen, die vom klassenbewußten Proletariat im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung als Verbesserungen anzusehen sind und bei der parlamentarischen Beratung des Entwurfs im Interesse des Proletariats angenommen werden dürfen. Ich nenne als solche Bestimmung die verbesserte Fassung des Irrtumsbegriffs. Während nämlich das geltende Recht den strafrechtlichen Irrtum des Täters für unerheblich erklärt und nur dem tatsächlichen Irrtum Rechnung trägt, bestimmt der § 13 des Entwurfs:

„Ein Irrtum, der dem Täter das Unerlaubte seiner Tat nicht erkennen läßt, schließt die Bestrafung wegen vorsätzlicher Begehung aus.“

Die bisherige Gesetzgebung und Rechtsprechung hat in der Frage des Irrtums geradezu groteske Ergebnisse gezeitigt.

Solcher volksfeindlichen Begriffsjurisprudenz, der im Laufe von Jahrzehnten Tausende von Angeklagten, zumeist Proletarier, zum Opfer gefallen sind, wäre bei der Annahme der vorgeschlagenen

Abänderung ein Stück Boden entzogen. Ebenso ist die Fassung des Notstandsbegriffs im Entwurf 1925 als eine Verbesserung gegenüber dem geltenden Recht anzusehen.

Auf dem Gebiete des Versuchs einer strafbaren Handlung hatte das geltende Recht dem Reichsgericht ermöglicht, den Begriff des „untauglichen Versuchs am untauglichen Objekt“ zu konstruieren. In der Auswirkung dieser Rechtsprechung wurden Frauen, die, ohne schwanger zu sein, ein harmloses Mittel eingenommen hatten, um die irrtümlich angenommene Schwangerschaft zu beenden, auf Grund ihres „verbrecherischen“ Vorsatzes wegen versuchter Abtreibung in das Gefängnis geschickt. Diesem scholastischen Unfug mit dem Versuchsbegriff soll § 23 Absatz 4 des Entwurfs ein Ende bereiten.

Während das geltende Strafgesetzbuch bei einigen Delikten die Gewährung mildernder Umstände nicht kennt, so beim Mord und beim Meineid, will der Entwurf der alten Forderung einer Zulässigkeit von mildernden Umständen bei allen Straftaten entsprechen (A. E. §§ 72, 73, 74). Auch soll der Richter befugt sein, in leichteren Fällen von einer Bestrafung ganz abzusehen (§ 75). Bei der klassenmäßigen Besetzung der Gerichte und der jetzigen Einstellung der Richter würde eine solche Bestimmung die Straflosigkeit der besitzenden Klasse noch erweitern. Immerhin würde eine solche Regelung auch dem Proletariat zugute kommen, da sich die überwiegende Mehrheit aller Angeklagten im kapitalistischen Staat aus der besitzlosen Klasse rekrutiert. Zudem haben die starren Mindeststrafen des [141] geltenden Rechts nicht zu einer gleichmäßigen Bestrafung der Angehörigen der besitzenden oder besitzlosen Klasse beigetragen, vielmehr Veranlassung zu Freisprechungen in solchen zweifelhaften Fällen geführt, in denen aus klassenmäßigen Erwägungen heraus der Richter den der besitzenden Klasse entstammenden Angeklagten vor einer Freiheitsstrafe bewahren wollte. Gegenüber dem geltenden Recht mit seinen exorbitanten Mindeststrafen (z. B. drei Jahre Gefängnis bei Tötung auf Verlangen und einer ähnlichen Strafandrohung bei Kindesmord) ist der Befreiung des Richters von einem festen unteren Strafrahmen zuzustimmen.

Unannehmbar sind dagegen die Bestimmungen des Entwurfs über Strafverschärfungen beim Vorliegen besonders schwerer Fälle (§ 76). Die Praxis des Staatsgerichtshofs und des Reichsgerichts in der Auslegung des Begriffs des besonders schweren Falles, der sich auch im Republikschutzgesetz findet, hat gezeigt, daß die obersten Gerichte der bürgerlichen Klassenjustiz bei politischen Handlungen von Proletariern vielfach besonders schwere Fälle angenommen haben, obwohl den Beschuldigten mit Rücksicht auf den Angriff der Gegenseite, auf die wirtschaftliche Lage und psychische Verfassung der Täter mildernde Umstände im weitesten Umfange zugebilligt werden mußten und nach dem bestehenden Gesetz im äußersten Falle nur eine Überschreitung der Notwehr angenommen werden durfte. Auf dem Umwege über den „besonders schweren Fall gelangt der Entwurf auch wieder bei einzelnen Strafandrohungen zu drakonischen Mindeststrafen, z. B. im Falle des Totschlags (§ 222 Abs. 2 bes. Teil) Zuchthaus nicht unter 10 (!) Jahren.

Der allgemeine Teil bringt noch Bestimmungen zugunsten der Überzeugungsverbrecher (§ 71). Der Entwurf versteht hierunter Personen, die aus ihrer politischen, religiösen oder sittlichen Überzeugung zu ihrer Gesetzesverletzung gelangt sind. Er gewährt solchen Beschuldigten an Stelle der im besonderen Teil für die einzelne Straftat angedrohte Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe eine mildere Bestrafung unter dem Namen der Einschließung. Über die Strafe der Einschließung läßt sich Näheres erst sagen, wenn das Strafvollzugsgesetz, das sich in Vorbereitung befindet und mit dem Entwurf zusammen dem Reichstag vorgelegt werden soll, veröffentlicht sein wird. Zunächst ist vom proletarischen Standpunkt aus zu fordern, daß, wie im Entwurf von 1922, die Zuchthausstrafe sowie alle lebenslänglichen Freiheitsstrafen überhaupt beseitigt werden und daß bei politischen Delikten, d. h. bei allen Angriffen auf die Staatsverfassung und Verwaltung nicht Zuchthaus oder Gefängnis, sondern Festung beziehungsweise Einschließung, d. h. Haft mit Selbstbeschäftigung, die alleinige Strafform bildet, so daß die Bestimmung über die Sonderstellung der Überzeugungsverbrecher nur aushilfsweise (subsidiär) bei solchen Delikten Anwendung zu finden hat, die an sich im Regelfall keinen politischen Charakter tragen. Ferner ist Verkürzung der zeitlichen Freiheitsstrafen unter Herabsetzung der Höchststrafmaße und eine unbeschränkte Zulassung mildernder Umstände, sowie die Beseitigung der Mindeststrafen zu fordern.

Den wenigen Fortschritten, die der Entwurf von 1925 nach vierzigjährigen Reformbestrebungen aufweist, stehen sowohl im allgemeinen wie im besonderen Teil erhebliche Verschlechterungen des Rechtszustandes im Vergleich zum geltenden Strafgesetzbuch gegenüber. Dennoch haben die wenigen Verbesserungen des Entwurfs von 1925 schon genügt, um die reaktionärsten Juristen, so Professor O e t k e r in der „München-Augsburger Abend-Zeitung und in anderen Organen der reaktionären Presse Sturm laufen zu lassen. Ein Artikel des Oberreichsanwalts Dr. E b e r m a y e r im „Berliner Tageblatt“ vom 30. Januar 1926 zeigt, daß die beamteten Stellen [142] bereit sein werden, diesen Bestrebungen der äußersten Reaktion noch verschiedene Konzessionen zu machen. Das gesamte Proletariat muß auf die mit dieser „Reform“ drohenden Gefahren rechtzeitig hingewiesen werden, um seine parlamentarischen und außerparlamentarischen Gegenaktionen einzuleiten.

In einem folgenden Artikel sollen die Verschlechterungen, die der amtliche Entwurf von 1925 im allgemeinen und besonderen Teil gegenüber dem geltenden Recht bringt, an einzelnen Beispielen erläutert werden.

Im Anschluß an unsere heutigen Ausführungen kann aber schon ausgesprochen werden, daß der A. E. 1925 als Ganzes in seiner jetzigen Fassung für die Kommunisten unannehmbar ist. Andererseits stehen wir Kommunisten auf dem Standpunkt, daß eine Abänderung des geltenden Strafrechts unbedingt geboten ist und nicht verzögert werden darf. Die Reichsregierung hat die Behandlung des A. E. 1925 durch die gesetzgebenden Körperschaften dadurch hinausgezögert, daß sie den Entwurf über die reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs noch nicht fertiggestellt hat, trotzdem seit einem halben Jahrhundert die Vorlegung eines solchen Gesetzes gefordert wird. Die Regierung hat die Vorlage der Entwürfe erst für den Herbst in Aussicht gestellt. Es besteht die große Gefahr, daß die Regierung, in der Absicht, die Klippen parlamentarischer Verhandlungen zu umschiffen, die Periode eines neuen Ermächtigungsgesetzes abwarten will, um den Versuch zu machen, die Reform des materiellen Strafrechts in ähnlicher Weise zu bewerkstelligen, wie dies auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung durch die sogenannten Emmingerschen Verordnungen geschehen ist.

Die Kommunisten fordern daher auf dem Wege der Novellengesetzgebung die sofortige Beseitigung der schwersten Mißstände auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe, auf Aufhebung der Abtreibungsparagraphen, sowie der Bestrafung der Gotteslästerung gestellt. Die unerhörten Skandale der letzten Zeit auf dem Gebiete der politischen Justiz werden es erleichtern, in das reaktionäre Strafrecht Bresche zu legen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Druck der Arbeiterschaft auch die SPD zur Änderung ihrer bisherigen zweideutigen Stellung zwingt.

*

Der Reichswehr-Etat für 1926

Von K. W.

Zur gleichen Zeit, da in Deutschland weit über zwei Millionen Erwerbslose fürchten müssen, daß ihnen die kärgliche Unterstützung von der Luther. Regierung völlig gesperrt wird, kann der Herr Geßler es wagen, seinen Reichswehr-Etat für das laufende Jahr vorzulegen, der für Landheer und Marine insgesamt 684,748 Millionen Mark umfaßt. Das sind 118,6 Millionen Mark mehr als 1925, 221,2 Millionen Mark mehr als 1924 und fast die Hälfte aller Ausgaben für Heer und Marine im Jahre 1913. Nichts kennzeichnet die Schärfe der Klassengegensätze in Deutschland besser als dieser Etat. Und durch nichts könnte klarer bewiesen werden, welche Bedeutung die Bourgeoisie der Reichswehr für den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat beimißt.

Man muß sich zwei Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen, um diesen Etat in seiner Tendenz zu verstehen: [143]

E r s t e n s die notorische Unbrauchbarkeit der Reichswehr für den Krieg gegen das Ausland. Mehr noch als die zahlenmäßige Schwäche, die für das Ausland auch durch die paar Hunderttausend Faschisten, die gegebenenfalls die Reihen auffüllen würden, fällt hier das völlige Fehlen der schweren Bewaffnung (Fußartillerie und artilleristische Spezialwaffen) und moderner Kriegsmittel (Flugzeuge,

Unterseeboote usw.) ins Gewicht. Die Marine schon gar ist bloßes Spielzeug. Die spielerischen Pläne, mit denen sich Herr Seeckt eine Zeit lang beschäftigt hat, um brauchbare Mobilmachungspläne gegen die Tschechoslovakei und Polen zustande zu bringen, sind längst überholt. Wenn heute überhaupt noch eine Verwendung der Reichwehr im äußeren Krieg in Frage kommt, so nach Locarno nur im Dienste Englands gegen die Sowjetunion (in diesem Fall gewinnt sogar die Marine als englisches Geschwader in der Ostsee einige Bedeutung). Aber die Durchführung dieses Planes bedeutet ebenso den Bürgerkrieg in Deutschland selbst, bedeutet eine vorsätzliche Provozierung. Es steht also fest, daß das deutsche Reichsheer und die Marine reine Bürgerkriegs-Armeen sind.

Die z w e i t e Tatsache ist die ausgesprochen auf diesen Zweck zugeschnittene Organisation und Ausrüstung. Die äußerst reaktionäre Einstellung des gesamten Offizierkorps, die Kader-Organisation (die auch im Etat zum Ausdruck kommt, wenn man das prozentuale Verhältnis der Anzahl von Unteroffizieren gegenüber den Mannschaften betrachtet), die Aufstellung der sogenannten Schwarzen Reichswehr mit ihrer Ferne, die Erfahrungen des Oktobers 1923 in Sachsen, Thüringen und Hamburg und der Zuschnitt der Manöver im letzten Jahr, all dies macht den Bürgerkriegscharakter evident.

Der vorliegende E t a t beweist, mehr noch durch die Ausgabeposten, die er zu verdecken sucht, als durch die offen aufgestellten, hauptsächlich vier wichtigen Punkte:

1. die Kader-Organisation und die Existenz einer Schwarzen Reichswehr auch heute noch;

2. das Bestreben nach Schaffung einer hochqualifizierten Truppe, in der jeder Mann über gewisse Führerqualitäten verfügt, speziell für den Einsatz gegen den inneren Feind;

3. die Schwindelhaftigkeit aller Abrüstungen selbst im angeblich unbewaffneten Deutschland;

4. die unsoziale Struktur der Reichswehr, die notwendig zur inneren Zersetzung und Aushöhlung der Organisation führen muß.

Ein Vergleich der Heeresstärken von 1913 und 1926 ergibt das folgende Bild:

	Offiziere	Sanitäts-Offiziere	Unter-Offiziere	Mannschaften	Zusammen
Deutschland 1913	27.985	3541	95.738	540.750	667.914
Reichswehr 1926	3797	493	20.268	74.497	99.055

Während die Zahl der Offiziere verhältnismäßig sogar ein wenig gesunken ist, hat sich das Verhältnis von Unteroffizieren zu Mannschaften, das 1913 ungefähr wie 1:5,5 war, bis zu etwa 1:3,6 gehoben. Das bedeutet, daß die Reichswehr über eine unverhältnismäßig große Anzahl von zur Ausbildung und für Führungsaufgaben im Kriege befähigten Kräfte verfügt.

Dazu kommt: 1926 bezahlt Deutschland 5419 Beamte und Angestellte gegenüber einer nur über das Doppelte so großen Zahl im deutschen Heer 1913. Das Reichsheer zählt also auf 17 Militärpersonen einen Beamten. (Anmerkung der Redaktion: Dazu kommen die nicht beamteten Hilfskräfte, durch deren Zahl das Verhältnis noch wesentlich verschoben wird; für das Heer 8800 und für die Marine, die selbst nur 15.000 Mann umfaßt, 13.394; [144] dazu noch 1700 Beamte, so daß auf 15.000 Mann Marine auch 15.000 Beamten und Hilfskräfte beschäftigt werden.) Es ist kaum anzunehmen, daß dies ungewöhnliche Verhältnis reiner Verschwendungssucht oder mangelndem Organisationsvermögen entspricht. Wir müssen vielmehr vermuten, daß vom Heer bürokratische Arbeiten zu bewältigen sind, die weit über den Rahmen eines Hunderttausend-Mann-Heeres hinausgehen. Dies wird noch klarer, wenn man sieht, daß die Heeresleitung heute 540 Beamte und Angestellte benötigt, während das Preußische Kriegsministerium (das doch immerhin von 25 deutschen Armeekorps 19 zu verwalten hatte) 1913 mit 523 Beamten auskam. Vielleicht sind hier die Verbindungs-Offiziere zu den Rechtsverbänden, die Verwalter der illegalen Stammrollen und ähnliches Personal zu suchen.

Das Bestreben, eine für den Bürgerkrieg geeignete Truppe zu haben, kommt zum Ausdruck in den Forderungen für militärische Übungen. Auch diese Ausgaben haben sich seit Bestehen der Reichswehr dauernd gesteigert, und zwar in den letzten zwei Jahren auf das Doppelte, so daß sie heute „nur“ fünfmal soviel betragen, als die dafür ausgesetzten Kosten in dem fünfmal so großen Preußen-Heer 1913. Es sind eingesetzt für:

Gefechts- und Gelände-Schießübungen	10,546	Mill.	Mk.
andere Übungen aller Waffen	1,817	"	"
Herbstübungen (in großen Verbänden)	4,270	"	"
Übungsreisen, Ritte, Kommandierungen von Offizieren	1,879	"	"
Artilleristische Plan- und Lichtbild-Arbeiten (!)	0,630	"	"
Das sind zusammen für Übungen	19,192	Mill.	Mk.

Vergleichen wir noch mit den Vorjahren und dem preußischen Landheer 1913:

Für Übungen	1924	1925	1926	1913
in Millionen Mark	15,587	17,589	19,192	4,052

In diesen Summen sind durchaus noch nicht alle Kosten für Übungen enthalten. Die einzelnen Spezialwaffen benötigen für ihre besondere Ausbildung im Gebrauch der Waffen und sonstigen Kriegsmittel noch Ausgaben, die unter den fortlaufenden Ausgaben für Waffenrüstungen erscheinen. So betragen die Übungsgelder für die Pioniere 5,629 Mill. Mk., die für Nachrichtentruppen 596.000 Mk.

Die Kosten für Waffen, Munition und Heeresgerät, und zwar sowohl für Neuanschaffungen wie für Pflege vorhandener Bestände, haben fast durchweg die Vorkriegshöhe überschritten. Das wäre vielleicht verständlich, wenn nicht durch den Versailler Vertrag die sehr kostspieligen Waffen von hoher Qualität Deutschland verboten wären. Nur ein neues Kampfmittel, nämlich Minenwerfer (1926 Kosten 8,524 Mill. Mk.) ist gestattet, wofür aber die gesamte schwere Artillerie (1913 für Preußen 25,069 Mill. Mk.) in Wegfall kommt.

Die Ausgaben für Waffenrüstungen gliedern sich in fortlaufende und einmalige Ausgaben, welch letztere sich im wesentlichen auf Neuanschaffungen beziehen. Diese einmaligen Ausgaben für 1926 betragen 27 Mill. Mk. gegen 34,1 Millionen, die in Deutschland (allerdings ohne schwere Artillerie) 1913 in der Zeit der heftigsten Rüstungen veranschlagt wurden. Die Gesamtausgaben für Waffenrüstungen, die in den Kapiteln 15 bis 19 erscheinen, betragen einschließlich der im einzelnen oben angeführten Übungsgelder 153,720 Mill. Mk. Sehen wir ab von der großen Anzahl der verschiedenen Kriegshilfsmittel (Kraftfahrgerät, Nachrichtenmittel, Train usw.), so interessieren doch speziell die eigentlichen Kampfmittel, für die 1926 an regelmäßigen oder fortdauernden Ausgaben (die also jedes Jahr wiederkehren) verlangt werden: [145]

Handwaffen (Infanteriegewehre, Pistolen usw.)	5,775	Mill.	Mk.
Maschinengewehre	8,121	"	"
Leichte Artillerie (durch Friedensvertrag vorgeschrieben)	4,564	"	"
Minenwerfer	1,774	"	"
	20,234	Mill.	Mk.

Die Ausgeben für die dazugehörigen Munitionen betragen 32,455 Mill. Mk. Hier tritt die Tatsache des „Hamsterns, d. h. des Aufspeicherns von Kriegsmaterial, besonders kraß in Erscheinung.

Gehen wir jetzt zur republikanischen Marine über, so bietet sich ein ähnliches Bild. Hier ist zu berücksichtigen, daß der Kampfwert gegenüber der kaiserlichen Marine rein quantitativ nur ein Zehntel beträgt, in Wirklichkeit noch viel weniger, weil selbstverständlich die Primitivität und die geringe Größe der Flotte den Kampfwert noch erheblich vermindern. Trotzdem beansprucht diese Marine 1926 einen Betrag von 203,322 Mill. Mk. und beträgt damit fast das Doppelte der Marineausgaben von 1924 und annähernd die Hälfte des Etats von 1913. Die gleichen Beobachtungen, die wir beim Etat für das Landheer machen konnten, treffen auch für die Marine zu. Ungeheure Ausgaben für Verwaltung, für Rüstungen und Instandhaltung des vorhandenen Materials. Die Kosten für Schiffsneubauten und Armierungen betragen in Millionen Mark:

1924	1925	1926	1913
7,753	33,713	54,147	221,789

Dabei ist 1913 bekanntlich das Jahr der wahnsinnigen Wettrüstungen. Im Jahre 1926 fängt mit einem Viertel der damaligen Kosten das republikanische Wettrüsten wahrlich nicht schlecht an.

Wir sind überzeugt, daß diese Summen, was die Rüstungsausgaben betrifft, im allgemeinen wirklich für die angegebenen Zwecke verausgabt werden. Dennoch ist dieser ganze Etat mehr oder

weniger eine Verschleierung von Ausgaben, die wir in erster Linie in der Registrierung und der Ausbildung der zu den gewaltigen Waffenmengen gehörigen Mannschaften zu suchen haben.

Der Etat hat aber noch eine andere Seite. Das Reichsheer ist eine Söldnertruppe. Die Entlohnung, die für 1926 insgesamt 126,787 Millionen Mark beansprucht, macht zwischen Offizieren und Mannschaften einen unerhörten Unterschied, der im Etat selbst nicht zum Ausdruck kommt. Für Verpflegung ist ein Betrag von 62,055 Millionen Mark eingesetzt, von dem wir annehmen müssen, daß er zu einem erheblichen Teil für nicht angegebene Zwecke verwandt wird, denn nur so läßt sich die Steigerung von über 40 Prozent gegenüber den Vorjahren erklären. Erziehung und Bildungswesen beanspruchen 10,538 Millionen Mark, die Seelsorge 369.000 ML, die Militärjustiz 440.000 Mk. Die Marine erfordert für soziale (!) Zwecke etwa ein Viertel dieser Summe, für die Justiz bezeichnenderweise fast die Hälfte des entsprechenden Betrags vom Landheer.

Das sind Summen, die entweder in Wirklichkeit zum Teil anderen Ausgaben dienen (Entlohnung und Verpflegung) oder die Rechtlosmachung der Mannschaften und ihre ideologische Beeinflussung im Sinne des reaktionären bürgerlichen Staates bezwecken (Seelsorge, Justiz, Erziehung).

Der unsoziale Charakter des Etats könnte noch schärfer klargelegt werden, wenn es möglich wäre, in den Bauten usw. zu unterscheiden zwischen Gebäuden, die dem Offizierkorps und den Chargen zugute kommen, und denen, von denen die Mannschaften eine bessere Unterbringung zu erwarten haben. Aus den Debatten im Haushaltsausschuß des Reichstags ist bekannt, [146] daß ein wesentlicher Anteil an den hierfür bestimmten Summen einseitig dem „standesgemäßen Leben der Offiziere dient.

Es versteht sich von selbst, daß die bürgerliche Mehrheit bei der Vorberatung im Haushaltsausschuß des Reichstags diesen Etat gebilligt hat. Daß dies auch die Sozialdemokratie tat (nach einer Streichung von lumpigen 7 Millionen Mark), ist für uns Kommunisten selbstverständlich, nicht aber für die Massen sozialdemokratisch organisierter und beeinflußter Arbeiter. Wir werden dafür sorgen müssen, daß sie diese Tatsachen richtig verstehen lernen. Ein zurechnungsfähiger Mensch kann diesen Etat nur dann unterstützen, wenn er den bewußten Willen hat, der Reichswehr zu außerordentlicher Kampfkraft gegen den inneren Feind zu verhelfen. Wer dieser innere Feind ist, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Unsere Stellung zur bürgerlichen Armee ist klar, wir brauchen darüber kein Wort zu verlieren, Der Etat selbst kann uns wichtige Hinweise und Material für politische Arbeit geben, die wir in bezug auf die Reichswehr und in ihr zu leisten haben. Wir müssen diese Truppe als Bürgerkriegsinstrument für die Bourgeoisie unbrauchbar machen. Der Schwerpunkt dieser Aufgabe liegt heute in der legalen politischen und wirtschaftlichen Beeinflussung, der Ausnutzung der sozialen Gegensätze innerhalb der Reichswehr. Die Mannschaften müssen bei ihrer elenden Lage gefaßt werden. Die kommunistischen Arbeiter werden für ihre Interessen eintreten und sie mit denen der Arbeiterschaft verbinden. Der Klassengegensatz zwischen Offizieren und Mannschaften muß aufgedeckt werden. Zwei Tatsachen, die bei Betrachtung des Reichswehr-Etats nicht mitbehandelt werden konnten, müssen hier noch mitberücksichtigt werden: die wirtschaftliche Sicherstellung der Offiziere, die nach dem ungefähren Muster der Pensionsverfahren im kaiserlichen Heer gehandhabt wird und das Offizierkorps der Reichswehr in seinen wirtschaftlichen Interessen ebenso eng mit den pensionierten Privatiers des früheren aktiven Offizierkorps verbindet, wie dies in politischer Hinsicht der Fall ist. Zweitens die verfassungswidrige Entrechtung des Soldaten, der vom Wahl- und Koalitionsrecht ausgeschlossen ist, einer besonderen Militärjustiz seiner Offiziere unterliegt, bei einer Verpflichtung auf 12 Jahre jeder Freizügigkeit entbehrt und so als ein Republikaner zweiten Grades gebrandmarkt ist.

Nutzen wir diese Möglichkeit aus, durchbrechen wir die Mauer der Isolierung, mit der die Bourgeoisie ihre Reichswehr zu umgeben versucht, dann wird bei guter Arbeit kein Etat, kein Rüsten und keine Schwarze Reichswehr ein Versagen dieser Bürgerkriegsarmee im Ernstfall verhindern.

*

PROBLEME DER PARTEI

Zur Arbeit unter den Beamten

Unter den Beamten ist seit mehreren Monaten ein Umschwung in der Stimmung eingetreten, der von der Partei die größte Aufmerksamkeit erfordert. Dieser tritt nicht nur in Versammlungen, Demonstrationen (z. B. im Dezember in Berlin) zutage. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiet spielen sich bedeutsame Vorgänge ab. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erhält starken Zulauf aus den Reihen des wirtschaftsfriedlichen Deutschen Beamtenbundes. Die sehr wichtige Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, die noch im Frühjahr vorigen Jahres aus dem ADB austrat, steuert auf den Wiederanschluß zu. Aus dem nur von Sozialdemokraten geführten Preußischen Polizeibeamtenverband (Schrader-Verband) ist ein Teil der linksorientierten Polizeibeamten ausgetreten und hat eine neue Organisa-[147]tion gegründet. Sehr wichtig sind auch die überaus heftigen Auseinandersetzungen auf der letzten Beamtentagung der Sozialdemokratischen Partei.

Selbstverständlich liegen dieser wachsenden Linksorientierung der Beamten wirtschaftliche Ursachen zugrunde. Es ist in erster Linie die Besoldungsfrage, die die Beamten auf die Beine bringt. Die größte Empörung hat unter den Beamten der offene Betrug hervorgerufen, der im vergangenen Jahr in erster Linie von den Rechtsparteien mit ihnen getrieben wurde. Die Regierungsparteien haben es fertig gebracht, skrupellos ihre eigenen Anträge auf Gehaltserhöhung niederzustimmen. Der Aufwertungsschwindel hat das Feuer weiter geschürt.

Wird dieser Zug nach links längeren Bestand haben, oder ist er nur eine vorübergehende Erscheinung? Freilich ist seit der einmaligen Weihnachtszulage nach außen hin eine gewisse Beruhigung eingetreten. Aber nach den Erklärungen der alten und neuen Regierung wird eine Erhöhung der Beamtengehälter abgelehnt. Der Reichskanzler hat darüber hinaus eine neue Besoldungsordnung mit erheblicher Vermehrung der Gehaltsklassen angekündigt, was eine Senkung der Gehälter mit sich bringen wird.

Die Begründung, warum die Beamtengehälter nicht erhöht, sondern herabgesetzt werden, hat seinerzeit der Minister Schlieben ganz offen gegeben: Erstens mit Rücksicht auf die steigenden Lasten, die dem Reich und der Reichsbahngesellschaft aus dem Dawes-Plan erwachsen, und zweitens mit Rücksicht auf die sogenannte „Wirtschaft“. Mit anderen Worten, Finanz- und Schwerkapital haben ihrer Regierung die Erhöhung der Beamtengehälter verboten, und zwar deshalb, weil sie davon eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus auch der Arbeiter und Angestellten befürchten.

Aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich, daß die schlechte Lage der Beamten zu einem Dauerzustand wird. Infolgedessen ist auch damit zu rechnen, daß die Tendenz nach links keine vorübergehende Erscheinung, sondern eine Entwicklung auf lange Sicht ist. Es sind die Auswirkungen des Dawes-Planes, die die Beamten proletarisieren und radikalisieren. Das hat nicht nur Geltung in der Besoldungsfrage. Besonders bei der Reichsbahngesellschaft wird ein systematischer und hartnäckiger Abbau der Beamtenrechte betrieben. Gerade in diesen Wochen ist man dabei, den unteren und mittleren Gruppen die Beamtenrechte zu nehmen. Es wird in naher Zukunft bei der Eisenbahn überhaupt keine Beamten mehr geben, sondern nur noch Arbeiter und Angestellte, die sozial und materiell viel schlechter gestellt sind, als die jetzigen Eisenbahnarbeiter. Diese Vorgänge werden nicht ohne Rückwirkungen auf die gesamte Beamtenschaft sein. Selbst die rückständigsten Organisationen haben erkannt, daß mehr denn je die Rechte und Errungenschaften sämtlicher Beamten in Gefahr sind.

Aber nicht nur von der Seite der Beamten her erfolgt damit objektiv eine Annäherung an die Lebensbedingungen der Arbeiter. Auch die Arbeiter werden von den Kapitalisten geradezu mit der Nase darauf gestoßen, daß niedrige Beamtengehälter einen Damm gegen die Erhöhung des Lohnniveau; bilden sollen.

Aus den geschilderten Vorgängen ergeben sich für die Arbeit der Partei unter den Beamten ganz bestimmte Aufgaben. Selbstverständlich kann es nicht unser Ziel sein, eine Anpassung an die rückständige Ideologie der Beamten zu vollziehen, daß die Partei dadurch ein kleinbürgerliches Gepräge

erhält. Notwendig ist eine Vertiefung unserer Agitationsmethoden in jeder Beziehung. Es muß eine praktische Annäherung im Sinne der proletarischen Solidarität und Kampfgemeinschaft erfolgen. Bisher waren die Beamtenfragen für die Partei oft noch unsicherer Boden. Man mußte sich eben notgedrungen damit beschäftigen, weil die Beamten nun einmal da sind und Forderungen stellen. Die Parlamentsarbeit begnügte sich im wesentlichen damit, weitergehende Anträge als die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie zu stellen. Gewiß ist das Parlament eines der wichtigsten Mittel, durch das wir an das Millionenheer der Beamten herankommen werden. Aber die bisherigen Methoden genügen nicht. Ganz falsch wäre [148] es auch, sich in allen Fragen die Einstellung der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit zu den Beamten zur Richtschnur zu nehmen.

Natürlich zählt heute die Sozialdemokratie eine ganze Anzahl von Beamten zu ihren Anhängern. Aber sie sind in ihrer großen Mehrzahl mit dieser Partei durchaus nicht so verwurzelt, wie gewisse Arbeiterschichten. Es fehlt die Tradition. Und die breiten Massen der parteilosen Beamten stehen nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre der SPD mit tiefem Mißtrauen gegenüber.

Es braucht also keineswegs so zu sein, daß die neue Linksorientierung wieder der Sozialdemokratie zugute kommt. Das wird sehr viel von den Methoden und der Taktik unserer Partei abhängen.

Unseres Erachtens hat die Partei zur Gewinnung breiter Beamtenschichten zunächst die folgenden wichtigsten Aufgaben zu erfüllen:

1. Verbreiterung und Vertiefung der schriftlichen und mündlichen Propaganda, Ausbau der Fraktionen und eines Systems von Vertrauensmännern in den Beamtengewerkschaften. Auf die Verkehrsbeamten muß viel stärkeres Gewicht als bisher gelegt werden. Besonders gilt das für die Reichsbahnbeamten, unter denen die Arbeit bisher minimal war.

2. Schaffung und Organisierung eines breiten Rahmens von Sympathisierenden.

3. Anwendung der Einheitsfronttaktik. Im Zusammenhang damit muß eine enge Verbindung unserer Parlamentsarbeit mit der Gewerkschaftsarbeit erfolgen.

4. Klare Stellungnahme der Partei zu allen Beamtenfragen, sowohl in der Praxis als auch in der Theorie. Aufstellung eines Beamtenprogramms. Notwendig ist vor allen Dingen auch eine gründliche Untersuchung dieser Fragen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus unter Berücksichtigung der veränderten Nachkriegsverhältnisse und ohne Rücksicht auf veraltete und durch die Entwicklung überholte Formen[*)].

Eine notwendige Grundvoraussetzung in der Beamtenarbeit aber ist eine gewisse Stetigkeit und systematische Arbeit.

B r e c h e n m a c h e r.

RUNDSCHAU

Internationale Politik

Die Verhandlungen zwischen der S c h w e i z und der S o w j e t u n i o n wurden infolge englischer Intrigen vorläufig ergebnislos abgebrochen. Darauf teilte die Sowjetunion dem Völkerbundsekretariat mit, daß sie nur in einem a n d e r e n Lande an der Entwaffnungskonferenz teilnehmen könne. England setzt seine Kampagne, die Sowjetunion für die Unmöglichkeit einer Abrüstung „verantwortlich“ zu machen, fort und bereitet für den Fall, daß die Abrüstungskonferenz doch zustande kommen sollte und auch eine Sowjetdelegation dort anwesend ist, anscheinend ultimative Forderungen gegen die Sowjetunion vor. – Die englische Regierungspresse deutet übrigens die Vertagung der Abrüstungskonferenz a u f u n b e s t i m m t e Z e i t an.

*

[*)] Der Verfasser spielt offenbar auf den Vorschlag zum Aktionsprogramm an, den er im Heft 11 des letzten Jahrgangs unserer Zeitschrift (S. 706) gemacht hat. Er fordert dort, daß die marxistische Parole der Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamten als „veraltet“ geändert werde. Es wird nötig sein, auf diesen Vorschlag noch ausführlicher einzugehen.

Die englisch-italienischen Vereinbarungen, die Chamberlain im Unterhause nicht leugnete, deren Inhalt er aber „im öffentlichen Interesse nicht preisgab, haben bereits ihre ersten Früchte gezeitigt. Mussolini Drohrede an Deutschlands Adresse, die den Zweck hatte, die allzu hochtrabenden Hoffnungen Deutschlands beim Eintritt in den Völkerbund zurückzuschrauben, erfolgte im Einverständnis mit Chamberlain. Mussolini wandte sich sehr kategorisch gegen den Gedanken eines österreichischen Anschlusses an Deutschland und eines [149] deutschen Protektorats über die deutschen Minderheiten in anderen Ländern. Die Zustimmung Chamberlains zu diesen Mussolinischen Drohungen sollte auch Frankreich beruhigen und trotz des französischen Mißtrauens wegen der englisch-italienischen Zusammenarbeit das englisch-französische Zusammengehen in gewissen Fragen vorbereiten.

*

Das Mißtrauen des französischen Imperialismus gegen die italienisch-englische Freundschaft hat sich als vollkommen berechtigt erwiesen. Italien meldet auf Grund dieser Vereinbarungen Ansprüche auf Kolonien an, die nur auf Frankreichs Kosten befriedigt werden könnten. England und Italien bewirkten eine „Untersuchung“ der Mandatskommission des Völkerbundes über das syrische „Mandat“ Frankreichs, d. h. ein Verfahren, das unter Umständen für Frankreich mit dem Verlust Syriens enden könnte. Der Kandidat für das syrische Mandat wäre Italien, das auch auf die nordafrikanischen Kolonialgebiete Frankreichs Anspruch erhebt. Frankreich glaubte, durch die Zustimmung zum englischen Mossulraub im Völkerbund sich gegen diese italienischen Ansprüche gesichert zu haben. Jetzt, wo sehr klare Vorstöße Englands und Italiens gegen den französischen Kolonialbesitz erfolgt sind, sah sich Frankreich gezwungen, sich der Türkei wieder anzubiedern und durch Gebietskonzessionen an die Türkei sich selbst in Syrien und die Stellung der Türkei gegen England zu stärken. Der zwischen der Türkei und Frankreich abgeschlossene Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag über Syrien hat die englische Regierung stark beunruhigt, weil er im Falle seiner Verwirklichung bedeuten könne, daß die Bagdadbahn der Türkei für Militärtransporte in des Mossulgebiet zur Verfügung steht sind die in Locarno vereinbarte englisch-französische Einheitsfront gegen die Türkei in die Brüche geht. Englands Einlenken in der Frage der Völkerbundsitze entsprechend den französischen Wünschen ist schon eine Folge dieses französischen Schachzugs.

*

Der Kampf um den Kolonialbesitz ist auch der eigentliche Sinn der Kämpfe um die Ratssitze im Völkerbund. Nachdem der Völkerbund ursprünglich ein Werkzeug Frankreichs gewesen ist, gelang es dem englischen Imperialismus in den letzten Jahren, wenn euch nicht zahlenmäßig, so doch durch das zurückdrängen des geschwächten französischen Imperialismus, aus dem Völkerbund eine Organisation zur Befriedigung der englischen Wünsche zu machen. Der Eintritt Deutschlands als englischen Vasallen in den Völkerbund würde die englische Position stärken, was äußerlich in der Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland zum Ausdruck käme. Um diese Stärkung der englischen Position zu hintertreiben, ließ Frankreich die Ansprüche einiger französischer Vasallenstaaten wie Polen, Spanien, Brasilien usw. auf ständige Ratssitze anmelden. Ein solcher Zuwachs des französischen Einflusses im Völkerbundrat würde es Frankreich ermöglichen, seine Kolonialinteressen gegen England und Italien erfolgreicher zu verteidigen und gegebenenfalls die englischen Pläne gegen die Türkei, auf dem Balkan und im Mittelmeer zu hintertreiben. Kompliziert wird die Lage noch durch ein Eingreifen Amerikas hinter den Kulissen. Amerika kenn natürlich einen übermäßigen Machtzuwachs Englands im Nahen Osten, im Mittelmeer in wichtigen Petroleumgebieten nicht dulden.

*

Die von Frankreich entdeckten und stark betonten Verbindungen der horthystischen Geldfälscher mit deutschen Monarchistenkreisen sind eine geeignete Handhabe für Frankreich, auch Englands Position in Deutschland selbst zu attackieren. In Ungarn entstand durch die Frankenaffäre und den Kampf der englischen und französischen Interessen eine Krise, die seit dem Sturz der Räterepublik die tiefste ist. Die demokratische Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie möchte die Gelegenheit

benutzen, um einen französisch orientierten Kurs, ein Zusammengehen mit den französischen Vasallenstaaten der kleinen Entente vorzubereiten.

*

Die französische Steuerdebatte ging mit dem Ergebnis zu Ende, daß das Linkskartell, die bisherige Regierungsmehrheit, zerfiel und Briand sich sein „Vertrauensvotum“ von einer neuen Kammermehrheit holte, die vom rechten Flügel des ehemaligen Linksblocks über das Zentrum bis zum „linken“ Flügel des Poincaréblocks reicht. Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten in der Kammer wiederholt zusammen gegen indirekte Steuern, was in bezug auf die Sozialdemokraten auf das Anwachsen der proletarischen Einheitsfrontbewegung von unten zurückzuführen ist, Finanziell war die Steuerdebatte eine Niederlage der Regierung, die von der Kammer mit wechselnden Mehrheiten nicht einmal die Hälfte der zur Defizitdeckung angeforderten Steuern bewilligt bekam. Die Folge davon wird eine Inflation sein und das offenere Heraustreten der Großbourgeoisie mit ihren Diktaturplänen. Die Regierung forderte die reaktionäre Mehrheit des Senats im Widerspruch zu den Verfassungsbestimmungen auf, die von der Kammer abgelehnten Steuern zu bewilligen. Die Linkspresse bezeichnete dieses Vorgehen als einen Staatsstreich. Eine akute Regierungskrise (zumindest Ausscheiden der vier linksradikalen Minister) und verschärfte Kämpfe bei Verschärfung der Wirtschaftskrise sind zu erwarten. Die Linkskartellparteien der Kammer sind vor dem reaktionären Senat trotz ihres anfänglichen Geschreis schon stark zurückgewichen. Die Briand-Regierung als „Übergangskabinett“ bereitet zielbewußt die „Stabilisierung“ mit diktatorischen Methoden vor, nachdem die Inflationspolitik für die Bourgeoisie die erwünschten Erfolge gebracht hat.

*

Eine besondere Rolle in der französischen Krise spielt die elsaß-lothringische [150] Autonomiebewegung. Es zeigt mich hier eine Verbindung des sozialen Kampfes der Arbeiter mit dem nationalen Kampf. Die um soziale Besserstellung kämpfenden Werktätigen Elsaß-Lothringens sind unter Führung der Kommunisten und roten Gewerkschaften auch die Träger des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung der deutschsprachigen Minderheit geworden. – Eine ähnliche Erscheinung sehen wir auch in der Tschechoslovakei. Die Kämpfe der nationalen Minderheiten in Europa können in der nächsten Zeit zu einem wichtigen Faktor der Krise des europäischen Kapitalismus werden. Man muß natürlich darauf gefaßt sein, daß diese Kämpfe ebenso wie die Freiheitskämpfe der Kolonien von den rivalisierenden Imperialisten gegeneinander ausgenutzt werden.

*

In China reifen neue Kämpfe heran, die das Vorspiel zu einer großzügigen Intervention der Imperialsten bilden sollen. England strebt die Vereinigung der chinesischen Weißgardistenkräfte Tschangs und Wupeifus an, um den Angriff sowohl gegen die nördlichen Nationalarmeen Fengs, als auch gegen die revolutionäre Kantonregierung konzentrisch vornehmen zu können. Vorläufig ist die Offensive Wus gegen die Nationalarmeen zurückgeschlagen worden, Die englische Blockade Kantons hat aber einen weiteren Teil der englischen Pläne enthüllt.

*

Das Verhältnis der Mächte zur Sowjetunion bleibt nach wie vor die Hauptachse der weltpolitischen Geschehnisse. Außer den englischen Intrigen in China, die indirekt auch gegen die Sowjetunion gerichtet sind, hat der – wahrscheinlich von England inszenierte – Mordanschlag auf die Sowjetkuriere die provokatorische“ Absichten der Imperialisten gezeigt. Gegenwärtig sind russisch-französische Verhandlungen zur Bereinigung der strittigen Fragen im Gange. Frankreich zeigt in seiner Bedrängnis eine gewisse Nachgiebigkeit, obwohl noch immer von der „Anerkennung der Zarenschulden“ gesprochen wird. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird durch die weitere Entwicklung des englisch-französischen Verhältnisses wesentlich beeinflußt werden. Es ist sehr bezeichnend, daß nunmehr auch die französische Regierungspresse ganz offen von einem

„Absterben des Locarnogeistes“ spricht, während der englische Imperialismus seine Pläne unter der Maske des „Locarnogeistes zu fördern gedenkt.

*

In Griechenland hält Pangalos mit Kommunistenhetze und Terrorisierung der Opposition seine Diktatur von Englands Gnaden. In Bulgarien und Rumänien haben die Terrorregierungen bei den Gemeindewahlen entscheidende Niederlagen erlitten. Besonders erfreulich ist das Wahlergebnis in Bulgarien, wo trotz des blutigen Terrors der Arbeiter- und Bauernblock sich als die stärkste Gruppe erwiesen hat.

*

Die Krise in Polen hat sich weiter verschärft. Die Arbeitslosigkeit wächst, es fanden blutige Arbeitslosendemonstrationen statt, Entwaffnung von Polizeitruppen durch Demonstranten, Weigerung von Truppen, gegen Arbeiter vorzugehen, sind wiederholt vorgekommen. Die Arbeiterschaft sammelt sich zum Widerstand gegen die Unternehmeroffensive: die Dombrower Bergarbeiter organisierten einen Proteststreik gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung. Als Ausweg aus der Krise erwägt die Bourgeoisie eine regelrechte Dawesierung. Amerikanische, englische und französische Einflüsse ringen um die Beherrschung Polens.

27.II. Georg.

Wirtschaft

Die Tendenzen in der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage haben sich in den letzten Wochen nicht geändert. In Europa sind die Konjunkturverhältnisse im allgemeinen noch ungünstiger geworden, in den Vereinigten Staaten hat die Unsicherheit zugenommen.

In Deutschland ist eine planmäßige bürgerliche Stimmungsmache bemerkbar, die schon von einem wirtschaftlichen Umschwung zu wissen glaubt; tatsächliche Gründe für diese Annahme fehlen aber bis jetzt vollständig. Die Erscheinungen, die von der bürgerlichen Presse als Zeichen der Besserung registriert werden – aktive Handelsbilanz im Dezember, Herabsetzung des Reichsbankdiskonts, Geldflüssigkeit, leichtes Sinken des Großhandelsindex, Kurssteigerung an der Börse –, sind alle nur Zeichen der schweren Krise. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug Mitte Januar 1.767.000, Ende Januar 2.030.000. Die Arbeitslosigkeit hat in den ersten zwei Wochen des Februar höchstwahrscheinlich noch weiter zugenommen. Die Zahl der Kurzarbeiter beläuft sich auf mehrere Millionen. Konkurse: November 1320, Dezember 1598, Januar 2013. Allein im Januar 1926 sind fast soviel Unternehmungen bankrott geworden wie in den ersten drei Monaten des vorigen Jahres zusammen. Die Roheisengewinnung betrug im Januar 689.436 gegenüber 717.011 t im Dezember und 909.849 im Januar 1925. Nach den letzten Nachrichten ist auf dem Eisen- und Stahlmarkt in der Abwärtsbewegung ein gewisser Stillstand eingetreten, die Bestätigung dieser Meldung ist aber noch abzuwarten. Es ist möglich, daß sich in den nächsten Wochen mit Aufnahme der Bautätigkeit eine gewisse Besserung zeigen wird. Für eine rasche und umfassende Änderung der Wirtschaftslage sind aber vorläufig keine Anzeichen vorhanden.

Von den geplanten Regierungsmaßnahmen kann der Gang der Krise nur wenig beeinflußt werden, um so weniger aber noch, weil die Lage des Staatshaushalts sich infolge der Krise immer ungünstiger gestaltet.

Die schwere Krise, der damit zusammenhängende Abbau des deutschen Produktionsapparats – was mit anderen Worten auch „Rationalisierung“ genannt wird – führen zu [151] einem neuartigen Ausverkauf. Ganze Betriebseinrichtungen werden stark unter den Herstellungspreisen verkauft und nach dem Auslande überführt (s. „Industrie- und Handelszeitung“ vom 30.1.).

Die Beteiligung des ausländischen Kapitals an deutschen Unternehmungen nimmt von Woche zu Woche zu. Die Börsenberichte sprechen von großen Aktienkäufen des Auslandes. Das bedeutet soviel, daß in Dawes-Deutschland die Ausbeutung des Proletariats sehr groß ist und das ausländische Kapital der deutschen Bourgeoisie auf dem Gebiete der Niederhaltung des Proletariats weitgehendes

Vertrauen schenkt. Die Menge der Auslandskredite ist auch andauernd im Wachsen begriffen. Die tatsächliche neue Kapitaleinfuhr ist aber bedeutend geringer, als sich aus den Aktienkäufe“ und neuen Anleihen ergibt. Die deutsche Bourgeoisie hat seit Herbst 1924 zirka zwei Milliarden Mark nicht konsolidierte (meist kurzfristige) Auslandsanleihen erhalten, die schon allmählich zurückzuzahlen sind. Der Kapitaleinfuhr stehen also bedeutende Rückzahlungen gegenüber; daher ist es in dem Labyrinth der Geschäftsgeheimnisse sehr schwer festzustellen, in welchem Maße und in welchem Tempo die Menge des in Deutschland angelegten ausländischen – in erster Reihe amerikanischen – Kapitals wächst, Die englischen Kapitalisten werden jedenfalls von dem amerikanischen Vordringen in Deutschland immer mehr beunruhigt.

*

In E n g l a n d ist die Lage unverändert. Die Möglichkeit der Erweiterung des Handels im laufenden Jahre sei begrenzt – stellt die Konjunkturvoraussage des Verbandes der Britischen Industrie Anfang Februar fest. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen geht etwas zurück; am 8. Februar belief sie sich auf 1.164.900, das ist um 78.059 weniger als vor einem Jahre. Für diesen Rückgang wird aber ein ziemlich hoher Preis bezahlt; die Kohlensubsidien verschlangen in fünf Monaten (August bis Dezember) 240 Millionen Mark. Trotzdem vermehren sich die Stimmen für die Verlängerung der Subsidien. Ein Teil der englischen Bourgeoisie will den Lohnkampf im Kohlenbergbau, der voraussichtlich zu einer weiteren Verschärfung der Klassengegensätze führen würde, in Anbetracht der Innenpolitischen Schwäche und außenpolitischen Schwierigkeiten vorläufig vermeiden.

Die Kohlenausfuhr ist im Januar trotz der Subventionen und trotz des Streiks in den Anthrazit-Gruben der Vereinigten Staaten schon zurückgegangen.

K o h l e n a u s f u h r (in 1000 t):

1913 Monatsdurchschnitt	6117
1924	5138
1925 August Tiefpunkt 1925)	3 272
1925 Dezember	4632
1926 Januar	4 148

Jetzt, nach Beendigung des amerikanischen Anthrazit-Streiks sind die Ausfuhraussichten des englischen Kohlenbergbaues wieder ungünstiger geworden, wodurch die Lage auf des Kohlen-Weltmarkt eine neue Verschärfung erfahren wird.

Das Gesamtbild des Außenhandels im Januar war nicht günstig. Die Ausfuhr in diesem Monat ist cm 180 Millionen Mark geringer als im Januar 1925 und um 110 Millionen Mark geringer als im Dezember 1925. Die Aussichten auf Besserung der englischen. Handels- und Zahlungsbilanz sind sehr gering. Die Entwicklung der Zahlungsbilanz zeigt die folgende Zusammenstellung.

E n t w i c k l u n g d e r Z a h l u n g - B i l a n z:

	1923	1924 (in Mill. Pfd.)	1925
Gesamteinfuhrüberschuß	195	324	386
Saldo der Regierungszahlungen ans Ausland	25	28	15
Gesamte Passiva	220	352	401
Reineinkommen aus d. Schiffahrt	120	130	115
Zahlungen ausländischer Schiffe in englischen Häfen	13	10	9
Reineinkommen aus Auslandsinvestitionen	200	220	250
Provisionen	30	40	40
andere Dienste	10	15	15
gesamte unsichtbare Ausfuhr	373	415	429
Überschuß	153	63	28

Der Überschuß ist im abgelaufenen Jahre auf 28 Millionen Pfund (560 Millionen Mark) zurückgegangen. Die englische Bourgeoisie kann infolgedessen die Warenausfuhr mit einer großzügigen Kapitalausfuhr nicht steigern. Auf dem Londoner Geldmarkt wird in den letzten Wochen von einem „moralischen“ Kapitalausfuhrverbot gesprochen.

*

Die französische Kammer hat die Finanzvorschläge der Regierung Briand mit gewissen Änderungen angenommen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Gleichgewicht des Staatshaushalts durch diese Finanzmaßnahmen erreicht werden kann. Die Gestaltung der Handelsbilanz ist auch nicht besonders günstig.

	1925	1924
Einfuhr, in Millionen Fr.	43.980	39.928
Ausfuhr " " "	45.443	41.468

Auf den ersten Blick zeigt sich also 2,5 Milliarden Franken Ausfuhrüberschuß. In diesem Ausweis ist aber auch der Handel mit den französischen Kolonien miteinbegriffen. Wenn wir den Außenhandel mit dem eigentlichen Ausland in Betracht ziehen, dann ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von 441 Millionen Franken für 1925, während 1924 hierbei ein Ausfuhrüberschuß von 312 Millionen Franken erzielt wurde.

Die Tendenzen der Preisentwicklung verschlechtern die Aussichten der Warenausfuhr. Die Kleinhandelspreise und damit die Lebenshaltungskosten nehmen immer mehr zu. Die Arbeiterschaft und die Beamten fordern immer stürmischer Lohn- und Gehaltserhöhungen. Wachsende Steuerlast, Erhöhung der Eisenbahnfrachten, die Versorgung mit ausländischen Rohstoffe“ zwingen zu starker Preissteigerung und bereiten das Ende des Valuta-Dumping vor.

*

[152] Die Lage in Polen, Österreich, Dänemark hat sich weiter verschlechtert; die Arbeitslosigkeit war in diesen Ländern nie zuvor so groß wie jetzt. Die Anzeichen einer allgemeinen europäischen Depression haben sich in den letzten Wochen vermehrt; die noch immer wachsende Krise in Deutschland, die wachsenden Schwierigkeiten in Frankreich erhöhen die Wahrscheinlichkeit derselben.

*

Die optimistische Stimmung in den Vereinigten Staaten wurde von neueren Erscheinungen gestört. Die Eisen- und Stahlpreise sind zurückgegangen. Die Kredite wurden eingeschränkt. Die Handelsbilanz war im Januar nach langer Zeit zum ersten Mal passiv. (Einfuhr 414 Millionen, Ausfuhr 399 Millionen Dollar in diesem Monat.) Die Passivität ist zum Teil auf den Rückgang der Baumwollausfuhr zurückzuführen. Die große Baumwollernte und die damit zusammenhängende Preisunsicherheit haben starke Zurückhaltung in den Baumwolleinkäufen hervorgerufen. Durch diese Zustände auf dem Baumwollmarkt wird ein bedeutender Teil der amerikanischen Farmer stark beunruhigt.

Die Statistik der neuen Emission in den Vereinigten Staaten 1925 wurde unlängst veröffentlicht. Daraus ist ersichtlich, daß die sichtbare Kapitalausfuhr in diesem Jahre sich auf 1083 Millionen Dollar belief; davon wurden 663 Millionen Dollar (61 Proz.) nach Europa, 250 Millionen (23 Proz. der Gesamtsumme) nach Deutschland ausgeführt. Deutschland ist heute das wichtigste Kapitalanlagegebiet der Vereinigten Staaten. Diese haben 1925 in Deutschland mehr Kapital angelegt als im ganzen Latein-Amerika. Die Ausbeutung des europäischen und insbesondere deutschen Proletariats verspricht größere Profite als die Ausbeutung der Kolonien.

*

Wenn wir die mächtige amerikanische Kapitalausfuhr und die ungünstige Entwicklung der englischen Zahlungsbilanz (siehe, oben) gegenüberstellen, dann wird die Vormachtstellung des amerikanischen Kapitalmarktes ersichtlich. Der englische Kapitalexport betrug , 1924 nur 370 Millionen Dollar. Die Regelung der interalliierten Schulden wird die englische Zahlungsbilanz und die Möglichkeit der Kapitalausfuhr gewissermaßen verbessern. England zahlt jährlich als Tilgung seiner Kriegsschulden 33 Millionen Pfund an die Vereinigten Staaten; diese Summe möchte es von seinen eigenen Schuldnern zurückerhalten (Balfour-Note). Ende Januar hat, die englische Regierung mit Italien ein Schuldenabkommen abgeschlossen. Italien zahlt 62 Jahre durchschnittlich jährlich 4

Millionen Pfund. Damit hat England die Hälfte der italienischen Schulden erlassen, und es bekommt nun jährlich 1 Million Pfund (20 Millionen Mark) weniger, als es im Sinne der Balfour-Note von Italien erhalten sollte. (Frankreich soll nach dem mit Caillaux abgeschlossenen Abkommen 12,5 Millionen Pfund zahlen; aus dem Dawes-Ertrag werden jährlich 10 Millionen, von den kleineren Schuldnern etwa 4 Millionen Pfund erwartet.) Die weitgehenden Zugeständnisse gegenüber Italien hat die englische Bourgeoisie nicht umsonst gemacht. Die Unterstützung der englischen Außenpolitik gegen Frankreich und gegen die Sowjetunion wird der Preis dieser finanziellen Nachgiebigkeit sein.

19.II. L. M.

*

II. Internationale

Die linke Sozialdemokratie in Sachsen

Der Heidelberger Parteitag der SPD brachte dem Linksflügel eine starke Niederlage. Rücksichtslos setzte der Parteivorstand seine politische Linie durch – die Linie der Koalitionspolitik. Er satte zu seiner Unterstützung eine Reihe geschickt operierender Redner und die aus Parlamentariern und Sekretären zusammengesetzte Mehrheit des Parteitage. Und doch wäre diese Niederlage in dieser Form – als glatte Verneinung der Beschlüsse der sächsischen Landesorganisation – nicht möglich gewesen, wenn die Linke nicht ängstlich vermieden hätte, eine konsequente politische Linie zu entwickeln und sich auf das zu stützen, was allein der Bürokratie ein Gegenparoli bieten konnte – den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter zum Klassenkampf.

Die Entwicklung nach Heidelberg zeigt diese negative Haltung der Linken verstärkt. Um die Kluft zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und der ideologisch und politisch mit dem Bürgertum versippten Parteibürokratie nicht aufzureißen, waren die linken sozialdemokratischen Führer ängstlich bemüht, die Kluft zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu verbreitern und zu vertiefen. Das Musterbeispiel dafür ist Sachsen.

In S a c h s e n wurde der Nachweis dafür erbracht, daß Ablehnung der proletarischen Einheitsfront direkte Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitiker und der Bourgeoisie bedeutet. Der Versuch, sich „ach links scharf abzugrenzen, bedeutet, daß nach rechts die Grenzen sich verwischen. Die verschiedenartige Zusammensetzung der linken Opposition fördert diese Verwischungsabsichten. Zwischen der Haltung der „Plauener Volkszeitung“ und der „Dresdner Volkszeitung“ besteht ein größerer Gegensatz als zwischen „Vorwärts“ und „Dresdner Volkszeitung“. Der Prüfstein für die Kraft und den Willen der linken sozialdemokratischen Führer in Sachsen war und ist die Stellung zur Landtagsauflösung. Seit Monaten treiben die linken Führer ein unwürdiges und zweideutiges Spiel im sächsischen Landtag. Ihre Position ist nach Heidelberg dieselbe wie auf dem Parteitage selbst: sie wagen es nicht, die proletarischen Kräfte ihrer eigenen Partei zu mobilisieren, um der Koalitionspolitik der rechten Führer ein rasches Ende zu machen. Sie verhandeln hinter verschlossenen Türen über Lebensfrage“ des Proletariats, und der Wille, den Riß zwischen proletarischem Klassenbewußtsein und bürgerlicher Koalitionspolitik mit einheitlichen Beschlüssen zu ver-[153]kleistern, macht sie zum Spielball der gerissenen Taktiker des Parteivorstandes und der Bethke und Held. So finden sie immer wieder Ausreden und Vorwände, um die Auflösung des Landtags zu verhindern und der Koalitionsregierung ihr Leben zu verlängern. Erst beriefen sie sich darauf, daß sie sich nicht von den Kommunisten den Zeitpunkt der Auflösung vorschreiben lassen wollten, dann erklärten sie die Ablehnung des Auflösungsantrags der Kommunisten mit der Notwendigkeit, von ihnen gestellte sozialpolitische Anträge erst durchzubringen. In Wirklichkeit steckt hinter der ganzen Verzögerungstaktik die Furcht vor dem neuen Konflikt, der im Moment der Landtagsauflösung um die Kandidatenfrage entbrennen wird. Denn die sächsischen Linken wissen genau, daß die Absicht des Parteivorstandes, den größeren Teil der sozialdemokratischen Koalitionspolitiker wieder als Kandidaten aufzustellen, auf starken Widerstand bei den Arbeitern stößt – und den Ruck nach links, zu den Kommunisten, verstärken und beschleunigen wird. Einmal in die Defensive gedrängt, auf der Rutschbahn der Kompromisse mit den rechten Führern angelangt, ist die Position der linken Führer die denkbar

kläglichste. Und jedes Anschwellen der Aktivität der Arbeitermassen, jede Stärkung der von unten, in den Betrieben und Gewerkschaften sich anbahnenden Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern verschlimmert das Dilemma der linken Führer, deren Politik auf dem Lavieren zwischen Klassenkampf und Koalitionspolitik sich aufbaut – wobei sie prinzipiell für den Klassenkampf sind, praktisch jedoch die Koalitionspolitik unterstützen.

Diese Situation bestimmt die linken Führer zur Ablehnung der proletarischen Einheitsfront, sobald sie anfängt, praktisch zu werden und das gemeinsame Marschieren mit dem gemeinsamen Schlagen zu verbinden trachtet. Es ist kein Zufall, daß der scharfe Kampf, den der sozialdemokratische Parteivorstand gegen jede gemeinsame Aktion in der Bewegung für den Volksentscheid, gegen die Einheitskomitees, führt, von der sächsischen sozialdemokratischen Presse nachdrücklich unterstützt wird. Und nicht nur in dieser Frage, sondern auch in allen anderen zeigt sich die Absicht der linken sozialdemokratischen Führer, das Zustandekommen eines linken Arbeiterblocks in Deutschland zu verhindern. Sie erkennen zwar kategorisch die Notwendigkeit eines solchen Blocks an, aber sie stelle" eine Voraussetzung auf, die von der Absicht getragen ist, die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung nach rückwärts zu revidieren und die Vorbedingung jeder revolutionären Bewegung: das Vorhandensein einer selbständigen kommunistischen Partei, zu verneinen.

Typisch für diese geistige Einstellung ist die kürzlich erschienene Broschüre des Redakteurs der „Leipziger Volkszeitung", Hugo S a u p e, die den Titel führt: „Einheitsfront? Sozialismus oder Staatskapitalismus." Diese Broschüre beschäftigt sich nicht etwa mit einer Skizzierung der Klassenverhältnisse in Deutschland und der Beantwortung der Frage, unter welchen Voraussetzungen, in welchen Forme" die proletarische Einheitsfront in Deutschland geschaffen werden könne. Vielmehr versucht der Verfasser, aus der Auseinandersetzung auf dem XIV. Parteitag der KPR den Nachweis zu führen, daß die Kommunistische Partei Rußlands die „verkehrte Rechnung" auf die Weltrevolution aufgegeben habe, um sich zu „evolutionären" Formen der Entwicklung zu bekennen. Wir wollen hier auf die eigentümlichen „marxistischen Methoden, mit denen Saupe die russischen Verhältnisse betrachtet – sie bestehen im wesentlichen auf einer demagogischen Gruppierung von Zitaten aus Reden Lenins, Stalins, Sinowjews und Bucharins –, nicht näher eingehen[*)]. Festgestellt sei nur, daß nach Saupes Meinung Otto Bauer „die Dinge in Rußland wesentlich günstiger sieht, als sie in Wirklichkeit sind". Aber symptomatisch für die Einstellung der Linken in der deutschen Sozialdemokratie ist die Frontstellung, die Saupe einnimmt. 46 Seiten über die Parteidiskussion in Rußland, über den Gegensatz von Proletariat und Bauerntum in Rußland, über die Auseinandersetzung zwischen Führern der Kommunistischen Internationale – nicht ein Wort über die Voraussetzungen der Einheitsfront in Deutschland. Man kann zwar sowohl bei Saupe wie in verschiedenen Artikeln der sozialdemokratischen Presse eine Änderung nach der Richtung beobachten, daß der Ton und die Methode der Diskussion über die Verhältnisse Sowjetrußlands sich geändert haben. Die sozialdemokratischen Führer haben erkannt, daß mit dem groben Antibolschewismus von ehedem keine Geschäfte mehr zu machen sind. Aber die jetzige Art, sich mit der russischen Revolution auseinanderzusetzen, ist in ihrer Maske der Objektivität dazu bestimmt, die sozialdemokratischen Arbeiter von einer engeren politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten abzuhalten, sie soll insbesondere die durch die Berichterstattung der Rußlanddelegierten geschaffene Stimmung für Sowjetrußland abfangen.

Den Kernpunkt der theoretischen Ausführungen Saupes bildet offenbar folgender Satz: „Der kleinbürgerliche Einfluß der Mittelbauern zwingt die Sowjetkämpfer in die taktische Linie der westeuropäischen Sozialisten hinein, freilich mit dem Unterschied, daß sich deren opportunistische Haltung zumeist aus der Stellung des Proletariats zu den Klassen des industriellen Bürgertums ergibt." Selten ist wohl ein frivolerer und oberflächlicherer Versuch unternommen worden, den Klassenverrat der sozialdemokratischen Führer theoretisch zu rechtfertigen. Hier wird die Politik der bolschewistischen Partei. die die Revolution durchgeführt hat und nach dem Siege des Proletariats, im Besitze der entscheidenden Schlüsselstellungen der Wirtschaft und des Staates, mit der kleinen und mittleren Bauernschaft ein Bündnis g e g e n die Bourgeoisie geschlossen hat, in dem die proletarische Klasse

[*)] Dies wird an anderer Stelle geschehen. Die Red.

unbestritten führt, und [154] auf Grund dessen das russische. Proletariat den Sozialismus aufbaut (was Otto Bauer selbst anerkennt), gleichgestellt mit dem sozialdemokratischen Bündnis (Koalition) mit der Bourgeoisie, gegen den revolutionären proletarischen Vortrupp, zur Verhinderung der sozialen Revolution, also mit einem Bündnis, das gerade das Entgegengesetzte erzielte: Stärkung der Bourgeoisie und Schwächung, ja zum Teil blutige Niederschlagung der proletarischen Klassenkräfte.

Ob Saupe selbst wirklich glaubt, was er da schreibt, ist hier gleichgültig. Daß er aber diesen Unsinn mit solcher Frechheit hinschreiben kann, zeigt wieder einmal, daß die Ignorierung oder falsche Lösung der Frage der Bauernschaft nicht nur in Rußland, sondern auch in Westeuropa eine der ideologischen und taktischen Hauptwurzeln des Menschewismus ist. Im übrigen schätzt Saupe die sozialdemokratischen Arbeiter zu niedrig ein. Sie sind nicht so borniert wie manche führende Ideologen, um über dem Begriffskunststück dieser „Analogie" die materiellen Tatsachen zu übersehen: daß in Rußland das Proletariat herrscht, in Deutschland aber die Bourgeoisie.

Diese „Theorie der linken Führer" der Sozialdemokratie entspricht in allen Punkten ihrer Politik: es ist die bornierte Überheblichkeit des Kautskyanismus, der unter dem Vorwand, revolutionärer zu sein als die Bolschewiki, die konterrevolutionäre Politik des Parteivorstandes vor den Massen stets am besten gedeckt und verschleiert hat. Fritz Rück.

*

Genossenschaftsbewegung

In der Rundschau über die Genossenschaftsfrage, die an dieser Stelle vierteljährlich erscheinen soll, bringen wir fortlaufende Übersichten über die Vorgänge in der Genossenschaftsinternationale und nacheinander über die Situation in der Genossenschaftsbewegung der einzelnen Länder und die kommunistische Fraktionsarbeit in den Genossenschaften.

Im internationalen Maßstab ist für die gesamte Genossenschaftsbewegung, insbesondere soweit sie Konsumgenossenschaften umfaßt, die Einheitsfront hergestellt. In der „Internationalen Genossenschafts-Allianz (Sitz London) ist eine einheitliche Genossenschaftsinternationale vorhanden, die neben den ausgesprochenen sozialdemokratischen Parteigenossenschaften Belgiens, Österreichs und der Tschechoslovakei (teilweise) und den von Reformisten und Kleinbürgern geleiteten Genossenschaften Englands, Deutschlands und Frankreichs, auch die Genossenschaftsverbände der sozialistischen Sowjetunion organisiert. Diese Allianz ist 1895 gegründet und betrachtete in ihrer dreißigjährigen Geschichte die „politische Neutralität" als ihr heiligstes Prinzip.

Die Führung der Genossenschaftsinternationale liegt in den Händen „neutraler" Genossenschaftsspezialisten, die in Verbindung mit den Sozialdemokraten als ihre wichtigste Aufgabe die Bemühungen erachten, daß die Genossenschaftsinternationale nicht in den proletarischen Klassenkampf hereingezogen wird und diesem keinerlei Unterstützung bietet. Die reaktionäre" Gruppen haben in der Allianz eine feste Mehrheit. Der kleine linke Flügel steht unter Führung der Sowjetgenossenschaften und findet geringe Unterstützung seitens der kommunistischen Opposition, die in allen Ländern – ausgenommen der Tschechoslovakei – noch sehr schwach ist.

Im Mittelpunkt der internationalen Genossenschaftsbewegung stehen heute die Fragen des Kampfes gegen Kriegsgefahr und Faschismus, gegen Teuerung, Steuern und Zölle und für die Unterstützung des Kampfes zur Herstellung der internationalen Einheitsfront des Proletariats, insbesondere auf der gewerkschaftlichen Front. Die Allianz selbst bemüht sich, all diesen Fragen aus dem Wege zu gehen und sich möglichst mit nichtigen Fragen zu beschäftigen. Sie hat Angst, daß durch eine proletarische Aktivität, die im Interesse der von ihr organisierte" Millionenmassen liegen würde, ihre Organisation, die in 36 Ländern 100.000 Genossenschaften mit 50 Millionen Mitgliedern umfaßt, gesprengt würde. Ende 1925 hat die Allianz kleine Konzessionen gegenüber der Opposition gemacht, und in Aussicht genommen, die Zusammenarbeit mit den beiden Gewerkschaftsinternationalen in Moskau und Amsterdam „in Erwägung zu ziehen".

Für das klassenbewußte Proletariat ist die Notwendigkeit gegeben, in ihren Genossenschaftsorganisationen sich ernst um die Frage der Herstellung proletarischem Solidarität seitens der Genossenschaften mit allen übrigen Arbeiterorganisationen, auch im internationalen Maßstabs, zu kümmern. Nur durch eine Aktivität der proletarischen Genossenschaftsopposition[*)] kann das Ziel erreicht werden, eine so gewaltige Bewegung, wie die Genossenschaftsinternationale, durch Massendruck in die Kampffront des Proletariats einzureihen. Bis zum nächsten internationalen Genossenschaftskongreß im Jahre 1927 muß die proletarische Opposition in den einzelnen Ländern so weit organisiert sein, daß sie es fertig bringt, entscheidenden Einfluß auf ‚die Führung der Allianz auszuüben.

Im Mittelpunkt des Interesses der Internationalen Genossenschaftsbewegung steht die am 14. November 1925 von Mussolini verfügte Auflösung des Zentralverbandes der italienischen Konsumvereine „Lega Nazionale“ in Mailand. Damit hat der [155] Faschismus – genau so wie ein Jahr zuvor Zankow in Bulgarien an dem revolutionären Genossenschaftsverband „Oswoboschdenja“ – den Strich unter sein Zerstörungswerk an der italienischen Genossenschaftsbewegung gesetzt. Von ehemals 8000 Genossenschaften, die der Verband umfaßte, waren 1924 infolge der faschistischen Zerstörungen, Plünderungen und Brandstiftungen nur noch 4600 zurückgeblieben. Zuletzt umfaßte der Verband nur noch 1000 Genossenschaften. Jetzt steht die gesamte italienische Genossenschaftsbewegung vollständig unter dem faschistischen Terror und wird zwangsweise von faschistischen Kommissaren verwaltet. Bei Vereinen, die den geringsten Widerstand leisten, wie z. B. bei dem Arbeiterkonsumverein für Triest, Istrien und Friaul, wird der Verwaltungsrat aufgelöst und ein Direktorium eingesetzt.

Die seitens der Profintern in Moskau vorgeschlagene Einheitskampagne gegen den Faschismus, wozu die Genossenschaftsinternationale – durch Veranstaltung einer Konferenz mit der Moskauer und Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale – die Initiative ergreifen sollte, um gemeinsame Maßnahmen gegen den Faschismus ausarbeiten zu können, ist an der Schwäche der Allianz gescheitert, die sich bei solchen Anlässen hinter ihre politische Neutralität verkriecht, um jeglicher Aktion ausweichen zu können.

Der bemerkenswerteste Vorgang in der Genossenschaftsbewegung der einzelnen Länder ist die Vorbereitung der Genossenschaftsorganisationen Großbritanniens für den bevorstehenden großen Kampf der Bergarbeiter. Der Bergarbeiterführer Cook hat soeben die Erklärung abgegeben, daß zu dem Kampf „der neue Dreibund der Arbeiterschaft – Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft – geschlossen dasteht“. Zurzeit finden Beratungen der Gewerkschaften und Parteien mit den Genossenschaften statt, um Pläne für das Zusammenwirken zur Erkämpfung der Rechte der Arbeiterschaft auszuarbeiten. Wörtlich sagte Cook: „In dieser Frage stehen wir einig, hier gibt es keinen rechten und linken Flügel in der Arbeiterklasse, sondern nur eine einige Arbeiterbewegung.“

Seitens der KP Großbritanniens wurde ein Aktionsprogramm für die Arbeiter-Einheitsfront ausgearbeitet, wo es im dritten Punkt heißt, daß zwischen dem Gewerkschaftsrat und der Leitung der Genossenschaften ein Abkommen zur gegenseitigen Hilfeleistung in den Kämpfen und zur engeren Verbindung der beiderseitigen Bewegung beschlossen werden soll.

Obwohl die Kommunistische Partei Großbritanniens erst 1924 mit einer systematischen Fraktionsarbeit in den genossenschaftlichen Massenorganisationen begonnen hat, ist schon jetzt ein guter Erfolg festzustellen, der Vor allem dadurch erzielt wurde, daß die Genossenschaftsarbeit nicht isoliert, sondern in enger Verbindung mit der allgemeinen Parteiarbeit geführt wird. Der letzte Parteikongreß im Mai 1925 hat den Parteigenossen dafür klare Direktiven gegeben. Sowohl bei den Parteizentralen, als auch in verschiedenen Distriktskomitees und Ortsgruppen sind Genossenschaftsleiter vorhanden und ebenso ist die Fraktionsarbeit in Entwicklung begriffen. Besonders wertvoll ist die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Minderheitsbewegung auch ihrerseits aktive Genossenschaftsarbeit betreibt. In der Parteipresse und der Gewerkschaftspresse der Minderheitsbewegung werden

[*)] Siehe die Monatszeitschrift der Kooperativsektion der Komintern „Die Genossenschaft im Klassenkampf“, Allgemeiner Genossenschaftsverlag, Berlin O. 54, Linienstraße 87. Monatlich 20 Pf.

die Genossenschaftsfragen regelmäßig beleuchtet. Auch auf die speziellen genossenschaftlichen Frauengilden, die in Großbritannien bestehen – die in genossenschaftspolitischer Beziehung den linken Flügel der Bewegung ausmachen –, erstreckt sich die kommunistische Fraktionsarbeit. Es ist zweifelsohne, daß, wen" die KP auch in Zukunft die Genossenschaftsarbeit als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Parteiarbeit betrachtet, sie sich damit einen breiten Weg zu den Massen sichert, denn in Großbritannien gibt es nicht weniger als 1400 Genossenschaften mit 5 Millionen Mitgliedern, während die Frauengilden 52.000 Mitglieder haben. Heute ist in den Genossenschafterkreisen nur eine geringe Aktivität vorhanden, die Bürokratie beherrscht vollständig die Bewegung, die Führung der Konsumvereine der Industriezentren liegt in der Hand von Anhängern der Labour Party, die meist auf dem rechten Flügel stehen. Bei den Gegensätzen, die zwischen den Mitgliedern und der reaktionären Führung der Genossenschaftsbewegung heute bestehen, sind die Aussichten auf eine breite Opposition, auf die Herausbildung eines Linksflügels in der Genossenschaftsbewegung günstig.
15.II. A l g o.

*

Frauenbewegung

Die Lage der arbeitenden Frauen in Deutschland

Die arbeitenden Frauen sind die unterste und gedrückteste Schicht der Arbeiterklasse und daher am empfindlichsten gegenüber allen wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen. Ihre Lage hat sich in letzter Zeit in steigendem Maße verschlechtert.

Die Zahl der erwerbstätigen F r a u e n steigt nach allen vorläufigen Zählungsergebnissen ständig. Man schätzt sie auf ein Drittel aller Erwerbstätigen. (Das Zahlenmaterial der letzten großen Volkszählung liegt noch nicht vor, so daß genauere Angaben noch nicht gemacht werden können.) Die fortschreitende sogenannte R a t i o n a l i s i e r u n g begünstigt diesen Prozeß: an die Stelle des gelernten Arbeiters tritt die ungelernte junge Arbeiterin.

Der Arbeitsmarkt aber erweist sich in steigendem Maße als unfähig, das Heer der arbeitsuchenden Frauen aufzunehmen. Fangen auf der einen Seite die hochorganisierten Industriezweige die Frauen auf, so findet auf der anderen Seite infolge der scharfen Krise ein starkes Abströmen der Frauen aus der Industrie in die Berufe der Hausangestellten [156] statt, mit dem Erfolg, daß dieser Beruf, in dem noch vor nicht langer Zeit ein gewisses Unterangebot üblich war, die größte Andrangziffer auf den Arbeitsämter" aufweist.

Die L o h n s p a n n e zwischen Männer- und Frauenlöhnen beträgt durchschnittlich 30 bis 40 Proz., erreicht aber in einzelnen Industriezweigen 50 Proz. und darüber (Kartonnage Industrie: Männer 88 Pf., Frauen 43 Pf.). Trotz der steigenden Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß und trotz ihrer formalen Gleichberechtigung bei Gemeinde- und Parlamentswahlen entspricht die Zahl der i n d e r V e r w a l t u n g t ä t i g e n F r a u e n nicht im geringsten ihrer Bedeutung in der Produktion. Die Enquete des letzten Deutschen Städtetags ergab, daß in den zahllosen Städten von über 25.000 Einwohnern in Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg e i n e e i n z i g e F r a u ein besoldetes hauptamtliches Mitglied in einem Magistrat war. Etwas stärker ist die ehrenamtliche Beteiligung der Frauen in den Gemeindeparlamenten. Auch hier aber sind es im Höchstfalle 10 Proz. oft genug 5 Proz. und darunter. Wie sehr selbst an einem solchen Punkt, in dem die Machtverhältnisse der Bourgeoisie in keiner Weise berührt werden, die Stellung der Frauen abhängt von den politischen Verhältnissen, beweisen folgende Zahlen: Im Bayern der Konterrevolution kommen auf 476 Männer nur 28 Frauen, in Sachsen mit seiner stark links gestimmten Arbeiterschaft auf 440 Männer 44 Frauen in den Gemeindevertretungen! – Nur zum Vergleich sei erwähnt, daß in Rußland im letzten Jahre die Zahl der Bäuerinnen in den Dorfsowjets von 7 Proz. auf 10,1 Proz., in den Stadträten der Gouvernementsstädte von 14 auf 21,6 Proz. stieg!

Der Stand der Frauenorganisationen in Deutschland

ist nur ein weiterer Ausdruck einerseits für die vielfältige Gebundenheit der Frau an überkommene Gesellschaftsformen, andererseits für die vielseitigen Methoden nicht nur ideologischer, sondern auch organisatorischer Beeinflussung breiter Bevölkerungsschichten durch die herrschende Klasse.

Von den etwa 26 Millionen Frauen, die in Deutschland leben, ist nur eine Minderheit durch proletarische Organisationen erfaßt, obwohl die übergroße Mehrheit der proletarischen Klasse angehört.

Gewerkschaftliche Frauenorganisationen: Die stärkste gewerkschaftliche Frauenorganisation hat der ADGB Im letzten Jahr hat sich sogar die Zahl der Frauen nach dem katastrophalen Rückgang von 1923 wieder etwas vermehrt:

1923	5.741.000	überhaupt
	1.200.000	Frauen
1924	3.975.000	überhaupt
	763.000	Frauen
Juni 1925	4.194.000	überhaupt
	777.000	Frauen

Als Frauenorgan wird die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ herausgegeben, die die Interessen der Arbeiterinnen nach den vom ADGB vorgeschriebenen Richtlinien vertritt. Die Rolle der Frauen in den Gewerkschaften ist im allgemeinen eine ziemlich passive; nur ausnahmsweise finden sich Frauen in den Ortsverbänden an der Leitung. Auch die von der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ vertretene Parole: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ und die Stellung zur Frage der „Doppelexistenz“ wird durchaus nicht mit der notwendigen Energie verfochten. Ein großer Prozentsatz von Arbeiterinnen ist in den christlichen Gewerkschaften und Fachverbänden organisiert, an die wir bis heute kaum noch herangekommen sind. Die Zahlen sind folgende:

1923	937.000	überhaupt
	230.000	Frauen
1924	605.000	überhaupt
	160.000	Frauen

Seitdem auch hier wieder ein starker Anstieg. Dazu kommen aber noch die in den zahlreichen katholischen und evangelischen Verbänden organisierten Arbeiterinnen, deren Mitgliederzahl sich im Jahre 1923 insgesamt auf 100.000 belief. Sowohl die christlichen Verbände als auch die Gewerkschaften treiben offene Unternehmerpolitik. So schlägt z. B. „Die Heimarbeiterin“, das Organ des christlichen Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen, eine seit 25 Jahren bestehende Organisation mit etwa 9000 weiblichen Mitgliedern, unter dem Titel „Mit Gott hindurch“ vor, die Arbeitsgemeinschaft wieder auferstehen zu lassen, um diese schweren Zeiten überwinden zu können.

Zu erwähnen wären noch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die im Jahre 1921 225.000 überhaupt und 23.000 weibliche Mitglieder aufwiesen.

„Unpolitische“ und politische Frauenorganisationen: Die größte bürgerliche Frauenorganisation ist der Bund deutscher Frauenvereine. Er umfaßt eine Million Mitglieder und ist hiermit die größte Frauenorganisation Deutschlands. Allerdings entspricht sein Einfluß bei weitem nicht seiner zahlenmäßigen Stärke, da er, abgesehen von einzelnen „Prominenten“, ziemlich passiv ist. Er umfaßt 3933 Vereine, da ihm die meisten bürgerlichen Berufs- und Fachverbände angeschlossen sind. Er steht „statutenmäßig dem Klassenkampf fern“, faktisch vertritt er sowohl durch seine Abgeordneten, die sämtlich bürgerlichen Parteien angehören, als auch durch sein allgemeines Auftreten die Interessen der Bourgeoisie. So ist er z. B. noch im letzten Jahre ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der Abtreibungsparagraphen eingetreten. Das Organ des Bundes ist „Die Frau“, eine mit der mystischen Verherrlichung des modernen „Werktums“ durchaus konterrevolutionär wirkende Zeitschrift.

Eine besonders starke Frauenbewegung hat, wie sich bei allen Wahlen zeigt, die Zentrumspartei. Abgesehen davon, daß sie die eifrigste Unterstützung durch die christlichen Gewerkschaften findet, gibt sie unabhängig davon vier Frauenzeitschriften heraus, und zwar: „Frauenland“. „Die

christliche Frau“, ein Jugendorgan und [157] ein Nachrichtenblatt. Abgesehen davon finden sich Beilagen in allen Zentrumsblättern. Unter dem Einfluß der Zentrumspartei hat sich ein „katholischer Frauenbund“ gebildet, dem allein 250.000 Frauen angehören. Charakteristisch ist, daß entsprechend der allgemeinen Linie des Zentrums, die dahin geht, die Frauen vom politischen Kampf fernzuhalten, jetzt in keinem dieser Blätter auch nur ein Wort vom Volksentscheid zu finden ist, offenbar, um durch ein allgemeines Totschweigen die Sache zum Scheitern zu bringen. Nicht zu vergessen ist die von Käthe Schirmmacher geführte deutschnationale Frauenorganisation, die nach der Zentrumspartei bei den letzten Wahlen verhältnismäßig die meisten Frauenstimmen bekommen hat. Ihr Blatt „Die deutsche Frau“ ist im Gegensatz zu anderen Frauenblättern bewußt politisch gefärbt. Es kämpft gegen die Erwerbsarbeit der Frau, um sie ihrer „wahren Bestimmung, der Hausarbeit, wieder zuzuführen, tritt für die Heldentaten der alten Flotte ein und führt einen heftigen Kampf um die Rassereinheit der Nation.

Weitaus kleiner, aber deswegen doch keineswegs zu unterschätzen, ist die Frauenorganisation der SPD, insbesondere, da sie im letzten Jahre angewachsen ist, während der allgemeine Mitgliederstand gefallen ist

April 1924	940.000	überhaupt
	148.000	Frauen
April 1925	844.000	überhaupt
	154.000	Frauen

Die kleinbürgerliche, pazifistische Sprache der der SPD muß also offenbar auf zahlreiche Frauen eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt heben. Das bereits von der kommunistischen Presse oft besprochene Frauenorgan „Frauenwelt“ entspricht auch ganz diesem kleinbürgerlichen Geist. Ähnlich steht es mit den Beilagen der großen Tageszeitungen – wenn auch die „Frauenstimme“ des „Vorwärts“ etwas ernster und politischer die Frauen zu beeinflussen versucht –, sie überschreiten nur selten den Rahmen von Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungsfragen und halten die Frauen dem Klassenkampf womöglich noch ferner, als die übrige SPD-Presse ihre Leser.

Der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die arbeitenden Frauen entspricht bei weitem nicht ihrem Einfluß auf die übrigen Schichten der werktätigen Massen. Das beweisen nicht nur übereinstimmend alle Wahlstatistiken der letzten Jahre, sondern auch die Mitgliederzahlen der Kommunistischen Partei. Der Prozentsatz an Frauen beträgt durchschnittlich 14 bis 15 Prozent, Diesem verhältnismäßig geringen weiblichen Mitgliederbestand, diesem geringen Einfluß auf die außerhalb der Partei stehenden Frauenmassen entspricht auch eine für eine große politische Partei geradezu verschwindend kleine Anzahl von Frauenblättern. Außer der (monatlichen!) Zeitungsbeilage „Die Kommunistin“ und ganz vereinzelten Frauenseiten in der Provinzzeitung geben nur drei Städte (Berlin, Chemnitz und Leipzig) mehr oder weniger regelmäßig eine „Arbeiterin“ heraus.

Nicht zu unterschätzen ist allerdings der Einfluß der Kommunistischen Partei auf drei große Organisationen, deren Mitgliederbestand zu einem sehr erheblichen Teil aus Frauen besteht: die Rote Hilfe, die Internationale Arbeiterhilfe und der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. (Hier vor allem die innerhalb des Bundes noch besonders zusammengeschlossene“ Kriegshinterbliebene“.) Außerdem ist in letzter Zeit, zunächst im Anschluß an den Roten Frontkämpferbund, der Rote Frauen- und Mädchenbund entstanden, der auf dem Boden des Klassenkampfes proletarische Frauen und Mädchen sammelt und weitgehend von der Kommunistischen Partei beeinflußt wird.

Bei all dem aber handelt es sich teils um nur lose (RH und IAH), teils um noch sehr kleine (RFMB) Organisationen. Die breite Masse der werktätigen Frauen gilt es erst noch zu gewinnen.

Die bis weit in die Kreise des Mittelstandes hineinreichende Bewegung für den Volksentscheid bietet die beste Möglichkeit, auch die arbeitenden Frauen hineinzuziehe“ in die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse. Das ist eine, das ist die wichtigste Aufgabe des Internationalen Frauentags in Deutschland. D. S.

[157]

LITERATUR

Der Nelson-Bund*)

Leonard Nelson: „Die Rechtswissenschaft ohne Recht“ (251 S.) Leipzig 1917 – „System der philosophischen Rechtslehre“ (132 S.) Leipzig 1920 – Schriftenreihe: „Öffentliches Leben“, Verlag Der neue Geist, Leipzig – ISK. 1. Jahrgang, 1. Heft. Herausgegeben vom Vorstand des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes.

Der im Herbst vorigen Jahres aus der SPD ausgeschlossene Nelsonbund (der im April 1917 organisiert, 1923 der SPD beigetretene „Internationale Jugendbund) kann in theoretischer Hinsicht auf eine anständige bürgerlich-revolutionäre Vergangenheit zurückblicken. Der Begründer und Führer des Bundes, der Göttinger Professor Leonard Nelson, ist nämlich ein Schüler von Fries, der wegen seiner mutigen Haltung beim Wartburgfest der deutschen Studenten (1817) von den Regierungen der heiligen Alliance gemaßregelt wurde; der in tapferer Weise jenen Strömungen des deutschen Bürgertums Ausdruck gab, die nach den Freiheitskämpfen auf die Fortsetzung der Reformbewegung bestanden, die die Umwandlung Deutschlands in einen modernen Staat gefordert haben. Und es gehört ganz gewiß zu den schmachvollsten Momenten im Lebenslauf Hegels, daß er gegen die Gemaßregelten Stellung nahm und den verfolgten Philosophen als „Heerführer der Seichtigkeit“ im Vorwort seiner „Rechtsphilosophie“ denunzierte. So schmachvoll aber diese Verbeugung vor den Machthabern der Heiligen Alliance auch gewesen sein mag, sachlich stand vielfach das Recht auf seiner Seite. Die Hegelsche Rechtsphilosophie umfaßt die ganze, wirklich existierende bürgerliche Welt seiner Zeit, sie analysiert und bringt auf den Begriff das wirkliche Fundament des Rechtes: die bürgerliche Gesellschaft, während der mutige und anständige Fries theoretisch nicht über ein Aufwärmen der Naturrechtslehre des XVII. und XVIII. Jahrhunderts hinauskam, die zwar seinerzeit noch ein Ausdruck der Revolution der bürgerlichen Klasse gewesen ist, aber bei der verspäteten, verwickelteren Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland immer mehr zu einer abstrakten Intellektuellen-Ideologie entartete.

Hat sich in diesem Gegenüberstehen von Fries und Hegel noch die Rückständigkeit des damaligen Deutschlands gespiegelt, die es möglich machte, daß der inhaltlich konservative, ja reaktionäre Hegel dem „Revolutionär“ Fries gegenüber methodologisch das fortschrittliche Prinzip vertrat, so hört diese Eigentümlichkeit im Zeitalter des Imperialismus, der Weltrevolution, auf. Wenn heute Nelson die Friesschen Lehren erneuert und sie – wenn auch ohne ausgesprochene Polemik – als Überwindung des Marxismus darstellt, so verschwindet aus dieser Gegenüberstellung jede Relativität von richtig und unrichtig, die ihr zur Zeit Fries-Hegel noch anhaftete. Freilich spricht Nelson von Marx (ja sogar von Lenin) stets im Tone der größten Hochachtung. Dies hindert ihn jedoch nicht „zu sehen, welche gemeinsamen Züge den Marxismus mit einer Lehre wie der Strahlschen trotzdem verbinden“ (Vom Beruf der Philosophie unserer Zeit, S. 12). Beide kommen zu einem heteronomen politischen Prinzip. „Und“ – fügt Nelson hinzu „wenn er (nämlich Marx) den Zusammenschluß der Leidenden und der Denkenden zu einer politischen Kampfgemeinschaft verlangt, so durchbricht dabei offenbar sein Gerechtigkeitsgefühl die Schranken seines politischen Systems.“ (Ebenda 13.) Dieses vollkommene Verkennen des ABC des Marxismus ist keine zufällige Entgleisung Nelsons. Nein, sie hängt mit den wesentlichen Grundprinzipien seines Denkens, mit der Kant-Friesschen Tradition seiner Philosophie eng zusammen.

Und wir können gleich hinzufügen: sie entspringt aus seinen besten Eigenschaften, aus seiner „Zivilcourage , mit der er vor dem Krieg die sklavische Verbeugung der bürgerlichen Wissenschaft vor den

*) Anm. d. Red. Nach Abschluß dieses Heftes erhalten wir einen Brief des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ , der die kurze Charakteristik dieser Organisation in Heft 3 dieses Jahrgangs unserer Zeitschrift als unzutreffend bezeichnet und um Berichtigung ersucht. Wir könne“ wohl den nebensächlichen Punkt erwähnen, daß der ISK nicht direkt von Nelson gegründet wurde. Die objektive historische Analyse des Bundes aber, die damals gegeben wurde, bedarf keiner Korrektur, sie wird durch den hier vorliegenden ausführlichen Artikel voll bestätigt. Es ist selbstverständlich, daß die Unerbittlichkeit der Kritik in den Fragen der revolutionäre“ Theorie eine praktische Teilnahme der ISK-Mitglieder an Aktionen unserer Partei zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront nicht hindern soll und darf. Im Gegenteil. Unsere Genossen werden den Arbeitern des ISK. bei dieser Gelegenheit klarmachen müssen, wo der einzige wirkliche internationale Kampfbund für den Sozialismus zu finden ist.

Mächten und Machthabern des wilhelminischen Deutschlands bekämpfte, mit der er gegen Krieg und Kriegsideologie entschlossen Stellung nahm. Das Tragikomische in der Stellung Nelsons zeigt sich aber darin, daß in diesem Gegenüberstehen zwar moralisch alles Recht auf seiner Seite war, daß er aber sachlich mitunter tief unter das Niveau der von ihm Bekämpften sank. Wir wollen zur Beleuch-[159]tung dieser Sachlage nur auf die rechtsphilosophischen Werke Nelsons einen Blick werfen. Wir beschränken uns darauf, teils weil uns der Raum verbietet, die gesamte Philosophie Nelsons, wenn auch nur flüchtig, zu behandeln, teils weil gerade die rechtsphilosophischen Fragestellungen Nelsons den Ausgangspunkt seiner politischen Wirksamkeit bilden und damit den Schlüssel zu ihrem Verständnis bieten.

Nelson bekämpft die bürgerliche Rechtsphilosophie, weil diese dem Recht gegenüber eine skeptische, eine nihilistische Stellung einnimmt, weil sie die Gültigkeit des Rechts aus seinem tatsächlichen Gelten, aus dem sogenannten positiven Recht ableitet, weil sie nach seinen Worten eine „Rechtswissenschaft ohne Recht“ betreibt. Demgegenüber betont er, daß man zuerst das Prinzip und den Begriff des Rechts erkannt habe“ muß, um von dem positiven Recht überhaupt aussagen zu können, ob et Recht oder Unrecht sei, daß das tatsächliche Gelten des positiven Rechts noch keine Gewähr für seine Gültigkeit als Recht bedeutet, daß alle bürgerlichen Theorien, die die Gültigkeit des Rechts auf die tatsächlichen Machtverhältnisse, auf das Rechtsgefühl usw. zurückführen wollen, sich in unlösbare. Widersprüche verwickeln müssen. Darin hat er zweifellos recht, aber aus ganz anderen Gründen als er es meint.

Die bürgerliche Rechtswissenschaft gelangt bei ihren konsequenten Vertretern zu der richtigen Ansicht, daß das Recht nichts anderes ist, als der Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft. Da aber diese Wissenschaftler Ideologen der bürgerlichen Klasse sind, müssen sie zugleich ein Verklärungsprinzip für das gerade bestehende Recht finden, müssen sein Bestehen ideologisch verherrlichen, müssen das gegenwärtige Recht in Irgend einer Weise aus dem Relativismus herausretten, müssen, mit einem Wort, irgend ein „ewiges Prinzip“ suchen, wonach das eben geltende Recht zugleich als das „richtige“ Recht erscheint. Dies ist jedoch von Ihrem Standpunkt unmöglich. Gerade ihre richtige Ansicht, daß Recht nur das positive Recht sei, zwingt sie, ihre apologetische Tendenz in einer zynisch-nackten oder heuchlerisch-erschlichenen Form auszusprechen, bringt sie in unaufhörliche Widersprüche zu ihren eigenen wissenschaftlichen Voraussetzungen.

All dies durchschaut Nelson in vortrefflicher Weise. Statt aber einen Schritt aus der bürgerlichen Rechtswissenschaft herauszutun, also diese „tatsächlichen Machtverhältnisse“, die bei ihnen notwendig abstrakt bleiben müsse“, zu konkretisieren, auf die ökonomische Struktur der Gesellschaft zurückzuführen, macht er einen Schritt nach rückwärts: er greift auf die alte revolutionäre Ideologie des Bürgertums, auf das Naturrecht zurück.

Damit fällt er aber sogar hinter den Stand der bürgerlichen Wissenschaft zurück (vom Marxismus gar nicht zu reden). Denn der wissenschaftliche Prozeß der „Überwindung des Naturrechts“ ist nur der Ausdruck jenes höchst realen gesellschaftlichen Prozesses, der die bürgerliche Klasse durch Revolutionen hindurch zur herrschenden Klasse in der Gesellschaft gemacht hat. Wenn das alte Naturrecht die Gültigkeit des Positiven Rechts von der Übereinstimmung mit dem Natur- oder Vernunftsrecht abhängig gemacht hat, so hat es damit den Willen der bürgerliche“ Klasse proklamiert, an Stelle des „willkürlichen“ und „ungerechten“. bloß historischen, bloß positiven Rechts des Feudalabsolutismus das „richtige“, das „vernunftgemäße“, das „natürliche“ Recht, d. h. das Recht der kapitalistischen Produktion, der Herrschaft der bürgerlichen Klasse zu setzen. Und wenn dieses Recht als das allgemeinmenschliche Recht aufgefaßt wurde, so drückte sich in dieser Forderung die Zuversicht der revolutionären Klasse aus, daß die von ihr zustande gebrachte Umwälzung der Gesellschaft dem Wohl der ganzen Menschheit dienen werde. Mit der allmählichen Machtergreifung der bürgerlichen Klasse wird das positive Recht immer mehr zum eignen Klassenrecht der Bourgeoisie; das Ausspielen eines „höheren“ Rechts verliert jede klassenmäßige Bedeutung. Mit dem Reaktionärwerden der bürgerlichen Klasse verlieren die Traditionen ihrer revolutionären Epoche für sie jeden Sinn: das Naturrecht wird „wissenschaftlich“ überwunden. Die bürgerliche Rechtswissenschaft kommt also – wenn sie konsequent bleibt – zu der Feststellung: Recht ist, was sich als positives Recht gesellschaftlich durchzusetzen vermag.

Aber nur wenige haben dazu den Mut (z. B. Max Weber, der den Staat so bestimmte, daß er „das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich [mit Erfolg] beansprucht). Die meisten verfallen einer verklärende“ Apologetik. Nachdem sie das Wesen des positiven Rechts erkannt haben, versuchen sie seine Geltung durch Schönfärberei (Zusammenfallen von Recht und Moral, Interessen der Allgemeinheit usw.) zu erhöhen.

Diese Halbheit durchschaut nun Nelson ganz richtig. Er kritisiert sie aber von der unrichtigen Seite. Denn er ist gerade der Erneuerer der Traditionen des Naturrechts: „Gerechtigkeit ist Recht“, sagt er (Philosophische Rechtslehre 80). Aber da es in der gegenwärtigen Gesellschaft keine Klasse mehr gibt, deren Klassenlage eine solche Gegenüberstellung von Rechtsideal und Rechtswirklichkeit entspreche“ würde, muß diese Gegenüberstellung bei ihm leer und abstrakt werden. Und da er trotz seiner ehrliche“ Bemühungen, das verkommene bürgerliche Denken zu überwinden, unfähig ist, den Geschichtsprozeß und die Rolle des Proletariats in ihr zu begreifen, wird sein Denken nicht nur abstrakt und utopistisch, sondern reproduziert in abstrakter Weise doch wieder nur die bürgerliche Gesellschaft. (So erscheint z. B. das Eigentum als Bestandteil seines „zeitlosen“ Rechts; ebenda 67, 92 usw.) Sein Rechtsideal, das seine Anhänger mit der klassenlosen Gesellschaft gleichsetzen, ist doch nur eine bürgerliche Gesellschaft, aus der jedoch alle „Auswüchse“ ausgemerzt worden sind. So wie Proudhon nach der [160] Kritik des Kommunistischen Manifestes die Bourgeoisie ohne das Proletariat will, so fordert Nelson eine Art Kapitalismus ohne Proletariat, ohne unterdrückte und ausgebeutete Klasse. Es ist klar, daß Nelson dabei, so hoch er sich in seiner Gesinnung über die feilen Apologeten des Kapitalismus erhebt, doch tief unter den einsichtsvolleren bürgerlichen Denkern an Erkenntnis der Wirklichkeit stehen muß. (Ich verweise nur auf seinen Exkurs über Kapitalismus, wo er den Kapitalisten „nach ihrem willkürlichen Ermessen“ die Arbeitsbedingungen „diktieren“ läßt. (Öffentliches Leben 9.)

Die Utopie Nelsons ist also eine kleinbürgerliche Utopie, die Utopie eines ehrlichen Intellektuellen, der aus seinem eigenen Bewußtsein heraus (und darum, ohne es zu wissen, aus der Klassenlage der kleinbürgerlichen Intellektuellen heraus) den Gang der Gesellschaft bestimmen will. Als Intellektueller sieht er keine Klassen. Er sieht nur Privatinteressen und allgemeine Interessen, die abstrakt und starr einander gegenüberstehen. (Ebenda 3/4) Was die allgemeinen Interessen sind, ist eine Frage der objektiven Erkenntnis. Um diese zu erwerben, müsse“ die zwei Feinde der allgemeinen Interessen: Irrtum und Selbstsucht, überwunden werden (ebenda 24) und die, die hierzu berufen sind, sind die Gebildeten, die Führer (in ihrer Auswahl geht Nelson ganz auf platonische Gedankengänge zurück: Erziehung zum Führer S. 8, 12/13 usw.).

Diese Folgerung des Nelsonschen Denkens mußte darum besonders hervorgehoben werden, weil die Nelsonsche Kritik der Demokratie, die den Nelsonbund in Konflikt mit der Sozialdemokratie brachte, von hier ausgeht. Nelson und seine Anhänger kritisieren die Demokratie nicht konkret vom Klassenstandpunkt aus; entlarven sie nicht als Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, sondern sie verwerfen sie, weil sie ein mangelhaftes Prinzip zur Führerauslese, zur Herrschaft der „Gebildeten“, der „Sachverständigen“ ist. Es wird niemand übersehen, daß damit glücklich ein uralter, r e a k t i o n ä r e r Einwand gegen die bürgerliche Demokratie aufgewärmt wird, der an R. Michels usw. anklingt.) Nelson wirft z. B. den Bolschewiki vor, daß ihr Kampf gegen die Demokratie falsch ist; sie unterscheiden „die proletarische Demokratie von der bürgerlichen. In Wirklichkeit schwächen sie nur damit die Stoßkraft ihrer eigenen Ideen. Denn was ist ‚wahre Demokratie‘ anderes als die E i n s c h r ä n k u n g des ‚wahren‘ politischen Ideals auf die unerfüllbare Bedingung seines Zusammentreffens mit der Anwendung des Majoritätsprinzips.“ (Demokratie und Führerschaft 15.)

Was bietet nun neben diesen abstrakten Prinzipien die Nelsonsche Lehre für die Lösung der gegenwärtigen Krise? Der Nelsonbund, der sich nach dem Ausschluß aus der SPD als Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund konstituiert hat, bringt in der ersten Nummer seiner Zeitschrift eine klare Antwort: die Oppenheimersche Bodenreform. Wird der Großgrundbesitz zerschlagen, so hört die Not der Landwirtschaft auf; die Industrie erhält einen größeren Innenmarkt; die Absatzkrise ist behoben; die industrielle Reservearmee verschwindet usw. usw. auf der alten Oppenheimerschen Linie. Dem steht nur die Demokratie hindernd im Weg. Denn „in einem demokratischen Staat entscheiden über

das, was geschehen soll, nicht Sachlichkeit und Sachkunde, sondern Privatinteresse und Voreingenommenheit des parteimäßig Stärksten“. (Isk I, 1, 15.)

Wenn man diese bodenlose“ Naivitäten liest, wundert man sich: wie kam der Nelsonbund in Konflikt mit der SPD? Ist doch diese theoretisch so weitherzig geworden, daß in ihr für jede intellektuelle Schrulle Raum ist. Die Antwort ist leicht: weil Nelson und seine Jünger ehrliche Ideologen sind. Sie antworten auf den Reichsschulgesetzentwurf mit der Parole: Heraus aus der Kirche; sie verwerfen die „konstruktive“ Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Staatsmänner; sie betrachten Locarno mit dem größten Mißtrauen; sie sympathisieren mit Sowjetrußland usw. (Ebenda 6/7, 11 ff.)

Diese Ehrlichkeit genügt aber nur dazu, um sie mit dem verknöcherten Bonzentum der SPD in Konflikt zu bringen und reicht keineswegs dazu aus, ihnen einen Weg aus dem Sumpf des bürgerlichen, ja reaktionären Denkens zu zeigen, in dem sie bis zum Hals versunken sind. Gerade weil wir die Ehrlichkeit und den guten Willen Nelsons und seiner Anhänger anerkennen, müssen wir ihnen sagen: alles, was sie denken, ist der reine bürgerliche Unsinn. Sie können an die revolutionären Traditionen ihres Ursprungs nur dann wirklich anknüpfen, wenn sie diesen ganzen Plunder von verstaubten Idealen weit von sich werfen; wenn sie einsehen lernen, daß die Arbeiterklasse keine Ideale zu verwirklichen hat. „Sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Leben der alten Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben“. Erst wenn sie den Klassenhochmut der Gebildeten, die den Geschichtsprozeß selbst mit ihren

engen Normen meistern wollen, statt ihn vor allem begreifen zu lernen, abgelegt haben, wird ihre Loslösung von der SPD ein Weg zur Revolution, zum revolutionären Proletariat werden und nicht zur Verknöcherung im engstirnigen Sektenwesen. Ihr erstes selbständiges Auftreten bewegt sich rein auf dieser sektenhaften Linie und – objektiv – zeigt sich keine Spur einer Selbstkritik. Ohne diese sind sie aber unrettbar verloren. Georg Lukácz.

Druckfehlerberichtigung[*]

Im Artikel „Die Einheitsfront das Problem der proletarischen Hegemonie“ im Heft 4 soll es auf Seite 116, Zeile 20 von oben statt „des Mietswuchers“ richtig heißen: „der Mietserhöhungen“.

[161]

[*] Diese Korrektur ist nicht korrekt, da an der angegebenen Stelle die Worte „des Mietswuchers“ nicht stehen, sondern „des Mietschutzes“. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. März 1926 * Heft 6

Die bürgerlichen Republikaner und das Volksbegehren

○ B e r l i n, 13. März 1926.

Mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer gelang der deutschen Bourgeoisie nicht nur die völlige Restauration des politischen Machtapparats, sondern es gelang ihr auch, breite Massen, sozusagen die „demokratische Zustimmung“ zu ihrer Herrschaft zu erobern. Die Bourgeoisie stützt sich nicht nur auf die Bajonette, sondern auch auf Millionen von Arbeitern, Mittelständlern, Kleinbürgern und Bauern. (Ganz abgesehen von der ungeheuren materiellen und ideologischen Hilfe durch die Führer der SPD und der Gewerkschaften.) Sie verstand es ausgezeichnet, sich durch ihr Parteisystem allen Strömungen, Stimmungen, Traditionen, Enttäuschungen und s c h e i n b a r sogar verschiedenen materiellen Interessen der breiten Massen anzupassen und anzunehmen. Die Revolte der durch die Inflation expropriierten Kleinbürger, die revolutionären Stimmungen der von der SPD verratenen und am Sozialismus irre gewordenen Massen, die nationalistische Reaktion auf Versailles, die Kulturkampfstimmung katholischer Arbeiter und Bauern, die demokratisch-pazifistischen Stimmungen von Arbeitern, die Gegnerschaft breiter Bauernmassen gegen „die Stadt“ und ihre Bedrückung durch die Steuern (mit der Parole „Gegen die Steuern und für Schutzzölle“ eroberten die Deutschnationalen einen großen Teil des Landes zurück) – all das wurde durch die verschiedenen Parteien der Bourgeoisie sehr geschickt in den Dienst der Verteidigung des bürgerlichen Eigentums und der Verhinderung einer breiten proletarischen Klassenfront gestellt, die die Fähigkeit hat, auch breite städtische und ländliche kleinbürgerliche Massen um sich zu sammeln.

Natürlich kämpfen die bürgerlichen Parteien auch untereinander um spezielle Interessen spezieller Schichten der Bourgeoisie. Und ebenso natürlich sind verschiedene bürgerliche Parteien nicht nur mit Rücksicht auf die Vertretung spezieller bürgerlicher Interessen, sondern auch mit Rücksicht auf ihre M a s s e n b a s i s oft gezwungen, verschiedenartige nationale, soziale, konfessionelle Manöver zu machen, Aber das objektive Resultat dieser Streitigkeiten ist die Täuschung, Verwirrung breiter Massen, welche die Kämpfe um einen [162] größeren Anteil am Mehrwert oder einen größeren Anteil an der Bedienung des staatlichen Unterdrückungsapparats für Kämpfe im eigenen Interesse halben.

Nach dem Siege der Bourgeoisie begannen auch die Schwierigkeiten. Als nun die bürgerlichen Parteien auch direkt die Macht ausübten und an die Lösung der schweren internationalen und finanziellen Probleme herangingen, entstanden in allen Massenparteien der Bourgeoisie Krisen, Konflikte mit ihren Anhängern. Als die Deutschnationalen als Regierungspartei den Inflationsraub zur endgültigen Tatsache machten, die Steuerausplünderung mit beschließen halfen, rebellierten breite Kreise ihrer Anhänger. Darauf versuchten die Deutschnationalen, ihren materiellen Verrat durch die noch ungeheuer wirkende Kraft der nationalistischen Phrase zu überschatten und gingen „Locarno wegen“ in Opposition. Als das Zentrum brutal die Politik des Bürgerblocks mitmachte, begann die Revolte der Zentrumsarbeiter, die durch das Scheitern der offenen Bürgerblockregierung nicht beendet, sondern nur abgeschwächt wurde. Als nach dem Scheitern der offenen Bürgerblockregierung das Zentrum die Sozialdemokraten zur Großen Koalition einlud, war das nichts anderes als ein Versuch, durch Mitkompromittierung der SPD, durch das Winken mit der sozialen und republikanischen Fahne die Parteikrise zu liquidieren, die natürlich nicht liquidiert werden kann, weil sie, wenn auch in noch so unvollkommener Form, der Ausdruck des Kampfes der Arbeiter gegen die Bourgeoisie ist.

Aber trotz aller Manöver der bürgerlichen Parteien, ihrem Platzwechsel von Regierungspartei zur Oppositionspartei und umgekehrt, trotz aller Hilfeleistungen durch die SPD zeigt sich, zwar noch langsam, aber trotzdem in immer steigendem Maße, daß in breiten Massen der Anhänger der bürgerlichen Parteien Mißstimmungen, Revolten gegen die Parteiführungen, selbständige Aktionen, Nichtbefolgen der Parteiparolen Platz greifen. Trotz aller Manöver der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie lockert die brutale Politik der Bourgeoisie das mit den verschiedensten elastischen und raffinierten Methoden geknüpfte Band zu den breiten Massen. E i n e s y s t e m a t i s c h e, k l u g e

Politik der Partei wird dieser Zersetzung der Massengrundlage der Macht der Bourgeoisie ein kräftigeres Tempo geben müssen.

Eine sehr bedeutungsvolle Rolle spielt in diesem Prozeß der Zersetzung die Aktion, die die Partei mit der Erzwingung des Volksbegehrens für die restlose Enteignung der Fürsten begonnen hat. Große Schichten des Mittelstandes, der Intellektuellen, der Kleingewerbetreibenden, Beamten, Kleinbauern und Arbeiter nehmen Stellung gegen die Parolen ihrer Parteileitungen, zeichnen sich entweder in die Listen ein, oder, wenn sie es aus Angst vor dem Terror noch nicht wagen, so sind ihre Wünsche beim Volksbegehren und Volksentscheid. In diesem Kampfe kompromittiert sich nicht nur die Monarchie, sondern auch alle bürger-[163]lichen Parteien, die offen oder mit der Methode des parlamentarischen Kompromisses die Sache der Fürsten verteidigen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Haltung der Führer des Zentrums und der Demokraten und die Haltung ihrer Anhänger. Die patentierten Republikaner, die Bundesgenossen der Sozialdemokraten, mit denen sie aus der Revolution in die Restauration hineinregiert haben, mit denen sie zusammen im Präsidentenwahlkampfe die Republik retten wollten, mit denen sie gemeinsam das Reichsbanner leiten, diese patentierten Republikaner kämpfen an der Seite der offenen monarchistischen Reaktion gegen das Volksbegehren. Mit sicherem Klasseninstinkt wenden sich die demokratische und die Zentrumspartei der Bourgeoisie gegen die proletarische Bewegung: sie wittern Verletzung der Heiligkeit des Privateigentums, auch wenn es sich nur um fürstliches handelt und die Bergwerke, die Kartelle, die Trusts, die Banken, der Großgrundbesitz noch nicht in Gefahr sind, enteignet zu werden. Der Reichsbannerführer Koch neben dem Bischof von Passau, Marx, der fast als Präsident die Republik gerettet hätte, neben Georg Bernhard, sie alle stehen gegen das Volksbegehren in einer Front mit der gesamten bürgerlichen Klasse. Wieder zeigt sich, daß gegen eine proletarische Bewegung, mag sie sich auch nur gegen die Monarchie richten, die gesamte Bourgeoismasse die monarchistische Reaktion verteidigt.

Verteidigen die Führer der Demokraten und des Zentrums das bürgerliche Eigentum durch die Verteidigung des fürstlichen, die bürgerliche Gesellschaft durch die Verteidigung der Reaktion, die sie sichert, so folgen doch die Anhänger des Zentrums und der Demokraten entweder nicht den Parolen ihrer Führer oder sie halten nur mit Ingrimm Disziplin. In vielen Orten haben die lokalen Organisationen der Demokraten, die katholischen Arbeiter und Bauern sich gegen die Parolen ihrer Führer gewandt und sich für die Teilnahme am Volksbegehren ausgesprochen.

Hier gilt es für die Partei, in zweifacher Hinsicht anzusetzen. Der angebliche Republikanismus der Demokraten und des Zentrums war eines der großen Bindemittel dieser Parteien zur Täuschung breiter Massen, hinter dem diese Parteien die Politik der Bourgeoisie durchführen halfen. Die Partei muß, anknüpfend an das Verhalten dieser beiden sogenannten republikanischen Parteien beim Volksbegehren, den wahren Charakter dieser beiden Parteien entlarven, diese beiden Instrumente der Bourgeoisie zersetzen und breite Schichten für die Einreihung in die proletarische Klassenfront erobern. Das ist die eine Aufgabe.

Die zweite Aufgabe ist fast noch wichtiger. Mit Hilfe dieser beiden Parteien der Bourgeoisie hat die sozialdemokratische Führerschaft die selbständige Kraft des Proletariats gebrochen. An Stelle des Klassenkampfs betrieb und betreibt sie das Bündnis mit der bürgerlichen Klasse. Und sie betreibt es taktisch in der Form der Koalition mit den beiden sogenannten republikanischen Parteien der Bourgeoisie. Es ist auch jetzt kein Zufall, daß die sozialdemokratische [164] Führerschaft, die jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnt, die eine ungeheuerliche Hetze gegen die durch Einheitskomitees organisierte Aktion führt, trotz der Haltung der Demokraten und des Zentrums zur Fürstenenteignungsfrage, nicht nur weiter mit diesen Parteien im Reichsbanner bleibt, sondern auch fast kein Wort der Kritik am Verhalten dieser beiden Parteien ob ihrer Stellung im Volksbegehren richtet. Das ist natürlich. Denn die sozialdemokratische Führerschaft müßte vor den Arbeitern erklären, daß keine bürgerliche Partei, auch nicht das Zentrum und die Demokraten, auch nur wirklich gegen die Monarchie zu kämpfen geneigt sind. Dies würde aber bedeuten, daß sich der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Volksblockpolitik noch schärfer, noch schneller einstellen würde.

Die sogenannte republikanische Haltung des Zentrums und der Demokraten erleichterte es der sozialdemokratischen Führerschaft, bei ihren Anhängern die Taktik der Koalition mit der Bourgeoisie durchzusetzen, eine klare Massenfront zu verhindern. Das Verhalten des Zentrums und der Demokraten in der Frage der Fürstenenteignung erleichtert uns unsere Arbeit zur Herstellung einer proletarischen Einheitsfront gegen die gesamte Bourgeoismasse. Die „Republikaner“ haben sich als Schutztruppe der Reaktion demaskiert. Die republikanische Maske ist in dem Augenblick gefallen, als es galt, durch eine breite Volksbewegung der Monarchie einen wirklichen Schlag zu versetzen. Die Republikaner, der schwarzrotgoldene Block, die Verteidiger der Republik versuchen der Bewegung gegen die Fürsten den Dolchstoß zu versetzen!

Darüber gilt es mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu sprechen, an diesem Beispiel ihnen die gesamte Taktik ihrer Führer klarzumachen.

Das Volksbegehren hat heute schon eine große Lehre gegeben, die auch der fanatischste Freund demokratischer Phrasen nicht mehr aus dem Bewußtsein der deutschen Arbeiter löschen wird: Zentrum und Demokraten sind zwei Bourgeoisparteien. Sie sind die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse, weil sie unter republikanischem Mantel die Reaktion und die Ausbeutung stützen. Auch der Kampf gegen die Monarchisten kann nicht geführt werden unter der Losung der republikanischen Koalition, sondern n u r unter der Losung der proletarischen Einheitsfront.

Diese erste Lehre muß von den Arbeitermassen festgehalten werden. Es wird dann in kürzester Frist mit Erfolg möglich sein, die zweite, wichtigere Lehre zu ziehen, die sich auf die praktische Organisation der Einheitsfront bezieht. [165]

*

Die „Rationalisierung“ der deutschen Wirtschaft

Zu den Denkschriften der Industrie und der Freien Gewerkschaften

Von A. F r i e d r i c h

Die „Rationalisierung der Wirtschaft“, die gegenwärtig in allen Zweigen der Industrie, des Verkehrs und der Landwirtschaft Deutschlands betrieben wird, begleitet von einer Steigerung der Syndizierungen und Vertrustungen, ist heute die Lebensfrage der deutschen Bourgeoisie. Der Umfang der Erwerbslosigkeit und der wachsende Lohndruck zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie auf der ganzen Front ihre Sanierung in erster Linie auf Kosten der Arbeiterklasse vornimmt.

Die erste Antwort des ADGB war die Vorbereitung einer neuen Arbeitsgemeinschaft, die zweite die von der Bourgeoisie erwartete Denkschrift. Diese Schrift („Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“) folgt nicht nur ihrem Aufbau nach und auch teilweise inhaltlich der Unternehmerdenkschrift, indem sie Punkt für Punkt auf das dort aufgestellte Programm eingeht, sondern sie erkennt gleich zu Beginn die Notwendigkeit der vom Reichsverband der Deutschen Industrie gewünschten gemeinsamen Grundlage an, indem sie feststellt, „daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Überwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte in der deutschen Wirtschaft“.

I.

Das Wesen der deutschen „Rationalisierung“

Entscheidend ist, daß gegenwärtig nicht nur eine Freisetzung von Arbeitskräften in Deutschland vor sich geht infolge einer von der Konkurrenz diktierten Revolutionierung der Produktionsverhältnisse, die relativ zum variablen das konstante Kapital vergrößert, sondern daß im gleichen Moment die deutsche Bourgeoisie sich endgültig – d. h. als Grundlage für die weitere Entwicklung des deutschen Kapitalismus – auf den durch Versailles verkleinerten Raumanteil am Weltmarkt umstellt, d. h. gleichzeitige a b s o l u t e Verminderung des konstanten Gesamtkapitals. Beides hängt eng mit dem Hauptsinn des Dawes-Planes zusammen: Einordnung der deutschen Bourgeoisie in die gegenwärtige imperialistische Mächtegruppierung.

Von den Gewerkschaften werden diese Tatsachen glattweg negiert. Für sie gibt es nur eine Krise „seit einigen Monaten“, die in der Hauptsache nichts anderes als die Folge einer „falschen Wirtschaftspolitik“ ist. Prof. Hermberg, der auf dem XII. Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands (Anfang September 1925) das Hauptreferat hielt, sagte u. a. folgende klassischen Worte:

„P o l i t i s c h e M a c h t l o s i g k e i t ist keineswegs angenehm, aber auf die Frage des A b s a t z e s der Waren auf dem Weltmarkt hat sie heute ganz andere Wirkungen als diejenigen, die man ihr gewöhnlich zuschreibt. ... Die Methode, sich dadurch, daß man irgendwo die politische Macht in die Hand nimmt, Absatzgebiete zu sichern, um seine Waren unterzubringen, war die Methode des vergangenen Jahrhunderts; heute aber und noch mehr in der Zukunft ist diese Methode ... vollkommen überholt.“

In Wirklichkeit verhält es sich, wie auch der naivste Mensch weiß, genau umgekehrt. Gestützt auf die finanziellen und militärischen Machtpositionen des deutschen Kapitalismus eroberten die deutschen Unter-[166]nehmer vor dem Kriege einen Teil des Weltmarkts, Waren- und Kapitalexport gingen in wachsendem Ausmaß Hand in Hand. Damals gehörte das Deutsche Reich zu der Handvoll reicher Länder, von denen Lenin sagt: „Diese Handvoll hat die Monopole in unerhörten Dimensionen entwickelt, bezieht Hunderte Millionen und Milliarden Mehrprofit, hält Millionen und Hunderte von Millionen Menschen anderer Länder im Zaum, kämpft unter sich wegen der Teilung der besonders üppigen, besonders fetten Beute.“ (Ausgewählte Werke S. 336.) Eine Folge dieses Mehrprofits der reichsten Länder war die Beteiligung eines Teils der Arbeiterklasse an der kolonialen Ausbeutung: die Heranzüchtung einer Arbeiteraristokratie.

Für die deutsche Bourgeoisie entspringt aus der Zerstörung früherer Monopolpositionen die Notwendigkeit: 1. ihren Produktionsapparat den jetzt gegebenen Schranken anzupassen, 2. auf dieser neuen Basis den schärfsten Konkurrenzkampf um die Vergrößerung ihres Anteils am Weltmarkt vorzubereiten. D i e s e z w e i A u f g a b e n s o l l d i e s o g e n a n n t e „R a t i o n a l i s i e r u n g d e r d e u t s c h e n W i r t s c h a f t“ l e i s t e n.

Was bedeutet aber diese „Rationalisierung“ marxistisch betrachtet? Es ist hierbei zu unterscheiden zwischen diesem Prozeß für den einzelnen „rationalisierenden“ Kapitalisten und für das Gesamtkapital. Für die einzelnen monopolistischen Kapitale – und nur diese können die Rationalisierung effektiv durchführen – ist die Rationalisierung wirkliche Verbesserung der Produktionsmethoden und zum Teil Vergrößerung des Produktionsapparats: der Anteil des konstanten Kapitals wächst nicht nur relativ zum variablen, sondern in vielen Fällen auch absolut. Wir zeigen weiter unten an verschiedenen Beispielen, in welchem Umfang durch diese Methoden Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert werden.

Der größte Teil des kleinen und mittleren Kapitals ist aber heute nicht Subjekt, sondern Objekt der Rationalisierung. Hier werden nicht nur Nebenbetriebe und Abteilungen, sondern in Tausenden von Fällen der g a n z e B e t r i e b stillgelegt. Es handelt sich bei dieser „Bereinigung der Wirtschaft“ um eine mehr oder weniger systematische Vernichtung von Kapital (vielfach auch der gegenständlichen Produktionsmittel) und damit um eine dauernde Außerkurssetzung eines großen Teiles der Arbeiterklasse. Auch für diese Betriebe (sofern sie nicht g a n z eingestellt werden) wächst das konstante Kapital relativ, aber es fällt absolut, und dies gilt vorläufig auch für das Gesamtkapital in Deutschland: die Tendenz zur Stillegung von Produktionsmitteln überwiegt zweifellos die Tendenz zur Neuschaffung von Anlagen und Verbesserung der alten, (Freilich ist die Produktions- und Betriebsstatistik in Deutschland derart, daß eine rechnerische Erfassung dieses Verhältnisses, das ein Wertverhältnis ist, nicht möglich ist.)

II.

Das Unternehmer-Programm

An der Spitze der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie steht die Feststellung, daß es gilt,

„den Verlust unserer gesamten Auslandswerte und eines Teiles des Inlandkapitals auszugleichen, den in keinem Verhältnis zum Verbrauch angeschwollenen Produktionsapparat entsprechend dem verkleinerten Betriebskapital und verengten Absatzmarkt einzuschränken und ihn konkurrenzfähig zu gestalten“.

Es heißt dann:

„Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß auch unser Produktionsapparat einem Einschrumpfungsprozeß unterworfen werden muß, um das bestehende Mißverhältnis zwischen dem Umfang der Erzeugungsstätten und dem der Absatzmöglichkeiten zu beseitigen. Die [167] deutsche Industrie ... hat selbst das größte Interesse daran, die Produktion der verkleinerten Kapitaldecke anzupassen, um zu einer Gesundung zu kommen."

Das Programm des Reichsverbandes stellt an erster Stelle Richtlinien über die öffentliche Finanzwirtschaft auf, die im wesentlichen den Maßnahmen entsprechen, die der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in der Reichstagsrede vom 10. Februar bereits offiziell angekündigt hat. Das Programm verlangt weiter eine Tarifreform der Reichseisenbahn, Minderung der „sozialen Lasten", billigere Bankkredite, fordert als Ziel der deutschen Handelspolitik den allmählichen „Abbau der internationalen Zollmauer" und gelangt dann zum Kernpunkt der Ausführungen, zur Frage der Rationalisierung. Der Reichsverband versteht darunter „die vernunftgemäße Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, um die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit möglichst zu steigern". Im Zusammenhang hiermit verkündigt der Reichsverband nicht nur weitere Normalisierung und Typisierung, sondern vor allem Förderung der „industriellen Konzentration". Es heißt dabei ausdrücklich, daß Firmenzusammenschluß auch gefördert werden muß, „wenn er das Ziel verfolgt, den notwendigen Einschränkungsprozeß in organische Bahnen zu lenken".

„Kölnische Zeitung" und „Deutsche Bergwerkszeitung" sprechen ganz offen von einem „D a u e r z u s t a n d" einer großen Arbeitslosigkeit und der „U n m ö g l i c h k e i t", die Lage des „vierten Standes" zu verbessern.

Es entspricht den oben genannten Tendenzen, wenn der Reichsverband gleichzeitig eine Verminderung des Lohnanteils verlangt. („Lohn nach Leistung und Produktivität der Arbeit, keine Schematisierung der Tarifverträge.")

Den brutaleren Ton der Presse des Zechenkapitals und der Eisenindustrie erklärt die Tatsache, daß von diesen Kapitalsgruppen in den letzten Jahren der Produktionsapparat noch stärker erweitert worden ist, als in den meisten anderen Industriezweigen, außerdem aber durch die Schwächung der schwerindustriellen Position infolge wichtiger, noch nicht abgeschlossener Veränderungen der allgemeinen Produktionsmethoden; so z. B. die Ersetzung der Steinkohle durch Braunkohle, Öl und Wasserkraft; Kohlenersparnisse auf Grund der Wärmetechnik; zunehmende Anwendung von Leichtmetallen auf Kosten der Schwermetalle.

*

Wir zeigen im folgenden an einigen markanten Beispielen, daß das Rationalisierungs-Programm des Reichsverbandes heute bereits sehr reale Formen angenommen hat.

R u h r b e r g b a u: Die Steinkohlenproduktion des Rührreviers betrug

Dezember 1924 .....8,603 Millionen Tonnen,
Dezember 1925 .....8,296 Millionen Tonnen.

Der Produktionsrückgang beträgt also 3,6 Prozent. Gleichzeitig wurde die Belegschaftszahl sämtlicher Ruhrzechen von 471.000 auf 396.000 vermindert. Dieser Rückgang beträgt 17,9 Prozent.

Im Dezember 1924 betrug nach den Schätzungen des Reichsarbeitsamts der durchschnittliche Bergarbeiter-Wochenlohn 37.50 Mk., im Dezember 1925 41.67 Mk. (Wir benutzen diese Ziffern in Ermangelung richtigerer Zahlen, zumal es im folgenden auf die T e n d e n z der Entwicklung ankommt.) Dieser Wochenlohn würde entsprechend der Belegschaftsgröße im Dezember 1924 eine Wochenlohnsumme von 17,663 Millionen Mark ausmachen, im Dezember 1925 dagegen nur noch 16,501 Millionen Mark. Die wöchentliche Lohnsumme ist also gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs um 1,161 Millionen Mark oder um 7,1 Prozent zurückgegangen, also doppelt so stark [168] wie die Kohlenförderung. So ergibt sich trotz der Steigerung der Nominallöhne eine Lohnersparnis des Zechenkapitals, die, aufs Jahr berechnet, sich an 61,4 Millionen Mark beläuft.

B r a u n k o h l e n b e r g b a u: Im mitteldeutschen Bergbau ist die Umstellung auf rationellere Arbeitsmethoden seit rund zwei Jahren im Gange. Neben Steigerung der Arbeitsintensität (insbesondere durch das Taylorsystem) spielen hier neue maschinelle Anlagen eine große Rolle. Zur Veranschaulichung bringen wir die Umstellungsergebnisse der Plessaer Braunkohlenwerke (zitiert nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Februar). In der Zeit zwischen dem März 1924 und dem März 1925 hat die genannte Grube ihren Bagger mit Lokomotivbetrieb durch eine das ganze abzubauende Kohlenfeld überspannende Förderbrücke mit Baggerbetrieb ersetzt. Diese Neuerung rentiert sich folgendermaßen:

	März 1924	März 1925
Monatsförderung in Kubikmeter	78649	96 545
Kopfzahl der Belegschaften	102	24
Verfahrene Lohnschichten	2499	600
Leistung eines Arbeiters in Kubikmeter (cbm)	31,4	161
Lohnsumme in Mark	10470	2820
Lohn pro cbm in Pfennig	13,3	2.9
Sonstige Unkosten in Mark	7 914	6136
Unkosten pro 1 cbm in Pfennig	10,0	6.3
Gesamtkosten in Mark	18.384	8956
Gesamtkosten für 1 cbm in Pfennig	23,3	9,2

Während also die Lohnsumme auf fast den vierten Teil zurückgegangen ist, sind die Gesamtkosten auf die gleiche Produktionsmenge um 61,4 Prozent zurückgegangen; der Unternehmerprofit hat sich daher, da der Verkauf wie vorher zu Syndikatspreisen stattfindet, um rund 250 Prozent vermehren können.

E l e k t r i z i t ä t s w i r t s c h a f t: Die A. E. G. hat nach ihrem letzten Geschäftsbericht („D. A. Z.“, 6. Febr.) zu Beginn des neuen Jahres einen Auftragsbestand zu verzeichnen gehabt, der den des Vorjahrs um 30 Prozent übertrifft; gleichzeitig hat sie aber die Belegschaftszahl in den meisten Anlagen (im Monatsdurchschnitt um 300) außerordentlich reduziert. ‚In den Fabriken der A. E. 0. wird, soweit es sich um Massenfabrikate handelt, die Fließarbeit eingeführt. Die neue Zählerfabrik hat selbst bei den amerikanischen Sachverständigen Bewunderung hervorgerufen.“ (Ausführungen des Geheimrats F. Deutsch auf der letzten Generalversammlung der A. E. G.)

A u t o m o b i l b a u: Im Zusammenhang mit der Umstellung der Opelwerke sind dort (zitiert nach dem „Berliner Tageblatt“, drei der neuesten amerikanischen Maschinentypen aufgestellt worden, sogenannte „Mult-Au-Matics“, die zur Ausarbeitung wichtiger Maschinenteile benutzt werden. Eine dieser Maschinen verrichtet die Funktionen von 12 gleichartigen deutschen Maschinen. ... Diese zwölf deutschen Maschinen brauchen nicht nur das Zwölffache an Zeit, sondern verlangen auch für ihre Bedienung je einen Arbeiter, während diese amerikanische Maschine gleichfalls von nur einem Arbeiter bedient wird. Die Benutzung allein dieser drei Maschinen spart dem Werk also 33 Arbeiter, mehrere Stunden Arbeitszeit und einen ungeheuer großen Raum. Ähnlich erhöhte Leistungsfähigkeit haben die in dem Werk aufgestellten „fellow-shaper“ für Zahnräder.

R ü c k g a n g d e r G e s a m t l o h n s u m m e: Die Summe der Lohnsteuer betrug für den Oktober 1925 121,2 Millionen Mark, für den Januar [169] 1926 nur noch 105,5 Millionen Mark. Dieser Rückgang erklärt sich keineswegs aus der Heraufsetzung der steuerfreien Lohngrenze von 90 auf 100 Mk., sondern fast restlos aus den massenhaften Arbeiterentlassungen und dem dadurch eingetretenen Rückgang der Gesamtlohnsumme. Man kann nach diesen Ziffern berechnen, daß die monatliche Gesamtlohnsumme für den Oktober rund 3,1, für den Januar dagegen nur noch 2,6 Milliarden Mark befragen hat. Natürlich kommt zu der Verminderung der Lohnempfänger noch der durch sie verstärkte Lohndruck hinzu. (Eine entsprechende Berechnung ist im „Arbeiterrat“ 1926, Nr. 2, gemacht worden.)

V e r m i n d e r u n g d e r F i r m e n z a h l: Ein Symptom für die Einschränkung des „angeschwollenen Produktionsapparats“ ist die Tatsache, daß im Verlauf des Jahres 1925 in Deutschland 14.700 mehr Firmen liquidiert als gegründet worden sind. („Berl. Börsen-Conner“ 1926, Nr. 41.)

Wie in der Frage der „Rationalisierung“, führt auch auf den übrigen Gebieten seines Programms das Industriekapital seine Forderungen bereits durch. Wir erinnern außer an die Finanzpolitik Dr. Reinholds und die Herabsetzung der Zinsen für öffentliche und Bankkredite insbesondere an die Fortschritte, die in den letzten Monaten die verschiedenen internationalen Syndizierungsverhandlungen gemacht haben. Es heißt in der Denkschrift des Reichsverbandes: „Zügelloser Wettbewerb auf dem Weltmarkte kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Ertragskartelle sind ein geeignetes Mittel, Ordnung auf dem Weltmarkte zu erreichen.“ Die Beteiligung der deutschen Bourgeoisie an internationalen Syndikaten und Kartellen wird eine der wichtigsten Formen sein, in denen die deutsche Bourgeoisie – gemäß dem Sinn des Dawes-Plans – in die bestehenden oder vorbereiteten internationalen Rauborganisationen eingereiht wird, und zwar auf Grund ihres verkleinerten Anteils am Weltmarkte.

III.

Die Antwort der Gewerkschaften

Das Entscheidende an der Denkschrift der Gewerkschaften – ebenso übrigens an den Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 18. Dezember – ist die Bereitschaft, den gegenwärtigen Interessen der deutschen Bourgeoisie entgegenzukommen.

„Der oberste Gesichtspunkt bei einer (auf weite Sicht angelegten) Wirtschaftspolitik muß darin bestehen, daß die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reinigung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens anerkannt wird,“

heißt es in den erwähnten Richtlinien; und fast die gleichen Worte gebraucht die Denkschrift des ADGB:

„In Übereinstimmung mit der Reichsverbandsdenkschrift halten wir die Rationalisierung, d. h. die Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, um die Ergiebigkeit des Sach- und Arbeitsaufwandes in der Produktion zu steigern, für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung.“

Es zeugt, nachdem also diese „Diskussionsgrundlage“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie glatt akzeptiert worden ist, von eigenartiger Logik und entspricht der vollständigen Unkenntnis der Gesetze der kapitalistischen Entwicklung, wenn die ADGB-Denkschrift der Bourgeoisie klarzumachen „ersucht, daß, da „steigende Löhne ein starker Motor des wirtschaftlichen Fortschritts“ sind, die Kapitalisten am besten durch Lohnerhöhungen den Absatzmarkt für ihre Waren zu erweitern vermögen.

Kein Einzelunternehmer kann seine Warenproduktion von dem Absatz an seine eigenen Arbeiter abhängig machen, die in jedem einzelnen Falle höchstens [170] einen winzigen Bruchteil seiner Produktion abnehmen, der unmaßgeblich für die gesamten Marktverhältnisse ist. Im Gegenteil hat, worauf wir oben hingewiesen haben, jedes Einzelkapital die Tendenz, den Anteil des variablen Kapitals an der Kapitalszusammensetzung dauernd zu vermindern, und diese Tendenz führt zu immer neuen Vorstößen des Unternehmers auf den Preis der Arbeitskraft. Nur für die kleinen Teile des Kapitals, die nur Konsumtionsmittel für die Arbeiter produzieren, hat die Lohnparole des ADGB einen realen Sinn, doch selbstverständlich nicht den, daß sie s e l b s t, sondern die anderen höhere Löhne zahlen sollen. Der entscheid ende Teil des Kapitals, die Produktionsmittel erzeugende Industrie, denkt natürlich nicht daran, aus Nächstenliebe diesen Wunsch zu erfüllen.

Der ADGB versucht also, gewisse (im übrigen praktisch von der Produktionsmittelindustrie vollkommen abhängige) Teile des Kapitals für seine Parole au gewinnen. Aber die Durchsetzung der Forderungen nach erhöhtem Lohn, restloser Wiedereinführung des Achtstundentags und umfassender Erwerbslosenfürsorge ist auf diese Weise n i c h t möglich. Sie hat zur Voraussetzung nicht diese Art „Koalitionspolitik“, sondern rücksichtslosen Kampf in der Richtung eines Angriffs auf die kapitalistischen Produktions- d. h. Eigentumsverhältnisse. Denn es sind gerade diese, die einer wirklichen Verbesserung der Produktion und der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit zum Nutzen der Arbeiter selbst im Wege stehen.

Auf die Logik der Gewerkschaftsdenkschrift wird jeder Unternehmer etwa so antworten, wie es das „Magazin der Wirtschaft“ (4. März) getan hat. Hier wird in einer Kritik zunächst mit Freude

festgestellt, daß die Gewerkschaften „im Rahmen jener reformistischen Gesamttendenz, die ihre Interessen ihnen gebieten, strikt und ausnahmslos auf dem Boden der gegebenen ökonomischen Ordnung verblieben“ sind. Dann heißt es aber:

„Die lohnpolitischen Thesen der Denkschrift dagegen scheinen uns, sofern man sie vom Standpunkt der herrschenden Wirtschaftsordnung aus betrachtet, so illusionär, daß wir nicht sicher sind, ob die Verfasser selbst ganz daran geglaubt haben.“

Tatsächlich erinnert die Logik des ADGB an die Methode eines Menschen, der die Übermacht eines nächtlichen Einbrechers anerkennt, ihm aber gut zuredet, nichts zu stehlen, da sich sonst die Chancen für das zukünftige Einbruchsgeschäft verringern.

Im Gegensatz zu dieser Logik muß immer wieder betont werden, daß die Durchsetzung der Bourgeoisie-Interessen (die von den Gewerkschaften als notwendig anerkannt wird) unter den gegenwärtigen Umständen in Deutschland zur Folge haben muß, daß nicht nur wie sonst in Krisen temporär Arbeitskräfte freigesetzt werden, sondern daß in Deutschland die Voraussetzung zu einer dauernden industriellen Reservearmee in Riesenausmaß und zu einer dauernden Unterbietung des Preises der Arbeitskraft gegeben ist. Dieser Dauerzustand wird solange bestehen, als die deutsche Bourgeoisie keine Möglichkeit hat, 2 bis 3 Millionen Arbeiter abzutransportieren, auszuhungern oder zu erschießen. Eine andere Möglichkeit für die deutsche Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage gibt es nicht. Freilich: diese „Möglichkeit“ ist sehr real, das Kapital hat schon begonnen, diesen Weg zu beschreiten. Daß der „andere Weg“ aber, den die ADGB-Denkschrift zu zeigen versucht, nämlich die Verbesserung der Technik, eine Illusion ist, haben schon die ersten Schritte der „Rationalisierung“ gezeigt: „Verbesserung der Technik“ heißt verstärkte Massenproduktion. Diese aber stößt an die Schranken des Marktes.

Diese Tatsachen, die den Bankrott und die Aussichtslosigkeit der reformistischen Gewerkschaftspolitik beweisen, will der ADGB vertuschen. [171] Daher leugnet er die entscheidenden Veränderungen in den Produktionsbedingungen der deutschen Wirtschaft seit 1914 und spricht lediglich von einer „Krise seit einigen Monaten“, daher versucht er, die Illusion zu erwecken, daß eine „klügere Unternehmerpolitik“ nicht nur eine Besserung der Lage der Bourgeoisie (die wird durch die Rationalisierung eintreten), sondern auch der Arbeiterklasse ermöglichen wird. Er negiert einfach die Tatsache, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung ‚Aas Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind“ („Kapital“ III., Teil 1, S. 231/32).

Die ADGB-Denkschrift sieht, ihren sonstigen Illusionen entsprechend, in der Annahme des Dawes-Plans und im Anschluß Deutschlands an den Völkerbund „Schritte auf dem Wege der Politik der Völkerverständigung“. Das Gegenteil ist richtig. Die Arbeiterklasse muß sich vielmehr darauf einstellen, daß der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt sich verschärft und daß weder durch den Völkerbund noch durch internationale Syndikate die Steigerung der imperialistischen Gegensätze verhindert wird. Diese Organisationen sind nur Mittel zur Herabsetzung der Spesen, der gegenseitigen Bekämpfung und zum Kampfe für die gemeinsame Herrschaft über das Proletariat und die unterjochten Nationen.

Wir fassen zusammen: Auf der Grundlage der gegenwärtigen Machtverhältnisse ist es eine Illusion, daß in absehbarer Zeit in Deutschland die Arbeitskraft wieder zu ihrem Wert verkauft werden kann; die Gesamtlohnsumme ist nicht nur relativ, sondern absolut gesunken. Das Elend der deutschen Arbeiterklasse wird zum Dauerzustand, wenn es den revolutionären Elementen der Arbeiterklasse nicht gelingt, die Machtverhältnisse zu ändern.

Eben daraus läßt sich aber noch etwas anderes feststellen. Heute liegen die Dinge umgekehrt wie Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo gleichzeitig mit der Entfaltung eines deutschen Imperialismus eine revisionistische Bewegung durch die Sozialdemokratie ging, von der schließlich die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei restlos beherrscht wurden. Heute

sind in Deutschland die materiellen Voraussetzungen zu einer reformistischen Arbeiterbewegung noch weniger gegeben ah in England. Der heutige Parteivorstand der SPD und ebenso der heutige Bundesvorstand des ADGB werden gerade deswegen in ihrer materiellen Basis bedroht, verzweifelt und mit allen Mitteln um ihren Anteil an der Führung der Arbeiterklasse kämpfen. Die Denkschrift des ADGB ist nur einer dieser Versuche.

*

Die englische Bourgeoisie und China

Von K. A. Wittfogel

Die Wut der englischen Bourgeoisie über die revolutionäre Bewegung in China ist verständlich. Der Handelsboykott, mit dem China seit dem Juli des vorigen Jahres den Engländern die in Schanghai und Kanton angestifteten Blutbäder quittiert, hat die offizielle britische Einfuhr nach Südchina völlig, diejenige nach Mittel- und Nordchina jedenfalls weitgehend zum Erliegen gebracht.

Kein Chinese wagt es heute in Kanton oder in Swatau, englische Waren zu löschen. Niemand läßt sich schließlich gern zu empfindlicher Geldstrafe [172] und schimpflicher Gossenreinigungsarbeit verurteilen. Niemand auch marschiert gern, eine Papiermütze auf dem Schädel und von einer Abteilung handfester Mitglieder der Seeleutegewerkschaft eskortiert, unter dem zornigen Geschrei der Massen durch die Straßen seiner Heimatstadt. Von schärferen Strafmaßnahmen der erbitterten Bevölkerung gegen einen ertappten Imperialistenknecht ganz zu schweigen.

Die Wirkung der drakonisch durchgeführten Boykottbewegung ist bekannt. Kein Schleichhandel vermag den abgedrosselten normalen Handel zu ersetzen. Hongkong, das große Einfalltor der englischen Kaufleute nach Südchina, ist seit Monaten eine tote Stadt. Die Gesamteinfuhr Englands nach China hat sich seit dem letzten Sommer rapide gesenkt. Ebenso rapide fielen die Profite der englischen Bourgeoisie.

Anfang 1925 exportierte England nach China monatlich zirka 27 Millionen Yards Baumwollstoffe, im Herbst des Jahres nur noch etwas mehr als 8 Millionen monatlich[*)]. Eine andere Angabe zeigt die Krise des englischen Chinahandels in womöglich noch düsterem Licht. Laut dem „China Express and Telegraph“ vom 21. Januar 1926 betrugen die Jahresmengen der von England nach China ausgeführten Baumwolle:

1923	235	Millionen	Yards
1924	292	"	"
1925	172	"	"

Da nach Erklärung des englischen Blattes die erste Hälfte des Jahres 1925 höhere Zahlen ergab, als die des Vorjahres, bleibt für den Rest von 1925 eine geradezu katastrophale Senkung der Exportziffer.

Die Berichte auf den Jahresversammlungen der englisch-chinesischen Unternehmungen, die Ende 1925 stattgefunden haben, bringen immer wieder diese Tatsache zum Ausdruck. So bezeichnet z. B. der Vorsitzende der P. und O. Steam Navigation Company in der 85. Jahresversammlung seiner Gesellschaft das Jahr 1925 als das schlimmste, das die englische Schiffahrt je betroffen habe. Er spricht von „gigantischen Verlusten“, für die er natürlich die chinesischen „Unruhen“ verantwortlich macht. Wir hören weiter von Millionenverlusten in der Nanking-Road, der Shanghaier Hauptgeschäftsstraße. Wir hören, daß die Chartered Bank in Hongkong vor der Pleite steht, weil die chinesischen Kunden ihr die Depositen entziehen; daß aber die Hongkong and Shanghai Banking Corporation nicht imstande ist, ihr zu helfen, da sie sich selbst in Schwierigkeiten befindet. Am 19. Januar gab die Hongkong and Shanghai Bank der aufhorchenden Hongkonger City bekannt, daß sie zur Neuausgabe von Banknoten in der Höhe von 600.000 Pfd. (= 12 Millionen RM.) gezwungen sei. Die Bank hat sehr bedeutende Summen zur Stützung bedrohter englischer und englandfreundlicher Firmen flüssig gemacht. Ihre Ankündigung zeigt, daß sie sich auf weitere außerordentliche Ausgaben, d. h. auf weitere Krisenmonate gefaßt macht.

[*)] E. Vargas vierteljährlicher Wirtschaftsbericht. Imprekorr. vom 5. Februar 1926. S. 328.

Ein englischer Geschäftsmann faßt seinen Eindruck von den jüngsten Ereignissen in China folgendermaßen zusammen; „Das Jahr 1925 hat das britische Ansehen in China in einer Art herabgesetzt, die nur in der Bedrohung Londons durch holländische Kanonen im 17. Jahrhundert eine Parallele findet.“*)

Friedliche Lösung?

Mag nun vielleicht diese Äußerung des englischen Gewährsmanns durch dessen eigene wirtschaftliche Verzweiflung düster gefärbt sein, die Lage [173] des englischen Kapitals, soweit es mit dem China-Export verbunden ist – und das sind mehr als 10 Prozent des englischen Gesamtkapitals – ist zweifellos die denkbar schlechteste. In irgend einer Weise müssen daher, nach der Meinung aller englischen Kapitalisten, die Zustände in Ostasien für den britischen Handel wieder „normal“ gemacht werden. Diese Normalisierung aber soll erstens möglichst rasch geschehen. Und zweitens soll sie es in einer für die englische Bourgeoisie möglichst vorteilhaften Weise.

im Ziel ist man sich also in London (und in Hongkong und in Shanghai ebenfalls) vollkommen einig. Meinungsverschiedenheiten bestehen dagegen über die Mittel, mit denen man das für den englischen Imperialismus lebensnotwendige Ziel herbeiführen soll. Kann man eine friedliche Lösung des Konflikts finden? Oder muß man den chinesischen Widerstand mit Waffengewalt brechen?

Als Wortführer derjenigen Kreise der englischen Bourgeoisie, die sich aus einem englischen Interventionskrieg in China keine fühlbaren materiellen Vorteile versprechen, die dagegen den Erfolg eines solchen Unternehmens absolut bezweifeln, darf etwa der „Manchester Guardian“ gelten. Dieses Blatt erblickt in einem bewaffneten Eingreifen keine Gewähr für eine befriedigende Lösung. Selbst wenn es gelingen sollte, mit Waffengewalt die Herrschaft einer englandfreundlichen Regierung in China aufzurichten, würde eine solche Regierung doch keine Existenzsicherheit haben. Mögen darum die Wirren in China noch 10, ja 20 Jahre lang dauern, was natürlich vom Standpunkt der vom „Manchester Guardian“ vertretenen Interessen höchst bedauerlich wäre – „wir können doch China nicht besser unterstützen, als durch eine Politik der Versöhnung und der Geduld [a policy of conciliation and patience]“.**)

Diese Nachgiebigkeitspolitik ist nun keineswegs das Produkt selbstloser „idealer“ Regungen. Die englischen konservativen Blätter sprechen offen ans, was der liberale „Manchester Guardian“ schamhaft verschweigt. Die „Morning Post“, die prinzipiell einem aktiveren Vorgehen, vor allem gegen Kanton, durchaus das Wort redet, schreckt nur vor den wahrscheinlichen Folgen einer englischen Intervention zurück. Ein Angriff gegen Kanton würde eben leider „höchstwahrscheinlich Nordchina in Flammen setzen“***). Die englische Politik der „Geduld“ ist also lediglich die Friedfertigkeit des Wolfes, der sich aus Angst vor der Kugel des Wächters außerhalb der Schafhürde hält.

Ans denselben Motiven erklärt sich ein Akt englischer Großmut, von dem die Welt kürzlich in Kenntnis gesetzt wurde. Seit 1901 haben sich die Engländer als sogenannte „Boxerkriegsentschädigung“ von China jährlich die Kleinigkeit von 400.000 Pfund zahlen lassen. Amerika hatte seinen Anteil, 260.000 Pfund, 1908 zur Hälfte, 1924 den Rest, in amerikanische Kulturpropagandaeinrichtungen in China umgewandelt. Deutschland waren seine Forderungen 1919 in Versailles gestrichen worden. Sowjetrußland hatte auf die ihm zustehende eine Million Pfund freiwillig und ohne amerikanische Propagandatricks zugunsten chinesischer Erziehungszwecke verzichtet. England dagegen steckte bis zum Jahre 1925 ungerührt seine 400.000 Pfund in die Tasche.

Erst unter den Peitschenhieben des großen Boykotts begann England plötzlich zu entdecken, daß auch sein Herz heiß für die chinesische Kultur schlage. Ein Gesetz wurde angenommen und eine Kommission ernannt. Im März 1926 werden drei Mitglieder dieser Kommission – die drei harmlosesten, [174] eine Fabrikinspektorin, ein Universitätsprofessor und der „radikale“ Lord Willingdon – in China nach geeigneten Objekten für Englands jäh erwachte Chinesenliebe Umschau halten. Die Personen der drei

*) „The China Expreß and Telegraph“ vom 21. Januar 1926.
**) „Manchester Guardian Commercial“ vom 18. Februar 1926.
***) „Morning Post“ vom 14. Februar 1926.

Lockvögel sollen den Chinesen zeigen, daß man in England nicht daran denkt, mittels der neu zu schaffenden Kultureinrichtungen unter den Chinesen eine politische oder wirtschaftliche England-Propaganda zu treiben.

Man wird mit solcher Rattenfängertaktik wenig Glück haben. Der materielle Hintergrund auch dieser englischen Aktion zeigt sich sofort, wenn man sich einmal diejenigen Mitglieder der Kommission ansieht, die in England zurückgeblieben sind und deren Stimme am Schluß praktisch den Ausschlag geben wird. Da finden wir zwei Vertreter des englischen Handelsministeriums, einen Vertreter des Auswärtigen Amtes, den früheren Generalgouverneur von Südafrika und – Sir Charles Addis, einen Mann, der zugleich Direktor der Bank von England und Präsident des Londoner Komitees der Hongkong and Shanghai Bank ist[*]. Eine flüchtige Prüfung dieser Liste wird allerdings jeden Chinesen sofort überzeugen, daß die Engländer bei ihrem „Verzicht" auf die Entschädigungsgelder von „uneigennützigster Nächstenliebe" getrieben werden[**].

Das wahre Gesicht des englischen Imperialismus

Die Politik der doppelten Zunge hat die englische Regierung, wie bei der Frage der Verwendung der Entschädigungsgelder, so auch in ihrem allgemeinen Verhalten China gegenüber ständig durchgeführt. Einerseits bekennt man sich zu den Prinzipien der Versöhnung und der Geduld. Zur gleichen Zeit aber greift man in die in China spielenden Kämpfe der verschiedenen Machtgruppen nach Vermögen aktiv und keineswegs pazifistisch ein.

Die englische Bourgeoisie hat Wu-Pei-Fu von 1920 bis 1924 unterstützt. Sie unterstützt ihn noch heute. Als die revolutionären Kantontruppen Swatau eroberten, nahmen sie unter den geschlagenen reaktionären Truppen auch mehrere englische Offiziere fest. Der Todfeind der Kantonregierung, General Tschen-Tsching-Ming, findet in Hongkong materielle Unterstützung und freundschaftlichen Unterschlupf.

In einem offenen Briefe mehrerer Generale der Provinz Kiangsu wird eine „auswärtige Macht" beschuldigt, Tschang-Tso-Lin 1925 drei Millionen Dollar und 150.000 Gewehre geliefert zu haben, damit er seine Südarmee ausrüste und den Boykott gegen diese Macht breche. Ob diese geheimnisvolle auswärtige Macht England ist, läßt sich schwer sagen. Es liegt näher, in diesem Falle an Japan zu denken. Sicher dagegen ist, daß in der allerjüngsten Zeit Versuche zu einer Verständigung zwischen Wu und Tschang, [175] zwecks gemeinsamer Bekämpfung der national-revolutionären Bewegung, gemacht werden, und daß England diese Versuche fördert. Das ist zwar noch keine offene Gewaltpolitik, aber noch weniger eine Politik der Versöhnung und der Geduld.

England hat seit Jahren in China eine versteckte Gewaltpolitik betrieben. Was ist die Unterstützung Wu-Pei-Fus und Tschen-Tsching-Mings anderes, als der Versuch, durch bezahlte Agenten mittels materieller Gewalt in Peking und Kanton eine den Engländern genehme Regierung herzustellen?

Es geht für die britische Bourgeoisie in China um mehr als nur um China. Das Prestige Englands als des Herrn Asiens steht auf dem Spiel. Unter dem Druck dieser Lage zeigen sich die englischen Imperialisten in der Wahl ihrer Mittel keineswegs wählerisch. Am 22. Februar hat der Zollkommissar von Kanton, ein früherer englischer Offizier namens F. Hayley Bell, den gesamten Warenverkehr im Kantoner Hafen stillgelegt. Es ist dies eine durchaus zweischneidige Maßnahme, gerade auch für

[*] „L'Europe Nouvelle" vom 6. Februar 1926.

[**] Wie klar man sich in den entscheidenden Kreisen über den Propagandazweck der „kulturell" zu verwendenden Boxerkriegsentschädigung ist, geht übrigens auch klar aus einem Brief hervor, den der Vorsitzende der Federation of British Industries (also: des englischen Reichsverbandes der Industrie) im Dezember 1924, nachdem die Labour-Regierung die Frage der Umwandlung der Gelder aufgeworfen hatte, an den Minister des Auswärtigen, Austen Chamberlain, richtete. Der Vorsitzende der großen englischen Unternehmerorganisation stellt in seinem Schreiben nachdrücklich fest, „daß die Frage der Verwendung dieser Gelder unmittelbar von größter Wichtigkeit für die Industrie Englands ist". Er fordert demgemäß, das etwa zu ernennende Komitee müsse so beschaffen sein, daß in ihm „Industrie und Handel gleichermaßen vertreten" seien. Diese Ansprüche haben die englischen Kapitalisten jetzt bei der Wahl des Komitees, wie man sieht, vollständig durchgesetzt.

England selbst. Die nicht vom Boykott betroffenen Fremdmächte haben nämlich in den letzten acht Monaten einen großen Teil des früheren englischen Handels an sich gezogen und ausgezeichnete Geschäfte gemacht. Es ist charakteristisch für die heikle Situation, in der sich England befindet, daß es vor Maßnahmen nicht zurückschreckt, die ihm zu den bereits bestehenden Schwierigkeiten noch neue Verwicklungen mit den kapitalistischen Konkurrenzmächten bringen können.

Glatter scheint die Sache gegenwärtig in N o r d c h i n a zu verlaufen. Monatelang hat das englische Kapital im Verein mit der mittelchinesischen Bourgeoisie (den Handelskammern von Hankau, Wutschang, der Bank of China usw.) Wu-Pei-Fu ökonomisch und militärisch aufgepumpt. Wu hat sich jetzt gegen die „Volksarmeen“ des Nordens in Bewegung gesetzt, um mit den von Norden und Südosten kommenden Japanlakaien Tschang-Tso-Lin und Li-Tsching-Lin zusammen die Kuo-Min-Tschün (Volksarmee) zu vernichten. Über den voraussichtlichen Ausgang dieses konzentrischen Angriffs läßt sich natürlich nichts Sicheres sagen. Immerhin muß man bedenken, daß die national-revolutionären Sympathien Chinas n i c h t mit Tschang sind, und auch nicht mit Wu-Pei-Fu. Selbst ein Waffenerfolg der von England und Japan finanzierten Landsknechtsgenerale würde daher die englandfeindliche Stimmung der Massen nicht beseitigen. Von Kanton gar nicht zu reden, dessen Regierung durch einen Sieg der reaktionären Generale im Norden, jedenfalls vor der Hand, sehr wenig beeinflußt werden würde. Schon einmal, 1920, haben ja Tschang und Wu gemeinsam die Regierung in Peking gestürzt, deren Kopf auch damals Tuan-Tschi-Jui war. Die Kanton-Regierung ist durch die Niederlage der Pekingarmee 1920 nicht zu Fall gebracht worden.

So ist es denn fraglich, ob England mittels der jetzigen militärischen Maßnahmen – selbst den für England günstigsten Fall vorausgesetzt – erreichen würde, was es will. Es ist fraglich, ob England um ein selbständiges, offenes militärisches Eingreifen in China herumkommt, um eine – vielleicht mit den anderen imperialistischen Mächten gemeinsam unternommene I n t e r v e n t i o n. Natürlich hat eine solche für eine Regierung, die sich zu Ihr entschließt, ihre sehr schweren Bedenken. Es besteht das Risiko, daß ein offener imperialistischer Interventionskrieg die national-revolutionäre Bewegung in China, die er zerschlagen will, gerade aufs höchste entflammt und zu einheitlichem Handeln über ganz China zusammenschließt. Daher „will“ denn auch die englische Regierung keinen Interventionskrieg in China. Mehr noch: daher f ü r c h t e t sie diesen Krieg. Doch in unserer unangenehmen Welt kommt es verteufelt wenig darauf an, ob eine Klasse „Lust“ hat, dies [176] oder jenes zu tun. Es kommt vielmehr darauf an, was die betreffende Klasse durch harte objektive Notwendigkeiten g e z w u n g e n wird zu tun. Der Wolf „will“ auch nicht in die Hürde einbrechen, die der bewaffnete Hirte bewacht. Aber wenn der Hunger ihn zur Verzweiflung bringt, wagt er d o c h den Sprung. Möglicherweise wird ihn die Kugel treffen. Möglicherweise aber gelingt es ihm auch, seinen Hunger zu stillen und ungeschoren davonzukommen.

Es ist ganz zweifellos, daß allereinflußreichste Kreise Englands über die Unterstützung der Herren Wu u. Co. hinaus der Meinung sind, daß man um den Appell an die eigenen Waffen nicht herumkomme.

Wir hören, daß in Shanghai Ende 1925 eine „Constitutionel Defence League gegründet worden ist zum Schutze Chinas gegen den Bolschewismus. Wir hören, daß englische Angehörige der Shanghaier Niederlassung versuchen, die britische Regierung zu einer „Politik der starken Faust“ gegen die chinesischen Widerstände zu bewegen. Diese Bestrebungen beschränken sich aber keineswegs auf die in China lebenden Engländer allein. Auch sind sie durchaus nicht etwa Wahnideen einflußloser unmaßgeblicher Personen. In London selbst haben sich Anfang 1926 die Spitzen des englischen Industrie- und Handelskapitals zu einem „C h i n a-K o m i t e e“ zusammengeschlossen, das die höchste Aufmerksamkeit aller Freunde der chinesischen Freiheitsbewegung verdient. In diesem Komitee sind u. a. vertreten: die Federation of British Industries, die Londoner Handelskammer, die Schiffahrtskammer, die Hongkong and Shanghai Banking Corporation, die Asiatic Petroleum Co. (zur Shell-Gruppe gehörig), sowie andere große überseeische Industrie- und Handelsgesellschaften Englands. Dieses China-Komitee hat am 22. Januar 1926 an das britische Auswärtige Amt einen Brief gerichtet, in dem es von seiner Konstituierung Mitteilung macht und ein Hand-in-Hand-Arbeiten von Komitee und Regierung vorschlägt. Die zusammengeschlossenen Interessenten erklären, daß sie

keine Aussicht auf irgendeine Verbesserung der englisch-chinesischen Beziehungen in der Zukunft sehen. Offenbar glauben sie also nicht an die Wirksamkeit der vom „Manchester Guardian“ vorgeschlagenen Politik der Versöhnung und der Geduld. Sie werfen im Gegenteil der Regierung Untätigkeit vor. (Interview Sir R. Waley Cohens, des Vertreters der Asiatischen Petroleum-Gesellschaft im Komitee, siehe „Morning Post“ vom 15. Januar.) Chamberlain hat in einem Antwortschreiben die Gründung des Komitees begrüßt und erklärt, die Regierung werde mit Vergnügen mit der neuen Organisation zusammenarbeiten.

Zur gleichen Zeit, in der in London das China-Komitee gegründet wurdet ist nach Mitteilung des Chinese Information Bureau in London in den Kreisen der englischen Industrie-, Handels- und Finanzbourgeoisie ein großangelegter Plan einer bewaffneten Intervention gegen China erwogen worden. Ja, dieser Plan ist, wenn die Mitteilungen des genannten Bureaus zutreffen, bereits in den Anfängen seiner Verwirklichung. Das Chinese Information Bureau stellt fest, daß die Bank von England bereits 600.000 Pfund an die Hongkong and Shanghai Bank habe übertragen lassen. Dieses Geld soll nach unserer Quelle, einer umfangreichen Propaganda für eine Änderung der Zustände in China und gegen den russischen Einfluß dienen. Mit einer Truppe von 100.000 europäischen Soldaten (die Garnison von Hongkong ist bereits verstärkt) denkt man dann, den zweiten Boxerkrieg durchführen zu können. (Bulletin des Chinese Information Bureaus vom 26. Januar.)

Auch in China selbst werden ganz ähnliche Pläne laut. Das „Journal de Peking“ veröffentlichte in seiner Weihnachtsnummer Meldungen von einem Interventionsplan, der die Kabinette von London, Washington, Paris, Tokio und Rom beschäftige. Die Angaben des Pekinger Blattes wurden offiziell [177] dementiert, allein die „North China Daily News“ erklärte am 11. Januar, der Sache liege offenbar doch ein realer Vorgang zugrunde, nämlich eine Grundfrage betreffs einer Intervention an die genannten Regierungen sowie ein japanisches Angebot, mit einem Stoßtrupp von 20.000 Mann die Aktion einzuleiten. Das große angelsächsische Blatt bezeichnet diese Lösung als „den einzig möglichen Weg“, um „China vor den Roten zu retten“.

Hände weg von China!

Die Lage der englischen Bourgeoisie ist objektiv eine höchst kritische. Jener Geschäftsmann, der an die Zeiten der schwersten Gefährdung des bürgerlichen England im 17. Jahrhundert erinnerte, ferner die Feststellung des mächtigen China-Komitees, daß seine Mitglieder keine Aussicht auf eine Besserung der bestehenden kritischen Zustände sehen, zeigt, welche Gefahren den um ihre nationale Befreiung kämpfenden chinesischen Volksmassen von der in die Enge getriebenen englischen Bourgeoisie drohen.

Gerade die revolutionäre Arbeiterbewegung muß sich für den äußersten Fall gerüstet halten. Kürzlich, anläßlich des Beginns des chinesischen Neujahrsfestes, haben in London Vertreter der Gewerkschaft der chinesischen Arbeiter und der Kuomintang-Partei mit Führern der englischen Arbeiterbewegung (dem Genossen Saklatvala, Vertretern der Linksflügel-Bewegung, wie Purcell, George Hicks, Malone sowie vielen anderen) in einer gemeinsamen Feier ostentativ die Einheit der Ausgebeuteten Europas und Asiens kundgetan. Einem Interventionskrieg gegen China muß der einmütige Widerstand der Arbeiter Europas schon hier in Europa die Kraft brechen. Man erinnere sich, wie tapfer 1920 die englischen Arbeiter die Munitionstransporte nach Polen bekämpft haben. Die klassenbewußte Arbeiterschaft Europas weiß, daß sie mit jeder Hilfeleistung für das revolutionäre China ihrer eigenen Revolution den Weg ebnet.

*

Heimarbeit und Gewerkschaftsbewegung

Von Maria Seyring.

Eine Wirtschaftskrise von dem Ausmaß der gegenwärtigen äußert sich nicht nur in Betriebsstillegungen und Massenentlassungen, erschöpft sich nicht in dem Zerbrechen alter und in dem Entstehen neuer Konzerne, sie hat auch eine Verschiebung der Produktion in bezug auf die Heimarbeit zur Folge. Diese Bewegung ist heute noch nicht zahlenmäßig zu belegen, sie vollzieht sich vielfach

unkontrolliert und heute noch unkontrollierbar – sie ist aber darum, vor allem auch wegen ihrer sozialen Rückwirkungen, nicht minder wichtig.

Diese Verschiebung der Produktion infolge der Krise kann nach zwei Richtungen erfolgen:

1. wird die Heimarbeiterschaft als die widerstandsloseste Arbeiterschicht zuerst von der vollen Wucht der Arbeitslosigkeit betroffen, die Produktion wird, soweit das technisch möglich ist, in den Betrieben konzentriert;

2. aber macht das infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit lawinenartig anschwellende Angebot an Heimarbeiterinnen einen im Betrieb niemals durchführbaren Lohnabbau möglich, der die Heimarbeit wieder rentabel und ein Abwandern der Produktion aus dem Betrieb in die Heimarbeit möglich macht.

Nach beiden Richtungen hin wirkt auch die Bewegung des Kapitals in der Krise. Ballt sich das Kapital auf der einen Seite zusammen, so ermöglicht [178] es die Rationalisierung und Spezialisierung der Betriebe und bewirkt damit einen Rückgang der Heimarbeit. Wird es auf der anderen Seite zerschlagen und zerstäubt, so nistet es sich gerade dort wieder ein, wo auch das geringste Anfangskapital zur Ausbeutung genügt: in der Heimindustrie.

Beide Tendenzen: die des krisenhaften Zusammenschmelzens und die der krisenhaften Ausdehnung der Heimarbeit sind zweifellos vorhanden – welche schließlich überwiegt, ist heute noch nicht zu übersehen. Um aber die Grundlage für eine weitere Verfolgung der Entwicklung der Heimarbeit zu geben, soll in folgendem in knappem Umriß die Bedeutung der Heimarbeit für die kapitalistische Wirtschaft und für die Arbeiterbewegung dargelegt werden[*)].

Die wirtschaftliche Bedeutung der Heimindustrie[**)]

Die wirtschaftliche Bedeutung der Heimarbeit ist keineswegs gering. Es gibt große Industriezweige, die zum überwiegenden Teil auf Heimarbeit beruhen und die nicht nur den Inlandsmarkt versorgen, sondern fast ein Monopol auf dem Weltmarkt innehaben.

So die Spielwarenindustrie, deren Bedeutung infolge technischer Verbesserungen in der Fabrikation anderer Länder, besonders in Amerika, erst in den letzten Jahren zurückging.

In der Gegend in und um Nürnberg werden Blechspielwaren, im Erzgebirge, in Thüringen, besonders im Sonneberger Kreis, werden Holzspielwaren angefertigt. Die Heimarbeit in der Blechspielwarenindustrie ist gewachsen, die in der Holzspielwarenindustrie zurückgegangen.

So die Uhrenindustrie im Schwarzwald, bei der die Heimarbeit vor dem Kriege ständig zurückging, nach dem Kriege aber, besonders während der Inflationszeit, ungeheuer an Umfang zunahm.

Auch sie ist eine ausgesprochene Exportindustrie. Vor dem Kriege gingen 90 Prozent der Erzeugnisse ins Ausland, in der Inflationszeit ein noch höherer Prozentsatz. Jetzt stößt die Uhrenindustrie auf dem Weltmarkt auf die Schranken, die dem Absatz der deutschen Dawes-Kolonie gesetzt sind: die überall aufgerichteten Zollmauern. Erst im Sommer des letzten Jahres wurden in England die MacKenna-Zölle wieder eingeführt, die den Zollsatz auf Uhren und Musikinstrumente (beides zum großen Teil Heimindustrien) auf 33% Prozent festsetzen. Diese Zölle, die das Lohndumping verhindern sollen, verschärfen dadurch nur den Lohndruck auf der einen Seite und liefern auf der anderen Seite die Heimarbeiterschaft der Arbeitslosigkeit aus.

Die Nadelindustrie nimmt noch immer eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt ein. Nur in England besteht noch eine ziemlich gleichwertige Industrie dieser Art, wenn auch nicht in demselben

[*)] Eine Beschreibung der Lage der Heimarbeiter, ihrer Löhne, ihrer Arbeitszeit, ihrer Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse, der Ausdehnung der Kinderarbeit usw. muß im Rahmen dieser kurzen Darstellung unterbleiben, kann aber, wenn ein Bedürfnis danach vorliegt, jederzeit nachgeholt werden.

[**)] Über den gegenwärtigen Stand der Heimarbeit gibt es keinerlei amtliches Material. Selbst die älteren Zusammenstellungen sind außerordentlich lückenhaft. Diese Darstellung (zu der die älteren Werke von Gäbel, Arndt, Bittmann usw. als Unterlage dienten und das neuere aus Anlaß der Heimarbeit-Ausstellung herausgegebene Material benutzt wurde) macht deshalb auf Vollständigkeit keinerlei Anspruch. Von dem vorliegenden Tatsachenmaterial wurde nur das mitgeteilt, was für die betr. Heimindustrie charakteristisch oder von allgemeinem Interesse für die Heimarbeit ist.

Umfang wie in [179] Deutschland. Die Versuche, in Amerika Nadelfabriken zu gründen, scheiterten an den Produktionskosten. Vom reinen Produktionspreise entfallen etwa 80 Prozent auf die Löhne und nur 20 Prozent auf Material und die sonstigen Unkosten. Die Lehne geben also den Ausschlag, und aus diesem Grunde sind die in Amerika hergestellten Nadeln 100 Prozent teurer als die deutschen Nadeln.

Nur noch in wenigen Fällen werden die Nadeln in Heimarbeit hergestellt. Im großen und ganzen beschränkt sich die Heimarbeit auf das Anreihen, Abbrechen, Aussuchen, Aufstecken der Nadeln. Aber gerade diese Arbeiten sind es, die den größten Teil der Zeit bei der Nadelfabrikation beanspruchen. Die Hauptzentren der Nadelfabrikation verschoben sich während der letzten Jahre. Während in den alten Nadelzentren, Iserlohn und Aachen, die Heimarbeit zurückging, kam sie in Ichtershausen und Chemnitz durch die Anfertigung von Strick- und Wirknadeln für die Textilindustrie in Blüte.

Auch die Lederhandschuhfabrikation ist eine ausgesprochene Exportindustrie, der freilich eine starke Konkurrenz von Frankreich, Italien, Belgien und der Tschechoslovakei gemacht wird, gerade infolge der in diesen Lindern stark verbreiteten und ebenso elend bezahlten Heimarbeit. Die Jahresproduktion an Lederhandschuhen wird auf 40 Millionen Mark geschätzt, wovon etwa ein Drittel in Deutschland umgesetzt wird. Der Anteil der Heimarbeit an der Handschuhnäherei wird auf 75 Prozent geschätzt, während der Handschubschnitt in Deutschland seit etwa zwei Jahrzehnten von Maschinen besorgt wird.

Die um Offenbach schon in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts entstandene Lederwaren-(Portefeuille-)Industrie ging erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts zur Heimarbeit über, die dort immer mehr an Boden gewann. Gegen die Vorkriegszeit ist der Prozentsatz der Heimarbeit stark gestiegen. Von 1923 zu 1924 allein um 36 Prozent.

Ein großer Teil der Glasindustrie, so die Anfertigung von Christbaumschmuck, von Thermometern und Ampullen ist Heimarbeit, deren Sitz fast ausschließlich Thüringen, besonders um Sonneberg, ist.

In der Tabakindustrie war die Heimarbeit bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts noch unbekannt. Erst später gingen die Fabrikanten dazu über – besonders im Anschluß an die Zoll- und Steuererhöhung im Jahre 1879, im Anschluß auch an die den Fabrikanten lästige Fabrikschutzgesetzgebung –, die Zigarren in Heimarbeit herstellen zu lassen. Sitz der Tabakindustrie ist fast ausschließlich das flache Land und besonders dort, wo Zwergbesitz vorherrscht. Die Anzahl der Heimarbeiter im Verhältnis zu den in den Betrieben Beschäftigten wurde 1907 auf 20,6 Prozent angegeben (eine Zahl, die nach den Angaben der Heimarbeiter selbst gefunden wurde, die also viel zu niedrig gegriffen ist). Seitdem ist der Prozentsatz der Heimarbeiter stark gestiegen.

In der Bürsten- und Korbwarenindustrie spielt zwar die Heimarbeit noch eine gewisse Rolle, wird aber durch die Fortschritte der maschinellen Produktion ständig zurückgedrängt.

Die Herstellung von Musikinstrumenten liegt vielfach zum größten Teil noch in der Hand der Heimarbeiter. Die Produktivität der Klingenthaler Musikinstrumentenindustrie allein beläuft sich auf etwa 35 Millionen Mark. Auch sie ist eine ausgesprochene Exportindustrie.

In Lüdenscheid und Ruhla, außerdem in den meisten Großstädten werden bestimmte Teilarbeiten der Elektro- und Radio-Industrie in Heimarbeit ausgeführt: so das Montieren von Schalter- und Fassungsteilen, von Kontakten und Verbindungsschlüsseln oder die Herstellung von [180] Lampenschirmen oder das Einschrauben von Muttern bei Radioartikeln.

Über einzelne kleinere Heimindustrien, wie Stickerei- und Lebensmittelherstellung, liegt so wenig neues Material vor, daß einigermaßen zuverlässige Angaben nicht gemacht werden können.

Die bedeutendste und alle anderen weit überragende Heimindustrie aber ist die Konfektion. Während die Heimarbeit in der Textilindustrie mehr und mehr abstirbt und nur noch in kleinen, der Mode stark unterworfenen Zweigen, wie der Bandwirkerei, eine gewisse Bedeutung besitzt, beruht noch heute die Bekleidungsindustrie zum allergrößten Teil auf Heimarbeit.

Während in England und Amerika die Konfektion in viel höherem Maße fabrikmäßig betrieben wird, ist in Frankreich, Österreich und Deutschland die Heimarbeit noch immer, und sogar in steigendem Maße, die vorherrschende Form der Produktion; Die Gesamtzahl sowie der prozentuale Anteil der Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie hat sich gegenüber der Vorkriegszeit nicht unwesentlich erhöht. In Berlin allein wird die Zahl der (ständigen!) Konfektionsheimarbeiter auf 40 bis 50.000 angegeben. [In Konjunkturzeiten vielleicht das Doppelte.][*)] Während in einzelnen Zweigen der Bekleidungsindustrie, so in der feineren Herren- und Damenwäsche, in der Berufskleidung u. a. die Heimarbeit infolge der Einführung von Schnellnähmaschinen mit motorischem Antrieb stark zurückgegangen ist, hat sie sich in allen Branchen der Oberkleidung stark vermehrt.

In fast allen Heimarbeitergegenden, auch auf dem Lande, ist die Konfektionsheimarbeit vertreten. Ihr Hauptsitz aber sind die großen Städte, besonders Berlin, Breslau, Stettin, Hamburg und Erfurt. In Berlin ist die Konfektion nach der Metallindustrie die zweitgrößte Industrie überhaupt. Gerade die Bekleidungsindustrie ist früher eine der wichtigsten Exportindustrien Deutschlands gewesen – die Absatzschwierigkeiten lassen aber auch hier seit 2 Jahren die Exportziffern ständig sinken.

Ursachen der Heimarbeit

1. Die technischen Voraussetzungen

So grundverschieden die Technik der Heimarbeit ist: von dem automatischen Aneinanderreihen von Nadeln, dem Ineinanderzapfen maschinell gestanzter Spielzeugteile bis zur hochqualifizierten Arbeit des Herrgottschnitzers in Oberammergau, des Thüringer Thermometermachers und des Geigenbauers in Mittenwald – gemeinsam ist ihnen allen das starke Vorwiegen der Handarbeit, die Einfachheit der von technischen Umwälzungen verhältnismäßig wenig berührten Maschinen, wie z. B. die Nähmaschine der Konfektionsarbeiterin[**)]. Trotzdem wäre es falsch, die Heimarbeit, wie es früher oft geschah, für eine primitive Form des Kapitalismus, gewissermaßen für einen Übergang vom Handwerk zum Fabrikbetrieb zu halten – das würde heißen, nicht nur die Technik und ihre gesellschaftliche Anwendung zu verwechseln, sondern auch dem Kapitalismus eine Geradlinigkeit der Entwicklung zu unterschieben, die den Tatsachen in keiner Weise entspricht. Wohl revolutioniert die kapitalistische Wirtschaftsweise ständig die Technik, ver-[181]drängt die Heimarbeit, vernichtet den Kleinbetrieb und ballt die Produktion in Riesenbetrieben zusammen – aber längst wäre der Kleinbetrieb verschwunden, der Mittelstand aufgerieben, der Kleinbauer zum Landarbeiter auf maschinell betriebenen Großgütern geworden, wenn nicht die kapitalistische Entwicklung in ständigem Widerspruch mit sich selbst das, was sie auf der einen Seite vernichtet, auf einer anderen Stufe wiedererzeugte: „Die Geschichte der Heimarbeit ist die Geschichte des Kapitalismus. Gerade die verwirrende Buntheit und Vielgestaltigkeit, die immer wechselnden Formen der Heimarbeit spiegeln wie nichts anderes die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem Widerspruch.

So haben wir vor einigen Jahrzehnten die Handweberei unter der Konkurrenz des automatischen Webstuhls sterben sehen, so kämpft jetzt die Korbmacherei Oberfrankens ihren Todeskampf. Auf der anderen Seite hat die Heimarbeit in der Konfektion ganz ungeheuer zugenommen, ganz neue Heimindustrien im Anschluß an modernste Industrien, so der Elektro- und Radio-Industrie, sind entstanden.

Gerade weil auch jede moderne Industrie nicht in voller Rüstung wie Athene aus dem Haupt des Zeus entspringt, sondern erst allmählich die Unvollkommenheiten ihrer Technik überwindet (gibt es doch sogar in den Fordbetrieben bestimmte maschinell noch nicht ausführbare Arbeiten, die Ford von seinen Kranken im Bett anfertigen läßt), wird auch immer wieder die technische M ö g l i c h k e i t der Heimarbeit erzeugt, die zur Tatsache wird da, wo die Besonderheiten der Produktion, der Verkehrsverhältnisse, der Lohnverhältnisse sie rentabel macht.

[*)] Hierbei aber handelt es sich nur um die g e m e l d e t e n Heimarbeiter. In Wirklichkeit ist – da ein großer Teil der Heimarbeiter unangemeldet bleibt – die Zahl eine noch viel größere.

[**)] Daß auch in der Heimindustrie immer wieder neue und verbesserte Kleinmaschinen eingeführt, daß in steigendem Maße auch elektrischer Strom in der Heimindustrie benutzt wird, soll damit nicht bestritten werden, ändert aber am Gesamtbild nichts.

Diese Entwicklung bringt es mit sich, daß nicht nur eine „alte“ Heimindustrie abgelöst wird von einer „modernen“, sondern daß viele Heimindustrien ihren Charakter gänzlich verändern. So große Teile der Spielzeugindustrie. Während früher die einzelnen Gegenstände von einer Hand – höchstens bestand in der Familie eine gewisse Arbeitsteilung – fertiggestellt wurden, sind heute zum größten Teil nur noch ganz mechanische Teilarbeiten, wie das Zusammenzapfen, Zusammenlöten und -leimen der in der Fabrik hergestellten Einzelteile für die Heimarbeit übrig geblieben. So der Geigenbau, der zwar auch heute noch in manchen Gegenden in einer Hand liegt, meist aber auch nur noch in Teilarbeiten besteht. So die Handschuhnäherei, die zwar vollständig in Heimarbeit, hier aber in einem in 5 bis 6 Phasen aufgelösten Arbeitsprozeß ausgeführt wird, von denen jeder eine Spezialmaschine erfordert, Auch die im Kriege in Heimarbeit hergestellten Gewehrteile gingen durch 4 bis 5 Hände.

So spannt an seinem technisch jeweils schwächsten Punkt das Kapital unter bestimmten Voraussetzungen die Heimarbeit in seinen Dienst. (Schluß folgt.)

PROBLEME DER PARTEI

Fürstenenteignung und Einheitskomitees

Von Ernst Schneller

In der Bewegung für Fürstenenteignung führt die Partei zum ersten Male seit längerer Zeit wieder eine organisierte Einheitsfrontkampagne durch. Obwohl bisher nur lückenhafte Berichte vorliegen und die Bewegung noch in Fluß ist, erscheint es doch nützlich, schon jetzt in die Erörterung der Erfahrungen und Lehren einzutreten.

[182] Von vornherein muß festgestellt werden, daß die Partei bei dieser Anwendung der Einheitsfronttaktik im Sinne der Herstellung eines neuen Verhältnisses, insbesondere zu den sozialdemokratischen Arbeitern, sehr beachtenswerte Erfolge errungen hat. Sie hat sich im allgemeinen rasch in die praktische Verwirklichung der Aufgabe: Schafft Einheitskomitees zur Durchführung des Volksentscheids! hineingefunden und ein hohes Maß von initiative und Selbsttätigkeit entwickelt. In allen Teilen Deutschlands sind unter der Führung der Partei eine große Zahl von Einheitskomitees zustandegekommen. Sie sind Träger einer sehr starken Volksbewegung und organisatorische Sammelpunkte für neuerwachende Aktivität breiter werktätiger Schichten. Zur Beurteilung und Ausnutzung der Bewegung ist es notwendig, die Umstände zu beleuchten, unter denen die Einheitskomitees entstehen. Dabei hat zunächst eine Reihe günstiger, objektiver Faktoren mitgespielt:

1. Die Forderung der Fürstenenteignung als Ausgangs- und Sammelparole weckte die Aktivität der gesamten Arbeiterschaft und weiter Kreise der übrigen werktätigen Bevölkerung.

2. Diese Forderung bot Anknüpfungsmöglichkeiten für alle politischen und wirtschaftlichen Tagesforderungen der verschiedenen Gruppen.

3. Diese Forderung, wurde erhoben in Verbindung mit wachsender Wirtschaftskrise, die alle Schichten des werktätigen Volkes schwer trifft.

4. Zugleich treten im Fememordskandal, im Fall Jürgens die Zersetzungserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft kraß hervor.

5. Die zwiespältige und schwankende Stellung der Leitungen von SPD, ADGB und Reichsbanner erschütterten das ohnehin schwache Vertrauen in den Reihen dieser Organisationen noch mehr.

6. Mit der wachsenden Bewegung trat die Zersetzungserscheinung auch im Lager der Demokraten und des Zentrums klar zutage.

7. SPD und ADGB waren gezwungen, mit der Partei in Verhandlungen einzutreten.

8. Die Gegner der Bewegung haben keinerlei zugkräftige Argumente.

Dazu kommen günstige subjektive Faktoren:

1. Die Partei hat die Forderung der Enteignung rechtzeitig und von vornherein mit voller Klarheit und Energie aufgestellt. Sie war von Anfang an in der Offensive.

2. Die Partei hat in ihrer Gesamtheit die Bedeutung der Bewegung von Anfang an voll erkannt. Innerhalb der Partei gab es keinerlei Meinungsverschiedenheiten über die Forderung und die einzuschlagende Taktik.

3. Die Partei hat die Einheitsfront durch langdauernde, zähe Propaganda vorbereitet und durchgeführt.

4. Die Propaganda wurde nicht isoliert geführt. Die Einheitsfront wurde für alle auftauchenden Aufgaben in richtigem Zusammenhang gefordert.

5. Die Partei hatte sich alle Möglichkeiten offen gelassen, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen die Einheitskomitees zustande kamen. Sie hat allen Schematismus ausgeschaltet.

Das Zusammentreffen der günstigen objektiven und subjektiven Faktoren hat es der Partei ungemein erleichtert, die ersten Schritte in der Einheitsfronttaktik zu machen. Zweifellos hätte die Einheitsfrontbewegung jedoch viel stärkere Erfolge erzielt, wenn sie imstande gewesen wäre, einige ungünstige Faktoren rechtzeitig zu erkennen, ihre Wirkung einzuschränken und auszuschalten.

Ungünstig wirkten folgende Tatsachen:

1. Große Teile des Proletariats sind weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert.

2. SPD-, ADGB- und Reichsbannerleitung gehen mit allen Mitteln gegen die Beteiligung ihrer Mitglieder an der Einheitsfrontbewegung vor.

3. Die Mitglieder der SPD und des RB sind noch sehr mißtrauisch gegen die Einheitsfront. [183]

4. Die kleinbürgerlichen Schichten fassen die Forderung der Fürstenenteignung vielfach als eine unpolitische, von den anderen Fragen losgelöste Angelegenheit auf; sie scheuen das Zusammengehen mit der KPD.

5. Sabotage und Terror der Behörden und der monarchistischen Organisationen, vor allem auf dem Lande, hindern Propaganda und offenes Hervortreten unter den neu zu gewinnenden Schichten und Gruppen.

6. Die Massenerwerbslosigkeit trifft die Parteiorganisation sehr stark, schaltet die Kommunisten im Betriebe aus und nimmt ihr vielfach die Möglichkeit, die Bildung von Einheitskomitees in den Betrieben zu forcieren.

Dazu kommen Mängel der Partei, die die volle Ausnutzung der Massenmobilisation zur Stärkung der Einheitsfront in der Bildung von Einheitsorganen (Einheitskomitees) beeinträchtigten.

1. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen, die Organisierung der politischen Arbeit von den Betrieben aus ist nicht überall genügend weit genug gediehen; die Massenerwerbslosigkeit hat zum Teil zu Rückschlägen geführt. Es machen sich erneut Bestrebungen geltend, die Wohnorganisation zu beleben und auszubauen.

2. Die Einschätzung der Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit für die Bildung eines linken Hügels in der Arbeiterbewegung kommt noch nicht genügend in der Arbeit der Fraktionen zum Ausdruck. Die Partei kommt nicht in dem Maße an die organisierten Arbeiter heran, wie das dem stimmungsmäßigen Einfluß der Partei entspricht; sie ist nicht überall Führer eines Masseneintritts in die Freien Gewerkschaften.

3. Die Arbeit der Kommunisten im RFB ist nicht straff organisiert; die Werbekraft des RFB – vor allem dem Reichsbanner gegenüber – wird dadurch bei weitem nicht voll ausgenutzt.

4. Die Partei hat den Überzentralismus des alten Kurses und seine Arbeitsmethoden noch nicht völlig überwunden. Es fehlt vielfach an der Entfaltung der Initiative und Selbsttätigkeit der Parteiorganisationen, weil die Leitungen zuviel mit Anordnungen, statt mit Anregungen arbeiten und den einzelnen Organen der Partei nicht genügend Spielraum lassen. Andererseits sind die Parteiorgane an diese Methode gewöhnt und verlangen Anordnungen, wo sie selbst handeln müßten. Selbstkontrolle und Selbstkritik werden noch wenig planmäßig betrieben.

5. Die Partei hat im Anfang der Bewegung vielfach die Spitzenverhandlungen und Spitzenerfolge überschätzt. Als unter dem Druck der SPD-Arbeiterschaft der Parteivorstand der SPD zum Verhandeln mit der KPD gezwungen worden war, wurde unten nicht sofort nachgestoßen. In den Bezirken wurde die Verhandlung im Bezirksmaßstabe vorangestellt: die Notwendigkeit, Einheitskomitees in den Betrieben zur Grundlage für örtliche Komitees zu machen, wurde recht spät und auch bis jetzt noch nicht überall erkannt; die Möglichkeit, von Ortskomitees aus zur Bildung von Betriebskomitees zu schreiten, wurde vielfach nicht gesehen.

6. Teilweise ist sich die Partei über die Rolle der Partei in den Einheitskomitees nicht im klaren; das äußert sich einmal darin, daß die Komitees zu einem Teil tote Gebilde blieben (der SPD wurde es leicht, ihre Leute zurückzuziehen); die Parteiorganisationen überließen die Genossen im Komitee sich selbst; zum andern kam das zum Ausdruck in Vereinbarungen, wo die Partei auf eigene politische Propaganda – vor allem gegenüber der SPD als Partei – verzichtete, oder die Genossen fühlten sich selbst zu unsicher, um auch im Rahmen der Einheitsfrontbewegung die Kampfstellung der KPD gegen die bürgerliche Politik der SPD-Führung zu vertreten. Diese Abweichung findet ihre Ergänzung im Unvermögen, die Bildung von Einheitskomitees durch zähe, planmäßige Bearbeitung einzelner Arbeiter vorzubereiten.

Es läßt sich zweifellos noch eine Reihe von Erfahrungen und Faktoren günstiger und ungünstiger Art feststellen, die das Bild vervollständigen würde. Z. B. wäre es wichtig, die Bewegung unter den Kleinbauern, im [184] städtischen Mittelstand und die Rolle der Partei auch in diesem Zusammenhang zu untersuchen. Doch kommt es hier zunächst weniger auf lückenlose Darstellung als auf Anregung zur Überprüfung der Erfahrungen an.

Das Bild der Einheitskomitees, die gegenwärtig bestehen, ist recht vielgestaltig. Zum Teil sind sie dem Reichsausschuß für Fürstenenteignung (Dr. Kuczynski) nachgebildet, der neben KPD, IAH, RFB, Internationaler Bund proletarischer Freidenker usw. und republikanischen, pazifistischen Organisationen (Liga für Menschenrechte, Internationale Frauenliga für Frieden, Freiheit, Kartell freigeistiger Verbände) auch eine Reihe Splitterorganisationen der Arbeiterbewegung (von dem Nelsonbund, Soz. Bund, USPD bis zu den Schumacherverbänden und Syndikalisten) umfaßt. Zum Teil sind sie nur aus Organisationen zusammengesetzt, die mit der kommunistischen Bewegung sympathisieren. Weiter besteht eine große Reihe von Einheitskomitees, die neben diesen Organisationen Sport- und Kulturverbände, sowie andere örtliche Arbeiterorganisationen umfassen. Von größter Bedeutung jedoch sind die mit sozialdemokratischen Organisationen bzw. mit der SPD sympathisierenden Organisationen gebildeten Einheitskomitees – daneben die Komitees, denen sich Bauernvertreter oder Vertreter christlicher Gewerkschaften (Zersetzung des Zentrums) angeschlossen haben. Diese Verschiedenheit in der Zusammensetzung zeigt die große Entwicklungsmöglichkeit für diese Einheitsfrontbewegung von den bisher jede derartige Aktion verneinenden Syndikalisten – unter denen sich zweifellos viele wertvolle revolutionäre Elemente befinden – bis zu den kleinbürgerlichen und proletarischen Anhängern des Zentrums und der Demokraten, vom Industrie- und Landarbeiter bis zum Kleinbauern, Gewerbetreibenden und Intellektuellen.

Hier eröffnen sich Perspektiven sehr günstiger Entwicklung: Millionen Arbeiter können für den Eintritt in die Freien Gewerkschaften gewonnen werden, Splitterorganisationen können Anschluß finden, Arbeiter, Bauern und städtische Kleinbürger sind von der Führung des Großkapitals und der Großagrarier in Verbände und Parteien loszulösen.

Die Bewegung der Einheitskomitees hat v e r h ä l t n i s m ä ß i g leichter Eingang bei den kleinbürgerlichen Kreisen – als in der Arbeiterschaft gefunden. Ihre Stärke muß selbstverständlich ausschlaggebend bei der Arbeiterschaft liegen; allein darin liegt die Gewähr der Breite, Tiefe, Energie und Dauer der Bewegung überhaupt. Natürlich wollen und dürfen wir die Möglichkeiten im Lager der Bauern und des städtischen Mittelstandes nicht vernachlässigen; besonders bei den Bauern ist viel, viel nachzuholen. Allein, die Partei soll sich nicht darüber täuschen, daß gerade jetzt in Verbindung mit der Bildung und der Arbeit von Einheitskomitees der politischen Aktivität der Arbeiterbewegung ein großer Impuls zu geben ist. Es gilt, die günstigen Faktoren der Bewegung voll auszunutzen, die

ungünstigen abzuschwächen, auszuschalten, daß die KPD die politische Führung der Fürstenenteignungsbewegung hat. Es kommt darauf an, die Massenbewegung organisatorisch zu erfassen, ihren Druck zu verstärken und damit sie bewußt mit allen Fragen, die mit der Bewegung für Fürstenenteignung zusammenhängen – von der Aufwertung-, Kredit- und Bauernfrage bis zur Erwerbslosen-, Lohn- und Arbeitszeitfrage und bis zum Problem der Wohnungsnot und des Rentnerelends in Verbindung mit Locarno- und Dawes-Politik der Luther-Regierung – verbinden zu können. So wird die Bewegung nach Abschluß des Volksentscheids nicht erledigt sein, sondern aus der Mobilisation für Volksbegehren und Volksentscheid in Verbindung mit den Tagesforderungen heraus wird sie die große Einheitsfrontbewegung gegen den Block der deutschen mit den internationalen Imperialisten sein. Und sollte infolge etwa ungeheuer verstärkter Gegentendenzen diese Bewegung aus der Bewegung der Einheitskomitees jetzt auch nicht erwachsen, die Partei und das Proletariat werden aus der Bewegung sehr viel lernen und werden auf jeden Fall in neue Bewegungen mit größerer Klarheit und mit größerem Erfolg hineingehen. [185]

RUNDSCHAU

Deutsche Politik
Februar 1926

A u ß e n p o l i t i s c h stand im Mittelpunkt weiter der Kampf um den V ö l k e r b u n d s e i n t r i t t. Die Debatten innerhalb der Bourgeoisie um die Grundlinie (West- oder Ostorientierung) traten stark zurück angesichts der Unmöglichkeit, praktisch gegen die Locarnolinie noch etwas durchzusetzen. Abgestoppt oder abgedämpft waren auch die von der Rechten vorbereiteten außenpolitischen Kampagnen um die Revision des Dawes-Paktes und um Kolonialmandate. Die Ausnützung der von der deutschen Bourgeoisie im Völkerbund erstrebten diplomatischen Positionen wurde vorbereitet durch die Minderheiten-Kampagne. Von dem „Schutz der Minderheiten“ aus soll nämlich eine unter deutscher Führung stehende Gruppenbildung im Völkerbund versucht werden. Diesem Zweck dienten die Maßnahmen (dänische und polnische Schulbegünstigung durch Preußen) und Kampagnen (Tirol – Tschechoslovakei – Polen), welche Mussolinis Angriff provozierten und welche infolge ihrer Plumpheit verpufften, ohne nennenswerte Wirkungen zu erzielen.

Inzwischen erfolgten fahrplanmäßig alle Handlungen, die mit Locarno festgelegt waren. Am 3. entschloß sich der Auswärtige Ausschuß mit 18 : 8 Stimmen für den Eintritt, am 10. reichte die Reichsregierung das Gesuch um Aufnahme in Genf ein, am 12. wurde die dazu nötige Ratssitzung auf den 8. März festgesetzt und am 15. verhandelte der Generalsekretär Drumond bereits in Berlin über die Formalitäten. Die Kampagne für Erteilung von Ratssitzen an Polen, Spanien, usw. vermochte die Opposition in Deutschland gegen den Eintritt nicht zu verstärken: am 19. lehnte der Auswärtige Ausschuß einen Antrag der Kommunisten auf Zurückziehung des Eintrittsgesuchs erneut ab und faßte einen Demonstrationsbeschluß gegen die gleichzeitige Erteilung von weiteren Ratssitzen.

*

Im der I n n e n p o l i t i k der Regierung macht sich die ganze „Vorläufigkeit“ dieses geschäftsführenden Ausschusses der Bourgeoisie in der Unentschiedenheit der Handlungen bemerkbar. Die Regierung schielt bei jeder H a n d l u n g nach der Rechten, bei jedem W o r t aber nach der Linken. Man weiß, daß alle entscheidenden Dinge bis nach der Regelung der Völkerbundsfrage vertagt werden miesen, und man weiß sich deshalb auch der Wohlwollenden Haltung der SPD sicher (die Sicht einmal gegen Geßler stimmte).

Natürlich lagen alle Handlungen der Regierang im Februar in unbestreitbarem, offenstem Interesse der Großbourgeoisie, und nicht einmal für die Mittelschichten fielen nennenswerte Brosamen ab. Im Mittelpunkt stand das am 10. vom Finanzminister Reinhold (DDP) entwickelte F i n a n z p r o g r a m m. Danach sollen „zur Ankurbelung der Wirtschaft den Besitzenden etwa 550 Millionen Steuern geschenkt werden, die nach Reinhold mit 133 Mill. aus Münzgewinnen, 47 Mill. aus Haushaltsmehreinnahmen und 370 Mill. aus Beständen und durch Pomp aufgebracht werden sollen. Auch möchte man gern sparen.

Die „Ankurbelung soll außerdem durch Kredite gefördert werden. Der Reichsbahn werden 100 Mill. geliehen, damit sie Aufträge vergeben kann, die Grubenbarone sollen verbilligte Kredite bekommen und für dem Wohnungsbau will man zirka 750 Mill. bis eine Milliarde billig an Unternehmer verleihen, damit sie profitable Häuser bauen können. Die Friedensmiete soll ihnen für den 1. Juli garantiert werden. Als Ergänzung erklärte Brauns im Sozialpolitischen Ausschuß, daß die sozialen Ausgaben (also die für die Arbeiterschaft und die Mittelschichten) nicht um einen Pfennig erhöht werden könnten. Für das Finanzprogramm warb die Luther-Regierung um eine „Notgemeinschaft. Alle Parteien erklärten sich einverstanden; die Deutschnationale Volkspartei äußerte einige Bedenken und wollte noch mehr Besitzsteuern geschenkt haben; die SPD erklärte sich im großen und ganzen einverstanden, wollte aber weniger Besitzsteuern erlassen wissen und außerdem bessere Erwerbslosenunterstützungen herausholen. (Im Rechtsausschuß des Reichstags haben sich dann die Regierungsparteien gegen SPD und KPD in der Erwerbslosenfrage am 18. geeinigt.) Die KPD lehnte diese ausbeuterische Finanzpolitik natürlich rund ab. In der linken SPD-Presse wurde das Verhalten der SPD-Fraktion scharf kritisiert und eine entschlossene Kampfstellung gegen das Reinhold-Programm verlangt.

Die Regierungsverlautbarungen der Luther-Minister waren bemerkenswert. Sie entlarvten besonders den Reichsbanner-Marx, den Wahlpräsidenten der SPD. Anläßlich der Begnadigungen von Wandt und Gärtner und bei der Verteidigung des Justizetats gab Marx so erzreaktionäre Bekenntnisse von sich, daß sogar der preußische Ministerpräsident Otto Braun sich auf der Reichsbannertagung in Hamburg einmal ein paar etwas offenere Worte über die deutsche Justiz leistete, für deren Verteidigung man dann dem Reichspräsidenten ein paar markige Sätze ins Manuskript seiner Leipziger Messe. und Reichsgerichtsrede hineinschrieb. Sogar demokratische Organe regten sich über Marx auf. Er ist selbstverständlich noch Reichsbannermann.

Auch der Demokrat Külz, der ein kaum erwähnenswertes Verwaltungsreformprogramm aufstellte, das jeder wichtigen Frage ausweicht, gab ein charakteristisches Bekenntnis zum Schulgesetz ab. Er erklärte, daß es die Aufgabe dieses Gesetzes sein müsse, unsere auf c h r i s t l i c h e r Grundlage erwachsene [186] Kultur den Unbemittelten zu übermitteln und die Jugend vor Schmutz und Schund zu bewahren.

Alles in allem läuft die Haltung der Minister der dem Reichsbanner angehörenden Parteien darauf hinaus, sich als brauchbare Werkzeuge für eine Bourgeoisregierung unter deutschnationaler Führung zu erweisen.

*

Im Februar gab es wieder eine Reihe von Anzeichen dafür, daß sich eine gewisse Stabilisierung der „demokratischen“ Republik vollzieht. Die Haltung der Fürsten in der ‚Entschädigungsfrage“ wirkt ebenfalls in dieser Richtung, weil sie den Monarchismus schwer kompromittiert.

Es handelt sich bei dieser Stabilisierung um das Durchdringen der Erkenntnis bei den Rechtsparteien, daß die parlamentarisch-demokratische Republik die in der gegebenen Entwicklungsphase günstigste Herrschaftsform für die Großbourgeoisie ist.

Für die DNVP. ist das Wenden in dieser Frage sehr schwierig, und sie ist deshalb von einem Gärungsprozeß erfaßt, der fortschreitet. Nach dem Austritt Richthofens ist in Frankfurt der Parteistreit zwischen Kreis- und Bezirksleitung entbrannt, wobei man der Parteileitung vorwirft, sie wolle die DNVP zu einer Filiale der DVP machen. In Schlesien ist ebenfalls eine starke Annäherung zwischen DNVP und DVP zu verzeichnen, ebenso in Ostpreußen. Die gegenwärtige parteipolitische Gruppierung der Ausbeuterklasse stimmt offenbar nicht mehr mit der ökonomischen Schichtung überein. Die alte Form des Bündnisses Agrar- und Industriekapital (1. Luther-Regierung) scheint aber ungenügend zu sein, denn die Bestrebungen zur Bildung einer Massenpartei unter Einschluß der linken und mittleren DNVP (des Großteils des Landbundes) und der DVP werden fortgesetzt. In der Tagespresse kommt wenig davon zum Ausdruck. Die Hauptsache ist für die DNVP die Erhaltung der kleinbürgerlichen Massen, die unbedingt nötig sind, wenn man den parlamentarischen Boden kultivieren will. Deshalb blieb die Debatte über die Wahlrechts- und Verfassungs„reformen“ während des Februars

sehr lebendig. Gleichzeitig bewirkten die Dauer der Wirtschaftskrise und die Massenbewegung gegen die Fürsten aber eine solche Verschlechterung der innenpolitischen Situation für die Reaktion, daß die Restaurationsversuche offensichtlich hinausgezögert werden mußten. Zudem ist der Widerstand gegen die Wahlreform sowohl bei der DDP wie bei der DVP, die beide sich vor der Majorisierung fürchten, im Februar gewachsen.

Ein interessantes Anzeichen für die Stabilisierung des gegenwärtigen Herrschaftssystems der Bourgeoisie ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Rechtsverbänden und Reichsbanner. Die Reichsbannertagung in Hamburg wurde vom „Jungdeutschen“ besprochen als ein erfreuliches Zeichen für die Zunahme nationaler Gesinnung, und als Perspektive wurde die zu erhoffende Koalitionsfähigkeit des Reichsbanners ziemlich offen

ausgesprochen. Das wirft auch ein Licht auf den Jungdo, der bezeichnenderweise in der Volksentscheidsfrage vollständig geschwiegen hat. Am 12. Februar begab sich das Reichsbanner gemeinsam mit Stahlhelm, Kyffhäuserbund und den Jüdischen Frontsoldaten zu Hindenburg, um ein Ehrenmal für die Kriegsgefallenen zu fordern. Beim Reichswehretat erklärte der Völkische v. Ramm, die Stellung zur Republik würde man revidieren, weil diese Republik sich zur nationalen Wahrhaftigkeit bekehrt habe. Geßler erklärt, daß sich die Reichswehr-Offiziere auf den Boden der Republik stellen. Sogar die Ehrhardt und Roßbach reden von der Umstellung auf die ideologische Erziehung zum Nationalbewußtsein, weil keine Situation für die Landsknechtereien da ist und zurzeit niemand für etwas anderes als nationale Ideologie und Werkfaschismus bzw. Teno Geld gibt.

Diese Republik ist also auf dem Wege, restlos und offiziell das alleinige Eigentum der Großbourgeoisie zu werden. Ihre Feindschaft gegen das Proletariat, gegen welches die Kleinbourgeoisie unter Führung der SPD diese demokratische Republik gerettet hat, wird bedeutend offenbarer, sichtbarer werden.

*

Im Februar schwoll die Bewegung für den V o l k s e n t s c h e i d gegen die Fürsten gewaltig an. Im Zentrum und in der Deutsch-Demokratischen Partei nahm der Druck für die Beteiligung sehr stark zu und erzwang eine energische Haltung der Vertreter dieser Parteien gegenüber dem Regierungsentwurf. Für das Zentrum als reaktionäre Partei kam eine offizielle Beteiligung am Volksentscheid natürlich niemals in Frage, es wäre, wenn der Druck von unten energisch genug gewesen wäre, bestenfalls dazu gezwungen worden, über die Beteiligung zu schweigen. Aber wie stets in allen praktischen Fragen der Politik siegte im Zentrum die Rechte, die ein Verbot der Beteiligung der Zentrumsmitglieder am Volksbegehren durchsetzte. Die DDP, die als Händlerpartei wegen der Notwendigkeit offener Grenzen antimilitaristisch-antimonarchistisch sein muß, benutzte den Druck der Massen als Druckmittel bei den Verhandlungen über den Regierungsentwurf. Sie stimmte dem Entwurf zu, konnte aber trotzdem nicht wagen, ein Verbot der Beteiligung am Volksbegehren auszusprechen, sondern begnügte sich damit, die Nichtbeteiligung der Parteimitglieder zu „erwarten“.

Von den großen völkischen Verbänden wird Zurückhaltung geübt und aus vielen Gegenden eine sympathisierende Haltung der Mitglieder gemeldet. Die Vaterländischen Verbände, die sich immer enger unter Führung des Alldeutschen Verbandes zusammenschließen, stehen geschlossen und energisch für die Fürsten ein.

In der deutschnationalen Presse werde Ende des Februars eine sehr breite und hysterische Hetzkampagne gegen den Volksentscheid geführt. Aus der Sprache und der ängstlichen, fortwährenden Wiederholung des „Zeichnet nicht!“ und der eisenstirnigen Frechheit, mit der die gröbsten Lügen über [187]die Volksentscheidbewegung vorbereitet werden, läßt sich schließen, daß die Rechte ihrer Wähler durchaus nicht sicher ist. Der Umfang und die Stärke der Sympathien unter den deutschnationalen Wählermassen lassen sich vor dem Volksbegehren noch nicht abschätzen. Dagegen ist eine breite Diskreditierung des monarchistischen Gedankens schor jetzt gewiß.

Die Herausbildung einer klaren Front wurde durch die Kuhhandeleien um das Regierungskompromiß, an denen auch die SPD aktiv teilnahm, sehr geschädigt.

Während die SPD in der Fürstenfrage – wenn auch zögernd – auf der Seite des Proletariats marschiert, marschiert sie in allen entscheidenden Existenzfragen des Proletariats mit den Luther-Parteien, macht die Luther-Regierung möglich, hält an der schwarzrotgoldenen Fiktion fest und bekämpft weiter die Entwicklung rücksichtslosen Klassenkampfes. Beispiele: Die Annahme des Reichswehretats; die Deckung des verbrecherischen Richters Jürgens im preußischen Landtag durch Sabotage der kommunistischen Anträge usw.

Hier ist auch die Ursache des Widerstandes der SPD-Führer gegen die Bildung von Einheitskomitees in den Betrieben zu suchen, von denen sie befürchten müssen, daß sie die proletarische Klassenfront auch auf andere Existenzfragen des Proletariats ausdehnen werden, wie z. B. die Erwerbslosen-, Lohn-, Arbeitszeit-, Wohnungsfrage, die Abwehr der Klassenjustiz usw.

Im Februar ist es der SPD-Führung vielfach gelungen, die Arbeiter von der Bildung von Einheitskomitees abzuhalten. Besonders auf dem Lande, wo ein geschlossenes und organisiertes Auftreten gegenüber der Reaktion sehr viele Parteilose und Mittelständler aufrütteln könnte, hat das sehr nachteilig gewirkt. Die Bewegung ging trotzdem vorwärts. In vielen Orten schlossen sich Bauern, Mittelstandsorganisationen, Sportkartelle und Gewerkschaften den örtlichen Einheitskomitees an, in vielen Orten des Westen. auch Zentrumsarbeiter, vereinzelt auch ganze Organisationen der christlichen Gewerkschaften. In den Betrieben aber blieb die Bildung von Einheitskomitees im Februar noch stark zurück.
10.III. E. K u n i k.

*

Gewerkschaften

In der gesamten deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung ist in bezug auf Wirtschaftskämpfe, Streiks und Aussperrungen eine allgemeine Ruhe festzustellen. Bedeutungsvolle Kämpfe finden zurzeit (Anfang März) nirgends statt, jedoch sind schon im April und Mai große Kämpfe in England, Deutschland und Skandinavien zu erwarten. Im englischen Maschinenbau droht ein plötzlicher Riesenkampf, eine Aussperrung von 500.000 Metallarbeitern ab 17. März, auszubrechen.

In D e u t s c h l a n d laufen am 1. April und 1. Mai viele Tarife der wichtigsten Industriegruppen ab, u. a. der Bergarbeiter im Rheinland und in Westfalen, der Metallarbeiter in fast allen wichtigsten Industriegebieten. Allgemein stellen die Unternehmer die Forderung auf zehn- bis fünfzigprozentigen Lohnabbau mit gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung. Von den Gewerkschaftsleitungen und der Spitzenorganisation, dem ADGB, wird jedoch gegen den systematisch und planmäßig durchgeführten Unternehmerfeldzug keinerlei planmäßige gewerkschaftliche Gegenaktion vorbereitet. Vor allem wird die von den Kommunisten überall erhobene Forderung der Verbindung von verschiedenen Industriegruppen zwecks gemeinsam durchzuführender Abwehrkämpfe von den Gewerkschaftsleitungen abgelehnt. Ebenso wird die von der Gewerkschaftsopposition erhobene Forderung der Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, der sich ausschließlich mit der Beratung und Beschlußfassung von Kampfmaßnahmen beschäftigen soll, von den Gewerkschaftsspitzen abgelehnt und aufs schärfste bekämpft.

Dagegen machen sich die Bestrebungen für die Errichtung einer n e u e n A r b e i t s g e m e i n s c h a f t immer stärker bemerkbar. Am 4. Februar fand zu diesem Zweck eine Konferenz zwischen Vertretern der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften (christliche, Hirsch-Dunckersche, polnische und freigewerkschaftliche) statt. Vom ADGB wird zwar der Plan der Errichtung einer neuen Arbeitsgemeinschaft dementiert, jedoch handelt es sich weniger um die Errichtung einer f o r m a l e n Zentral-Arbeitsgemeinschaft nach altem Muster, als um die i d e e l l e Arbeitsgemeinschaft, d. h. um eine Vereinbarung mit den Unternehmern, in allen wirtschaftlichen Fragen eine gegenseitige Verständigung zwecks gemeinsamen Vorgehens herbeizuführen. Ausdrücklich wird auch von der „Vossischen Zeitung“ am 11. Februar geschrieben, daß die auf der Essener Konferenz eingeleiteten Besprechungen nicht abgebrochen wurden, sondern fortgesetzt werden sollen.

Auf derselben Linie bewegt sich auch die Mitte Februar herausgegebene A D G B-D e n k s c h r i f t z u r d e u t s c h e n W i r t s c h a f t s k r i s e. Der zweite Vorsitzende des ADGB, Graßmann, hat in

einer Information an die Pressevertreter aller Parteirichtungen erklärt, „daß der Sinn der ADGB-Denkschrift der wäre, daß sie die wirtschaftlichen Fragengebiete abgrenze, in denen eine Verständigung mit den Arbeitgeberverbänden möglich wäre“. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ empfahl die Denkschrift mit folgenden Worten: „Die Denkschrift ist sogar so gehalten, daß jeder nicht in Sonderinteressen befangene Wirtschafter ihr zustimmen müßte.“ Es ist selbstverständlich, daß daher die ADGB-Denkschrift huch keinerlei konkrete Kampfmaßnahmen vorschlägt oder ankündigt, sondern den lächerlichen Versuch macht, den Unternehmern beweisen zu wollen. daß eine Lohnerhöhung „zur Stärkung des inneren Marktes“ und eine Arbeitszeitverkür-[188]zung nicht nur „sozial erwünscht“, sondern auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, d. h. im Interesse der Unternehmer selbst liege. Ausdrücklich wird in der Denkschrift die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Mitwirkung bei den Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmer bekundet, und es wird daher auch in der Denkschrift den Arbeitern in den Betrieben folgende konkrete Anweisung in bezug auf Unterstützung der Rationalisierungsbestrebungen gegeben: „Die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Organisation hat, soweit es die Betriebe angeht, durch ständige Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat zu erfolgen.“

*

In England beherrscht nach wie vor der drohende Konflikt im Kohlenbergbau, wo die bekannte Vereinbarung vom 31. Juli vorigen Jahres am 1. Mai 1926 abläuft, das Wirtschaftsleben. Zur Durchführung eines planmäßigen und entschlossenen Kampfes im Falle einer Nichtverständigung mit den Unternehmern sind die Vertreter der wichtigsten und entscheidenden Gewerkschaften schon wiederholt zusammengetreten. Es wurde zu diesem Zweck ein sogenanntes industrielles Komitee gebildet, dem u. a. folgende Gewerkschaftsführer angehören: A. Pugh, Ben Tillet, G. Hicks, J. Bromley, J. H. Thomas, A. Hayday, A. G. Walken, A. B. Swales, W. Citrine, Herbert Smith und A. J. Cook. Gegenwärtig deuten alle Anzeichen darauf hin, daß das alte Abkommen, das bekanntlich auf weitgehenden Regierungszuschüssen an die Bergwerksbesitzer basiert, verlängert werden wird.

Die angedrohte Riesenaussperrung in der englischen Metallindustrie soll erfolgen, weil 900 Metallarbeiter in London ihren Streik nicht abbrechen wollen. Hinter dieser formalen Begründung verbergen die Unternehmer die Absicht, die seit zwei Jahren geführten Lohnverhandlungen abzubrechen und jetzt schon vor dem im Mai zu erwartenden Bergarbeiterkampf die Arbeiterfront zu sprengen und einen Lohnabbau in der Metallindustrie zu erzwingen.

In Amerika wurde der über sechs Monate andauernde Anthrazitkohlenarbeiterstreik beendet. Der geplante Lohnabbau wurde verhindert.

In Norwegen haben die Unternehmer in verschiedenen Industrien insgesamt 35.000 Arbeiter gekündigt, weitere Kündigungen sollen folgen. Die Unternehmer wollen einen generellen Lohnabbau durchführen. Die Gewerkschaften kündigen einen geschlossenen Abwehrkampf an.

*

Die Bewegung zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit ist, wie auch Genosse Tomski auf der Sitzung des Erweiterten Ekki feststellte, zurzeit etwas ins Stocken geraten. Auf den Brief des IGB an die russischen Gewerkschaften, in dem ein starres Festhalten an den bisher gefaßten IGB-Beschlüssen, d. h. kein Entgegenkommen für die russischen Gewerkschaften angekündigt wurde, antworteten die russischen Gewerkschaften mit einem Schreiben, dessen entscheidende Stelle folgendermaßen lautet:

„Der Zentralrat des allrussischen Gewerkschaftsbundes hält seine in den Schreiben vom 23. Januar und 20. Mai 1925 dargelegten Vorschläge (eine gemeinsame Konferenz ohne Vorbedingungen) voll aufrecht und kann den vordem gemachten Vorschlägen nichts hinzufügen.“

Wie aus dem Referat des Genossen Losowski auf der Sitzung des Erweiterten Ekki vom 1. März 1926 zu entnehmen ist, ist in den kolonialen und halbkolonialen Ländern Asiens eine sehr schnelle Entwicklung der Gewerkschaften festzustellen. So zählen die chinesischen Gewerkschaften, die noch vor wenigen Jahren kaum 10.000 Mitglieder hatten, heute rund eine Million Mitglieder,

ebenso ist auch eine rasche Entwicklung der indischen Gewerkschaften sowie ein. gewerkschaftliche Zusammenfassung der Arbeiter in Persien und Klein-Asien festzustellen. Die Gewerkschaften dieser Länder schließen sich der RGI an, während die Amsterdamer trotz allen Versuchen in Asien keinerlei Einfluß besitzen.

Gegenüber den Bestrebungen zur Herstellung einer Gewerkschaftsinternationale, in der die Gewerkschaften aller Länder der ganzen Welt vereinigt sein sollen, machen sich nicht nur Sabotageversuche der Amsterdamer geltend, sondern es treten auch in Japan, Australien und Amerika dezentralisierende Kräfte auf. So will der amerikanische Gewerkschaftsbund (Vereinigte Staaten) die Gewerkschaften des ganzen amerikanischen Kontinents in einer „Internationale“ zusammenfassen. Er hat dazu die gewerkschaftliche Monroe-Doktrin für Amerika verkündet. (Jetzt soll aber nach dem „Vorwärts“ in Argentinien eine gewerkschaftliche Landeszentrale gegründet worden sein, die 80 000 Mitglieder umfaßt und die sich dem IGB angeschlossen habe.) Die reformistischen Führer des japanischen Gewerkschaftsbundes, die vor kurzem die unter kommunistischer Führung stehenden Verbände ausgeschlossen haben, betreiben die **Einberufung eines allasiatischen Gewerkschaftskongresses** mit dem Ziel einer asiatischen Gewerkschafts-„Interrationale“. Auch die Gewerkschaften in Australien versuchen einen Gewerkschaftskongreß für die Inselländer des atlantischen und indischen Ozeans einzuberufen mit dem Zweck: Gründung einer atlantischen Gewerkschafts-„Internationale“.

In Europa führen die Amsterdamer ihren Kampf gegen die Gewerkschaftseinheit mit verschärfter Energie weiter. In Finnland hat die angekündigte Konferenz der sozialdemokratischen Minderheit in den Gewerkschaften, die nach den Worten des „Vorwärts“ „zu einer Spaltung der finnländischen Gewerkschaftsbewegung führen kann“, stattgefunden. Die Konferenz blieb dem angekündigten Spaltungsprogramm treu. Die „IGB-Presseberichte“ vom 2. Februar schreiben darüber:

[189] „Die Sozialdemokraten beriefen deshalb eine Konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaften ein, um den Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschafter zu organisieren. Auf dieser Konferenz wurde ein Komitee gewählt, das die Agitation unter den sozialdemokratischen Mitgliedern führen, sowie ein Manifest an die sozialdemokratischen Gewerkschafter herausgeben soll, worin diese aufgefordert werden, sich für die Wahl sozialdemokratischer Vertreter zum Gewerkschaftskongreß einzusetzen.“

Und wie zum Hohn auf, diese offene Spaltungspolitik heißt es dann zum Schluß: „Die Konferenz sprach sich ferner dafür aus, daß alles getan werden müsse, um die gewerkschaftliche Einheit aufrecht zu erhalten.“

*

Eine international wichtige Entscheidung hat das Landgericht I, Berlin, gefällt. Die Eisenbahnerorganisationen erhoben gegen die dawesierte Reichsbahn Feststellungsklage, weil diese einen verbindlich erklärten Schiedsspruch abgelehnt hat, mit der Begründung, daß für sie die deutschen Arbeitsgerichte und Institutionen nicht zuständig wären, sondern nur das Reichsbahngericht in Leipzig. Das Landgericht Berlin I hat die Klage der Gewerkschaften abgewiesen und der Reichsbahn-A.-G.

recht gegeben. Das bedeutet, daß die in Deutschland gültigen Arbeitsgesetze (Beamten- und Arbeitsrecht, Angestellten- und Arbeiterversicherung usw.) für die Reichsbahn-A.-G. nicht gelten und bei Konflikten zwischen Reichsbahngesellschaft und Reichsregierung in letzter Instanz ein vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs zu ernennender Schiedsrichter darüber zu befinden hat, inwieweit für die Reichsbahn die deutschen Gesetze gelten. Der „Vorwärts“ ist außer sich und kreischt „von nun an Machtkampf“. Man kann neugierig sein, ob er an dieses Wort denken wird, wenn die Eisenbahner kämpfen. Übrigens hätte er sich diese Folgen seinerzeit bei Annahme des Dawes-Plans überlegen sollen.

*

Mit der Arbeitszeitfrage (Ratifizierung des Washingtoner Abkommens) will sich am 15.3. in London eine Ministerkonferenz, in der England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien vertreten sind, beschäftigen. Nach den offiziellen Ankündigungen soll dort die gemeinsame und gleichzeitige

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vereinbart werden. Was dabei jedoch beabsichtigt ist, geht daraus hervor, daß in London „eine gemeinsame authentische Auslegung der Washingtoner Vereinbarung festgelegt werden soll“. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß diese Ministerkonferenz nichts anderes sein wird, als eine Konferenz zur endgültigen Abwürgung und Beseitigung des Achtstundentags.

*

Aus offiziellen Berichten und Bekanntmachungen der verschiedenen Gewerkschaften sind folgende wichtige Mitteilungen von All. gemeininteresse:

Die Stärke der russischen Gewerkschaften wurde auf der Mitte Februar abgehaltenem Sitzung des Zentralrats vom Sekretär Dogadow mit 7.8000.000 Mitgliedern angegeben. Es wird von einer allgemeinen starken Mitgliederzunahme, besonders im Bauarbeiterverband, berichtet. Der Arbeitslohn hatte im ersten Halbjahr 1925 um 24 Prozent zugenommen, während es im zweiten Halbjahr stabil blieb. Organisiert sind in Rußland nach den letzten Zahlen 89,3 Prozent aller organisationsfähigen Arbeiter.

Der IGB berichtet von angeblich erfolgreichen Einheitsbestrebungen der reformistischen tschechischen Gewerkschaften; obwohl die reformistischen Gewerkschaften in der Tschechoslovakei Amsterdam angeschlossen sind, sind sie bis heute noch organisatorisch in nationale (deutsche und tschechische) Verbände und Landesorganisationen getrennt. Man hat aber bis jetzt nur ein „prinzipielles“ Einverständnis festgestellt. Bis zu einer wirklichen organisatorischen Vereinigung ist da noch ein sehr weiter Weg, der bei den bestehenden Gegensätzen zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten wohl niemals zum Ziel führen wird.

In Italien ist unter Führung des Sozialdemokraten Tommaso Brunno der Typographenverband geschlossen zu den faschistischen Gewerkschaften übergetreten.

Der schwedische Gewerkschaftskongreß ist zum 29. August bis 4. September 1926 nach Stockholm einberufen.

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands berufen ihren Gewerkschaftskongreß zum 17. April nach Dortmund ein.

Der Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftskongreß wird am 14. und 15. März 1926 in Berlin tagen.

Der IGB beruft einen Weltwanderungskongreß zum 18. bis 21. Mai nach London ein. Dort soll über die Auswanderungs- und Emigrantenbewegung den internationalen Arbeiterschaft beraten und Beschlüsse über Politik und Methoden in der Wanderungsfrage für die Zukunft beschlossen werden.

7.III. A. Enderle.
[190]

LITERATUR

Dr. Th. Cassau: „Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf“. M. Meyers Buchdruckerei, Abtlg. Verlag, Halberstadt. 1925. 355 Seiten.

Das Buch von Theodor Cassau verdient besondere Beachtung. Es ist das Werk eines Mannes, der einmal eine Reihe von Jahren innerhalb der Gewerkschaftsbewegung praktisch mitgearbeitet und dabei sehr gute Beobachtungen gemacht hat. Gerade weil Cassau bürgerlich ist und nicht selbst aus der Gewerkschaftsbewegung hervorging, gerade, weil er von draußen kam, konnte er in manchen Stücken unbefangener urteilen, als es einem Gewerkschafter vom Bau möglich ist.

Auf etwa 50 Seiten gibt Cassau einen geschichtlichen Abriß der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der zwar etwas kurz, aber doch durchaus gut ist. Wie scharf Cassau auch oft die Dinge sieht – als Nichtmarxist ist es ihm natürlich nicht möglich, immer bis auf den Grund zu sehen. So passiert es ihm, daß er an mancher wertvollen Erkenntnis achtlos vorübergeht, ohne ihre wirkliche Bedeutung ganz zu verstehen. So wenn er gleich zu Beginn seiner historischen Einleitung auseinandersetzt, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Entwicklung zwar dem industriellen Aufschwung verdanke, daß

sie aber ‚ihre größte Stärke nicht in der Großindustrie, sondern in der halb handwerksmäßigen Industrie entwickelt hat.“ Das ist durchaus richtig; aber die Folgerungen daraus vermag Cassau anscheinend nicht zu erkennen. Es ist doch aber klar, daß eine solche Tatsache wie die, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor dem Krieg zu einem erheblichen Teil, und zwar gerade mit ihrem Kern, aus halb handwerksmäßigen Betrieben kamen, auf die Psychologie der Gewerkschafter unmöglich ohne Einfluß bleiben konnte und allein schon manches erklärt, was sonst unverständlich bleiben würde.

Noch an mehreren Stellen kommt er der Wahrheit ziemlich nahe, um doch immer wieder die letzte Wahrheit achtlos am Wege liegen zu lassen.

Dies gilt zum Beispiel für die Stellen, wo er von dem Kampf zwischen Partei und Gewerkschaften spricht. Ganz richtig sagt er, daß von dem Zeitpunkt an, da „die Gewerkschaften sich als selbständige Bewegung zu fühlen begannen“, sich ein Mißtrauen der Partei gegen diese Selbständigkeit herauszubilden begann: „Bis in das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts hat dieser Kampf um den Primat zwischen Partei und Gewerkschaften eine Rolle gespielt, und dieser Kampf ist wohl von größerer Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und schließlich der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt gewesen, als man vielfach annimmt.“

Das ist noch viel richtiger „als man annimmt“, nämlich als Cassau selbst es anzunehmen scheint. Den letzten Schritt konnte Cassau auch hier nicht tun, sonst wäre er darauf gestoßen, daß er hier geradezu eines der wichtigsten Probleme der ganzen Arbeiterbewegung überhaupt vor sich hatte, nämlich die Notwendigkeit der Fraktionsarbeit der politischen Partei in den Gewerkschaften. Die Sozialdemokratische Partei gab diesen notwendigen Kampf um die Gewerkschaften, den sie eine Zeitlang geführt hatte, bald auf. Das nach Marx und Lenin natürliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wurde nach und nach auf den Kopf gestellt und die Politik in der deutschen Arbeiterbewegung mehr und mehr von den Gewerkschaften entscheidend beeinflußt.

Damit hatten die ökonomischen, zünftlerischen Tagesinteressen über die politischen, allgemeinen Klasseninteressen gesiegt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ging den Weg des Reformismus, den Weg der Verbürgerlichung und der Enttäuschungen. Das vermag Cassau nicht zu erkennen, so nahe er dieser Erkenntnis auch manchmal kommen mag. So sagt er einmal – das, was er bei Pannekoek noch bestritten, voll und ganz bestätigend – von den Gewerkschaftsführern:

„Für sie stand die Tagesarbeit unbedingt im Vordergrund des Interesses, der Glaube an die Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung war eine Zukunftshoffnung für die Enkel geworden.“

Das Kapitel über den organisatorischen Aufbau kann unseren Genossen dringend zum Studium empfohlen werden.

Lehrreich genug ist auch, was uns Cassau über die Gewerkschaften nach 1918 zu sagen weiß:

„Aus dem Bremsen gegen die wilden Sozialisierungswünsche ergab sich ein Loblied auf die Fähigkeiten der Unternehmer, aus der plötzlichen Verantwortung ergab sich auch eine solche innere Hochachtung vor der Unternehmerarbeit.“

Jetzt allerdings möchte man es nicht mehr wahr haben, daß einst ein Striemer im Einverständnis mit den Herren vom Bundesvorstand die Unternehmer für unentbehrlich erklärte, und daß man einen Stinnes sozusagen als den Retter Deutschlands feierte, den man bei der Arbeit nicht stören dürfe.

[191] Cassau erwähnt dann die „ach so bescheidenen“ Anläufe der Wisselschen Planwirtschaft und sagt:

„Die Pläne der Gewerkschaften gingen in anderer Richtung. Sie behielten zwar als Zukunftsziel die Sozialisierung bei, aber ohne irgendwie dafür zu arbeiten.“

Und dann fährt Cassau fort: „Die Gewerkschaften hatten Jahrzehnte hindurch den Sozialismus gepredigt, aber aus der sozialistischen Wirtschaftsordnung ein Ideal gemacht. Der Klassenkampf wurde

für sie zum Kampf um die Arbeitsbedingungen und aus dieser spezifizierten Denkweise heraus suchten sie nach der Revolution Wirtschaftspolitik zu machen. Sie verließen damit die sozialistische Gedankenwelt und stellten ad hoc ein notwendigerweise brüchiges und unmögliches neues Ideal als Ersatz dafür auf, die Wirtschaftsdemokratie“.

„Rührend“, sagt Cassau, „war ihre Sorge, objektiv zu bleiben, nicht die Wirtschaft zu schädigen. Sie zeichneten sich hier durch dieselben Eigenschaften aus, die die Minister aus ihren Kreisen kennzeichnen: Absolute Korrektheit, größte Sorge, objektiv zu sein, größte Ängstlichkeit auf dem ihnen fremdem Gebiete einen Fehler zu begehen“.

Wenn diese Feststellungen von einem Mann gemacht werden, der selbst im Grunde seines Herzens ein Bürgerlicher geblieben ist, sind sie deswegen nicht weniger wertvoll. Ebenso richtig ist auch, was Cassau weiter über die Gewerkschaften und ihre Parole E r f a s s u n g d e r S a c h w e r t e sagt, nämlich,

„daß die Gewerkschaften keinen Versuch gemacht haben, wirklich die ganze Macht er hinter ihnen stehenden Massen einzusetzen. Diese Macht hatte zweifellos mit Abbruch des Kapp-Putsches ihren Höhepunkt erreicht. Die Formulierung der bekannten Forderungen Legiens, die nie vom ADGB ernsthaft in Behandlung genommen wurden, war wahrscheinlich der erste Schritt abwärts, zerstörte wahrscheinlich zuerst diesen Nimbus der großen Macht. Daß der ADGB dann Jahre hindurch von Zeit zu Zeit immer wieder die Straße mit einer solchen Liste von Forderungen zu beruhigen suchte, nahm ihm dann dauernd weiter die Macht und das Ansehen bei seinen Mitgliedern und auf der anderen Seite.“

Hier ist Cassau einmal bis auf den Grund der Dinge gekommen; schonungslos deckt er, der Freund der Gewerkschaften, die wahre Ursache ihrer Schwäche auf. Ist es denn nicht klar, daß Organisationen, die zum Kampfe und im Kampfe geboren sind, an Macht verlieren müssen, wenn sie dauernd nur vom Kampfe r e d e n? Mit vollem Recht sagt Cassau dann weiter: „Das alles mußte die Gewerkschaften unfähig machen, auf diesem Gebiet etwas wirklich energisch anzufassen.“

Nach dem Rathenau-Mord „war der letzte Moment gekommen in dem die Gewerkschaften hätten eingreifen können“. Wie oft behaupten die Gewerkschaftsführer nicht, die Massen wollen gar nicht kämpfen. Was aber sagt Cassau dazu?

„Gewiß ist es zweifelhaft, ob man noch Einfluß hätte ausüben können (nach dem Rathenau-Mord. D. V.), aber die Massen waren in dieser Zeit außerordentlich unzufrieden, sind diese Unzufriedenheit hätte man schon systematisch auswerten können, wenn diese innere Unsicherheit und Unentschlossenheit nicht gewesen wäre ... So wurde die letzte Chance verspielt und die Gewerkschaften zogen ins Ruhrabenteuer, das sie fast verschlingen sollte.“

Was Cassau dann über die Ereignisse im Oktober 1923 sagt, wird der ADGB sich sicherlich nicht hinter den Spiegel stecken. Dafür aber wird manchem SPD-Arbeiter ein Licht aufgesteckt, das ihm helfen wird, den richtigen Weg etwas schneller zu finden:

„Der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, gegen den man sich, beherrscht von der Kommunistenfurcht, nicht zu wehren wagte, beseitigte die letzten Reste des Einflusses. Um das Leben kämpfend und dankend sahen die Gewerkschaften dann schließlich die Währungsreform mit allem sozialpolitischem Zubehör über sich ergehen ... Sie waren aus Mitspielern Zuschauer geworden.“

Hoffentlich verstehen die sozialdemokratischen Arbeiter, was es mit dem „sozialpolitischen Zubehör“, den die Gewerkschaften über sich ergehen lassen mußten, auf sich hat. Im Notfalle werden unsere Genossen ein wenig nachhelfen müssen. Sie werden die sozialdemokratischen Arbeiter kameradschaftlich darüber aufklären, daß damit nichts anderes gemeint ist, als der Verlust des Achtstundentags für mehr als die Hälfte der deutschen Arbeiter und der Verlust der letzten Reste von Mitbestimmungsrecht gerade in dem Augenblick, da man anfing, von Wirtschaftsdemokratie zu schwatzen.

Zum Schluß wollen wir noch ein paar Sitze zitieren, aus denen wir lernen können. Man muß „on einem klugen Gegner lernen, zumal es sich, wie hier, um Probleme handelt, die zu den allerwichtigsten der nächsten Zeit gehören, nämlich um die Methoden der Eroberung der Gewerkschaften. Cassau ist der Meinung, daß die Taktik unserer Partei zu sehr auf die Überrumpelung eingestellt gewesen sei, und wir können ihm darin nicht ganz unrecht geben. Es ist schon richtig, wenn er sagt, daß diese

Taktik, die ja nur zu verstehen ist aus der Scheu unserer Genossen vor der gewerkschaftlichen Kleinarbeit, „auf einer Verkennung der Triebkräfte“ beruhte.

Cassau führt weiter aus, und er zeigt mit diesen Sätzen, daß er einen guten politischen Blick hat, der im ganzen die Dinge richtig sieht und sie auch mit dem richtigen Namen zu nennen wagt:

„Die Aufgabe der Kommunisten war in Wirklichkeit nicht die Mobilisierung revolutionärer Massen gegen ‚verbonzte‘ Führer, sondern sie hätten die Massen erst revolutionieren müssen. Maßgebend für. die Gewerkschaften ist ja nicht die Masse der Mitglieder, sondern die Masse der tätigen Mitglieder. Diese geschulten, langjährigen Mitglieder, die dem Verbande seit Jahren angehören, an ihm innerlich hängen und bereit sind, für ihn jederzeit Opfer zu [192] bringen, hätten die Kommunisten gewinnen müssen, wenn sie wirklich Einfluß gewinnen wollten.“

Daran ist mindestens soviel richtig, daß wir jahrelang diesem festen Kern der Gewerkschaften nicht die genügende Beachtung schenkten.

Durchaus richtig scheint uns auch das Folgende zu sein, was Cassau von dem Funktionärkörper der Gewerkschaften sagt:

„Ihnen war trotz allen Klassenbewußtseins ihr Verband wichtiger als die sozialistische Theorie. Diese Schicht umzubilden, hätte eine große Agitation, die mit langen Zeiträumen rechnete, nötig gemacht. Die Kommunisten versuchten es mit dem Impuls der Straße und mußten damit Schiffbruch leiden, denn gerade der Stimmungsumschwung der wandlungsfähigen breiten Masse ist diesen altorganisierten Schichten im tiefsten Herzen außerordentlich unsympathisch. Infolgedessen war auch der sogenannte ‚Parolenwechsel‘ der Kommunisten gerade in diesen Kreisen sehr gegen sie auszunützen.“

Dabei möchten wir doch einschalten, daß „der Impuls der Straße“, wenn er getragen wird von dem durch geduldige, zähe Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaften errungenen Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Massen durchaus nicht Schiffbruch zu leiden braucht. Was Cassau aber sagt von der mangelnden Beachtung der Psyche der Gewerkschaftsfunktionäre durch uns, möchten wir noch einmal unterstreichen.

Wenn Cassau sagt: „Vor allem verkannten die Kommunisten merkwürdigerweise vollständig den Unterschied von Gewerkschaften sind Partei“, wiederholt er eine Lehre, die wir in den Gewerkschaftsdebatten des vergangenen Jahres gezogen haben. Und wenn er dann meint: „Schließlich war die Gründung der oppositionellen Verbände das allerbeste Mittel, um die Bewegung zum Stillstand zu bringen“, so stimmt das insofern, als Neugründungen dem kommunistischen Einfluß innerhalb der Gewerkschaften außerordentlich geschadet haben.

Wie schon an einer anderen Stelle, ist Cassau auch hier objektiv genug, nicht der Kommunistischen Partei die Schuld an diesen bedauerlichen Absplitterungen und Spaltungen zuzuschieben. Er sagt nämlich: „Gewiß klagen manche Gewerkschafter sehr herb über die Zerstörung ganzer Organisationsgebiete durch die Kommunisten. Aber der objektive Zuschauer wird sich doch wohl fragen müssen, ob diese kommunistische Arbeit nicht deshalb möglich war, weil diese Gebiete bereits In ihrem ganzen Organisationsgefüge krank und erschüttert waren.“

Bis jetzt hat Cassau nur allzu sehr recht, wenn er meint: „Die systematische Arbeit, auf Grund der tatsächlich vorhandenen Fehler und Schwächen der deutschen Gewerkschaftsführung eine Dauerposition in den deutschen Gewerkschaften zu erkämpfen, haben die Kommunisten nie aufgebracht“.

„Alle Gewerkschafter“, sagt Cassau, „empfanden den Kommunisten als etwas dem gewerkschaftlichen Wesen Fremdes – daher auch immer die starke Betonung der Abhängigkeit von Moskau – und fühlten sich einig in der Abwehr ...“ Hier zeigt sich trotz mancher Berechtigung, die in diesem Satze liegt, doch deutlich genug die im Grunde bürgerliche Einstellung Cassaus. – „Mit dem Kampf der Kommunisten hörte die positive Kritik, die wirklich gewerkschaftlich eingestellte Opposition, allmählich auf; die Führung wurde gegen alle Kritik nervöser, und die Kritiker hielten sich immer mehr zurück, weil sie unter dem allgemeinen Eindruck standen, einer kämpfenden Gruppe in den Rücken zu fallen.“

Alle diese Ausführungen sind für uns von Wert, weil hier einige der Lehren, die wir selbst in der Arbeit der letzten Jahre gezogen haben, von der Seite eines relativ unbefangenen Beobachters bestätigt

werden. Cassaus „Unbefangenheit“ ist aber oberflächlich und schlägt an den wesentlichsten Punkten in bürgerliches U n v e r s t ä n d n i s um. Daher die Übertreibungen, das Nichtverstehen der sachlichen B e r e c h t i g u n g der kommunistischen Kritik, auch wo sie taktisch ungeschickt auftrat usw.

Wir müssen gestehen, daß Cassaus Werk sich sehr vorteilhaft von den Gewerkschaftsbüchern der letzten Jahre unterscheidet. Sieht er auch nicht immer bis auf den Grund, so zeigt er doch einen viel schärferen Blick als die Nestriepke, Zwing und Seidel und ist auch viel ehrlicher als alle drei Genannten zusammengenommen. Gerade das sollte unsere Genossen veranlassen, sich das Buch vorzunehmen, zumal wir selbst außer einem Versuch noch nichts aufzuweisen haben. Kein Genosse, der in der Gewerkschaft arbeitet, wird, auch wenn er dem Verfasser in wesentlichen Fragen nicht zustimmen kann, das Buch ohne Nutzen aus der Hand legen.

H. F a r w i g .

*

Druckfehlerberichtigung[*]

In Heft 5 soll es auf Seite 141, Zeile 12 von unten, heißen: „Ferner ist Verkürzung der zeitlichen Freiheitsstrafen ...“ – Auf Seite 148 in der redaktionellen Anmerkung zu Artikel „Über die Arbeit unter den Beamten“ soll es auf Zeile 3 von oben nicht „sozialistische“, sondern „marxistische Parole der Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamten“ heißen.

[193]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 1. April 1926 * Heft 7

Die Auswertung des Sieges

□ B e r l i n, den 28. März 1926.

Die zwölfeinhalb Millionen Stimmen beim Volksbegehren sind ein Sieg der Arbeiterklasse über die vereinigte monarchistische und republikanische Bourgeoisie. Sie sind aber zugleich ein Sieg der Politik unserer Partei über die bürgerliche Politik der SPD. Ihre Koalitionspolitik hat bankrott gemacht. U n s e r e Politik des Bündnisses der Arbeiter mit den halbproletarischen und kleinbürgerlichen Massen der Städte und des flachen Landes war für einige Wochen die Politik der gesamten Arbeiterklasse. Zum erstenmal seit 1918 marschierte das werktätige Volk wieder unter der Führung der Arbeiter: diese Tatsache hat die Kraft und das Selbstbewußtsein des Proletariats gewaltig gesteigert. Es waren u n s e r e Parolen, mit denen es gesiegt hat. Die schwere Niederlage in der Hindenburg-Wahl, zu der die Politik der SPD geführt hatte, ist wettgemacht unter Führung der KPD.

Die Rolle der SPD-Führung in diesem Kampf hatte drei taktische Phasen. Zuerst ein monatelanger, erbitterter Kampf gegen den Vorschlag der KPD im Bunde mit dem Zentrum und den Demokraten. Durch unsere richtige Einheitsfronttaktik, die den Arbeitern der SPD konkret die Aufgabe stellte, mit uns die Führerrolle der Arbeiterklasse in der beginnenden Volksbewegung zu verwirklichen, ist das schwarzrotgoldene Bündnis gesprengt worden. Die SPD-Führer mußten, unwillig und bremsend zwar, aber dennoch im Schlepptau der Arbeitermassen und unserer Partei gehen. Ein Versuch, abzuspringen, mißlang und konnte bloß die Organisation der Einheitsfront erfolgreich aufhalten. Dies war die z w e i t e Phase. Man begreift den Unwillen der Reformisten: Sie mußten ein paar Wochen lang durch ihren mächtigen Apparat u n s e r e Parolen in die Massen werfen. Zwar nicht die Parolen der proletarischen Diktatur (dies werden sie nie tun), wohl aber Parolen, die die Grundlagen ihrer republikanischen Koalitionspolitik untergruben. Sie waren nicht nur gezwungen, die eigene Salonfähigkeit zu schädigen, sondern auch ihre Koalitionspartner, das Zentrum und die Demokraten, zu der bekannten Demaskierung vor den Arbeitermassen zu nötigen. An diesem Beispiel lassen sich konkret die Ergebnisse einer richtigen revolutionären Einheitsfronttaktik für die Heranführung der breiten Massen an die Frage der politischen Macht feststellen.

Mit dem Abstimmungssieg begann die d r i t t e Phase, die interessanteste. Zuerst wurde der Sieg für „moralisch“ erklärt. Auch der Volksentscheid werde ein moralischer Sieg werden, schrieb der „Vorwärts“. Es ist klar: diese Führer fürchten einen w i r k l i c h e n Sieg der Massen mit all seinen materiellen Konsequenzen. Aber hatten sie sich während der Aktion bloß geweigert, auch die materiellen Fragen (Arbeitslosenfrage, Steuerfrage, Lohnfrage) auf die Tagesordnung zu setzen, so gingen Sie jetzt weiter und d r e h t e n d e n S p i e ß um. Die Tatsache des Sieges wurde benutzt, um die Arbeiter moralisch abzuspeisen, vom Kampf für ihre materiellen Interessen abzuhalten, ja die bürgerliche Regierung umso ungestörter im Kampf g e g e n diese Interessen zu unterstützen. Das Fiasko [194] von Genf und der Scheinkampf der Deutschnationalen gegen die Regierung gaben einen günstigen Absprung und – kaum war die Aktion gegen die Monarchisten zu Ende, da gewahrte man die Führer der SPD in anonymer Koalition mit denselben Monarchisten den Etat bewilligen und Steuern machen!

Friedrich Adler, einer der geschicktesten Verteidiger des Reformismus, hat einmal das Parlament einen Transformator der Massenenergien genannt. Nach diesem Rezept haben die Wels, Breitscheid u. Co. gehandelt. Und sie haben gut „transformiert“. Aus dem „moralischen“ Sieg der Arbeiter ist – vorläufig – ein materieller Sieg der Bourgeoisie geworden: 550 Millionen Steuernachlässe für das Kapital, Aufrechterhaltung der Lohnsteuer, ein Reichswehretat von nahezu 700 Millionen, Justiz, Polizei usw. bewilligt, die imperialistische Außenpolitik dazu. Die Stellung der Regierung Luther aber, die der Sieg beim Volksbegehren schwer erschüttert hatte, ist neu gestärkt. Sie hat nun auch den nötigen Boden unter den Beinen, um den Volksentscheid erfolgreich zu sabotieren ...

Dieser Rückblick ist lehrreich. Er zeigt, daß sich die SPD-Arbeiter, die im Einschwenken des Parteivorstandes für das Volksbegehren eine vollkommene Ä n d e r u n g der bisherigen Politik gesehen und in ihrer Aufmerksamkeit nachgelassen haben, i m I r r t u m w a r e n. Das Eintreten für das

Volksbegehren war für die Führung der SPD nur ein kurzes, erzwungenes Intermezzo, das die Arbeiter täuschen sollte. Dieselbe Kluft zwischen dem Willen der Massen und der Politik der Führer, die früher bestand, tut sich wiederum auf, breiter noch als vordem. Und wenn sie während der Aktion nicht beachtet wurde, jetzt werden die Arbeiter sie beachten müssen, denn die Politik der Führer bedroht den Sieg beim Volksentscheid.

Die Phrase „Auch wir sind für den Volksentscheid" genügt nicht mehr. Der Volksentscheid muß erzwungen werden gegen die Regierung, die ihn offen und geheim sabotiert, gegen die gesamte Bourgeoisie, die sich vor das Eigentum der Fürsten stellt. Die Monarchisten haben es verstanden, mit der Idee des Privateigentums alle besitzenden und ausbeutenden Klassen um sich zu scharen. Es ist nötig, daß die organisierten Arbeiter die Massen der Nichtbesitzenden um sich zu scharen verstehen. Die Millionen von Proletariern, Halbproletariern, Kleinbürgern und Bauern müssen auch praktisch zu einer Armee zusammengeschweißt in Bewegung gesetzt und geführt werden. Dies ist aber nicht anders möglich, als durch rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte für die materiellen Interessen dieser Massen, gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, durch Zusammenfassung und Organisierung dieser Massen in den Einheitskomitees. Nur so kann der Volksentscheid erzwungen werden. Gelingt es der organisierten Arbeiterschaft nicht, die Bewegung auf eine breite materielle Basis zu stellen und organisatorisch zu erfassen, dann wird es der Regierung gelingen, durch Verzögerung und Sabotage jene Massen zu enttäuschen und der endgültigen Abstimmung eine Niederlage zu bereiten.

Es ist eine blöde und reaktionäre Illusion, wenn der „Vorwärts" aus den Einzeichnern „Millionen todesmutiger Kämpfer für die Republik" macht. Nicht für diese Bourgeoisrepublik haben die Millionen zur Feder gegriffen, noch werden sie gar zum Gewehr greifen, sondern weil sie hinter der Aktion zur Enteignung der Fürsten die Umrisse einer ganz anderen Republik ahnten, deren erste, zarte Keime in den Einheitskomitees von Arbeitern aller politischen Richtungen, Kleinbürgern und Bauern im Verlaufe der Aktion entstanden sind. Die Einheitskomitees, wenn auch noch spärlich und vielfach nicht genügend lebensfähig , sind eine Tatsache von [195] historischer Bedeutung. Diese Tatsache beweist nicht nur, daß die Bewegung gegen die Fürsten keine moralische Angelegenheit ist neben der Politik und Ökonomie der Gegenwart, sondern weist zugleich über sie hinaus. Welche bürgerliche Regierung, auch wenn sie die Abstimmung durchführt, wird die Enteignung zugunsten der Erwerbslosen, der Opfer des Krieges und der Inflation, der landarmen Bauern wirklich durchführen? Dieses grandiose Beispiel einer Enteignung zum unmittelbaren materiellen Nutzen der Massen würde das Signal geben zu einem elementaren Ansturm der am meisten ausgebeuteten, heute noch dumpfen und verschüchterten Millionen gegen das bürgerliche Privateigentum. Keine bürgerliche Regierung kann diese Enteignung durchführen, ohne das Brettergerüst anzuzünden, auf dem sie steht. Ein demokratischer Führer hat kürzlich geäußert, daß dann eine Krise der bürgerlichen Demokratie eintreten müßte. Er hat richtig gesehen. Aber auch wenn enteignet, wird das Fürstenvermögen nicht ohne weiteres den Massen zugute kommen. Die Bourgeois werden es, schon „um dem Volke die Aufregung zu ersparen", in die eigenen Taschen stecken. Es wird ihnen Stück für Stück entrissen werden müssen. Ob nun mit mehr oder weniger Erfolg: die Sache kann nicht abgehen, ohne die schärfsten Kämpfe zu entfachen, ohne den Massen einen drastischen Anschauungsunterricht über die bürgerliche Demokratie zu geben und die Grundlagen der proletarischen Diktatur, die Hegemonie der Arbeiterklasse über die ländlichen und städtischen Kleinbürgermassen, zu festigen.

Dies sind die Perspektiven, unter denen der Sieg im Volksbegehren politisch und organisatorisch ausgewertet werden muß. Die proletarische Einheitsfront muß noch enger geschlossen, sie muß über das ganze Reich organisiert werden. Die SPD-Arbeiter kennen nun die Gründe, warum sich ihre Führer gegen die Einheitskomitees wenden: Weil sie einen wirklichen Sieg der Massen nicht wollen, der ihre Koalitionspolitik stören würde. Aber die Einheitskomitees sind nötig, um eine Vernichtung des Sieges im Volksbegehren durch diese Koalitionspolitik zu verhindern. Daher müssen sie gegen alle Widerstände sofort geschaffen und ausgehaut werden. Die Arbeiter der SPD müssen mit den kommunistischen Arbeitern gemeinsam ihre Führer zwingen, jede Koalitionspolitik, auch die versteckte Unterstützung der Regierung, aufzugeben. Diese Regierung sabotiert. Sie ist die niederträchtigste und

reaktionärste Regierung seit der Revolution, in der Knechtung und Ausplünderung des werktätigen Volkes übertrifft sie alle Regierungen des Kaiserreichs. Der Reichstag, der sie stützt, steht in offener Fronde gegen den Willen der Massen, er bereitet reaktionäre Staatsstreichpläne vor. Soll das Proletariat dies alles weiter hinnehmen? Nein. Es kann dies nicht mehr. Die Handlanger Luthers, die Wels, Breitscheid u. Co. müssen beiseite geschoben werden. Es gilt S t u r z dieser Regierung und A u f l ö s u n g des Reichstags! Verbindung der Neuwahlen mit dem Volksentscheid.

Die KPD wird alle Kräfte im Proletariat unterstützen, die auf dieses Ziel hinarbeiten. Aber sie sagt heute schon den Arbeitern, daß die große Frage des Klassenkampfes, die die letzte Aktion vor den breitesten Massen aufgerollt hat, nie durch den Reichstag und die von ihm gewählten Regierungen wirklich gelöst werden können. Diese Lösung kann nur der rücksichtslose Kampf der Massen gegen die Bourgeoisie bringen und eine Regierung, die in diesem Kampf aus den Organen der Massen selbst hervorgeht, die Bauernregierung.

Unsere Partei wird diese Parole gerade in den kommenden Wochen verstärkt propagieren. Sie wird ihre Organisation verbessern, die Mängel, die sich in der letzten Aktion herausgestellt haben, ausmerzen und die Politik der proletarischen Einheitsfront mit verdoppelter Kraft fortführen. [196]

*

Der Geist von Locarno in Genf

Von G e r h a r t

I. Die imperialistischen Gegensätze

Als die diversen Minister aus Locarno in ihre Länder zurückkamen, wurden sie jubelnd begrüßt. Der Geist von Locarno regierte die Stunde und besonders die Gehirne der sozialdemokratischen Führer. Dieser „Geist von Locarno“ hat in Genf den ersten Unfall erlitten. Die „Gemeinschaft der Nationen“, einberufen zu dem Zweck, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und damit die in Locarno geschlossenen Verträge perfekt zu machen, ist nach großem Krach ergebnislos auseinandergegangen.

Ein Ergebnis aber hat Genf zweifellos gezeitigt. Breite Massen werden aufmerksamer werden, wenn wir ihnen sagen, daß der neue Geist von Locarno nichts anderes ist als der alte Geist der imperialistischen Interessenkonflikte, der internationalen Verschwörung gegen die Arbeiterklasse und gegen die mächtigste Position der Werktätigen der Welt: Sowjetrußland. Breite Massen werden weniger geneigt sein, sich auf die Phrasen der Staatsmänner und der Helden der Zweiten Internationale zu verlassen, sondern sie werden durch den Genfer Anschauungsunterricht schneller erkennen, daß der Kampf gegen neue Kriege für die w i r k l i c h e V e r s t ä n d i g u n g d e r V ö l k e r nicht mit Locarno und Völkerbund, sondern durch den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie geführt werden muß. Das ist nicht das einzige, aber das wertvollste Ergebnis von Genf.

Welches sind die Ursachen des Scheiterns der Genfer Verhandlungen? Der „Vorwärts“ brüllte wie besessen: Brasilien.

Nun, Brasilien hat aus verschiedenen Gründen gegen die Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland gestimmt. Wir werden über die Beweg- und Hintergründe noch einiges sagen. Aber Brasilien sprengte die Tagung, als die Tagung bereits gescheitert war.

Die Genfer Tagung sollte einzig und allein zu dem Zwecke stattfinden, um Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Der Eintritt Deutschlands war an die in Locarno zugestandene Voraussetzung der Gewährung eines ständigen Ratssitzes geknüpft. Aber als Deutschland erschien, meldete Polen, unterstützt von Briand, Chamberlain sowie von Italien, ebenfalls seinen Anspruch auf einen Ratssitz an. Das war eine Ohrfeige für die deutsche Bourgeoisie, ausgeteilt mit französischer und englischer Hilfe.

Die Locarno-Verträge bedeuteten eine gewisse Entwertung des französisch-polnischen Bündnisses. Unter dem englisch-amerikanischen Druck wurde die französische Stellung in Europa zurückgedrängt. Es gelang Briand nicht, in Locarno die polnischen Grenzen auf dieselbe Weise zu sichern,

wie die deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenzen Dafür versprach Briand in Locarno Polen unter der Hand, beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gleichzeitig für die Gewährung eines Ratssitzes an Polen einzutreten. Damit erreichte Briand in Locarno nicht nur die Zustimmung des polnischen Bundesgenossen zu den Pachtverträgen, sondern er versuchte mit diesem Versprechen das Nichtzustandekommen eines dem Westpakt gleichenden Ostpaktes zu kompensieren.

Unter dem englisch-amerikanischen Druck mußte der französische Imperialismus das Instrument der Reparationen sich aus der Hand nehmen lassen und an Amerika übergehen: Dawes. Unter dem englisch-amerikanischen Druck mußte es die Schiedsrichterrolle Englands auf dem Kontinent anerkennen: Locarno. Aber die Zurückdrängung des französischen [197] Imperialismus auf dem Kontinent bedeutete natürlich nicht, daß er, wenn auch in anderen Formen und mit anderen Methoden als Poincaré, nicht alles versuchen würde, um gegen den englischen Imperialismus, der sich in Deutschland gegen Sowjetrußland und Frankreich einen Stützpunkt zu schaffen sucht, den Widerstand zu organisieren. Mußte der französische Imperialismus in Locarno seinen Bundesgenossen bis zu einem gewissen Grade offiziell preisgeben, so versuchte er doch unter der Hand durch die Schaffung eines polnischen Ratssitzes gleichzeitig mit dem deutschen Eintritt in den Völkerbund den polnischen Bundesgenossen zu entschädigen und damit auch den französischen Einfluß im Völkerbund zu verstärken.

Aber nicht nur Briand, auch Chamberlain, der englische Außenminister, ist in Locarno oder bei einer darauffolgenden Besprechung mit Briand in Paris für die Gewährung eines polnischen Ratssitzes bei der Tagung eingetreten. Auf Kosten der nach dem polnischen Skalp lüsternen deutschen Bourgeoisie hatten sich England und Frankreich verständigt. Natürlich waren die Ursachen für diese Stellungnahme Chamberlains andere als die für Briand. Für den französischen Imperialismus bedeutet der Schutz Polens die Aufrechterhaltung einer französischen Position in Europa. Der englische Imperialismus organisiert den Block gegen die Sowjetunion. Um zu verhindern, daß Deutschland, wenn schon kein Bundesgenosse von Rußland, so doch zumindest dessen loyaler Partner wird, um die Bundesgenossenschaft Deutschlands gegen Rußland zu gewinnen, mußte in Europa der französische Druck und die französische Vorherrschaft zurückgedrängt werden. Der englische Imperialismus versuchte das „erwachende Deutschland“ von den Westgrenzen auf die Ostgrenzen abzulenken. Das ist ihm gelungen. Da entsteht aber die Gefahr, daß Polen, welches sich preisgegeben fühlt, die Vorherrschaft seines französischen Bundesgenossen zurückgedrängt sieht, sozusagen „in die Arme Rußlands getrieben“ und ein unbrauchbares Instrument im Kampf gegen die Sowjetunion wird. England lehnte die Garantie für die polnisch-deutschen Grenzen ab. Es mußte dies tun, um die deutsche Bourgeoisie zu ködern. Polen fühlte gegen sich eine Art deutsch-englischer Einheitsfront. Um Polen nicht völlig abzustoßen, sondern es für die englische Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland zu gewinnen, machte auch Chamberlain unter dem Drucke Briands den Polen die Konzession eines Ratssitzes. Die deutsche Bourgeoisie, die darüber empört ist, begreift nicht, daß sie ihre Aspirationen nicht auf eigene Faust, sondern untergeordnet, und nur untergeordnet unter die Interessen des englischen Imperialismus befriedigen darf.

Als dritter Einpeitscher für den polnischen Ratssitz trat der faschistische Garant der Locarno-Verträge in Genf auf. Der italienische Faschismus betreibt eine aggressive imperialistische Politik. Er versucht am Balkan und in Mitteleuropa die führende Macht zu werden. Er fürchtet die Rolle eines wiedererstarkten deutschen Konkurrenten sowohl in Europa, als bei den vom Völkerbund zu verteilenden Kolonialmandaten. Die Vertreter Mussolinis traten in Genf als die heftigsten Verteidiger des polnischen Ratssitzes auf. Der Faschismus versucht bei den Staaten der Kleinen Entente und besonders bei Polen, die sich durch das zurückgedrängte Frankreich und die verhältnismäßig gestärkte Stellung Deutschlands in Europa beunruhigt fühlen. die Rolle der Schutzmacht gegen Deutschland zu spielen. Dabei manövriert er noch zwischen Frankreich und England, aber jedenfalls gegen Deutschland.

Zweifellos hat Mussolini Brasilien unterstützt. Aber die Stellung Brasiliens ist nicht allein daraus zu erklären. Brasilien vertrat auch selbstständige Aspirationen und wurde wahrscheinlich indirekt von

den Vereinigten [198] Staaten unterstützt. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten wird diesen Bankrott der Genfer Tagung, die Niederlage Englands, das „europäische Chaos“ benützen, um seine eigene Stellung auf dem Kontinent zu stärken. Gleichzeitig wird der Ausgang der Genfer Tagung mit ihren Rückwirkungen auf die südamerikanischen Staaten der pan-amerikanischen Politik der Vereinigten Staaten nützen.

Das Festhalten Brasiliens an seinem Standpunkt bis zum letzten Moment kam allen Staaten sehr gelegen. Man konnte den brasilianischen Urwald für die Verhinderung des europäischen Paradieses verantwortlich machen. Der „Geist von Locarno“ war nicht durch die imperialistischen Interessenkonflikte kompromittiert, sondern durch die Indianer vom Amazonenstrom.

II. Die deutsche Bourgeoisie und Genf

Die Furcht vor der Arbeiterschaft und die Schwäche der kapitalistischen Staaten nach dem Kriege zwang die deutsche Bourgeoisie, die Politik der „Verständigung“ zu führen. Locarno war ein solcher Versuch, sozusagen einen „Waffenstillstand“ abzuschließen, die imperialistischen Interessenkonflikte durch diplomatische Verhandlungen zu schlichten usw. und gleichzeitig diese Atempause auszunützen, um durch die Organisierung von Alliancen und Blocks sich für die kommenden Dinge vorzubereiten. Der Hauptorganisator für die „Verständigung“ unter s e i n e r Kontrolle und die Bildung eines großen internationalen Blockes ist der englische Imperialismus. Die äußere Form dieses Zustandes, wo die imperialistischen Staaten nicht die Kraft haben, ihre Interessenkonflikte untereinander und den Kampf gegen Sowjetrußland mit militärischen Mitteln auszutragen, ist die Sprache des Pazifismus. Der Hauptorganisator dieses „Pazifismus“, der englische Imperialismus, der Europa den Ton anzugeben versucht, hat durch das Genfer Schauspiel eine empfindliche Niederlage erlitten. In Genf brachen die Gegensätze in einer sehr wenig verhüllten Form durch, das durch Locarno geeinigte und befriedete Europa zeigte sein wahres Gesicht.

Die Minister der deutschen Bourgeoisie, deren Politik maßgebend von der englischen Botschaft angeregt und beeinflußt wird, bemühen sich krampfhaft, die Tatsache der englischen Orientierung der deutschen Bourgeoisie mit denselben pazifistischen Phrasen zu verschleiern, mit denen der englische Imperialismus derzeit seine eigene Politik zu verschleiern sucht. Stresemann, der während des Krieges die halbe Welt erobern lassen wollte, spricht in solchen Tönen über internationale Verständigung usw., daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion – wie sie versichern – vor lauter Rührung gar nicht merken, daß sie fortgesetzt eine Regierung unterstützen, die die Politik der Großbourgeoisie gegen die Arbeiterschaft betreibt.

In Genf aber zerriß nicht nur der friedliche Locarno-Schleier über Europa, sondern auch die deutsche Bourgeoisie ließ ihre Zähne blicken, die sie sonst vorläufig aus realpolitischen Gründen im Maule verborgen hält. Die Vertreter der deutschen Bourgeoisie kämpften, unterstützt von der ganzen bürgerlichen sozialdemokratischen Presse, wütend gegen die Gewährung eines Ratssitzes an Polen. Schwarzrotgold und schwarzweißrot verteidigten wütend die „Großmachtstellung“ Deutschlands, welche einen solchen polnischen Ratssitz nicht zulasse. Die Deutschnationalen verteidigen diese These mit der nationalen Ehre. Die Sozialdemokraten hatten es etwas schwerer. Denn es war nicht leicht, dem Proletarier begreiflich zu machen, daß vom sozialistischen Standpunkt aus die Verhinderung des polnischen Ratssitzes in der „Gemeinschaft der Nationen“ die vornehmste Aufgabe eines friedliebenden Sozialisten ist.

[199] Jedenfalls zeigte die Reaktion der deutschen Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Führerschaft auf die Gefahr eines polnischen Ratssitzes den wahren deutschen Locarno-Geist. Die deutsche Bourgeoisie – und sie wird faktisch von den sozialdemokratischen Führern darin bedingungslos unterstützt – erstrebt als ersten Schritt zum Wiederaufbau des aggressiven Imperialismus die Revision der Ostgrenzen; wenn sie die Gewähr hat, daß Frankreich nicht mit losschlägt, auch auf kriegerischem Wege. Sie hat sich an die Seite des englischen Imperialismus gestellt. Natürlich spielt sie ab und zu mit der Zuneigung für Sowjetrußland, mit der russischen Karte um England anzudeuten, daß sie auch einen „anderen Weg“ habe. Die Politik der deutschen Bourgeoisie ist durch und durch imperialistisch. Sie geht dahin, solange sie gezwungen ist, „friedlich“ zu bleiben, im Völkerbund unter Ausnützung

des Ratssitzes die englische Front zu stärken, um Konzessionen zu erhalten, um die eigene Macht wieder aufzubauen.*)

Trotzalledem mußte die deutsche Bourgeoisie in Genf vor England und Frankreich kapitulieren. Sie hat umsonst gegen Polen in Ermangelung von Kanonen das große Pressefeuer gerichtet, umsonst blieben Luther und Stresemann solange fest, bis sie nachgaben.

Unterdessen wird England versuchen, die nächste Völkerbundssitzung besser zu inszenieren, damit der Eintritt Deutschlands sich im September glatt vollziehen kann. Denn noch erlaubt es die Lage nicht, noch sind die Gegensätze nicht soweit herangereift, die Gruppierungen fest und geschlossen, daß an die Stelle des Völkerbundes die kriegerischen Bünde der Völker gegeneinander treten. Noch muß man sich krampfhaft bemühen, die Phrase vom Geist von Locarno aufrecht zu erhalten. Sie ist sehr schnell schäbig geworden, man wird aber versuchen, sie neu anzustreichen.

Die deutsche Bourgeoisie wird zweifellos, soweit es von ihr abhängt, im September in den Völkerbund eintreten, sie wird zweifellos auch bereit sein, sich den englischen Arrangements zu fügen. Noch hat die deutsche Bourgeoisie von ihren Plänen sehr wenig erreicht, kaum der erste Schritt ist getan worden, und schon befindet sich infolge der englischen Orientierung Deutschland mitten drin in den imperialistischen Konflikten. Keine deutsch-französische Verständigung. Mögen die Gegensätze auch in höflicheren Formen ausgetragen werden, entsprechend den taktischen Bedürfnissen des Imperialismus in dieser Phase, so spitzen sie sich in Form der Steigerung der deutsch-polnischen Gegensätze zu. An die Stelle des Elsaß des Westens ist das Elsaß des Ostens getreten. Deutschland befindet sich in heftigem, vorläufig diplomatischem, Kampfe mit Italien. (Sogar Brasilien wurde von den Sozialdemokraten als ein ganz abscheulicher Staat erklärt, so daß es sogar Paul Levi zuviel wurde, und er das Land, die Brasilianer, vor dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Schutz nahm.) Die englische Orientierung der deutschen Bourgeoisie wird und muß zu wachsendem Gegensatz zur Sowjetunion führen. Die Kolonialpropaganda der deutschen Bourgeoisie, ihr heftiges Streben nach Kolonialbesitz werden sie in die Front der [200] imperialistischen Unterdrücker immer stärker einspannen und den Haß der großen nationalrevolutionären Bewegung gegen Deutschland erzeugen. Die deutsche Bourgeoisie führt Deutschland planmäßig in die Front gegen das erwachende China gegen die Kolonialvölker und gegen Sowjetrußland.

Der Restauration nach innen unter der Maske der bürgerlichen Republik mit Hilfe der Sozialdemokraten entspricht nach außen der Versuch der Restauration des deutschen Imperialismus unter der Maske des Pazifismus und im Schatten des englischen Imperialismus. Die deutschen Werktätigen spüren die brutalen Wirkungen der innerpolitischen Restauration. Noch bemerken sie nicht die Wirkungen des Versuchs der außenpolitischen Restauration. Genf war erst das Vorspiel. Aber es zeigte schon blitzartig, was Locarno bedeutet: nicht die Organisierung des Friedens, sondern die Organisierung der aktiven Teilnahme Deutschlands an den imperialistischen Abenteuern.

III. Die Sozialdemokraten und Genf

Die sozialdemokratischen Führer sprechen die internationale Sprache nur solange, als es im Interesse ihrer eigenen Bourgeoisie liegt. Dies hat Genf denen bewiesen, die es aus dem Weltkrieg schon vergessen haben. In dem Augenblick, wo die Interessen der kapitalistischen Staaten aufeinander prallen und die Diplomaten deutlicher werden müssen, wird auch von den Sozialdemokraten die internationale Phrase sofort beiseite geworfen und die Sozialdemokraten werden ebenfalls deutlicher. Aus dem Lammfell des Sozialpazifismus sich sofort der sozialchauvinistische Wolf hervor. Wie die deutschen Sozialdemokraten für die „deutsche Großmachtstellung“ kämpften, gegen den polnischen Ratssitz,

*) Die Rede des Demokraten Schacht, die in ganz Deutschland Systematisch betriebene Kolonialpropaganda haben die Aufgabe, die Massen geistig vorzubereiten. Zweifellos wird man ebenso wie beim deutsch-italienischen Konflikt, wie in der Kampagne gegen Polen, auch mit dieser Kolonialkampagne breite Arbeitermassen für die Außenpolitik der Bourgeoisie gewinnen suchen.

so kämpften Vandervelde und Paul Boncour für Polen; der schwedische Sozialdemokrat Unden trat dagegen auf, fiel zum Leidwesen der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Sozialdemokraten um, was wieder andererseits von Vandervelde und Paul Boncour freudig begrüßt wurde, usw.[*)]

Man darf aber keinen Augenblick die ungeheure Gefährlichkeit der Deckung der Außenpolitik der Bourgeoisie durch die Sozialdemokraten außer acht lassen. Die Arbeitermassen sind zum Beispiel in Deutschland an und für sich wenig geneigt, Stresemann, der die Reichswehr nach Sachsen schickte, und Luther, den Kanzler des Bürgerblocks, besonderes Vertrauen für ihre ‚friedliche Außenpolitik' zu schenken. Die sozialdemokratische Unterstützung der Außenpolitik und der englischen Orientierung der deutschen Bourgeoisie, die systematisch Deutschland in die imperialistischen Abenteuer verwickelt, ist geradezu die Voraussetzung für deren Durchführung. Die systematische Fälschung der Tatsachen durch die sozialdemokratische Presse, die geschickte Ausnützung der tiefen Friedensstimmungen der Arbeitermassen für die Ziele der Bourgeoisie, alles das sind [201] Methoden, welche die breiten Arbeitermassen für die Außenpolitik gewinnen helfen sollen und die die Arbeiterklasse in große Gefahr bringen, akuten imperialistischen Abenteuern unvorbereitet zum Opfer zu fallen.

Die sozialdemokratische Presse nützt sehr geschickt jede falsche Wendung in unserer Presse und in unseren Kundgebungen aus, um die Kommunistische Partei als Gegnerin des Friedens darzustellen, um damit natürlich die breiten Massen, welche den Frieden wollen, gegen die Kommunistische Partei zu mobilisieren und das Werden einer einheitlichen proletarischen Front gegen die Bourgeoisie zu erschweren und zu verhindern.

Es ist die Aufgabe der Partei, an Hand der konkreten Tatsachen aufzuzeigen, wie die deutsche Bourgeoisie und die Sozialdemokratie den „Frieden" organisieren. Es ist die Aufgabe der Partei, den Massen einzuhämmern, daß allein die Partei, die Komintern und die Sowjetunion mit allen Mitteln für die Erhaltung des Friedens kämpfen, und daß der Frieden allein durch den erfolgreichen Kampf der nationalen und internationalen Einheitsfront des Proletariats erreicht werden kann. Die Genfer Ereignisse machen es besonders notwendig, durch internationale K u n d g e b u n g e n, in denen die revolutionären Vertreter der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen sprechen, die Internationale des revolutionären Kampfes für die Erhaltung des Friedens gegen die imperialistischen Kriegsdrohungen zu demonstrieren.

*

Die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie[**)], die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei

Von F r i t z B u r g

Der Staat ist nach Marx ein Organ der K l a s s e n h e r r s c h a f t, ein Organ der U n t e r d r ü c k u n g der einen Klasse durch die andere. Er dient zu Schaffung der „Ordnung", die diese Unterdrückung festigt und zum Gesetz erhebt. Der Durchführung dieser Aufgeben dient in erster Linie die Einrichtung der öffentlichen Gewalt (Staatsgewalt). H e e r u n d P o l i z e i s i n d d i e H a u p t w a f f e n d e r S t a a t s g e w a l t. Sie sind nicht nur in der Monarchie Apparate der Unterdrückung. Sie bleiben es auch in den demokratischsten bürgerlichen Republiken. I h r e V e r w e n d u n g g e s c h i e h t a u s s c h l i e ß l i c h i m I n t e r e s s e d e r b ü r g e r l i c h e n g e g e n d i e A r b e i t e r k l a s s e. Erst im proletarischen Staat (Sowjetmacht) ändert sich dieses Verhältnis zugunsten der Arbeiterklasse. „Sie (die öffentliche Gewalt) verstärkt sich in dem Maße, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen." (Engels.) Daraus erklärt sich die besondere Mühe, welche die Bourgeoisie in Deutschland ihren Hauptwaffen Heer und Polizei zuwendet.

[*)] Unsere Parteipresse hat im allgemeinen v i e l z u w e n i g getan, um den Chauvinismus der Sozialdemokratie an Hand der Haltung der einzelnen sozialdemokratischen Parteien zu Genf aufzuzeigen. (Wir haben überhaupt zu wenig den p r o l e t a r i s c h e n I n t e r n a t i o n a l i s m u s zum Grundakkord unserer Kritik der offiziellen und SPD-Außenpolitik gemacht. Fehler, die hier schon vor einem halben Jahre kritisiert wurden, haben sich in den Parlamenten wiederholt. So die Proteste gegen den P a z i f i s m u s statt den I m p e r i a l i s m u s dieser Politik, die „Preisgabe deutschen Bodens" usw. D. Red.)

[**)] Anmerkung: In diesem Artikel werden zunächst nur die Staatsorgane Polizei, Reichswehr – behandelt. Die übrigen bewaffneten Kräfte wird an späterer Artikel erörtern.

In ihren Gesetzen und Verordnungen, in den Aussprüchen hervorragender Vertreter ihrer Klasse bestätigt die Bourgeoisie selbst die marxistisch-leninistische Auffassung von der Rolle der öffentlichen Gewalt. Der Versailler Vertrag zum Beispiel legt die Verwendung der deutschen Reichswehr als Bürgerkriegsarmee eindeutig fest. „Das Heer soll nach [202] dem Willen der Entente lediglich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dienen, also eine Polizeitruppe sein“, lautet das Urteil des Generalleutnants Rohne. Der verstorbene Generalleutnant Keim sprach bei Gelegenheit wörtlich von einer ausschließlichen Verwendung der Reichswehr im Bürgerkriege. Artikel 16 des in Locarno von Deutschland akzeptierten Völkerbund-Pakts legt diese Rolle der Reichswehr im internationalen Maßstabe fest. (Verpflichtung zum event. Kampf gegen die Sowjetunion.) – In einer Dienstanweisung der preußischen Schutzpolizei heißt es: „Die Schutzpolizei ist das Machtmittel der Regierung, um der Staatsgewalt Geltung zu verschaffen und ihren Willen im Innern des Landes gegen jedermann durchzusetzen ... Letzten Endes ist das nur durch Kampf möglich ...“ Hartenstein, ein Kommandeur und Oberstleutnant der Schutzpolizei, läßt sich über die Aufgabe der Polizei wie folgt aus: „Die Hauptaufgabe dieser Polizei gegenüber dem Wirkungskreis der Polizei während der Vorkriegszeit bildet die Bekämpfung innerer Unruhen.“ (Hartenstein: ‚Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen“, Einleitung.) Da die Staatsgewalt sich in den Händen der Bourgeoisie befindet, kommt eine Verwendung der Schutzpolizei „gegen jedermann“ der Verwendung gegen die Arbeiterklasse gleich. Der Ausdruck „gegen jedermann“ dient der Verschleierung.

Wie sehr die Polizei sowohl wie die Reichswehr als Armeen des Bürgerkriegs gedacht sind, zeigt ihr Aufbau, ihre Entstehung, Verwendung Ausbildung und Dienstgebahren, kurzum der ganze Charakter und das ganze Wesen dieser Truppen. Es zeigt aber auch die soziale Zusammensetzung, wie wenig die Bourgeoisie ihrer Machtorgane auf die Dauer sicher sein kann. Zum besseren Verständnis des Gegenstandes und um die Wichtigkeit des Verhaltens der proletarischen Klasse den staatlichen Machtorganen gegenüber ermessen zu können, geben wir nachstehend eine kurze Charakteristik dieser Organe.

1. Das Heer. Stärke: 100.000 Mann. Die Truppen sind über das ganze Reich verstreut. Während „innerer Unruhen“ wird die zahlenmäßige Stärke der Reichswehr sofort zumindest um das Doppelte erhöht werden (1923 Schwarze Reichswehr). Die Reichswehr ist mit allen modernen Errungenschaften der Militärtechnik ausgestattet, militärisch glänzend ausgebildet und verfügt über einen vom militärischen Standpunkt gut geschulten Offiziers- und Unteroffiziersbestand.

Die Klassenzusammensetzung ist nicht gleichartig. Die Mannschaften und Unteroffiziere bestehen zum größten Teil (zirka 75 Proz.) aus Arbeitern und Bauern. Das Offizierkorps setzt sich zusammen aus Vertretern des Mittelstandes, der Bourgeoisie und des Adels.

Die Reichswehr ist „apolitisch“. Wie ans den im folgenden erörterten Forderungen der Kommunistischen Partei hervorgeht, bildet sie demzufolge eine starke Waffe in den Händen der Bourgeoisie. Sie bedeutet für das Proletariat den gefährlichsten Gegner. Über die reaktionäre und monarchistische Verseuchung der Reichswehr, die Rolle Geßlers und Seeckts hie ein Wort zu verlieren, erübrigt sich.

2. Die Marine.

Stärke rund 15.000 Mann. Bewaffnung, Ausbildung usw. entsprechen im allgemeinen denen bei der Reichswehr. Auch die Klassenzusammensetzung. das politische Leben und die strenge Disziplin stimmen überein. Gegenüber dem Reichswehrsoldaten genießt der Matrose traditionell eine gewisse materielle Bevorzugung. In Kämpfen mit der Arbeiterklasse dürfte die Marine entsprechend verwendet werden (Marine-Abteilungen 1919, Einsatz in Hamburg 1923). [203]

3. Polizei.

Nach der letzten Note der Entente hat die bewaffnete Polizei (Schutzpolizei, Gendarmerie usw.) in Deutschland eine Stärke von rund 200.000 Mann. Etwa 50 Proz. der Polizeitruppen sind in den Großstädten, und davon wieder der größere Teil in Kasernen untergebracht. Zu Zeiten bewaffneter Kämpfe mit der Arbeiterschaft ist mit einer bedeutenden Erhöhung der Polizeiformationen zu rechnen (1923:

Hilfspolizei Sachsen, Ersatzpolizei Ruhrgebiet. Notpolizei Bayern). Bei Unruhen tritt der größere Teil der sogenannten kommandierten Beamten (Kanzleidienst) in den Exekutivdienst über. Die Polizei ist absolut militärisch ausgebildet, auf einen Bürgerkrieg gut vorbereitet und bewaffnet. Die Ausbildung geschieht entsprechend und fortdauernd in dieser Richtung. Aufbau, Dienstgebahren, Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sind streng militärisch.

In sozialer Hinsicht ist die Polizei im allgemeinen ebenso zusammengesetzt wie die Reichswehr. Infolge der schlechten materiellen Sicherstellung, der ständigen Berührung mit der Bevölkerung ist die politische Stimmung bedeutend mehr links als bei der Reichswehr. Gewisse konterrevolutionäre Teile der Polizei, mit den Offizieren an der Spitze, bilden eine große Gefahr für die Arbeiterklasse.

Die Polizeibeamten besitzen das Wahlrecht. Bei der letzten Wahl in Berlin erhielt die Kommunistische Partei reichlich 10 Proz. an Stimmen der Polizeibeamten. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Polizeibeamten ist sehr hoch (80 bis 90 Proz. in Preußen und in Sachsen). Bisher ist ein Polizeibeamtenverband den Freien Gewerkschaften angeschlossen (Thüringen), doch wächst im sächsischen Verband sowohl wie in Preußen die Stimmung für den Anschluß an die Freien Gewerkschaften. (Voreilige, von Sozialdemokraten veranlaßte taktisch falsche Gründung eines freigewerkschaftlichen Splitterverbandes in Preußen.)

*

So wie die gesamte Tätigkeit der Kommunistischen Partei darauf gerichtet ist, die breiten proletarischen und halbproletarischen Massen vom Einfluß der Bourgeoisie zu befreien, sie zu revolutionieren, um die Bourgeoisie stürzen und die Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht führen zu können, so muß die Kommunistische Partei gleichzeitig verhindern, daß die Organe der Staatsgewalt diesen Prozeß und die Aufgaben der proletarischen Klasse stören könnten. Die Kommunistische Partei darf es nicht zulassen, daß die Staatsorgane als Bürgerkriegsformationen gegen die Arbeiterklasse verwendet werden. Der Sieg des Proletariats ist in Frage gestellt, wenn den Organen der öffentlichen Gewalt nicht dauernd höchste Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Organisationen der Staatsgewalt setzen sich, wie wir sahen, fast ausschließlich aus proletarischen und halbproletarischen Elementen zusammen. Diese Elemente sind objektiv an der proletarischen Revolution interessiert. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist mit ihrer Befreiung gleichbedeutend. Hier liegen die konkreten Anknüpfungspunkte für die Aufgaben des Proletariats und der Kommunistischen Partei den Machtorgauen gegenüber. Die Bourgeoisie kennt diese Tatsachen. In einer Veröffentlichung des Thüringer Ministeriums des Innern heißt es: „Die äußeren Einflüsse und Versuchungen, die an die Polizeibeamten herantreten, gestalten die Gefechtsführung wesentlich schwieriger ...“ In derselben Verfügung wird davor gewarnt, daß „kein Polizeikörper, mag er noch so schwach sein, sich auf Verhandlungen zur Waffenabgabe einlassen darf“. – Worauf begründet [204] sich diese Kenntnis über „Einflüsse und Versuchungen“ und die Furcht vor einer eventuellen Waffenabgabe? Sie gründet sich eben auf die proletarische Zusammensetzung der Organisationen der Staatsgewalt, auf die zumeist proletarische und halbproletarische Abstammung und bisherige Betätigung ihrer Angehörigen sowie ihre absolut auf proletarischem Niveau stehende Lebenshaltung. Die Bourgeoisie muß ihre besonderen Verbände bewaffneter Menschen größtenteils aus Proletariern bilden. Durch die besondere Struktur der Organisationen der Staatsgewalt, durch die militärische Disziplin, durch die Kasernierung, durch die systematische „dienstliche“ politische Beeinflussung gelingt es der bürgerlichen Klasse zwar, deren Angehörige bis zu einem gewissen Grade von der Arbeiterklasse, deren Organisationen, ihrem politischen Leben usw. abzuschließen. Es wird ihr aber nie gelingen, sie vor den unmittelbaren Einflüssen des proletarischen Lebens zu bewahren. Die Bourgeoisie, die nicht mehr imstande ist, „ihre Sklaven zu ernähren“, muß auch die Angehörigen der Organisationen der Staatsgewalt in diese Behandlung einbeziehen. Dazu kommen die Bindungen der Abstammung usw. Hier sind die Wurzeln der von der Bourgeoisie befürchteten „Einflüsse und Versuchungen“.

Die Kommunistische Partei wird sich zur Ausnützung dieser Anknüpfungspunkte, bei der Auswahl von Mitteln und Methoden selbstverständlich jeweils nach der allgemeinen politischen Situation,

nach den Kräfteverhältnissen, überhaupt allen zu beachtenden Faktoren richten müssen. Sie wird sich in erster Linie der Mittel und Methoden der allgemeinen legalen politischen Arbeit bedienen: Agitation und Propaganda durch Flugblätter, Zeitungen, durch parlamentarische, gewerkschaftliche Arbeit usw.

Ohne die grundsätzliche Aufgabe den Machtorganen gegenüber zu verschweigen und die eingehende Begründung dieser Aufgabe (Machteroberung) zu versäumen, muß die Kommunistische Partei aus der jeweiligen allgemeinen politischen Situation heraus auch Teilforderungen aufstellen. So hat sie z. B. anläßlich der letzten Beratung des Reichswehretats gefordert: „Die Reichswehr, die nicht dem Schutze der Bevölkerung dient, sondern eine ständige Bedrohung des werktätigen Volkes darstellt, wird aufgelöst. An ihre Stelle tritt eine Arbeiterwehr; die Unteroffiziere und Mannschaften sind nach besonderen Demobilmachungsbestimmungen in die von ihnen selbst zu wählenden Berufe zu überführen. Die Waffen der Reichswehr gehen an die Arbeiterwehr über, sie werden den örtlichen Komitees der Betriebsräte zur Kontrolle und Verwaltung überwiesen," Es soll hier nicht erörtert werden, ob der Antrag genügend klar formuliert war (über die Art der Aufstellung der geforderten Organisation ist z. B. nichts gesagt) und ob der Zeitpunkt richtig gewählt gewesen ist. Der Antrag bewegt sich jedenfalls im Prinzip in der Richtung der Forderung nach der proletarischen Miliz. Auch zur Polizei müßte entsprechend Stellung genommen werden. Heute als Mindestforderung die Forderung nach der allgemeinen Volksbewaffnung zu stellen, wie das K. S. in der „Internationale" Nr. 5a, Ende Mai 1925 tut, ist in. E. nicht angängig. Ihre Durchführung würde angesichts der objektiven Situation die Legalisierung eines Zustandes bedeuten, der illegal bereits vorhanden ist: die offizielle Bewaffnung der konterrevolutionären Verbände. Damit ist nicht gesagt, daß die Kommunistische Partei nicht auch die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung stellen könnte. Als Lenin, worauf sich K. S. beruft, sie im April 1917 forderte, war dies absolut richtig. „Um die Wiederherstellung der Polizei zu verhindern, gibt es nur ein Mittel: Schaffung einer Volksmiliz und ihre Verschmelzung mit der Armee [205] (die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung)", lautete damals Lenins Begründung. Was aber Lenin für einen konkreten Zustand gefordert hat, kann die Kommunistische Partei nicht zu jeder Zeit anwenden.

Da die Kommunistische Partei in ihrem Verhalten zu den Organen der Staatsgewalt, zur Aufklärung ihrer Angehörigen verschiedene Mittel und Methoden anwenden muß, so kann sie auch keinesfalls gegen den Kampf um Reformen sein. Sie wird im Gegenteil von Fall zu Fall entsprechende Forderungen aufstellen. So hat die Kommunistische Partei im Reichstag für die Soldaten der Reichswehr gefordert:

1. Die Ausnahmebestimmungen über das Wahlrecht der Reichswehrangehörigen werden aufgehoben; der Reichswehrangehörige erhält das Recht auf Teilnahme an politischen Versammlungen, auf freie Zeitungswahl, auf Abhaltung von Soldatenversammlungen und auf Gründung von Soldatenvereinigungen unter Aufhebung des Verbotsrechts der zuständigen Instanzen.

2. Bei der Beratung aller Angelegenheiten, die die Wohlfahrt der Unteroffiziere und Mannschaften betreffen (Verpflegung., Besoldung, Urlaub, Beförderung, Beschwerden, Krankheit usw.), haben die Vertrauensleute ein Mitbestimmungsrecht. Als Vertrauensleute sind nur Mannschaften und Unteroffiziere wählbar.

3. Die Vorrechte der Offiziere werden aufgehoben. Die Truppenführer werden von den Mannschaften und Unteroffizieren gewählt.

4. Alle einschränkenden Bestimmungen in bezug auf Heirat, auf Arztwahl, auf rechtskundige Vertretung, auf Teilnahme an kirchlichen Handlungen werden aufgehoben. Die Disziplinarbestimmungen werden gemildert (Wegfall der Geldstrafe und des Strafexerzierens); das Beschwerderecht wird in der Form geändert, daß die Fristen aufgehoben werden, daß gemeinschaftliche Beschwerden zulässig sind und daß die Vertrauensleute, ebenso zivile Rechtskundige (Rechtsanwälte, Arbeitersekretäre) zugelassen werden.

Der Reichstag der Republik hat diese Anträge bereits in den Ausschüssen abgewürgt.

Ferner hatten sich die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband anläßlich der letzten Reichstagswahl in einem Aufruf an die Reichswehrsoldaten und an die Seeleute der Reichsmarine gewendet, in dem diese aufgefordert wurden, sich das W a h l r e c h t zu erkämpfen.

Auch bezüglich der P o l i z e i hat die Kommunistische Partei als einzige den Kampf um Reformen aufgenommen. Sie hat dabei wirklich republikanische Forderungen aufgestellt, ohne von den republikanischen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie unterstützt zu werden. Die wichtigsten diesbezüglichen Forderungen, die im Preußischen Landtag gestellt wurden, lauten sinngemäß:

1. Beseitigung aller monarchistischen Offiziere aus der Schutzpolizei;

2. Entkasernierung der Schutzpolizei;

3. Auflösung der politischen Abteilungen;

4. Streichung des Fonds zur Bekämpfung der Kommunisten;

5. Beseitigung aller Schwerkampf- und Schußwaffen bei der Schutzpolizei;

6. Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit mit Einschluß des Streikrechts an die Polizeibeamten;

7. Übergabe der Schutzpolizei an die Gemeinden,

Selbst wenn diese Forderungen durchgeführt würden, hätten selbstverständlich weder Reichswehr noch Polizei ihren Klassencharakter verloren, und die Kommunistische Partei wird auch dann den Etat für diese Institutionen ablehnen müssen. Es ist aber unbestreitbar, daß solche Forderungen [206] im revolutionären Sinne wirken, um so mehr, als sie der Entlarvung der sogenannten republikanischen, demokratischen Parteien einschließlich der Opportunisten dienen, um so mehr, als sie den jeweiligen Tagesforderungen der Angehörigen der Organe der Staatsgewalt entsprechen. Dabei ist zu bemerken, daß die Kommunistische Partei durch die verstärkte allgemeine Anteilnahme aller ihrer Mitglieder noch besser verstehen lernen wird, an diesen täglichen Wünschen und Forderungen, dem hauptsächlichen Angelpunkt bei der gesamten Aufgabe, anzuknüpfen, gleich weicher Art sie sein mögen und bei welcher Gelegenheit das ist. Denn so, wie die Bourgeoisie versucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diese proletarischen und halbproletarischen Elemente zu deklassieren, hat die Kommunistische Partei die Aufgabe, alles zu versuchen, um diese Elemente in eine Front mit der Arbeiterklasse zu bringen. In je höherem Maße das gelingt, in um so höherem Maße kann von der Tatsache einer fortschreitenden Revolutionierung gesprochen werden. Je mehr die Arbeiterklasse revolutioniert ist, desto mehr muß die Kommunistische Partei den höchsten Grad der Aufklärung der Angehörigen der Organe der Staatsgewalt anstreben. Unterlassungen und Vernachlässigungen rufen Erscheinungen wie 1923 hervor, wo sich die Arbeiterklasse trotz höchster Kampfbereitschaft einer nahezu völlig gegen sie geschlossenen Reichswehr und teils auch Polizei gegenüber befand. Der Prozeß der Revolutionierung der Angehörigen dieser Organe steht mit dem Prozeß der Revolutionierung der gesamten Arbeiterklasse in enger, ununterbrochener Wechselwirkung. Insofern ist die erörterte Aufgabe e i n T e i l d e r g e s a m t e n p o l i t i s c h e n T ä t i g k e i t d e r K o m m u n i s t i s c h e n P a r t e i u n d j e d e s i h r e r M i t g l i e d e r. Sie kann nur im Rahmen dieser Gesamttätigkeit gelöst werden. Entsprechend ihrer hohen Bedeutung für den Ausgang der Revolution muß ihr jederzeit die ihr zukommende Wichtigkeit beigemessen werden.

Die bisherigen Fehler bei der Durchführung der erörterten Aufgabe bestanden

1. im Fehlen einer programmatischen Festlegung;

2. demzufolge im Fehlen der genügenden Aufklärung über diese Aufgabe in der Parteimitgliedschaft;

3. deshalb Mängel in der Praxis:

a) unsere Presse gab kein Spiegelbild des Lebens der Proletarier in Heer und Polizei;

b) kein grundsätzlicher Unterschied unserer parlamentarischen Arbeit bezüglich Heer und Polizei von der Sozialdemokratie (revolutionärer Appell an die Soldaten von der Parlamentstribüne);

c) aggressive Haltung der Parteimitgliedschaft gegenüber den Angehörigen von Heer und Polizei am falschen Platze;

d) deswegen auch das Fehlen von umfassenden allgemeinen Versuchen der politischen Aufklärung und der gewerkschaftlichen Hilfe bei diesen Elementen.

Die Kommunistische Partei wird diese Mängel durch programmatische Klärung und eine umfassende Schulungsarbeit unter der Parteimitgliedschaft beheben müssen,

Die augenblicklichen Hauptpunkte der praktischen Durchführung der Aufgabe sind bezüglich der Reichswehr (Marine) eine umfassende politische Aufklärung: die Konzentrierung auf den Kampf um das politische Wahlrecht, das Koalitions- und Versammlungsrecht. Bei der Polizei: die Konzentrierung auf die weiteste Unterstützung im gewerkschaftlichen Kampf (Anschluß an die Freien Gewerkschaften, Kampf um das [207] Streikrecht). Die Kommunistische Partei muß die Arbeiter ermuntern, den Polizeibeamten in ihrem Kampf um bessere Besoldung, Behandlung, gegen den militärischen Drill und die monarchistischen Offiziere mit ihren gewerkschaftlichen Kampfeserfahrungen beizustehen, die Soldaten und Matrosen von der Berechtigung des Kampfes um die elementarsten demokratischen Rechte, wie Wahl-, Vereins-, Versammlungsrecht usw. zu überzeugen.

*

Das „Aktionsprogramm“ der SPD[*)]

Von Lenz.

Daß das „Aktionsprogramm“ des Heidelberger Programms nur ein Aktionsprogramm sein soll, glauben seine Verfasser selber nicht. Im ursprünglichen Entwurf wurden die Forderungen dieses nachträglich „Aktionsprogramm“ betitelten Abschnittes mit einem Absatz eingeleitet, der lautet:

„Die Ziele der Sozialdemokratischen Partei werden erreicht im ständigen Ringen und Wirken auf politischem, sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete, besonders durch die Verwirklichung folgender Forderungen.“

Forderungen, durch deren Verwirklichung die Ziele der Partei erreicht werden, sind programmatische Forderungen, nicht Tagesforderungen eines Aktionsprogramms, das den wechselnden Umständen entsprechend abgeändert werden muß.

Die Ersetzung der programmatischen Forderungen durch Tagesforderungen, die Ausschaltung der Grundsätze aus der praktischen Politik, das ist das Wesen des Opportunismus, das schon in Bernsteins Wahlspruch: „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“, seinen Ausdruck gefunden hat.

Von dem Aktionsprogramm einer sozialistischen Partei muß man zweierlei erwarten: eine marxistische Analyse der gegebenen Lage und ein System der Teilforderungen des proletarischen Klassenkampfes, das die arbeitenden Massen sammelt und sie auf den Weg der Befreiung aus der kapitalistischen Ausbeutung weiterführt. Daß sich im „Aktionsprogramm“ der SPD nichts dergleichen findet, ist nicht erstaunlich. Aber die SPD, die in ihrer Tagesagitation kaum mehr den Sozialismus erwähnt, legt doch den größten Wert darauf, als demokratisch-republikanische Partei zu gelten. Demnach sollte man von ihrem Aktionsprogramm wenigstens entschiedene Kampfforderungen gegen die monarchistische Reaktion, für einen konsequenten Ausbau der bürgerlichen Demokratie erwarten. Aber auch davon findet man keine Spur.

[208] So wird die Frage der Enteignung der Fürstenvermögen im Aktionsprogramm überhaupt nicht erwähnt. Etwa deshalb, weil diese Frage zur Zeit des Heidelberger Parteitags nicht aktuell war? Nein, denn im ursprünglichen Entwurf des SPD-Programms war diese Frage nicht vergessen. Aber wie war sie beantwortet! „Reichsgesetzliche Regelung der Entschädigung für die ehemaligen

[*)] Anm. d. Red. Der folgende Artikel schließt die Analyse des Heidelberger Programms der SPD. ab, die in den Heften 9 und 11 des vorigen Jahrgangs begonnen wurde. Die nächsten Monate größerer Aktionen der Arbeiterklasse werden auch dieses „Aktionsprogramm“ wieder auf die Tagesordnung stellen für die sozialdemokratischen Arbeiter. Freilich nicht als Programm, sondern als Hindernis der Aktion, das überwunden werden muß. Es ist notwendig, diesen ideologischen Prozeß theoretisch vorzubereiten und mit aller Kraft zu fördern.

Dynastien, wobei das liegende Eigentum grundsätzlich als öffentliches Eigentum erklärt werden soll.“ Der Eigentumsanspruch der Fürsten sollte also im allgemeinen anerkannt werden. Die sozialdemokratische Forderung ging über den Antrag ihrer demokratischen Koalitionsgenossen nicht hinaus. Schließlich ist diese Formulierung aus dem Aktionsprogramm weggeblieben, weil sie offenbar auf zu große Opposition stieß. Aber eine Opposition, die die Forderung der entschädigungslosen Enteignung hätte durchsetzen können, hat es bis zum Heidelberger Parteitag in der SPD nicht gegeben. Es ist gut, jetzt daran zu erinnern, weil die SPD-Presse abzuleugnen versucht, daß ihre Partei nur durch unsere Initiative, durch den von uns entfesselten Massendruck zur Änderung ihrer Stellung gezwungen wurde.

An der Spitze der „Verfassungs-Forderungen“, mit denen das Aktionsprogramm beginnt, steht der Schutz und „Ausbau“ der demokratischen Republik als „günstigster Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus“.

Diese Formel enthält eine halbe Wahrheit und die ganze Lüge, auf der die reformistische Praxis aufgebaut ist. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist die demokratische Republik der günstigste Boden für den proletarischen Klassenkampf, darum muß das Proletariat die bürgerliche Demokratie gegen die monarchistische Reaktion verteidigen, aber sie ist nicht der Boden, auf dem der Sozialismus verwirklicht werden kann, sondern, wie Engels sagt: „die letzte Form der Bourgeoisherrschaft“. Den Machtapparat dieses bürgerlichen Staates „ausbauen“ heißt ein Bollwerk gegen die Arbeiterklasse ausbauen. Das Streben der Arbeiterschaft muß darauf gerichtet sein, ihre Macht in diesem Staate, aber gegen diesen Staat auszubauen, sie muß in Verfassungsfragen für jede Maßnahme eintreten, die in der Richtung der Erweiterung der Demokratie für die breitesten Massen, der Selbstverwaltung, der Einschränkung des Bürokratismus, der Schwächung der Staatsgewalt liegt. (Das bedeutet allerdings nicht Schwächung der Reichsgewalt zugunsten des Länderpartikularismus, sondern im Gegenteil Abschaffung dieses reaktionären und kostspieligen Unfugs.)

Unter diesen Gesichtspunkten beurteilt, ist der reaktionäre Charakter der Verfassungsforderungen des SPD-Programms offenkundig:

„Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf der Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des [209] Reiches notwendigen Befugnisse besitzt. Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reiches. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.“

Die Einheitlichkeit soll sich also auf Gericht und Polizei beschränken. Die Reichskriminalpolizei ist das Kronstück der Verfassungsreform. Von der Zerstörung des Länderpartikularismus, die schon Napoleon I. als Vollstrecker der bürgerlichen Revolution eingeleitet hat, ist nicht die Rede. Offenbar wäre es ein schweres Opfer, wenn die SPD-Staatsmänner darauf verzichten müßten, zugleich im Reiche Opposition und in den Ländern Koalition machen zu können.

Verfassungsfragen sind Machtfragen. Darum ist die Frage der bewaffneten Macht von entscheidender Bedeutung. Deutschlands bewaffnete Macht ist ein Werkzeug in der Hand monarchistischer Generäle. Das Aktionsprogramm will nicht die Abschaffung dieser reaktionären Gewaltorganisation, sondern ihre „Umwandlung“.

„Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen, Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.“

Das Erfurter Programm hatte gefordert:

„Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.“

Das Leipziger Aktionsprogramm der USPD ging darüber hinaus:

„Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaften.“

Die KPD hat in ihren letzten Beschlüssen auf dem Zehnten Parteitag und auf der ersten Reichskonferenz die Auflösung der Reichswehr und der kasernierten Schutzpolizei, die Bildung einer Miliz aus dem werktätigen Volke unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen gefordert. Solange sich die SPD diesen Forderungen nicht anschließt, ist ihre „Abwehr monarchistischer und militaristischer Bestrebungen“ ein leeres Wort.

Ebensowenig wie die Frage des Fürstenvermögens ist die des Ausnahmezustandes unter den Verfassungsforderungen erwähnt. Der ursprüngliche Entwurf forderte: „Der Erlaß eines Ausführungsgesetzes zum § 48 der Verfassung mit der Maßgabe, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbefehlshaber übergehen sollte ...“ Wenn man aus dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht, kann man nicht den Ausnahmezustand ablehnen, der zu dieser Demokratie gehört. Die Einschränkung, daß die Diktatur des § 48 nur von Zivilisten à la Noske ausgeübt werden darf, schien aber offenbar den Heidelbergern als ein zu kleinlicher Konkurrenzneid. Der Abschnitt schließt mit der Forderung:

[210] „Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.“

Die Gleichstellung „ohne Unterschied des Besitzes“ setzt die Aufhebung des Kapital-Besitzes voraus, die „verfassungsmäßig“ nicht möglich ist.

In der Verwaltung setzt sich das Aktionsprogramm folgendes gar nicht bescheidene Ziel:

„Die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk als Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht.“

Der ursprüngliche Entwurf wollte noch kühner das Volk zum „unmittelbaren“ Träger der Verwaltung machen. Zur Verwirklichung dieses Zieles wäre eine Organisation der öffentlichen Verwaltung nötig, bei der wirkliche Massenorgane, aus der Masse hervorgegangen, mit der Masse engverbunden, der Masse verantwortlich. nicht nur beschließen, sondern durchführen. was den Massen der Werktätigen als notwendig erscheint. Die einzige Form einer solchen Verwaltung durch das Volk in der gegenwärtigen Epoche ist das Rätesystem. Aber im Heidelberger Programm ist nicht nur keine Rede von den Räten der werktätigen, verschwunden ist auch die alte demokratische Forderung des Erfurter Programms:

„Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.“

Was übrig blieb, ist jämmerliche reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung, eine Reichsgemeindeordnung. Verwaltungsgerichte zur Kontrolle der Verwaltung, ein Reichskommunalisierungs- und Enteignungsgesetz und ein einheitliches Dienstrecht für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften. Die einzigen Forderungen, die wenigstens ein Minimum von Demokratie in der Gemeinde garantieren sollten, Einkammersystem und Erledigung der Verwaltungsgeschäfte der Selbstverwaltungskörper unter eigener Verantwortung, werden von der SPD in der Praxis nicht beachtet, wie der Raub der Gemeinderechte durch die sozialdemokratische Heldt-Regierung in Sachsen zeigte.

Auch bei den Fragen der Justiz bleibt Heidelberg weit hinter Erfurt zurück. Dort hieß es:

„Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachenentschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.“

Dieses Programm ist schon preisgegeben in dem ersten Absatz des entsprechenden Abschnitts des Heidelberger Programms:

„Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geist erfüllte Rechtsordnung [211] und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.“

Das Görlitzer Programm hatte noch hinzugesetzt: „Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen“. Das demokratische Prinzip wäre offenbar verletzt, wenn Grundbesitzer ,md Kapitalisten unter den Richtern fehlten. Eduard Bernstein bemerkte in den Erläuterungen dazu,

man hätte in Amerika mit der Richterwahl schlechte Erfahrungen gemacht. In Deutschland würde es wegen der mangelnden politischen Erziehung noch schlimmer ausgehen, die Richter würden in Bezirken gewählt, die Republik dürfe, es aber nicht darauf ankommen lassen, „daß in ganzen Bezirken die Rechtsprechung Richterkollegien ausgeliefert werden würde, deren Mehrheit aus erklärten Gegnern der republikanischen Verfassung besteht“. Schließlich sei die Ernennung von Berufsrichtern durch ein republikanisches Justizministerium doch etwas ganz anderes als die Ernennung von solchen in der Gottesgnaden-Monarchie.

Das Argument von der politischen Unreife stellt sich immer pünktlich ein, wenn man Gründe gegen ein demokratisches Recht braucht. Gerade in der Überwindung der politischen Unreife besteht der Hauptwert aller demokratischen Institutionen in der bürgerlichen Gesellschaft. Kein Marxist kann glauben, daß das an sich unmögliche Programm der Abschaffung jeder Klassenjustiz (die die Abschaffung der Klassen voraussetzen würde, also die kommunistische Gesellschaft, in der überhaupt keine „Justiz“ nötig ist) durch die Richterwahl verwirklicht werden könnte. Aber die Richterwahl macht das Wesen der Klassenjustiz durchsichtiger. Solange die Richterämter mit den Vertretern des „alten Systems“ besetzt sind, ist es für die Arbeiter schwerer zu verstehen, daß das neue bürgerlich-republikanische System mit dem monarchistischen wesensgleich ist. Außerdem rollt die Richterwahl die Frage der Justiz vor der breiten Öffentlichkeit auf. Das gleiche gilt für die Beamtenwahl. Darum ist es durchaus richtig, daß in das Aktionsprogramm des Zehnten Parteitags die Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Richter und Beamten aufgenommen wurde.

Außer allgemeinen Prinzipien und süßlichen Redensarten über den „Geist der Humanität“ finden wir hier nur diese konkreten Forderungen: Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der unehelichen Kinder, Abschaffung der Todesstrafe, Wiederherstellung der Schwurgerichte, Verhaftung nur auf frischer Tat und auf Grund richterlicher Befehle. Diese Forderungen illustrieren nur die Tatsache, daß die „freieste Republik der Welt“ selbst hinter bürgerlichen Staaten um Jahrhunderte zurück ist. Die Aufhebung der mittelalterlichen §§ 218 und 219 zu verlangen, dazu mangelt es den Sozialdemokratischen Programm-Machern offenbar an Mut. Denn man darf ja nach den in Heidelberg aufgestellten Grundsätzen nichts fordern, was man als bürgerlicher Minister nicht verwirklichen kann.

[212] Die Forderungen zur S o z i a l p o l i t i k sind noch die gleichen, die 1891 in Erfurt aufgestellt wurden. Was die Revolution von 1918 davon gebracht hatte, ist dank der Politik der SPD bereits wieder verloren. So muß die SPD z. B. von der Republik, für deren Gestaltung sie in erster Linie die Verantwortung trägt, den S c h u t z d e s K o a l i t i o n s- u n d S t r e i k r e c h t s fordern, das praktisch durch sozialdemokratische Präsidenten, Minister und Polizeihäuptlinge gefährdet wurde, in erster Linie durch die Gründung der Technischen Nothilfe. Dies Kind will die SPD jetzt freilich verleugnen. Darum heißt es hier: „Die Sorge für die Erledigung der Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.“

Weiter wird gefordert: Verbot der Kinderarbeit, gesetzlicher Achtstundentag, „Einschränkung“ (nicht Verbot!) der Nachtarbeit, eine wöchentliche Ruhepause von mindestens 42 Stunden (hier ist die SPD, wenigstens im Programm, in 34 Jahren um ganze sechs Stunden vorwärtsgekommen), jährlicher bezahlter Urlaub, „Bekämpfung der Mißstände in der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen“ (diese Forderung ist f a l s c h, sie hindert die Einreihung der Heimarbeiter in den Klassenkampf), eine allgemeine Gewerbeinspektion als Reichseinrichtung „unter Heranziehung“ von Arbeitern und Angestellten (der Ausdruck ist charakteristisch, die Behörden des bürgerlichen Staates sollen Arbeiter und Angestellte für ihre Zwecke „heranziehen“, statt daß die Arbeiterschaft ihre Vertrauensleute wählt), „Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei dem Abschluß durch die Schlichtungsbehörde“ (der arbeitsgemeinschaftliche Schlichtungsschwindel, von dem schon reformistische Gewerkschaftsbürokraten abrücken mußten, ist also eine Programmforderung der SPD!), selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit (eine Forderung des Regierungsprogramms Luthers), „Vereinheitlichung der Sozialversicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge, Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen“, reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege unter Mitwirkung der Arbeiterklasse, Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Die letzten Forderungen sind nur verständlich, wenn man zwei sozialdemokratische Grundsätze voraussetzt, deren ausdrückliche Anführung leider im allgemeinen Teil unterblieben ist: 1. Alles, was das Reich tut, ist wohlgetan, 2. Alle internationalen Verträge und Vereinbarungen sind ein Segen für die Menschheit. Nur wenn man das voraussetzt, kann man sich damit begnügen, reichsgesetzliche und internationale Regelung der sozialpolitischen Fragen zu fordern, ohne ihren materiellen Inhalt festzulegen. (Schluß folgt.) [213]

*

Wilhelm Liebknecht zur Bauernfrage

Von Hermann Duncker

Am 29. März feiert das klassenbewußte Proletariat den 100. Geburtstag Wilhelm Liebknechts. Die Arbeiter der SPD, die vielfach noch mit unseren alten Genossen gemeinsam unter seiner Führung gestanden, haben ein Recht, ihn zu feiern. Kein Recht aber, den Soldaten der Revolution zu feiern, haben jene Führer, die die proletarische Revolution im Bunde mit Noske und Ebert erdrosselt haben, deren Taten seit 1914 eine Kette des Verrats an den Zielen waren, für die Liebknecht sein Leben lang gekämpft hat. Der Tote kann sich freilich nicht mehr wehren gegen die gierigen Griffe der sozialistischen Renegaten, die ihn jetzt aus dem Grabe zerren, um ihn, um seinen ruhmreichen Namen als Deckung für ihre feige bürgerliche Politik zu verwenden. Die Aufgabe, dagegen zu protestieren und den SPD-Arbeitern an dem Lebenswerk Liebknechts den einzig richtigen Weg zum Sozialismus zu zeigen, haben wir, die Kommunistische Partei. Nicht nur Karl gehört uns (den müssen uns jene Leute aus begreiflichen Gründen überlassen), auch Wilhelm, der „Alte“. Die Kommunistische Partei ist die wirkliche Erbin alles Großen und Revolutionären in der alten Sozialdemokratie.

Wie unaufrichtig die Reklamation Wilhelm Liebknechts für die SPD ist, zeigt jedes Blatt in der Geschichte seines Lebens. Man kann im Gegenteil sagen, daß der „Alte“ ein Bolschewik war schon vor dem Bolschewismus. Wenn die persönliche Tradition der revolutionären Kämpfe und Opfer, die proletarische Machteroberung als unverrückbares Ziel aller Politik und die Klarheit über taktische Notwendigkeit und Beweglichkeit, vor allem aber die restlose Hingabe an die kommunistische Bewegung selbst, zum Wesen des Bolschewiken gehören, so verdient von den alten deutschen Sozialdemokraten keiner in höherem Maße den Ehrentitel eines Bolschewiken als Wilhelm Liebknecht. Über das revolutionäre, geistige und moralische Milieu der alten Partei ragte er an Haupteslänge hinaus. In den schwersten Zeiten der Bewegung, in den 12 Jahren Ausnahmegesetz, war er der Partei der kampfesmutigste, weitschauendste und opferwilligste Führer.

Liebknecht ist der große „Schulmeister des Marxismus“ in der deutschen Arbeitermasse gewesen, als er 1862 aus der Meisterschule des Kommunismus, d. h. aus der 13jährigen persönlichen Unterweisung von Karl Marx in London, nach Deutschland zurückkehrte. Gewiß war Liebknecht kein Theoretiker wie Marx und Engels. Er hat einen guten Schuß politisch idealistischer Eigenwilligkeit nicht überwunden, die dem für das einige, freie und demokratische Groß-Deutschland schwärmenden Barrikaden-Studenten aus dem tollen Jahr 1848 noch immer anhaftete. Jedoch wurde dieser politische Notstand ihm geradezu zu einer politischen Tugend, insoweit Liebknecht dadurch mit unbezähmbarem Haß dem preußischen Staatsstreichler von oben, dem Junker Bismarck, auf der Fährte lag und alle Schritte desselben mit einem nur allzu berechtigten Mißtrauen und einer leidenschaftlich empörten Kritik verfolgte. So war es denn auch Wilhelm Liebknecht gewesen, der bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges sofort für rücksichtslose Verweigerung der Kriegskredite eingetreten ist und nur durch Bebels Zureden schließlich auf die mittlere Linie der Stimmenthaltung gebracht wurde. (Man bedenke die Schamlosigkeit der Kreditbewilliger und Burgfriedler von 1914, sich heute an diesen Mann heranzumachen!)

[214] Vor allem aber war Liebknecht Bolschewik in seinem Kampf gegen die rechten Abweichungen von der Linie des revolutionären Marxismus. Der reformistischen Infizierung, die sich im Verlaufe der neunziger Jahre in der SPD offenbarte, hat Liebknecht bis zu seinem Tod erbitterten Widerstand geleistet. Noch seine letzte Schrift vom Jahre 1899 trägt den bezeichnenden Titel „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis“ und war u. a. auch gegen die „Bußschrift Bernsteins“ gerichtet, gegen jene Schrift

„Die Voraussetzungen des Sozialismus“, die den Abfall vom Marxismus in der SPD zuerst theoretisch begründete, die die Grundlage ihrer heutigen Praxis ist. Liebknechts letztes Wort war ein Protest gegen die ersten Keime der gegenwärtigen Sozialdemokratie.

Liebknecht ist 1900 in unversöhnlichem Kampf gegen die revisionistische Gefahr gestorben, ungleich glücklicher daran als Bebel, der sich in seinen letzten Lebensjahren nicht mehr den Reformisten und dem sich bereits nach rechts neigenden kautskyschen Zentrum zu entziehen vermochte.

Im folgenden bringen wir einen Abschnitt zum Abdruck aus Liebknechts Schrift „Zur Grund- und Bodenfrage“ (Leipzig 1876, S. 187 bis 190). Sie war entstanden aus Vorträgen, die er 1870 zur Verteidigung und Popularisierung des Bodenenteignungsbeschlusses des Baseler Kongresses der Ersten Internationale gehalten hat. Uns scheint der Passus bemerkenswert, da er zeigt,. daß schon der alte Liebknecht auf dem Boden der revolutionären Bündnispolitik des Proletariats mit der Bauernschaft stand, die Marx entworfen und die Lenin später weitergebildet hat, einer Politik, die das gerade Gegenteil der sozialdemokratischen Bündnispolitik mit der Bourgeoisie darstellt.

*

„Man hat uns häufig als eine ausschließliche Arbeiterpartei hingestellt, das Wort Arbeiter im engsten Sinne des Industrielohnarbeiters genommen. Eine Arbeiterpartei sind wir, aber nicht in diesem beschränkten Sinne. Der Ackerbau ist so gut Industrie wie die Gewerbszweige, welche gewöhnlich unter diesem Namen begriffen werden. Und nicht bloß der Lohnarbeiter in Stadt und Land ist Arbeiter, sondern jeder, der nicht von der Ausbeutung fremder Arbeit lebt, also auch der Kleinbauer, der Kleingewerbetreibendes der zwar dauernd oder zeitweilig fremde Arbeit benutzt, jedoch nicht in dem Maße, daß er davon leben kann, ohne selber zu arbeiten. Wir sind eine Arbeiterpartei im Gegensatz zu der Partei der Monopolisten der Arbeitsmittel. Die Arbeit ist geknechtet und ausgebeutet, solange die Arbeitsmittel nicht Eigentum der Arbeiter sind. Und Eigentum aller Arbeiter können sie nur sein, wenn sie Eigentum der Gesamtheit, des Staates, der Gesellschaft sind. Die Arbeit ist Menschenpflicht. Jeder Mensch soll arbeiten, und wer arbeitsfähig ist und nicht arbeitet, hat kein Recht zu leben. In der heutigen Welt gilt der umgekehrte Grundsatz: der arbeitende Mensch wird unterdrückt, ist zum Elend verdammt; und der Faulenzer herrscht und schwelgt. Soll das so fortgehen? Will das arbeitende Volk ewig das Joch der Faulenzer tragen? Will es? Nein: kann es? Es kann nicht. Es kann nicht, wem es nicht auf sein Menschenrecht, seine Menschenwürde und seine Menschenexistenz verzichten will. Aus den Reihen der städtischen Arbeiter ertönt schon der Donnerruf: „Tod der Not und dem Müßiggang!“ Wie lange wirds dauern, bis er auf dem Land seinen Widerhall findet? Wir haben bisher vielleicht nicht genug für die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen unter der Landbevölkerung getan – und die Schwierigkeit der Propaganda auf dem Lande möge uns zur Entschuldigung dienen! – Das Versäumte muß aber nachgeholt werden. Menschenpflicht und Parteiinteresse schreiben es uns vor.

[215] Wir brauchen die Landarbeiter und Kleinbauern, soll unser Ringen nicht ein hoffnungsloses sein. Der unheilvolle Zwiespalt zwischen Stadt und Land, der bisher jede freiheitliche Bewegung gehemmt, vereitelt hat, muß aufhören. Das warnende Exempel Frankreichs ist nicht an uns verloren. Am 24. Februar 1848 stürzte Paris, die Stadt, den Thron des korrupten Bürgerkönigs; und neun Wochen später schickte das Land eine reaktionäre Nationalversammlung nach Paris, welche die neugegründete Republik untergrub und die Juni-Insurrektion zur Niederwerfung des sozialdemokratischen Industrieproletariats provozierte. Fünf und einen halben Monat nach der Juni-Schlacht wählte das Land mit überwältigender Majorität Louis Bonaparte zum Präsidenten der Republik und bereitete dadurch den Staatsstreich vor, welcher drei Jahre später die Republik vollends beseitigte und Frankreich der bonapartistischen Räuberbande zu systematischer Ausplünderung überlieferte. Das Land, das sind die Bauern. Die französischen Bauern haben das Kaiserreich gemacht aus blinder Furcht vor dem städtischen Sozialismus, in der törichten Hoffnung, das Empire werde sie aus dem Elend reißen. Wohlan, sie sind aus dem Regen unter die Traufe gekommen; die Säbeldiktatur, der sie, in ihrer Angst vor den eingebildeten Schrecknissen des Sozialismus, sich in die Arme geworfen, hat ihnen in Wirklichkeit die Übel gebracht, denen sie ausweichen wollten: seit dem 2. Dezember 1851 hat die Verarmung des französischen Bauerntums infolge der schamlosen

Mißregierung des Empire in furchtbar beschleunigter Progression zugenommen. Die Sozialisten hätten die Bauern aus den Händen der Wucherer, in denen sie sich jetzt winden, zu reißen gesucht, durch Anwendung des Assoziationsprinzips auf die Landwirtschaft und durch Staatskredit bessere Zustände angebahnt: das Kaiserreich saugt den Bauern die letzten Säfte aus, – die Herren in den Tuilerien denken: wenn es nur uns aushält! Wenn wir nur schlemmen und im Mark der Nation schwelgen können – après nous de deluge! (Nach uns die Sündflut!)

Nach Berichten aus Frankreich beginnt es dort in den Köpfen der Bauern zu tagen. Ich will wünschen, daß dem so sei, im Interesse Frankreichs und der Bauern! Gewiß ist: für die Bauern gibt's keine andere Rettung als im Sozialismus. D a s r o t e G e s p e n s t i s t d e r H e i l a n d ...

Tief eingewurzelte Vorurteile sind nicht mit einem Mal auszurotten; und ehe sie ausgerottet sind, erheischen sie Schonung, sollen nicht schlimme Folgen eintreten. Die Zeit und die Verhältnisse werden das ihrige tun. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Der ländliche Arbeiter hat genau dasselbe Interesse wie der städtische Arbeiter; der Kleinbauer genau dasselbe Interesse wie der Kleinhandwerker und Kleinkrämer. Der ländliche Arbeiter ist Proletarier, der Kleinbauer wird es; jener ist direkter Sklave des Kapitals, dieser indirekter Sklave des Kapitals und Rekrut für die Armee der direkten Sklaven des Kapitals – das ist der ganze Unterschied. Die städtischen Arbeiter und die Verständigen unter den städtischen Kleinhandwerkern und Kleinkrämern haben begriffen, daß ihre traurige Lage die Folge der heutigen Produktionsweise ist, und suchen darum diese durch genossenschaftliche Produktion zu ersetzen. Die ländlichen Arbeiter und Kleinbauern haben bisher ihrer Mehrzahl nach die sozialistischen Bestrebungen ihrer verkannten Brüder bekämpft, sich zu Werkzeugen des gemeinsamen Feindes hergegeben. Mögen sie das Selbstmörderische ihres Handelns einsehen! Der Tag, an welchem der ländliche Arbeiter und Kleinbauer dem städtischen Arbeiter und Kleinbürger die Hand reicht, ist der Tag der Befreiung beider: Nicht: Hie Stadt! Hie Land! sei die Losung, sondern: Hie Stadt u n d Land, brüderlich verbündet gegen die gemeinsamen Feinde Arbeit!" [216]

RUNDSCHAU

Internationale Politik

Die Völkerbundversammlung, die die Aufnahme Deutschlands vollziehen sollte, mußte der starken imperialistischen Gegensätze wegen ergebnislos vertagt werden. Die Locarnomächte erklärten zwar feierlich, daß der Locarnopakt weiter bestehen bleibe, in Wirklichkeit aber hat die ganze englische Locarnopolitik Bankrott gemacht[*)].

Eine besondere Rolle spielte in den Mächteumgruppierungen, wie sie hinter den Genfer Kulissen vor sich gingen, I t a l i e n. Italien ist insofern der europäische „Gegenspieler" Deutschlands, als der jetzt neu erwachende Imperialismus des stark industrialisierten und überbevölkerten Italiens genau so im Schatten einer Großmacht seine Pläne zu verwirklichen sucht, wie Deutschland. Die Interessenkonflikte Italiens mit Frankreich im Mittelmeer, in Vorderasien und Nordafrika machen es zum „natürlichen Verbündeten" Englands in seinem Kampfe gegen Frankreich. Nach dem italienisch-englischen Vertrag kamen kurz vor der Genfer Tagung Vereinbarungen zwischen Italien und Jugoslavien, Italien und Griechenland, Bulgarien und Jugoslavien und schließlich Griechenland und Jugoslavien zustande oder wurden zumindest angebahnt. Alle diese Vereinbarungen, deren Mittelpunkt Italien ist, liegen im wesentlichen auf der englischen Linie der Vorbereitung eines K r i e g e s g e g e n d i e T ü r k e i und der Schwächung der französischen Positionen, insbesondere der Kleinen Entente in Mitteleuropa. Es ist aber nicht zu verkennen, daß Italien über die englischen Pläne hinaus auch weitere Kombinationen hat, um sich eine größere Aktionsfreiheit zu sichern und sich bei der Zuspitzung des englisch-französischen und amerikanisch-englischen Gegensatzes dem Meistbietenden anzuschließen. Italien hat ebensowenig endgültig „optiert", wie die in Bewegung geratenen alten Gruppierungen des Versailler Europas schon endgültig umgeordnet, oder etwa die Orientierung Deutschlands schon „endgültig" ist.

Entscheidende Bedeutung kommt dem E i n g r e i f e n A m e r i k a s zu. Der Hauptexponent der amerikanischen Außenpolitik in Europa, der Londoner Botschafter Amerikas, H o u g h t o n, fuhr vor

[*)] Siehe den Artikel dieses Heftes „Der Geist von Locarno in Genf".

Beginn der Genfer Konferenz nach Washington. Auf Grund seiner Berichte über die Widerspenstigkeit der europäischen Mächte, besonders Englands, wird in Washington ein aggressives Vorgehen vorbereitet. Die englisch-amerikanischen Beziehungen haben sich gleich nach Schluß der Genfer Tagung ungemein verschlechtert.

*

Während die Mächte in Genf vom Weltfrieden deklamierten, sprechen ihre Geschütze in China eine andere Sprache. Die stark angewachsene nationalrevolutionäre Bewegung läßt die Imperialisten zu neuen Schlägen gegen die Unabhängigkeit Chinas ausholen. Ende Februar sollte die Boykottbewegung der Kantoner Behörden gegen die englischen Waren zum Vorwand dienen, um einen bewaffneten Konflikt zu provozieren. England ließ über Kanton die Blockade verhängen und forderte die in Kanton völlig ohnmächtige Pekinger Zentralregierung in einer frechen Note auf, die Boykottbewegung der Kantoneser abbrechen zu lassen. Die Nichterfüllung dieser Forderung sollte als Vorwand dienen, um gegen Kanton „gesetzlich" vorzugehen, England mußte aber die Blockade Kantons bald aufheben, weil Amerika gegen diese Maßnahme protestierte und die Blockade eine Steigerung der revolutionären Bewegung auslöste.

Die Kantoner Blockade war ein Teil eines großangelegten imperialistischen Interventionsplans. Denn gleichzeitig wurden die chinesischen weißgardistischen Streitkräfte Wupeifus von Süden und Tschangtsolins von Norden gegen die Nationalarmee Fengs zu einem konzentrischen Angriff vorgeschickt. Die südliche Revolutionsarmee Kantons wagte man nicht anzugreifen, da sie durch Hinzukommen benachbarter Militärgouverneure gestärkt worden ist. Aus dem konzentrischen Angriff der weißgardistischen Kräfte gegen Feng wurde eine erbitterte Schlacht um den Besitz Tientsins, die seit Anfang März anhält. Die imperialistischen Mächte, insbesondere Japan, begünstigen ganz offen die chinesischen Weißgardisten und versuchen, ihnen die Eroberung Tientsins durch die Öffnung der Flußmündung vor den Takuforts zu erleichtern. Zu diesem Zweck wurde die Pekinger Regierung schon mit einem Ultimatum bedroht. Vor Tientsin hat sich zur Unterstützung der Weißgardisten eine internationale Flotte versammelt[*)].

*

In die Genfer Verhandlungen platzte die Regierungskrise in Frankreich. Briand wurde von den Sozialdemokraten wegen der von ihm geplanten indirekten Massensteuern gestürzt, Die neue Briand-Regierung, die nach ihrer Zusammensetzung noch weiter nach rechts griff, erhielt von denselben Sozialdemokraten nach Genf schon ein erstes Vertrauensvotum. Trotzdem ist zu erwarten, daß es in der Steuerdebatte bald zu einer neuen Regierungskrise kommt.

Ebenfalls wegen allzu drückender Massensteuern und des allgemeinen reaktionärem Kurses der Regierung vermochten auch die tschechischen Sozialdemokraten vor den Arbeitern die ,.Regierungsverantwortung" [217] nicht mehr zu tragen. Die trat formell zurück, trat ihren Platz einem „Beamtenkabinett" ab. das mit sozialdemokratischer Unterstützung die reaktionäre Gesetzgebung vollenden und dann wieder der alten Koalition mit den Sozialdemokraten den Platz räumen wird.
20.III. Georg.

*

Sowjetunion

Die Wahlen zu den Sowjets zeitigen die Früchte der sowjetistischen Nationalitätenpolitik. Die Aktivität der nationalen Minderheiten ist stark gewachsen. Nach den vorläufigen Angaben beträgt die Wahlbeteiligung der nationalen Minderheiten in der Krim 65 bis 70 Prozent, in der Tatarenrepublik 55 Prozent (gegenüber 20 Prozent im Vorjahre), in der deutschen Wolgarepublik 43 Prozent usw. Die nationale Zusammensetzung der Sowjets hat sich ebenfalls stark zugunsten der örtlichen Nationalitäten verschoben. So sind in der deutschen Wolgarepublik 69 Prozent Deutsche, im Kalmückengebiet 95 Prozent Kalmücken, in Karelien 46 Prozent Karelier usw.

[*)] Inzwischen ist Tientsin gefallen, und die Nationalarmee hat sich um Peking konzentriert. D. Red.

Zu den Erfolgen der sowjetrussischen Nationalitätenpolitik ist u. a. der Kongreß der Türkologen zu zählen, der in B a k u zusammengetreten ist.

G e o r g i e n beging in diesen Wochen den fünften Jahrestag seiner Sowjetisierung. Als Bestandteil der USSR. kann Georgien nach fünf Jahren ein wirtschaftliches Gedeihen, staatliche Erstarkung und kulturelle Fortentwicklung verzeichnen.

*

Die Staatliche Planwirtschaftskommission („Gosplan“) gibt jetzt die Revision der sogenannten Kontrollziffern vom 30. August 1925, die seinerzeit als Grundläge der Diskussion dienten. Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion, die mit 11 436 Millionen Vorkriegsrubeln beziffert wurde, erhöht sich um 153 Millionen Rubel. Der Gesamtwert der industriellen Produktion wird nunmehr mit 5275 Millionen beziffert. Der A r b e i t s l o h n beträgt im Monatsdurchschnitt 53 Rubel (115 Mark), etwa 102 bis 103 Prozent des Friedenslohns. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Vorjahre, die ursprünglich mit 15 Prozent errechnet wurde, wird nur 10 Prozent erreichen.

Als Hauptmängel und Fehler der im laufenden Wirtschaftsjahr eingehaltenen Politik sind nach Auffassung des „Gosplan“ die folgenden anzusehen: 1. zu späte Revision des Programms der Getreidekampagne im Hinblick auf die Verminderung der Getreideernte; 2. unvorsichtige Einfuhr-Lizenzpolitik; 3. künstliche Steigerung des Konsums trotz der eingetretenen Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufbaues; 4. ungenügende Organisation in der Verwendung des Kapitals für industrielle Neuanlagen; 5. Fehler in der Brennstoffversorgungspolitik; 6. ungenügende Regulierung des Binnenmarktes; 7. zu schleppende Realisierung der inneren Wiederaufbau-Anleihe,

Das Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität hinter dem Wachstum der Löhne bildet ein ernstes Moment in der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Laut Statistik beträgt die Arbeitsleistung eines Arbeiters an einem Tag im ersten Quartal dieses Wirtschaftsjahrs 116,2 Prozent der Leistung im ersten Viertel des Vorjahrs. Die Löhne aber sind stellenweise um 19,6 bis 27,7 Prozent gestiegen, wobei der R e a l l o h n in vielen Industriezweigen den der Vorkriegszeit übersteigt. Dies wird in erster Linie erklärt durch die Eingliederung neuer bedeutender Arbeiterkaders von mangelnder Qualifikation in den Produktionsprozeß (372.000 Personen in den letzten 7 Monaten). Infolgedessen haben auch Arbeitsausfall und Zeitvergeudung im Betrieb zugenommen. Dies veranlaßte die Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane, der Frage der Arbeitsleistung erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

*

Von den Fragen des neuen proletarischen Alltags hat die Diskussion über die Reform der E h e g e s e t z e bemerkenswerte Resultate ergeben. Auf Beschluß des Zentralexekutivkomitees wurde die Diskussion des Gesetzentwurfs, der die unregistrierte („wilde“) Ehe der registrierten gleichstellen sollte, in die breitesten Massen der Arbeiterschaft und Bauernschaft hinausgetragen. Die öffentliche Diskussion ergab, daß nicht jede zufällige geschlechtliche Verbindung als Ehe mit ihren juristischen Folgen anzusprechen sein soll, sondern nur in jenen Fällen, wo die beiden Teile durch ihre Lebensverhältnisse sich als Gatten betrachten und vor der Welt als solche gelten. Für das Dorf hat diese Frage eine besondere Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht, da die gegenseitigen Besitzverhältnisse der Ehegatten durch den B o d e n k o d e x bestimmt werden. Die Frage der Sorge um das Kind, die Alimente, darf nicht in Schmarotzerei ausarten, so daß die geschiedene Frau zu einer lebenslänglichen Pensionärin wird; aber eine völlige Abschaffung der Alimente soll in keinem Fall eintreten, auch nicht bei Arbeitslosen. Der Verschlag der Genossin Kollontay, einen staatlichen Fonds aller Väter für die Versorgung der kommenden Generation zu schaffen, wird von seiten der Sowjetjuristen unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen als Utopie abgelehnt.

*

An der ideologischen Front wäre auch der R u n d f u n k-Kongreß in Moskau zu registrieren, der die Ausnutzung des Radio im Dienste des Proletariats behandelte.

6.III.26. F r i d a R u b i n e r.

Agrarfrage

Die Prophezeiungen der kleinbürgerlichen Harmonieökonomen in der Art eines Sering und Aereboe sind völlig zusammengebrochen. Diese hatten vom Dawes-Vertrag und seinen Folgen eine wachsende Kaufkraft der Massen und dementsprechend eine Steigerung der [218] Preise der landwirtschaftlichen Waren, also eine Beseitigung der Agrarkrise, erhofft. Heute aber, wo die Folgen der Mißernte von 1924 beseitigt sind und wir eine gute Mittelernte zu verzeichnen haben, ist die Agrarkrise erneut im Weltmaßstab (mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die eine ungewöhnlich schlechte Ernte hatten) Tatsache, obwohl die Preise der landwirtschaftlichen Artikel auf dem Weltmarkt über dem Friedensstand liegen. Eine katastrophale Abwärtsbewegung der Preise von Roggen, Gerste, Kartoffeln und Wein war seit dem Beginn des neuen Erntejahrs gegeben. Nunmehr folgt auch der Weizen der allgemeinen Sturztendenz, nachdem ein halbes Jahr lang durch die Unübersichtlichkeit des Weltmarkts (Minderertrag der überseeischen Überschußgebiete, mit Ausnahme Kanadas, Mehrertrag der europäischen Zuschußgebiete) der Preissturz hintangehalten

Im Dawes-Deutschland nimmt die Krise einen viel schärferen Verlauf als irgendwo anders. Die wesentliche Ursache hierfür ist die Überspannung der Aufwendungen (Kunstdünger) für die Ernte von 1925 in Erwartung eines glänzenden Absatzes. Es erwies sich jedoch, daß der deutsche Markt für die deutsche Getreideernte, insbesondere für die Roggenernte, nicht aufnahmefähig war. Hieran trägt nicht vor allem die verminderte Konsumfähigkeit der Massen schuld. Diese wirkt sich viel stärker in den Absatzschwierigkeiten der Industrie aus, da naturgemäß zu allerletzt an den notwendigsten Nahrungsmitteln gespart wird. Entscheidend für die Absatzschwierigkeiten ist vielmehr die katastrophale Kreditkrise, die die Mühlen zwingt, sich laufend nur für kürzeste Frist einzudecken. So entsteht die paradoxe Lage, daß, obwohl die Gesamternte nicht ausreicht, um den Inlandsbedarf zu decken, Deutschland Getreide zu niedrigen Preisen ausführt, während es in den letzten Monaten des Erntejahrs ausländisches Getreide zu höheren Preisen wird einführen müssen. Hinzu kommt noch, daß die beiden durch die Weltkrise am schwersten getroffenen Artikel, Roggen und Kartoffeln, die Hauptprodukte des deutschen Ostens sind. All dies zusammen zwingt die landwirtschaftlichen Verkäufer, zu jedem Preise loszuschlagen, so daß die Berliner Roggenpreise schon unter Friedensstand liegen.

Die deutschen Junker meinten, sich vor den drohenden Gefahren durch Schutzzölle zu sichern. Diese Schutzzölle bedeuteten eine verschärfte Verelendung jener Kleinbauernmassen, die auf Zukauf von Getreide angewiesen sind, verfehlten aber ihren Zweck, den Großbauern und Junkern zu helfen. Der Sturz der Preise auf dem Weltmarkt und die innere Kreditnot haben die Schutzzollschranken hinweggeschwemmt. Die gesamte deutsche Landwirtschaft ist derzeit nicht in der Lage, die ungeheure Schuldenlast abzuzahlen. Auch hier machen sich die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise unmittelbar geltend. Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft ist noch immer erheblich niedriger als vor dem Kriege. Aber während die Vorkriegsschuld zum allergrößten Teil aus langfristigen und niedrig verzinslichen Hypotheken bestand, drückt sich die Nachkriegsverschuldung in hoch verzinslichen kurzfristigen Wechselverpflichtungen aus, die abzudecken der Landwirt bei der gegenwärtigen Preislage nicht imstande ist. Die erste Folge dieses Zustandes war der Zusammenbruch einer ganzen Anzahl landwirtschaftlicher Genossenschaften. Betroffen wurden von der Katastrophe vor allem Genossenschaften des Landbundes, die sich durch eine unsachgemäße Geschäftsführung, Anstellung von politisch zuverlässigen, kaufmännisch ungeschulten Offizieren als Leiter, politische Rücksichten bei der Kredithergabe usw. auszeichneten. Alle diese Genossenschaften hätten sich aber natürlich bei einer etwas günstigeren Gesamtlage halten können. Sie brachen sämtlich an der Uneinbringlichkeit ihrer Forderungen zusammen, Gegenwärtig greift die Krise schon weiter. Gelegentliche Berichte geben erschreckende Zahlen über die Zwangs- und Notverkäufe.

Welche Auswege aus der Krise gibt es? Zunächst kommt in Frage staatliches Eingreifen durch Liebesgaben jeder Art. Dies wird bereits im größten Maßstab praktiziert. Man denke an den großen Golddiskontbankkredit von zirka 100 Millionen Mark, der in diesen Wochen der Landwirtschaft zugeführt wird, an die Steuernachlässe, Kreditprolongationen unter staatlicher Garantie (z. B. die neuen Kredite des Stickstoffsyndikats) usw. Aber diese Kredite reichen kaum aus, um einen Bruchteil der im letzten Erntejahr aufgelaufenen Schulden der Landwirtschaft zu decken. Sie werden zu Sätzen

vergeben, die zwar teilweise für den Großgrundbesitz erträglich, für den Kleinbauern aber schlechthin unerschwinglich sind. Bei den Steuererleichterungen verstehen die Junker gleichfalls, den Löwenanteil für sich ins Trockene zu bringen.

Der zweite Weg zur Hilfe besteht in einer Verminderung der Kapitalaufwendungen mit einer dementsprechenden Verminderung der Erträge, welche die Ernährung der werktätigen Massen aufs schwerste gefährdet. Zu diesem Weg hat der diesjährige Landbundtag in Cassel (natürlich vor allem, um weitere Liebesgaben zu erzwingen) aufgerufen. Auch dieser Weg, von dem im größten Maße Gebrauch gemacht wird, ist nur für den Großgrundbesitz anwendbar. Für den kapitallosen Kleinbauern ist seine Arbeitskraft das entscheidende Produktionsmittel. Jede Extensivierung bedeutet für ihn sofortigen Untergang.

Der dritte mögliche Weg liegt in der entgegengesetzten Richtung: Umstellung auf hochwertige Produkte der Viehzucht und des Gartenbaues, Umstellung der gesamten deutschen Landwirtschaft auf den Export. Dies ist der von Aereboe und den hinter ihm stehenden demokratischen Kreisen vorgeschlagene Weg, der, wie das Beispiel Dänemarks beweist, „an sich“ gangbar ist. „An sich“ heißt aber hier ohne Berücksichtigung der mit der Lage Deutschlands unter dem Dawes-Plan untrennbar verknüpften Kreditkrise. Denn diese Umstellung, soweit ihr nicht überhaupt durch die Eigenheiten des deutschen Bodens Schranken gesetzt sind, kostet Geld und dieses fehlt. [219] Können doch (siehe oben) nicht einmal die fälligen Schulden gedeckt werden. Die allgemeine Wirtschaftskrise macht es unmöglich, jene gar nicht so kostspieligen Maßnahmen zu ergreifen, die der deutschen Landwirtschaft (in einem Lande, das keinesfalls seinen eigenen Verbrauch decken kann!) einen gesunden Boden sichern würden.

Was bleibt den Agrariern unter diesen Umständen übrig? Sie werden die aktivste Kraft der Reaktion, die auf die Diktatur hinarbeitet, um durch „Herabsetzung der Lasten“, Steuerabbau usw. sich finanziell zu erleichtern. Als besondere landwirtschaftliche Forderung erheben die Agrarier den Ruf nach einer abermaligen Erhöhung der Schutzzölle. Es ist klar, daß alle diese Forderungen nur im schärfsten Kampf gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt werden könnten.

Für die Kleinbauernschaft kommt dieser Ausweg wie die anderen Rezepte der Agrarier nicht in Frage. Nicht nur, daß alle Steuererleichterungen, Steuerherabsetzungen, Steuernachlässe, Kreditgarantien von der junkerlichen Verwaltung den Großen zugeschanzt werden und daß die Zölle für sie tatsächlich unnütz sind: der Weg der Junker ist ein Ausweg auf Kosten der kleinen Bauern. Auf Grund dieser Tatsachen vollzieht sich schärfer als jemals früher eine Differenzierung zwischen Groß- und Kleinbauern. Am krassesten ist diese Differenzierung in der rheinischen Winzerbewegung zum Ausdruck gekommen. Die rheinischen Winzer, welche infolge des Sturzes der Weinpreise im vollsten Sinne des Wortes zu Grunde gehen, kämpfen freilich noch unter schutzzöllnerischen Parolen. Aber, indem sie gleichzeitig mit dem Kampf gegen den räuberischen Staat ernst gemacht haben, sind sie offen mit der bürgerlichen Staatsgewalt zusammengestoßen. Die Erstürmung des Finanzamts in Bernkastel, die gewaltsame Befreiung der dabei Inhaftierten stellen einen Wendepunkt in der deutschen Bauernbewegung dar. Die wachsende Verelendung muß diese Gegensätze vertiefen und die Winzer an die Seite des Proletariats führen. Eine ähnliche Bewegung, weniger radikal, aber organisierter, macht sich in Bayern, vor allem in Niederbayern geltend. Dort hat die Linke des kleinbäuerlichen „Bayrischen Bauernbundes“ die Führung an sich gerissen, den Kampf mit dem regierungsfreundlichen Flügel bis nahe an die Spaltung der Partei getrieben und befindet sich in offenem Aufruhr gegen das Bündnis mit Dr. Heim und seinen großbäuerlichen „christlichen Bauernvereinen“. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Bewegung rapide fortschreiten wird, es ist aber sicher, daß sie sich andauernd vertiefen muß. Denn während die Wege der Großen und Kleinen in der Landwirtschaft auseinander gehen, hat das Proletariat der Bauernschaft für das Bündnis etwas zu bieten: Herabsetzung der Kartellpreise, einseitige Steuerbelastung des Großbesitzes, Enteignung und Aufteilung des Großbesitzes, insbesondere der Fürstenhäuser, das einen großen Teil der landarmen Bauern sofort zufriedenstellen würde.

8.III. W e g n e r.

Freidenkerbewegung

Die Hauptmasse der deutschen Freidenker steht in dem „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“, der seinen Sitz in Berlin hat und es in den 20 Jahren seines Bestehens auf über 500.000 Mitglieder gebracht hat. Ursprünglich nur ein Arbeiter-Feuerbestattungsverein, kann er sich jetzt als Freidenkerorganisation bezeichnen. Den Abschluß dieser Entwicklung soll nunmehr die Schaffung eines eigenen „Kulturprogramms“ dokumentieren.

Das Programm liegt im Entwurf vor. Es wird den verschiedenen Verbänden Deutschlands auf der Freigeistigen Woche vom 6., 7. und 8. April 1926 als Grundlage für eine Aussprache dienen und danach den Delegierten der Generalversammlung am 9. und 10. April unterbreitet werden. Es soll ein Mittel sein, die freigeistigen Verbände Deutschlands zu einigen. Zur gleichen Zeit wird die Frage des Beitritts zu einer der bestehenden Freidenker-Internationalen erörtert werden.

Freidenker-Internationalen gibt es eine ältere, die Brüsseler Internationale (Internationale Föderation der Freidenker) und die IPF (Internationale proletarischer Freidenker), die im Gegensatz zur erstgenannten als die Wiener Internationale bezeichnet wird. Von jeder dieser Internationalen sind Leitsätze mitgeteilt in der Märznummer des Organs „Der Freidenker“.

Von deutschen Organisationen kommen für die erstrebte Einigung in Betracht außer dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung die GpF (Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Sitz in Leipzig, Organ: „Atheist“), der Volksbund für Geistesfreiheit und der Deutsche Monistenbund. Diese vier Organisationen sind bereits zusammengeschlossen zu der „Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik“ mit dem Sitz in Hamburg. Von ihnen ist die zweitgrößte (zirka 70.000 Familien angeschlossen) die GpF, der radikalste dieser Vereine. Was sich kürzlich innerhalb der GpF. in Leipzig abspielte, war natürlich mehr als „Bonzenkrach“. Der kommunistische Einfluß macht den Sozialdemokraten die Vorherrschaft strittig, und das führt zu sozialdemokratischen Spaltungsversuchen.

Selbstverständlich, daß bei der ungleichartigen Zusammensetzung des verschiedenen Organisationen auch die allseitige Annahme programmatischer Richtlinien nur einen problematischen Wert hat: das Entscheidende sind die praktischen Auswirkungen. Religion ist nichts als eine Art Politik, und die beste Art der Einigung wird darum das Zusammengehen der Verbände bei politischen Aktionen sein. Die GpF hat auch in richtiger Erkenntnis der gegenwärtigen politischen Situation und Aufgaben bereits in der Frage der Fürstenabfindung Stellung genommen. Eine dauernde Einigung der Freidenkerorganisationen kann natürlich nur auf dem Boden einer einheitlichen Politik. d. h. auf dem Boden des Kommunismus, erfolgen.

Von den spezifischen Aufgaben, die der Freidenkerbewegung in nächster Zukunft [220] gestellt sind, nennen wir die Förderung des Kirchenaustritts, der Befreiung der Schulkinder vom Religionsunterricht, den Kampf gegen den bekannten reaktionären Reichsschulgesetzentwurf, Zusammenschluß der verschiedenen Freidenkerorganisationen, besonders aber das Einschwenken in die Einheitsfront des Proletariats bei allen größeren politischen Aktionen.

Übrigens stellen die Arbeitsrichtlinien der „Internationale proletarischer Freidenker, die auf dem zweiten Kongreß der IPF in Leipzig, Dezember 1925, beschlossen wurden, ein vorzügliches Aktionsprogramm dar, wenn es tatsächlich durchgeführt wird. Weniger marxistisch muten die Leitsätze der Internationalen Föderation der Freidenker (Brüsseler Internationale) an; jedoch auch sie verwerfen „den Mißbrauch der Regierungsgewalt auf religiösem Gebiet, die Klassenherrschaft auf politischem Gebiet und das Kapital auf wirtschaftlichem Gebiet“, allerdings im „Namen der Menschenwürde“. Welcher der bestehenden Freidenker-Internationalen sich die deutschen Organisationen, sofern sie auf marxistischem Boden stehen wollen, anzuschließen haben, kann nicht zweifelhaft sein. Die IPF hat die Zukunft.

Das bereits erwähnte, vom Verein der Freidenker für Feuerbestattung zur demnächstigen Diskussion vorgelegte „Kulturprogramm“ interessiert eigentlich nur in seinem letzten Teile über die „Aufgaben der Bewegung“, weil darin einige greifbare „Teilziele „ gegeben werden, während sich dieses Programm durch seine wolkenferne Abstraktheit im übrigen einer näheren Betrachtung entzieht. Die Freidenkerbewegung, heißt es unter den „Aufgaben“, arbeitet positiv an den bereits innerhalb der bürgerlichen Ordnung durchführbaren Einrichtungen (weltliche Schule, lebenskundigen Unterricht

usw.) mit. Was den lebenskundlichen (nicht „lebenskundigen“) Unterricht betrifft, so meinen wir, bietet dieser Name allein noch keine Gewähr, daß ein solcher Unterricht, wo er im Lehrplan erscheint, auch schon im proletarischen oder atheistischen und nicht etwa im bürgerlichen Geiste erteilt wird. Für den „lebenskundlichen Unterricht“ kann man sich so wenig wie für einen „staatsbürgerlichen Unterricht“ einsetzen. Die „weltlichen Schulen“ ferner können von uns nicht so erstrebt werden wie bisher, wo sie zur Isolierung und Einkapselung der revolutionären Elemente in der Lehrerschaft und Schülerschaft dienen.

„Bei allen ihren Maßnahmen“, heißt es weiter in den „Aufgaben“, „läßt sich die sozialistische Freidenkerbewegung von dem Grundsatz leiten, daß die Erfüllung der proletarischen Schichten mit geistigem Bewußtsein und dem Drang nach kulturellem Aufstieg die sittliche Grundlage für die im Klassenkampf unerläßliche Solidarität der Volksmasse darstellt.“ – Hier muß man doch fragen: Ist der „Geist“, die „Kultur“, die „Sittlichkeit“ an sich gleichbedeutend mit sozialistischem Geist, sozialistischer Kultur, sozialistischer Sittlichkeit, wie der Verfasser des „Kulturprogramms“ ohne weiteres vorauszusetzen scheint?

Völlig klar ist der Programmentwurf allerdings in dem Punkte, wo er sich über das Verhältnis des Freidenkertums zur Politik ausspricht. „Die Freidenkerbewegung ist sich der Größe ihrer Aufgabe, aber auch der Grenzen ihrer Tätigkeit bewußt. Sie steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß die Führung des politischen Kampfes Aufgabe der politischen Parteien ist, während sich die Aufgabe der sozialistischen Freidenkerbewegung darin erschöpft, die Volksmassen zum Verständnis für den kulturellen Inhalt der sozialistischen Idee zu erziehen. Sie hat für den großen Befreiungskampf des Proletariats die geistigen Voraussetzungen zu schaffen und hierdurch ist ihre Existenz historisch bedingt.

Die geistigen Voraussetzungen für den großen Befreiungskampf des Proletariats werden nur durch die Teilnahme am Befreiungskampf selbst geschaffen. Nur so werden die Massen zum Verständnis für den Inhalt (auch den kulturellen!) der sozialistischen Idee erzogen. Nicht nur frei d e n k e n, sondern h a n d e l n mit den revolutionären Mitteln des Klassenkampfes!

Man sieht, wo an das „Kulturprogramm“ die bessernde Hand anzulegen ist, ehe es der proletarischen Freidenkerbewegung Weg und Ziel sein kann.

H. E i l d e r m a n n.

LITERATUR

A. Gurland: „Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart“

Zur taktischen Orientierung der Sozialdemokratie in der Nachkriegsphase des Kapitalismus. Leipzig 1925. Druck und Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig

Der völlige Bankrott der Politik der deutschen Sozialdemokratie wird heute nicht nur indirekt zugegeben auf dem Wege über die notgedrungene Anerkennung der bolschewistischen Politik, sondern direkt auch für Deutschland. In zwei Schriften, die in letzter Zeit von Vertretern der jüngeren Generation des Austromarxismus herausgebracht wurden, findet die obige Tatsache beredten Ausdruck. Diese Schriften sind aus verschiedenen Gründen von Interesse. Erstens einmal geben sie einen Einblick in die theoretische Reife der jüngeren Führergruppen innerhalb der SPD. Sie zeigen, was die sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren gegenwärtigen Hoffnungen an die linken [221] Führer zu erwarten haben. Zweitens behandeln diese Schriften die Frage der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung und machen den Versuch, aus der verflossenen revolutionären Periode die Konsequenzen zu ziehen und eine taktische Orientierung der SPD in der Periode der relativen Stabilisierung vorzuschlagen. Drittens geben die Schritten Aufschluß über die Nachwirkungen der austromarxistischen Schule und die Anwendung des austromarxistischen Opportunismus in Deutschland[*)].

[*)] A n m e r k u n g d. R e d a k t i o n: Genosse B ö t t c h e r bezieht sich hier noch auf die von uns schon besprochene Broschüre von S a u p e (s. Heft 4, S. 97, und Heft 5, S. 152). Wir haben, um Wiederholungen zu vermeiden, die Teile des Artikels, die sich auf diese Broschüre bezogen. gestrichen. Neuerdings (s. „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. März) setzt Saupe seine Kindereien fort und versucht, eine politische Linie daraus zu machen. Es wird nötig sein, diese Versuche, bei denen er mit Katz auf einer Linie operiert, im Auge zu behalten.

In der negativen Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes in der SPD sind sich Gurland und Saupe einig. Gurland macht. zum Ausgangspunkt seiner Broschüre die völlige Direktionslosigkeit der SPD in Theorie und Praxis. Er schreibt:

„Heute noch wogt der Meinungskampf innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Alle Anschauungen und Begriffe des politischen Lebens scheinen im Fluß zu sein. Nichts Feststehendes, nichts Anerkanntes. K e i n e a l l g e m e i n g ü l t i g e T h e o r i e u n d k e i n e e i n h e i t l i c h e P r a x i s.“

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, vom Standpunkt der linken Führer aus die „taktische Orientierung der Sozialdemokratie in der Nachkriegsphase des Kapitalismus“ positiv zu beeinflussen. Er bekennt sich zur marxistischen Methode und will von diesem Boden aus alles bekämpfen, „was sich nach und nach im Denken der f ü h r e n d e n S c h i c h t e n der Sozialdemokratie an f r e m d a r t i g e n D e n k e l e m e n t e n eingebürgert hat. Die Unfähigkeit der Linken, von einer sicheren theoretischen Grundlage aus die „fremdartigen Elemente“ zu analysieren und die Arbeiterschaft aus dem Sumpfe des mit marxistischer Terminologie verhüllten bürgerlichen Liberalismus herauszuführen, offenbart sich bei Gurland in geradezu katastrophaler Weise. Der Revisionismus der Bernstein, Schippel, Calwer ist heute die offizielle Taktik des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Die Arbeiterschaft lehnt in ihren breitesten Schichten diese bürgerliche Politik ab. Es kommt also nicht so sehr darauf an, diesen offenen Reformismus vor den Arbeitern zu entlarven – den erkennen sie aus eigenem praktischem Erleben. Die wichtigste Aufgabe besteht vielmehr darin, den versteckten Opportunismus, die Verfälschung des Marxismus durch die willfährigen Diener „der laufenden Bedürfnisse des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Opportunismus“ rücksichtslos aufzuzeigen. Die Arbeiter müssen erkennen, daß diese Pseudomarxisten unter dem Deckmantel der „Wissenschaft“ nichts anderes sind als erbärmliche Lakaien der Bourgeoisie und die festesten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft. Eine konsequente, klare marxistische Kritik müßte also vor allem hier ansetzen. Unter den Repräsentanten der berufsmäßigen Verfälschung des Marxismus ist zweifellos H i l f e r d i n g einer der gefährlichsten. Er zehrt noch von einem Fonds von Vertrauen. den er unter der Arbeiterschaft als Verfasser des „Finanzkapitals“ und radikaler Austromarxist der einst besaß.

Welchem Arsenal entnimmt nun der Wortführer der Linken, Gurland, seine Waffen zur Verteidigung des wissenschaftlichen Sozialismus? Was müssen wir erleben? Die Schrift, die sich bombastisch ankündigt als eine Streitschrift zur taktischen Neuorientierung der SPD, entpuppt sich als ein schlechtes Surrogat Hilferdingscher Theorie und Praxis. Otto Bauer und Hilferding sind die Quellen, die Gurland immer und immer wieder in uneingeschränkt zustimmendem Sinne zitiert. Hat man sich aber durch den schwulstigen Gallimathias Gurlands hindurchgearbeitet, dann findet man auch die Erklärung dieser Tatsache. Es handelt sich für den theoretischen Wortführer der Linken gar nicht um eine grundsätzliche Änderung der Taktik der Sozialdemokratie. Er ist mit der Koalitionspolitik durchaus einverstanden. Nur die bleiche Angst vor den Arbeitermassen, die die verruchten Folgen dieser verbrecherischen Politik täglich an ihren Knochen spüren müssen, drückt diesem tapferen Ritter den Speer in die Hand. Zu feig, den parlamentarischen Kretinismus der sozialdemokratischen Führerclique gegenüber den Arbeitern zu verteidigen, aber auch zu teig, den revolutionären Willen der Arbeiter gegenüber dieser bourgeoisen Führerschaft zu vertreten, legt sich der Held Gurland ein niederträchtiges Falschspiel zurecht. Er wendet sich gegen „parlamentarische Kombinationsspiele“ – aber nur solange die Massen durch dieselben „kopfscheu“ gemacht werden könnten. So schreibt denn dieser neue Prophet der Linken „von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft“ aus am Schluß seiner Schrift:

„Wir müssen Politik machen auf lange Sicht und manche Tagesforderungen zurückstellen, um die Voraussetzungen schaffen zu helfen, die in späteren Kämpfen die Geschlossenheit des Proletariats gewährleisten sollen ... Und da sollte man, solange dieser Zustand anhält, die Massen, die organisatorisch noch nicht erfaßt sind, n i c h t k o p f s c h e u m a c h e n d u r c h e i n p a r l a m e n t a r i s c h e s K o m b i n a t i o n s s p i e l, d a s s i e n i c h t b e g r e i f e n k ö n n e n.“

Das ist in einem Satz das politische Programm der linken Führer. Es reduziert sich bei näherer Prüfung auf ein plumpes Betrugsmanöver zur Rettung der Wels, Scheidemann und Noske! Mit diesen Feststellungen wäre an sich bereits mit genügender Deutlichkeif aufgezeigt, wohin die Reise der linken Führer geht. Wir wollen aber auch noch an einer [222] konkreten wichtigen theoretischen Grundfrage den

trostlosen Opportunismus der linken Führer vor der Arbeiterschaft aufzeigen, nämlich an der Frage der Staatstheorie und proletarischen Diktatur.

In der Stellung zum Staat und zur Rätediktatur wechseln die linken Theoretiker ebenfalls getreulich wie die Wiener Professoren vor jedem neuen Auftreten die politische Garderobe. Hilferdings Bekenntnis zur Diktatur im „Finanzkapital" wurde auf dem Leipziger USP-Parteitag im Jahre 1919 mit großem Phrasenschwall wiederholt und zu gleicher Zeit die famose „Verankerung" der Räte in der Ebert-Noske-Verfassung propagiert. Kein Aufstand, keine Machtergreifung durch das Proletariat. Die Sowjets werden allmählich Organe des bürgerlich-kapitalistischen Staates – der Konflikt mit der Staatsgewalt ist glücklich vermieden. Das war die zentristische Theorie aus dem Jahre 1919/20. Inzwischen ist Herr Hilferding 1923 als Retter der Bourgeoisie eingesprungen. Als Finanzminister des Herrn Stresemann hat er die vorzügliche Einrichtung der Geheimräte aus unmittelbarster Nähe kennen gelernt. Nachdem diese „Räte" den großen Finanztheoretiker wieder hinausgeschmissen hatten. ließ dieser seine „Verankerung" völlig fallen und proklamierte die bürgerlich-kapitalistische Republik als unantastbaren Heiligtum. „Der Kampf geht nicht mehr um die Form, sondern um den sozialen Inhalt des Staates." Das wurde die Tagesparole aller Sozialverräter und Koalitionspolitiker, mit der die Arbeiterschaft vor den brüchigen Karren der Bourgeoisie gespannt werden soll. Gurland betet an mehreren Stellen seiner Schrift diese bürgerliche Parole Hilferdings getreulich nach: „Durch die Errichtung der Republik ist das brennende Interesse an der Staatsform verschwunden, die Formung und Ausgestaltung des Staatsinhalts steht auf der Tagesordnung." Das Mittel zur Beherrschung des Staates sind u. a. nach der Theorie Hilferdings (Rede auf dem Berliner Parteitag 1924) nicht die Machtorgane der Arbeiterklasse, die Sowjets, sondern „die großen Organisationen der Arbeiterschaft". Die Änderung des sozialen Inhalts der bürgerlichen Republik soll vor sich gehen auf dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie". Das ist der neue Hilferdingsche Bluff zur Verwirrung der Arbeiterklasse. Und die Linken wenden aus purer Feigheit vor dem Kampf um die konsequente Austragung der vorhandenen Konflikte diesen Bluff ebenfalls gegenüber der Arbeiterklasse an.

Um jedoch vor der Arbeiterschaft als revolutionäre Marxisten zu erscheinen, verschmähen es die linken Führer nicht, sich zeitweilig mit Marxschen Zitaten zu schmücken. Dabei ergibt sich dann allerdings meist das Bild des Affen auf dem Leierkasten, der mit gestohlener bunten Garderobeflittern sein Publikum belustigt. So beschwört denn auch Gurland die Pariser Kommune und die Erklärung ihrer großen historischen Bedeutung durch Marx. Allerdings verschweigt er ganz nach Art der zentristischen Opportunisten die Hauptlehre, die Marx aus der Geschichte der Kommune für das Weltproletariat gezogen hat. Marx schreibt: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit." Und in der Kritik des Gothaer Programms heißt es bei Marx: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." Der Renegat Kautsky hat bekanntlich in seinem Buche „Die proletarische Revolution" Marx im Sinne des Sozialimperialismus „revidiert und erklärt, daß diese politische Übergangsperiode nichts anderes sei, als die Koalitionsregierung. Aber eben dem Übel der Koalitionsregierung möchten ja die Linken ausweichen, um ihre Anhänger nicht „kopfscheu" zu machen. Aus dieser Situation kommt Gurland zu folgendem theoretischen Schluß:

„Diese ‚Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische' (Engels), wie sie Marx in seiner Denkschrift ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich' an der Hand der Geschichte der Pariser Kommune schildert, hat aber nichts gemein mit jener Zerstörung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Werte, wenn sie sich auch in den Händen des Staates befinden, als welche sich die Kommunisten für gewöhnlich die ‚Zerstörung des Staates' vorstellen. Es handelt sich darum, an die Stelle der bisherigen Herrschaftsmittel der Bourgeoisie neue, demokratische Herrschaftsmittel der Diktatur des Proletariats zu setzen, nicht aber eine jegliche Organisation der Gesellschaft zu zerstören."

Der junge Apostel des Austromarxismus lebt in dem Wahn, „von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft" aus den Arbeitern „das Morgenrot des neuen Tages" zu künden. Seine obigen Ausführungen

beweisen aber, daß er nur belustigende Bocksprünge auf dem Misthaufen der kleinbürgerlichen Theorien Rudolf Hilferdings vollführt. Natürlich hat dieser traurige Ignorant nicht den Mut, sich mit der proletarischen Diktatur in der lebendigen Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Er wagt nicht, den sozialdemokratischen Arbeitern den Sieg der Sowjets vor Augen zu führen. Dieser Biedermann entnimmt vielmehr den Sonntagsvormittagspredigten des Schwadroneurs Crispien seine „Argumente“ gegen die Kommunisten und faselt von „bolschewistischem Blanquismus“, von „blanquistisch-kommunistischen Verschwörersekten“ , die „die Verzweiflung ungeschulter, agitatorisch leicht beeinflußbarer Massen“ ausnutzen, um das Proletariat am Aufstieg zu hindern. Um nun den sozialdemokratischen Arbeitern erklären zu können, daß die siegreichen Sowjets in Rußland „Blanquismus“ sind und daß eine zivilisierte westeuropäische Diktatur, ausgeführt von ebenso zivilisierten westeuropäischen Sozialdemokraten etwas ganz anderes ist, muß [223] sich Gurland mangels eigener Ideen wieder mit Hilferdingschen Zitaten helfen. Die „demokratischen Herrschaftsmittel“ der Diktatur, wie die Linken sie auffassen, sehen nach der Rede Hilferdings auf dem Berliner Parteitag 1924 so aus:

„Die Gesellschaft ist vor die Frage gestellt, wie sie diese privaten Monopole, die Wirtschaft und Staat zu beherrschen streben, in dem Gesellschaftsrahmen, in die staatliche Organisation einordnen kann. Das Instrument für diese Einordnung sind die großen Organisationen der Arbeiterschaft, die damit nicht nur das beschränkte Klasseninteresse (!) der Arbeiterschaft vertreten, sondern das Gesellschaftsinteresse, das Interesse der gesellschaftlichen Freiheit ... Sozialismus ist der Kampf großer organisatorischer Gewalten, und in diesem Kampf muß infolge der kapitalistischen Entwicklung selbst die Macht der Arbeitnehmerorganisationen, derer, die das gesellschaftliche Interesse der Freiheit. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gegenüber der Unterjochung durch die Interessenten vertreten, immerfort wachsen.“

Der linke Theoretiker Gurland setzt diese programmatischen Ausführungen Hilferdings ausdrücklich als Quintessenz seiner eigenen Anschauung an den Schluß seines Kapitels über Staat und Arbeiterklasse. Hilferdings Theorie ist aber nichts anderes als die Verneinung der proletarischen Diktatur und ihre Ersetzung durch die „Wirtschaftsdemokratie“. Die Macht der Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterbanken, Bauhütten und anderer Wirtschaftsorganisationen soll im Laufe der Entwicklung derart erstarken, daß sie imstande ist, die Herrschaft der Monopole „in die staatliche Organisation einzuordnen“ und auf friedlichem Wege den Sozialismus herbeizuführen. Die politische Begleitmusik zu dieser wirtschaftlichen Idylle soll die Koalitionspolitik sein. Damit ist denn durch die Hintertür der Wirtschaftsdemokratie der bürgerliche Staat wieder in die „proletarische Diktatur“ des Herrn Gurland hereingeschlüpft.

Die Arbeiter sehen an dieser theoretischen Kapitulation der linken sozialdemokratischen Führer, wie notwendig eine klare Stellung zur Staatsform ist – nämlich die Machtergreifung durch die Arbeiterräte –, um die Voraussetzungen zur Änderung des „sozialen Inhalts“ des Staates zu schaffen.

Paul Böttcher.

Alexandra Kollontay: „Wege der Liebe“

Malikverlag Berlin 1925, 410 Seiten, Preis brosch. 4.– Mk.

Wir haben in Deutschland anderes und Wichtigeres zu tun, als uns den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Formen das Liebesleben in der kommunistischen Gesellschaft annehmen wird. Vor einigen Jahren wurde über diese Frage, besonders über das Thema „freie Liebe“, sehr häufig und ausgiebig auf kommunistischen Frauenabenden diskutiert, in den meisten Fällen mit dem Erfolg, daß neu zur Partei gekommene Arbeiterfrauen durch die „Belehrungen“, die sie dort erhielten, wieder weggegrault wurden.

Über die Behandlung solcher Fragen finden wir eine interessante Diskussion zwischen dem Genossen Lenin und der Genossin Clara Zetkin in der „Kommunistischen Fraueninternationale“, Heft 3/4, Jahrgang 5. Genosse Lenin sagt dort:

„Es wurde mir erzählt, daß in den Lese- und Diskussionsabenden der Genossinnen besonders die sexuelle Frage, die Ehefrage, behandelt werde. Sie sei Hauptgegenstand des Interesses, politischer Unterrichts- und Bildungsgegenstand. Ich glaubte meinen Ohren nicht trauen zu dürfen, als ich das hörte. Der erste Staat der proletarischen Diktatur ringt mit den Gegenrevolutionären der ganzen Welt. Die Lage in Deutschland selbst

fordert die größte Konzentration aller proletarischen, revolutionären Kräfte zur Zurückwerfung der immer mehr vordringenden Gegenrevolution. Die tätigen Genossinnen aber erörtern die sexuelle Frage und die Frage der Eheformen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft."

Und nachdem sich Genosse Lenin scharf gegen die Broschüre der Genossin Friedländer über „Kommunistische Sexualethik" als einen langweiligen „Schmarren" ausgesprochen hat, der „gebildet" und nach Wissenschaft aussieht, in Wirklichkeit aber, wie die meisten ähnlichen Broschüren, nur „Laienstümperei" ist, lesen wir:

„Außerdem und nicht zuletzt! Schon der weise Salomon sagte, daß alles seine Zeit hat. Ich bitte Sie, ist jetzt die Zeit, monatelang die Proletarierinnen damit zu unterhalten, wie man sich liebt und lieben läßt, wie man sich freit und freien läßt? Natürlich in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, bei verschiedenen Völkern. Was man dann stolz historischen Materialismus nennt. Jetzt müssen alle Gedanken der Genossinnen, der Frauen des arbeitenden Volkes auf die proletarische Revolution gerichtet sein. Sie schafft auch für eine wirkliche Erneuerung der Ehe- und Sexualverhältnisse die Grundlage."

Diese Auffassungen des Genossen Lenin sind für uns in Deutschland auch noch heute richtig.

In Sowjetrußland, wo das Proletariat sich die Macht erobert hat und unter Führung der Kommunistischen Partei den Sozialismus verwirklicht, werden sich auch die ersten Ansätze der „neuen, ideologischen Einstellung von Mensch zu Mensch" zeigen. Aber diese neue Gefühls- und Gedankenwelt kann auch im heutigen Sowjetrußland erst ganz am Anfang ihrer Entwicklung begriffen sein. Das Buch der Genossin Alexandra Kollontay, daraus besonders „Die Liebe der drei Generationen", ist für das Studium dieser Entwicklung unzweifelhaft sehr wertvoll.

Aber gerade, weil das Buch von einer führenden Bolschewistin geschrieben worden ist und deshalb die darin vertretenen Auffassungen im allgemeinen als Auffassungen der Kommunisten überhaupt angesehen werden, muß es trotz seiner vielen guten Seiten einer um so genaueren Kritik unterzogen werden.

[224] So meisterhaft in „Die Liebe der drei Generationen" die Gegenüberstellung des Liebeslebens der bürgerlichen Großmutter, der Mutter, die als bolschewistische Organisatorin kämpft und arbeitet, und ihrer Tochter Genia ist, so glaube ich doch, daß die Auffassungen der jungen Kommunistin, die in diesem Zusammenhang die Auffassungen der jungen bolschewistischen Generation darstellen sollen und von der Verfasserin anerkannt werden, in mancher Beziehung anfechtbar sind.

Die Mutter gerät in einen schweren Konflikt, weil sie erfahren muß, daß Genia, ihre Tochter, ein Verhältnis mit dem Mann der Mutter hat. Genia kann nun absolut nicht verstehen, wie die Mutter diese Entdeckung sehr schmerzen kann, sie findet das alles so natürlich und selbstverständlich und findet sich so im Recht, daß dadurch der Konflikt zwischen Mutter und Tochter noch viel größer wird. Ist es schon ganz unwahrscheinlich, daß die Tochter, die so sehr ihre Mutter liebt, sich so gar nicht in das Gefühlsleben der Mutter hineinversetzen kann, so ist es doch absolut kein gutes Zeichen für einen Kommunisten, so „fortschrittlich" zu sein, daß ihm die Ansichten der vernünftigen Menschen der Gegenwart wesensfremd sind.

Im übrigen haben die Auffassungen Genias sehr viel mit der vom Genossen Lenin so scharf ironisierten „Glas-Wasser-Theorie" zu tun. Genia sollte Mutter werden. Wer der Vater des Kindes gewesen wäre, weiß sie nicht. Sie liebt auch die beiden Männer, denen sie sich hingegeben hat, gar nicht. Es macht ihr auch keinen großen Schmerz, sich von einem der beiden zu trennen. Das scheint doch etwas mit der Ansieht, für uns Kommunisten könne „die Befriedigung des Liebesbedürfnisses so einfach wie das Trinken eines Glases Wasser sein", in Zusammenhang zu stehen. Es ist sicher so, daß wir in Deutschland noch mit sehr vielen bürgerlichen Gedanken behaftet sind, aber man muß schon sagen, daß die Zweifel der Mutter an der Richtigkeit des Handelns und der Auffassungen ihrer Tochter vollkommen zu verstehen sind.

Das Buch der Genossin Kollontay hat zugleich auch eine politische Seite. Und ich glaube, daß man auch daran nicht kritiklos vorübergehen kann. In „Schwestern" und in „Wassilissa Maligyna" spielt die neue ökonomische Politik eine große Rolle. In beiden Novellen wird geschildert, wie die Kommunisten,

die früher gute Revolutionäre waren, selbst Nepleute werden, sobald sie mit der Nep in Berührung kommen. Sie gewöhnen sich bourgeoise Manieren an, können nicht mehr einfach leben, haben wenig für die Partei übrig, können nicht mehr mit den Frauen, mit denen sie in der Partei gearbeitet haben, zusammenleben, sondern laufen Bourgeoismädchen nach. Ich kann mir vorstellen, daß ein Nichtparteigenosse nach der Lektüre des Buches sagt: „Das also sind die Kommunisten. Solange sie selbst, nichts haben, sind sie gegen die Reichen. Sobald sie aber die Macht in der Hand haben, versuchen sie, sich selbst zu bereichern, wo sie nur irgend können." Hinzu kommt noch, daß Genossin Kollontay die Kommunistinnen in ihren Novellen die Entartung ihrer Männer entschuldigen läßt, eben durch die neue ökonomische Politik. Das wirkt, als ob das alles u n a u s b l e i b l i c h e Auswirkungen der Nep auf die Kommunisten sind. Kein Genosse bestreitet, daß die neue ökonomische Politik viele Gefahren mit sich bringt. Aber die Form, in der Genossin Kollontay ihre Auswirkungen schildert, ist ebenfalls eine Gefahr, und wenn man an die Verbreitung des Buches in Deutschland denkt, kein Gewinn für Sowjetrußland.

Und dann noch eine andere Frage. Der in „Wassilissa Maligyna" geschilderte Kommunist Wolodja ist von den Anarchisten zu den Bolschewiki gekommen. Mit den typischen anarchistischen Argumenten versucht er, gegen die Disziplin anzurennen. Er versteigt sich sogar einmal zu der Äußerung, daß der Sowjet wie ein Polizeirevier sei. Die Kommunistin Wassilissa nimmt ihn in Schutz und verteidigt ihn gegenüber den Genossen im Sowjet. Und auch die Genossin Kollontay deckt diese schweren Fehler des Anarchisten mit dem Mantel der Liebe zu, indem immer wieder darauf hingewiesen wird, daß Wolodja doch letzten Endes ein guter Revolutionär ist. Aber trotz aller seiner guten revolutionären Eigenschaften, die doch eine bezeichnende Ergänzung in seiner späteren Entwicklung finden, muß gegen diese anarchistischen Anschauungen der schärfste Kampf geführt werden, an dem die Genossin Kollontay in ihrem Buch leider vorübergeht. Es fällt in diesem Zusammenhang besonders auf, wie die leitenden Parteiinstanzen, die den Kampf gegen die Disziplinlosigkeit des Wolodja führen, als bürokratisch und verständnislos geschildert werden.

Ich habe schon viele begeisterte Genossinnen über das Buch der Genossin Kollontay gehört. Aber ich glaube, daß wir, je gründlicher wir es durchlesen und über seine Konsequenzen nachdenken, diese Konsequenzen ablehnen müssen. M a r t h a M o r i t z.

*

Druckfehlerberichtigung[*]

Im 6. Heft finden sich folgende Druckfehler: Auf Seite 161, Zeile 12 von oben, ist das „sie" auszumerzen; Zeile 1 von unten statt „Kämpfer" richtig „K ä m p f e". Seite 164, Zeile 2 von unten, statt „politische" richtig „die p r a k t i s c h e Organisation der Einheitsfront. – Der Artikel „Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft" von A. Friedrich ist aus Raumgründen stark gekürzt worden. Beim Umbruch wurden außerdem noch einige Absätze irrtümlich weggelassen, so daß stellenweise der Zusammenhang verloren gegangen ist (so z. B. gleich nach dem ersten Absatz auf Seite 165, wo über die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Rede war). Wir werden die einzelnen Fragen, die daher in dem Artikel unerwähnt blieben, in späteren Arbeiten behandeln. – Ein Druckfehler befindet sich auf Seite 166, Zeile 14 von unten, wo es statt „Werkverhältnis" richtig „W e r t verhältnis" heißen soll. – Die Überschrift zu Abschnitt 3 auf Seite 169 lautet „Die Antwort der Gewerkschaften". – Auf Seite 183, Zeile 23 von unten, soll es statt „KPD" „SPD" heißen.

[225]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. April 1926 * Heft 8

Zu den Ergebnissen der 6. Erweiterten Exekutive

Von N. Bucharin

Die Arbeiten der 6. Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern sind beendet. Die Erweiterte Exekutive mußte auf eine ganze Reihe komplizierter Fragen eine Antwort geben, die aus der eigenartigen geschichtlichen Phase und dem spezifischen Charakter der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung entspringen. Das Erweiterte Plenum hat den bisherigen Weg geprüft, hat eine Bilanz über die Erfolge der einzelnen Sektionen der Komintern und die Hauptlinien für die weitere Arbeit gegeben.

Als Ausgangspunkt für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation und für die Kennzeichnung der allgemeinen Perspektiven und der konkreten Aufgaben der einzelnen Sektionen ist ohne Zweifel die Charakterisierung der Stabilisierung zu nehmen. Das Problem der Stabilisierung des Kapitalismus ist das Problem, um das sich wie um eine Achse alle allgemeinen und speziellen Probleme des revolutionären Kampfes des revolutionären Proletariats und seines Stabes, der Komintern, drehen. Das Plenum hat noch einmal anerkannt und bestätigt, daß wir die Arbeit in einer Situation der „Stabilisierung“ zu führen haben. Die „Stabilisierung“ trägt einen relativen Charakter. Aber sie ist vorhanden und ihr müssen sich unsere Parteien in der Taktik anpassen. Die Basis der Stabilisierung ist letzten Endes in der Kraft und Stärke des amerikanischen Kapitalismus zu suchen. Dieser wird mehr und mehr zum imperialistischen Diktator der Gegenwart. Durch Kredit-Injektionen in den veralteten Organismus des kapitalistischen Europa „belebt“ er zum Teil dieses Europa und nimmt es ins Schlepptau.

In der allgemeinen Linie dieser Stabilisierung sind aber – und das darf man für keinen Augenblick vergessen – wesentliche Brüche. Einen Einbruch auf einem außerordentlich wichtigen Abschnitt der „Stabilisierungs“-Front bedeutet die Lage der Dinge im Osten, in den kolonialen und halbkolonialen Ländern der Welt. Im Zusammenhang damit stehen zweifellos die großen Erfolge der chinesischen Partei und der Kuomintang. Durchbrüche der Stabilisierung finden sich auch auf dem europäischen Kontinent. Die Lage der Dinge in Frankreich und Polen ist dafür beredter Zeuge.

[226] Etwas weniger intensiv, aber doch genügend deutlich, äußern sich Krankheitserscheinungen des Verfaulens und des Niedergangs in England. Es ist nicht verwunderlich, daß der englische Kapitalismus sich noch auf den Beinen zu halten vermag trotz der verlorenen Hegemonie auf dem Weltmarkt, trotz des veralteten Produktionsapparats, trotz der ökonomischen Opposition der englischen Kohlenproduktion. Der englische Kapitalismus ist eingeknickt, ist aber doch bis jetzt noch ein mächtiger Organismus. Die englische Bourgeoisie ist außerdem erfahrener, weitsichtiger und geschickter als die Bourgeoisie vieler anderer Länder. Und trotzdem sind die Erfolge der englischen Kommunisten groß. Die zahlenmäßig kleine englische Kommunistische Partei vermochte es, eine große Wirkung zu erzielen. Sie gab ein Beispiel dafür, wie man sich mit den Massen verbinden, wie man in den Gewerkschaften arbeiten und in der Tat und mit Erfolg die Taktik der Einheitsfront durchführen soll; sie bereitete den englischen Reaktionären manche schlaflosen Nächte. Die Sache der Bolschewisierung der in der Komintern vereinigten Parteien ist weit vorwärts geschritten.

Die Bolschewisierung wurde und wird mit Erfolg durchgeführt trotz der objektiven Schwierigkeiten der Situation, trotzdem die Bruderparteien nicht die historische Tradition des Bolschewismus besitzen wie die russische Partei. In denjenigen Ländern, die, wie z. B. Deutschland und Italien, schon der Schauplatz großer revolutionärer Schlachten und Klassenkämpfe waren, ging der Prozeß der Bolschewisierung rascher vor sich. In anderen Ländern, wie z. B. in Frankreich und in der Tschechoslovakei, ging sie langsamer, mit großen Schwierigkeiten vor sich. Aber schon jetzt kann man sagen, daß alle kommunistischen Parteien bolschewistisch viel reifer gegen früher geworden sind. Und deshalb ist jetzt die Frage der Heranziehung der Kommunistischen Parteien zur aktiven Mitarbeit im Ekki viel aktueller als vorher. Alle unsere Parteien müssen den lebhaftesten Anteil an der Führung der Komintern haben.

Die Erfolge der Bolschewisierung stehen nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die 6. Sitzung des Ekki einen energischen Kampf gegen die Abweichungen in den Reihen der Sektionen führen mußte. Abweichungen sind unvermeidlich mit dem Wachstum und der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien verbunden. Die Kompliziertheit der gegenwärtigen Situation, die Schwierigkeit der Parteiarbeit und der Parteiführung müssen sich in einzelnen ungesunden Erscheinungen innerhalb der einzelnen Parteien äußern. Gegen die Abweichungen wird die Komintern einen entscheidenden Kampf führen. Sie wird den einzelnen Sektionen helfen, diese Abweichungen zu überwinden. Wie stellte man auf der Erweiterten Exekutive die Frage des Kampfes gegen die Abweichungen? Welche Abweichungen hielt die Tagung für gefährlicher, die linken oder die rechten? Die Erweiterte Exekutive gab auf diese Frage keine Antwort, weil man darauf keine Antwort gehen konnte. Sie zeigte, daß der Kampf gegen die Abweichungen immer konkret eingestellt [227] werden muß, immer mit Rücksicht auf die Situation, auf die Lage des gegebenen Landes und der gegebenen Partei. In Frankreich ist die rechte Abweichung gefährlicher, dort muß man gegen rechts schlagen. In Deutschland muß man im Gegenteil das Feuer gegen die ultralinken Abweichungen konzentrieren, dort ist die ultralinke Abweichung unvergleichlich gefährlicher. Beide Abweichungen haben trotz ihrer äußerlichen Gegensätzlichkeit allgemeine verwandte Züge. Die „Links"- und die „Rechts"-Krankheit. in der internationalen kommunistischen Bewegung ruht durchweg auf dem Unglauben in die Kräfte und Möglichkeiten der Komintern, auf dem Skeptizismus gegenüber den Perspektiven der Arbeit der eigenen Partei, auf dem Unglauben in die sozialistischen Möglichkeiten der USSR, auf dem Nichtverstehen der Tatsache, daß die USSR das Rückgrat des internationalen Sozialismus ist. Hierauf sind zurückzuführen das Geschwätz über die „asiatischen" Elemente in der Linie der Komintern, die überflüssige pseudorevolutionäre Nervosität, die pseudokulturelle „westliche" Hochmütigkeit und die Redereien über die angeblichen Vorbereitungen der USSR zum Eintritt in den Völkerbund. Darauf sind zurückzuführen die Zickzackbewegungen entweder nach links in der Richtung der blinden „linken" Draufgänger oder nach rechts in der Richtung der Übereinstimmung mit den Reformisten.

Die Komintern hat den Kampf gegen beide Abweichungen mit Erfolg geführt und wird ihn weiter führen. Sie wird diese Abweichungen überwältigen zum Ärger der internationalen Bourgeoisie. Aus der 6. Sitzung der Erweiterten Exekutive gehen unsere Bruderparteien als bolschewistische Kämpfer hervor, stärker, geschlossener als vordem.

*

Kommunisten, Sozialdemokraten, Syndikalisten – und wildgewordene Spießbürger

Von Karl Schmidt

Seit dem Ekki-Brief ist über ein halbes Jahr vergangen. Die Partei hat sowohl organisatorisch als auch politisch die ersten erfolgreichen Schritte vorwärts gemacht. Die Massenbewegung für die Enteignung der Fürsten, die unter der Führung der KPD stand und das erste Gefecht gegen die vereinigte monarchistische und republikanische Bourgeoisie gewonnen hat, ist ein schlagender Beweis für die richtige Politik des Zentralkomitees.

In demselben Moment lösen sich von der Partei unter erregtem Gestikulieren einige mehr oder minder bedeutungslose Grüppchen, versuchen Fraktiönchen zu bauen, drucken Blättchen. Was wollen sie? Kurz: Sie behaupten, die Partei treibe nach rechts, sie stehe vor der Vereinigung mit der SPD, die Sowjetunion sei ein kapitalistisches Land geworden, ihre KP reformistisch verseucht, die Komintern werde liquidiert, und es sei die Aufgabe dieser „Linken", in ihr die Rolle zu spielen, die Lenin in der Zweiten Internationale spielte. Es hält schwer, bei dieser Verkündigung ernst zu bleiben. Auf dieselben Thesen aber laufen schließlich die Ansichten aller der linken Grüppchen hinaus! Korsch spricht dies mit pseudodialektischer Wissenschaftlichkeit direkt aus. Seine Plattform ist offen antibolschewistisch. Weber [228] hat noch seinen verschrobenen Zorn über die „Pendelperspektive" der Komintern, das übrige an seiner Plattform ist teils von Korsch, teils von den Syndikalisten. Urbahns-Ruth Fischer endlich haben überhaupt keine Plattform, sie haben ‚nur eine Methode", die doppelte Buchführung, mit der sie zwischen Korsch und dem ZK herumzuturnen versuchen. Praktisch und in den meisten Punkten auch ideologisch sind sie dabei schon zu Korsch abgerutscht. Alle diese Grüppchen aber hängen bewußt oder unbewußt an den Schnüren, die Katz in der Hand hält, der mit den

niedrigsten Mitteln von außen gegen die Partei arbeitet und bereits in der deutschnationalen Presse Denunziationsartikel losläßt.

Daß die ultralinken Stimmungen in der Partei noch nicht ganz überwunden sind, ist bekannt. Daß die Passivität eines Teiles der Mitgliedschaft in der Tat ultralinke Wurzeln hat, weiß die Partei auch. Woher aber plötzlich diese Fronde in der Partei und gegen die Partei? Warum auf einmal diese Aktivität? Ist es wirklich, wie manche Genossen meinen, die zu wenig tiefe und lange Diskussion über den Ekki-Brief? Oder eine Folge seiner „falschen" Durchführung? Hätte eine „richtige" Durchführung (die Urbahns-Gruppe meint durch Ruth Fischer) uns die jetzigen Schwierigkeiten erspart? Diese Auffassungen sind oberflächlich und f a l s c h. Die Genossen, die sie ins Feld führen, bemerken gar nicht, daß wir heute schon viel w e i t e r sind als zur Zeit des Ekki-Briefs, daß es zum großen Teil neue Probleme sind, die jetzt stehen, und daß diese Probleme n o t w e n d i g die Partei beschäftigen mußten, gerade in der richtigen Durchführung und Fortführung der Linie des Ekki-Briefs. Möglich, daß Ruth Fischer es verstanden hätte, eine Fortführung des Klärungsprozesses zu verhindern, wie sie es die letzten Jahre hindurch verstanden hat. Aber dies wäre der Partei nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden und später zur Katastrophe geworden. Es sind ja gerade die Folgen einer jahrelangen unehrlichen Diplomatie und Verhinderung der Selbstkritik, die zu den heutigen Absplitterungen und Störungen in der Partei geführt haben, die die bolschewistische Klärung für einen Teil der Partei so schwer und schmerzhaft machen.

Der eigentliche t i e f s t e Grund für das heutige rabiate Auftreten der Ultralinken, für die Tatsache, daß sie es überhaupt wagen können, aufzutreten, liegt in dem Unvermögen a l l e r Führungen der KPD bis zum Ekki-Brief, den Leninismus den deutschen revolutionären Arbeitern theoretisch und praktisch wirklich zu vermitteln, die ursprünglich natürliche Spaltung der Partei in sozialdemokratische und syndikalistische Strömungen, die aus verschiedenen Generationen der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, zu überwinden. Der unmittelbare und n ä c h s t e Grund aber dafür, daß dieses Auftreten der Partei Schwierigkeiten macht, liegt in der unaufrichtigen und unfähigen Führung durch die Gruppe Fischer-Maslow, die nicht nur zu feige war, sich selbst zu kritisieren, sondern darüber hinaus die Fehler und Schwächen des guten Kerns der linken Arbeiter im Fraktionsinteresse künstlich erhalten und genährt hat.

Der ä u ß e r e Anlaß zu dem erregten Vorstoß der oppositionellen Grüppchen ist bekannt: einerseits war er gegeben durch den Erfolg der Massenbewegung beim Volksbegehren. Es ist eine alte Tatsache, auch durch die Geschichte der alten sozialdemokratischen und unserer Partei erhärtet, daß gerade die Angst vor dem Erfolg, die Angst vor den Massen solch sterile Elemente aus dem Häuschen treibt. Zugleich aber gab der russische Parteitag bzw. die Schwankung in einem kleinen Teile der Führung der russischen Partei den Ultralinken das Signal, ihrer im Grunde antibolschewistischen Einstellung zu den Grundfragen der proletarischen Politik freien [229] Lauf zu lassen. Wir werden bei der ausführlichen Analyse dieser Strömungen sehen, daß hier nur ein altes Geschwür aufgebrochen ist. Die Schwankungen in beiden Fragen aber hängen aufs engste zusammen. Sie rollen die entscheidende Frage auf nach der richtigen Politik des Proletariats sowohl v o r wie n a c h der Ergreifung der Macht, seine Stellung zum bürgerlichen und proletarischen Staat, sein Verhältnis zu den anderen unterdrückten Schichten usw.

Was unterscheidet die gegenwärtige Diskussion in der Partei von der Diskussion anläßlich des Ekki-Briefs?

E r s t e n s diese Weite der Problemstellung. War die Diskussion des Ekki-Briefs vor allem konzentriert auf die Frage der praktischen Arbeit der Partei in den gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeitermassen, auf die Fragen der Taktik und der Organisation, wandten sich die damaligen Opponenten bloß gegen konkrete Punkte in diesen Fragen, so werden von der heutigen Opposition schon die G r u n d f r a g e n der proletarischen Politik und des Leninismus überhaupt in Frage gestellt oder direkt verneint. Es ist ein rascher Weg in einem halben Jahr.

Z w e i t e n s befand sich vor einem halben Jahr die Partei in einer schweren Krise, heute befindet sie sich im erfolgreichen Aufstieg; damals war das Gros der Partei in eine falsche Stellung hineingeraten,

aus der es sich befreien mußte; heute haben, obwohl ein Teil der Partei noch Zweifel hegt, nur einige Grüppchen am Rande der Partei plötzlich ihre antikommunistische Einstellung entdeckt.

D r i t t e n s aber ist diese Diskussion nicht wie beim Ekki-Brief eine Sache der Partei a l l e i n, eine Umstellung und Beseitigung früherer Fehler. Das Auftreten der linken Grüppchen ist nur der negative Reflex einer gewaltigen Umgruppierung, die im g e s a m t e n deutschen Proletariat vor sich geht (und die zum Teil eine Folge unserer richtigen Ekki-Politik ist).

Diese Analyse zeigt, daß die gegenwärtige Diskussion, auch wenn sie rein innerparteilich betrachtet keineswegs die Bedeutung der Ekki-Brief-Diskussion hat, doch von der Partei ernsthaft und gründlich und bis zur restlosen ideologischen Ausrottung der oppositionellen Grüppchen geführt werden muß. Nicht der wenigen Wirrköpfe wegen, die schon die Praxis in kürzester Zeit erledigen wird, sondern weil die Partei sich an dieser Diskussion selbst ideologisch kräftigen und vorwärts bringen muß wie die russische Partei und die gesamte Internationale an der Trotzki-Diskussion des Herbstes 1924 und vor allem, weil diese Diskussion zugleich geführt werden muß für breite Massen des Proletariats a u ß e r h a l b der Partei, indirekt mit den bürgerlichen und sozialdemokratischen Führern dieser Massen, deren ideologische Vertreter innerhalb der Partei, wie wir sehen werden, die Ultralinken tatsächlich sind.

Im deutschen Proletariat vollzieht sich gegenwärtig ein gewaltiger Stellungswechsel. Die rückläufige Bewegung der Arbeitermassen nach den niedergeschlagenen Revolutionen von 1918 und 1923 ist zu Ende. Ein neues Vorwärtsdrängen hat eingesetzt, und die ersten Schritte zu einem wirklichen Vormarsch haben begonnen. In diesem Moment gerät nicht nur die Politik der SPD-Führung in verschärften Widerspruch zu dem Willen der Mitgliedermassen, sondern die alte Einteilung der Einflußgebiete der Parteien selbst gerät in Fluß. Die SPD-Arbeiter wenden sich Sowjetrußland zu und wollen mit den Kommunisten gemeinsam kämpfen. Es ist der Moment, wo die KPD die Mehrheit der Arbeiterklasse für ihre Politik erobern wird, wenn sie es versteht, diese Politik konkret und zielbewußt durchzuführen.

In diesem Moment werden jene Elemente in der KPD selbst, denen die kommunistische Politik bisher bloß eine Phrase war, irre am Kommunismus. [230] Sie sehen, wie die Grenzen zwischen SPD- und KPD-Arbeitern unten in den Massen fallen, wie die SPD-Arbeiter, langsam zwar und oft noch unbewußt, unserer Partei, mit Bewußtsein und Begeisterung der russischen Sowjetmacht z u s t r e b e n. Und wie dem Nichtstuer. der zu lange in den Fluß geglotzt, das Ufer davonzufahren scheint, so sehen diese Genossen, die die Fühlung mit den Massen verloren haben, die Partei zur Sozialdemokratie und die Sowjetunion zum Kapitalismus streben. Alles beginnt nun vor ihren Augen zu schwimmen. Sie selbst verlieren alle Unterscheidungen zwischen KPD und SPD, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sie klammern sich an Phrasen, und während sie von diesen „Stützpunkten“ aus versuchen, die revolutionäre Einheitsfront aufzuhalten, vollziehen sie in der Tat nur die umgekehrte Bewegung wie die Arbeitermassen: sie nähern sich den Reformisten, sie werden zu Sprachrohren der SPD-Führer, die ebenfalls Sowjetrußland ein kapitalistisches Land nennen, die ebenfalls nichts nötiger brauchen als das Verharren der KPD bei der bloßen revolutionären Phrase.

Die Reformisten sagen, daß Sowjetrußland sich kapitalistisch entwickelt, und daß die Komintern im Interesse des neuen Kapitalismus die Weltrevolution liquidiert. Die Ultralinken sagen dasselbe. Der linke SPD-Mann Saupe schreibt in seiner bekannten Broschüre:

„Die Komintern zwingt die deutschen Kommunisten, in die gleiche Front mit den Sozialisten einzuschwenken ... Aber wozu dann zwei Parteien ...?“

Und Katz schreibt fast mit denselben Worten (siehe „Aktion“, Heft März 1926, S. 18):

„Unter dem Druck der Komintern wandelt sich die KPD zu einer zweiten SPD Für zwei sozialdemokratische Parteien aber ist in Deutschland kein Platz[*)].

[*)] Daß dies nicht nur eine Parallelität, sondern eine w e s e n t l i c h e Übereinstimmung bedeutet, beweist Katz, indem er zustimmend schreibt (Mitteilungsblatt Nr. 2): [Fortsetzung der Fußnote auf der nächsten Seite]

Dasselbe aber s a g t Korsch und d e n k e n die Urbahns-Weber mehr oder minder klar. A l l e glauben (oder sagen zumindest), daß die KPD zum Reformismus schwimmt: Saupe, Urbahns, Weber, Korsch und Katz. A l l e sind sich mehr oder weniger einig darin, daß die heutige KPD keine Existenzberechtigung mehr besitzt, oder daß sie anfängt, sie zu verlieren. A l l e fragen, je nachdem befriedigt oder besorgt: wo sind die Grenzen zwischen KPD und SPD? Und a l l e übersehen oder leugnen die Grenzen zwischen dem Kommunismus und den anarchistisch-syndikalistischen Gruppen in der Art der holländischen „Marxisten", der KAPD, der AAU usw.

Auf unsere Partei machen die Zweifel an ihrer Existenzberechtigung k e i n e n Eindruck. Sie fühlt sich durch ihre tägliche revolutionäre Praxis genug bestätigt. Und auch die Grenzen nach rechts wie nach „links" hat sie in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre deutlich erkannt.

D e n n o c h w e r d e n w i r d e n Z w e i f l e r n e i n e A n t w o r t g e b e n.

[231] Wir werden auf ihre Fragen eingehen. Nicht, um einen Katz oder Saupe zu überzeugen, die gemeinsam bewußte Minierarbeit gegen die revolutionäre Partei leisten, auch nicht, um einen rettungslosen und unehrlichen Ideologen wie Korsch zu retten, sondern um gerade in den neuen revolutionären Strömungen im Proletariat, für die in Bewegung geratenen M a s s e n, nicht zuletzt aber auch für unsere P a r t e i, die in diesem Strom ihren klaren Kurs auf die Revolution zu halten hat, die t h e o r e t i s c h e Klarheit über das Wesen der revolutionären Politik zu verbreiten und zu vertiefen, um die Grenzen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, Syndikalisten und halbanarchistischen linken Schwätzern, die der Marxismus und der Leninismus seit jeher gezogen haben, in der gegenwärtigen Situation mit Gründlichkeit und Schärfe n a c h z u z i e h e n[*)].

1. Die Linie der Kommunistischen Partei und die gemeinsame Wurzel aller Abweichungen

Das zentrale politische Ziel der Kommunistischen Partei, die Grundfrage ihrer Theorie und Praxis, ist die Vernichtung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als des Mittels zur Unterdrückung der Bourgeoisie, zur Organisierung der sozialistischen Wirtschaft, zur Aufhebung der Klassen und zur Verwirklichung des vollen Kommunismus. Marx hat die Theorie des proletarischen Klassenkampfes bis zur Diktatur geschaffen. Sie ist in der Zeit des Aufstiegs des Imperialismus und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung zeitweilig verwischt worden und verlorengegangen. Lenin hat die Diktatur des Proletariats als konkrete Aufgabe wieder theoretisch gestellt, weiter ausgebaut und praktisch das erste Mal verwirklicht.

Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats als Übergangsetappe zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist der g r u n d l e g e n d e theoretische Unterschied zwischen den Kommunisten einerseits und den Sozialdemokraten sowohl wie den Syndikalisten andererseits. Jene stehen auf dem Standpunkt des Reformismus, wollen den Sozialismus (angeblich) verwirklichen „innerhalb" des bürgerlichen Staates, diese stehen auf dem Standpunkt des Anarchismus, der Ablehnung und Vernichtung j e d e r politischen Institution.

Unter der Losung der Diktatur des Proletariats und gegen die bürgerliche Demokratie erfolgte die Sammlung der Kommunistischen Parteien in den Jahren 1919 und 1920 aus den damaligen Anhängern der 1914 zusammengebrochenen II. Internationale und den halbsyndikalistischen revolutionären Gruppen um die KPR. Das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats (später das Bekenntnis zu den

---

„Ein großer Teil der l i n k e n SPD befürchtet vielmehr durch eine Aufnahme der jetzigen KPD-Führer, die der „positiven" Parlamentsarbeit verfallen sind und in der Koalition mit Demokraten und Zentrum etwas Selbstverständliches sehen, einen starken Rückschlag ihrer Parteitaktik nach r e c h t s."
Also Katz hält die linke SPD in der Tat schon für „linker" als die KPD Das war zu erwarten. Wir erinnern uns noch sehr gut der Zusammenarbeit von KAP und USP nach Halle.

*) Es ist gesagt worden, daß die Ultralinken ebenfalls in der Frage Sowjetrußland zum Sprachrohr der Reformisten und der Bourgeoisie geworden sind. Wir werden im folgenden wohl die theoretischen Wurzeln dieser bürgerlich-sozialdemokratischen Einstellung herausschälen, auf das „Problem" des russischen sozialistischen Aufbaues selbst aber nicht ausführlich eingehen. Einmal ist gerade hier der gegenrevolutionäre Charakter der Ultralinken den Arbeitern so evident, daß er nicht vieler theoretischer Beweise bedarf. Andererseits wird diese Frage in der nächsten Zeit ausführlich an Hand eines reichen Tatsachenmaterials in dieser Zeitschrift behandelt werden.

21 Punkten) und der Wille zur revolutionären Arbeit mußten genügen und genügten zur Abgrenzung von der Sozialdemokratie und den Syndikalisten, zur Schaffung der Kommunistischen Internationale. Aber sie genügten nicht für immer. Jede Wahrheit wird mit der Zeit zur Phrase, wenn man sie nicht konkret anwendet.

Dieser Satz von Lenin hat sich auch hier bewahrheitet, schon nach den großen Rückschlägen und Niederlagen des Winters und Frühjahrs 1920-1921. [232] Obwohl die 21 Punkte schon alles Wesentliche enthielten, waren sie auf dem Papier geblieben. Die große taktische Wendung des III. Weltkongresses war nun zugleich eine grundlegende Fortführung und konkretere Stellung der Frage der Diktatur des Proletariats: sie wurde vor allem praktisch gestellt als Arbeit in den Massen. Schon damals gab es Abspaltungen sowohl nach rechts wie nach „links“, von Elementen, denen die Diktatur des Proletariats bloße Phrase gewesen war und die nun je nach Geschmack entweder die Phrase oder die Arbeit in den Massen opferten: Levi einerseits, die KAPD (die sich damals endgültig von der Komintern trennte) andererseits. Beide hatten durchaus dieselbe Wurzel. Beide stellten auch damals schon die Existenzberechtigung der KPD in Frage. Die Geschichte hat sich über diese Prophezeiungen lustig gemacht.

Bleiben wir nun bei unserer Partei, obwohl sich aus der Geschichte der übrigen Komintern-Parteien dieselben Lehren ergeben.

Auf der Basis der mehr oder minder ehrlichen Anerkennung der Notwendigkeit der Arbeit unter den Massen entwickelte sich die KPD weiter und entwickelte sich der Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken, der für eine gewisse Zeit seine Sprecher fand in der Brandler-Gruppe und der Gruppe Maslow-Ruth Fischer. Die Fehler dieser beiden Gruppen sind schon gründlich kritisiert worden. Wir werden sie im weiteren, soweit es nötig ist, noch beleuchten. Auch sie haben eine gemeinsame Wurzel: das Ziel der Diktatur und die tägliche Arbeit unter den Massen fallen noch vollkommen auseinander. Man spricht zwar von der Notwendigkeit einer konkreten Verbindung (auch heute ist das eine ständige Phrase der Ruth-Fischer-Gruppe), aber in der Tat fehlt sie beiden Seiten. Die Frage nach der Existenzberechtigung der KPD ist damit noch nicht richtig beantwortet. Die Brandlergruppe hat sie nur rein praktisch bejaht. Ihre Perspektive lief tatsächlich auf eine bessere und tüchtigere SPD. Die Maslow-Gruppe aber hat sie bloß in der Phrase bejaht. Ihre Perspektive lief auf eine kleine reine Partei, eine durch „Studieren“ und taktische Freiübungen (Manöver) verbesserte KAPD Jeder der beiden Gruppen wurde durch die Geschichte in gewissen Grenzen die Möglichkeit gegeben, ihre Linie in die Praxis umzusetzen und – ad absurdum zu führen: Brandler besorgte dies durch Liquidierung des Zieles der Diktatur des Proletariats, Maslow durch Liquidierung ihrer Grundlagen, der Arbeit in den Massen.

Die Erfahrungen der Jahre 1922-1923 und 1924-1925 sind von der Partei im allgemeinen noch zu wenig theoretisch-propagandistisch ausgewertet worden. Sie sind von höchster, von grundlegender Bedeutung für die gesamte zukünftige Politik der Partei. Sie haben bewiesen: erstens, daß keine der beiden Hauptgruppen in den Führerschichten, wenn sie auch zeitweise praktisch im Recht waren (und ebenso die zwischen ihnen oberflächlich vermittelnden Zwischengruppen), wirklich bolschewistisch waren, zweitens, daß man diese Gruppen nicht einfach identifizieren durfte mit den hinter ihnen stehenden Arbeitern, daß sich diese Arbeiter auf andere Weise entwickelt haben als die Führer; drittens, daß die alten Fraktionsschranken in der Tat gesprengt sind und die heutige Führung weder ihrer Zusammensetzung noch ihrer Politik nach irgendwie vor der alten Alternative „rechts oder links“ steht.

Aber wohl die wichtigste Lehre dieser Jahre der Parteigeschichte ist, daß sowohl die rechten wie die linken Abweichungen von der Linie des Bolschewismus im wesentlichen dieselben Wurzeln haben. Man begegnet auch heute oft noch der [233] Auffassung, die Rechten seien die Zögernden, die Linken die Ungeduldigen. Und manche Genossen glauben daher z. B. rechten Gefahren dadurch vorbeugen zu können, daß sie „Linke“ einer des Rechtskurses verdächtigten Organisation beigeben oder gar solchen die Führung übertragen wollen. Nichts falscher als das. Die Partei hat in den letzten Jahren die praktische Erfahrung gemacht

(und sie wird sie noch theoretisch vertiefen müssen), daß beide Fraktionen auf e i n e m Holz gewachsen sind, nämlich der Unerfahrenheit und Unklarheit der Partei, und beide Fehler e i n e r theoretischen Wurzel entstammen, dem Unverständnis bzw. der bewußten Ablehnung des Leninismus. Sollte dafür noch ein augenfälliger Beweis nötig sein, so ist es die persönliche Geschichte einzelner Genossen: Thalheimer segelt von der äußersten Linken auf die äußerste Rechte, Korsch beschreibt die entgegengesetzte Kurve. Mit beiden eine Reihe kleinerer Größen. Dieselbe Erscheinung in vergrößertem Maßstab sehen wir in der Geschichte der Arbeiterbewegung: die ehemaligen „Jungen“ in der alten SPD landen zum großen Teil auf dem rechten Flügel der Partei. Bei dem Linken Paul Lensch und dem halbanarchistischen Hervé ist der Schwung dieser Bewegung so groß, daß sie bis in die Reihen der bürgerlichen Rechtsparteien rutschen.

Man sagt oft leichthin, daß die Extreme sich berühren, und glaubt damit die Sache erledigt oder gar erklärt zu haben. Aber diese Banalität ist dafür ganz und gar untauglich. Es kommt darauf an, die tatsächlichen und konkreten ideologischen W u r z e l n dieser Verwandtschaft herauszufinden. Diese Wurzeln sind vorhanden. Es sind folgende:

a) Die Stellung der Frage der praktischen Arbeit der Partei bloß ökonomisch oder hauptsächlich ökonomisch, vom ökonomischen Kampf ausgehend.

b) Die Theorie der reinen proletarischen Revolution und daher die falsche Stellung zu den andern ausgebeuteten Klassen.

c) Die Betrachtung des Staates (und der proletarischen Diktatur) als bloßer Apparat.

Diese drei Hauptmomente, die sich am Grunde aller Abweichungen (der letzten Jahre wie der Gegenwart) sowohl nach rechts wie nach links finden[*)], können auch verstanden werden als Äußerungen eines G r u n d f e h l e r s, des Unverständnisses der politischen Aufgaben und der Rolle des Proletariats als K l a s s e, sowohl seiner führenden Partei w i e der Masse selbst, in der Revolution und bei der Vorbereitung der Revolution.

Wir werden im folgenden diese Punkte näher ausführen und mit einigen knappen Beispielen belegen. Vorher aber noch ein Wort zu den r e c h t e n Gefahren. Man spricht heute oft über sie, ohne aber von ihren eine ganz konkrete Vorstellung zu haben. Meist werden bloß einzelne praktische Fehler darunter begriffen. Das ist falsch. Die rechte Gefahr hat ganz bestimmte ideologische Wurzeln und prinzipiell vom Leninismus abweichende Auffassungen, die im wesentlichen d i e s e l b e n sind wie die der Ultralinken. Wir werden das durch die folgenden Beispiele belegen. Wenn die ehemaligen rechten Genossen heute nicht mit einer besonderen Plattform auftreten, so hat das folgende Gründe: [234]

1. Der größte Teil hat wirklich gelernt wie wir alle und will ehrlich an der Schaffung einer neuen bolschewistischen Führung mitarbeiten.

2. Ein Teil ist praktisch guten Willens, hält zwar im stillen die jetzige Politik, besonders in der Sowjetunion, für opportunistisch. Hier berührt er sich mit den Ultralinken. Er schweigt aber, weil er selbst opportunistisch ist.

3. Ein kleiner Teil endlich schweigt, weil er (genau wie die Ultralinken) glaubt, der Kurs gehe sowieso nach rechts, die Zeit werde ihn wieder an die Führung bringen.

4. Ein nicht geringer Teil steht heute aber tatsächlich in den Reihen der Ultralinken, hat sich nur einen anderen Mantel umgehängt (z. B. Korsch).

Daß heute die ultralinke Gefahr ungleich größer ist als die rechte, folgt zwingend aus den gegenwärtigen Tatsachen und der Geschichte der Partei in den letzten Jahren. Die obige Analyse der rechten

[*)] Sie liegen auch dem Unverständnis der Rolle der Partei und ihrer Organisation zugrunde. Maslow hat von dieser Rolle bloß g e r e d e t. Auch heute zeigt sich rechts wie ultralinks d i e s e l b e Gegnerschaft gegen die Zellenorganisation, dasselbe sozialdemokratisch-anarchistische Geschrei nach „Diskussionsfreiheit“ und Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder. Man vergleiche die Rechte in der KPF und unsere Ultralinke. (Katz solidarisiert sich übrigens schon offen mit Souvarine, siehe Nr. 2 seines Blättchens.)

Gefahr beweist aber, daß heute eine konsequente und prinzipielle Kritik an den Ultralinken und die konkrete Aufzeigung ihrer Verwandtschaft mit den Rechten zugleich das beste Mittel zur Ausrottung der rechten Gefahren bildet. (Fortsetzung folgt.)

*

Das Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie

Von E. Hoernle

Die deutschösterreichische Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitag in Wien am 16. November 1925 ein Agrarprogramm beschlossen, das jetzt im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung in Broschürenform erschienen ist. Das ist um so bemerkenswerter, als die deutsche Sozialdemokratie sich zwar auf zahllosen Parteitagen mit der Agrarfrage beschäftigt, jedoch bis heute keine endgültige Stellung genommen hat.

Otto Bauer hat einen Kommentar zum Agrarprogramm geschrieben, wovon ein Teil in der Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, „Der Kampf“, Jahrgang 19 Nr. 1, veröffentlicht ist. Es ist lehrreich, diesen Kommentar und die Artikel, die im Novemberheft des „Kampf“ zum Parteitag veröffentlicht sind, beim Studium des Agrarprogramms und seiner Entstehungsursachen heranzuziehen. In dem Artikel zum Parteitag spricht nämlich Otto Bauer ganz offen aus, daß die Sozialdemokratie geistig bankrott gemacht habe und einer Auffrischung bedürfe.

Im Lichte dieses Geständnisses muß auch das neue Agrarprogramm bewertet werden. Die österreichische Sozialdemokratie hat die breitesten Massen des städtischen Proletariats bereits erfaßt und befindet sich, vom Standpunkt der parlamentarischen Demokratie aus gesehen, in einer Sackgasse. Die Massen des Landproletariats und der halbproletarischen Schichten sind das einzige Expansionsfeld, das noch übrig bleibt, um die zahlenmäßige Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. In dem Artikel „Industrieproletarier und Landarbeiter“ spricht Adolf Schärf das ganz unumwunden aus.

Die Sorge also um die zahlenmäßige Mehrheit der parlamentarischen Wahlstimmen ist die eigentliche Triebfeder sowohl für die von Otto Bauer geforderte „Revision des Parteiprogramms“ als auch der neuen Wendung: Das Gesicht dem Dorfe zu. Genosse Martynow hat mit Recht in der Nr. 1 der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale“ darauf hingewiesen: das Agrarprogramm der österreichischen Sozial-[235]demokratie ist eigentlich nichts anderes, als eine schlechte Nachahmung, besser Fälschung – des bolschewistischen Agrarprogramms, wobei natürlich der revolutionäre Spiritus zum Teufel ging.

Wir werden dies im einzelnen nachweisen.

*

Das Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie zerfällt in zwei scharf getrennte Teile. Der erste Teil enthält die Tagesforderungen, der zweite Teil ist – Zukunftsmusik. Der musikalische Teil ist, oberflächlich betrachtet, gar nicht so übel, es ist darin sehr viel die Rede von der Sozialisierung der Forsten und des gesamten landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes sowie von Maßnahmen zur Hebung und genossenschaftlichen Organisierung der Bauernwirtschaften. Bei Licht besehen fehlt aber diesem grundsätzlichen Teil gerade das, worauf es bei der Vergesellschaftung ankommt: Die Frage bleibt offen, wie wir zur Verstaatlichung und Vergesellschaftung kommen. Es fehlt die Machtfrage.

Mit keinem Sterbenswörtchen wird erwähnt, ob mit oder ohne Entschädigung enteignet werden soll. Die SPÖ läßt diese Frage einfach offen. Man kann aber diese Frage nicht offen lassen! Enteignung mit Entschädigung heißt in der Praxis: die Enteignung aus einer politischen Machtfrage in eine juristische Frage verwandeln, das ganze Werk auf den St. Nimmerleinstag verschieben, im besten Fall die bodenhungrigen Bauern sowie die bodenhungrigen Arbeiter mit winzigen Brosamen abspeisen Daß die Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes nur auf revolutionärem Wege vor sich

gehen kann, nur mit Hilfe der proletarischen Diktatur und mit Hilfe des neuen Machtapparats der Arbeiter- und Bauernräte, ist eine marxistische Erkenntnis, die man natürlich von Otto Bauer nicht erwarten kann.

Bezeichnend für den radikal drapierten österreichischen Menschewismus ist ferner die Begründung, die der Forderung auf Sozialisierung des gesamten landwirtschaftlichen und forstlichen Großbesitzes mit auf den Weg gegeben wird. Rein w i r t s c h a f t l i c h e Gesichtspunkte der Hebung der Produktion, der Verwandlung der „kapitalistischen Ertragswälder in sozialistische Wohlfahrtswälder", der Aneignung der Grundrente durch „die Volksgesamtheit" kommen in Betracht. Das m a c h t p o l i t i s c h e Moment der Verjagung der Großgrundbesitzer als der brutalsten Feinde des Proletariats und der Gewinnung der Bauern als Kampfgenossen wird nicht einmal gestreift. Es kommt auch gar nicht in Betracht für Sozialdemokraten, die dieses ganze schöne Sozialisierungsprogramm auf rein demokratischem Wege, unter allmählicher „friedlicher" Änderung der Machtverhältnisse, durchzusetzen wünschen. Eben deshalb bleibt aber auch all das Gerede von Sozialisierung und Volkswohlfahrt – Zukunftsmusik.

In seinem letzten Kapitel behandelt das Programm die Stellung des Bauern in der sozialistischen Gesellschaft. Auch hier ein fundamentaler Gegensatz zu der marxistischen Auffassung. Die österreichische Sozialdemokratie lehrt die Stabilität der bäuerlichen Familienwirtschaft, deren organisatorische und technische Rückständigkeit zwar durch Förderung des Genossenschaftswesens behoben werden soll, deren Grundlage, das Privateigentum an Produktionsmitteln, aber stillschweigend für permanent erklärt wird. Kein Wort von der Erziehung des Bauern zum Sozialismus durch das Beispiel der sozialistischen Großbetriebe, durch die Aufklärungsarbeit des revolutionären Land- und Industrieproletariats, durch die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie.

Dem scheinen die Ausführungen Otto Bauers in seinem erwähnten Artikel „Zum Parteitag" zu widersprechen, wo er auf das Verhältnis des auf eigener [236] Scholle vom sozialistischen Staat belassenen Bauern zum Sozialismus zu sprechen kommt. Bauer versucht dort nachzuweisen, daß die Steigerung der Lebenshaltung des sozialistischen Industrieproletariats notwendig die Furcht des Bauern vor der Proletarisierung mindert, den heute typischen Hunger nach der eigenen Scholle absterben läßt und damit die Ursachen der im Kapitalismus üblichen Überwertung und Verschuldung des bäuerlichen Bodens beseitigt. Damit verwandle sich das bäuerliche Grundeigentum aus einem Mittel des Kapitals, um sich mittels Hypothek und Pfandbrief den Reinertrag der Bauernwirtschaft anzueignen, in ein Mittel des Bauern, sich den Genuß seines Arbeitsertrags zu sichern. Gleichzeitig werden die Bauern infolge der verstärkten Abwanderung der ländlichen Lohnarbeiter in die sozialisierte Industrie immer mehr gezwungen, sich durch das Genossenschaftswesen alle Vorteile des Großbetriebs anzueignen.

Aber genau besehen gilt unsere Kritik auch diesen Ausführungen Bauers. Auch sie erklären den groß- und mittelbäuerlichen Betrieb als eine bleibende Wirtschaftsform, wenn auch auf ei er höheren, genossenschaftlich organisierten Stufe. Es fehlt der Gedanke des Absterbens des Privateigentums. Die bäuerlichen Produktivgenossenschaften Bauers werden sich nicht der sozialisierten Großindustrie eingliedern, sondern als Kollektivkapitalisten dauernd weiter für den Markt produzieren. Der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft wird nicht aufgehoben, sondern in den neuen Formen sogar verschärft wiederkehren.

Dabei denkt sich Otto Bauer die geschilderte Entwicklung als eine automatische und mechanische. Kein Wort von der planmäßigen, zielbewußten Erzieherrolle des herrschenden Proletariats, das mit Hilfe von billigen Staatskrediten, durch Belieferung der Bauern mit Betriebsmitteln aus der sozialisierten Industrie, durch kulturelle Aufklärung und gesteigerte Berufsschulung, durch Organisierung von staatlichen Musterbetrieben und vor allem durch die allmähliche Verschmelzung von industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben den alten Gegensatz zwischen Stadt und Land aufhebt.

*

Wie steht es nun mit dem ersten Teil, den Tagesforderungen des Programms? Bilden sie ein Werkzeug zur Steigerung des Kampfes um die Endforderungen? Führen sie die Massen notwendig auf die

Endforderungen hin? Diese Frage ist entscheidend bei der Beurteilung des reformistischen bzw. revolutionären Charakters von Teilforderungen.

Schon der allererste Satz des ganzen Programms ist grundfalsch. Er lautet: „Die Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Volksmassen, sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt.“ Wie wenig die Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit mit einer Hebung der Lage der Arbeitenden gleichbedeutend ist, lehrt die „Rationalisierungskrise“ in Deutschland mit erschreckender Deutlichkeit. Die Mechanisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe bringt den deutschen Landarbeitern verschärfte Ausbeutung und Mehrung der Arbeitslosigkeit.

Tagesforderungen, die den Kampf um das sozialistische Endziel vorbereiten sollen, müssen ausgehen von den nächsten Bedürfnissen und Tagesinteressen der arbeitenden Massen ohne Rücksicht darauf, ob die kapitalistische Produktion dadurch erschwert oder gar „unrentabel“ gemacht wird. Im Gegenteil! Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der kapitalistischen Aneignungsform muß durch unsere Forderungen vertieft und die Entwicklung der revolutionären Endkrise beschleunigt werden. [237] Reformen, sagt Lenin, sind nur die „N e b e n p r o d u k t e“ des revolutionären Klassenkampfes.

Für die SPÖ ist das fiktive „Gesamtinteresse“, also das Interesse der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Weiterführung, das Primäre und Grundlegende. Die Tagesforderungen der Landarbeiter und Kleinbauern werden so zugeschnitten und reduziert, damit sie ja nicht diesem angeblichen „Gesamtinteresse“ widersprechen. Diese Tendenz zeigt sich natürlich weniger bei den Kleinbauernforderungen. Hier fallen die Interessen der bäuerlichen Betriebe mit der Hebung der Produktion zusammen, da es sich ja doch um Kleinproduzenten handelt.

Aber auch hier macht sich ein bürokratischer Zug bemerkbar, der an Stelle der bäuerlichen Initiative und Selbstverwaltung, an Stelle der Erziehung zu kollektiven Wirtschaftsformen behördliche Bevormundung setzt. Der erbitterte Kampf, den gerade in diesen Monaten die gesamte sächsische Klein- und Mittelbauernschaft gegen das dortige Rinderzuchtgesetz führt, ist ein deutliches Beispiel, wie wenig solche Zwangsvorschriften, die angeblich im Interesse einer Produktionsverbesserung gemacht werden, geeignet sind, der Bauernschaft zu helfen, wie sehr sie zwangsläufig zum Nutzen der Großbetriebe und großen Bullenzüchter ausschlagen.

Wie anders die Durchführung solcher im Interesse der Hebung der Produktion und einer weitschauenden Zukunftspolitik notwendigen Maßnahmen in Sowjetrußland. Gewiß bedürfen, um mit Johann Hirsch („Der Kampf“ 1925, Heft 11, „Produktionstechnische Betrachtungen des Agrarprogrammentwurfs“) zu reden, „die vielfachen produktionstechnischen Zusammenhänge zwischen den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben einer einheitlichen autoritativen Regelung, namentlich in einem Lande, in dem der Kleinbetrieb vorherrscht. Aber diese notwendige „autoritative Regelung“ darf dem Bauern vom sozialistischen Staat nicht wie eine „Zwangswirtschaft“ aufdiktiert werden, sie kann ihre Wirkung nur ausüben und die Bauernschaft erziehen, wenn sie unter breitester Heranziehung und verantwortlicher Mitarbeit der „Bauern vom Pfluge“ vorgenommen wird. Nicht ohne Grund haben die KP der Sowjet-Union und der Sowjetkongreß seinerzeit die Losung herausgegeben: Heranziehung der Bauern vom Pfluge zu den Sowjets und zum ganzen Verwaltungsapparat, Steigerung der politischen Aktivität und der wirtschaftlichen Initiative der kleinen und mittleren Bauern mit allen geeigneten Mitteln. Eine einfache Fortführung, Verschärfung und Ergänzung der bürgerlichen Methoden gesetzlicher Verordnungen würde nicht die sozialistische Erziehung der Bauern fördern und diese immer fester mit dem Proletariat verbinden, sondern mußte notwendig zu wachsenden Mißverständnissen, Entfremdungen und Spannungen führen. Auch hierin zeigt sich eben der fundamentale Gegensatz zwischen der proletarischen Räteverfassung mit ihrer Einheit von Legislative und Exekutive, mit ihrer Freisetzung aller schöpferischen Kräfte der Massen und der bürgerlichen Demokratie mit ihrem parlamentarischen Geschwätz einerseits und ihrem hochnäsigen, den wirklichen Bedürfnissen und Empfindungen der Volksmassen entfremdeten Beamtenapparat andererseits.

Zur Ausschaltung des privaten Zwischenhandels zwischen Erzeuger und Verbraucher fordert die SPÖ das S t a a t s m o n o p o l f ü r d i e E i n- u n d A u s f u h r v o n G e t r e i d e, M e h l u n d K l e i e. Die

Monopolanstalt soll von Organen des Staates, Vertretern der Landwirte und der Konsumgenossenschaften verwaltet werden. Der inländische Handel bleibt frei, die Monopolanstalt ist jedoch verpflichtet, jede ihr angebotene Menge inländischen Getreides zu dem von ihr festgesetzten Übernahmepreis anzunehmen. Dieser Übernahmepreis soll unabhängig von den Weltmarktpreisen [238] so festgesetzt werden, daß der Bestand des heimischen Getreidebaues gesichert, „aber jede zu diesem Zwecke nicht erforderliche Belastung der Verbraucher vermieden wird".

Solche Vorschläge erinnern trotz ihrer Anklänge an das Außenhandelsmonopol Sowjetrußlands sehr verdächtig an die Vorschläge des ehemaligen deutschen Reichsernährungsministers Grafen Kanitz, der die frühere Reichsgetreidestelle in eine Art Garantiebank für die Erhöhung der Roggenpreise umzuwandeln wünschte. Daß eine solche Monopolanstalt zur Getreidevalorisation n u r d a n n im Interesse sowohl der Arbeiter wie der Kleinbauern wirken kann, wenn die Staatsmacht in der Hand der Arbeiter und Bauern und die Schlüsselindustrien sowie der Großgrundbesitz bereits verstaatlicht sind, das ist für eine sozialdemokratische Partei natürlich nicht von Belang. Die SPÖ träumt von der Möglichkeit, die bäuerlichen Absatzgenossenschaften und Konsumgenossenschaften ohne Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsform hinreichend entwickeln zu können, damit sie später das Monopol des Vertriebs der Agrarprodukte unter staatlicher Kontrolle durchführen[*)].

Zur Frage der Überschuldung der bäuerlichen Betriebe fordert die Sozialdemokratie, außer einem möglichst wohlfeilen Kredit, staatliche Kontrolle der Banken und Auflösung des Bankenkartells nebst Förderung der Landeshypothekenbanken, Sparkassen usw. Die Forderung der staatlichen Bankkontrolle und Auflösung des Bankkartells mit Hilfe der demokratischen Gesetzgebung und Verwaltung ist natürlich vollkommen utopisch in einer Zeit, wo die Diktatur der internationalen Großbanken über den Staat mit krasser Deutlichkeit zutage tritt. Sie hätte nur revolutionäre Bedeutung in Verbindung mit der kommunistischen Forderung proletarischer Produktionskontrolle. Zur Pachtfrage fordert die SPÖ Ausdehnung des sozialen Pachtschutzes, will jedoch gleichzeitig die Entscheidung über das Begehren der Pächter „paritätischen Pachtkommissionen" überlassen, die unter dem Vorsitz eines Richters tagen. Schon die Erfahrungen mit den deutschen Pachteinigungsämtern hätten der SPÖ zeigen müssen, wie wenig solche paritätische Pachtkommissionen ein Werkzeug sind zur Linderung der schlimmsten Pächternot. Wichtiger ist die Forderung, daß dem Pächter unter allen Umständen der ortsübliche Tagelohn verbleiben muß und die Pachtverträge nicht auf kürzere Zeit als sechs Jahre abgeschlossen werden dürfen. Das Recht des Kleinpächters, auf dem Pachtbesitz zu verbleiben, wenn die Beendigung der Pacht seinen Unterhalt gefährden würde, aber ihre Fortdauer die wirtschaftliche Existenz des Verpächters nicht in Gefahr bringt, wird ebenfalls den paritätischen Pachtkommissionen überlassen, womit in der Praxis der Kleinpächter geprellt ist, da es dem Verpächter, zumal dem g r o ß e n Verpächter, regelmäßig gelingen wind, vor einem solchen Amte nachzuweisen, daß nicht des kleinen Pächters, sondern seine eigene wirtschaftliche Existenz gefährdet sei.

Zur Steuerreform fordert die SPÖ, die Grundsteuer sei in eine Steuer von der Grundrente zu verwandeln. Sie soll nicht den Arbeitslohn des Bauern und seiner mithelfenden Familienmitglieder, sondern nur den Mehrertrag über den Arbeitslohn treffen. Jedes Bauerngut sei daher von der [239] Grundsteuer zu befreien, wenn sein Reinertrag nicht höher sei als der Arbeitslohn, den der Bauer und seine mitbeschäftigten Familienmitglieder als Lohnarbeiter erwerben könnten. Die Steuer vom Mehrertrag ist stark progressiv zu gestalten. Boden, der zu Luxuszwecken verwendet wird, unterliegt einer Zusatzsteuer. Die Warenumsatzsteuer für notwendige Nahrungsmittel, Zuckersteuer, Weinsteuer, Kirchensteuern sind aufzuheben. Mit diesen Richtlinien kann man sich einverstanden erklären, vorausgesetzt, daß die Bewertung der Güter nicht auf Grund der Buchführung kapitalistischer Agrarunternehmer von der Finanzbehörde durchgeführt wird, sondern auf Grund von Normalroherträgen, die durch Steuerausschüsse der Arbeiter und Bauern ermittelt, und von denen die notwendigen sachlichen Ausgaben abgesetzt werden.

[*)] Dieser Punkt hat gegenwärtig aktuelle Bedeutung in Deutschland, wo die Frage der „Roggenvalorisation", d. h. die Frage der Gründung einer privaten Roggenwuchergesellschaft mit Hilfe von Staatskrediten, im Reichstag debattiert wird. Die SPD. hat den Gedanken eines staatlichen Getreidemonopols aus dem Agrarprogramm ihrer österreichischen Bruderpartei herausgegriffen.

Die reformistische, den Kapitalismus als Wirtschaftsform erhaltende Einstellung der Sozialdemokratie zeigt sich bei den nächsten Forderungen zur Besserung der Lage des Landproletariats, da hier die Gegensätze zwischen landwirtschaftlichem Unternehmer und landwirtschaftlichem Lohnarbeiter scharf und unüberbrückbar zusammenprallen. Richtig ist die Forderung, daß das Recht der Landarbeiter unter keinen Umständen ungünstiger sein darf, als die Rechtsverhältnisse der Industriearbeiter. Die deutsche Sozialdemokratie, die Mutter der „vorläufigen Landarbeitsordnung“ und des für die Gutsarbeiter besonders schlechten Betriebsräterechts, sollte sich das hinter die Ohren schreiben. Im Gegensatz zur SPD verlangt z. B. die österreichische Sozialdemokratie die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Land- und Forstwirtschaft und die Einführung einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden im Jahresdurchschnitt durch Bundesgesetz. Überstunden und Durchbrechung der mindestens 36-stündigen Sonntagsruhe sind nur bei Gefährdung der Ernte oder des Viehes zuzulassen und mit entsprechenden Zuschlägen von 50 bzw. 100 Proz. zu bezahlen. Auch das Gesetz über die Arbeiterurlaube soll auf Land- und Forstarbeiter ausgedehnt werden. Ferner fordert die SPÖ strenge Bestimmungen über die Beschaffenheit, den Luftraum, die Einrichtung und Beheizung der Werkswohnungen und Verbot der Verwendung von Ställen und offenen Schuppen als Schlafräume.

Was aber fehlt ist die Forderung eines besonderen Landarbeiterschutzes, der über die Gleichberechtigung mit dem Industrieproletariat hinausgeht. Eine solche Forderung ist unerläßlich, da es sich bei der Landarbeiterschaft um eine proletarische Schicht handelt, die durch ihre Zerstreutheit und Zurückgebliebenheit besonders stark der Ausbeutung und dem Terror der Unternehmer ausgeliefert ist. Warum fordert die Sozialdemokratie nicht im Interesse einer tatsächlich vollen Freizügigkeit, einer tatsächlich uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsfreiheit die Enteignung der Werkswohnungen und ihre Überführung in Staats-, Kreis- oder Gemeindeeigentum? Die Forderung auf Neubau durch öffentliche Hand genügt nicht.

Auf dem Lande herrscht fast überall in der Praxis die Frauen- und Kinder-Zwangsarbeit. Wie kommt es, daß die SPÖ nicht deren Verbot und Beseitigung verlangt, sondern nur gewisse bescheidene Schutzbestimmungen? Nicht einmal die Abschaffung der Kinderarbeit in den Großbetrieben wird gefordert. Richtig ist dagegen, daß die Forderung eines Verbots, die Wanderarbeiter niedriger zu entlohnen als die heimischen Arbeiter, in den Kollektivverträgen festgesetzt ist.

Die Sicherung der Koalitionsfreiheit des Landproletariats gegen den Terror und die schwarzen Listen der Unternehmer wird nicht gefordert.

[240] Das Bezeichnendste an den Landarbeiterforderungen der SPÖ ist folgende Tatsache: Soweit es sich um Forderungen handelt, deren gesetzliche Regelung auf parlamentarischem Wege möglich erscheint, setzt sie sich dafür ein. Forderungen jedoch, die eine Stärkung der proletarischen Organisationen gegenüber den Unternehmerverbänden und dadurch eine Machtverschiebung auf dem Lande erstreben, und deren Durchsetzung deshalb wesentlich außerparlamentarischer Mittel bedarf, werden überhaupt nicht gestellt.

Für die Häusler und Kleingütler, die neben der Eigenwirtschaft auf Lohnarbeit angewiesen sind, werden eine Anzahl Forderungen gestellt, die im großen und ganzen richtig sind. So das Verbot der Aufteilung und Veräußerung von Gemeindegut, die Aufhebung der Vorrechte der Urhausbesitzer, der Ausschluß aller jener Besitzer von der Weide-, Streu- und Holznutzung, die mehr als eine Ackernahrung besitzen, und die Verteilung der Gemeindeäcker und Gemeindewiesen zu einem angemessenen Pachtzins an alle jene Gemeinde-Insassen, die weniger als eine Ackernahrung haben, ferner die Verpflichtung der Gemeinden, die Bearbeitung des Bodens für gespannlose Kleinbauern sicherzustellen. Es sollen hierfür Gespanngenossenschaften gegründet werden.

Allein auch hier, bei den bodenärmsten Klassen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, fehlen alle jene Forderungen, die geeignet sind, eine wirkliche und dauernde Machtverschiebung hervorzurufen und die revolutionäre Initiative dieser ländlichen Halbproletarier zu entwickeln. Es fehlt die Forderung auf Übereignung des bisherigen Pachtbodens an die kleinen Pächter, es fehlt die Forderung einer sofortigen breiten Anliegersiedlung auf Kosten der benachbarten Großgrundbesitzer.

Die Forderung der Demokratisierung der Landwirtschaftskammern durch Ausdehnung des Wahlrechts auf alle, die landwirtschaftlich genutzten Boden bewirtschaften, läßt die Einbeziehung der landlosen Tagelöhner und Landarbeiter vermissen.

Überall, bis in die kleinsten Einzelheiten hinein, offenbart so das Agrarprogramm der SPÖ trotz verhältnismäßig geschickter revolutionärer Schminke den menschewistischen Charakter. Es ist ein typisches Produkt politischer Diplomatie und Halbheit, des Verschweigens der entscheidenden Fragen.

Es ist nicht unmöglich, daß die SPD bzw. ihre „Linke“ diese Methoden der Austromarxisten nachäffen wird. Um so wichtiger ist es, daß die KPD ihr vom Spartakusbund übernommenes, im Buchhandel bereits vergriffenes „Agrarprogramm“ in ergänzter und in einzelnen Punkten entsprechend den bisherigen Erfahrungen korrigierter Form neu herausgibt.

*

Organisationsfragen der kommunistischen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften

Von W a l t e r

Die Erweiterte Exekutiv-Sitzung und die zweite Orgberatung der KI beschäftigten sich eingehend mit der Frage der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften. In der Periode der relativen Stabilisierung ist die Gewerkschaftsarbeit die wichtigste Aufgabe zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Deshalb wurde auch von allen Rednern besonders nachdrücklich betont, daß die kommunistischen Parteien alle Kräfte einsetzen müssen, um zu erreichen, daß alle Parteimitglieder in ihrer Gewerkschaft organisiert sind und aktiv arbeiten. Durch eine ständige genaue Kontrolle der Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteimitglieder in den Zellen und eine ideologische [241] Kampagne zur Überzeugung der Genossen von der Notwendigkeit aktiver Gewerkschaftsarbeit soll in möglichst kurzer Frist die gewerkschaftliche Organisierung aller Parteimitglieder erreicht werden. Zugleich sollen die Parteiorganisationen eine breite Kampagne führen zur Gewinnung möglichst aller Arbeiter für die Gewerkschaften.

In welchen Formen soll sich die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vollziehen? Auf diese Frage hat die Orgberatung nach Feststellung der bisherigen Fehler ausführlich Antwort gegeben, indem sie die Grundlinie des Fraktionsaufbaues und der Fraktionsstruktur festlegte. Die Verschiedenheit der Gewerkschaftsstruktur (roter, Amsterdamer und christlicher Gewerkschaften mit zentralistischem oder föderalistischem Aufbau) und die Verschiedenheit der Entwicklung der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern erfordert, daß diese Richtlinien den besonderen Verhältnissen angepaßt werden. Zu diesem Zwecke sollen die einzelnen Sektionen der KI Ausführungsbestimmungen zu den Fraktionsrichtlinien ausarbeiten.

Die Richtlinien für die Gewerkschaftsfraktionen bilden auch die Richtschnur für die kommunistische Fraktionsarbeit in anderen Massenorganisationen.

I.
Die bisherigen Mängel der Organisationsarbeit

Als Ergebnis der Diskussion der zweiten Orgberatung und der Beratung der Gewerkschaftskommission der Erweiterten Exekutive können zusammenfassend folgende Hauptfehler in der bisherigen Fraktionsarbeit festgestellt werden:

1. D i e G e w e r k s c h a f t s f r a k t i o n s a r b e i t wurde von den Parteileitungen und von großen Teilen der Parteimitgliedschaft v e r n a c h l ä s s i g t.

2. N i c h t a l l e o r g a n i s a t i o n s f ä h i g e n P a r t e i m i t g l i e d e r s i n d g e w e r k s c h a f t l i c h o r g a n i s i e r t. Die Parteiorganisationen haben keine genügende Kontrolle der Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteimitglieder ausgeübt und die ideologische Kampagne für den Eintritt in die Gewerkschaften nur schwach durchgeführt.

3. D i e G e w e r k s c h a f t s f r a k t i o n s a r b e i t w u r d e o f t n i c h t i m R a h m e n d e r P a r t e i a r b e i t in lebendiger Verbindung mit den allgemeinen Aufgaben der Partei geführt, sondern als

abgesonderte Ressortarbeit geleistet. (Bestehen eines eigenen Agitpropapparats; Erhebung besonderer Gewerkschaftsfraktionsbeiträge; Tendenzen zur Schaffung einer selbständigen Fraktionsorganisation, die sich nicht nur mit den speziellen Fragen der Fraktion, sondern auch mit anderen Parteifragen beschäftigt; selbständige Kräfteverteilung, Rednervermittlung, Kandidatenaufstellung usw. ohne Verständigung mit der Parteileitung.)

4. Abneigung gewerkschaftlich organisierter Parteimitglieder gegen die gewerkschaftliche Kleinarbeit im Betrieb, gegen die Übernahme gewerkschaftlicher Funktionärposten. Ablehnung der Aufgabe, parteilose und sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre als Sympathisierende und Parteimitglieder zu gewinnen.

5. Vorhandensein von Genossen, die sich nur mit gewerkschaftlicher Arbeit befassen, angeblich aus „Zeitmangel“ nicht in den Zellen arbeiten, die kommunistische Linie in den Gewerkschaften nur ungenügend vertreten und sich sogar den Parteibeschlüssen oft nicht unterordnen.

6. Die Bedeutung der Fraktionsleitungen für die einzelnen Gewerkschaften im Reich, in den Bezirken und Gruppen wird vielfach [242] unterschätzt, so daß die Gewerkschaftsabteilungen bei den Parteileitungen die Arbeit allein leisten. An Stelle der Fraktionsleitung leistet der für die betr. Gewerkschaft verantwortliche Genosse in der Gewerkschaftsabteilung die Arbeit und ist allein verantwortlich.

7. Die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaftsleitungen werden oft sich selbst überlassen, sie erhalten keine oder nur ungenügende Direktiven von der zuständigen Parteileitung, ihre Tätigkeit wird selten oder gar nicht kontrolliert und sie gehören in der Regel nicht der Fraktionsleitung an. Dadurch ist es ihnen verhältnismäßig leicht, sich der Verantwortung für die Durchführung der kommunistischen Linie zu entziehen, was notwendig zu Differenzen zwischen Parteileitung bzw. Gesamtfraktion und den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären führt.

8. Die Delegiertenwahlen in den Gewerkschaften, zu den Gewerkschaftskonferenzen und Kongressen wurden oft nur mangelhaft vorbereitet. Die Kandidatenaufstellung wird von den Parteileitungen nicht genügend beeinflußt.

9. In den Parteizeitungen wird der Gewerkschaftsarbeit nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Weder die Kommunisten noch die mit uns Sympathisierenden berichten ständig über die Vorgänge in den Betrieben und Gewerkschaften an die Parteipresse.

II.
Aufbau und Struktur der kommunistischen Fraktionen

Nach Aufzeigung der Mängel der bisherigen Arbeit sollen im folgenden die Hauptgesichtspunkte dargelegt werden, nach denen auf Grund der Beschlüsse der Orgberatung und der Erweiterten Exekutive die Fraktionsarbeit durchgeführt werden soll.

1. Die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. Das Schwergewicht der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit muß in die Betriebe verlegt werden. Nur wenn die Genossen in den Betrieben systematisch gewerkschaftliche Kleinarbeit leisten, indem sie sich mit den kleinsten Fragen des Arbeiterlebens im Betrieb, mit den Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit der hygienischen Einrichtungen, der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften usw. beschäftigen und in allen Tagesfragen die Arbeiterinteressen vertreten, wird es gelingen, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder unter unseren Einfluß zu bringen. Nur auf diese Weise können wir erreichen, daß die gewerkschaftlichen Funktionärposten im Betrieb von den Arbeitern den Kommunisten übertragen werden, und nur durch die unermüdliche positive und Aufklärungsarbeit wird es uns gelingen, sozialdemokratische und parteilose Gewerkschaftsfunktionäre zu gewinnen. Das Verhältnis der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder der KP zur Zahl der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre ist ein viel schlechteres, als bei der Sozialdemokratie. Das ist eine der größten Schwächen der Partei.

Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit wird im Betrieb von der Zellenleitung geführt. Die Parteileitungen müssen die Zellen mehr als bisher für diese Arbeit instruieren.

2. Der Fraktionsaufbau. Der Fraktionsaufbau muß dem Aufbau der Gewerkschaft entsprechen. Ist der Bereich der Ortsverwaltung z. B. in Stadtteile gegliedert und sind Branchen vorhanden, so sind auch dort Fraktionen zu bilden. Ist am Ort die Delegiertenversammlung die beschließende Instanz, so ist die kommunistische Fraktion in der Delegiertenversammlung in der Regel zugleich die Gesamtfraktion, da eine Zusammenberufung aller Parteimitglieder der Gewerkschaft infolge weiter Entfernung usw. oft großen [243] Schwierigkeiten begegnet. Ist die Fraktion in der Delegiertenversammlung zu schwach, so werden zur Fraktionsversammlung die Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit der Betriebe, die nicht vertreten sind, hinzugezogen.

Alle Kommunisten der betreffenden Gewerkschaft gehören zur Fraktion. Es ist notwendig, die Masse der Parteimitglieder zur Fraktionsarbeit heranzuziehen, sie systematisch zu informieren und zu kontrollieren, weil nur durch Heranziehung aller Parteimitglieder die Möglichkeit gegeben ist, die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu beeinflussen. Die Versammlungen der Fraktion müssen gründlich vorbereitet werden, damit das Interesse der Genossen für den Versammlungsbesuch geweckt wird und ein größerer Prozentsatz der Parteimitglieder als bisher an den Fraktionsversammlungen teilnimmt. Die Zellen müssen regelmäßig die Parteimitgliedsbücher nach dem Vermerk über den Besuch der Gewerkschaftsfraktionsversammlung kontrollieren.

Im Reich, in den Bezirken und Orten müssen die Parteileitungen den Fraktionsaufbau und die Fraktionsarbeit mehr als bisher instruieren und kontrollieren. Keineswegs darf der Fraktionsaufbau als eine rein organisatorische Aufgabe behandelt werden. In Verbindung mit den Lohnkampagnen, den Delegiertenwählen zu Kongressen, der Kampagne für die Fürstenenteignung u. a. muß der Fraktionsaufbau durchgeführt werden. Jedes einzelne Parteimitglied ist verpflichtet, die größte Initiative zu entwickeln, um die Fraktionen zu organisieren und zu aktivisieren. Die Parteileitungen müssen ihre Kräfte besonders auf die wichtigsten Orte und wichtigsten Gewerkschaften konzentrieren und nach einem bestimmten Plan den Fraktionsaufbau instruieren, unterstützen und kontrollieren.

3. Die Fraktionsleitungen. Eine der schwierigsten Aufgaben ist die Schaffung arbeitsfähiger Fraktionsleitungen. Unser Einfluß in den Gewerkschaftsleitungen ist noch schwach. Wir haben wenig gute Kommunisten, die zugleich erfahrene Gewerkschafter sind. Die Gewerkschaftsabteilungen halten sich demzufolge meistens für verpflichtet, die Arbeit allein zu machen. Auf diese Art können selbstverständlich keine arbeitsfähigen Fraktionsleitungen erzogen werden. Grundsatz muß sein, daß dort, wo eine Gewerkschaftsleitung vorhanden ist, auch eine kommunistische Fraktionsleitung bzw. auch ein Fraktionsleiter bestehen muß. Die Fraktion besteht sowohl in den Organisationen wie in den Organen (Gewerkschaftsleitungen, Konferenzen) aus den Genossen, die der Organisation oder dem Organ angehören. Mitglieder der Fraktionsleitung sollen die Parteimitglieder mit den besten gewerkschaftlichen Erfahrungen sein. Kommunisten in verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionen müssen der Fraktionsleitung angehören. Die Fraktionsleitungen werden anfangs oft noch schlecht arbeiten. Es ist Aufgabe der Parteileitung, diese Genossen systematisch zu erziehen, ihnen zu helfen, den richtigen Weg zu gehen.

Die Fraktionsleitung soll nur wenige Mitglieder zählen, damit sie wirklich arbeitsfähig ist, sie soll aber regelmäßig Beratungen mit den Branchenleitern usw. abhalten.

4. Die Verbindung der Fraktionen. Die Verbindung der Fraktionen ist eine doppelte. Einerseits erhalten sie ihre Anweisungen direkt durch den Parteiapparat, andererseits sollen die Fraktionsleitungen vertikal (von der Reichsfraktionsleitung über die Bezirksfraktionsleitung zur Ortsfraktionsleitung) miteinander verbunden sein, damit der Parteiapparat nicht [244] zu stark überlastet wird und keine unnötige Verzögerung in der Benachrichtigung der Fraktionsleitungen eintritt. Diese Richtlinie darf aber nicht mechanisch angewendet werden. Die Bezirksfraktionsleitung für die Metallarbeitergewerkschaft wird selbstverständlich erst dann mit den Ortsfraktionsleitungen direkt in Verbindung treten, wenn diese nicht nur formell existieren, sondern wirklich arbeiten, und sie wird nicht mit allen Fraktionsleitungen direkt verkehren, sondern anfangs nur mit den wichtigsten Fraktionen, während die weniger wichtigen und kleineren Fraktionen das Material durch den Parteiapparat erhalten.

Diese direkte Verbindung der Fraktionen bedeutet keineswegs die Gefahr der Schaffung eines zweiten Parteiapparats. Diese Gefahr ist nur dann vorhanden, wenn die Parteileitungen sich nicht um die Frage der Gewerkschaftspolitik und um die Arbeit der Fraktionsleitungen kümmern.

5. Die Gewerkschaftsabteilung. Die Gewerkschaftsabteilung beim ZK. und bei den Bezirks- und Ortsleitungen ist ein Hilfsorgan der betr. Parteileitung. Im Auftrage der betr. Parteileitung instruiert und kontrolliert sie die Fraktionsarbeit. Oft sind die Gewerkschaftsabteilungen zahlenmäßig sehr groß, weil die meisten Gewerkschaftsfraktionen in ihr vertreten sind. Das erschwert die Arbeit. Deshalb soll die Gewerkschaftsabteilung nur aus drei bis fünf (Berlin und Hamburg einige mehr) Genossen zusammengesetzt sein. Selbstverständlich soll die Gewerkschaftsabteilung öfter die Fraktionsleiter und die kommunistischen Fraktionen des Ortsausschusses des ADGB zu Beratungen zusammenberufen. Es ist natürlich, daß die Gewerkschaftsabteilung in den Anfangsstadien der Fraktionsentwicklung besonders viel Arbeit zu leisten hat. Aber in dem Maße, als sich die Arbeit der Fraktionsleitungen verbessert, werden auch die Aufgaben der Gewerkschaftsabteilung geringer.

Die Gewerkschaftsabteilungen müssen sich absolut auf ihr Tätigkeitsgebiet beschränken und innig mit den anderen Abteilungen zusammenarbeiten. Z. B. sind die allgemeinen Gewerkschaftskampagnen (Wirtschaftsprogramm, ADGB, Achtstundentag usw.) von der Agitpropabteilung zu führen, damit eine einheitliche Führung der Parteikampagnen gewährleistet wird. Ebenso ist das Material über die Wirtschaftslage, über die Entwicklung der Industrie usw. von der Informationsabteilung zu beschaffen und muß von dieser der Gewerkschaftsabteilung zur Verfügung gestellt werden. Die Fragen des Aufbaues und der Struktur der Gewerkschaftsfraktionen werden wiederum von der Orgabteilung bearbeitet.

*

Die VI. Erweiterte Exekutive und die II. Orgberatung der Komintern haben den Sektionen der KI folgende Hauptaufgaben gestellt:

1. Die Parteileitungen (Bezirk, Unterbezirk, Ort, Zellengruppe und Zelle) sollen sich mehr als bisher mit den Fragen der Gewerkschaftspolitik beschäftigen und die Arbeiter der Zellen und Fraktionen mehr instruieren unterstützen und kontrollieren.

2. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist in der Hauptsache in den Betrieben durch die Zellen zu leisten. Dabei ist besonderer Wert zu legen auf die Wahl von Kommunisten in Betriebsgewerkschaftsfunktionen und auf die Gewinnung sozialdemokratischer und parteiloser Gewerkschaftsfunktionäre als Sympathisierende und Parteimitglieder.

3. Durchführung einer ständigen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Schaffung arbeitsfähiger Fraktionsleitungen aus den erfahrensten kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären. [245]

RUNDSCHAU

Deutsche Politik
März

Das hauptsächlichste Ergebnis des Monats März ist der Erfolg des Volksbegehrens. Bisher hat dieser Erfolg nur die Bourgeoisie gezwungen, ihre Taktik zu ändern.

Die 12,5 Millionen Stimmen wurden von den Rechtsparteien sehr deutlich als eine politische Bedrohung der Fortsetzung des Restaurationsprozesses empfunden. Die Möglichkeit eines Sieges des Volksentscheids, der die Mehrheit des Volkes gegen die an die Fürsten gebundenen Rechtsparteien in Stellung bringen würde, zwingt die Bourgeoisie zum Zusammenreißen ihrer Kräfte. Es ist klar, daß ein solcher Massenaufmarsch keine günstige politische Situation für die Anwendung diktatorischer Mittel abgeben kann, und es ist ebenso klar, daß Regierung, Reichstag und vielleicht sogar die Präsidentschaft der Rechten gegen 20 Millionen nicht zu halten ist. Welche politische Wirkung würde es haben, wenn eine Rechtsregierung und Hindenburg die Enteignung der Monarchen durchführen müßten? Welch eine politische Wirkung würde ein diktatorischer Eingriff gegen 20 Millionen, also die festgestellte Mehrheit des Gesamtvolks, haben? Welche gewaltigen Erschütterungen würde die Bourgeoisie in Kauf nehmen müssen, wenn sie aufs Ganze gehen würde?

Das Billigste also ist: Zusammenreißen aller Kräfte gegen den Volksentscheid, Bindung der DDP mit ihrer großen Presse, möglichst weitgehende „Befriedung, Abwieglung, Beruhigung der schwankenden Schichten, größtmögliche Verminderung der sozialen Spannungen bis nach dem Volksentscheid, Verschiebung auch der politischen Restaurationsziele (Verfassung- und Wahländerung) wenigstens aus der praktischen in die propagandistische Vorbereitung.

*

Innerhalb der Bourgeoisie sind im März die Spannungen keineswegs zurückgegangen. Die Schwerindustrie führt einen kostspieligen internationalen Dumpingkampf. Die internationalen Kartellverhandlungen wurden fortgesetzt, und die Höhe der Absatzquote ist das Ziel, das mit wilden Preisunterbietungen umkämpft wird. Die hohen Kosten dieser Unterbietungen werden nicht nur aus dem Proletariat herausgeholt, sondern auch durch Verschärfung des Kampfes der Schwerindustrien gegen die (nicht konzernierten) verarbeitenden Industrien, die mit Hilfe fester Händlerkartelle von den Erzeugerindustrien stark unterdrückt werden. Die Konzentrationspolitik der Schwerindustrie brachte viele der durch die hohen Rohstoffpreise konkurrenzunfähig gewordenen verarbeitenden Betriebe, soweit sie dank ihrer Produktionsverhältnisse brauchbar waren, in die Hände der Schwerindustrie. Die Zurückgebliebenen überließ man ihrem Schicksal. Dieser Prozeß erzeugte sehr starke Reibungen in den Unternehmerverbänden, die sich politisch in den Divergenzen der Parteien äußerten.

Die offizielle Wirtschafts-, Finanz- (Steuer- und Zoll-) Politik war ganz und gar den Interessen der Schwerindustrie untergeordnet. Die vor Genf entwickelten Programme der Ressortminister wurden nach Genf, als man die Linke nicht mehr brauchte, rasch noch weiter nach rechts revidiert. Der Landwirtschaftsminister entwickelte ein Programm, welches dem Großgrundbesitz gewaltige Zuwendungen versprach und unter dem (erlogenen) Vorwand, daß diese Zuwendungen auch den Bauern zugute kämen, gab der Reichstag einen Vorschuß von zunächst 30 Millionen zur Roggenverteuerung. Der Reichsetat wurde mit Zustimmung der Sozialdemokraten angenommen, und die Kämpfe um die Etatspositionen gaben das im bürgerlichen Staat übliche Bild: die einzelnen Schichten der herrschenden Klasse drängten sich an die öffentlichen Kassen wie die Schweine an den Futtertrog. Die Stärksten erwischten die größten Brocken.

Dennoch ist eine gewisse Dämpfung spürbar. An die Stelle des brutalen und rücksichtslosen Kampfes traten, je mehr der Bourgeoisie die Bedrohung ihrer Gesamtposition durch die mit dem Volksentscheid ausgelöste Aktivisierung der Massen zum Bewußtsein kam, das Verhandeln um die Zuwendungen, das verabredungsmäßige Verteilen, statt der Rücksichtslosigkeit des Kampfes. Die Drohungen der linken Volksparteiler z. B. gegen die schwerindustrielle, rohstoffverteuernde (und damit auch allgemein preistreibende) Zollpolitik sind in der letzten Zeit seltener geworden. Die „Preisabbau-Kampagne gegen die Kleinen ist eingestellt. Ein Teil der Steuererleichterungen wird „planwirtschaftlich“ auch den mittleren und schwächeren Schichten der Bourgeoisie gutgebracht, und als des Pudels Kern wird bei all diesem im April die Fassung des Regierungsgesetzentwurfs über die Fürstenabfindung und die Verhandlung über „Neubildung“ der Regierung herauskommen.

*

Eine Erleichterung der „Dämpfung“ der inneren Konflikte der Bourgeoisie ergab sich auch durch die außenpolitischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Genfer Fiasko. Die offizielle Lesart für dieses Fiasko ist bekannt. In der Tat handelte es sich um eine Bremsung der Locarnopolitik, hinter der offensichtlich die Vereinigten Staaten von Amerika standen und hinter der gleichzeitig die imperialistischen Gegensätze auch der europäischen Großmächte wirkten. Bis heute ist eine völlige Klarstellung all dieser in den Außenämtern der Großmächte durchgeführten Intrigen noch nicht gelungen. Nur die Tatsache ist klar, daß Amerikas gewaltiges [246] finanzielles Übergewicht empfindlich aktiv gegen England eingriff und daß der Völkerbund als das entlarvt wurde, was er in Wahrheit ist: ein Instrument zur Fortsetzung der imperialistischen Kriegsbündnispolitik und nicht im geringsten „ein Instrument zur Herstellung des Weltfriedens“.

Geschlagen wurde in Genf England, dessen Schwäche gegenüber Amerika demonstriert wurde, und mit ihm die Luther-Stresemannsche Locarnopolitik, die darauf hinausging, in der Vasallenschaft Englands eine politisch selbständigere Rolle zu erdienen.

In der Innenpolitik wirkte sich diese Entlarvung fast sofort aus.

Die Haupteinwände der reaktionären, militaristischen, monarchistischen Deutschnationalen gegen die liberale „Erdienungspolitik" Luther-Stresemanns im Solde Englands war von jeher, daß mit ihr die sozialdemokratische, pazifistische Verschleierungspolitik gestärkt würde und daß die klassenbewußten Imperialisten in der offenen Ausnutzung der imperialistischen Gegensätze durch die zu enge Bindung an England allzustark eingeengt würde.

Mit der Genfer Schlappe erlitt die „englische Orientierung" eine so starke Dämpfung, und der imperialistische Kampf der internationalen Diplomatie wurde so offen unterstrichen, daß zwischen der offiziellen Regierungspolitik und ihrer rechten Opposition eine merkliche Annäherung stattfand, die zunächst beide großbürgerliche Richtungen in der Anerkennung zu einigen scheint, daß man neben dem englischen Eisen auch zumindest ein amerikanisches Eisen im Feuer halten soll.

*

Das Volksbegehren hat nicht wenig zu dieser Annäherung beigetragen.

Die Bourgeoisie wird ihre sämtlichen Mittel einsetzen, um den Schlag des Volksbegehrens zu parieren. Ihre Mittel sind den unseren gewaltig überlegen. Gelingt es ihr, im Volksentscheid ihre Niederlage vom März zu korrigieren, so ist ihr Weg zur gewaltigen Verschärfung der Ausbeuteroffensive frei. (Abbau von Lohn – Soziallasten – Erwerbslosenunterstützungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verschlechterung von Verlassung und Wahlrecht, Verschärfung der Zoll- und Steuerpolitik usw.)

8.IV. E. K u n i k.

*

Komintern
Italien

In die Berichtsperiode (Februar und März) fällt der Parteitag der KP I t a l i e n s. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Politische Lage, Gewerkschaftsfrage, Organisationsfrage und Bauernfrage. Außerdem arbeiteten zu einer Reihe von Problemen eingesetzte Kommissionen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand der Bericht über die politische Lage, da hier die Gegensätze zwischen der Parteimehrheit und der Opposition ausgetragen wurden. Die wichtigsten Argumente der Opposition sowohl wie der Zentrale werden wir weiter unten in einem Auszug aus den vorgelegten Thesen bringen. Die Verhandlungen bewiesen, daß der Parteitag sehr gut vorbereitet war. Die politisch negative Einstellung der Bordiga-Gruppe wurde von der Mehrheit aufs schärfste bekämpft, so daß letzten Endes die Gruppe zur Aufgabe ihrer negativen Haltung gegenüber der Parteiarbeit gezwungen wurde.

In der Gewerkschaftsfrage traten die verschiedensten Auffassungen zutage. Das Wichtigste war die Frage der Form der gewerkschaftlichen Organisationen bei dem gegenwärtigen Zustande der Illegalität. Es ist bekannt, daß die reformistischen Spitzen jede Aktivität in den Betrieben bekämpfen und vielfach mit den faschistischen Gewerkschaften zusammenarbeiten. Durch diese Haltung wurde die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften stark beeinträchtigt, was insbesondere durch das schärfere Vorgehen des Unternehmertums zum Ausdruck kommt. Die Arbeiterausschüsse in den Betrieben, die von den Kommunisten erobert wurden, sind vielfach mit Hilfe der Faschisten und reformistischen Gewerkschaftsführer vernichtet worden. Es galt nun hier neue Formen der Organisation zu finden, die einerseits die Gesamtbelegschaft eines Betriebs umfassen und andererseits mindestens die Aufgaben der früheren Arbeiterausschüsse erneut zur Durchführung bringen. Zu diesem Zweck wurden sogenannte Agitationskomitees geschaffen, die nicht die Aufgabe hatten, etwa die gewerkschaftlichen Organisationen in den Betrieben zu ersetzen, sondern im Gegenteil Massenorgane zu sein, um die Gewerkschaften auf den Boden des Kampfes gegen das Unternehmertum zurückzuführen. Die

Verteidigung der gewerkschaftlichen Organisation innerhalb des Betriebs kann selbstverständlich nur Hand in Hand gehen mit unmittelbar konkreten Aufgaben, die für die Arbeiter in einem Betriebe bestehen. Dementsprechend sind auch die Tätigkeitsgebiete dieser Agitationskomitees verschiedener Natur und je nach der Lage wird das Problem der gewerkschaftlichen Verteidigung gegen den faschistischen Terror oder aber unmittelbare Aufgaben im Betriebe schärfer zu betonen sein. Diese Form bringt durchaus nicht antigewerkschaftliche Stimmungen innerhalb der italienischen Arbeiterschaft zum Ausdruck.

Dies war der Standpunkt der Zentrale und der Mehrheit der Parteitagsdelegierten. Eine andere Gruppe erklärte, es seien keine Gewerkschaften zu verteidigen, da sie ja zu existieren aufgehört haben. An Stelle der Gewerkschaften müsse eine neue Form der Organisation treten, deren Grundlage die Agitationskomitees bilden müssen. Wenn auch noch alte gewerkschaftliche Gruppierungen bestehen, so sei wegen ihres reformistischen Charakters weniger die Verteidigung der gegenwärtigen Gewerkschaften zu vertreten, als vielmehr die Schaffung neuer Organisationsformen, da die Spaltung der Gewerkschaften ein notwendiger Prozeß der weiteren Entwicklung sei.

Die Gruppe Bordigas trat beiden Auffassungen gegenüber und erklärte, daß die Agitationskomitees bereits eine Spaltungs-[247]gefahr der Gewerkschaften darstellen, weshalb in den Betrieben nur Gewerkschaftssektionen existieren sollen.

Wieder eine andere Strömung verlangte, daß die Verteidigung der gegenwärtigen Gewerkschaften als Hauptlosung in den Mittelpunkt der gesamten Gewerkschaftsarbeit gestellt werden solle. Hierbei müsse der Betrieb als organisatorische Basis einer Gewerkschaftsorganisation gefördert werden (Industrieverband), da nur von der Basis des Betriebs aus eine zweckentsprechende Verteidigung der Gewerkschaften möglich sei.

Letztere Auffassung, die der der Zentrale am nächsten kommt, leidet jedoch zu sehr an einer mechanischen Auffassung des ganzen Problems. Verteidigung der Gewerkschaften und unmittelbare Aufgaben im Betriebe sind dialektischer Natur und müssen sich wechselseitig ergänzen. Darum dürfte auch die Zentrale das Richtige getroffen haben, indem sie erklärte, daß konkrete Verhältnisse darüber entscheiden, ob das eine oder das andere im Augenblick schärfer zu betonen ist.

Nach der Diskussion gelangten die Gewerkschaftsthesen der Zentrale zur Annahme.

Die Diskussion über die politische Lage wurde mit der Annahme der politischen Thesen der Zentrale abgeschlossen. Die politischen Thesen zerfallen in folgende Untergruppen: 1. Allgemeine Einleitung. 2. Analyse der sozialen Struktur Italiens. 3, Die Politik der Bourgeoisie. 4. Der Faschismus und seine Politik. 5. Die Kräfte und Perspektiven der Revolution. 6. Die Grundaufgaben der KP Italiens. 7. Die Strategie und Taktik der Partei.

Wir greifen einige Punkte heraus. In Punkt 2. Analyse der sozialen Struktur Italiens, wird der Charakter der kapitalistischen Wirtschaft Italiens näher beleuchtet. Dem industriellen Kapitalismus in Italien sei es auf Grund objektiver Faktoren nicht gelungen, die ganze italienische Bevölkerung in sein Wirtschaftssystem einzuspannen. Vier Millionen Arbeitern, die in der Industrie tätig sind, stehen dreieinhalb Millionen Landarbeiter und viereinhalb Millionen Bauern gegenüber. Dieser Zustand drückte sich auch politisch aus, indem die industrielle Bourgeoisie zu Kompromissen mit anderen Strömungen dcc besitzenden Klassen gezwungen wurde.

Punkt 4 behandelt den Faschismus und seine Politik. Der Faschismus wird analysiert als bewaffnete reaktionäre Bewegung zur Zersetzung und Desorganisierung der Arbeiterklasse. Seine sozialen Grundlagen sind das städtische Kleinbürgertum und die neue Agrarbourgeoisie. Politisch modifiziert er das konservative und reaktionäre Programm, das immer die italienische Bourgeoisie charakterisierte. Auf wirtschaftlichem Gebiete handelt der Faschismus als Instrument der industriellen und agrarischen Oligarchie. Dadurch erklärt sich die steigende Opposition des Kleinbürgertums.

Die Kräfte und Perspektiven der Revolution werden in Punkt 5 behandelt. Diese Kräfte sind vor allem die Arbeiterklasse, dann die Bauern des Südens und der Inseln und die

anderer Teile Italiens. Das Tempo der Revolutionierung hängt sehr stark von dem Bündnis mit den Bauern unter der Hegemonie der Arbeiterklasse ab.

In Punkt 6 werden die Grundaufgaben der KPI behandelt. Als die Hauptaufgabe wird die Organisierung des Proletariats für die Revolution bezeichnet. Aufbau der Partei, Schaffung einer einheitlichen Parteiideologie, Kampf gegen Rechts- und Linksabweichungen, demokratischer Zentralismus, Liquidierung der Fraktionen (Graziadei und Bordiga) sind hierzu die wichtigsten Aufgaben.

Im Abschnitt über die Strategie und Taktik der Partei wird auf die Forderung der Einheitsfront, Teilkämpfe usw. hingewiesen, die ihre Krönung in der Forderung Arbeiter- und Bauern-Regierung erhalten. Besonders wird die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit hervorgehoben.

Die Plattform Bordigas, die neun Punkte enthielt, lehnte die Einheitsfronttaktik und die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ab, ebenso die Bewegung der Gewerkschaftseinheit, wollte aber in konkreten gewerkschaftlichen Fragen die Einheitsfront zulassen. Die Tätigkeit der Zentrale wird scharf angegriffen. Es wird ein Arbeitsprogramm auf Grund der Vorschläge der Bordiga-Gruppe auf dem IV. und V. Weltkongreß verlangt.

Es muß betont werden, daß der stimmenmäßige Einfluß der Bordiga-Gruppe auf dem Parteitag außerordentlich gering war und die von der Zentrale vorgelegten Thesen mit großer Mehrheit angenommen wurden.

England

In unserem letzten Bericht erwähnten wir, daß die Exekutive der ILP sich an die Exekutive der Zweiten Internationale zwecks Einberufung einer Vorkonferenz zur Schaffung einer einheitlichen Internationale wenden wolle. Die Resolution der ILP wurde in der bürgerlichen Presse nunmehr veröffentlicht, und es entspann sich eine Diskussion innerhalb der ILP und der LP.

In der Resolution der Exekutive der ILP heißt es u. a.: „Auf Grund der dringenden Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische und imperialistische Reaktion und der Drohung des Faschismus in Europa soll die Exekutive der ‚Sozialistischen Arbeiter-Internationale' eine gemeinschaftliche Konferenz mit der Kommunistischen Internationale vorschlagen, um die Möglichkeit der Bildung einer allumfassenden Internationale zu untersuchen."

In der Resolution heißt es weiter, daß eine neue Internationale geschaffen werden müsse auf Basis der Freiheit der angeschlossenen nationalen Organisationen, im Einklang mit den besonderen politischen, sozialen und ökonomischen Umständen, welche sie vor sich sehen, zu handeln. Eine solche Konferenz müßte auch den Standpunkt der Kommunistischen Internationale zu Fall bringen, nachdem der Sozialismus nur über den Weg des bewaffneten Kampfes aufgerichtet werden könne. Weiter müßten die [248] politischen Gefangenen (Sozialdemokraten) in Sowjetrußland und Georgien freigelassen und die Zersetzungspolitik der Kommunisten in der Arbeiterbewegung aufgegeben werden.

Gegen diese Resolution machte die Labour Party durch ihren Führer Henderson eine Attacke. Er erklärte in einem Artikel, der von der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde, daß die Labour Party die Forderung der ILP für die Verschmelzung der beiden Internationalen nicht annehmen könne, da eine solche Vereinigung mit den Beschlüssen der Partei, insbesondere mit denen von Liverpool, in Widerspruch stände. Er wirft weiter die Frage auf, warum die ILP diese Auffassung nicht dem Kongreß von Marseille vorgelegt habe. Im übrigen seien nicht die geringsten Voraussetzungen für eine derartige Konferenz gegeben.

Diese Haltung Hendersons wurde von der bürgerlichen Presse aufs freudigste begrüßt.

Die KP Englands gab auf den Vorschlag der ILP die einzig richtige Antwort. Die Äußerungen Hendersons zeigten den Haß gegen Sowjetrußland. Abgesehen davon sei die grundsätzliche Stellungnahme der Kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz 1922 gegeben worden. Damals wurde erklärt: „Solange die Arbeiterklasse sich nicht im gemeinsamen Kampf für ihre Interessen gegen das internationale Kapital zusammenfindet, solange sie nicht die Koalition

mit den Vertretern des Kapitalismus bricht, solange sie sich nicht zum Kampf um die politische Macht aufbäumt, – solange wird die Spaltung währen, die eine der wichtigsten Quellen der Kraft des Kapitals ist ... Da die Arbeiterklasse sich zu diesem einheitlichen Kampf noch nicht aufgerafft hat, da sie in diesem Kampf noch nicht gelernt hat zu verstehen, daß der Kapitalismus nur dann überwunden werden kann, wenn die große Mehrheit des Proletariats im revolutionären Ringen die Macht erobert und die Diktatur des werktätigen Volkes aufrichtet, so erklären wir, daß die organisatorische Einigung der gegenwärtig prinzipiell verschieden orientierten internationalen Organisationen des Proletariats ganz utopisch und deswegen schädlich wäre. Aber diese Einsicht verhindert nicht, anzuerkennen, was die gesamte Weltlage gebieterisch fordert. Die Arbeiterklasse muß sich trotz aller sie trennenden Gegensätze zusammenballen zu einem Abwehrkampf gegen die Offensive des Weltkapitals."

Diese grundsätzliche Stellungnahme, so erklärte die Zentrale der KP Englands im „Workers Weekly" vom 12. März 1926, schließe jedoch ihre B e r e i t w i l l i g k e i t z u r B i l d u n g einer g e m e i n s a m e n F r o n t im Kampfe gegen den gemeinsamen kapitalistischen Feind n i c h t a u s. – Erwähnenswert ist noch die erste Konferenz der Kommunistischen Kindergruppen (Young Comerades), die unter Beteiligung von siebzig Delegierten stattfand. Nach einem Bericht über den Stand der Gruppen und über die letzte internationale Konferenz in Moskau wurde ein Organisationsstatut angenommen. Weiter wurde festgestellt, daß gegenwärtig über 250.000 Kinder in England gegen Bezahlung Arbeit verrichten. Ein Aktionsprogramm mit folgenden unmittelbaren Forderungen wurde aufgestellt: Verpflegung der Kinder während der Schulstunden; freie ärztliche Behandlung; keine Kinderarbeit; kleinere Klassen und bessere Schulgebäude; Schaffung von Kinderheimen und Kinderspielplätzen; Beseitigung der Prügelstrafe; gegen religiöse und patriotische Erziehung; Unterstützung der Kinder während Streiks und Aussperrungen.

Schweden

Die im letzten Bericht erwähnte E i n h e i t s k o n f e r e n z, d i e v o n d e n G ö t e b o r g e r M e t a l l a r b e i t e r n einberufen wurde, hatte einen vollen Erfolg. Es waren über 80.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aller Richtungen, auch parteilose, vertreten. Dies trotz der Drohungen des Gewerkschaftsbundes. Eine Reihe von Gewerkschaftskartellen und Organisationen konnten sich wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht beteiligen, stimmten jedoch den Göteborger Beschlüssen brieflich zu. Die Konferenz entwarf Richtlinien für einen wirksamen Kampf gegen den Streikbruch und gegen den Faschismus. Sie forderte die Arbeiterschaft auf, den Kampf gegen die versuchte Verschlechterung der Sozialgesetzgebung aufzunehmen, stellte Forderungen an die sozialdemokratische Regierung und an den Gewerkschaftsbund und beschloß, ihre ganze Kraft zur Verbreiterung der gewerkschaftlichen Organisation einzusetzen. Zum Zwecke der nationalen Einheit soll der Versuch unternommen werden, die außerhalb des Gewerkschaftsbundes befindlichen Gewerkschaftsorganisationen, mit etwa 120.000 Mitgliedern, mit dem Gewerkschaftsbund zu vereinigen. In bezug auf die internationale Einheit wurde dem englisch-russischen Einheitskomitee volle Unterstützung zugesagt und ein Welteinheitskongreß gefordert.

Die auf Grund der Göteborger Konferenz gebildeten zentralen und lokalen Einheitskomitees haben ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Dänemark

In die Berichtsperiode fiel der Kongreß der KP Dänemarks, der von einer Reihe von Bruderparteien und vom Ekki durch Delegierte beschickt war. Dem Parteitag ging eine Reichskonferenz der kommunistischen gewerkschaftlichen Vertrauensleute voraus, die sich eingehend mit der gewerkschaftlichen Taktik beschäftigte. Die Gegensätze, die seit langem zwischen dem ZK. und der Kopenhagener Organisation bestanden, wurden liquidiert. Die beiden hauptsächlichsten Exponenten der sich gegenseitig vertretenden Fraktionen wurden nicht in das neue ZK. gewählt. Es wurde ein Aktionsprogramm für die nächste Zukunft aufgestellt und insbesondere die gewerkschaftliche Situation, die für eine kommunistische Massenarbeit durchaus günstig ist, behandelt.

Die KP Dänemarks hat Jo h s. E r w i g, einen ihrer besten Genossen, verloren. Erwig ist einer der ältesten revolutionären Führer des dänischen Proletariats gewesen. Frühzeitig [249] schon oppositioneller

Linker in der Sozialdemokratie, war er im Kriege Anhänger von Zimmerwald und gehörte zu den Gründern der KP Dänemarks, in deren Führung er mehrere Jahre tätig war. In letzter Zeit hat er hauptsächlich auf gewerkschaftlichem Gebiet gearbeitet.

1.IV. Ch. Wurm.

*

SPD

Der Sachsenkonflikt. Das Heidelberger Kompromiß liegt zerrissen auf dem Parkett des Sächsischen Landtages. Die 23 machen weiter ihre eigene, d. h. die Politik der Bourgeoisie. Die Linken sind eifrig bestrebt, der Auseinandersetzung jeden politischen Charakter zu nehmen und sie nur als eine Frage der Disziplin zu behandeln. Sie erklären immer wieder, es gehe nicht um die Stellung zur Koalitionspolitik. So schreibt die „Dresdner Volkszeitung“ am 6.4. in einer Antwort auf die „Gewerkschaftszeitung“: „Unter denen, die eine Auflösung des Landtags und eine Beseitigung der gegenwärtigen Regierung verlangen, befinden sich sehr viele, die durchaus nicht grundsätzlich Gegner einer Koalition mit bürgerlichen Parteien sind. Wenn der gegenwärtige, für die Partei unerträgliche Zustand beendet ist, wird unter Umständen die Koalitionsfrage von neuem geprüft werden müssen. Das Wichtigste an der jetzigen Auseinandersetzung ist die Stellungnahme der Gewerkschaftsbürokratie in Sachsen für die 23. In der Unterstützung durch die Gewerkschaften liegt die Stärke der Rechten, wie im ganzen Reich, so auch in Sachsen. Die „Gewerkschaftszeitung“ verweist darauf, daß die Gewerkschaften in Sachsen „zehnmal mehr Mitglieder denn die Sozialdemokratische Partei haben“ und erklärt: „Die sächsische Sozialdemokratie würde durch eine offene oder versteckte Koalition mit den Kommunisten in eine derartige Abhängigkeit von den Moskowitern geraten, daß sie sehr bald in einen Gegensatz zu den Gewerkschaften kommen müßte.“ Das Dilemma der sächsischen Linken besteht darin, daß sie die Massen zum Kampf gegen die 23 nur mobilisieren können, wenn sie in den Gewerkschaften einen scharfen Kampf gegen die rechte Bürokratie führen.

Aber gerade das wollen die sächsischen Linken nicht. Die Erklärung dafür gibt das „Volksblatt“, Zwickau, (9. April) in folgenden Worten: „Die Gewerkschafter in Sachsen, die trotzdem sich verpflichtet fühlten, die Politik und die neue ‚Partei‘ der 23 zu unterstützen, würden der gesamten Gewerkschaftsbewegung den allerschwersten Schaden zufügen. Sie würden mit ihrem Tun den politischen Streit in dem sächsischen Konflikt in die Gewerkschaften hineintragen, und da die Kommunisten um der Machtergreifung in den Gewerkschaften willen jetzt bereits zu einem solchen Kampf in den Gewerkschaften hin. drängen, ist es die Pflicht jedes verantwortungsbewußten Gewerkschaftsführers, im Interesse der Geschlossenheit und der Schlagfertigkeit der Gewerkschaften alles zu unterlassen, was den politischen Streit in den Gewerkschaften entfachen könnte.“ Aus jeder Zeile spricht die Furcht vor dem Wachsen des kommunistischen Einflusses in der Arbeiterschaft. Die linken Führer in Sachsen wollen keinen Kampf gegen die reaktionären Elemente in der deutschen Arbeiterbewegung, sie wollen keine Einheitsfront im Kampfe gegen die Koalitionsregierung und Koalitionspolitik – sie wollen keine linke Opposition mehr sein, sondern die einzig legalen Vertreter des Berliner Parteivorstandes. Die entscheidende Frage ist, ob sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit einer solchen Taktik des Vertuschens und Ausweichens zufrieden geben werden.

Der Sachsenkonflikt ist heute schon aus einer sächsischen eine Angelegenheit der gesamten SPD geworden.

*

Baden. Es gehört schon eine gehörige Dosis Klassenverrat dazu, bis die Parteimitgliedschaft im Mutterlande des Revisionismus gegen ihre Führer rebellisch wird. Diese Dosis hat Adam Remmele, der badische Severing, zusammen mit der Landtagsfraktion der Parteimitgliedschaft im neuen Lehrergesetz serviert. Im Interesse der Koalitionspolitik mit dem Zentrum hat Remmele einem durch und durch reaktionären Lehrerbildungsgesetz nicht nur zugestimmt – er hat es selbst entworfen. Darüber herrscht große Erregung innerhalb der Mitgliedschaft der SPD. Gegen drei Hauptpunkte, in denen das kulturpolitische Programm der SPD dem Zentrum zuliebe aufgegeben wurde, richtet sich die

Empörung vor allem der sozialistischen Lehrer. – 1. Für die Allgemeinbildung der Lehrer ist das Abitur nicht vorgesehen. Für Baden hat das die Bedeutung, daß die Lehrer nicht auf die gleiche Bildungsstufe wie die Pfaffen gelangen sollen – sie sollen deren Untergebene und Kirchendiener sein. 2. Die Vorlage bedeutet eine Verschlechterung der bisherigen simultanen Schule nach der konfessionellen Seite hin. 3. Lehrer soll auch werden können, wer seine Ausbildung außerhalb des Seminars gefunden hat – in den Klosterschulen der katholischen Kirche.

Die Frage einer Schulpolitik nach sozialistischen Gesichtspunkten scheidet also von vornherein aus, es handelt sich um Verschlechterungen selbst vom Standpunkt des bürgerlichen Liberalismus gesehen. Die Opposition geht denn auch nicht von revolutionären, sondern von demokratisch-freisinnigen Gesichtspunkten aus.

Es ist einerseits typisch für die badische SPD, daß Adam Remmele als Innenminister auf Arbeiter schießen lassen konnte, ohne deshalb in seiner Partei allzusehr angefeindet zu werden, während seine reaktionäre Schulpolitik auf schärfsten Widerspruch stößt. Andererseits ist selten so offen und schamlos mit allen Programmforderungen einer Partei, mit ihrer gesamten kulturpolitischen Tradition gebrochen worden, wie bei dieser Auslieferung der Lehrerschaft an den katholischen Klerus.

[250] Die Grundlage des badischen Konflikts ist dieselbe wie in Sachsen – die im sozialdemokratischen Parteistatut (durch Beschluß des Berliner Parteitags 1924) besonders bekräftigte Selbständigkeit der Parlamentsfraktion in allen politischen Entscheidungen, die Diktatur der verbürgerlichten Führer in ihrer schlimmsten und gefährlichsten Form, die die Mitglieder zu Statisten macht.

*

S t e l l u n g z u S o w j e t r u ß l a n d. Im Gegensatz zum Funkdienst der SPD, der über Tschitscherins Rede in Moskau eine läppische Notiz verbreitete, die von den meisten Provinzzeitungen der SPD abgedruckt wurde, nahm die „Leipziger Volkszeitung“ eine selbständige Stellung ein. Sie schreibt (7. April 1926): „Die gesamte Arbeiterklasse unterstützt den Kampf Tschitscherins gegen die Gefahren der kapitalistischen Geheimpolitik, hofft aber, daß die Komintern mit offenen Karten spielt.“

Auch das „Hamburger Echo“ hebt sich in seiner Stellungnahme ab von der übrigen SPD-Presse. Es schreibt u. a.: „Wie wird uns? Haben wir nicht unentwegt im ‚Hamburger Echo‘ die Auffassung vertreten, daß der Eckpfeiler der europäischen Friedenspolitik die deutsch-französische Aussöhnung sei? ... Vollen Beifall zollen wir auch Herrn Tschitscherin für seine Kennzeichnung der amerikanischen Europa-Politik.“ Das „Hamburger Echo“ treibt Außenpolitik im Sinne der von den „Sozialistischen Monatsheften“ propagierten europäischen Kontinentalpolitik im Gegensatz zu der anglo-amerikanischen Haltung des Parteivorstandes. Aber. es verfälscht den wirklichen Sinn der Tschitscherinschen Rede, indem es ihm unterstellt, Sowjetrußland nähere sich der Bündnispolitik von Locarno und dem Völkerbund. Zwischen der Stellung des Parteivorstandes der SPD und der des „Hamburger Echo“ besteht jedenfalls ein starker Gegensatz. Aber ein viel größerer, ein unversöhnlicher Gegensatz besteht zwischen der Außenpolitik des Sowjetstaates und der imperialistischen Kontinentalpolitik des „Hamburger Echo“.

*

E i n h e i t s f r o n t K a t z-S a u p e. Einen schlagenden Beweis für Bucharins Ausführungen auf der Erweiterten Exekutive über das Abgleiten aller ultralinken Strömungen, die sich gegen Sowjetrußland richten, ins sozialdemokratische Lager, liefert die „Leipziger Volkszeitung vom 3. April 1926. Sie schreibt dort: „... Aber dies bestätigt, daß nämlich die Taktik eines ausgesprochenen Bauernlandes für das hochqualifizierte Industrieproletariat Deutschlands untragbar ist. Insofern stimmen wir mit den Ultralinken überein, und die Leute um Paul Böttcher, Wilhelm Koenen und Thälmann, die der Auffassung sind, unter Verschweigung der Tatsachen die russische Bauernpolitik für das deutsche Industrieproletariat gangbar zu machen, werden um so früher Schiffbruch erleiden.“ Das Gerede über die russische Bauernpolitik, die dem deutschen Industrieproletariat aufgezwungen werden soll, fälscht bewußt den Inhalt der leninistischen Strategie und Taktik. Interessant ist dagegen das Eingeständnis der Geistesverwandtschaft Katz-Saupe.

14.IV. F r i t z R ü c k.

Sozialpolitik
Zur Reichsgesundheitswoche

Der Stand der Volksgesundheit hängt eng mit der sozialen Lage der Arbeiterklasse zusammen. Die rücksichtslose Offensive der Unternehmer gegen die Arbeiter, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Herabsetzung der Löhne, die Steigerung des Antreibersystems, der Abbau aller sozialen Leistungen in Verbindung mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise – all dies ist nicht ohne Wirkung auf den Stand der Volksgesundheit geblieben. Ein Spiegelbild dieses Standes wurde vor kurzem durch die Veröffentlichungen des Stadtrats Dr. J ü n g l i n g in Sagan gegeben, denen wir im folgenden einige Daten entnehmen.

Die Wirtschaftskrise und die dauernde Kurzarbeit bei den ohnehin schlecht bezahlten Textilarbeitern zeitigt katastrophale Folgen. Die Mehrzahl aller Kinder ist nach dem Bericht so zart, daß ihre Widerstandskraft gegen ernste Erkrankungen, besonders Tuberkulose, sehr gering ist. Etwa zwei Drittel der von der Stadt untersuchten Kinder haben Anzeichen von Rachitis oder tragen schon das Merkmal der Rachitis. Die zur Einschulung bestimmten Kinder zeigen oft ein Gewicht von 13 bis 16 Kilogramm, das eigentliche Normalgewicht für Kinder von drei bis vier Jahren. Ebenso hat die Größenentwicklung gelitten. Die Kinder sind dauernd müde, schlaff und geistig zurückgeblieben. Die Kinder, die Ostern die Schule verlassen, haben die Größe von normalen 11jährigen und das Gewicht von 10jährigen Kindern.

Was für die Kinder gilt, trifft auch für die Jugendlichen und Erwachsenen zum großen Teil zu. Die Krankheitsziffer ist auf das Zweieinhalbfache der Vorkriegsziffer gestiegen und weiteres Anwachsen der Krankheitsziffern ist zu erwarten. Die Zahlen sind besonders von Bedeutung, weil sie noch vor dem Eintritt der großen Erwerbslosigkeit errechnet worden sind.

Die Krankheitsziffer, die alle Berufe umfaßt, läßt auch auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung schließen. Sie zeigt, in welchem Grade die Vernichtung der Volksgesundheit fortgeschritten ist.

Ähnliche Zahlen, wie die eben genannten, weisen die ländlichen Kreise auf. Auch hier ein gewaltiges Ansteigen der Erkrankungen an Rachitis und Skrofulose. Diese Tatsache ist von besonderer Bedeutung deswegen, weil gerade aus den ländlichen Gegenden früher der Zustrom von frischen Arbeitern in die Stadt erfolgte.

[251] Ein weiteres Gebiet, das den tiefen Stand der Volksgesundheit zeigt, ist die gewaltige Zunahme der Geschlechtskrankheiten und hier besonders die gewaltigste Zunahme unter den Kindern. Unweigerlich eine Folge der Wohnungsnot und des Bettenmangels. Es fehlen heute immer noch, acht Jahre nach Kriegsende, über eine Million Wohnungen und neun Millionen Betten.

*

Vom 18. bis 25. April wird mit Unterstützung der Regierung eine Reichsgesundheitswoche abgehalten. Sinn und Ziel der Reichsgesundheitswoche ist nach dem Aufruf der Veranstalter:

„Mit allen Mitteln der Belehrung und Propaganda die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Gesundheitspflege hinlenken. Sie will dem einzelnen zeigen, in welcher Weise er durch eine naturgemäße Lebensweise seine Gesundheit fördern, seine Kräfte stählen und seine Arbeit und Lebensfreudigkeit steigern kann ... Vom Wissen will sie zum Gewissen, von der Erkenntnis zur Verantwortlichkeit hinlenken. Sie will eine öffentliche Meinung erzeugen, für die eine hohe Krankheitsziffer oder eine hohe Sterblichkeitsziffer, besonders auch für die Säuglinge, einfach nicht tragbar ist und für die ein falsch genährtes oder schlecht gehaltenes Kind wie ein persönlicher Vorwurf wirkt.“

Die kapitalistische Gesellschaft will den einzelnen selbst für das Sinken der Volksgesundheit verantwortlich machen. In einer Zeit, wo durch die Arbeitslosigkeit, lange Arbeitszeit, miserable Entlohnung und verstärkte Ausbeutung das Elend und der Hunger rapide unter der arbeitenden Bevölkerung zunehmen, die kapitalistische Wirtschaft ihren Bankrott der Arbeiterklasse offenbart, versucht die Bourgeoisregierung, diesen Bankrott durch das Plätschern an der Oberfläche und Gerede über Volksgesundheit vor den Augen der großen Masse der Bevölkerung zu verschleiern.

Selbstverständlich sind wir Kommunisten nicht gegen Aufklärung und Belehrung auf diesem Gebiete. Wir wollen aber den Massen gleichzeitig den einzig e r f o l g r e i c h e n Weg zur Änderung der gegenwärtigen Zustände zeigen: den gewerkschaftlichen und politischen K a m p f. Was hat die Regierung, was haben die herrschenden Schichten zur Beseitigung der U r s a c h e n und zur Hebung der Volksgesundheit getan, was tun sie heute? Nichts. Sie untergraben im Gegenteil durch ihre rücksichtslose Profitwirtschaft und brutale Klassenpolitik systematisch die Gesundheit der arbeitenden Massen. Die Behandlung des Etats des Reichsarbeitsministeriums ist ein gutes Beispiel. Bei der Erwerbslosenfürsorge sollten 120 Millionen Mark gestrichen werden, und nur auf Drängen der Kommunisten wurde dieser Versuch abgewehrt. Beim Gesundheitswesen sind zwei Millionen abgestrichen; für Wohnungsbauten sind ganze 15 Millionen eingesetzt worden, eine lächerliche Summe angesichts der gewaltigen Wohnungsnot. Insgesamt bleibt der Etat um rund 190 Millionen Reichsmark dem Vorjahr gegenüber zurück.

Aber nicht nur im Reich, sondern auch in den einzelnen Ländern zeigt sich dasselbe Bild. Der Etat des preußischen Wohlfahrtsministeriums enthält für die Bekämpfung der Tuberkulose und für Säuglingsfürsorge ganze 400.000 Reichsmark. Zur H e b u n g d e r P f e r d e z u c h t dagegen ist allein nur für die Anschaffung eines Zuchthengsten aus England die Summe von 600.000 Mark auegegeben worden. 30.000 Mark wurden allein für Vermittlungsgebühren bezahlt. Die Hebung der Pferdezucht ist also der preußischen Regierung wichtiger als die Hebung der Volksgesundheit.

Angesichts dieser Tatsachen ist es eine Verhöhnung der arbeitenden Massen, wenn jetzt versucht wird, den einzelnen für das Sinken der Volksgesundheit verantwortlich zu machen.

Wäre es der bürgerlichen Gesellschaft wirklich ernstlich um die Hebung der Volksgesundheit zu tun, so müßte sie alles daran setzen, um die U r s a c h e n zu beseitigen. Eine wirkliche Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen kann nur durch die Bekämpfung der Ursachen erfolgen. Daran liegt aber der herrschenden Klasse nichts. Die Arbeiterklasse muß darum alle Kräfte einsetzen, um den Kampf für die Beseitigung der Ursachen zu führen und zu kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Erhöhung der Löhne, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Schaffung gesunder Wohnungen, Beseitigung des Antreibersystems und der Akkordarbeit, Ausbau der hygienischen Einrichtungen in den Betrieben, Ausbau des Mutter- und Säuglingsschutzes, Förderung des Jugendschutzes, Gewährung von ausreichender Unterstützung an die Erwerbslosen, Kleinrentner, Kriegshinterbliebenen und Kriegsopfer, Beseitigung der Kinderarbeit usw.

Die Arbeiterklasse muß darum auch anläßlich der Reichsgesundheitswoche der bürgerlichen Front eine proletarische Front entgegensetzen, und gemeinsam müssen alle proletarischen Organisationen in Verbindung mit den im Interesse des Proletariats wirkenden Organisationen der bürgerlichen Aufklärung entgegentreten und diese Woche zur Mobilisierung der Arbeiterschaft für die Durchsetzung ihrer Forderungen benutzen. Die Kommunisten werden in den Arbeiterorganisationen auf diese einheitliche geschlossene Front hinarbeiten. Sie werden die Reichsgesundheitswoche besonders zur Propaganda und zur Durchsetzung wirklicher ins Interesse der Arbeiterschaft liegender Forderungen benutzen. Sie fordern darum Speise- und Wärmehallen für die Erwerbslosen, Gewährung von Zuschüssen an die Klein- und Sozialrentner, kostenlose Behandlung aller kranken nichtversicherten Werktätigen, Ausbau und Erweiterung der Krankenhäuser, Errichtung von Wald- und See-Erholungsstätten, kostenlose Verschickung bedürftiger Kinder in Erholungsheime, Errichtung von Kindergärten und [252] städtischen Erziehungsheimen unter pädagogischer weltlicher Leitung und Verhinderung jeglicher Ausbeutung, weiteste Unterstützung der Arbeiter-Sport- und -Spielvereine, Unterstützung der Arbeiter-Samariter und der proletarischen Volksgesundheitsorganisationen, Schaffung von ausreichenden Bade- und Schwimmgelegenheiten für die Arbeiter, Bau von gesunden Wohnungen und Schaffung von Parkanlagen in den Wohnvierteln der Arbeiter usw.

Durch unser praktisches Eintreten für die Beseitigung der Ursachen des Sinkens der Volksgesundheit werden wir die Vertreter der Bourgeoisie zwingen, offen ihr Gesicht zu zeigen und das allgemeine Gerede über die Hebung der Volksgesundheit als das entlarven, was es ist. Wenn die Parteigenossen und besonders unsere Kommunalvertreter verstehen, auch an diesen sozialpolitischen Fragen konkret

anzuknüpfen, dann wird es uns gelingen, auch die Reichsgesundheitswoche zur Mobilisierung der Arbeiterschaft und damit zur Stärkung des Klassenkampfes auszunutzen.

5.1V. Max Köhler.

LITERATUR

Das Strafgesetzbuch Sowjetrußlands

Strafgesetzbuch, Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozeßordnung Sowjetrußlands. Eingeleitet, übersetzt und kommentiert von Dr. Heinrich Freund. Band 1 der Abt. Recht der Quellen- und Studiensammlung des Osteuropa-Instituts in Breslau. Verlag J. Bensheimer, Mannheim-Berlin. 500 Seiten. Preis geb. 20 Mk.

In den ersten Jahren nach der Errichtung dcc Sowjetmacht waren die Veröffentlichungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse Deutschlands, die sich mit den völlig veränderten Zuständen auf dem Gebiete des Strafrechts in Rußland beschäftigten, vom Geiste der „Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus erfüllt. Die Meldungen enthielten neben bewußten Verleumdungen auch aus Unkenntnis eine Fülle von tatsächlichen Unrichtigkeiten, so daß die Vorstellungen der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und auch größerer Teile des deutschen Proletariats über die Sowjetjustiz recht unklar waren. Die wenigen Monographien, die über das Sowjetstrafrecht in deutscher Sprache von 1918 bis 1924 erschienen sind (von Galin, Freytagh-Loringhoven, Zajtzeff), waren vom Emigrantenstandpunkt geschrieben. Auch die Darstellung des Sowjetstrafrechts in dem Sammelband, der von den in der Verbannung lebenden russischen Juristen 1925 in deutscher Sprache herausgegeben wurde, „Das Recht Sowjetrußlands, durch Professor Maklezow ist ausschließlich aus der Anschauung des vertriebenen Konterrevolutionärs gegeben.

Jetzt liegen die drei großen Werke der neuen russischen Gesetzgebung auf diesem Gebiete in deutscher Sprache vor. Die Übersetzung und der Kommentar stammen von Rechtsanwalt Dr. Heinrich Freund (Berlin), der sich bereits in seinen früheren Schriften „Das Arbeitsgesetzbuch Sowjetrußlands“ und durch die Übertragung des „Sowjetrussischen Zivilgesetzbuchs“ (BGB) als Spezialist für neues russisches Recht betätigt hat. Der Wert der Veröffentlichung wird dadurch erhöht, daß auch die Bestimmungen über den Strafvollzug Arbeitsbesserungsgesetzbuch der RSFSR), das Militärstrafrecht und das Beamtendisziplinarrecht beigefügt sind.

In einer knappen Einleitung gibt Freund die Grundsätze wieder, aus denen heraus die Sowjetgesetzgeber die revolutionäre Umgestaltung des Straf- und Strafprozeßrechts in Rußland unternommen haben. Freund stellt dem Prinzip der offenen proletarischen Klassenjustiz seinen bürgerlichen Standpunkt gegenüber, nach dem der Staat die Interessen aller Volksgenossen gleichmäßig wahrzunehmen hat. Wie diese theoretische Verheißung über die Rechtsgleichheit im bürgerlichen Staat in der Praxis aussieht, dafür bietet die Klassenjustiz des bürgerlichen Deutschland auf dem Gebiet des Strafrechts ein so anschauliches Beispiel, daß hierzu an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen notwendig sind. Nach Wahrung seines bürgerlichen Standpunkts läßt aber Freund im wesentlichen den Sowjetgesetzgeber selbst zu Worte kommen, sein Kommentar berücksichtigt die Entscheidungen der Sowjetgerichte, insbesondere des höchsten Gerichts der USSR und die junge sowjetrussische Literatur, die in russischer Sprache bereits in einem erheblichen Umfange vorliegt. Der Leser ist nach der Freundschen Übersetzung in der Lage, sich ein Bild von der großen gesetzgeberischen Arbeit zu machen, die hinsichtlich des Straf- und Strafprozeßrechts und der Gerichtsverfassung für die USSR und die einzelnen Bundesrepubliken in den letzten acht Jahren geleistet worden ist.

Was das Strafgesetzbuch der RSFSR vom 1. Juni 1922, also das materielle Recht, angeht, so ist deutlich zu erkennen, daß der sowjetrussische Gesetzgeber als Realpolitiker allen Versuchen, die schwer erkämpfte politische Macht der Arbeiter- und Bauernregierung zu [253] entreißen, mit Energie begegnet, daß er aber in weitem Umfange dem Humanitätsgedanken Verwirklichung zu schaffen sucht, soweit es sich um die Behandlung der Klassen handelt, die das Opfer der Unterdrückung der höheren Stände und der besitzenden Klasse in einem Jahrtausend der Knechtschaft des russischen Volkes

gewesen sind. Die Frage der Bindung des Richters an das Gesetz oder eines freirechtlichen richterlichen Ermessens hat im geltenden Sowjetstrafrecht ihre Regelung dahin gefunden, daß bezüglich aller Angriffe auf die Sowjetverfassung im weitesten Sinne, also bei konterrevolutionären politischen oder wirtschaftlichen Bestrebungen, der Richter durch das Gesetz an eine Mindeststrafe gebunden wird. Bei allen übrigen Delikten ist der Richter hinsichtlich des Mindestmaßes frei, aber an eine Höchstgrenze der sozialen Schutzmaßnahme durch das Gesetz gebunden. Die lebenslänglichen Freiheitsstrafen sind beseitigt, die zeitlichen Freiheitsstrafen auf das Höchstmaß von zehn Jahren beschränkt.

Das Fehlen von Strafandrohungen für Handlungen, die in den Strafgesetzbüchern der europäisch-amerikanischen Staaten als Verbrechen behandelt sind, das Vorhandensein von neuen strafbaren Tatbeständen, die denn Strafrecht der bürgerlichen Staaten unbekannt geblieben sind, oder die veränderte Behandlung strafbarer Tatbestände macht die Lektüre dieses Gesetzeswerks nicht nur für den Juristen, sondern für weite Kreise überaus lehrreich und interessant. Unter anderen fehlen dem neuen russischen Strafrecht Strafandrohungen für Ehebruch, Bigamie (Doppelehe), Abtreibung, homosexuellen Verkehr zwischen Erwachsenen und Gotteslästerung. Auch eine Sonderbestimmung für den Kindesmord der unehelichen Mutter hat sich als entbehrlich erwiesen, da das Sowjetrecht die außereheliche Mutter so günstig stellt, daß der Kindesmord als soziale Erscheinung so gut wie verschwunden ist. Während die Frau, die ihre Schwangerschaft aus sozialer Not oder wegen Krankheit unterbricht oder unterbrechen läßt, wegen Abtreibung nicht bestraft werden kann, soweit dieselbe auf gesetzmäßigem Wege von sachkundigen Ärzten in hygienisch einwandfreier Weise vorgenommen wird, werden bei Vornahme einer heimlichen Abtreibung, die keine hygienischen Garantien für die Wahrung der Gesundheit der Frau bietet, die hierbei mitwirkenden Personen, denen die medizinische Ausbildung fehlt, mit Freiheitsentziehung oder Zwangsarbeit bestraft.

Die Strafprozeßordnung der RSFSR, in Kraft seit dem 1. Juli 1922, die L e n i n als nach der technischen Seite als besonders gelungen anerkannte, hat dem russischen Volk ein Prozeßverfahren in Strafsachen garantiert, das in bezug auf Verteidigungsmöglichkeiten für den Beschuldigten den Prozeßrechten der modernen bürgerlichen Staaten in verschiedener Hinsicht überlegen ist. Die Gerichtsverfassung der RSFSR, in Kraft seit dem 1. Januar 1923 zeigt die weitestgehende Mitwirkung der Angehörigen der besitzlosen Klassen, der Arbeiter und Bauern, der Angestellten, der Frauen dieser Bevölkerungsschichten am Gericht, sie stellt eine Verwirklichung der p r o l e t a r i s c h e n Demokratie auf dem Gebiet des Gerichtswesens dar.

Die Bestimmungen über den Strafvollzug lassen erkennen, daß gewisse Gefängnisgreuel. wie Arreststrafen mit Entziehung des Lagers, Trennungsgitter bei Verwandten- und Fremdenbesuch, sich bei gutem Willen der Gefängnisverwaltung ohne Gefährdung der Disziplin beseitigen lassen. Von welchen Grundsätzen aus der Strafvollzug in Sowjetrußland geregelt worden ist, lassen die Bestimmungen des Arbeitsbesserungsgesetzes der RSFSR vom 16. Oktober 1924 erkennen, von denen wir einige wesentliche hier wörtlich wiedergeben.

§ 4.

V e r v o l l k o m m n u n g d e r G e f ä n g n i s s e. Die bessernde Arbeitseinwirkung auf die Gefangenen muß zum Zweck ihrer vollständigen und wirksamen Durchführung verwirklicht werden durch eine weitere Vervollkommnung und möglichst hohe Entwicklung eines Netzes von landwirtschaftlichen, Handwerks- und Fabrikarbeitskolonien und von Übergangsbesserungshäusern, die vorzugsweise außerhalb der Städte einzurichten sind, anstatt der von früherer Zeit her übriggebliebenen Gefängnisse.

§ 5.

E i n h e i t l i c h k e i t d e s G e f ä n g n i s w e s e n s. Alle Gefängnisse der RSFSR bilden ein einheitliches System von Arbeitsbesserungsanstalten mit verschiedenen Arten der Behandlung.

§ 6.

H u m a n i t ä t s p r i n z i p. Die Gefangenhaltung in Arbeitsbesserungsanstalten soll, indem sie das Ziel verfolgt, einen zweckmäßigen Einfluß auf den Gefangenen auszuüben und diejenigen Züge seines Charakters und seiner Gewohnheiten zu festigen, die ihn von weiteren Delikten fernhalten können, zweckentsprechend sein und darf nicht den Zweck verfolgen, physische Leiden zu bereiten, noch die Menschenwürde herabzusetzen.

Von besonderer Bedeutung ist, daß für die Gefangenen der Arbeitsschutz des Arbeitsgesetzbuchs auch während der Haft sowohl bezüglich der Arbeitszeit wie auch hinsichtlich der Entlohnung gilt. Eine Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen, wie sie in allen kapitalistischen Staaten stattfindet, ist gesetzlich untersagt.

Mit der Ausdehnung der Sowjetmacht auf den größten Teil des Territoriums des ehemaligen Zarenreichs md der Gründung des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken war es notwendig, die allgemeinen strafrechtlichen Regeln für das ganze Bundesgebiet einheitlich zu gestalten. Dies ist geschehen in den „Grundsätzen der Strafgesetzgebung des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken und der Bundesrepubliken“ vom 31. Oktober 1924 und in den „Grundsätzen des Strafprozeßverfahrens“ vom gleichen Datum, zu denen noch die „Grundsätze über die Gerichtsverfassung der USSR“ kommen, die am 29. Oktober 1924 erlassen worden sind. In diesen drei grundsätzlichen Erlassen der Sowjetgesetzgebung ist ein Akt von höchster Bedeutung in der Geschichte des Strafrechts zu erblicken. Wird doch in diesen Dekreten mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Strafgesetzgebung auf [254] dem Territorium der USSR. – einem Gebiet, das ein Sechstel der bewohnten Erdoberfläche umfaßt – den Interessen der werktätigen Bevölkerung und nicht mehr den Interessen der Besitzenden dienen soll. Damit ist zum ersten Male sozialistisches Strafrecht in großem Umfange verwirklicht. Es ist eine bedeutsame Arbeit, die auf dem Gebiet des Justizwesens in Rußland vom Dekret 1 über das Gerichtswesen vom 24. November 1917 bis zum Erlaß der Grundsätze der USSR. geleistet worden ist.

Es ist zu wünschen, daß die Bibliotheken, nicht nur die der gelehrten Institute, sondern auch Stadt- und Volksbüchereien, Partei- und Gewerkschaftsbibliotheken, dieses Werk anschaffen, das nicht nur fachwissenschaftliche und politische, sondern auch kulturelle Bedeutung besitzt.

Das deutsche Proletariat muß unter Hinweis auf das vorliegende russische Gesetzeswerk fordern, daß dieses der Arbeiterklasse günstige Recht zum Vorbild einer Änderung des deutschen Strafrechts genommen wird. Wenn auch die grundlegende Neuordnung des Strafrechts zugunsten der arbeitenden Klasse nur nach Übernahme der Macht durch das Proletariat durchzuführen ist, so sind doch eine Reihe von Verbesserungen auch innerhalb der bestehenden Staatsordnung möglich, und sie müssen von der Arbeiterschaft – freilich ohne Illusion über ihre Bedeutung – gefordert und durchgesetzt werden. Dieser Kampf ist ein wichtiges Mittel zur Erweckung des Klassenbewußtseins auch jener breiten Schichten, die noch nicht politisch denken. F e l i x H a l l e.

*

Ein Jahr Arbeit und Kampf

T ä t i g k e i t s b e r i c h t d e r E x e k u t i v e d e r K o m m u n i s t i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e 1 9 2 5–2 6. V e r l a g C a r l H o y m N a c h f., H a m b u r g. 3 6 8 S e i t e n.

Kurz vor der Sitzung der VI. Erweiterten Exekutive ist ein Jahresbericht der Komintern erschienen. Der Band selbst wie der Anklang, den er gefunden hat, b e w e i s e n, daß mit dieser Berichterstattung ein erster Schritt von großer, auch politischer Bedeutung für die Komintern und ihre Parteien gemacht wurde. Diese Veröffentlichungen müßten in den vier Hauptsprachen erfolgen und regelmäßig fortgeführt werden.

Der Bericht gibt nicht nur einen Begriff von den ungeheuren Dimensionen, die die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in den 7 Jahren ihres Bestehens angenommen hat, sondern gleichzeitig einen hervorragenden internationalen Überblick über die wichtigsten ökonomischen und politischen Bedingungen des Klassenkampfes in den wichtigsten Ländern der Welt. Gleichzeitig lernt man die Arbeitsweise und das Funktionieren des großen Apparats der Internationale kennen.

Der Bericht zerfällt in zwei Abteilungen. Die erste, 78 Seiten stark, enthält die Berichte des Exekutivkomitees und seiner Abteilungen. Der zweite Teil, etwa 250 Seiten stark, umfaßt die Berichte über die Sektionen. Es sind ausführliche Abschnitte über 31 Länder und die Jugendinternationale. Als letzter Abschnitt, 40 Seiten stark, folgen die Berichte über die revolutionäre Bewegung in den Orientländern, eingeleitet und bearbeitet von der Ostabteilung des Ekki.

Von den Berichten im ersten Teil ist von großem Interesse der Bericht der Orgabteilung. Er behandelt kurz die Sektionen, vor allem Deutschland, die Tschechoslovakei, Frankreich, England, Amerika und Italien. Wo es möglich ist, werden die Mitgliederzahlen genannt, der Stand der Reorganisation auf Betriebszellen festgestellt und die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften von ihrer organisatorischen Seite behandelt. Im allgemeinen ergibt sich für die genannten größten Sektionen, daß die Reorganisation auf Betriebszellen überall begonnen wurde und zum Teil große Fortschritte gemacht hat. Vor allem in den industriellen Mittelpunkten, wie Berlin, Prag, Paris. Fast durchweg aber wird festgestellt, daß die meisten Zellen noch schlecht arbeiten, und auch unter den besser arbeitenden nur wenige zu finden sind, die man wirklich nach ihrer Arbeit als grundlegende Parteiorganisation bezeichnen kann. Das politische Leben der Zellen ist noch sehr schwach. Sie beschäftigen sich noch größtenteils mit bloßen Betriebsangelegenheiten. Die in vielen Ländern wütende Arbeitslosigkeit hat die Durchführung der Reorganisation natürlich erschwert. Auch die Fraktionen in parteilosen Organisationen arbeiten noch schwach oder fehlen ganz. Als eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit wird die Ausbildung eines Kaders von Parteiarbeitern genannt, die den neuen Anforderungen der Parteiarbeit entsprechen; in erster Linie von Parteiorganisatoren und Zellensekretären. Die Orgabteilung des Ekki ist dazu übergegangen, außer Briefen und Direktiven an die Sektionen auch Instruktoren zu entsenden.

Auch der Bericht der Agitpropabteilung kann feststellen, daß die Parteien von der Diskussion über die Notwendigkeit besonderer Organe für die Agitproptätigkeit zum praktischen Aufbau übergegangen sind. An Mängeln sind diese Anfänge natürlich reich. Vor allem wird erwähnt die schädliche Selbständigkeit der Agitproptätigkeit, ihre mangelnde Verbindung mit der politischen Leitung, andererseits eine gewisse Entpolitisierung und Technisierung. Es wird dann über die einzelnen Unterabteilungen (Agitation, Propaganda und Presse) berichtet. Man sieht aus dem Bericht der Agitations-Unterabteilung, daß etwa acht große internationale Kampagnen [255] im Weltmaßstabe durchgeführt wurden, freilich nicht alle mit dem gleichen Erfolg.

Von besonderem Interesse ist für uns gegenwärtig der Bericht der Propaganda-Unterabteilung. Er stellt fest, daß die Erziehungstätigkeit innerhalb der Parteien im allgemeinen gerade bei den großen Parteien, die eine starke allgemein-politische Tätigkeit entfalten, stark vernachlässigt wurde. Es zeigt sich nicht nur ein Mangel an geübten Lehrkräften, sondern auch das Unvermögen, die Propagandatätigkeit mit der allgemeinen politischen Aktivität der Partei zu verbinden. Gerade die KPD ist im Vergleich mit der englischen und französischen Sektion im letzten Jahre in der innerparteilichen Bildungsarbeit stark zurückgeblieben. Der Reichs-Lenin-Zirkel entsprach den Anforderungen einer Zentralschule nicht im geringsten, obwohl (wie der Bericht feststellt) gerade Deutschland die verhältnismäßig besten Vorbedingungen zur Organisierung einer zentralen Parteischule besitzt. Die Elementarschulen wurden überhaupt vernachlässigt. Die Agitpropabteilung des Ekki will in nächster Zeit unter Berücksichtigung aller bisher gemachten Erfahrungen ein allgemeines Programm für Elementarkurse ausarbeiten und gleichzeitig an die Herausgabe einiger elementarer Lehrbücher und Chrestomathien herangehen.

Über den Stand der theoretischen Zeitschriften wird berichtet, daß für ihre Umgestaltung zu wirklichen Organen des Marxismus-Leninismus in den wichtigsten Sektionen, Deutschland, Frankreich, England und der Tschechoslovakei, noch sehr wenig seitens der Parteileitungen getan worden ist. Es macht sich, wie der Bericht sagt, noch immer eine „Abneigung gegen die Theorie“ geltend. Wir können diese Feststellung nur unterstreichen, soweit sie „Die Internationale“ betrifft. Es wird nötig sein, einmal offen über die Vernachlässigung zu sprechen, die dem theoretischen Organ der Partei sowohl von unten als auch von oben zuteil wird. Hier ist nicht der Platz dazu. Aber unter diesem Gesichtspunkt ist es vollkommen verständlich, daß der Bericht feststellen muß, daß auch seit dem Ekki-Brief die Zeitschrift die Aufgaben eines theoretischen Organs noch nicht vollständig erfüllt. Man kann erwarten, daß nach diesen Feststellungen die Versuche, die Zeitschrift auszubauen und eine arbeitsfähige Redaktion zu schaffen, auf größeres Verständnis stoßen werden als bisher.

Etwas dürftig ist der Bericht über die Verlagstätigkeit. Es ist zu hoffen, daß besonders die Fehler, die die frühere Leitung der deutschen Abteilung des Verlags gemacht hat, erkannt und verbessert werden. Es ist nicht nur nötig, daß Lenins Werke endlich zu erscheinen beginnen, sondern es muß versucht werden, die finanziellen und schriftstellerischen Kräfte, die zur Verfügung stehen, durch eine zentrale

Leitung des Verlagswesens planmäßig zu bewirtschaften und richtig zu verteilen. Abgesehen von den vielen Doppelerscheinungen, die im letzten Jahre vorgekommen sind, zeigt unser Zeitschriftenwesen noch empfindliche Lücken. Auf der einen Seite eine Reihe großer teurer Zeitschriften, wie das „Marx-Engels-Archiv", „Unter dem Banner des Marxismus", „Kommunistische Internationale", auf der anderen Seite aber ein Mangel an billigen, für Arbeiter geschriebene wissenschaftliche und politische Zeitschriften.

Von größtem Interesse sind die Berichte der Presseabteilung und die Kritik, die an der Presse geübt wird. Es wird die Frage der Zentralisierung der Presse angeschnitten. Die Arbeiterkorrespondentenbewegung hat große Fortschritte gemacht. Auch die Betriebszeitungen beginnen sich einzubürgern. Der diesbezügliche Abschnitt ist leider sehr knapp.

Der Bericht der Informationsabteilung führt die große Wichtigkeit vor Augen, die eine exakte und ständige Information für die Arbeit jeder Parteiorganisation von der Exekutive bis zur kleinsten Zelle hat. Die Informationsabteilung des Ekki steht durch ständige Informatoren mit den einzelnen Sektionen in Verbindung. Die Sektionen richten ihrerseits Informationsabteilungen ein. Wie auch in anderen Punkten hat die französische Partei auch in dieser Frage besonders gut gearbeitet.

Der Bericht stellt fest, daß die Arbeit der Informationsabteilung des Ekki bisher einseitig war, weil sie sich hauptsächlich auf das Informieren des Ekki und seiner Organe verlegte und die Informierung der Sektionen vernachlässigte. Der vorliegende Bericht ist schon ein Beweis dafür, daß dies jetzt geändert wird.

Auch der Bericht des Internationalen Frauensekretariats, das in Ost- und Westabteilung zerfällt, sowie der Bericht der Genossenschaftsabteilung gibt viel Material und einen sehr guten internationalen Überblick über den Stand der Arbeit.

Im Rahmen einer kurzen Besprechung ist es natürlich nicht möglich, die Berichte der Sektionen im einzelnen zu würdigen. Es berichten Deutschland, Frankreich, England, Irland, Italien, Tschechoslovakei, Österreich, Polen, Belgien, Holland, Schweiz, Ungarn, Spanien, Portugal, Skandinavische Kommunistische Föderation, Schweden, Norwegen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Kommunistische Balkanföderation, Bulgarien, Jugoslavien, Rumänien, Griechenland, Vereinigte Staaten, Kanada, Mittel- und Südamerika, Südafrika, Australien und die Jugendinternationale. Der Bericht stellt, da bei jedem Land eingehend die politische und wirtschaftliche Lage erörtert wird, ein wertvolles internationales Handbuch dar.

Der Bericht über Deutschland bringt über die wirtschaftliche und politische Lage, die Lage der einzelnen bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften auf knappem Raum das Wesentlichste. Auch über die Arbeit der Partei finden sich in sehr guter Zusammenfassung die hauptsächlichen Daten. Freilich sind auch einige Mängel.

[256] In letzten Teil des Bandes, dem Bericht der Ostabteilung, wird eingehend referiert über China, Japan, Indien, Korea, Ägypten, Türkei, Persien, Palästina, Indonesien, die französischen Kolonien und die Negerbewegung. In den einleitenden Worten über die allgemeinen Arbeitsbedingungen der Ostabteilung werden die schweren Bedingungen dieser Arbeit hervorgehoben. Die Fragen der Taktik des Proletariats in den östlichen und kolonialen Ländern und die Fragen der führenden Rolle der Komintern gegenüber der nationalen Freiheitsbewegung der rückständigen Völker gegen den Imperialismus sind noch wenig durchgearbeitet. Die Ostabteilung hält die Durcharbeitung dieser Probleme für ihre wichtigste Aufgabe. Sie stößt aber bei ihrem Studium auf besondere Schwierigkeiten, die im Mangel oder gar vollständigen Fehlen der nötigen statistischen Angaben bestehen. Es wurden für eine Reihe vor jungen Parteien der Ostvölker die ersten Programmentwürfe begutachtet. Für die ganze Entwicklung der revolutionären Bewegung des Ostens ist die „linke Abweichung" bezeichnend, die in der Unterschätzung der nationalen Bewegung und der Bauernschaft besteht. So in Indonesien, Korea und auch in China.

Einen besonderen Bericht über die Sowjetunion zu geben, hielt das Sekretariat des Ekki für überflüssig, weil anläßlich der Berichterstattung über den Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausführlich über die wirtschaftliche, politische und Parteilage berichtet wurde.

*

Die Erfahrungen unserer Partei in den letzten Jahren im Kampf gegen die verschiedenen Abweichungen nach rechts und links haben bestätigt, daß eins der wichtigsten Mittel zur stetigen Kontrolle und Korrektur der eigenen Politik die Kenntnis und Verfolgung der Politik des Proletariats im i n t e r n a t i o n a l e n Maßstabe ist.*) Ferner hat sich gezeigt, daß ein sehr gutes Mittel zur Abgewöhnung linker Phrasen darin besteht, daß man den Fortschritt der revolutionären Bewegung m a t e r i e l l, in der Wirklichkeit, in der Praxis kennen lernt, die vielen konkreten Hindernisse und Schwierigkeiten verstehen und überwinden lernt, die auf dem Wege der Revolutionierung der Welt und der Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats liegen. Erst dann versteht man, daß vorübergehende Rückschläge keine endgültige Niederlage bedeuten und ein richtiger Grundsatz noch keineswegs widerlegt ist, wenn er sich nicht schon ein paar Wochen nach seiner Verkündung restlos durchgesetzt hat. Ein großer Teil der ultralinken Fehler beruht in einer solchen kindlichen Betrachtungsweise, die nicht die konkreten Verhältnisse der kommunistischen Bewegung und ihre ungeheuren Dimensionen kennt. Aber auch der Opportunismus, die Rechtsabweichungen, haben hier eine wichtige Wurzel.

Darum ist die systematische und allseitige internationale Information eines der wichtigsten Elemente einer richtigen revolutionären Politik. Erst sie lehrt uns den proletarischen Befreiungskampf und die Aktion der Kommunistischen Internationale räumlich und zeitlich im Weltmaßstabe begreifen und die eigene Aktion in diesem Rahmen richtig bestimmen. Und darum ist auch die Lektüre des vorliegenden Berichts für alle Funktionäre der Partei von größter Bedeutung. Der Preis macht seine Anschaffung möglich. Darüber hinaus sollten aber alle Zellen bzw. Zellengruppen kollektiv Bestellungen auf je ein Exemplar vornehmen und das Buch Informationsabenden zugrunde legen. Es wäre zu erwägen, ob nicht in bzw. neben den Kursen in der ganzen Partei eine großzügige Information über die internationale Arbeit der Kommunistischen Internationale organisiert werden sollte. K. S.

*

Druckfehlerberichtigung*

Im Leitartikel des Heftes 7, Seite 195, Zeile 11 von unten, soll es statt „vor“ „s c h o n“ heißen. Ferner ist derselbe Satz aus der Einzahl in die Mehrzahl zu setzen: „großen Fragen ... gelöst werden k ö n n e n“. – Vor „Arbeiter- und Bauernregierung“ in Zeile 6 von unten ist der Artikel „die“ einzufügen.

[257]

*) Nur ein Beispiel: die Korrektur einiger Fehler unserer Stellung zum Locarno-Pakt auf der Brüsseler kommunistischen Parlamentarierkonferenz.

* Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 5. Mai 1926 ∗ Heft 9

Die weltgeschichtlichen Ereignisse in England

Von G. S i n o w j e w

4½ Millionen streikender Arbeiter. Generalstreik. England unter Belagerungszustand. Gegen die Arbeiter sind die Armee die Flotte und die Luftflotte mobilisiert. Es ist die Zensur eingeführt. Die Polizei ist mobilisiert. In aller Eile wird die faschistische Organisation der Technischen Nothilfe zusammengezimmert. Der englische Premierminister zetert über das ganze Land hin, daß der Bürgerkrieg vor der Tür stehe. „Wir werden in unserem Lande keine Sowjets dulden." Das ist die Parole der englischen Bourgeoisie, und es ist begreiflich, daß, je mehr die Bourgeoisie jetzt zetert um so beharrlicher die Köpfe der Arbeiter über diese Kardinalfrage des Kampfes nachdenken werden.

Die Arbeiter erhoben sich mit nie dagewesenem Enthusiasmus. Die ersten Meldungen •aus der Provinz atmen Mut, Begeisterung. Das allgemeine Arbeiter-Meeting in Manchester hat eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der Kampf betrifft nicht allein die Bergarbeiter; wer den Bergarbeitern die Unterstützung versagt, der ist ein Feind der Arbeiterklasse."

In Hull haben die Arbeiter die Parole ausgegeben: „Genug der Dummheit! Kopf hoch! Wenn gekämpft wird, soll gründlich gekämpft werden!"

Es ist die Parole ausgegeben zur Bildung von Aktionsausschüssen. Man spricht von der Notwendigkeit proletarischer Hundertschaften. Die Arbeiterverbände übernehmen die Organisierung der Verpflegung, indem sie mit Recht den Weg des Zusammenschlusses mit der vielmillionenköpfigen Masse der „kleinen Leute", der Mütter und Frauen der Werktätigen, der Angestellten usw. suchen. Es brodelt in den Massen. Die Streikenden zeigen von ihren ersten Schritten an eine erstaunliche Organisiertheit.

Wahrhaft gewaltige Ereignisse!

Als die englischen Arbeiter 1920 zum ersten Male das berühmte „Aktionskomitee" gebildet hatten, schrieb Lenin: „Dies ist eine bedeutende Wendung in der ganzen englischen Politik. Neben dem Parlament, das gegenwärtig in England durch ein fast allgemeines Stimmrecht (was seit 1918 der Fall ist) gewählt wird, entsteht aus [258] eigener Initiative ein ‚Aktionskomitee', das sich auf die Arbeiter und die Gewerkschaften, d. h. die Trade Unions, stützt ... Das war ein großer Umschwung für die gesamte englische Politik. Für England ist es von derselben Bedeutung, wie die Februar-Revolution von 1917 für uns war." (Lenins Werke, Band XVII, Seite 336/337).

Was ist von den unvergleichlich größeren Ereignissen zu sagen, die sich jetzt im Mai 1926 vor unseren Augen vollziehen!

Die gewaltige Bewegung der englischen Arbeiterschaft begann als rein wirtschaftliche Bewegung, aber eigentlich hatte sie gleich von Anfang an natürlich einen hochpolitischen Charakter.

Nur die beschränktesten Reformisten begreifen nicht, daß diese Bewegung in Wirklichkeit eine hochpolitische ist; die meisten reformistischen Geschäftemacher tun so, als ob sie nicht verstünden, daß es sich um eine politische Bewegung handelt. Auch hierin spielen sie die Rolle von Agenten der Bourgeoisie und tun alles Mögliche, um die Bewegung einzuengen.

Friedrich E n g e l s schrieb seinerzeit über den Chartismus: „Diese Revolution ist für England unvermeidlich; doch wie in allem, was in England geschieht, werden die Interessen und nicht die Prinzipien diese Revolution anfangen und durchführen; erst aus den Interessen können sich Prinzipien entfalten, d. h. d i e R e v o l u t i o n w i r d k e i n e p o l i t i s c h e, s o n d e r n e i n e s o z i a l e s e i n." (Marx und Engels Werke, „Brief aus England an die ‚Rheinische Zeitung", Bd. II, Seite 259/260, russische Ausgabe. Zitat aus dem Russischen rückübersetzt.)

Hier kommt in eigentümlicher Form einer der Grundsätze des Marxismus über den Zusammenhang von Ökonomie und Politik zum Ausdruck.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Politik bloß konzentrierte Ökonomie ist, so zeugt der gewaltige Klassenkampf, der sich vor unseren Augen in England abspielt, mit ungeheuerlicher Plastik und Erhabenheit davon. Wenn der russische Zarismus in den neunziger Jahren Anschauungsunterricht über den Zusammenhang von Ökonomie und Politik an die damals junge russische Arbeiterbewegung gab, so wird dieser Anschauungsunterricht jetzt in viel grandioserem Ausmaß der englischen Arbeiterklasse von den Herren Konservativen erteilt. Das, was während des verhältnismäßig kleinen Wirtschaftsstreiks zu Beginn der neunziger Jahre in Rußland „en détail" geschah, das geschieht jetzt in England „en gros".

Bereits vor 15 Jahren hat Lenin anläßlich des Streikes der englischen Kohlenarbeiter 1912 voller Begeisterung geschrieben, daß die englischen Bergarbeiter der ganzen Welt gezeigt haben, wie die Worte des Arbeiterlieds: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!", in Wirklichkeit umgesetzt werden. Bereits vor 15 Jahren hat Lenin anläßlich dieses Streikes geschrieben: „Die Gewerkschaften Englands wenden sich langsam, aber unentwegt dem Sozialismus zu, den vielen Parlamentsmitgliedern [259] aus der Arbeiterklasse zum Trotz, die beharrlich die althergebrachte liberale Arbeiterpolitik verfechten." (Lenins Werke, Band XII, Teil 2, S. 1.)

Was soll erst von der jetzigen Bewegung gesagt werden, die alles, was wir bisher gekannt haben, weit hinter sich läßt!

Die große geschichtliche Wendung, die in der englischen Arbeiterbewegung stattgefunden hat, fesselte seit langem die Aufmerksamkeit Lenins und aller wirklichen Marxisten. Seit den ersten Schritten ihrer Tätigkeit hat die Kommunistische Internationale – natürlich vor allem auf Lenins Initiative – mit besonderer Aufmerksamkeit die Vorgänge in der englischen Arbeiterbewegung behandelt. (Nebenbei bemerkt hat auch die letzte Tagung der Erweiterten Exekutive den Löwenanteil ihrer Aufmerksamkeit der englischen Arbeiterbewegung gewidmet.)

Worin ist die Ursache des großen Umschwungs zu suchen, der sich im letzten Jahrzehnt (oder in den letzten Jahrzehnten) in der englischen Arbeiterbewegung vollzogen hat? Lenin erklärte dies in einer ganzen Reihe seiner Arbeiten. Es genügt hier, folgende Worte Lenins anzuführen:

„Um die Mitte des 19. Jahrhunderts genoß England ein fast absolutes Monopol auf dem Weltmarkt. Dank dem Monopolrecht waren die Profite des englischen Kapitals ungeheuerlich groß; man konnte Brocken dieser Profite ein wenig mit der Arbeiteraristokratie, mit den gelernten Industriearbeitern, teilen.

Diese Arbeiteraristokratie, die damals erträgliche Verdienste hatte, schloß sich in enge, eigensüchtig zünftlerische Verbände ab, trennte sich von der Masse des Proletariats und stand in der Politik auf seiten der liberalen Bourgeoisie. Bis auf den heutigen Tag gibt es vielleicht nirgends in der Welt unter den fortgeschrittenen Arbeitern so viele Liberale wie in England.

Doch im letzten Viertel des XIX. Jahrhunderts veränderten sich die Dinge, das Monopol Englands wurde von Amerika, Deutschland usw. untergraben. Die ökonomische Basis des beschränkten, kleinbürgerlichen Trade-Unionismus und Liberalismus unter den englischen Arbeitern wurde zerstört, der Sozialismus erhebt von neuem das Haupt in England, dringt in die Massen und wächst unaufhaltsam, dem verstockten Opportunismus der englischen neben-sozialistischen Intellektuellen zum Trotz." (Lenin, „Harry Quelch", Gesammelte Werke, Band XII, Teil 2, S. 241.)

Was auch weiter kommen mag, wie sich die Ereignisse in den nächsten Tagen auch entfalten mögen, das eine kann niemand mehr leugnen: das, was in Großbritannien bereits geschehen ist, eröffnet eine neue Ära in der englischen und der internationalen Arbeiterbewegung. In der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung wird eines der wichtigsten Blätter umgeschlagen. Es gibt keine Macht in der Welt, die jetzt imstande wäre, die raschere Bolschewisierung der Avantgarde des englischen Proletariats, die Revolutionierung der Arbeiterklasse, das Wachstum der kommunistischen Ideen in der [260] englischen Arbeiterklasse aufzuhalten. Dies allein ist ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung.

Die Hauptgefahr, die hinter der mit so erstaunlicher Einmütigkeit und Erhabenheit begonnenen Bewegung in England lauert, ist die Gefahr seitens der rechten Führer der Gewerkschaftsbewegung und der rechten Führer der Labour Party. Die Geschichte des

„Schwarzen Freitags“ (1921), der unerhörte Verrat, der damals von Thomas und Konsorten geübt wurde, dienen als ausreichende Mahnung in dieser Hinsicht. Die mächtige Welle der Arbeiterbewegung hat einen Teil der Reformisten mitgerissen, der sich gezwungen sieht, zumindest im jetzigen Stadium mit den streikenden Arbeitern zu marschieren. Es kann aber nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß ein Teil der rechten Führer sich jetzt an die „Spitze“ der Bewegung stellt, um im Bedarfsfalle sie bei der ersten besten Gelegenheit zu verraten: ihr Haupt zu werden, um sie zu enthaupten!

Die Kommunisten sind verpflichtet, dies in aller Öffentlichkeit um jeden Preis zu verkünden, und zwar gerade jetzt, wo es scheinen könnte, daß unter den Führern der Bewegung fast vollständige Einmütigkeit herrscht. Es ist notwendig, diese bittere Wahrheit zu verkünden. Weder Baldwin, noch seine OMS, noch seine 160 Aeroplane mit den Bomben bedeuten für die Bewegung des englischen Proletariats solch eine Gefahr wie die Thomas, Macdonald und Konsorten.

Die Kommunisten der ganzen Welt unterstützen mit dem größten Enthusiasmus den begonnenen Kampf; sie werden nicht mit Worten, sondern mit Taten ihre wahre Bereitwilligkeit zur Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, ja sogar mit jenen katholischen Bergarbeitern (z. B. in Holland) beweisen, die aufrichtig bereit sind, dem englischen Proletariat zu Hilfe zu eilen. Die Kommunisten der ganzen Welt werden in diesen Ereignissen ihre ganze Unterstützung dem Generalrat der englischen Gewerkschaften angedeihen lassen, wenn dieser letztere den Willen der Arbeitermassen zum Ausdruck bringt. Die Kommunisten sind jedoch verpflichtet, ihre englischen Arbeiterbrüder, die diesen gewaltigen und verantwortungsvollen Kampf aufgenommen haben, vor Thomas und Konsorten zu warnen.

Es gab eine Zeit, da der verhältnismäßig kleine politische Generalstreik in Belgien oder der ökonomische Streik in Crimmitschau oder der Generalstreik in Schweden das größte Ereignis im Leben der internationalen Arbeiterklasse bildeten und Monate und Jahre lang von sich reden machten. Aber was bedeuten alle diese Streiks im Vergleich mit den gewaltigen Ereignissen, die sich vor unseren Augen in England abspielen!

Die Maifeier dieses Jahres hat in einer ganzen Reihe von Ländern Europas gezeigt, daß eine frische revolutionäre Luft weht. In Frankreich, in Deutschland, in England, in der Tschechoslovakei, [261] in Polen verlief die Maifeier mit viel Elan und sammelte neue Tausende und Hunderttausende von Proletariern um die Fahnen der Kommunisten. Es weht ein frischer Wind in der europäischen Arbeiterbewegung.

Das „stabilisierte“ Europa! Man vergleiche die Ereignisse vom Frühjahr 1925 bis zum Frühjahr 1926. Gewaltige Bewegungen in China. Zwei Kolonialkriege – Marokko und Syrien. Eine schwere Krise und 2,5 Millionen (offiziell) Erwerbslose in Deutschland. Eine Dauerkrise (vor allem eine Finanzkrise) in Frankreich. In Polen beinahe eine Katastrophe. Ein schwerer Schlag gegen den Völkerbund in Genf. Und endlich jetzt – die großen Ereignisse in England! Hatte nicht die Kommunistische Internationale tausendmal Recht, als sie von der jetzigen Stabilisierung als einer sehr undauerhaften, partiellen, bereits schwankenden sprach? Wir können der Bourgeoisie auch des weiteren eine solche Stabilisierung wünschen.

Mit der größten Aufmerksamkeit, mit verhaltenem Atem werden die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt verfolgen, wie sich die Ereignisse in England entfalten. Sie werden alles Mögliche tun, um der Avantgarde des englischen Proletariats zu helfen, die begonnene Bewegung auf die höhere und immer höhere Stufe zu heben, sie zu einer allgemeinen zu machen, ihr mit dem Reifen der Situation immer breitere Losungen zu geben. Die Kommunisten werden ihre Pflicht bis zu Ende tun.

*

Die Krise der deutschen Sozialdemokratie

Von Fritz Rück

Nach dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses in der Sachsenfrage scheint es, als ob die Einheitlichkeit in der SPD in vollem Umfange wieder hergestellt sei. Mit ihrer Taktik, über

die inneren Vorgänge in ihrer Partei so wenig wie möglich zu berichten, sucht die sozialdemokratische Fresse diesen oberflächlichen Eindruck zu verstärken. In Wirklichkeit besteht die innere Krise der SPD in unverminderter Stärke fort. Was das Gefüge der Partei bis zur Grundlage erschüttert, ist ja nicht der Vorstoß der rechten Politiker in Sachsen. Dieser ist nur der sichtbarste Ausdruck einer Krise, die auf dem Gegensatz der reformistischen Führerpolitik zu den Klasseninteressen der sozialdemokratischen Arbeiter beruht.

Der Heidelberger Parteitag brachte keine Lösung oder Überbrückung dieses inneren Gegensatzes in der SPD, der in der Haltung der linken Führer einerseits, des Parteivorstandes und der rechten Koalitionspolitiker andererseits nur abgeschwächt und mangelhaft in Erscheinung trat. Heidelberg war der Sieg des Parteiapparats über die in der Partei vorhandenen scharfen Interessengegensätze und einander diametral entgegenstehenden Auffassungen. Darum stehen auch heute wieder, ein halbes Jahr nach dem Heidelberger Parteitag, alle dort mit Mehrheit oder einmütig „entschiedenen" Streitfragen offen vor der Partei, genau so, wie sie ein halbes Jahr nach dem Berliner Parteitag standen. Aber etwas ist doch anders geworden: die allgemeine politische Situation in Deutschland. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Situation macht es unmöglich, die alte Taktik [262] der Vertuschung dieser Gegensätze noch lange fortzusetzen. Insofern ist das offene Hervortreten der sächsischen Koalitionspolitiker mit einer politischen Plattform, die für die Haltung der Gesamtpartei bestimmt ist, ein wichtiges Symptom.

In allen außenpolitischen und innenpolitischen Fragen ist die Schwankung der offiziellen Politik der SPD in den vergangenen Monaten gewachsen. Diese Unsicherheit in der Entscheidung ist bedingt von teilweisen Konzessionen an die Stimmungen der Arbeitermassen bei gleichzeitigem Versuch, die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie in ihrer großen Linie fortzusetzen. Sie ist ein Ausdruck der Tatsache, daß es der Parteibürokratie nur noch mit großer Mühe gelingt, den sich weiter entwickelnden Gegensatz in der eigenen Partei vorübergehend zu verkleistern.

Die offizielle Locarnopolitik der SPD hat sich in eine hoffnungslose Sackgasse verrannt. Der proenglischen Orientierung des pazifistisch-imperialistischen Parteivorstandes setzt der offen nationalistisch-imperialistische Flügel der Partei seine kontinental-europäische Anti-England-Politik entgegen. Auf der anderen Seite jedoch wachsen die Sympathien für Sowjetrußland bei den sozialdemokratischen Arbeitern unaufhaltsam, und selbst der gerissenen Taktik des austromarxistischen Flügels gelingt es immer weniger, die Brücke zwischen Locarnopolitik und Ostorientierung gangbar zu halten. Die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze im Völkerbund, der Versuch der deutschen Bourgeoisie, wieder selbständige imperialistische Politik zu treiben, wie er vor allem in ihrem Verhalten zu Polen und zur K o l o n i a l f r a g e in Erscheinung tritt, zwingt die reformistische Bürokratie zur o f f e n e n Entscheidung für oder gegen den Imperialismus.

In Wirklichkeit hat sie sich bereits für die Unterstützung der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie entschieden. Das versteckte Eintreten L ö b e s für eine neue Kolonialpolitik zeigt die Richtung an, in der die Parteiführer gehen werden So kommt die Außenpolitik der SPD in einen immer schärferen Gegensatz zu der von den sozialdemokratischen Arbeitern geforderten Innenpolitik. Ausdruck dieses Gegensatzes ist die Ablehnung des offenen Eintritts in eine Koalitionsregierung im Reich, während gleichzeitig praktisch im Reichstag die Weiterexistenz der Regierung gesichert wird.

Imperialistische Politik bedeutet Verschärfung der Klassengegensätze im Innern, Verstärkung der Reibungsflächen nach außen, eine bei der weltpolitischen Schwäche Deutschlands immer sprunghafter werdende äußere Politik, die Deutschland zum Spielball der großen imperialistischen Mächte macht und es aus einer Krise in die andere stürzen muß. Imperialistische Politik bedeutet in dem Deutschland der wankenden Stabilisierung scharfen Rechtskurs gegen die Arbeiterklasse, zu dessen Durchführung die Bourgeoisie zu diktatorischen Mitteln greifen wird, wie sie zurzeit bereits offen angedroht werden. Die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse wird trotz aller Gegenmanöver der reformistischen Führer zustandekommen, wenn die Aufklärungsarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben planmäßig fortgesetzt wird. Damit müssen die reformistischen Führer mehr und mehr die Basis bei den Arbeitermassen verlieren; sie werden sich immer bewußter auf die

kleinbürgerlichen Elemente in der eigenen Partei stützen und ihre Politik noch stärker nach den „staatspolitischen Notwendigkeiten“ der Bourgeoisie orientieren.

Gleichzeitig verliert der Pazifismus der Linken, der aus der Machtlosigkeit Deutschlands nach dem Kriege ein System der Politik machen wollte, die Grundlagen. Jeder Fortschritt in der Einkreisungspolitik gegenüber Sowjetrußland wird die sozialdemokratischen Arbeiter zusammen mit [263] den kommunistischen Arbeitern an die Seite Sowjetrußlands fuhren. Die Politik Otto Bauers, die Anerkennung des Sieges des Sozialismus in Sowjetrußland mit dem gleichzeitigen Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter davon abzuhalten, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr zu führen, wird ihr naturnotwendiges Fiasko erleben in dem Maße, als diese Kriegsgefahr näherrückt. Damit fällt auch das letzte Bindeglied, das die Arbeitermassen noch an die Politik der rechten Koalitionspolitiker fesselt.

Die sozialdemokratischen Führer haben versucht, die wachsende oppositionelle Stimmung in ihrer eigenen Partei durch gewisse Zugeständnisse zu beschwichtigen. Sie haben sich trotz inneren Widerstrebens dem Volksentscheid für Enteignung der Fürsten angeschlossen. Sie haben durch Beteiligung an der Beratung des Kompromisses im Reichstag versucht, der deutschen Bourgeoisie, die ganz klar den revolutionären Untergrund dieser Bewegung erkennt, Hilfsstellung zu leisten. Sie versuchen mit allen Mitteln, die starke Volksbewegung durch Beschränkung auf die rein parlamentarische Behandlung zu schwächen. Sie haben rücksichtslos den Kampf aufgenommen gegen die Anfänge der Einheitsfront, die sich in den Einheitskomitees gezeigt haben. Sie sind nicht gewillt, das große Machtreservoir der Gewerkschaften in diesem Kampfe auszuschöpfen. Sie führten das Volksbegehren durch mit gedämpftem Trommelklang und suchen indirekt, durch Förderung eines Abänderungsantrags der Demokraten und des Zentrums, der Bourgeoisie zu ermöglichen, den Massenwillen zu verfälschen.

Aber alle diese taktischen Winkelzüge werden n i c h t bewirken, daß die in Bewegung gekommene Lawine an dem von den reformistischen Parlamentariern aufgesteckten Haltesignal zur Ruhe kommt. Der Drang nach der einheitlichen Aktion gegen das Kapital, nicht nur in der Frage der Fürstenabfindung, sondern vor allem im Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die zur Dauerkrise wird, erfaßt immer breitere Arbeitermassen und wird sich auch gegen den Willen der reformistischen Führer d u r c h s e t z e n. Die Passivität der Gewerkschaften schwächt zwar in der jetzigen Situation die Kampfkraft des Proletariats in Deutschland, sie wird jedoch in den Gewerkschaften selbst zu einer Stärkung der Opposition beitragen und die Positionen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie untergraben. Gleichzeitig hämmert die Stellungnahme der Gewerkschaftsbürokratie für die rechten Koalitionspolitiker in der SPD auch den sozialdemokratischen Arbeitern immer mehr die Notwendigkeit der Beseitigung der reformistischen Führer in den Gewerkschaften ein.

Mit der wachsenden Aktivität der deutschen Arbeiterklasse, die sich in den letzten Monaten bereits gezeigt hat, die bei der wachsenden Zuspitzung der Klassengegensätze zum immer bewußteren K a m p f w i l l e n wird, verlieren die reformistischen Führer immer mehr die Möglichkeit, die bisherige Politik des Klassenverrats unter Duldung der sozialdemokratischen Arbeiter fortzusetzen. Sie haben der radikalen Stimmung einige Zugeständnisse gemacht in der Hoffnung, daß diese Stimmung eine vorübergehende Erscheinung bleiben werde. Diese Leute denken ebenso geringschätzig von den proletarischen Massen wie die KAPistischen Schwätzer, die einen revolutionären Aufschwung leugnen Sie werden aber bei der unaufhaltsamen Zunahme der Radikalisierung der Massen, die ihnen den Boden für ihre bisherige Politik in der eigenen Partei unter den Füßen wegnimmt, nicht etwa selbst zu radikalen Arbeiterführern werden – dazu ist ihre Verbindung mit der Bourgeoisie zu eng –, sondern sie werden dazu übergehen, die Partei offen z u s p a l t e n, wie sie es während des Krieges in dem Moment taten, wo die Opposition zu einer Gefahr für die Fortsetzung ihrer Politik wurde.

[264] Den Anfang dieser Spaltung haben die auf dem exponiertesten Posten stehenden rechten Führer in Sachsen gemacht. In Sachsen ist der Gegensatz zur Koalitionspolitik der rechten Führer bereits so tief in das Bewußtsein der sozialdemokratischen Arbeiter eingedrungen, daß es für die Koalitionspolitiker ein hoffnungsloses Unterfangen gewesen wäre, innerhalb der Partei um die Macht zu kämpfen. S a c h s e n i s t e i n V o r s p i e l d e r A u s e i n a n d e r s e t z u n g e n i n d e r S P D i m R e i c h s m a ß s t a b e, genau so, wie während des Krieges die Spaltung der SPD in Württemberg Anfang 1915

nur der Auftakt war zur zwei Jahre später erfolgenden Spaltung im Reichsmaßstabe. Die Zuspitzung der Gegensätze in Sachsen kurz nach dem Verkleisterungsversuch in Heidelberg, den die linken Führer mitgemacht haben, genau so wie die l{aase und Kautsky während des Krieges bis zum letzten Moment die Einigkeit der Partei erhalten wollten, ist ein Beweis dafür, daß die latente Krise in der SPD in ein akutes Stadium getreten ist.

Die Zeit ist nicht mehr fern, wo kein Parteiausschuß und keine Parteiinstanz imstande sein werden, die Auswirkungen dieser Krise auf das gesamte Reich zu verhindern.

Die Voraussetzungen für die Schaffung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung beginnen sich zu erfüllen.

Der Unterschied zu der Entwicklung während des Krieges ist nur der, daß heute außerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine starke Kommunistische Partei vorhanden ist, die alle revolutionären Elemente an sich ziehen und die Klärung der auf dem Wege zur revolutionären Einstellung sich befindenden sozialdemokratischen Arbeitermassen beschleunigen wird. So wird dieser linke Flügel in Deutschland nicht nur ideologisch, wie während des Krieges, sondern auch organisatorisch von der Kommunistischen Partei geführt werden. Daß bei diesem Entwicklungsprozeß nicht nur die rechten sozialdemokratischen Koalitionspolitiker von den Arbeitermassen isoliert werden, sondern auch die übergroße Mehrzahl der heutigen linken Führer in der politischen Versenkung verschwinden wird, wird kein Verlust sein für das deutsche Proletariat.

*

Kommunisten, Sozialdemokraten, Syndikalisten – und wildgewordene Spießbürger

Von Karl Schmidt

(Fortsetzung)

Wir haben einleitend die allgemeine Situation, in die das jetzige Auftreten der Ultralinken fällt, gekennzeichnet und dann im ersten Teil der Arbeit versucht, die Linie der KP und die gemeinsamen Wurzeln aller rechten und linken Abweichungen herauszuarbeiten. Als diese ergaben sich: a) die ökonomistische Auffassung der revolutionären Praxis, b) die Theorie der reinen proletarischen Revolution, c) die Betrachtung der Diktatur als bloßer Apparat. Im folgenden werden diese Punkte näher ausgeführt und mit einigen Beispielen belegt[*]. [265]

a) Die ökonomistische Auffassung der revolutionären Praxis

Die Frage der revolutionären Arbeit wird bloß ökonomisch oder hauptsächlich ökonomisch gestellt, als Kampf gegen die Unternehmer: um höheren Lohn, Arbeitsbedingungen usw. einerseits, als sofortige „Enteignung“ durch die Belegschaft, „direkte Aktion“. Betriebsbesetzung andererseits.

Zwei Beispiele aus der Parteigeschichte: Als im Herbst 1923 vom ADGB notgedrungen die Frage der Indexlöhne auf die Tagesordnung gestellt wurde, verstand es Brandler nicht, diese vorhandene ökonomische Bewegung zu führen und zum politischen Kampf vorwärts zu bringen, sondern stellte der Losung der Gewerkschaften eine eigene ausgetüftelte ökonomische Losung gegenüber Friedensreallöhne. Andererseits forderte Ruth Fischer anläßlich des französischen Einmarsches die Arbeiter des Ruhrgebiets auf, die Betriebe zu besetzen. Einen experimentellen Beweis für die tiefere innere Verwandtschaft der damaligen Rechten und Linken in der KPD erbrachte Genosse Ludwig im Jahre 1924/25, als er in der „Roten Fahne“ anläßlich der Stillegungen die Losung der Fortführung der Betriebe in Arbeiterregie vertrat Es ist klar, daß diese Stellungnahme, die die Partei nach dem Ekki-Brief natürlich korrigiert hat, den Ausgangspunkt bildet sowohl für eine lassalleanisch gefärbten Reformismus wie für den Syndikalismus. Gerade solch unklare Stellung war aber bezeichnend für die Politik der Partei in den ersten Jahren ihrer Geschichte, und es waren in der Tat sowohl reformistische wie syndikalistische Strömungen vorhanden.

[*] Dieser Artikel ist vor dem Ausschluß von Korsch und Schwarz aus der Partei geschrieben worden.

Heute findet sich dieselbe Forderung der Fortführung der Betriebe in Arbeiterregie bei Korsch w i e bei Katz, wie wir noch sehen werden.

Die ökonomistische Beschränktheit der Politik der Brandler- wie der Maslow-Gruppe ist schon kritisiert worden (siehe „Internationale“ Nr. 10 des vorigen Jahrgangs). Die Prophezeiung Ruth Fischers auf dem Zentralausschuß im Januar 1925, es werde die ökonomische Frage sein, die die Arbeitermassen wieder in Bewegung setzen werde, ist durch die Tatsache der Bewegung gegen die Fürsten Lügen gestraft worden Trotzdem finden wir noch heute in der Plattform der Gruppe Fischer-Urbahns (Erklärung zur Lage und den Aufgaben der KPD auf der Erweiterten Exekutive am 10. März):

„In den Mittelpunkt der täglichen Arbeit der Partei (!) müssen die ‚Brotfragen‘ gestellt werden ...“

Die „Verbindung der Tagesforderungen (die rein ökonomisch verstanden werden. K. S.) mit dem Endziel“ – soll bloß durch „Aufzeigen“ geschehen, daß „nur die proletarische Revolution“ usw. Also bloß Phrasen. Es fehlt jeder konkrete Begriff des p o l i t i s c h e n Kampfes noch heute.

Aus der falschen Anfangsstellung zum Problem der revolutionären Arbeit, d. h. der rein ökonomischen Stellung dieser Frage, folgen aber notwendig die falschen Methoden, die Frage der Diktatur konkret zu stellen. Die Frage Diktatur wird gestellt quasi als „Etwas zum Essen“, als Mittel, die stillgelegten Betriebe wieder zu öffnen usw. Sehr schön, mit leichtem anarchistischen Einschlag, läßt sich die Sache bei W e b e r beobachten. Nach der r e f o r m i s t i s c h e n Seite aber rutscht K o r s c h aus. Er schreibt in seiner „Resolution zur Taktik der KPD und der Komintern“:

„Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die neuzuwählenden (!) proletarischen Arbeiterräte (!) müssen jede Sabotage der Produktion von seiten der Unternehmer, jede Betriebseinschränkung, jede Betriebsstilllegung, Verschrottung von Produktionsmitteln, Nichtausnutzung von bestehenden Arbeitsmöglichkeiten durch die revolutionäre Kontrolle [266] und M i t b e s t i m m u n g (!) verhindern, die Saboteure enteignen und die Fortführung der stillgelegten Betriebe in ihre Hand nehmen.“

Sehen wir ab von der souveränen Erledigung der Frage der Schaffung von Sowjets durch ein nebenbei hingeworfenes Wort (dies beweist, daß sich Korsch bei seinen Worten nichts denkt), ferner von der noch ausdrücklich unterstrichenen r e i n proletarischen Zusammensetzung dieser „Sowjets“ (was ebenfalls den elementarsten Erfahrungen der russischen Revolution ins Gesicht schlägt), so verdient hier die A u f g a b e, die Korsch diesen Sowjets stellt, das größte Interesse. Sie sollen Verschrottung von Produktionsmitteln, Nichtausnutzung von bestehenden Arbeitsmöglichkeiten usw. verhindern, also ordinärsten Betriebskram erledigen. Und wie? Durch M i t b e s t i m m u n g! Das ist ein aus den wirtschaftsdemokratischen Phrasen der Gewerkschaftsbonzen wohl bekanntes Wort. D i e S o w j e t s a l s O r g a n e d e r W i r t s c h a f t s d e m o k r a t i e! Ein ganz allerliebster kleiner Reformismus, der uns zwar bei Korsch nicht wundert, der aber die bodenlose Unfähigkeit all dieser Ultralinken illustriert, die Frage der proletarischen Diktatur p o l i t i s c h, d. h. revolutionär, zu stellen[*)].

Lenin hat im Kampf gegen die Ökonomisten gesagt, daß man von der eng ökonomischen Auffassung des Klassenkampfes in gerader Linie in die bürgerlich-parlamentarische Politik hineingerät. Ein Beweis dafür ist die Behandlung der R e g i e r u n g s f r a g e in der Geschichte der Partei.

Brandler hat die Parole der „Arbeiterregierung“ bloß aus den ökonomischen Forderungen des Proletariats heraus konstruiert. Sie war für ihn eine Art parlamentarischer Gewerkschaftsregierung, für die Linke aber ebenfalls. In der Debatte im Herbst des Jahres 1922 waren sich b e i d e Seiten mehr oder minder einig über den parlamentarischen Charakter dieser Regierung. Nur hielt die eine sie für den (reformistischen) Weg zur Diktatur, die andere für eine bloße (reformistische) Finte zur Agitation[**)]. Aber weil man sich in der falschen Grundeinstellung zu dem Problem im wesentlichen einig war, daher die Unfähigkeit auf beiden Seiten, die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung, zu der die Parole Arbeiterregierung später ergänzt wurde, lebendig zu machen, die Regierungsfrage überhaupt r e v o l u t i o n ä r, in der Richtung auf die Diktatur des Proletariats aufzurollen.

[*)] Wir haben noch weitere schlagende Beweise in Reserve, die im weiteren analysiert werden sollen.

[**)] Siehe die Artikel der Genossen Hoernle und Rosenberg in den Nummern 34, 35, 36 und 39 von „Taktik und Organisation“ und den Artikel Maslows in Nr. 38 (Okt-Nov. 1922).

Tatsache ist, daß heute jene Ultralinken, die die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung rundweg ablehnen (Korsch und Katz!) sie genau so wie die äußerste Rechte parlamentarisch verstehen und in den Jahren ihrer Wirksamkeit in der Partei auch parlamentarisch verstanden haben. Diese „wilden Männer“ enthüllen durch ihr plötzliches Schreien über diese Losung nicht nur ihre Unklarheit, sondern auch ihren Opportunismus. Die übrigen aber (Urbahns, Ruth Fischer, Weber), die diese Parole noch verwenden wollen, haben durch ihre bisherige Stellung bewiesen, daß sie dies ebenfalls nur aus Opportunitätsgründen, als taktisches Manöver usw. tun, Es wird später noch Gelegenheit sein, diese Frage zu behandeln.

Noch eine letzte Konsequenz bleibt zu erwähnen, zu der die eng ökonomische Auffassung, die völlige Ignoranz den politischen Formen und Aufgaben des Klassenkampfes gegenüber führt: das ist die Stellung der Ultralinken zu Sowjetrußland. Diese gegenrevolutionäre Stellung, die wiederum den Ultralinken und den Sozialdemo-[267]kraten gemeinsam ist, hat, ideologisch betrachtet, eine Wurzel in der falschen, ökonomistisch beschränkten Auffassung der Revolution. Die Ultralinken verwechseln (siehe Katz und besonders Korsch-Schwarz, ihr erstes Fraktionsrundschreiben, wo sie gegen Z. Leder polemisieren) die äußeren Tatsachen der Betriebsleitung, der Ausmerzung von Lässigkeit und Oberflächlichkeit bei der Arbeit usw. mit Kapitalismus und predigen dabei „Klassenkampf“ – gegen die Sowjetmacht. (Sie werden so notwendig auch zu denselben politischen Konsequenzen gelangen wie Kautsky.) Leute, deren Vorstellung vom Klassenkampf über den Rahmen der ökonomischen Beziehungen, Arbeiter – Unternehmer, nicht wesentlich hinausreicht, die das Problem der revolutionären Politik (d. h. des Staates, der Diktatur des Proletariats) zu kapieren überhaupt nicht in der Lage sind, können sich natürlich nicht vorstellen, wie das Proletariat und die Bauernschaft, obwohl ökonomisch mit verschiedenen, ja in gewissen Grenzen gegensätzlichen Interessen, ein politisches Bündnis schließen können.

Damit aber sind wir schon beim nächsten Punkt angelangt.

b) Die Theorie der reinen proletarischen Revolution

Das Unverständnis des Problems der anderen Klassen, die falschen Beziehungen zum Kleinbürgertum und zur Bauernschaft sind sowohl der alten Rechten wie der alten Linken auch gemeinsam. Es ist eigentlich nur die andere Seite der ökonomischen Beschränkung. Man könnte Dutzende von Beweisen dafür bringen und eine gründliche Parteigeschichte wird sie bringen müssen. In dieser Unfähigkeit der KPD, eine richtige revolutionäre Bündnispolitik gegen die Bourgeoisie zu machen, liegt einer der tiefsten Gründe der schweren Lage, in der sich die Revolution des Jahres 1923 befand, die Erklärung für die große Macht des Faschismus, aus der weder die „Rechte“ noch die „Linke“ einen richtigen Ausweg wußte. Bezeichnend ist, daß dann die Schlageterei, die ein überstürzter, rein von der Führung ausgehender, die Massen des Kleinbürgertums nicht berührender, aber die Arbeiter verwirrender Versuch war, diese Fragen zu lösen, sowohl von Brandler wie von Ruth Fischer betrieben und übertrieben wurde. Praktisch haben die Brandler-Gruppe im Jahre 1923, die Gruppe Fischer-Maslow bei der Hindenburg-Wahl ihr Unverständnis der revolutionären Bündnispolitik bewiesen.

Die theoretische Wurzel dieser Einstellung aber liegt in der falschen zünftlerischen Einstellung der Zweiten Internationale. Sie ist auch heute sowohl den Rechten wie den Linken gemeinsam. Wiederum zwei Beispiele: Korsch verurteilt in seinem Fraktionsblatt „Kommunistische (?) Politik (?)“ nicht nur die gegenwärtige Politik der russischen Partei den Mittelbauern gegenüber als opportunistisch (wie Saupe), sondern er versucht dies auch „theoretisch“ zu begründen. Wir werden bei einem der nächsten Abschnitte darauf eingehen. Es ist der alte Standpunkt der „reinen“ proletarischen Revolution, der die Wurzel fast aller taktischen Abweichungen vom Marxismus darstellt.

Nun aber die Kehrseite! Gleichzeitig verfaßt Genosse Duncker ein Material zur Instruktion für Kursuslehrer, in dem bei der Aufstellung der Klassenschichtung der Gesellschaft das Kleinbürgertum völlig vergessen ist, nur ein Teil, die Kleinbauern, unter dem „Halbproletariat“ figurieren. In einem zu gleicher Zeit von Berlin herausgegebenen Material zu einem Kursus über Leninismus, das aus der Feder eines früher rechten Genossen stammt, heißt es ebenfalls direkt, daß das Proletariat im Bündnis

nur mit den halbproletarischen Schichten die Revolution „durchführt und aufrecht erhält". Das Kleinbürgertum bzw. die Mittelbauernschaft wird vergessen, und [268] dies in einem Moment, wo gerade diese Frage auf dem XIV. Parteitag der KPR eine entscheidende Rolle spielt. Es liegt uns fern, hier von einer bewußten Rechtstendenz oder Durchkreuzung der Politik der Partei zu sprechen. Wohl aber muß gesagt werden, daß hier theoretische Überbleibsel der Zweiten Internationale vorhanden sind, die die Grundlagen sowohl der rechten wie der linken Abweichungen bilden. Auch Korsch schreibt ausdrücklich nur von den „proletarischen und halbproletarischen Elementen als Bundesgenossen des Proletariats. Er rechnet dann ganz konsequent (wie die Sozialdemokraten) den Mitteibauer zur Dorfbourgeoisie, fordert seine „Bekämpfung mit den Mitteln des Klassenkampfes" (siehe seine „Resolution zur Politik und Taktik der Komintern" und „Skizze einer Resolution für Bezirksparteitage"). In dem letzteren Dokument heißt es:

„Das Ergebnis des XIV. Parteitags der KPR war der Beginn einer grundlegenden Umstellung der russischen Ökonomie und Politik auf den besitzenden, kapitalistisch wirtschaftenden Mittelbauern, der vom Kulaken nur schwer unterschieden werden kann ..."

Dann rügt Korsch bloß die „mechanische Übertragung dieser Politik auf die deutschen Verhältnisse". Das ist von seinem Standpunkt zwar ein kleiner Opportunismus (für die Bezirksparteitage nötig!), aber gerade recht, daß es – Genosse Weber abschreibt. Dieser sagt in seiner Erklärung zu den Ergebnissen der Erweiterten Exekutive:

„... falsche, schematische Übertragung der Parole des XIV. Parteitags der KPR, ‚Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern', auf Deutschland unter Leugnung der Klassendifferenzierung auf dem Lande."

Nehmen wir ad notam, daß Weber hier (wie er und Urbahns in allen anderen Fragen) nur ein Hampelmann der Korsch-Katz ist, und daß er einen solch offensichtlichen, aber zweckmäßigen Unsinn nachplappert, daß diese Parole, „Bündnis der Arbeiter und der Bauern", eine der ältesten Parolen des Bolschewismus, erst auf dem XIV. Parteitag ausgegeben wurde. Dennoch sagt er in seinem Nachsatz nach einem alten Sprichwort Korsch eine sehr derbe Wahrheit, freilich ohne es zu merken. Wer leugnet die Klassendifferenzierung auf dem Lande, Genosse Weber: das deutsche und russische ZK, die in allen Dokumenten scharf unterscheiden zwischen Landarbeitern, Kleinbauern, Mittelbauern und Großbauern (Kulaki, oder Korsch, der unwissend und frech erklärt, daß Kulaki und Mittelbauern „nur schwer unterschieden werden" können?

Wir werden sehen, daß dasselbe Unverständnis der Bauernpolitik der russischen Partei eine weitere Wurzel des Antibolschewismus, sowohl bei Saupe als auch bei Korsch und Katz, darstellt. Auch in den Konsequenzen stehen diese Leute auf einem Boden. Auch sie verlangen einen „Eingriff" in die Politik der Sowjetunion, und zwar der „westeuropäischen Parteien" (siehe das erste Rundschreiben der Korsch-Gruppe, in dem diese Forderung Bordigas aufgegriffen, aber durch den ganzen Charakter dieses Dokuments eindeutig und offen antibolschewistisch „konkretisiert" wird). Man weiß, daß auch Kautsky so begonnen hat, bevor er bei den Weißgardisten landete.

c) Die Betrachtung der Diktatur bloß als Apparat

Es ist klar, daß bei der Beschränkung auf den ökonomischen Kampf oder hauptsächlich auf diesen, bei dem Unverständnis der Klassen fragen und der Notwendigkeit des Bündnisses des Proletariats mit allen ausgebeuteten Klassen, die Frage der Diktatur des Proletariats zu einer Frage der Aufrichtung eines bloßen Apparats der Herrschaft wird. Schon Marx hat [269] an dem Gothaer Programmentwurf kritisiert, daß seine Verfasser unter Staat bloß die Regierungsmaschinerie verstanden (siehe Randglossen Viva S. 33). Hier finden wir in der Tat wiederum einen Berührungspunkt der reformistischen und der anarchistischen (wie auch der rein blanquistischen) Auffassung des Staates und der daraus folgenden Taktik. Ist der Staat überhaupt ein bloßer Apparat, dann scheint es von der Stellung zu den einzelnen Klassen unabhängig zu sein, ob man a) diesen Apparat, wie er heute besteht, bloß reformieren will, so daß er besser wird, b) selbst durch mechanischen Sturz einen besseren bauen will oder c) einen solchen Apparat überhaupt für unnötig hält und ihn daher gleich „abschafft".

Nehmen wir ein Beispiel aus der Parteigeschichte: die Fehler Brandlers, der den demokratischen Apparat zur Aufrichtung der Diktatur benützen, andererseits die Maslows, der ihn vor der Aufrichtung der proletarischen Diktatur zerstören wollte; ihre Wurzel ist dieselbe. Ist das erste eine Abweichung zum Reformismus, so das zweite eine halb anarchistische Stellung.

Da den Abweichungen nach beiden Seiten eine gemeinsame Wurzel, nämlich die Stellung der Staatsfrage als bloße Apparatfrage, und keine wirklich klare Erkenntnis der Klassenbasis des Staates, sowohl des bürgerlichen wie des proletarischen, zugrunde liegt, sind sehr überraschende Stellungswechsel häufig. Ein sehr gutes Beispiel ist die Stellung der alten USPD zum „Rätesystem". Jeder, selbst Hilferding, war für das „System", eine Zeitlang wollte man es mit dem parlamentarischen „System" kreuzen, dann warf man es ohne viel Aufhebens in den Papierkorb. Ebenso findet sich heute in den Anschauungen und Dokumenten der verschiedenen „linken" Richtungen in der Partei, denen die gleiche grundsätzlich unmarxistische Stellung zum Problem des Staates gemeinsam ist, oft ein friedliches Nebeneinander von halbanarchistischen und halbreformistischen Elementen. Ein neueres Beispiel: In der Erklärung der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer „Zur Lage und den Aufgaben der KPD", abgegeben in der Sitzung der Erweiterten Exekutive, heißt es unter den taktischen Aufgaben der KPD an erster Stelle:

„Entwicklung und Ausarbeitung der Fürstenenteignungskampagne zu einer allgemeinen Massenbewegung gegen die Monarchisten überhaupt, insbesondere den monarchistischen Verwaltungsapparat, und gegen die Versuche der Bourgeoisie, durch Verwaltungsänderungen die Rechte des Proletariats noch weiter einzuengen."

Dies ist nicht mehr und nicht weniger als die Stellung der SPD zur Fürstenenteignungskampagne. Freilich, dies geben, wir Ruth Fischer-Urbahns zu: der linken SPD. Die Kommunistische Partei entwickelt die Fürstenenteignungskampagne im Gegensatz dazu zu einer allgemeinen Massenbewegung gegen die monarchistische und republikanische Bourgeoisie. Sie sieht ihre Aufgabe nicht bloß in einer armseligen Säuberung des Verwaltungsapparats und dem Schutz der Weimarer Verfassung, sondern in der Sammlung und Organisierung des Proletariats zum Kampf, im Losreißen der breiten kleinbürgerlichen Massen des Landes und der Städte von der Reaktion, ihrem Übertritt auf die Seite des Proletariats, der Verwirklichung der Führung des Proletariats über diese Schichten.

Dieselben Fehler, dasselbe Gemengsel anarchistischer und reformistischer Gedankenelemente findet sich auch bei Weber (darüber später), bei Korsch und Katz.

Der Unterschied ist nur der, daß Katz in dieser Frage nicht auf dem Standpunkt der linken, sondern der rechten SPD steht. Wenn Nörpel [270] vom ADGB sagt: „Der Volksentscheid ist Kohl" und Katz schreit: „Der Volksentscheid ist Schwindel", – so ist das nicht nur dasselbe, d. h. Ablenkung der Massen von der konkreten revolutionären Aktion im Interesse der Bourgeoisie, sondern entspringt auch derselben theoretischen Wurzel: der ökonomistisch beschränkten Auffassung vom Klassenkampf*).

Theoretische Rudimente der falschen Auffassung der Diktatur bzw. des Staates überhaupt als eines bloßen Apparats finden wir andererseits wieder in dem Kursusmaterial „Die politische Unterdrückung" von Genossen Ernst Meyer, wo die Notwendigkeit des Staates bloß technisch begründet wird als Notwendigkeit einer „öffentlichen Gewalt" infolge der Unmöglichkeit der allgemeinen Volksbewaffnung in der Klassengesellschaft. Abgesehen davon, daß letzteres unrichtig, daß die „allgemeine Volksbewaffnung" in der bürgerlichen Revolution schon verwirklicht worden ist, weil auch der Begriff „Volk" in der bürgerlichen Revolution ein Klassenbündnis ausdrückt und keine „Volksgemeinschaft" – darf die Notwendigkeit des Staates nicht nur sekundär und technisch, sie muß vor allem primär und politisch begründet werden durch die unmittelbare Existenz der Klassen selbst und die Unterstützung der einen durch die andere.

*) Katz geht übrigens noch weiter. Er sagt: „Warum sollen nur den paar Fürsten (!) die Paläste, Güter, Waldungen genommen werden? Warum?" Und schlägt vor, auch die Börsenhyänen, die Kriegsgewinnler und „Kapitalisten überhaupt" zu enteignen (Nr. 1 seines „Mitteilungsblatts"). Das ist nicht nur im Ton, sondern auch in der Sache ein Eintreten für die Fürsten und deckt sich bis auf die Stellung der „Ostjudenfrage" völlig mit dem Manöver der Völkischen im Reichstag.

Aber auch in der Zeit nach Aufrichtung der Diktatur besteht das Problem, bestehen die Fehler, die aus der abstrakten Auffassung des Staates folgen, weiter. Es ist erinnerlich, daß ein Fehlet Trotzkis bei der Einführung der neuen ökonomischen Politik eben darin bestand, daß er die Diktatur des Proletariats, deren Klassenbasis infolge der Ruinierung der Bauernwirtschaft durch den Kriegskommunismus zu wanken begann, durch bloße Erhöhung der Militarisierung und Verbesserung des Apparats wieder festigen wollte. 1924 zeigten sich bei den Trotzkisten Abweichungen in der entgegengesetzten Richtung. Die Wurzel war dieselbe.

Genosse Stalin sagt in seiner Broschüre „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“ gegen solche Abweichungen:

„Die Diktatur des Proletariats ist keine einfache Regierungsspitze, die ‚geschickt‘ durch die sorgfältige Hand eines ‚erfahrenen Strategen ‚auserlesen‘ und sich auf diese oder andere Schichten der Bevölkerung in vernünftiger Weise stützt. Die Diktatur des Proletariats ist ein Klassenbündnis des Proletariats und der werktätigen Massen der Bauernschaft zum Sturz des Kapitals und zum endgültigen Siege des Sozialismus unter der Bedingung, daß die führende Kraft dieses Bündnisses das Proletariat ist.“

Damit aber kommen wir zu dem Begriff, dessen Fehlen für alle die aufgezählten Fehler charakteristisch ist und der die richtige Stellung des Leninismus, die Verbindung des revolutionären Tageskampfes mit dem Ziele der Diktatur des Proletariats, konkret herstellt. Das ist die Hegemonie des Proletariats.

Die Hegemonie des Proletariats

Die Idee der Hegemonie des Proletariats ist in allen ihren Elementen schon bei Marx enthalten. Sie wurde neu formuliert und weitergebildet von der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, und zwar dem bolschewistischen Flügel, in den Jahren 1900–1905, die der ersten Revolution vor-[271]angingen. Zuerst im Kampf gegen die Ökonomisten, die den Kampf der Arbeiter bloß auf ökonomische Forderungen beschränkten: die politische Rolle des Proletariats wurde herausgearbeitet. Dann im Kampf gegen ihre Nachkommen, die Menschewiki, und zwar erstens in der Frage der führenden Kraft der Revolution und der Rolle der Bauernschaft, zweitens in der Frage der provisorischen revolutionären Regierung. Die Menschewiki wollten ein Bündnis der Arbeiter mit den Liberalen, unter Führung der Liberalen; die Bauernschaft sollte weiter schlafen. Lenin aber wollte auch die Millionenmassen der Bauern in die Revolution hineinziehen, unter die Führung der Arbeiterklasse bringen, zum Kampf gegen den Zarismus, den Großgrundbesitz und die liberale Bourgeoisie. Die Menschewiki dachten nicht an eine revolutionäre Diktatur. Lenin aber sah vom Standpunkt des Arbeiter- und Bauernbündnisses die Revolution ganz anders, er stellte dem Proletariat die Aufgabe, mit der Bauernschaft zusammen eine revolutionär-demokratische Diktatur zu errichten, um alle Überreste des Feudalismus und der Leibeigenschaft zu beseitigen, zuerst die demokratische Revolution durchzuführen, auch gegen die Bourgeoisie, dann aber die proletarische Revolution in Rußland und Europa vorzubereiten und Asien aufzurütteln. Lenin vertrat die Hegemonie des Proletariats auch in der bürgerlichen Revolution.

In diesen Lehren der Revolution von 1905, im konkreten Begreifen des Übergangs von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution liegt der Schlüssel für die konsequente und richtige Taktik der Bolschewiki in der proletarischen Revolution des Jahres 1917 und seither. Wir haben gesehen, daß alle Fehler, die die westeuropäischen Parteien der Komintern, besonders die KPD, von Anfang an gemacht haben, also die ökonomische Beschränkung der revolutionären Arbeit, das Unverständnis der Rolle der kleinbürgerlichen Schichten und das abstrakte Begreifen des Staates als eines bloßen Apparats (dieser letztere Fehler steckte in der Stellung der Menschewiki zur revolutionär-demokratischen Diktatur), daß alle diese Fehler von den Bolschewiki bereits in der Vorbereitung der ersten bürgerlichen Revolution richtig erkannt und überwunden worden sind. Die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats, seine Organisierung und Erziehung zur herrschenden Klasse, seine Führung über die Bauernschaft, war der Inhalt der revolutionären Arbeit des Bolschewismus, sie war die konkrete praktische Verbindung zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution In Westeuropa, wo die bürgerlichen Revolutionen zum Teil vor einem oder mehreren Jahrhunderten, zum

Teil vor vielen Jahrzehnten stattgefunden haben, in Zeiten, wo zum Teil überhaupt kein Proletariat oder nur ein sehr schwaches Proletariat bestand, war die Tradition der proletarischen Hegemonie entweder überhaupt nicht vorhanden wie in Frankreich, wo es bloß die Tradition der äußeren Form der revolutionären Arbeit, vom Jakobinismus her, gab, oder sehr schwach, und sie riß bald ab (wie in Deutschland, wo die revolutionär-demokratische Politik von Marx und Engels gegen die Bismarcksche Revolution von oben in W. Liebknecht und zum Teil Bebel die letzten Ausläufer hatte). Daher ist in Westeuropa, für die Zweite Internationale, der Begriff der revolutionären Arbeit, der Verbindung der Tagesarbeit mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats, v o l l k o m m e n verloren gegangen, schon bevor das Ziel selbst verloren ging. Die Tagesarbeit in den Massen trug mehr und mehr einen ökonomisch-gewerkschaftlichen Charakter, die Politik daher einen bloß bürgerlich-parlamentarischen. Ansätze zu revolutionären Aktionen glitten leicht in den Syndikalismus aus und wurden auch oft unberechtigterweise als Syndikalismus verketzert. Von größter Bedeutung waren die nach der Revolution von 1905 einsetzenden [272] Debatten über den Massenstreik, aber zu einem wirklichen Verständnis der russischen Revolution oder gar zu einer richtigen Anwendung ihrer Lehren auf Westeuropa ist man damals nicht gekommen. Auch die fortgeschrittensten Vertreter des Marxismus in Deutschland (wie die Linke um Rosa Luxemburg) sind bloß zu einem Appell an die Spontaneität der Massen gelangt, aber zugleich zu einer falschen Gegenüberstellung dieser Spontaneität und der organisierenden Partei. „Massen“ ist damals noch ein abstrakter Begriff ohne klare Scheidung der Rolle der verschiedenen Klassen und vor allem ohne Herausarbeitung der führenden Rolle des Proletariats.

Die ersten Jahre der KPD standen noch völlig unter dem Einfluß dieser Theorie vom spontanen Kampf der revolutionären Massen. Die Bündnispolitik der Bolschewiki, ein wichtiges Element der proletarischen Hegemonie, wurde als eine mehr oder minder r u s s i s c h e Erscheinung betrachtet. Man kam gar nicht auf die Idee, dasselbe Problem in Deutschland zu stellen, dem „hochindustriellen“ Deutschland. Die Beschlüsse und Thesen der Komintern, die diese Frage aufwarf en, so die Agrarthesen Lenins, die der II. Kongreß angenommen hatte, blieben auf dem Papier oder wurden als eine rein agrarische Ressortangelegenheit behandelt. 1923 versuchte man im letzten Moment das Problem mehr oder minder bewußt zu stellen, so wie man seit jeher die Frage der Mittelschichten bei Reichstagswahlen gestellt hatte. Man geriet aber bloß in eine unrichtige nationale Terminologie hinein. („Das Proletariat als Retter der Nation“ usw.) Es fehlte noch das Bewußtsein von der Möglichkeit einer revolutionären Rolle der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten gegen die Bourgeoisie. Man stellte das Problem der Führerrolle des Proletariats daher fast lediglich auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Verteidigung gegen den französischen Imperialismus, und geriet dadurch in gefährliche Parallelen zum Faschismus[*)].

Nach dem Frankfurter Parteitag wurde die Sache nicht besser. Im Gegenteil. Wenn vorher sozialdemokratische, so wurden jetzt syndikalistische Fehler gemacht. Die Kritik dieser beiden Perioden vom Standpunkt der Hegemonie des Proletariats ist zum Teil schon versucht worden. Erst im Gefolge der Lehren aus der Hindenburg-Wahl wird die Frage der proletarischen Hegemonie berührt, d. h. es wird das Wort in Resolutionen hineingeschrieben. Es ist die Zeit der Bolschewisierung mit dem Munde.

Die Basis für eine wirkliche, konkrete Stellung des Problems (d. h. Stellung in den Massen) gab erst der Ekki-Brief. Die Kampagne zur Fürstenenteignung war das erste p r a k t i s c h e Exempel. T h e o r e t i s c h aber hat die Partei im allgemeinen die Frage noch zu wenig beachtet, zu wenig allgemein propagiert und zu wenig konkret gestellt. Es wurden und werden in der letzten Zeit verschiedene Fehler gemacht. Die wichtigsten sind folgende:

E r s t e n s die Auffassung der Hegemonie des Proletariats als eines „Prinzips“ (populär ausgedrückt: des Prinzips, daß die Arbeiter „immer zuerst drankommen“) und nicht einer Aufgabe, die v e r w i r k l i c h t werden muß, gegenwärtig der zentralen Aufgabe der KP.

*) Ähnliche kleinbürgerlich-nationalistische Abweichungen wiederholten sich zur Zeit des Dawes-Pakts (von links diesmal), ja bis Locarno. Bezeichnenderweise waren auch dabei die Ultralinken in Front (Katz. Vergl. ferner z. B. die damals ultralinks geleitete „Neue Zeitung“, Jena, anläßlich des Locarnovertrags die Versuche, das Marxsche Wort „Volksrevolution“ nationalistisch zu deuten usw.

Ein zweiter Fehler ist die Stellung des Problems als Frage der Gewinnung von Mitläufern für die Partei bei Wahlen usw. Diese Stellung [273] unterscheidet sich nicht sehr viel vom sozialdemokratischen Wählerstandpunkt. Die Hegemonie des Proletariats verwirklichen heißt nicht, kleinbürgerliche Wähler für die Partei gewinnen, sondern dem Proletariat, dem einzelnen Arbeiter wie der ganzen Klasse helfen, sie erziehen, die übrigen Werktätigen praktisch zu führen.

Ein dritter Fehler, der auch in der Trotzki-Debatte gemacht wurde und den Genosse Stalin im Vorwort seiner Schriftensammlung kritisiert (siehe „Inprekorr" Nr. 28 vom 22. Februar 1926), ist die Identifizierung des Problems der Hegemonie mit dem Problem der Bauernschaft, dem Agrarproblem. Daraus ergeben sich zwei Abweichungen: entweder wird die Frage der proletarischen Hegemonie als agrarische Ressortfrage nebenher erledigt, oder es wird umgekehrt die Bauernfrage zur Hauptfrage der proletarischen Revolution erklärt. (Diese Abweichung stellt Genosse Stalin fest.) Aber nicht die Bauernfrage ist die Grundfrage des Leninismus, sondern die Frage der Diktatur des Proletariats, deren Basis eben die Erziehung des Proletariats zum Führer aller Werktätigen bildet. Die Erklärung der Bauernfrage zur Grundfrage des Leninismus bildet den Ansatzpunkt zu der falschen national-russischen Ausdeutung des Leninismus, sie ist unrichtig.

Ein ähnlicher Fehler, in viel vergröberter Form, wurde und wird auch in unserer Partei gemacht. Der Fehler der „Bolschewisierung mit dem Munde" durch die Gruppe Fischer-Maslow lag nicht nur in der abstrakten und opportunistischen Stellung der Frage des Bündnisses mit den kleinbürgerlichen Schichten über den Kopf des Proletariats hinweg (in der sogenannten „Volksblocktheorie", über die wir noch sprechen werden), sondern auch in einer, nach jahrelangem zünftlerischen Übersehen des Problems, plötzlich auftretenden Überschätzung der kleinbürgerlichen Massen. (Vergl. z. B. Maslows Einleitung und Kommentar zu seiner Ausgabe der „Kinderkrankheiten", wo er das „kleinbürgerliche Element" und die Kompromisse mit ihm in den Mittelpunkt des Leninismus stellt.) Diese Abweichungen, die in der Partei auch heute noch in praktischen Fragen oft nachklingen[*)], haben ihre Wurzel in dem mangelnden Glauben an die Kraft der proletarischen Massen.

Aber auch heute wird das Problem der Hegemonie des Proletariats meist noch nicht in Verbindung mit der Frage der Eroberung der Mehrheit des Proletariats verstanden und gestellt, ja öfters im Gegensatz dazu. In der Tat aber schließt die Hegemonie des Proletariats als der konkrete Weg zur Diktatur die Frage der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die KP in sich ein.

Endlich wollen wir noch ein kindisches und unaufrichtiges „theoretisches" Manöver zurückweisen, das Professor Korsch versucht. Korsch hat an schön klingenden Worten Gefallen, was die ulkige Häufung von „revolutionär", „proletarisch" und „kommunistisch" in seinen Dokumenten beweist. Auch [274] das klangvolle Wort „Hegemonie" gefällt ihm, er verwendet es und versucht obendrein sogar, im Namen dieser „Hegemonie des Proletariats", also einer alten bolschewistischen Parole, gegen – die Bauernpolitik der Bolschewiki zu polemisieren, die eines ihrer wichtigsten Elemente darstellt. Korsch wendet sich (siehe seine „Kommunistische Politik" Nr. 2) gegen die „Koordinierung" der revolutionären Bewegungen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft mit dem Klassenkampf des Proletariats. Dabei ist er offenbar zu feige, gegen Marx zu polemisieren, der den Sieg der proletarischen Revolution erwartete von dem Zusammentreffen einer proletarischen Revolution in den Städten und einer Neuauflage des Bauernkriegs, zu feige, gegen Lenin zu polemisieren, dessen Schriften und Reden wie ein roter Faden der Gedanke des Bündnisses mit der Bauernschaft durchzieht. Der Bauernschaft, nicht nur der Dorfarmut; diese war nur in der Etappe der unmittelbaren Machtergreifung des Herbstes 1917 und Frühjahrs 1918 der einzige Stützpunkt des städtischen Proletariats auf dem

[*)] Z. B. wenn die „Rußlandfreundschaft" der Deutschnationalen mit der „Rebellion der ehrlich mit Sowjetrußland sympathisierenden Kleinbürgermassen" erklärt wird. In der Tat sind es natürlich die Pläne der konsequentesten Imperialisten, auf dem Rücken Rußlands imperialistische Geschäfte zu machen (eine Sache, auf die wir vor den Arbeitern sehr deutlich hinweisen müssen), die diese „Freundschaft" erklären. Gewisse Sympathien sind in den kleinbürgerlichen Wählern der Deutschnationalen wohl vorhanden, doch sie sind nicht im entferntesten die Ursache der Stellung der DNVP. Die obige falsche Erklärung verwischt nicht nur diese Tatsache, sondern läßt zugleich die Kleinbürger als sowjetfreundlicher erscheinen als die SPD-Arbeiter, die einen ähnlichen „Erfolg" bei ihrer Parteileitung noch nicht erzielt haben: natürlich ein völliger Unsinn.

Lande; notgedrungen, weil erst im Sommer 1918 die eigentliche Agrarrevolution vor sich ging. Korsch ist also zu feige, sich mit diesen Tatsachen auseinanderzusetzen. Dafür versucht er etwas zu beweisen durch eine ebenso lächerliche wie pedantisch-professorale Wortklauberei; er stützt sich auf das Wort „Koordinierung“. Wo er das aufgegabelt, ist uns unbekannt. In den Formulierungen der Komintern ist es unseres Wissens bisher nicht verwendet worden. Aber es ist an sich keineswegs f a l s c h. In der seinem Papierchen angefügten, zum Teil überflüssigen, zum Teil falschen „Sinnerklärung der Fremdwörter“ erklärt er nun mit weiser Miene Koordinierung Gleichstellung. Durch „Gleichstellung“ des Proletariats mit der Bauernschaft aber „wird die Hegemonie (Führung) des Proletariats aufgehoben“.

So Korsch. Man ist zuerst versucht, zu staunen. Hat Korsch nicht, wie wir oben gesehen haben, gegen ein Bündnis mit den Mittelbauern und den kleinbürgerlichen Schichten protestiert, sie mit den Kulaken zusammengeworfen, den Klassenkampf gegen sie verlangt im Bündnis nur mit den h a l b p r o l e t a r i s c h e n Elementen? Jetzt soll sie das Proletariat doch wieder „führen“! Und wobei? Scheinbar im Klassenkampf gegen sie selbst. Was versteht Korsch eigentlich unter „Führung“, wie stellt er sich diese Führung vor ohne ein Bündnis in gewissen wichtigen Fragen? Aber man soll nicht staunen. Korsch beweist hier nur wieder, daß er ein Phraseur ist, der sich bei seinen Worten nichts denkt. Um seine Blamage voll zu machen, stellt sich aber auch die „Sinnerklärung“ des Fremdworts „Koordinierung“, auf die er seine leichtfertige Polemik aufbaut, als falsch heraus. Für jeden, der ein wenig Latein versteht, heißt Koordinierung Z u o r d n u n g also p r a k t i s c h e Verbindung und nicht b e g r i f f l i c h e Gleichsetzung. Die Übersetzung „Gleichsetzung“ ist durch abstrakte Verdrehung gewonnen, freilich eine Methode, die Korsch zu liegen scheint.

Aber nun Schluß mit diesen Widerwärtigkeiten!

*

Die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats als die Aufgabe der KP schließt ein:

1. die gewerkschaftliche Organisation, den rücksichtslosen wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen das Kapital;

2. die praktische Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront;

3. das praktische Bündnis mit den ausgebeuteten Schichten des Halbproletariats, des K l e i n b ü r g e r t u m s und der werktätigen B a u e r n s c h a f t (auch M i t t e l b a u e r n); [275]

4. die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für die Kommunistische Partei;

5. die Erziehung des Proletariats selbst zur herrschenden Klasse durch Arbeit der Partei an sich selbst und Heranziehung der Arbeitermassen an die Vorhut.

Die V e r w i r k l i c h u n g der Hegemonie des Proletariats ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, die i m m e r steht, auch in der tiefsten revolutionären Windstille. Sie ist die Leitlinie und der konkrete Weg zur Diktatur des Proletariats. In revolutionären Situationen geht sie über in die Aufgabe der unmittelbaren Errichtung der Diktatur, die Schaffung der Sowjets, ihre Eroberung, die Vorbereitung und Leitung des bewaffneten Aufstandes, den Aufbau des proletarischen Staates usw. Aber die Hegemonie der Arbeiter, der Massen selbst über die Massen der übrigen Ausgebeuteten bleibt auch dann noch die Grundlage der Diktatur.

Die bloße Anerkennung der Diktatur des Proletariats in W o r t e n genügt heute nicht mehr, um wirklich als Leninist anerkannt zu werden, um die Aufgaben der Kommunistischen Partei zu verstehen und zu verwirklichen. Es muß hinzukommen das Verständnis des konkreten Weges zur proletarischen Diktatur, die Anerkennung der Aufgaben der Verwirklichung der proletarischen Hegemonie. Bisher hatten wir es im allgemeinen noch wenig verstanden, die Diktatur als Ziel für die ganze Klasse praktisch in der Gegenwart zu stellen, die Klasse auf den konkreten Weg zu diesem Ziel zu führen. Meist sind wir bloß für eine „Idee“ agitieren gegangen, wir haben die Frage viel zu eng, bloß als Parteifrage gestellt. Die bloße Eroberung der Mehrheit einerseits, die abstrakte „Rolle der Partei“ andererseits waren Feldgeschrei der Partei. Man kann aber nicht die Mehrheit des Proletariats erobern, ohne ihm

als Klasse praktisch Aufgaben zu stellen, die über die täglichen Betriebskleinigkeiten hinausgehen, es mit Selbstbewußtsein und Kraft erfüllen. Und man kann auch nicht die Rolle der Partei begreifen oder gar verwirklichen, ohne die Rolle des Proletariats zu begreifen, ohne an sie felsenfest zu glauben. Die alte rechte Führung der Partei hat in ihrem Aberglauben an die Spontaneität der Massen versäumt, dem Proletariat als Klasse konkrete politische Aufgaben zu stellen. Sie hat damit die Rolle der Partei liquidiert. Aber auch die „linke“ Führung unter Ruth Fischer hat es versäumt, auch sie hat die Rolle der Partei liquidiert infolge ihres Unglaubens an die Massen, der das viele Reden von der Rolle der Partei zu einem bloßen Wortgerassel machte.

Daher hatte man es auch nie verstanden,

1. die Partei als Trägerin und Vollstreckerin der politischen Aufgaben der ganzen Klasse arbeiten zu lassen,

2. konkrete Klassenstrategie zu treiben, die Rolle und die Bewegungen aller Klassen in die eigene Aktion einzukalkulieren.

Nur so ist aber eine konsequente und richtige Einheitsfronttaktik möglich. Das hat die Aktion für das Volksbegehren bewiesen.

Es muß die Aufgabe der Partei sein, in der nächsten Zeit ideologisch, propagandistisch die Frage der Hegemonie des Proletariats mehr als bisher vor der Arbeiterklasse zu stellen. Denn gerade im konkreten Verstehen der Aufgabe der Verwirklichung der proletarischen Hegemonie als Weg und Grundlage der Diktatur des Proletariats liegt der fundamentale Unterschied der täglichen praktischen Politik der KP sowohl von der Sozialdemokratie (auch der linken) wie von den Syndikalisten und den halbanarchistischen Kleinbürgern der KAPD, der Katz- und Korsch-Gruppe.

[276] Wir sind bisher notwendigerweise ziemlich summarisch verfahren, um die gemeinsamen Wurzeln aller Abweichungen von der Linie der KP aufzuzeigen. Auf die besonderen Marotten der einzelnen Grüppchen ist nicht näher eingegangen worden. Das ist in der bisherigen Weise auch nicht mehr nötig. In den folgenden Artikeln sollen nicht die schon zur Genüge in der Presse erörterten Abweichungen der einzelnen Fraktionen weiter breitgetreten und nach einem tieferen Sinn durchforscht werden, sondern wir werden umgekehrt diese Abweichungen und auch ihre besonderen Unterschiede entwickeln aus der Analyse der ökonomischen und historischen Wurzeln der einzelnen Richtungen rechts und „links“ vom Marxismus in der Arbeiterbewegung, ihrer Geschichte.

(Fortsetzung folgt)

*

Heimarbeit und Gewerkschaftsbewegung

Von Maria Seyring

(Schluß)

4. Die sozialen Voraussetzungen der Heimarbeit

Die Voraussetzungen dafür, daß es dem Kapital gelingt, die mangelhafte Kapitalkraft, die Raummiete, das Risiko der Saison, die durch die Mode bedingten sprunghaften Umstellungen abzuwälzen, die technischen Schwächen durch niedrige Löhne, die mangelhaften Verkehrsmittel durch unbezahlten Transport durch die Heimarbeiter auszugleichen, – ist ein unerschöpfliches Reservoir billiger und williger Arbeitskräfte.

In fast allen kapitalistischen Ländern gibt es typische Heimarbeitergegenden, deren Gesamtbevölkerung seit Generationen Heimarbeiter sind. Diese Gegenden, ob sie in Bulgarien oder der Tschechoslovakei, in Frankreich oder in Deutschland gelegen sind, haben eins gemeinsam: sie sind ausgesprochen „arme“ Landstriche. Die Ursache ihres Elends ist zunächst nicht die Heimarbeit, sondern entweder die Unfruchtbarkeit des Bodens, die weite Entfernung von den großen Verkehrswegen, wie im Erzgebirge, im Schwarzwald und anderswo, andererseits die durch frühere Agrarreform oder durch die ökonomische Übermacht des Großbauern und Großgrundbesitzers so stark verkleinerten und überschuldeten Bauernstellen, daß ohne Nebenerwerb der nackte Hunger vor der Tür steht. Hier war

und ist das beste Rekrutierungsfeld der Schwitzarbeit, hier finden wir noch heute Stundenlöhne von 3 und 4 Pf., wie sie die Heimarbeitsausstellung im Frühjahr 1925 auswies. Aus den Großstädten, die selbst ein Heer von arbeitsuchenden Heimarbeitern haben, wird dieser niedrigen Lohnquote willen ein gut Teil der Heimarbeit in solche – wenn auch entfernte – Elendsgegenden verschickt.

Die Massen der großstädtischen Heimarbeiter wiederum setzen sich zusammen aus den verschiedensten Schichten:

Z u e r s t und vor allem aus Arbeiterfrauen, Frauen der Kurzarbeiter, Frauen der Vollarbeiter, deren Lohn für die Familie nicht ausreicht.

Z w e i t e n s aus Witwen oder Frauen von Invaliden.

D r i t t e n s aus sogenannten „halben Kräften“, das heißt solchen Frauen (und auch Männern, doch überwiegen in der Großstadt bei weitem die Frauen in der Heimarbeit), die den Anforderungen der Fabrikarbeit nicht mehr gewachsen sind. (Alter, Kränklichkeit, Invalidität usw.).

V i e r t e n s aus den Frauen des versinkenden Mittelstandes.

F ü n f t e n s aus Kindern.

[277] Das Kapital sammelt durch die Heimarbeit alle diese in der Fabrik nicht verwertbaren, zersplitterten Reste an Arbeitskraft, um gegen einen schändlichen Preis die letzten Kräfte des Krüppels, die verzweifelten Anstrengungen der von Sorge getriebenen Mutter, die gelehrige Geschicklichkeit der kleinen Kinderfinger in klingende Münze zu verwandeln. Und dies gelingt, fast ohne Widerstand zu finden. Denn diese lokal zersplitterte, fortwährend fluktuierende sozial uneinheitliche Masse ist naturgemäß schwer zu organisieren.

Dazu kommt eine bei einem großen Teil der Heimarbeiter stark ausgeprägte Eigenart, die einerseits Ursache, andererseits Wirkung der Heimarbeit ist – der Stolz auf eine gewisse „Selbständigkeit“.

Besonders in den alten Heimindustrien wie der Korbmacherei, dem Geigenbau, der Holzschnitzerei, in denen vielfach der Heimarbeiter sein Arbeitsmaterial sich selbst besorgt, wehrt er sich dagegen, „Arbeiter“ zu sein. Teuer genug zahlt er diese vermeintliche Selbständigkeit. Denn wie die Lohnausweise der Heimarbeitsausstellung zeigten, wird die Zeit der Beschaffung des Rohmaterials noch nicht einmal in die Elendslöhne eingerechnet. (Dabei brauchen manche Korbmacher zum Holen des Weidenmaterials einer Woche einen ganzen Tag.) Sie tragen das Risiko eines schlechten Einkaufs, sie genießen nicht die Vergünstigungen eines Großabnehmers; sie werden eine besondere Beute der Steuerbehörden.

Selbst die Steuerfreiheit des Heimarbeiterzuschlags (der eben nicht ein Teil des Lohnes, sondern eine in den meisten Fällen absolut unzureichende Vergütung für die den Heimarbeitern entstehenden Unkosten ist) ist nur in seltenen Ausnahmefällen bisher durchgesetzt.

Ein anderer nicht minder wichtiger Grund ist das zähe Festhalten an alten Traditionen, an der Heimat, trotz ihrer Unwirtlichkeit; bei den Frauen die Rücksicht auf die Familie. So war es oft schwer genug, Heimarbeiter, die seit Generationen eine bestimmte Arbeit machten, an eine andere zu gewöhnen. Umsiedlungsversuche von Heimarbeiterdörfern in die Nähe von Fabriken scheiterten: noch heute gibt es leerstehende Tabakfabriken in den Gebieten alter Tabakheimarbeit. Das Kapital und seine literarischen Trabanten wissen diese Anhänglichkeit an die gewohnte Arbeit, an die Heimat, ganz besonders an die Familie sehr geschickt auszunutzen.

Sozialreform und Heimarbeit

Die Heimarbeit mit ihrem sprichwörtlichen Elend, mit ihrer kleinbürgerlichen Ideologie, der Unorganisiertheit einer von jedem Klassenkampfgedanken weit entfernten Arbeiterschaft war von jeher das Lieblingskind der Sozialreformer aller Schattierungen.

Hier fanden sie einen fast unbeschränkten Tummelplatz für ihre Menschheitsbeglückungspläne. Hier dem Kapitalismus einen gar zu scharfen Stachel etwas abzustumpfen, ihm einige häßliche Falten ein

wenig zu glätten, auf einem Terrain, wo man nicht ständig befürchten mußte, in gar zu bedrohliche Nachbarschaft mit einer zielbewußten und kampfkräftigen Arbeiterschaft zu geraten, schien erfolgversprechend und ruhmverheißend.

Es war die Gesellschaft für Soziale Reform, an ihrer Spitze die bekanntesten bürgerlichen Reförmler, die die erste große Heimarbeitsausstellung 1906 organisierten, die Kaiser, Könige und Parlamente für ihre Ideen erwärmte, die an dem ersten Heimarbeitergesetzentwurf vornehmlich mitarbeitete und schließlich auch die Initiative ergriff zu der letzten großen Heimarbeitsausstellung des vergangenen Jahres.

Freilich, diese Ausstellung war das gerade Gegenteil der ersten: viel weniger leidenschaftlicher Protest als Triumph über das schon Erreichte. [278] Selbst die nicht gerade zahlreich ausgestellten Fälle krassen Elends wurden weniger unter den Gesichtspunkt der Anklage gebracht, als unter den des Ansporns, auf dem mit so viel Erfolg beschrittenen Wege der sozialen Reform vorwärts zu schreiten.

Inzwischen nämlich hatte sich einiges geändert: Die Löhne sind seit 1906 – wenn auch lange nicht in dem Maße wie die Preise – gestiegen. Die Organisationsverhältnisse haben sich ein wenig gebessert. Der gesetzliche Heimarbeiterschutz (Fachausschüsse) hat erhebliche Fortschritte gemacht – alles natürlich keineswegs infolge der schönen Reformpläne der Gesellschaft für Soziale Reform.

Der Organisationsgedanke unter der Heimarbeiterschaft wuchs, weil sich das durch Krieg und Revolution gewachsene Klassenbewußtsein der gesamten Arbeiterschaft in einem ungeheuren Zustrom selbst der am schwersten erfaßbaren Arbeiterschichten zu den Gewerkschaften äußerte. Das Heimarbeiterschutzgesetz in der seit 1906 von den Sozialreformern erstrebten Form wurde nicht 1911 (damals wurden alle wirklichen „Schutz“-Bestimmungen gestrichen), sondern erst 1923, nach den tiefgehenden Umwälzungen von Krieg und Revolution, Gesetz. Und jetzt, nachdem selbst eine halbe und besiegte Revolution mehr zustande brachte als das jahrzehntelange Geschwätz der Reförmler – jetzt bleibt der Gesellschaft für Soziale Reform außer der Korrektur einiger Schönheitsfehler an der Heimarbeit nichts zu tun mehr übrig. So stellt sie denn fest, daß die Heimarbeit ein notwendiger Bestandteil der heutigen Wirtschaft sei, daß sie einem verbreiteten sozialen Bedürfnis entspreche, daß sie die soziale Belastung des Staates vermindere, daß sie die Familie zusammenhalte, daß sie die Landflucht eindämme – kurz, daß sie dazu beitrage, den sozialen Status quo des Kapitalismus zu erhalten.

Die Stellung der Gewerkschaften

Für die freien Gewerkschaften war und ist die Heimarbeiterfrage keine Doktorfrage. Für sie war sie eine Frage des Klassenkampfs, eine Frage der Organisierung der Arbeiterschaft.

Die freien Gewerkschaften waren es deshalb, die 1904 den ersten Heimarbeiterschutzkongreß organisierten, die durch ihre dort veranstaltete kleine Ausstellung erst den Anstoß zu den späteren Ausstellungen und Heimarbeitertagen gab. Bei jedem Schritt vorwärts spürte die organisierte Arbeiterschaft das Bleigewicht der rückständigen, schwer organisierbaren, reaktionär eingestellten Heimarbeiterschaft an ihrem Fuß. Für die Gewerkschaften schien deshalb die Abschaffung der Heimarbeit die radikalste Lösung der Frage. Aus dem richtigen, aber unklaren Gefühl heraus, daß mit Reförmchen dem Elend der Heimarbeit nicht abzuhelfen sei, arbeiteten sie offen auf die Abschaffung der Heimarbeit hin. Die Wege zu diesem Ziel freilich waren denkbar unglücklich gewählt, und die Resolution, die der Kongreß schließlich annahm, war eine reine Musterkarte nicht von Heimarbeiterschutz-, sondern von Heimarbeiterverfolgungsbestimmungen – da sie mit Ausnahme allein der Forderung nach Lohnschutz mit voller Schwere nur den Heimarbeiter selbst trafen. Der Tabakarbeiterverband, der sich übrigens diese Tradition bis auf den heutigen Tag erhalten hat, trat gar für ein gesetzliches Verbot der Heimarbeit ein und glaubte damit besonders radikal zu sein. Ja, es gibt heute noch einzelne kleine Verbände, die sich rühmen, keine Heimarbeiter zu organisieren.

Die theoretische Grundlage für die damalige Stellung der Gewerkschaften zur Heimarbeiterfrage war die Auffassung von der Heimarbeit als einer nicht nur primitiven, sondern gewissermaßen vorkapitalistischen Form der Ausbeutung. Und ebenso wie andere vorkapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse (z. B. auf dem Lande), wollten die Gewerkschaften die Heimarbeit durch [279] den Druck auf

die Staatsorgane aus der Welt schaffen. Die Wurzel dieser Stellung lag, abgesehen von der falschen Einschätzung der Heimarbeit selbst, in der beschränkten zünftlerischen Einstellung der Gewerkschaften, in ihrer revisionistischen Auffassung von der Fortschrittlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft.

Unter den ganz wenigen, die damals schon diesen Irrtum erkannten und scharf bekämpften, war Klara Zetkin[*].

Es hieße freilich den heutigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zuviel Ehre erweisen, wollte man von ihnen, wie überhaupt von der Sozialdemokratie, eine irgendwie einheitliche Stellungnahme zu den Fragen der Heimarbeit erwarten. Wie es unter den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern auf der einen Seite schrankenlose Anbeter der Trusts als fast schon sozialisierte Wirtschaftsgebilde, auf der anderen Seite ebenso schrankenlose Anbeter einer auf dem Boden der Zerschlagung von Trusts und Konzernen entstandenen „Wirtschaftsdemokratie“ gibt, so gibt es unter ihnen Verfechter der „Abschaffung wie einer „Reform“ der Heimarbeit. Wobei die „Abschaffer“ nicht etwa einem radikalen Flügel der Sozialdemokratie angehören. Im Gegenteil: sie gehören zu jener Arbeiteraristokratie, die um ihrer engen Berufsinteressen willen die Vernichtung der Existenz von vielen Tausenden dieses „unorganisierten Lohndrückerpacks“ nicht eben hoch anschlägt.

Die Stellung der Kommunistischen Partei

Wir lehnen die Parole Abschaffung (oder gar Verbot) der Heimarbeit im Kapitalismus ab, nicht nur als utopisch, weil sie ein Teil der Produktionsform des Kapitalismus ist, sondern zugleich als reaktionär, d. h. die Aufrüttelung der Heimarbeiter zum Klassenkampf hemmend. Der Gesichtspunkt, unter dem die KP an die Frage herantritt, ist ähnlich dem bolschewistischen Gesichtspunkt bei der Behandlung der Agrarfrage: nicht produktionstechnische Überlegungen (die obendrein zum Teil falsch sind, wie oben nachgewiesen) sind für die Stellung der klassenbewußten Arbeiter ausschlaggebend, sondern die Frage: wie erwecken und organisieren wir die Heimarbeiter zum Klassenkampf. Wir lehnen diese Forderung als reformistisch ab: sie setzt an Stelle des Kampfes um die Verbesserung der Lage der Heimarbeiterschaft (d. h. um eine wirklich radikale Sozialpolitik) gegen das Kapital die Mithilfe an der kapitalistischen Rationalisierung und schafft damit nur neue Brutstätten der Heimarbeit unter elenderen Bedingungen.

Ebensowenig aber stimmen wir ein in den Chor der bürgerlichen und sozialdemokratischen Reformer, die die Tatsache des Bestehens der Heimarbeit mit dem Glorienschein einer ewigen wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit schlechthin umgeben.

Gerade weil die Heimarbeit ein „notwendiger“ und „organischer“ Bestandteil der deutschen kapitalistischen Wirtschaft ist, gerade darum ist das Elend der Heimarbeit nicht durch Verbote, nicht durch Rationalisierung zu beseitigen, sondern nur durch den täglichen, zähen, organisierten Kampf der Arbeiterklasse um die Gleichstellung der Heimarbeiter mit den Betriebsarbeitern, um die Verbesserung ihrer Wohn- und Arbeitsbedingungen, ihres gesetzlichen Schutzes (Ausbau und Umbau der Fachausschüsse) usw.

Die Propaganda für ein Verbot der Heimarbeit würde die hochmütige Absonderung des Betriebsarbeiters gegen die Heimarbeiter verstärken, würde die Heimarbeiterschaft in einen feindseligen Gegensatz zu den Gewerkschaften [280] bringen. Indem aber die Gesamtarbeiterschaft sich ernstlich einsetzt für die Verbesserung der Lage der Heimarbeiterschaft, stärkt sie nicht nur im Kampf auch für diese Teilforderungen ihre Organisationen durch das gewaltige Heer der Heimarbeiter, sondern bereitet dadurch auch den Boden für die erst im Sozialismus mögliche völlige Beseitigung der Heimarbeit.

Die Aufgaben der Partei

1. Heimarbeiter und Betriebe

Die Betriebszellen der Betriebe, die auch Heimarbeiter beschäftigen, müssen eine energische Propaganda unter der Heimarbeiterschaft entfalten und vom Betriebsrat dasselbe fordern. Das Recht auf

[*] Siehe Protokoll der Verhandlungen des ersten Heimarbeiterschutz-Kongresses. S. 105/106.

eigene Betriebsvertretung muß von den Heimarbeitern ausgenutzt werden und ihre Beteiligung an den Betriebswahlen organisiert werden. Zu beachten ist, daß in unseren Zellenzeitungen die Heimarbeiter der Betriebe zu Worte kommen.

2. Heimarbeiter und Gewerkschaften

Unsere Fraktionen müssen in den Gewerkschaften darauf dringen, daß der Heimarbeiterschaft mehr Interesse entgegengebracht und ihre Forderungen schärfer vertreten werden. Besondere Heimarbeiterorganisationen, wie sie innerhalb der christlichen Gewerkschaften bestehen, sind zu bekämpfen. Innerhalb der freien Gewerkschaften aber sind Heimarbeiterkommissionen zu fordern, die, analog den Frauenagitationskommissionen in verschiedenen Verbänden, in die Orts- und Gauvorstände Vertreter entsenden. Diese Kommissionen nehmen zu allen Fragen der Heimarbeiter Stellung, organisieren die planmäßige Propaganda unter der Heimarbeiterschaft und fassen auch bezirksweise die Heimarbeiter zur Besprechung ihrer besonderen Fragen zusammen.

Die Partei muß auch unter den Heimarbeitern eine intensive Kampagne zum Eintritt in die freien Gewerkschaften führen.

3. Forderungen, die an die heutige Lage anknüpfen

a) Löhne:

Erhöhung der Löhne bei gleichem Lohn für Männer und Frauen. Die Löhne sind in den Tarifen der in Frage kommenden Gewerkschaften genau festzulegen und dürfen nicht unter dem Lohn der Betriebstätigen liegen. Der Heimarbeiterzuschlag muß also so berechnet sein, daß Wohnungsabnutzung, Säuberung, Heizung, Licht, Verschleiß des Arbeitsgeräts usw. gedeckt werden können. In den Zuschlag ist ferner ein gewisses Entgeld für die fast in allen Heimarbeiterbranchen eintretende „stille Zeit“ einzurechnen Bezahlte Ferien sind in derselben Weise zu fordern, wie für die Betriebstätigen.

b) Arbeitszeit:

Unter der Voraussetzung, daß der Lohn, für achtstündige Arbeitszeit berechnet, zum Lebensunterhalt ausreicht, darf nur soviel Arbeit ausgegeben werden, daß keine längere Arbeitszeit möglich ist. Die Heimarbeiterschaft muß den Achtstundentag zusammen mit der Lohnfrage stellen.

c) Kinderarbeit:

Die Partei verlangt das Verbot der Kinderarbeit, strengste Kontrolle und Bestrafung der Unternehmer, die Kinder beschäftigen. Der Lohn muß so festgelegt werden, daß die Kinderarbeit zum Lebensunterhalt der Familie nicht notwendig ist.

[281] Für die Heimarbeiterschaft ist ausdrücklich die gleiche Regelung wie für die Betriebstätigen zu fordern. Es kommen hier also die von der KPD eingebrachten Anträge im Reichstag betreffs Krankenversicherung, Unfallversicherung, Wöchnerinnenunterstützung usw. in Frage. Es ist auf eine Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie zu dringen.

4. Stellung zu den Werkstättenmeistern und selbständigen Zwischenmeistern.

Die Werkstättenmeister, Zwischenmeister u. a. sind einerseits Lohnarbeiter, andererseits selber. Ausbeuter. Mit ihnen gehen die Arbeiter zeitweise gegen den gemeinsamen Unterdrücker ein Bündnis ein, teilweise stehen sie mit ihnen in scharfem Kampf. Die Partei muß versuchen, den gemeinsamen Kampf gegen das Kapital in den Vordergrund zu stellen.

Heimarbeiter, die ihre Ware selbst verkaufen, sind hierdurch den Händlern und Wucherern ausgeliefert. Ihre Lage ist heute noch elender als die der eigentlichen Lohnarbeiter. Unter ihnen muß gearbeitet werden wie unter allen gedrückten Mittelschichten. Die Partei muß sich besonders für verbilligte Rohstofflieferungen (z. B. Holz für Korbmacher), verbilligte oder kostenlose Lieferung von Gas und Elektrizität, für Steuerbefreiung (Gewerbe-, Umsatz-, Lohnsteuer) einsetzen.

5. Fachausschüsse

Die Fachausschüsse, die durch mehrere Gesetze verankert sind und vor allem die Aufgabe der Ermittlung der Heimarbeiterverhältnisse, Vorschläge bei Behörden und Festsetzung von Minimallöhnen haben, sind unter den gegebenen Umständen nicht abzulehnen, sondern ihre Umgestaltung ist zu fordern. An Stelle der jetzigen Zusammensetzung {paritätisch aus Unternehmern und Gewerkschaften, sowie Landrat, Polizeipräsident u. dergl. als ausschlaggebender Faktor) ist zu fordern: ⅓ Gewerkschaftsvertreter, ⅓ Heimarbeiter, ⅓ Zwischenmeister, ein Vertreter der verschiedenen für den Fachausschuß in Frage kommenden Kommunen.

Die Forderung der Festsetzung eines Minimallohns wird von uns aufgenommen.

Besonders kontrolliert werden müssen der gesetzlich festgelegte Aushang der Lohntabellen an den Ausgabestellen der Arbeit sowie die Durchführung der Sozialversicherung, die Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse. Von den Behörden müssen Abhilfemaßnahmen besonders in bezug auf die Wohnungen gefordert werden.

*

Das deutsche Proletariat rüstet sich in den Monaten dieser tiefen Wirtschaftskrise, den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, d. h. die systematische Drosselung der Produktion mit ihren Betriebsstillegungen, ihrer organisierten Arbeitslosigkeit, ihrem Massenhunger, aufzunehmen. Auch der Kampf gegen das gerade in der Krise ungeheuer wachsende Elend der Heimarbeit, gegen die unterirdischen Verschiebungen der Produktion nach der Seite der Heimarbeit hin muß aufgenommen werden.

Nicht nur müssen die Gewerkschaften auch auf dem ungünstigen, schwankenden Boden der Heimarbeiterschaft viel tiefer Wurzeln zu schlagen versuchen, – die gesamte organisierte Arbeiterschaft, der langsam sich bildende linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung muß politisch und wirtschaftlich den Kampf gegen die Schmach des Heimarbeiterelends aufnehmen.

[282] In all diesen Fragen, bei all diesen Kämpfen die Forderungen der heute noch schweigenden Heimarbeiterschaft zu formulieren, mit Hilfe der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Frauenabteilungen, durch die Arbeit in den Parlamenten mit diesen Forderungen auch in die tiefsten Schichten des Proletariats vorzudringen, – das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei.

Wenn die Millionen dumpfer Heimarbeiterstuben nicht mehr eine Brutstätte der Konterrevolution sind, wenn die organisierte Arbeiterschaft mit der Parole: Arbeiterkontrolle auch der Heimindustrie die Sache auch der letzten Ausgebeuteten zu der ihrigen gemacht hat; dann ist ein großer Schritt getan auf dem Wege zur Organisierung der Revolution.

RUNDSCHAU
Internationale Politik

Es ist der englisch-amerikanische Gegensatz, der die Weltlage seit Genf besonders deutlich beherrscht. Die Vereinigten Staaten wollen eine englische Völkerbundskonzeption, die mit Hilfe des Locarnopakts England zur führenden Macht des Kontinents, den Völkerbund aber zu einem Hilfsinstrument des englischen Imperialismus auch gegen Amerika machen könnte, unter allen Umständen verhindern. Bezeichnend für die englisch-amerikanische Kontroverse war die wieder in Fluß gekommene Schuldendebatte. Der englische Finanzminister griff den amerikanischen mit großer Schärfe an und entwickelte einen Plan, der die europäischen Schuldner Amerikas unter englischer Führung zu einem Einheitsblock zusammenfassen, also einen „Schuldnervölkerbund“ schaffen sollte. Die amerikanische Antwort darauf waren die heftigsten Angriffe auf den Völkerbund, die Drohung mit einem verschärften Schuldendruck, mit der Zurückziehung der südamerikanischen Staaten aus der Genfer Organisation und die Ankündigung, daß die Washingtoner Regierung an der Genfer Konferenz, die die amerikanischen „Vorbehalte“ zum Haager Gerichtshof behandeln soll, nicht teilnehmen wird.

*

Die italienischen Bündnispläne, wie sie zur Zeit der Genfer Tagung entwickelt worden sind, konnten nicht verwirklicht werden. Die Aktivität des italienischen Imperialismus dauert aber in

gesteigertem Maße fort. Zu betonen ist, daß diese Aktivität zu einer Zeit entfaltet wird, da der amerikanische Senat die für Italien sehr günstige Schuldenregelung genehmigen soll und in Amerika die Nachricht verbreitet wird, daß die Diktatur Mussolinis seinerzeit direkt mit Unterstützung der Washingtoner Regierung verwirklicht wurde. Mussolini muß also wissen, daß seinen Plänen von amerikanischer Seite kein Widerstand droht.

Diese Pläne Mussolinis sind durch seine Kolonialpropagandareise nach Tripolitanien und die dort gehaltenen Reden ziemlich deutlich geworden und verursachten vorerst eine starke italienisch-französische Spannung. Mussolini hat es auf neue Kolonien in Afrika abgesehen und bedroht die Mittelmeerstellungen Frankreichs. Eine Erweiterung der Besitztümer in Nordafrika auf Kosten von Französisch-Tunis, die Anmeldung italienischer Ansprüche auf Spanisch-Marokko, der Vertrag mit England über die Aufteilung Abessiniens, die italienischen Flottenbaupläne, all das hat energische französische Proteste hervorgerufen.

Ebenso wird Frankreich durch die europäischen Pläne Mussolinis beunruhigt. Der geplante italienisch-jugoslavische Vertrag ist zwar gescheitert, die Verbindungen Italiens mit Griechenland und Rumänien sind aber enger geworden. Außerdem tauchen immer wieder italienische Pläne über eine Teilung Österreichs auf.

*

Der französische Imperialismus möchte sich in Österreich einen Stützpunkt in Mitteleuropa gegen England und Italiens ausbauen. Daher die große Geschäftigkeit der französischen Vasallenstaaten, Polen und der Tschechoslovakei, in Österreich. Beide haben mit Österreich „Garantieverträge“ abgeschlossen, die den Zustand der Friedensverträge von 1919 verewigen sollen. Auch im übrigen ist die französische Diplomatie am Werke, ein System von Einzelverträgen aufzubauen, das die französische Konzeption des „Genfer Protokolls“ verwirklichen, die französischen Militärbündnisse festigen und den englischen Locarnoplan praktisch vernichten soll. Solche Verträge wurden neuerdings zwischen Polen und der Tschechoslovakei, Polen und Rumänien usw. abgeschlossen. Französisch-rumänische, jugoslavisch-rumänische usw. Verträge sind in Vorbereitung, so daß Frankreich seine von England stark bedrohten Positionen in der „Kleinen Entente“ und Polen wieder festigt.

Der innere Zustand allerdings sowohl Frankreichs wie der meisten seiner europäischen Vasallenstaaten ist so krisenhaft und unsicher, daß sich auch diese Bündnisverhältnisse rasch wieder lockern können. In Frankreich [283] selbst sehen wir die typischen Erscheinungen einer Inflationspanik. Die Sozialdemokraten haben zwar im Widerspruch zu ihrer früheren Haltung die Briand-Regierung gerettet, indem sie in der großen Steuerdebatte durch Stimmenthaltung sogar die Umsatzsteuern passieren ließen, die Finanzkrise wurde aber dadurch keineswegs gelöst. Fortdauernder Frankensturz, Teuerung, Erhöhung aller Abgaben haben zahlreiche Streikbewegungen und Demonstrationen, im allgemeinen eine steigende Aktivität der Werktätigen ausgelöst. Die Pariser Nachwahlen im größten Pariser Wahlbezirk brachten eine in der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit einzig dastehende Erscheinung: Sozialdemokraten und kleinbürgerliche Radikale mußten zugunsten der Kommunisten ihre Kandidaten zurückziehen und damit selbst zugeben, daß die Kommunisten als berufene Führer der Massen im Kampf gegen die Reaktion dastehen. Die beiden kommunistischen Kandidaten wurden dann auch gegen die Millerand-Leute gewählt. Die wachsende Friedensbewegung, die Erfolge der Rifkabylen und die internationalen Komplikationen zwangen Briand, in Marokko „Friedensverhandlungen“ einzuleiten. Offenbar handelt es sich aber um ein bloßes Manöver der französischer. Generäle, denn die „Friedensbedingungen stellen die Forderung einer bedingungslosen Unterwerfung dar. Der direkte Einfluß der Reaktion auf die „linke“ Briand-Regierung wird übrigens offenkundig immer größer. Unter dem Druck der Reaktion mußte Briand seinen Innenminister Malvy fallen lassen. Die französische Großbourgeoisie will die notwendig gewordene „Stabilisierung“ von „ihrer“ eigenen Regierung verwirklichen lassen, und es ist wohl kein Zufall, wenn die amerikanische Finanzpresse Frankreich den Rat erteilt, eine Diktatur aufzurichten.

*

Von den Vasallen Frankreichs ist P o l e n in der schlimmsten Verfassung. Die chronische Wirtschaftskrise, verbunden mit einer chronischen Massenarbeitslosigkeit, hat zu zahlreichen ernsten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei geführt. Der Kampf der verschiedenen Imperialistenmächte um die Beherrschung Polens vergrößert diese Krise. Die „Inspektionsreise“ des Sozialdemokraten B o n c o u r in Polen hatte den Zweck die Verbindung mit Frankreich zu festigen. J u g o s l a v i e n bietet infolge der inneren Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie, die sich wohl letzten Endes auch um die endgültige außenpolitische Orientierung drehen, also um die Beeinflussung Jugoslaviens durch die eine oder andere Imperialistenmacht dreht, das Bild einer chronischen Regierungskrise. Dasselbe Bild in der T s c h e c h o s l o v a k e i und in R u m ä n i e n, wo das Übergangskabinett Avarescus eher eine italienische und englische als französische Orientierung anstrebt. – Die Orientierung G r i e c h e n l a n d s ist vorläufig durch die Festigung der Diktatur Pangalos, der sich zum Präsidenten „wählen“ ließ, endgültig entschieden. England hat dort die letzten Reste einer französischen Orientierung ausgemerzt. Der letzte Aufstand in Saloniki war wohl ein letzter Versuch der französisch orientierten Kreise. – B e l g i e n befindet sich durch die bevorstehende D a w e s i e r u n g ebenfalls in einer Krise und wohl auch vor einer Revision seiner eindeutigen französischen Orientierung.

*

Im Verhältnis der Sowjetunion zu den kapitalistischen Mächten brachten die Meldungen über den bevorstehenden Abschluß eines d e u t s c h-r u s s i s c h e n N e u t r a l i t ä t s v e r t r a g s ein neues Moment. Das durch Genf stark enttäuschte Luther-Deutschland wünscht ein freieres Lavieren zwischen dem imperialistischen Westen und der Sowjetunion. Die Sowjetregierung ihrerseits ist bereit, einen Neutralitätsvertrag abzuschließen,. der die englische Locarnokonzeption weiter schwächen und die Gefahr eines Krieges mindern würde. Obwohl die Westmächte im Augenblick des Auftauchens dieser Nachrichten so taten, als ob sie ganz gleichgültig wären, ist eine wütende diplomatische Offensive Englands zu erwarten, ein erhöhter Druck auf Deutschland, „zwischen London und Moskau endgültig zu optieren“. Das bekanntgewordene Neutralitätsangebot der Sowjetregierung erschwert auf alle Fälle die verlogene Propaganda der Imperialisten, als zeuge die Ablehnung Sowjetrußlands, auf Schweizer Boden an einer „Abrüstungskonferenz“ teilzunehmen, von „Kriegsabsichten Moskaus“. Die Zweite Internationale und ihr Geschäftsreisender Boncour sind deshalb zur Unterstützung dieser Hetze gegen die Sowjetunion wieder in die Bresche gesprungen.

19.IV.1926. G e o r g.

*

Wirtschaft

Die Lage in den Ländern, die sich inmitten einer schweren Krise befinden, ist in den letzten zwei Monaten unverändert geblieben. In Italien und der Tschechoslovakei hat die bisher verhältnismäßig gute Konjunktur ernste Erschütterungen erfahren. In Frankreich verschärft sich der Kampf um die Lösung der Finanzfrage, in Belgien wurden durch einen neuen Fall des Franken die Stabilisierungshoffnungen gründlich zunichte gemacht. In England wächst die Nervosität in dem Maße, als der Tag der Entscheidung in der Kohlenfrage näher rückt. Und in den Vereinigten Staaten deutet ein plötzlicher Börsenkrach den Konjunkturumschwung an. Die weltwirtschaftliche Lage zeigt also ein bedeutend ungünstigeres Gesamtbild als noch vor einigen Wochen.

In D e u t s c h l a n d ist in einzelnen Industriezweigen eine saisonmäßige Besserung bemerkbar, in anderen dagegen verschlechtert sich die Lage noch immer weiter.

Die Verhältnisse in den Schlüsselindustrien gestalteten sich in der letzten Zeit immer ungünstiger. Im Kohlenbergbau werden neuere Arbeiterentlassungen geplant die Leistungsfähigkeit der Hochöfen wird nur zu 45 Prozent ausgenützt. Gebesserte Nachfrage zeigt sich [284] dagegen in einigen wichtigen Zweigen der Fertigindustrie.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich wenig verändert.

Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß nicht nur keine Wendung in der Krise bis jetzt eingetreten ist, sondern die saisonmäßige Besserung geringer ist, als sie im allgemeinen erwartet wurde.

*

Für die Lage in England ist ein Artikel von Lord Rothermere, der in der „Daily Mail“ unter dem Titel „Ist für England ein Mussolini nötig?“ unlängst erschienen ist, sehr bezeichnend. Der edle Lord sieht die Zukunft in sehr dunklen Farben, verlangt anstatt eines Mussolini eine politische und Finanzdiktatur mit einem Triumvirat an der Spitze.

Das wichtigste Ereignis des wirtschaftlichen und politischen Lebens ist die Veröffentlichung des Berichts der Kohlenkommission. Der Bericht nimmt Stellung gegen die weiteren Subventionen, tritt für Lohnherabsetzung ein, verlangt Syndizierung der Kohlenindustrie, lehnt die Nationalisierung ab und fordert dagegen den staatlichen Aufkauf der Bergwerksregalien. (Die meisten britischen Gruben sind Pachtungen, für die die Zechenbesitzer den Grundherren Bergregale zahlen im Betrage von 55 Pfennig pro geförderte Tonne Kohle). Den Zweck der letzten Forderung erleuchtet die großkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (15.III.26) folgenderweise:

„Finanziell bleibt alles beim alten, und man ist nur dem Agitationsbedürfnis entgegengekommen dadurch, daß überhaupt etwas ‚sozialisiert‘ werden soll.“

Die am 9. April stattgefundene Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten in London nahm mit dem folgenden einstimmig gefaßten Beschluß Stellung zum Kohlenbericht:

1. Alle Vorschläge betreffend Verlängerung der Arbeitszeit sind abzulehnen.

2. Das Prinzip nationaler Lohnverhandlungen und -abkommen und nationaler Minimum-Zuschläge ist festzuhalten („national“, d. h. „im Landesmaßstabe“; im Gegensatz zu den Bergwerksbesitzern, die distriktsweise verhandeln wollen).

3. Da die Löhne ohnehin sehr niedrig sind, müssen alle Vorschläge betreffend Lohnherabsetzung zurückgewiesen werden.

Der Standpunkt der Unternehmer ist in jeder Beziehung der entgegengesetzte. Die Aussichten einer Einigung sind in diesem Moment ganz minimal. Die englische Arbeiterschaft – und mit ihr alle Kohlen- und Transportarbeiter Europas – müssen sich auf den großen Verteidigungskampf, der zur Zeit des Erscheinens dieser Zeilen vielleicht schon im Gange sein wird – einstellen.

*

In Frankreich brachte die Annahme des Finanzplans des neuen Finanzministers Peret nur eine gewisse parlamentarische Beruhigung, die Klassengegensätze aber im Zusammenhang mit den Fragen des Währungsverfalls bzw. der Währungsstabilisierung spitzen sich immer mehr zu.

Die Vorlage Perets rechnet mit 37.249 Millionen Franken Gesamtausgabe im Jahre 1926. 4409 Millionen waren ungedeckt; es handelte sich bei den letzten Finanzkämpfen um die Deckung dieser Summe. Die Regierungsvorschläge wurden im großen und ganzen angenommen (die bedeutendsten Maßnahmen. sind die Erhöhung der Zölle um 30 Prozent und die Erhöhung der Umsatzsteuer); und jetzt soll das Gleichgewicht des Staatshaushalts hergestellt sein. Dieses Gleichgewicht besteht aber nur auf dem Papier.

Die Frage der schwebenden und der interalliierten Schulden ist nicht geregelt. Der Währungsverfall geht weiter, und damit gehen die tatsächlichen Steuereinnahmen zurück. Andererseits steigen die Preise; die Staatsangestellten verlangen in immer schärferem Ton eine Gehaltserhöhung. Dem Rückgang der Steuereinnahmen stehen also erhöhte Forderungen an der Ausgabeseite gegenüber.

Der Währungsverfall gelangt in ein neues Stadium. In verschiedenen Industrien beschäftigt man sich mit dem Gedanken der Einführung von gleitenden Preisskalen, die an Stelle der festen Offerten treten sollen. Die Exporteure beginnen Geschäftsabschlüsse in fester Währung zu treffen. Die Kleinhandelspreise steigen in viel rascherem Tempo als die Großhandelspreise. Die Zeichen mehren sich, die die Erschütterung des Vertrauens zu dem Franken deutlich zeigen; wir dürfen aber die Lage noch keinesfalls mit den schlimmsten Perioden des Marksturzes vergleichen (1 Dollar kostet erst 30 Franken.). Die oben erwähnten Erscheinungen, die wachsende Unruhe der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums zwingen doch die französische Bourgeoisie, die Notwendigkeit der

Währungsstabilisierung zu erwägen. Von einem Fortschritt in dieser Beziehung kann aber vorläufig keine Rede sein. Im Gegenteil, die allgemeine Depression in anderen Ländern des Kontinents hat die Tendenzen gegen die Stabilisierung verstärkt.

Die Konjunktur ist noch immer günstig; obwohl der Beschäftigungsgrad in der letzten Zeit etwas nachgelassen hat. Unter anderem zeigt aber auch die Gestaltung der Handelsbilanz in den ersten drei Monaten des Jahres ganz klar, daß die Konjunktur in eine Gefahrzone geraten ist. Die Einfuhr der Menge von Industrierohstoffen geht zurück, und trotzdem ist die Handelsbilanz für das erste Vierteljahr mit 1,6 Milliarden Franken passiv, wogegen sie in gleicher Periode des vorigen Jahres noch mit 1,1 Milliarden Franken aktiv war.

Die französischen Befürworter der weiteren Inflation berufen sich auf B e l g i e n als Beispiel einer voreiligen Stabilisierung. Der belgische Frank stand seit einigen Monaten fest; für eine Mark wurden 5,35 Franken gezahlt. Am 15. März fiel aber der Frank ganz plötzlich und Mitte April war eine Mark gleich 6,30 Franken. Diese Erschütterung wurde ausgelöst durch die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen in England und Amerika bezüglich einer Anleihe entstanden. Die ausländischen Bankiers verlangen die Verpfändung, die Dawesierung der belgischen Eisenbahnen, wogegen die Sozialdemokratie im Parlament unter dem Druck der Arbeiterschaft Widerstand leisten muß. Die weitere Entwicklung des belgischen Stabilisierungsversuchs und seine Rückwirkung auf die wirtschaftliche Lage ist noch nicht zu übersehen.

In I t a l i e n besteht schon seit längerer Zeit eine Börsenkrise. Der Kurs der Wertpapiere ist sehr niedrig. Die Lage wurde für die Bourgeoisie immer bedenklicher, so daß eine Stützungsaktion der Regierung und Großbanken eingeleitet wurde, die aber geringen Erfolg hat. Außerdem wird auch die Lage der Industrie immer ungünstiger. Die Arbeitslosigkeit nimmt wiederum zu.

Aus der T s c h e c h o s l o v a k e i häufen sich auch die Nachrichten über einen Konjunkturumschwung. Die Eisenwerke entlassen ihre Arbeiter, im Kohlenbergbau häufen sich die Betriebseinschränkungen.

In P o l e n keine Verbesserung der Lage, dagegen neue Entwertung des Złoty. Die Bemühungen auf größere Auslandsanleihen können bisher keine Ergebnisse aufweisen.

Das wichtigste Ereignis der letzten Wochen ist, daß die Konjunkturwende in den V e r e i n i g t e n S t a a t e n immer klarere Formen annimmt. Der Zusammenbruch an der Neuyorker Börse in den letzten Tagen des Februars und in den ersten Tagen des März können wir als Wendepunkt bezeichnen. Der Aktienindex entwickelte sich folgenderweise:

März 1925 101
September 1925.....115
Ende Dezember 1925 135
13. Februar 1926 (Rekord seit Bestehen der Börse)
3. März 1926 120

Seitdem sehen wir größere Schwankungen, aber keine Erholung auf der Börse. Die Wirtschaftsführer und ihre Presse versuchen, die optimistische Stimmung aufrechtzuerhalten; infolgedessen ist es schwer, aus den amerikanischen Nachrichten die nächste Entwicklung der Konjunktur zu beurteilen. Vielleicht ist die Industriekrise schon näher, als es aus den Zeitungsmeldungen hervorgeht, vielleicht läßt sie noch einige Monate auf sich warten. Anfang April wird schon ein Nachlassen des Absatzes im Automobilgeschäft sowie in der Eisen- und Stahlindustrie berichtet. Die Entwicklung des Außenhandels ist ungünstig Die Handelsbilanz in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres weist (infolge des Rückgangs der Baumwoll- und Getreideausfuhr) eine bedeutende Passivität auf.

*

Der Völkerbundsrat hat die vorbereitende Kommission für eine W e l t w i r t s c h a f t s k o n f e r e n z auf den 26. April nach Genf einberufen. Die Vertreter der Sowjetunion werden nicht erscheinen. (Die Schweiz ist nicht geneigt, wegen der Ermordung Worowskis Genugtuung zu geben) Mit einem Erfolg der Konferenz rechnet niemand. In Hilferdings Zeitschrift ist zu lesen:

„Es ist also sehr wahrscheinlich, daß ein kontinental-europäischer Zollverein (das wäre das Hauptziel der Konferenz) zu einem ähnlichen Konflikt führen würde wie dem, der 1914 ausbrach. Überdies erscheint diese umfangreiche Konstruktion bei näherer Betrachtung praktisch undurchführbar."

Die Propaganda für eine übernationale kapitalistische Wirtschaftseinheit wird trotzdem von den meisten reformistischen Führern weiter betrieben, um der Arbeiterschaft vorzutäuschen, daß die Probleme, die nur durch die proletarische Revolution gelöst werden können, mit Konferenzen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft lösbar sind.

19.IV. L. M.

*

Sowjetunion

Im Mittelpunkt des politischen Lebens der Sowjetunion steht die Wirtschaftspolitik. Die objektiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich gegen Ende des vorigen Jahres herausstellten, sind, auf dem Fundament der stürmischen Entwicklung des letzten Jahres, eine typische Wachstumskrise. Bei einem Anwachsen der Produktion um etwa 64 Prozent gegenüber dem Vorjahre fand ein rasches Anwachsen der Arbeiterklasse, ein intensives Steigen der Löhne und der Arbeitsproduktivität statt. Die Ernte des letzten Jahres blieb hinter den Erwartungen zurück. Aus der Überschätzung der Getreidebeschaffungsmenge durch die Wirtschaftsplankommission ergab sich die Übertreibung der Export- und Importpläne, der Kreditpläne und des damit im Zusammenhang stehenden Produktionsplans der Industrie. Die Realisierung der Ernte machte eine Reduktion der Exportpläne notwendig, was zu einer Verschiebung in der Handelsbilanz führte, da der Import nicht mehr in demselben Maß restringiert werden konnte. Gleichzeitig trat eine Disproportion zwischen der Landwirtschaft und der Industrie in Erscheinung, trotz des gewaltigen Wachstums der Industrie im letzten Jahre (das absolut größer war als das der Landwirtschaft). Die Industrie konnte den gesteigerten Warenhunger der Bauernmassen nicht sättigen. Dazu kamen große langfristige Anlagen der letzten Zeit, die viel Mittel festlegten, ohne Waren auf den Markt zu liefern. Ein Ansteigen der Preise und eine Abschwächung der Kaufkraft des Tscherwonetz erforderten sofortige Maßnahmen. Sparsamkeit, Verstärkung der planmäßigen Arbeit, Ansammlung von Reserven und Industrialisierung des Landes sind die allgemeinen Direktiven für diese Maßnahmen.

Die Direktiven, die in dieser Richtung vom XIV. Parteitag der KP der Sowjetunion gegeben wurden, werden nunmehr von den Wirtschaftsorganen des Staates in Wirklichkeit umgesetzt. In diesen Sinne seien die im März stattgefundene Tagung der Wirtschaftsplankommission der Sowjetrepubliken sowie die Gewerkschaftskonferenzen der verschiedenen Zweige erwähnt. Die Sitzung der Budgetkommission der Union, die vor der jetzt tagenden Session des Zentralexekutivkomitees stattgefunden hat, hat u. a. einen Reservefonds von 100 Millionen Goldrubel fixiert. Fragen des Budgets, das Einheitsbudget der Union und die Budgets der föderativen Republiken, die lokalen Budgets, ferner die Ge-[286]staltung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer und die Verteilung der Steuerlasten sind die Hauptpunkte der Tagesordnung dieser Session gewesen.

Um die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Sowjetunion zu begreifen, muß man sich vor allem vergegenwärtigen, daß die Sowjetunion in diesem Jahr an das Ende der Wiederherstellungs-Periode ihrer Wirtschaft angelangt ist. Sie hat die vom kapitalistischen Rußland übernommene Basis des Grundkapitals fast restlos aufgebraucht und muß ihre weitere Entwicklung durchmachen auf der Grundlage eines neuen Aufbaues und einer Erweiterung des eigenen Grundkapitals im gesamten Wirtschaftsleben.

Die Beschlüsse der letzten Sitzungen des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion und vor allem die Resolution des letzten ZK-Plenums legen die Richtlinien nieder, die den Ausweg aus den entstandenen Schwierigkeiten weisen.

Um der Realisierung der nächsten Ernte gegenüber genügend gerüstet zu sein, sollen vor allem Maßnahmen zur Vermehrung des Quantums der Industriewaren, insbesondere durch gesteigerte Zufuhr von Rohmaterialien in der Textil- und Lederindustrie, getroffen werden. Es sollen ferner vor

allem die Produktionsmittelindustrie, der Maschinenbaut die Stahlproduktion und die Heizmittelproduktion mit allen Kräften gehoben werden. Der Ausbau der Industrie kann aber nicht auf Kosten der Landwirtschaft gehen. Die Industrie muß im Gegenteil Schrittmacher und Förderer der landwirtschaftlichen Entwicklung sein.

Dieser Ausbau der Industrie rechnet in diesem Jahre zum erstes Male mit weitgehenden Neuanlagen von Fabriken. Die Industrialisierung setzt eine Rationalisierung der Produktion voraus, die in einer besseren technischen Ausrüstung der Betriebe, einer Erhöhung der Arbeitsqualifikation, einer Herabsetzung der Spesen, einer allgemeinen Verbesserung und Verbilligung der Administration, besseren Ausnutzung des Arbeitstags, der Stärkung der Arbeitsdisziplin, Bekämpfung des Schlendrians usw. besteht. Bereits wird in allen Zweigen des Wirtschaftslebens eine Sparsamkeitskampagne durchgeführt, deren positiver Effekt nicht allein eine Ökonomie der Mittel, sondern ein kultureller Gewinn im Sinn der Erziehung sein wird. Die Arbeitsproduktivität soll nicht durch eine gesteigerte Intensität gehoben werden, sondern durch eine größere Qualifikation. Die Arbeitslöhne sollen für die nächste Zeitspanne zunächst nicht in dem raschen Tempo gesteigert werden wie es im letzten Jahre der Fall war. Kalinin begründete diese Notwendigkeit in seiner letzten Rede in einer Fabrik in Bjeschetz mit folgenden Worten: „Wir haben in diesem Jahre die Löhne um 34 Prozent erhöht, während die Arbeitsproduktivität bloß um 24 Prozent gestiegen ist. Die Folge war, daß die Kaufkraft des Tscherwonetz um die differierenden 10 Prozent gesunken ist. Hätten wir uns nicht geirrt und die Löhne nur um 24 Prozent erhöht, so wäre die Kaufkraft des Tscherwonetz die gleiche geblieben."

Die Verbesserung der Industrie und die Industrialisierung drängen aber keineswegs das Grundproblem der russischen proletarischen Diktatur in den Hintergrund, nämlich die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft unter Führung der Arbeiter. Die Resolution des ZK-Plenums betont im Sinne des XIV. Parteitags die Aufgaben, die sich angesichts der Aktivität der Kulaki auf dem flachen Lande ergeben: den Zusammenschluß des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern zur Isolierung der Kulaki, die weitgehende materielle Unterstützung und die Organisierung der Dorfarmut. In diesem Jahre wurde ein Hilfsfonds für die Dorfarmut gegründet, der jetzt noch vergrößert werden soll. Der ärmste Teil der Bauernschaft wird von der Besteuerung befreit werden. Das Steuersystem soll so ausgebaut werden, daß die Steuerlasten der wenig bemittelten Schichten der Landbevölkerung erleichtert werden und das Steuersystem sich möglichst dem System der Einkommensteuer nähert. Dazu wird die Besteuerung nicht in Naturalform, sondern in Geldform durchgeführt werden und die Steuersätze viel mehr nach dem Prinzip der Progressivität durchgeführt werden als es bisher der Fall war.

Der Hebel des sozialistischen Aufbaues auf dem flachen Lande, das Genossenschaftswesen, erfährt eine neue Anfeuerung durch 1. Heranziehung weiterer breiter Massen, 2. Einschränkung der unproduktiven Ausgaben, 3. Festigung des Kreditwesens, 4. Erhöhung der Autorität der Genossenschaften dank der Wählbarkeit ihrer Organe usw. usw.

*

In der kapitalistischen Presse, die in den letzten Wochen mit erneuerter Kraft über den „Zusammenbruch" der Sowjetunion schreit, war besonders viel über den „Sturz" des Tscherwonetz die Rede. Solche Nebenerscheinungen wie der Erlaß der GPU (früher Tscheka) über die Verfolgung des Warenschmuggels durch Postpakete, die faktisch eine Durchbrechung des Außenhandelsmonopols bedeuten, oder die starke Besteuerung der Auslandspresse sowie die Verfolgung der Valutaschieber wurden von der bürgerlichen Presse, vor allem den konterrevolutionären Telegraphenagenturen zum Vor. wand genommen, um Falschmeldungen über die Schließung der Moskauer Börse und der. gleichen alarmierende Nachrichten zu lancieren. In Wirklichkeit kann von einem „Sturz" der Sowjetwährung schon insofern nicht gesprochen werden, da die Warenpreise auch gegen Bezahlung mit Dollar, Pfund usw. stiegen. Nicht der Kurs des Tscherwonetz sank, sondern die Preise der Industriewaren stiegen in der Sowjetunion. Diese Erscheinung war ein Signal für die Sowjetregierung, sich mit aller Kraft auf die Entwicklung der industriellen Produktion und in erster Linie auf den Ausbau des Produktionsapparats der Volkswirtschaft zu werfen.

In diesem Jahre wird nach Reduktion des ursprünglichen Planes die Gesamtproduktion der Industrie im Verhältnis zur Produktion des Vorjahrs wieder um 34,9 Prozent steigen. [287] Ferner geht eine weitere Zunahme des spezifischen Gewichts der Industrie und des Industrieproletariats im Gesamtsystem der Wirtschaft vor sich.

Die sozialistische Akkumulation hat in den ökonomischen Umwälzungen der Oktoberrevolution, der Enteignung der unproduktiven Klassen (Kapitalisten und Grundbesitzer) und der Annullierung der auswärtigen Anleihen eine feste Basis. Es steht jetzt vor allem die Steigerung, die zweckmäßige und planmäßige Leitung dieser Akkumulation auf der Tagesordnung. Von ausländischen Anleihen ist die Sowjetunion dabei nicht abhängig. Sie hat von dieser Seite auch nicht viel zu erwarten. Dem 300-Millionen-Mark-Kredit, der von der Reichsregierung gewährt wurde, werden noch seitens des Bankkapitals die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Schulden-Verhandlungen mit der französischen Regierung haben noch kein positives Resultat gezeitigt. Von wirtschaftlicher Bedeutung kann die Reise der vier englischen konservativen Unterhausabgeordneten werden, die sich dieser Tage nach Rußland begeben haben.

*

Die weißgardistische Emigration hat durch den monarchistischen „Weltkongreß“ der in den Ostertagen unter dem Vorsitz Peter Struves in Paris tagte, einen völligen Bankerott des russischen Monarchismus gezeigt. Am Kongreß nahmen weder die Menschewiki noch die anderen „sozialistischen“ und demokratischen Gruppierungen teil, auch die Anhänger Kyrills fehlten. Die Monarchisten verzichteten letzten Endes sogar auf die Bildung eines eigenen „Organs“ (einer „Regierung“). Die Tagung ging wie das Hornberger Schießen aus.

Daß weder die Monarchisten noch die Konterrevolutionäre von der „sozialistischen“ Fakultät sich irgendwelche Hoffnungen machen können infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion, zeigt die weitere Konsolidierung innerhalb des Landes und der Partei. Der XIV. Parteitag hat den Massen der Parteimitglieder und Sympathisierenden einen tüchtigen Ruck vorwärts gegeben. Der Parteitag der Kommunistischen Jugend hat seine Beschlüsse im Sinne des XIV. Parteitags gefaßt Die Resolution des Plenums des Leningrader Gouvernement-Komitees der Partei, die am 12. April einstimmig (nach einem Referat Stalins) angenommen wurde, schließt sich restlos den Beschlüssen des Zentralkomitees an.

18.IV. Frida Rubiner.

LITERATUR

Hartenstein: „Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen“

Mit fünf Planspielen und 42 taktischen Aufgaben sowie einer Schilderung der Hamburger Oktoberunruhen 1923. Verlag „Offene Worte“, Berlin-Charlottenburg 1926.

Die Erfahrungen der revolutionären Kämpfe in Deutschland sind in gleicher Weise dem Proletariat wie den militärischen Exponenten der Bourgeoisie Quellen des Studiums für die Vorbereitung neuer unausbleiblicher bewaffneten Kämpfe um die politische Macht. Diese Erfahrungen haben seit 1918 auf beiden Klassenfronten die Vorbereitung der militärischen Aktionen und die in ihrem Verlauf anzuwendende Taktik wesentlich beeinflußt. Man kann sagen, daß die drei Etappen größerer Kämpfe in Deutschland (von November 1918 bis März 1919; die Kämpfe im Gefolge des Kapp-Putsches insbesondere im Ruhrgebiet; die Märzaktion 1921) das Gesicht der Kampfformen haben, die dem Soldaten aus dem Weltkrieg geläufig sind. Dagegen stellt der Hamburger Aufstand im Oktober 1923 militärtaktisch ein Novum dar. Wir finden hier, wenn auch in völlig unzulänglicher Weise, weil in ersten tastenden Versuchen, neue Kampfformen der aufständischen Arbeiter, die sich mehr als alle bisherigen den idealen Bedingungen für einen siegreichen Aufstand nähern.

Diese Tatsache verpflichtet zu einer genauen Untersuchung der Hamburger Kämpfe, um so mehr, als die Bourgeoisie ihre Lehren daraus bereits gezogen hat und sich bemüht, Organisation und Taktik ihrer militärischen Kräfte auf die neuen Kampfbedingungen umzustellen.

I.

Das neue Buch von dem Polizeioberstleutnant Hartenstein stellt geradezu ein Lehrbuch für die Einstellung der Schutzpolizei auf diese neuen Kampfformen dar. Sein Studium ist daher für jeden Kommunisten zu empfehlen.

Der Inhalt des Buches gliedert sich in drei Hauptteile:

1. Die allgemeinen Voraussetzungen und Bedingungen für einen bewaffneten Aufstand und seine Niederschlagung.

2. Die Geschichte des Hamburger Aufstands 1923, dargestellt auf Grund des Materials der hamburgischen Schutzpolizei.

3. Polizeiliche Planspiele, in welchen versucht wird, die allgemeinen Feststellungen der ersten beiden Teile in praktische Aufgaben für Polizei-Offiziere und -Mannschaften umzusetzen. Also gewissermaßen ein Bürgerkriegsreglement.

Hartenstein erkennt, daß zwei Voraussetzungen gegeben sein müssen, bevor ein [288] revolutionärer Aufstand möglich ist: die Existenz einer militärischen Kader-Organisation und eine günstige politische Situation. Daß er beides nur oberflächlich sieht, ist sein Hauptfehler, der zur Quelle einer Reihe weiterer Fehler wird.

Für die Auslösung bewaffneter Kämpfe sieht er zwei Formen, die sich gegenseitig ergänzen:

„Hierbei ist den Demonstrationen eine ausschlaggebende Bedeutung zuzusprechen, da in ihnen die ganze Wucht der organisierten Massen in erhöhtem Maße zum Ausdruck kommt. Die KPD ist somit bestrebt, diese Demonstrationen nur bewaffnet, d. h. unter dem Schutz und der Einwirkung des hierfür mit Pistole und Handgranate bewaffneten OD durchzuführen.“ (Hartenstein, Seite 13.) Als Gegenmaßnahme hiergegen schlägt er vor, Überwachung der Bewegungen aller Demonstrationskolonnen, Sprengung derselben und Zerstreuung von Menschenansammlungen. Dabei Sicherung der polizeilichen Marschkolonnen nach allen Seiten mit der Schußwaffe.

„Neben dem System, Demonstrationszüge und Kolonnen für politische Gewaltakte auszunützen, bringt der Kommunist außerdem das Verfahren zur Anwendung, einen Anfangserfolg durch gleichzeitige Überrumpelung mehrerer Polizeiwachen auf möglichst breiter Basis zu erringen.“ (S. 15.) Eine konkrete Gegenmaßnahme gegen diese Überrumpelungstaktik kann der Verfasser nicht angeben.

Die Ausweitung der Kämpfe schildert H. völlig richtig: Bau von Barrikaden hauptsächlich als Geländeverstärkung gegen Großkampfmittel, Auftreten sogenannter Dachschützen, beides in bestimmten, meist proletarischen Vierteln, den sogenannten Aufruhrherden. In diesem zweiten Stadium der Kämpfe tritt die sogenannte Partisanentaktik in Erscheinung. „Charakteristisch für die Aufruhrkämpfe ist also die Kleinheit und zergliederte Placierung der kommunistischen Kampfteile.“ (S. 17.) Dem schließt sich das dritte Stadium der Kämpfe an, in dem der Versuch gemacht wird, die zerstreut kämpfenden Aufständischen zu einer „Roten Armee“ zusammenzuschließen und unter einheitliche militärische Führung zu bringen.

Die günstigsten Erfolge für den Einsatz der Schutzpolizei (die ja in Deutschland immer als erste militärische Organisation zur Niederwerfung von Aufständen herangezogen wird) glaubt H. auf den Schwächen und Nachteilen aufbauen zu können, die im zweiten Stadium des Kampfes, nämlich den Partisanenkämpfen, auftreten. „Die Bedingungen, unter denen sich die Tätigkeit der Partisanenabteilungen vollzieht, sind demnach denkbar ungünstig.“ (S. 18.)

Solche Schwächen und Nachteile sind: Unzulängliche Bewaffnung, sowohl was Menge wie Qualität der Waffen anbetrifft; keine einheitliche Truppe; kein zulängliches Führermaterial für geschlossene Verbände, mit denen taktische Aufgaben größeren Stils durchzuführen sind; Schwierigkeit der Zentralisierung in der militärischen Leitung; Mangel einer guten Ausgangsbasis (für Verpflegung, Verbindungen usw.), Gefahr der Demoralisierung durch Plünderungen.

Die allgemeine Taktik der Schutzpolizei wäre dementsprechend:

1. möglichst früher Einsatz der Staatsgewalt, aber nur dann, wenn zweifelsfrei stärkere Kräfte zur Verfügung stehen;

2. Formierung dieser Kräfte in kleinen, schlagkräftigen Abteilungen, entsprechend den Erfahrungen der Freikorps 1918/19. „Um den Einsatz eines jeden Freiwilligen-Verbandes besonders wirksam zu gestalten, wurden zumeist kleinere, bewegliche, gemischte Abteilungen formiert, bestehend aus Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Teilen von M.-G.- und technischen Verbänden.“ (S. 27.);

3. konzentrischer Einsatz der verfügbaren Truppen, d. h., alle Kräfte werden auf einen Aufruhrherd zusammengezogen, dieser abgeriegelt und somit isoliert und dann langsam in Umfassung von mindestens zwei Seiten erobert;

4. Anpassung der Kampfform an die Eigenart der revolutionären Kampfverbände. Also Auflösung der geschlossenen Verbände in Schützenreihen oder Schützenrudel, ausgiebige Benutzung der Panzerkraftwagen, Anlage von Schützennestern (Dachschützen), Einsatz und Sicherung erfolgen dabei nicht allein nach vorne, sondern auch im Rücken und auf den Flanken, ja sogar in der Vertikalen. (Fassen des Gegners auch in der Höhe.);

5. „Befriedung“ des eroberten Aufruhrherdes durch Entwaffnungsaktionen, Verhaftungen usw.[*)]

K. W.

Druckfehlerberichtigung[*]

Die Überschrift auf Seite 231 des Heftes 8 lautet richtig: „Die Linie der Kommunistischen Partei und die gemeinsame Wurzel aller Abweichungen.“ Auf Seite 233, Zeile 13 von unten soll es statt „neuen“ richtig heißen „politischen“.

[289]

[*)] Der Schluß dieses Artikels folgt im nächsten Heft.

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 15. Mai 1926 ∗ Heft 10

Staatsstreich?

□ Berlin, 20. Mai 1926

Luther ist gestürzt, aber nicht die Luther-Regierung. Diese hat vielmehr ruhig weiterregiert und sich auf eine in dem Papier von Weimar nicht vorgesehene Art aus sich heraus regeneriert. Das Absterben der parlamentarischen Demokratie macht Fortschritte. Wir sind schon beim Direktorium.

Die SPD hat sich in den letzten Wochen mit großer Geste als die Verteidigerin der Demokratie gebärdet. Sie hat als ihren obersten Leitsatz proklamiert, das Funktionieren des parlamentarischen Apparats zu verteidigen, um ein selbstherrliches Walten der Bürokratie zu verhindern. Aber kaum je so deutlich wie in dieser Regierungskrise hat sich der Charakter dieses bürgerlichen Parlamentarismus offenbart, nicht als Garantie gegen die Selbstherrlichkeit der Bürokratie, sondern als ihr Deckmantel. Kaum je hat sich in so klassischer Reinheit gezeigt, was der Zweck des Parlamentarismus ist: die realen Klassenkonflikte, statt sie auszutragen, zu vertuschen, sie bloß auszutragen im parlamentarischen Froschteich, nur scheinbar, nur bei Nebenfragen, durch Phrasen, statt in der Tat, und die Massen zu täuschen durch Ministerstürze und Programmwechsel, die alles beim alten lassen.

Der Sturz Luthers ist nicht erfolgt anläßlich der entscheidenden Frage des Volksentscheids gegen die Fürsten, nicht anläßlich einer jener brutalen Regierungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft, nicht anläßlich des Anschlags auf das Koalitionsrecht. Nein, er passierte bei einem anscheinend an den Haaren herbeigezogenen Konflikt in der Flaggenfrage. Die schwarzrotgoldenen Republikaner, sowohl die Bourgeoisie wie die Sozialdemokraten, die sich tönend als die Vorkämpfer des „Volkes“ ausgaben, kämpfen nicht etwa gegen die Ausbeutung und Entrechtung der Massen, auch nicht gegen die Änderung ihrer Weimarer Verfassung – sondern bloß um den schwarzrotgoldenen Lappen, der all diese Dinge am besten maskiert. Sie haben die schwarzweißrote Bourgeoisie, sie haben Hindenburg, sie haben Luther angebettelt, ihnen den Lappen zu lassen. Diese bornierten Demokraten, bis weit in die SPD hinein, verstanden nicht, warum man ihn gerade jetzt beseitigen wollte. Sie verstanden und verstehen auch heute noch nicht, wieso der „unglückselige“ und „ungeschickte“ Luther seinen Sturz so selbst herbeiführen konnte. Sie haben sich bis zum letzten Augenblick krampfhaft bemüht, ihm die richtigen Worte in den Mund zu legen, ihm goldene Brücken zu bauen (voran die SPD), bereit, in allem Materiellen nachzugeben, nur um den Lappen zu retten. Umsonst.

In der Tat ist natürlich der Sturz Luthers weder eine Ungeschicklichkeit noch ein Zufall. Wenn die Regierungskrise auch vorläufig noch keine Änderung im System und Charakter der Regierung gebracht hat, so hat sie doch ein Gutes gehabt: sie hat für eine Zeitlang die Kulissen der Republik ein [290] wenig in Unordnung gebracht, die Akteure auf der politischen Bühne zu Geständnissen, Manövern und Gegenmanövern genötigt und dem Proletariat einen Einblick gegeben in das, was in dieser demokratischen Republik gespielt wird.

Die wichtigste Tatsache, die durch die letzten Ereignisse den arbeitenden Massen vor Augen geführt wurde, ist, daß heute große Teile der Bourgeoisie ernstlich entschlossen sind, die Verfassung von Weimar zu verbiegen, zu revidieren oder zu beseitigen und eine mehr oder minder „nationale“ Diktatur zu errichten. In dieser Frage besteht heute eine Einheitsfront vom rechten Zentrum und den Geßler-Demokraten bis zu Hugenberg und Claß. Entscheidend dabei ist, daß nicht bloß die faschistischen Organisationen hinter diesen Plänen stehen, sondern die ausschlaggebenden Teile des Industrie- und Bankkapitals und die Reichswehr. Hindenburg, der sich solange als gutmütiger schwarzrotgoldener alter Herr gab, als nötig war, um den sozialdemokratischen und Reichsbanner-Führern den Betrug ihrer Anhänger zu erleichtern, ist wieder in den Mittelpunkt der auf die Diktatur hinarbeitenden Kräfte gerückt.

Selbstverständlich gibt es Differenzen innerhalb dieser schwarzweißroten Front. Eine detaillierte Analyse wird an anderer Stelle gegeben[*)]. Wir haben einerseits die Kreise hinter Stresemann und

[*)] Siehe Rundschau „Deutsche Politik“ in diesem Heft.

Luther, die ihre Pläne möglichst reibungslos, möglichst auf legalem Wege und ohne völlige Ausschaltung des Parlaments durchsetzen wollen, ferner die offiziellen Deutschnationalen um Westarp, die über den Artikel 48 die Verfassung beseitigen und allmählich zur Monarchie oder etwas Ähnlichem gelangen wollen; wir haben endlich die Vaterländischen Verbände unter der Führung der Alideutschen und der Hugenbergclique, die durch Provozierung der Arbeiter und Durchführung eines Putsches unter dem Mantel der Abwehr des Bolschewismus eine völkische Diktatur errichten möchten. J e d e dieser Gruppen will i h r e Methode, die den Interessen der hinter ihr stehenden Klassenschichten entspricht, zur a l l g e m e i n e n Methode der Reaktion machen und ihre Durchführung s e l b s t in der Hand behalten. Das Zeichen des gegenwärtigen Moments ist das Wühlen aller dieser Gruppen, bisweilen die Katzbalgerei um d i e Faktoren, von denen heute die wirkliche Macht in Deutschland ausgeht, Hindenburg und die Reichswehr.

Woher – fragt das demokratische Schaf – diese rapide Rechtsentwicklung der Bourgeoisie, die sich in den letzten Jahren zum Triumph der SPD zu republikanisieren begann und die demokratische Republik als die gegebene politische Form für die Ausbeutung der Arbeitermassen akzeptierte? Die Erklärung ist sehr einfach. In demselben Maße wie die tatsächliche Herrschaft der Bourgeoisie sich in der Republik entwickelte, ging ihre moralische Herrschaft über die Volksmassen verloren. Die unerbittliche Logik der ökonomischen Tatsachen setzt sich durch, aller Klassenversöhnung zum Trotz. Die wirtschaftliche und finanzielle Situation z w i n g t die Bourgeoisie, die Lebenshaltung der arbeitenden Massen noch weiter herabzudrücken, sie zwingt sie zu imperialistischen Abenteuern und zur Wiederherstellung ihrer alten Herrenrolle im Innern. Bei dieser Aufgabe ist die heutige parlamentarische Demokratie hinderlich. Nicht, weil sie nicht genug Mittel an die Hand gäbe, die wirtschaftlichen Widerstände zu brechen. In dieser Hinsicht ist sie zufriedenstellend. Aber indem sie die vorhandenen Konflikte p o l i t i s c h, wenn auch nur in der Phrase, zum Austrag bringt, indem sie gewisse politische Bewegungen der Massen zuläßt, also Dinge, die unter anderen [291] Umständen erwünschte Sicherheitsventile waren, vermehrt sie unter den heutigen Verhältnissen des ökonomischen Druckes die Gefahr für die Stabilität der Regierung, die Gefahr für den Restaurationsprozeß der bürgerlichen Klassenherrschaft, des Imperialismus. Solange die Bourgeoisie das Kleinbürgertum hinter sich herschleppte, kommandierte sie die nötigen Massen, um auch in den Formen der demokratischen Republik ohne Schwierigkeiten zu regieren. Nach 1923, nachdem das Proletariat niedergeworfen war, haben die Maßnahmen der herrschenden Bourgeoisie aber auch das Kleinbürgertum in Opposition getrieben, und die Basis der Bourgeoisherrschaft in den Massen ist schmal geworden. Sie muß „nach oben“ verankert würden.

Das Alarmsignal für die Bourgeoisie gab das Volksbegehren. Hier ist das Kleinbürgertum praktisch unter der Führung des Proletariats gegen die Bourgeoisie marschiert. Eine Befestigung dieses revolutionären Bündnisses durch einen Sieg des Volksentscheids k a n n die Bourgeoisie nicht dulden. Sie ist sich e i n i g darin, daß der Volksentscheid verhindert werden muß, aber sie sieht heute keine legale Kraft mehr, die ihn verhindern könnte. Man hat zuerst mit Luther versucht, die Durchführung des Volksentscheids „verfassungsmäßig“ zu sabotieren, durch ein rasch vorher angenommenes Kompromiß die ganze Frage aus der Aufmerksamkeit der Volksmassen zu rücken. Diese Versuche haben in einem kläglichem Durcheinander erfolglos geendet. Die entschiedenen Befürworter der Diktatur haben innerhalb der Bourgeoisie an Einfluß gewonnen. Die Deutschnationalen unter Westarp haben die Führung im Kampfe gegen den Volksentscheid übernommen. Ihr Plan ist in den letzten Tagen bekannt geworden: die Herbeiführung einer Regierungskrise, ihre Auswirkung zur Parlaments- und Staatskrise und die Ernennung einer Regierung mit diktatorischen Vollmachten auf dem Wege des Artikels 48 durch Hindenburg.

In dieser raschen Rechtsentwicklung der entscheidenden Teile der Bourgeoisie und der steigenden Macht der monarchistischen Verbände liegt das Geheimnis der „zufälligen“ und „an den Haaren herbeigezogenen“ Regierungskrise. Luther hat in den letzten Monaten mit unverkennbarer Absicht auf die Einschränkung der Rolle des Parlaments, auf seine Verwandlung in einen „Wohlfahrtsausschuß“ der Bourgeoisklasse hingearbeitet. Er hat sich dabei im Einverständnis mit den Alldeutschen wie mit den Westarp-Leuten befunden, aber nicht ohne gegen beide Gruppen seine eigene Methode auch

durch das Parlament, mit gelegentlicher Hilfe der Linken und gestützt auf die Mitte durchzudrücken. Der Mißerfolg seiner Manöver gegen das Volksbegehren hat die andern Gruppen der Reaktion zu einem entschiedeneren Vorgehen veranlaßt. Westarp hat auf Luthers Versuche, die Deutschnationalen wieder in die Regierung zu ziehen, eine Absage erteilt. Die Wehrverbände haben ihre Rüstungen verstärkt. Ihre Versuche, die Deutschnationale Partei, die Reichswehr und Hindenburg für ihre Pläne zu gewinnen, nahmen zu und hatten teilweise Erfolg. Dies ist der Hintergrund der Flaggenverordnung Luthers. Sie sollte den Deutschnationalen den Weg in die Regierung ebnen, zugleich die vorwärtsdrängenden Monarchisten durch Hinwerfen eines Brockens vorläufig befriedigen, nicht zuletzt aber auch Hindenburg an den forschen schwarzweißroten Luther binden, dem Einfluß der Putschisten entziehen. Sie war ein gewagter Streich, die Durchführung der Reaktion in der eigenen Hand zu behalten.

Luther hat bei diesem Versuch bankrott gemacht. Der Versuch der nationalliberalen Bourgeoisie, die Reaktion auch auf Socken einzuführen, den Reichstag bei der Einführung der Diktatur als Wandschirm und Reservestützpunkt zu verwenden, ist gescheitert. Und zwar nicht an dem Geblöke der Republikaner, nicht an dem scheinbaren Mißtrauensvotum der Sozial-[292]demokraten, sondern an der eisigen Ablehnung der Deutschnationalen. Die Luther und Stresemann spielten eine klägliche Rolle bei den vergeblichen Versuchen, die Flaggenverordnung als bloße unpolitische Verwaltungsangelegenheit hinzustellen. Die nationalliberale Maskierung der Reaktion hat eine Niederlage erlitten. Die Reaktion will heute offen auftreten. Ihre Flagge ist schwarzweißrot ohne jede schwarzrotgelbe Verzierung.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß schon diese Regierungskrise den § 48 und den Übergang zur Diktatur bringen sollte. Die Betreuung Geßlers, des Vertrauensmanns der Reichswehr, durch Hindenburg, bestätigt die große Rolle der Reichswehr bei der Vorbereitung des Staatsstreichs. In diesem Moment aber kam ein kleines Hindernis, nämlich die Staatsrettungsaktion der preußischen Regierung. Diese Republikaner, die alle Reaktion bisher wacker mitgemacht hatten, bekamen Angst um ihre Posten. Daher lüfteten sie ein wenig die Toga der Republik und zeigten dem erstaunten „Volk“ die Maschinengewehre und Handgranaten, die darunter stecken. Freilich vergaßen die Republikaner mitzuteilen, daß sie selbst es gewesen waren, die im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat die faschistischem Verbände bewaffnet, die Reichswehr geschaffen und den Monarchisten dieses Söldnerheer und den Präsidentensitz in die Hände gespielt haben.

Ihr Gegenmanöver war recht schlau eingefädelt. Tatsachen, die schon einige Wochen und Monate bekannt waren, wurden plötzlich neu entdeckt, nachdem die legale und vorsichtige Methode Luthers ins Wanken gekommen war. Ein glücklicher Umstand ließ ein paar Dokumente in die Hände der Polizei geraten, und in dem Moment, da Luther stürzte, erhob sich in der sozialdemokratischen und demokratischen Presse das Gezeter über die Putschisten. Die Absicht war durchsichtig: Man wollte die für die parlamentarische Reaktion eintretenden Schichten der Bourgeoisie, also vor allem Deutsche Volkspartei und Zentrum, erschrecken, von der Diktatur trennen, sie mit den Putschplänen öffentlich blamieren, um sie wieder in eine große Koalition mit den SPD-Führern hineinzubringen. Man konnte ein Lächeln nicht unterdrücken, als die Berliner Polizei durch die Person des Vizepräsidenten Friedensburg nach gelungenem Putschalarm in der „Vossischen Zeitung“ in die Regierungskrise auch literarisch eingriff. Bezeichnend dabei war nur, daß die Verbindung mit der Reichswehr in den amtlichen preußischen Enthüllungen, trotzdem Material vorliegt, nicht bekannt gegeben und in der Presse der Demokraten vertuscht wurde. Man wollte bewußt den Eindruck einer operettenhaften Verschwörung erwecken, um die Bourgeoisie vor der Verbindung mit den Monarchisten zurückzuscheuchen, man wollte die Reaktion nicht bekämpfen, sondern sie bloß gesellschaftsunfähig machen. Deswegen vertuschte und verschwieg man die wirkliche Gefahr, die Verbindung mit Hindenburg und der Reichswehr. Deswegen kroch man schon im nächsten Moment feige zurück, erlaubte die Monarchistendemonstration, verbot die Gegendemonstration der Arbeiter.

Aber noch eine zweite Fliege sollte mit der Klappe des Putschalarms geschlagen werden, nämlich die revolutionär gestimmten SPD-Arbeiter. Der Putschalarm sollte sie düpieren und es den koalitionslüsternen Führern möglich machen, zur „Rettung der Republik“ eine neue große Koalition zu schaffen.

Prompt hat die SPD schon vor dem Sturze Luthers ihren Eintritt in die Regierung angeboten. Die Argumentationen, unter denen dies geschah, waren ebenso altbekannt wie offenbar lächerlich. Sie finden heute in der Arbeiterschaft keinen Glauben mehr. Diese Art des „Kampfes“ gegen die Reaktion ist die Methode des Hundes, der sich prügeln läßt, um seinen Herrn zu besänftigen.

[293] Die SPD-Führer sind von der Bourgeoisie höhnisch hinausgeworfen worden. Hindenburg hat zwar noch nicht den Artikel 48 in Tätigkeit gesetzt, aber er hat dem Reichstag eine Regierung diktiert und der Reichstag, einschließlich der SPD, hat diese Regierung unter dem Eindruck der Drohungen der Reaktion gehorsam „zur Kenntnis genommen“. Die Ironie der Geschichte will es, daß der Reichsbanner-Marx, der schwarzrotgoldne Gegenkandidat Hindenburgs, nun im Auftrage Hindenburgs die schwarz-weiß-rote Flagge einführen wird.

Aber diese Regierung, ist trotz aller ihrer guten reaktionären Absichten nur eine Übergangsregierung. Kein Mensch, außer einigen Parlamentskretins, nimmt sie ernst. Sie ist nur ein Wandschirm für die weitere Konzentrierung der Bourgeoisie nach rechts, um die äußerste Reaktion. Sie wird der Wandschirm des Staatsstreichs werden.

Vorläufig wartet man. Läßt Marx die republikanischen Wogen glätten. Der Volksentscheid steht vor der Tür. Er wird ein Wendepunkt von historischer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Klassenkämpfe in Deutschland sein. Die Reaktion hat sich entschlossen, seinen Ausfall abzuwarten. Sieg oder Niederlage der revolutionären Front bei der Abstimmung, an sich natürlich von keiner entscheidenden Bedeutung, werden nicht nur ein wichtiges Kennzeichen des Kräfteverhältnisses der beiden Lager sein, sondern zugleich das Vorgehen der bewaffneten Reaktion und die Haltung der Bourgeoisie wie der Arbeiterklasse nachdrücklich beeinflussen. Die allgemeine Linie der Entwicklung aber ist heute schon klar erkennbar: Die Klassenscheidung, die eine Zeitlang durch die Inflation und nachher durch den amerikanischen Anleihestrom verkleistert werden konnte, wird immer tiefer und weniger überbrückbar. Das Parlament immer weniger der Ausdruck der wirklichen Bewegungen der Klassen. Es gibt heute weder eine allgemeine Links- noch eine allgemeine Rechtsentwicklung, wie sie in den letzten Jahren oberflächlich vor sich gegangen sind. Der revolutionären Massenbewegung entspricht auf der anderen Seite eine rasche reaktionäre Zusammenballung der Bourgeoisie. Die Führung in beiden Lagern geht immer mehr von der Sozialdemokratie und der Volkspartei auf die Deutschnationalen und die Kommunistische Partei über. Der Volksentscheid, ob er so oder so ausfällt, wird diese Entwicklung beschleunigen.

Das deutsche Proletariat muß sich auf ernste, vielleicht entscheidende Kämpfe vorbereiten. Wenn in dieser Situation der „Vorwärts“ schreit: „Die Demokratie ist in Gefahr“, und das revolutionäre Proletariat beschwört, seinen Kampf nur als Kampf für die demokratische Republik zu führen, dann ist das bloß lächerlich. Denn eben diese Methode hat das deutsche Proletariat von den Arbeiter- und Soldatenräten des Novembers 1918 in die gegenwärtige Lage zurückgeschleudert. Unsere Partei wird in den nächsten Wochen alle Kräfte mobilisieren, um den Massen der organisierten Arbeiter dies zu erklären, sie zu überzeugen, daß auch der Kampf für die Erhaltung der demokratischen Republik als des besten Kampfbodens für den Sozialismus nur erfolgreich geführt werden kann eben als Kampf für den Sozialismus, d. h., im Kampf für die Interessen der breiten Massen gegen die monarchistische und gegen die republikanische Bourgeoisie.

Die Rüstungen der illegalen und legalen Reaktion geben den Arbeitern eine derbe Lehre. Sie rütteln Hunderttausende aus dem Schlaf. Dieser Moment muß von unserer Partei benützt werden, um die Einheitsfront zu erzwingen. Die Bildung von Einheitskomitees und Aktionsausschüssen muß hartnäckig propagiert und ins Werk gesetzt werden. Ihre Hauptaufgabe ist es jetzt, die Arbeiter aufs Land hinaus zu bringen zur Agitation. Die [294] Kampagne für den Volksentscheid muß zu einer wirklichen Mobilisierung der arbeitenden und darbenden Millionen werden, nicht nur gegen die Fürsten, sondern gegen diese Republik der Ausbeuter und für die Arbeiter- und Bauern-Republik.

Die Partei hat die Aufgabe, diese Frage des Staates ruhig und konsequent in ihrer ganzen Breite und Tiefe vor den in Bewegung geratenen Massen aufzurollen, ohne auf das Angstgeschrei der sozialdemokratischen Jammerdemokraten zu achten, aber auch ohne in Übertreibungen zu verfallen. Sie

wird die Frage der Reichswehr vor den Massen stellen. Sie wird überall im Gegensatz zu der verlogenen bürgerlichen Demokratie die Verwirklichung einer tatsächlichen Demokratie für die breiten Massen der Ausgebeuteten fordern, in der Richtung auf den Kommunestaat und die Sowjetdemokratie. Sie wird die daraus unvermeidlich entstehenden Konflikte mit der Staatsgewalt rücksichtslos, aber in engster Fühlung mit den Massen austragen und diese so an die Grenzen der Bourgeoisie-Demokratie heranführen.

Dies, die Organisierung der Aktionskomitees und der hartnäckige Kampf für die materiellen Forderungen der Massen, wird die Basis der neuen proletarischen Revolution in Deutschland schaffen.

*

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion

Von J. Stalin

Der folgende Artikel ist eine gekürzte literarische Bearbeitung des Berichts an die Parteiarbeiter der Leningrader Organisation vom 13. April d. J.

I.

Die wichtigste Tatsache, die unsere Politik bestimmt, besteht darin, daß unser Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung in eine neue Periode der NEP eingetreten ist, in eine neue Periode der Neuen Wirtschaftspolitik, in eine Periode der unmittelbaren Industrialisierung.

Fünf Jahre sind vergangen, seitdem Leni die Neue Wirtschaftspolitik verkündet hat. Die Hauptaufgabe, die damals für uns, für die Partei gegeben war, bestand darin, unter den Verhältnissen der Neuen Wirtschaftspolitik, unter den Verhältnissen des entfalteten Warenverkehrs die sozialistische Grundlage unserer Volkswirtschaft aufzubauen. Diese strategische Aufgabe steht auch jetzt als unsere Hauptaufgabe vor uns. An diese Hauptaufgabe traten wir damals in der ersten Periode der NEP – beginnend im Jahre 1921 – unter dem Gesichtswinkel der Entwicklung vor allem der Landwirtschaft heran. Genosse Lenin sagte: Unsere Aufgabe ist es, das sozialistische Fundament der Volkswirtschaft aufzubauen; um dieses Fundament aufzubauen, muß man eine entwickelte Industrie besitzen, denn die Industrie ist die Grundlage, der Anfang und das Ende des Sozialismus, des sozialistischen Aufbaues; um aber die Industrie zu entfalten, muß man die Sache bei der Landwirtschaft anfangen.

Jetzt sind wir in die zweite Periode der NEP eingetreten. Das Wichtigste und Kennzeichnendste des Zustandes unserer Wirtschaft besteht jetzt darin, daß sich nunmehr der Schwerpunkt auf die Industrie verschoben hat. Wenn wir damals, in der ersten Periode der Neuen Wirtschaftspolitik, [295] bei der Landwirtschaft beginnen mußten, da sich die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft auf die Landwirtschaft stützte, so ist es jetzt notwendig, die Aufmerksamkeit gerade auf die Industrie zu konzentrieren, um den Aufbau des sozialistischen Fundaments unserer Wirtschaft fortzusetzen, um die Wirtschaft im ganzen vorwärtszubewegen. Jetzt kann sich die Landwirtschaft selbst nicht vorwärtsbewegen, wenn man ihr nicht rechtzeitig landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren, Industrieprodukte usw. liefert. Wenn sich darum damals, in der ersten Periode der Neuen Wirtschaftspolitik, die Entfaltung der Volkswirtschaft im ganzen auf die Landwirtschaft stützte, so stützt sie sich jetzt und hat sich bereits gestützt auf die unmittelbare Entfaltung der Industrie.

II.

In dem Dargelegten besteht das Wesen und der Grundgedanke jener Losung, jenes Kurses auf die Industrialisierung des Landes, jener Losung, die vom XIV. Parteitag verkündet wurde und die gegenwärtig durchgeführt wird. Von dieser Hauptlosung ist das Plenum des Zentralkomitees im April dieses Jahres bei seiner Arbeit ausgegangen. Die auf der Tagesordnung stehende Hauptaufgabe besteht also jetzt darin, das Entwicklungstempo unserer Industrie zu beschleunigen, unsere Industrie mit aller Macht vorwärtszubewegen, dabei die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel auszunützen, und durch all dies die Entwicklung der Wirtschaft im ganzen zu beschleunigen.

Diese Aufgabe nimmt einen besonders akuten Charakter gerade jetzt, im gegebenen Augenblick, unter anderem deshalb an, weil sich bei uns kraft der bekannten Entwicklung der Wirtschaft ein gewisses

Mißverhältnis zwischen der Nachfrage nach Industrieprodukten in Stadt und Dorf und dem Angebot an diesen Produkten durch die Industrie herausgebildet hat, weil die Nachfrage nach Industrieprodukten schneller wächst, als die Industrie selbst, weil der bei uns herrschende Warenhunger mit allen daraus fließenden Folgen der Ausdruck und das Ergebnis dieses Mißverhältnisses ist. Es ist kaum notwendig, zu beweisen, daß die rasche Entwicklung unserer Industrie das richtige Mittel ist, um dieses Mißverhältnis zu beseitigen und den Warenhunger zu überwinden.

Einige Genossen glauben, daß die Industrialisierung überhaupt die Entwicklung j e g l i c h e r Industrie darstelle. Es gibt sogar solche Käuze, die da glauben, daß bereits Iwan der Schreckliche, der irgendeinmal einen gewissen Ansatz der Industrie geschaffen hat, ein Industrialist gewesen sei. Wenn man auf diesem Wege gehen will, dann muß man Peter den Großen den ersten Industrialisten nennen. Das ist natürlich unrichtig. Nicht jegliche Entwicklung der Industrie stellt an sich eine Industrialisierung dar. Der Mittelpunkt der Industrialisierung, ihre Grundlage besteht in der Entwicklung der Schwerindustrie (Heizstoffe, Metalle und dergleichen), in der Entwicklung letzten Endes der Produktionsmittel, in der Entwicklung des eigenen Maschinenbaues.

Die Aufgabe der Industrialisierung ist nicht nur die, unsere Volkswirtschaft mir ganzen zur Vergrößerung des Anteils der Industrie an ihr zu führen, sondern sie besteht auch darin, in diese Entwicklung für unser von Kapitalisten eingekreistes Land wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern, es von der Verwandlung in ein Anhängsel des Weltkapitalismus zu bewahren. Ein Land der Diktatur des Proletariats, das sich in der kapitalistischen Umzingelung befindet, kann wirtschaftlich nicht selbständig bleiben, wenn es nicht selbst bei sich zu Hause Produktionsmittel herstellt, wenn es auf jener [296] Entwicklungsstufe stecken bleibt, in der die Volkswirtschaft von den kapitalistisch entwickelten Ländern, die Produktionsmittel herstellen und ausführen, abhängig sein muß. Auf dieser Stufe stecken bleiben, heißt, sich der Unterwerfung unter das Weltkapital hingeben.

III.

Aber um die Industrialisierung vorwärts zu bringen, ist es notwendig, die alte Ausrüstung unserer Werke zu erneuern und neue Werke zu bauen. Jene Periode der Entwicklung unseres eigenen Maschinenbaues, dieses Hauptnerven, dadurch gekennzeichnet, daß wir bereits die alten, uns von den Kapitalisten der Zarenzeit zurückgelassenen Werke und Fabriken voll ausgenützt haben, und daß jetzt, um uns weiter zu bewegen, die Technik verbessert werden muß, die alten Werke neu ausgerüstet und neue Werke erbaut werden müssen. Ohne dieses ist es jetzt unmöglich, weiterzukommen.

Um aber unsere Industrie auf Grundlage der neuen Technik zu erneuern, sind große, sehr große Kapitalien notwendig. Kapitalien gibt es aber, wie dies Ihnen allen bekannt ist, bei uns wenig.

Darum nimmt die Frage der Akkumulation für die Entwicklung der Industrie, die Frage der sozialistischen Akkumulation jetzt für uns die Bedeutung einer Frage ersten Ranges an.

Sind wir imstande, uns selbst überlassen, ohne Anleihen von außen, auf Grund der inneren Kräfte unseres Landes, unserer Industrie die Akkumulation und die Reserven zu sichern, die zur Durchführung des Kurses auf die Industrialisierung, zum Siege des sozialistischen Aufbaues in unserem Lande notwendig sind?

Das ist eine ernste Frage, der besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß.

Die Geschichte kennt verschiedene Methoden der Industrialisierung. Großbritannien industrialisierte sich, dank dem Umstande, daß es jahrzehnte- und jahrhundertelang Kolonien ausgeplündert, dort „Zusatz"-Kapitalien gesammelt, sie in seiner Industrie angelegt und das Tempo seiner Industrialisierung verstärkt hatte. Dies ist eine Methode der Industrialisierung. Deutschland beschleunigte seine Industrialisierung im Gefolge des siegreichen Krieges gegen Frankreich in den 70er Jahren des verflossenen Jahrhunderts, indem es die fünf Milliarden Franken Kriegsentschädigung, die es den Franzosen weggenommen hatte, in seine Industrie überführte. Dies ist eine zweite Methode der Industrialisierung. Diese beiden Methoden sind uns verschlossen. Denn wir sind ein Sowjetland: die Ausplünderungen von Kolonien und Kriegseroberungen zum Zwecke des Raubes sind mit der Natur der

Sowjetmacht unvereinbar. Rußland, das alte Rußland, hatte Sklavenkonzessionen erteilt und Sklavenanleihen erhalten, wobei es sich bemühte, auf diese Weise allmählich auf den Weg der Industrialisierung zu gelangen. Dies ist die dritte Methode. Aber dies ist ein Weg der Versklavung oder Halbversklavung, der Weg einer Verwandlung Rußlands in eine Halbkolonie. Dieser. Weg ist uns gleichfalls verschlossen, denn wir haben nicht einen dreijährigen Bürgerkrieg geführt und Interventionisten jeglicher Art abgeschlagen, um nachher, nach dem Siege über die Interventionisten, freiwillig in Sklaverei bei den Imperialisten zu gehen. Es verbleibt der vierte Weg, der Weg der Sozialisierung, der Weg der eigenen Ersparnisse für die Sache der Industrie, der Weg der sozialistischen Akkumulation, auf den Genosse Lenin wiederholt als auf den einzigen Weg der Industrialisierung unseres Landes hingewiesen hat.

[297] Ist also die Industrialisierung unseres Landes auf Grundlage der sozialistischen Akkumulation möglich? Haben wir bei uns die Quellen einer solchen Akkumulation, hinreichend zur Sicherung der Industrialisierung?

Ja, es ist möglich. Ja, wir haben solche Quellen[*)].

Aber Möglichkeit ist noch nicht Wirklichkeit. Bei einer ungeschickten Führung der Sache kann ein ziemlich beträchtlicher Abstand zwischen der Möglichkeit zur Akkumulation und der tatsächlichen Akkumulation herauskommen. Darum können wir uns nicht mit den bloßen Möglichkeiten beruhigen. Wir müssen die Möglichkeit der sozialistischen Akkumulation in eine tatsächliche Akkumulation verwandeln, wenn wir wirklich daran denken, die notwendigen Reserven für die Industrie zu schaffen.

Daraus entsteht die Frage: Wie muß die Akkumulierung ins Werk gesetzt werden, damit daraus ein Ansporn für die Industrie erstehe? Welche Knotenpunkte des Wirtschaftslebens müssen wir packen, um die Möglichkeit der Akkumulierung in eine tatsächliche sozialistische Akkumulierung zu verwandeln?

Es besteht eine Reihe von Kanälen der Akkumulation, von denen zum mindesten die hauptsächlichsten vermerkt werden müßten.

Erstens: Die Überschüsse der Akkumulation im Lande dürfen nicht zersplittert werden, sondern müssen in unseren genossenschaftlichen und staatlichen Kreditinstitutionen und auch in Form innerer Anleihen zu ihrer Ausnützung für die Bedürfnisse vor allem der Industrie gesammelt werden.

Zweitens: Es müssen sorgfältig all jene Pfade und Spalten verrammelt werden, durch die ein Teil der Überschüsse der Produktion im Lande zum Schaden der sozialistischen Akkumulation in die Taschen des Privatkapitals fließt. Zu diesem Zwecke muß eine derartige Preispolitik geführt werden, daß nicht ein Abgrund zwischen den Großhandels- und Kleinhandelspreisen entsteht.

Drittens: Innerhalb der Industrie selbst und in jedem ihrer Zweige müssen gewisse Vorräte zur Amortisierung der Unternehmungen beiseite gelegt werden, zu ihrer Erweiterung, zu ihrer Entwicklung.

Viertens: In den Händen des Staates müssen gewisse Reserven aufgehäuft werden, die für die Versicherung des Landes gegen Zufälligkeiten jeder Art (Mißernte), für die Unterstützung der Industrie, für die Erhaltung der Landwirtschaft, für die Entfaltung der Kultur usw. notwendig sind.

Dies sind im allgemeinen jene Knotenpunkte unseres Wirtschaftslebens, die man vor allem anpacken muß, um die Möglichkeit der inneren Akkumulation in unserem Lande zum Zwecke seiner. Industrialisierung in eine tatsächliche sozialistische Akkumulation umzuwandeln.

IV.

Aber die Sache erschöpft sich nicht und kann sich nicht erschöpfen mit der bloßen Akkumulation. Man muß außerdem noch imstande sein, die angehäuften Reserven vernünftig, verständig auszugeben, so

[*)] Genosse Stalin weist hier auf die Enteignung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die Annullierung der Staatsschulden, die Überschüsse der nationalisierten Industrie und des Außenhandelsmonopols, den organisierten Innenhandel und das Banksystem hin. D. Red.

daß nicht eine einzige Kopeke des Volksguts verloren geht, so daß die Ausnützung der Akkumulation die wichtigsten Bedürfnisse der Industrialisierung unseres Landes befriedigt.

[298] Es muß daher eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, die unsere Akkumulation vor Zersplitterung, vor Beraubung, vor Verschleppung in unnütze Kanäle, vor ihrer Ablenkung von der Hauptlinie des Aufbaues unserer Industrie behüten.

E r s t e n s müssen unsere Industriepläne nicht durch bürokratische Erfindungen aufgebaut werden, sondern in engem Zusammenhang mit dem Zustande unserer Volkswirtschaft und mit Berücksichtigung der Hilfsquellen der Reserven unseres Landes. Man kann in der planmäßigen Gestaltung des Industrieaufbaues nicht hinter der Entwicklung der Industrie zurückbleiben. Aber es ist gleichfalls möglich, vorwärts zu laufen, sich dabei von der Landwirtschaft loszulösen und vom Tempo der Akkumulation in unserem Lande zu entfernen. Die Bedürfnisse unseres Innenmarkts und der Umfang unserer Hilfsquellen: das sind die Grundlagen für die Entfaltung unserer Industrie.

Z w e i t e n s ist es notwendig, unseren Staats- und Genossenschaftsapparat, unsere Volkskommissariats- und Wirtschaftsverrechnungseinrichtungen einzuschränken, zu verbilligen und zu gesunden. Nicht umsonst hat Lenin dutzende und hunderte Male ausdrücklich erklärt, daß die Arbeiter und die Bauern die Überlastung und Kostspieligkeit unseres Staatsapparates nicht aushalten, daß man ihn um jeden Preis, auf allen Wegen und mit allen Mitteln einschränken und verbilligen muß. Man muß sich endlich wirklich in bolschewistischer Weise an diese Sache machen und ein ganz strenges und brutales Sparsystem einführen.

D r i t t e n s müssen wir einen entschiedenen Kampf gegen jede Art überflüssigen Aufwandes in unseren leitenden Organen und in unseren Gebräuchen führen, gegen jenes verbrecherische Umgehen mit Volksgut und mit Staatsreserven, das bei uns in der letzten Zeit zu beobachten ist.

Wir müssen v i e r t e n s einen systematischen Kampf gegen den Diebstahl, gegen den sogenannten „frischfröhlichen“ Diebstahl in den Organen unseres Staates, in den Genossenschaften, in den Gewerkschaften usw. eröffnen. Es gibt einen verschämten, verborgenen Diebstahl, und es gibt einen kühnen „frischfröhlichen“ Diebstahl, wie man ihn in der Presse nennt.

Solche Dinge gibt es bei uns Hunderte und Tausende. Man kann nicht alle mit Hilfe der GPU ausforschen. Hier ist eine andere Maßnahme notwendig, eine wirksamere und ernsthaftere. Diese Maßnahme besteht darin, gegen solche Diebsgesellen die Atmosphäre eines allgemeinen moralischen Boykotts und des Hasses seiner Umgebung zu schaffen. Diese Maßnahme besteht darin, eine solche Kampagne einzuleiten und eine solche moralische Atmosphäre unter den Arbeitern und Bauern zu schaffen, die die Möglichkeit des Diebstahls ausschließt.

Wir müssen schließlich eine Kampagne für die Beseitigung der Zeitversäumnisse in den Werken und Fabriken führen, für die Hebung der Produktivität der Arbeit, für die Festigung der Arbeitsdisziplin in unseren Unternehmungen. Zehntausende und Hundertausende von Arbeitstagen gehen durch Arbeitszeitversäumnisse für die Industrie verloren. Hunderttausende und Millionen Rubel wieder gehen angesichts dessen zum Schaden unserer Industrie verloren. Wir können unsere Industrie nicht vorwärts bringen, wir können den Arbeitslohn nicht erhöhen, wenn die Arbeitsversäumnisse kein Ende nehmen, wenn die Arbeitsleistung an einem Punkte stehen bleibt.

Dies sind die Mittel und Wege, die dazu notwendig sind, um unsere Akkumulation und unsere Reserven vor Zersplitterung, vor Beraubung zu [299] bewahren, um diese Akkumulation und ihre Reserven den Bedürfnissen der Industrialisierung unseres Landes zuzuführen.

Um die Weisung der Partei über die Industrialisierung unseres Landes durchzuführen, ist außer allem übrigen notwendig, einen Kader neuer Leute, einen Kader neuer Bauleute der Industrie zu schaffen.

Keine Aufgabe, und im besonderen keine so große Aufgabe wie die Industrialisierung unseres Landes, kann ohne lebendige Menschen durchführt werden, ohne neue Leute und ohne ein Kader neuer Bauleute. Früher, in der Periode des Bürgerkriegs, hatten wir besonders Kommandierende zum Aufbauen der Armee und zur Führung des Krieges, Regimentskommandanten und Brigadekommandanten,

Divisionschefs und Korpskommandanten nötig. Ohne diese neuen Kommandanten, die aus den Tiefen hervorgegangen waren und sich dann durch ihre Fähigkeiten in die Höhe gebracht hatten, hätten wir nicht die Armee bauen können, hätten wir nicht unsere zahlreichen Feinde besiegen können. Diese neuen Kommandanten haben damals unsere Armee und unser Land gerettet, natürlich mit allgemeiner Unterstützung durch die Bauern und Arbeiter.

Aber jetzt haben wir eine Periode des Aufbaues der Industrie. Jetzt sind wir von den Fronten des Bürgerkriegs zur Front der Industrie übergegangen. Dementsprechend brauchen wir jetzt neue Kommandanten der Industrie, gute Fabriks- und Werkdirektoren, gute Trustleiter, tüchtige Handelsleiter, tüchtige Syndikatsleiter, verständige Planwirtschafter zum Aufbau der Industrie. Jetzt müssen wir neue Regiments- und Brigadekommandanten, Divisionschefs und Korpskommandanten in der Wirtschaft, in der Industrie herausschmieden. Ohne solche Leute können wir uns unmöglich auch nur einen Schritt vorwärtsbewegen.

Darum besteht die Aufgabe darin, zahlreiche Kaders von Bauleitern der Industrie aus den Reihen der Arbeiter und der Sowjetintellektuellen zu schaffen, aus jenen Sowjetintellektuellen, die ihr Geschick mit dem Geschick der Arbeiterklasse verbunden haben und zusammen mit uns das sozialistische Fundament unserer Wirtschaft aufbauen.

V.

Das sind die nächsten Aufgaben, vor denen wir jetzt im Zusammenhange mit dem Kurse auf die Industrialisierung unseres Landes stehen.

Kann man diese Aufgabe ohne unmittelbare Hilfe, ohne unmittelbare Unterstützung durch die Arbeiterklasse verwirklichen? Nein, das ist unmöglich ohne unmittelbare und systematische Unterstützung der Millionenmassen der Arbeiterklasse.

Wenn man aber von der Hebung der Aktivität der Arbeiterklasse spricht, darf man auch die Bauernschaft nicht vergessen. Lenin hat uns gelehrt, daß das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Hauptgrundsatz der Diktatur des Proletariats ist.

Wir schätzen nicht jegliches Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Wir treten für ein Bündnis ein, bei dem die führende Rolle der Arbeiterklasse zufällt.

Um aber dies zu erreichen, um die Aktivität der Arbeiterklasse zu heben, muß man v o r a l l e m d i e P a r t e i s e l b s t a k t i v m a c h e n. Die Partei selbst muß fest und entschlossen den Weg der innerparteilichen Demokratie beschreiten, damit unsere Organisationen zur Erörterung der Frage unseres Aufbaues die breiten Parteimassen heranziehen, die das Geschick unserer Partei gestalten. Ohne dieses kann von der Aktivisierung der Arbeiterklasse nicht einmal die Rede sein.

[300] Ich betone dies deshalb besonders, weil unsere Leningrader Organisation vor kurzem eine Periode mitgemacht hat, in der einige Führer von der innerparteilichen Demokratie nicht anders als mit Lächeln sprechen wollen. Ich habe jenen Zeitraum vor dem Parteitage, während des Parteitags und unmittelbar nach dem Parteitage im Auge, da man die Parteikollektiven in Leningrad sich nicht versammeln ließ, da einige Organisatoren der Kollektive – verzeihen Sie meine Geradheit – die Rolle des Polizeirevieraufsehers gegenüber den Kollektiven spielten, als sie den Kollektiven verboten, sich zu versammeln. Daran hat sich auch die sogenannte neue Opposition den Hals gebrochen. Wenn es den Mitgliedern unseres ZK. mit Hilfe der aktiven Elemente von Leningrad gelang, die Opposition, die bei ihnen einen Kampf gegen die Beschlüsse des XIV. Parteitags führte, abzudrängen und zu isolieren, so deshalb, weil die Aufklärungskampagne über die Beschlüsse des Parteitags mit jenem Drang zum Demokratismus zusammenfiel, der vorhanden war, der sich durchrang und sich endlich in der Leningrader Organisation Bahn brach.

Die innerparteiliche Demokratie ist die Hebung der Aktivität der Parteimassen und die Festigung der Einheit der Partei, die Festigung der bewußten proletarischen Disziplin in der Partei. Wer unendliche Diskussionen anstrebt, wer die Freiheit von Fraktionsgruppierungen anstrebt, untergräbt die Einheit der Partei, untergräbt die Macht unserer Partei. Wodurch waren wir in der Vergangenheit stark und

wodurch sind wir jetzt stark? Durch richtige Politik und Einheit unserer Reihen. Die richtige Politik ist uns von unserem XIV. Parteitag gegeben worden. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die Einheit unserer Reihen zu sichern, die Einheit unserer Partei, die bereit ist, die Beschlüsse des Parteitags ohne Rücksicht auf irgendetwas durchzuführen.

VI.

Ich gehe zu den Schlußfolgerungen über.

Erstens müssen wir die Industrie unseres Landes als die Grundlage des Sozialismus und als die leitende Kraft, die die Volkswirtschaft im ganzen vorwärts führt, weiterbringen.

Zweitens müssen wir neue Kaders von Bauleitern der Industrie als die unmittelbaren Lenker des Kurses auf die Industrialisierung schaffen.

Drittens müssen wir das Tempo unserer sozialistischen Akkumulation beschleunigen und Reserven für die Bedürfnisse unserer Industrie akkumulieren.

Viertens muß man die richtige Ausnützung der akkumulierten Reserven einrichten und das strengste Sparregime durchsetzen.

Fünftens muß man die Aktivität der Arbeiterklasse heben und die Millionenmassen der Arbeiter zum Werke des Aufbaues des Sozialismus heranziehen.

Sechstens muß man das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und die Führung der Arbeiterklasse innerhalb dieses Bündnisses festigen.

Siebtens muß man die Aktivität der Parteimassen heben und die innerparteiliche Demokratie durchführen.

Achtens müssen wir die Einheit unserer Partei, die Geschlossenheit unserer Reihen erhalten und festigen.

Werden wir imstande sein, diese Aufgaben zu erfüllen? Ja, wir werden imstande sein, wenn wir es wollen werden, und wir wollen dies, dies sehen alle.

[301] Als eine kleine Gruppe sind wir hier im Februar 1917 vor neun Jahren erschienen. Die alten Parteigenossen werden sich daran erinnern, daß wir Bolschewiki damals eine unbeträchtliche Minderheit des Leningrader Sowjets bildeten. Die alten Bolschewiki müssen sich daran erinnern, daß damals die zahlreichen Feinde des Bolschewismus uns verhöhnten. Aber wir schütten vorwärts und nahmen Position auf Position und führten den Kampf in geschlossenen Reihen. Später wuchs diese kleine Schar zu einer großen Kraft an. Wir schlugen die Bourgeoisie und stürzten Kerenski. Wir organisierten die Sowjetmacht. Wir schlugen Koltschak und Denikin, wir vertrieben aus unserem Lande die englisch-französischen und amerikanischen Gewalttäter. Wir überwanden die wirtschaftliche Verwüstung. Endlich stellten wir unsere Industrie und unsere Landwirtschaft wieder her.

Jetzt ist vor uns eine neue Aufgabe erstanden, die Aufgabe der Industrialisierung unseres Landes. Die ernsthaftesten Schwierigkeiten liegen hinter uns. Kann man daran zweifeln, daß wir auch mit dieser neuen Aufgabe der Industrialisierung unseres Landes fertig werden? Natürlich darf man daran nicht zweifeln. Im Gegenteil, wir haben jetzt allen Grund zur Annahme, die Schwierigkeiten zu überwinden und die neuen Aufgaben zu verwirklichen, die der XIV. Parteitag unserer Partei uns gestellt hat.

*

Zur kommunalpolitischen Taktik der KPD

Von Wilhelm Koenen

In einem früheren Artikel (Heft 4) über die Grundsätze der Kommunalpolitik der KPD wurde der besondere Charakter der Kommunen in der kapitalistischen Republik dargestellt, aus dem sich die außerordentlichen taktischen Gefahren ergeben, mit denen unsere Partei gegenwärtig in der kommunalpolitischen Arbeit rechnen muß.

Daß auf Grund unserer Staatstheorie für die Kommunen gesteckte Ziel der Selbstverwaltung durch örtliche Räte ist richtunggebend für die Tagesarbeit. Diese Tagesarbeit kann keineswegs durch die angeblich schrittweise Verwirklichung irgendwelcher sogenannter Übergangsprogramme zum Ziel kommen, sie muß vielmehr darauf angelegt sein, die Massen durch Tagesagitation und Teilforderungen für die kommunistische Bewegung zu gewinnen, sie für den kommenden Machtkampf unter kommunistischer Führung zu mobilisieren und zu organisieren. Daraus ergibt sich für uns, daß wir keineswegs aus politischer Angst vor dem Reformismus der Reformisten die Teilforderungen. den Teilerfolg, also die Reform, als taktische Mittel ablehnen. Wir verwandeln vielmehr diese Reform „in den Stützpunkt für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung“ (Stalin). In diesem Sinne muß neben der Propaganda für die Ziele des Kommunismus die ständige Tagesagitation, die Werbung um das Vertrauen der Massen, die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats in den entscheidenden Schichten und den entscheidenden Punkten der Leitgedanke auch für unsere Kommunalpolitik sein.

Es ist jetzt unsere Aufgabe, diese taktische Grundlinie in Verbindung mit den wichtigsten Arbeiten in den Kommunen zu behandeln. Dabei kommt es hier zunächst nicht darauf an, etwa einen Zettelkasten bequemer Formulierungen für allerlei soziale Forderungen an die Kommunen zusammenzustellen; viel wichtiger ist es, [302] einmal die Methoden der Herausarbeitung und Vertretung solcher Forderungen auf einer richtigen taktischen Grundeinstellung zu behandeln.

Angesichts der wiederholt betonten schweren opportunistischen Gefahren, die jetzt mit der Gemeindepolitik verbunden sind, müssen unsere politischen Forderungen im Kommunalwesen besonders vorangestellt werden. Unsere Genossen sind noch viel zu leicht geneigt, die jetzigen Verfassungszustände und Rechtsverhältnisse als die gegebenen und zunächst unabänderlichen hinzunehmen, woran im Tageskampfe zu rütteln nicht möglich sei. Sie warten alle und rüsten sich auf den letzten entscheidenden Schlag, der die Staatsmaschinerie zertrümmern soll. Sich darauf zu rüsten, ist gut, genügt aber allein nicht. Es kommt vielmehr darauf an, den breiten Massen, die wir zum entscheidenden Schlage gebrauchen, zu beweisen, daß diese Staatsmaschinerie wirklich zertrümmert werden muß. Diese Notwendigkeit müssen wir den arbeitenden Massen immer und immer wieder, ja, tausend und noch mehr Mal klar vor Augen führen. Dazu bietet die Kommunalpolitik täglich Veranlassung, nur müssen wir uns dazu bequemen, unseren mangelnden Respekt vor den jetzigen Staatseinrichtungen nicht allein durch Kraftworte und allgemeine Redensarten zum Ausdruck zu bringen.

Wir müssen mehr als bisher in den Kommunen gerade bei den sozialen und kulturellen Forderungen des Alltags unsere Anträge zunächst immer so formulieren, daß sie für die Arbeiter und „kleinen Leute“ Notwendiges und für die proletarischen Empfindungen Selbstverständliches enthalten, aber ohne Rücksicht darauf, ob Regierung und Verfassung, Landes- oder Reichsgesetzgebung dies zulassen werden. Treten diese Staatseinrichtungen unseren Forderungen entgegen – was täglich der Fall ist, und notwendig sein muß –, so kann die politische Konsequenz, die Beseitigung des kapitalistischen Staatswesens, den Betroffenen leichter als zuvor klar gemacht werden.

Zuweilen gelingt es in besonders kritischen Fällen sogar in den Kommunen, mit der SPD oder mit anderen Gruppen für einen sozialen Beschluß gegen Landes- oder Reichsbestimmungen die Mehrheit zu bekommen. Wird dann die Durchführung dieses gemeinsamen Beschlusses von Landes- oder Reichsstellen verhindert, so ist die agitatorische Position gegenüber der Staatsmaschinerie, die den sozialen Notwendigkeiten im Wege steht und deshalb überwunden werden muß, besonders günstig. Die Ausnutzung solcher Aktionsmöglichkeiten gegen das kapitalistische Staatswesen wird leider nur zu oft versäumt. Das gilt sowohl für die Kommunalvertreter, die sich bei Nichtdurchführung kommunaler Beschlüsse meist achselzuckend und räsonierend bescheiden und ganz versäumen, eine entsprechende programmatisch-politische Erklärung im Parlament abzugeben; das gilt aber auch für die Presse, die nur selten und höchstens einmal in einer Lokalnotiz solche Zusammenstöße proletarischer Interessen mit der Staatsmacht vermerken. Und auch das geschieht meist nur in der Form einer einfachen Mitteilung mit einer angehängten wegwerfenden Bemerkung. Dabei sollten solche Fälle die ersehnte Gelegenheit sein, einmal an Hand konkreter Umstände eine grundsätzliche, aufklärende Polemik über das Wesen des Staates zu führen.

Das Kommunalparlament sollte aber auch mehr als bisher zur Unterstützung der politischen Opposition in Reich und Ländern ausgenutzt werden, was wiederum Veranlassung geben wird, den kapitalistischen Staat als solchen als Hindernis der sozialen Entwicklung direkt anzu-[303]greifen. Die Aufrollung aktueller politischer Fragen oder die Aufstellung von Forderungen an Reich und Länder in den Kommunen wurde hier und da schon von unseren Genossen mit Geschick betrieben. Das war jetzt besonders der Fall in den Erwerbslosenfragen und bei der Unterstützung der Amnestieforderungen. sowie des Volksbegehrens für Fürstenenteignung. Aber diese politische Konfrontation der Kommunen gegen Länder und Reich ist noch ein viel zu seltenes Ereignis. Diese Methode und deren Ausnutzung muß mit viel mehr Initiative betrieben werden. Nur in der Aufstellung von Erwerbslosenforderungen an Reich und Länder war eine ziemlich allgemeine Aktivität unserer Genossen in den Kommunen zu verzeichnen. Aber auch dieses Auftreten endete meist mit einem allgemeinen sozialen Gerede. Zur grundsätzlichen Aufklärung über den kapitalistischen Staat wurden diese kommunalen Vorstöße in den Erwerbslosensachen kaum jemals ausgenutzt, was schon deswegen besonders zu bedauern ist, weil die ganze Erwerbslosenagitation auch sonst meist ganz gefühlsmäßig oberflächlich betrieben wird, obwohl hier wirklich gründlichere Arbeit möglich wäre.

Neben den erwähnten aktuellen kommunalen Vorstößen gegen Staatseinrichtungen und neben der gelegentlichen Ausnutzung der Kommunen für allgemeine politische Zwecke, sind aber auch unsere staatsrechtlich und machtpolitischen Forderungen mehr als bisher in der kommunalpolitischen Arbeit zu beachten. Diese richtunggebenden Forderungen sind, kurz zusammengefaßt:

1. Beseitigung der Staatsaufsicht und des Bestätigungsrechts.

2. Überführung der staatlichen Polizei in kommunale Verwaltung und Umwandlung der militärisch organisierten Polizei in einen kommunalen Ordnungsdienst.

3. Aufhebung der Vorrechte des Magistrats und dessen Umwandlung in ein ausführendes Organ unter Beseitigung des Zweikammersystems.

4. Ersatz der indirekten Wahl der Bürgermeister und Stadträte durch unmittelbare Verhältniswahl.

5. Vereinfachung der Kommunalverwaltung durch Vereinigung der Legislative, Exekutive und Administration in einheitliche, arbeitende Körperschaften.

6. Verwirklichung der Selbstverwaltung durch Übertragung aller leitenden Funktionen an die Gemeindevertreter und Gemeinderäte sowie an Gemeindedeputierte, die von den Arbeiterorganisationen zu benennen sind.

Das sind unsere wesentlichsten richtunggebenden Teilforderungen auf diesem Gebiete. Sie waren in anderen Formulierungen schon verschiedentlich in unseren Kommunalprogrammen oder kommunalpolitischen Richtlinien zu finden. Nur fehlte es sehr an der zähen und beharrlichen Vertretung solcher Forderungen. Dabei bietet fast jede Stadtverordnetensitzung Gelegenheit, eine oder die andere dieser Forderungen an Hand der praktischen Vorfälle, die die Tagesordnung mit sich bringt, zu behandeln, zu konkretisieren, zu vertiefen und sie so nicht nur unseren Genossen, sondern auch der übrigen Arbeiterschaft lebendig zu machen. Da die genannten Forderungen durchweg in der Vorkriegszeit auch von den Sozialdemokraten vertreten wurden, die sich doch auch jetzt noch als ganz besondere Verfechter der Demokratisierung und der Selbstverwaltung aufspielen, so sollte diese Gelegenheit, die SPD entweder mit ihren eigenen Argumenten zu schlagen oder sie in einen zeitweiligen lokalen Widerspruch zum heutigen Staat zu bringen, aufmerksamer ausgewertet werden.

[304] Die Behandlung dieser staatsrechtlichen und machtpolitischen Fragen, und zwar ihre dauernde, immer wieder aufzugreifende Behandlung, ist eines der besten Mittel für eine grundsätzliche Orientierung unserer Kommunalpolitik. Stehen uns die oben skizzierten Forderungen bei allen unseren kommunalen Arbeiten immer vor Augen, so werden unsere Genossen, da diese auf die Sowjetdemokratie hinzielenden Forderungen doch vor der Machteroberung in ihren

wesentlichen Teilen nicht verwirklicht werden können, immer eine konkrete Abgrenzung haben gegenüber der kommunalen Bürokratie, der Scheindemokratie und dem Selbstverwaltungsschwindel. Zugleich aber werden sie dann um so besser imstande sein, den Versuchen, sie in Steuerangelegenheiten, Deckungsfragen und Etatsabstimmungen abzuschleppen, zu begegnen.

Eine einwandfreie Erledigung der Etatsfrage z. B. ist ohne vorherige Aufrollung der staatspolitischen Beziehungen der Kommunen gar nicht möglich.

Unsere allgemeine Stellungnahme zur Annahme oder Ablehnung der Kommunaletats ist durch die Beschlüsse des X. Parteitags einigermaßen geklärt.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend soll hier besonders der Fall erörtert werden, der die meisten taktischen Etatsschwierigkeiten bringt, nämlich der Fall, wo eine kommunistisch-sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit einem mehrheitlich noch großbürgerlichen Magistrat gegenübersteht.

Es ist trotz Staatsaufsicht, verkümmerter Selbstverwaltung und bürgerlicher Magistratsmehrheit in solchen Fällen noch vorauszusetzen, daß trotz aller Reichs- und Landesverbrechen der SPD der größere Teil der Arbeiterschaft noch die gemeinsame Annahme des Kommunaletats durch KPD und SPD wünscht und andernfalls sehr enttäuscht wäre. Wer in einem solchen Falle – insbesondere jetzt in der Zeit des Strebens zur Einheitsfront – die Verantwortung für das Scheitern einer gemeinsamen proletarischen Etaterledigung auf sich ladet, bringt sich in eine äußerst ungünstige Situation. Wir werden dem durch rechtzeitige Stellungnahme vor den Arbeitermassen in den Betrieben und Gewerkschaften entgegenwirken müssen.

Darf uns aber diese mögliche Schwierigkeit veranlassen, irgendwie ins Schlepptau der SPD zu gehen und jedem Etat bei Mehrheiten mit ihr zuzustimmen? Nein, genau das Gegenteil ist nötig! Wir sind die proletarische Klassenkampfpartei, die auch in einer solchen Lage die Führung an sich reißen muß. Die möglichen Schwierigkeiten können uns nur als Ansporn dienen, so zu arbeiten, daß die SPD hinter uns ins Schlepptau kommt und daß ihr die volle Verantwortung aufgehalst wird, wenn sie den von uns beeinflußten proletarischen Etat aus irgendwelchen Ängsten heraus scheitern läßt, wenn sie etwa in sachlich wichtigen Fragen vor dem bürgerlichen Magistrat oder gar vor der Staatsaufsicht wieder zurückweicht

Der für den proletarischen Klassenkampf günstigste Fall wäre zweifellos, wenn es uns mit dem Druck der Betriebe und Gewerkschaften gelingen würde, einen solchen proletarischen Etat zu schaffen, den die SPD gezwungen wäre, mit uns anzunehmen, der aber von allen anderen Parteien abgelehnt, von der bürgerlichen Magistratsmehrheit bekämpft und von der staatlichen Aufsichtsbehörde beanstandet würde, so daß Rücktritt des Magistrats oder Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung oder schließlich Zwangsetatisierung im Widerspruch zu der gesamten werktätigen Bevölkerung die Folge wäre. Daß solche [305] Zwangsmaßregeln gegen die Selbstverwaltung in fast allen deutschen Vaterländern von sozialdemokratischen Innenministern zu verantworten wären, würde für die SPD ein Grund mehr sein, es zu solchen Situationen gar nicht erst kommen zu lassen.

Da ohnehin eine solche Entwicklung der Etatsverhandlung für die SPD die schlimmste taktische Lage bedeuten würde, so wird sie eine solche Zuspitzung mit aller Kraft zu verhindern suchen. Diese klare Klassenkampfstellung in der Etatfrage wird deshalb nur sehr selten zu schaffen sein; aber. sie ist ein konkretes taktisches Ziel, das wirklich in jedem Falle der KPD- und SPD-Mehrheit von uns mit aller Kraft angestrebt werden muß. – Was ist auf dem Wege dazu vor allem zu beachten:

Die proletarische Gestaltung des Etats muß bei jeder Position ernsthaft erarbeitet und erkämpft werden. Dabei sollen wir uns möglichst immer auf entsprechende Forderungen oder Beschlüsse von Betrieben oder Gewerkschaften stützen, was auch die beste Sicherung gegenüber Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörden ist.

Unsere prinzipiellen Sachforderungen, wie kommunaler Wohnungsbau, eigene Regie für städtische Werke, Achtstundentag, Lern- und Lehrmittelfreiheit, Erwerbslosenhilfe usw., sind jeweils zur Entscheidung zu bringen, wobei immer die SPD vor die Verantwortung für die weitere

Etatgestaltung gestellt werden muß. Nur auf der Grundlage dieser prinzipiellen Forderungen werden Beschlüsse zustandekommen, die dem Proletariat wirklich Vorteile bringen, also offen gegen Bourgeoisieinteressen verstoßen, die Bourgeoisieparteien zur Ablehnung des Etats veranlassen und damit die politischen Kampffragen stellen.

Aber ohne administrative und politische Sicherungen ist auch die beste proletarische Etatgestaltung eine Sache von höchst zweifelhaftem Wert. Es ist also von vornherein darauf zu bestehen, daß die ausführenden kommunalen Organe, voran der Magistrat und seine Spitze, der kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit nicht nur entsprechend, sondern auch wirklich zu Gebote stehen. Weder Bourgeois noch kompromittierte Überläufer können an der Spitze der Kommune als Hauptverantwortliche geduldet werden. Mit ihnen würde jeder Versuch eines Kampfes um proletarische Haushaltsgestaltung sofort zur Farce.

Weiter ist gegenüber etwaigen staatlichen Beanstandungen der Aufsichtsbehörden durch besondere Entschließungen, die die Mehrheit zum Etat annimmt, festzulegen, daß die Mehrheit entschlossen ist, ihre proletarischen Etatmaßnahmen gegenüber allen Eingriffen energisch zu verfechten, wobei sie schon im voraus an die organisierte Arbeiterschaft zwecks Unterstützung appellieren muß.

Bei einer solchen Durchführung der Etatberatung wird die Arbeiterschaft in all diesen Bemühungen unbedingt den ernsten Willen der Kommunisten erkennen, mit allen Mitteln einen wirklich den Interessen des Proletariats entsprechenden Etat aufzustellen und durchzukämpfen.

Daß die Kommunisten umgekehrt keinen von einem bürgerlichen Magistrat vorgelegten, mit Zustimmung großkapitalistischer Parteien fertiggestellten und von den reaktionären Aufsichtsbehörden anstandslos genehmigten Haushaltsplan akzeptieren können, das wird nach unseren Anstrengungen auf gründliche proletarische Änderung jeder klassenbewußte Proletarier als selbstverständlich ansehen. Jeden Versuch offener oder versteckter Koalitionspolitik wird die SPD allein verantworten müssen.

[306] In solchen taktisch zugespitzten, komplizierten Situationen wird es den Genossen erst besonders klar werden, wie notwendig neben guter Sachkenntnis und großer Manövrierfähigkeit die politische Klarheit und Grundsatzfestigkeit ist. Aber retten wird uns aus solchen schwierigen Situationen letzten Endes immer nur eine wirklich starke Aktivität in allen Einzelfragen und die gute lebendige Verbindung mit den arbeitenden Massen und ihren Organisationen. Andere Sicherungen gibt es weder gegen Niederlagen noch gegen opportunistische Abweichungen.

*

Das „Aktionsprogramm“ der SPD[*)]

Von Lenz.

Die geforderten Reformen in der Kultur- und Schulpolitik, so überaus bescheiden sie sind, gehen doch weit über das hinaus, was die SPD in der Praxis im Reich, in den Ländern und Gemeinden durchführt und beantragt. In Deutschland ist zur „Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden“, was der Leitgedanke der sozialistischen Schulpolitik sein soll, so wenig getan, daß im Gegenteil durch die fortschreitende Proletarisierung der Mittelschichten das Bildungsprivileg auf eine immer kleiner werdende Minderheit eingeschränkt wird. Das Heidelberger Programm hält an dem Prinzip der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der wirtschaftlichen Versorgung der Lernenden fest, das Erfurter Programm hatte diese Forderung aber ausdrücklich auch auf die höheren Bildungsanstalten ausgedehnt, „soweit besonders befähigte Schüler und Schülerinnen zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden“. Vom pädagogischen Standpunkt geht Heidelberg noch einen Schritt hinter Görlitz zurück. Dort hieß es:

„Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften mit weitgehender Selbstverwaltung.“

[*)] Siehe Heft 7 dieses Jahrgangs.

In Heidelberg aber:

„Einheitlichen Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Schulen, gemeinsame Erziehung beider Geschlechter, einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen."

Der letzte Programmpunkt verstärkt nur das Bildungsprivileg der Besitzenden, solange das Prinzip der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der wirtschaftlichen Versorgung der Lernenden nicht bis zu den Hochschulen hinaus durchgeführt ist.

Die „Trennung von Staat und Kirche, von Schule und Kirche" steht immer noch im Programm trotz des Weimarer Schulkompromisses. Verschwunden ist jedoch der vielumstrittene Satz des Erfurter Programms: „Erklärung der Religion zur Privatsache."

In Görlitz hieß es noch:

„Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache."

Damit war die unmarxistische Auffassung, daß die Religion die proletarische Partei nichts angehe, zum Prinzip erhoben. Dieses Prinzip bleibt in der Zeit des „religiösen Sozialismus" der Sollmann und Kompanie [307] gewiß in Geltung. Seine besondere Hervorhebung schien wohl überflüssig in einer Partei, die Pfarrer und Rabbiner aller Konfessionen zu ihren Mitgliedern zählt und mit dem Zentrum in innigster Brüderschaft lebt.

Durch besondere Inhaltsleere ist der Absatz über Finanzen und Steuern ausgezeichnet. Man begnügt sich mit allgemeinen Redensarten wie „grundlegende, umfassende Finanzreform" nach dem Prinzip der „Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit", „Weiterbildung der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuer" (die Forderung, Erbrecht des Reiches außer für Gatten und Kinder, des ursprünglichen Entwurfs ist aus Rücksicht auf den kleinbürgerlichen Anhang entfallen), gleichmäßige und einheitliche Veranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten, wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehungen, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung." (Wer soll prüfen? Wenn es nicht gewählte Vertreter der Arbeiter und Angestellten sind, dann erfolgt die „Prüfung" nach dem Grundsatz: „Ein Dienst ist des anderen wert.") „Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum." (Ein leeres Wort!! Die Luther-Regierung hält 80 Mark für ein „soziales Minimum". Abschaffung der Lohnsteuer ist für die SPD zu radikal, hat sie sie doch selbst einführen helfen.) „Stärkste Schonung des Massenverbrauchs, Beseitigung der Umsatzsteuer" (nicht der indirekten Steuern, wie es schon Lasalle und auch das Erfurter Programm forderten, weil das gegen den Dawes-Plan, die Bibel der Reformisten, wäre). „Beteiligung der öffentlichen Gewalt am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen."

Die setzte aus dem Erfurter Programm übernommene Forderung ist ein schäbiger Rest jener „Sachwerterfassung", mit der die SPD in der Inflationszeit hausieren ging, um sie prompt zu vergessen, als Hilferding Finanzminister wurde. Der Dawes-Plan hat bekanntlich das Gegenteil gebracht; Verwandlung der wichtigsten staatlichen Unternehmungen, der Reichsbahn, in privatkapitalistische Gesellschaften.

Aber so als gäbe es diesen Dawes-Plan und seine Durchführung mit der Zustimmung der SPD nicht, werden aus dem Görlitzer Programm folgende Forderungen zur Wirtschaftspolitik übernommen:

„Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen."

Dieser Satz ist ein Musterbeispiel schamloser Irreführung der sozialistischen Arbeiter. Dieselbe Partei, die, als sie die Macht dazu hatte, keinen Schritt in dieser Richtung tat, nimmt diese Forderung, die doch die Brechung der Macht der Junker und Schwerindustriellen voraussetzt, in ihr Aktionsprogramm auf zu einer Zeit, wo diese Klassen die ganze Staatsmacht in der Hand haben, und sie tut dies so, als ob sie ebenso leicht zu verwirklichen wäre wie etwa die geliebte „Reichskriminalpolizei". Nationalisierung von Grund und Boden, des Bergbaues und der Wasserkräfte ist

allerdings noch nicht Sozialismus. Sie ist auch von den Verfassern des Programms gar nicht als sozialistische Maßnahme unter der Herrschaft der Arbeiterklasse gedacht.

Praktisch wird dies klar an den nächstfolgenden wirtschaftspolitischen Forderungen:

„Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft."

In diesem Programmpunkt herrscht vollkommene Übereinstimmung zwischen den Reformisten und der Bourgeoisie. Produktionssteigerungen im Rahmen des kapitalistischen Systems bedeuten verschärfte [308] Ausbeutung. Die Zustimmung der Reformisten zur Rationalisierung ist eine praktische Konsequenz dieses programmatischen Satzes.

Der Rest des Wirtschaftsprogramm: „Förderung des Siedlungswesens, Abbau des Schutzzollsystems, Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften, Förderung der Genossenschaften, der gemeinnützigen Unternehmungen, des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietsrechts, Bekämpfung des Bauwuchers", sind bloße, zum Teil zweideutige soziale Phrasen. Was die SPD praktisch dafür getan hat, ist nicht mehr als ihre praktische Leistung für die „Sozialisierung".

Der Schlußabschnitt über internationale Politik ist besonders charakteristisch für die Spottgeburt aus Sozialpazifismus und Sozialimperialismus, die aus der Ehe der SPD und der Unabhängigen entsprang.

Görlitz war das Programm des nackten, unverhüllten Sozialimperialismus, dessen sich selbst ein ehrlicher bürgerlicher Pazifist schämen würde: „Selbstbestimmung der Völker" nicht schlechthin, sondern „im Rahmen des geltenden internationalen Rechtes", d. h. der geltenden Verträge, die die jetzigen durch imperialistische Gewalt festgesetzten Grenzen heilig sprechen und jeden nationalrevolutionären Befreiungskampf der unterdrückten Völker zum Rechtsbruch stempeln. Dazu gehört eine „internationale Abrüstung" mit Maß, d, h. eine solche „Abrüstung", die den „Sozialisten" der Couleur Noske die für die „innere Sicherheit notwendigen" Bajonette, Maschinengewehre usw. läßt und einer Völkerbundsarmee einen aussichtsreichen Kampf zur Bewältigung der bolschewistischen Gefahr ermöglicht. Kolonien und „Schutzgebiete" muß es geben. Die „Kulturvölker" sollten sich nur besser in ihre Ausbeutung teilen, darum „Oberhoheit des Völkerbundes", wie sie sich so prächtig in Syrien, im Saargebiet, in Danzig usw. bewährt. „Abschaffung der Geheimdiplomatie", dieses alte Prunkstück des bürgerlichen Pazifismus, das noch in Wilsons 14 Punkten prangte, ist verschwunden, an seine Stelle tritt eine bescheidene „Demokratisierung und Vereinfachung". Von all diesen schönen Dingen ist die „Revision des Vertrags von Versailles" das einzige, was die SPD bei der Ehe mit der USP aufgegeben hat. Der Verzicht war nicht schwer, weil inzwischen auch die deutsche Bourgeoisie auf diese Forderung verzichtet hatte. Mit einem solchen Programm kann sich in der Tat der „internationale Zusammenschluß der Arbeiterklasse" nur „auf demokratischer Grundlage" vollziehen, d. h. auf der Grundlage, daß jede nationale Sektion das tun kann, was ihre Bourgeoisie will.

Was ist von den in Leipzig 1919 noch als notwendig erklärten „Voraussetzungen der Einigung der Arbeiterklasse" geblieben, was von dem Geist von Zimmerwald und Kienthal? Nicht das mindeste.

Das Bekenntnis zum Sozialimperialismus wurde in Heidelberg nur ein wenig verschleiert. Statt des Görlitzer Reformvorschlags der allgemeinen Unterstellung der Kolonialpolitik unter die Völkerbundshoheit wird jetzt kühn behauptet, die SPD „widersetze" sich der Ausbeutung der Kolonialvölker. Die deutsche Bourgeoisie hat momentan keine Kolonien. Daher kann man der SPD nicht nachweisen, daß sie die Kolonialpolitik direkt unterstützt, aber sobald sie dazu Gelegenheit hat, wird sie sich der Kolonialpolitik gewiß ebenso grundfest „widersetzen", wie sich z. B. jetzt die französischen „Sozialisten" den Mordbrennereien in Syrien und Marokko „widersetzen

Solange Deutschland schwach ist, begnügt sich die SPD mit einem imperialistischen Programm, das der gegenwärtigen unselbständigen Stellung Deutschlands entspricht: „Die vereinigten Staaten Europas". [309] Im Heidelberger Programm wird diese Parole der Einigung der europäischen

Imperialisten gegen den revolutionären Osten und gegen den amerikanischen Konkurrenten mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet, im ursprünglichen Entwurf ist deutlicher von der „Selbstbehauptung des europäischen Kontinents“ die Rede. Der Angstschrei: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter“ entspricht der dreifachen Furcht der europäischen Bourgeoisie. 1. Der Furcht, die „europäische Kultur“ könnte von der bolschewistischen Barbarei weggefegt werden; 2. der Furcht, die europäischen „Zivilisateure“ könnten aus Asien und Afrika hinausgeworfen werden, und 3. der Furcht, die europäische Wirtschaft könnte bei dem Rennen mit den amerikanischen Kapitalisten endgültig ins Hintertreffen geraten. Sobald die europäischen kapitalistischen Staaten gegen die Vorherrschaft des amerikanischen Finanzkapitals zu rebellieren beginnen (die Aufnahme der deutschen Kali-Anleihe durch England nach der Ablehnung durch die USA. ist ein kleines Vorspiel zu diesen Auseinandersetzungen), wird auch die sozialdemokratische Verehrung des Dollar-Sonnen-Gottes aufhören.

Der Bankerott des Locarnopakts in G e n f hat aufs neue bestätigt, was für jeden Marxisten von vornherein klar war, daß ein e i n i g e s E u r o p a n u r a u f s o z i a l i s t i s c h e r B a s i s, nach dem Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, die ständig sich verschärfende imperialistische Gegensätze notwendig hervorruft, möglich ist. Die Vereinigten Staaten Europas werden kommen, aber nur als Vereinigte Sozialistische Staaten, als Vereinigte Sowjet-Republiken und nicht zum Schutz der „europäischen Kultur“ gegen die „östliche Barbarei“, sondern im engsten Bündnis mit der Sowjetunion und der nationalen Befreiungsbewegung der Kolonialvölker. Wenn die sozialdemokratischen „Realpolitiker“, deren Perspektive meist nur bis zu den nächsten erreichbaren Ministersesseln reicht, versuchen, „in Kontinenten zu denken“, wie der Renegat L e n s c h das großspurig nannte, dann ignorieren sie dabei absichtlich A s i e n und seine enge Verbindung mit Europa durch die Brücke der S o w j e t u n i o n.

Über die krönende Schlußparole der „Demokratisierung des Völkerbundes“ lohnt es sich nicht zu sprechen. Wenn die Sozialpatrioten aller Länder sich im Völkerbund ein Stelldichein geben werden, so wird das für die Beseitigung der Kriegsgefahr etwa ebensoviel bedeuten, als es für die Aufhebung der Ausbeutung bedeutet, wenn Sozialdemokraten in den Aufsichtsräten kapitalistischer Konzerne sitzen.

*

Das Heidelberger Programm, als Ganzes betrachtet, ist ein dilettantisches Sammelsurium scheinmarxistischer Phrasen und trivialster bürgerlicher Reformforderungen. Nicht einmal als bürgerlich-demokratisches Reformprogramm ist es ernst zu nehmen. Ihm liegt keine Analyse der Weltlage und der Lage in Deutschland zugrunde, die gewaltigsten historischen Ereignisse, die russische Oktober-Revolution und das Erwachen der Kolonialvölker findet in ihm nicht den schwächsten Widerhall. Die verpfuschte Revolution von 1918, deren Ergebnisse jetzt schon nahezu vollständig von der Konterrevolution zurückgenommen wurden, gilt als letzte und endgültige Umwälzung, die kaiserliche Hindenburg-Republik als unwiderruflich gegebene Staatsform: Damit wird jeder revolutionäre Gedanke abgeschnitten. Der „Klassenkampf“ wird wohl genannt, aber k e i n e der aufgeworfenen Fragen wird vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfs behandelt. Es ist ein Programm, das die Koalition mit j e d e r bürgerlichen Partei, die sich nur formell „auf den Boden der Republik stellt“, offen läßt. Das einzige, was man zum Lobe dieses Programms sagen kann, ist, daß die P r a x i s d e r S P D s e l b s t n o c h h i n t e r d i e s e m P r o g r a m m z u r ü c k b l e i b t. [310]

RUNDSCHAU

Deutsche Politik
April

Die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie erfuhr durch die Genfer Mißerfolge im April eine rasche und deutlich sichtbare Veränderung in der Linie. Die außenpolitische Orientierung der Bourgeoisie war durchaus nicht einheitlich. Die einzelnen Schichten hatten, je nach ihren engeren ökonomischen Interessen, die ihnen ihre Handlungen vorschreiben, verschiedene Anschauungen über die Außenpolitik.

G e m e i n s a m war (und ist) allen Schichten der Bourgeoisie nur das Z i e l sich aus der politischen Abhängigkeit zu befreien (ohne den Druck auf das Proletariat zu lockern) und im Interesse der Sicherung und Ausdehnung des Kapitalexports eine selbständige imperialistische Rolle zurückzugewinnen.

Das wichtigste Mittel ist für jeden imperialistischen Staat die Armee, die das deutsche Ausbeutertum verlor und die es so gut wie möglich zu ersetzen sucht durch die „vaterländischen" Organisationen, die schwarze Reichswehr und den Ausbau des 100.000-Mann-Heeres der Reichswehr selbst, die als F ü h r e r o r g a n i s a t i o n mit Hilfe der genannten Verbände leicht zu einer Millionenarmee aufgefüllt werden kann. Für dieses Ziel arbeiten alle Parteien mehr oder weniger einmütig bis zur SPD. Diese hat dem ungeheuerlichen Reichswehretat bekanntlich zugestimmt, obwohl er ganz offen die Ziele der Imperialisten verriet.

Im Dienste dieser Ziele stehen auch die Kämpfe um die Entwaffnungs- und Luftfahrtsfragen und die internationale Abrüstungskomödie. Besonders die Abrüstungsfrage ist ein der deutschen Bourgeoisie günstiges Mittel, erstens, weil ja die a n d e r e n abgerüstet werden sollen, was das relative Gewicht der deutschen Armee natürlich heben würde. Zweitens, weil außenpolitisch eine Interessengemeinschaft mit der amerikanischen Bourgeoisie in dieser Frage vorhanden ist, die im Interesse des Ertrags ihrer nach Europa exportierten Kapitalien und der Schuldeneinziehung die Heeresausgaben der Länder zu beschränken wünscht. Drittens, weil diese außenpolitische Frage der SPD die beste Gelegenheit zur Herstellung der Einheitsfront mit der Bourgeoisie gibt, was auch innenpolitisch wertvoll ist. Es ist klar, daß die SPD den Abrüstungsschwindel der imperialistischen Räuber den Arbeitern als „Sieg der Weltfriedensidee" interpretiert.

Aber die Wiedergewinnung der realen imperialistischen Machtmittel ist ein langwieriger Prozeß. Die Bourgeoisie sucht ihn durch Ausspielen der Gegensätze der Großmächte untereinander zu beschleunigen. Und über die Wahl der politischen Mittel gibt es starke Differenzen innerhalb der Bourgeoisie.

[311] a) Die Schwerindustrie (Eisen und Kohle), ein großer Teil des Bankkapitals, das von amerikanischen Einflüssen mehr oder weniger abhängige ist, und ein Teil der von den Alldeutschen (Claß) beeinflußten Völkischen, geführt von Hugenberg, wollen im Dienste und in der Interessengemeinschaft mit der amerikanischen Bourgeoisie sich zur Selbständigkeit emporranken. Sie stehen in scharf dem Konkurrenzkampf gegen das englische Eisen und die englische Kohle und glauben, in der mächtigen amerikanischen Bourgeoisie die stärkste Stütze zu finden. Für sie ist die Gefahr der amerikanischen Überfremdung dank ihrer festen Organisation so gut wie nicht vorhanden. Sie glauben, den Dawes-Plan sprengen zu können durch möglichst starken Kapitalimport aus Amerika, wodurch schließlich die amerikanische Bourgeoisie selber mit Dawes-Lasten tragen müßte und also bei einer Revision der Dawes-Lasten behilflich sein würde. Mit ihr geht die Bayrische Volkspartei, die die gleichen Bindungen mit der Harriman(Standard-Oil-) Gruppe eingegangen ist wie die Hugenberg-Gruppe. Harriman arbeitet zusammen mit den Deutschnationalen der Bogenberg-Richtung von Deutschland aus gegen Morgan, der seinerseits von England aus nach Europa eindringt. Die Bayrische Volkspartei hat fünf Millionen Dollar für den Klerus bekommen (Bayrische Bischofsanleihe) und für die bayrische Industrie wurde von der Harriman-Gruppe ein eigenes Kreditbeschaffungsunternehmen geschaffen (Anima, München). Daraus erklärt sich das Hand-in-Hand-Arbeiten der bayrischen Regierung mit Hugenberg gegen die Regierung Luther-Stresemann und ihre proenglische Völkerbundspolitik.

b) Die Fertigindustrie, soweit sie nicht in so scharfem Konkurrenzkampf gegen England steht, ein Teil des Agrarkapitals, das mit der schlesischen Industrie verbunden ist (Zement, Zucker, Kohle), ein Teil der Autoindustrie, Teile der Kaliindustrie, des Handelskapitals und die SPD setzten unter Führung Luther-Stresemanns auf die englische Karte. Ihr Ziel war, in fester Bindung mit England in den Völkerbund hineinzukommen und dafür Englands Hilfe in der Entwaffnungs-, der Schulden- und der Kolonialfrage zu erhalten. In Genf erwies sich Englands Schwäche: es konnte dem deutschen Partner nicht die Positionen gegen den Widerstand Amerikas verschaffen. Zu dieser Richtung stießen natürlich alle die einzelnen Gruppen, die ihren Konkurrenzkampf hauptsächlich gegen Amerika durchführen müssen.

c) In der Kaliindustrie, die sich in einem jetzt für sieben Jahre. festgelegten Vertrag mit der französischen Kaliindustrie zur Aufteilung des Weltmarkts verbunden hat, gibt es eine besondere Gruppe unter Führung Rechbergs, die eine ausgesprochen profranzösische Linie vertritt. Sie hat auf den Jungdo Einfluß genommen und ist durch die profranzösischen Attacken der Jungdoführung. die zu einer [311] breiten Pressefehde mit der „prorussischen“ völkischen Reventlow-Gruppe geführt hat, bekannt geworden. Sie hat noch keinen Einfluß gewonnen. In letzter Zeit machen sich Anzeichen bemerkbar, die darauf hindeuten, daß die chemische Industrie (Anilintrust) sich mit der Rechberg-Gruppe und dem Jungdo verbindet. (Der Anilintrust übernahm Kaligruben und Duisberg gab dem Jungdo Geld.) Dann würde diese Gruppe bedeutungsvoller werden.

d) Eine „prorussische“ (natürlich auch nicht probolschewistische) Gruppe der deutschen Bourgeoisie von festerer Fügung existiert nicht. Dagegen gibt es in den kleinbürgerlichen völkischen Organisationen eine unter der Führung Reventlows stehende, ausgesprochen prorussische Gruppe, die mit abenteuerlichen Ideen spielt, wie z. B. der Hilfe der Roten Armee gegen die Franzosen oder die Polen. Diese Gedankenlosigkeit ist auch vereinzelt in die Köpfe von Reichswehroffizieren eingedrungen. Gelegentlich versteigt sich diese Vorstellung bis zu „nationalbolschewistischen“ Anschauungen. Geringfügige Einzelinteressen von bürgerlichen Konzessionsnehmern in der USSR, wie z. B. Josef Wirth (Zentrum) und Hass (DDP) mit ihren Mologa-Holzkonzessionen sind politisch unwirksam. Die Fertigindustrie, die nach Exporten strebt, bringt keine politische Kraft auf gegenüber den von den amerikanischen oder englischen Einflüssen abhängigen Banken, die auch die letzten Kreditaktionen für die USSR sabotiert haben.

Dagegen benützen a l l e bürgerlichen Schichten die „Ostorientierung“ gelegentlich gern als ein diplomatisches Druckmittel gegenüber ihren westlichen Vertragspartnern.

Das hat sich im April bei dem Abbau der Einseitigkeit der englischen Orientierung und dem Abschluß des Berliner Vertrags mit der USSR erneut gezeigt. Für die USSR war und ist der Völkerbund unter englischer Führung eine stete Bedrohung. Die konservative englische Regierung fühlt sich besonders durch die Komintern bedroht, weil sie den Kolonialvölkern hilft, die fremden Ausbeuter und Blutsauger zum Teufel zu jagen und weil sie die englische Arbeiterklasse lehrt, wie man den Kapitalismus abschaffen kann. Die USSR muß sich gegen die Einkreisungspolitik, die der englische Imperialismus gegen sie treibt, natürlich wehren. Deshalb benutzte sie die Genfer Schlappe, um den englischen „Völkerbund“ durch den Berliner Vertrag zu schwächen. Die Bemühungen der USSR, den in Genf sich zeigenden Spalt in der Locarnolinie zu erweitern, trafen zusammen mit den Bemühungen des Herrn Stresemann, sich gegenüber dem Völkerbund ein Faustpfand zur Verbesserung der Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Sie trafen ferner zusammen mit dem Wunsche des Herrn Stresemann, den Deutschnationalen in die Regierung zu helfen. Die Deutschnationalen, die noch im Januar Stresemanns Kopf gefordert hatten, ließen durch Westarp als eine der Bedingungen für die Wiederherstellung des ersten Luther-Blocks erklären, daß man zum Beweis der Abkehr von der rein englischen Orientierung und zum Beweis der Festigkeit gegenüber dem Völkerbund den Vertrag mit der USSR. rasch unter Dach und Fach bringen müsse. (Sie forderten das übrigens, nachdem sie bereits wußten, daß die Luther-Stresemann dazu bereit seien.)

Der Berliner Vertrag ist der erste selbständige, von der Völkerbundspolitik unabhängige Vertrag, den die deutsche Bourgeoisie abschloß. Er verspricht der USSR, daß sich die deutsche Bourgeoisie im Völkerbund nicht gegen die USSR verwenden lassen wird und zeigt somit eine deutsche Front gegen die englischen Kriegs- und Einkreisungsabsichten.

Der Vertrag nutzt also die Gegensätze zwischen den europäischen Imperialisten sehr geschickt aus im Interesse des Arbeiterstaats, des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, dcc Friedens. Freilich ist es nicht Stresemanns Unterschrift, die dem Vertrag diese Bedeutung gilt. Jeder Arbeiter weiß, daß für die Kapitalisten alle solchen Verträge nichts sind wie Fetzen Papier, die zerrissen werden, sobald sie den eigenen Zwecken nicht mehr nützen. Die Politik der „Friedensverträge“ kann unter kapitalistischen Staaten niemals etwas anderes sein als die Politik der Kriegsbündnisse Der Berliner Vertrag ist kein allgemeines Friedens. versprechen und weder dem Sinn noch seinem Wortlaut nach ein Kriegsbündnis. Er ist ein (leider begrenztes) Neutralitätsversprechen.

Ob und wie large die deutsche Bourgeoisie ihr Versprechen halten wird, das ist eine Frage, über die sich kein Kommunist Illusionen macht und die vor allem von der Kraft de Eintretens der Arbeitermassen für die Sowjetunion abhängt.

*

Der Abschluß des Berliner Vertrags ist nur eins der Anzeichen dafür, daß die offizielle Außenpolitik, die sogenannte Locarnolinie, von den Luther-Stresemann revidiert wurde. Die übrigen Anzeichen liegen in der nachträglichen Auslegung dieser Politik, in der mehr und mehr der Schwindel aufgegeben wurde, daß es sich bei der ganzen Völkerbundspolitik um eine Friedenspolitik handle. Dieser Schwindel war nur nötig, um der Sozialdemokratie die Zustimmung zu erleichtern. Nachdem die SPD zugestimmt hatte, war er für die Bourgeoisie überflüssig, und mit immer stärkerer Anpassung an die Deutschnationalen wird jetzt ziemlich offen der Eintritt in den Völkerbund dargestellt als ein Mittel, die im Völkerbund vorhandenen Gegensätze der Großmächte zu politischen Geschäften auszunützen, also an der Kriegsbündnispolitik, die durch den Völkerbund verschleiert wird, bewußt teilzunehmen, ohne sich dabei fest gebunden in englische Dienste zu begeben. Die deutsche Bourgeoisie wird, wie Stresemann mit dem Berliner Vertrag, sich auch der beiden außerhalb des Völkerbundes stehenden Hauptmächte bedienen, nämlich der USSR und der USA, um mit ihnen gegen England zu konspirieren.

Die Verschiebungen in der außenpolitischen Linie sind natürlich Ausdruck bestimmter ökonomischer Verschiebungen, die an anderer Stelle analysiert und erklärt werden, hier aber mit den politischen Folgen in Zusammenhang gebracht werden müssen. Im wesent-[312]lichen sind es die heftigen Konkurrenzkämpfe der Eisen- und Kohlenindustrie, die zwischen der deutschen und der englischen Bourgeoisie ausgetragen werden. (Dumping zur Eroberung von Absatz und zur Verbesserung der nationalen Beteiligungsquoten bei eventueller künftiger internationaler Kartellbildung.) Auch die Flüssigkeit am deutschen Geldmarkt, die natürlich den Kapitalmarkt beeinflußt, hat sicher Wirkungen auf die Außenpolitik, da sie ja den deutschen Kapitalbedarf vom Kapitalimport unabhängig macht. Sie ist, auch als vorübergehende Erscheinung, wirksam, weil sie in einem gewissen Grade Abhängigkeiten mildert. Die deutsche Industrie hat Gelder geliehen in Millionen:

Aus dem Ausland	Januar	Febr.	März
(hauptsächlich USA):	179	134	82
im Inland:	20	73	98

Es ist also ein starkes Nachlassen der Abhängigkeit des Kapitalmarkts vom Ausland zu spüren. (Die Ursachen spielen hier keine Rolle.)

Die Kämpfe der amerikanischen Kapitalistengruppen untereinander, die leider in ihrem Umfang und ihrer Bedeutung noch nicht erforscht sind, scheinen in der gleichen Richtung gewirkt zu haben, ebenso die Krisen, die die englische, französische und polnische und die Bourgeoisien der kleinen Entente gewissermaßen „zu Hause“ beschäftigen.

*

Mit dem Nachlassen der außenpolitischen Gegensätze nahmen die Bestrebungen der Bourgeoisie auf Wiederherstellung des großbürgerlichen Blocks, wie ihn die erste Lutherregierung repräsentierte, erheblich zu. Schon während des Streites um die Locarnopolitik hatte die Presse der Deutschen Volkspartei einmütig erklärt, daß die innerpolitischen Geschäfte der Bourgeoisie keinesfalls mit der Sozialdemokratie durchführbar seien, sondern daß man dazu der Deutschnationalen Volkspartei bedürfe. Diese Linie ist unablässig eingehalten worden.

Inzwischen begünstigte die neue Linie der KPD den Prozeß der Sammlung der proletarischen Klasse, die dadurch auch einen (noch geringen) Teil ihrer Anziehungskraft auf die von der Großbourgeoisie ebenfalls bedrängten Mittelschichten zurückzugewinnen beginnt. (Gärungen unter den Bauern, Volksbegehren für die Fürstenenteignung, Radikalisierung in den proletarischen Schichten der DDP und des Zentrums, Zunahme der Strömungen gegen die Koalitionspolitik in der SPD)

Die Bourgeoisie wird durch diese Bewegungen ihrerseits auf die Grenzen des parlamentarisch-demokratischen Systems gestoßen. Duldet sie es weiter im gleichen Maße wie im ersten Jahre der

Hindenburg-Ära, so kann ihr Restaurationsprozeß bedroht werden. Sie strebt also nach einer weitgehenden Revision des Systems (Verfassungs- und Wahlrechtsänderung), damit sie ihre Positionen auch gegen Parlamentsmehrheiten wenig klassenbewußter bürgerlicher Schichten bewahren kann.

Diese Frage ist im April akut geworden und gleichzeitig sind innerhalb der Bourgeoisie die Strömungen stärker geworden, die eine radikale Lösung wollen: nämlich die Abschaffung des parlamentarisch-demokratischen Systems überhaupt, die Errichtung einer nackten, brutalen Ausbeuterdiktatur, sei es auf „kaltem“ Wege oder in offener Gegenrevolution.

Für die Durchführung dieser Aktion bedarf die Großbourgeoisie der in den völkischen und vaterländischen Verbänden gesammelten Kleinbürgermassen. Und das bedeutet für die Großbourgeoisie eine nicht unerhebliche Gefahr, weil sie in dem Augenblick, da sie diese Kräfte einsetzt, ihrer nicht mehr sicher ist, ihnen die Möglichkeit der Eroberung einer selbständigen Rolle öffnet, mit eventuellen schädlichen Dummheiten rechnen muß. Und es ist heute noch großen Teilen der Großbourgeoisie zweifelhaft, ob diese Gefahr nicht die Nachteile der reformistischen, umständlichen, für die gegenwärtigen Zwecke sehr schlecht brauchbaren, mit gefährlichen Löchern für die Massenbewegung behafteten Weimarer Verfassung aufwiegt.

Der Schlüssel für die endgültige Stellungnahme der Bourgeoisie ist die Frage, ob das Proletariat ernstlich vormarschiert, ob die Arbeiterklasse aus der Lethargie des Reformismus erwacht und den Weg selbständiger Klassenpolitik einschlägt. Konkret ist diese Frage heute vor allem durch den Vollentscheid für die Enteignung der Fürsten gestellt.

Wenn sich die einflußreichen Schichten der Bourgeoisie über die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung im reinen sein werden, dann wird die Errichtung der Diktatur von der gesamten Bourgeoisie offen auf die Tagesordnung gestellt werden. Für diese Eventualität bezahlt die Großbourgeoisie heute die überall feststellbaren Rüstungen der weißen Kampfverbände. Aber auch hier ist die Bourgeoisie noch gespalten. Es zeigt sich deutlich eine retardierende Tendenz. In Deutschland ist die soziale Gliederung eine wesentlich andere als in den Staaten, in denen die weiße Diktatur für längere Zeit glückte. Die Mittelschichten spielen gegenüber dem Proletariat eine weit geringere Rolle als etwa in Ungarn oder Italien. Die weiße Diktatur bedeutet ein Zusammenpressen des Proletariats in e i n e Front und die politische Erledigung des Reformismus, den r a s c h e n Sieg des Kommunismus innerhalb des Proletariats. Bei dem Umfang des Proletariats sind die weiße Diktatur und der weiße Terror gleichzeitig das Todesurteil für die Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt, selbst wenn ihre Stabilisierung für einige Zeit gelänge. Zudem kann die unter der Last der Kriegsschulden stehende, im schwersten Absatzkampf ringende und auf einen verödeten Innenmarkt angewiesene Großbourgeoisie keiner der mit ihr verbündeten Schichten etwas geben. Die Diktatur würde auch von innen her rasch zerbröckeln. Jede weitere Einschränkung der Lebenshaltung des Proletariats ist zweischneidig. Deshalb gibt es gegen die weiße Diktatur bis in die klassenbewußten Schichten der Großbourgeoisie hinein starke Gegentendenzen, die sich dagegen wenden, daß man [313] gewissermaßen den „ganzen Laden“ und das Leben obendrein aufs Spiel setze. Umfang und Stärke der Gegentendenzen sind schwankend.

Die Luther-Regierung arbeitet eng mit jener hier schon mehrfach geschilderten Richtung zusammen, die unter Anwendung des Artikels 48 der Verfassung auf sozusagen halblegalem Wege das politische Hauptziel erreichen will, nämlich die möglichst weitgehendste Ausschaltung des Reichstags, die Zwischenschaltung einer zweiten Kammer, welche unangenehme Beschlüsse des Reichstags aufheben kann (oder Ausbau des Reichspräsidiums zu einer der zweiten Kammer ähnlichen Institution) und Unabhängigkeitsmachung der Regierung vom Parlament, entweder durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit für den Regierungssturz oder durch Abhängigmachung der Regierung vom Reichspräsidenten nach amerikanischem Muster. Alle diese Manipulationen verfolgen den Zweck, parlamentarische Störungen auszuschalten, weil seit dem Volksbegehren ein Abflauen des Einflusses der Rechtsparteien zu spüren ist.

Und je näher die Entscheidung über den Volksentscheid über die Monarchenenteignung rückte, desto deutlicher wurde das Bestreben der Luther-Leute, die DDP als unsichere Kantonisten aus der

Regierung zu drängen, auf eine Regierungskrise hinzusteuern, die man im geeigneten Zeitpunkt zur Staatskrise ausweiten kann, um die bürgerliche Linke und die SPD unter gehörigen Druck zu setzen und dem Zentrum das Argument für eine Beteiligung an der verfassungsreformierenden Regierung zu liefern, daß es in die Regierung hineingehe, um das Volk vor der „Staatskrise“ zu bewahren.

Die Luther-Regierung provozierte zuerst mit der unglaublichen Begründung, mit der sie die Fürstenenteignung entgegen den klaren Verfassungsbestimmungen als verfassungsändernd erklären ließ. (Die Enteignung diene nicht dem Allgemeinwohl.) Dann telegraphierte Luther an die Eltern Schlageters, als dumme Hanswürste das Grabmal verschmierten. Und schließlich provozierte man die Reichsbannerparteien mit jener Flaggenverordnung, um die Gelegenheit zur Regierungskrise zu konstruieren. die in jedem Falle den Deutschnationalen die Entscheidung in der Hand läßt.

Wie der Flaggensalat „parlamentarisch“ ausgelöffelt werden wird, ist bedeutungslos. Er ist ja nur ein Mittel zum Zweck. Und wenn die entscheidenden Kreise der Bourgeoisie noch einmal auf einen Regierungssturz oder eine Regierungsverbreiterung nach rechts verzichten sollten, dann würde das nur bedeuten, daß ihnen der Zeitpunkt doch nicht paßt und sie sich mit der Flaggenprovokation irrtümlich verfrüht haben.

Was aus den Ereignissen im April mit größter Deutlichkeit hervorgeht, ist ein stark zunehmender Druck der Rechtsparteien, eine Sammlung und Zusammenfassung der reaktionären Kräfte gegen die neue Taktik der Partei, gegen den Volksentscheid und gegen die parlamentarische Demokratie, die den weniger klassenbewußten Schichten der Bourgeoisie störende Einmischungen in die Geschäfte der Großbourgeoisie erlaubt und der proletarischen Massenbewegung unliebsame Ventile offen läßt. Die Kosten der Rationalisierung, des Dumpingkampfes auf dem Weltmarkt, die erhöhten Dawes-Lasten und die Dauererwerbslosigkeit erfordern eine weitergehende Abwälzung der Lasten auf Proletariat, Mittelschichten, Kleinbauern und selbst die schwächeren Schichten der Bourgeoisie, und deshalb bereitet sich die Großbourgeoisie auf schärfere Angriffe vor. Das Herumdrehen des Ruders nach rechts während des Aprils und mit der Flaggenverordnung am Anfang Mai deutet darauf hin, daß man das Mittel der „Beruhigung“, der „Reibungsminderung“ als unzweckmäßig gefunden hat.
6.V. E. K u n i k.

*

Gewerkschaftsbewegung
Der englische Generalstreik

Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Vorgänge steht nach wie vor der große englische Streik. Zwar ist durch den Generalrat der englischen Gewerkschaften der Generalstreik am 12. Mai abgebrochen worden, dreh zeigt es sich, daß durch die offizielle Ankündigung des Generalstreik-Abbruchs keine Verminderung der Zahl der Streikenden eingetreten ist, sondern die Ausdehnung des Streikes – selbst nach den Angaben des Verräters Thomas im Unterhaus – nach dem 13. Mai noch größer ist, als vor der Streikabbruch-Parole des Generalrats. Es streiken nicht nur sämtliche Bergleute geschlossen weiter, sondern auch die Eisenbahner, Transportarbeiter und Metallarbeiter kämpfen weiter. Ja, durch das rigorose Vorgehen der Unternehmer, die den so gut wie bedingungslosen Kampfabbruch des Generalrats ausnützen wollen zu einer Massenmaßregelung aller führenden Gewerkschaftsmitglieder, sind neue Arbeiterschichten, die bisher nicht im Kampfe standen, in den Streik getreten.

Diese Situation zeigt besser, als alle Behauptungen der Reformisten von einem „für beide Teile ehrenvollen Frieden“, wie wenig die reformistischen Verräter Thomas, Macdonald, Henderson u. a, bei ihrem hinterhältigen Vorgehen gegen den Generalstreik den Willen der englischen Arbeitermassen vertraten. Sie haben das Diktat der englischen Bourgeoisregierung restlos, ohne die geringsten Zusagen der Regierung und ohne die geringsten Garantien für die Arbeiter, angenommen. und den Streik in dem Augenblick, wo der Sieg der Arbeiter schon so gut wie sicher war, abgewürgt. Der durch diesen Verrat für die englische Arbeiterschaft entstandene Schaden wird auch nicht herabgemindert durch die Tatsache, daß der Umfang des Streikes durch den Aufhebungsbeschluß des Generalrats nicht verkleinert wurde. Bis zu dem verhängnisvollen Beschluß des Generalrats war der Riesenkampf geschlossen und diszipliniert, während der nunmehr fortgeführte Kampf von der Bourgeoisie wie

auch von den rechten Gewerkschaftsführern als „wilder“ Streik bezeichnet wird und ihm jegliche planmäßige [314] Führung und Zusammenfassung fehlt. Unter diesen Umständen muß der Kampf trotz allem Heldenmut der englischen Arbeitermassen zur Niederlage führen, ja noch mehr, es muß dadurch in den Massen eine antigewerkschaftliche Stimmung erzeugt und eine Zerreißung der bis dahin geschlossenen Arbeiterfront herbeigeführt werden. Welche Schädigung das für die Kampfkraft des englischen Proletariats und für die Gewerkschaften selbst bedeutet, das zeigen schon die Nachrichten, die selbst von reformistischen Organen wie dem „Vorwärts“ u. a. verbreitet werden, wonach große Demonstrationen erbitterter Arbeiter vor des Gewerkschaftsbüros stattfinden und die Massen die heftigsten Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer richten.

*

Wie lange der englische Kampf oder vielmehr die verschiedenen Kämpfe der einzelnen Arbeiterkategorien noch fortgesetzt werden, ist noch ganz unabsehbar. Trotzdem können jetzt schon die sich aus dem Kampf und der Streikführung und Taktik ergebenden Lehren und Schlüsse gezogen werden. Dabei ist als erstes festzustellen, daß die englische Arbeiterschaft trotz ihrer in den letzten Jahren eingetretenen Radikalisierung und Linksschwenkung leider nicht erkannt hat, wie notwendig es war, nicht nur einige rechte Gewerkschaftsführer von der obersten Leitung zu beseitigen und durch links gerichtete Führer zu ersetzen, sondern sämtliche reformistischen Führer von den leitenden Stellen in der gesamten Arbeiterbewegung zu entfernen. Personen wie Macdonald, Thomas und Henderson u. a. sind ganz bewußte Vertreter der Bourgeoisie und sie werden, selbst wenn sie in den leitenden Instanzen der Arbeiterbewegung in der Minderheit sind, im kritischen Augenblick jeden geschlossenen Kampf gegen das Kapital zum Scheitern bringen. Die erste Schlußfolgerung des englischen Proletariats aus dem Kampf muß daher sein: Sofortige und restlose Entfernung aller Führer der Gewerkschaften und Arbeiterparteien, die sich in diesem Kampf als Verräter an der Sache des Proletariats erwiesen haben, von ihren leitenden Positionen und deren Besetzung durch im Kampf erprobte revolutionäre Funktionäre.

Die zweite Schlußfolgerung muß sein, daß ein Generalstreik gegen eine so rücksichtslose und gut gerüstete Bourgeoisie wie die englische niemals geführt werden kann, wenn sich die Leitung nicht nur krampfhaft bemüht, den „rein gewerkschaftlichen Charakter des Kampfes“ zu wahren, sondern auch die politischen Konsequenzen nicht einmal s e h e n will und daher jede Gegenmaßnahme gegen die politischen Gewaltaktionen der Bourgeoisie (Ausnahmezustand, Mobilisierung des Militärs, Beschlagnahme von Gewerkschaftsvermögen usw.) ablehnt und verhindert. Gewiß ist es bei einem solchen Kampf, dessen Ausgangspunkt rein gewerkschaftliche Kampfobjekte, wie Arbeitszeit und Lohn, darstellen, richtig, diese wirtschaftlichen Forderungen – Acht- bzw. Siebenstundentag und Lohn – s o l a n g e i n d e n M i t t e l p u n k t d e s K a m p f e s z u s t e l l e n, bis andere, sich aus dem Verlauf des Kampfes ergebende weitergehende politische Forderungen zwangsläufig an erste Stelle rücken. Und es ist daher nicht nur richtig, sondern notwendig, alle Versuche des Kapitals und seiner Agenten zurückzuweisen, dem Kampf eine andere Deutung zu geben, ihn auf „russische Staatsinteressen“ , „bolschewistische Hetze“ usw. zurückzuführen. Aber daraus den Schluß ziehen, daß jede politische Abwehr und Gegenaktion der Gewerkschaften gegen die politischen Gewaltakte der Bourgeoisie abzulehnen sei, ja sogar internationale Solidaritätsaktionen sind Unterstützungen der Proletarier der übrigen Länder zurückzuweisen, ist eine Taktik, die den Arbeiterinteressen ins Gesicht schlägt und zur todsicheren Niederlage führen muß. Führer eines Generalstreiks müssen sich klar sein, daß ein solcher Kampf, ganz gleich, welche Kampfobjekte seinen Ausgang verursachten, nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn alle sich daraus ergebenden wirtschaftlichen u n d p o l i t i s c h e n Konsequenzen gezogen und dementsprechende Kampfmaßnahmen getroffen werden.

Es ist zu erwarten, daß die Reformisten aller Länder aus dem Verlauf des englischen Kampfes und seiner eventuellen Niederlage den Gewerkschaftsmitgliedern die Unmöglichkeit und das Versagen der Taktik von Kampfbündnissen „beweisen“ werden. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Richtigkeit der Taktik von Kampfbündnissen, die Methode, die gesamte gewerkschaftliche Macht des Proletariats einzusetzen, wenn auch nur e i n e Arbeiterkategorie angegriffen wird, gerade durch den englischen Generalstreik nicht widerlegt, sondern in glänzendster Weise bestätigt wurde. D e r

vollkommene Sieg der englischen Arbeiterschaft war bei einer konsequenten Durchführung des Kampfes so gut wie sicher. Die für die Bourgeoisie tödlichen Auswirkungen des Generalstreiks konnten sich selbstverständlich nicht in den ersten Tagen zeigen; sie zeigten sich jedoch mit immer schärferer Deutlichkeit schon nach einer fünf- bis sechstägigen Streikdauer. Das war klar ersichtlich an den in den letzten beiden Tagen vor dem Abbruch des Generalstreiks immer stärker werdenden Angst- und Alarmrufen der englischen Bourgeoisie. Der Verrat der Macdonald, Thomas und Konsorten erfolgte gerade deshalb, weil der Sieg des Proletariats so gut wie sicher war. Genau wie 1921 sahen auch jetzt diese notorischen Kapitalsagenten ihre Aufgabe darin, die englische Bourgeoisie, den kapitalistischen Staat und die Monarchie vor einer vernichtenden Niederlage zu retten. Also: nicht ein Abwenden von der Taktik der Kampfbündnisse, sondern den Ausbau derartiger Kampfbündnisse und restlose Entfernung aller reformistischen Führer aus den Gewerkschaften ist die einzig richtige Lehre des englischen Kampfes für alle Gewerkschafter der Welt.

*

[315] Der englische Generalstreik zeigt aber auch das Versagen des IGB (Amsterdamer Gewerkschaftsbund) und der reformistischen Gewerkschaftszentralen in allen Ländern, vor allen Dingen des ADGB. Zwar haben die Vorstände des IGB, des ADGB und der einzelnen Bergarbeiter- und Transportarbeiter-Verbände auf dem Kontinent eine Reihe schöner Aufrufe zur Solidarität für den englischen Kampf erlassen. Aber praktisch haben sie fast nichts gemacht. Sie haben keinerlei konkrete Anweisungen für die Arbeiter der einzelnen Gruben, Kohlenverladeplätze, Binnen- und Seehäfen usw. gegeben. Von einer Mobilisierung der Gesamtarbeiterschaft, Einberufung von Versammlungen usw. keine Spur. Im Gegenteil: man erblickte die Hauptaufgabe darin, die Kommunisten und die revolutionären Gewerkschafter, die auf eine aktive Kampfsolidarität drängten, aufs schärfste zu bekämpfen, um damit eine wirkliche tatkräftige Aktion auf dem Kontinent für den englischen Kampf zu verhindern. Eine Reihe von christlichen und auch von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern (in Oberhausen, Harnborn und Duisburg) brachten es sogar fertig, im „Interesse der deutschen Wirtschaft“ (hei Kapital) dafür eineutreten, daß während des englischen Streikes die englischen Kohlenabsatzmärkte durch die deutsche Wirtschaft beliefert und so für immer gewonnen werden. Sie sahen auch ruhig zu, wie sofort nach Ausbruch des englischen Kampfes in den Umschlags- und Verladeplätzen der Ruhrkohle eine fieberhafte Steigerung von Kohlentransporten nach Belgien und Holland einsetzte.

Es ist eine Ehrenpflicht der deutschen Arbeiterschaft, daß sie mit diesen Elementen gründlich abrechnet und, da der Kampf der englischen Bergarbeiter weitergeht, auch jetzt auch alles einsetzt, um jegliche Kohlenausfuhr, ganz gleich, ob nach England oder bisherigen englischen Absatzmärkten, zu verhindern.

Es waren auch deutsche sozialdemokratische Organe („Hamburger Echo“ u. a.), die genau wie die englischen Imperialisten die wirklich tatkräftige Solidaritätsaktion der russischen Gewerkschaften, die von den russischen Gewerkschaften zur Sammelaktion aufgebrachten Unterstützungssummen für die englischen Arbeiter als „russische Regierungsaktion, als russische Regierungsgelder“ bezeichneten. Das russische Proletariat wird sich durch derartige Manöver der Reformisten ganz bestimmt keinen Augenblick ablenken lassen von seiner von ihm als selbstverständlich anerkannten internationalen Solidaritätspflicht. Die riesigen Arbeiterdemonstrationen in den russischen Industriezentren bei Ausbruch des Kampfes zeigen, daß das russische Proletariat stets in vorderster Reihe marschiert, wenn es gilt, dem internationalen Kapitalismus einen Schlag zu versetzen. Sein Verhalten beweist aufs neue, wie notwendig es ist, die internationale Gewerkschaftseinheit mit den russischen Gewerkschaften herzustellen.

14.V. A. Enderle.

II. Internationale
Zwei Reden von Otto Bauer und Stenhuis

I.

Otto Bauer, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie und maßgebende Taktiker des Austromarxismus innerhalb der Zweiten Internationale, und R. Stenhuis der Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, der noch bis vor kurzem näher zu Oudegeest als zu Fimmen stand, haben in letzter Zeit zwei Reden gehalten, die kennzeichnend sind für die in Entwicklung begriffene Krise im Lager der sozialdemokratischen „Internationale".

Der Rahmen der Rede Bauers war eine große Wiener sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung, auf welcher der Vorsitzende der österreichischen Arbeiterdelegation, der Sozialdemokrat Farkas, und drei andere sozialdemokratische Delegationsteilnehmer über ihre Wahrnehmungen in der Sowjetunion Bericht erstatteten. Der Rahmen der Rede Stenhuis' war der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Hollands, der von den Reformisten des rechten Flügels der holländischen Arbeiterbewegung beherrscht war und sich, unmittelbar vor Stenhuis' Rede, eine entsprechend rechte Führung gewählt hatte.

So verschieden aber auch Anlaß und Zweck der Reden Bauers und Stenhuis' waren jene ein Ablenkungsmanöver, diese ein Versuch, den Parteikörper nach links zu bewegen –, so ergänzen sie sich doch vortrefflich und zeigen kraß die Meinungsverschiedenheiten, das ideologische Durcheinander, dir vollkommene Direktionslosigkeit in den führenden Schichten dieser sozialdemokratischen „Internationale".

In keinem einzigen der großen Probleme der proletarischen Politik hat die sogenannte „Sozialistische Arbeiterinternationale" eine einheitliche Auffassung bzw. verkünden ihre Mitglieder nach außen dasselbe. Es finden sich fast diametrale Gegensätze (und zwischen ihnen eine Reihe von Schattierungen) in folgenden Punkten:

1. Weltwirtschaftslage: einerseits die Anbetung des kapitalistischen Wiederaufbaues, andererseits die Einstellung auf eine fortschreitende, „permanente" Krise. 2. Internationale politische Entwicklung, insbesondere Europas: einerseits offene Imperialisten, Kolonialpolitiker und Vaterlandsverteidiger, andererseits „Nie-wieder-Krieg"-Leute, ehrliche Pazifisten, „Freunde" der unterdrückten Völker usw. Derselbe Gegensatz in der Begründung und Interpretierung der Locarno- und Völkerbundspolitik. 3. Stellung zum bürgerlichen Staat: einerseits offene Koalitionspolitiker, andererseits „Klassenkämpfer", die reichlich den revolutionären Wortschatz gebrauchen, aber teils ohne an ihre Worte zu glauben, teils ohne deren praktische Konsequenzen zu begreifen. 4. Gewerkschaftsfrage: offene Arbeitsgemeinschalter einerseits, linke Gewerkschafter andererseits, Feinde und Freunde der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung. [316] Dazwischen solche, die „ja" sagen und „nein" denken bzw. handeln. 5. Verhältnis zur Sowjetunion: von den erbittertsten Bekämpfern der Sowjetunion über solche, die sie heuchlerisch gelten lassen, aber zugleich Gift gegen sie ausspritzen, bis zu solchen, die zugeben, daß dort der Kapitalismus eine entscheidende Niederlage erlitten, der Aufbau des Sozialismus begonnen hat, und die zur vollen Solidarität mit der Sowjetunion auffordern.

Das sind nur einige der wichtigsten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des sozialdemokratischen Lagers. Ähnliche ergeben sich bei allen wichtigen Fragen, in der Agrarfrage, in der nationalen Frage, der Kolonialfrage usw.

Es wäre natürlich vollkommen falsch, zu glauben, daß diese gegensätzlichen Meinungen in der Führerschaft der Sozialdemokratie ihre praktische reformistische Politik stört und erschwert, oder gar daß diese Gegensätze an sich eine Sprengung der Internationale oder einzelner ihrer Parteien zur Folge haben würden. Das Gegenteil trifft zu. Trotzdem ist die Tatsache, daß sich der ideologische Riß in der internationalen Sozialdemokratie zwischen den linken und rechten Führerelementen trotz ihres Sträubens derart erweitert und vertieft, eine Tatsache von großer Bedeutung. Denn diese Gegensätze in der Führerschaft sind ja nichts anderes als ein, wenn auch schwaches und verzerrtes,

Spiegelbild des entscheidenden Gegensatzes zwischen den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen und einer kleinen Schicht korrumpierter Arbeiteraristokraten. Daher sind diese ideologischen Gegensätze in der Führung nicht nur an sich ein Zeugnis der Zerrissenheit und Aktionsunfähigkeit, sondern sie deuten zugleich den Beginn einer großen Zersetzungskrise in der sozialdemokratischen „Internationale“ an.

II.

Nur zur Konkretisierung dieser Gegensätze, soweit dies in den Reden Stenhuis’ und Bauers geschieht.

Inder Frage der Einschätzung der Weltsituation, des Wiederaufbauprozesses der kapitalistischen Ordnung beweist Stenhuis*) den Reformisten, die alles mit rosigbourgeoiser Brille sehen, daß „der Kapitalismus die politischen und ökonomischen Probleme nicht mehr meistern kann“.

Er zeigt die Faktoren, die „in dieser Periode die revolutionären Spannungen erhöhen und allmählich zu revolutionären Ausbrüchen führen:

a) die antikapitalistische Regierung Rußlands;

b) die Empörungen und Aufstände unter den Völkern des Ostens;

c) die erhöhte Schuldenlast;

d) die stark industrielle Entwicklung der früheren Importländer, wodurch das Absatzgebiet der Industrieländer verkleinert ist;

e) der gewachsene und rationalisierte Produktionsapparat, für den keine Arbeit vorhanden ist;

f) der gesunkene Lebensstandard eines großen Teiles der Arbeiterklasse Europas;

g) die umfangreiche und chronische Arbeitslosigkeit;

h) das Unvermögen des Kapitalismus, die Produktion wiederherzustellen;

i) die Wiederaufbaupolitik des Kapitalismus durch Trosts und Kartelle ...“

Stenhuis stellt fest, „daß der Kapitalismus die politischen und ökonomischen Probleme ... nicht mehr meistern kann“ und kommt zu folgendem Schluß über die kommende Entwicklung der Ereignisse:

„Die objektiven Faktoren laufen auf eine Politik hinaus, die Arbeiter weiter niederzudrücken. Demgegenüber steht die Machtzunahme der Arbeiterklasse, die zu einer stets entschlosseneren Stellungnahme gegen den Druck führt, der aus den erwähnten Faktoren entsteht ...“

Diese Einschätzung der allgemeinen Entwicklung und der Perspektiven entfernt sich mit Riesenschritten von den Anschauungen der Reformisten und nähert sich denen der Kommunistischen Internationale. Jedenfalls ist es klar, daß die Anschauungen, wie sie Stenhuis entwickelt, mit der Politik und Taktik der sozialdemokratischen Koalitions- und Regierungspolitiker unverträglich sind. Diese Konsequenz zieht Stenhuis und rafft sich sogar dazu auf, die sozialdemokratischen Parteien und ihr Werk als das zu charakterisieren, was sie sind:

„Politisch-parlamentarisch ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie auf ein totes Geleise gekommen, und das in einem Zeitpunkt, in dem schneller Fortschritt mehr denn je geboten ist. In Deutschland ist durch die Halbheit der Revolution und den Widerstand der bürgerlich-demokratischen Parteien gegen durchgreifende Reformen der Kapitalismus so stark und mächtig als je. In Skandinavien ist es den sozialistischen Minderheitsregierungen nicht geglückt, sozialistische, konstruktive Reformen zu verwirklichen. In Frankreich zappeln die demokratischen Gruppierungen in der Faust des Bankkapitals, und ohne revolutionäre Bewegung wird die Reaktion siegen. In England hat die Radikalisierung der Arbeiterbewegung vor allem nach der Regierung Macdonalds große Fortschritte gemacht ... In Belgien brachte die politisch-parlamentarische Aktion eine halb-sozialistische Regierung. Ein einziger Streich der Bankiers hat der sozialen Position der

*) Vgl. die in der „Inprekorr.“, Nr. 61 vom 20. April 1926, wiedergegebene Rede Stenhuis’

Arbeiter mit einem Schlage so viele Nachteile zugefügt, daß jahrelange Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit notwendig sind, um den politischen Schaden wieder gutzumachen ...“

Wenn Stenhuis diese Arbeit der sozialdemokratischen Führungen in fast allen Ländern (er hätte z. B. noch die Tschechoslovakei anführen können) als Sisyphusarbeit, ja sogar als Arbeit von „Bütteln und Handlangern des goldenen Gesindels, das die Welt regiert“ bezeichnet, so befindet er sich seinen Worten nach in schärfster Opposition zur Politik und Taktik der Mehrheit der in der Sozialistischen Internationale „vereinigten“ Parteien.

Stenhuis betont den wachsenden Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften und führt [317] folgende vier Momente an, um die Arbeiterbewegung in ein revolutionäres Fahrwasser zu leiten:

„1. Politische Orientierung der Gewerkschaftsbewegung;

2. Konzentration der politischen und ökonomischen Kampfmittel;

3. neue taktische Orientierung, die den Arbeiter lehrt, die ökonomischen Machtmittel der Arbeiterbewegung im politischen Kampf anzuwenden;

4. ein internationales Programm mit einer internationalen Kampagne.“

Selbst bei diesen ziemlich verschwommenen Vorschlägen geraten die reformistischen Führer außer sich, wie dies auf dem holländischen Parteitag und in der holländischen sozialdemokratischen Presse geschehen ist.

Auch in bezug auf die Einstellung zu Sowjetrußland zeigt sich dieselbe Erscheinung. Stenhuis spricht – über Otto Bauer hinausgehend – von der Notwendigkeit eines Bündnisses der europäischen Arbeiter mit der Sowjetunion, wobei er allerdings nicht vergißt, eine Klausel beizufügen, nämlich das Verständnis der Russen für die Verhältnisse in Westeuropa (!).

Aber auch Otto Bauer muß in seiner Rede allerlei zugestehen, was die SPD-Führer und deren Gleichgesinnte in anderen Ländern als bittere Pillen schlucken werden. Zwar spricht Otto Bauer in seiner letzten Rede in noch gedämpfterem Tone als in der bekannten vor vier Monaten gehaltenen Rede vom Aufbau des Sozialismus in Rußland. Immerhin betont er auch diesmal, ungeachtet aller Verschnupfung der SPD-Führer über jene erste Rede, daß sich in Rußland „wirklich eine Aufwärtsentwicklung im großen Maßstabe durch die heroischen Anstrengungen der russischen Arbeiter vollzieht ...“

Er stellt zweitens fest, daß sowohl die Lage der Arbeiter sich ständig bessert, als auch die sozialen Errungenschaften bedeutend sind, wenn er sich auch im gleichen Atem bemüht, sie herabzusetzen und mit lächerlichen Vergleichen aus Osterreich kommt (wo es bekanntlich die Arbeiterschaft so herrlich weit gebracht hat!).

Und wenn er auch drittens in austromarxistischer Schlauheit nur vom „Glauben“ der Arbeiter spricht, daß in Rußland „der Kapitalismus einen vernichtenden Schlag erlitten hat und die Arbeiterschaft das Land regiert und sich selbst ihr Schicksal bestimmt,“ so wagt er doch nicht, dies zu verneinen.

Viertens endlich – und auch das hat positive Bedeutung – schweigt er sich über das beliebteste SP-Argument aus, daß der Weg, den die Bolschewiki gegangen seien, für die europäischen Arbeiter ungangbar sei.

Nach all dem könnte man glauben, Bauer und Stenhuis befänden sich auf dem Wege nach „Moskau“. Es sind in unseren Reihen auch einige solcher Fehler gemacht worden. Sicher sind die obigen Reden ein deutlicher Gradmesser der wachsenden Linksorientierung sozialdemokratischer Arbeitermassen, die auch eine schwächere Linkswendung gewisser Führergruppen mit sich bringt, welche es, aus parteitaktischen Gründen, für klug halten, aus der Not eine Tugend zu machen. Aber das ist bloß die eine Seite der Medaille.

III.

Man darf die Kehrseite der Medaille nicht übersehen. Wozu machen ein Stenhuis und noch mehr ein Otto Bauer Zugeständnisse an die Massen? Um Zugeständnisse von den Massen

zu erlangen. Auf diese Kehrseite der Medaille hat Otto Bauer in seiner letzten Rede das Hauptgewicht gelegt (und Stenhuis erklärt sich in seiner Rede ausdrücklich als Otto Bauers Anhänger).

Der Otto-Bauer-Flügel der Zweiten Internationale macht – bei all seinem Gegensatz in den Fragen der Einschätzung der Weltlage sind der Taktik zur Mehrheit der Zweiten Internationale – in den Fragen des Kampfes gegen die Sowjetunion und auch gegen die Gewerkschaftseinheit Mauer für die Mehrheit der Zweiten Internationale. Es handelt sich um ein groß angelegtes Manöver. Otto Bauer möchte gewissermaßen die Zweite Internationale österreichisieren, um sie vor dem Weglaufen der Massen aus ihren Reihen zu bewahren. Er empfiehlt ihnen Sicherheitsventile – Aussprachen, vielleicht sogar Resolutionen mit Linksorientierung in Vertrauensmännerversammlungen nach Wiens Muster usw. –, er empfiehlt ihnen, nach Vorbild des seinerzeitigen österreichischen Arbeiterrats, Maßnahmen, um die unruhigen Elemente „an die Kette zu legen".

Er macht seine Verbeugung vor der Sowjetunion, um sie dann mit den alten tückischen demagogischen Reden von Unterdrückung der Sozialdemokratie, von Diktatur des Proletariats ohne Kontrolle der Massen usw. zu unterminieren und dem gegenüber die Herrlichkeiten der Demokratie zu preisen. Er macht seine Verbeugung vor der Gewerkschaftseinheit, um dann von den Spaltern im kommunistischen Lager zu sprechen und klipp und klar die Liquidierung der revolutionären Zellen und Fraktionen in den Gewerkschaften, also die Selbstaufgabe der organisierten Opposition in den Gewerkschaften, als – Gewerkschaftseinheit hinzustellen.

Kein Kommunist, kein revolutionärer Arbeiter darf sich daher über die Gefährlichkeit des Otto Bauerschen Manövers täuschen.

Welche Stellungnahme werden die linksdrängenden Arbeiter in der SP zu dieser Taktik Otto Bauers einnehmen müssen? Sie müssen Eindeutigkeit verlangen, sie müssen verlangen, daß den mehr oder weniger radikalen Worten die Taten folgen. Wenn Stenhuis und auch Bauer konstatieren, daß es in der ganzen kapitalistischen Welt abwärts – aber in der Sowjetunion aufwärts geht, dann ist daraus die klare Konsequenz zu ziehen, daß nämlich durch die Methoden der russischen Revolution und durch den Aufbau in der Sowjetunion der richtige Weg der Arbeiterklasse aller Länder gezeigt wurde.

P. Lang.

[318]

LITERATUR

Hartenstein: „Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen"

Mit fünf Planspielen und 42 taktischen Aufgaben sowie einer Schilderung der Hamburger Oktoberunruhen 1923. Verlag „Offene Worte", Berlin-Charlottenburg 1926.

II.

Hartenstein macht bei seinen Untersuchungen einen Grundfehler. Er sieht im revolutionären Aufstand nicht die höchste und letzte Form des Kampfes um die politische Macht, sondern nur eine Episode, die sich beliebig oft ereignen kann, wenn nur die allgemeinen Umstände einigermaßen günstig sind. Er hätte recht, wenn es sich um sogenannte Putsche handelte. Diese Auffassung über die Natur des Aufstandes kehrt in anderer Form selbst noch bei kommunistischen Funktionären wieder, ein Zeichen, wie wenig in der Partei bis heute die Probleme des militärischen Kampfes geklärt sind. In einem Artikel „Oktoberkämpfe in Hamburg" im „Bürgerkrieg" Anfang 1924 steht: „Es werden ihr (nämlich der proletarischen Revolution) vielmehr vorausgehen eine Anzahl sporadischer Einzelkämpfe. Als ein solcher kann angesehen werden der Kampf in den Oktobertagen in Hamburg." Lenin wendet sich scharf gegen diese Auffassungen: „Niemals mit dem Aufstand spielen, und wenn er angefangen ist, genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß." („Marxismus sind Aufstand", Deutsch im Sammelband: „Der Kampf um die soziale Revolution", Verlag für Literatur und Politik, Seite 449.) Und positiv verlangt Lenin kategorisch von jedem Marxisten, daß er sich im klaren ist über die allgemeinen Voraussetzungen für den militärischen Kampf.

„Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, muß er sich nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, sondern auf die fortgeschrittene Klasse. Dies – erstens. Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Elan des Volkes stützen. Dies – zweitens. Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der wachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der Vorhut des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, schwankenden, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind. Dies – drittens. Durch diese drei Bedingungen in der Frage des Aufstandes unterscheidet sich der Marxismus vom Blanquismus.“ (Sammelband S. 440.)

Sind diese Voraussetzungen für einen Aufstand gegeben, so kann die Bourgeoisie nicht nur mit den sogenannten kommunistischen Kampforganisationen rechnen, sondern sie muß sich einstellen auf die aktive Teilnahme des Proletariats an den militärischen Kämpfen. Damit aber verändern sich notwendig auch die taktischen Bedingungen für die Niederschlagung dieser Kämpfe.

Aus diesem Grundfehler ergibt sich ein weiterer: H. sieht die Schutzpolizei als eine kompakte, einheitliche und aktionsfähige Truppe. Sie kann das unter Umständen tatsächlich sein, nämlich dann, wenn die kommunistische Partei ihre politischen Aufgaben vor dem Aufstand und in ihm nicht erfüllt. Sie muß, wenn der Aufstand Aussicht auf Erfolg haben soll, die militärischen Kräfte der Bourgeoisie zersetzen, ihre Zuversicht schwächen, die Offiziere moralisch isolieren, und sie muß diese Tätigkeit im Kampf steigern, zum Kampf um die Truppe (nicht gegen die Mannschaften, wohl aber gegen die Offiziere), um sie, wenn nicht auf die Seite der Aufständischen herüberzuziehen, doch wenigstens zu neutralisieren. Lenin charakterisiert dieses doppelte Bild der Zersetzungsarbeit folgendermaßen: „In Wirklichkeit führt das in jeder Volksbewegung unvermeidliche Schwanken der Truppen bei der Zuspitzung des revolutionären Kampfes zu einem wirklichen Kampf um die Truppen ... Die Regierung hielt die schwankenden Elemente durch die verschiedensten verzweifelten Maßnahmen zurück ... Wir haben die ideologische ‚Bearbeitung‘ der Armee vorbereitet und werden sie noch energischer vorbereiten. Aber wir werden klägliche Pedanten bleiben, falls wir vergessen, daß im Moment des Aufstandes auch der physische Kampf um die Truppen vonnöten ist.“ (Sammelband S. 186.)

Die besondere Struktur der Schutzpolizei und des Heeres in Deutschland stellen dieser politischen Aufgabe große Schwierigkeiten entgegen, die wir jedoch deich doppelte Anstrengungen und durch eine bereits heute durchzuführende Agitations- und Propagandaarbeit überwinden müssen.

Der dritte Fehler besteht darin, daß H. glaubt, die Bedingungen, unter denen sich die Tätigkeit der Partisanenabteilung vollziehe, seien denkbar ungünstig. Es ist richtig, Schwierigkeiten in diesem Stadium des Kampfes sind vorhanden, und wir haben sie oben bereits aufgezählt. Sind jedoch die politischen Voraussetzungen für den Aufstand gegeben, so ist die Basis der Kämpfe eine so breite, daß diese Schwierigkeiten den Erfolg nicht hindern, wenn sie auch, und zwar zugunsten der kämpfenden Arbeiter, die militärische Taktik ausschlaggebend beeinflussen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es vollkommen falsch, was in dem bereits erwähnten Artikel „Oktoberkämpfe in Hamburg“ im „Bürgerkrieg“ gesagt wird: „Das Kampfgebiet ist nach Möglichkeit in die Bourgeoisie-Viertel zu verlegen ...“ Dadurch würden die kämpfenden Gruppen von allen Hilfsmitteln abge-[319]schnitten, während die Hilfsmittel der Schutzpolizei in gleichem Maße wachsen müßten. Lediglich beim Einsatz von massenhafter schwerer Artillerie, Flammenwerfers und Gas kommt eine solche Verlegung der Kampfbasis in Frage, in Fällen also, die in Deutschland in absehbarer Zeit kaum eintreten werden. Die wichtigste Aufgabe der aufständischen Führer ist, die Nachteile, die sich aus ihrer Situation ergeben, in Vorteile zu verwandeln. Die unzulängliche Bewaffnung, die Schwierigkeit. einheitlicher militärischer Aktionen zwingen zur Aufteilung der geschlossenen Verbände in kleinste Einheiten von 2, 3, 5, höchstens 10 Mann, die weniger die offen sichtbare Barrikade auf der Straße verwenden, als sich vielmehr in Häusern, Kellern, auf den Dächern bewegen und den Gegner aufreiben. Die Kampfmittel sind zwar immer in erster Linie Schußwaffen, sie werden aber notwendig ergänzt durch selbstfabrizierte Handgranaten und andere Sprengmittel, wie überhaupt die Sprengtaktik (Sperrung von Zufahrtswegen für Verstärkungen, Verpflegung und alle sonstigen Verbindungen der staatlichen Truppen, Bekämpfung der Panzer- und Lastkraftwagen sowie der Tanks) in der Zukunft in viel stärkerem Maße als bisher Anwendung finden wird. Diese neue Taktik stellt gegenüber den

Aufständen im vorigen Jahrhundert eine völlige Neuerung dar und wurde zuerst im Moskauer Aufstand 1905 angewendet. (Lenin: „Die Lehren des Moskauer Aufstandes“, Sammelband S. 183 bis 190.)

III.

Die politische Situation in Hamburg im Oktober 1923 war günstig. Die Massen waren aufs äußerste erregt, die großen Werftbetriebe standen im Streik. Trotzdem kann der Aufstand nur verstanden werden als Glied der revolutionären Erhebung im ganzen Reich, und sein Ausbruch erfolgte in der Tat in dem Glauben, daß auch im übrigen Deutschland, mindestens aber in Sachsen und Thüringen, der bewaffnete Aufstand begonnen habe. Sein Abbruch in der dritten Nacht war selbstverständlich, da Hamburg politisch völlig isoliert blieb. Daraus resultierte dann auch die militärische Isolierung, durch die die Auf ständischen völlig in die Defensive gedrängt wurden.

Erstes Kampfstadium: Nach Sperrung des nördlichen Hauptzufahrtsweges nach Hamburg wurden im nördlichen Halbkreis der Außenbezirke Groß-Hamburgs etwa 15 Polizeiwachen überfallen und entwaffnet. Die innere Stadt, der größere Teil von Altona (Westen) und die Hafengegend (Süden) blieben frei. Über den Plan sagt H.: „Die Taktik der Aufrührer zielte darauf hin, nördlich der Elbe einen dichten geschlossenen Ring um Hamburg zu legen und von diesem aus zum Angriff überzugehen ... War auf diese Weise erst einmal eine feste Ausgangsbasis geschaffen, so sollte von hier aus konzentrisch gegen das eigentliche Angriffsziel, das Stadtinnere, vorgegangen werden.“ (S. 41.) Dieser Plan war richtig, wenn der Angriff auf das Zentrum und damit die Einbeziehung der großen Werftbelegschaften in den Kampf möglich war. Was geschah aber? Die überfallenen Polizeiwachen wurden bis auf vier günstig gelegene Punkte geräumt (was an sich richtig war) und Verteidigungsstellen in drei Stadtvierteln, in Eimsbüttel, Barmbeck und Schiffbek bezogen. Dies ermöglichte der Polizei, ihre Kräfte zu sammeln, Marine und Reichswehrverstärkungen heranzuziehen, 800 Zivilisten. in den inneren Stadtdienst einzustellen und so eine ungeheure Übermacht gegen die drei Aufruhrherde zu werfen.

Zweites Stadium: Die kommunistische Absperrung nach dem Zentrum der Stadt an der Krugkoppelbrücke wird von der Schutzpolizei genommen und zunächst das Unternehmen zur Entsetzung von Eimsbüttel durchgeführt. Hier war die Polizeiwache besetzt geblieben und zu ihrer Deckung die beiden Fronten der Straße, in der die Wache liegt, eine rechtwinklige Zufahrtsstraße und ein Eckhaus im rückwärtigen Häuserblock, von Dachschützen besetzt. Barrikaden waren nicht errichtet. Der Angriff der Schutzpolizei wurde zuerst mehrmals mit schwachen Kräften (ein Panzerwagen, zwei Bereitschaften und ein Radfahrzug) versucht, aber zurückgeschlagen. Mit Eintreffen eines zweiten Panzerwagens und einer weiteren Bereitschaft wurde der Angriff wiederholt und zwar von drei Seiten. Die Panzerwagen durchfuhren rücksichtslos und andauernd feuernd die Straßen bis zur Polizeiwache, eine Bereitschaft rückte von einem, die zweite vom anderen Ende der verteidigten Straße an, während der Rest durch Häuserblocks an die dem Hof zugekehrte Seite der Wache herankommen konnte. Das Unternehmen glückte.

Das zweite Unternehmen richtete sich auf Barmbeck, wo die stärksten kommunistischen Kräfte gebunden waren. Eine detaillierte Beschreibung ist in diesem Rahmen unmöglich. In einem Geviert von etwa 1000 × 2000 Meter waren nicht weniger als 58 Barrikaden, die meisten gleichzeitig als Schützengräben, errichtet. Diese Barrikaden hatten einen doppelten Zweck; einmal verhinderten sie die Verwendung von Panzerwagen in größerem Maßstab, zum anderen dienten sie als Verteidigungsstellen. Die Hauptmasse der Kämpfenden hatte sich außerdem in den Häusern verschanzt und zwar so, daß die wichtigsten Straßen und Plätze unter ihrem Feuer lagen. Die Schutzpolizei sammelte ihre Kräfte außerhalb des aufständischen Gebietes, riegelte es ab und setzte zunächst die Panzerwagen, insgesamt sechs, da ihre Verwendung im Straßendienst durch die zahlreichen und gut angelegten Barrikaden unmöglich gemacht worden war, als Stützpunkte für die Vorstöße ins Innere von Barmbeck an. In der Nacht vor dem geplanten konzentrischen Angriff, der von fünf Punkten aus erfolgen sollte, wurden an drei Straßenkreuzungen inmitten des Aufruhrgebiets sogenannte Widerstandsnester eingerichtet, d. h. mehrere Wohnungen mit Schützen und MGs besetzt. Ein Flugzeug leistete Ihr die Feststellung der Barrikaden Aufklärungsdienste. Die Einnahme der Barrikaden und damit des

Stadtteils am 24. Oktober erfolgte ohne nennenswerten Widerstand, da in der vorausgegangenen Nacht die Stellungen von den kämpfenden Arbeitern geräumt worden waren.

[320] Die Einnahme Schiffbeks, das bei Einsatz der Schutzpolizei und der Reichswehr bereits vollständig von den Aufständischen aufgegeben war, bot keine besonderen Schwierigkeiten.

In einer zusammenfassenden Betrachtung der Hamburger Kämpfe (S. 80 bis 83) erkennt H. an, daß gute örtliche Leitungen in den Aufruhrherden vorhanden waren. Eine zentrale Leitung glaubt er nicht annehmen zu können. Dies ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß es zu größeren Offensivhandlungen nach den ersten Überraschungserfolgen nicht kam. Wie in allen früheren Kämpfen in Deutschland, sehen wir auch in Hamburg zwei Tatsachen, die das Schicksal des Aufstandes besiegeln mußten, selbst wenn andere politische Voraussetzungen vorhanden gewesen wären.

1. Die einzelnen Aufruhrherde konnten nacheinander bekämpft werden. Die Abgelegenheit von Schiffbek machte nicht einmal eine Sicherung nach dieser Seite hin notwendig. Gegen den zerstreuten Kräfteeinsatz der Arbeiter war also ein konzentrierter Ansatz der Kräfte der Polizei, der Marine und Reichswehr möglich. Dies umsomehr, als die Aufstände völlig lokalisiert werden konnten, nachdem es im wichtigen Hafengebiet zu Ausschreitungen nicht kam.

2. Die Beschränkung der Arbeiter auf die Defensive ermöglichte die Abschneidung aller Verbindungen, die völlige Einkreisung und damit die Vorbereitung eines konzentrischen Angriffs unter allmählicher Aufrollung einer Straße nach der anderen.

Gegen die Anwendung der Überraschungstaktik in der Zukunft empfiehlt H. Verwendung der Beamten in Zivilkleidung und Ausbau der Verbindungen zwischen den einzelnen Wachen (Anlage eines privaten und direkten Polizei-Fernsprechnetzes). Um eine Bewaffnung in größerem Stil durch Erstürmung von Wachen, die nie ganz zu verhindern sein wird, möglichst einzuschränken, fordert er: „Es muß angestrebt werden, die Wachen, vornehmlich die entlegeneren, möglichst von Waffen zu entblößen und letztere allenfalls auf denjenigen Wachen zu belassen, welche von polizeitaktischer Bedeutung sind. (S. 82.)

Die Beigabe von schweren Waffen, Artillerie und Minenwerfern, ist im Hamburger Aufstand nicht erfolgt. Sie bildet jedoch bei rücksichtsloser Anwendung ein erstklassiges Kampfmittel, das hauptsächlich moralische Wirkungen hat. Gegen die Partisanentaktik allerdings werden auch diese Kampfmittel ihre Wirkung verfehlen. Die Anwendung wirksamer Großkampfmittel, von Gas, Flugzeugen mit Bomben und Tanks, würde eine Veränderung der Partisanentaktik, nicht ihre völlige Aufgabe, notwendig machen.

IV.

Vorbildlich waren im Hamburger Aufstand die überraschende Einnahme der Polizeiwachen im Ring um das Stadtzentrum, wodurch die Bewaffnung ermöglicht wurde, und die sofortige Räumung der Wachen. (Wo diese Räumung nicht erfolgte, wie in Emmabüttel, vermochte die Polizei ihre überlegenen Ortskenntnisse auszunutzen.) Die massenhafte Anlage der Barrikaden als Sperrmittel gegen die Panzerwagen in Barmbeck erwies sich als wirkungsvoll. Es war sogar möglich, durch schleunige Errichtung von Barrikaden im Rücken von Panzerwagen diese gänzlich abzuschneiden. Endlich war die Loslösung vom Feind beim Rückzug äußerst geschickt organisiert.

Dem stehen Fehler gegenüber, die wir um so schärfer hervorheben müssen, als es Fehler sind, die sich aus den ungenügenden politischen Voraussetzungen und der Gesamtanlage des Unternehmens ergaben. Eine unzulängliche Taktik kann unmöglich durch falsche Voraussetzungen entschuldigt werden. Wir müssen jeden Aufstand unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß er die Erringung der politischen Macht zum Ziel hat, wenn wir nicht den bewaffneten Kampf als letzte und höchste Form des revolutionären Kampfes diskreditieren wollen.

Die hauptsächlichsten Fehler sind folgende:

1. Die Festsetzung in verschiedenen, weit voneinander örtlich weitgetrennten Bezirken, also Zerstreuung der revolutionären Kräfte. Lenin verlangt dagegen: „Man muß ein bedeutendes

Kräfteübergewicht sammeln am entscheidenden Orte, im entscheidenden Moment, denn sonst wird der Feind, der über eine bessere Vorbereitung und Organisation verfügt. die Aufständischen vernichten.“ (Sammelband S. 449.)

2. Das Verharren in der Defensive nach dem ersten Überfall. Aufreibung der Kräfte ist die natürliche Folge. Lenin sagt: „Hat der Aufstand einmal begonnen, so muß man mit der größten Entschlossenheit handeln und unabänderlich und bedingungslos zur Offensive übergehen. Die Defensive ist der Tod des bewaffneten Aufstandes.“ (Sammelband S. 449.)

3. Die Anwendung der Barrikadentaktik für die Verteidigung gegen die Übermacht der Truppen. In dem oben zitierten Artikel im „Bürgerkrieg“ ist diese zweite Bedeutung des Barrikadenbaues hervorgehoben. Damit wurden für die angreifenden Truppen offene Kampfziele gegeben und die Bedeutung des Partisanenkampfes in den Häusern (des unsichtbaren Kampfes gewissermaßen) stark herabgemindert.

Wir müssen aus diesen Fehlern lernen. Die Polizei tut es, indem sie alle Möglichkeiten theoretisch erwägt, die sich aus dem revolutionären Kampf für ihren Einsatz ergeben können. Die Kommunistische Partei muß nicht nur in gleicher Weise die taktischen Bedingungen des Aufstandes studieren (und hierzu weitgehend das Material der Bourgeoisie verwenden), sondern sie muß darüber hinaus der Bourgeoisie die Voraussetzungen für den Einsatz ihrer bewaffneten Kräfte entziehen, indem sie die Truppe politisch zerreißt. Mut, den Danton von den Revolutionären gefordert hat, hat das deutsche Proletariat oft bewiesen. Es muß dazu übergehen, die Forderungen von Marx und Lenin zu erfüllen und die „Kunst des Aufstandes“ erlernen. K. W.

[321]

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 20. Juni 1926 * Heft 11/12

Der Dresdner Spaltungsparteitag

╬ Berlin, 9. Juni 1926

Was bedeutet die Schaffung der neuen Partei mit dem nach rückwärts gerichteten Namen „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens“? Die Partei steht politisch und ökonomisch auf der Wasserscheide einer Entwickelungsperiode. Getragen wird sie von denjenigen sozialdemokratischen Führern, die im Staatsapparat der Bourgeoisie als Minister, Regierungsrat, Kreishauptmann beschäftigt sind oder der verbürgerlichten Schicht sozialdemokratischer Kommunalbeamter, Konsumvereinslagerhalter und Gewerkschaftsfunktionäre angehören Die Basis in den Arbeitermassen fehlt. Die Partei vertritt die Politik der uneingeschränkten Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der Kriegszeit. Das ist ihre sozialfaschistische Tendenz. Sie geht den Weg der rechten sozialdemokratischen Führer und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, den diese bei einer weiteren Zuspitzung der Klassensituation nehmen werden, heute schon. Sie ist das Bindeglied zwischen gestern und morgen. In ihr spiegelt sich die Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, losgelöst von der Beeinflussung durch die radikalen Stimmungen der Arbeitermassen, auf die die offizielle Parteipolitik immer wieder Rücksicht nehmen muß.

Die neue Partei verkleidet ihr wirkliches Gesicht mit der traditionellen sozialdemokratischen Phraseologie. Die partikularistische Tendenz ist stark ausgeprägt. Sie steht in einer Linie mit der tschechischen Sozialdemokratie, der PPS, der Turati-Gruppe in Italien, sie macht Gompers-Politik mit sächsischem Akzent und gehört zum äußersten rechten Flügel der 2. Internationale. In der SPD steht sie in einer Linie mit dem süddeutschen-revisionistischen kleinbürgerlichen Block, Adam Remmele, Wilhelm Keil, Erhard Auer, Ulrich-Hessen, die Ehrenteit in Hamburg, Noske und Südekum, der Kreis der „Sozialistischen Monatshefte“ gehören zu ihr, die Führung des ADGB steht auf ihrem Standpunkt. Die Koalitionspolitik mit allen Konsequenzen bis zum Bündnis Eberts mit Hindenburg und der bewaffneten Niederwerfung aller revolutionären proletarischen Massenbewegungen ist ihr eigentliches Programm.

Welche taktische Aufgabe hat sich diese Führergruppe in der Loslösung von der organisatorischen Bindung durch die Reichspartei, [322] in der Schaffung eines eigenen Parteiapparats, gestellt. Man kann zwei solche Aufgaben feststellen: eine sächsische und eine solche im Reichsmaßstabe. Die sächsische Aufgabe ist gleichzeitig eine doppelte. Man will den Teil der sozialdemokratischen Wählermassen, der bisher in der Koalitionspolitik seine kleinbürgerlichen Interessen vertreten sieht und die Fortsetzung der Koalitionspolitik als beste Sicherung gegen eine revolutionäre Entwicklung betrachtet, um ein organisatorisches Zentrum sammeln. Auch mit einer kleinen Fraktion im neuen Landtage können die 23 ihre bisherige Rolle weiterspielen, das Zünglein an der parlamentarischen Wage bilden und die Durchführung der Politik der großen Koalition sichern. Gleichzeitig soll die Abspaltung der mit Reichswehreinmarsch und einer dreijährigen Politik im Dienste der Bourgeoisie, gegen das Proletariat belasteten rechten Führer den sogenannten Linken in Sachsen helfen, den Abmarsch der radikalen Arbeiter zu den Kommunisten zu verhindern. Also eine doppelte Unterstützung der Bourgeoisie.

Im Reichsmaßstabe bilden die sächsischen Koalitionspolitiker den Konzentrationspunkt aller rechten Gruppen im Reich. Als Macht gegen Macht wollen sie dem Parteivorstand gegenübertreten, der politisch mit ihnen eins ist, aber mit Rücksicht auf die Stimmung in der Gesamtpartei nicht immer so kann wie er möchte. In jeder Frage ziehen die sächsischen Rechten die Konsequenz der Parteivorstandspolitik – Heldt stimmt gegen den Protest des Sächsischen Landtags in der Flaggenfrage und macht die Rechtsschwenkung der bürgerlichen Republikaner der Weimarer Koalition mit, in der Volksentscheidskampagne brechen die „alten Sozialdemokraten“ Sachsens offen aus und stellen sich rechts von den Demokraten an die Seite der volksparteilichen Geschäftsführer des Finanzkapitals, die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsrechts, die fürs ganze Reich geplant ist, nimmt der „alte“ Sozialdemokrat Müller in Sachsen vorweg, derselbe Minister lehnt das Verbot der Kleinkalibervereine

für Sachsen ab. Alle Pläne und Kampfesmaßnahmen der deutschen Bourgeoisie finden in Sachsen – wo man nur „Filialpolitik“ machen kann, wie Buck sagte – verständnisvollste und bereitwilligste Förderung durch die neuen Knechte des sächsischen Industriekapitals. Während der Parteivorstand das Terrain vorbereitet für eine neue Periode der offenen Koalitionspolitik im Reichsmaßstabe – typisch dafür ist die Haltung des „Vorwärts“ zum Hindenburg-Brief –, bauen die an Landesregierungen beteiligten sozialdemokratischen Koalitionsminister die Stellungen aus, machen sich der Bourgeoisie nützlich und bereiten gleichzeitig die Niederwerfung jeder außerparlamentarischen Massenbewegung des Proletariats, die die Koalitionspolitik stören könnte, systematisch vor. Objektiv wird so die Politik des Parteivorstandes unterstützt. Subjektiv drohen ihm die sächsischen Vorkämpfer des sozialfaschistischen Flügels der SPD mit der offenen Spaltung im Reichsmaßstabe, wenn der Parteivorstand nicht die Kraft findet, gegen den Willen der radikalisierten Arbeitermassen das Steuer der Partei rasch und völlig nach rechts herumzureißen, aus [323] der gegenwärtigen versteckten Koalitionspolitik zur offenen überzugehen. Zurück zur Kriegspolitik der ungehemmten Unterstützung des Imperialismus, vorwärts zu Hindenburg – das ist der wirkliche Sinn der reformistischen Führerpolitik, die in den 23 sächsischen Rechten ihren klarsten und durch keine innere Opposition in der Partei mehr gehemmten Ausdruck findet.

Aber die Rechnung des rechten Flügels der SPD ist in einem entscheidenden Punkte falsch. Für sie wird Politik nicht mehr von den Interessen der breiten Massen, vom Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie bestimmt, sondern von der parlamentarischen Kombination und den sozialen Interessen der kleinbürgerlichen Schicht, die im Feuer der Wirtschaftskrise zusammenschmilzt und die selbst immer mehr dem Einfluß der Bourgeoisie entgleitet und sich nach links orientiert. Der Radikalisierungsprozeß unter den Arbeitermassen hat den Heidt und Bethke den Boden in der sächsischen Sozialdemokratie entzogen, dieser Radikalisierungsprozeß hat bereits auf die kleinbürgerlichen Schichten übergegriffen und wird ihnen die Möglichkeit nehmen, sich dort eine Basis für ihre bisherige Politik zu schaffen. So bleibt ihnen in der Perspektive nur der offene Übergang ins faschistische Lager oder das Verschwinden im Verwaltungsapparat als subalterne Diener der Bourgeoisie, die sie in dem Moment nicht mehr an der Spitze braucht, wo sie ihre politische Rolle ausgespielt haben.

Was bedeutet das Schweigen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Tatsache der vollzogenen Spaltung? Nichts anderes als die Vorbereitung einer „Reichsexekutive“ gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens, die viel stärker oppositionell gestimmt sind, als ihre „linken“ Führer. (Dieser Schlachtplan soll in der nächsten Nummer dieser Zeitschrift behandelt werden.)

Hier hat die Kommunistische Partei eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie muß den sozialdemokratischen Arbeitern zeigen, daß die Haltung der sächsischen Spaltungspolitiker und die Politik des Parteivorstandes von denselben Absichten diktiert wird: Stärkung der Bourgeoisie und Verhinderung des außerparlamentarischen Aufmarsches der Arbeiterklasse Die sächsischen Minister verfolgen dieses Ziel mit offen faschistischen Polizeimethoden, der Parteivorstand mit Täuschungsmanövern und parlamentarischen Kulissenschiebungen. Die linken Führer decken die Parteivorstandspolitik gegenüber den Massen, während sie gleichzeitig den radikalen Stimmungen der Arbeiter durch eine radikale Phraseologie Rechnung tragen – und gemeinsam mit dem Parteivorstand den außerparlamentarischen Aufmarsch verhindern. Ihr entschiedener Widerstand gegen die Schaffung der proletarischen Einheitsfront, ihr Einschreiten gegen jede gemeinsame Aktion oder Agitation, das in Thüringen bis zur Ausschlußdrohung gegen ganze Ortsgruppen geführt hat, ist der sichtbarste Ausdruck der Unterstützung der Parteivorstandspolitik.

[324] Die linken Führer werden durch diese Taktik nur erreichen, daß der Klärungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft beschleunigt wird und daß der Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Koalitionspolitik der Rechten die Loslösung von den radikalen linken Phrasenhelden folgt. Die Spaltung der SPD durch die rechte Führergruppe geht parallel mit dem Abmarsch der linken Arbeiterelemente nach links – zu den Kommunisten. Eine neue Gruppierung der Kräfte im Lager der deutschen Arbeiterbewegung bereitet sich vor. Der sozialdemokratische Bremsklotz jeder revolutionären Entwicklung zersetzt sich immer mehr und mehr. Die Kommunistische

Partei muß nicht nur die sich vom Reformismus loslösenden Massen um die Organe der proletarischen Einheitsfront organisieren, sondern auch ihre eigenen Reihen in diesem Prozeß ergänzen und verstärken.

*

Zur innerpolitischen Lage

Von Philipp Dengel

I.

Die seit Oktober vorigen Jahres hereingebrochene Wirtschaftskrise hat den Prozeß der Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands außerordentlich beschleunigt. Der Charakter dieser Krise, als einer nicht normalen, vorübergehenden Krise, als einer Krise, die den Bestand von vielen Tausenden kapitalistischer Einzelunternehmungen bedroht, bedingt die Richtung und das Tempo der jetzigen kapitalistischen Entwicklung. Die Tatsache, daß in fast allen Produktionszweigen die Produktionsfähigkeit die Absatzmöglichkeit bei weitem übersteigt, zwingt die Einzelunternehmer – kleine wie große –, den letzten Rest freier Konkurrenzwirtschaft fahren zu lassen. Erleichtert wird dieser Prozeß durch zahlreiche Zusammenbrüche wie z. B. in der Automobilindustrie, wo im letzten halben Jahr mehr als die Hälfte Unternehmungen durch Bankrott ausgeschaltet wurden. Diese Entwicklung zur Monopolbildung hat bereits alle Industriezweige erfaßt.

Der Zweck dieser Monopolbildung ist die Aufrechterhaltung oder Steigerung der Profitrate trotz des eingeschrumpften und immer mehr einschrumpfenden Absatzes. Der Weg, der zur Erreichung dieses Zieles gewählt wird, ist die sogenannte Rationalisierung. Die „ideale“ Rationalisierung ist erst dann möglich, wenn die gesamte Verfügungsgewalt über den Produktionsapparat eines Industriezweiges in den Händen einer übergeordneten Leitung liegt. Denn der Zweck des Monopols ist nicht nur die Preisfestsetzung und eine möglichste Ausschaltung des Krisenrisikos, sondern die einheitliche Regelung der Produktion. Der Einzelkapitalist wird Anteilhaber des Monopols und erhält Rentnercharakter. In der chemischen Industrie, Kali-Industrie und Kohlenindustrie ist dieser Prozeß so gut wie vollendet. In den [325]anderen Industriezweigen nähert sich die Entwicklung rasch diesem Ziel.

Diese Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland vertieft die Klassengegensätze außerordentlich. Denn dieser Prozeß der Monopolisierung und Rationalisierung ist eine fortlaufende Offensive gegen die Arbeiterschaft. Es ist ein grandioser Versuch der Kapitalisten, alle Auswirkungen einer andauernden und sich stets verschärf enden Krise restlos auf andere Bevölkerungsschichten, in der Hauptsache auf das Proletariat abzuwälzen. Es wird der Versuch unternommen, trotz der notwendigen Einschränkung des Produktionsapparats, d. h. trotz Kapitalvernichtung, eine hohe Rente für das gesamte angelegte Kapital, also auch für das vernichtete Kapital, herauszuwirtschaften. Die Auswirkungen für die Arbeiterschaft sind eine Verschärfung der Ausbeutung der noch im Betrieb stehenden Arbeiter eine Reduzierung des Anteils des Arbeitslohns am Gesamtprodukt und vor allem eine dauernde Massenarbeitslosigkeit die in der allgemeinen Entwicklung gesehen stetig wachsen muß. Die Tendenz der Kapitalisten geht dahin, sich der Belastung, die die Erwerbslosen darstellen, ebenfalls zu entledigen, und diesen Teil der Arbeiterschaft der vollständigen Vernichtung anheim fallen zu lassen.

Diese kapitalistische Entwicklung vertieft aber nicht nur die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat; sie revoltiert auch große Teile des Kleinbürgertums. Am deutlichsten ist diese Entwicklung bereits heute im kleineren und mittleren Bauerntum. Wir sehen nicht nur eine außerordentlich große steuerliche Belastung der kleinen und mittleren Bauernschichten, sondern auch ein rücksichtsloses Fallenlassen der Interessen dieser Bauernschichten bei den Handelsverträgen. Da diese Bauernschichten von den billigen Staatskrediten nicht profitieren können, die restlos von den Großgrundbesitzern und Großbauern geschluckt werden, unterliegen sie einer brutalen Auswucherung. Im weiteren Verlauf dieser kapitalistischen Entwicklung werden ganz notwendigerweise auch andere Teile des Kleinbürgertums, Händler und Handwerker, von der Bedrückung durch den monopolisierten Kapitalismus stärker betroffen und ebenfalls revoltiert werden.

II.

Die politischen Auswirkungen dieser kapitalistischen Entwicklung sind vor allem folgende:

1. eine Radikalisierung der Arbeiterschaft;

2. eine beginnende Loslösung des Kleinbürgertums von der Führung durch die Bourgeoisie;

3. eine politisch aggressivere Haltung der Bourgeoisie in ihrem Bestreben der Überwindung der formalen Demokratie und des Übergangs zu neuen Formen der Diktatur.

Die Radikalisierung der Arbeiterschaft zeigt sich in einer Verstärkung des Einflusses der KPD auf die Massen der Arbeiterschaft, [326] in der Zersetzung der SPD, in dem immer schärfer werdenden Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und der dadurch bedingten geringen Manövrierfähigkeit der SPD-Führung, im Wachstum des Klassenbewußtseins in den Reihen der christlichen Arbeiter, im Steigen des Einflusses der Opposition in den Gewerkschaften.

Den sinnfälligsten Ausdruck hat die Radikalisierung in der Arbeiterschaft gefunden im Verlauf der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und in der Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Sachsen, die zur offenen Parteispaltung und zur Bildung einer zweiten sozialdemokratischen Partei geführt hat.

Es ist bekannt, daß die Mitwirkung der SPD bei der Durchführung des Volksbegehrens zur entschädigungslosen Enteignung von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unter Beeinflussung durch die Kommunistische Partei erzwungen worden ist.

Auch in der zweiten Phase der Durchführung des Volksentscheids hat die SPD-Führerschaft ihre Handlungsfreiheit noch nicht wieder erlangt. Die Hermann Müller und Hilferding, die hinter den Kulissen wegen der Herbeiführung eines Kompromisses mit den bürgerlichen Mittelparteien verhandelt haben, stießen nicht nur auf einen aggressiven Widerstand der Bourgeoisie, sie waren auch bei ihren Verhandlungen gelähmt durch eine zu erwartende Revolte aus den Reihen der SPD-Arbeiterschaft.

Es wäre vollständig falsch, anzunehmen, daß die Führung der SPD geneigt wäre, die Durchführung der entschädigungslosen Enteignung zu erzwingen. Die SPD-Bürokratie ist vielmehr auch in dieser Frage zum Verrat der Interessen der werktätigen Massen vollständig bereit. Gerade weil sich an dieser Frage die Krisis des demokratischen Staates brutal aufrollt, gerade weil an dieser Frage gezeigt wird, daß Massen von Stimmzetteln noch nicht politische Macht bedeuten, weil mit anderen Worten in der Durchführung dieser Kampagne der Wille des Proletariats zur Macht wächst und sich entwickelt, gerade deshalb muß die heutige Führung der SPD auf Grund ihrer gesamten ideologischen Einstellung und ihrer Koalitionspolitik den Verrat wollen.

Dieser Wille zum Verrat zeigt sich schon in der Sabotage der Durchführung der Kampagne für den Volksentscheid. Während beim Volksbegehren wenigstens in einigen organisatorischen Fragen ein gemeinsames Vorgehen der heutigen SPD-Führung abgetrotzt werden konnte, weigert sich heute die SPD-Führerschaft, in irgendwelche Verhandlungen über gemeinsame Führung der Aktion einzutreten. Es hat sogar den Anschein, daß die Sozialdemokratische Partei die Kampagne für den Volksentscheid nur sehr lau führen wird. Was durchaus verständlich ist, weil im Falle der Nichterreichung der notwendigen Stimmenzahl der Verrat der Interessen der werktätigen Massen in dieser Frage viel leichter sein wird. Eine um so größere Verantwortung fällt bei der Durchführung der Volksentscheidskam-[327]pagne der Kommunistischen Partei zu. Unsere Genossen müssen mit der größten Energie versuchen, die Sabotage der SPD-Führerschaft zu brechen und die SPD-Arbeiter zum gemeinsamen Handeln veranlassen. In dieser Phase der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung muß die Bewegung für das g e m e i n s a m e H a n d e l n d e r g e s a m t e n A r b e i t e r k l a s s e, die beim Volksbegehren bereits eingesetzt hatte, nicht nur wieder aufgenommen, sondern verstärkt fortgesetzt werden. L i e g t d o c h d i e H a u p t b e d e u t u n g d i e s e r K a m p a g n e d a r i n, i n d e n M a s s e n d e r A r b e i t e r s c h a f t d a s B e w u ß t s e i n d e r N o t w e n d i g k e i t d e r

Einheitlichkeit des Wollens und Handelns der ganzen Klasse zu wecken und diesem Wollen und Handeln revolutionären Inhalt zu geben. Es ist selbstverständlich, daß diese Kampagne eine Aufrüttelung der Arbeitermassen sein muß für die Notwendigkeit der Einheit des Proletariats auch im Kampf für die wirtschaftlichen Interessen, für die Abwehr der wirtschaftlichen und politischen Offensive der Bourgeoisie und für die Eroberung von Positionen für das Proletariat.

Kein Mensch kann daran zweifeln, daß die 23 rechten Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag Fleisch vom Fleische der Wels, Hermann Müller, Hilferding und Breitscheid sind. Dasselbe, was die 23 in Sachsen heute machen und Schlimmeres haben diese Führer der SPD hinter sich. Und dasselbe, was die 23 heute machen, wollen die Wels und Hilferding lieber heute als morgen wiederholen. Trotzdem muß der Parteivorstand der SPD den Hinauswurf der 23 aus der sächsischen sozialdemokratischen Organisation als zu Recht bestehend anerkennen. Warum sieht sich der SPD-Vorstand zu diesem Schritt gezwungen? So lange er noch sicher war, daß der Konflikt auf Sachsen beschränkt blieb, so lange die oppositionelle Strömung der SPD-Arbeiterschaft nur in Sachsen wesentlichen Einfluß hatte, so lange konnte der SPD-Vorstand sich schützend hinter die 23 stellen und jeden Verrat decken. Jetzt aber fürchtet der SPD-Vorstand nicht nur die Revolte der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter, sondern die Aufrollung der Frage der politischen Linie der SPD im Maßstabe des ganzen Reiches. Er hat diese Befürchtung in dem Schreiben an die sächsische Organisation auch offen ausgesprochen, indem er vor der Übertragung der Diskussion in der sächsischen Partei auf die Gesamtpartei warnt.

Nichts wäre verkehrter, als die Reife und die Bewußtheit der Bewegung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sowohl in Sachsen als im gesamten Reiche zu überschätzen. Die Bewegung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft selbst kann nicht hoch genug eingeschätzt werden; aber der Inhalt dieser Bewegung ist noch außerordentlich unklar und wenig zielbewußt. Das zeigt sich schon darin, daß die Führung der sächsischen Opposition es nicht wagt die entscheidende Frage, nämlich die Frage Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf, für die Gesamtpartei aufzurollen. Von der Führung der Opposition in der SPD ist bei der Verworrenheit und inneren [328] Schwäche, bei der Zersplittertheit der verschiedenen halb- und ganzreformistischen Anschauungen dieser Leute eine wirkliche Zusammenfassung der oppositionellen Strömungen in der SPD-Arbeiterschaft zu starker Stoßkraft nicht zu erwarten. Wir müssen begreifen, daß nur die Kommunistische Partei durch ihre Gesamtpolitik der konsequenten Durchführung der Einheitsfronttaktik in allen Fragen, die das Interesse der Arbeiterschaft berühren, und durch bestimmte organisatorische Maßnahmen der Arbeiteropposition in der SPD Richtung und Kraft zu geben vermag.

III.

Die Veröffentlichung des Berliner Polizeipräsidiums, unter Mitwirkung der Preußischen Regierung, über die politischen Absichten der sogenannten Vaterländischen Verbände und die Flaggenverordnung der Regierung Luther gehören zu demselben Kapitel.

Um was handelte es sich bei den „Putschabsichten der Claß, Neumann, Kierdorf und Vögler? Man muß von vornherein von den Scheinkonzessionen an den „Sozialismus der kleinen Leute“, von dem Antisemitismus und primitiven Monarchismus gewisser Kleinbürgerschichten absehen. Das Wichtigste, das aus dem geringen Material, was der Polizei in die Hände gefallen ist, zu ersehen ist, ist das, daß 1. diese Leute der Reichswehr absolut sicher sind, daß 2. die Errichtung der Diktatur auf legalem, kaltem Wege mit Hilfe der Kanzlei des Reichspräsidenten geplant wird, und daß 3. sehr starke industrielle Kräfte mit am Werke sind. Die Haltung der Deutschen Volkspartei, der führenden Partei der jetzigen Reichsregierung, zu der Aktion der preußischen Regierung, die Verteidigung und Billigung der Pläne der Vögler und Kierdorf beweist klar genug, daß die jetzigen Diktaturbestrebungen nicht mehr isolierte Bestrebungen einzelner Militärs und Abenteurer sind, nicht mehr ihre eigentliche Wurzel im deklassierten Kleinbürgertum haben, sondern daß zum mindesten wesentliche Teile der Großbourgeoisie hinter diesen Bestrebungen stehen.

Es ist sicher, daß der gewesene Reichskanzler Luther seiner innersten Überzeugung nach ein Anhänger der „legalen“ Diktatur gewesen ist. Und wie sieht es mit dem Widerstand der „republikanischen“ bürgerlichen Parteien, des Zentrums und der Demokraten, gegen die Diktaturbestrebungen aus? Herr Marx, der Musterrepublikaner und Präsidentschaftskandidat des Kleinbürgertums, Herr Külz, der „derzeitige und ehrliche“ Republikaner, haben den Luther-Stresemann-Vorstoß in der Flaggenfrage, diese ganz offenbare Beiseiteschiebung der Verfassung, mitgemacht. Und Herr Geßler, der Vertrauensmann aller republikfeindlichen Kräfte in der Reichswehr, ist nach wie vor prominentes Mitglied der Demokratischen Partei. Von dieser Seite einen Widerstand gegen die Errichtung einer „legalen“ Diktatur zu erwarten, das wäre vollkommener Irrsinn. Diese kapitalistischen Parteien sind selbstverständlich mit allen Mitteln für [329] die „Gesundung der Wirtschaft“, d. h. für die kapitalistische Entwicklung, wie wir sie oben aufgezeigt haben. Und sie müssen selbstverständlich letzten Endes auch gegen die Revolte ihres kleinbürgerlichen Anhangs, für die politischen Konsequenzen ihrer wirtschaftlichen Politik eintreten. Deshalb auch die Farce dieser Parteien bei der letzten Regierungskrise. Herr Luther wurde wegen der Flaggenverordnung als Reichskanzler gestürzt; aber Herr Marx, dessen Ressort die juristische „Begründung“ für den Verfassungsbruch lieferte, wurde Reichskanzler!

Am schmählichsten ist bei dieser Regierungskrise die Haltung der Sozialdemokratischen Partei gewesen. Das Interesse der Millionen Arbeiterwähler, die der SPD ihre Stimme gegeben haben, das Interesse der Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter, die in der SPD organisiert sind, verlangt den energischsten Kampf gegen die drohende „Diktatur der Wirtschaft“. Was aber macht die SPD? Sie macht eine Scheinaktion gegen die Vaterländischen Verbände in Preußen, und sie gibt der Regierung Marx, die mit Haut und Haaren eine Fortsetzung der Regierung Luther ist, die direkt und indirekt die legale Diktatur vorbereitet, ihr Vertrauen. Was ist aus der Aktion in Preußen gegen die „Putschisten“ geworden? Herr Severing verbietet ein paar Organisationen, die sich nicht verbieten lassen, und schützt ein paar Tage darauf mit ungeheurem Polizeiaufgebot, das von Anhängern der „Putschisten“ geführt wird, den Aufmarsch der Vaterländischen. Damit ist die „Aktion“ erledigt, und die Herren Braun und Severing lassen verkünden, daß die Gefahr beseitigt sei.

Wir aber müssen der Arbeiterschaft begreiflich machen, daß die Gefahr nicht beseitigt ist, daß die Gefahr ungeheuer groß ist und immer größer wird, je weiter die kapitalistische Rationalisierung voranschreitet. Daß es sich nicht um Bestrebungen von Abenteurern und übergeschnappten Kleinbürgern handelt, sondern um den entschlossenen Willen einer immer kompakter auftretenden Bourgeoisie zur Errichtung der Diktatur. Unsere Aufgabe ist es, der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, daß nur das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse in Verbindung mit den unzufriedenen Bauernmassen imstande sein wird, diese ungeheure Gefahr abzuwehren.

*

Kohlenkrise und Generalstreik in England[*)]

Von M. B e e r

1. K o n f l i k t z w i s c h e n Z e c h e n k a p i t a l u n d B e r g l e u t e n

Der Bergarbeiter-Verband Großbritanniens, der 840.000 Mitglieder oder 80 Proz. der gesamten Bergarbeiter umfaßt, steht seit 15 Jahren im Kampfe. [330] Im Jahre 1906 waren seine 13 Parlamentarier noch liberal, 5 Jahre später organisierte der Verband seinen ersten allgemeinen Streik, der endgültig der Legende vom sozialen Frieden Englands den Hals abdrehte. Die britische Kohlenindustrie, die in 2500 Zechen betrieben wird und an jedem Arbeitstage 1 Million Tonnen Kohle auf den Markt werfen kann, war im Winter 1911/12 für sechs Wochen vollständig stillgelegt. Obwohl der Generalstreik schließlich mit einer Niederlage endete, so führte er schließlich zu einer erheblichen Besserung der Arbeitsbedingung, zu einer Hebung der geistigen Verfassung der Bergleute und zur Gründung der Tripel-Allianz (Bergleute, Eisenbahner, Transportarbeiter), also zu weiteren Rüstungen, zu ständiger

[*)] Nachstehender Artikel stellt sich nicht die Aufgabe die Lehren aus dem englischen Generalstreik zu ziehen. Er soll nur der Orientierung unseren Leser über Ursachen und Verlauf dienen. Die Redaktion.

Kampfbereitschaft. Der Krieg unterbrach für einige Zeit den Konflikt in den Kohlendistrikten, aber er erzeugte neue Komplikationen, die die ganze Nachkriegszeit tief beeinflußten.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch im August 1914 begann die Regierung die Zufuhr von Kohle zu regulieren, hauptsächlich zum Zwecke der Erlangung einer festen Kontrolle über die Eisenbahnen. Mit dem Fortgang des Krieges, mit dem wachsenden Umfang der Rüstungsindustrie und dem Hilfsbedürfnis der Alliierten (Frankreich, Italien, Rußland) sah sich die britische Regierung veranlaßt, eine immer direktere Herrschaft über die Kohlenindustrie zu gewinnen, um Ausfuhr und Preise zu regulieren. Im Februar 1917 übernahm die Regierung die ganze Kohlenindustrie: staatliche Zwangswirtschaft der Kohle, von der jedoch die Zechenbesitzer und der Staat am meisten profitierten. Die Zechenbesitzer, die im letzten Friedensjahr (1913/14) einen Gesamtprofit von 13 Millionen Pfund Sterling bezogen hatten, erhielten nunmehr einen Gesamtprofit von 26 Millionen, während der Staat einen Überschuß von 66 Millionen Pfund Sterling am Kohlengeschäft erzielte. Die Bergwerke warfen also 1917 und 1918 einen Jahresprofit von 92 Millionen Pfund Sterling ab. Dieser Profit entsprang zum größten Teil aus der Kohlenausfuhr, die einen Preis von 5 Pfund Sterling pro Tonne einbrachte. England wucherte seine Alliierten aus. Nach Abschluß des Krieges entstand zwischen Staat, Zechen und Bergleuten ein Kampf um den Einfluß auf die Kohlenindustrie. Der Staat war nicht geneigt, auf diese Einnahmequelle zu verzichten, die Zechenbesitzer drangen auf Rückeroberung ihrer Eigentumsrechte, die Bergleute bekämpften die Rückkehr zum Vorkriegszustand und verlangten die Nationalisierung.

Anfang des Jahres 1919 – unter dem Einfluß der Revolution in Rußland und Mitteleuropa – versuchten die Bergleute, die Nationalisierung durch die direkte Aktion zu erzwingen. Die Regierung (mit Lloyd George als Ministerpräsidenten) setzte im März 1919 eine Kommission von Fachmännern ein, um die Frage der Nationalisierung zu untersuchen, und gab ihr feierliches Versprechen, daß sie den Befund der Kommission dem Geiste und dem Buchstaben nach befolgen werde. Der Vorsitzende der Kommission war der Oberrichter Sankey, deshalb heißt der von dieser Kommission herausgegebene Bericht der Sankey-Bericht. Die Zechenbesitzer und die Grundherren, unter deren Grundbesitz Kohlenbestände lagern, wurden von der Kommission vernommen, wobei es zu scharfen Auseinandersetzungen über Ursprung des Privateigentums, über Klassenkampf, Sozialismus und Marxismus kam. Nach drei Wochen erschien der Sankey-Bericht, der sich für die Nationalisierung der Kohlenindustrie aussprach und Lohnerhöhung sowie Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden empfahl. Die Zechenbesitzer bewilligten die besseren Arbeitsbedingungen, aber die Regierung brach ihr Versprechen und lehnte die Nationalisierung ab. [331]

2. Der „Schwarze Freitag“

Die einzige Errungenschaft des Frühjahrs 1919 war die Herabsetzung der Arbeitszeit, denn die Lohnerhöhung wurde bald durch die Inflation zunichte gemacht. Im September 1919 fand der Jahres-Kongreß der Trade Unions statt, der sich mit der Sache der Bergleute solidarisierte. Eine Gewerkschaftsdeputation sprach bei der Regierung vor, ohne sie jedoch bewegen zu können, an die Durchführung des Sankey-Berichts heranzugehen. Ein neuer Kampf bereitete sich vor, dessen Aussichten auf Erfolg jedoch weniger günstig waren als in dem vorhergegangenen Jahre. Seit dem Herbst 1920 verschlimmerte sich die Lage der Kohlenindustrie, teils infolge des im Sommer 1920 auf Grund des Versailler Friedensvertrags zustandegebrachten Abkommens von Spa, das die Deutschen verpflichtete, Frankreich und Italien 2 Millionen Tonnen Kohle monatlich zu liefern, und teils infolge des einsetzenden Geschäftsniedergangs in England. Die Wirkung dieser beiden Umstände war ein Abflauen des englischen Kohlenmarkts. Die Zechenbesitzer benützten den niedergehenden Markt, um alle Forderungen der Bergleute mit Zechen-Stillegungen und Arbeiterentlassungen zu beantworten und schließlich zum Gegenangriff überzugehen. Sie stellten die Bergleute vor die Alternative: Lohnherabsetzung oder Aussperrung. In dieser Not wandten sich die Bergleute an ihre Verbündeten: die Eisenbahner und die Transportarbeiter, um zusammen den Kampf aufzunehmen. Die Arbeitermassen der Tripel-Allianz drängten zum allgemeinen Streik; die Bergleute, die Eisenbahner, die Transportarbeiter waren zu einem umfassenden und entscheidenden Kampf entschlossen. Am 15. April 1921, der auf einen Freitag fiel, sollte der Befreiungskampf einsetzen, – dies war die Stimmung der Massen.

Ganz anders war die Haltung der Führer der Tripel-Allianz. Als in der Nacht zum 15. April die Regierung in heller Verzweiflung war und die Flammen des Bürgerkriegs schon auflodern zu sehen glaubte, brachen Thomas, der Generalsekretär der Eisenbahner, und Frank Hodges, der Generalsekretär der Bergleute, zusammen und bliesen zum Rückzug; sie begnügten sich mit Lohnverhandlungen. Die Regierung und die besitzende Klasse atmeten erleichtert auf und begannen die rücksichtslose Verfolgung der Bergleute. Der 15. April 1921 wurde zum „Schwarzen Freitag" der ganzen englischen Arbeiterklasse. Die Lohnherabsetzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen setzten auf der ganzen Linie ein. Im Jahre 1921 ging der Gesamtwochenlohn der englischen Arbeiter um etwa 6 Millionen Pfund Sterling zurück; im Jahre 1922 um 4,2 Millionen Pfund Sterling. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften verminderte sich um etwa 15 bis 20 Proz. Die gewerkschaftliche Aktion, wie sie mit alten Methoden geführt wurde, versagte vollständig.

3. Der „Rote Freitag"

Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen im Jahre 1923 besserte sich die Lage der britischen Kohlenindustrie. Die Stillegung der deutschen Zechen steigerte die Nachfrage nach englischer Kohle. Die Bergleute benutzten sofort die günstigere Lage und errangen höhere Löhne. Im Jahre 1924 stand der Lohnspiegel etwa um 33 Proz. höher als im Jahre 1913. Die Besserung der Konjunktur in England war jedoch nur eine temporäre. Nach Wiedereröffnung der deutschen Kohlenzechen nahm die Nachfrage nach englischer Kohle ab. Da der Tarifvertrag vom Jahre 1924 nur auf 1 Jahr abgeschlossen war, trafen die Zechenbesitzer zu Ende des Jahres alle Vorbereitungen, den Tarifvertrag zu kündigen. Die Kohlenkrise [332] wurde wieder akut. Auf die Forderung der Bergleute, einen neuen Tarif mit besseren Arbeitsbedingungen abzuschließen, antworteten die Zechenbesitzer mit der Forderung auf Herabsetzung der Löhne und Heraufsetzung der Arbeitszeit. Der Vertrag sollte am 1. August 1925 außer Kraft gesetzt werden. Am 3. Juli 1925 beschloß eine Delegierten-Konferenz der Bergleute einstimmig, die Forderung der Zechenbesitzer abzulehnen. Die Führung der Bergarbeiter lag nunmehr in der Hand von A. J. Cook, der von den links gerichteten Bergleuten an Stelle von Hodges im Jahre 1924 gewählt worden war. Er entfaltete eine große Agitation, setzte sich mit dem Generalrat des Trade-Union-Congresses in Verbindung, um die tätigen Sympathien der organisierten Arbeiterklasse für die Bergleute zu gewinnen. Seine Bemühungen waren erfolgreich. Am 10. Juli 1925 traten der Vorstand der Bergleute und der Generalrat des Trade-Union-Congresses (TUC) zu einer Sitzung zusammen; ein Ausschuß wurde eingesetzt, um die gesamte Gewerkschaftswelt zur Verteidigung der Bergleute zu mobilisieren. Die letzten Juli-Tage 1925 waren historisch bewegt. Der Ministerpräsident Baldwin empfing Deputationen der Trade Unions und der Zechenbesitzer, Konferenz folgte auf Konferenz, ohne etwas zu erreichen. Am 30. Juli – also einen Tag vor dem Ablauf des Tarifvertrags oder dem Beginn der Aussperrung – empfing Baldwin eine Deputation der Bergleute, der er erklärte: „Nicht nur die Bergleute, sondern die gesamte Arbeiterschaft von Großbritannien muß sich auf Lohnherabsetzungen gefaßt machen, um der Industrie wieder auf die Beine zu helfen." Inzwischen war es dem Generalrat des TUC gelungen, die Eisenbahner, die Bahnbeamten, die Docker, die Binnenschiffer, die Kraftfahrer auf die Seite der Bergleute zu bringen. Am 21. Juli, der wieder auf einen Freitag fiel, erschien in der Londoner Presse der Aufsehen erregende Mobilisierungsbeschluß der genannten Gewerkschaftsverbände. Der Kern dieses Manifestes war: „Bricht der Kampf aus, so wird am 31. Juli, nachts um 12 Uhr, der gesamte englische Verkehr rücksichtslos eingestellt; kein Stück Kohle darf hinfort zu Lande und zu Wasser befördert werden." Die Wirkung des Manifestes war überraschend. Wenige Stunden nach seiner Veröffentlichung erklärte sich der überrumpelte Baldwin bereit, für die Dauer von neun Monaten – d. h. vom 1. August 1925 bis zum 30. April 1926 – staatliche Unterstützungen (Subventionen) an die Kohlenindustrie zu bewilligen, um ihr zu gestatten, bis zum 1. Mai 1926 die alten Arbeitsbedingungen (den siebenstündigen Arbeitstag und die Lohnsätze des Tarifvertrages vom Juli 1924) aufrechtzuerhalten. Die Regierung kapitulierte. Das war der „Rote Freitag".

Während der Subventionsmonate trafen die Regierung und die Zechenbesitzer die umfassendsten Vorbereitungen für den 1. Mai 1926, an dem sie einen Generalstreik erwarteten.

Die Regierung setzte im September eine Kohlenkommission ein, an deren Spitze Sir Herbert Samuel stand, um Vorschläge zur Rationalisierung der Kohlenindustrie und zur Herbeiführung friedlicher

Beziehungen zwischen Zechenbesitzern und Bergleuten zu machen. Der Bericht der Samuel-Kommission erschien im März 1926: sein Fazit für die Bergleute war der Vorschlag, die Löhne um 13 Proz. herabzusetzen und die Subventionen einzustellen. Es begannen hierauf Unterhandlungen zwischen Regierung, Zechenbesitzern und Bergleuten, die jedoch ergebnislos verliefen. Ende April kündigten die Zechenbesitzer alle bisherigen Abmachungen und muteten den Bergleuten zu, sich Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerung gefallen zu lassen. Eine Fortsetzung der Subventionen lehnte die Regierung ab. Ein Kampf war unvermeidlich. [333]

4. Die Erklärung des Generalstreiks

Zwei Tage vor dem Ablauf der Subventionsfrist berief der Generalrat des TUC einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß nach London. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Schon diese ungewöhnliche Art des Verfahrens bekundete den Ernst der Lage. Die Massen waren ohne Schwanken und ohne Zaudern bereit, sich mit den Bergleuten vollständig zu solidarisieren. Es war deshalb für die Redner leicht, die Delegierten für entscheidende Beschlüsse zu gewinnen. Der entscheidende Beschluß, in den Generalstreik einzutreten, kam jedoch erst, nachdem der Kongreß erfahren hatte, daß die Regierung mit aller Energie mobilisiere, die Technische Nothilfe bereit halte und die umfassendsten Vorbereitungen zur Niederwerfung der kämpfenden Arbeiter treffe. Der Redner zum Generalstreikbeschluß war Bevin, der Führer der Transportarbeiter. Er führte aus:

„Der Generalrat beschloß: Kommt es bis Dienstag früh (4. Mai) zu keiner Regelung des Bergbaukonflikts, so darf kein Arbeiter, der zur Beteiligung am Kampfe aufgerufen wird, an seiner Arbeitsstätte erscheinen. Der Generalrat dankt sämtlichen Gewerkschaftsvorständen für die Promptheit, mit der sie die Vorschläge erwogen haben. Die Antworten waren sämtlich prächtig. Der Generalrat wartete geduldig und war nicht geneigt, die Lage zu verschärfen. Er hat die Aufforderung zur Aktion erst dann an die betreffenden Organisationen abgehen lassen, als er die Nachricht erhalten hatte, daß die Proklamation zum Ausnahmezustand von der Regierung unterzeichnet worden war und daß die Technische Nothilfe ihre Aufrufe in den Druck gegeben hatte. Der Generalrat erblickte in diesen Handlungen die Kriegserklärung der Regierung. Der Generalrat hat noch immer an eine friedliche Regelung des Bergbaukonflikts geglaubt und stellte der Regierung seine Dienste zur Verfügung, um die Zufuhr der notwendigen Lebensmittel aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterklasse führt keinen Krieg gegen das Volk ... Wir haben bestimmte lebenswichtige Industrien und Gewerbe auserwählt und sie als erste Verteidigungslinie an die Kampffront geschickt. Sollte es notwendig werden, den Kampf auszudehnen, so werden wir weitere Industrien als zweite Verteidigungslinie in den Kampf werfen. ...“

Von den 4,5 Millionen Arbeitern, die dem TUC angeschlossen sind und ihn jährlich beschicken (es gibt noch etwa 1 Million in kleinen Gewerkschaften organisierter Arbeiter, die aus finanziellen Gründen dem TUC nicht angeschlossen sind und über die der Generalrat keine Jurisdiktion ausüben kann), sind in der Nacht vom 3. zum 4. Mai die Mitgliedschaften der Trade Unions folgender Industriezweige in den Sympathiestreik für die Bergleute eingetreten:

Industriezweige	Mitglieder
Eisenbahnen	455.000
Transport (Docks, Straßenverkehr)	397.000
Eisen und Stahl	154.000
Baugewerbe, Möbelfabrikation	350.000
Graphische Gewerbe, Papier	167 000
Zusammen	1.523.000
Hinzu kommen die organisierten Bergleute	840.000
Gesamtzahl der organisierten Streikenden	2.363.000

In den Streik verwickelt waren noch etwa 600.000 nichtorganisierte oder dem TUC nichtangeschlossene Arbeiter, so daß insgesamt höchstens etwa 3 Millionen Arbeiter im Kampfe standen. Der Aufruf zum Generalstreik [334] erging im großen ganzen an die bestgestellten Kategorien und Erwerbstätigen, deren Arbeitsniederlegung jedoch das gesamte Verkehrs- und öffentliche Leben am empfindlichsten traf, die ganze Nation in den Kampf hineinzog und den überwältigenden Eindruck eines Generalstreiks hervorrief. Die Haltung der zum Generalstreik Aufgerufenen war im großen und ganzen musterhaft. Der Verkehr der Personenzüge konnte nur durch Freiwillige, Nichtorganisierte und einer kleinen Minderheit abtrünniger Eisenbahner mühselig aufrechterhalten werden; der Güterverkehr

ruhte, so daß die Regierung gezwungen war, sogar das Papier für ihre vierseitige Zeitung „British Gazette“, in der sie ihre lügenhaften Berichte veröffentlichte, bei Privatverlegern zu beschlagnahmen. Die Presse war gelähmt. Das ganze nationale Leben stand unter dem Druck des Massenstreiks, und zu Ende der ersten Streikwoche begannen bereits die Fabriken in der Textil-, Bekleidungs- und keramischen Industrie aus Mangel an Rohstoffen und Heizmaterial die Produktion einzuschränken und Arbeiter zu entlassen. Die Streiklage war durchaus gut, und der Generalrat hatte es nicht nötig, noch weitere Arbeiterkategorien als zweite Verteidigungslinie in den Kampf zu werfen. Man darf auf Grund der Erfahrungen dieser einen Massenstreikwoche behaupten, daß das gesamte Wirtschaftsleben Großbritanniens stillgelegt worden wäre, wenn der Kampf noch zwei Wochen gedauert hätte. Dies begriffen die leitenden Köpfe der Kapitalistenklasse, und gerade deshalb wurde nach fünf Streiktagen der Druck auf den Generalrat von seiten der Agenten des Kapitals außerordentlich stark. Am 9. Mai begann der Generalrat zu wanken und zu weichen und an den Rückzug zu denken.

5. Abbruch des Generalstreiks

In der Nacht vom 11. zum 12. Mai war der Widerstand des Generalrats bereits gebrochen. Die Aufhebung des Generalstreiks wurde am 12. Mai um 1 Uhr morgens beschlossen und am 12. Mai mittags begaben sich die Vertreter des Generalrats: Pugh, Bevin und Thomas zum Ministerpräsidenten Baldwin und teilten ihm den Beschluß des Generalrats mit.

Der Druck auf den Generalrat wurde, selbstverständlich im Auftrage der Regierung und der hinter ihnen stehenden Unternehmer, ausgeübt von Sir Herbert Samuel, dem Vorsitzenden der verflossenen Kohlenkommission, der seinen Aufenthalt in Italien abbrach und am 7. Mai schnurstracks nach London kam und sowohl mit der Regierung wie mit dem Generalrat Fühlung nahm; dann von J. H. Thomas, dem Führer der Eisenbahner, der unermüdlich seinen Lobgesang auf Baldwins Treue und fair play anstimmte; schließlich von der von der Regierung und einzelnen Verlegern mit Hilfe von Freiwilligen und Nichtorganisierten in armseligem Umfange herausgebrachten Zeitungen, die die Zahl der in Betrieb gesetzten Verkehrsmittel maßlos übertrieben, ebenso die Zahl der in der Streikarmee vorgekommenen Desertionen ins unermeßliche vergrößerten. Dieser vereinigte „moralische“ Angriff auf die leitenden Männer des Generalrats hatte die beabsichtigte und von beiden Seiten erhoffte Wirkung; er lieferte dem reformistischen Generalrat, der auf „konstitutionellem Boden“ verharrte und von vornhinein entschlossen war, dem Streik den „wirtschaftlichen Charakter“ zu bewahren – und deshalb die drohende Entfesselung der revolutionären Kräfte fürchtete – und die Aufrollung der revolutionären Machtfrage mit allen Mitteln zu verhindern, den Vorwand für den Abbruch. Während die Regierung und deren Redner und Presse den Generalstreik als politische Machtfrage auffaßten und in ihm einen Angriff auf die bestehende Wirtschaftsordnung erblickten, beteuerte der Generalrat den „wirtschaftlichen“ Charakter des Kampfes, der beileibe keinen Angriff auf die Gesellschaft darstelle, sondern [335] eine Hilfsaktion zugunsten der in schwerer Krise sich befindenden Bergleute sei.

Am Nachmittag des 12. Mai veröffentlichte der Generalrat in seinem Streikorgan „British Worker“ folgende Kundgebung:

„Der Generalstreik ist vorüber.
Als Ergebnis einer Anzahl von Unterhaltungen mit Sir Herbert Samuel kam der Generalrat zur Schlußfolgerung, daß eine befriedigende Grundlage für eine Beilegung der Krise in der Kohlenindustrie nunmehr formuliert werden kann. Telegraphische Instruktionen wurden an sämtliche angeschlossene Körperschaften abgesandt.“

Worin bestanden die Unterhaltungen mit Sir Herbert Samuel? Es ist hier notwendig zu wissen, daß Samuel schon am 8. Mai mit dem Kollegen Baldwins, dem Arbeitsminister Steel-Maitland, eine längere Unterredung hatte und von ihm die Zusage erhielt, daß seine Vorschläge betreffend dir Beilegung des Generalstreiks die sympathischste und sorgfältigste Beachtung von seiten der Regierung finden werden. Diese Zusage des Ministers ist schriftlich festgelegt. Samuel unterhandelte dann vier Tage lang mit dem Generalrat des TUC. Der Inhalt dieser Unterhaltungen wird in folgendem Briefwechsel gegeben:

„12. Mai 1926.
Dear Mr. Pugh!
Als Ergebnis unserer Unterhaltungen lege ich ein Memorandum bei, daß die Schlußfolgerungen enthält, zu welchen wir gelangt sind.
Ich habe von Anfang an den Ausschuß des Generalrats nicht im Unklaren gelassen, daß ich vollständig aus eigener Initiative handle, daß ich von der Regierung keine Ermächtigung erhalten habe, und daß ich keine Garantie für deren Haltung übernehmen kann. Ich bin der Ansicht, daß die im Memorandum enthaltenen Vorschläge geeignet sind, angenommen zu werden, und daß sie die Wahrscheinlichkeit für sich haben, daß sie die Beilegung der Differenzen in der Kohlenindustrie fördern werden.
Ich werde deren Annahme bei der Regierung kräftig befürworten, sobald die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.
Ihr aufrichtiger
Herbert Samuel“

Hierauf antwortete am selben Tage Pugh:

„Dear Sir,
Nachdem der Generalrat Ihr Schreiben von heute und das ihm beigelegte Memorandum sorgfältig erwogen hat, stimmt er Ihrer Ansicht zu, daß die Vorschläge eine Grundlage bieten, auf der die Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen in der Kohlenindustrie erneut aufgenommen werden können. Der Generalrat ergreift die notwendigen Maßregeln zur Beendigung des Generalstreiks und vertraut auf die vom Premierminister öffentlich abgegebenen Zusicherungen betreffend die Schritte, die hierauf gemacht werden sollen. Der Generalrat nimmt an, daß während der aufgenommenen Verhandlungen die Subventionen weitergezahlt und die Aussperrungsanschläge in den verschiedenen Zechen sofort zurückgezogen werden.
Arthur Pugh, Vorsitzender, Walter M. Citrine, stellvertr. Sekretär.“

Nach Ansicht des Generalrats enthält also das Memorandum Samuels eine gute Grundlage zu den Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen der Kohlenindustrie. Das Memorandum schlägt vor: Weiterzahlung der Subventionen bis zur Regelung der Differenzen zwischen Zechenkapital und [336] Bergleuten; Errichtung eines allgemeinen Lohnamts an Stelle der bisherigen Konferenzen zwischen Kapital und Arbeit; 3. die bestehenden Lohnsätze sollen nicht revidiert werden, außer wenn genügende Zusicherungen vorhanden sind, daß die von der Kohlenkommission vorgeschlagenen Reorganisationspläne wirkungsvoll in Angriff genommen werden; 4. das neue Lohnabkommen darf die Löhne der niedrigst bezahlten Bergleute nicht herabsetzen; es soll ferner eine Lohnlinie festsetzen, unter welche keine Arbeiterkategorie sinken darf; 5. solange erwerbslose Bergleute vorhanden sind, dürfen keine neuen über 18 Jahre alte Arbeiter in der Kohlenindustrie angestellt werden; 6. für Arbeiter, die infolge der Stillegung unrentabler Gruben erwerbslos werden, hat der Staat Sorge zu tragen.

Trotz der Befürwortung des Memorandums durch den Generalrat beharren die Bergleute weiter im Streik und drückten ihr Bedauern darüber aus, daß der Generalrat auf Grund derartiger Vorschläge den Generalstreik abgebrochen habe. Andererseits kehrten die im Sympathiestreik gestandenen Massen nach einigem Zaudern zur Arbeit zurück, aber die Unternehmer weigerten sich, die zurückkehrenden Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder einzustellen. Im allgemeinen verlangten die Unternehmer von den Arbeitern, künftighin in keinen Streik einzutreten, ohne vorher mit ihnen verhandelt zu haben. Ferner, daß die Gewerkschaften die Aufsichtsbeamten nicht veranlassen sollen, sich an Streiks zu beteiligen. Manche Unternehmer, darunter auch der Staat und sonstige Behörden, behielten sich vor, auch Nichtorganisierte anzustellen. Die Gewerkschaftsführer nahmen diese Bedingungen an und die Arbeit wurde nach und nach aufgenommen, aber noch vier Tage nach Widerruf des Streikes konnten die Bahndirektionen nur 50 Proz. des Verkehrs aufnehmen.

*

Einige Lehren des englischen Kampfes

Von A. E w e r t

Aus jedem großen Kampfe und insbesondere aus jeder Niederlage müssen die Kommunistischen Parteien die Lehren ziehen und Selbstkritik an ihrem eigenen Verhalten üben. Die taktischen Methoden müssen neu überprüft und bei Änderung der Verhältnisse diesen angepaßt werden. Nach der Niederlage im englischen Generalstreik sehen wir – wie nach jeder großen Niederlage – das Auftauchen von

Strömungen in unserer Partei, die das Maß der Selbstkritik überschreiten, die aus ihrer gegnerischen Einstellung zur Einheitsfronttaktik die „Lehren“ des englischen Generalstreiks in dem Sinne ziehen, daß sie die Taktik der englischen Bruderpartei in Grund und Boden verdonnern. Sie machen unserer Bruderpartei den Vorwurf, daß sie – die 7000 Mitglieder zählt – die Führung des Generalstreiks den linksreformistischen Führern im Generalrat „überlassen“ hat. Es ist darum notwendig, ganz kurz einige Tatsachen zu berichten.

Der Generalrat des Trade-Union-Kongresses – identisch mit dem Bundesvorstand des ADGB – besteht aus 32 Mitgliedern, die, von den einzelnen Gewerkschaftsföderationen vorgeschlagen, alljährlich auf dem Gewerkschaftskongreß gewählt werden. Wie ist nun die Zusammensetzung des Generalrats? In seinen Reihen befindet sich kein Kommunist. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder sind rechte Gewerkschaftsführer der alten Schule, vollkommen unfähig, den Kampferfordernissen der Arbeiter in [337] der gegenwärtigen Epoche Rechnung zu tragen. In jeder kritischen Situation wird die kompakte Mehrheit dieser alten reformistischen Gewerkschaftsführer versagen, sich in der Gefolgschaft der Thomas und Bevin, den Führern der Eisenbahner- und Transport- und Allgemeinen Arbeitergewerkschaft befinden. Trotz der radikalen Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Scarborough wurde der rechte Flügel im Generalrat durch die Hinzuwahl dieser beiden Führer verstärkt. Über Thomas braucht hier nicht gesprochen zu werden. Bevin aber stellte sich von vornherein die Aufgabe, den Einfluß der linksreformistischen Führer im Generalrat zurückzudrängen, ohne sich nach außen mit dem äußersten rechten Flügel zu identifizieren. Wie sieht aber die „Linke“ im Generalrat aus? Als „Linke“ sind durch ihr Eintreten für die internationale Gewerkschaftseinheit, für die Bildung einer Allianz der wichtigsten Verbände zwecks gemeinsamer Abwehr und besonders durch die Kampagne für einen Generalstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter im vergangenen Jahr folgende Führer in den Vordergrund getreten: A. B. S w a l e s, Vertreter der Metallarbeiter mit zirka 350.000 Mitgliedern: J. B r o m l e y, Vertreter der Lokomotivführergewerkschaft mit 60.000 Mitgliedern; G. H i c k s und A. A. P u r c e l l, Vertreter der Bau- und Holzarbeiter mit 350.000 Mitgliedern; Ben T i l l e t, der zweite Vertreter der Transportarbeiter (außer den Eisenbahnern) mit zirka 400.000 Mitgliedern. Von diesen fünf haben sich nur Hicks und Purcell zu einer etwas aktiveren Stellungnahme bei früheren Anlässen aufgeschwungen, in geringerem Maße Swales Alle drei aber vertreten Berufsgruppen, die strategisch nicht zu den entscheidenden gehören. Ben Tillet gehörte während des Krieges bekanntlich zu den Kriegshetzern. Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen Bloins. Bromley aber ist ein Kleinbürger, der typische Repräsentant einer hochqualifizierten und bisher privilegierten Arbeiterschicht. Die Bergarbeiterorganisation mit ihren 850.000 Mitgliedern hat drei Vertreter im Generalrat, zu denen jedoch Cook nicht gehört.

Bei dieser Zusammensetzung des Generalrats ist es kein Wunder, daß der Generalstreik verraten wurde. Es zeigt vielmehr die ungeheuren Kräfte der britischen Arbeiterklasse, daß dieser Generalrat zur Proklamierung des Generalstreiks schreiten mußte. Die leitende Körperschaft der britischen Gewerkschaften ist kein Generalstab der Arbeiterklasse und konnte es nicht sein. Der Generalrat wurde vielmehr durch zwei Faktoren in den Kampf g e t r i e b e n. Der eine Faktor war der Widerstandswille der entscheidenden Schichten des Proletariats gegen die Unternehmeroffensive, der zweite Faktor war der Wille der Regierung, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, um nach Niederwerfung des Generalstreiks in einer Reihe von Einzelschlachten die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung zurückzuwerfen. Die Haltung des Generalrats im Jahre 1925 führte den Roten Freitag herbei, zwang die Regierung durch die Gewährung der Subsidien, den bisherigen Lohn und die bisherige Arbeitszeit der Bergarbeiter zu garantieren. Während die Regierung ein ganzes Jahr fieberhaft für den Kampf in diesem Jahre rüstete, unternahm der Generalrat nichts zur Mobilisierung der Massen. Bei einem Teil des Generalrats war der Wille zum bewußten Verrat von vorherein vorhanden. Die „Linken“ aber bildeten sich ein, daß es vielleicht auf Grund der Drohung mit dem Generalstreik zu einer weiteren Verlängerung der Subsidien oder zu einem anderen annehmbaren Kompromiß kommen würde. Als das letztere immer aussichtsloser wurde, setzte seitens des Generalrats der Druck auf die Exekutive des Bergarbeiterverbandes ein, dem Vorschlage Lord Birkenheads zuzustimmen, der erklärte, man müsse den Bericht der Kohlenkommission mit [338] der Erkenntnis studieren, daß „einige Reduzierungen der Löhne notwendig sein mögen“. Wie stark dieser Druck war, zeigt die Rede

Cooks vom 23. Mai, der unter anderem sagte: „Ich habe Erfahrungen in Verhandlungen mit verschiedenen Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1920 und 1921, aber niemals haben uns die Unternehmer oder die Regierung so viel zugesetzt, eine Reduzierung der Löhne anzunehmen, wie dies bestimmte Gewerkschaftsführer getan haben."

Die Bergarbeiterexekutive war geteilt, auch der Vorsitzende Smith neigte zur Annahme der Vorschläge des Generalrats. Die überwältigende Mehrheit der Exekutive lehnte jedoch die Vorschläge des Generalrats ab und begann ihrerseits den Generalrat zu zwingen, vor jeder Entscheidung, vor der Formulierung jedes Beschlusses die Exekutive des Bergarbeiterverbandes zu konsultieren. Je näher die Stunde des Konflikts kam, desto schärfer wurden die Gegensätze zwischen Generalrat und Bergarbeiterexekutive, desto unverschämter die Drohung des rechten Flügels im Generalrat, es nicht zum Streik kommen zu lassen. Selbst Brailsford, der Redakteur des Organs der Unabhängigen Arbeiterpartei, „New Leader", schreibt, daß ein anderer schwarzer Freitag drohte, „aber wenn auch der Generalrat die Bergarbeiter verlassen wollte, die Regierung schützte in dieser Situation den Generalrat vor sich selbst, indem sie die Tür schloß und die Verhandlungen abbrach". Warum kam es zu diesem Abbruch? Unzweifelhaft war bei Baldwin – der auf das genaueste über die Vorgänge und Strömungen in den Leitungen unterrichtet war – das Bestreben vorhanden, die Subvention noch von Tag zu Tag zu verlängern und diese Zeit auszunutzen, um mit Hilfe seiner Verbündeten im Generalrat die Front zu zermürben und so den Ausbruch des Generalstreiks überhaupt zu verhindern. Gegenüber dieser Taktik erhob sich im Kabinett unter Führung von Churchill und Chamberlain mit Unterstützung fünf anderer Minister Widerspruch. Ultimativ verlangten sie Abbruch der Verhandlungen und drohten bei Nichtabbruch mit ihrem Austritt aus der Regierung. Sie wußten genau, daß in dem Moment, wo sich der Klassenfeind der Bourgeoisie im Lande erhob, Baldwin ihnen nachgeben würde. Und so nahm man als Vorwand jene Handlung des Druckereipersonals der „Daily Mail" und eröffnete den Kampf. Das feige Zurückweichen des Generalrats, seine schwächliche und die Aktion der Drucker preisgebende Erklärung waren die dokumentarische Bestätigung für die Regierung und die Unternehmer, daß das Proletariat in diesem Riesenkampf sich selbst überlassen war, ohne zentrale Leitung dastand. War der Generalrat vor Ausbruch des Kampfes darauf bedacht, ein Kompromiß auf Kosten der Arbeiter zu finden, so wurde der Kampf selbst ohne Mobilisierung der Massen durchgeführt. Man begnügte sich mit dem Herausziehen lediglich der wichtigsten Industriegruppen. Dies kann als eine taktische Maßnahme unter besonderen Umständen noch verteidigt werden. Aber gegenüber den Maßnahmen der Regierung, gegenüber dem organisierten Streikbruch durch Regierung und Bürgertum, gegenüber dem Auftreten der faschistischen Organisationen wurden weder Selbstschutzmaßnahmen der Arbeiterschaft organisiert, noch Schritte zur selbständigen Lebensmittelversorgung der Streikenden unternommen, noch eine Arbeit für die Beeinflussung der Polizei, der Truppen, der Marine geleistet. Man betonte im Gegenteil den völlig unpolitischen Charakter des Kampfes, damit die Kräfte der Arbeiterklasse lähmend und dem Gegner in die Hände spielend.

Nur die Kommunistische Partei und die unter ihrem Einfluß stehende Minderheitsbewegung riefen die Arbeiterschaft zur Schaffung von Aktions-[339]ausschüssen und Kampftrupps auf. Sie warnten die Massen auf das entschiedenste vor dem Verrat der Rechten. Sie führten eine energische Kampagne für die Nationalisierung der Kohlengruben. Und sie allein trugen die Losungen in die Massen: Nieder mit der konservativen Regierung, es lebe die Arbeiterregierung.

Um aber diese Losungen gegen den Willen des Generalrats, gegen den Willen der Labour-Party in die Tat umzusetzen, dazu fehlte der starke subjektive Faktor, eine mächtige kommunistische Massenpartei. Mit 7000 Mitgliedern hat man weder die Durchführungskraft, noch die Beeinflussungsmöglichkeiten in einem Millionenheer von Arbeitern, kann man nicht einen ernsten Krieg der Arbeiterklasse gegen die mächtigste Bourgeoisie Europas führen. Diese Tatsache sollten auch unsere ultralinken „Kritiker" aus den Kämpfen des Spartakusbundes erkannt haben.

Der Zusammenbruch des Generalstreiks erfolgte, weil die im englischen Proletariat vorhandenen Kräfte für die Entwicklung des Kampfes zu höheren Formen durch die Haltung des Generalrats verhindert wurde. Unzweifelhaft rechneten sowohl die Mehrheit des Generalrats wie auch die Regierung

damit, daß der Abbruch des Streiks auch den Zusammenbruch des Widerstandes der Bergarbeiter bedeuten würde. Es zeigt die große Kraft der ‚britischen Arbeiterklasse, daß die Hafenarbeiter sich noch Tage lang weigerten, die Arbeit wieder aufzunehmen, daß die Arbeiter Poplars (des Londoner Wedding) gegen den Generalrat demonstrierten; vor allem aber die Bergarbeiter haben dem ungeheuren moralischen Druck des Abbruchs des Generalstreiks mit beispielloser Geschlossenheit widerstanden. Schon heute haben sie zunichte gemacht die Spekulation der Churchill und Chamberlain, daß der Verrat des Generalstreiks und die Maßnahmen der Regierung die Widerstandskraft der englischen Arbeiter zerstören würden. Die ökonomischen Wirkungen des Kohlengräberstreiks übertreffen heute schon bei weitem die des Generalstreiks. Darum steigern sich die Bemühungen der Regierung und der Unternehmer, auch die Front der Bergarbeiter zu zersetzen. Wie immer, spielt Hodges dabei die erste Rolle, dessen Vorschläge Cook in der großen Albert-Hall-Versammlung in London als den gemeinsten Verrat bezeichnete. Ein zweiter Vorstoß, dem Abbau der Löhne zuzustimmen, wurde von Varley, einem Führer des Bergarbeiterverbandes, gemacht. Aber auch seine Handlung wurde von der Organisation desavouiert. Die Unternehmer versuchen jetzt, den schwankenden Smith, Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, für ihre Vorschläge zu gewinnen.

Wie liegen die Dinge in der Bergarbeiterföderation? Die Föderation umfaßt die Organisationen der einzelnen Bergbaureviere, die innerhalb der Föderation eine sehr große organisatorische und finanzielle Autonomie besitzen. An der Spitze der meisten Organisationen stehen rechte Führer, die nur auf die Gelegenheit warten, auch den Kampf der Bergarbeiter zu beenden. In der Exekutive des Bergarbeiterverbandes sind die rechten Elemente ebenfalls in der Mehrheit. Das große Verdienst Cooks – trotz seiner Schwächen und Unklarheit – ist, daß er trotz dieser großen Widerstände unermüdlich für die Weiterführung des Kampfes gearbeitet hat. Seine bisherigen Handlungen im Bergarbeiterkampf beweisen, wie unsinnig die Behauptung der Gruppe Urbahns ist, daß Cook nicht besser, ja gefährlicher sei als die rechten Führer. Spricht doch die Gruppe Urbahns davon, daß der „Traum der Linksentwicklung ausgeträumt sei“; sie verlangt jetzt von der deutschen Partei, daß sie den S c h w e r p u n k t der Kritik nicht gegen die rechten, sondern gegen die linksreformistischen Führer kehrt. Selbstverständlich ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, auch die [340] Schwächen, Halbheiten und den Verrat auch linksreformistischer Führer vor der Arbeiterklasse aufzuzeigen, aber man kann nicht alles in einen Topf werfen. Die Kritik wird anders sein gegenüber einem Linken, der dem Verrat der Rechten zustimmt oder diesen ohne Opposition duldet, und einem Führer, der – wenn auch mit Schwächen und Unklarheiten – die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen diese verräterischen Führer aufruft, wie Cook es tut. Haben jene Genossen, die jetzt gegen die von der Komintern auf dem 5. Weltkongreß eingeleitete Politik der internationalen Gewerkschaftseinheit Sturm laufen, geglaubt, daß der G e n e r a l r a t die englischen Arbeiter zum Aufstand führen würde? Haben sie nicht mit Schwankungen, ja mit Verrat eines großen Teiles auch der linksreformistischen Führer gerechnet? \Venn nicht, so zeigen sie nur, daß sie vom Bolschewismus sehr wenig begriffen haben, daß s i e die Illusionäre sind. Die große Bedeutung des englischen Generalstreiks und der jetzt einsetzenden Kämpfe der wichtigsten Industriegruppen scheint uns gerade darin zu liegen, daß Millionen englischer Arbeiter beginnen werden, nicht nur den Verrat der rechten, sondern auch die Unzulänglichkeit linksreformistischer Führer zu erkennen. Sie haben im Mutterland der bürgerlichen Demokratie diese in Form mobilisierter Truppen, faschistischer Verbände, organisierten Streikbruchs und Ausnahmezustand am eigenen Leibe kennen gelernt. Sie haben die Grenzen des Generalstreiks, der nicht zu höheren Formen gesteigert wird, zum ersten Male in ihrer Geschichte gespürt. Sie haben die große Solidarität der russischen Gewerkschaften in der Stunde des Kampfes gesehen, während die reformistischen Gewerkschaftsorganisationen des Kontinents jede aktive Hilfe sabotierten und unterbanden. Wer von der Geschichte der Arbeiterbewegung etwas versteht, weiß, daß derartige Lehren nicht spurlos vorübergehen, sondern daß sie die Voraussetzungen schaffen für die Bildung starker kommunistischer Parteien.

Welche Lehren aber müssen die Kommunisten selbst ziehen? Wir glauben, daß die wichtigste Lehre die sein muß: gegenüber den Schwankungen und Angriffen auf die Einheitsfronttaktik müssen wir verteidigen die Linie, die L e n i n gegenüber den sektiererischen Auffassungen der englischen

Kommunisten und den KAP-Stimmungen in der Internationale zum Durchbruch verhalf. Wir müssen diese Linie verstärken und ergänzen durch die Erfahrungen, die wir aus diesem Kampf gewonnen haben. Natürlich hat sich die Lage jetzt verschoben. Das spezifische Gewicht des Einflusses der linksreformistischen Führer auf die Arbeiterklasse hat sich zugunsten der Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung verschoben, resp. wird sich noch mehr verschieben. Schon allein diese Tatsache macht es unserer Partei möglich, stärker, selbstbewußter, entschiedener als bisher auch in der Kritik der linken Führer aufzutreten. Aber das bedeutet nicht Verzicht auf die Ausnutzung der Gegensätze zwischen Links- und Rechtsreformisten zugunsten der Revolutionierung der Arbeiterklasse. Nach wie vor wird es eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei sein, die kampfgewillten Arbeiter über die Schwankungen und die Feigheit der linken Führer hinweg zu erziehen. Die Kommunistische Partei muß den S c h w e r p u n k t ihres Kampfes legen auf die Niederringung des Einflusses der rechten Führer und muß versuchen, die Arbeitermassen und auch die linken Führerelemente in diesen Kampf hineinzureißen. Nur in diesem Kampfe wird man die Spreu von dem Weizen scheiden. Gilt dieses heute für Deutschland, um wieviel mehr gilt es für England, wo sich die Arbeiterklasse erst am Anfang der Herausbildung einer kommunistischen Partei befindet.

Bereits auf der letzten erweiterten Exekutive wurde darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Anglo-Russischen Komitees Schwankungen unter-[341]worfen sein kann. Die Niederlage des englischen Generalstreiks verstärkte Tendenzen der Störung des sich immer enger entwickelten Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften der Sowjetunion und denen Englands, bei einem großen Teile der reformistischen Gewerkschaftsführer. Weiter ist der Versuch einer Gruppe britischer Gewerkschaftsführer, in der Amsterdamer Internationale einen größeren Einfluß oder sogar die Hegemonie zu gewinnen, vorläufig zurückgeschlagen, nicht zuletzt durch ihre eigene Schwäche. Zu der Lockerung des Verhältnisses zwischen den russischen Gewerkschaften und eines großen Teiles der Spitzen der britischen Gewerkschaften hat die Verschärfung der Klassenkämpfe in England naturgemäß beigetragen. Diese Führer fürchten die radikalisierende Wirkung einer Allianz mit den russischen Gewerkschaften auf die englischen Arbeitermassen. Wie die Scheidemann-Regierung in Deutschland die Annahme des russischen Getreides für die kämpfenden deutschen Arbeiter verweigerte, so lehnte auch der Generalrat die Annahme des „russischen Geldes für die kämpfenden Arbeiter ab. Zeigen sich in der Führung der britischen Gewerkschaften jetzt auch stärkere Vorstöße der Rechten, stärkere Tendenzen zur Annäherung an die offizielle Linie von Amsterdam, ja sogar Tendenzen zur Herausbildung des konservativsten Typs der Gewerkschaften nach dem Muster der amerikanischen, so werden diese Tendenzen jedoch nicht Sieger bleiben. Denn was war die Grundlage für die Annäherung der britischen Arbeiterklasse und der Gewerkschaften an die Sowjetrußlands? Infolge des Niedergangs des britischen Imperialismus, des fortschreitenden Verfalls der wichtigsten Industrien im Mutterlande befindet sich die Arbeiterklasse in einer bedrängten Lage, in der sie keinen Schutz und keine Hilfeleistung findet durch die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, deren einzelne Sektionen unter reformistischer Führung im Gegenteil bestrebt sind, aus diesem Verfall vorübergehenden Nutzen im Interesse der Kapitalistenklasse „ihres“ Landes zu ziehen. Die gewaltige Entwicklung der modernsten Industrie in den Dominions, in den Kolonial- und Halbkolonialländern – in den letzteren auf der Basis billigster Arbeitskräfte – zerstört die Grundlage der Existenz von Millionen britischer Industriearbeiter für immer. So sausen die Schläge des beginnenden Rationalisierungsprozesses im ältesten Industrieland der Welt mit voller Wucht auf die Arbeiterklasse nieder. Die Arbeiterklasse setzt sich zur Wehr und hält Umschau nach Bundesgenossen, die sie vor allem in den Arbeitern der Sowjetunion findet. Das ist die eine Grundlage der Annäherung zwischen der britischen Arbeiterklasse und der Sowjetrußlands. Diese Grundlage wird bleiben, sie wird sich verstärken.

Die britischen Imperialisten – einen Ausweg aus der sozialen Krise des Mutterlandes, den politischen Schwierigkeiten des Weltreichs suchend – bereiten die gewaltsame Lösung des „russischen Problems“ vor. Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese Politik bildet die zweite Grundlage der dauernden Verbindung zwischen britischer und russischer Arbeiterklasse. Den russischen Gewerkschaften wird nach wie vor die Aufgabe zufallen, diese Bande mit der Arbeiterklasse enger zu knüpfen, a u c h mit den Mitteln der „Spitzenverhandlungen“.

Welche Lehren muß vor allem die KPD aus der Tatsache ziehen, daß es uns nicht gelang, die deutsche Arbeiterschaft zu einer aktiven Unterstützungsaktion zu bewegen? (Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Schwächen auch der anderen Sektionen, der KPF und KPTsch hier darzulegen.) Deutschland spielte in diesem Kampfe die Rolle des Hauptstreikbrechers. Die deutschen Reformisten erfanden die schamlose Theorie, daß die Ausfuhr deutscher Kohle nach englischen Märkten ja nur den englischen [342] Bergarbeitern helfe, da eine solche Ausfuhr die Gefahr des dauernden Verlustes der Absatzmärkte der englischen Grubenbesitzer mit sich bringt. Die Ausfuhr der Kohlen aus dem Ruhrgebiet nach den holländischen Häfen hat sich im Monat Mai verdreifacht. Es ist der Partei nicht gelungen, die Arbeitsniederlegung in dem Umschlagshafen Ruhrort herbeizuführen, die Rheinschifffahrt zum Stillstand zu bringen. Selbst die Sammlungen zeigten ein in jeder Beziehung unbefriedigendes Resultat. Es gelang der Partei nur vereinzelt, die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie zu durchbrechen. Die Wurzeln sind zweierlei: Erstens die noch immer mangelnde Verbindung der Partei mit den Arbeitermassen und ihr immer noch geringer Einfluß in den Gewerkschaften; zweitens die große Passivität der Leitungen und der Mitgliedschaft und das Unvermögen, sich neuen Situationen schnell anzupassen. Diese Schwächen müssen wir klar erkennen, denn sie können, wenn nicht behoben, zu schweren Niederlagen unserer Partei in akuten Kampfsituationen in Deutschland führen.

Eine Lehre sollte unseres Erachtens auch die Kommunistische Internationale aus diesem Kampfe ziehen. Auch wenn die Auffassung vorherrschend war, daß es vorläufig nicht zum Kampfe kommen würde, muß doch die Organisation unserer Weltpartei so gestaltet sein, daß bei Ausbruch von Kämpfen in den wichtigsten Ländern jederzeit die engste Verbindung geschaffen werden kann. Eine solche Organisation läßt sich nicht schaffen während des Kampfes, sie muß vorher da sein. Viele Fehler würden nicht gemacht, viele Unklarheiten nicht vorhanden sein, manches Lehrgeld brauchte nicht gezahlt werden, wenn die Kommunistische Internationale diese Aufgabe energisch in Angriff nehmen und lösen würde.

*

Die KP Polens in den Mai-Kämpfen

V o r b e m e r k u n g:

Nachstehend veröffentlichen wir einige Materialien über die Haltung der Kommunistischen Partei Polens zum Staatsstreich Piłsusdkis. An Hand dieser Materialien können unsere Leser die Taktik der KP Polens beurteilen, die von unserer Partei durch den Aufsatz des Genossen Thälmann in der „Roten Fahne“ vom 3. Juni einer Kritik unterzogen wurde. Wir behalten uns eine endgültige Beurteilung der Ereignisse in Polen vor.

Die Redaktion.

Aufruf der KPP vom 13. Mai 1926.

Kommunistische Partei Polens
Sektion der Kommunistischen Internationale.

Arbeiter, Achtung! Die nächsten Stunden können uns einen bewaffneten Kampf zwischen der Regierung des Chjeno-Piast, welcher die Faschisten und die größten Feinde des arbeitenden Volkes folgen, und den Soldaten, die sich gegen die Unterdrückung empört haben und dem Lager Piłsudskis folgen, bringen.

Ihr wißt, Arbeiter, daß unsere Ziele weitergehen als die Ziele der Piłsudski-Leute. Aber in diesem Kampfe ist der Platz der revolutionären [343] Arbeiter gegen die Regierung des Chjeno-Piast und gegen die Faschisten. Seid bereit zum Kampf, Arbeiter! Unsere Parole lautet:

Nieder mit der Regierung des Chjeno-Piast!

Es lebe die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

13. Mai 1926. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens.

*

Aus der Extraausgabe des Zentralorgans der KPP
„Czerwony Sztandar“ vom 13. Mai 1926.

Aufruf zum Generalstreik.

Auf zum Generalstreik!

Arbeiter! Die Kommunistische Partei Polens ruft Euch zum Generalstreik ab morgen, dem 14. Mai 1926, auf.

Es geht um das Schicksal des arbeitenden Volkes Polens. Der Sieg der Faschisten des Chjeno-Piast wird zum Todesurteil für die Arbeiterklasse.

Wählt unmittelbar in allen Fabriken allgemeine Arbeiterkomitees des Kampfes mit den Faschisten.

Arbeiter! Bewaffnet Euch massenhaft. Bildet Arbeiter-Kampfabteilungen gegen die Faschisten. Alle Kräfte des kämpfenden Proletariats gegen die Faschisten.

Es lebe der Generalstreik bis zum Siege.

Warschau, 13. Mai 1926. Zentralkomitee der KPP.

*

Aus der Extraausgabe des Zentralorgans der KPP.
„Czerwony Sztandar“ vom 13. Mai 1926.

Aufruf des Kommunistischen Jugendverbandes Polens.
Kommunistischer Jugendverband Polens.

In den Straßen Warschaus geht der blutige Kampf zwischen den durch das kapitalistisch-großagrarische Lager des Chjeno-Piast betörten Soldaten und den Truppen, die gegen das niederträchtige Regime der Witos-Leute aufgetreten sind, gegen die Regierungskanaille, die mit ihrem Lande Handel trieb, gegen die Bande, die Ketten gegen das arbeitende Volk schmiedete.

Die gesamte Arbeiter- und Bauernjugend muß auf die Seite der gegen die Regierung Chjeno-Piast kämpfenden Truppe treten.

Die Kommunistische Jugend kämpft schon dort, wo der Kampf gegen die Unterdrücker der Arbeiter- und Bauernmassen geht.

Die gesamte arbeitende Jugend muß unserem Beispiel folgen.

Bewaffnen wir uns.

Nieder mit der blutigen Regierung der Faschisten und Chjeno Piast. Bündnis der Arbeiterklasse mit den Truppen. Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung.

Warschau, 13. Mai 1926.

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes in Polen.

*

Aus der Extraausgabe des Zentralorgans der KPP.
„Czerwony Sztandar“ vom 13. Mai 1926.

Zum Kampf gegen die Faschisten.
Zum Generalstreik.

Es begann der bewaffnete Kampf. Auf einer Seite die Regierung des Chjeno-Piast, das Lager der äußersten Reaktion, das Lager der Faschisten. Auf der anderen Seite das Lager der Piłsudski-Leute.

In diesem Kampfe müssen alle Kräfte des revolutionären Proletariats gegen den Chjeno-Piast, gegen die Faschisten geworfen werden.

[344] Das Lager des Chjeno-Piast wird sich bis zum äußersten verteidigen. Im ganzen Lande ist schon oder wird der rücksichtsloseste Kampf entbrennen. Außer seinem Einfluß auf einen Teil der Truppen besitzt das Lager des Chjeno-Piast noch eine andere große Kraft, – die ökonomische Kraft. Die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die Fabrikanten und Bankiers werden sich auch dann nicht ergeben, wenn sie militärisch geschlagen werden. Sie verfügen über kolossale Mittel – sie werden sie bis zum äußerten verteidigen.

Arbeiter! Der Triumph des Faschismus würde zum Todesurteil für die kämpfenden Arbeiter und Bauern. Alle unsere Kräfte müssen in den Kampf geworfen werden. Aber der wirkliche Sieg über den Chjeno-Piast kann nur errungen werden, wenn die breitesten Arbeiter- und Bauernmassen in Bewegung gesetzt werden. Das ist die Bedingung der Niederschlagung der Kräfte des Chjeno-Piast. Nur eine gewaltige revolutionäre Bewegung, nur eine aktive Unterstützung des Kampfes der Soldaten durch die breitesten Massen, nur ihre aktive Teilnahme im Kampfe kann die Kräfte des Chjeno-Piast zermalmen.

Es ist keine Zeit für Halbmittel. Jedes Zögern, jede Halbheit ist Anfang der Niederlage. Nur die unbeugsame Entschlossenheit, nur Raschheit des Handelns, nur großer Mut zu Entscheidungen kann den Sieg verbürgen. Alle Kräfte in die Schanze gegen die Faschisten werfend, müssen die Arbeiter und Bauern von den Piłsudski-Leuten verlangen, daß sie im Kampf gegen die bürgerlich-großagrarische Reaktion, im Kampfe gegen die Faschisten sich nicht mit Halbmitteln begnügen und auf dem halben Wege stehen bleiben. Alle zum Kampfe fähigen Kräfte entfesseln, d. h. zu den Massen mit Parolen gehen, die den tiefsten Bedürfnissen und Leiden der Massen entsprechen.

Die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, Befreiung der politischen Gefangenen, das ist die erste Tat, die den Enthusiasmus der Masse entfachen und hundertfach die Kräfte des antifaschistischen Lagers steigern wird.

Brot und Arbeit für die Arbeiter, die Eintreibung der Vermögenssteuer von den besitzenden Klassen – das sind die Parolen, die die Proletarierreihen mobilisieren werden,

Grund und Boden ohne Entschädigung für die Bauern. – Das ist die Parole, die die Millionen der Bauern in Bewegung setzen wird und die materielle Macht des Großgrundbesitzertums, dieser Avantgarde der Reaktion und Faschisten, brechen wird. Freiheit für die unterdrückten Nationen – das ist die Parole, die die ungeheuren Volksreserven in Bewegung setzen wird, die bereit sind zum Kampfe auf Leben und Tod gegen das Lager der Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Arbeiter! Bauern! Arbeitende Intelligenz!

Die Kommunistische Partei, die immer an der Spitze des rücksichtslosen, unbeugsamen Kampfes gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, gegen die Faschisten stand, diese Partei ruft Euch auf diesen einzigen Weg, der heute zum Siege führt.

Wir rufen zum Generalstreik im ganzen Lande auf – von morgen angefangen bis zum endgültigen Sieg über den Feind.

Eisenbahner! Von Euch hängt in großem Maße die Niederlage oder der Sieg des Faschismus ab. Unterbindet um jeden Preis die Bewegungsfreiheit der faschistischen Truppen, helft aus allen Kräften den Soldaten Piłsudskis.

Arbeiter, auf die Straßen! Bewaffnet Euch und stellt Euch in die Reihen zum Kampfe Hand in Hand mit den gegen das Lager des Chjeno-Piast kämpfenden Soldaten! Bildet in den Fabriken allgemeine Arbeiterkomitees des Kampfes.

Bauern, nehmt den Grund und Boden der Großgrundbesitzer! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!

Zur Hilfe den kämpfenden Soldaten und Schützen!

[345]

Leitartikel der „Czerwony Sztandar“ vom 16. Mai 1926.

Was weiter?

Piłsudski hat gesiegt. Auf den Lippen jedes Arbeiters und Bauern schwebt heute die Frage: Was ist eigentlich vollbracht worden? Und welche Aufgaben stehen gegenwärtig vor uns? Unsere Partei, der Vortrupp der revolutionären Massen, muß dem werktätigen Volke eine Antwort auf diese Frage geben.

Als am 12. Mai Piłsudski die Soldaten zum bewaffneten Kampfe gegen die Witos-Regierung, gegen die Regierung der kapitalistisch-junkerlichen Faschisten aufgerufen hat, gaben sich breite Arbeiter- und Bauernmassen der Hoffnung hin, daß nunmehr der Tag der entschiedenen Abrechnung mit dem Feinde des Volkes anbricht. Die breiten Massen hofften, daß Piłsudski endlich die bürgerlichen Diebe und Banditen verjagen wird, die sich von dem Elend des Volkes mästen, öffentliche Gelder stehlen, daß er den Arbeitern Freiheit und Arbeit, daß er den Bauern das Land der Großgrundbesitzer, daß er den durch die Bourgeoisie unterdrückten Nationen endlich Freiheit geben wird.

Unsere Partei war sich dessen vollkommen bewußt, daß Piłsudski diese Hoffnungen der Massen nicht verwirklichen wird, daß Piłsudski keinerlei soziales Programm hat, daß er sich zu keiner kühnen Tat auf dem sozialen Gebiet aufschwingen wird. Am 13. Mai warnten wir die Arbeiter und Bauern, indem wir in der „Czerwony Sztandar“ schrieben:

„Indem sie alle Kräfte auf die Waagschale gegen die Faschisten, gegen die Chjeno-Piast werfen, müssen die Arbeiter und Bauern von den Piłsudski-Leuten fordern, daß sie sich im Kampfe gegen die Faschisten nicht mit halben Mitteln begnügen, nicht auf dem halben Wege stehen bleiben. Alle zum Kampfe fähigen Kräfte entfesseln –, das heißt zu den Massen mit Losungen zu gehen, die ihren tiefsten Bedürfnissen und Nöten entsprechen.“

Und doch im Augenblicke des bewaffneten Zusammenstoßes schwankte unsere Partei keinen Augenblick und forderte die Massen auf, sich für die Teilnahme in dem Kampfe zu bewaffnen, alle Kräfte gegen die Faschisten zu werfen. Sie rief auf zur Verbrüderung der Arbeiter mit den Soldaten im gemeinsamen Kampfe. Dies bedeutete notwendigerweise die Einsetzung aller revolutionären Kräfte zur Hilfe der Truppen Piłsudskis, die gegen die Chjeno-Faschisten kämpften. Hat unsere Partei richtig gehandelt, indem sie faktisch Piłsudski Hilfe leistete, obgleich sie wußte, daß er die Hoffnungen der Massen nicht verwirklichen wird?

Sie hat richtig gehandelt, denn man mußte alle Kräfte für die Abrechnung mit den gefährlichsten Feinden der Volksmassen, für das Zerbrechen, Erdrosseln und Zertreten des faschistischen Lagers konzentrieren.

Aber gerade deshalb, weil wir alle unsere Kräfte dieser ernsten und obersten Aufgabe gewidmet haben, gerade deshalb, weil unsere Partei nicht seit heute und nicht seit gestern, sondern immer und ständig der Vortrupp im Kampfe gegen den Faschismus war, weil sie immer in den ersten Reihen dieses Kampfes stand –, gerade deshalb haben wir heute das Recht und die Pflicht, Alarm zu schlagen und zu rufen, daß der Sache des Kampfes gegen die bürgerlich-junkerliche Reaktion, gegen den Faschismus heute die größte Gefahr droht.

Piłsudski brachte es zum militärischen Siege, denn er wußte, was er wollte, denn sein militärisches Ziel war klar und deutlich. Piłsudski führt tatsächlich zur sozialen Kapitulation gegenüber dem Faschismus, denn er ist nicht fähig, die sozialen Kräfte des faschistischen Lagers zu zerschlagen.

Noch während des bewaffneten Kampfes begann sich das Schwanken und die Unentschlossenheit Piłsudskis zu offenbaren Im Augenblicke des [346] Bürgerkriegs hat sich Piłsudskis Stab nicht zu der Verhaftung eines einzigen Faschisten, außer dem Hanswurst Nowaczyinski aufgeschwungen. Die Faschisten waren und bleiben auf freiem Fuße und die politischen Gefangenen, die revolutionären Arbeiter und Bauern, die hartnäckigsten Kämpfer gegen den Chjeno-Faschismus blieben und bleiben hinter den Gefängnismauern.

Während des bewaffneten Kampfes gegen den Chjeno-Faschismus hat sich Piłsudski nicht zum Verbot der faschistischen Zeitungen aufgeschwungen und erst das provokatorische und unverschämte Auftreten der „Dwugrossowka“ war notwendig, damit sich die Piłsudski-Leute entschließen, den Schmutzblättern der Konterrevolution das Maul zu stopfen. Das war noch während der Dauer des Bürgerkriegs. Und was sehen wir nach dem Siege?

Nach dem Siege erklärt Piłsudskis Stab, daß er die Gesetzmäßigkeit und die Verfassung nicht verletzen will, daß er zu einer Regierung der nationalen Eintracht, zu einer Regierung der nationalen Versöhnung strebt.

Wieso denn? Deshalb also wurde das Blut der Arbeiter und Bauern in Soldatenuniform vergossen? Deshalb bringt man sie zum Kampfe auf Tod und Leben? Deshalb sind so viele von ihnen in den Tod gegangen, damit heute die feierliche „Versöhnung“ verkündet wird?

Versöhnung ... mit wem? Mit derselben faschistischen Kanaille, die der unerbittliche, verbissene Todfeind des Volkes ist! Hat man deshalb gegen Witos gekämpft, um heute den Glombinski und Dubanowicz Amnestie zu erteilen?

Es soll also weiter das bleiben, was die ganzen Jahre hindurch war: Gefängnis für die Arbeiter und Bauern, Ausnahmezustand gegen die werktätigen Massen, Entwaffnung der Arbeiter, die an die Front gegen die Chjeno-Faschisten eilten und Amnestie für die Faschisten einer Regierung der nationalen Versöhnung!

O, nein! Durch halbe Maßnahmen, durch Schwanken, durch Mangel an einem Programm hat noch niemand einen Sieg davongetragen. Die Faschisten wissen, was sie wollen. Sie besitzen Beharrlichkeit und Willen. Heute, wo sie sehen, daß sie sogar nach einem Bürgerkriege straflos bleiben, werden sie endgültig übermütig werden. Wer mit ihnen Frieden schließt, der kapituliert vor ihnen.

Wer die Arbeiter- und Bauernmassen fürchtet, wer vor der Entfesselung der Massenbewegung zurückschreckt, wer es scheut, die große, schöpferische Energie, die in den Massen steckt, loszulassen, der wird trotz jeden Scheines der Macht immer zur Machtlosigkeit gegenüber den Faschisten verurteilt bleiben ...

Aber das Piłsudski-Lager behauptete und behauptet, daß es ein Lager der Demokratie sei. Und wer hat jemals die Demokratie durch halbe Maßnahmen, durch Schwanken, durch Verbrüderung mit den Feinden erobert und befestigt? Die extreme faschistische Reaktion besitzt eine ungeheure materielle Kraft – die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten, die Bankiers, die Wucherer kämpfen bis zum letzten um ihre Interessen und werden auf keines ihrer Vorrechte verzichten. Welche Demokratie ist möglich, ohne ihre materielle Kraft zu untergraben, ohne den Großgrundbesitzern das Land zu nehmen und es den Bauern zu geben, ohne wirkliche Freiheit für die Arbeiterklasse, ohne die Befreiung der politischen Gefangenen, ohne die Arbeiterkontrolle über die Fabriken, damit die Unternehmer keine Sabotage treiben, ohne die Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie, ohne die Säuberung des Verwaltungsapparats von den Faschisten, ohne ihre Entwaffnung und die Bewaffnung des Volkes?

Welche Demokratie ist möglich, wenn man die materielle Kraft und die Macht in den Händen derjenigen läßt, die Polen ausrauben, die seine Unabhängigkeit verschachern, die es ans ausländische Kapital verkaufen? [347] Die Regierung, die gegenwärtig entstehen wird, sei es die Regierung der nationalen Versöhnung, wie sie Piłsudski plant, sei es eine Regierung des sogenannten Linksblocks, eine Regierung schwankender, schwacher Parteien, ohne Willen und mutigen Entschluß, eine Regierung der Führer der PPS, der Wyswolenje usw. – sie wird nicht diesen ungeheuren Aufgaben gewachsen sein, sie wird nicht den ungeheuren Schwierigkeiten, die sich heute vor Polen türmen, die Stirne bieten können.

Nur eine mutige und schöpferische Regierung, eine Regierung, die nicht zögern wird, sich auf die Volksmassen zu stützen, eine Regierung, die mit eiserner Hand die bürgerlich-junkerliche Konterrevolution bezwingen wird. Nur eine solche

Regierung kann der Faschistenwirtschaft ein Ende bereiten. Nur eine solche Regierung kann die werktätigen Massen aus dem Abgrund des Elends und des Hungers reißen.

Diese Regierung ist die Arbeiter- und Bauernregierung. Zum Kampfe um diese Regierung wird die Kommunistische Partei unermüdlich die Arbeiter- und Bauernmassen führen.

*

Aufruf

der Kommunistischen Partei Polens vom 16. Mai 1926.

Genossen! Soldaten! Schützen!

Am 12. Mai tratet Ihr unter der Führung Piłsudskis in den Kampf gegen den Chjeno-Piast, gegen die Reaktion und den Faschismus. Ihr wolltet lieber Euer Blut vergießen, als weiterhin im Lande die Macht derer zu dulden, die das Land unwiederbringlich in den Abgrund führten.

Ihr wolltet lieber das eigene Leben in die Schanze schlagen, als weiterhin das Regime eines Häufleins Kapitalisten und Großgrundbesitzer dulden, die aus dem lebendigen Körper der Millionen arbeitenden Massen Polens die letzten Kräfte aussaugten. Auf den Ruf Piłsudskis gingt Ihr in den Kampf, denn das Herz eines Arbeitern und Bauern, das unter dem Soldatenrock schlägt, empörte sich endlich in Euch gegen die „Ungerechtigkeit“ derer, die Millionen Bauern den Boden gestohlen haben, den Millionen Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit nahmen, die im Namen ihres persönlichen Nutzens und Profits die arbeitenden Massen ins Elend und in Verzweiflung brachten, für das arbeitende Volk nur blaue Bohnen, Bajonette und Kerker, anstatt Boden, Brot und Arbeit hatten!

Soldaten!

Unsere Partei hat Euren Kampf gegen die Regierung der Faschisten mit ganzer Kraft unterstützt.

Als Ihr mit der Waffe in der Hand gegen die Witos-Regierung auftratet, glaubtet Ihr als Resultat Eures Sieges glückliche und befreite Bauern zu sehen, als rechtmäßige Wirte des Grund und Bodens. Ihr glaubtet eine glückliche und durch Euch befreite Arbeiterklasse zu sehen, mit dem Wiederaufbau der Fabriken und Industrie beschäftigt, nicht unter der Peitsche des kapitalistischen Fabrikanten, aber in freiem und brüderlichem Bündnis mit den Bauern. Ihr glaubtet Freiheit und wahre Demokratie für alle diejenigen zu erkämpfen, welche seit Jahren die schrecklichsten Qualen und Verfolgungen wegen ihrer revolutionären Überzeugung erduldeten.

Während Ihr im Namen der Befreiung der Arbeiter und Bauern von dem Joch der faschistischen Reaktion Euer Blut in den Straßen Warschaus vergossen habt – in demselben Warschau, wie auch in ganz Polen, saßen tausende Arbeiter- und Bauernkämpfer in den bürgerlichen Gefängnissen –,in der Erwartung, daß ihre Plätze die Faschisten, die Witos-Diebe einnehmen werden, in dem Moment, wo Ihr auf den Mauern der Stadt die Fahne Eures Sieges pflanzen werdet.

[348] Soldaten!

Euer Sieg ist heute eine vollbrachte Tatsache! Die Faschisten sind geschlagen. Die Regierung Witos kapitulierte: Piłsudski, mit dem Ihr Eure Hoffnungen verbunden habt, ist Herr der Lage.

Und was machte er? Hat er vielleicht ein Dekret erlassen, kraft dessen die Großgrundbesitzer enteignet und die Bauern Boden erhalten haben? Hat er die Vermögen, die Fabriken, die Reichtümer denen genommen die das Land an den Ruin brachten? Hat er vom Staatsapparat diejenigen entfernt, die die gehorsamsten Diener der Witos waren? Hat er die politischen Gefangenen befreit? Ganz im Gegenteil!

Euer Blut wurde vergossen, damit über die Leichen Eurer Brüder hinweg wieder zur Macht unter veränderter Gestalt diejenigen gelangten, die Ihr in den zwei Tagen mit der Waffe in der Hand bekämpftet. Der von Euch geliebte Marschall Piłsudski reicht die Hand den Nationaldemokraten und

Piast-Leuten und bildet mit denen zusammen eine Regierung der nationalen Eintracht. ...

Genossen und Soldaten!

Der Kampf mit der faschistischen Regierung Witos wurde beendet. Nach zwei Tagen des Blutvergießens schließt Marschall Piłsudski ein Bündnis mit Euren rücksichtslosesten Feinden.

Aber die revolutionären Massen der Soldaten, Arbeiter und Bauern haben noch ihren Kampf mit den Unterdrückern, mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten, den Kampf um Boden, Brot und Arbeit, den Kampf um ihre eigene Arbeiter- und Bauernregierung nicht beendet.

Zu diesem Kampf ruft Euch die Kommunistische Partei Polens!

Nicht Verhandlungen mit dem gestrigen Feinde, nur das brüderliche Bündnis der Soldaten, Arbeiter und Bauern ist imstande, eine bessere Zukunft für die Millionen des arbeitenden Volkes zu erkämpfen, ihren echten und wahren Sieg zu befestigen.

Es lebe das Bündnis der Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Bewaffnung der Arbeiter und Bauern!
Grund und Boden für die Bauern!
Befreiung der politischen Gefangenen!
Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!
16. Mai 1926. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens.

*

Aufruf
der KPP vom 17. Mai 1926.
Kommunistische Partei Polens (Sektion der Kommunistischen Internationale).

An das arbeitende Volk!
An Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Genossen!

Als am 12. Mai 1926 die Soldaten und Offiziere Piłsudskis in den bewaffneten Kampf gegen die Regierung Chjeno-Piast zogen, fand dieser Kampf die Unterstützung des gesamten arbeitenden Volkes, denn der Haß gegenüber dem Chjeno-Piast, dieser bestialischen und blutdürstigen Feinde des Volkes, war allgemein. Die Arbeitermassen erhoben sich zum Kampf gegen die Regierung der Faschisten, vom Glauben beseelt, daß dieser Kampf ihnen ein besseres Schicksal bereiten wird.

Die Kommunistische Partei hat keinen Moment Illusionen betr. Piłsudski gehegt. Wir haben noch nicht die Regierung Piłsudskis in den Jahren 1919, 1920, 1921 vergessen, die damalige Verfolgung der Arbeiter- und Bauernbewegung, die Kapitulation Piłsudskis vor der Bourgeoisie. Nachdem der Kampf zwischen Piłsudski und Chjeno-Piast entbrannt war, sahen wir [349] die Möglichkeit der Beendigung dieses Kampfes mit einem neuen Kompromiß zwischen dem Stab Piłsudskis und der äußersten kapitalistisch-großagrarischen Reaktion.

Aber trotz dieses klaren Verhältnisses zu Piłsudski zögerten wir keinen Moment und warfen alle unsere Kräfte zum Kampfe gegen die Regierung des Chjeno-Piast. Wir riefen die Massen zur aktiven Teilnahme an dem Kampfe, zur Hilfeleistung für die Soldaten, die gegen Chjeno-Piast kämpften, zum Bündnis der Arbeiter, Bauern und Soldaten im Kampfe gegen die Feinde des Volkes auf. Wir riefen zum Generalstreik auf und versuchten eine ungeheure Massenbewegung gegen die Regierung des Chjeno-Piast zu entfesseln.

Und heute stellen wir fest, daß die Partei das erfüllt hat, was ihre revolutionäre Pflicht war, denn im Moment eines bewaffneten Zusammenstoßes durfte man nicht zögern, man mußte alle Kräfte gegen die Faschisten werfen, diesen blutigsten und niederträchtigsten Unterdrückern des Volkes.

Und was machte Piłsudski, als er nach zwei Tagen Kampfes den Sieg davontrug?

Zur selben Zeit, als dem Rufe unserer Partei folgend, die Kommunistische Arbeiterjugend an den Fronten kämpfte, wurde eine kommunistische Massenversammlung auseinandergejagt; man verhaftete einige Arbeiter wegen der Verbreitung der kommunistischen Aufrufe, die zum Kampf auf Leben und Tod mit der Regierung des Chjeno-Piast aufforderten. .

Wir rechnen mit der Anhänglichkeit der ehrlichen demokratischen Piłsudski-Leute ihrem Führer gegenüber. Aber über diese Anhänglichkeit Piłsudski gegenüber muß unsere Anhänglichkeit an das arbeitende Volk stehen, unsere Liebe zu Polen, das in seinem Dasein durch das bisherige Regime der Bourgeoisie bedroht ist.

Und deshalb fragen wir: Im Namen wessen gingen die Arbeiter- und Bauernmassen, in Militäruniform gekleidet, in den Tod? Doch nicht zu dem Zwecke, um als Antwort das schamlose Bild einer Versöhnung mit der niederträchtigsten faschistischen Bande zu erhalten! War das der Zweck, der den Soldaten und Arbeitern voranleuchtete, als sie den Kampf aufnahmen, damit an Stelle der Witos-Kiernick-Wojoichwowski andere Feinde des Volkes den Platz einnehmen, dieselben Bürokraten, Wojwoden und Bezirksobleute.

Das Ziel Piłsudskis war nur, den Weißen eine Lehre zu geben, nur eine Demonstrierung seines Einflusses im Heer – aber etwas anderes erhofften die Soldaten, Arbeiter und Bauern, die zum Kampf gegen den Faschismus übergingen.

Die Bauern hofften ...
Die Arbeiter erhofften ...
Die Soldaten glaubten ...

Jetzt werden sich alle überzeugen, daß sie umsonst ihr Blut vergossen. Der siegreiche Kampf der Soldaten endigte mit einer Kapitulation Piłsudskis vor den Kapitalisten und der Schlachta. Wie zum Hohn sitzen in der neuen Regierung Leute, die bisher Polen regierten und die die volle Verantwortung für das Elend und den Ruin tragen zu denen das bisherige Regime Polen gebracht hat.

Weiterhin soll alles beim alten bleiben.

Das ist das Resultat des Sieges Piłsudskis.

Arbeiter! Bauern! Soldaten!

Piłsudski siegte, für Piłsudski ist der Kampf beendet. Piłsudski reicht den alten Unterdrückern die Hand zur Eintracht, ladet sie zum Mitregieren ein.

Aber die breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die unter seiner Führung kämpften, sind nicht befriedigt. Für sie ist der Kampf nicht beendet. – Sie müssen den Krieg gegen die Feinde des Volkes weiterführen.

[350] Die Kommunistische Partei ruft Euch zum weiteren unermüdlichen Kampf um eine Arbeiter- und Bauernregierung, um eine Regierung, die in ihren Handlungen nicht zögern wird, die nicht verraten wird, die den Arbeitern Freiheit, Brot und Arbeit, den Bauern Grund und Boden der Großgrundbesitzer ohne Entschädigung geben wird, die Ketten der Sklaverei der unterdrückten Nationen sprengen wird und das gesamte arbeitende Volk Polens in gemeinsamer, schaffender Anstrengung sammeln und verbrüdern wird.

Arbeiter! Bauern! Geistige Arbeiter! Sammelt Euch zum weiteren unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, gegen Faschismus und Reaktion!
Es lebe das Bündnis der Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Es lebe die Arbeiter- und Bauern-Regierung!
Warschau, 17. Mai 1926

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens.

*

Massenarbeitslosigkeit und Arbeiterklasse

Von A. Friedrich

I.
Umfang und Zusammensetzung der Arbeitslosenarmee

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Sobald ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Diese verheißungsvollen Sätze enthält der Artikel 163 der Reichsverfassung. Während die Bourgeoisie und ihre Regierung die Enteignung der Fürsten als Verfassungsbruch bezeichnen, kräht nach diesem Artikel 163 kein Hahn. Statt dessen wird in Form einer Ausschaltung von Millionen aus dem Produktionsprozeß eine Massenenteignung durchgeführt, die ihrem Umfang nach die Riesenforderungen der Fürsten um das Doppelte bis Dreifache übertrifft. War schon vor dem Kriege „die Arbeitslosigkeit der schlimmste Fluch für den Arbeiter“ (so sagt Kautsky 1902), so ist heute die Arbeitslosenarmee durchaus verschieden von der „industriellen Reservearmee“ der Vorkriegszeit. Im Durchschnitt der Jahre 1903/13 waren 2,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, in den ersten vier Monaten des Jahres 1926 dagegen 19 bis 21 Prozent. Was Trotzki für England feststellt, gilt noch in wesentlich schärferer Form für Deutschland: „Die Arbeitslosen sind nicht mehr eine „normale Reservearmee“, die einmal kleiner, einmal größer ist und die ständig in ihrer Zusammensetzung sich verändert, sie ist vielmehr eine gewisse permanente gesellschaftliche Schicht, die durch die Industrie in der Epoche des Aufstiegs geschaffen und in der Epoche des Niedergangs abgesondert wurde. Eine solche Erscheinung bedeutet eine krankhafte Verhärtung des Gesellschaftsorganismus mit schlechtem Stoffwechsel.“

Nachdem erst die Kriegskredite, dann die Inflation schon jahrelang die Bereicherung der Bourgeoisie einerseits, die Verarmung der breiten Massen andererseits in ein rasendes Tempo gebracht hatten, ist nunmehr die [351] Massenarbeitslosigkeit zu einer neuen Form der Massenausplünderung geworden. Um es ziffernmäßig zu veranschaulichen: An der Hand der Lohnsteuerstatistiken läßt sich feststellen, daß die monatliche Lohnsumme der deutschen Arbeiter in der kurzen Zeit von Oktober 1925 bis April 1926 von etwa 3,0 bis 3,1 Milliarden Mark auf etwa 23 bis 2,4 Milliarden Mark, also um rund 700 Millionen Mark monatlich gesunken ist. Das ergibt, umgerechnet auf 1 Jahr, die enorme Summe von 8 bis 9 Milliarden Mark, also mehr als das Zehnfache jener Dawes-Anleihe, um derentwillen die deutsche Bourgeoise endgültig vor den westlichen imperialistischen Mächten kapitulierte. Zu ähnlichen Ziffern kommt ein bürgerlicher Nationalökonom (R. Friedländer), der feststellt: „Eine disponible Arbeitsarmee von auch nur 3 Millionen stellt an Industriearbeit einen potentiellen Produktionswert, in heutigem Wertmaß gerechnet, von etwa 9 Milliarden Mark jährlich dar.“

Wir veranschaulichen den Umfang der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit durch Gegenüberstellung mit Ziffern früherer Jahre.

Auf je 100 offene Stellen kamen in Deutschland Arbeitsgesuche:

	männliche	weibliche
März 1912	145	84
März 1913	168	87
März 1920	162	83
März 1922	125	89
März 1924	427	171
März 1925	276	146
März 1926	826	409

Von den Mitgliedern der gewerkschaftlichen Fachverbände waren arbeitslos:

	Januar	April
1910	2,6 Prozent	1,7 Prozent
1912	2,4 "	1,6 "
1913	2,8 "	2,3 "
1920	2,9 "	1,7 "
1922	1,6 "	1,1 "

	Januar		April	
1924	28,2	Prozent	16,6	Prozent
1925	8,1	"	5,8	"
1926 Vollerwerbslose	22,6	"	19,7	"
1925 Kurzarbeiter	22,2	"	18,4	"

Für einige Industriezweige lauten diese Prozentziffern

	Durchschnitt 1910/13	April 1926
Metallindustrie	1,7	19,7
Textilindustrie	1,1	20,1
Baugewerbe	6,2	26,7

Nach einzelnen Industrien geordnet, kamen Mitte März in Deutschland auf 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

	männliche	weibliche
Bergbau und Hüttenwesen	1642	–
Metallverarbeitung	1929	1485
Chemische Industrie	1218	790
Heizer und Maschinisten	1153	–
Spinnstoffgewerbe	1804	989
Bekleidungsgewerbe	1006	924
Leder- und Schuhindustrie	1126	947
Zellstoff- und Papierherstellung	1062	625

[352]

	männliche	weibliche
Graphisches Gewerbe	407	476
Holzindustrie	1336	705
Nahrungsmittelgewerbe	593	1423
Kaufmännische Angestellte	1939	1202
Büroangestellte	1001	520
Techniker	3195	–
Freie Berufe	1048	389

Nach den Feststellungen des Reichsarbeitamts waren Mitte April im Durchschnitt in der deutschen Industrie nur noch 83,3 Prozent der Arbeiter von Mitte Oktober 1925 beschäftigt. Im Maschinenbau, wo der Anteil der F a c h a r b e i t e r relativ hoch ist, waren es nur noch 70 bis 75 Prozent. Während in den Vorkriegskrisen und auch in der „Stabilisierungskrise“ von 1924 selbst nach den schlechtesten Arbeitsmarktberichten eine gewisse Nachfrage nach Fachkräften bestand, während gerade 1924 die Lohndifferenzierung zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten große Fortschritte machte, befindet sich heute unter den Arbeitsuchenden ein hoher Prozentsatz von Facharbeitern, und die bis Ende 1925 sich fortentwickelnde Differenzierung der Löhne ist fast zum Stillstand gekommen. Nach der (in ihren absoluten Ziffern vollkommen wertlosen und irreführenden) Statistik des Statistischen Reichsamts betrug der Lohn des unqualifizierten im Verhältnis zu dem des qualifizierten Arbeitern in Prozent:

Januar 1925	75,4
November	73,7
April 1926	73,6

Wenn in vielen Arbeitsmarktberichten gerade das auffällig große Facharbeiterangebot besonders unterstrichen worden ist, so ist auch das eine Auswirkung der Tatsache, daß es sich heute nicht um eine „normale Absatzkrise“ handelt; es ist die Folge nicht nur der Stagnation und des teilweisen Rückgangs der Produktion bei gleichzeitig gesteigerter Leistung des Einzelnen, sondern auch der teilweisen Ersetzung gelernter Arbeiter durch ungelernte, nachdem eine Mechanisierung des Produktionsprozesses durchgeführt ist. Konkretes Zahlenmaterial hierfür gibt es lediglich für den Ruhrkohlenbergbau. Gegenüber 1922 hatte sich bis 1925 die Zahl folgender Bergarbeiterkategorien verringert:

Hauer	um	17,39	Prozent
Reparaturhauer	"	31,05	"
Facharbeiter über Tage	"	26,29	"

Mitte April 1926 bestand von den 46.370 arbeitsuchenden Bergarbeitern des Ruhrreviers fast die Hälfte aus Hauern: 21.548 Mann.

Das von den Organisationen der Zechenbourgeoisie über Leistung, Belegschaftszahl, Lohnhöhe usw. veröffentlichte Ziffernmaterial erlaubt noch weitere Schlußfolgerungen, die für die g e s a m t e deutsche Industrie charakteristisch sind. Wir stellen aus dem Material der Zeitschrift „Glückauf“, einem Organ des Ruhrzechenkapitals, folgende Zahlen zusammen:

	April 1925	April 1926
Durchschn. Bergarbeiterverdienst pro Schicht in Mark	6,81	7,51
Ruhrbelegschaft (Mann)	460.000	367.000
Kohlenförderung (Millionen Tonnen)	8,30	7,76
Preis der Förderkohle pro Tonne in Mark	15,00	14,87

[353] Hieraus lassen sich folgende Zahlen errechnen:

	April 1925	April 1926
Monatliche Lohnsumme der Ruhrbelegschaft (24 Arbeitstage) in Millionen Mark	75,2	7,51
Inlandsverkaufspreis der geförderten Kohlenmengen (Millionen Mark)	124,5	115,4
Anteil des Lohnes am Verkaufspreis in Prozent	60,40	59,01

Daß in Wirklichkeit die Senkung des Lohnanteils an den Gestehungskosten noch wesentlich schärfer gewesen ist als die an den Verkaufspreisen, ergibt sich schon daraus, daß die minimale Preissenkung für Kohle (Monopolpreis) noch nicht einmal dem Grad der Herabsetzung der Umsatzsteuer entspricht. Obwohl also gegenwärtig – nach bürgerlichen Quellen – der Einzellohn noch um etwa 10 Prozent den Stand vom Frühjahr 1925 übersteigt, hat die Zechenbourgeoisie es verstanden, die Lohnsumme so herabzudrücken, daß sie gegenwärtig, auf Jahresfrist gerechnet, 110 Millionen Mark unter der von 1925 liegt. Dies in Verbindung mit der Senkung der Zinssätze und fast sämtlicher Betriebsmittelpreise einerseits, den hochgehaltenen Syndikatspreisen andererseits gibt die Basis für das Anschwellen der Zechenprofite; nach dem jeweiligen Kurswert berechnet, stellte sich das Aktienkapital der 13 größten Bergbauunternehmungen des Ruhrgebiets:

Mitte Dezember 1925 auf	739 Millionen Mark
Anfang März 1926 auf	973 Millionen Mark
Mitte Mai 1926 auf	1060 Millionen Mark

Bis zu welchem Grade die Arbeitskraft für die deutsche Bourgeoisie wohlfeil geworden ist, zeigt die Skrupellosigkeit, mit der sie die menschliche Arbeitskraft bewirtschaftet. Infolge dieser Raubbauwirtschaft sind die Unfallziffern der letzten Zeit höher als je. Die Todesopfer beim Bau des Berlin-Rummelsburger Großkraftwerks stehen nicht vereinzelt da. Allein in den preußischen Bergbaurevieren ereigneten sich im Jahr 1925 113.169 Unglücksfälle, von denen 1564 tödlich waren. In preußischen Bergwerken wurden Verunglückungen mit tödlichem Ausgang gezählt:

	überhaupt	auf je 1000 Beschäftigte
Jahresdurchschnitt 1901/1910	1226	1,97
Jahresdurchschnitt 1911/1920 (Raubbauwirtschaft der Kriegsjahre)	1929	2,64
1921	1776	1,84
1922	1605	1,88
1923	1303	1,54
1924	1301	2,03
1925	1564	rund 3,00

Die tödlichen Unfälle im Oberbergamtsbezirk Dortmund, also im Ruhrgebiet, betrugen auf je 1000 Beschäftigte:

1901/1910	2,3
1921	2,2
1922	2,1
1923 (Ruhrkrieg)	1,3
1924	2,3
1925	3,1

In der Entlassungspolitik der deutschen Bourgeoisie zeigen sich nun ganz bestimmte Tendenzen: die Bevorzugung einer kleinen Arbeiterschicht, bei der kleinbürgerliche Instinkte geweckt und gefördert werden. Einiges [354] Material hierüber gibt uns wiederum der Ruhrkohlenbergbau. Die Belegschaft eines Steinkohlenbergwerks setzte sich, wie kürzlich die „Frankfurter Wirtschaftskurve“ mitteilte, altersmäßig folgendermaßen zusammen (Ziffern für den 1. Juli):

	1913	1925
bis zu 20 Jahren	298	267
von 20 bis 25 Jahren	352	415
von 25 bis 30 Jahren	508	337
von 30 bis 35 Jahren	454	234
von 35 bis 40 Jahren	373	267
von 40 bis 45 Jahren	180	282
von 45 bis 50 Jahren	93	262
von 50 bis 60 Jahren	52	258
über 60 Jahre	9	49

Diese Angaben werden bestätigt durch Erhebungen über den Familienstand der Bergarbeiter, es waren in Prozent der Gesamtbelegschaft:

	Hausstandsgeldempfänger	Kindergeldempfänger
Ende Dezember 1922	62,49	46,15
Ende Dezember 1924	65,96	48,91
Ende Dezember 1925	68,92	51,07

In all diesen Ziffern zeigt sich die Bevorzugung offenbar nicht klassenbewußter, älterer, schon durch ihren großen Familienstand auf kleine Extravorteile bedachter Arbeiter, die langsame Heran- und Wiederheranbildung einer Art „Arbeiteraristokratie“.

Die zielbewußte kapitalistische Politik in der Richtung der Schaffung einer auf alle Fälle zuverlässigen Arbeiterschicht geht freilich, wie wir noch sehen werden, noch weit über solche Maßnahmen hinaus.

Es soll in weiteren Arbeiten gezeigt werden, welche Auswirkungen die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit auf die Politik der Bourgeoisie und auf das Proletariat haben muß und welche Liquidierungsmöglichkeiten im Interesse der einen oder der anderen Klasse existieren.

*

Die ökonomischen Machtpositionen der Schwerindustrie

Von W. Eisenmann

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der chemischen Industrie und elektrischen Krafterzeugung im letzten Jahrzehnt sind neuerdings verschiedene gelegentliche Äußerungen gefallen, die jene für den Imperialismus kennzeichnende Vormachtstellung der Schwerindustrie in Frage stellten. Wir wollen auf diese theoretisch noch nicht begründeten Äußerungen hier nicht näher eingehen. Im folgenden werden wir die ökonomischen Machtpositionen der Schwer- und speziell der Eisenindustrie, vor allem in Deutschland, analysieren. Dieses Thema hat durch die neueste politische Entwicklung in Deutschland, wo die Schwerindustrie als die treibende Kraft der Reaktion in Erscheinung getreten ist, erhöhtes Interesse gewonnen. [355]

Neue Gruppierungen

In der deutschen und internationalen Schwerindustrie sind im Laufe der letzten 1½ Jahre bemerkenswerte Neu- und Umgruppierungen erfolgt. Sie betreffen nicht nur den Aufbau des in einer Unternehmung zusammengefaßten Einzelkapitals; noch größere Bedeutung haben die organisatorische Zusammenfassung mehrerer Einzelunternehmungen in Kartellen sowie die Versuche, auch zu internationalen kartellmäßigen Bindungen zu gelangen.

Allgemein gesprochen handelt es sich darum, daß die europäische Schwerindustrie nunmehr das Fazit ihrer Kriegs- und Nachkriegsentwicklung zieht. Alle Staaten haben im Kriege ihre Eisenindustrie ohne Rücksicht auf Friedensbedarf ausgebaut. Nur in den Vereinigten Staaten entwickelte sich aber nach Kriegsschluß ein den Erweiterungen der Erzeugungsanlagen etwa entsprechender

Bedarf; soweit die europäischen Staaten dagegen ihre Eisenindustrie ausgebaut hatten, bestand schon 1918 kaum die Aussicht, sie voll ausnutzen zu können. Erst recht nicht, nachdem die in Frankreich und Belgien zerstörten Werke in Gestalt allermodernster Neuanlagen wiedererstanden waren und nachdem die deutsche Schwerindustrie die Entschädigungen für die 1918 an Frankreich gefallenen Werke, die ihr das Reich unter sonstigen Zuwendungen zahlte, zu großen Neubauten verwandt hatte.

Alle Disproportionalitäten in Anlage und Aufbau der Schwerindustrien mußten unter dem Druck der allgemeinen Überproduktion doppelt stark zum Ausdruck kommen. In E n g l a n d benachteiligte die schon vor dem Krieg vorhandene technische und organisatorische Rückständigkeit die dortige Kohlen- und Eisenindustrie dem Kontinent gegenüber um so mehr, als dort ganz neue, mit allen technischen Errungenschaften ausgestattete Werke mit England in Wettbewerb traten. Erweiterungen der Eisenindustrie als Auswirkungen der Geldentwertung sind in England nicht erfolgt. Die Aufblähung infolge der Geldentwertung ist auf dem Kontinent am wenigsten stark in B e l g i e n-L u x e m b u r g. Neubauten sind hier zwar – besonders in Belgien – auch vorgenommen worden, aber die Erweiterungen halten keinen Vergleich mit der „Flucht in die Sachwerte“ aus, die in Deutschland und – in geringerem Maße – auch in F r a n k r e i c h Anlagen entstehen ließ, an deren gewinnbringende Ausnutzung unter normalen Verhältnissen nicht zu denken war.

Das Fazit der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung für die r h e i n i s c h-w e s t f ä l i s c h e u n d l o t h r i n g i s c h e I n d u s t r i e bestand – außer in der inflatorischen Aufblähung – darin, daß die l o t h r i n g i s c h e n W e r k e von ihrer Basis im Rheinland getrennt und selbständig geworden sind. Damit entstand 1918 einerseits den lothringischen Werken die Notwendigkeit, für ihre Erzeugung Absatz zu suchen, andererseits für Rheinland-Westfalen der Zwang, sich andere Bezugsquellen für das Roheisen und Halbzeug zu erschließen, das vor dem Kriege zur Verarbeitung aus Lothringen-Luxemburg bezogen worden war.

Die Ruhrindustrie richtete sich noch weit mehr als schon 1913 auf Verhüttung schwedischer, neufundländischer u. a. ausländischer Erze ein, baute teilweise ihre Hütten- und Halbzeugwerke aus und ist rein mengenmäßig heute in der Lage, den deutschen Eisenbedarf zu liefern.

Von der l o t h r i n g i s c h e n Erzeugung konnte nur wenig vom französischen Markt aufgenommen werden. Dessen Eisennachfrage konnte von den a l t f r a n z ö s i s c h e n Roheisen-, Halbzeug- und Fertigeisenwerken voll befriedigt werden. Es gelang zwar, die eisenverarbeitende Industrie in Frankreich zu erweitern, aber der größte Teil der lothringischen Erzeugung [356] mußte – meist über Antwerpen – im Ausland Absatz suchen. Dort in Konkurrenz vor allem mit dem Eisen Belgiens, das stets den Hauptteil seiner Erzeugung ins Ausland verkauft hat, sowie im Wettbewerb mit deutschem Eisen. Diese Lage wurde durch die Neubauten in Lothringen noch verschärft. – Die Abhängigkeit vom Ruhrkoks blieb natürlich bestehen.

D i e R ü c k b i l d u n g d e r E i s e n i n d u s t r i e

Die europäische Schwerindustrie ist also seit 1913 überall in einem den Bedarf weit übersteigenden Maße vergrößert worden; teilweise erfolgte diese Vergrößerung unter Vernachlässigung der Selbstkosten als Flucht in die Sachwerte, d. h. Anlagen entstanden, die niemals bei stabilen Währungsverhältnissen rentabel waren; der Wettbewerb der verschiedenen nationalen Eisenindustrien untereinander wurde schärfer als je. Unter diesen Umständen ging die Profitrate der Eisenindustrie international zurück und die Industriellen sahen bei Fortsetzung der bisherigen Politik ein noch weiteres Zurückgehen kommen. Sie hatten über das Kapital, das von den Arbeitern reproduziert war, im unmittelbaren Interesse der Erhaltung des Kapitals überhaupt, „falsch“ disponiert. Der Bedarf an Eisen erwies sich in diesen Ländern des niedergehenden Kapitalismus als mit kapitalistischen Mitteln nicht mehr wesentlich entwicklungsfähig, so daß keine Aussicht bestand, jemals bei voller Ausnutzung der Erzeugungsmöglichkeiten die Produktion absetzen zu können. Alle Abhilfemaßnahmen der Schwerindustrie stehen also notwendig im Zeichen der Rückbildung, der Anpassung der vorhandenen Erzeugungsmöglichkeiten an den dafür zu kleinen Bedarf. Diese Feststellung ist an sich nichts Neues, da sie sich lediglich in das allgemeine Bild des niedergehenden europäischen Kapitalismus einfügt. Nur verdient die Rückbildung der Eisenindustrie aus folgenden Gründen besondere Beachtung:

1. Sie betrifft ausnahmslos und gleich stark alle Staaten, zieht neuerdings selbst die Vereinigten Staaten in ihren Bann.

2. Sie betrifft die industrielle Grundlage der europäischen Imperialismen, eine Keimzelle vergangener und kommender imperialistischer Konflikte; dies gilt besonders für das nahe der deutschfranzösischen Grenze liegende Eisengebiet (Grenzlage, Abhängigkeit vom Ruhrkoks, Absatznöte).

3. Der von ihr betroffene Industriezweig hat notgedrungen in der jüngsten Vergangenheit die „Fehler" der übrigen Kapitalisten nicht nur mitgemacht, sondern die Schwerindustrie hat im internationalen Maßstab diese Fehler geradezu überspitzt, ganz besonders „falsch" über das in ihrer Hand befindliche Kapital disponiert.

4. Erleichtert wurde ihr dies durch die besondere Machtstellung, über die auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse die Kapitalbesitzer der Schwerindustrie verfügen.

a) Die zu einem schwerindustriellen Unternehmen gehörenden Kapitalien sind ganz besonders groß. Das bedeutet zweierlei: Einmal sind nur verhältnismäßig wenige derartige Unternehmen vorhanden; eine einheitliche Politik nach außen ist also gewährleistet. Die Einflußnahme auf Regierung und Öffentlichkeit erfolgt besonders nachdrücklich. Zum anderen verringert die Größe des Einzelkapitals die Gefahr, daß neue Konkurrenten entstehen, was besonders hinsichtlich der Kartellierungsmöglichkeiten wichtig ist. Das Erscheinen eines neuen Außenseiters ist also unwahrscheinlich; er könnte gegebenenfalls leicht durch vereinten [357] Widerstand, Unterbietungen usw. der alten Kartellunternehmen niederkonkurriert werden.

b) Die Schwerindustrie erzeugt Güter von sehr gleichförmiger Beschaffenheit; mit Kohle, Koks, Roheisen, Halbzeug, Stabeisen, Formeisen, Bandeisen, Schwarz- und Weißblechen, Eisenbahnoberbaumaterial dürfte die größte Zahl schwerindustrieller Erzeugnisse bereits aufgezählt sein. Mit andern Worten: Es handelt sich um eine Belieferung des Marktes mit weitgehend vertretbaren, d. h. weitgehend kartellierfähigen Waren. Diese Eigenschaft ist schon vor dem Kriege zur Bildung überaus mächtiger Eisenkartelle benutzt worden. Auf dem Weg über die Eisenkartelle, d.h. durch Beschränkung der freien Konkurrenz, bestehen zahlreich Möglichkeiten, einen Zollschutz voll auszunutzen, d. h. den Zoll (und event. Fracht vom Ausland bis zum Bestimmungsort) im Preis aufzuschlagen; das bedeutet also, allgemein gesprochen, die Möglichkeit zur Erhöhung der Profitrate durch Überweisung bisher anderswohin geflossener Einkommensteile des Gesamtvolkseinkommens. Eine solche Subventionierung einer Kapitalistengruppe geschieht letzten Endes aber immer auf Kosten des Proletariats, dessen Einkommen entsprechend geschmälert wird.

5. Schließlich handelt es sich um einen Gewerbezweig, dessen Herr-im-Hause-Standpunkt nicht nur bekannt ist, sondern der auf Grund der kurz geschilderten besonderen Machtlage des betreffenden Unternehmertums besonders rücksichtslos der Arbeiterschaft gegenüber seine Profitinteressen verfolgt, besonders wenn die Profitinteressen „Rückbildungen" (Stilllegungen u. a.) verlangen.

Der neue Eisenzoll und die Monopolisierung des deutschen Marktes

Bei den Umgruppierungen, die sich seit Ende 1924 auf der Grundlage der vorstehend geschilderten Verhältnisse vollzogen, handelt es sich neben allgemeinen Rückbildungsmaßnahmen um Versuche, in irgendeiner Weise wieder die 1918 zerstörten Wirtschaftszusammenhänge zwischen Rheinland-Westfalen und dem südwestlichen Industriebezirk zu flicken, bzw. die Störung unschädlich zu machen. Eine Fortsetzung der gegeneinander eingestellten Nachkriegspolitik mußte besonders den Franzosen bedenklich erscheinen. Sie blieben vom Ruhrkoks abhängig; eine für sie ungünstige Regelung der Eisenfragen in dem zwischen Frankreich und Deutschland abzuschließenden Handelsvertrag konnte schwere Störungen für den Absatz lothringischen Eisens mit sich bringen. Die deutschen Eisenindustriellen andererseits hatten sich weitgehend vom Südwesten unabhängig gemacht, sie mußten verhindern, daß ihre Interessen bei den Handelsvertragsverhandlungen durch Zugeständnisse bezüglich der Eisenausfuhr aus Lothringen getroffen würden. Diese von der deutschen Delegation zu machenden Eiseneinfuhrzugeständnisse stellten die Gegenleistung für französische Zugeständnisse

bezüglich der französischen Fertigwareneinfuhr aus Deutschland dar, an denen die deutsche Fertigindustrie interessiert war. Es kam also für die deutsche Eisenindustrie darauf an, sich nach Möglichkeit mit den französischen Industriellen zu einigen, gleichzeitig die deutsche Fertigindustrie zu neutralisieren, damit sie nicht auf die deutsche Delegation dahin einwirkte, durch Gegenzugeständnisse auf dem Eisengebiet, z. B. teilweise Preisgabe des deutschen Eisenzolls, von Frankreich Einfuhrerleichterungen für deutsche Fertigwaren zu erkaufen. Dabei hatte die deutsche Schwerindustrie das Ziel größtmöglichster Ausnutzung des [358]Zollschutzes und der Gewinnung einer Monopolstellung am deutschen Eisenmarkt.

Wieder einmal erwies sich der Eisenzoll als ein ganz besonders gefährliches Mittel der Massenbesteuerung zugunsten des Eisenkapitals. Er gilt für Waren, die verhältnismäßig leicht kartelliert werden können. Da der Zoll im Falle des Eisens nur ausgenutzt werden kann, wenn die zollgeschützten Waren kartelliert sind, wirkt der Eisenzoll zugleich als Anregung für die Eisenerzeuger, sich zu kartellieren. Der Eisenzoll bringt daher nicht nur einen Angriff auf die proletarische Lebenshaltung, er stärkt auch die Position des Klassenfeindes, denn die Geschlossenheit der Bourgeoisie im Klassenkampf wächst mit starken Kartellen. Das Nichtzustandekommen oder das Nichtvorhandensein von Eisen- und anderen Kartellen erleichtert dem Proletariat in ähnlicher Weise den Kampf, etwa wie es unter der republikanischen Staatsform besser agitieren kann als unter der, monarchistischen. Je stärker also die Eisenkartelle werden, um so wichtiger wird ihre direkte aktive Bekämpfung.

Dem Eisenkapital waren diese Zusammenhänge klar. Es rüstete sich Ende 1924 zur Zollausnutzung; bis 10. Januar 1925 galten nämlich die Eisenzölle faktisch nicht, weil laut Versailler Vertrag bis dahin ein großes Kontingent der lothringisch-luxemburgischen Produktion zollfrei nach Deutschland eingeführt werden mußte. Zunächst wurde die deutsche Eisenerzeugung quotisiert. Wenn man den Markt durch Beschränkung der Erzeugung künstlich verknappte, mußte es ja allein dadurch gelingen, die Preise hochzutreiben. Seit Dezember 1924 überstiegen daher auch zumeist die deutschen Eisenpreise die Auslandspreise um den Zoll. Da aber jedesmal, wenn die Konjunktur nachließ, die einzelnen Unternehmer sich unterboten, wurden nach und nach fast alle Erzeugnisse noch kartelliert; verkauft wird seitdem für alle angeschlossenen Werke nur durch eine Stelle je kartelliertes Erzeugnis, so daß die Gewähr des höchstmöglichen Preises gegeben ist.

Die erwähnte Neutralisierung der Eisen verbrauchenden Industrie erfolgte erstens dadurch, daß sie für ihre Ausfuhr Eisen zum Kauf erhalten sollte, das etwa um den Zollbetrag weniger kostete als die innerdeutschen Syndikatspreise. Damit sollte der Wunsch der Fertigindustrien befriedigt werden, für die Ausfuhr Eisen zu „Weltmarktspreisen“, d. h. zu den gleichen Preisen wie die ausländischen Kunden der deutschen Eisenindustrie, zu erhalten. Für die Eisenindustrie war es ein gutes Geschäft, durch eine solche Regelung Ruhe zu bekommen. Denn nach einigen Pressemeldungen muß man annehmen, daß nur in wenigen Fällen wirklich die gleichen Preise wie am Weltmarkt zugestanden werden, während meist mit weniger als dem Zollsatz zurückvergütet wird. Die deutschen Inlandseisenpreise sind aber bereits um viel mehr als um den Eisenzoll höher als die ausländischen Preise. Die Fertigindustrie ist nicht in der Lage, sich hiergegen ernsthaft zu wehren, weil sie zu stark mit der Eisenindustrie versippt ist.

Die zweite Neutralisierungsmaßnahme bestand darin, daß die Fertigindustrie gezwungen wurde, für die Dauer der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nichts gegen den Zoll zu unternehmen, wogegen die Eisenindustrie versprach, alle Einigungsvereinbarungen mit der französischen Industrie von der Gewährung der Meistbegünstigung für Fertigwaren abhängig zu machen. Man sieht hieraus, wie fest die deutsche Schwerindustrie das Heft der Handelsvertragsverhandlung in der Hand hat, obwohl sie doch nur eine der an den Handelsvertragsverhandlungen interessierte Kapitalsgruppe ist. Die Regierung hat sich dabei wieder als getreue schwerindustrielle Agentin bewährt, indem sie den Ab-[359]schluß der deutsch-französischen Eisenvereinbarungen weitgehend den beiden Eisenindustrien überließ.

Nun hatte die deutsche Eisenindustrie, was sie brauchte. Die einzige Bedrohung lag noch darin, daß unter Umständen ausländisches (französisches, luxemburgisches) Eisen infolge der dortigen Geldentwertung den Zoll überkletterte und ihr im Inland Konkurrenz machte, bzw. daß wider Erwarten

womöglich doch ein Handelsvertrag zustande kam mit gegen Frankreich herabgesetzten Eisenzöllen. Dagegen gab es nur eine Sicherung: Einigung mit den französischen Produzenten selbst! Diese Einigungsversuche sind seit 1925 nicht mehr zur Ruhe gekommen. Zunächst wurde Anfang 1925 der sogenannte luxemburgische Eisenpakt geschlossen, nach dem alle Einfuhren über die Grenze gegen Frankreich und Luxemburg an die deutschen Syndikate verkauft werden sollten; letztere sollten dieses Eisen dann zu Inlandspreisen weiterverkaufen, mit anderen Worten: Die deutschen Erzeuger hatten dann als Eisenverkäufer ein volles Monopol in Deutschland. Dies Abkommen kam aus Gründen, deren Schilderung hier zu weit führen würde, schließlich nicht zustande.

Die Unterwerfung des Eisenhandels

In der Zwischenzeit, bis es wieder zu internationalen Verhandlungen kam, war den Eisenindustrien der große Schlag gelungen, den Eisenhandel in ihre Abhängigkeit zu zwingen. Bekanntlich werden nur die wenigsten Eisenverarbeiter direkt von den Werken beliefert, die meisten kaufen gewöhnlich nur so kleine Mengen cm, daß ein Auftrag an das Werk nicht lohnt. Diese große Masse der Eisenverarbeiter muß also von den Eisenvorräten abnehmen, die die Händler für diesen Zweck laufend unterhalten. Zur Ergänzung dieser Vorräte wurden früher von den Händlern die deutschen Eisenwerke herangezogen, in Konkurrenz untereinander und mit ausländischen Lieferanten.

Die Konkurrenz der deutschen Werke untereinander hatte aufgehört. Sie verkauften nur noch durch die Syndikate. Ferner hatten die Werke schon vor dem Kriege begonnen, in Konkurrenz mit den werksunabhängigen Handelsfirmen arbeitende Werkshandlungen zu gründen. Während des Krieges und hauptsächlich in den Nachkriegsjahren gerieten die restlichen freien Handelsfirmen immer mehr ins Hintertreffen, da die Werke fast nur noch durch eigene Verkaufsorganisationen verkauften.

„Die Folge dieser Maßnahme war natürlich ein beispielloser Aufschwung der Werkhandelsfirmen, die immer neue Filialen gründeten, bestehende Geschäfte maßgebend beeinflußten und allenthalben neue Läger errichteten. Zuguterletzt befanden sich an jedem größeren Eisenverbrauchsplatz mehrere Werkshandlungen neben den schon bestehenden alten freien Handelsfirmen.“ („Rhein.-Westf. Zeitung“ vom 4. April 1926.)

In der Wirtschaftskrise standen die Werkshandelsfirmen, die an dem Kapital der Werke eine mächtige Rückendeckung besaßen, ganz anders da als die übrigen Händler mit ihrem reinen Händlerkapital. Die letzteren mußten selbst vielfach von den Werkshandelsfirmen kaufen, so daß die Mehrheit der sogenannten freien Händler im Verlauf der Wirtschaftskrise in finanzielle Abhängigkeit der Werkshändler oder der Werke geraten sein wird. Jetzt zogen die Letztgenannten den Strick zu: unter dem Druck ihrer Kapitalsübermacht zwangen sie die sogenannten freien Händler zu einem Vertrag, nach dem den Händlern der Kauf ausländischen Eisens bei hoher Strafe verboten war. Als Zwangsmittel dienten die sogenannten Solasichtwechsel, die hinterlegt werden mußten und die von der Verbandsleitung bei [360] Übertretung in Umlauf gesetzt wurden. Übrigens ein gleiches Verfahren, wie jenes, durch das die Mitglieder der Rohstahlgemeinschaft zur Innehaltung der Produktionseinschränkung angehalten werden. Die Händler mußten sich außerdem noch eine Klassifizierung gefallen lassen, die festsetzte, zu welchen Preisen sie je nach Gesamtumsatz selbst beliefert wurden.

Vor dem Kriege hätte es auf jeden Fall eine ganze Reihe Firmen gegeben, die sich dies nicht hätte gefallen lassen und die den Kampf aufgenommen hätte. 1926 waren mit Ausnahme weniger Landesteile überall die „freien Unternehmer“ so zermürbt, standen der Wirtschaftskrise so hilf- und hoffnungslos gegenüber, daß sie sich vom Großkapital einfangen ließen. Da half kein Händeringen über Bürokratisierung, über Zurückdrängung des freien Schaffens, der Persönlichkeit, der persönlichen Verantwortung, wie es selbst Blätter anstimmten, die mit den Maßnahmen der Schwerindustrie im allgemeinen stark sympathisieren, z. B. die „Rhein.-Westf. Zeitung“. Der Zentralisationsprozeß des deutschen Kapitals ist eben in vollem Gange und nicht mehr aufzuhalten. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Zentralisation des Handels ebenso wie mit der weiter unten besprochenen Trustorganisation Stillegungen, Geschäftsauflösungen usw. verbunden sein werden. Der vom Eisenkapital gewünschte und bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung auch notwendig kommende Endeffekt wird sein, daß es sich in seiner Branche die entsprechenden Kaders der großen deutschen Erwerbslosenarmee schafft

und gleichzeitig seiner Gesamtarbeiterschaft, sei sie in Arbeit oder arbeitslos, mit größtmöglicher Geschlossenheit gegenübertritt.

Die eben geschilderte Zentralisation des Eisenhandels war Anfang dieses Jahres weitgehend abgeschlossen. Daneben liefen aber immer wieder Kartellverhandlungen zwischen den deutschen und ausländischen Eisenindustrien.

Die deutsch-französische und die internationale Eisenverständigung

Bei diesen internationalen Verhandlungen muß man zwei zwar in engem Zusammenhang stehende, aber doch unterschiedliche Problemkreise auseinanderhalten: die deutsch-französische und die internationale Eisenverständigung. Beiden gemeinsam ist der Wunsch der internationalen Eisenindustrie, aus den durch die allgemeine Überkapitalisation erwachsenen Schwierigkeiten herauszukommen. Diese Schwierigkeiten werden im Falle Deutschland-Frankreich noch durch die im ersten Teil geschilderten Verhältnisse bezüglich der Rohstoffversorgung und Absatzverteilung erhöht.

Wie steht es zunächst mit der deutsch-französischen Verständigung? Hierüber war im März-April zu lesen, daß Verhandlungen über ein ähnliches Abkommen wie das seinerzeitige Luxemburger schon weit fortgeschritten seien. Wieder sollten von den deutschen Verbänden Kontingente übernommen werden, wenn auch nicht ganz so große wie damals. Angeblich soll die deutsche Regierung vom jeweiligen Stand der Verhandlungen unterrichtet werden und angeblich soll ein endgültiges Wirksamwerden etwaiger Abmachungen vom Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrags (der französische Meistbegünstigung für deutsche Fertigwareneinfuhr festlegen soll) abhängig gemacht werden. Zweifellos wurden die Handelsvertragsverhandlungen durch private, zwischenstaatliche Abkommen der beiden Eisenindustrien mehr gestört als gefördert. Was die deutsche Eisenfertigindustrie von diesem Handelsvertrag erwartet, wird er ganz gewiß [361] nicht bringen, eine Erleichterung der Einfuhr ihrer Erzeugnisse nach Frankreich und den unbehinderten Eisenbezug aus Lothringen wie vor dem Kriege. Entweder werden etwaige Einfuhrerleichterungen für deutsche Fertigwaren auf Grund der Vereinbarung über die Abnahme gewisser Eisenkontingente zugestanden werden. Wenn die französische Eisenindustrie darauf eingeht, d. h., wenn ihr lediglich die Abnahmegarantie im Rahmen der Kontingente genügt, dann verzichtet sie selbstverständlich auf die direkte Verbindung mit ihrer Kundschaft und überläßt den deutschen Verbänden den Verkauf der Kontingente zu deutschen Verbandspreisen. In den deutschen Verbandspreisen ist aber selbstverständlich der Zoll als Aufschlag enthalten. Oder aber es kommt kein Handelsvertrag zustande, weil die französische Delegation sich sagt: was brauchen wir der deutschen Fertig industrie Zugeständnisse zu machen. Die Zugeständnisse, die wir von der deutschen Schwerindustrie haben wollen, kriegen wir ja doch auf Grund der privaten Abmachungen Dann werden, wohl irgendwelche Abmachungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie früher oder später getroffen werden, die französischem Eisen den Eingang nach Deutschland öffnen, gleichzeitig aber die Monopolstellung der deutschen Schwerindustrie nicht durchbrechen.

Nun zu den internationalen Verhandlungen. Hier tat die bürgerliche Links- und Rechtspresse, vom „Vorwärts“ bis zur „Bergwerkszeitung“, Mitte März so, als ob die Gründung eines internationalen Eisenkartells unmittelbar bevorstünde. Zustandegekommen, wenn auch nicht endgültig gefestigt, sind Übereinkommen auf dem Röhren-, Schienen- und Drahtmarkt, worüber die „Rote Fahne“ am 11. April berichtet hat. Da es sich bei Schienen um sehr gleichförmige und deshalb leicht kartellierbare Produkte handelt, da ebenso die Drahtverständigung auf wenige bestimmte Sorten beschränkt wurde, und da schließlich die europäische Röhrenproduktion in der Hand weniger großer Firmen ist, so sagt eine Verständigung auf diesen Gebieten noch gar nichts für die Möglichkeit eines umfassenden internationalen Eisenkartells. Wenn auch das deutsche Eisenkapital sehr bereit ist, da ihm der machtpolitische Hintergrund fehlt, auf dem Wege über internationale Kartellvereinbarungen sich einen schönen „Platz an der Sonne“ zu sichern, so zweifeln doch die ausländischen Kapitalisten noch sehr, ob sie durch ein Werkkartell oder durch schrankenlosen Wettbewerb mehr Profit aus ihrer Arbeiterschaft herausholen können. Insbesondere möchte sich Amerika, das als Land eines expansiven Kapitalismus für einen Wettbewerb mit den europäischen Staaten kapitalistischer Zentralisation glänzend gerüstet ist, für die kommende amerikanische Wirtschaftskrise den Rücken freihalten. In Europa

wiederum werden Frankreich und Belgien so lange zögern, sich einer allgemeinen Kartellabmachung zu fügen, bis die Frankenstabilisation, d. h. die Dawesierung dieser beiden Staaten, vollzogen ist. Solange betreiben sie auf Kosten ihrer werktätigen Massen den Inflationsausverkauf mit Gewinn. Nach der Frankenstabilisierung aber wird wieder die Position Englands soviel günstiger sein, daß dann England, das heute schon Schwierigkeiten macht, vollends kartellfeindlich sein wird. Gleichzeitig dürfte dann das amerikanische Kapital soviel Interesse an Frankreich und Belgien genommen haben, daß es zunächst versuchen wird, deren Wettbewerb g e g e n England zu fördern. Eine kontinentale Eisenverständigung ist dann jedoch wahrscheinlich, da Amerika dann alle Staaten auf dem Kontinent „saniert".

Wie dem auch sei, ein baldiges Zustandekommen des Welteisenkartells ist bestimmt nicht anzunehmen. [362]

D e r K a m p f u m d a s W e l t e i s e n k a r t e l l u n d d i e d e u t s c h e A r b e i t e r k l a s s e

Was geschieht aber bis dahin? Der Kampf um die Quote, der nach Gründung des Kartells den Augen der Öffentlichkeit entzogen würde, wird in der ganzen Zwischenzeit von allen zukünftigen Teilnehmern mit größter Schärfe geführt werden. Jeder zukünftige Teilnehmer wird versuchen, im Augenblick des Abschlusses eine möglichst hohe Ausfuhr zu haben, um möglichst viel Absatzgebiete zugeteilt zu bekommen. Deutschland geht hierbei wieder einmal voran. Seine Ausfuhr an Großeisenerzeugnissen ist zurzeit 1¾ mal so groß wie vor einem Jahr. Es ist die Frage, was am Ende dieses Kampfes um die Quote steht: ob der Quotenkampf zur internationalen Verständigung oder zur gegenseitigen Vernichtung führen wird. Sehr leicht entsteht aus dem Konkurrenzkampf der Eisenindustrien ein politischer Konflikt. Der Boden für einen solchen wird also mit der Zuspitzung des Quotenkampfes bis zu der in weiter Ferne liegenden Gründung des Welteisenkartells immer günstiger.

Neben diesen allgemeinen Auswirkungen des Kampfes um das Welteisenkartell stehen aber die besonderen, die er der deutschen Arbeiterklasse bringt. Er bedeutet für die deutschen Eisenkonsumenten (und dazu gehört l e t z t e n E n d e s die große Masse der Bevölkerung) eine gewaltige Eisenteuerung. Nicht umsonst hat sich, wie weiter oben geschildert, die deutsche Eisenindustrie ein unangreifbares Monopol geschaffen. Die deutschen Konsumenten werden gezwungen, den Kampf um die Quote am Weltmarkt zu finanzieren mit den unerhört hohen Eisenpreisen, die sie selbst zahlen müssen. Das wichtigste Eisenprodukt, Stabeisen, verkauft die deutsche Eisenindustrie einschließlich Lieferung bis zum Exportdampfer in Hamburg mit 100 Mk., also, wenn man die Fracht abzieht, mit etwa 90 Mk. ab Lieferwerk. Deutsche Käufer dagegen müssen den deutschen Eisenwerken 140–150 Mk. bezahlen. Und das ist erst seit einigen Wochen so. Im vergangenen Jahre kostete das genannte Eisen noch 120 Mk. Nun ist es beim Eisengeschäft SO, daß direkt ab Lieferwerk nur die großen Firmen der Verarbeitungsbranche und die Masse der Händler beziehen. Den letzteren hat die Eisenindustrie Ihre Preise dadurch schmackhaft gemacht, daß sie den, wie oben gezeigt, ganz unter ihrem Einfluß stehenden Händlern ebenfalls eine Erhöhung ihrer Eisenpreise „gestattete". Diese Erhöhung betrug 30 Proz. im Laufe der ersten drei Monate dieses Jahres! Die linke bürgerliche Presse ist hierüber wiederholt berichtet und auch im Wirtschaftsministerium soll man darüber „gesprochen" haben. Die verarbeitende Industrie hat sich allerdings (wohl aus Angst vor dem großen Bruder) nicht gerührt. Um ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, hat man dann die Preise um eine Mark je 100 kg ermäßigt, was nicht viel besagen will, wenn die Preise vorher um 5 Mk. und mehr erhöht worden waren.

Es kann uns als Kommunisten gleichgültig sein, welche Schwierigkeiten für die eisenverbrauchenden Industriegruppen durch solche Preissteigerungen entstehen. Was uns nicht gleichgültig bleiben darf, ist die Belastung der arbeitenden Massen durch eine enorme Preistreiberei am Eisenmarkt. In jeder einzigen Ware, die der Arbeiter konsumiert, vom Brot bis zum Anzug, steckt zu einem großen Teil Eisen, sei es direkt als Material, wie beim Kochgeschirr, oder als Eisen, das in den Produktionsmitteln enthalten war. Die Eisenpreissteigerungen der Gegenwart stellen also einen gefährlichen Angriff auf den Lebensstandard des Proletariats dar.

Vorstehende Ausführungen sollten darlegen, um welch einen konzentrischen, wohlüberlegten, wohlvorbereiteten Angriff es sich dabei handelt; es [363] sollte gezeigt werden, daß die deutsche

Schwerindustrie nahe daran ist, die Früchte dieser Kampagne zu ernten. Sie hat sich gegen alle Eventualitäten gesichert. Ob mit oder ohne internationales Eisenkartell, am deutschen Markt herrscht sie monopolistisch. Sie ist sogar dabei, unter dem Schutz der Eisenkartelle ihre Profitrate noch ganz gewaltig zu steigern. Durch den Zusammenschluß mehrerer großer Konzerne zu einem 40 Proz. der gesamten deutschen Erzeugung umfassenden Trust wird sie ihre Produktion weitgehend verbilligen und steigern können, gleichzeitig aber nur mit einem Teil der bisher benötigten Arbeitskräfte auskommen. Die Erwerbslosenarmee wird von dieser Seite neuen Zuzug erhalten, der Lohndruck steigen. Die Eisenkapitalisten werden sich hüten, wegen der im Trust gemachten Ersparnisse die Eisenpreise herabzusetzen. Der Kampf des Kapitalismus zur Erhöhung der Profitrate auf Kosten der Arbeiterschaft ist unerbittlich.

Wir geben uns keinen Illusionen hin über die Schwierigkeiten des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen diesen Angriff des Eisenkapitals. Wie den internationalen Verständigungsversuchen der Kapitalisten nur die Zusammenfassung aller Organisationen der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Weltgewerkschaftsinternationale wirklich mit Erfolg entgegengetreten werden kann, so kann der Kampf mit dem deutschen, vom Großwerk bis zum kleinen Händler einheitlich organisierten Eisenkapital nur durch eine entsprechend einheitliche Organisation der Arbeiterklasse in einem Industrieverband bestanden werden. Der Kampf gegen Eisenteuerung und Eisenzoll im Interesse der Lebenshaltung des Proletariats ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften. Der Regierung muß die heuchlerische Maske des Preisabbaues heruntergerissen werden. Darüber hinaus müßte eine Kampagne zur sofortigen restlosen Aufhebung des Eisenzolles eingeleitet werden. Es ist höchste Zeit hierfür. Wie oben gezeigt, war es nur unter dem Schutz des Eisenzolles möglich, daß die Organisation des Eisenkapitals derartige Macht gewann. Gelingt aber den deutschen Eisenindustriellen endlich ihre Verständigung mii. den französischen, dann brauchen sie auch eine Aufhebung des Eisenzolls nicht mehr zu fürchten. Die Übernahme der französischen Eisenkontingente durch die deutschen Verbände macht deren Monopol (in Verbindung mit dem tschechoslovakischen Abkommen) auch ohne Eisenzoll unerschütterlich.

Für eine derartige Zollaufhebungskampagne ist der gegenwärtige Augenblick besonders günstig. Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Tatsache allgemein bekannt gemacht, daß die Schwerindustrie die aktivste Kraft in der Bourgeoisie ist, die auf den Staatsstreich und die Errichtung einer nationalen Diktatur hinarbeitet. Die ökonomischen Wurzeln dieser Politik sind klar. Es gilt nun nicht nur, die politischen Agenten der Schwerindustrie politisch, sondern sie selbst materiell anzugreifen, der Arbeiterklasse die enge Verbindung des ökonomischen und des politischen Kampfes klarzumachen, sie zum Kampf aufzurufen, die Unterstützung der breiten kleinbürgerlichen Massen für diesen Kampf zu gewinnen.

In weiten Kreisen der Bevölkerung, selbst in der Fertigindustrie und im Eisenhandel, fühlt man sich durch die oben genannten ökonomischen Machenschaften der deutschen Schwerindustrie ernstlich bedroht. Die Aufrollung der Frage des Eisenzolls würde also auch im Lager der Bourgeoisie selbst die Gegensätze verschärfen, den Feind verwirren und schwächen. [364]

*

Die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei

Von Fritz Burg

II.

Die letzten Putschenthüllungen über die Vorbereitungen der Hugenberg, Claß, Ehrhardt haben der Arbeiterklasse erneut gezeigt, daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln rüstet, um ihre wirtschaftlichen und politischen Pläne auf diktatorischem Wege durchzuführen. Die Diktaturpläne sind nicht Phantasieprodukte von Außenseitern, wie die Severing-Braun-Regierung, der „Vorwärts“ und die gesamte bürgerliche Presse vorgehen, die „Republik stehe sicherer als je – nein, die Pläne werden mit Hilfe des Staatsapparats dieser Republik vorbereitet – und sollen mit seiner Hilfe durchgeführt werden. Die Reichswehr und militarisierte Polizei sind in gleicher Weise bewaffnete Kräfte der Bourgeoisie, wie

die (illegal) bewaffneten Wehrverbände, die neben und mit den legalen Organisationen eingesetzt werden sollen.

Schon bei den Beratungen des Reichswehretats im Reichstage hatte Geßler in voller Offenheit die Unzulänglichkeit der staatlichen bewaffneten Kräfte zugegeben und zugleich betont, daß die Zustände bei Reichswehr und Polizei zu Zersetzungserscheinungen führen können, zum mindestens die Truppen der Zersetzungsarbeit z. B. der Kommunisten in hohem Maße zugänglich machen, und daß die Behörden zurzeit außerstande sind, diese Zustände zu ändern. Des weiteren hat Geßler auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Falle eines Krieges Millionenheere aufzustellen; selbstverständlich aber hat er sich darüber ausgeschwiegen, in welcher Weise die Vorbereitungen von seiten des Reiches und der Länder für die Millionenmobilmachung getroffen werden, ob die zahlreichen Verbindungen mit Rechtsorganisationen, die Anlage „schwarzer“ Waffenlager und „schwarzer“ Rüstungsfabriken zu diesen Vorbereitungen gehören. Geßler begnügte sich mit der vieldeutigen Bemerkung, daß er und seine „Herren (Seeckt und Co.!) „Tag und Nacht über die Probleme der Landesverteidigung nachdenken“ – zu dieser „Landesverteidigung“ gehört in erster Linie die Verteidigung der Herrschaft des Finanzkapitals und die Sicherstellung der brutalen Unterdrückung der revolutionären Bewegung und des gesamten Proletariats. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichswehr (und zum Teil die Staatspolizei) in ihrer Organisationsform nur als Übergangseinrichtung gedacht ist. Die Bourgeoisie wartet auf die erste Möglichkeit, wo sie das System ändern und zur offenen Organisierung, Ausbildung und Bewaffnung großer Formationen übergehen kann. Dazu trifft sie jetzt alle Vorbereitungen: in der Reichswehr, die als Kaderorganisation die Führer des künftigen Millionenheeres heranbildet, und in den militaristischen Verbänden, die das geeignete Material zur Auffüllung des neuen Heeres vorbereiten. Für das Proletariat und die Kommunistische Partei ist das Jahr 1923 das letzte warnende Beispiel: Damals wurden die Rüstungen der Bourgeoisie, vor allem die Verbindungen mit den staatlichen Machtmitteln, stark unterschätzt. Die Bourgeoisie hat seitdem gelernt. Sie arbeitet noch vorsichtiger – aber auch noch beharrlicher und nachdrücklicher als 1923: für den kommenden imperialistischen Krieg und zugleich für die Niederknüttelung und Ausrottung der revolutionären Arbeiterbewegung! Die Verbindungen zwischen Bourgeoisie, Staatsapparat, Parteien und Wehrverbänden sind enger als je, der Feind arbeitet geschickter, planmäßiger und erfahrener als 1923. Es [365] wäre verbrecherisch, die Möglichkeiten der Durchführung der verschärften „nationalen“ Diktatur der Bourgeoisie zu unterschätzen, auf der anderen Seite aber müssen die Möglichkeiten der Zersetzung und Verwirrung des Klassenfeindes und seiner Kräfte erkannt und ausgenutzt werden, die in der Zeit der dauernden Wirtschaftskrise und der immer stärker zutage tretenden Klassenscheidung bestehen und immer günstiger werden. Welches sind nun die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie, die noch nicht offen in den Unterdrückungs- und Machtapparat eingereiht sind, die aber im „Ernstfalle“ als erste Reserven herangezogen werden?

Die militärischen freiwilligen Organisationen sind in 2 Gruppen zu scheiden:

1. faschistische Wehrverbände
2. Die „republikanische“ Wehrorganisation.

1. Die faschistischen Wehrverbände.

Die monarchistischen, faschistischen Organisationen, die zuerst unmittelbar nach dem Kriege unter dem Protektorat der Volksbeauftragten in Form der Freikorps auftraten, haben von ihrer Entstehung her die Vielgestaltigkeit und den dauernden Wechsel der Organisationen übernommen Es ist nicht möglich, alle einzelnen Organisationen auch nur zu erwähnen. Jedenfalls ist bemerkenswert, daß alle Versuche, eine Zusammenfassung in einer einheitlichen Dachorganisation, den „Vereinigten Vaterländischen Verbänden“ (VVV), unter der Führung des berüchtigten v. d, Goltz, zu erreichen, bisher gescheitert sind, und zwar sowohl auf Grund politischer Differenzen wie stärkster Rivalität zwischen den Führern und Organisationen. Auch die letzte Annäherung der großen Verbände J u n g d e u t s c h e r O r d e n, S t a h l h e l m b u n d, W e r w o l f hat noch zu keiner festeren Verbindung geführt.

Den Anstrengungen Ehrhardts – des energischsten Führers in den Wehrverbänden – ist es örtlich und in einzelnen Provinzen bzw. Ländern gelungen, engere Zusammenschlüsse in Kampf- oder Wehrbünden

zu erreichen, so im Kampfbund „Wehrhaft Schleswig-Holstein“, im „Wehrbund Württemberg“, im „Ring Vaterländischer Verbände“, Duisburg, im „Wehrbund Berlin“.

Dem Zusammenschluß dienen die gemeinsamen Übungen, besonders die rein militärtechnischen Übungen in den „unpolitischen“ Kleinkaliberschützenvereinen, die mehrere Hunderttausend Angehörige der verschiedenen Wehrorganisationen umfassen. Die Kleinkaliberschützenvereine sind in ihrer Bedeutung bisher immer unterschätzt worden; sie werden in Sachsen von seiten der Heidt-Regierung direkt gefördert, ohne daß eine größere Protestbewegung von seiten der Arbeiterschaft zu bemerken ist. Das neuerliche Verbot in Preußen wird nicht durchgeführt, da die örtlichen und Kreisbehörden von den Vereinen amtlich nichts wissen.

Ohne Zweifel dienen auch die verschiedenen Heimatbünde, Heimatbund Ostpreußen, Ostmark, Heimattreue Oberschlesien usw. dem Zwecke der Einigung der Wehrverbände, neben dem anderen: ihnen neue Mitglieder zuzuführen und sie in jeder Weise zu unterstützen.

Die bedeutendsten und gefährlichsten Gegner sind zunächst die Massenorganisationen: Stahlhelmbund, Jungdo, Werwolf.

S t a h l h e l m b u n d:

Der Stahlhelmbund will ein „wirtschaftlicher Verband ehemaliger Frontsoldaten“ sein. Allerdings werden nur auf „vaterländischem“ Boden stehende Leute aufgenommen. Der Stahlhelmbund wollte ursprünglich eine „unpolitische“ Organisation sein. Doch namentlich seit den Wahlen Anfang des Jahres [366] 1925 kehrt der Stahlheimbund immer unverhüllter sein p o l i t i s c h e s G e s i c h t hervor Das Bestreben der Stahlhelmführung nach politischer Machtstellung ist alten Datums. Daher auch teilweise die Rivalitätskämpfe mit Jungdo und anderen Organisationen. Ende 1925 verkündete der Stahlhelmbund offen seinen politischen Machtwillen. Er will sich in Zukunft bei Parlamentswahlen mit eigenen Kandidaten beteiligen.

Dieses politische Machtstreben des Stahlhelmbundes fällt zeitlich zusammen mit den Diktaturbestrebungen der Schwerindustrie und Großwirtschaftskreise.

Damit kommen wir darauf zu sprechen, welche politischen Parteien und Wirtschaftsgruppen sind die Hintermänner des Stahlhelmbundes und wer finanziert denselben?

In die Führung des Stahlhelmbundes teilen sich D e u t s c h e V o l k s p a r t e i (Schwerindustrie vorherrschend) und D e u t s c h n a t i o n a l e V o l k s p a r t e i (Agrarkapital vorherrschend). In der personellen Führung sind als Vertrauensmänner der beiden genannten Gruppen: B u n d e s f ü h r e r: Fabrikbesitzer und Hauptmann a. D. S e l d t e-Magdeburg (DVP), und Oberstleutnant a. D. v o n D ü s t e r b e r g-Halle (DNVP), der z u g l e i c h m i l i t ä r i s c h e r L e i t e r des Stahlhelmbundes ist. Ehrenmitglied: Generalfeldmarschall von Hindenburg. B u n d e s f ü h r u n g: Oberleutnant v. Goßler, Major Wäninger, Major W. Crantz, Generalmajor E. Kreuter, Graf zu Eulenburg. G e n e r a l s e k r e t ä r: Hauptmann Ausfeld. Verbindungsstelle Berlin: Hauptmann K o c h. Organisation: Major Ritter, Hauptmann Bendziula.

Die Führerstellen des gesamten Stahlhelmbundes sind durchweg von ehemaligen Offizieren besetzt. Kein Arbeiter und Nichtoffizier kommt in eine maßgebende Führer- oder Unterführerstelle. Diese Tatsache unterstreicht 1. d e n s t r e n g m i l i t ä r i s c h e n C h a r a k t e r d e r O r g a n i s a t i o n u n d 2. d a s a u t o k r a t i s c h e P r i n z i p d e r s e l b e n.

Die Gliederung des Stahlhelmbundes: Die Länder haben als Spitzenorganisation eine Leitung, den „Landesverband“, dem die einzelnen Provinzen und größeren Kreise als „Gauleitungen“ unterstellt sind. Unter den Gauen rangieren die Ortsgruppen, Bezirksgruppen und „Kreisgruppen“. Die Stärke des Stahlhelmbundes wird vom „Stahlhelm“ auf mehrere Millionen angegeben. Die Mitgliederzahl einschließlich des Jungstahlhelm, Stahlhelmlandsturms und des Königin-Luise-Bundes beträgt im Höchstfalle eine Million. Die soziale Gliederung dürfte etwa folgende sein: 65 Proz. Industrie- und Landproletarier (Terror der Junker zwingt letztere), 25 Proz. Kleinbürger, 10 Proz. Bourgeoisie (Führerschicht).

Aufgenommen in den Stahlhemmbund werden nur solche Mitglieder, die Soldat gewesen sind und im Felde oder in einer Grenzschutzorganisation gestanden haben. Ausgeschiedene Reichswehr- und Polizeimannschaften, die noch nicht im Felde waren, werden auch eingestellt. Jugendliche Mitglieder wurden früher im Scharnhorstbund ausgebildet und dann später, wenn sie das 20. Lebensjahr erreicht hatten, in den Stahlhelmbund aufgenommen. Durch Aufstellung des Jungstahlhelmbund es wurde der Scharnhorstbund überflüssig und ging in den Bestand des Stahlhelmbundes bzw. des Jungstahlhelmbundes über. Für alte Mitglieder, die über das 45. Lebensjahr schon hinaus sind und an den Felddienstübungen des Stahlhelmbundes nicht mehr teilnehmen können, ist der Stahlhelm-Landsturm geschaffen, der jedoch nicht zahlreich ist.

Als Frauenorganisation ist der Luisen-Bund geschaffen. Bundesleitung in Halle a. d. S. – Sämtliche Organisationen sind straff gegliedert. Unbedingte Disziplin ist unerläßliche Bedingung.

[367] Stahlhelmbund und Arbeiterschaft. Der Stahlhelmbund sucht wie alle ähnlichen nationalistischen Organisationen, verstärkten Einfluß unter dem Proletariat zu gewinnen.

Auf dem Lande geschieht das durch den Terror der Junker auf die Landarbeiter (Mitglied des Stahlhelmbundes oder brot- und stellungs- und wohnungslos mit der Familie).

Der Stahlhelmbund hat außerdem zum Teil eigene Arbeitsnachweise, zum Teil benutzt er die nationalistischen Arbeitsnachweise für seine arbeitslosen Mitglieder. Jedes Mitglied, das Arbeitgeber ist, ist verpflichtet, sich bei vorliegendem Arbeiterbedarf an die Ortsgruppenleitung zu wenden zwecks Besetzung der Stelle mit einem Stahlhelmmitglied. Jedes Mitglied, das Arbeitnehmer ist, meldet seine eingetretene Arbeitslosigkeit an den Vorsitzenden der Ortsgruppe. Durch Austausch der Nachfrage- und der Angebotsliste wird in den meisten Fällen eine Stelle nachgewiesen. Bei besonders krassen Fällen wird schon einer dort eingestellt, ohne daß eine Notwendigkeit vorliegt Die Arbeitgeber sind seitens des Stahlhelmbundes angewiesen, ihren Arbeiterbedarf nur aus den Reihen des Stahlhelmbundes zu ergänzen.

Jedes Mitglied des Stahlhelmbundes wird gleichzeitig angehalten, in die Technische Nothilfe einzutreten. Fast sämtliche Mitglieder des Stahlhelmbundes gehören gleichzeitig der Teno an.

Die letzteren Tatsachen sind gegenwärtig in der verschärften Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit besonders beachtenswert.

Militärisch-sportliche Ausbildung erfolgt fast ausschließlich im Jungstahlhelm. Die militärisch-theoretische Ausbildung erfolgt durch Vermittlung der VVV. an Hand von Kriegsspielen. Die Schießausbildung wird in besonderen Kleinkaliberschützenvereinen gepflegt. In einzelnen Gegenden ist eine enge Zusammenarbeit mit der Reichswehr festgestellt. Das tritt sowohl bei der Schießausbildung wie auch bei Geländeübungen zutage.

Der Jungdeutsche Orden:

Während der Stahlhelmbund mehr der völkisch-nationalen Strömung seiner Mitglieder (wenigstens in der Phrase) Rechnung trägt, steht der Jungdo auf dem Boden der Hindenburgpolitik und der Verständigung mit den westlichen Kapitalmächten (Frankreich, England, Amerika). Siehe auch die in letzter Zeit viel diskutierten Verhandlungen der Jungdoführer mit ausländischen Nationalisten und Kapitalistengruppen. (Material in Nr. 3 „Die Rote Front“, Jahrg. 1926.)

Der Jungdo sieht seine Aufgabe darin, eine Vermittlerstellung zwischen dem nationalistischen Lager und dem rechten nationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung (Annäherungsversuche an rechten Flügel des RB) einzunehmen.

Dementsprechend stellt der Jungdo die soziale Frage und die Agitation, zugeschnitten auf die Arbeiterschaft, stark in den Vordergrund.

Wie der Stahlhelmbund betreibt der Jungdo verstärkte Werbearbeit unter dem Industrieproletariat (namentlich in den freigewordenen ehemaligen besetzten Gebieten). Auch in der Jungdo-Presse („Der

Jungdeutsche“, Tageszeitung) werden soziale und Arbeiterfragen ausführlich behandelt unter Betonung der Notwendigkeit der Klassenversöhnung zwischen Arbeiter und Unternehmer.

Führung des Jungdo: Der frühere Oberleutnant Mahraun ist der Führer (Hochmeister) des Jungdo. Ihm zur Seite steht der Ordenskanzler Bornemann.

[368] Die politischen und finanziellen Hintermänner des Jungdo: Die Jungdoführung betont nach außen stark die finanzielle und politische Unabhängigkeit von irgendwelchen Partei- und Wirtschaftsgruppen im Gegensatz zu anderen nationalistischen Verbänden.

Die Politik des Jungdo (auf dem Boden der Hindenburgpolitik) beweist seine politische Seelenverwandtschaft mit der Deutschen Volkspartei und mit den Industriellenkreisen. Unterstrichen wird das noch durch die Tatsache, daß der Großindustrielle Rechberg die Vermittlerrolle zwischen Mahraun und den Franzosen spielte. Weiter gehört der Jungdo im zentralen Maßstabe den Vereinigten Vaterländischen Verbänden an. (Finanziert von Großindustrie und Agrarkapital.) Außerdem ist der Jungdo in der von der Schwerindustrie finanzierten Zentral-Kommission (die zur Unterstützung des Betriebsfaschismus und zur Bespitzelung der Arbeiter unter Jarres begründet wurde und im Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium arbeitet) vertreten.

Aufbau des Jungdo: Der Aufbau und die Bezeichnung der Organisationsteile sowie der Führerstellen ahmt das Beispiel des früheren Deutschritterordens nach. Damit und mit dem entsprechenden Organisationsleben wird auf die in verlorener Romantik erzogene namentlich kleinbürgerlichen Jugend spekuliert.

Stärke des Jungdo: Offiziell wird eine Stärke von über einer Million angegeben. In Wirklichkeit dürfte der Jungdo nach der noch jetzt nicht völlig überwundenen Krise (Mahrauns Franzosenpolitik), wobei allein in der Stammballei Niederhessen, dem stärksten Bezirk des Jungdo, über 30 Ortsgruppen abgesprungen sind, im Höchstfalle 100-150.000 Mitglieder zählen. Territorial sind die hauptsächlichsten Einflußgebiete des Jungdo Niederhessen (Kassel), Thüringen mit schwächeren Ausstrahlungen nach Niedersachsen und Wasserkante. In Mitteldeutschland und Berlin ist der Jungdo schwächer vertreten. Dagegen stärker wieder im Nordosten (den früheren Ordensrittergebieten).

Soziale Gliederung: 30–40 Proz. Arbeiter, 50 Proz. kleinbürgerlich-intellektuelle (namentlich Jugend, Schüler, Studenten, Handlungsgehilfen usw.) und 10–20 Proz. bürgerliche Elemente.

In einzelnen Gegenden, u. a. auch in Hamburg, ist der proletarische Einschlag im Jungdo sehr stark. Das dürfte auch im westlichen Industriegebiet der Fall sein.

Militärisches vom Jungdo: Die anfangs stark betonte Note des militärischen Kampfverbandes ist in der letzten Zeit etwas schwächer hervorgetreten. Außerordentlich gute Beziehungen zu Generaloberst v. Seeckt – also zu der Reichswehrführung – haben schon immer bestanden. Die militärische Ausbildung durch Eintritt von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr wie auch durch die Stellung von Ausbildungspersonal für den Jungdo wird im Jungdo nach wie vor gepflegt. Es bestehen eigene „Sport- und Radfahrertrupps“. Es werden Übungen in voller Uniform und mit Gepäck abgehalten. Außerdem unterhält der Jungdo einen ausgedehnten „Nachrichtendienst“.

Der Werwolf

Der Werwolf ist eine völkisch-radikale Organisation gegen den Klassenkampf (aber für den Klassenkampf auf seiten der Bourgeoisie) – für Wirtschaftsfrieden.

Führung: 1. Vorsitzender und Führer des gesamten Verbandes (den er im Frühjahr 1922 gegründet hat): Studienrat Kloppe, Halle, Lafontainestraße 18. 2. Vorsitzender: Kapitänleutnant Killinger, Dresden, zugleich [369] auch in Personalunion mit dem Bund Wiking, dessen Führer er als Stellvertreter Ehrhardts für ganz Deutschland ist. 3. Vorsitzender: Studienrat Eckart, Hamburg.

Finanzierung: Finanzielle Zuwendungen erhält auch der Werwolf von Industrie- und Landbundgruppen. Auch er gehört den von der Industrie finanzierten VVV. an. Doch versucht er sich vor allem aus seinen Mitgliedsbeiträgen zu erhalten.

Stärke des Werwolf: Etwa 80–100.000 Mitglieder. Er gibt allerdings eine Stärke von einigen Hunderttausend mit 5000 Ortsgruppen an.

Der Werwolf nimmt jetzt auf Kosten der Krise im Jungdo und im nationalistischen Lager überhaupt (Enttäuschung über nationale Politik) wieder etwas zu. Namentlich in Berlin und den westlichen Industriegebieten wächst er an. Doch wird er infolge finanzieller Schwierigkeiten und den Bestrebungen des Stahlhelmbundes, gute Werwolfgruppen für sich zu gewinnen, stark erschüttert.

Neben diesen großen Organisationen spielen die nationalsozialistisch „völkischen Organisationen" eine geringe Rolle. Die Nationalsozialisten versuchen jedoch in den großen Organisationen Einfluß zu gewinnen, was zum Teil im Stahlhelmbund gelungen ist. Ihr Hauptbetätigungsfeld sind neben dem Frontbann – der Stoßtrupporganisation – die Organisationen, die als Führerorganisationen anzusehen sind, wie der Wikingbund (Brigade Ehrhardt, Schirmherr ist der ehemalige Herzog von Koburg-Gotha), der „Sportverein" Olympia in Berlin und die verschiedenen „Sportorganisationen" im Reich.

Der Wikingbund (Führer: Ehrhardt, Stellvertreter: Killinger, Dresden) hat seine Tätigkeit in allen Teilen Deutschlands, vor allem nach der Begnadigung Ehrhardts, ungeheuer verstärkt; er zählt in seinen Reihen die maßgebenden Führer der VVV. – auch v. d. Goltz – und gewinnt immer größere Bedeutung.

Der „Sportverein" Olympia (Führer Oberst Luck) ist auf Berlin beschränkt, er zählt angeblich 6000 Mitglieder (geschieden in aktive und passive) und ist streng militärisch aufgezogen; sämtliche Führerstellen sind von früheren aktiven Offizieren besetzt; mit der Reichswehr wird regste persönliche Verbindung gehalten; Reichswehroffiziere halten „Fortbildungskurse für ihre Kameraden im Sportverein ab.

Alle diese Rechtsverbände liefern nicht nur das militärische Material für Krieg und Bürgerkrieg, sie sind zugleich das Rekrutierungsgebiet und die Förderer des Betriebsfaschismus – von den Werkgemeinschaften und gelben Verbänden bis zur Teno, dem Bahn-, Post-, Wasserschutz – der wiederum der zentralen Leitung und Beeinflussung der bereits erwähnten Zentral-Kommission (Leitung: Kienzl) untersteht. Auf diese Bewegung kann im Rahmen des vorliegenden Themas nicht näher eingegangen werden.

2. Das Reichbanner Schwarzrotgold

Die Gründung erfolgte im Februar 1924 mit dem Zweck: „Schutz der Republik gegen rechts und links. Unter dieser Parole wurden die Arbeiter eingefangen für den Gedanken der Klassenversöhnung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie.

Diese Tatsache findet ihren Ausdruck in der parteimäßigen Zusammensetzung des RB (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) und namentlich in der Zusammensetzung der Führung (paritätisch aus Vertretern der drei Parteien ohne Rücksicht darauf, wie stark zahlenmäßig die einzelnen Parteien in der Mitgliedschaft vertreten sind. Da die Sozialdemokratie das Gros der Reichsbannermitglieder stellt, wird den bürgerlichen Parteien von vornherein die Mehrheit und das Übergewicht in der Führung gesichert, [370] ohne daß die Mitglieder einen maßgebenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Führung haben).

Die Gründer des Reichsbanners (Hörsing, rechter Flügel der SPD) verfolgten und verfolgen mit dem Reichsbanner, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Reaktion und des Schutzes der Republik, den Zweck, eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern und bürgerlichen Parteien herzustellen und damit den Gedanken des Klassenkampfs bei großen Teilen der Arbeiterschaft auszurotten zugunsten des Gedankens der Klassenversöhnung. Erreicht wird dadurch eine Versumpfung und Vergiftung der Arbeiterbewegung überhaupt. Das ist der Sinn des Reichsbanners.

Beweis dafür ist: Die Politik des Reichsbanners seit seinem Bestehen.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit charakterisieren sie vollständig: Die Bundesleitung lehnt gemeinsame Aktionen mit dem Roten Frontkämpferbund strikte ab. (Bei der Kundgebung Krieg dem Kriege, Fürstenabfindung.)

Die Bundesleitung ordnet dagegen an, daß das Reichsbanner bei Hindenburg-Empfängen mitwirkt (also Zusammengehen mit nationalistischen Verbänden) – wie in Köln und Hamburg.

Die Reichsbanner-Bundesleitung ist mit nationalistischen Verbänden im Reichsausschuß der Zeppelin-Eckener-Spende.

Maßgebende Führer des Reichsbanners streben Verbindungen mit Reichswehrführung an (teilweise bestehen solche).

Gliederung und Stärke des Reichsbanners: Das Reichsbanner wird von der Bundesleitung geführt. (Mitglieder der Bundesleitung werden nicht gewählt.) Der Bundesleitung steht ein Reichsausschuß zur Seite. Auch dessen Mitglieder werden nicht gewählt, sondern von der Bundesleitung ernannt aus den Kreisen der Parlamentarier, hohen Beamten. Minister, Offiziere und dergleichen der drei Reichsbannerparteien. Arbeiter sind weder in der Bundesleitung noch im Reichsausschuß.

Das Reichsbanner ist in 32 Gaue gegliedert, an deren Spitze (zum Teil ernannte) Gauleitungen stehen.

Die Gaue setzen sich aus den Ortsgruppen zusammen.

Mitgliederzahl: Offiziell werden 3 Millionen Mitglieder angegeben. In Wirklichkeit hat das Reichsbanner nach unseren verschiedentlich überprüften Erhebungen im Höchstfalle eine Mitgliederzahl von 1–134 Millionen. Da runter

Berlin-Brandenburg	mit	zirka	500	Ortsgruppen	103.000	Mitgliedern
Magdeburg-Anhalt	"	"	329	"	60.000	"
Thüringen "	"		241	"	71.500	"
Hessen-Kassel "	"		292	"	82.800	"
Sachsen "	"		243	"	124.600	"
Niederschlesien "	"		191	"	30.400	"
Oberschlesien "	"		142	"	41.000	"
Rheinprovinz "	"		372	"	34.700	"
Halle-Merseburg	"	"	191	"	42.700	"

Wir haben hier einige der stärksten Gaue herausgegriffen. Etwa 75 Proz. der Gesamtstärke des Reichsbanners rekrutiert sich aus Anhängern der sozialdemokratischen Partei und mit ihr sympathisierenden Arbeitern und Angestellten.

Etwa 15 Proz. stellen die Demokraten und der Rest dürfte aus Zentrumsanhängern bestehen. Doch sei hier gleich bemerkt, daß das Zentrum ängstlich bemüht ist, seine zahlreichen Arbeiteranhänger (Rheinland, Schlesien) vom Reichsbanner fernzuhalten, um sie nicht zu nahe an den Einfluß der Sozialdemokratie heranzubringen. Nur die Zentrumsjugend (Windhorst-[371]bund) und Teile der Christlichen Gewerkschaften sympathisieren mit dem Reichsbanner.

Im Reichsbanner sind besonders in Verbindung mit dem Volksentscheid für Fürstenenteignung und mit dem immer offener zutage tretenden reaktionären Kurs der Luther-Regierung, die nur mit Hilfe der Reichsbannerparteien besteht, stärkere oppositionelle Stimmungen von seiten der Arbeiterelemente aufgetreten. Die Leitungen arbeiten mit allen brutalen Mitteln, um die Disziplin aufrecht zu erhalten und die Zersetzung zu unterbinden. Sie halten die unzufriedenen Elemente noch dadurch in der Organisation, daß sie vorgehen: Die Schwächung des Reichsbanners liefere die Republik den Schwarzweißroten aus – jede Möglichkeit, die bestehenden Verhältnisse – vor allem in der Reichswehr – im „republikanischen“ Sinne zu ändern, entfalle damit vollends. Bezeichnend für den gleichzeitigen Rechtsdruck der Führung ist die Tatsache der Ausschaltung aller „entschiedenen Republikaner“ und „Pazifisten“, aller „links“verdächtigen Elemente und das Streben, als d i e Reserveformation des bewaffneten Staatsapparats anerkannt zu werden: „gegen den inneren Feind, rechts und l i n k s“, also zur Auffüllung von Reichswehr und Polizei gegen die Arbeiterschaft (nach dem Beispiel Noskes, Eberts).

N a c h b e m e r k u n g: Ein weiterer Artikel wird sich mit dem Kampf gegen die Rüstungen der deutschen Bourgeoisie beschäftigen.

RUNDSCHAU

Deutsche Politik
Mai

Der Verschmelzungsprozeß der verschiedenen Gruppierungen der Bourgeoisie gegenüber der „demokratisch-parlamentarischen Methode“ ist im Mai in verschärftem Tempo vor sich gegangen. Allenthalben wird auf seiten der Großbourgeoisie fieberhaft für die Herstellung einer Einheitsfront gearbeitet. Überall zeigen sich Anzeichen einer neuen, schweren kostspieligen Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Die ganze Politik der Bourgeoisie dreht sich um ihre Abwälzung auf Proletariat, Mittelstand und kleine Bauern. Immer mehr setzt sich die „nationale Diktatur“ als das Sammelziel aller großbürgerlichen Schichten durch. Das kam am deutlichsten zum Ausdruck in der absoluten Solidarität, die „völkische“, „vaterländische“, alldeutsche, deutschnationale, bayerische Volksparteiler, deutsche Volksparteiler und rechte Zentrumsleute mit den Claß-Hugenberg-Putschisten hielten.

Die „Tägliche Rundschau“ des Herrn Stresemann schrieb am 20. Mai 1926 im Leitartikel folgenden Satz:

„Was Wunder, daß sich in reifen (!) und unreifen (!) Köpfen der Gedanke festsetzt, daß es unverantwortlich ist, bei anerkannter Notwendigkeit einer Diktatur (!) nicht Pläne für sie zu entwerfen.“

In den reifen Köpfen (und sie sind sehr reif), die hinter diesem Satz stehen, ist man auch nicht so „unverantwortlich“, keine Pläne für eine Diktatur zu entwerfen. Nicht umsonst hat man die von Noske-Ebert geschaffene, von Geßler-Ebert eingeübte, unter Geßler-Hindenburg vollendete Reichswehr. Um die Lage zu kennzeichnen, seien noch einige Gegensätze aus einem Artikel Adam Röders[*)] aus der katholischen „Oberschlesischen Volksstimme“ vom 2.6.1926 angeführt:

„Das kapitalistische Unternehmertum macht mobil. Diese Tatsache läßt sich nicht verschweigen.“

„Konsum, habt Acht! Die Sache ist ernst.“ – „Der Feind steht rechts: daran darf kein Zweifel aufkommen. Er steht aber auch ganz links: auf beiden Seiten treibt man bewußt auf wirtschaftliche, soziale und politische Zermürbung der Massen hin mit dem Endziel einer Änderung der Dinge durch Gewalt.“

*

Der Kommunistischen Partei gelang es im Mai, Fortschritte in der Sammlung der proletarischen Massen zu machen. Zwar konnte die SPD-Führung am 1. Mai noch mit ziemlich wenigen Ausnahmen die unter dem Einfluß ihrer Apparate stehenden Massen aus [372] der roten Front zurückhalten, aber die Opposition der Massen und ihr stimmungsmäßiges Umwenden zur Klassenfront machten doch deutlich sichtbare Fortschritte. Das gewaltigste und wirksamste Zeichen dafür war das zweite Reichstreffen des RFB an den Pfingsttagen, das Zehntausende von Roten Frontkämpfern aus allen Reichsteilen unter dem Jubel von Hunderttausenden von Arbeitern zu einem eindrucksvollen Aufmarsch zusammenführte. Das zweite Zeichen ist der besonders gegen Ende Mai immer stärker gegen die SPD-Führung ankämpfende Drang der proletarischen Mitglieder der SPD und des Reichsbanners in die Einheitskomitees. Das Proletariat beginnt sich zur Klassenfront zu bewegen, besonders unter dem Eindruck der, zwar von der SPD-Führung noch bewußt verschwiegenen, aber doch schon breit ausstrahlenden Rüstung der Bourgeoisie zur „nationalen“ Diktatur. Die Abwehr kann nicht das Werk einer Avantgarde, sondern nur das Werk der Klasse selbst sein.

*

Die Deutschnationalen haben Luther absacken lassen, offenbar in der Absicht, sofort mit einer Serie von Regierungskrisen zu beginnen, an deren Ende die Regierungsbildung mittels des Artikels 48 der Verfassung stehen sollte, die ja die Brücke zur Errichtung der offiziellen Diktatur bilden soll.

Die Reichsbannerparteien der Preußenregierung beantworten diese Pläne mit der bekannten Polizeiaktion gegen die Hugenberg-Putschisten, die natürlich rechtzeitig verpfiffen war und nicht die

[*)] Adam Röder, altkonservatives Mitglied der Zentrumspartei, seit vielen Jahren einziger protestantischer Abgeordneter der Zentrumspartei, gehört nicht zur Zentrumslinken.

erwarteten Ergebnisse brachte. Immerhin wurde der Zusammenhang zwischen der „Regierungsbildung“ per Artikel 48 und den Diktaturrüstungen offenbar genug, um sie zunächst zu verhindern. Gleichzeitig aber wurde das Proletariat von der eigentlichen Gefahr abgelenkt auf die Putschisten vom rechten Flügel, und die eigentliche Gefahr sitzt ganz offiziell in der Regierung, teils als „Demokrat“, teils als Volksparteiler, teils als Zentrumsmann; ihr Kraftzentrum ist die Reichswehr und ihr Kommandeur das vereinigte Großkapital.

*

Inzwischen mußte aber wieder ein Kabinett gebildet werden. Nachdem sich die Reichstagsparteien einiges Dreinreden erlaubten, entschloß sich das alte Kabinett einfach, Herrn Marx als Kanzler zu präsentieren, ohne die Parlamentsparteien zu befragen. Und die Parlamentarier schluckten den Marx, der, selbst ein Mitschöpfer der Flaggenverordnung, in seiner Regierungserklärung natürlich die Flaggenverordnung als „zu Recht bestehend“ erklärte. Die SPD stimmte trotzdem dem kommunistischen Mißtrauensantrag nicht zu, und der „Vorwärts“ erklärte am 20. Mai ausdrücklich: „Marx darf regieren.“

Zuerst beschäftigt er sich mit der Weiterspinnung jenes famosen Gesetzes gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das sogar sozialdemokratische und demokratische Zeitungen als ein n e u e s S o z i a l i s t e n g e s e t z bezeichnen, und das zum System der schrittweisen Errichtung der Ausbeuterdiktatur gehört. Marx ist als Justizminister verantwortlich dafür gewesen, daß sowohl die Regierung als später auch der Reichsrat dies ganz offen verfassungswidrige Gesetz als verfassungsmäßig erklärten – als Gegenstück zum Volksentscheidgesetz!

Der Reichsbannerkanzler regiert besonders eindeutig mit seinen demokratischen Kollegen in der Personalpolitik. Den Stahlhelmmann Werner macht er zum Oberreichsanwalt, allem Pressegeschrei der Linken zum Hohn. Am deutlichsten war wohl die Ernennung des Generalreichskommissars Dr. Schmid, gegen den die rheinische SPD, weil er ein nationalistischer Sozialistenfresser ist und die Preußenregierung im völkischen Jargon beschimpfte, ausdrücklich und energisch Protest eingelegt hatte – natürlich total erfolglos. Marx war, ist und wird sein, was die Kommunisten 1925 deutlich und klar genug gesagt haben: ein echter Reaktionär, ein echter Zentrumsführer.

*

Der Volksentscheid wurde auf den 20. Juni festgesetzt, und die Rechtsparteien gingen von Mitte Mai an fieberhaft und mit Geldmitteln reichlich versehen an die Gegenarbeit. überall wurde mit der Bildung von Arbeitsgemeinschaften begonnen, die das gleiche sind wie die Einheitskomitees im Proletariat.

Der Kampf wurde von den Rechten nicht offen für die Fürsten aufgenommen. In der gesamten Propaganda gingen die Fürstenknechte, belehrt vom Ausgang des Volksbegehrens, auf zwei Hauptlügen zurück. Die erste ist, daß man das Privateigentum der Fürsten enteignen will, während die Fürsten niemals rechtmäßig erworbenes Privateigentum besaßen, und die zweite ist, daß nach den „Großen“ der „kleine Mann“ dran kommen soll. In der Landpropaganda herrscht das Bild vor, auf welchem zwei dolchbewaffnete Raubmörder (der eine ist Kommunist – der andere Sozialdemokrat) dem Kleinbauern die einzige Kuh aus dem Stall rauben.

Das politische Hauptmittel der Rechten gegenüber den Mittelschichten ist der Stimmungsterror. Zwanzig Millionen Stimmen bedeuten die „Staatskrise“ (hochdeutsch: Ausbeuterdiktatur).

Natürlich bietet eine Niederlage des Volksentscheids der Diktatur einen viel günstigeren Boden als ein Sieg. Diese Drohung kann nur zur Einschüchterung einer Handvoll von Angstmeiern dienen.

Das Reichsbanner hat in seinem Aufruf für den Volksentscheid eigentümlicherweise ganz richtig die politische Perspektive der Niederlage umschrieben. Es erklärte, daß durch eine Niederlage die Abschaffung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts drohe, also Staatsstreich, Ausbeuterdiktatur, Ablegung des weimarianischen Feigenblatts.

Und die Preußenregierung hat sich Ende Mai entschlossen, die Schupo aus Reichsbannerkreisen zu verstärken. (Sie kann natürlich nicht riskieren, zu sagen, gegen wen oder was, sondern bleibt bei ihrer Putschistengefahr.)

[373] Das planmäßige Verschweigen des Hauptgegners, der Proletariat und Mittelschichten bedroht, seitens der SPD-Führer auf der einen Seite, und dieser Versuch der Preußenregierung, die proletarische Front zu zerreißen, zeigen die gewaltigste Gefahr: die Vertuschung des Klassencharakters, die Erheuchelung einer Möglichkeit, die Reaktion ohne die Mobilisierung des Gesamtproletariats zurückzuschlagen und damit die Erheuchelung einer Kampfposition, die objektiv niemals etwas anderes sein kann, als eine Übergabeposition. Im Reichsbanner wie in der SPD, im Zentrumsproletariat wie in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zeigten sich im Mai bereits die Ansätze eines energisch drängenden Kampfwillens, Abwehrwillens. Durch solche Aktionen wie die von der Preußenregierung geplante und durch Verwandlung des Reichsbanners in ein rein sozialdemokratisches, als Nachgeben gegen die oppositionellen Arbeiter, sucht man den Drang, zum Teil noch unbewußten Drang, zur Klassenfront auf ein „ungefährliches“ Geleise zu schieben, indem der Arbeiterschaft vorgespiegelt wird, es „geschähe etwas“, indem man ihren Kampf willen beschäftigt und sie bewußt z w i s c h e n die beiden Fronten schiebt.

*

Während des Mai sind die Versuche, auch in den völkischen und „vaterländischen“ Verbänden die Front gegen das Proletariat zu schließen, fortgesetzt worden. In Bayern hat man sichtbare Erfolge gehabt, und auch im Reich werden diese Erfolge mit zunehmender Aktionsaussicht nicht ausbleiben.

Gleichzeitig aber ist die Herrschaft der Schwerindustrie über die Verbände wesentlich offenbarer geworden. Auf der wirtschaftspolitischen Tagung der Vereinigten Vaterländischen Verbände, auf der auch der Stahlhelm vertreten war, ist die restlose Unterordnung der Arbeiter im Betriebe unter die Unternehmer als Programmpunkt angenommen worden. Unter den Veröffentlichungen über die Claß-Hugenberg-Pläne findet sich beweiskräftiges Material genug für die Tatsache, daß es nur um die Unterdrückung des Proletariats geht. Nicht ein einziges nationales Argument für die Diktatur wurde während des ganzen Monats angeführt, und auch in der Volksentscheidskampagne ist kein solches mehr zu finden. Wir registrieren diese Tatsache, weil sie die Notwendigkeit zeigt, besonders unter den proletarischen Schichten der Verbände planmäßig Aufklärungsarbeit zu leisten.

E. K u n i k.

*

SPD-Rundschau

P a r t e i t a g d e r 2 3. Auf den 6. Juni hatten die 23 ausgeschlossenen Abgeordneten in Sachsen einen eigenen Parteitag einberufen, der organisatorisch und statutarisch die Grundlagen der neuen Partei schaffen soll. Die Politik dieser neuen Partei wird die Politik des Parteivorstandes der SPD sein, ohne die durch den Druck und die radikalen Stimmungen der sozialdemokratischen Arbeiter bedingten Schwankungen der offiziellen Parteipolitik. Also offene Koalitionspolitik und offene Unterstützung der Bourgeoisie in jeder Frage. Der Zweck der neuen Partei ist ein doppelter: Erstens auf den sozialdemokratischen Parteivorstand einen schärferen Druck auszuüben als bisher für die Rückkehr zur offenen Koalitionspolitik im Reichsmaßstabe; zweitens bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen einen Teil kleinbürgerlicher Elemente von der offiziellen Sozialdemokratischen Partei abzuspalten und das Zustandekommen einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit im neuen Landtage zu verhindern. Die 23 Renegaten wissen ganz genau, daß sie in dem Moment nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Bourgeoisie erledigt sind, wo sie nicht mehr das Zünglein an der parlamentarischen Wage bilden. Da sie nach der scharfen Zuspitzung der Gegensätze in der SPD vor und nach Heidelberg nicht mehr darauf rechnen konnten, als Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in den Landtag zu kommen und ihre bisherige Rolle weiter zu spielen, versuchen sie dies mit Hilfe ihrer neuen Partei.

Entscheidend für den Einfluß der 23 in Sachsen ist nicht das, was sich an Anhängern auf diesem Parteitag um sie scharte. Ihre eigentliche Reserve ist und bleibt die Gewerkschaftsbürokratie, die jetzt offiziell den Mantel der Neutralität im Fraktionskampf aushängt, um die Auseinandersetzungen über Koalitionspolitik in den Gewerkschaften abzubremsen, die aber hinter den Kulissen um so stärker die

Politik der 23 stützt. Und vom Bezirksausschuß des ADGB in Sachsen gehen die Fäden ins ganze Reich – die Pläne auf Schaffung einer besonderen Gewerkschaftspartei, wenn die SPD für eine arbeitsgemeinschaftliche Politik nicht mehr die nötige Gewähr bietet, sind noch nicht begraben.

Parteitag in Baden. Vorläufig allerdings bietet die SPD diese Gewähr. Dafür war der beste Beweis der badische Landesparteitag ans 30. Mai. Von der Opposition gegen das. Lehrerbildungsgesetz ist fast nichts mehr übrig geblieben. Die lautesten Rufer der Opposition werden am besten gekennzeichnet durch die Stellungnahme Oskar Gecks, der in einer Amtsbezirkskonferenz von Mannheim-Weinheim sagte: „Wir wenden uns nicht gegen die Beteiligung an einer Koalitionsregierung, aber man soll die Koalitionspolitik geschickter treiben, als dies von der Fraktion geschehen ist.“ Wohl selten ist die Grundlage der Taktik derjenigen sozialdemokratischen Führer, die sich zum Sprachrohr der oppositionellen Stimmungen der sozialdemokratischen Arbeiter machen, so klar aufgedeckt worden, wie es hier durch Oskar Geck geschieht. Auch die sächsischen Linken sind ja nicht gegen die Koalitionspolitik, aber man soll sie vor den Arbeitern besser drapieren, sie „geschickter treiben“. Auf dem Parteitag selbst verschwand auch diese letzte Schattierung zwischen Adam Remmele und Oskar Geck, und man fand sich einmütig zusammen auf der politischen Linie [374] der badischen Vorkämpfer der SPD, als die der Landessekretär Reinhold Ebert, Frank und Kolb bezeichnete. Den Vorkämpfer der badischen Budgetbewilligung, den Kriegsfreiwilligen der Reichstagsfraktion und den Benutzer des geheimen Drahts in der Reichskanzlei. der das Bündnis mit Hindenburg-Groener zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung schloß.

Organisatorisch wurde festgelegt: Unter keinen Umständen ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten: wer Mitglied der Roten Hilfe ist, fliegt aus der SPD.

Hermann Müller vom Parteivorstand empfahl sich erneut dem Zentrum für die Schaffung der großen Koalition im Reichsmaßstab durch die Feststellung, daß das Zentrum in allen Fragen stets mit der SPD Politik gemacht habe, mit Ausnahme einiger Wirtschaftsfragen. Einige Liebenswürdigkeiten an die Adresse des Reichskanzlers Marx vervollständigten das Bild.

Gegen eine Stimme bei zwei Stimmenthaltungen wurde der Landtagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen. Sie hat das Vertrauen dieses Parteitags verdient.

Volksentscheid. Die Einstellung des Parteivorstandes zum Volksentscheid ist getragen von drei Grundsätzen: Erstens die Bewegung als reine Wahlbewegung durchzuführen, die demokratischen Illusionen zu stärken und die Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat den Massen zu verhüllen: zweitens jede außerparlamentarische Mobilisierung der proletarischen Klassenkräfte und das Bündnis mit nun unzufriedenen Mittelschichten zu verhindern und so den Kampf gegen die Regierung und den Reichstag zu sabotieren; drittens jede Zusammenarbeit sozialdemokratischer Arbeiter mit kommunistischen Arbeitern zu verhindern, von der die SPD-Führer eine Stärkung der revolutionären Front, eine weitere Radikalisierung der breiten Arbeitermassen befürchten.

Die Arbeit der SPD-Führer zum Volksentscheid ist getragen von der beherrschenden Absicht, die im Schoße der Wirtschaftskrise herangereifte, ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Deutschland abzubiegen. Für sie ist der Volksentscheid ein Ventil, durch das man die sich ansammelnden revolutionären Kräfte abblasen kann, bevor sie den Kessel in die Luft sprengen. Bezeichnend ist die Haltung des ADGB zum Volksentscheid. Man „unterstützt“ ihn, ohne den geringsten Versuch zu machen, alle Kräfte der Organisationen zu mobilisieren, man verzichtet bewußt darauf, alle Reserven ins Feuer zu führen, man will eine parlamentarische Bewegung, Vorarbeit für die nächste Reichstagswahl, aber keinen außerparlamentarischen Kampf, der die Kräfte des Proletariats zur Entwicklung bringt. Bewußt gehen die sozialdemokratischen Führer der Frage aus dem Wege, was nach dem 20. Juni sein wird. Mit allen Mitteln arbeiten sie gegen die Zusammenballung der proletarischen Kräfte in der Einheitsfront, die allein einen Abstimmungserfolg realisieren, den Kampf weiterführen, den Sieg erringen kann.

Nachdem das Manöver für Schaffung der großen Koalition im Mai am Widerstand der Deutschen Volkspartei gescheitert ist, arbeiten sie darauf hin, es nach dem Volksentscheid zu wiederholen.

Vorarbeit dazu ist die Stützung der Regierung Marx, die „loyale“ Haltung im Volksentscheid, der Rückzug in der halben Aufdeckungskomödie der Diktaturvorbereitungen.

So bereiten sich die sozialdemokratischen Führer darauf vor, in der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise erneut die Rolle des „Retters“ der Bourgeoisie zu spielen. Ihre Politik muß damit in einen wachsenden Gegensatz zu den Interessen der deutschen Arbeiterklasse kommen. Die Entstehung einer wirklichen, ernsthaften, von den sozialdemokratischen Arbeitern getragenen Opposition wird das notwendige Ergebnis des Rucks nach rechts sein, der in der offiziellen Parteipolitik der SPD sich bereits vollzieht. Auf dem nächsten Reichsparteitag der SPD wird diese linke Strömung, die mit der traditionellen austromarxistischen Verschleierungspolitik einiger linker Führer sich nicht deckt, eine wichtige Rolle spielen.

F r i t z R ü c k.

*

Gewerkschafts-Rundschau

Infolge des englischen Streikes ist ein Vorgang, der, wenn auch in negativem Sinne für die Arbeiterschaft der ganzen Welt von großer Wichtigkeit ist, wenig beachtet worden. Es ist die vom Völkerbundsrat zum 26. April einberufene Ausschußsitzung zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf. In dem 38 Mitglieder zählenden Ausschuß waren nämlich auch Gewerkschaftsvertreter aus Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten vertreten. Der Zweck der Weltwirtschaftskonferenz ist, den Weltkapitalismus zu festigen durch möglichste Ausschaltung der kapitalistischen Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern und Industriegruppen. Die Kapitalisten befürchten mit Recht, daß das gegenwärtige wirtschaftliche Chaos umschlagen muß in eine revolutionäre Situation, die nur mit dem vollkommenen Sturz der kapitalistischen Herrschaft enden kann. Dem soll durch Organisierung, durch Regelung der Produktion, Verteilung der Produktionsquoten, Bildung internationaler Kartelle usw. vorgebeugt werden.

Es ist klar, daß, wenn der Bourgeoisie dieser Plan auch nur zu einem Teil gelänge – ein vollkommenen Gelingen ist mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unvereinbar – nur die Arbeiterklasse in allen Ländern die Kosten einer derartigen „Sanierung“ tragen müßte. Trotz dieser Tatsache oder gerade deshalb sind es wie immer auch hier die reformistischen Gewerkschaftsführer, die genau so wie sie national für die kapitalistische Rationalisierung eintreten, nun auch international das Kapital im weitesten Maße unterstützen. Im Namen aller auf der Ausschuß-[375]sitzung vertretenen Gewerkschafter legte Jouheaux ein „Programm der Arbeitnehmervertreter“ vor. Es wird dort nicht etwa Sozialisierung oder auch nur Nationalisierung der Wirtschaft verlangt, sondern das Gewerkschaftsprogramm deckt sich so vollkommen mit den Interessen des Kapitals, daß (wie der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom Sonnabend, dem 8. Mai, berichtet) das Gewerkschaftsprogramm von den dort vertretenen Kapitalisten übernommen wurde und „Punkt für Punkt in das Arbeitsprogramm der Sachverständigen übergegangen ist“. Das kann man vollkommen verstehen, wenn man sich folgende Punkte aus dem Gewerkschaftsprogramm vor Augen hält:

„1. Die Stabilisierung der Währung unter Mitwirkung der staatlichen Notenbanken ...

3. Errichtung von internationalen Industriekartellen und Trusts und deren Kontrolle durch Vereinbarungen der Regierungen des Völkerbundes.“

Wenn daneben auch noch genannt wird die Kontrolle der gewerkschaftlichen und allgemeinen Konsumentenorganisationen, der Arbeiterorganisationen und des Internationalen Arbeitsamts, so wissen die kapitalistischen Vertreter sehr genau, daß hierbei nicht eine wirkliche Arbeiterkontrolle in Frage kommt, sondern nur eine „Kontrolle“ der obersten Gewerkschaftsreformisten, die immer das „notwendige“ Verständnis für die kapitalistische Wirtschaft aufbringen werden. Sie sind als eventuelle Kontrollorgane der Bourgeoisie nicht schädlich, sondern nützlich, weil sie den Deckmantel abgeben zur Täuschung der Arbeitermassen.

Wie offen md zynisch die reformistischen Gewerkschaftsführer für die Interessen der Kapitalisten eintreten, das zeigt der – offensichtlich von dem ADGB-Vorstandsmitglied Eggert geschriebene –

Artikel „Arbeiterschaft und Weltwirtschaft“ in der oben erwähnten Nummer des „Vorwärts“ vom 8. Mai. Es heißt dort wörtlich:

„Die vorbereitende Konferenz ... hatte die Aufgabe, ein unabhängiges Forum zu schaffen, auf dem die Probleme der internationalen Wirtschaftsregelung zur Sprache kommen sollten. Arbeitervertreter waren unter diesen Experten, wie die durch nationale Grenzen in bestimmte, nicht immer der Allgemeinheit vorteilhafte Bahnen gelenkte Produktion international im Sinne eines Ausgleichs der gegensätzlichen Tendenzen beeinflußt werden kann. Die ausgezeichneten Forschungen des internationalen Arbeitsamts haben bereits Hinweise gebracht, in welcher Richtung eine derartige Überwindung der Gegensätze gesucht werden kann. Im Dienst der kapitalistischen Interessen ist die internationale Handelskammer bereits in gleicher Richtung tätig.“

Es wäre überflüssig, an dieser Stelle auch nur ein Wort des Kommentars zu diesem Zitat hinzuzufügen. Die Masse der Arbeiter in den Gewerkschaften aber muß darüber noch aufgeklärt werden, wohin die Reise geht und welche unverhüllt rein kapitalistische Formen die sich hier anbahnende internationale Arbeitsgemeinschaft schon angenommen hat. Jeder Revolutionär und vor allem jeder Marxist weiß, daß letzten Endes alle kapitalistischen nationalen und internationalen Stabilisierungsversuche vergeblich sein werden. Aber er weiß auch, welch ungeheuren Schaden die reformistischen Kapitalsagenten der Arbeiterklasse zufügen können, wie sehr sie den Golgathaweg des Proletariats durch ihre Politik verlängern und wie notwendig es daher ist, die Massen über die Gefährlichkeit der Mitarbeit ihrer Führer an der kapitalistischen Weltwirtschaftskonferenz aufzuklären und sie zum revolutionären Klassenkampf zu erziehen.

14.V. A. Enderle.

Internationale Politik

Der Monat Mai steht im Zeichen der Kämpfe in England. Am 1. Mai brach der englische Bergarbeiterstreik aus, dem sich zwei Tage später ein vom Generalrat der Gewerkschaften angeordneter Massenstreik der wichtigsten Arbeiterkategorien anschloß, der neun Tage dauerte. Zu einem vollständigen Generalstreik ist er nicht geworden, da der Generalrat mit wichtigen Arbeiterkategorien, der „zweiten Linie“, zurückhielt. Aber auch so bedeutete diese Massenstreikbewegung mit ihren Lehren einen mächtigen Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Der vorzeitige Abbruch des Solidaritätsstreiks geschah auf Betreiben der rechten Führer, deren Einfluß der schwankende Generalrat unterlag und kam einem direkten Verrat gleich, nicht nur, weil er die Bergarbeiter isoliert weiterkämpfen ließ, sondern auch weil er bei sämtlichen Arbeiterkategorien Massenmaßregelungen, Willkürmaßnahmen der Unternehmer zuließ. Die Bergarbeiter streiken weiter, und auch die übrigen Arbeiter fühlen sich nicht geschlagen. Die Auseinandersetzungen mit den verräterischen rechten Führern haben bereits begonnen, das Ansehen und der Einfluß der KP Englands ist stark gewachsen.

Das andere wichtige Ereignis des Monats war der Piłsudski-Aufstand in Polen. Die krisenhaften Zustände in Polen zusammen mit den Kämpfen der Imperialisten um seine Beherrschung führten zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Armee, denen sich bewaffnete Abteilungen der Bevölkerung anschlossen. Am 20. April traten die sozialdemokratischen Minister infolge des Massenprotestes gegen die reaktionären Regierungsmaßnahmen aus der Koalition zurück. Damit begann eine ausweglose Regierungskrise. Am 10. Mai wurde Witos mit der Regierungsbildung beauftragt. Als Antwort auf die Einsetzung seiner reaktionären Rechtsregierung brach am 12. Mai der Aufstand der Piłsudski. Anhänger aus. Breite werktätige Massen erblickten in Piłsudski den Vorkämpfer der Demokratie gegen die Reaktion. Die Arbeiter verhalfen in bewaffneten Kämpfen und durch Streikbewegungen Piłsudski zum Sieg über die weißgardistische Reaktion. Die KPP gab die Parole heraus, an den Kämpfen gegen die Reaktion aktiv teilzunehmen, warnte aber [376] gleichzeitig vor Illusionen in bezug auf Piłsudski. Die Richtigkeit dieser Warnungen wurde bald klar: Piłsudski enttäuschte sogar seine eigenen Anhänger, entschied sich statt eines Linkskurses zu Kompromissen mit der Koalition, erschrak vor den Perspektiven der Revolution und lenkte die Bewegung in „gesetzliche“

Bahnen. Die Enttäuschung der Massen, die ungelösten Probleme, die neuen Vorstöße der Reaktion und die Kampftaktik der KPP, die, an der Spitze des Kampfes gegen die Reaktion stehend, die Parole der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung volkstümlich machte und die Verräter der Werktätigen, insbesondere auch die PPS (polnische Sozialdemokratie), rechtzeitig entlarvte, schafft in Polen eine Situation, in der gefährliche demokratische „Piłsudski"-Illusionen der Massen zerstört und die Vorschläge der KPP verstanden werden. – In der außenpolitischen Orientierung Polens hofft der englische Imperialismus eine Stütze seiner Pläne gegen die Sowjetunion zu finden und fördert deshalb die Piłsudski-Bewegung gegen die französisch orientierten Rechtsleute.

*

Am 26. April wurde in Berlin der angekündigte deutsch-sowjetrussische Neutralitätsvertrag unterzeichnet. Trotz der Abschwächung seiner Neutralitätsklausel durch die deutsche Regierung bedeutet er eine Erschwerung der englischen Locarnopläne und trug zur Liquidierung der englischen Locarnokonzeption, die schon in der Genfer Völkerbundstagung im März begann, mit bei. (Eine andere solche Tatsache ist der Abschluß eines türkisch-persischen Vertrags.) Die Imperialistenpresse eröffnete gegen den Vertrag ein Trommelfeuer der Proteste, wobei besonders lehrreich war zu lesen, daß der Völkerbundpakt wirkliche Neutralitätsverträge verbietet, weil diese zu den aus Artikel 16 resultierenden Kriegsverpflichtungen der Mitgliederstaaten im Widerspruch stehen würden. Eine öffentliche diplomatische Aktion der Ententemächte bei Deutschland gegen den Vertrag unterblieb, nachdem Stresemann den Ententeregierungen beruhigende Zusicherungen gab und auch, weil der englische Imperialismus nichts unternehmen wollte, was die Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund erschweren könnte.

Vom selben Gedanken beseelt, versuchte England auch die Studienkommission des Völkerbundes zu beeinflussen, die in ihrer Maitagung unter Hinzuziehung Deutschlands, dessen Aufnahme als „moralisch bereits vollzogen" bezeichnet wird, die Gegensätze schlichten sollte, die die Märztagung sprengten. Frankreich stand unter starkem englisch-amerikanischen Druck. Trotzdem gelang es keineswegs, auch nur um einen Schritt weiterzukommen. Die Mächte ließen sich alle Türen offen, um in der Septembertagung erneut vorzustoßen. Die Frage der ständigen Ratssitze, die eigentliche Kampffrage also, wurde überhaupt nicht angeschnitten. Polen, Brasilien und Spanien hielten ihre Ansprüche auf ständige Sitze aufrecht.

*

Noch deutlicher kamen die imperialistischen Gegensätze und die ganze Verlogenheit der Völkerbundmacher in der Maitagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses zum Ausdruck. Die Tagung stand vom ersten Augenblick an im Zeichen der schärfsten englisch-französischen Gegensätze, obwohl der anwesende Vertreter der Vereinigten Staaten auf Frankreich den stärksten Druck auszuüben bestrebt war. Frankreich widersetzte sich durch Ausführung Paul Boncours jedem englischen „Abrüstungsplan" und forderte statt dessen als Ersatz für das „Genfer Protokoll" die Festlegung der Konferenz auf bestimmte Militärbündnisse, die den Völkerbundkrieg nach Artikel 16 erleichtern sollen. Da diese Pläne den Interessen Englands widersprechen, weigerte sich der englische Vertreter, auf die Erörterung solcher Pläne einzugehen. Um die Blamage der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu verdecken, wurden schließlich unverbindliche „Empfehlungen" an den Völkerbundsrat in Resolutionsformen gebracht und „einstimmig" angenommen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten kündigte natürlich seine „Vorbehalte" gegen jede mit der Völkerbundorganisation zusammenhängende Maßnahme sofort an.

*

Der durch Houghton angekündigte Aktionsplan des Dollarimperialismus gegen die europäischen Staaten hat inzwischen in einem „Strong-Plan" konkrete Formen angenommen. Eine Zusammenarbeit mit dem Völkerbund lehnt Amerika nach wie vor ab, läßt aber seinen finanziellen Druck zur direkten Beeinflussung der europäischen Politik um so energischer spielen. Ende April wurde Frankreich zur Unterzeichnung eines sehr ungünstigen Schuldenabkommens gezwungen. Die Schuldenverhandlungen Frankreichs mit England zerschlugen sich, worauf ein ungeheurer Frankensturz einsetzte.

Seine unmittelbare Ursache war die Verweigerung amerikanischer Stützungskredite. Die amerikanische Hochfinanz arbeitete für Frankreich, Belgien und andere europäische Staaten „Sanierungspläne“ nach dem Muster des Dawes-Paktes aus und schickt sich an, vor allem Frankreich zur Annahme dieser Bedingungen zu zwingen.

*

Trotz der schlechten Staatsfinanzen konnte Frankreich seine Kolonialabenteuer in Marokko und Syrien fortsetzen. Nachdem Ende April mit Abd el Krim zum Schein „Friedensverhandlungen“ eingeleitet wurden, um die öffentliche Meinung in Frankreich selbst und wohl auch in Amerika zu beruhigen und für Vorbereitung der neuen Offensive Zeit zu gewinnen, wurden diese Verhandlungen nach Abschluß des Schuldenabkommens mit Amerika Anfang Mai sofort abgebrochen und der konzentrische Angriff gegen die Rifkabylen eingeleitet. Ende Mai gelang es der Imperialistenoffensive, Abd el Krim nach fünf Jahren Krieg zu besiegen, ihn selbst gefangen zu nehmen. Damit tritt das Problem Marokko in ein neues Stadium. Um die Aufteilung der Beute wird es wohl noch manche Zusammenstöße geben

27.V.1926. Georg.

[377]

Justiz
Verurteilungsziffern aus der Reichskriminalstatistik

Seit ihrer Einführung im Jahre 1881 gewährte die Reichskriminalstatistik einen gewissen Überblick über den Umfang und die Folgeerscheinungen der bürgerlichen Klassenjustiz in Deutschland. Die Bedeutung der Kriminalstatistik für das Proletariat, auf dem die bürgerliche Klassenjustiz in erster Reihe lastet, ist von den in der Arbeiterbewegung tätigen Fachschriftstellern sehr bald erkannt worden. In den Jahrgängen der „Neuen Zeit“ aus den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts finden wir bereits eine Reihe von Aufsätzen, in denen an Hand der Reichskriminalstatistik vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus untersucht wird, welchen Einfluß die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft auf das Steigen und Fallen der Kriminalität ausüben, ferner welche Zusammenhänge zwischen dem Steigen und Fallen der Getreidepreise und der Kurve der Diebstahlsziffern bestehen.

Wir wollen hier die Anklage- und Verurteilungsziffern hinsichtlich einzelner besonders zu beachtender Delikte wie Diebstahl, Landfriedensbruch, Abtreibung u. a. nach der amtlichen Tabelle von 1913 mit den Ziffern aus den statistischen Veröffentlichungen der Nachkriegszeit vergleichen. Wir wollen ferner die Abschlußzahlen der Reichskriminalstatistik des letzten Friedensjahrs den Zahlen der Nachkriegszeit gegenüberstellen. Aus dieser vergleichenden Übersicht werden wir erkennen, daß eine starke Steigerung der Anklage- und Verurteilungsziffern sowohl bei einzelnen Delikten, vor allem aber in der Gesamtsumme, stattgefunden hat, und wir werden auch über den Grad der Steigerung Aufschluß erhalten. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daß für die Jahre 1918, 1919, 1920 und 1922 eine Reichskriminalstatistik bisher nicht veröffentlicht worden ist, und von diesen Jahren nur die Justiz- (Prozeß-) Statistik vorliegt, in der nur die Zahl der anhängigen Verfahren, nicht aber die Verurteilungen gezählt sind. In der Kriminalstatistik der Nachkriegszeit sind Jahresübersichten bisher nur für 1921 und 1923 veröffentlicht worden.

In der folgenden Tabelle sind die Anklage- (a.) und Verurteilungsziffern (v.) einiger besonders bedeutsamer Delikte nach der Reichskriminalstatistik zusammengestellt:

Delikt:		**1913:**	**1921:**	**1923:**
Aufruhr	a.	72	587	432
	v.	62	306	282
Gefangenenmeuterei	a.	48	927	799
	v.	33	756	617
Landfriedensbruch	a.	92	2038	2649
	v.	58	1419	1874
Abtreibung (§ 218)	a.	1809	5169	4228
	v.	1467	4248	3565

Delikt:		1913:	1921:	1923:
Abtreibung gegen				
Entgelt (§ 219)	a.	65	252	170
	v.	47	160	108
Einfacher Diebstahl	a.	95.099	210.062	319.648
	v.	77798	175777	282666
Schwerer Diebstahl	a.	17189	55608	56218
	v.	15845	49333	50684
Einfacher Raub	a.	159	280	167
	v.	145	242	138
Schwerer Raub	a.	561	1450	923
	v.	508	1213	735

Die Anklage- und Verurteilungsziffern wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs spiegeln das Vorgehen der Klassenjustiz sowohl gegen die revolutionäre Märzaktion von 1921 wie gegen die Hungerrevolten und gegen die politischen Demonstrationen des Proletariats wider. Die Verurteilungsziffern wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs sind aber nur ein Ausschnitt aus dem Wüten der bürgerlichen Klassenjustiz gegen die Revolutionäre, da bei der Fülle der Gesetzesbestimmungen die Verurteilungen vielfach unter einem anderen Titel erfolgt sind. Z. B. sind die Anklage- und Verurteilungsziffern wegen schweren Raubes aus den Jahren 1921 und 1923 nur so verständlich, daß nicht nur Personen, die sich bereichern wollten, sondern auch eine große Reihe von Proletariern, die sich der Waffen von einzelnen konterrevolutionären oder reaktionären Verbänden aus politischen Gründen bemächtigt oder sich an Requisitionen bei revolutionären Aktionen beteiligt hatten, als Räuber und Straßenräuber (!) verurteilt wurden. Immerhin weist die Verurteilungsziffer wegen Aufruhrs 1921 eine fünffache, die Verurteilungsziffer wegen Aufruhrs 1923 eine viereinhalbfache Steigerung gegenüber dem letzten Friedensjahre auf. Die Verurteilungsziffern wegen Landfriedensbruchs betragen für das Jahr 1921 das vierundzwanziglache (!), für das Inflations- und Hungerjahr 1923 sogar das zweiunddreißigfache (1) dcc Ziffer von 1913. Bemerkenswert ist, daß die Anklageziffern, sowohl bei Aufruhr wie bei Landfriedensbruch, eine ähnliche Steigerung, zum Teil (bei „Aufruhr“ 1921) noch höhere Steigerungen aufweisen, woraus sich gewisse Schlüsse hinsichtlich der Belastung mit Untersuchungshaft gegen später freigesprochene oder nur wegen geringfügiger Delikte abgeurteilter Proletarier ziehen lassen.

Die Verurteilungsziffern für Gefangenenmeuterei ergeben, daß im Jahre 1921 dreiundzwanzigmal soviel Personen wegen Gefangenenmeuterei verurteilt worden sind als im letzten Friedensjahre. 1923 zeigen die Verurteilungen wegen Meuterei gegen 1921 eine geringe Abnahme, aber immerhin noch eine neunzehnfache Steigerung gegenüber dem Jahre 1913. Diese Ziffern lassen deutlich erkennen, wie schwer die Gefangenen im Strafvollzug leiden, wie ihre Verzweiflung bis auf das äußerste steigt und trotz der Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens immer wieder zu gewaltsamen Ausbrüchen führt.

Besondere Beachtung verlangt die rapide und konstante Steigerung der Anklage- und Verurteilungsziffern bei den Eigentumsdelikten. Am deutlichsten tritt die starke und ständige Steigerung der Anklage- und Verurteilungsziffern beim einfachen Diebstahl in Erscheinung. Die Verurteilungsziffer für das Jahr 1921 beträgt über das Doppelte des letzten Friedensjahrs [378] und bedeutet eine Steigerung auf 226 Proz. Das Jahr 1923 bringt abermals eine Erhöhung. Die Zunahme betrug 106.889 mehr Verurteilte als 1921 und 204.868 mehr Verurteilte als 1913, was eine Steigerung auf 336 Proz. gegenüber der Verurteilungsziffer des letzten Erlebensjahrs bedeutet. Auch beim schweren Diebstahl zeigt sich eine ständige Steigerung. Beim schwerem Diebstahl ist aber die Verdreifachung sowohl der Anklage- wie der Verurteilungsziffern im Jahre 1921 bereits erreicht und überschritten. Die Ziffern gehen 1923 nicht zurück, sondern erfahren noch eine weitere kleine Steigerung. Zu erwähnen ist, daß auch die Vorbestrafungsziffern stark im Ansteigen begriffen sind.

Die Verurteilungsziffern bei Abtreibung zeigen im Jahre 1921 gegenüber 1913 eine Steigerung auf 290 Proz., sie erreichen mit dieser Ziffer 1921 den Höhepunkt, doch sind die Anklage- und Verurteilungsziffern für Abtreibung im Jahre 1923 noch immer 200 Proz. der Ziffern im letzten Friedensjahre. Parallel zu diesen Steigerungen verhalten sich die Anklage- und Verurteilungsziffern

wegen A b t r e i b u n g g e g e n E n t g e l t. Die Verurteilungsziffern wegen Abtreibung bedeuten zumeist vernichtete Existenzen. Die Volksgesundheit wird durch diese Verurteilungen n i c h t geschützt, sondern Jahr für Jahr gehen viele Frauen zugrunde, weil soziale Not und Krankheit einerseits, veraltete und volksfeindliche Gesetze andererseits viele Frauen des Proletariats und des Mittelstandes zur Benutzung der Winkelabtreibung verführen, während solche Frauen bei legaler ärztlicher Behandlung gerettet werden könnten. Die sowjetrussische Gesundheitsstatistik zeigt nach den Angaben des Oberregierungsrats im deutschen Reichsgesundheitsamt, R o e s l e, daß nach Beseitigung der veralteten Strafbestimmungen über die Abtreibung und nach Einführung sozialhygienischer Maßnahmen die Todesfälle infolge heimlicher Abtreibung fast verschwunden sind und daß die Freigabe der Abtreibung bei Krankheit und sozialer Not unter amtsärztlicher Kontrolle die Geburtenziffer des Gesamtvolks keineswegs ungünstig beeinflußt hat.

Die hier gegebenen Zahlen stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus der Reichskriminalstatistik dar. Wir haben des beschränkten Raumes wegen nur neun Delikte zur Besprechung herausgegriffen, während das amtliche Verzeichnis einige hundert strafbare Tatbestände aufführt. Um dem Leser trotzdem eine Vorstellung zu geben, in welchem Umfange und wie schwer die bürgerliche Klassenjustiz auf der proletarischen Klasse und großen Teilen des Kleinbürgertums lastet, bringen wir noch einen Vergleich der gesamten Anklage- und Verurteilungsziffern aus dem letzten Friedensjahr und den beiden statistisch erfaßten Jahren der Nachkriegszeit, Wegen Verbrechen gegen R e i c h s gesetze wurden insgesamt

	1913	1921	1923
angeklagt	696.775	910.705	1.118.190
verurteilt	561.805	743.241	954.847
weibliche Verurteilte	88.462	149.778	171.770

Da die Reichskriminalstatistik die Verurteilungen wegen Übertretungen von Landesgesetzen n i c h t enthält, soll noch erwähnt werden, daß die Anklageziffern für Übertretungen 1913 nach der Justizstatistik 205.701 Fälle umfaßte. Die Justizstatistik für 1922 gibt 93.469 Fälle für Anklagen in Übertretungssachen an. Keineswegs darf hieraus auf einen Rückgang der Strafsachen in der Nachkriegszeit geschlossen werden, denn die Zahl der Anträge auf Erlaß eines richterlichen Strafbefehls ist von 589.587 im Jahre 1913 auf 869.753 Fälle im Jahre 1922 gestiegen. Schließlich ist noch daran zu erinnern, daß die Kriminalität gegen die Landesstrafgesetze, die in der Reichskriminalstatistik gleichfalls n i c h t enthalten ist, ergänzenden Aufschluß darüber gibt, in welcher Weise auch die Landesstrafgesetzgebung auf dem werktätigen Volk lastet. In Forst- und Feldrügesachen, die im wesentlichen das ländliche Proletariat und die Kleinbauern treffen, wurden nach der deutschen Justizstatistik (die 1920 publiziert wurde) im Jahre 1914 139.657, mm Kriegsjahr 1915 129.683 Strafbefehle erlassen.

Als Ergebnis dieser Durchsicht der Kriminalstatistik können wir feststellen, daß der jährliche Durchschnitt der Verurteilungsziffern in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Million richterlicher Bestrafungen erheblich überschreitet. Die Belastung des Proletariats und eines Teils des Kleinbürgertums durch die Klassenjustiz der Bourgeoisie hat einen Grad erreicht, der nicht nur vom Proletariat, sondern darüber hinaus von dem republikanisch geronnenen Teile des Mittelstandes als unerträglich empfunden wird. Der Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz wird des weiteren dadurch gekennzeichnet, daß den statistisch nachweisbaren Massenverurteilungen zahlreiche Freisprechungen von Konterrevolutionären und Bourgeois gegenüberstehen, wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß gegen die gefährlichsten Gegenrevolutionäre und wegen der schwersten Fälle des Wuchers – man denke an Stinnes und an die „Transaktionen“ der Hochfinanz – von den bürgerlichen Strafverfolgungsbehörden überhaupt keine Anklage erhoben worden ist. Nicht nur im Proletariat, sondern in immer weiteren Kreisen des deutschen Mittelstandes entsteht das Verlangen, daß die Justizgesetzgebung, die Strafandrohungen, das Strafprozeßrecht und die Gerichtsverfassung von Grund aus geändert werden. Als Ausdruck dieser Bestrebungen ist ein „Bund für Volksrecht“ von verschiedenen proletarischen und kleinbürgerlichen Organisationen gegründet worden. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der klassenbewußten Vorhut des Proletariats, sich an dieser Bewegung gegen die bürgerliche Klassenjustiz führend und unterstützend zu beteiligen. F. H a l l e.

[379]

LITERATUR

Vom Kampf um das Reichsschulgesetz

Heinrich Schulz: „Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes." Berlin 1926. Verlag Dietz Nachf. 160 S.

Dr. Kurt Löwenstein: „Zum Kampf um das Reichsschulgesetz zu Artikel 146 der Reichsverfassung." E. Laubscher Verlag, Berlin 1925. 48 S.

Sozialdemokratische Regierungsmänner sind die bedauernswertesten Geschöpfe der Welt; sie bringen dem „Volke" Opfer über Opfer, indem sie sich der schweren Bürde ihres Amtes unterziehen, und ernten doch nichts wie Undank. Als so ein verkannter Volksfreund stellt sich der Vater des Weimarer Schulkompromisses und Großvater des ersten Reichsschulgesetzentwurfs (1920), der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Heinrich Schulz, vor. Auf 160 Seiten versucht er für seinen und seines „Werkes" Leidensweg Mitleid und Verständnis zu erwecken. Diese Schmerzen und koketten Selbstbespiegelungen eines Mannes aus der Reihe jener Sozialpatrioten. die 1918/19 die Revolution verdarben und verrieten, können uns leider noch nicht nur psychologisch interessieren, weil die Absicht dieses Buches darauf gerichtet ist, für ein neues Weimarer Kompromiß zu werben. Die Schrift ist an die Koalitionsgenossen von Weimar, Zentrum und Demokraten, und vor allem – an die wachsende Opposition in den eigenen Reihen gerichtet. Heinrich Schulz bekennt sich – am Ende seines siebenjährigen Leidenswegs – unentwegt zu der Notwendigkeit, ja der vaterländischen Größe jenes Kompromisses mit dem Zentrum, durch das die Konfessionsschule erhalten, die Einheitsschule zerschlagen und der Weg zur Weltlichkeit des gesamten Schulwesens gründlich verbaut wurde. Angesichts des Materials, das er über die vergeblichen Bemühungen der Regierungsparteien um ein Reichsschulgesetz zusammenträgt, wäre die natürlichste Frage: „Warum quält ihr euch mit diesem zugegebenermaßen verfehlten Paragraphen 146 ab?" Worauf dann Heinrich und die Seinen erklären, daß nun einmal die Weimarer Verfassung das deutsche Schicksal sei. Und so müht sich denn unser Heinrich, wie er selbst sagt, getreulich weiter an der „Quadratur des Kreises" ab.

So ausführlich aber auch Heinrich Schulz – wodurch das Buch für jeden Schulpolitiker wertvoll wird – über die Reichsschulkämpfe berichtet, so weiß er doch recht gut, was man besser fortläßt. Es fehlt beispielsweise das bayrische Konkordat vom Jahre 1924/25. Die Ausrede, daß das ein Landesgesetz sei, kann nicht gelten, wenn man bedenkt, daß dieser bisher größte Erfolg der Klerikalen wichtige Bestimmungen eines kommenden Reichsschulgesetzes vorwegnimmt und daß sich durch ihn die erste Luther-Regierung zu ihrem reaktionären Schulgesetzentwurf vom Herbst 1925 ermutigt fühlte. Heinrich Schulz aber übergeht diese Etappe des Leidenswegs der deutschen Schule mit Stillschweigen, und so erfährt man auch nichts davon, daß Wilhelm Marx, der Reichspräsidentschaftskandidat der Sozialdemokratie und Führer der wichtigsten Weimarer Koalitionspartei, als Reichskanzler die Verfassungsgemäßheit des bayrischen Konkordats anerkannt hat. Um so kräftiger schlägt unser Held auf den – toten – Schieleschen Schulgesetzentwurf, wie das jetzt bei den Sozialdemokraten üblich ist, um von den eigenen Sünden abzulenken. Wenn er sich jedoch mit starken Worten („zur Wahrung meines Namens"!) dagegen verwahrt, daß man seinen Entwurf vom Jahre 1920 mit dem deutschnationalen vergleicht, so wäre es sehr nützlich gewesen, er hätte den letzteren auch abgedruckt: dann hätte sich jeder Unvoreingenommene überzeugen können, daß der sozialdemokratische Entwurf dem deutschnationalen in den entscheidenden Punkten gleicht: Zerschlagung in mehrere Schularten, Weltanschauungsschule, Anpassung der Lehrbücher an den Charakter der Schulart, keine besonderen Bedingungen für die Lehrer an weltlichen Schulen, Bevorzugung der bestehenden Konfessionsschulen beim Antragsverfahren: alle diese Blüten des verhaßten Schieleschen Entwurfs finden sich schon bei Heinrich Schulz! Es ist das ja auch gar nicht anders denkbar, da alle insgesamt, von Mumm bis Schulz, auf dem „Boden" der Weimarer Verfassung stehen und deren verhängnisvolle und widerspruchsvolle Bestimmungen ausführen wollen.

Heinrich Schulz verwaltet mit diesem Bestreben, das Weimarer Kompromiß zu erneuern, gewissermaßen das Vermächtnis Friedrich Eberts. Wir erfahren durch dieses Buch zum ersten Male, daß der erste „Proletarier" auf dem Präsidentenstuhl der Republik die Verhandlungen zwischen

Zentrum und Sozialdemokratie eingefädelt hat, die zum Weimarer Schulkompromiß führten, von dem Heinrich Schulz in der Nationalversammlung so schön sagte, daß es gedacht sei „im Sinne der Liebe zur Heimat, im Geiste des deutschen Volkstums und zur Pflege und Stärkung des Willens zur staatlichen Gemeinschaft“. Leider muß er feststellen, daß der böse Geist im Zentrum inzwischen die Oberhand gewonnen, aber hoffentlich nicht für immer; ganz ins Sinne der Radbruch, Sollmann und Kranold glaubt auch Heinrich Schulz an eine Wandlung der katholischen Kirche im sozialistischen Geiste (siehe Steuer- und Zollpolitik!). Dieser sozialistische Geist der Christen und religiöse Geist der Sozialisten [380] soll sich nach Heinrich Schulz in einem Reichsschulgesetz manifestieren, das in friedlichem Nebeneinander die Bekenntnisschule, die Simultanschule auf christlicher Grundlage und die weltliche Schule mit Religionsstunden als Pflichtfach bringt. Für dies erhabene Ziel lohnt es sich, versichert uns Heinrich, trotz aller Schikanen im Reichsinnenministerium, auszuharren. Schon hat der „Vorwärts“ am 9. März diese Parole aufgegriffen.

Bei Heinrich Schulz weiß man also, wen man vor sich hat, und die sozialdemokratischen Lehrer und Schulfunktionäre empfinden denn auch, soweit sie klassenmäßig empfinden, diese Schrift als eine Kampfansage gegen die „Linke“.

Leider hat diese „Linke“ in Kurt Löwenstein einen sehr bedenklichen Vertreter. Gewiß ist seine Schrift recht brauchbar und gründlich, soweit sie sich mit dem Schieleschen Entwurf auseinandersetzt und in all seine Schliche kommentierend hineinleuchtet. Aber an dem Kernpunkt des Problems drückt er sich mit echt „linker“ Geschicklichkeit vorbei, um nicht in die kommunistische Linie zu geraten. Wir wollen nicht viel Aufhebens davon machen, daß er fälschlicherweise behauptet, erst der Schielesche Entwurf habe die „Weltanschauungsschule“ gebracht (während sie bereits im Schulzschen Entwurf prangt). Warum aber kommentiert Löwenstein mit keinem Wort die Behauptung des deutschnationalen Entwurfs, das geplante Reichsschulgesetz habe es nur mit dem Absatz 2 des Artikels 146 der Reichsverfassung zu tun und nicht mit Absatz 1? Löwenstein schweigt hier deshalb, weil er sonst auf den unlösbaren Widerspruch zwischen Absatz 1 und Absatz 2 gekommen wäre. Die Verfassung ist eben auch für ihn tabu. Zwar stellt er in dem Eingangskapitel fest, daß „in dem Kompromiß der Reichsverfassung die Autoritätsgläubigkeit patriarchalischer Kirchlichkeit, die utopische Schwärmerei des liberalen Bürgertums und der Wirklichkeitssinn der aufsteigenden Arbeiterklasse nebeneinander ohne innere Verbundenheit ihren Niederschlag gefunden“ haben; zwar stellt er treffend den „Widerspruch an sich“ fest, der darin liegt, daß man die weltliche Schule zur Sonderschule gemacht hat. Das hindert aber diesen Philosophen, der zugleich ein Marxist sein will, nicht, zu erklären, er habe das Weimarer Kompromiß „ruhiger beurteilen gelernt“! Man geht eben nicht ungestraft mit dem rechten Flügel der Unabhängigen zu den einst so leidenschaftlich bekämpften Rechtssozialisten. Nicht einmal zu einem klaren Bekenntnis zur proletarischen, zur Klassenerziehung, vermag er sich aufzuschwingen; er orakelt, die weltliche Schule könne „nicht Parteischule, noch nicht einmal Weltanschauungsschule sein“, und sie solle „das heranwachsende Geschlecht zum Bewußtsein seiner Zeit, das heißt, zu seiner Weltanschauung“ bringen. So bedient sich Löwenstein der Dialektik, um die Klassenerziehung zu verleugnen, weil er sie als Politiker und Vertreter der SPD im Bildungsausschuß des Reichstags jetzt nicht brauchen kann. Er gerät nach allen Seiten in eine unhaltbare Position, die nur durch die wütende Attacke auf den Schieleschen Entwurf verschleiert wird. Und er weiß über die Reichsschulgesetzgebung schließlich nur das Folgende zu stammen:

„Das Kompromiß in der Reichsverfassung hat der nachfolgenden Gesetzgebung gewiß keine leichte Aufgabe hinterlassen. Es ist fraglich, ob diese Aufgabe überhaupt gelöst werden kann. Aber ebenso sicher ist, daß eine Änderung der Reichsverfassung bei den politischen Verhältnissen in Deutschland keine Aussicht auf Erfolg hat, wenigstens nicht für die Anhänger der einheitlichen und weltlichen Schule. Bei dieser Sachlage wird das Festhalten an der Reichsverfassung auch auf schulpolitischem Gebiete die sicherste Position sein.“ – Wir gratulieren!

Unsere Schulfunktionäre müssen beide Schriften gründlich studieren. Sie sind wider den Willen der Verfasser gründliche Beweisschriften für die kommunistische Auffassung, daß sich auf dem Boden der Weimarer Verfassung (Artikel 146–149) keine für das

Proletariat ersprießliche Schulpolitik machen läßt. Darüber hinaus zeigen sie die innere Zerrissenheit der Sozialdemokratie, deren proletarisch und klassenkämpferisch empfindende Kreise mit allen Mitteln beschworen werden müssen, bei der Stange zu bleiben. Es ist bezeichnend, daß Löwenstein mit seiner Schrift zum Laubschen Verlag gegangen ist, während Heinrich Schulz ins offiziellen Parteiverlag erscheint. Bei den kommenden Kämpfen werden die noch latenten Gegensätze kraß hervorbrechen; sie laufen darauf hinaus, daß Schulz das schiedlich-friedliche Nebeneinander, Löwenstein den Kampf der christlichen und weltlichen Schulen will. Es gilt, die Massen einschließlich der sozialdemokratischen Lehrer und Eltern für den Kampf um die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens – gegen die Verfassung – mobil zu machen; daß jeder andere Lösungsversuch „Quadratur des Kreises bedeutet, das lehren gerade, jede in ihrer Art, die Schriften der beiden sozialdemokratischen Rivalen. Fritz Ausländer.

Neuere Literatur über China

Das Interesse des klassenbewußten deutschen Proletariats an der gegenwärtigen Entwicklung Chinas bedarf keiner Begründung. Bemerkenswert aber ist es, daß auch in den Kreisen der deutschen Bourgeoisie die Vorgänge im Fernen Osten heute mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Obwohl die politische Machtstellung des deutschen Imperialismus in Ostasien durch den Krieg faktisch und durch Versailles auch formell-juristisch zerstört wurde, ist die wirtschaftliche Macht des [381] deutschen Kapitals in Ostasien neuerdings in überaus schnellem Wiederaufbau begriffen. Wir hören z. B., daß die früheren Vertreter der deutschen Kapitalsexpansion in China bereits vollzählig wieder dorthin zurückgekehrt sind. C. Roß; „Alle die alten Chinadeutschen sind wieder da, Leute, die zehn, zwölf, sechzehn und mehr Jahre im Lande waren. Und ein ganzes Rudel neuer ist dazugekommen.“)

So treibt der deutsche Imperialismus seine Wachstumsspitzen wieder in die „paradiesischen“ Gefilde des Fernen Ostens, einerseits schadenfroh die Schwierigkeiten konstatierend, die die Kriegsgewinnler Ostasiens, vor allem England, in steigendem Maße durchzukosten haben; andererseits, trotz aller warnenden Beispiele, nicht abgeneigt – siehe Deutschlands Bereitwilligkeit, dem Washingtoner China-Abkommen beizutreten – in den Kreis der imperialistischen Unterdrückermächte zurückzukehren, wenn man ihm diese Rückkehr nur gestatten würde.

Derartige Verhältnisse schaffen naturgemäß einen günstigen Boden, auch innerhalb der deutschen Bourgeoisie, für die Beschäftigung mit der chinesischen Frage. Seinen publizistischen Ausdruck findet dieser Interesse in der verhältnismäßigen Fülle von Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen, sowie in einer Anzahl von Buchveröffentlichungen, die den Fernen Osten zum Gegenstand haben. Wir geben im folgenden über die wichtigsten Erscheinungen der jüngsten deutschen (resp. ins Deutsche übersetzten) Chinaliteratur einen gedrängten Überblick.

1. Allgemeine Darstellungen, Reiseberichte usw.

E. Erkes: „China.“ (Gotha, 1919, 168 S.) Wir stellen die Erkessche Schrift an die Spitze unserer Aufzählung, obwohl sie schon im Jahre 1919 erschienen ist, und obwohl ihr gröbste methodologisch-politische Fehler anhaften. Als kautskyanischer Sozialdemokrat (Erkes gehörte früher der USP an, ist heute Mitglied der SPD) handhabt der Leipziger Privatdozent die materialistische Methode durchaus mechanisch-äußerlich, „verbessert“ sie etwa noch durch einen Schuß Wundtscher Völkerpsychologie. Erkes versperrt sich damit den Blick vor allem für die treibenden Kräfte der neueren Entwicklung Chinas. Seine Verkennung des Wesens der Taiping-Revolution, der Rolle Yüan-Schihkais und der Bedeutung Suts-Yat-sens ist von uns bereits an anderer Stelle festgestellt worden.*) Erkes hat sein Urteil über Sun-Yat-sen in einer Notiz in Hilferdings „Gesellschaft“ im Sommer 1925, ein wenig vorsichtiger formuliert, sachlich ausdrücklich aufrechterhalten.

Als kurzgefaßter systematischer Überblick über die verschiedenen Seiten des chinesischen Lebens – und zwar dessen, das sich jetzt auflöst, nicht dessen, das im Werden ist – bleibt das Erkessche Buch

*) Siehe: Wittfogel „Das erwachende China“, Wien 1926, S. 54, 55, 124, 143.

gleichwohl nützlich. Wir finden dort einen geographisch-ethnologischen Überblick, eine Skizze der Geschichte Chinas mit instruktiven Daten über die ältere Agrargeschichte des Landes, einen Abriß des wirtschaftlichen Unterbaues, eine Schilderung der sozialen Organisationen (Familie usw.), eine knappe Darstellung der materiellen und der geistigen Kultur Chinas. Sehr brauchbar ist übrigens das kritische Literaturverzeichnis, das Erkes seiner Schrift beigegeben hat.

*

Karl Haushofer: „Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung." (Zur Geopolitik der Selbstbestimmung. München u. Leipzig 1923. S. 1 bis 162.)

Haushofers Abhandlung ist methodologisch und in seiner politischen Tendenz charakteristisch. Methodologisch sehen wir aus ihr wieder einmal, daß die „geopolitische" Betrachtungsweise abstrakt, leer und unfruchtbar ist. Wenn H. zum Beispiel aus der Einheit des Klimas (Monsunwinde) die „übervölkische Einheit" Südostasiens ableitet, so bedarf es doch nur eines Blickes auf die tatsächliche Geschichte Chinas und Japans (dort Bauern- und Beamtenstaat, hier klassischer Feudalismus, zwei verschiedene Welten also!), um das Kindische dieses letzten Schreies der bürgerlichen Geographie festzustellen.

Der Verlust der Freiheit Indiens und Chinas wird, höchst unbefriedigend, aus „geopolitischen" Ursachen erklärt. Unbefriedigend ist nicht, daß geographische Momente berücksichtigt werden, sondern wie sie berücksichtigt werden. Die entscheidende Zwischenschaltung zwischen Natur und Gesellschaft, die Art der Gesellschaft, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen (die Produktionsweise), wird völlig übersehen. Übrigens finden sich gerade hier immerhin wertvolle Einzeleinsichten über die politischen Folgeerscheinungen bestimmter Produktionsformen (z. B. des Reisbaues. S. 113 ff.). Auch für die Fortschritte der nationalen Befreiungsbewegungen (Philippinen, Indien, Malaienstaaten, China) werden einzelne treffende Daten mitgeteilt. Als ganzes jedoch ist und bleibt die Abhandlung ungenießbar, dünn und unergiebig, wesentlich für uns nur wegen ihrer Tendenz: Ostasien zeigt, „daß ein Erdteil auch nach jahrhundertelanger Unterdrückung sich wieder emporarbeiten kann" (S. 161.). Ein nationalistisches Trost- und Erbauungsbuch also mit Beispielen aus Geographie und Geschichte Südostasiens. Daß Marxismus und Bolschewismus theoretisch nicht verstanden und praktisch, als zu entsetzlichen Katastrophen führend, abgelehnt werden (S. 142/144), versteht sich unter den geschilderten Voraussetzungen eigentlich von selbst.

Hans und Margarete Driesch: „Fern-Ost." (Leipzig 1925. 314 S.) Der Leipziger Neovitalist, Professor Driesch, hat 1922/23 etwa neun Monate lang den chinesischen Intellektuellen seine neo-idealistische reaktionäre Philosophie vorgetragen. Wie Haushofers Buch ein Dokument des Bankrotts der modernen bürgerlichen Geographie [382] ist, so charakterisiert Drieschs Reisebuch, das er gemeinsam mit seiner Frau verfaßt hat, aufs schlagendste die Trostlosigkeit und die absolut auf Null reduzierte Erkenntniskraft der modernen bürgerlichen Philosophie.

Frau M. Driesch sieht die Welt vom Standpunkt eines wildgewordenen vierzigjährigen Backfisches. Allein während die arroganten Herzensergüsse dieser Dame nur Kuriositätenwert haben (als gesellschaftliche Demonstrationen wirken sie allerdings in höchstem Maße provozierend), so ist die konsequente Ahnungslosigkeit Prof. Drieschs selbst doch etwas ernster zu bewerten. Driesch hat über das werdende China, dessen inneren Triebkräfte ihm dank seiner famosen Philosophie völlig unbekannt bleiben, eigentlich nur zu erklären, daß Amerika dort, von gewissen pragmatistischen Schönheitsfehlern abgesehen, eine höchst wohltätige Kulturmission erfülle. Da aber Amerika nach Driesch jenes „gesegnete Land ist, das von allen Staaten allein bewußt die Förderung des Höchstmenschlichen in die Hand nimmt", so mag die Welt ruhig ‚amerikanisiert' werden!" (S. 298.) Man sieht, philosophischer Stumpfsinn und reaktionäre Praxis befinden sich bei Herrn Driesch in erfreulichstem Einklang. Nur natürlich, daß diesem großen deutschen Denker eine Geschichtsphilosophie wie die Hegels „so fremd ... wie nur möglich" ist. (S. 302.)

Colin Roß: „Das Meer der Entscheidungen." (Leipzig 1925. 333 S.) Auf der Suche nach journalistischen Sensationen hat C. Roß kürzlich eine Weltreise unternommen, deren Filmausbeute

er jetzt in Deutschland spazieren führt. Roß' Buch, obwohl nur die hingeworfene Skizze eines bourgeoisen Weltbummlers, sagt uns doch über die von ihm beschriebenen Gebiete ungleich mehr, als das soeben genannte Reiseprodukt des Ehepaars Driesch.

Obgleich auch Roß, offenbar um seine journalistischen Erzeugnisse in den Kreisen einer zahlungsfähigen Leserschaft bequemer an den Mann bringen zu können, von Zeit zu Zeit eine idealistische Katzenmusik anstimmt (so entsprangen nach R. die Sklavenbefreiung und der Kriegseintritt Amerikas „aus idealen Motiven", S. 29), stößt ihn . doch seine Reportertätigkeit auf eine Menge interessanter Tatsachen, die er, in bürgerlicher Färbung zwar, aber immerhin zu Protokoll gibt. Seine Mitteilungen über die Lage der japanischen Arbeiter z. B. (Kasernierung, Halbsklaverei, Terrorisierung, bolschewistische „Gefahr") sind für den proletarischen Leser gewiß von Interesse. (S. 189 ff.) Sein Besuch im Lande Tschang-Tso-lins, in der Mandschurei, ist wirtschaftlich und politisch heute gleich aktuell. In Text und Photographien (ungewöhnlich instruktiven Photographien!) wird die Industrialisierung Chinas nachgewiesen. Roß' Schilderung der grauenhaften Lage der Bambusarbeiter in Hankau (S. 282) gehört mit zum besten, was wir an Darstellungen dieser Art besitzen.

Obwohl der Journalist China nur einen Teil seines Buches widmet, scheint uns die Schrift doch empfehlenswert. Sie ist – gegen den Willen ihres Verfassers – ein Triumph harter materialistischer Tatsachen über eine rückständige idealistische Philosophie.

R i c h a r d W i l h e l m: „D i e S e e l e C h i n a s." (Berlin 1926. 356 S.) Das Werk Wilhelms ist die Arbeit eines der besten europäischen Ostasienkenner. Wilhelm schrieb es am Ende eines fünfundzwanzigjährigen Aufenthaltes in China, wo er seine Laufbahn als christlicher Missionar begann und als Übersetzer klassischer chinesischer Schriften beendete. Gegenwärtig leitet W. das einzige in Deutschland existierende China-Institut, in Frankfurt a. M.

Wilhelm hat die tatsächlich wohl ziemlich einzig dastehende Leistung fertiggebracht, obwohl er immerhin in Tsingtau als Missionar tätig war, keinen einzigen Chinesen zum Christentum zu bekehren. „So habe ich denn niemand in China getauft und bin dem Wesen des chinesischen Volkes vielleicht eben dadurch um so näher gekommen." (S. 32.) W. gibt uns auf Grund eigener Erlebnisse eine Schilderung des Boxerkriegs, die von den üblichen imperialistischen Darstellungen erheblich abweicht. Die Willkür und Grausamkeit der christlichen Truppen (in diesem speziellen Falle: der deutschen) geht aus W.'s Bericht klar hervor. (S. 31 ff.) Dabei gelang es übrigens W., durch persönliche Vermittlung eine Anzahl chinesischer Dörfer vor der Einäscherung zu bewahren.

Obwohl seine Übersetzertätigkeit ihn in enger Berührung mit den Repräsentanten der alten konfuzianischen Tradition hielt, sah und sieht W. doch in den revolutionären Kräften Jungchinas die Zukunft des Landes. Die einzigartige Rolle Sun-Yat-sens wird anerkannt. (S. 52.) Ausführlich werden die neuen kulturellen Bestrebungen (Schaffung einer vereinfachten Schrift, einer volkstümlichen Schriftsprache usw.) gewürdigt. (S. 85 ff.) Auch über das Leber. der chinesischen Bauernschaft, mit der der des Chinesischen vollständig mächtige Deutsche in persönlichen freundschaftlichen Verkehr trat, finden wir ausführliche Einzelheiten (S. 16 ff., 142 ff.).

Trotz all dieser Vorzüge aber und trotz der für einen Bürger ungewöhnlich vorurteilsfreien Einstellung zu Rußland, dessen „Sowjetgedanke" W. „die freie Zusammenarbeit vollkommen selbständiger (?), gesellschaftlicher oder nationaler Bildungen bedeutet" (S. 91), ist das Buch doch das Werk eines i d e a l i s t i s c h gerichteten Verfassers, den vor allem ideologische Fragen wie Philosophie, Kunst und Literatur, und diese außerdem noch unter durchaus idealistischem Gesichtswinkel, interessieren. Der größte Teil seiner Schrift ist mit Betrachtungen schöner Art ausgefüllt.

Es ist dies überaus bedauerlich, sowohl der hohen Vertrautheit W.s mit Sprache und Volk Chinas wegen, als auch wegen seiner verhältnismäßig vorurteilslosen Art, gesellschaftlich-politische Fragen, wenn er diese einmal in Angriff nimmt, zu behandeln. So macht er z. B. am Ende seines Buches die Bemerkung: „Seit es ein bolschewistischen Rußland gibt, ist eine so grauenhafte Ent-[383]menschlichung des Proletariats, wie sie Europa mm 19. Jahrhundert gesehen hat, moralisch nicht mehr möglich." (S. 353.)

Es gibt bürgerliche Ideologen, bei denen es um ihren unsinnigen Standpunkt nicht schade ist. Es gibt andere, bei denen es schade darum ist. Ihrer sind freilich wenige. Uns scheint, R. Wilhelm gehört zu diesen wenigen. (Schluß folgt.) K. A. Wittfogel.

*

Marokko-Literatur

Die Konjunktur bringt Bücher über Marokko heraus. So hat das viel verbreitete Buch des „Geographen“ Albrecht Wirth: „Der Kampf um Marokko“ (Einhorn-Verlag in Dachau bei München) sicher diese Kursjunktur zum Vater. Besonders bescheiden tritt Wirth nicht auf. Er steckt seinem Buche einen gewaltigen Rahmen: Land und Leute Marokkos, Frühgeschichtliches und Archäologischen, Geschichte, Abhandlungen über die französische Weltpolitik, über den Panislamismus, über den völkischen Gedanken in der Welt, über Abd ei Krim usw. usw.

Wirth zeichnet Marokko in den leuchtendsten Farben. Reiche Felder und Wiesen, tausendfachen Ertrag des berühmten Weizens, Weintrauben von Ellenlänge, sanfte Hänge voller leuchtender Farben und Schönheit. Und wenn sich Zweifel beim Leser regen, so verweist Wirth schnell auf die alten Römer, deren Kornkammer das alte Mauretanien war. Damit macht sich Wirth die Sache leicht. Schon die alten Römer ...!

Wirth versteht es, Marokko als einen schmackhaften Braten darzustellen. Und warum? Warum wachsen unter Wirths Feder die Einwohnerzahlen, der Erzreichtum? Weil Wirth die „deutschen Belange in Marokko“ vertritt! Weil er die deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer imperialistischen Politik in Nordwestafrika überzeugen will. Weil er der deutschen Öffentlichkeit die Millionen schmackhaft machen will, die das deutsche Reich erst jetzt wieder (1926!) an die Mannesmanns gegeben hat. Wirth ist ein Soldschreiber der Familie Mannesmann. Diese besitzt nicht nur fruchtbare Landstrecken in Südmarokko, die größer als manches deutsche Fürstentum sind, sondern auch Bergwerksgerechtsame auf Kupfer und Erze. Und gegenwärtig wellen in Marokko deutsche „Gelehrte“ (vom Gelde der deutschen Republik besoldet und im Interesse der Mannesmanns tätig), die den deutschen Imperialismus in Marokko vorbereiten sollen. Durch „gelehrte Reden“ über den erwachenden Nationalismus, über die schwarze Gefahr, die die Zivilisation zu verschlingen drohe usw., will Wirth verdecken, daß er nicht mehr und nicht weniger als ein bestellter Soldschreiber der Mannesmann-Gesellschaft ist.

Nachdem Wirth ein Langes und Breites über Land, Leute und Geschichte gesagt hat, kommt er zur Gegenwart. Seltsamerweise ist er – recht im Gegensatz zur allgemeinen Stimmung in Deutschland – gar nicht gut auf Abd ei Krim zu sprechen. Abd ei Krim soll mit den Kommunisten unter einer Decke stecken, soll von den Kommunisten Geld und Waffen bekommen usw. Warum diese Antipathie? Die Antwort ist einfach: Die Mannesmanns haben auch im Rifgebiet Schürfungsrechte! Und Abd ei Krim will sie ihnen streitig machen. Das erklärt dann freilich Wirths Antipathie!

Über Wirths Gründlichkeit: Auf Seite 9 wird gesagt, kein Fluß in Marokko sei schiffbar. Aber in Wirklichkeit sind der Wad Sebu bis bel-Qsiri und der Lukkos bis Aiqsar schiffbar. Casablanca hat in Wirths Einbildung eine Viertelmillion Einwohner. Laut Zählung von 1924 hat Casablanca aber nur 110.934 Einwohner. Dann wundert es uns nicht mehr, daß Wirth eine Anzahl Leute leben läßt, die längst gestorben sind –, daß er aus dem Wort Qaisawasser Cherubim macht, ein Wort, das zwar in der Bibel vorkommt, aber in islamitischen Ländern nichts zu suchen hat.

Genug: Das Buch ist – trotz des großen Aufsehens, das es erregte – ein oberflächliches Machwerk. Die Tagespresse hat – soweit wir überschauen konnten – das Wirthsche Buch gelobt. Natürlich, vor so mächtigen Hintermännern wie vor den Mannesmann beugt sich die Presse. Bemerkenswert ist, daß ein Teil der Fachpresse Wirth abgelehnt hat. –

*

Einen viel wissenschaftlicheren Charakter hat das im Verlag Offene Worte, Charlottenburg, erschienene Buch des Obersten a. D. Bode: „Abd el Krims Freiheitskampf gegen Franzosen und Spanier“.

Bode gibt einen kurzen Überblick über die politische und militärische Geschichte des Rifkrieges. Von Antipathie gegen den „Erbfeind“ getragen, will er Abd el Krim und die Rifkabylen möglichst sympathisch erscheinen lassen. Er gibt zunächst einen kurzen Rückblick auf die letzten Jahrzehnte Marokkos.

Schritt für Schritt dringt Frankreich vor. Unter der Maske der Selbständigkeit läßt Frankreich den Sultan von Fez amtieren. Der französische Generalgouverneur – jahrzehntelang war es de Lyautey – ist nur der „Ratgeber“ des Sultans. Durch dieses Scheinsultanat verstand es Frankreich, Verwirrung in die marokkanischen Stämme zu tragen. Die tatsächliche Macht hat Frankreich nie aus den Händen gegeben. Das Heer war stets fest in den Händen der Franzosen.

Es fällt bei der Lektüre Bodes sehr ungünstig auf, daß er über die deutschen Versuche, sich in Marokko festzusetzen, mit ein paar Worten hinweggeht. Frankreich ist der Sündenbock – Deutschland ist der unschuldsvolle Engel!

[384] Ganz eindeutig stellt Bode fest, daß Abd ei Krim „der Kampf gegen die erste Militärmacht Europas aufgezwungen“ wurde. Bode läßt keinen Zweifel darüber, daß Frankreich den Kampf provoziert hat. Die Weiden, Äcker, Niederlassungen und die sehr wichtigen Wasserstellen wurden von den Franzosen besetzt, aus dem offensichtlichen Grund, sie in französischen Besitz zu bringen. Soweit richtig. Aber Bode hätte noch darauf hinweisen müssen, daß spanische und französische Minenbesitzer den Krieg gegen die Rifkabylen entfacht haben, weil sie Schürfungsrechte haben wollten, die sie nicht bekamen.

Frankreich hatte geglaubt, einfach eine Strafexpedition gegen die Rifkabylen schicken zu können. Damit hat es sich gründlich verrechnet. Abd el Krim hat es verstanden, 100.000 Kämpfer zusammenzubringen. Diese setzen sich aus etwa 10.000 Mann regulärer Truppe zusammen. Dazu kommen die bewaffneten Männer der Stämme, die in ihren Dörfern bleiben und nur im Falle größerer Kampfhandlungen zu der regulären Truppe stoßen.

„Die Riftruppen steilen einen für die Franzosen infanteristisch recht unangenehmen Gegner dar, und in Marokko trägt die Infanterie weit mehr als auf einem europäischen Kriegsschauplätze die Hauptlast des Kampfes. Viele von ihren Führern haben als Offiziere in französischen Kolonialregimentern am Weltkriege teilgenommen und verstehen sich somit auf die neuzeitliche Kriegführung der Franzosen ... Die Verwendung der Artillerie und die Bedienung der Geschütze war anfangs mäßig, besserte sich aber bald erheblich und wurde Franzosen und Spaniern recht unangenehm. Sehr schnell lernten auch die Rifartilleristen ihre Geschütze der Fliegersicht zu entziehen, indem sie sie in den zahlreichen Höhlen verbargen. Da die Rifkabylen jeden Schlupfwinkel im Gelände genau kennen und selbst sehr anspruchslos im Essen und Trinken sind, fällt es einem europäischen Angreifer sehr schwer, sie zu erreichen ... Die Verwendung von Kampfwagen ist nur in den flacheren Teilen des Geländes möglich, in den hohen Bergen aber meist ausgeschlossen. Für Massenverwendung der Artillerie fehlte es im Anfang des Krieges an Material und Zielen; es fehlten die feindlichen Bahnhöfe, Fabrikanlagen, Städte usw. ... Werden aber die Wohnstätten der Eingeborenen durch Fliegerbomben zerstört, so wandern sie einfach einige Kilometer weiter, wo sie gleich günstige Bedingungen antreffen oder sie bauen an derselben Stelle ihre Wohnungen wieder auf. Stroh, Lehm oder Steine kosten wenig oder nichts. Die Franzosen haben sich nicht gescheut, mit Gas zu schießen, obwohl dies ein offensichtlicher Bruch internationaler Verpflichtungen gegenüber einem Feinde ist, der nicht einmal über Gasmasken, geschweige denn über Gasmunition verfügt.“ Soweit Bode (Seite 22/23).

Er stellt fest, daß sich die europäischen Truppen im Kampfe gegen die Rifkabylen nicht bewährt haben. Die französischen Rekruten waren geistig wie körperlich nicht imstande, im Rif zu kämpfen. Und mit Schadenfreude stellt Bode fest, daß in Frankreich der Marokkokrieg alles andere als populär ist. Bode stellt der Kommunistischen Partei Frankreichs ein glänzenden Zeugnis aus. Gewissenhaft trägt er zusammen.

„Das Regiment 155 in Limoges meuterte, als es nach Marokko befördert werden sollte. Das gleiche geschah bei einer Artillerieabteilung in Vincennes. Die Truppe mußte durch zuverlässige Maschinengewehrformationen zur Ordnung gebracht werden. Von den zur Front abgehenden Transporten desertierten zahllose Leute, die von der Bevölkerung bereitwillig verborgen wurden.“ (S. 53.)

Uns ist vor allem Boden Feststellung, daß die Bevölkerung mit den desertierten Soldaten sympathisierte, interessant.

„Der Kreuzer ‚Strassbourg' trug einen Tag lang die rote Fahne; zwei seiner Offiziere wurden ermordet, die anderen gefangen gesetzt ... Im Hafen von Tanger meuterte die Besatzung eines Torpedobootzerstörers."

Die Kommunistische Partei Frankreichs kann auf ihre Arbeit stolz sein. Sie führte den antimilitaristischen Kampf mit Erfolg. –

Bode gibt dann ein Bild von den Kampfhandlungen. Abd el Krim diktierte durch sein kühnes Vorgehen seinen Gegnern das Gesetz des Handelns. Dadurch gewann er in den Augen der Eingeborenen. Die Franzosen und Spanier setzen alle ihre Hoffnungen auf ihr überlegenen Material: Tanks, Artillerie, Flugzeuge, Gas usw. Bis jetzt können Frankreich und Spanien noch nicht von einem Siege reden. –

Hier bricht die Schilderung Boden ab. Wir fassen unser Urteil zusammen: Eine gründliche Arbeit, trotz großer Mängel. eine wertvolle Übersicht über die politischen und militärischen Geschehnisse des Rifkriegs. H. L ö w e n.

*

Druckfehlerberechtigung.[*]

In „Literatur" des Heftes 10 ist bei der Besprechung des Buches von Hartenstein: „Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen" von K. W. auf Seite 320, Spalte 2, zweiter Absatz, dritte Zeile, ein sinnstörender Druckfehler unterlaufen. Das Wörtchen „nicht" in dem Satz: „Dem stehen Fehler gegenüber, die wir um so schärfer hervorheben müssen, als es Fehler sind, die sich n i c h t aus den ungenügenden politischen Voraussetzungen und der Gesamtlage des Unternehmens ergaben", muß gestrichen werden. Es muß heißen: „... als es Fehler sind, die sich aus den ungenügenden ...

[385]

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 5. Juli 1926 ∗ Heft 13

Der Kampf geht weiter

╬ B e r l i n, 2. Juli 1926

Der Volksentscheid ist vorüber. Die fünfzehn Millionen haben ihren Stimmzettel mit Ja abgegeben. Nach den Grundsätzen der geheiligten Weimarer Demokratie ist nichts erreicht worden. Die Marx-Regierung und der hohe sozialdemokratische Parteivorstand schicken die fünfzehn Millionen wieder nach Hause. Für uns Kommunisten ist der Volksentscheid etwas anderes gewesen als die bloße Anhäufung von Stimmzetteln mit einem Kreuz im Ja-Feld. Wir wußten sehr gut, daß man keinen Kapitalisten enteignen kann, wenn man vor seinem Kassenschrank eine Anzahl Stimmzettel aufhäuft. Enteignen kann man die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die feudalen Fürsten und die Börsenfürsten nur durch die Aktion, den Kampf der Massen. Trotzdem hat die Kommunistische Partei als erste die Losung des Volksentscheids ausgegeben. Trotzdem haben wir die SPD-Führer gezwungen, sich am Volksbegehren zu beteiligen. Trotzdem hat die Kommunistische Partei alle ihre Kräfte eingesetzt, um dem Volksentscheid zum Siege zu verhelfen; zum Siege auch nach den Regeln der Weimarer Demokratie. Wir taten das alles ohne Illusion, aber in der Einsicht, daß die Fürstenfrage der Anlaß zu einem Massenaufmarsch werden muß, wie Deutschland ihn seit den Novembertagen 1918 nicht gesehen hat. Und jetzt, nach dem 20. Juni, sagen wir den fünfzehn Millionen: ihr dürft nicht nach Hause gehen, ihr seid aufmarschiert, ihr müßt zusammenbleiben, ihr müßt nun erst recht vorwärts gehen, bis zum Siege über die Fürsten, über die Fürstenknechte und über die ganze kapitalistische Gesellschaft.

Durch die famose. Rationalisierung hat die herrschende Kapitalistenklasse in Deutschland über die Massen ein Elend ohnegleichen gebracht. Zweieinhalb bis drei Millionen Arbeitslose, zwei Millionen Kurzarbeiter charakterisieren die sogenannte Gesundungskrise der deutschen Wirtschaft. Dazu soll jetzt die Erhöhung der Brotzölle kommen; daran sollen sich die Erhöhungen der Mieten anreihen und als Krone des Ganzen die „Staffelung“ der Erwerbslosenunterstützung, die einem großen Teil der Arbeitslosen auch noch das wenige, was ihnen die kapitalistische Herrenklasse bisher gnädigst hinwarf, fortnimmt oder kürzt. Die Massen der Arbeiterschaft sind tief erbittert über [386] diese Entwicklung. Aber das deutsche Proletariat ist immer noch nicht imstande, einen Massenkampf um seine eigenen Klassenziele zu führen. in England können eine Million Bergarbeiter für ihre proletarische Existenz seit zwei Monaten streiken; in England erlebten wir trotz aller Erbärmlichkeit und Verräterei der Führung den Generalstreik der fünf Millionen Arbeiter gegen die Rationalisierung, wie die Kapitalisten sie im Bergbau anfangen wollen. Die deutsche Arbeiterklasse ist noch nicht so weit. Die Thomas und Bevin des britischen Generalrats mußten unter dem Druck der Massen in den Generalstreik hineingehen. In Deutschland haben Graßmann und Leipart noch keine so große Sorge. Für sie besteht die Gefahr heute noch nicht, daß die Massen der ADGB-Mitglieder sie in den Kampf treiben. Aber die Unzufriedenheit der Massen, die noch nicht zu einer rein proletarischen Klassenaktion großen Stils ausreicht, findet zunächst ihren Ausdruck in gewissen Auseinandersetzungen, die jetzt noch einen politisch-demokratischen Charakter tragen. Der sozialdemokratische Arbeiter, der noch nicht bereit ist, um den Achtstundentag in den Generalstreik zu treten, ist willig, die Einheitsfront im Kampf für die Fürstenenteignung zu bilden.

Die Fürstenfrage gab die Gelegenheit, zum ersten Male die kommunistischen, die sozialdemokratischen und einen sehr großen Teil der parteilosen und christlichen Arbeiter zu einer Einheitsfront zusammenzuführen. Darüber hinaus hat auf diesem Boden sich zum ersten Male das klassenbewußte Proletariat wirklich mit den radikalisierten Mittelschichten getroffen. Es zeigt sich jetzt die außerordentlich starke Auswirkung der Aufwertungsgesetze auf die Klassengruppierung in Deutschland. Die Großkapitalisten können sich bei uns im wesentlichen nur dadurch behaupten, daß sie eine Leibgarde von einer Anzahl Millionen irregeleiteter Kleinbürger und Bauern um sich scharen. Diese Kreise wurden durch die Aufwertungsgesetze zum ersten Male in ihrer Gläubigkeit gegenüber Hindenburg-Schwarzweißrot und den deutschnationalen Verheißungen irre Aber es dauerte eine gewisse Zeit, bis der radikalisierte Teil des Mittelstandes eine Annäherung zur Arbeiterklasse suchte. Diesmal ist es

geschehen. Der Vergleich zwischen der Ausraubung der kleinen Sparer und der Milliardenherrlichkeit der deutschen Fürsten wirkte so provozierend, daß selbst Hindenburgs Brief gegen den Volksentscheid von den bürgerlichen Sparerbünden mit Hohn aufgenommen wurde. Die Arbeiter und Kleinbürger des Zentrums rebellierten zu Hunderttausenden gegen die Autorität des Klerus. Wenn ein katholischer Jugendausschuß vor den Berliner Kirchen Flugblätter verbreitete, die sich gegen die Bischöfe und für den kommunistischen Enteignungsantrag erklärten, so ist auch dies ein völlig neues Moment in der politischen Entwicklung Deutschlands.

Auf der anderen Seite sahen wir als Gegner des Volksentscheids die geschlossene Kapitalistenfront. Von Hindenburg bis Schacht, vom katholischen Erzbischof bis zum kleinen evangelischen Dorfpfarrer, [387] vom Reichsverband der Industrie bis zu den agrarischen Bünden setzte man alle Kräfte ein, um den „bolschewistischen“ Ansturm gegen das Privateigentum zurückzuschlagen.

Zu den fünfzehn Millionen, die beim Volksentscheid mit Ja stimmten, würden bei geheimer Wahl noch einige Millionen hinzutreten, die am 20. Juni durch den Terror der Unternehmer und Großgrundbesitzer gehindert wurden, ihre Meinung frei auszudrücken. Das bedeutet, daß in der jetzigen Situation eine Reichstagswahl eine glatte Mehrheit für den kommunistischen Enteignungsantrag gegen die Fürsten und ihren Anhang und gegen die großkapitalistischen Eigentumsschützer bringen würde. Aber ebenso wenig, wie der Volksentscheid irgendeinen Fürsten enteignen konnte, würde der Sieg der Massen bei der Reichstagswahl dies erreichen können. Die Enteignung der Fürsten und darüber hinaus die Niederkämpfung der deutschen Kapitalisten ist nur möglich, wenn die fünfzehn Millionen auch nach dem 20. Juni organisatorisch und politisch zusammenbleiben. Die KPD hat die große Aufgabe, die Zusammenfassung der fünfzehn Millionen vorzubereiten. Die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, die zusammen mit den Kommunisten die Volksentscheidskampagne geführt haben, müssen in ihrem Betrieb und in ihrer Gewerkschaft die Kampfgemeinschaft aufrecht erhalten und weiter entwickeln. Die Einheitskomitees müssen in jedem Betrieb und in jedem Ort die Träger des proletarischen Abwehrkampfes werden. Die Kleinbürger, Intellektuellen und Kleinbauern, die sich am Kampf gegen den Fürstenraub beteiligten, müssen sich gleichfalls zusammenschließen und die Fühlung mit den proletarischen Einheitskomitees aufnehmen. In kürzester Frist muß ganz Deutschland von einem engmaschigen Netz solcher Einheitsfrontorganisationen des werktätigen Volkes überzogen werden. Auf der Grundlage des politischen Kampfes und dieser organisatorischen Verbindungen muß dann der Kongreß der Werktätigen möglich gemacht werden. Was kann ein solcher Kongreß leisten? Er kann die Zusammenfassung der Werktätigen fördern. Er wird die Arbeiter aus den Betrieben und die Arbeitslosen, die Angestellten, Unterbeamten, die Mittelständler aus Stadt und Land mit dem Bewußtsein erfüllen, daß ihre Interessen gemeinsame sind, daß sie die Kraft haben, in Deutschland andere Verhältnisse zu schaffen, wenn sie einmütig bis aufs letzte zusammenstehen, daß sie mächtiger sind als Hindenburg und Marx, als der Reichstag, als die Vaterländischen Verbände und der Parteivorstand der SPD.

Damit ein solcher Kongreß zustandekommt, der den Massenwillen des deutschen werktätigen Volkes verkörpert, ist aber vor allem nötig: Die fünfzehn Millionen, die im Volksentscheid die Ja-Stimmen abgaben, müssen erkennen, daß die Fürstenfrage kein isoliertes Ding ist. Der Angriff auf das sogenannte Eigentum der Fürsten hat sofort die Gegenaktion des gesamten deutschen Kapitalismus ausgelöst. Die herrschende Klasse verteidigt solidarisch alle ihre Privilegien gemeinsam. [388] Darum muß auch der Angriff auf breitester Front erfolgen. Der Kampf gegen die unverschämten Fürstenforderungen ist untrennbar verknüpft mit dem Kampf für die Erwerbslosen, mit dem Kampf gegen die Brotverteuerung und Mietserhöhung. Ferner muß sich der heute noch hinter der SPD stehende entscheidende Teil des Proletariats über den gegenrevolutionären Charakter der sozialdemokratischen Führer klar werden. Der Parteivorstand der SPD hat den Volksentscheid nicht gewollt. Die Kommunistische Partei und die sozialdemokratischen Arbeiter mußten ihn in die Bewegung hineinpeitschen, genau so wie die englischen Arbeiter den Herrn Thomas in den Generalstreik hineintrieben. Die Wels und Hermann Müller haben den Moment herbeigesehnt, wo ihnen der Ausgang des Volksentscheids den Abmarsch aus der proletarischen Front und die Rückkehr in die bürgerliche Koalitionsfront ermöglichte. Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, das elende Kompromißgesetz der Marx-

Regierung anzunehmen, das den Fürsten mindestens sieben Achtel ihrer Milliardenforderungen bewilligt. Die linken sozialdemokratischen Führer haben auch diesmal nichts unternommen, um die schmähliche Mitarbeit ihrer Partei am Fürstenkompromiß der Hindenburg und Marx zu hindern. Dagegen haben die sozialdemokratischen Arbeiter in letzter Zeit eine wachsende Tatkraft bewiesen. Sie waren es, die ihre rechten und linken Führer zur Einheitsfront mit den Kommunisten beim Volksbegehren zwangen. Die SPD-Arbeiter haben in Sachsen die rechten Führer aus der Partei hinausgedrängt und zur Gründung der „Alten Sozialdemokratie" genötigt. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen den Fürsten keinen Pfennig lassen, sie wollen den Achtstundentag, sie wollen Arbeit und Brot für die Erwerbslosen. Das alles sind dieselben Forderungen, für die auch die Kommunisten kämpfen. So ist die Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialdemokratischen Proletarier in den Einheitskomitees ohne weiteres gegeben. Die tiefe Enttäuschung der sozialdemokratischen Arbeitermassen über das Versagen ihrer Führer in der Fürstenfrage wird die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitskollegen für den Kampf gegen die Bourgeoisie fördern.

Die nächste Forderung der fünfzehn Millionen und sämtlicher Einheitskomitees, die Losung aller Betriebe und Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands sowie aller Stadt- und Gemeindeparlamente mit kommunistisch-sozialdemokratischer Mehrheit muß sein: Fort mit Hindenburg, der sich in dem famosen Loebell-Brief offen an die Seite der fürstlichen Räuber stellte; fort mit der Marx-Regierung die nur das Feigenblatt für die monarchistische Gegenrevolution ist, und vor allem fort mit diesem Reichstag, der nicht das Volk vertritt, sondern die Dynastien des alten Deutschlands schirmt. Wenn die fünfzehn Millionen den Kampf aufnehmen, können sie selbst die Regierung in Deutschland übernehmen, dann kann an die Stelle der kapitalistischen Regierung die Arbeiter- und Bauernregierung als Resultat des sieg-[389]reichen Kampfes gegen die Bourgeoisie treten. Der Volksentscheid hat dazu beigetragen, die Auseinandersetzung über die Regierungsfrage aus dem theoretischen Streit in das lebendige Bewußtsein der Massen zu bringen. Die Fronten sind schärfer gezogen worden. Es gibt nur noch Ja oder Nein, für oder gegen die Fürsten, für oder gegen das Kapital, für Hindenburg oder für die Rote Front der Werktätigen. Die KPD kann stolz darauf sein, daß sie zu dieser Klärung beigetragen hat. Die kleinen Geister, die Bedenken gegen die Taktik der Partei in der Fürstenfrage hatten, weil sie „demokratische Illusionen stärke", haben wieder einmal gar nichts verstanden. Die Durchführung des Volksentscheids war eine große Schlacht gegen die demokratischen Illusionen, war ein Schritt vorwärts zur Bildung der außerparlamentarischen Kampffront der Werktätigen. Wenn wir Kommunisten weiter unsere Pflicht tun, werden die weiteren Schritte folgen bis zum endgültigen Sieg des deutschen werktätigen Volkes. In diesem Sinne sagen wir vom 20. Juni, obwohl die zwanzig Millionen Stimmen nicht erreicht wurden sind wir mit dem Resultat zufrieden.

*

Der Entwicklungsplan der Volkswirtschaft der UdSSR. für die nächsten fünf Jahre

Von D. R i c h a r d

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse Deutschlands hat sich in der letzten Zeit mit Vorliebe über die „Wirtschaftskrise" in der UdSSR ausgelassen. Man spricht von einem „Zusammenbruch des Tscherwonez", von Transportschwierigkeiten, von einem Sinken des Außenhandels usw. usw., und schließt hieraus auf eine allgemeine Wirtschaftskrise der UdSSR, deren Bedeutung darin bestehen soll, daß die Versuche, den Sozialismus in Rußland aufzubauen, angesichts der objektiven Tatsachen eben endgültig Bankrott gemacht hätten. Zur selben Zeit hat die Arbeiterklasse in der Sowjetunion den Wiederaufbau des ökonomischen Erbes des Zarismus und der Bourgeoisie abgeschlossen und die praktischen Fragen des s o z i a l i s t i s c h e n W i e d e r a u f b a u e s für die nächsten Jahre in Angriff genommen.

Das laufende Jahr bildet für die Sowjetunion das letzte Jahr der großen Wiederaufbauperiode, das Jahr des abgeschlossenen Wiederaufbaues der Volkswirtschaft in der UdSSR. im Rahmen der Vorkriegsnorm, d. h. im Rahmen des Grundkapitals, das das siegreiche russische Proletariat nach der Revolution 1917 übernommen hat. Industrie, Landwirtschaft und Transport haben gegenwärtig durchschnittlich 95 Prozent der Vorkriegsnorm eingeholt und sie in Einzelfällen bereits überschritten.

Das russische Proletariat stand damit natürlich vor der Frage, wie sich die Volkswirtschaft der UdSSR. weiter entwickeln solle, welche ökonomischen Maßnahmen erforderlich seien, um nicht nur ein den Bedürfnissen des Landes entsprechendes Wachstum der Wirtschaft zu gewährleisten, sondern auch eine Entwicklungstendenz, unter der die kapitalistischen Elemente von den sozialistischen allmählich verdrängt werden, d. h. die den Erfolg des Sozialismus gesichert erscheinen läßt.

[390] Die kapitalistische Ordnung kennt keine planmäßige und zielstrebige Entwicklung der Volkswirtschaft, da die anarchischen Marktelemente das Grundgesetz bilden, das ihre Entwicklung unter dem Kapitalismus reguliert. Daher vollzieht sich sowohl die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige als der Gesamtwirtschaft elementarer und disharmonisch (Krisen).

Ganz anders verhält es sich in der sozialistischen Gesellschaft und in einem Staate, der bewußt den Sozialismus aufbaut. In diesem Falle verfolgt der Aufbau der Volkswirtschaft ein ganz konkretes Ziel, den Sozialismus. Die anarchische Entwicklung ist daher absolut ausgeschlossen und macht der zielbewußten Regulierung der Wirtschaft durch Gesellschaft und Staat Platz. Das die Volkswirtschaft regulierende Grundgesetz bildet daher nicht das Marktelement, sondern die planmäßige Leitung seitens des Staates. Ihren Ausdruck findet diese Leitung erstens in der Aufstellung eines generellen strategischen Gesamtplans für den Aufbau des Sozialismus und zweitens in Teilplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitabschnitt.

Wie verhält es sich damit in der UdSSR.?

Jetzt, wo das russische Proletariat seine wirtschaftliche Aufbauperiode zum Abschluß bringt, muß es natürlich einen generellen Plan sowie Teilpläne zu diesem ausarbeiten. Der generelle strategische Entwicklungsplan geht auf eine Reihe Arbeiten Lenins aus den Jahren 1922 und 1923 zurück und läßt sich kurz in einer einzigen Formel zusammenfassen: Industrialisierung – Elektrifizierung – Genossenschaftswesen – Arbeiter- und Bauernblock. Die einzelnen Elemente dieser Formel bedeuten:

Arbeiter- und Bauernblock = die politische Vorbedingung für den Erfolg des sozialistischen Aufbaues der UdSSR;

Industrialisierung = Erweiterung der ökonomischen und politischen Grundlage der Diktatur des Proletariats; Erweiterung der Großindustrie und des Industrieproletariats und Umwandlung der UdSSR aus einem agrarisch-industriellen Lande in ein industriell-agrarisches Land;

Elektrifizierung = technische Rekonstruierung der Volkswirtschaft der UdSSR. auf einer höheren technischen Basis, und

Genossenschaftswesen = der Weg zur Gewinnung der Bauernschaft für den sozialistischen Aufbau und für die Evolution der Landwirtschaft von Millionen zersplitterter Einzelhöfe zu großen Kollektivwirtschaften.

Ihre exakte Formulierung hat diese generelle Linie der wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR in den Beschlüssen des XIV. Parteikongresses sowie des letzten Aprilplenums des ZK KPdSU gefunden. Auf Grund dieser generellen Linie hat die russische Arbeiterklasse nunmehr die konkreten Pläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft im nächsten Zeitabschnitt, der die abgeschlossene Aufbauperiode ablöst, auszuarbeiten. Ein derartig konkreter Plan ist der von der Staatsplankommission der UdSSR ausgearbeitete und unlängst auf dem Bundeskongreß der Plankommissionen bestätigte fünfjährige Perspektivplan (1926–1930) für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der UdSSR. Wenngleich von einem völlig exakten Plane keine Rede sein kann, da sich die Entwicklung in einem Lande mit mehreren Millionen kleinbäuerlicher Wirtschaften und bei der immensen Bedeutung der klimatischen Bedingungen für die Landwirtschaft nicht auf fünf Jahre hinaus mit Exaktheit vorausbestimmen läßt, beruht der Plan dennoch auf dem festen Fundament einer organisierten Berücksichtigung aller Zweige des volkswirtschaftlichen Lebens und bildet eine lebendige Widerlegung des ganzen Geschwätzes von dem [391] sogenannten „ökonomischen Zusammenbruch der sozialistischen Utopien“ in der UdSSR. Der Plan beweist im Gegenteil, daß die sozialistische Leitung der Gesamtwirtschaft in der UdSSR trotz der unglaublichen Schwierigkeiten, den Markt

in einem rückständigen Agrarland zu regulieren, unbestreitbare Erfolge aufzuweisen hat, und daß sich die Volkswirtschaft selbst in einer für den Sowjetstaat wünschenswerten Richtung entwickelt.

Der fünfjährige Volkswirtschaftsplan der UdSSR enthält die Perspektivziffern für die Entwicklung der Landwirtschaft, der Industrie, des Transports. des Handels, der Finanzen und speziell der Neuinvestierungen im Grundkapital der Volkswirtschaft.

Die Zusammenstellung des Planes stieß auf eine grundlegende Schwierigkeit: wie sollte man die Entwicklung von zwei Dutzend Millionen Bauernwirtschaften einsetzen und im Zusammenhang damit die steigenden Bedürfnisse des Dorfes, d. h. Angebot und Nachfrage des bäuerlichen Marktes, von denen die Entwicklung der übrigen Volkswirtschaftszweige in erheblichem Maße abhängt. Während sich die Planwirtschaft auf dem Gebiete der Staatsindustrie, des Transports und der Finanzen zu 100 Prozent durchführen läßt, ist auf dem Gebiet der Landwirtschaft selbst die einfache Regulierung des Marktes schon außerordentlich schwierig. Es liegt daher auf der Hand, daß die Entwicklungspläne für die Landwirtschaft nur sehr annähernde sein können und daß man sich bei ihrer Zusammenstellung nur von ganz allgemeinen Voraussetzungen leiten lassen konnte, wie normale Durchschnittsernte, Industriebedarf an gewerblichen Nutzpflanzen (Baumwolle, Flachs, Zucker, Kartoffel zur Spritbrennerei), realisierbare Kapitalinvestierungen des Staates, Grad des staatlichen Einflusses auf die Marktpreise für landwirtschaftliche Produkte usw.

Bevor wir den fünfjährigen Volkswirtschaftsplan der UdSSR selbst betrachten, müssen wir die Grundlage, von denen die Planorgane der UdSSR bei seiner Zusammenstellung ausgegangen sind, behandeln.

Erstens: Die Grundidee des Planes ist die Tendenz, ihn in den Rahmen jenes g e n e r e l l e n s t r a t e g i s c h e n P l a n e s zur Aufrichtung des Sozialismus in der UdSSR., von dem oben die Rede war, einzugliedern.

Zweitens: wurde dem Entwicklungsplan der j e t z i g e S t a n d d e r V o l k s w i r t s c h a f t nach ihrer Wiederherstellung innerhalb des Vorkriegsniveaus zugrunde gelegt.

Drittens: wurde die Überwindung der in der Ökonomik der UdSSR. bestehenden g r u n d s ä t z l i c h e n D i s p r o p o r t i o n e n zur Aufgabe gemacht. Zu diesen wichtigsten Disproportionen gehören: das Mißverhältnis zwischen den Produktionsmöglichkeiten der staatlichen Großindustrie und dem Bedarf des Landes, in erster Linie des Dorfes, an ihren Erzeugnissen, mit anderen Worten, das Mißverhältnis zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. Ferner, die Disproportion innerhalb der Industrie selbst, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Schwerindustrie (Heizmaterial-, Metall-, chemische Industrie usw.) nicht entwickelt genug ist, um die normale Entwicklung der Leichtindustrie, die Bedarfsgegenstände für die Stadt und das Dorf herstellt, zu gewährleisten. Und schließlich eine gewisse Disproportion zwischen dem Stand des Transportwesens und den Anforderungen, die das Land an es stellt. Alle diese Disproportionen hat die russische Arbeiterklasse von der Bourgeoisie übernommen.

Viertens: wurden die Quellen der s o z i a l i s t i s c h e n A k k u m u l a t i o n im Lande untersucht und festgestellt, daß mit dem Erhalt von irgendwie beträchtlichen Auslandskapitalien zur Entwicklung der Wirtschaft nicht zu rechnen ist.

[392] Fünftens: wurde die a l l m ä h l i c h e A u s s c h a l t u n g d e s P r i v a t k a p i t a l s aus der Handelszirkulation zwecks Stärkung der sozialistischen Elemente in dem System der Handelsbeziehungen zwischen der Stadt und dem Dorfe gefordert.

Sechstens: soll der Plan die t e c h n i s c h e R e k o n s t r u i e r u n g der Volkswirtschaft auf der Basis der Elektrifizierung und der neuesten Errungenschaften der internationalen Wissenschaft und Technik gewährleisten.

Bei der Analyse der Planziffern werden wir sehen, inwieweit es bei dem Plane gelungen ist, alle diese Fragen zu lösen, oder mit anderen Worten, in welchem Maße es gelungen ist, die für das russische Proletariat unerläßliche Entwicklung der Sowjetwirtschaft sicherzustellen.

In erster Linie führen wir die Ziffern und Entwicklungstendenz der Landwirtschaft an:

Saatfläche in Mill. Desj.					Viehbestand auf Großvieh umgerechnet	Produktion der Landwirtschaft in Mill. Rubel nach Vorkriegspreisen	
Getreidekulturen		Futterkulturen	technische Kulturen	Zusammen	Mill, Stück	Bruttoproduktion	Warenproduktion für den städt. Markt
1913	94,7	5,4	5,3	105,4	77,2	10.866	3127
1925/26	84,3	7,2	7,1	98,6	71,6	10.389	2203
1929/30	91,3	9,2	12,2	112,7	79,5	12.650	3142

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Saatfläche in der UdSSR, verglichen mit der Vorkriegszeit, planmäßig um 7 Prozent, der Viehbestand um 3 Prozent und die landwirtschaftliche Bruttoproduktion um 16 Prozent steigen soll.

Im Laufe des Jahrfünfts von 1926 bis 1930 soll die Zunahme der Saatflächen 22 Prozent, des Viehbestandes 16 Prozent betragen. Die Bedeutung dieser Ziffern besteht darin, daß das Entwicklungstempo der Landwirtschaft unter der Diktatur des Proletariats rascher ist als in der Vorkriegszeit; so hat beispielsweise die normale Durchschnittszunahme der Aufbauflächen vor 1914 binnen fünf Jahren 5 Prozent betragen gegen 22 Prozent im kommenden Jahrfünft. Hier kommt der Einfluß der Revolution und in erster Linie die Befreiung der Bauernschaft von den unerhörten Lasten, die sie unter der bürgerlichen und feudalen Herrschaft zu tragen hatte, zur Geltung. Zusammen mit der technischen Rekonstruierung der Landwirtschaft bedingt sie deren rascheres Entwicklungstempo. Ein Vergleich der Entwicklungsziffern der Landwirtschaft mit dem Jahre 1913 zeigt, daß der Wert der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion um 16 Prozent steigt, die Saatfläche dagegen nur um 7 Prozent und der Viehbestand um 3 Prozent, was sich daraus erklärt, daß die Sowjetregierung das Hauptaugenmerk des Landes auf die Entwicklung der wertvolleren und gangbareren technischen Kulturen legt (Baumwolle, Flachs usw.). Diese Tendenz geht klar daraus hervor, daß die Anbaufläche für technische Kulturen 1913 etwa 5 Prozent der gesamten Anbaufläche betrug, im laufenden Jahre dagegen bereits 7 bis 8 Prozent, während für 1929/30 annähernd 10 Prozent vorgesehen sind, d. h. verglichen mit dem Jahre 1913, wird sie 230 Prozent betragen.

Die Beteiligung des Staates an dieser Entwicklung der Landwirtschaft wird für das Jahrfünft auf 700 Millionen Tscherwonezrubel veranschlagt, Ihre Investierung soll erfolgen zwecks Industrialisierung der Landwirtschaft (Errichtung von Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte: Ölmühlen, Betriebe zur Reinigung von Baumwolle usw.), zwecks Erweiterung [393] und Verbesserung der staatlichen Güter (Sowjetwirtschaften) und zwecks Verbesserung der Landwirtschaft überhaupt (Melioration, Bewässerung usw.).

Die Akkumulation in der Landwirtschaft beziffert sich nach den Angaben der Staatsplankommission für die Vorkriegszeit und die letzten Jahre bei durchschnittlicher Ernte auf annähernd 3 bis 4 Prozent, d. h. auf rund eine Milliarde Tscherwonezrubel pro Jahr. Diese imposante Ziffer zwingt zum Nachdenken, auf welche Weise diese Akkumulation zustande kommt, d. h. welcher Teil hiervon auf die privatkapitalistische, und welcher auf die sozialistische Sphäre (Staat und Genossenschaften) entfällt. Die Aufgabe des Staates besteht in diesem Falle in einer allseitigen Förderung sämtlicher Genossenschaftsarten auf dem Dorfe, um die Kredit-, Absatz-, Produktions- und Konsumentengenossenschaften instand zu setzen, den Hauptteil der bäuerlichen Akkumulation aufzusaugen, damit der Staat einen Teil dieser Akkumulation zur Entwicklung der sozialistischen Industrie, verwenden kann (durch das System der inneren Anleihen, der Sparkassen usw.).

Wir gehen nunmehr zum wichtigsten Bestandteil des Planes über, zur Staatsindustrie. Der Entwicklung der Industrie kommt im Gesamtplan der Volkswirtschaft die größte Bedeutung zu, weil die Rolle der Großindustrie maßgebend ist für die Bewegung der Gesamtvolkswirtschaft in der Richtung auf den Sozialismus. Wenn wir von der Großindustrie sprechen, so haben wir die staatliche Industrie im Auge, da sämtliche großen und mittleren Fabriken, Bergbetriebe und Gruben, von einigen wenigen Konzessionsunternehmen abgesehen, Eigentum des Staates sind und von ihm betrieben werden.

Die Hauptziffern des fünfjährigen Planes für die Dynamik der staatlichen Industrie sind (in Tscherwonezrubel):

Das Grundkapital ist für 1925/26 mit 5189 Millionen Rubeln eingesetzt, für 1930 mit 8538 Millionen. Hierbei ist veranschlagt, daß der Staat als Ganzes sowie die einzelnen staatlichen Trusts 4950 Millionen Rubel neu in das Grundkapital investieren, was nach Abzug der Abnutzung einen reinen Zuwachs des Grundkapitals um 2759 Millionen Rubel, d. h. um 65 Prozent zum Jahre 1926, bedeutet. Die Jahresproduktion wird demgemäß von 7411 Millionen Rubel 1925/26 auf 11 604 Millionen Rubel 1929/30 steigen.

Die durchschnittliche Jahreszunahme des Grundkapitals ist für das Jahrfünft auf 10,5 Prozent veranschlagt, die durchschnittliche Jahreszunahme der Produktion auf 14,7 Prozent. Vergleichen wir dieses Entwicklungstempo der Großindustrie in der UdSSR mit dem normalen Tempo in kapitalistischen Ländern, selbst in einem Lande wie den Vereinigten Staaten, wo die Zunahme des Grundkapitals noch nie 5 bis 6 Prozent im Jahr überschritten hat, so erhalten wir eine klare Vorstellung von der Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft über die kapitalistische Wirtschaft. Der Sozialismus beweist seine fortschrittliche Bedeutung selbst in einem verhältnismäßig technisch rückständigen Lande, wie es die Sowjetunion ist, die überdies noch unter der Nachwirkung des Bürgerkriegs und der Mißerntejahre steht.

Die folgenden Ziffern zeigen ferner, daß sich die sozialistische Industrie nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ entwickeln wird.

Das Entwicklungstempo der staatlichen Industrie (in Prozent):

Bruttoproduktion nach Vorkriegspreisen	Gestehungskosten der Produktion insgesamt	Gestehungskosten des einzelnen Produkts	Zahl der Arbeiter	Produktivität der Arbeit	Nominallohn
1924/25 100	100	100	100	100	100
1929/30 271,2	196,2	72,3	173,4	156,7	153,8

Diese Ziffern sprechen davon, daß bei der Planwirtschaft unter der Diktatur des Proletariats die quantitative Zunahme und die technische Rekonstruierung der Industrie die Verbilligung der Waren gewährleisten, folglich ein Sinken der Lebenskosten bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität der Arbeit und der Arbeitslöhne (unter Berücksichtigung der sinkenden Gestehungskosten für Industrieprodukte steigt der Arbeitslohn, verglichen mit dem Jahre 1924/25 um 64 Prozent, und verglichen mit dem Vorkriegslohn um das anderthalbfache). Hierzu ist zu bemerken, daß die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus, namentlich in den letzten Jahren, für das Proletariat fast allenthalben ein Sinken des Arbeitslohns bei gleichzeitig steigender Teuerung mit sich gebracht hat.

Betrachten wir nunmehr, inwieweit dieser Plan für die Entwicklung der Industrie zur Lösung des Problems der Industrialisierung des Landes beiträgt. Die Antwort ist in folgenden Ziffern enthalten:

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft für das Jahrfünft von 1925 bis 1930 steigt um 56 Prozent, die Warenproduktion (abzüglich des Warenumsatzes der Bauern untereinander) um 58 Prozent, die Bruttoproduktion der Großindustrie dagegen um 117 Prozent, die Warenproduktion um 105 Prozent, und zusammen mit der Kleinindustrie um beinahe 100 Prozent. Demnach ist das Entwicklungstempo der Großindustrie erheblich rascher als in der Landwirtschaft.

Die Kapitalinvestierungen in die Industrie betragen für das Jahrfünft 65 Prozent des gegenwärtigen Grundkapitals, die Kapitalinvestierungen in die Landwirtschaft nur 20 bis 25 Prozent. Also auch von dieser Seite sieht der Plan einen großen Fortschritt auf dem Wege der Industrialisierung des Landes sowie der Überwindung der Disproportion zwischen der Landwirtschaft und der Industrie vor.

Andererseits muß das im Plane vorgesehene Entwicklungstempo der Industrie die Disproportion zwischen dem Stand der schweren und der leichten Industrie überwinden. Setzt man den Wert der Bruttoproduktion des laufenden Jahres mit 100 Prozent an, so nimmt die Grundkapital produzierende Industrie (Metall, Maschinen, Werkzeuge und Baumaterial) bis zum Jahre 1929/30 um 133 Prozent zu, die Umlaufkapital produzierende Industrie (Heiz-, Schmiermaterial usw.) um 96,5 Prozent, und

die Gegenstände des persönlichen Bedarfs produzierende Industrie um 71,5 Prozent. Mit anderen Worten, das Entwicklungstempo der Schwerindustrie, die die Grundlage für den Sozialismus bildet, soll planmäßig rascher wachsen als das Entwicklungstempo der Leichtindustrie und die Überwindung der oben angeführten Disproportionen gewährleisten.

Noch einige Worte über die Entwicklung des Transportwesens in dem Fünfjahrsplan. Der Wert des gesamten Eisenbahnvermögens der UdSSR steigt von 7360 Millionen Tscherwonezrubel 1925/26 auf 10.501 Millionen Rubel 1929/30. Die innerhalb dieses Zeitraums vorgesehenen Kapitalinvestierungen betragen 3889 Millionen Rubel. Der Wert des See- und Flußtransportwesens soll plangemäß von 597 Millionen Rubel 1925/26 auf etwa eine Milliarde 1930/31 steigen. Kapitalinvestierungen sind geplant in Höhe von 544 Millionen Rubel. Die Zunahme des Eisenbahntransportwesens ist mit 43 Prozent, des See- und Flußtransportwesens mit etwa 70 Prozent veranschlagt. Dazu kommt die Anlage neuer Eisenbahnstrecken sowie der Ausbau alter in einer Gesamtlänge von 8510 Werst, wodurch das Eisenbahnnetz um 12 Prozent steigen wird. Hervorzuheben ist, daß die Zunahme des zaristischen Eisenbahnnetzes in dem letzten Jahrfünft vor 1914 nur 3889 Werst, [395] d. h. 6,4 Prozent, betrug. Auch hier ist wieder das raschere Entwicklungstempo in der UdSSR als im zaristischen Rußland unverkennbar.

Den Abschluß dieses Entwicklungsbildes der Volkswirtschaft in der UdSSR innerhalb von fünf Jahren bildet das Bauprogramm. Die staatliche und kommunale Investierung in dem Wohnungsbaufonds der UdSSR ist mit 1857 Millionen Rubel veranschlagt, wodurch der Baufonds um 20 Prozent steigt. Diese Ziffer ist bei der in der UdSSR herrschenden Wohnungsnot sehr bescheiden. Die Investierung in die Kommunalwirtschaft der Städte ist mit 474 Millionen Rubel eingesetzt, was mit dem Jahre 1926 verglichen eine Zunahme um 120 Prozent bedeutet. Hervorzuheben ist, daß die Anlagen des städtischen Wohlfahrtswesens nur 3,5 Prozent vom Werte des Baufonds ausmachen (1930 sollen sie 10,3 Prozent betragen); ein Zeichen dafür, wie wenig sich der Zarismus und die Bourgeoisie um das Wohlergehen der städtischen Bevölkerung kümmerten.

Für die Errichtung großer Elektrostationen ist eine Ausgabe von 600 Millionen Rubel vorgesehen, wodurch der Wert der für die Öffentlichkeit bestimmten Elektroanlagen, verglichen mit dem Jahre 1925, um das Vierfache steigt, was zugleich einen mächtigen Fortschritt auf dem Wege der Elektrifizierung der UdSSR bedeutet.

Die gesamten Kapitalseinlagen in der staatlichen Wirtschaft verteilen sich innerhalb der fünf Jahre folgendermaßen:

Industrie	4950	Millionen	Rubel
Transportwesen	4433	"	"
Elektrifizierung	600	"	"
Kommunalwirtschaft	474	"	"
Wohnungsfonds	1897	"	"
Sonstige Bautätigkeit	574	"	"

Insgesamt 12.928 Millionen Rubel. Dazu kommen 700 Millionen Rubel staatlicher Investierungen in die Landwirtschaft. Alle diese Wirtschaftszweige besitzen ihre eigenen Ressourcen (Gewinne und Amortisationsabschreibungen) in Höhe von 7023 Millionen Rubel. Ungedeckt bleiben somit 5905 Millionen Rubel, in erster Linie für Industrie, Transportwesen und Elektrifizierung. Woher nimmt der Staat die Mittel zur Deckung dieses Defizits? Die Antwort liegt auf der Hand: in erster Linie aus dem Staatsbudget, über welches bestimmte Summen der bäuerlichen Akkumulation, sowie ein beträchtlicher Teil der fiskalischen Einnahmen des Staates den Neuinvestierungen zuströmen. Das Staatsbudget soll im Jahresdurchschnitt um 12 bis 14 Prozent steigen. Die restlichen Summen sollen endlich durch das System der inneren Anleihen aufgebracht werden. Somit beruht der Entwicklungsplan der Volkswirtschaft in der UdSSR ausschließlich auf den inneren Ressourcen der Sowjetunion, was das bekannte Wort Lenins bestätigt, nämlich, daß die Sowjetunion alles zur Errichtung des Sozialismus Erforderliche besitzt.

Festzustellen bleibt noch, ob der Fünfjahrsplan die allmähliche Verdrängung des Privatkapitals aus der Handelszirkulation gewährleistet, d. h. das allmähliche Anwachsen der sozialistischen Elemente in dem wichtigsten Bindeglied zwischen der Stadt und dem Dorfe. Der Plan sieht folgende

Beteiligungsziffern der staatlichen, genossenschaftlichen und privatkapitalistischen Unternehmen am Handel vor (auf Grund der Analyse des Grundkapitals, der Umlaufmittel und der Handelsumsätze):

1925/26:	Staatsorgane	38,	Genossenschaftsorgane	38,	Privatorgane	24 Prozent;
1929/30:	"	40,7,	"	40,7,	"	18,6 "

[396] Das heißt, die Rolle des Privathandels sinkt von 24 auf 18,6 Prozent, womit auch auf diesem Punkte die Tendenz zum Sozialismus gesichert ist.

Das waren die wichtigsten Schlußfolgerungen aus dem fünfjährigen Perspektivplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der UdSSR.

Zweifler und Feinde werden freilich sagen: was soll dieser Plan bedeuten?, im besten Fall wird er sich als ein Fetzen Papier herausstellen, der mit der Realität der Dinge nichts zu tun hat; schlimmstenfalls werden die Autoren dieses Planes Zeugen des Zusammenbruchs ihrer sozialistischen Utopien sein. Natürlich ist dieser Plan nicht zu 100 Prozent exakt. Abänderungen werden vielmehr unvermeidlich sein, die Ziffern können nach dieser oder jener Richtung hin schwanken, wenn unvorhergesehene Ereignisse, große elementare Mißgeschicke oder militärisch-wirtschaftliche Interventionen des internationalen Imperialismus in den Plan eingreifen. Auch Krisen durch den noch immer vorhandenen freien Markt sind nicht ausgeschlossen. Unzweifelhaft aber ist, daß die Tendenz, daß die Richtung, die der Plan der gesamten Entwicklung des Landes weist, von der in der UdSSR herrschenden Arbeiterklasse mit eisernem Willen durchgeführt werden wird. Übrigens nähert sich das erste Jahr dieses Perspektivplans seinem Abschluß. Die Entwicklung der Volkswirtschaft verläuft bereits in seinem Rahmen, was ein lebendiger Beweis dafür ist, daß die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft in der Richtung auf den Sozialismus ein Stück reales Leben bildet.

Unlängst haben vier konservative Abgeordnete des englischen Parlaments die UdSSR bereist. Nach England zurückgekehrt, veröffentlichten sie ein Resümee, in dem es unter anderem heißt, daß ihrer Ansicht nach die Sowjetregierung bereits binnen zwei Jahren in der Lage sein werde, alle Bedürfnisse der Bevölkerung des Landes voll zu befriedigen. Bedeutet dieses Eingeständnis des erfolgreichen Wirtschaftsaufbaues der UdSSR aus dem Munde unseres Klassenfeindes nicht ein unfreiwilliges Todesurteil über das heutige kapitalistische System, das nunmehr schon seit so langen Jahren seine Unfähigkeit bewiesen hat, auch nur die minimalen Bedürfnisse der schaffenden Bevölkerung ihrer Länder zu befriedigen? Ist das nicht etwa eine unfreiwillige, aber unweigerliche Bestätigung des Sozialismus?

*

Massenarbeitslosigkeit und Arbeiterklasse

Von Friedrich

II.

Über den Umfang der Arbeitslosigkeit (vgl. „Internationale“ Heft 11-12) lassen sich folgende Feststellungen zusammenfassen:

1. Die Erwerbslosenziffern der Vorkriegszeit, auch die der Krisenjahre, werden um das Vielfache übertroffen; nur noch ein Bruchteil der heutigen Erwerbslosenarmee ist als „normale Reservearmee“ im Sinne der Vorkriegszeit anzusehen.

2. Im Gegensatz zu früheren Perioden großer Arbeitslosigkeit stellen gegenwärtig auch die qualifizierten Arbeiter ein bedeutendes Kontingent der Erwerbslosenarmee.

3. Bei der Durchführung der Entlassungen bevorzugt die Bourgeoisie eine bestimmte ältere, politisch passivere Arbeiterschicht. [397]

4. Eine Folge der Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur der gewaltige Lohnausfall durch Verminderung der Belegschaften, sondern die Billigkeit auch der übrigen Arbeitskräfte, deren Verkauf unter ihrem Wert zur Dauererscheinung wird.

Was bedeuten diese Erscheinungen für die Bourgeoisie? Welche Maßnahmen bereitet die deutsche Bourgeoisie vor, um trotz der Unterminierung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse, wie die Massenarbeitslosigkeit sie mit sich bringt, ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten?

Wir stellen hierüber folgende Tatsachen zusammen:

1. Im Gegensatz zu den Führern der SPD und des ADGB haben die Führer der Bourgeoisie nicht nur von vornherein mit einem sehr großen Umfang der Erwerbslosigkeit gerechnet, sondern auch damit, daß die meisten Erwerbslosen nicht zeitweilig, sondern endgültig aufs Pflaster gesetzt werden. Das zeigt nicht nur die Haltung der kapitalistischen Presse aller Schattierungen, sondern ebenso die Erklärungen und Programme der kapitalistischen Spitzenorganisationen. Wir erinnern daran, daß lediglich die ADGB-Führer in den Arbeitermassen die Illusionen auf eine „allgemeine Wohlstandssteigerung“ nähren, daß z. B. die Denkschrift des ADGB vom Februar 1926 nur immer von einer „vorläufigen“ Absatzkrise spricht, die das Privatkapital bei einigem guten Willen überwinden könne (so Seite 9, 31 und 33), daß auch sonst in der SPD- und Gewerkschaftspresse im allgemeinen ein großer Optimismus zur Schau getragen wird.

2. Da es sich bei der heutigen Erwerbslosenarmee zum größten Teil nicht mehr um eine „industrielle Reservearmee“ handelt, so bedeutet sie nicht nur eine periodische Brachlegung, sondern eine teilweise Vernichtung variablen Kapitals in unerhörtem Umfang. Wir erinnern an die Schätzung eines bürgerlichen Nationalökonomen, wonach die Arbeitslosenarmee „einen potentiellen Produktionswert von etwa 9 Milliarden Mark jährlich“ darstellt.

3. Eine Ausdrucksform der Brachlegung und Vernichtung konstanten und variablen Kapitals ist der Umsatzrückgang, wie er sich in den letzten Monaten eingestellt hat. Auf Grund der Ergebnisse der Umsatzsteuern läßt sich die Umsatzsumme für Deutschland einigermaßen abschätzen. Sie betrug:

im	3.	Quartal	1925	8,65	Milliarden	Mark
"	4.	"	1925	9,09	"	"
"	1.	"	1926	8,00	"	"

(nach dem „Wirtschaftsdienst“ vom 4. Juni).

Die gleiche Tendenz zeigen die Wochenumsatzziffern des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine, die in Mark pro Mitglied betrugen:

Oktober 1925	4,57	Mark
November	4,63	"
Dezember	5,36	"
Januar 1926	4,37	"
Februar	4,60	"
März	4,93	"
April	4,36	"

(„Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, Nr. 22).

Parallel zu dieser Verminderung des Inlandskonsums betrieb die Bourgeoisie eine Forcierung des Exports.

4. Trotzdem ist für große Teile des Einzelkapitals, insbesondere für die großen Trusts, kein Profitverlust eingetreten. Was wir in der [398] vorigen Nummer für das Zechenkapital feststellten, gilt für die gesamte Industrie. Bezeichnend sind hierfür die wieder wachsenden Dividendenausschüttungen und die seit Beginn der Massenarbeitslosigkeit ununterbrochen steigende Bewertung der Aktien. Nach der „Frankfurter Zeitung“ stieg der Index deutscher Aktien von 58 Prozent Anfang Januar 1926 auf 91 Prozent Anfang Juni. Ein weiteres Merkmal ist die steigende Zuwanderung fremder Gelder in die industriellen Aktiengesellschaften. Sie betrug für Deutschland:

	in Form neuer Aktien	in Form von Inlandsanleihen
	in Millionen Mark	
November 1925	5,8	–
Dezember	13,9	–
Januar 1926	5,0	20,8
Februar	18,6	73,6
März	27,3	98,5
April	26,6	389,9

Auch der Konkursrückgang charakterisiert diese Tendenz. Es wurden in Deutschland eröffnet:

	Konkurse	Geschäftsaufsichten
Januar 1926	2092	1553
Februar	1998	1573
März	1871	1481
April	1302	923
Erste Maihälfte	567	401

Diese Merkmale wachsender Rentabilität sind nicht die einzigen positiven Ergebnisse, mit denen die Bourgeoisie als Folge der Massenenteignung gerechnet hat: sie rechnet des weiteren mit einer Zermürbung der Arbeiterklasse. Sie spekuliert nicht nur allgemein mit einer Entfremdung der Masse der Erwerbslosen von den noch beschäftigten Arbeitern, sondern versucht, sowohl die Erwerbslosen durch Staffelung der Unterstützungssätze als auch die Beschäftigten durch Bevorzugung gewisser Schichten zu spalten. Hierher gehört auch einerseits die verstärkte und raffinierte Vorbereitung von „Werkgemeinschaften“, Schaffung von Lehrlingsschulen, Werkzeitungen usw., andererseits die Ausnutzung bestimmter Elemente aus der Erwerbslosenarmee zu reaktionären Zwecken. So wurde bereits Anfang Januar in München eine „Wirtschaftsbeihilfe der Erwerbslosen, Notstands-, Hand- und Kurzarbeiter“ gegründet, über deren Zweck in § 1 des Statuts gesagt wird: „Der Verband hat den Zweck, sich über ganz Deutschland auszubreiten, um die Erwerbslosenbewegung, die sich meist im kommunistischen Fahrwasser befindet, in neue Bahnen zu leiten und die verbitterten Massen wieder dem vaterländischen Gedanken zugänglich zu machen.“

Abgesehen davon, ob es der Bourgeoisie überhaupt möglich ist, durch solche Mittel der Arbeiterklasse Knüppel zwischen die Beine zu werfen, kann sie auf alle Fälle den revolutionären Gärungsherd, den Kaufpreis der „Konsolidierung“, nicht beseitigen.

Rechnet nun die deutsche Bourgeoisie überhaupt mit der Möglichkeit, die Dauer- und Massenarbeitslosigkeit zu liquidieren?

Wie bereits erwähnt, lautet die Antwort darauf im allgemeinen: Nein. Zwar wird verschiedentlich mit einer allmählichen Konjunkturbesserung, mit einer wieder erweiterten kapitalistischen Reproduktion spekuliert, aber diese Aussichten stehen mit dem Riesenumfang der existierenden Erwerbs-[399]losenarmee in keinem Verhältnis. Der bürgerliche Nationalökonom R. Friedlaender hat dies (in einer Broschüre „Chronische Arbeitskrise“) sehr anschaulich dargelegt und sieht hierbei die Entwicklung mit wesentlich nüchterneren Augen an als etwa die Führer des ADGB. Er spricht klipp und klar aus, daß das Profitinteresse der Bourgeoisie der Wiedereinreihung der drei Millionen Erwerbslosen im Wege steht.

Er stellt nicht nur fest, daß Arbeitskräfte nach Millionen brachliegen, sondern nennt zugleich eine Fülle gesamtwirtschaftlicher Aufgaben, bei deren Durchführung die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereiht würden: Urbarmachung von einer Million Hektar Ödland, Ausbau von Wasserkraftwerken, Erweiterung des Kanalnetzes, Elektrisierung des Eisenbahnverkehrs, Errichtung von Kohlenverflüssigungsanlagen usw. „Welch wirtschaftlicher Unsinn ist das doch! Auf der einen Seite steht ein Heer von arbeitsuchenden Arbeitskräften – auf der anderen Seite stehen genügend Arbeitsräume und Arbeitsmittel, sie aufzunehmen und die nötigen Dinge herzustellen: Ziegel, Rohre, Spaten, Pflüge, Maschinen, alles. Und überall im Lande ist Möglichkeit, Arbeiter und Arbeitsprodukte nutzbringend zu verwenden. Aber das Dreieck will sich nicht schließen ...“

Friedlaender antwortet auf die Frage, ob das Privatkapital überhaupt zur Durchführung solcher Aufgaben fähig ist, mit einem runden „Nein“. „Der natürliche Zuwachs an Privatkapital ist ein zu langsamer Prozeß, als daß darauf gewartet werden könnte. Aber Aufgaben wie die oben erwähnten eignen sich überhaupt ihrer ganzen Natur nach nicht für die Betätigung von Privatkapital. Dieses muß auf kurz überschaubare, mit einem gewissen Sicherheitskoeffizienten kalkulierte Anlagen bedacht sein. Es muß mit rascher Amortisierung des Kapitals rechnen, mit verlockendem Zins. Aber es ist durchaus nicht geeignet für Anlagen, deren Nutzeffekt sich erst in später Frist einstellt, deren wirtschaftlicher Ertrag allgemeiner Natur ist und sich nur schwer oder überhaupt nicht unmittelbar münzen läßt, deren technisches oder ökonomisches Risiko groß ist.“

An einer anderen Stelle drückt er diese Unfähigkeit mit den Worten aus: „Je weiter die innere Gesundung des Produktionsprozesses (er meint die Profite der Einzelkapitalisten) fortschreitet, desto mehr muß die Arbeitslosigkeit offenbar werden. Je b e s s e r es (er meint für die Kapitalisten) wird, desto s c h l e c h t e r (er meint für die Arbeiterklasse) wird es werden."

Dieser bürgerliche Nationalökonom bestätigt damit die jedem Marxisten bekannte Tatsache, daß für den Privatkapitalisten stets die Höhe des Profits im Mittelpunkt des Denkens steht, daß aber andererseits die gegenwärtige Arbeitslosigkeit durch privatkapitalistische Maßnahmen niemals liquidiert werden kann. Das ist eine glatte Bankerotterklärung des Privatkapitals. Die logische Konsequenz hieraus wäre die Erkenntnis der Notwendigkeit, das privatkapitalistische System durch ein anderes zu ersetzen, das fähig ist, die notwendigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben durchzuführen und damit die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzuspannen.

Eine solche Schlußfolgerung ist freilich von Friedlaender als einem eingefleischten Verfechter des Privatkapitalismus nicht zu erwarten. Er begnügt sich damit, die Forderung aufzustellen, daß von Reichs und Staats wegen zu allgemeinen wirtschaftlichen Zwecken Kredite größten Umfangs gegeben werden. Er verlangt aber eine Erweiterung des Aufgabenkreises nicht nur für Reich, Länder, Provinzen und Kreise, sondern auch für Korporationen, Syndikate und Berufsgemeinschaften. Er nennt also sogenannte „öffentliche" Organisationen im gleichen Zuge mit privatkapitalistischen. Er sieht selbstverständlich auch nicht, daß heute, im kapitalistischen System, Reich, Länder [400] und Kommunen keineswegs ü b e r den Machtorganisationen der Bourgeoisie, den Trusts und Syndikaten stehen, sondern umgekehrt ihrerseits von einzelnen Gruppen der Bourgeoisie beeinflußt werden Tatsächlich geben bereits Reich, Länder und Gemeinden ziemlich umfangreich Kredite, aber die Nutznießer davon sind bestimmte Konzerne und Trusts, und das Ergebnis ist keine Förderung der Gesamtwirtschaft, sondern lediglich eine Stärkung bestimmter privatkapitalistischer Interessen. In voller Anschaulichkeit offenbart das eine Zusammenstellung der für industrielle Zwecke in der letzten Zeit gegebenen Reichskredite Das Reich hat Kredite gewährt:

an die Vulkanwerft	7,5	Millionen	Mark
an die Junkerswerke	14,7	"	"
an den Röchlingkonzern	20,5	"	"
an die Rheinischen Metallwerke	19,0	"	"
an oberschlesische Montankonzerne	36,0	"	"
an den Gieschekonzern	mehrere	"	"
an die Deutschen Werke	10,0	"	"
Düngemittel- und Erntebergungskredite	125,0	"	"

Außerdem hat das Reich folgende weitere Kredite garantiert:

an die Schichauwerft	6,5	Millionen	Mark
an den Mannesmannkonzern	8,5	"	"
an den Stummkonzern	12,5	"	"
an das Stickstoff- und Kalisyndikat	20,0	"	"
an die Superphosphatindustrie	21,0	"	"
an die Motorpflugindustrie	7,5	"	"
an die Stärkekartoffelindustrie	30,0	"	"
Winzerkredit	30,0	"	"

Ähnlich dienen auch die meisten Länder- und Kommunalkredite der Unterstützung privatkapitalistischer Gruppen. Unter heutigen Umständen, d. h. in einer Epoche der unmittelbaren Abhängigkeit des Staats- und Kommunalapparats vom Privatkapital, ist eben die Forderung nach allgemeinwirtschaftlicher. Betätigung des Staates und der Länder, nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien – eine Forderung, die die e n g l i s c h e n G e w e r k s c h a f t e n seit langem in den Mittelpunkt ihrer Agitation stellen – bereits eine revolutionäre Forderung, und gerade deswegen hütet sich der ADGB, solche Forderungen zu propagieren.

Zuweilen werden in der bürgerlichen Presse und in bürgerlichen Organisationen andere Möglichkeiten einer radikalen Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit diskutiert. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" schlug kürzlich allen Ernstes vor, Sowjetrußland solle eine Million deutscher Arbeitsloser

aufnehmen und dadurch „zur Lösung der sozialen Krise in Deutschland beitragen“. Auf dem letzten Internationalen Handelskammer-Kongreß befaßte man sich mit der Frage, mit Hilfe deutscher Arbeitskraft – auf Reparationskonto – Nordafrika und Madagaskar für Frankreich, den Seuchenherd des Kongogebiets für Belgien zu erschließen. Auch der französische Minister für öffentliche Arbeiten, de Monzie, hat kürzlich ein neues französisches Reparationsprogramm veröffentlicht, wonach in Frankreich auf Reparationskonto Kanalbauten, Flußausbaggerungen, Hafenbauten und dergleichen ausgeführt werden sollen. Programme dieser Art werden seit mehr als vier Jahren erwogen, ihrer Durchführung ist man freilich dadurch nicht näher gekommen. Abgesehen davon, daß die deutschen Arbeiter sich dafür bedanken würden, sich zu unmittelbaren Kulis des französischen und belgischen Kapitals machen zu lassen, scheitern diese Pläne bereits daran, daß für sie ebenso-[401]wenig Mittel vorhanden sind wie für die Durchführung großer wirtschaftlicher Aufgaben in Deutschland. Nach dem Sachlieferungsabkommen darf nur ein Teil der hierzu notwendigen Mittel aus den Reparationen bestritten werden, während den anderen Teil der französische oder der belgische Fiskus selber übernehmen muß. Es sind auch keine Aussichten vorhanden, daß derartige Kuliprogramme in absehbarer Zeit reale Gestalt annehmen werden.

Das Ergebnis all dieser Feststellungen ist, daß die deutsche Bourgeoisie selbst bei einer Besserung der Konjunktur immer nur einen kleinen Teil der Erwerbslosenarmee beschäftigen kann, daß also die Liquidierung der Massenarbeitslosigkeit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt unmöglich ist.

*

Zur Finanz- und Steuerpolitik des bürgerlichen Staates

Von Th. N e u b a u e r

Die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zur Finanz- und Steuerpolitik des Bourgeoisstaats ist gegeben durch ihre grundsätzliche Stellung zu diesem Staat überhaupt.

Nach Marx und Engels ist der Staat der Bourgeoisie „nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet (Kommunistisches Manifest); er „ist nichts anderes als die organisierte Gesamtmacht der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern“ (Engels: Zur Wohnungsfrage); er ist „nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie“ (Engels: Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“); er ist „in allen Fällen wesentlich eine Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse“ (Engels: „Ursprung der Familie“); „der bürgerliche Staat ist weiter nichts als eine wechselseitige Assekuranz der Bourgeoisklasse gegen ihre einzelnen Mitglieder wie gegen die exploitierte Klasse, eine Assekuranz, die immer kostspieliger und scheinbar immer selbständiger gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft werden muß, weil die Niederhaltung der exploitierten Klasse immer schwieriger wird. Die Veränderung des Namens ändert nicht das mindeste an den Bedingungen dieser Assekuranz“ (Marx: Nachlaß, III., 436).

Das Rückgrat dieses Staates ist seine Finanzwirtschaft; deren Kern aber sind die Steuern, Abgaben und Zölle.

Marx und Engels haben in ihren historischen Schriften dargestellt, wie gerade die kapitalistische Gesellschaft die Staatsmaschinerie in ihrer Doppelfunktion: Verwaltung der gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisklasse und Niederhaltung des Proletariats, aufs höchste entwickelt hat In demselben Maße aber wurde der öffentliche Finanzbedarf gesteigert und die Frage des Etats, der Deckung der ungeheuren Staatsausgaben durch entsprechend hohe Einnahmen, in den Mittelpunkt der Regierungspolitik gerückt.

Wer diesen bürgerlichen Staat bejaht, wer ihn aufrechterhalten will, der muß ihm auf irgendeine Weise auch die finanziellen Mittel, deren er bedarf, zur Verfügung stellen. Darin liegt das gemeinschaftliche Interesse aller Teile der Bourgeoisie; daraus ergibt sich die grundsätzliche Stellung aller bürgerlichen Fraktionen zur Finanz- und Steuerpolitik.

[402] Anders das Proletariat! Ihm tritt der Bourgeoisstaat gegenüber als der „Gesamtkapitalist“ (Engels: Wohnungsfrage), als die Maschine zu seiner Unterdrückung. Das Proletariat muß diese kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen, diesen Staat vernichten; daher kann es dem bürgerlichen Staat die Mittel zu seiner Aufrechterhaltung grundsätzlich nicht bewilligen. In diesem Sinne sagt Engels, „daß wir dieser Regierung doch nie einen Pfennig bewilligen können“ (Brief an Bernstein, 8. Februar 1883). Das ist die grundsätzliche Stellung der Arbeiterklasse. Alles andere sind sekundäre, abgeleitete Fragen, Fragen des praktischen politischen Kampfes, Fragen der Taktik.

Man weiß, welche Bedeutung diese grundsätzliche Frage für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie gewonnen hat. Auf dem Frankfurter Parteitag von 1894, ein Jahr vor Engels Tode, mußte sich die SPD zum ersten Male mit der Etatbewilligung (damals waren es die Bayern) beschäftigen und fand schon keine klare Lösung mehr; seitdem verschwand diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung der sozialdemokratischen Parteitage, bis jede weitere Diskussion durch den völligen Übergang der SPD ins bürgerliche Lager überflüssig wurde. Die Stellung der Sozialdemokratie von heute ist die, „daß wir uns bei allen unseren Maßnahmen von der Notwendigkeit leiten lassen, den Etat des Reiches zu balancieren“ (Dr. Hertz im Reichstag). Also die konsequente Stellung einer staatserhaltenden, bürgerlichen Partei, bestimmend für die gesamte Finanz- und Steuerpolitik der Sozialdemokratie.

Die Finanzwirtschaft des Bourgeoisstaats ist ein außerordentlich kompliziertes und unübersichtliches System, nicht ohne Absicht; denn dadurch wird ihre Bekämpfung bedeutend erschwert. Besonders gilt das für Deutschland, wo neben dem Reich (und die Übersicht der Reichssteuern weist allein schon 35 Einzeltitel auf) auch noch die Länder und Gemeinden erhebliche Steuerrechte haben, und wo es keine einzige Stelle gibt, die eine genaue Übersicht hätte, was wirklich an Steuergeldern aus dem Volke herausgesogen wird. Die Bourgeoisie hat davon einen doppelten Nutzen: es ist natürlich leichter, den Proletarier mit dreißig verschiedenen Steuerarten auszuplündern, als ihm dieselbe Summe mit einer einzigen oder mit ganz wenigen, aber äußerst brutalen, Steuern abzunehmen; und es ist zugleich für die Bourgeoisie sehr viel leichter, ihre Steuermogeleien bei einem vielgestaltigen Steuersystem „durchzuführen als bei wenigen, dafür aber leichter kontrollierbaren Steuern. In beiden Beziehungen ist also das deutsche Steuersystem – vom Standpunkt der Bourgeoisie – nahezu musterhaft.

Man unterscheidet zwischen „Besitzsteuern“, d. h. solchen, die auf den industriellen Profit, auf den Kapitalzins oder auf die Grundrente gelegt sind, und den „Massensteuern“, die unmittelbar auf dem Arbeitseinkommen liegen. Zu diesen gehören die Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer, die Verbrauchssteuern und die Zölle; zu jenen die Steuern auf das Einkommen, Vermögen oder Erbe der Besitzenden.

Es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, daß die „Besitzsteuern“, die dem Reiche immerhin einen Jahresertrag von etwa zwei Milliarden bringen, wirklich von der besitzenden Klasse getragen würden. „Wahrhaft absurd aber ist es, zu behaupten, daß die Einkommensteuer die Arbeiter nicht berühre. In unserer heutigen Gesellschaftsordnung, wo sich Unternehmer und Arbeiter gegenüberstehen, hält sich die Bourgeoisie meist für eine höhere Besteuerung dadurch schadlos, daß sie die Löhne herabsetzt oder die Preise erhöht“, schreibt Marx im Jahre 1853 bei Behandlung des englischen Budgets. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Gerade weil [403] die Besitzsteuern auf Profit, Zins und Grundrente ruhen, d. h. auf den Formen, in denen der Mehrwert sich auf die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie verteilt, wird die Bourgeoisie immer danach trachten, sich für den Teil des Mehrwerts, den sie in Gestalt der Steuer an ihren Staat abtreten muß, durch die Steigerung der Mehrwertrate schadlos zu halten, was sie durch Senkung der Löhne, Steigerung der Preise, Verlängerung der Arbeitszeit oder Erhöhung des Ausbeutungsgrads der Arbeit erreichen kann. Wie weit ihr jeweils diese Abwälzung gelingt, das hängt in erster Linie von zwei Umständen ab: der Höhe der abzuwälzenden Besitzsteuern und der Widerstandskraft des Proletariats. Das Proletariat kann die Abwälzung nur in dem Maße vereiteln, wie es imstande ist, hohe Reallöhne und günstige Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Die Bourgeoisie aber fürchtet und haßt in den Besitzsteuern das Risiko ihrer Nichtabwälzbarkeit, sucht sie deshalb auf ein Minimum zu reduzieren und durch Massensteuern zu ersetzen, die das Proletariat unmittelbar treffen. Das ist der ganze Sinn der Steuerpolitik der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat.

Die Frage der Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit der Besitzsteuern erklärt auch einen Teil der Kämpfe der einzelnen Bourgeoisfraktionen untereinander. Die politischen Vertreter der Grundbesitzer wehren sich gegen jede Steuer, die auf die Grundrente gelegt wird, und kämpfen wie die Löwen um jede Bestimmung eines solchen Gesetzes, dessen Maschen sie so zu lockern suchen, daß sie unbesteuert durchschlüpfen können. Mit derselben Energie aber kämpfen die politischen Agenten der Industriellen gegen jede steuerliche Belastung ihres Gewerbes; gegen die Grundsteuer, die sie wenig trifft, haben sie nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Gewerbesteuer, während die Grundbesitzer umgekehrter Ansicht sind. Die Parteivertreter des Finanzkapitals wiederum kämpfen gegen alle Kapitalverkehrssteuern usw. Das Resultat dieser Fraktionskämpfe sind die Kompromisse, die von Zeit zu Zeit umgestoßen und geändert werden, je nachdem sich der Einfluß der einen oder der anderen Fraktion durchsetzt.

Auf diesem Gebiet der Kämpfe, einmal zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat und zweitens zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie, bewegt sich die „praktische Steuerpolitik“ der politischen Parteien. Auf diesem Gebiet leistet die Sozialdemokratie ihre „positive Arbeit“, indem sie sich auf den Standpunkt der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates stellt und eine Steuerpolitik macht, die von Marx und Engels als „bürgerlicher Sozialismus“ bezeichnet wurde. „Es ist das Wesen des bürgerlichen Sozialismus, die Grundlage aller Übel der „heutigen Gesellschaft aufrechterhalten und gleichzeitig diese Übel abschaffen zu wollen.“ (Engels: Zur Wohnungsfrage.) Die Sozialdemokratie will nicht an der kapitalistischen Ordnung und ihrem Staat rütteln; sie will nur noch gewisse „Reformen“ vornehmen, gewisse „soziale Härten“ beseitigen, gewisse „Ungerechtigkeiten“ ausgleichen.

Marx hat diese Art kleinbürgerlicher Steuerreformerei in einer Besprechung des Buches von Girardin: „Le socialisme et l’impôt“ vom Jahre 1850 behandelt (Nachlaß III, 434); seine Ausführungen sind gerade für die Kennzeichnung der sozialdemokratischen Steuerpolitik außerordentlich wichtig. Girardin hatte die Abschaffung aller Steuern vorgeschlagen bis auf eine einzige, die Kapitalsteuer, die er auch noch in eine „Versicherungsprämie“ verwandeln wollte. Marx schreibt dazu:

„Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller kleinbürgerlich-ökonomischen Reformer. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern.

[404] Die Steuerreform bezweckt entweder die Abschaffung traditionell überkommener Steuern, die der Entwicklung der Industrie im Wege stehen, wohlfeileren Staatshaushalt oder gleichmäßigere Verteilung. Der Bourgeois jagt dem chimärischen Ideal der gleichen Steuerverteilung um so eifriger nach, je mehr es in der Praxis seinen Händen entschwindet.

Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen[*)].

Die Steuer kann einzelne Klassen bevorzugen und andere besonders drücken, wie wir dies z. B. unter der Herrschaft der Finanzaristokratie sehen. Sie ruiniert nur die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren Stellung nicht erlaubt, die Last der Steuer einer anderen Klasse zuzuwälzen.

Das Proletariat wird durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt; die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit. In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschwellte Steuer als eine Form des Angriffs gegen das Privateigentum „dienen; aber selbst dann muß sie zu neuen, revolutionären Maßregeln weiter treiben, oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen.

[*)] Bei Behandlung des englischen Budgets sagt Marx: „Neben der Erbschaftssteuer und den Spiritusvorschlägen sind es die freihändlerischen Reduzierungen vieler Artikel, die die Minister als lockendsten Köder betrachten. Ladenbesitzer Hausfrauen und der kleine Mittelstand im allgemeinen werden sie wahrscheinlich laut willkommen heißen, ehe sie herausfinden, daß die Konsumenten vom Teezoll zum Beispiel nur einen ganz geringfügigen Nutzen haben werden, da der Profit der Kapitalisten und das Monopol der Produzenten dahin wirken wird, den größten Teil des Nachlasses zu verschlingen. Artikel im „People Paper“. 30.IV.1853.

Die Verminderung, die billigere Verteilung etc. etc. der Steuer, das ist die banale bürgerliche Reform. Die Abschaffung der Steuer, das ist der bürgerliche Sozialismus. Dieser bürgerliche Sozialismus wendet sich namentlich an die industriellen und kommerziellen Mittelstände und an die Bauern. Die große Bourgeoisie, die schon jetzt in ihrer besten Welt lebt, verschmäht natürlich die Utopie einer besten Welt."

Was Marx hier feststellt, ist kurz folgendes:

1. Der Streit um die Verteilung der Steuern, dieses Steckenpferd aller Steuerreformerei, berührt nicht die Grundlage der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das Verhältnis der Bourgeoisie als der ausbeutenden Klasse zum Proletariat als der ausgebeuteten Klasse. Es gibt dabei nur zwei untergeordnete Fragen: wie die „Besitzsteuern" auf die einzelnen Formen des Mehrwerts, Profit, Zins, Grundrente, verteilt werden, und wieweit es diesen einzelnen Teilen der Bourgeoisie gelingt, die Steuer auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Darüber haben wir schon oben gesprochen.

2. Während die Bourgeoisie von diesem Streit also im wesentlichen unberührt bleibt, werden die Mittelschichten ruiniert, die diese Steuer nicht abwälzen können. Ein Vorgang, den wir gegenwärtig wieder recht augenfällig vor uns haben (Winzer, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende).

3. Das Proletariat hat von dieser Steuerreformerei keinen Gewinn; jede neue Steuer wird entweder unmittelbar oder mittelbar auf das Proletariat abgewälzt; die Ermäßigung und selbst die Abschaffung der alten Steuern aber kommt nicht dem Proletariat zugute, weil sie in den Taschen der Kapitalisten stecken bleibt, also nicht den Arbeitslohn, sondern nur den [405] Profit erhöht[*)]. Um die Senkung oder Beseitigung einer Steuer für das Proletariat wirksam zu machen, bedarf es anderer Maßnahmen des politischen Kampfes.

4. Selbst die Steigerung der Besitzsteuern zu einem bewußten Angriff gegen das Privateigentum, wie sie das Proletariat in revolutionären Zeiten durchführen kann, führt nicht zum Ziel, sondern muß zu neuen revolutionären Maßnahmen weitergetrieben werden, zu direktem Eingriff in die Besitzverhältnisse, wenn sie nicht schließlich zu den alten Verhältnissen zurückgeführt werden soll.

Mit anderen Worten: der ganze Kampf um die Steuerfragen bleibt banale bürgerliche Steuerreformerei, wenn er nicht erweitert wird durch den revolutionären Angriff auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überhaupt, wenn er sich nicht gegen die kapitalistische Produktionsweise richtet und gegen den Staat der Bourgeoisie, der diese Produktionsweise sicherstellt. Von ihm gilt, was Engels bei der Betrachtung der Wohnungsfrage sagt: „Und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgendeine andere das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen, Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst" (Zur Wohnungsfrage).

Die Kommunisten führen den Steuerkampf nicht isoliert, als einzelne Kampfesfrage, sondern im Zusammenhang mit ihrem gesamten Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat. Sie benutzen die Steuerfragen und die Fragen des Etats, um die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu mobilisieren und in Kampfesfront zu stellen. Danach hat sich ihre gesamte praktische Arbeit in den Staats- und Kommunalparlamenten zu orientieren.

Ausgehend von unserer grundsätzlichen Stellung haben wir zu fordern:

1. Abschaffung aller die Massen unmittelbar belastenden Steuern. Wenn die Bourgeoisie ihren Machtapparat, Militär, Polizei, Zuchthäuser, Verwaltung usw. erhalten will, mag sie diese Ausgaben

[*)] Über „Die Abschaffung der Steuer sagt Marx ebenda: „Hinter der Abschaffung der Steuer verbirgt sich die Abschaffung des Staates" Die Abschaffung des Staates hat nur einen Sinn bei den Kommunisten als notwendiges Resultat der Abschaffung der Klassen, mit denen von selbst das Bedürfnis der organisierten Macht einer Klasse zur Niederhaltung der anderen wegfällt. In bürgerlichen Ländern bedeutet die Abschaffung des Staates die Zurückführung der Staatsgewalt auf den Maßstab von Nordamerika. Hier sind die Klassengegensätze nur unvollständig entwickelt; die Klassenkollisionen werden jedesmal vertuscht durch den Abzug der proletarischen Bevölkerung nach dem Westen: das Einschreiten der Staatsmacht, im Osten auf ein Minimum reduziert, existiert im Westen gar nicht. In feudalen Ländern bedeutet die Abschaffung des Staates die Abschaffung des Feudalismus und die Herstellung des gewöhnlichen bürgerlichen Staates."

durch eigene Steuern decken; das Proletariat muß sich weigern, die Maschine zu seiner Unterdrückung zu bezahlen.

2. Progressive Besitzsteuern für die Bestreitung aller Ausgaben in Staat und Kommune, soweit Steuern dazu erforderlich sind, wobei wir uns darüber klar sein müssen, daß diese Besitzsteuern auch nur in dem Maße nicht auf das Proletariat abwälzbar sind, als es der Abwälzung erfolgreich Widerstand zu leisten vermag durch den Kampf um die Reallöhne. Dieser Kampf aber geht ein in den großen Klassenkampf zwischen Unternehmer und Arbeiter, der unmittelbar revolutionäre Bedeutung hat.

[406] Dieser Standpunkt der Kommunisten ist im wesentlichen der Standpunkt des Erfurter Programms von 1891, wo es in Punkt 10 hieß: „Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu denken sind. Selbsteinschätzungspflicht, Erbschaftssteuer, stufenweis steigend nach dem Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen; welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern."

Friedrich Engels bemerkte dazu: „Hier würde ich sagen: ‚Progressive... Steuern für Bestreitung aller Ausgaben im Staat, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle etc. Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar respektive Motivierung."

In diesen Forderungen können wir uns weder beeinflussen lassen durch das sozialdemokratisch-bürgerliche Geschwätz über die „notwendige Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage", die natürlich niemals eine Steigerung der Besitzsteuern verträgt, noch durch die „Notwendigkeit der Balancierung des Etats", oder die Phrase „keine Ausgabe ohne vorherige Deckung". Auch der Hinweis, den die Sozialdemokraten belieben, auf die Notwendigkeit der Ausgaben für soziale und Bildungszwecke kann unsere Stellung nicht beeinflussen; dazu sollen die Besitzsteuern verwandt werden, bei denen wir ja die starke Progression fordern.

Es ist selbstverständlich, daß die Kapitalistenklasse die kommunistischen Anträge auf Beseitigung aller Massensteuern und Ersetzung, soweit Steuern überhaupt nötig, durch Besitzsteuern, ablehnen; und die Sozialdemokraten sind so gute Kapitalistenknechte geworden, daß sie dasselbe tun. Sollen nun die Kommunisten „darüber hinaus weitere Anträge stellen? Und wie sollen sie sich zu den bürgerlichen „Verbesserungsvorschlägen" verhalten?

Darüber besteht keine Unklarheit, daß wir allen Bestrebungen auf Senkung oder Beseitigung von Besitzsteuern eigene Anträge entgegenstellen, in denen Erhöhung und Ausbau der Besitzsteuern gefordert wird, während wir gleichzeitig die Beseitigung bestimmter Massensteuern beantragen, wobei es nur eine Angelegenheit der praktischen Agitation ist, daß wir natürlich gerade diejenigen Steuerarten wählen, die der Arbeiterklasse als besonders arbeiterfeindlich erscheinen.

Dürfen aber die Kommunisten, nachdem ihre Anträge auf völlige Beseitigung der Massensteuern gestellt und abgelehnt sind, Anträge auf Senkung dieser Steuern, auf Beseitigung bestimmter, besonders drückender Einzelheiten, Erleichterung bzw. Abschaffung gewisser Bestimmungen stellen? Ich nehme ein praktisches Beispiel: Anläßlich der vor kurzem erfolgten Ermäßigung der Umsatzsteuer haben die Kommunisten im Reichstag folgende Anträge gestellt: 1. Generalantrag: Völlige Beseitigung der Umsatzsteuer. 2. Eventualanträge für den Fall der Ablehnung von 1: a) Festsetzung der Umsatzsteuer auf 0,5 Prozent; b) Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer; c) Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer; d) Befreiung der Arzneimittel und ärztlichen Hilfeleistungen von der Umsatzsteuer; e) Befreiung des kleinbäuerlichen Eigenverbrauchs von der Umsatzsteuer. Die Anträge c und d waren gestellt, um den Massen den arbeiterfeindlichen Charakter der Umsatzsteuer an zwei konkreten Beispielen zu illustrieren; der Antrag b hatte den Zweck, die Millionen der Konsumvereinsmitglieder praktisch an dem Kampf gegen die Umsatzsteuer zu interessieren. Der Antrag e konnte uns in unserer Kleinbauernagitation [407] Gelegenheit geben, ausgehend von dem Steuersystem, das auch den Kleinbauern schwer bedrückt, die kleinbäuerliche Bevölkerung über den

Charakter des Bourgeoisstaats aufzuklären und gegen diesen Staat einzustellen. Der Antrag a endlich war gestellt worden, nachdem sich die SPD die Demagogie geleistet hatte, gegenüber dem ursprünglichen Regierungsvorschlag von 0,6 Prozent Umsatzsteuer einen eigenen Antrag auf 0,5 Prozent zu stellen, mit der Begründung, daß bei 0,6 Prozent die Differenz zu dem alten Satz so gering sei, daß sie sich nicht preisverbilligend auswirke; dann aber hatte die SPD sich mit der Regierung und ihren Parteien verständigt, daß sie dem neuen Regierungsvorschlag, den Satz auf 0,75 Prozent festzuhalten, keinen Widerstand entgegensetzen wollte. Die Kommunisten nahmen nunmehr den sozialdemokratischen Antrag auf und zwangen die SPD, vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie ihren eigenen Antrag kampflos geopfert hatte. Die Erledigung dieser Anträge war folgende: ärztliche und ähnliche Hilfeleistungen, Arzneimittel und Hilfsmittel wurden steuerfrei; alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Ein weiteres „Nebenprodukt“ unserer Angriffe war, daß sich die Sozialdemokratie, um unseren Angriffen wenigstens etwas entgegensetzen zu können, von der Regierung und ihren Parteien die Konzessionen machen ließ: Abschaffung der Salzsteuer (Ertrag etwa 7 Millionen) und Verschiebung des Termins für die hundertprozentige Friedensmiete vom 1. Juli 1926 auf den 1. April 1927. Wir waren allerdings so „undankbar“, der SPD vorzurechnen, daß sie für diese geringfügigen Konzessionen den Kapitalisten 20 Millionen aus der Fusionssteuer und 300 Millionen aus der Umsatzsteuer geschenkt hatte. In der Endabstimmung über den Regierungsvorsehlag haben die Kommunisten gegen den Steuersatz von 0,75 Proz. gestimmt mit der Begründung, daß die Senkung um 0,25 Proz. so gering ist, daß sie sich nicht im mindesten preisverbilligend auswirken kann.

Wie diese praktischen Beispiele zeigen, handelt es sich bei solchen Eventualanträgen um taktische Maßnahmen zur Erleichterung und Verbreiterung unseres Kampfes. Um anderes kann es sich im bürgerlichen Staat auch nicht handeln. Dann und wann werden wir, bei geschickter Ausnutzung der Schwächen der herrschenden Klassen, wirklich eine geringfügige Verbesserung erreichen. Sie sind für uns nach Lenins Wort „Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes“. „Wir sind in keiner Weise gegen Reformen ... Wir sind Anhänger eines Programms von Reformen, das auch gegen die Opportunisten gerichtet ist. Die Opportunisten wären nur froh, wenn wir ihnen allein den Kampf um die Reformen überlassen wollten“, schreibt Lenin im Oktober 1916 in dem Artikel zur Losung der „Abrüstung“, Solche Reformen können niemals, unter keinen Bedingungen, die Losung der proletarischen Revolution verdrängen oder abschwächen; im Gegenteil, sie bringen sie näher, erweitern die Basis für sie und ziehen neue Schichten der Massen in den Kampf. Die Bedeutung der Finanz- und Steuerfragen für die Partei des revolutionären Proletariats besteht darin, daß sie, zumal da sie regelmäßig wiederkehren, ein vorzügliches Mittel zur Mobilisierung der Massen gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihren Staat darstellen. [408]

*

AUS DER PARTEI

Propagandaarbeit in den Zellen

Von Walter

> xxx„Die Parteimitgliedschaft muß mit dem Bewußtsein erfüllt werden, daß durch theoretische Schulung der Partei die Voraussetzung für die revolutionäre Praxis und für die Überwindung der rechten und linken Abweichungen geschaffen wird. Die systematische theoretische Massenarbeit erhöht das Kraftbewußtsein der Partei, sichert ihre führende Rolle unter den Massen Die dringendsten Aufgaben auf diesem Gebiete sind:
> a) Die Organisierung einer jährlich stattfindenden Parteischule;
> b) die Verstärkung des Elementarunterrichts;
> c) besonderes Augenmerk auf die Propagandaarbeit in den Zellen.“
> (Aus der Resolution des Zentralkomitees vom 4. Juni 1926.)

Die Diskussion über die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive ist im großen und ganzen beendet. Es muß festgestellt werden, daß in seht vielen Ortsgruppen und Zellen diese Diskussion völlig ungenügend geführt wurde. Außer in Berlin und einigen anderen Großstädten kann von einer systematischen

Durcharbeitung der Partei nicht gesprochen werden. Es ist deshalb notwendig, der Frage der innerparteilichen Propagandaarbeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher, In den Delegiertenversammlungen, Mitglieder- und Zellenversammlungen zeigte sich, daß allmählich eine Erneuerung und Verbreiterung des Kaders der aktiven Parteiarbeiter geschieht. In verschiedenen Delegiertenversammlungen der Großstädte waren bis zu 50 Prozent Parteiarbeiter anwesend, die früher nicht an „diesen Veranstaltungen teilnahmen. Diese Genossen müssen systematisch geschult werden. Es kommt hinzu, daß ein Teil „der Parteimitglieder (in Berlin 25 Proz.) in Opposition zur Politik des ZK stehen. Es gilt, diese Genossen durch eine unermüdliche ideologische Arbeit zu gewinnen.

Diese Aufgabe kann nicht allein erfüllt werden durch Elementarkurse, sondern die Hauptarbeit ist zu leisten in den Zellen. In jeder Zellenversammlung und in jeder Mitgliederversammlung der Partei muß ein politisches Referat stattfinden, z. B, in Verbindung mit der Volksentscheidskampagne ist zu sprechen über die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage (Resolution des ZK vom 4. Juni), über die Politik der Regierung Marx, über die Erwerbslosenfrage, Gewerkschaftspolitik (Rationalisierung, Lohnpolitik, Wirtschaftsdemokratie, Industrieorganisation und Industrieverbände), das Wesen der bürgerlichen Demokratie, der Kampf um die Macht, die Politik der SPD und „des Zentrums. Bisher ist in den Zellen über diese Fragen wenig gesprochen worden. Das ist zum großen Teil zurückzuführen auf die ungenügende politische Führung der Zellenarbeit durch die Parteileitungen, insbesondere auf das Fehlen der Agitpropabteilungen. Die Agitpropabteilungen müssen regelmäßiger als bisher die Zellenobleute und Referenten zusammenrufen und instruieren. Das Material muß herausgegeben werden unter dem Gesichtswinkel der Verwendung in den Zellen. Die Zellenleitungen müssen in ihrem Arbeitsplan bestimmen, welche Fragen in den wöchentlichen Zellenversammlungen behandelt werden sollen. Es ist zweckmäßig, daß die Zellenleitung jedesmal zwei bis drei Genossen mit der Bearbeitung einer Materie beauftragt. Ein Genosse übernimmt das Referat. Dabei ist wichtig, [409] daß die Genossen nicht nur das vorhandene Material bearbeiten, sondern konkret prüfen, in welcher Weise diese betreffenden allgemeinen Fragen mit den besonderen Betriebsfragen verbunden werden müssen. Die Agitpropkommissionen der Zelle oder die Zellenleitung müssen nach dem Referat Stellung nehmen, um die Erfahrungen auszuwerten für die weitere Arbeit. Die Anwendung dieser Methode ist notwendig zur Erziehung der Parteiarbeiter. Die Zellenmitglieder werden viel aktiver an der Diskussion teilnehmen, wenn ein Zellenmitglied referiert, als wenn eine „große Kanone“ kommt. Sehr oft ist das Referat des Zellenmitglieds auch insofern besser weil der Genosse die allgemeinen Fragen lebendiger mit den konkreten Aufgaben der Zelle verbindet. Wenn so eine systematische innerparteiliche Propagandaarbeit durchgeführt wird, dann kann es nicht vorkommen, daß größere Teile der Parteimitgliedschaft eine falsche Auffassung über die politische Linie der Partei haben. Z. B. versuchten mich gute Parteigenossen davon zu überzeugen, daß die Partei völlig eingestellt sei auf die Stabilisierung des Kapitalismus. Die Genossen waren einigermaßen erstaunt, als ich ihnen auf Grund der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive und des Zentralkomitees eine andere Beurteilung der Lage mitteilte. Ein anderer Genosse erklärte, daß er für die verstärkte Kleinarbeit und Gewerkschaftsarbeit und auch für absolute Einhaltung der Parteidisziplin sei, aber er wolle nicht mit dem ZK zu den Reformisten gehen. Diese Äußerung zeigt, daß in der betreffenden Parteiorganisation die Fragen der täglichen Kleinarbeit nicht genügend mit den politischen Aufgaben der Partei verbunden worden sind. Die Genossen sehen nicht die Linie der Partei, sondern nur bestimmte Teile der täglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Das ist eine große Gefahr. So richtig und notwendig es ist, noch mehr als bisher die Genossen auf die tägliche Kleinarbeit im Betriebe hinzuweisen, so notwendig ist es aber auch, diese Arbeit mehr als bisher mit den politischen Aufgaben zu verbinden. Das ist deshalb notwendig, um die Frage des Weges zur Macht den Arbeitern klar zu beantworten. Wenn z. B. die „Metallarbeiterzeitung“ schreibt, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Wirtschaftsdemokratie nicht möglich sei, sondern erst nach der Veränderung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft, aber die Frage, wie wir zum Sozialismus kommen, nicht beantwortet, wenn in den Gewerkschaftszeitungen geschrieben wird, daß die Arbeiter sich innerhalb des Kapitalismus wirtschaftliche Machtpositionen erobern müssen (Arbeiterbank, Produktivgenossenschaften usw.), so ist es notwendig, eine klare Antwort zu geben. Das haben wir bisher sehr wenig getan, und es ist

erklärlich, daß sogar ein Teil guter Parteigenossen daraus falsche Schlußfolgerungen zieht.

Diese innerparteiliche Propagandaarbeit ist wichtig zur Verhinderung opportunistischer Abweichungen. Bei Anwendung der Einheitsfronttaktik am 1. Mai, in unserer Kommunal- und Betriebsrätepolitik können wir katastrophale opportunistische Abweichungen beobachten, weil ein Teil – sogar leitender Funktionäre – sich nicht über die politische taktische Linie der Partei klar ist.

Wie notwendig diese systematische Propagandaarbeit ist, zeigt z. B. die Fürstenenteignungskampagne. Ein Teil der Genossen konnte nicht verstehen, daß die Partei zu Beginn der Kampagne nur sehr wenig schrieb über die Perspektive in der Kampagne. Die Partei leistet nur Agitation und Propagandaarbeit nach außen, aber nicht innerhalb der Partei. Sie zeigte den Parteigenossen nicht den Weg und die Perspektive, sondern nur den nächsten Schritt. Die Folge war ein gewisses Mißtrauen eines Teiles der Parteigenossen, die eine Abweichung der Partei zum Nur-Parlamentarismus befürchten. Dasselbe ist in der Erwerbslosenfrage. Die Partei hat eine Kampagne geführt, um die Gewerkschaften zu zwingen, den Kampf um die Interessen der Erwerbslosen zu führen. Ein Teil der Genossen wurde ungeduldig, weil er nur geringe Erfolge sah. Eine Bezirksleitung der Partei gab ein Rundschreiben heraus, worin der nächste Schritt in der Erwerbslosenkampagne festgelegt war, aber zugleich die Perspektive (Veranstaltung eines rheinischen Erwerbslosenkongresses mit Betriebsarbeitern) gezeigt [410] wurde Die Folge war, daß die Genossen eine größere Aktivität entwickeln konnten, weil sie sich klar waren über die gesamte Linie der Partei. So führt diese innerparteiliche Propagandaarbeit zu einer Steigerung der Initiative der unteren Organe und jedes einzelnen Parteimitglieds. Die Unsicherheit, die Schwankungen, die Gefahr, daß die Genossen Opfer ultralinker oder rechter Demagogie werden, wird auf ein Minimum reduziert. Leider haben 90 Prozent der Parteileitungen die Bedeutung dieser innerparteilichen Propagandaarbeit noch nicht begriffen. Die Folge ist, daß nicht alles getan wird zur ideologischen Beeinflussung der Arbeiter, die noch in Opposition zum ZK stehen, und daß die Verbreiterung des Funktionärkörpers vernachlässigt wird, Es ist selbstverständlich, daß in Verbindung mit einer gründlichen Propagandaarbeit auch die Möglichkeit geschaffen wird, jene Genossen zur Parteiarbeit heranzuziehen, die mit gewissem Mißtrauen der Politik des ZK gegenüberstehen. Dieses Mißtrauen kann im Prozeß der Arbeit beseitigt werden. Es wird sich dabei zeigen, daß einige Genossen, denen bestimmte Funktionen übertragen werden, die Durchführung verweigern, weil sie die Zersetzungsarbeiten der Partei für wichtiger „halten. Über jeden einzelnen derartigen Fall muß die Parteileitung die Parteimitgliedschaft informieren, um mit Hilfe der Mitgliedschaft diese Zersetzungsarbeit zu unterbinden.

RUNDSCHAU

Internationale Politik

Im Vordergrund der internationalen Politik steht der neue schwere englisch-russische Konflikt. Die konservative Regierung Englands sieht in Sowjetrußland die Quelle aller Schwierigkeiten, die die englische herrschende Klasse daheim und in den Kolonien hat. Eine Zeitlang war trotzdem die antirussische Aktivität der englischen Konservativen etwas abgeschwächt. Charakteristisch war in diesem Sinne die Reise der vier konservativen Unterhausmitglieder nach Rußland und der relativ sowjetfreundliche Bericht, den sie vor einigen Wochen in der englischen Presse veröffentlichten. Der Ausbruch des englischen Generalstreiks hat nun aber bei den englischen Konservativen wieder die leidenschaftlichste Feindschaft gegen Sowjetrußland ausgelöst. Es scheint, daß eine Gruppe innerhalb der englischen Regierung den sofortigen Bruch mit Rußland wünscht. Dazu gehören die Hauptscharfmacher Churchill, Birkenhead und Johnson Hicks. Baldwin und Chamberlain sind etwas vorsichtiger. Die Aktion steigerte sich von der ersten englischen Protestnote wegen der Geldsendungen der russischen Gewerkschaften zu dem Beschluß gegen die russische Handelsvertretung in London, und endlich zu den unerhört provozierenden Reden von Churchill und Birkenhead.

Der englisch-russische Konflikt ist für das Weltproletariat darum bedeutsam, weil er sich restlos auf der Klassenfront abspielt. England greift die Sowjetregierung nicht etwa wegen irgendwelcher staatspolitischer Interessengegensätze an, sondern Englands Vorwurf besteht darin, daß die Arbeiter Sowjetrußlands materiell die englischen Arbeiter unterstützen. Die Aktion der englischen Konservativen

ist ein Stück internationaler kapitalistischer Offensive gegen das internationale Proletariat.

*

Die Fortdauer des britischen Bergarbeiterstreiks zeigt die beispiellose Kampfkraft und Entschlossenheit von einer Million Arbeiter. Aber zu gleicher Zeit zeigt sich, daß die rechten Führer bisher in der Lage waren, jede ernsthafte Hilfe der Eisenbahner und Transportarbeiter für die Bergleute zu verhindern. Die ausländische Streikbrecherkohle wird ohne viel Widerstand der Arbeiter in den englischen Häfen ausgeladen und von den englischen Eisenbahnen befördert. Ebenso haben die Bergarbeiter-Internationale und überhaupt die Amsterdamer Internationale bei dieser Gelegenheit elend versagt Vor dem Weltproletariat steht um so dringlicher die Aufgabe, die Gewerkschaftseinheit zu erkämpfen und die Gewerkschaften zu internationalen Klassenkampforganen auszubauen. Es wäre der größte Fehler, wenn man die Erfahrungen des englischen Streiks dahin auslegen wollte, daß nunmehr die Kampagne für die Gewerkschaftseinheit gegenstandslos sei. Ganz im Gegenteil. Die Anstrengungen zur Herstellung der internationalen gewerkschaftlichen Einheitsfront müssen verdoppelt werden.

*

Die englische Bourgeoisie sucht sich bei ihrem Konflikt mit Sowjetrußland naturgemäß [411] Verbündete. Die letzten Wochen haben eine reue Annäherung der englischen und französischen Diplomatie gebracht. So gingen beide Regierungen in Marokko zusammen gegen Italien. Ebenso hat die englische Aktion gegen Rußland in der französischen Regierungspresse starke Sympathie erweckt. In Frankreich ist jetzt eine starke Rechtsregierung im Werden, deren Aufgabe es sein wird, den Franken auf Kosten des Proletariats und der Mittelschichten zu stabilisieren. Die französische Bourgeoisie kann diese Aufgabe ohne die finanzielle Hilfe des englisch-amerikanischen Kapitals nicht lösen. Hier liegt ein neues Moment der Annäherungsfrage an die anglosächsischen Mächte. Es ist durchaus möglich, daß auch die kommende Regierung einen scharfen antirussischen Kurs verfolgt.

*

Die deutsche Außenpolitik ist zurzeit durch die Schwankungen des Völkerbundes etwas verwirrt. Herr Stresemann hatte alles auf die Karte von Genf gesetzt. Das Unvermögen Deutschlands, in den Völkerbundsrat zu kommen und die Völkerbundskrise, die von Brasilien und Spanien eingeleitet wird, haben zunächst die deutsche Außenpolitik durchkreuzt. Daß trotzdem die herrschende Klasse an keine Ostorientierung ernsthaft denkt, zeigt das Schicksal des deutschen 300-Millionen-Kredits für den Export nach Rußland. Die Sabotage des deutsch-russischen Exportgeschäfts durch die Großbanken Berlins geschieht selbstverständlich im Einvernehmen mit England. Bei neuen Versuchen der westlichen Kapitalisten, Sowjetußland zumindestens wirtschaftlich einzukreisen, wird die deutsche Bourgeoisie nicht fehlen.

*

Es scheint also, als ob eine neue. Periode der internationalen kapitalistischen Offensive gegen Sowjetrußland einsetzt. Damit gewinnt die Losung „Hände weg von Sowjetrußland!“ für das Gesamtproletariat, auch für das deutsche Proletariat, aktuelle Bedeutung. Zwar ist der Völkerbund zurzeit so lahmgelegt, daß er als Instrument für die antibolschewistische Offensive kaum in Frage kommt, obwohl Ententepolitiker vom Stile Paul Boncours den Artikel 16 des Völkerbundsstatuts möglichst schnell in Funktion bringen wollen.

Daß Piłsudski als neuer Machthaber Polens für jede antirussische Kombination zu haben ist, darüber herrscht kein Zweifel. Nur die ungeheure innerpolitische Zerrüttung Polens und die Krise der polnischen Wirtschaft sind die Hindernisse für eine Abenteurerpolitik der Piłsudski-Regierung.

Eine Sonderpolitik gegenüber den englisch-französischen Tendenzen verfolgt zurzeit Mussolini. Er bemüht sich, die Marokko-Frage erneut aufzurollen, um auf einer neuen internationalen Marokko-Konferenz Zugeständnisse für Italien erpressen zu können. Mussolini versucht die Führung der Kleinen Entente an sich zu reißen. Die Bedrohung der Türkei durch die italienischen Eroberungspläne hat ja wesentlich dazu beigetragen, daß die türkische Regierung in der Mossulfrage vor England

zurückwich. Mustafa Kemal wollte sich den Rücken für den Fall eines italienischen Angriffs frei halten.

*

Sehr wichtige innerpolitische Veränderungen vollziehen sich in der Tschechoslovakei. Der Zollkampf hat nicht nur eine Einheitsfront der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nationalität zustande gebracht, sondern auf der anderen Seite sehen wir die offene Verbrüderung zwischen der tschechischen Bourgeoisie und den deutschen Agrariern und Kapitalisten der Tschechoslovakei. Die tschechisch-nationale Koalition, die seit Gründung des tschechoslovakischen Staates die Regierung führte, ist zersprengt. Die tschechische Bourgeoisie versucht jetzt abwechselnd mit zwei Mehrheits-Kombinationen zu regieren: entweder tschechisch-bürgerliche plus deutsch-bürgerliche oder tschechische Bourgeoisie plus tschechische Sozialisten. Die Führer der sozialistischen Parteien in der Tschechoslovakei sind zwar zu einem entschlossenen Oppositionskampf auf die Dauer nicht geneigt. Sie streben die Rückkehr zur Regierungskrippe an, aber die Massen sind in mächtiger Gärung, und die Einheitsfrontbewegung, die von der Kommunistischen Partei der Tschechoslovakci eingeleitet wurde, hat bedeutsame Erfolge erzielt. Auch in der Tschechoslovakei ist es die Gewerkschaftseinheit, die vielleicht die dringendste Tagesaufgabe des Proletariats darstellt. Gelingt es, die werktätigen Massen der Tschechoslovahei einheitlich zusammenzufassen, so steht die Machtübernahme durch das Proletariat unmittelbar bevor. Denn heute gibt es in der Tschechoslovakei vier getrennte Gewerkschaftszentralen mit je 200.000 Arbeitern. Eine einheitliche Macht von 800.000 Arbeitern wäre im Rahmen dieses verhältnismäßig kleinen Staates unüberwindlich. A. R o s e n b e r g.

*

Technik

Wenn wir unter dieser Rubrik über Fortschritte in der technischen Entwicklung und ihre praktische Anwendung im Produktionsprozeß berichten, so soll das unter folgenden Gesichtspunkten geschehen:

1. Sind Änderungen im Produktions- und Arbeitsprozeß? Welche Konsequenzen ergeben sich für den Lebessstandard und die organisatorische Macht der Arbeiterklasse?

2. Wird auf Grund dieser Veränderung der Produktivkräfte das ökonomische Machtverhältnis zwischen verschiedenen kapitalistischen Gruppen und Produktionszweigen im nationalen und internationalen Rahmen herbeigeführt?

3. Was bedeutet die technische Veränderung für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht in ihren Händen hat? [412]

Elektrizität

Die Schwachstromtechnik begann mit der Erfindung der Siemensschen Telegraphen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Durch sie entwickelte sich unser modernes Signal- und Beleuchtungswesen, schließlich die Radiotechnik.

Von ganz anderer Bedeutung, die nationalen und internationalen ökonomischen Machtverhältnisse umwälzend, war die Entwicklung der Starkstromtechnik, die Ermöglichung der zentralen Erzeugung elektrischer Energie und ihrer beliebigen Verteilung durch die Fernübertragung. Im Jahre 1880 wurde der erste brauchbare Elektromotor vorgeführt, 1885 trat der chemische Akkumulator für Gleichstrom auf und der Transformator für Wechselstrom. Durch den letzteren wurde die Fernübertragung auf weite Strecken (20 bis 600 km) erst ermöglicht. 1891 feierte die elektrische Fernübertragung ihren ersten Triumph (175 km von Lauffen a. d. N. nach Frankfurt a. M.). Um die Jahrhundertwende zeigten dann die Siemensschen Schnellbahnversuche glänzende praktische Ergebnisse (200 km pro Stunde). Die Dampfkraft, auf der Kohle fußend, die die Umwälzung von der handwerklichen und kleinen Warenproduktion zur industriellen kapitalistischen Produktionsweise herbeigeführt hatte, zwang zur Zentralisation der Industrie in der Umgebung der Kraftquellen, also der Kohlenlager. Eine Dezentralisation war damals – in beschränktem Umfange – nur durch den Explosionsmotor möglich. Durch

die elektrische Fernübertragung tritt eine Revolutionierung der ökonomisch-gesellschaftlichen Verhältnisse cm, der Industrie ist jetzt die Möglichkeit gegeben, sich über das ganze Land auszudehnen, mit Ausnahme jener Industrien, die die größten Strommengen verbrauchen (elektrochemische Industrie, Aluminium-, Stickstoffwerke). Letztere Industrien müssen sich ihren Standort der hohen Leitungskosten wegen auch jetzt noch möglichst in der Umgebung der Kraftquelle suchen. Schon heute stehen die meisten Energiequellen Deutschlands durch 100.000-Volt-Leitungen miteinander in Verbindung, geplant ist ein 200.000-Volt-Netz, das die Verbindung sämtlicher deutscher Krafterzeugungs- und Verbrauchsgebiete untereinander ermöglichen wird. Durch diese Dezentralisation der Industrie hinsichtlich des Standortes und durch die Zentralisation hinsichtlich der Energieerzeugung wurden ungeheure neue Energiequellen erschlossen. Die Braunkohle war bisher nur bis zu einem Umkreis von 100 km über ihren Erzeugungsort hinaus mit der Steinkohle wettbewerbsfähig gewesen (hohe Transportkosten des hohen Wassergehalts wegen); ihr Anwendungsbereich war demnach sehr beschränkt. Durch die Umwandlung in elektrische Energie am Gewinnungsort der Braunkohle und ihre elektrische Übertragung wurde sie eine der Steinkohle gleichwertige und zum Teil überlegene Kraftquelle, und die Produktion an Braunkohle stieg von Jahr zu Jahr (Deutschlands Förderung 1914: 84 Millionen t, 1919: 93 Millionen t, 1922: 137 Millionen t).

Die Wasserkraft war schon vor Erfindung der Dampfmaschine von Bedeutung gewesen; sie war zu jener Zeit die einzige mechanische Antriebskraft. Da man sie aber nur durch Wasserräder ausnutzen konnte, wurde die Industrie dadurch an Flußläufe gebunden. Die Elektrizität machte mit einem Schlage sämtliche Wasserkräfte für die industrielle Erzeugung mobil, die Produktion wird nicht nur unabhängig von der Steinkohle, sondern von der Kohle überhaupt. Die Länder mit großen Wasserkräften (Gebirgen) und geringen Kohlenvorräten erleben einen industriellen Aufschwung und treten als Konkurrenten der alten Industrieländer auf dem Weltmarkt auf. Einige Zellen sollen die Rolle der Wasserkraft in der Weltwirtschaft erläutern: In England, Italien, der Schweiz, Deutschland und Frankreich zusammengenommen entfiel 1918 auf Dampfkraft 59 Proz., auf Wasserkraft 34 Proz. der gesamten erzeugten Energiemenge. Trotzdem sind in Europa erst 7,5 Millionen Kilowatt Wasserkräfte ausgebaut, während 96 Millionen Kilowatt ausbaufähiger Wasserkräfte vorhanden sind! Auf der ganzen Erde sind 18 Millionen Kilowatt ausgebaut, dagegen sind

274 Millionen ausbaufähig. Aus diesen 274 Millionen Kilowatt könnten ein- bis zweitausend Milliarden Kilowattstunden jährlich erzeugt werden (je nach der täglichen Betriebsdauer von etwa 12 bis 24 Stunden). Aus der jährlichen Weltkohlenförderung (Steinkohle und Braunkohle) können dagegen, wenn man sie insgesamt zur Energieerzeugung verwenden würde, nur 860 Milliarden Kilowattstunden erzeugt werden. Daraus läßt sich eines mit Bestimmtheit schließen, nämlich daß die Menschheit in etwa vier bis fünf Jahrzehnten nur noch in ganz beschränktem Umfange die Kohle zur Energieerzeugung verwenden wird; man wird sie vielmehr als chemischen Rohstoff ansehen, vorausgesetzt allerdings, daß es in diesem Zeitraum gelingt, die Grundlagen zum Ausbau der sozialistischen Weltwirtschaft zu legen. In den Vereinigten Staaten sind bereits jetzt 7 Millionen Kilowatt installiert, d. i. soviel wie in ganz Europa zusammengenommen oder zwei Fünftel der auf der ganzen Erde installierten Wasserkräfte. In Kanada z. B. sind 97 Proz. der erzeugten Energiemengen aus Wasserkraft gewonnene Energie! Gegenüber der mit Dampf betriebenen Industrie hat heute aber die elektrifizierte Industrie einen ungeheuren privatwirtschaftlichen Vorsprung. Ihre Erzeugungskosten liegen, je nach dem Anteil der Energiekosten an den gesamten Selbstkosten, um 40 bis 20 Proz. niedriger als die Selbstkosten der auf Dampfkraft fußenden Industrie. So hat kürzlich ein englischer Industrieller für den Fall der Elektrifizierung der dortigen Textilindustrie eine Erniedrigung der Selbstkosten um 20 Prozent berechnet. Der billige Preis der elektrischen Energie ist erstens bedingt durch Wasserkraft als Erzeugungsgrundlage, zweitens, besonders im Fall der Dampfkraftwerke, durch die Größe bzw. Erzeugungsfähigkeit der betreffenden Zentrale. In den Vereinigten Staaten sind beide Bedingungen vorhanden, bzw. geschaffen worden. Infolgedessen kostet in den Vereinigten Staaten für Großabnehmer der Strom 1,9 Pfennig pro Kilowattstunde, während [413] deutsche Großabnehmer zirka 7 Pfennig pro Kilowattstunde bezahlen müssen.

Die ungeheure Ausdehnung der elektrochemischen Industrie wird durch die Erschließung der

Wasserkräfte überhaupt erst in vollem Umfange ermöglicht, so z. B. die Kalkstickstoffindustrie, die Aluminium- und Magnesiumproduktion und mit dieser die weitgehende Einführung der Leichtmetalle in die Industrie bei gleichzeitiger Verdrängung der Schwermetalle (Flugzeugindustrie). Man versteht also ohne weiteres die Worte von Dr. Deutsch in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung der AEG:

„Wir sind (trotz der Wirtschaftskrise, d. V.) für das Gebiet der Elektrotechnik außerordentlich zuversichtlich. Die Elektrifizierung der Welt schreitet in beschleunigtem Tempo vorwärts und gerade in Deutschland liegen auf diesem Gebiet sehr große Aufgaben in naher Zukunft."

Die Entwicklung würde noch viel schneller in dieser Richtung fortschreiten, wenn nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung ein Hindernis für die Entfaltung dieser Produktivkräfte wäre. Denn der Ausbau der Wasserkräfte erfordert einmalige große Kapitalanlagen, dafür sind dann später die laufenden Betriebskosten sehr gering; es ist also eine Kapitalanlage auf lange Sicht, und diese wagt man heute nicht, oder wenigstens nur dann, wenn es sich um Wasserkräfte mit großen Gefällestufen handelt, deren Ausbau besonders billig zu stehen kommt. Auch das Kohlenzechenkapital ist ein Feind der aufstrebenden Wasserkraftkonkurrenz.

*

Die Auswirkungen dieser technischen Tatsachen sollen noch betrachtet werden.

Eine Mechanisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses, wie sie in den Ford-Betrieben z. B. angewandt wird, ist niemals nur mit Hilfe von Dampfkraft, Explosionsmotor und Transmissionen zu erzielen; in der Mehrzahl der Produktionsstadien des Fordautos und Traktors ist der elektrische Einzelantrieb der Werkzeugmaschinen oder kleiner Gruppen von Maschinen, sowie der Antrieb der Transportbänder und sonstigen Conveyor die Grundlage für die Fordsche Betriebsorganisation, d. h. also auch die Grundlage für die größte bisher in der kapitalistischen Wirtschaft erreichte Ausbeutung der Arbeitskraft. In einer sozialistischen Wirtschaft bedeutet diese Rationalisierung, entsprechend der anders gearteten Durchführung, starke Verkürzung der Arbeitszeit auf vier bis sechs Stunden (je nach dem Arbeitstempo). Heute zielt diese Mechanisierung bewußt auf Ausschaltung der gelernten Arbeitskraft und auf Anstellung ungelernter Arbeiter hin. Das wirkt sich aus in scharfem Lohndruck, in der Möglichkeit, stets auf die Teile der industriellen Reservearmee zurückgreifen zu können, die für den geringsten Lohn zu arbeiten bereit sind, bereit sein müssen. Es bedeutet ferner, besonders in den Vereinigten Staaten, die Ausschaltung und Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation.

Neben die großen finanzkapitalistischen Mächte der Großbanken und der Montanindustrie treten mit der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft als schließlich bedeutendste finanzkapitalistische Gruppe die Elektrizitätskonzerne. In Deutschland tritt die AEG als selbständige Finanzgruppe auf, in jüngster Zeit immer mehr unter amerikanischen Einfluß geratend (General Electric Comp., National City Bank). Der Siemens-Konzern arbeitet dagegen unter Anlehnung an die Deutsche Bank (Dillon, Read & Co.), an der er aber seinerseits maßgebend beteiligt ist. Die Entwicklung drängt zum Zusammenschluß dieser beiden Konzerne. Während Dr. Deutsch als Vorsitzender des Direktoriums der AEG sich bereits dafür einsetzt, besteht beim Siemens-Konzern noch Abneigung gegen diesen Plan, zum Teil infolge des Familiencharakters dieses Unternehmens. Die Elektrizitätskonzerne bilden die stärkste Stütze der politisch-organisatorischen Kräfte der Bourgeoisie. Das Bestreben der Elektrizitätskonzerne geht dahin, sich vor Streiks der Bergarbeiter der Kohlengebiete und in der Elektrizitätserzeugung selbst dadurch zu sichern, daß sie die 200.000-Volt-Leitung zur Verbindung der wesentlichen deutschen Elektrizitätserzeugungsgebiete bauen, um, so ein Produktionsgebiet mit dem anderen verbindend, eine Unterbrechung in der Elektrizitätsversorgung unmöglich zu machen.

Im Kampf der finanzkapitalistischen, imperialistischen Mächte um den Weltmarkt spielt die Elektrifizierung die wichtigste Rolle. Die Verringerung der Selbstkosten und die kapitalistische, planmäßige Organisation der Produktion durch die Elektrifizierung verstärkt in ausschlaggebender Weise die Stoßkraft dieser Mächte. Die Stärke der Vereinigten Staaten und Kanadas wurde schon erwähnt. Japan ist eifrig am Ausbau seiner Wasserkräfte, die in den letzten Jahren auf über 1,5 Millionen

Kilowatt vermehrt wurden (1 Million Kilowatt Wasserkraftwerke, eine halbe Million Dampfkraftwerke). In England wurde eine besondere staatliche Kommission mit besonderen Vollmachten eingesetzt, die die Vereinheitlichung des Leitungsnetzes durchsetzen soll gegenüber allen Widerständen der Privatkraftwerke. Weiter soll diese Kommission die Elektrifizierung der Eisenbahnen vorbereiten; die hierzu nötigen großen Kraftwerke sollen dann die Grundlage bilden für die Elektrifizierung und Versorgung der umliegenden Industriegebiete. Italiens Erzeugung stieg von 2 Milliarden Kilowattstunden (vor dem Krieg) auf rund 8 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1925. Darauf baut sich eine große elektrochemische Industrie auf, die Italien vom Ausland unabhängig macht, ebenso eine bedeutende Kunstseidenindustrie (im Kriegst alle die Grundpfeiler einer Sprengstoff- und Giftgasindustrie). Frankreich ist ebenfalls in raschem Tempo mit dem Ausbau seiner alpinen Wasserkräfte beschäftigt. Die größten Wasserkräfte der Welt, mit deren Ausbau begonnen ist, stehen der Sowjetunion zur Verfügung. Sibirien besitzt 70 Millionen Kilowatt, d. i. ein Viertel der vorhandenen ausbaufähigen Wasserkräfte der [414] ganzen Welt. Sibirien hat also durch diesen Energievorrat, im Verein mit seinen riesigen Rohstoffvorräten, besonders an Kohlen- und Eisenerzen, und der Möglichkeit einer intensiven landwirtschaftlichen Produktion eine große Zukunft. Damit ist aber der Sieg der Sowjetunion über die einzig ebenbürtige kapitalistische Weltmacht, die Vereinigten Staaten, auch materiell auf die Dauer gesichert. Der Ausspruch Lenins: „Sowjet-System + Elektrifizierung = Kommunismus“ ist bereits zum geflügelten Wort geworden.

Auf diesem Gedanken baut sich der Elektrifizierungsplan der Sowjetunion auf, der die stärksten Kräfte zur raschen Industrialisierung des Sowjetreiches mobilisiert und die technischen Voraussetzungen zur Lösung eines seiner Grundprobleme schafft: der Verbindung der bäuerlichen Genossenschaften mit der Staatsindustrie und der Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land.

O. Stetter.

LITERATUR

Der erste Band des Marx-Engels-Archivs

Marx-Engels-Archiv. Zeitschrift des Marx-Engels-Instituts in Moskau, herausgegeben von D. Rjasanow. 1. Band. Marx-Engels-Archiv Verlagsgesellschaft Frankfurt a. M. 549 S. Preis geb. 12 Mark.

Der erste Teil des Marx-Engelsschen Jugendwerks über die „Deutsche Ideologie“ ist im 1. Band des Marx-Engels-Archivs (Deutsche Ausgabe) erschienen. Die überragende Bedeutung dieses Quellenwerks für das Studium der Entwicklung des historischen Materialismus läßt es begreiflich erscheinen, wenn die vorliegende Besprechung sich auf das Werk von Marx und Engels beschränkt und den sonstigen Inhalt des Archivs nur andeutungsweise behandelt.

Die vom Herausgeber (D. Rjasanow) veröffentlichten Stücke bilden den ersten, vornehmlich Feuerbach gewidmeten Teil der „Deutschen Ideologie“.

An dieser Stelle soll nur das Nötigste zur Orientierung vom Gesichtspunkt des praktischen Materialisten, d. h. des Kommunisten, angeführt werden.

Dabei ist selbstverständlich nicht die vernichtende Kritik, der die junghegelschen Phraseure unterzogen werden, sondern die positive Ausführung der materialistischen Geschichtsauffassung von der größten Bedeutung. Das Studium der „Deutschen Ideologie bietet in dieser Beziehung dem Kommunisten, der sein materialistisches Weltbild vertiefen und ergänzen will, eine unerschöpfbare Quelle von Belehrung und Anregung. Voraussetzung des Studiums ist allerdings, daß der Leser mit den schon bisher zugänglichen Hauptschriften von Marx und Engels über historischen Materialismus gründlich vertraut sei.

Vor allem für das Problem der Beziehungen zwischen Natur und Mensch, Natur und Gesellschaft, das in den marxistischen Diskussionen der letzten Jahre eine bedeutende Rolle gespielt hat, bietet das Manuskript ganz neues, in den anderen Schriften von Marx und Engels nicht auffindbares Material. Genosse Deborin hat schon aus einem entscheidenden Absatz des Marx-Engelsschen Manuskripts zu

einer Zeit, wo uns das Werk noch nicht zugänglich war, den wichtigen Satz zitiert:

„Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschen abgeteilt werden."

Leider hat er vergessen, die betreffende Stelle vollständig zu zitieren. Es folgt nämlich der Satz:

„Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig."

(Marx-Engels-Archiv, Bd. 1. S. 237.)

Gerade diese gegenseitige Bedingtheit werden Marx und Engels nicht müde zu wiederholen. In immer neuen Wendungen kommen sie auf diesen Punkt zurück. Nirgends wird die Bedeutung des, historischen Materialismus für die E r k e n n t n i s t h e o r i e so scharf hervorgehoben, wie in der philosophischen Abrechnung mit Feuerbach.

„Er (Feuerbach) sieht nicht, wie die (den Menschen) umgebende sinnliche Welt nicht ein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding ist, sondern das Produkt der Industrie und des Gesellschaftszustandes und zwar in dem Sinne, daß sie das Resultat, Produkt der Tätigkeit einer ganzen Reihe von Generationen ist, deren jede auf den Schultern der vorhergehenden stand, ihre Industrie und ihren Verkehr weiter ausbildete, ihre soziale Ordnung nach den veränderten Bedürfnissen modifizierte. Selbst die Gegenstände der einfachsten ‚sinnlichen Gewißheit' (z. B. ein Kirschbaum) sind ihm nur [415] durch die gesellschaftliche Entwicklung, die Industrie und den kommerziellen Verkehr gegeben." (S. 242.)

Indem Marx den simplistischen Naturalismus von Feuerbach widerlegt, betont er gleichzeitig:

„allerdings bleibt dabei die P r i o r i t ä t d e r ä u ß e r e n N a t u r bestehen und allerdings hat dies alles keine Anwendung auf die ursprünglichen, durch generatio aequivae erzeugten Menschen, aber diese Unterscheidung hat insofern Sinn, als man den Menschen als von der Natur unterschieden betrachtet. Übrigens ist diese, der menschlichen Geschichte vorhergehende Natur, die heutzutage, ausgenommen etwa auf einzelnen australischen Koralleninseln neueren Ursprungs, nirgends mehr existiert, also auch für Feuerbach nicht existiert." (S. 243.)

Klar und deutlich geht aus der ganzen Argumentation hervor, daß der historische Materialismus auch auf die Probleme der E r k e n n t n i s angewendet werden muß. Feuerbach

„kommt nie dazu, die sinnliche Welt als die gesamte, lebendige, sinnliche Tätigkeit der sie ausmachenden Individuen aufzufassen und ist daher gezwungen, wenn er z. B. statt gesunder Menschen einen Haufen skrofulöser, überarbeiteter und schwindsüchtiger Hungerleider sieht, da zu der ‚höheren Anschauung' seine Zuflucht zu nehmen, also gerade da in den Idealismus zurückzufallen, wo der kommunistische Materialist die Notwendigkeit und zugleich die Bedingung einer Umgestaltung sowohl der Industrie wie der gesellschaftlichen Gliederung sieht."

(Marx-Engels-Archiv, S. 244.)

Der Sinn dieser Ausführungen ist: wer die Beziehung zwischen Mensch und Natur rein theoretisch und nicht praktisch faßt, der kann auch nicht zur umwälzenden, revolutionären Praxis in der Gesellschaft gelangen. Wir sehen also, daß Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie" entscheidende Fragen des Materialismus ausführlich behandelten, während sie später auf diese Probleme in diesem spezifischen Zusammenhange nicht mehr zurückkamen. (Auch Engels nicht in seiner klassischen Abhandlung über „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie".) Die Ausführungen des Manuskripts über das menschliche Bewußtsein, dessen Entstehung und Entwicklung im Zusammenhange mit der Teilung der Arbeit in tiefsinniger Weise aufgezeigt wird, werfen auch in mancher Beziehung neues Licht auf die Gesamtzusammenhänge innerhalb des historischen Materialismus. Die Teilung der Arbeit ist überhaupt der zentrale Begriff in der ganzen Arbeit, um den sich alle anderen gruppieren.

Bei alledem darf auf keinen Augenblick vergessen werden, daß die „Deutsche Ideologie" eine Jugendschrift von Marx und Engels ist, und daß es eine E n t s t e l l u n g, ja eine V e r f ä l s c h u n g des historischen Materialismus bedeuten würde, wenn man einzelne Stellen aus ihr herausgreifen und vom marxistischen Gesamtwerke isolieren würde. Wenn Engels in einem seiner in den letzten Lebensjahren verfaßten Briefe betont, daß er und Marx in ihrer Lebensarbeit vielmehr den h i s t o r i s c h e n Materialismus als den historischen M a t e r i a l i s m u s herausgearbeitet hätten, so gilt dies

im prominenten Grade auf das Manuskript über die „Deutsche Ideologie“. Dem polemischen Charakter der Schrift liegt der ganze Unterschied zwischen dem bürgerlichen und kommunistischen Materialismus zugrunde. Es ist kein Zufall, daß Marx und Engels gerade als kommunistische Materialisten auch später vor allem den historischen, nämlich dialektischen Charakter des Materialismus ausgearbeitet haben. Nur war es in der jüngsten marxistischen Literatur wieder eine völlig unberechtigte Einengung dieses dialektischen Charakters des kommunistischen Materialismus, wenn er nur auf das Gebiet der Gesellschaft beschränkt wurde.

Auf Grund der Publikation der „Schriften zur Naturdialektik“ von Engels (s. unsere Besprechung in der „Internationale“ 1926, Nr. 4) ist es nun möglich geworden, über die Frage zu einem abschließenden Urteil zu kommen.

Die Publikation der „Deutschen Ideologie“. wozu freilich noch die der weiteren Abschnitte des Werkes kommen muß und die Veröffentlichung der naturdialektischen Fragmente von Engels zusammen, ermöglichen es, daß ein Gesamtbild der Lehren von Marx und Engels über den dialektischen Materialismus auf breitester Quellen-Grundlage entworfen werde.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die unschätzbaren Einzelgedanken von Marx und Engels über die verschiedensten Probleme zu würdigen. Als eine Anregung für unsere Parteiverlage empfehlen wir auch die Zusammenstellung einer Anthologie von Kernsätzen allgemeiner Bedeutung aus der „Deutschen Ideologie“ und aus den „Schriften zur Naturdialektik“. Dies wäre um so wichtiger, als das Marx-Engels-Archiv wegen des hohen Preises von Arbeitern überhaupt nicht angeschafft werden kann.

Die zweite Hälfte der veröffentlichten Manuskripte (Marx-Engels-Archiv S. 270–306) trägt die (vom Herausgeber herrührende) Überschrift: „Wirtschaft, Gesellschaft, Individuum und ihre Geschichte in materialistischer Anschauung.“ Von den Anfängen der Teilung der Arbeit durch die Manufaktur bis zur Entstehung der großen Industrie wird die Entwicklung in großen Zügen aufgezeigt. Auf diesen Teil der Arbeit beziehen sich vor allem die überaus bescheidenen Worte Engels aus 1885, wonach das Manuskript nur zeige, „wie unvollkommen unsere damaligen historisch-ökonomischen Kenntnisse waren“. Gewiß wurde die Entwicklung in den späteren Schriften von Marx und Engels auf ungleich breiterer und tieferer Grundlage dargestellt. Aber auch diese Skizze enthält Abschnitte, vor allem über Wesen und Rolle des Individuum in der Geschichte, über Recht, Staat [416] und Eigentum, die nicht nur von den trotz aller „Unvollkommenheit“ ganz erstaunlichen Kenntnissen von Marx und Engels Zeugnis ablegen, sondern heute noch von aktueller, lebendiger Bedeutung sind. Für die Geschichtsschreibung im Sinne des historischen Materialismus finden sich in der ganzen Arbeit ebenfalls zerstreute Andeutungen und Winke, die den berühmten Anmerkungen im Band 1 des „Kapitals“ an Bedeutung oft kaum nachstehen.

Der übrige reichhaltige Inhalt des Marx-Engels-Archivs sei nur in wenigen Worten angedeutet. Ein Aufsatz von A. Deborin: „Die Dialektik bei Kant“, der als erster Teil der „Studien zur Geschichte der Dialektik“ erscheint, behandelt in klarer und anschaulicher Sprache die Anfänge der Dialektik bei Kant und gibt dabei einen für Anfänger sehr nützlichen Überblick über die gesamte Gedankenwelt Kants. Eine historisch-materialistische Erklärung der Kantschen Philosophie wird betreffs der theoretischen Grundlagen nicht versucht. Nur im letzten Abschnitt wird Kants Standpunkt in den Gesellschaftsfragen in richtiger Weise als diejenige des Ideologen der bürgerlichen Gesellschaft charakterisiert. – Die Studie von Rjasanow: „Die Entstehung der Internationalen Arbeiterassociation“, zerstört manche Legenden und direkte Erfindungen auf Grund wertvollen, z. T. unveröffentlichten Quellenmaterials. – Das größte Interesse wird aber neben der „Deutschen Ideologie“ der „Briefwechsel zwischen Vera Zasulič und Karl Marx“ beanspruchen. Die – in französischer Sprache – verfaßten Konzepte von Marx beantworten die Frage, ob die Zersetzung der russischen Bauerngemeinden ein unvermeidlicher Prozeß von „fatalistischem Charakter“ sei, bzw. welche Rolle der Bauerngemeinde während und nach der Revolution zukommen könne. An der Hand dieser von Vera Zasulič gestellten Frage behandelt aber Marx das Problem der „ökonomischen Formationen“ der Gesellschaft (das bekanntlich in der Vorrede zur „Kritik der politischen Ökonomie nur in gedrängten

Andeutungen behandelt wird) und andere Grundprobleme der historischen Entwicklung des Gemeindeeigentums. Die gedruckten Konzepte machen uns mit dem mühsamen Ringen eines Marx um die besten Formulierungen bekannt und werden oder sollten wenigstens einen erzieherischen Einfluß auch auf die Schreib- und Arbeitsweise der gegenwärtigen marxistischen Schriftsteller ausüben. Endlich ist die Einleitung von Rjasanow wieder ein Kapitel zur Geschichte der Zweiten Internationale. – Die angekündigte Publikation noch unveröffentlichter Arbeiten von Marx und Engels über ostindisches und germanisches Grundeigentum ist mit Freude zu begrüßen.

Gründliche, wenn auch dem inhaltlichen Niveau nach sehr ungleiche Sammelbuchbesprechungen, Mitteilungen über das Marx-Engels-Institut, über die Marx-Engels-Gesamtausgabe, Bibliographie der Literatur über Marx-Engels und über den Marxismus von 1914 bis 1925 tragen zur Reichhaltigkeit des 1. Bandes bei. Das Marx-Engels-Archiv ist eine Glanzleistung der in Sowjetrußland geleisteten, durch Sowjetrußland ermöglichten marxistischen Forschung. Adalbert Fried.

[417]

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 20. Juli 1926 ∗ Heft 14

Die Gewerkschaften und die Krise

○ B e r l i n, den 15. Juli

Vor einigen Tagen ist in Düsseldorf der Bundesausschuß des ADGB zusammengetreten. Über die Tagung selbst wäre kein Wort zu verlieren. Für sich genommen ist sie nichts weiter als eine neue Bestätigung der alten Tatsache, daß die Führung der freien Gewerkschaften aus bornierten Gehilfen und Ideologen der Unternehmer besteht. Aber man muß m i t der Tagung auch ihren H i n t e r g r u n d sehen, die wirtschaftliche Situation und die Lage und Stimmung der breiten Arbeitermassen. In diesem Z u s a m m e n h a n g betrachtet gewinnt die Tagung ein ganz anderes Interesse. Und sie scheint dann in der Tat wert, zum Anlaß einer allgemeinen Betrachtung über die Stellung der deutschen Gewerkschaften genommen zu werden.

Seit fast einem Jahr dauert nun schon die schwere Wirtschaftskrise in Deutschland an. Die statistischen Zahlen beweisen, daß dieses Jahr eines der schwersten und verlustreichsten für die deutsche Arbeiterklasse war. Die ungeheure Erwerbslosigkeit, die Lohnkürzungen, die Kurzarbeit haben Millionen Arbeiterfamilien ruiniert und ins Elend hinabgestoßen. Die Kosten der schweren Wirtschaftsdepression sind a u s s c h l i e ß l i c h von der arbeitenden Klasse getragen worden.

Zu Beginn der Krise haben die Soldschreiber des Unternehmertums und mit ihnen die Literaten des ADGB versucht, die Arbeiter über ihren Charakter zu täuschen. Heute ist das Schlagwort der „Gesundungskrise“ schon lächerlich geworden. Selbst der bornierteste Unternehmersyndikus wagt nicht mehr, von einer raschen Besserung der Verhältnisse für die Arbeiterschaft zu sprechen. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Der Prozeß der „Bereinigung der Wirtschaft“ b e g i n n t in manchen Industrien (so in der chemischen Industrie und der Eisenindustrie) erst wirklich, nachdem die äußere Form der monopolistischen Zusammenfassung unter dem Druck der Wirtschaftskrise gefunden ist. Das nächste Jahr, ja die nächsten Jahre, werden erst den w i r k l i c h e n , planmäßigen und rücksichtslosen Feldzug der Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben durch die im letzten Jahr entstandenen großen Produktionsmonopole bringen. Heute bestreitet kein vernünftiger Mensch mehr, was wir schon vor einem Jahr – damals noch allein und als „Verrückte“ bezeichnet – den Arbeitern vorausgetagt haben: d i e M i l l i o n e n a r b e i t s l o s i g k e i t i n D e u t s c h l a n d w i r d z u r D a u e r e r s c h e i n u n g. Die nächsten Monate und Jahre werden die vernichtenden Einzelfolgen dieser Tatsache für die arbeitende Bevölkerung bringen: die Verödung ganzer Ortschaften durch die [418] Stillegungsaktion, den Abbruch großer Industriegebiete und die Entwurzelung von Millionen Arbeitern.

Was haben die Gewerkschaften in diesem Jahr g e t a n, das entscheidend war für die Vorbereitung der Arbeiterschaft zur Abwehr dieses ungeheuren Feldzugs des vertrusteten Kapitals? Es gibt Leute, die sagen: Nichts! In der Tat, es wäre ein Unrecht, den Gewerkschaften dies vorzuwerfen: sie haben weniger bzw. mehr als nichts getan, s i e h a b e n d e n F e l d z u g d e r U n t e r n e h m e r a u f j e d e W e i s e u n t e r s t ü t z t. Es ist sehr notwendig, die einzelnen Etappen dieser beispiellosen Verräterei festzuhalten. Sie steht in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die wahrlich nicht arm an derartigen Skandalen ist, in gewissem Sinne einzig da, Schon die Denkschrift des ADGB im November vorigen Jahres enthielt die ausdrückliche Zustimmung der Gewerkschaftsführer zur sogenannten Rationalisierung und die Versicherung der tatkräftigen Hilfe. Was damals noch mehr theoretisch war, ist seither mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in die Praxis überführt worden. Die Sabotage jedes wirklichen Kampfes, die ideologische Unterstützung der Unternehmer in der mächtigen Gewerkschaftspresse, das Eintreten für die Arbeitslosenversicherung, die die Last der Unterstützung den Betriebstätigen aufbürdet, endlich der infame Vorschlag, die Erwerbslosenunterstützung nach den Löhnen zu staffeln – das sind nur einige Marksteine auf diesem Weg.

Der ADGB hat dieses sein Vorgehen mit Theorien gerechtfertigt, mit denen die Unternehmer, wenn sie sich auch über Einzelheiten lustig machten, recht zufrieden waren.

Der Tenor dieser Theorien war: die Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft sei der einzige Weg zur Erhöhung der Löhne und zur Wiedereinstellung der Arbeitslosen; daher müsse die Arbeiterschaft

den Rationalisierungsfeldzug der Unternehmer unterstützen, dürfe sie nicht stören bei der Verbesserung der Technik. Die Erhöhung der Löhne würde von selbst kommen, weil sie ja im Interesse vor allem der Fabrikanten selbst liege. Die SPD-Bonzen versuchten nur ganz sachte durch ein Naserümpfen über diese „Rückständigkeit" die Unternehmer zu kitzeln und den Gewerkschaftsmitgliedern statt einer materiellen eine sehr dürftige intellektuelle Befriedigung zu verschaffen.

Unter diesen Vorwänden verhinderte der ADGB alle Kämpfe der Arbeiter. Diese Theorien, schon für den Kapitalismus der freien Konkurrenz ein Unsinn, sind aber völlig absurd im monopolistischen Stadium des Kapitalismus. Und so haben denn die Tatsachen jene Vorwände und jämmerlichen theoretischen Entschuldigungen des ADGB Schlag auf Schlag widerlegt: Die Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft, herbeigeführt um den Preis der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und des Lohndrucks, hat nicht zur Erhöhung der Löhne und Wiedereinstellung der Arbeiter geführt, sondern umgekehrt das Heer der Arbeitslosen vermehrt und den Druck des Kapitals gegen die Löhne vergrößert. Das Stillhalten der Arbeiter und die Unterstützung der Rationalisierung haben die Unternehmer nicht zur Verbesserung ihrer Technik angereizt, sondern umgekehrt zur Vernachlässigung der technischen Verbesserungen und Durchführung der Rationalisierung vor allem mit den Methoden der Antreiberei und der direkten Ausbeutung. Die Unternehmer haben nicht im entferntesten daran gedacht, durch freiwillige Lohnerhöhungen „den Innenmarkt zu kräftigen".

Alle diese Dinge haben wir vorausgesagt. Es war nicht schwer, dies zu tun, denn Karl Marx hat dies schon vor über einem halben Jahrhundert [419] schwarz auf weiß bewiesen. Jahrzehntelang waren diese Grundsätze ein eifersüchtig behüteter Besitz der klassenbewußten deutschen Arbeiter. Wir wissen auch sehr gut, daß es seit Jahren schon zum guten Ton in den Reihen der deutschen Gewerkschaftsführer gehörte, über den Marxismus überlegen zu lächeln und mit den klassenversöhnenden Theorien bürgerlicher Ökonomen zu protzen. Von diesen Theoretikern hat der ADGB auch direkt seine theoretische Plattform zur Rationalisierungsfrage bezogen. Nun, diese Tatsachen des letzten Jahres haben den vollständigen Zusammenbruch dieser Theorien und damit der „Begründung" der Stellung des ADGB zur Wirtschaftskrise herbeigeführt.

Den Beweis dafür liefert sogar die elende und verlogene Resolution der oben erwähnten Düsseldorfer Tagung des Bundesausschusses. Der einleitende Satz dieser Resolution (zur Erwerbslosigkeit) lautet:

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland – als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik – eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarkts und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert."

Dieser eine Satz enthält neben zwei Lügen das immerhin bemerkenswerte Geständnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch auf lange Sicht hin bestehen wird. Dies ist das gerade Gegenteil dessen, was der ADGB noch vor einem halben Jahr behauptet hat. Und die Folge welcher Wirtschaftspolitik ist wohl diese dauernde Arbeitslosigkeit? Die Folge der Rationalisierungspolitik. Daß der ADGB aber die Rationalisierung bekämpft habe, dies heute den Arbeitern aufzubinden, dürfte ihm etwas schwer fallen. In der Tat beweist das ganze Gestammel der Resolution, daß dieses ehrenwerte Gremium von Gewerkschaftsbürokraten in eine Klemme geraten ist. Wo sind die Brusttöne der Überzeugung geblieben, geehrte Herren die man noch vor einem halben Jahre hören konnte? Jetzt herrscht betretenes Schweigen. Ohne Zweifel: der ADGB ist in Verlegenheit und sucht Ausreden vor den Arbeitern. Und so verfällt er darauf, das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstags, einen der jämmerlichsten Schwindel, der je in einem Parlament ausgeheckt wurde, zu begrüßen und als die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen zu preisen. Es soll den Anschein irgendeines Erfolges, irgendeiner gewerkschaftlichen Aktion erweckt werden. In der Tat ist nichts erreicht und hat man gar nicht versucht etwas zu erreichen, Aber einen Wert hat diese Ausrede des ADGB doch: sie (und die Tatsache, daß man den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über die Wirtschaftslage referieren ließ) ist ein bemerkenswerter Fingerzeig für den weiteren Weg, den der ADGB bei Verschärfung der Lage einzuschlagen gedenkt: die Gewerkschaftsführer greifen nach den Rockschößen der Regierung.

Es beginnt sich etwas Neues vorzubereiten, und wenn dies auch außerhalb des Kongresses in Molekularprozessen innerhalb der Arbeiterschaft vor sich geht, so hat es doch deutlich seine Schatten in diese Tagung geworfen: es sind die ersten Anzeichen vorhanden, daß die gewerkschaftlichen Mitgliedermassen in Bewegung kommen. Der Volksentscheid. hat auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufgewühlt, sie haben mit den Kommunisten gemeinsam gekämpft. Der englische Generalstreik hat das großartigste Beispiel eines gewerkschaftlichen Massenkampfes gegeben. Diese historischen Ereignisse sind an den deutschen Arbeitern nicht spurlos [420] vorübergegangen. Wenn auch äußerst langsam und mit großer innerer Reibung, beginnt sich nun ein Zug größerer Aktivität auch in den wirtschaftlichen Fragen bemerkbar zu machen. Ein wichtiges Symptom ist die Betriebsrätekonferenz des Stahltrusts in den Bezirken Niederrhein, Mittelrhein und Ruhrgebiet, deren Einberufung durch den ADGB auf die Initiative unserer Partei von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erzwungen wurde.

Die großen Millionenmassen der Arbeiter lernen nicht durch Theorien, sie lernen nur durch die Praxis. Unser Predigen des marxistischen ABC gegen die kapitalistische Wirtschaftspolitik des ADGB ist erfolglos geblieben, Heute aber – und dies ist das Wesentliche an der ganzen Entwicklung – bläuen die Tatsachen selbst den Arbeitermassen dieses ABC ein: die Unternehmer rationalisieren nur, um ihren Profit zu erhöhen, und eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist nur möglich durch Kampf gegen das Kapital. Es ist bezeichnend, daß in den letzten Wochen sogar in der Gewerkschaftspresse eine Reihe von Artikeln erschienen sind, die, wenn auch mit allgemeinen Phrasen umhüllt, wenn auch ganz unverbindlich, diese Wahrheit ausgesprochen haben. Und diese linken, halbrevolutionären Stilübungen der Gewerkschaftsliteraten werden zweifellos mit der Verschärfung der Opposition innerhalb der Gewerkschaften zunehmen.

Die Aufgabe unserer Genossen in den Gewerkschaften wird es in der nächsten Zeit sein, diese Keime und ersten Anzeichen einer Vorwärtsbewegung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen im Auge zu behalten und die Bewegung mit allen Mitteln vorwärts zu treiben und zu unterstützen. Was wir an dieser Stelle nach dem Volksbegehren ausgesprochen haben, es gilt doppelt heute, nachdem die Volksentscheidsbewegung vorüber ist: die materiellen, die ökonomischen Fragen sind der Hebel der Massenbewegung, den wir mit aller Kraft ergreifen müssen. Das heißt aber zugleich: Es wird notwendig sein, den Massen im Prozeß ihrer Selbstverständigung zu helfen und die Lehren, die ihnen die Wirtschaftskrise praktisch einprügelt, in klare Begriffe zu übersetzen. Es wird wie im Rheinland so auch anderwärts möglich sein, die Gewerkschaftsbürokratie zur Einberufung von Betriebsrätekongressen zu zwingen und, im Falle, daß die Massenbewegung stark genug ist, über die Köpfe der Bürokraten hinweg diese Kongresse zu organisieren. Es wird notwendig sein, vor allem die Arbeitslosenfrage in dieser Form energisch auf die Tagesordnung zu stellen. Sind aber einmal die Probleme selbst vor den gewerkschaftlich organisierten Massen klar gestellt, begreifen sie, daß die Entscheidung über ihr Geschick bei ihnen liegt, bzw. daß sie die Entscheidung an sich reißen müssen, dann wird auch in Deutschland die Bewegung ins Rollen kommen, die in verschiedenen Ländern im letzten Jahre zu beobachten war und die die eigentliche Basis für unsere Taktik der Einheitsfront bilden wird: die Oppositionsbewegung gegen den Reformismus von der Basis der Gewerkschaften aus.

Es ist notwendig, die Bedeutung der Ereignisse in der englischen Arbeiterbewegung, die Entwicklung der Linksbewegung in den englischen Gewerkschaften, ohne die es (trotz ihrer Halbheit) keinen Generalstreik gegeben hätte, theoretisch zu verstehen. Die Gewerkschaftsbewegung, in den letzten Jahrzehnten und bis vor kurzem noch die Basis des Opportunismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung, wird heute in scheinbarem Widerspruch umgekehrt zur Basis einer Oppositionsbewegung gegen die sozialdemokratische Politik. Diese Dialektik kann eine Reihe von Kommunisten nicht begreifen. Die Erklärung ist aber nicht schwer, wenn [421] man die Frage konkret untersucht. – Solange und soweit die Gewerkschaften wenigstens geringe wirtschaftliche Vorteile auf dem Boden des Kapitalismus erringen konnten und können, solange waren und sind sie Träger der opportunistischen Politik. Heute können sie dies nicht mehr, bzw. in ganz verschwindendem Maße. Der Verrat der Reformisten, bisher bloß oder hauptsächlich Verrat an den ferner liegenden politischen Interessen der

Arbeiterbewegung, wird immer mehr zu einer direkten Preisgabe auch der unmittelbarsten ökonomischen Interessen. Es gibt nichts mehr, das dies den Arbeitern plausibel machen könnte, Daher die Opposition vom Standpunkt der einfachsten ökonomischen Interessen, d. h. des gewerkschaftlichen Einmaleins, gegen die Sozialdemokratie als die Trägerin der völlig bürgerlichen Politik. Die gewerkschaftlichen Grundlagen der bürgerlichen Arbeiterbewegung beginnen zu wanken. Die bürgerlichen Führerschichten werden abgestoßen.

Diese englische Entwicklung greift nun auch auf den Kontinent über. Die Rede Stenhuis auf dem Parteitag der holländischen Sozialdemokratie vor einigen Monaten war ein Signal. Es steht außer allem Zweifel, daß auch in Deutschland trotz aller Widerstände, trotz der ungeheuren Macht der bürgerlichen Arbeiterpartei, diese Entwicklung sich durchsetzen wird. Die Gewerkschaften, deren Sieg über die Partei in den Jahren 1905 bis 1907 mit Recht als der Sieg des Reformismus in der alten SPD dargestellt worden ist, – sie werden die Sammelbecken der Opposition g e g e n den Reformismus werden.

Die letzten Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt die klägliche Tagung des Bundesausschusses in Düsseldorf sind Vorzeichen einer W e n d u n g: die Mitglieder rühren sich – die Führer stehen vor dem völligen Bankrott ihrer „Wirtschaftspolitik“. Die kommenden Monate müssen die wirklichen großen M a s s e n in Bewegung setzen.

Ein wichtiger Markstein und Sammelpunkt für diese Bewegung wird der Kongreß der Werktätigen sein, den unsere Partei für den Spätherbst vorbereitet.

*

Der Parteitag der KPF und die Lage der französischen Partei

Von P h i l i p p D e n g e l.

I.

Auf dem Parteitag zu Clichy wurde eine linke Parteiführung gewählt. Mit Unterstützung der Exekutive mußte diese Parteiführung einen äußerst heftigen Kampf gegen die Rechte unter der Führung Souvarines fortführen. Diese Rechte, die aus den syndikalistischen Kreisen der Partei Zuwachs erhalten hatte (Monatte), entwickelte sich immer weiter nach rechts, ihre antileninistische, antibolschewistische Haltung wurde immer schärfer herausgearbeitet, Die frühere offiziöse theoretische Zeitschrift der Partei, das „Bulletin Communiste“ wurde von Souvarine nach seinem Ausschluß aus der Partei als persönliches Eigentum gekapart und weiter herausgegeben. Bald unterschied sich der Charakter dieser Zeitschrift in nichts von einer gewöhnlichen bürgerlichen antibolschewistischen Zeitschrift. Innerhalb der Partei wurde dieses Machwerk von der Souvarine-Gruppe und ebenso von den Rosmer- und Monatte-Gruppen sehr intensiv vertrieben.

[422] Die theoretische Einstellung der Rechten in der Französischen Partei ist keineswegs einheitlich, wenn auch die Wurzel, das Kleinbürgertum, dieselbe ist. Die Souvarine-Gruppe übernimmt frühere Fehler des Genossen Trotzki und übertreibt sie ins maßlose. Die Rosmer-Gruppe ist direkt liquidatorisch und sozialdemokratisch, die Monatte-Gruppe syndikalistisch, gegen den Zentralismus der Partei und überhaupt gegen jede feste Organisationsform.

Die auf dem Parteitag in Clichy gewählte Parteileitung war nicht imstande, diese außerordentlich gefährlichen rechten Gruppierungen niederzukämpfen. Sowohl in der Politik nach außen, wie in der innerparteilichen Taktik wurden unter der Leitung der Genossin Suzanne Girault schwere Fehler gemacht. Die Partei machte in der Anwendung der Einheitsfronttaktik ähnliche ultralinke Fehler, wie die deutsche Partei unter Führung von Ruth Fischer-Maslow. Infolge dieser Fehler löste sich die Partei mehr oder minder stark von den Massen der Arbeiterschaft los. Gleichzeitig zerfiel die Autorität der Parteileitung, die in immer stärkerem Maße an die Stelle politischer Führung organisatorischen Druck und mechanische Maßregelungen setzte. Der Höhepunkt dieser innerparteilichen Diktatur wurde nach dem Generalstreik aus Anlaß des Marokko-Kriegs im Oktober vorigen Jahres erreicht. Es fanden eine große Reihe von Maßregelungen statt, die auch besonders stark in der CGTU durchgeführt wurden. Es entstand in der Partei eine sehr gefährliche Stimmung, die sich in einem außerordentlich starken Wachsen des Einflusses der rechten Gruppe äußerte.

Inzwischen hatte sich aber bereits innerhalb des Zentralkomitees eine Gruppe herausgebildet, die den Kampf gegen die Politik der Genossin Suzanne Girault aufnahm. Auf einer Parteikonferenz, die am 2. Dezember stattfand, wurde die Gruppe Semard-Doriot mit der Führung der Partei betraut. Eine völlige Gesundung der Partei ist seit dieser Zeit noch nicht eingetreten, aber zweifellos muß eine starke Konsolidierung festgestellt werden.

II.

Die KPF hat im vergangenen Jahr mit außerordentlicher Zähigkeit eine umfassende Kampagne durchgeführt: die Kampagne gegen den Marokko-Krieg. Diese Kampagne, mit der Parole der Verbrüderung an den Fronten, hat zweifellos die Partei für eine bestimmte Zeit von den Massen des Kleinbürgertums isoliert, und sie wurde wohl auch von einem Teil der Arbeiterschaft noch nicht verstanden. Aber die Partei selbst hat in dieser Kampagne an revolutionärem Inhalt gewonnen. Die Rechten, die einen erbitterten Kampf gegen diese Kampagne führten, entlarvten sich vor allen revolutionären Arbeitern als nationalistische und opportunistische Kleinbürger.

Im „Bulletin Communiste“ wurde die Verbrüderung mit niederen Rassen als Verbrechen am französischen Volk denunziert. Das Ergebnis dieser brutal offenen pro-imperialistischen Einstellung der Souvarine-Gruppe bestand darin, daß diese Gruppe außerordentlich rasch an Einfluß verlor, so daß auf „dem Parteitag nur ein einziger Delegierter dieser Gruppe, das Parlamentsmitglied Genosse Gautier, anwesend war.

Die rechten kleinbürgerlichen Stimmungen innerhalb der Partei sind damit allerdings noch nicht verschwunden. Diese rechten Elemente haben sich nur umgruppiert und um eine sogenannte Mittelgruppe, die Gruppe Humberdot-Morin zusammengeschlossen. Diese Gruppe ist auf dem Parteitag mit einer eigenen politischen Plattform nicht aufgetreten, sie vertrat nur in abgeschwächter Form ihre Feindschaft gegen die Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen. Aber die breite Ausführlichkeit, mit der [423] besonders beim ersten Tagesordnungspunkt, dem Bericht über die Tätigkeit der Partei, die Fragen der Parlamentsfraktion behandelt wurden, beweist, daß immer noch starke kleinbürgerliche Stimmungen in der Parteiorganisation bestehen, die bei größeren politischen Fehlern der Parteiführung sicher stark an Einfluß gewinnen werden.

Aus dem Bericht des Genossen Semard und aus der Aussprache ergab sich, daß seit dem 2. Dezember die Aktivität der Partei bedeutend gewachsen ist. Vor allen Dingen wurde eine Besserung des Verhältnisses zwischen der Partei und den revolutionären Gewerkschaften erzielt. Auch die Verbindung der Parteileitung mit der Provinz ist eine bessere geworden.

Die Schwächen der Partei zeigen sich zunächst im Rückgang der Organisation. Zur Zeit des Parteitags waren 50.000 bis 55.000 abgerechnete Mitglieder vorhanden gegenüber 70.000 abgerechneten Mitgliedern beim Parteitag in Clichy. Wir haben oben gesehen, daß die Marokko-Kampagne die Partei von den kleinbürgerlichen Massen isolierte. Das hatte auch den Verlust eines Teiles noch nicht wirklich kommunistischer Parteigenossen zur Folge. Es kommt hinzu, daß durch die Umstellung der Partei auf Betriebszellen Mitglieder verloren gingen, von denen bis heute ein Teil noch nicht wieder erfaßt worden ist. Es darf aber nicht verhehlt werden, daß alles das keine ausreichende Entschuldigung für den Rückgang der Organisation darstellt. Die Hauptursache für diesen Rückgang besteht darin, daß es bis heute die Partei noch nicht verstanden hat, sich an die Spitze der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft zu stellen. So bestand die Schwäche der Marokko-Kampagne darin, daß der Kampf gegen den Imperialismus nicht genügend stark verbunden wurde mit dem Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der französischen Arbeiterschaft und der französischen Mittelschichten. Es ist eine Tatsache, daß der aktive Anteil der Partei bei der letzten großen Streikwelle verhältnismäßig gering gewesen ist.

Großen Wert wird die französische Partei darauf legen müssen, die Organisationen in der Provinz zu stärken. Die objektive Lage für eine Verbreiterung unserer Organisation in den Industriegebieten, vor allem in dem großen Industriegebiet des Nordens, ist durchaus günstig. Gleichzeitig steht vor der Partei die Aufgabe, einen auch in Deutschland fühlbaren Mangel zu beheben: die verhältnismäßig geringe Verankerung in den Großbetrieben.

Eine der größten Schwächen unserer französischen Bruderpartei besteht in der geringen gewerkschaftlichen Aktivität. Die CGTU ist im letzten Jahr trotz der Inflationsauswirkungen nicht gewachsen. Die Partei hat es nicht verstanden, den Drang zur gewerkschaftlichen Organisation, der in solchen Zeiten in der Arbeiterschaft entstehen m u ß, richtig auszunutzen. Und diese ungenügende Gewerkschaftsarbeit zeigt sich auch in der Tatsache, daß nur eine minimale Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften geleistet wird.

III.

Genosse Semard hat auf dem Parteitag einen Überblick über die Lage in Frankreich gegeben, andere Genossen haben seinen Bericht ergänzt. Wir haben augenblicklich in Frankreich eine Hochkonjunktur. Erwerbslose gibt es nicht, es arbeiten sogar über 3 Millionen ausländische Arbeiter in der französischen Industrie. Nach „den Angaben des Genossen Semard betrug die Gesamtproduktion im Jahre 1925, wenn man die Ziffer für das Jahr 1913 gleich 100 setzt, 120 und für die ersten vier Monate dieses Jahres 128.

Dieser guten Wirtschaftskonjunktur steht entgegen das Finanzchaos, die wachsende Inflation und die Entwertung der Valuta. Die innere Schuld [424] beträgt über 400 Milliarden, die äußere Schuld über 200 Milliarden Franken. Die Stabilisierung wäre nur möglich bei Regelung der äußeren Schuld und der dadurch geschaffenen Möglichkeit der Aufnahme von Anleihen im Ausland. Gleichzeitig müßte im Inland ein Gleichgewicht im Staatshaushalt herbeigeführt werden. Bis jetzt haben die Großkapitalisten durch die Inflation auf Kosten der Arbeiter und der Mittelschichten außerordentlich gute Geschäfte gemacht. Und da der Druck der ausgeplünderten Massen noch nicht so stark ist, ihre Empörung immer wieder durch neue Rettungsmittelchen neuer Finanzminister vorübergehend beschwichtigt werden kann, ist kaum zu erwarten, daß die Großbourgeoisie jetzt schon geneigt wäre, auf einen Teil ihrer Profitmöglichkeit zu verzichten. Es ist anzunehmen, daß die Inflation noch nicht ihr Ende erreicht hat, daß sich die Auswirkung der weitergehenden Inflation auf die Arbeiterschaft und die Mittelschichten noch verstärken wird.

Die rasche Entwertung des Franken in den letzten Monaten hat bewirkt, daß die Lohnheraufsetzungen viel langsamer vor sich gingen als das Sinken der Kaufkraft des Geldes. Infolgedessen ist die Unruhe in der Arbeiterschaft beträchtlich gewachsen. Diese Unruhe wird gekennzeichnet durch eine große Anzahl von Streiks in den vergangenen Monaten. In den letzten Wochen ist es sogar zu beträchtlichen Teuerungsunruhen gekommen. Über den Grad der Enteignung der Mittelschichten kann man sich ein Bild machen, wenn man die Indexziffern für Großhandels- und Kleinhandelspreise betrachtet: der Index der Kleinhandelspreise bleibt fortwährend beträchtlich und in steigendem Maße hinter dem Index der Großhandelspreise zurück, d. h. dem Kleinhandel und dem kleinen Gewerbe wird der Profit und mehr als dieser vom Großkapital abgejagt. Das alles ist noch nicht zu vergleichen mit den ungeheuren Auswirkungen der Valuta-Katastrophe in Deutschland; aber die Möglichkeiten, nicht nur die Arbeiterschaft gegen dieses kapitalistische System zu gewinnen, sondern auch breite Teile des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie loszulösen, sind ungeheuer groß.

Der Parteitag in Lilie hat sich viel zu wenig gerade mit diesen Aufgaben befaßt. Das hängt damit zusammen, daß die führenden Genossen zu ausschließlich auf die Stabilisierung visierten. Aber es ist zweifellos für die jetzige konkrete Periode die zentrale Aufgabe unserer französischen Bruderpartei, die spontan ausbrechenden Kämpfe der Arbeiter gegen die Teuerung zu organisieren, zusammenzufassen, ihnen einheitliche Stoßkraft zu geben. Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront und die Verbindung des Proletariats mit dem Kleinbauerntum und den immer mehr proletarisierten Mittelschichten muß hier angepackt werden. Und bei der Organisierung des Proletariats für die einheitliche Abwehr der Auswirkungen der Inflation ergibt sich auch die beste Möglichkeit, den Aufbau der g e w e r k s c h a f t l i c h e n O r g a n i s a t i o n in breitestem Umfang vorwärtszutreiben. Daß diese Frage auf dem Parteitag in Lilie nicht genügend scharf gestellt wurde, das war eine der Hauptschwächen dieser Tagung.

Die politische Resolution, die dem Parteitag vorgelegt wurde, ist einstimmig angenommen worden. Das ist zwar ein Beweis für eine Konsolidierung der Partei; aber sie darf uns nicht darüber hinwegtäuschen,

daß die Gruppierungen in der Partei mit diesem Parteitag nicht aufgehoben sind. Vor der Führung unserer französischen Bruderpartei – das Zentralkomitee wurde mit allen gegen zwei Stimmen gewählt – steht die große Aufgabe, durch ihre gesamte Politik einen festen Kern zu schaffen, an dem die sicher zu erwartenden Angriffe von rechts und links zerschellen müssen. [425]

*

Die Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie

Von D. Schreiber

Die Antikriegswoche anläßlich des 12. Jahrestags des 4. August 1914 wird der Partei Gelegenheit geben, auch die in diesem Artikel angeschnittenen Fragen vor den Arbeitermassen aufzurollen. Die Redaktion.

In den letzten Wochen und Monaten sind geradezu eine Flut von Kolonialartikeln in der deutschen Presse erschienen. Von politischer, wirtschaftlicher und „moralischer" Seite aus wird die Frage der Zuteilung von Kolonialmandaten an Deutschland erörtert, und die deutsche Politik und Wirtschaft sind sich im Verein mit der deutschen Wissenschaft darüber einig, daß nur durch eine koloniale Betätigung Deutschland seine wirtschaftliche und politische Krise überwinden könne[*)]. Das Auswärtige Amt hat im Monat April die Erklärung abgegeben, daß Deutschland in Locarno das „moralische Recht auf Kolonialmandate" nach seinem Eintritt in den Völkerbund von Chamberlain feierlich bestätigt erhalten habe, und Reichsinnenminister Külz erklärte in einem Artikel im „Berliner Tageblatt", daß die Kolonialfrage zu einer „deutschen Volkssache" gemacht werden müsse.

Die treibenden Faktoren der deutschen Kolonialpolitik

Es ist unmöglich, einen einzigen Grund als Ursache für die seit dem Sommer 1924, also unmittelbar nach dem Abschluß des Dawes-Plans, stark einsetzende Kolonialpropaganda anzugeben; vielmehr sind gerade bei den kolonialpolitischen Bestrebungen wirtschaftliche und politische Faktoren so eng miteinander verknüpft, daß eine Trennung unmöglich ist. Allgemein läßt sich jedoch sagen, daß bei der sich seit ungefähr einem Jahr hinschleppenden Wirtschaftskrise die Frage der Eroberung von ökonomischen Machtpositionen (Kapitalanlagegebiete und Rohstoffquellen) ein Lebensproblem für den deutschen Kapitalismus geworden ist. Von dessen Losung wird schließlich auch der Erfolg der gegenwärtigen „Rationalisierungs"-Kampagne abhängen, die Kapital und Arbeitskräfte für koloniale Abenteuer freisetzt und zur Steigerung des Exports billiger Rohstoffe bedarf.

Daher wird denn auch, trotz aller sonstigen Gegensätze, vom deutschen Industrie- und Agrarkapital der Ruf nach Kolonien, abgesehen von wenigen Ausnahmen, einhellig ausgestoßen. Die von der SPD verbreitete Ansicht, daß imperialistische Politik nur vom rechtesten Flügel der deutschen Bourgeoisie betrieben werde, die übrigen Teile aber „pazifistisch", „neutral" seien, muß unbedingt zurückgewiesen werden. Vielmehr ist heute der überwiegende Teil des deutschen Finanzkapitals offen imperialistisch orientiert, wobei es sich allerdings um einen Imperialismus handelt, der nicht selbständig auftritt, sondern mit Unterstützung des westlichen Kapitals, insbesondere aber des amerikanischen, seine Ziele zu erreichen sucht.

Gleichzeitig mit diesen wirtschaftlichen Interessen spielen aber auch reaktionäre innen- und außenpolitische Ziele eine ausschlaggebende Rolle. [426] Denn Kolonialpolitik bedeutet Stärkung des Militarismus und Kräftigung des Einflusses der herrschenden Schichten auf die Massen. Charakteristisch hierfür war ein Ausspruch Föllmers, des Vorsitzenden des „Deutschen Kolonialvereins", der offen erklärte, daß „Deutschland nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus völkischen und politischen Gründen eine koloniale Betätigung erstreben" müsse. Und tatsächlich sind all die zahllosen deutschen

[*)] Bekanntlich hat Deutschland ins Versailler Frieden sämtliche Kolonien, ein Gebiet von 2,9 Millionen Quadratkilometern mit dreizehn bis fünfzehn Millionen Einwohnern, verloren. Damals fiel: Deutschostafrika und die Marshallinseln an England, Togo und Kamerun wurden zwischen England und Frankreich aufgeteilt, Deutschsüdwestafrika kam in die Hände der südafrikanischen Union, Samoa erhielt Neu-Seeland, Deutschozeanien südlich des Äquators (Neu-Guinea) fiel an Australien und Deutschozeanien nördlich des Äquators an Japan.

Kolonialgesellschaften, die vom deutschen Finanzkapital mit reichen Geldmitteln unterstützt werden, ein Sammelpunkt für die reaktionärsten militaristischen Kreise des alten und neuen Regimes.

An der Spitze der kolonialen Propaganda steht die „bereits aus Friedenszeiten hinlänglich bekannte „Deutsche Kolonialgesellschaft“, deren Gründer jener berüchtigte Karl Peters gewesen ist (1887), der in seinen Grausamkeiten gegen die Eingeborenen soweit ging, daß selbst die kaiserliche deutsche Regierung seine Abberufung für nötig hielt, um einen internationalen Skandal zu vermeiden.

Der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ ist im Jahre 1925 die Zusammenfassung sämtlicher in Deutschland existierender kolonialer Vereine und Verbände zur „Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft“ (Korag) gelungen. Auch der sogenannte „Kolonialkriegerdank“, der die ehemaligen Kolonialkrieger der Marine und der kolonialen Schutz- und Polizeitruppen zusammenfaßt, hat sich der „Korag“ angeschlossen. Im Laufe des Jahres 1925 wurde ferner ein „Jugendausschuß der kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft“ und ein „Akademischer Kolonialbund“, der sich der besonderen Gunst des völkischen Professors Roethe und der andern nationalen Professoren erfreut, gegründet. Diese Verbände suchen durch die Presse, Kino, koloniale Veranstaltungen, Ausstellungen, Kolonialmessen und durch Propagandaarbeit in den Schulen (!) den kolonialen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Eine ganze Reihe von Zeitschriften unterstützt diese Kolonialpropaganda.

Es ist nicht uninteressant, sich die „Führergarde“ dieser Kolonialgesellschaften etwas näher anzusehen. An ihrer Spitze stehen die ehemaligen kaiserlichen Kolonialgouverneure und die kaiserlichen Beamten des Auswärtigen Amtes (!), die nun um ihren „von „den Feinden geraubten Platz an der Sonne“ kämpfen. Als Eröffner zahlreicher Kolonialveranstaltungen und als Vorsitzender des „Kolonialkriegerdanks“ präsentiert sich das ehemals gekrönte Haupt des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg, der unter anderm auch ein starkes wirtschaftliches Interesse für die ehemals deutschen Pflanzungen in Neu-Guinea an den Tag legt. Und auch die übrigen Vorkämpfer der deutschen Kolonialideale sind nicht frei von materiellen, in den Kolonien befindlichen Gütern.

Kann Deutschland in den Besitz von Kolonialmandaten gelangen?

Der Weg der direkten Eroberung einer Kolonie ist heute überhaupt (auch für die großen Räuber) ungangbar. Es bleibt kein anderer, als die scheinheilige Verleihung von „Mandaten“ durch den Völkerbund. Die Aussichten sind aber dabei für Deutschland nur äußerst gering. Und die Tatsache, daß von keiner Seite her ein bestimmtes koloniales Gebiet als zur Rückgabe an Deutschland geeignet bezeichnet wird, kennzeichnet die Aussichtslosigkeit der ganzen Situation. So werden denn bald die portugiesische Republik Angola, bald einzelne Besitzungen in der Südsee, bald die Gebiete Togo oder Kamerun genannt, was aber immer prompt von den jeweiligen Besitzerstaaten dementiert wird. Im allgemeinen aber wird [427] Afrika als das Land bezeichnet, in dem Deutschland seine Kolonialansprüche verwirklichen könnte.

Afrika ist für die deutschen Kolonialhelden kein unbekannter Boden, und auch die älteren Eingeborenen werden die „Kultur- und Kolonisationstätigkeit“ der Deutschen in dauernder Erinnerung behalten haben. Es sei hier nur an die blutigen Kriegszüge der deutschen Kolonisatoren gegen die Hottentotten, an den grausamen, systematischen Ausrottungsfeldzug gegen die Hereros (1904 bis 1905) erinnert, der mit dem Hungertod eines ganzen Volkes in der Wüste endete, ganz abgesehen von den Schandtaten einzelner wie Peters, Wehlan, Prinz Arenberg usw. Auf diesem heißen Boden will Deutschland sich nun neue Lorbeeren holen.

Aber die politische und wirtschaftliche Situation hat sich im Afrika der Nachkriegszeit völlig geändert. Der afrikanische Kontinent zerfällt heute in zwei große Interessensphären, denen sich im letzten Jahr noch eine dritte Macht, und zwar die Vereinigten Staaten, beigesellt hat.

Die Vereinigten Staaten haben sich allerdings nur in einem ganz kleinen Teil Afrikas festgesetzt, und zwar in der Negerrepublik Liberia; aber die Ausbeute ist dort um so größer. Die

amerikanische Firestone-Gesellschaft hat in Liberia 1 Million Acres Land Kautschukplantagen gekauft und rechnet binnen verhältnismäßig kurzer Zeit, die Vereinigten Staaten von der englischen und europäischen Kautschukeinfuhr unabhängig zu machen. Gleichzeitig damit haben die Vereinigten Staaten durch Gewährung von Anleihen die Polizei und die Zölle der Republik Liberia in ihre Hand gebracht und sich damit einen wichtigen politischen Stützpunkt innerhalb Afrikas geschaffen.

In Nordafrika und Abessinien beginnt Italien neuerdings Kolonialansprüche geltend zu machen. Die Niederwerfung Abd el Krims hat die Marokkofrage neu aufgerollt. Gleichzeitig mit dieser Machterweiterung der imperialistischen Mächte ist in Afrika aber eine revolutionäre Bewegung der Eingeborenen gegen das ausländische Kapital in Entwicklung begriffen.

Aus dieser Situation ergibt sich eindeutig die Rolle, die Deutschland zugeschrieben werden würde. Bei dem allgemeinen Rennen um Eroberung des Weltmarkts und Besitzergreifung kolonialer Gebiete könnte die deutsche Regierung nur als Vasall einer der Großmächte in den Besitz einer Kolonie gelangen, wo sie dann einerseits die Rolle eines Pufferstaates zwischen zwei sich bekämpfenden Großmächten, andererseits aber die Rolle des Sklavenhalters gegenüber den um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölkern zu spielen hätte. In pathetischen Worten erklärt denn auch die „Essener Volkszeitung“ (Zentrum), daß die Stunde für Deutschlands Kolonialpolitik dann gekommen sein werde, „wenn die Übermacht des farbigen Blutes einen Überdruck auf das weiße Volk ausüben werde.“ Weit nüchterner erklärt dasselbe eine von den Siegerstaaten in die deutsche Presse lancierte Meldung, die besagt, daß für Deutschland nur wirtschaftlich und politisch „unrentable Mandate“ in Betracht kämen.

Die gegenwärtige Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie.

In dieser bis auf weiteres aussichtslosen Situation wurde der Plan des Reichsbankpräsidenten Schacht von der deutschen Presse geradezu als Erlösung empfunden. Sein Vorschlag ging dahin, sog. „Chartered Companies“ zu gründen, d. h. große, mit allen Privilegien ausgerüstete, private, koloniale Unternehmungsgesellschaften, die mit Hilfe der internationalen [428] kapitalistischen Wirtschaftsführer ins Leben gerufen werden sollen. Diese Gesellschaften sollten sich aber nicht nur wirtschaftlich betätigen, sondern auch staatliche Hoheitsrechte (Verwaltung, Rechtsprechung, Polizei, usw.) ausüben. Zu diesem Zwecke müßte ihnen 1. ein geeignetes Territorium überlassen werden; 2. eine Anzahl von Siedlern hingelenkt werden und 3. das erforderliche Kapital verschafft werden. Die Siedler hofft Schacht durch eine staatlich geförderte Massenauswanderung in die Kolonien bekommen zu können, die Gelder sollen aber aus der Transferkasse des Reparationsagenten genommen werden, insoweit sie nicht sofort an die Gläubigerstaaten abgeliefert werden müssen, wobei, wie Schacht ausdrücklich betont, dem internationalen Kapital „ein entsprechender Nutzen“ vorbehalten werden würde.

Diesen Plan „hatte Herr Schacht bereits vor zwei Jahren einem amerikanischen Journalisten gegenüber geäußert. Aber damals wurde er von sämtlichen kolonialen Vereinen Deutschlands ausnahmslos abgelehnt, da sie darin einen Verzicht auf die Rückgabe sämtlicher ehemals deutscher Kolonien sahen. Aber getreu dem Sprichwort „Lieber einen Spatzen in der Hand als eine Taube auf dem Dache“, wandelte sich die Gesinnung dieser Herren und heute wird von ihnen allen, wenn auch mit einigem Widerwillen, der Gedanke der Errichtung von „Chartered Companies“ gefördert.

Dieser Gedanke ist aber beileibe nicht dem Kopfe des Herrn Schacht entsprungen: Sowohl in England (so z. B. die berüchtigte „Englisch-Südafrikanische Gesellschaft“ in Rhodesien), als auch in Deutschland stand am Beginn der kolonialen Betätigung die private Kolonialgesellschaft (in Deutschland insbesondere die „Neu-Guinea-Co.“ und die „Ostafrikanische Gesellschaft“). Und es ist nicht uninteressant, den ersten deutschen Kolonialaufruf, der noch von dem Kolonialausbeuter Peters verfaßt ist, mit dem Plan des locarnofriedlichen, pazifistischen Herrn Schacht zu vergleichen: Die beiden stimmen miteinander fast wörtlich überein!

C. Peters hat 1885 die erste deutsche private Kolonialgesellschaft, die „Deutsch-Ostafrika-Gesellschaft“, gegründet, die dann später unter die Aufsicht des deutschen Reichskanzlers gelangte. Ihre

Geschichte ist, wie auch die der anderen privaten Kolonialgesellschaften, mit Blut geschrieben, was selbst einzelne deutsche Kolonialpolitiker zugeben müssen und vor Neugründungen privater Kolonialunternehmungen warnen, mit der Begründung, daß „von ihnen praktisch immer eine Ausbeutungspolitik betrieben werden müsse“ und sie nur „Dividende herauswirtschaften wollen“. (Siehe „Der Kolonialdeutsche“ Nr. 8/1926). Aus diesen Gründen empfehlen diese Menschenfreunde die Chartered Companies nur für die Gebiete mit „einer tiefer stehenden Bevölkerung“. (Ebenda.)

Einen bedeutsamen Unterschied jedoch weisen die Pläne des Herrn Schacht gegenüber den früheren Kolonialplänen auf: Die Schachtschen Gesellschaften sollen mit Hilfe des internationalen Kapitals ins Leben gerufen werden, wodurch die Abhängigkeit des deutschen Imperialismus vom ausländischen klar zutage tritt. Hinter den Schachtschen Plänen steht das amerikanische Kapital, das die Zahlung der Reparationen durch die rücksichtlose Ausplünderung der Eingeborenen und der deutschen Auswanderer erpressen will, und dem es nur von Vorteil sein kann, wenn sich zwischen die um die Vorherrschaft in Afrika ringenden Mächte, England und Frankreich, Deutschland als Prellblock einschiebt. Den Gedanken einer gemeinsamen Koloniaiarbeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hat auch der oben erwähnte deutsche Kolonialpolitiker Schnee mit aller Offenheit ausgesprochen.

[429] Aber die deutsche Bourgeoisie ist diesen internationalen Plänen bereits zuvorgekommen! Im Jahre 1925 ist es einzelnen deutschen Kolonialgesellschaften gelungen, ihre früheren Besitzungen wieder zurück zu erwerben und auch neues Kolonialland dazu zu kaufen. Es ist unmöglich, hier eine vollständige Liste der Wiedererwerbungen anzuführen, es können vielmehr nur die wichtigsten Neuerwerbungen angeführt werden: In Togo und Kamerun sind die riesigen Plantagen von der Moliwe-Pflanzungs-Ges. zurückerworben worden, so daß insbesondere Togo heute völlig unter deutschem Einfluß steht. In Deutschostafrika sind die Plantagen um den Viktoria-See, allem Anschein nach, von der Deutsch-Ostafrika-Gesellschaft zurückerworben worden, die Neu-Guinea-Co. hat Pflanzungen in Guatemala (Südamerika) erworben und verhandelt über den Wiedererwerb der deutschen Pflanzungen in Neu-Guinea. Im Kamerun allein sind bis jetzt folgende Gesellschaften in Tätigkeit getreten: Westafrikanische Pflanzungsgesellschaft Viktoria; Pflanzungsgesellschaft Ekona; Moliwe-Pflanzungsgesellschaft; Pflanzungsgesellschaft Bimbia; Kamerun-Kautschuk-Co. usw.

Das Jahr des Locarnofriedens hat der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe der ehemaligen deutschen Kolonialfirmen in den ehemals deutschen Gebieten wieder vorzudringen. Und das „koloniale Bankhaus Tietgen konnte im Mai dieses Jahres freudig berichten, daß infolge der Ausführungen des Herrn Schacht „unsere führenden Kolonialfirmen stark ansteigende Kurse aufwiesen“.

Kolonialpolitik und Proletariat

Die imperialistischen Kolonialpolitiker aller Länder ließen sich von dem Bestreben leiten, große proletarische Massen für ihre Ziele zu gewinnen. So versucht man auch heute durch den Hinweis auf die Erwerbslosigkeit und auf den billigen Bezug von Nahrungs- und Rohstoffmittel breite Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, um auf diese Weise, wie W. Liebknecht sich einmal ausdrückte, „die soziale Frage zu exportieren“.

Allerdings war der Erfolg der Kolonialpropaganda in Deutschland immer nur sehr gering. Der Kolonialgedanke ist hier im Gegensatz zu England nie populär gewesen. Trotzdem ist gerade heute, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die eine Verzweiflungsstimmung in gewisse Arbeiterschichten bringt, die imperialistische Kolonialpropaganda eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung. Als der deutsche Imperialismus noch unter Bismarck seine ersten Schritte machte, schrieb Friedrich Engels über die verelendeten Arbeiter der sächsischen Kleinindustrie:

„Wer am Ertrinken ist, greift nach jedem Strohhalm und kann nicht warten, bis das Boot vom Ufer abstößt, das Rettung bringen will. Das Boot ist die sozialistische Revolution, der Strohhalm sind der Schutzzoll und Staatssozialismus.“ (Brief von Engels an Bernstein vom 30. November 1881.)

Und die Kolonialpolitik – können wir heute hinzufügen.

Die Bekämpfung der Kolonialpolitik ist daher heute für die klassenbewußten Arbeiter eine dringendere Aufgabe als jemals zuvor. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil die Sozialimperialisten des ADGB und der SPD und mit ihnen die Reste der alten Arbeiter-Aristokratie hier eine Chance wittern, aus der Bewegung der verelendeten Massen für sich Kapital zu schlagen.

Die SPD tritt für die Kolonialpolitik ein. Zwar protestieren einige ihrer Mitglieder gegen derartige Unternehmungen, wobei sie hauptsächlich [430] auf die Aussichtslosigkeit einer deutschen Kolonialpolitik hinweisen; aber es handelt sich hier meist um einflußlose jüngere Elemente, so z. B. W. Fabian oder Persius. Die Partei hat hingegen ihre Stellung zur Kolonialpolitik bereits vor einem Jahre festgelegt, und zwar durch den Eintritt des sozialdemokratischen „Kontinentalpolitikers“ und Abgeordneten Quessel in die im August 1925 im Reichstag begründete „Interfraktionelle koloniale Vereinigung“, der sämtliche bürgerliche Parteien angehören und deren Ziel statutenmäßig darin besteht, sich „für eine koloniale Betätigung Deutschlands einzusetzen“. Und dieser Schritt Quessels steht keineswegs vereinzelt da! Den glorreichen Anfang einer Kolonial-Propaganda innerhalb der SPD in der Nachkriegszeit hat niemand anders als Gustav Noske getan, der ja bereits im Frieden sein Herz für Kolonialpolitik entdeckt hat. Bereits vor zwei Jahren schrieb er in der „Kolonialen Rundschau“ (April 1924) folgendes:

„Ich hoffe, daß der Tag nicht zu fern ist, an dem unser Volk sein Wissen und Können auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete, gleichberechtigt mit anderen Nationen in den Kolonialgebieten, zum Segen der Menschheit wird nutzbar machen können ... Die sozialdemokratische Partei ist keine Freundin der Kolonialpolitik gewesen. Aber bei einem Rückblick auf 40 Jahre, die verflossen sind, stieg das Interesse mit der Verbesserung der kolonialen Methoden ... Die Einstellung der Partei erfuhr eine gründliche Umwandlung.“ (!)

Ihm folgen die „Sozialistischen Monatshefte“ (1925, S. 751), die i“hr reaktionäres Kolonialprogramm nur mit utopistischen Phrasen verkleiden:

„Der wirkliche Sozialist, für den der Kapitalismus eine notwendige Durchgangsstufe der Wirtschaft zu Höherem ist, wird deshalb auch alles in der Kolonialpolitik tatsächlich Geleistete anerkennen.“

Am ärgsten treibt es aber das in Jena herausgegebene „Gewerkschaftsarchiv“, das ursprünglich von C. Zwing als „Oppositionsorgan“ (!) zu dem offiziellen Gewerkschaftsorgan „Die Arbeit“ gegründet wurde. Ein gewisser K. V. Müller sucht die Notwendigkeit der Errichtung von Siedlungskolonien nachzuweisen, für die der Staat, die Gewerkschaften (!) und die Auswanderer selbst das Kapital aufbringen müßten. Diese Verschickung in die Kolonialgebiete soll von den Arbeitsnachweisen (!) als allgemeine Verpflichtung (!!) geregelt werden, wobei jedoch selbstverständlich „Befreiung aus sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Gründen möglich sein müßte“. Dieser feine Herr, dessen Pläne ihre Vorbilder in der Verschickung von Landeskindern zur Zeit der unumschränkten Fürstenherrschaft in Deutschland und in der Deportierung belgischer Arbeiter im Krieg haben, gibt dann den verschickten Arbeitern folgende Ratschläge zur sozialistischen Propaganda mit auf dem Weg:

„Zunächst gilt es, sich ... geschätzt, beliebt und unentbehrlich zu machen. Erst dann wird man immer vorsichtig, reformistisch, opportunistisch, den bestehenden Vorurteilen Rechnung tragend, an seine sozialistische Mission sich herangetrauen dürfen.“

Was Herr Müller unter den „Vorurteilen“ versteht, wird im nächsten Absatz klar. Denn hier setzt er auseinander, wie er der Rassenfrage „Rechnung tragen“ will:

„Ein Kollege“, schreibt er, „der ... auswandert und dort den bestehenden Gewerkschaften eingegliedert würde, wäre gar bald im Bilde. Und er empfände bald ... jenes Grauen vor der Tiefe des Abstandes der Menschengattungen, der durch Erziehung und Umwelt-[431]einflüsse nachgewiesenermaßen einfach nicht zu überbrücken ist, und aus dem Grauen wird gar zu leicht Überhebung und Haß ... Dieses unschöne Extrem wird vermieden, wenn von vornherein ein gesunder Rassenstolz ... in die Seele des Auswanderers gepflanzt wird. Man soll ihm nicht verschweigen, daß wir ‚Weißen‘ nun einmal die Herrenrasse sind und daß unsere ganze Kultur auf dieser Herrenstellung in der Welt beruht, daß es gilt, für künftige Auseinandersetzungen dieser unserer Vaterrasse mehr und mehr Boden zu gewinnen und daß unser ganzes ‚nationales Wanderungsprogramm‘ nur ein Teil dieses großen Werkes ist ...“

Damit stellen sich Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführer auf die Seite der reaktionärsten Schichten der Bourgeoisie. Die Beherrschung des schwarzen Arbeiters durch den weißen im Bunde mit den „weißen“ Kapitalisten wird hier zum Programm erhoben.

Diese Stellungnahme, die allerdings in so krasser Form selten ausgesprochen wird, ist aber nichts anderes, als die Konsequenz der imperialistischen Locarnopolitik der SPD, deren zwangsläufiges Ergebnis auch die Bejahung der Kolonialpolitik in sich trägt. Allerdings geht diese Entwicklung nur zögernd vor sich, aus Angst vor den linken SPD-Arbeitern, aber bereite heute ist der Weg klar gezeichnet.

Demgegenüber ist die Stellung unserer Partei scharf herauszuarbeiten: Wir sind gegen die Kolonialpolitik, n i c h t weil sie „zwecklos“ oder „erfolglos“ oder „teuer“, sondern weil sie ein Schachzug der Bourgeoisie ist im Kampfe gegen das Proletariat und alle Ausgebeuteten.

Die neue Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie ist nichts anderes als ein Teil ihrer Gesamtoffensive gegen die werktätigen Massen, die im Innern in der Rationalisierung, in Angriffen gegen das Koalitionsrecht, den Staatsstreichplänen usw., nach außen hin in der Eröffnung einer imperialistischen Abenteurerpolitik ihren Ausdruck findet.

Die „neue Kolonialpolitik“ ist ein Versuch, Deutschland auf kapitalistischem Wege zu sanieren, wobei die Frage der Bildung einer „Einheitsfront“ sämtlicher bürgerlicher Parteien mit der SPD eine besondere Rolle spielt. Die SPD ist auf dem besten Weg, den „kolonialen Burgfrieden“ herzustellen, wie es die Sozialdemokratische Partei Frankreichs bei der Abstimmung über die Bewilligung der Kriegskredite gegen Abd el Krim bereits getan hat. So ist die KPD in dieser Frage die einzige Partei, die entschlossen gegen jeden kolonialen Vorstoß der deutschen Bourgeoisie kämpft. Sie wird in diesem Kampf die Unterstützung aller klassenbewußten Arbeiter haben.

*

Der marxistische Sinn der Rationalisierung[*)]

Von E. V a r g a

Seit acht Monaten dauert in Deutschland die Wirtschaftskrise mit fast unveränderter Stärke an. Die offizielle deutsche Wissenschaft, wie sie in den Ausgaben des Konjunkturinstituts repräsentiert ist, betrachtet diese Krise als eine normale Krisenphase des Kapitalismus. Die praktischen Volkswirtschaftler, Politiker und die sozialdemokratischen Schriftsteller geben sich den Anschein, als ob die Krise nur die Folge der in Deutschland [432] vor sich gehenden Rationalisierung der Wirtschaft wäre. Durch das Rationalisierungsgeschrei der Bourgeoisie ist auch in die Reihen der Arbeiterschaft eine gewisse Verwirrung hineingetragen worden, und es erscheint daher nützlich, den Versuch zu machen, die ganze Rationalisierungsgeschichte marxistisch auf ihren ökonomischen Inhalt zu prüfen.

U n t e r R a t i o n a l i s i e r u n g v e r s t e h t d i e d e u t s c h e B o u r g e o i s i e g e g e n w ä r t i g a l l e M e t h o d e n, d i e z u r E r h ö h u n g d e s P r o f i t s e i n e s U n t e r n e h m e n s f ü h r e n. Zum besseren Verständnis der Sache müssen wir das industrielle Kapital von dem Warenhandlungs- und Geldhandlungskapital (Leihkapital, Bankkapital) unterscheiden.

Unter i n d u s t r i e l l e m Kapital verstehen wir nicht nur Kapital, das in der Industrie angelegt ist, sondern jedes Kapital, das durch die Produktionssphäre hindurchgeht. Industrielles Kapital ist im Sinne von Marx:

„Das Kapital, welches im Verlauf seines Gesamtkreislaufs diese Formen (Geldkapital, Produktion, Warenkapital) $G < \underset{Pm}{A} \ldots B \ldots W - G$ annimmt und wieder abstreift und in jeder die ihr entsprechende Funktion vollzieht, ist i n d u s t r i e l l e s K a p i t a l – industriell hier in dem Sinne, daß es jeden kapitalistisch betriebenen Produktionszweig umfaßt.“[**)]

Uns interessiert hier nur die Rationalisierung im Gebiete des industriellen Kapitals, das die Grundlage des ganzen Kapitalismus bildet. Die Rationalisierung im Handel, Bankwesen usw. lassen wir außer Betracht.

[*)] Vordruck aus dem nächsten Vierteljahrsbericht der „Internationalen Pressekorrespondenz“.

[**)] Kapitel II, S. 26.

Die Rationalisierung im Gebiete des industriellen Kapitals erstreckt sich sowohl auf die Zirkulationssphäre als auch auf die Produktionssphäre.

In der Zirkulationssphäre gibt es zwei Hauptrichtungen der Rationalisierung:

a) Die Erhöhung der Preise über den Produktionspreis (Produktionspreis im Sinne von Marx gleich Kost[en]preis minus Durchschnittsprofit) hinaus durch monopolistische Zusammenfassung von Unternehmungen derselben Art.

b) Maßnahmen zur Verminderung des Anteils des nichtindustriellen Kapitals am Gesamtprofit.

Über die Zusammenfassungstendenzen innerhalb der „deutschen Wirtschaft brauchen wir hier nicht viel zu sagen. Wichtig ist, daß im Gegensatz zur Inflationszeit, als der vertikale Trust der Haupttypus der Zusammenballung von Unternehmungen war, gegenwärtig wieder der horizontale Zusammenschluß, also die Kartellierung und Vertrustung von Unternehmungen, die dieselben Waren produzieren, überwiegt, bzw. eine Vertrustung von kombinierten Unternehmungen, wobei innerhalb der Trusts eine Spezialisierung der Produktion in den Einzelbetrieben nach standortlichen bzw. produktionstechnischen Vorteilen vor sich geht.

Versuche zur Verminderung des Anteils des nichtindustriellen Kapitals an dem Gesamtprofit bestehen in dem Bestreben der Ausschaltung des Zwischenhandels, der Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten, und in Versuchen, den Anteil des Leibkapitals am Gesamtprofit zu vermindern.

Für die Arbeiterschaft ist diese zweite Art der Rationalisierungsbestrebungen ökonomisch gleichgültig. Es ist ein Kampf, der sich innerhalb der Kapitalistenklasse um den Anteil am Profit abspielt. Politisch ist dies insofern wichtig, als es einen Gegensatz in dem Lager der Bourgeoisie hervorruft. Die Kartellbildung hingegen betrifft die Arbeiterschaft schon unmittelbar, indem durch die Erhöhung der Preise über die Produktionspreise [433] hinaus eine Tendenz zur Herabsetzung der Reallöhne entsteht, insofern die Lohnerhöhungen nicht mit den Preiserhöhungen Schritt halten.

Wichtiger als die Vorgänge in der Zirkulationssphäre sind die Vorgänge in der P r o d u k t i o n s s p h ä r e, dem eigentlichen Gebiet der Rationalisierung. Die Rationalisierung in der Produktionssphäre läßt sich in folgende Gruppen einteilen:

a) E r h ö h u n g d e r P r o d u k t i v i t ä t d e r A r b e i t. Dies bedeutet, daß durch technische Fortschritte, das heißt durch Anwendung besserer Produktionsmittel und Produktionsverfahren, die in der Einheit des Produkts enthaltene Arbeitszeit vermindert wird. Die Rationalisierung in diesem Sinne ist absolut nichts Neues. Sie geht vor sich, seit der Kapitalismus überhaupt besteht. Es bedeutet dies eine reale Herabsetzung des Produktionspreises, ohne unmittelbar die Teilung des Wertprodukts in Wert und Mehrwert zu berühren.

Mittelbar bedeutet die Erhöhung der Produktivität der Arbeit, das heißt die Herabsetzung der Produktionskosten pro Einheit des Produkts, die Möglichkeit der Herabsetzung des Arbeitslohns, wenn sich diese Herabsetzung der Produktionskosten auf Waren erstreckt, die in den Konsum der Arbeiterschaft eingehen. Bei Einhaltung der theoretischen Voraussetzungen von Marx, daß die Arbeitskraft im Kapitalismus zu ihrem Wert bezahlt wird, senkt sich der Arbeitslohn entsprechend der Verbilligung der in den Konsum der Arbeiter eingehenden Waren. Der Anteil der Kapitalisten an dem Wertprodukt wird bei gleichbleibendem Reallohn der Arbeiterschaft größer. Alle andern Umstände gleichgesetzt, würde dies Erhöhung des Gesamtprofits der Kapitalistenklasse bedeuten. Da aber die Erhöhung der Produktivität der Arbeit eine Verschiebung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Richtung der Erhöhung des konstanten Teiles bedeutet[*)], geht die durch den technischen Fortschritt erzielte Erhöhung des Anteils des Kapitals am Wertprodukt mit einer Verminderung der Profitrate zusammen[**)]. Die Kombination des technischen Fortschritts mit der monopolistischen Preisbestimmung

[*)] Unter organischer Zusammensetzung des Kapitals versteht Marx das von der jeweiligen Technik bedingte Verhältnis von konstantem und variablem Kapital, das heißt zwischen dem Kapital, das in Produktionsmitteln, Rohstoffen usw. ausgelegt wird, und dem Teil, der für Arbeitslohn verausgabt wird.

[**)] Der gesamte Mehrwert verteilt sich im Kapitalismus der Tendenz nach gleichmäßig auf das industrielle Kapital (nachdem die Grundrente abgesondert wurde) als Profit je nach der Größe des Gesamtkapitals eines Unternehmers. Der von

durch die Kartelle soll zum Ergebnis haben, daß die alten Ver-[434]kaufspreise trotz der erfolgten Verminderung des Produktionspreises erhalten bleiben, das heißt den Versuch, die Tendenz zum Fallen der Profitrate im Zusammenhang mit der Erhöhung der Produktivität auszuschalten.

b) Methoden zur Produktion von relativem Mehrwert. Verschiedene Rationalisierungsbestrebungen laufen darauf hinaus, durch bessere Organisierung der Arbeit eine Verminderung der in der Einheit des Produkts enthaltenen Arbeitszeit ohne technischen Fortschritt, das heißt eine Herabsetzung des Produktionspreises, ohne Verbesserung des Produktionsapparats, zu erreichen. Diese Methode ist ebenfalls nichts Neues und wurde seit Bestehen des Kapitalismus immer wieder in verschiedenen Formen angewendet. Unter den gegenwärtig angewendeten Methoden der Produktion von relativem Mehrwert spielt die Standardisierung, Typisierung, Normalisierung eine wichtige Rolle. Die Verminderung der Verschiedenheit von Formen und Ausmaßen von Waren, die dem gleichen Gebrauch dienen, gleiche oder ähnliche Bedürfnisse befriedigen, bedeutet Verminderung der darin enthaltenen Arbeitszeit ohne Änderung der Produktivität der Arbeit und ohne unmittelbare erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft.

c) Vergrößerung des absoluten Mehrwerts durch erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft. Diese Form der Rationalisierung trifft die Arbeiterschaft am unmittelbarsten. Sie erstreckt sich sowohl auf die einfache Verlängerung der Arbeitszeit, als insbesondere auf eine Intensivierung der Arbeit, auf einen Zwang der Arbeiter, in derselben Zeit eine höhere Ausgabe an Arbeitskraft zu leisten. Die letztere Art wird manchmal unrichtig allein als Rationalisierung bezeichnet. Die Einführung des laufenden Bandes und anderer Methoden der automatischen Kontrolle und Intensivierung der Arbeitskraftausgabe bilden die Hauptmittel hierzu. Eine Intensivierung der Arbeit kann auch und findet auch statt ohne Einführung von derartigen technischen Neuerungen wie das laufende Band, einfach durch Erhöhung der für eine gewisse Zeit vorgeschriebenen Arbeitsleistung bzw. durch Herabsetzung des Stücklohns. Es handelt sich bei allen diesen Methoden um eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft, eine Mehrausgabe an Arbeit in derselben Zeit und für denselben Geldlohn.

d) Die Verschärfung der Ausbeutung durch einfache Lohnherabsetzungen, wodurch in vielen Fällen der Preis der Arbeit unter ihren Wert herabgedrückt wird.

Wir sehen hieraus, daß alle die Maßnahmen, die in der Produktionssphäre als Rationalisierung bezeichnet werden, im Wesen auf die Erhöhung der Mehrwertrate hinauslaufen, teils durch erhöhte Produktion von relativem Mehrwert, teils durch Erhöhung der Produktion von absolutem Mehrwert bzw. durch Herabdrückung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert. Wir glauben, daß sämtliche Rationalisierungsmaßnahmen sich zwanglos in diese Kategorien des Marxismus einreihen lassen, und daß es ganz unrichtig ist, wenn der gegenwärtige Rationalisierungsfeldzug von den Genossen als etwas in der Entwicklung des Kapitalismus Neues, noch nicht Dagewesenes betrachtet wird,

Die deutsche Bourgeoisie ist zu einer verstärkten Ausbeutung der Arbeiterschaft gezwungen.

Wenn es richtig ist, daß alle die Verfahren zur Erhöhung des Profits des industriellen Kapitals, die man gegenwärtig in Deutschland unter dem Terminus „Rationalisierung“ zusammenfaßt, in der Geschichte des Kapitalismus auch früher beständig angewendet wurden, so müssen zwei Fragen aufgeworfen werden: [435]

1. Ist das Tempo der Rationalisierung gegenwärtig in Deutschrand stärker als sonst?

---

einem Unternehmer realisierte Profit ist also nicht gleich dem Mehrwert, der in dem Unternehmen selbst produziert wurde. Je nachdem, ob die organische Zusammensetzung des Kapitals höher oder niedriger ist, als der Durchschnitt aller Einzelkapitalien, d. h. des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, erhält eine Einzelunternehmung mehr oder weniger Profit, als Mehrwert in demselben angeeignet wurde. Jedes Unternehmen erhält die Durchschnittsprofitrate: d. h. den Teil des gesellschaftlichen Gesamtprofits, der der Größe seines Kapitals entspricht, ohne Rücksicht auf die organische Zusammensetzung des Einzelkapitals. Die Verteilung des Profits entsprechend der Durchschnittsprofitrate ist aber nur als Tendenz vorhanden; je nach technischer Überlegenheit der Einzelunternehmungen, Standortvorteile, „Rationalisierung“, wie auch in Folge der jeweiligen den Marktverhältnissen nicht angepaßten Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals auf einzelne Industriezweige (z. B. ist zuviel Kapital gegenwärtig im Steinkohlenbergbau angelegt), erhalten immer einzelne Unternehmungen eine höhere bzw. niedrigere Profitrate als der Durchschnitt.

2. Was für einen Erfolg für die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft kann durch die Rationalisierung erwartet werden?

1. Was das erste anbelangt, so ist es schwer, das Tempo der Rationalisierung, das heißt Erhöhung der Produktivität der Arbeit und Vermehrung der Ausbeutung irgendwie zu messen. Immerhin haben wir den Eindruck, daß das Tempo gegenwärtig schärfer ist als früher und schärfer als im allgemeinen in andern Ländern, vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Die Ursache dieses verschärften Tempos ist, wie wir glauben, folgendes.

Der Produktionsapparat der deutschen Industrie ist viel größer, als es den Absatzmöglichkeiten bei den gegebenen Produktionspreisen entspricht. Es besteht ein starker Widerspruch zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die nicht volle Ausnutzung der Produktionskapazität zu einer Erhöhung der Produktionskosten führt. Der Inlandsabsatz ist beschränkt durch die geringe Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, weil die Arbeitslöhne niedrig, die Lebensmittelpreise verhältnismäßig hoch sind, die Rentnerklasse verschwunden, die Kaufkraft der Bauernschaft infolge der starken Besteuerung und der hohen Zinsen für Leihkapital vermindert ist; weil ein Teil des jährlichen Wertprodukts als Reparationen und Zinsen für Auslandskapital in das Ausland abfließt usw. Für das deutsche Industriekapital besteht daher die Notwendigkeit, den Auslandsabsatz zu steigern, um die Produktionskapazität einigermaßen ausnutzen zu können. Dies bedingt aber eine Verbilligung der Produktionskosten, um mit dem Auslande erfolgreich konkurrieren zu können, wobei die Ausfuhr der deutschen Industrie nach manchen Ländern durch spezielle Hindernisse (Ausnahmebehandlung, Zölle) und durch die sehr beschränkte Möglichkeit, Kapitalexport zu treiben, gehemmt ist. Die deutsche Industrie ist daher zur Rationalisierung, das heißt Herabsetzung der Produktionskosten, Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiterschaft durch ihre besondere Lage auf dem Weltmarkt, gezwungen. Dies erklärt, weshalb das Tempo der Rationalisierung gegenwärtig in Deutschland ein viel schärferes ist, als früher oder in andern Ländern.

Es ist hierbei folgendes in Betracht zu ziehen. Obwohl das Bestreben zur Verminderung der Produktionskosten sich durch die ganze Geschichte des Kapitalismus hinzieht, so sind für das Tempo dieser Entwicklung auch nicht rein ökonomische Momente von Wichtigkeit. Im allgemeinen kann man sagen, daß, solange ein kapitalistisches Unternehmen bzw. ein ganzer Industriezweig unter den gegebenen Produktionsbedingungen mit gutem Profit arbeitet, das Bestreben zur Herabsetzung der Produktionskosten kein so dringendes ist. Die Kapitalisten geben sich einer gewissen Ruhe hin, das Tempo des technischen Fortschritts, der Rationalisierung und der Steigerung der Ausbeutung verlangsamt sich.

Noch wichtiger sind die politischen Gesichtspunkte. Der Imperialismus ist aufgebaut auf einer Interessengemeinschaft des industriellen Kapitals und der Arbeiteraristokratie. Die Kapitalisten sind in der Lage, der Arbeiteraristokratie eine erhöhte Lebenshaltung zu gewähren; sie müssen es anderseits tun, um im Kampf mit den andern imperialistischen Mächten und bei der Ausbeutung der unterdrückten kolonialen Gebiete im Lande selbst eine Stütze an der Arbeiteraristokratie zu haben.

Die gegenwärtige Niedergangsperiode des Kapitalismus im allgemeinen, und Deutschlands und Englands im besonderen, ist dadurch gekennzeichnet, [436] daß die europäische und insbesondere die deutsche Bourgeoisie nicht mehr die Möglichkeit hat, eine Arbeiteraristokratie aus ihren imperialistischen Überprofiten zu erhalten. Die deutsche Bourgeoisie ist daher gezwungen, zu rationalisieren, das heißt die Arbeiterschaft stärker auszubeuten, ohne Rücksicht darauf, daß dies ihre Machtstellung, ihre Klassenlage schädigt, den Klassenkampf verschärft. Dasselbe gilt mit gewissen Modifikationen für England, wo die Rationalisierung und damit die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft gerade jetzt beginnt. Es ist also kein Zufall, sondern eine ökonomisch-historisch fundierte Notwendigkeit, daß die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig mit dem Schlagwort der Rationalisierung gegen die Arbeiterschaft vorgeht.

2. Die deutsche Bourgeoisie und die deutsche Sozialdemokratie versprechen sich von der Durchführung der Rationalisierung eine starke Erhöhung des Exports an Industriewaren, einen neuen Aufstieg des deutschen Kapitalismus. Dieser Aufstieg soll dann durch Ausdehnung der Produktion ermöglichen, die

durch den Rationalisierungsprozeß überflüssig gemachten Arbeitskräfte wieder in die Produktion einzubeziehen.

Wir halten diese Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie für unrichtig. Der Verlauf der letzten acht Monate zeigt, daß die Krise des deutschen Kapitalismus, soweit sie die Arbeiterschaft betrifft, unverändert anhält. Die Lage derjenigen Kapitalisten, die die Krise bisher überstanden haben, scheint sich etwas gebessert zu haben; die Arbeitslosigkeit jedoch nimmt nicht ab. Im Gegenteil, es werden immer neue Massenentlassungen von Arbeitern vorgenommen und angekündigt. Es ist hierbei zu betonen, daß die Methoden der Erhöhung der Produktivität der Arbeit und der Produktion von relativem Mehrwert nur zu verwirklichen sind im Wege einer Erhöhung der Produktion des betreffenden Betriebs. Der innere Widerspruch der ganzen Rationalisierung besteht in folgendem: es muß rationalisiert, das heißt der Kost(en)preis herabgesetzt werden, weil bei den früheren Produktionspreisen die Warenmenge, die bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität produziert würde, nicht absetzbar ist. Aber die Methoden der Herabsetzung der Produktionskosten sind nicht zu trennen von einer Mehrproduktion an Waren. Es müßten also noch mehr Waren abgesetzt werden als vor der Rationalisierung.

Die deutsche Bourgeoisie sieht diesen Widerspruch und versucht, denselben zum Teil durch Schließung von Betrieben, Vernichtung von Produktionsmitteln auszuschalten. Dies halten wir für ein b e s o n d e r e s Merkmal der Rationalisierung in der Periode des N i e d e r g a n g s des Kapitalismus. In der aufsteigenden Periode wurde der Widerspruch zwischen Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten durch Ausdehnung des Absatzmarkts überwunden, also durch eine Entwicklung zu einer höheren Stufenleiter. Gegenwärtig ist diese Entwicklung unmöglich, und daher sehen wir in Deutschland einen doppelten Prozeß: der durch die Rationalisierung erzwungenen Vermehrung der Warenmasse wird durch Stillegung und Vernichtung eines Teiles des Produktionsapparats entgegengewirkt.

Ist dies aber richtig, so bedeutet zwar die Durchführung der Rationalisierung, daß jene Kapitalistengruppen, die die Krise überstehen, die Rationalisierung durchführen und sich in monopolistische Verbände zusammenballen, ihren Profit erhöhen können, bedeutet aber anderseits, daß dies zu einer allgemeinen Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, zu einer vermehrten Ausbeutung und zur Schaffung einer ständigen sehr großen Reservearmee aus Arbeitslosen führt, wie dies in England seit sechs Jahren bereits der Fall ist. Die durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte [437] können nicht durch die Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise im In- und Auslande wieder in die Produktion einbezogen werden. Die Rationalisierung muß daher als ein Versuch betrachtet werden, die Profitmöglichkeiten eines Teiles des industriellen Kapitals auf Kosten der Arbeiterschaft sicherzustellen. Für den g a n z e n deutschen Kapitalismus bedeutet aber die Rationalisierung keinen Weg zu einem neuen allgemeinen Aufstieg.

*

Die Spaltung der SPD in Sachsen und die Taktik der Kommunisten

Von P a u l B ö t t c h e r

Die Spaltung der SPD in Sachsen ist in der Agitation der Partei bisher nicht in ihrer tatsächlichen Bedeutung zur Geltung gekommen. Politisch ist die Spaltung ein bedeutender Schritt vorwärts in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, denn die Spaltungen im Lager des Menschewismus fördern objektiv den Kampf der Kommunisten um die Führung der Arbeiterklasse. Das wissen die Reformisten natürlich ganz genau. Deshalb haben alle beteiligten Gruppen (Parteivorstand, 23 Rechte und Linke) von vornherein vor der Arbeiterschaft die Spaltung als „E p i s o d e“ dargestellt. B u c k, der Führer der Rechten auf dem Spaltungsparteitag in Dresden, gibt das Stichwort „Episode“. Der „Vorwärts“ greift es voll Verständnis auf, und die linken Führer bedienen sich desselben, um die endgültige „Vernichtung“ der Rechten zu beweisen. Die Partei muß sich hüten, ebenfalls an dieses Stichwort der Opportunisten anzubeißen. Wir dürfen nicht dabei stehen bleiben, die Strömungen, Differenzen und Manöver der reformistischen Führer zu analysieren oder über dieselben zu philosophieren. Die Kommunisten müssen die Wirkung der Spaltung auf die A r b e i t e r m a s s e n und ihre Bedeutung für die w e i t e r e p o l i t i s c h e E n t w i c k l u n g d e r s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n A r b e i t e r erkennen. Jetzt hängt es in vollem Umfang von den Kommunisten ab, ob das Manöver der reformistischen

Führer gelingt und die Spaltung nur eine „Episode“ bleibt Die revolutionäre Strategie stellt die Partei vor die Aufgabe, die „Episode“ umzuformen in eine Epoche: die organisatorische Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren reformistischen und zentristischen Führern.

I.

Die Partei muß das Neue in der Lage sehen. Seit dem Ausscheiden aus der Stresemann-Koalition manövriert der sozialdemokratische Parteivorstand – bald stärker, bald schwächer – mit dem Mittel der parlamentarischen Opposition. Was will er mit dieser Taktik, die bereits über zwei Jahre lang durchgeführt wird, erreichen? Natürlich eine Stärkung seines Einflusses unter den arbeitenden Massen. Dieser Einfluß ist ihm ein Mittel, um der Bourgeoisie seine Unentbehrlichkeit als Regierungspartei zu beweisen.

Das sozialdemokratische Manöver der parlamentarischen Schein-Opposition hat aber zwei Grenzen. Die eine liegt innerhalb der Interessensphäre der kapitalistischen Republik und die andere – die entscheidende – ergibt sich aus den Klasseninteressen der sozialdemokratischen Arbeiter. Der Volksentscheid bietet hierfür das anschaulichste Beispiel. Was wollten die reformistischen Führer ursprünglich? Eine kleine Opposition, keine Massenbewegung. Landsberg gab der Bourgeoisie im Rechtsausschuß des Reichstags noch einmal die Bereitwilligkeit der SPD-Führer zu jedem Kompromiß zu erkennen. Vergeblich. Die jeder Massenbewegung innewohnende [438] Kraft trug die Kampagne in ihrem Verlauf weit hinaus über ihren Ausgangspunkt. Es wird außerordentlich viel davon abhängen, inwieweit die Partei nach dem Volksentscheid verstehen wird, den Massenstrom weiter zu leiten, den Rückzug der sozialdemokratischen Führer (Große Koalition!) tatsächlich vor den Millionen als Verrat an den Interessen der Besitzlosen zu kennzeichnen und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diesen neuen Verrat mit allen organisatorischen Konsequenzen zu erreichen.

In Sachsen kulminieren die Gegensätze zwischen dem Zentrismus und der alten reformistischen Garde. Aus diesem Grunde – eine Reihe anderer Momente kommen noch hinzu – ist in Sachsen das. Oppositionsmanöver des Parteivorstandes zuerst auf seine natürlichen politischen Grenzen gestoßen. Die Arbeiter wollen nicht parlamentarische Scheinopposition, sondern Klassenkampf. Der Gradmesser für ihre Stellung zum bürgerlichen Staat ist nicht die Frage, ob sie morgen in einer Koalitionsregierung ihre parlamentarische Opposition verwirklichen können (Keil auf dem Heidelberger Parteitag). Die Stellung der sozialdemokratischen Arbeiter zum kapitalistischen Staat ist durch die Klassenfragen – Rationalisierung, Erwerbslosigkeit, Wohnungselend, Achtstundentag, Lohndrückerei – gegeben. Aus diesem Grunde konzentriert sich in Sachsen die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter im Laufe der jahrelangen Auseinandersetzungen mit den rechten Führern immer enger um die Frage der Koalitionspolitik. Je mehr die sozialdemokratischen Arbeiter die Frage der Koalitionspolitik in den Vordergrund rücken, um so lauter schreien die linken Führer aus sehr durchsichtigen Gründen, es handele sich gar nicht um Koalitionspolitik, sondern um „Parteidisziplin“! Die Quantität des parlamentarischen Oppositionsgeschwätzes der zentristischen und reformistischen Führer schlägt – infolge der Dialektik der Klassenkämpfe – um in die Qualität des revolutionären Bewußtseins der Massen. Das ist die eine Grenze der reformistischen Betrugsmanöver.

Die andere Grenze ist wiederum in Sachsen zuerst erreicht worden. Die reformistischen Führer werden von der herrschenden Klasse dafür bezahlt, um den Linksabmarsch der Massen zu verhindern. In Sachsen hatten sich nun Verhältnisse herausgebildet, in denen sich die sozialdemokratischen Arbeiter im Kampfe um die Tagesforderungen in vielen Fällen nicht mehr wesentlich von den kommunistischen Arbeitern unterschieden. (Erwerbslosendelegationen, Auftreten gegen die Marx-Kandidatur, Kampf gegen Schwarzrotgold, Einheitskomitees, Maifeiern.) Die linken Führer hatten dem Radikalisierungsdrang der Massen zu stark nachgegeben, sie machten aus mancherlei Gründen in der Rollenverteilung mit den rechten Führern Fehler. Der Radikalisierungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter nahm immer größeren Umfang an. Die Bourgeoisie zwang daher ihre gekaufte reformistische Garde in Sachsen zur Spaltung. Der Parteivorstand in Berlin hatte mit den Rechten und Linken gleichzeitig konspiriert. In der doppelten Buchführung zeigte er sich

jedoch als schlechter Rechner. Deshalb war auch für ihn die Spaltung – als „Episode“ – in dieser Situation der geeignetste Umweg zur Rettung der Koalition in Sachsen.

Die Aufgaben, die den Reformisten und der „Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens“ von der Bourgeoisie gestellt sind, wurden nach dem Spaltungsparteitag am unverhülltesten und zynischsten von den alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ formuliert. Dieses großkapitalistische Monarchistenblatt schreibt am 8. Juni über die Spaltung: [439]

„Für die Einstellung des Bürgertums kommt alles darauf an, ob die Leiter der neuen Partei Taktiker genug sind, um sich der Schlinge zu entziehen, die man versuchen wird, ihnen überzuwerfen, und ob sie es verstehen, eine sächsische Landespartei von Verantwortungen frei zu halten, die schwer und niederdrückend auf der sozialistischen Reichspartei lasten. Fehler, die hier „im Aufmarsch“ gemacht würden, wären später schwerlich mehr auszubessern.

Die neue Partei ist, ihrer Gründungsgeschichte zufolge, verpflichtet zum schärfsten Kampf gegen die Bevormundung des Sozialismus, gegen den Kommunismus, gegen den Linksabrutsch der VSPD. Von dem Ernst und der Tatkraft, womit sie diesen Kampf führt, wird die Stellung abhängen, die das staatsbejahende Bürgertum zu ihr einnimmt. In diesem Kampfe liegt ihre Daseinsberechtigung. Ob die Spaltung also, wie ihr Vorsitzender wünscht, ‚Episode‘ bleibt oder nicht, wird eine cura posterior, eine Sorge für spätere Tage sein müssen. Episode kann die Neugründung eines Tages sowohl dadurch werden, daß sie ihr Kampfziel erreicht, wie dadurch, daß sie es kleinmütig preisgibt. In welcher Richtung sie sich entwickeln wird, kann ein Draußenstehender heute kaum zureichend beurteilen. Aber das kann wohl gesagt werden: einer Partei, die im Kampf gegen die Bolschewisierung der VSPD ihren Mann steht, wird die Sympathie und die **Waffenhilfe** des staatsbejahenden Bürgertums, wo sie sie brauchen kann, nicht fehlen. Das ist so selbstverständlich, daß es eigentlich nicht erst gesagt zu werden brauchte.“

Entschieden und klar formuliert damit die großkapitalistische Presse die Daseinsberechtigung des Reformismus. Es geht dabei der Bourgeoisie in Sachsen natürlich zunächst um die Rettung der eigenen Haut. (Große Koalition, auch nach Neuwahlen!). Der Radikalisierungsprozeß der sozialdemokratischen Arbeiter ist aber zu einer allgemeinen Erscheinung in ganz Deutschland geworden. Die sozialdemokratischen Führer haben, zusammen mit der Bourgeoisie, das dringendste Interesse, den Brandherd der Radikalisierung zu lokalisieren. Deshalb die starke Betonung, es handle sich nur um einen lokalen Konflikt, deshalb erklären rechte und linke Führer feierlich, sie dächten nicht daran, den Konflikt über Sachsen hinauszutragen. Unserer Partei ist es bisher noch nicht gelungen, die Lokalisierungsmanöver des Gegners ernsthaft zu durchkreuzen. Die KPD muß an Hand der konkreten Fragen die Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie in allen Bezirken vor der Arbeiterschaft aufrollen. In öffentlichen Arbeiterversammlungen müssen in allen Großstädten die Spaltung der SPD und die Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterschaft behandelt werden. Die besondere Einladung der sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Versammlungen ist unbedingt notwendig. Der Konflikt innerhalb der badischen SPD und vor allem die neuere Entwicklung auf dem Berliner Rathaus bieten hinreichend aktuelles politisches Material, um die Spaltungsfrage aus dem Schatten des sächsischen Provinzialismus ins politische Tageslicht zu ziehen.

Die sozialdemokratischen Führer – rechte und linke – kämpfen also dafür, daß erstens die Spaltung „Episode“ und daß sie zweitens eine „sächsische“ Spaltung bleibt. Zum Kampf der SPD-Führer um die zeitliche und geographische Begrenzung der Spaltung kommt drittens der Kampf gegen das Übergreifen derselben auf die Gewerkschaften. (Schluß folgt.)

[440]

RUNDSCHAU

Deutsche Politik

Zentrum

Am 4. Juli 1926 tagte der Reichsausschuß der Zentrumspartei unter Vorsitz des Reichskanzlers Marx.

Die Tagung sollte die politische Plattform geben, auf der das Zentrum die Wiedersammlung seiner Wählerschaft in Angriff nehmen will. Die reaktionäre Politik der Partei in den Zoll-, Steuer- und Aufwertungsfragen und besonders in der Frage der Fürstenabfindung hat neben der offen konterrevolutionären Haltung des Marx als Justizminister wie als Kanzler weiten proletarischen und mittelständlerischen Schichten der Zentrumspartei die Augen so weit geöffnet, daß sie sich in Gegensatz zu der Politik ihrer Partei stellten und zum Teil auch organisatorisch mit ihr brachen durch die Gründung der christlich-sozialen Reichspartei.

Dieser Linken sollte ein besonderer politischer Schlag versetzt werden durch die geräuschvolle „Wiederversöhnung“ der Partei mit Josef Wirth. Diese Wiederversöhnung war in Wahrheit nichts anderes als das Abwerfen der Maske jenes Wirth, der bisher durch seine Beteiligung an der Opposition eben diese Opposition irreführen und für die reaktionäre Zentrumsführung damit unschädlich machen wollte.

Das politische Referat auf der Reichsausschußtagung hielt Herr Adam Stegerwald. Derselbe Stegerwald, der die Hoffnung der Hugenberg-Presse auf die Beteiligung des Zentrums an der Rechtsblockdiktatur ist, der auf dem letzten Parteitag mit besonderer Innigkeit die deutschnationalen Führer der christlichen Gewerkschaften verteidigte, und der zwei dieser Leute (Behrens und Meyer) auch dann noch „für die christliche Arbeiterschaft rettete“, als sie der bewußten Begünstigung der faschistischen Fememörder überführt waren. Stegerwald begann sein Referat mit dem Vortrag er rechts-deutschnationalen Ansicht über den Dawes-Pakt. Dann erklärte er die Haltung der Zentrumspartei in der Frage des Volksentscheids über die Fürstenabfindung für richtig. Dazu muß daran erinnert werden, daß die offizielle Haltung der Partei durch die Erklärungen der Reichstagsfraktion am 9. März 1926 mit folgenden Worten gegeben wurde:

„Das im Volksbegehren geforderte Gesetz steht zu den Grundfesten der Reichsverfassung in unlösbarem Widerspruch.“

Am 28. April 1926 leistete sich das Zentrum in einer Erklärung im Reichstag sogar die unverschämte Behauptung, daß der Volksentscheid mit der Würde des deutschen Volkes unvereinbar sei und geeignet wäre, die Begehrlichkeit der Massen aufzureizen. Und es ist diese Linie, die Marx wie Stegerwald vertreten und mit der sich Josef Wirth einverstanden erklärte.

Stegerwald versicherte, daß in der Aufwertungsfrage nichts unternommen und die Zoll- und Wirtschaftspolitik (wegen der Wirth angeblich ausgeschieden war!) in der bisherigen Linie (der Ausraubung der arbeitenden Massen) fortgesetzt werden solle.

Zum Schluß behauptete Stegerwald, daß die Partei sich weder für links noch für rechts entscheiden werde und daß die Republik die Staatsform bleiben solle, in der „der Aufbau Deutschlands vollzogen werden kann“.

Diese Formel stimmt fast im Wortlaut überein mit der Formel des Kapitänleutnants Ehrhardt, der denselben Aufbau meint wie Stegerwald, und trotzdem oder gerade des. wegen die Wiederherstellung der Monarchie auf absehbare Zeit für falsch erklärt,

Die Redewendungen Stegerwalds genügten Herrn Josef Wirth. um sich der Partei wieder einzugliedern, damit die „Einheit der Partei gesichert“ würde. Von der Erklärung über den republikanischen Charakter unseres Staatswesens begnügte er sich zu sagen, daß er sie „gern zur Kenntnis“ nehme. Auf nähere Erklärungen über den Inhalt dieser Staatsform verzichtete er. Dagegen erklärte er wörtlich:

„Gerade jetzt zeigt es sich, daß die Aufgaben eines demokratischen Zentrums darin bestehen, revolutionären Tendenzen hemmend entgegenzuwirken.“

Über alle Leistungen des Marx ging er stillschweigend hinweg nur Marxens aktive Beteiligung an der Flaggenfrage wollte er, wohl mit Rücksicht auf seine ehemaligen Anhänger, auf Luther abschieben. Wirth log das, bewußt; denn erstens war es ihm ebenso gut wie jedem anderen bekannt, daß Marx die Flaggenverordnung gedeckt und der Gesamtfraktion absichtlich drei Tage lang verschwiegen hat, und zweitens hatte der Reichsarbeitsminister Brauns in seiner Rede v o r Wirth ausdrücklich erklärt: „Die Politik im Kabinett ist a b s o l u t e i n m ü t i g und konsequent durchgeführt worden.“

Wirths Opposition ist abgebaut worden, weil in der Zentrumsarbeiterschaft eine w i r k l i c h e Opposition im Entstehen begriffen ist. die man durch eine Beteiligung nicht mehr abbiegen kann.

Um ein klares Bild von der politischen Bedeutung der Wirth-Aktion zu geben, müssen wir die Stellungnahme der Rechtspresse zitieren.

Die „Berliner Börsenzeitung“ sagt am 5. Juli 1926, abends:

„Die Rede Stegerwalds war offensichtlich darauf angelegt, das Programm, dessen Hauptnummer die Versöhnung mit Wirth war, nicht zu stören.“ ... „Daß das Zentrum auch die Rechte beschuldigt, ist lediglich eine Höflichkeit gegen die Sozialdemokraten.“

„Der Tag“, Hugenbergs politisches Leitorgan, sagt am 9. Juli:

[441] „Trotz der Möglichkeit einer kommenden Rechtsentwicklung im Reiche und vielleicht auch in Preußen ergaben diese Beratungen. daß die Partei sich innerlich erneut konsolidiert hat und aktionsfähig ist, daß ferner die Einflüsse begrenzter Linkskreise und ihrer publizistischen Herolde zurzeit kaum akut sind.“ (Das Deutsch stammt vom „Tag“.)

„Der Tag“ erklärt, daß Kombinationen. welche mit einem Linkskurs der Zentrumspartei rechnen, heute jedoch kaum ernstlich begründet“ sind und schließt:

„Sie (die Zentrumskundgebung) eröffnet aber auch die Möglichkeit zur Gemeinschaft mit allen, die ernsten Willens sind, Staat und Volk zu dienen, und diese Feststellung genügt, um anzuzeigen, in welcher Richtung in den kommenden Monaten die Entwicklung gehen wird und muß.“

Das ist deutlich genug. Aber das gemeinsame Wollen der Zentrumsführung und der Deutschnationalen allein wird den Weg des Zentrums nicht bestimmen. Bei einer ganz offenen Rechtsschwenkung, die ja nur äußerlich zugeben würde, was das Zentrum in Regierung und Reichstag längst praktisch t u t, würde das Zentrum mit sehr starken Verlusten rechnen müssen, die es wegen seiner Positionen in den Ländern und Provinzen nicht in Kauf nehmen kann.

Wenn es den Zentrumsjesuiten nicht gelingt, durch eine Art neuen Kulturkampf ihre Wähler zu sammeln, oder wenn man dem Zentrum nicht bei dem geplanten Wahlrechtsraub Sicherungen für seinen Bestand gibt, wird es noch eine Weile seinen reaktionären Charakter weitmöglichst zu vertuschen versuchen müssen. Dem muß mit einer breiten Aufklärungsarbeit entgegengewirkt werden.

12.VII. E. K u n i k

*

Heerwesen

Resümee der Genfer Abrüstungskonferenz Die Konferenz, ursprünglich vom Völkerbund zum 15. Februar 1926 einberufen, mußte verschoben werden, weil bis zu diesem Datum eine Einigung über das Programm nicht zu erzielen war. England und Amerika verlangten, daß die Konferenz ausschließlich der Landabrüstung diene, weil das Problem der Seeabrüstung angeblich schon in Washington gelöst worden wäre. Eine zweite Mächtegruppierung, an deren Spitze Frankreich stand, verlangte, daß auf der Konferenz die Abrüstung zur See und zu Lande zugleich behandelt werden sollte. Die Gründe für diese verschiedenen Standpunkte sind sehr eindeutig.

Am 1. Februar beantragten Frankreich, Italien, Japan und zwei kleinere Staaten die Vertagung der Abrüstungskonferenz aus den angeführten Gründen. Die Konferenz wurde dann auf den Mai vertagt. Über die Haltung der verschiedenen Staaten vor und während der Konferenz wird in den folgenden Zeilen berichtet. Während der Konferenz nahmen die im Gange befindlichen Kolonialkriege ungestört ihren Fortgang. So sprach man zum Beispiel am 19. Mai in Genf über Giftgase und Bomben. Am selben Tage wurden von zweihundert Fliegern die Rifkabylen mit Gasbomben belegt.

*

A m e r i k a ist an der Abrüstung der europäischen Staaten, besonders Frankreichs, vor allen Dingen finanziell interessiert. Man ist der Meinung, daß die europäischen Staaten nur dann ihre Schulden an

Amerika zurückzahlen können, wenn sie die hohen Rüstungsausgaben einschränken. Das militärische Interesse der Vereinigten Staaten an der europäischen Abrüstung kommt heute erst in zweiter Linie in Betracht. Die Vereinigten Staaten sind militärisch fast unangreifbar, solange sie eins starke Flotte haben. Deshalb auch die Weigerung, die Flottenabrüstung in Genf zu besprechen.

Die Vereinigten Staaten standen von Anfang an der Abrüstungskonferenz äußerst skeptisch gegenüber. Das kam besonders zum Ausdruck in dem Bericht des amerikanischen Botschafters in London, Houghton, in dem es wörtlich heißt:

„Die Mächte des europäischen Kontinents wollten in Wirklichkeit keine Entwaffnung und wünschen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an ihren Beratungen nicht. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird in Genf zusammentreten, wenn sie überhaupt jemals zusammentreten wird, um Vorschläge zu untersuchen, über die eine Verständigung weder erwünscht noch vorgesehen ist, und die mit dem entschlossenen Ziel formuliert sein werden, den Mißerfolg des Unternehmens im Vorhinein zu sichern."

Selbstverständlich ist der „Pazifismus" der Vereinigten Staaten ebenso unehrlich wie der Pazifismus aller übrigen Imperialisten. Wie wenig sie selbst an eine Abrüstung denken, kommt dadurch zum Ausdruck, daß zur gleichen Zeit die amerikanische Flotte im Stillen Ozean große Manöver ausführte.

Die Haltung des Vertreters der Vereinigten Staaten während der Abrüstungskonferenz läßt an Deutlichkeit ebenfalls nichts zu wünschen übrig. Der Vertreter beteiligte sich an den Verhandlungen sehr wenig, enthielt sich der Stimme und erklärte schließlich offiziell, daß die Vereinigten Staaten sich an die Beschlüsse in keiner Weise gebunden betrachten!

*

Die größte Sorge der englischen Imperialisten ist neben der Zusammenhaltung des englischen Weltreichs die Sicherung der englischen Insel gegen Angriffe zur See und Angriffe in der Luft. Deshalb ist England gegen eine Hineinziehung der Abrüstung zur See in Genf. Deshalb ist es für eine Abrüstung seines mächtigsten Gegners in der Luft, nämlich Frankreichs.

Da England Kolonien in aller Welt hat und seine Handelsstraßen sich infolgedessen über den ganzen Erdball erstrecken, so ist es nur „gerecht", daß es überall Kriegsschiffe, und an den wichtigsten Punkten größere Kriegsflotten stationiert hat. Selbstverständlich ist es unter diesen Umständen den englischen Imperialisten ein leichtes, zu [442] beweisen, daß die englische Flotte gegenüber den Flotten anderer Großmächte im Nachteil ist und nicht abgebaut, sondern noch vergrößert werden müßte.

Die Ausführungen des englischen Vertreters in Genf gipfelten in folgendem: Die Hauptsache ist, zunächst einmal die dem unmittelbaren Angriff dienenden Streitkräfte einzuschränken. Man kann nur diejenigen Kräfte reduzieren, die ein Land in der ersten Kriegswoche ins Feld stellen kann.

Diese Vorschläge haben keinen andern Zweck, als England den Vorteil der schnelleren Mobilmachung im Kriegst alle zu sichern bzw. die schnellere Mobilmachung anderer Staaten, und besonders Frankreichs, zu verhindern. Bei Kriegsausbruch müssen die zum Teil weitauseinanderliegenden Seestreitkräfte Englands erst zusammengezogen werden, und die Überlegenheit Englands zur See kann deshalb in den ersten Tagen des Krieges nicht voll in Erscheinung treten. Selbstverständlich sind die Engländer auch der Meinung, daß eine Luftflotte zu den Angriffswaffen der ersten Kriegstage gehört, und daß deshalb die Luftflotte Frankreichs abgerüstet werden muß.

Dieser Vorschlag Englands mit der ersten Mobilmachungswoche hat ihm von gewissen „Sozialisten" bereits des Zeugnis eingebracht, gewissermaßen der Vollstrecker des Abrüstungsprogramms der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu sein.

*

Die Franzosen wollten von vornherein eine Kombination der Abrüstung zu Lande und zur See herbeiführen, da sie einerseits relativ das stärkste Landheer und eine für eine Großmacht verhältnismäßig schwache Flotte besitzen. Sie wollten den Beweis führen, daß sie, da sie zu Lande ständig „bedroht" sind, das Landheer nicht abrüsten können, und da sie zur See schwach sind, ihre Flotte vergrößern bzw. die andern Seemächte ihre Flotten abrüsten müssen.

Der französische Vertreter, der Sozialist und selbstverständlich auch Pazifist, Paul Boncour, hat in Genf folgende These aufgestellt: „Die potentielle Kriegsenergie eines Landes ist ausschlaggebend." Die Länder, die hauptsächlich Landwirtschaft treiben, sind von Anfang an im Nachteil. Von vornherein müßten alle Faktoren in Betracht gezogen werden, die für die Kriegsrüstung eines Landes in Betracht kommen, vor allem die industrielle Mobilisierung. Da die französische Industrie nicht so leistungsfähig ist wie die englische, deutsche oder gar die amerikanische, ist diese Formel für die französischen Imperialisten ein schöner Vorwand.

Die Friedensliebe der französischen Imperialisten kam auch dadurch zum Ausdruck, daß sie vorschlugen, daß auch die Polizeikräfte bei Berechnung der Heeresstärken eingerechnet werden. Sie haben damit auch Erfolg gehabt. Das war nebenbei ein erfolgreicher Schlag gegen Deutschland. Ferner haben die Franzosen durchgesetzt, daß unter den Truppen, die zum Zweck der Rüstungsbeschränkung verglichen werden können, nur die wirklich ausgebildeten Truppen zu verstehen sind, und daß Reserven nur als Hilfselement für die Beurteilung der Rüstungsbeschränkungen anzusehen seien.

Während der Genfer Konferenz wurde auch eine pazifistische Neugestaltung des französischen Heeres in Angriff genommen. Die Divisionen wurden von 32 auf 24 vermindert. Aber diese Divisionen wurden auf Kriegsstärke gebracht, und das bedeutet erhöhte Kriegsbereitschaft Frankreichs, Weiterhin werden Umgestaltungen in der Richtung eines starken Berufsheers vorgenommen, das im Kriegsfall durch die Reserven sehr rasch aufgefüllt werden kann. (Man beachte die Tendenz dieser Entwicklung, die sich der deutschen legalen und illegalen Heeresorganisation nähert.)

*

Die „Kölnische Zeitung" schrieb am 1. Januar 1926 offiziös: „Die Einladung zur Abrüstungskonferenz muß befolgt werden, weil Deutschland ausnahmsweise in diesem Ausschuß eine glänzende Stellung haben wird." „Die deutschen Vertreter sollten die volle Abrüstung verlangen. Als abgerüstetes Land sei Deutschland an der Abrüstung der andern ans meisten interessiert." Demgemäß haben die deutschen Imperialisten in Genf die Rolle der berufsmäßigen Pazifisten gespielt. In der Hitze des Gefechts konnten sie aber ihre wahre Natur nicht immer verleugnen.

Schon vor der Konferenz ist das zum Ausdruck gekommen in der Fragestellung der ‚Kölnischen Zeitung": „Entweder rüsten die kleinen und großen Militärstaaten ab wie Deutschland, oder es muß Deutschland gestattet werden, auch zu rüsten!"

Der deutsche Vertreter, Graf Bernsdorff, fragte auf der Konferenz ganz unschuldig, warum man nicht die Abrüstung damit beginne, daß man jeden Luft- und Gasangriff verbiete. Nach dem Versailler Vertrag darf Deutschland keine Flugzeuge und keine Gaswaffen sowie keine schwere Artillerie besitzen. Deshalb der Pazifismus des Grafen Bernsdorff, Was von seiner Aufrichtigkeit zu halten ist, zeigt seine Äußerung, das Verbot der Luft- und Gaswaffen für Deutschland sei eine „unzweckmäßige Abrüstung".

Wie weit es mit der Abrüstung Deutschlands in Wirklichkeit her ist, ist in der Artikelfolge „Die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie" in der „Internationale" gezeigt worden.

*

Der „Vorwärts" schrieb am 2.2.26: „Versagen die Bourgeois-Regierungen, dann muß ihnen eine internationale Aktion der arbeitenden Klasse ihren Abrüstungswillen aufzwingen." Der Abrüstungswille der internationalen völkerbefreienden Sozialdemokratie äußert sich in folgenden Tatsachen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligt die Etats der Reichswehr und der Marine. Ein erheblicher Teil der Fraktion war sogar bereit, Neubauten für die Marine zu bewilligen. Der „Vorwärts" unterstützt die Westmächte und den Völkerbund in ihrer Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion usw.

[443] Der deutschen Liga für Völkerbund gehören unter anderen an: Graf Montgelas (Pazifist) und der „Vorwärts"-Redakteur Schwarz. Diese Liga hat eine Denkschrift über Abrüstungsvorschläge herausgegeben. In dieser Denkschrift heißt es, eine radikale Abrüstung, wie sie z. B. in Deutschland durchgeführt worden ist, sei nicht richtig. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Die Ausdehnung derartig radikaler Abrüstungsmaßnahmen auf andere Länder kann daher nicht befürwortet werden. Vielmehr muß auch in den jetzt davon betroffenen Staaten die Abrüstung den Bestimmungen angepaßt werden, die für das übrige Europa in Kraft treten, entsprechend den für alle Mitglieder des Völkerbundes geltenden Bestimmungen des Artikels 8 der Satzungen."

Das würde für Deutschland eine Heeresstärke von 200.000 Mann bedeuten. Also statt Abrüstung eine Aufrüstung um 100 Prozent.

Weiter schlägt diese famose Liga vor, für alle Länder und auch für Deutschland allgemeine Wehrpflicht im Kriege und zahlenmäßig beschränkte Dienstpflicht im Frieden von höchstens einjähriger Dauer.

Das Abrüstungsprogramm dieser Pazifisten und Sozialisten für Deutschland heißt als: Verdoppelung der Heeresstärke und allgemeine Wehrpflicht. Das Programm der deutschen Großbourgeoisie; Aufrüstung statt Abrüstung, ist also auch das Programm des „Vorwärts"-Redakteurs Schwarz. Es wäre interessant, zu erfahren, ob dieser Herr Sozialist auch den Artikel im „Vorwärts" geschrieben hat, in dem von der internationalen Aktion der arbeitenden Klasse die Rede ist.

Dieselbe Einheitsfront nicht nur mit der Bourgeoisie, sondern sogar mit den wütendsten Militaristen hat die französische Sozialdemokratie in Gestalt Paul Boncours bezogen. Dieser Sozialist hat in Genf die unverschämtesten Forderungen der französischen Militaristen mit einer Hingebung verteidigt, die eine besseren Sache würdig wäre. Bei seiner Reise in Polen hat er den polnischen Militarismus, der ein Drittel der Ausgaben des Staatshaushalts verschlingt, als den Verteidiger der Zivilisation gepriesen.

Aus dieser Stellungnahme geht ganz klar hervor, daß die Sozialdemokraten aller Länder bei einem neuen Weltkrieg wiederum so auf seiten der Bourgeoisie stehen werden wie in den Jahren 1914 bis 1918. Ihr Pazifismus wird dann ebenso in nichts zerrinnen, wie der Pazifismus der Bourgeoisie. Hat doch die französische Sozialdemokratie es fertig bekommen, gemeinsam mit den Vertretern der französischen Banken und des Schwerkapitals den Eroberungs- und Ausrottungskrieg Frankreichs gegen die Rifkabylen als einen Verteidigungskrieg Frankreichs zu bezeichnen.

*

Die U S S R. hat schon auf der Konferenz von Genua eine Abrüstungskonferenz angeregt und hat damit schlagend vor der ganzen Welt den Abrüstungsschwindel der imperialistischen Mächte enthüllt.

Der Völkerbund hatte auch die Sowjetunion zur Genfer Abrüstungskonferenz eingeladen. Trotzdem ihm ganz genau bekannt war, daß infolge des Konflikts der Sowjetunion mit der Schweiz die Vertreter der USSR. nicht nach Genf kommen können, hat er aber den Tagungsort nicht verlegt. Die Stellungnahme der USSR. zur Abrüstungskonferenz geht aus der meisterhaften Note Tschitscherins vom 7. April an den Generalsekretär des Völkerbundes hervor.

*

Die Genfer Tagung ist abgelaufen wie das Hornberger Schießen. Sogar das „Berliner Tageblatt" schrieb darüber: „Die Militaristen aller Länder haben keinen Grund zur Unzufriedenheit."

Aus dem Verlauf der Abrüstungskonferenz und der Tatsache des ungehindert en Fortgangs des Wettrüstens auf allen Gebieten ergeben sich nachstehende Schlußfolgerungen:

Die Triebkraft der Abrüstungsbewegung ist nicht der „Friedenswille", sondern der Wunsch jedes imperialistischen Staates oder jeder imperialistischen Mächtegruppierung, die militärische Lage zu den eigenen Gunsten so zu verbessern, daß er (bzw. sie) bei Ausbruch eines Krieges den möglichen Gegnern überlegen ist. Daneben spielt auch das ‚moralische" Moment eine Rolle. Jeder will den anderen als den Schuldigen am Mißlingen der Abrüstung hinstellen. Von einer wirklichen Abrüstung kann nirgends gesprochen werden. Die Abrüstungskonferenz dient also in Wirklichkeit nicht dem Frieden, sie ist nichts anderes als die Vorbereitung zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg.

Damit bestätigt übrigens die neuere Entwicklung des Imperialismus nur die Feststellungen, die Lenin während des imperialistischen Krieges 1914 bis 1918 gemacht hat. Es wird notwendig sein, anläßlich

der Antikriegswoche diese Tatsachen in die breiten Arbeitermassen hinauszutragen und damit zugleich die Konsequenzen, die wir Kommunisten daraus ziehen: Unsere Losung ist nicht die „pazifistische“. in Wirklichkeit imperialistische „Abrüstung“, sondern: Bewaffnung der Arbeiter.

Kinderbewegung

Das proletarische Kind teilt das Schicksal seiner Klasse. Die schlechte wirtschaftliche Lege der Arbeiterklasse: niedrige Löhne, lange Arbeitszeit der Eltern, Fabrik- und Heimarbeit der Mutter bedeuten Unterernährung, schlechte, ungesunde Wohnung, ungenügende Beaufsichtigung und Erziehung, bedeuten körperliche und geistige Verkrüppelung. und sittliche Verwahrlosung. Die ungeheure Arbeitslosigkeit Ist natürlich auf die Kinder ganz verheerende Folgen. Nicht nur, daß mit dem Wachsen der Notlage der erwachsenen Arbeiterschaft das Kinderelend in erschreckendem Maße zunimmt, immer mehr Arbeitereltern sind dazu gezwungen, die Hände und [444] den Rücken ihrer Kinder mit verdienen zu lassen. Die Kinderarbeit, die auch nach der bürgerlichen Presse ungeheuer zugenommen hat, ist im „Kulturstaat“ Deutschland zu einer Massenerscheinung geworden. Legal und illegal, nachts und tags sind unzählige dieser jüngsten Proletarier auf der Suche nach ihrem Brot. Handelnde Kinder, allein oder mit ihren Eltern, bettelnde Kinder, hungrige, zerlumpte, auf den Straßen frierende Kinder sind alltägliche Erscheinungen überall. Hunderttausende von Kindern in den Großstädten sehen dem Erwerb nach. Zum Teil bekommen sie für ihre Arbeit nur Essen. Millionen Kinder von vier Jahren an sind in der Heimindustrie sind in der Landwirtschaft beschäftigt, eingespannt in die Fron ihrer Eltern. In Wien wurde vor kurzem eine „Einbrecherbande“ verhaftet, die aus 21 schulpflichtigen Kindern bestand. Daß diese Kinder, unter denen nach Aussagen der Polizei auffallend intelligente waren, regelmäßige Raubzüge unternahmen, auf denen sie hauptsächlich Lebensmittel stahlen, die in vielen Fällen gleich an Ort und Stelle aufgegessen wurden, daß diese Kinder, denen niemals Spielzeug geschenkt worden ist, mit besonderer Liebe Spielzeug gestohlen haben, ist die furchtbarste Anklage gegen die herrschende kapitalistische Ordnung.

Die geistige und körperliche Unterdrückung des proletarischen Kindes durch die herrschende Klasse geht Hand in Hand mit der Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse und kann erst behoben werden, wenn der Kampf gegen das Kapital siegreich zu Ende geführt wird. Natürlich darf nicht daraus die Schlußfolgerung gezogen werden, daß sich also bis zum Siege des Proletariats die Kinder ohne Gegenwehr in das Unvermeidliche fügen müßten. Im Gegenteil! Unsere Kinder der Klasse zu erhalten und für die Klasse zu erziehen, sie mit proletarischer Solidarität, kommunistischem Gemeinschaftswillen, revolutionärer Klassenenergie zu erfüllen, das ist die große Arbeit, die das revolutionäre Proletariat jetzt seinen Kindern schuldet. Weil aber das proletarische Kind der Verwahrlesung und der Beeinflussung durch seine Klassenfeinde preisgegeben ist, weil die proletarischen Eltern meist nicht die Zeit haben, ja, oftmals gar nicht dazu imstande sind, die revolutionäre Erziehung des Kindes in die Hand zu nehmen, deshalb mußte die proletarische Klasse durch ihre Organisationen einspringen und neue Erziehungsgemeinschalten bilden.

Vor fünf Jahren, Weihnachten 1920, begann der Kommunistische Jugendverband damit, die Arbeiterkinder in kommunistischen Kindergruppen zu organisieren. Er hatte sich nicht erst lange den Kopf zerbrochen, nach welchen pädagogischen Methoden er arbeiten sollte: die Praxis würde den richtigen Weg schon zeigen. Die Hauptsache, das Ziel, war klar. Die kommunistische Kindergruppe sollte die Pflanzstätte sein, aus der die kommunistischen Kinder hinausgehen in die Schulen, in die Mietskasernen und auf die Spielpläne, um unter den Kameraden zu werben und aufzuklären, um in der Schule den Kampf aufzunehmen gegen die kirchliche, nationalistische und arbeiterfeindliche Beeinflussung. Und manches Arbeiterkind ist durch die kommunistische Kindergruppe auch zum Wecker und Aufrüttler seiner eigenen Eltern geworden.

Wie hat uns die gesamte bürgerliche Presse nebst den Schulreformern und Sozialdemokraten beschimpft, als wir unsere Arbeit unter den proletarischen Kindern nach unseren revolutionären Prinzipien aufnahmen, als wir die ganze bürgerliche Pädagogik über den Haufen warfen und daran gingen, eine neue, eine proletarische zu schaffen. Ein unerhörter Frevel: die Kommunisten vergiften sogar die unschuldigen Kinder mit bolschewistischem Geist! So schrie man uns von allen Seiten entgegen,

Am schlimmsten gebärdete sich stets die Sozialdemokratie. Auch sie ging dazu über, Kindergruppen zu schaffen (Kinderfreundebewegung), aber zu dem Zweck, den Kindern Märchen zu erzählen, ihnen eine „sonnige Jugend“ zu bereiten, sie sollen Freude haben, d. h., sie von ihrem Elend und vom Kampf dagegen abzulenken. Das Schlagwort von der „unpolitischen“, „neutralen“ Erziehung ist in Wirklichkeit nur ein Deckmantel der Erziehung im Sinne der kleinbürgerlichen Klassenversöhnung. Die Kinder müssen in der Schule „Deutschland über alles“ singen. Es wird ihnen eingepaukt, daß sie brav, gehorsam, fleißig, sparsam und fromm sein sollen. Es werden ihnen wunderschöne Geschichten vom lieben Gott erzählt. Die großen Revolutionäre der Geschichte, die eigenen revolutionären Eltern werden in den Schulen als Verbrecher bezeichnet, die proletarische Masse als Pöbel. D a s ist die „unpolitische“ Erziehung des proletarischen Kindes durch die herrschende Klasse. Die Sozialdemokraten werden dazu schweigen. Ihre „Neutralität“ u n t e r s t ü t z t in der Tat diese Methoden zur Korrumpierung der proletarischen Jugend.

Wir aber als Führer der kämpfenden Klasse können und dürfen nicht darauf verzichten, auch den proletarischen K i n d e r n diesem wichtigen Teil der Klasse, zu sagen, w a r u m wir kämpfen, warum sie selber Kämpfer sein müssen. Wir können keine neutralen, parteineutralen Kindergruppen gebrauchen, sondern nur ausgesprochen kommunistische, und die Kinder selbst haben hundertfach bewiesen, daß sie kämpfen wollen und können.

War die erste Form der kommunistischen Kinderbewegung gekennzeichnet durch die lose Form und das Suchen nach einer Methode, so werden die pädagogischen Fragen durch die Kampftätigkeit der Kinder selbst gelöst. Durch die Arbeit der kommunistischen Kinderorganisation haben heute die Kinder immer mehr und mehr den Weg aus der planlosen Auflehnung zum organisierten Kampf gefunden. Die sich kräftig entwickelnde Kinderbewegung wurde durch die Illegalität der kommunistischen Bewegung zu einem großen Teil zerschlagen und erst im Sommer 1924 wurde wieder daran gegangen, die Bewegung aufzubauen. Auf dem Reichskongreß des [445] Kinderverbandes, der Oktober 1924 in Weißenfels stattfand, wurde auf Grund der bisherigen Erfahrungen beschlossen, eine Reihe von Änderungen sowohl in politischer als auch in organisatorischer Hinsicht vorzunehmen. Es wurde festgestellt, daß die Arbeit der Kinderbewegung noch viel enger mit der politischen Tagesarbeit der Jugend und Partei verbunden werden muß, um eine aktive Teilnahme am Kampf zu erreichen. Des weiteren wurde als eine wichtige Aufgabe beschlossen, die Kinderbewegung auf der Grundlage von Schulzellen aufzubauen. Um die Selbständigkeit der Kinder zu heben, um den Kampf schlagkräftiger und kollektiver zu führen, um se Kinderbewegung zu einem selbständig aktiven Glied der kommunistischen Gesamtbewegung zu machen, wurde beschlossen, an Stelle der losen Organisationsform einen festen, zentralisierten Kinderverband zu schaffen. Der letzte Reichskongreß in Halle, der im Oktober 1925 stattfand und an dem zirka 1000 Pioniere, Jugend- und Parteigenossen aus ganz Deutschland teilnahmen, zeigte, daß der Kinderverband auf der richtigen Linie arbeitet. Dies beweist allein die zahlenmäßige Entwicklung.

	Gruppen	Mitglieder	Schulzellen
Oktober 1924	150	5000	–
Oktober 1925	320	12.000	400

Trotz dieser Verdoppelung der Kinderorganisation ist ihre zahlenmäßige Stärke noch absolut ungenügend[*)]. S c h a f f u n g e i n e r M a s s e n o r g a n i s a t i o n d e r A r b e i t e r - u n d B a u e r n k i n d e r, das war daher die wichtigste Losung, die der Hallenser Reichskongreß des Kinderverbandes herausgab. Erreicht werden soll dieses Ziel, indem ganz systematisch in allen Schulen Zellen des JSB geschaffen werden, die unter den Arbeiterkindermassen eine breite Werbetätigkeit und Kampfarbeit leisten. Ferner dadurch, daß ein aktiver Kampf gegen das Kinderelend und die Kinderarbeit geführt wird, damit auch zugleich die stärkste Verbindung der Arbeiterkinder mit den großen Massenkämpfen des Proletariats hergestellt wird. In diesem Sinne hat der Kinderverband seine Arbeit jetzt aufgenommen.

[*)] Infolge der aktiven Arbeit des JSB ist er in der letzten Zeit weiter zahlenmäßig gewachsen. In den letzten zwei Monaten stieg die Auflage der kommunistischen Kinder-Zeitung, die sich vollkommen selbst finanziert, von 12.000 auf 20.000 Exemplare.

Die Frage der Fürstenabfindung interessiert auch die Kinder aufs stärkste, ihr Widerhall dringt täglich in die Schulen, und an den Demonstrationen gegen die Fürsten beteiligten sich auch große Massen von Arbeiterkindern. Darüber hinaus hat der JSB. in ganz Deutschland eine große Kampagne eingeleitet, die sich gegen das Kinderelend und die steigende Kinderarbeit richtet. Vor allem wird der Kampf geführt, damit den Millionen von Kindern, die wegen der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern entsetzliche Not leiden müssen, geholfen wird. Ganz konkrete Losungen wurden für diese Kampagne aufgestellt, und es ist die Aufgabe des Jugendverbandes, der Kommunistischen Partei, der Erwerbslosenausschüsse und der Gewerkschaften, den Kinderverband bei dieser Aktion tatkräftig zu unterstützen.

Im September 1925 fand in Moskau die II. Internationale Konferenz der kommunistischen Kinderverbände statt, die von allen wichtigen Ländern beschickt war. Die Konferenz bewies, daß in allen Ländern die kommunistische Kinderbewegung trotz vieler Schwierigkeiten am Klassenkampf des Proletariats tätigen Anteil nimmt und zu einem bedeutenden Faktor der Arbeiterbewegung geworden ist. International wurde jedoch festgestellt, und dies trifft auch auf Deutschland zu, daß trotz der günstigen Bedingungen die Organisationen der Kinder roch viel zu schwach sind. Einer der Hauptgründe der ungenügenden Entwicklung der Kinderverbände ist die u n g e n ü g e n d e Aufmerksamkeit und Unterstützung, welche sie bisher durch die Partei und manchmal auch durch den Jugendverband gefunden hat. Die Sozialdemokratie und die Bourgeoisie haben in ihren Organisationen Hunderttausende von Arbeiterkindern, geben eine Unmasse von Kinderzeitungen heraus. Die Internationale Konferenz der kommunistischen Kinderorganisationen hat alle kommunistischen Parteien aufgerufen, die Kinderbewegung viel mehr als bisher zu unterstützen.

Noch hat dieser Aufruf in Deutschland nicht genügend Widerhall gefunden. Das Beispiel der Sowjetunion, wo bald zwei Millionen junge Leninsche Pioniere im Kinderverband organisiert sind, wo die kommunistische Kinderbewegung sich der größten Aufmerksamkeit und tatkräftigen Unterstützung von Partei, Jugendverband, Gewerkschaften und überhaupt der ganzen arbeitenden Massen erfreut, muß auch der deutschen Partei als leuchtendes Ziel vor Augen schweben.

Die Pioniere des JSB bilden das dritte Glied der kommunistischen Gesamtbewegung. und sie haben die Aufgabe, eine gute Ablösung der Jugend und Partei zu werden. E r n s t.

[446]

LITERATUR

Friedrich Engels: „Briefe an Bernstein“

Mit Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben. Herausgegeben von Eduard Bernstein. J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1925, 217 Seiten. Preis gebunden 6 Mk.

Wie viele andere wertvolle Dokumente aus den letzten Jahren von Marx und Engels ist auch diese Briefreihe von den sozialdemokratischen „Testamentsvollstreckern“ jahrzehntelang vor der Öffentlichkeit verborgen worden. Der Grund ist derselbe: jeder einzelne der Briefe ist ein Beweis des Verrats dieser Leute an ihren Lehrmeistern, jeder einzelne eine Anklage gegen die heutige Sozialdemokratie. Es ist vor allem Bernstein selbst, dessen traurige und niederträchtige politische Rolle aus dem Hintergrund dieser Briefe hervortritt. Vertrauensmann des alten Engels, erwartet er nur dessen Tod, um zum Verkünder des Revisionismus zu werden. Man begreift, daß dieser Mann die Dokumente seiner politischen Erbschleicherei vierzig Jahre lang verbarg, daß er ihre Veröffentlichung nur quasi gezwungen durch die 1924 von Rjasanow besorgte russische Erstausgabe vorgenommen hat und es nicht lassen konnte, in Noten und Kommentaren nach Möglichkeit abzudämpfen und zu verwischen.

Die veröffentlichten Briefe datieren von Anfang 1881 bis wenige Tage vor Engels Tod, also Mitte 1895. Die eigentliche geschlossene Briefreihe aber umfaßt bloß vier Jahre, 1881 bis 1884. Bernstein hatte im Jahre 1881 die Redaktion des „Sozialdemokrat“, des in Zürich erscheinenden Zentralorgans der Partei, übernommen. Engels Briefe an ihn sind an den Redakteur dieses Organs gerichtet. Mit dem Jahre 1885 bricht diese Reihe ab, der Rest sind nur gelegentliche Briefe und Postkarten, die nicht mehr das große Interesse der ersten bieten.

Trotzdem die Brief reihe also nur vier Jahre umfaßt, ist sie von außerordentlicher Bedeutung für unsere Kenntnis der Stellung von Marx und Engels vor allem zu den Fragen der politischen Arbeiterbewegung und der Internationale. Nicht nur weil zum Teil zeitlich eine Lücke ausgefüllt wird nach dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels. Nicht nur, weil diese Zeitspanne selbst – die ersten Jahre des Sozialistengesetzes in Deutschland, die Gründung und Spaltung der Parti Ouvrier in Frankreich – sehr wichtig war, sondern vor allen durch den Charakter und den Zweck dieser Briefe selbst, wodurch sie sich unterscheiden von den Briefen an Marx, aber auch an Sorge usw. Engels spricht hier (bis zu Marx Tod auch in dessen Namen) zu dem jungen Redakteur des Zentralorgans der deutschen Partei, die von Sozialistengesetz schwer getroffen, ihrer Presse beraubt, einer Bande von Intellektuellen und kleinbürgerlichen Strebern als „Führer“ ausgeliefert ist. Sorgfältige Anleitung dieses Redakteurs zur Einhaltung der richtigen kommunistischen Linie, seine Erziehung zum revolutionären Propagandisten, die Information der Redaktion und der P a r t e i über die Vorgänge in der internationalen Arbeiterbewegung – dies ist der Zweck dieser Briefe. Daher umfassen sie nicht nur Winke über redaktionelle Fragen, Feuilleton, die Art der Behandlung dieser oder jener Angelegenheit, sondern auch einfache und geduldige Erklärungen politischer und theoretischer Probleme, Auseinandersetzung der Gesichtspunkte, von denen aus Marx und Engels, der Methoden, mit denen sie in die internationale Arbeiterbewegung eingriffen. H i e r liegt – abgesehen von den wertvollen Einzelheiten – die Bedeutung dieses Bandes Briefe. Er zeigt uns Marx und Engels an der Führung der Arbeiterbewegung in einer ganz besonders schwierigen Etappe ihrer Entwicklung.

Auch Bernstein deutet in seinem Vorwort darauf hin. Er lobt dabei die „Bescheidenheit von Marx und Engels und erzählt uns, daß sie nur „Ratgeber“ sein und nie „kommandieren“ wollten. Soweit dies eine Zurückweisung der bakunistischen Märchen über den Diktator Marx sein soll)die Bernstein übrigens an anderer Stelle – anläßlich der Spaltung der Parti Ouvrier – selbst wiederholt), soweit gut. Aber in dem „bloß Ratgeber sein“ den g a n z e n Sinn der internationalen Wirksamkeit von Marx und Engels sehen, ist lächerlich, ist eine Verdrehung der Tatsachen und bei Bernstein nicht ohne aktuelle Nebenbedeutung.

Engels schreibt am 25. Oktober 1881 im Schluß eines langen Briefes über die französische Arbeiterbewegung:

„Marx hat sich durch theoretische und praktische Leistungen die Stelle erobert, daß die besten Leute aller Arbeiterbewegungen in den verschiedenen Ländern volles Vertrauen in ihn haben. Sie wenden sich an ihn in entscheidenden Momenten um Rat, und finden dann gewöhnlich, daß sein Rat der beste ist. Diese Stellung hat er in Deutschland, in Frankreich, in Rußland, von den kleineren Ländern nicht zu sprechen. Es ist also nicht Marx, der den Leuten seine Meinung, geschweige seinen Willen aufdrängt, es sind die Leute selbst, die zu ihm kommen. Und gerade darauf beruht der eigentümliche, für die Bewegung selbst äußerst wichtige Einfluß von Marx.“ (S. 35.)

In dieser Art im kleinen „Ratgeber“ der Arbeiter zu sein, ist auch heute die Aufgabe jedes Kommunisten, ist im großen die Aufgabe jeder Kommunistischen Partei und der [447] Komintern in ihrem Verhältnis zu den nichtkommunistischen Arbeitermassen. Es ist bekannt, daß unsere russischen Genossen, vor allem Lenin, sich durch ihre revolutionären Leistungen einen ähnlichen „eigentümlichen Einfluß“ auf die „besten Leute“ der Arbeiterbewegung der Welt erworben haben. (Freilich: auf die b e s t e n Leute!) Marx war auch in dieser Beziehung ihr Vorbild. Aber wie Lenins und der Bolschewiki Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart nicht durch dieses Ratgeben erschöpft ist, ebenso auch nicht die Rolle von Marx und Engels in der Arbeiterbewegung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wie Lenin hat auch Marx selbst aktiv und oft sehr vehement in die Arbeiterbewegung eingegriffen, hat Führer und ganze Parteien aufs schärfste bekämpft. Sein ganzes Leben war ein Kampf für seine richtige Theorie in der Arbeiterbewegung. Und eben d u r c h diesen Kampf hat er das Vertrauen ihrer Besten erobert. Man braucht nur an die Kämpfe gegen die „wahren Sozialisten“, gegen Proudhon und vor allem gegen Bakunin zu denken, um zu wissen, daß Marx solche Kämpfe bis zur letzten Konsequenz, auch der organisatorischen Maßregelung oder Spaltung, zu führen verstand. Und das ist keineswegs ein Widerspruch zu seiner Rolle als Ratgeber.

Will man die Art der internationalen Arbeit von Marx wirklich verstehen, etwa im Vergleich zu den Methoden der Komintern heute (worauf Bernstein mit seiner Auslegung ja doch hinaus will), dann darf man sich nicht mit einem spießerhaften Moralsatz zufrieden geben, sondern muß die konkrete Lage der Arbeiterbewegung damals und heute in Betracht ziehen. Damals gab es in keinem einzigen Lande eine Partei, die sich auch nur formell zum Marxismus, das heißt zum Kommunismus, bekannt hätte. Es waren erst Keime solcher Parteien vorhanden. Marx und Engels mit einigen wenigen Mitkämpfern aus dem Jahre 1848, ehemaligen Mitgliedern des Kommunistenbundes, waren jahrzehntelang allein einer erst neu erstehenden Arbeiterbewegung gegenüber gestanden, die noch mit allen Mängeln kleinbürgerlicher Ideologien behaftet war. Wenn also von den zwei Aufgaben des Kommunisten, eiserne Disziplin zu verwirklichen in der Partei und zugleich geduldiger Ratgeber der breiten Arbeitermassen zu sein, damals für Marx und Engels praktisch bloß die zweite auf der Tagesordnung stand, so aus dem sehr einfachen Grund, weil es damals noch keine kommunistische Partei gab. Marx konnte den damaligen Arbeiterparteien so wenig „kommandieren“ (im guten Sinne von kommunistischer Disziplin verstanden) wie die Komintern etwa den englischen Gewerkschaften „kommandieren“ kann. Daß aber heute die Komintern in allen Ländern der Welt straff disziplinierte Arbeiterparteien besitzt, denen sie „kommandieren“ kann ist kein Rückschritt gegen die Zeit von Marx, sondern ein ungeheurer historischer Fortschritt, den freilich der Renegat und Moralphilister Bernstein nie begreifen wird.

Die I. Internationale war noch eine Vereinigung aller Richtungen gewesen, die auf dem Boden des Klassenkampfes standen, von den Kommunisten bis zu den Anhängern Proudhons. Sie hatte wohl auf dem Boden ihrer Beschlüsse Disziplin verlangt (anders als die II. Internationale), doch sie konnte noch nicht das Maß internationaler Zentralisation und theoretischer Einheitlichkeit verwirklichen, die heute von der Komintern verwirklicht wird. Die neue Arbeiterbewegung, die ein Jahrzehnt nach der Kommune und dem Erlöschen der I. Internationale heranwuchs, stand auf einer höheren Stufe der kapitalistischen Entwicklung, sie war reifer und großartiger als die zur Zeit der I. Internationale. Die kleinbürgerlich-anarchistischen Theorien hatten keine Aussicht mehr, sich zu behaupten: eine neue marxistische, d. h. kommunistische Internationale reifte heran.

In diese Zeit versetzt uns die Bernsteinsehe Briefsammlung. Nicht die Moral „Rate, aber kommandiere nicht“ ist’s, die uns Engels hier demonstriert, sondern die Methoden der Heranziehung marxistischer Parteien, der Vorbereitung einer neuen, kommunistischen Internationale. Ein kurzer Überblick über die damalige Lage der Arbeiterbewegung, vor allem der deutschen und der französischen, und die Stellung von Marx und Engels, wie sie aus diesen Briefen hervorgeht, wird beweisen, daß damit nicht zu viel gesagt ist.

*

Die Lage der deutschen Arbeiterbewegung in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes ist bekannt, ebenso im allgemeinen die Stellung von Marx und Engels. (S. z. B. den Briefwechsel mit Sorge.) Was aber in den bisher bekannten Dokumenten bloß gelegentliche Anmerkung war, wird hier zu einer scharfen und geschlossenen Analyse. Engels schreibt z. B. im Brief vom 1. Januar 1882:

„Ich habe nie verhehlt, daß meiner Ansieht die Massen in Deutschland viel besser sind als die Herren Führer, besonders seit diesen durch die Presse und Agitation der Partei eine milchende Kuh geworden, die sie mit Butter versorgte, und gar als Bismarck und die Bourgeoisie diese Kuh plötzlich einschlachteten. Die tausend Existenzen, die dadurch momentan ruiniert wurden, haben das persönliche Unglück, nicht in direkt revolutionäre Lage, d. h. ins Exil, versetzt zu werden. Sonst würden gar viele, die jetzt Trübsal blasen, ins Mostsche Lag er übergegangen sein oder doch den ‚Sozialdemokrat viel zu zahm finden. Die Leute blieben meist in Deutschland und mußten es, gingen meist an ziemlich reaktionäre Orte, blieben sozial geächtet, für ihre Existenz von Philisterei abhängig, und wurden größtenteils von dem Philistertum selbst angefressen. Für sie drehte sich bald alle Hoffnung um Aufhebung des Sozialistengesetzes. Kein Wunder, daß unter dem Druck des Philistertums der – in Wirklichkeit absurde – Wahn unter ihnen aufkam: dies sei mit Zahmheit zu erreichen. Deutschland ist ein ganz infames Land für Leute, die wenig Willenskraft haben. Die Enge und Kleinlichkeit der bürgerlichen [448] wie politischen Verhältnisse, die Kleinstädterei selbst der Großstädte, die kleinen aber sich häufenden Schikanen im Kampf mit Polizei und Bürokratie, alles dies ermattet, statt zum Widerstand

aufzustacheln, und so werden in der großen Kinderstube viele selbst kindisch. Kleine Verhältnisse erzeugen kleine Anschauungen, so daß schon viel Verstand und Energie dazu gehören, wenn jemand, der in Deutschland lebt, imstande ist, über das Allernächste hinauszusehen, den großen Zusammenhang der Weltereignisse im Auge zu behalten, und nicht in jene selbstzufriedene ‚Objektivität' zu verfallen, die nicht weiter sieht als ihre Nase, und die eben deshalb die bornierteste Subjektivität ist, selbst wenn sie von Tausenden dieser Subjekte geteilt wird.

So natürlich das Aufkommen dieser ihren Mangel an Einsicht und Widerstandskraft durch objektive ‚Superklugheit' verdeckende Richtung ist, so entschieden muß sie bekämpft werden, und da bieten die Arbeitermassen selbst den besten Anhaltspunkt. Sie allein leben in Deutschland in annähernd modernen Verhältnissen, alle ihre kleinen und großen Miseren finden ihr Zentrum im Druck des K a p i t a l s, und während alle sonstigen Kämpfe in Deutschland, soziale wie politische, kleinlich und lumpig sind und sich um Lumpereien drehen, die anderwärts längst überwunden, ist ihr Kampf der einzig großartige, der einzige, der auf der Höhe der Zeit steht, der einzige, der die Kämpfer nicht ermattet, sondern mit immer neuer Energie versieht. Je mehr sie also ihre Korrespondenten unter den wirklichen, nicht zu ‚Führern' gewordenen Arbeitern finden können, desto mehr Chancen werden sie haben, der führerlichen Heulerei ein Gegengewicht entgegenzustellen."[*)]

Wir sehen hier, daß Engels sehr scharf die bürgerliche Beeinflussung der Arbeiterpartei durch kleinbürgerliche Führer und verkleinbürgerlichte, zu „Führern" gewordene Arbeiter analysiert und Bernstein anweist, den Kampf gegen sie ebenso zu führen, wie heute die Kommunisten den Kampf gegen die SPD-Führer führen: durch Appell an die Massen der Arbeiter selbst. Daß es sich tatsächlich um einen derartigen bewußten und systematisch geführten Kampf gegen bürgerliche Elemente in der Arbeiterbewegung, nicht bloß um einen zufälligen Konflikt gehandelt hat, beweist eine große Zahl anderer Brief stellen, beweisen vor allem die Fortsetzung und Zuspitzung des Kampfes kurz nach Marx' Tod und die Äußerungen von Engels dazu. Engels schreibt am 5. Juni 1884:

„Seitdem die Herren Heuler sich förmlich zu einer Partei zusammengetan und in der Fraktion die Mehrheit haben, seitdem sie diese ihre durch das Sozialistengesetz geschaffene Macht erkannt haben und benutzen, halte ich es für unsere doppelte Pflicht, jeden Machtposten, den w i r halten, festzuhalten, bis aufs äußerste; vor allem den Machtposten am ‚Sozialdemokrat', der der wichtigste ist.

Diese Leute leben vom Sozialistengesetz. Wäre morgen freie Debatte, so wäre ich für sofortiges Losschlagen und dann wären sie bald kaputt. Solange aber keine freie Debatte herrscht, sie die ganze in Deutschland gedruckte Presse beherrschen, und ihre Zahl (als Mehrheit der ‚Führer) ihnen die Möglichkeit gibt, Klatsch, Intrigen, stille Verlästerung vollauf auszubeuten, müssen w i r, glaube ich, alles vermeiden, was einen Bruch, d. h. die S c h u l d des Bruches uns zuschöbe. Es ist dies allgemeine Regel im Kampf innerhalb der Partei, jetzt mehr geboten als je. Der Bruch muß so eingerichtet werden, daß wir die alte Partei fortführen, sie austreten oder hinausgeworfen werden ... Können wir's vermeiden, dann wäre der Bruch – das ist noch meine Absicht – aufzuschieben, bis irgend eine Veränderung in Deutschland uns etwas mehr Ellenbogenraum gibt.

Wird trotzdem der Bruch unvermeidlich, so darf's kein persönlicher sein, kein einzelner Krakeel (oder was sich als solcher darstellen läßt) zwischen Dir und den Stuttgartern z. B., sondern muß erfolgen auf einen ganz bestimmten Punkt hin, d. h. also hier auf eine Programmverletzung."

Im weiteren werden die entscheidenden Punkte noch einmal kurz zusammengefaßt und wird Bernstein angewiesen, er solle „inzwischen alles präparieren".

Wir haben es hier mit einem ganz eindeutigen Dokument zu tun. Es b e w e i s t zweifellos eine Fraktionsarbeit, die Engels leitete, die Fraktionsarbeit der Marxisten (Kommunisten) in einer sozialdemokratischen (halb kleinbürgerlich-sozialistischen) Partei zur Eroberung dieser Partei: eine Taktik, die auch bei Schaffung der Komintern vielfach angewendet wurde und die der damaligen Situation der deutschen Arbeiterbewegung entsprach.[**)] (Zum Unterschied von der französischen, wie wir noch sehen werden.) (Schluß folgt.) K. S.

*

[449]

[*)] Interessant ist hier die Andeutung der Organisierung von Arbeiterkorrespondenten. K. S.

[**)] Vergl. den Brief vom 20. Juni 1882 an Sorge (Briefwechsel Seite 184) und den vom 3. Suni 1885 (Seite 204 des Sorgeschen Briefbandes).

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 1. August 1926 * Heft 15

Lage und Aufgaben der sozialistischen Internationale

Von N. Lenin

Wir bringen im folgenden anläßlich der Wiederkehr des Jahrestags des 4. August 1914 den historischen Artikel, den Lenin am 1. November 1914 im „Sozialdemokrat“, dem damaligen Zentralorgan der Bolschewiki, veröffentlicht hat.

Die Aufgabe unserer Partei in der Kampagne gegen den imperialistischen Krieg ist es nicht nur, die gegenwärtigen imperialistischen Gegensätze zu analysieren und die Heuchelei der Pazifisten und Sozialpazifisten zu entlarven, sondern auch in der Arbeiterklasse die Erinnerung an den Zusammenbruch der II. Internationale wachzuhalten, die Lehren aus der Haltung der einzelnen Richtungen, in die diese Internationale zerfiel, immer wieder zu propagieren.

Die Redaktion.

Am schlimmsten ist in der jetzigen Krise der Sieg des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus über die meisten offiziellen Vertreter des europäischen Sozialismus. Nicht umsonst mokieren sich die bürgerlichen Blätter aller Länder über uns oder loben uns wohlwollend. Es gibt keine wichtigere Aufgabe für denjenigen, der Sozialist bleiben will, als die Aufhellung der Ursachen der sozialistischen Krise und die Analyse der Aufgaben der Internationale.

Es gibt Leute, die sich scheuen, die Wahrheit anzuerkennen, daß die Krise, oder richtiger, daß der Zusammenbruch der Zweiten Internationale ein Zusammenbruch des Opportunismus ist.

Man weist auf die Einmütigkeit z. B. der französischen Sozialisten hin, auf die angeblich völlige Umgruppierung der alten Fraktionen im Sozialismus in der Frage der Stellungnahme zum Krieg. Aber diese Hinweise sind unrichtig.

Das Befürworten der Klassenaussöhnung, der Verzicht auf die Idee der sozialistischen Revolution und der revolutionären Kampfesmethoden, die Anpassung an den bürgerlichen Nationalismus, die Aufgabe der historisch vergänglichen Grenzen der Nationalität oder des Vaterlandes, die Erhebung der bürgerlichen Legalität zum Abgott, der Verzicht auf den Klassenstandpunkt und den Klassenkampf aus Furcht, die „breiten Massen der Bevölkerung“ (lies: das Kleinbürgertum) abzustoßen – das sind unzweifelhaft die geistigen Grundlagen des Opportunismus. Namentlich diesem Boden ist [450] auch die jetzige chauvinistische, patriotische Stimmung der meisten Führer der Zweiten Internationale entwachsen. Das tatsächliche Überhandnehmen der Opportunisten unter ihnen ist schon von den verschiedensten Seiten, durch die verschiedensten Beobachter wahrgenommen worden. Der Krieg hat bloß die Dimensionen dieser Überhandnahme besonders rasch und scharf aufgedeckt. Daß die ungeheure Schärfe der Krise eine Reihe von Umgruppierungen in den alten Fraktionen hervorgerufen hat, ist nicht verwunderlich. Doch im allgemeinen haben diese Umgruppierungen lediglich die Personen gestreift. Die Richtungen innerhalb des Sozialismus sind dieselben geblieben[*)].

Der Zusammenbruch der Internationale liegt auf der Hand. Die Pressepolemik zwischen den französischen und deutschen Sozialisten hat das endgültig bestätigt. Nicht bloß die linken Sozialdemokraten (Mehring und die „Bremer Bürgerzeitung“), aber auch die gemäßigten Schweizer Blätter („Volksrecht“) haben es zugegeben. Kautskys Versuche, diesen Zusammenbruch zu vertuschen, sind eine feige Ausflucht. Und dieser Zusammenbruch ist eben der Zusammenbruch des Opportunismus, der sich als Gefangener der Bourgeoisie erwiesen hat.

Die Position der Bourgeoisie ist klar. Ebenso klar ist auch, daß die Opportunisten einfach blindlings ihre Argumente wiederholen. Es sei hier auf das frivole Gerede der „Neuen Zeit“ hingewiesen, daß der Internationalismus gerade darin bestehe, daß die Arbeiter des einen Landes im Namen der Vaterlandsverteidigung auf die Arbeiter des anderen Landes schießen.

[*)] Wir mußten hier aus Raumgründen die detaillierte Analyse der Lage in den einzelnen Parteien weglassen. Man findet sie auf Seite 3 ff. des Sammelbandes „Gegen den Strom“. D. Red.

Die Frage des Vaterlandes – dies sei den Opportunisten angekreidet! – kann nicht behandelt werden, indem man den konkret historischen Charakter dieses Krieges ignoriert. Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg der Epoche des fortgeschrittenen Kapitalismus, der Epoche des Ausgangs des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse hat sich zuerst im Rahmen der Nationen „einzurichten", sagt das „Kommunistische Manifest", indem es auf die Grenzen und Bedingungen unserer Anerkennung der Nationalität und des Vaterlandes hinweist, als der notwendigen Formen der bürgerlichen Ordnung und folglich auch des bürgerlichen Vaterlandes. Die Opportunisten verdrehen diese Wahrheit und übertragen das, was für die Epoche der Entstehung des Kapitalismus gültig ist, auf die Epoche des Ausgangs des Kapitalismus. Aber von dieser Epoche, von den Aufgaben des Proletariats im Kampfe um die Zerstörung nicht des Feudalismus, sondern des Kapitalismus spricht Karl Marx klar und deutlich: „Die Arbeiter haben kein Vaterland!" Begreiflich, warum die Opportunisten diese Wahrheit des Sozialismus anzuerkennen fürchten, ja zumeist fürchten, ihr offen Rechnung zu tragen. Die sozialistische Bewegung kann in dem alten Rahmen des Vaterlandes nicht siegen. Sie schafft neue, höhere Formen der menschlichen Gemeinschaft, da die berechtigten Bedürfnisse und fortschrittlichen Bestrebungen der werktätigen Massen einer jeden Nationalität zum ersten Male befriedigt sein werden in internationaler Einheit, unter Aufhebung der jetzigen nationalen Schranken. Auf die Versuche der jetzigen Bourgeoisie, die Arbeiter durch heuchlerische Argumente der „Vaterlandsverteidigung" zu trennen und zu spalten, werden die klassenbewußten Arbeiter mit neuen und immer wieder neuen und wiederholten Versuchen antworten, die Einheit der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten wieder herzustellen im Kampfe um den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aller Nationalitäten.

*

[451] Die Bourgeoisie betört die Massen und bemäntelt den imperialistischen Raubzug durch die alte Ideologie des „nationalen Krieges". Das Proletariat entlarvt diesen Betrug und verkündet die Losung: Überleitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Namentlich diese Losung hatten die Stuttgarter und Basler Resolutionen gemeint, die nicht den Krieg überhaupt voraussahen, sondern gerade den jetzigen Krieg; sie sprachen nicht von „Vaterlandsverteidigung", sondern von der „Beschleunigung des Zusammenbruchs des Kapitalismus", von der Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Krise, von dem Vorbild der Kommune. Die Kommune bedeutete eine Umwandlung des Völkerkriegs in den Bürgerkrieg.

Eine solche Umwandlung ist natürlich nicht leicht und kann nicht „auf Wunsch" einzelner Parteien vor sich gehen. Aber gerade diese Umwandlung liegt in den objektiven Bedingungen des Kapitalismus überhaupt und der Epoche des Ausgangs des Kapitalismus insbesondere. Und in dieser Richtung, lediglich in dieser Richtung haben die Sozialisten zu wirken. Nicht für Kriegskredite stimmen, nicht dem Chauvinismus des „eigenen" Landes (und der verbündeten Länder) Vorschub leisten, aber in erster Linie gegen den Chauvinismus der „eigenen" Bourgeoisie kämpfen, sich nicht auf legale Formen des Kampfes beschränken, wenn die Krise da ist und die Bourgeoisie selbst die von ihr geschaffene Legalität aufgehoben hat, – das ist die Richtung der Arbeit, die zum Bürgerkrieg führt und in diesem oder jenem Moment des europäischen Brandes zum Bürgerkrieg führen wird.

Der Krieg ist keine Zufälligkeit, keine „Sünde", wie die christlichen Pfaffen (die Patriotismus, Humanität und Frieden genau so predigen wie die Opportunisten) glauben, sondern eine unvermeidliche Stufe des Kapitalismus, eine ebenso berechtigte Form des kapitalistischen Daseins wie der Friede. Der Krieg unserer Tage ist ein Volkskrieg. Aus dieser Wahrheit folgt aber nicht, daß man mit dem „Volksstrom" des Chauvinismus schwimmen soll, sondern daß in Kriegszeiten, auch im Kriege und in Kriegsform, die Klassengegensätze, von denen die Völker zerfleischt werden, fortbestehen und in Erscheinung treten werden. Dienstverweigerung, Militärstreik usw. bedeuten einfach eine Dummheit, einen kläglichen und feigen Traum vom waffenlosen Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, eine Phantasterei über die Aufhebung des Kapitalismus ohne den verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen. Die Propaganda des Klassenkampfes bleibt auch im Kriege Pflicht der Sozialisten; die Arbeit, die auf die Überleitung des Völkerkriegs in den Bürgerkrieg gerichtet ist, ist im Zeitalter des imperialistischen bewaffneten Zusammenstoßes der Bourgeoisie aller Nationen die einzige sozialistische Arbeit. Nieder mit den pfäffisch sentimentalen und törichten Träumereien von „Frieden um jeden Preis!" Wir wollen das Banner des Bürgerkriegs erheben. Der Imperialismus hat das Geschick

der europäischen Kultur aufs Spiel gesetzt. Diesem Kriege werden bald, wenn es nicht eine Reihe erfolgreicher Revolutionen geben wird, andere Kriege folgen – das Märchen vom „letzten Kriege“ ist ein plattes, schädliches Märchen, eine kleinbürgerliche „Mythologie“. Heute oder morgen, wenn nicht während des jetzigen Krieges, so nach dem Kriege, in diesem oder im nächsten Kriege wird das proletarische Banner des Bürgerkriegs nicht nur die Hunderttausende der klassenbewußten Arbeiter um sich sammeln, sondern auch die Millionen der jetzt durch den Chauvinismus betörten Halbproletarier und Kleinbürger, die durch die Schrecken des Krieges nicht nur erschreckt und entsetzt, sondern auch belehrt, aufgeklärt, geweckt, organisiert, gestählt und zum Kriege gegen die Bourgeoisie sowohl des „eigenen“ Landes wie auch der „fremden“ Länder vorbereitet sein werden.

[452] Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus! Es lebe die sowohl von den „Überläufern“ wie auch vom Opportunismus gesäuberte III. Internationale!

Die II. Internationale hat ihren Teil nützlicher Vorbereitungsarbeit zur Organisierung der proletarischen Massen während der langen „Friedensperiode“, der härtesten kapitalistischen Versklavung und des raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts getan. Der III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren: zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder um die politische Macht, um den Sieg des Sozialismus!

*

Die deutsche Ostgrenze und die nationalen Fragen in Polen

Von Peter Maslowski[*)]

Es ist bekannt, daß bei den Verhandlungen in Locarno Chamberlain der deutschen Bourgeoisie, um sie seinen Wünschen gefügig zu machen, Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen gemacht hat. Schon damals ist sofort von der Kommunistischen Partei darauf hingewiesen worden, daß die Frage der deutschen Ostgrenzen in ihrer Verbindung mit dem besonders deutlich seit Locarno die Politik der europäischen Imperialisten bestimmenden Kampf gegen die Sowjet-Union eine u n m i t t e l b a r e Kriegsgefahr für Deutschland und Europa darstellt. Die seitherige Entwicklung hat diese Feststellung vollauf bestätigt. Das Ziel der englischen Politik, die Schaffung eines europäischen Blocks gegen Sowjet-Rußland, macht es eben selbstverständlich, daß sie trotz dieser Versprechungen Deutschland gegenüber keineswegs auf eine aktive Bundespolitik mit Polen gegen die Sowjet-Union verzichtete. Die späteren Schwierigkeiten im Völkerbund haben vielmehr gezeigt, daß England gleichzeitig Polen zu gewinnen und auszunützen versuchte. Die englische Politik arbeitete daran, einen Ausgleich zwischen Polen und Deutschland auf Kosten eines dritten herbeizuführen.

Diese Fragen, schon vor einem Jahre gestellt, scheinen neuerdings eine konkrete und bedrohliche Gestalt anzunehmen. Der Staatsstreich und die Machtergreifung Piłsudskis haben England unmittelbar die Möglichkeit gegeben, sich Polens für seine Pläne zu bedienen. Und die Ereignisse der letzten Wochen, die Truppenansammlungen und Kriegsvorbereitungen gegen L i t a u e n, die Propaganda für eine „Union“ Litauens mit Polen, zeigen auch, in welcher Richtung die englische Diplomatie und ihr Werkzeug Piłsudski eine Lösung suchen. Es scheint ziemlich sicher, daß auch die deutsche Regierung an dem Plan beteiligt ist und daß Grenzregulierungen im Korridor eine wohlwollende Neutralität Deutschlands bei einem Überfall Polens auf Litauen gewährleisten sollen. Der Zweck dieser Übung ist klar: so würde nicht nur L i t a u e n, das in letzter Zeit eine gewisse Reserve den englischen Kriegsplänen gegenüber gezeigt hat, in die geschlossene Antisowjetfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer fest eingegliedert, [453] sondern zugleich durch einen teilweisen Ausgleich mit Polen, D e u t s c h l a n d, als Kriegslieferant und Hinterland, fester in diese Front eingereiht.

Es ist keine Frage, daß die proletarische Republik einen derartigen Vorbereitungsschritt zum Vernichtungskrieg n i c h t dulden kann, daß dieser Schritt selbst – so oder so – einen europäischen Krieg

[*)] Der vorliegende Artikel ist schon vor einigen Monaten geschrieben worden. Da der Verfasser nicht in der Lage war, ihn umzuarbeiten – er befindet sich in einem Gefängnis der „demokratischen Republik“ – haben wir selbst einige Ergänzungen gemacht und die aktuellen Zusammenhänge hergestellt. D. Red.

unmittelbar auf die Tagesordnung stellt und damit die Frage der Haltung des deutschen Proletariats zu einem solchen Krieg. Die deutschen Arbeiter – und dafür muß unsere Partei sorgen – dürfen sich um keinen Preis von diesen Ereignissen durch die Vertuschungsaktionen der Sozialdemokratie ablenken lassen! Die Lage an den deutschen Ostgrenzen, die Tatsache, daß in Polen heute eine große deutsche Minderheit unterdrückt wird, bietet den deutschen Imperialisten unübertreffliche Vorwände zur Entfesselung eines Krieges oder zur Unterstützung einer polnischen kriegerischen Aktion gegen Sowjetrußland.

Es ist daher notwendig, über die nationalen Probleme in Polen, die Fragen der deutschen Ostgrenze und die Stellung der klassenbewußten Arbeiter in Deutschland zu diesen Fragen in den Massen absolute Klarheit zu schaffen. Hilfsmittel und Material dazu sollen die folgenden Zeilen geben.

*

Polen, obwohl unter der Parole der nationalen Befreiung entstanden, ist ein typischer Nationalitätenstaat. Von der Dreißig-Millionen-Bevölkerung ist nur wenig über die Hälfte polnischer Nationalität. 47 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens verteilen sich dagegen auf Ukrainer, Deutsche, Weißrussen, Juden, Litauer und andere Nationalitäten mehr. Die Behandlung aller dieser Volksstämme stand bisher in keinem Punkte den Methoden des preußischen Hakatismus vor dem Kriege nach. In diesem Sinne war die polnische Bourgeoisie wirklich ein gelehriger Schüler des alten preußischen Ostmarkenvereins. Inwieweit hier der Piłsudski-Putsch eine Wandlung eintreten lassen wird, ist sehr die Frage. Jedenfalls ist bezeichnend für die Wichtigkeit der Nationalitätenfrage in Polen, daß bei dem Umsturz der Programmpunkt der Autonomie für geschlossen wohnende Nationalitäten eine große Rolle spielte. Dieses geschickte Ausnützen nationaler Wünsche hat Piłsudski ohne Zweifel seinen Sieg erleichtert.

Abgesehen von der nationalen Minoritätenbewegung innerhalb Polens gilt es sein Hauptaugenmerk zu richten auf jene Grenzbrennpunkte nationalistischer Kämpfe, die seit dem Versailler Vertrag bald offen, bald versteckt toben. Man kann vier solcher Brandherde unterscheiden, deren Glut immerfort unter der Asche fortglimmt, so daß irgendein plötzlicher Windstoß sie zu hellen Flammen anfachen kann: Oberschlesien, Danzig mit seinen Schiffahrtsfragen an der Weichselmündung, mit dem Korridorproblem und dem abgeschnürten Ostpreußen, Memel mit der Streitfrage des Durchgangsverkehrs auf dem Memelstrom und im Zusammenhang damit auch Wilna.

In dem nach dem Versailler Vertrag von den Ententetruppen besetzten Oberschlesien tobte Jahre lang der nationalistische Kampf. Deutsche und polnische Bourgeoisie überboten sich gegenseitig an Lüge und Hetze. Die Korruption in beiden Lagern stank zum Himmel. Als endlich das Plebiszit im Jahre 1921 vor sich ging, ergab es zwar für ganz Oberschlesien eine schwache deutsche Mehrheit, besonders in den größeren, entscheidenden Städten, aber auf der andern Seite wiesen die die Städte einschließenden Landgemeinden größtenteils polnische Majoritäten auf. Der Streit um den [454] Besitz Oberschlesiens entbrannte erst recht. Die polnische Bourgeoisie ließ kurzerhand, mehr oder weniger offen vom französischen Militär unterstützt, ihre nationalistischen Kampfverbände, die „Bojowkas“, marschieren, um vollendete Tatsachen zu ihren Gunsten zu schaffen. Zum drittenmal seit der Besetzung Oberschlesiens kam es zu blutigen Kämpfen zwischen den von ihrer jeweiligen Bourgeoisie vorgeschobenen Arbeitern trotz anwesender Ententetruppen, trotz Völkerbund und trotz der Volksabstimmung. Dieser dritte polnische Aufstand war ein durchaus wirkungsvoller Wink nach Genf. Polen schnitt bei der Völkerbundsentscheidung glänzend ab. Das einheitliche oberschlesische Industriegebiet wurde künstlich, mit den katastrophalen Folgen für die deutschen und polnischen Arbeiter, auseinandergerissen. Von den beiden Bourgeoisien erhielt die polnische den fettesten Bissen.

Was Danzig betrifft, so genügt ein Blick auf die Landkarte, um sofort zu erkennen, warum Polen so zähe um den Besitz dieser Stadt ringt. Bei dem sehr geringen polnischen Zugang zum Meer bedeutet Danzig gerade für Polen so viel, weil diese Stadt nicht nur den größten für Polen unmittelbar erreichbaren Hafen besitzt, sondern vor allem auch an der Mündung der Weichsel liegt, die große Städte, unter anderem auch die Hauptstadt Warschau, durchströmt. Nun haben aber selbst die Weltverteiler

von Versailles Danzig nicht einfach Polen auszuliefern gewagt, weil an der deutschen Nationalität der Danziger Bevölkerung nicht zu zweifeln war. (Noch heute gibt es unter 120 Volkstagsabgeordneten nur 5 Abgeordnete einer polnischen Fraktion!) So wurde Danzig zur Freistadt erklärt.

Aber wenn auch politisch eine Freistadt, ist es wirtschaftlich fest eingefügt worden in die polnische Zollunion. Es fährt dabei gar nicht schlecht. Da fast die gesamte polnische Ausfuhr über Danzig geht – z. B. geht der Export polnischer Kohle zu 200 000 Tonnen über Danzig und nur zu 22.000 Tonnen über Gdingen –, ist der wichtigste Teil des Einnahme-Etats Danzigs derjenige Teil der Zolleinnahmen, der auf Grund des Zollverteilungsschlüssels von Polen an die Freistadt-Kasse abgeführt wird. Freilich bedeutet die wirtschaftliche Verbundenheit mit Polen, daß auch Danzig allmählich in Mitleidenschaft gezogen wird von der allgemeinen polnischen Währungs- und Wirtschaftskrise, was sich z. B. in ungewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit äußert, deren Leidtragender natürlich nur die Arbeiterschaft ist.

Der Streit zwischen der deutschen und polnischen Bourgeoisie wird wahrscheinlich in Zukunft nicht einmal so sehr um Danzig als um den für Deutschland als lästig empfundenen sogenannten polnischen Korridor gehen. Die Isolierung Ostpreußens vom Reich durch Zuerkennung fast ganz Westpreußens zu Polen, die nur unzulänglich gemildert wird durch einen freien deutschen Eisenbahnverkehr über den polnischen Korridor auf der Linie Berlin–Dirschau–Königsberg, bleibt ein besonders scharfer, fortwährender Anreiz für die deutsche Bourgeoisie nach Revision der deutsch-polnischen Grenze.

Nun liegen die Nationalitätenverhältnisse in Westpreußen sowohl wie in Ostpreußen ganz besonders schwierig und undurchsichtig. Eine klare und scharfe Nationalitätengrenze ist kaum irgendwo vorhanden. In sich geschlossene, auf einem bestimmten Gebiet konzentrierte Nationalitäten sind nur die Kaschuben, die auf dem Festland unterhalb Danzig (die Kreise Karthaus, Neustadt, Putzig) wohnen, und die Masuren im südöstlichen Teil Ostpreußens. Ihre Zahl ist außerdem sehr gering.

[455] Abgesehen von diesen beiden Nationalitätengruppen haben wir im Osten eine ausgesprochene Mischbevölkerung. Von den 29 westpreußischen Kreisen hatten bei der Übergabe Westpreußens an Polen 17 eine polnische und 12 eine deutsche Mehrheit, die ganz wahllos ineinandergeschachtelt waren. Von einer typischen, in sich geschlossenen Nationalitätenbewegung kann da weder im polnischen, noch im deutschen Sinne die Rede sein. Es ist klar, daß gerade wegen dieser Undurchsichtigkeit in nationaler Hinsicht für das westpreußische Gebiet sich hier der meiste Konfliktstoff ansammelt und bei Komplikationen sich hier die erbarmungslosesten Kämpfe abspielen werden.

Die frühere preußische Provinz Posen kommt in unserem Zusammenhang kaum in Frage: sie besitzt ohne jeden Zweifel eine übergroße national-polnische Mehrheit, die übrigens das reaktionäre Element, sozusagen die Vendée Polens darstellt. Es soll damit natürlich nicht gesagt sein, daß der neu aufflammende Imperialismus der deutschen Bourgeoisie nicht auch dieses unzweifelhaft polnische Gebiet wieder zu annektieren bestrebt sein wird.

Wir müssen aber in unsere Betrachtungen auch die nachkriegszeitlichen Staatsneubildungen im Baltikum einbeziehen; Litauen, Lettland, Estland und Finnland.

Besonders charakteristisch für diese reaktionären Nationalstaaten, die ihre Existenz in erster Linie dem Bedürfnis nach einem Sicherheitsgürtel für „Europas heiligste Güter vor dem Bolschewismus verdanken – (besonders deutlich hat Paul Boncour unlängst diese Melodie angestimmt) und darum mehr oder weniger als künstliche Gebilde mühselig dahinvegetieren, ist das kleine Litauen. Dieses Agrarland mit gerade 2 Millionen Einwohnern, wie fast alle baltischen Staaten ein ganz besonderes Protektionskind Englands, das die im Vergleich zur Armut des Landes ungeheuer große litauische Armee aushält, ist ein Staat, dem die nötige ökonomische Basis mangelt. Ohne Erze und Kohle, nur im Besitz von fruchtbarem Boden und Waldungen, hat Litauen nur eine Getreide- und Holzindustrie entwickelt (Mühlen, Sägewerke, Papier- und Zündholzfabriken). Wegen des Nichtvorhandenseins einer größeren Industrie – diese müßte ja auch den zu engen nationalen Rahmen sprengen – erwächst

für diesen selbständigen Staat die Hauptschwierigkeit, die überschüssige Landbevölkerung in Industriestädten unterzubringen.

Im Rahmen unserer Betrachtung ist nun dieses Litauen deswegen von Bedeutung, weil es sowohl mit Deutschland als auch mit Polen in nationale Streitigkeiten verwickelt ist, mit Deutschland des Memellands, mit Polen Wilnas wegen.

Zunächst wurde Litauen das Opfer des Chauvinismus der polnischen Bourgeoisie. Wegen der wichtigsten Stadt Wilna, die eine gemischt litauisch-polnische Bevölkerung aufweist und die sowohl Litauen wie Polen für sich forderten, wurde der Völkerbund um Entscheidung angerufen. Noch bevor man in Genf ein Urteil fällte, eroberte der polnische General Zeligowski im Oktober 1920 nach berühmtem Muster (siehe d'Annunzio in Fiume, Korfanty in Oberschlesien, Mussolini in Korfu usw.) Wilna und hißte den polnischen weißen Adler. Wie gewöhnlich in solchen Fällen beugte sich der tapfere Völkerbundsrat, nachdem er zunächst eine lendenlahme Verwarnung nach Warschau gesandt hatte, schließlich vor den Bajonetten Zeligowskis. Seitdem besteht Feindschaft zwischen Litauen und Polen, die immer wieder neue Nahrung erhält, da einerseits Litauen erklärt, nie und nimmer auf Wilna verzichten zu können, andererseits Polen außerdem noch freie Schiffahrt (vor allem für die Verfloßung des Holzes aus den riesigen [456] Waldbeständen) auf der Vilija, an der Wilna liegt, und dem Njemen, das heißt freien Zutritt zur Ostsee, verlangt.

Die inneren Schwierigkeiten des kleinen Litauen sowie seine bösen Erfahrungen mit Polen Wilnas wegen haben die herrschende Großgrundbesitzer- und Pfaffenclique nie gehindert, auch als ein ganz winziger Brigant es den großen imperialistischen Räubern nachzutun. Gleich Oberschlesien wurde das Memelland nach Versailles von der Entente, und zwar von französischen Truppen, die es gern den Polen zugeschoben hätten, besetzt. Genau so wie es Korfanty in Oberschlesien und Zeligowski in Wilna machten, handelten auch die litauischen „Patrioten". Litauische Freischärler, insgeheim von England unterstützt, nahmen im Januar 1923 durch einen Putsch das Memelland für Litauen in Besitz. Eine Genfer Konvention (immer wieder nach berühmtem Muster) sanktionierte nach einigen Scheinrechten an die deutsche Nationalität im Memelland die von den Bajonetten geschaffene „vollendete Tatsache".

*

Daß es immer wieder die Proletarier sind, die in erster Linie unter der nationalen Unterdrückung zu leiden haben, läßt sich an unzähligen Fällen nachweisen. Nehmen wir allein schon die Sprachenfrage. Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie der unterdrückten Minderheit vermöge ihrer materiellen Mittel die Nachteile sehr leicht wettmachen kann. Besonders typisch dafür, wie die nationalistische Hetze gerade die Ärmsten der Armen trifft, waren die Ausweisungen der deutschen Optanten aus Polen im Sommer vorigen Jahres. Vielleicht noch härter trafen die nationalistischen Kämpfe die Proletariermassen Oberschlesiens.

Diese wenigen Beispiele werden wohl genügen, um zu zeigen, wie eng verknüpft mit der nationalen Minoritätenfrage in jedem Falle die proletarische Existenz ist. Die Kommunisten ständen außerhalb der proletarischen Bewegung, wollten sie daher in dieser Frage dem Nihilismus huldigen. Genau so wie wir Kommunisten nicht nur im Augenblick der revolutionären Hochflut tätig sind, sondern uns aller Tagesnöte des Proletariats annehmen müssen, genau so dürfen wir nicht abseits stehen, wenn unterdrückte Nationalitäten um ihre kleinen und selbst allerkleinsten Rechte kämpfen. Dabei haben die Kommunisten der herrschenden Nation mit ganz besonderer Schärfe diese Rechte zu betonen.

Auf die Abgrenzung vom bürgerlichen Nationalismus und vom Nationalismus der Reformisten muß hier besonders Bedacht genommen werden. Der Nationalismus der Bourgeoisie ist einesteils ein Kampf um Profitmöglichkeiten, anderenteils ein Mittel, um das Proletariat zu zersplittern, die Klassengrenze zu vertuschen dadurch, daß sie die Arbeiter ihrer eigenen Nation ins Schlepptau nimmt. Demgegenüber besteht die Hauptaufgabe darin, den Werktätigen der verschiedenen Nationalitäten klar zu machen, daß jede nationale Unterdrückung auch ihre gemeinsamen Klasseninteressen schädigt.

Der reformistische Nationalismus sieht so aus: Die Sozialdemokraten der unterdrückten Nation behaupten, der Klassenkampf sei unmöglich, solange nicht die „nationale Freiheit“ errungen sei, sie gehen also hin und unterstützen bedingungslos ihre Bourgeoisie. Die Sozialdemokraten der herrschenden Nation erklären gewöhnlich, die nationale Frage sei ja schon gelöst, die einzelnen Nationalitäten müßten nur vernünftiger und staatstreuer werden und sich nach demokratischem Prinzip in das Ganze einfügen und [457] auch sie stehen auf seiten ihrer Bourgeoisie. In beiden Fällen verschleiern die Reformisten vor den Arbeitern die Tatsache, daß man die Kapitalistenklasse besiegen muß, wenn man die nationale Frage lösen will. Hier dürfen wir nicht in den Fehler Rosa Luxemburgs verfallen, deren Feuergeist im Kampfe gegen den Sozialpatriotismus der PPS. sie soweit fortriß, daß sie im Gegensatz zu Lenin, der schon 1903 in der Zeitschrift „Iskra“ die nationale Unabhängigkeit Polens forderte, im Kampf um das nationale Selbstbestimmungsrecht eine opportunistische Entgleisung zuungunsten des Klassenkampfes sah.

Es kommt eben darauf an, das Dialektische des ganzen Fragenkomplexes zu erfassen, die Verbindungslinien zu erkennen, die vom nationalen zum proletarischen Kampf und umgekehrt führen und die reale Kraft zu begreifen und auszunutzen, die in dem Widerstand und der Empörung unterdrückter Nationalitäten liegt. Unter diesem Gesichtswinkel fordern die Kommunisten grundsätzlich das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen bis zum Rechte auf staatliche Lostrennung.

Dieses Selbstbestimmungsrecht kann natürlich nicht von der Art sein, wie das oberschlesische Plebiszit vom Jahre 1921. Auch das Selbstbestimmungsrecht gehört genau so wie das Wahlrecht solange zur rein formalen Demokratie, solange die Kapitalistenklasse herrscht.

Das Beispiel dieser oberschlesischen Farce auf jedes Selbstbestimmungsrecht des Volkes zeigt also, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht in jedem Fall unlöslich verknüpft ist die Machtfrage, in die also jede wirklich ernst gestellte nationale Frage letzten Endes münden muß. Das ist es auch, was den Massen in jedem Irredentagebiet klar gemacht werden muß. Und es wird ihnen am besten klargemacht an dem russischen Beispiel, das bereits praktisch den Beweis erbracht hat, daß eine nationale Frage nur gelöst werden kann durch den Sturz der Kapitalistenklasse.

Diese leninistische Politik hat natürlich ihre volle Geltung auch für die deutsch-polnisch-litauischen Grenzgebiete. Ganz richtig hat Genosse Thälmann in der Reichstagssitzung vom 24. November 1925 bei der Erörterung des Locarnopaktes und in Verbindung mit den Hoffnungen, die die deutsche Bourgeoisie auf die englische Genehmigung zur Revidierung der Ostgrenzen im deutschen Sinne damals hegte, erklärt: **„Wir fordern für diese Gebiete das freie Selbstbestimmungsrecht mit dem Rechte des Anschlusses an Deutschland oder Polen oder der völligen Unabhängigkeit.“**

*

Heute werden wir die grundsätzliche Stellung noch ergänzen müssen dadurch, daß wir im Namen der deutschen Arbeiterklasse, im Namen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, und vor allem gegen den Krieg gegen Sowjetrußland, der deutschen Bourgeoisie zurufen: Das deutsche Proletariat **verwehrt** den Imperialisten, seien sie deutschnationaler oder demokratischer Couleur, die Aufrollung der Fragen der Befreiung der Minderheiten in Polen und den Ostgrenzen, es wird sich einer diplomatischen oder kriegerischen Aufrollung dieser Fragen durch die Bourgeoisregierung mit allen Mitteln widersetzen, weil diese Aktionen [458] nichts zu tun haben mit einer wirklichen Befreiung, sondern imperialistische Raubzüge sind, die neue Unterdrückung und neue imperialistische Kriege vorbereiten. Wir rufen die deutsche Arbeiterklasse auf, diese Politik der deutschen Regierung und ihrer sozialdemokratischen Handlanger bis aufs Messer zu bekämpfen.

Diese Losungen müssen jetzt von unserer Partei in die breiten Massen der Arbeiter, vor allem der gewerkschaftlich organisierten, getragen werden. Sie stellen unsere konkrete Antwort dar auf den neuesten Schachzug des englischen Imperialismus gegen die Sowjet-Union.

Unter dem Banner der Wirtschaftsdemokratie

Von K. B e c k e r

I.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fühlen und erkennen auch, daß sich der Kapitalismus in einer tiefen Krise befindet. Immer wieder wird von ihnen in den Diskussionen über Wirtschaftsdemokratie gesagt, daß die Zeiten vorbei seien, in denen die Gewerkschaften sich auf den Kampf um Lohn, Arbeitszeit und die Festsetzung der sonstigen Arbeitsbedingungen beschränken konnten. Ohne aktive Wirtschaftspolitik sei heute auf die Dauer keine Gewerkschaftspolitik möglich. Aber die Sozialdemokraten glauben nicht nur daran, daß die Krise des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln überwunden werden könnte, sie sind gleichzeitig entschiedene Gegner der revolutionären Lösung der Krise des Kapitalismus (Enteignung und N a t i o n a l i s i e r u n g der Banken, Großindustrie, Großgrundbesitz usw., Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte und Gewerkschaften) und fürchten ebenso wie die Kapitalisten jeden revolutionären Vorstoß des Proletariats. Sie verneinen nicht nur die revolutionäre Lösung der Krise des Kapitalismus, sondern kämpfen auch gegen sie. Das ist auf längere Dauer nur möglich, wenn es gelingt, wenigstens einen größeren Teil der Arbeitermassen mit einer wirtschaftsfriedlichen, kapitalistischen Ideologie zu verseuchen, um diese Massen im Kampf gegen die proletarische Revolution bei der Stange zu halten. (Und schließlich wäre es auf lange Sicht nur möglich, wenn es wirklich gelänge, die Wurzeln der kapitalistischen Krise zu beseitigen.)

Diese wirtschaftsfriedliche Ideologie ist alles das, was unter dem Schlagwort Wirtschaftsdemokratie zusammengefaßt wird. In dem theoretischen Organ des ADGB, „Die Arbeit“, wird bei der Herausarbeitung des Programms, der Wirtschaftsdemokratie der Sozialismus als Endziel der Arbeiterbewegung offen aufgegeben. Tarnow, der Wortführer der rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, erklärt offen, daß dies notwendig sei, damit die Massen nicht wieder bei ähnlichen Ereignissen wie im November 1918 ihre „Begeisterung in falsche Bahnen lenken , unerfüllbare Hoffnungen hätten und dann die sozialdemokratischen Führer des Verrats bezichtigen.

J ä c k e l schreibt, daß „1918 und 1919 manche Schichten der Arbeiter und Angestellten weit hinaus wollten über das, was die Lebensbedingungen der Nation (!) zuließen“ (lies Lebensbedingungen des Kapitalismus)[*)], und [459] L o t h a r E r d m a n n, d e r C h e f r e d a k t e u r d e s t h e o r e t i s c h e n O r g a n s d e s A D G B, schrieb in einem programmatischen Artikel[**)] folgendes:

„Ob der Sozialismus, zu dem sich die Gewerkschaften in den Richtlinien (des Nürnberger Gewerkschaftskongresses) bekennen, die höhere Form volkswirtschaftlicher Organisation ist, kann nur dadurch nachgewiesen werden, daß die Wirtschaft als ‚sozialer Kapitalismus‘ organisiert, größere Erträge abwirft und sie vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus zweckmäßiger verteilt.“

Daß der Sozialismus von den maßgebenden Gewerkschaftsführern des ADGB auch als entferntes Ziel tatsächlich aufgegeben ist, beweist zum Überfluß noch eine weitere Äußerung desselben Lothar Erdmann zur Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wozu er sagt, daß „dessen Beseitigung in dem Maße an Bedeutung verliert, als dem privaten Verfügungsrecht über sie feste Schranken gezogen werden[***)].

Eine größere Offenheit (die in dieser Form allerdings nur in den theoretischen Organen und Broschüren der Sozialdemokratie zu finden ist) kann man nicht wünschen.

„Sozialer Kapitalismus“ statt Sozialismus, der als „christliches Himmelreich“ verhöhnt wird. „Der Arbeitgeber“, das Organ der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, stellt denn auch mit Befriedigung zu den obenerwähnten Artikeln Erdmanns fest[†].

[*)] „Der Kampf des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes und Wirtschaftsdemokratie‘ – „Der Textilarbeiter“, 13.11.1925.
[**)] „Die Arbeit“, Jahrgang 1925, Heft 7, S. 394.
[***)] „Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft“ – „Die Arbeit“, Jahrgang 26, Heft. 5, S. 319.
[†] „Der Arbeitgeber“, Jahrgang 1925, Heft 23, S. 568.

„Man kann nicht ohne innere Bewegung den Sätzen Erdmanns folgen: stückweise zerbricht er den geheiligten Wahnglauben der Massen, erbarmungslos verdammt er ihre ‚Religion'. Nie noch kam uns eine dergestalt ungestüme radikale Kritik des ‚Marxismus' vor Augen. Also hatten wir ‚bürgerliche' Kritiker doch recht mit unserer Bekämpfung dieser verheerenden Ideologie des ‚Marxismus'?"

Man bedenke, daß es nicht irgend jemand, sondern der Chefredakteur des theoretischen Organs des ADGB ist, der diese Artikel schrieb, über die das Organ der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände derart befriedigt sein konnte.

II.

Wir sehen also: Angst vor den sozialistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung ist der Ausgangspunkt der Propaganda für Wirtschaftsdemokratie und Zerstörung der sozialistischen Ideologie, und Schaffung einer bewußt wirtschaftsfriedlichen kapitalistischen Ideologie in den Massen ist das nächste Ziel bei dieser Propaganda. Sehen wir uns nun die praktische Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer etwas näher an unter dem Gesichtspunkt ihrer Beziehungen zu den Theorien über Wirtschaftsdemokratie. Wir werden hierbei einen weiteren Teil des realen Kerns dieser „Theorien" herausschälen.

Der entscheidende Punkt ist hierbei das Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaft und zum Staat.

Zu der alten Losung vom „Eindringen in den kapitalistischen Staat" kommt jetzt als aktuelle Losung das „Hineinsteigen in die kapitalistische Wirtschaft"[*]. Das letztere ist ebenfalls ein alter Bestandteil der Plattform des Revisionismus, aber jetzt ist es zur aktuellen [460] Losung geworden, nachdem die gesamte Sozialdemokratie in der formalen bürgerlichen Demokratie das höchste politische Ziel sieht und im wesentlichen als erreicht betrachtet. Ebenso wie die revolutionäre Zerschlagung des bürgerlichen Staates wird die damit aufs engste zusammenhängende Sozialisierung der Wirtschaft verworfen und bekämpft. So spricht Erdmann schon (wörtlich!) von der Überwindung des Klassenkampfs als „gegenwärtige sittliche Aufgabe eines jeden, der als Verteidiger der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterschaft wie als Pionier des Sozialismus arbeitet[**]. Die Ungleichheit des Besitzes werde keine Rolle mehr spielen, wenn die demokratische Gleichberechtigung auf allen Gebieten (außer dem des Besitzes an den Produktionsmitteln!) durchgeführt sei und jeder wie in Amerika die Möglichkeit des Aufstiegs habe. Dann werde nur noch die natürliche Ungleichheit der Menschen eine Rolle spielen.

„Freie Bahn dem Tüchtigen", kleinbürgerlicher Aufstieg einzelner innerhalb des Kapitalismus, das ist das „Hineinsteigen in die Wirtschaft" für die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Für die Massen: kleinbürgerliche Phantasien und Hoffnungen, die sie an den Kapitalismus ketten, statt proletarischer Klassenkampf und Befreiung aus politischer und wirtschaftlicher Knechtung.

Über den Weg zur Wirtschaftsdemokratie herrscht in den Erörterungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse ein konfuses Durcheinander von kleinbürgerlichen Utopistereien und bewußter Beschwindelung der Massen. Allgemein sagt L. Erdmann[***]: „Wirtschaftsdemokratie bedeutet Teilnahme der Arbeitnehmer (man beachte die Unternehmerterminologie Arbeitnehmer". D. V.) als Erzeuger an der Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik durch besondere, mit diesen Aufgaben betraute Organe, die auf jeder Stufe der wirtschaftlichen Organisation mit den Unternehmern zusammenwirken." In der Resolution des Breslauer Gewerkschaftskongresses zur Frage der Wirtschaftsdemokratie werden folgende Forderungen aufgestellt:

„Schleunige Umgestaltung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einem wirklichen und organisch aufgebauten Wirtschaftsparlament; schleunige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten entsprechend dem Artikel 165 der Reichsverfassung. Schleunige Errichtung paritätisch von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.

---

[*] Siehe zum Beispiel die Rede Tarnows auf dem letzten Verbandstag des Holzarbeiterverbandes in Stuttgart, „Holzarbeiter-Zeitung" vom 5. Sept. 1925.

[**] L. Erdmann: „Gewerkschaften und Sozialismus". „Die Arbeit", Jahrgang 1925, Heft 11.

[***] „Die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften", „Die Arbeit", Jahrgang 1925, Heft 7.

Errichtung von Selbstverwaltungskörpern nach Artikel 165 der Reichsverfassung für alle Industrien mit zweckmäßiger Gliederung nach Bezirken und Branchen.

Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Produktionsstatistik sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirtschaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die Ursachen der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften sind an diesen Aufgaben zu beteiligen.

Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren Bildungsanstalten zum Zwecke der Vermittlung der Wirtschaftswissenschaft in Theorie und Praxis. Subventionierung der von den Gewerkschaften geschaffenen Bildungsstätten."

Außerdem wird die Förderung „gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften" (Bauhütte usw.) und der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften gefordert. Das sind die offiziellen Forderungen des ADGB. Einige „linke" sozialdemokratische Gewerkschaftsführer machen „radikalere" [461] Vorschläge. Da sie aber auch von der friedlichen Überwindung des Kapitalismus ausgehen, ist das, was sie vorschlagen, blühender Unsinn. So schlägt z. B. S. Aufhäuser (Afa) ernsthaft in einem Artikel in der „Arbeit"[*] vor, mit Hilfe von obligatorischen Extrabeiträgen einen Wirtschaftsfonds des ADGB zu schaffen, damit in allen Industrien Betriebe zu schaffen und allmählich den Kapitalismus niederzukonkurrieren. Andere wollen dasselbe mit Hilfe der gewerkschaftlichen „Arbeiterbank" und den Konsumgenossenschaften erreichen. Dieser Unsinn, mit Hilfe der Hungergroschen der Arbeiterklasse den Kapitalismus friedlich zu überwinden, ist so groß, daß man nicht weiter darauf einzugehen braucht.

Worauf läuft nun aber faktisch – abgesehen von der oben behandelten Schaffung einer wirtschaftsfriedlichen Ideologie – die Propaganda für die Wirtschaftsdemokratie hinaus? Es ist klar, daß die Schaffung von paritätisch aus Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzten Wirtschaftsräten nichts am Kapitalismus ändert. Im besten Fall werden dort Gutachten usw. verfaßt, die niemand beachtet. Die Arbeiter werden dadurch keinen Pfennig mehr Lohn bekommen. Noch viel mehr als bei den politischen Parlamenten im kapitalistischen Staat tritt bei den Wirtschaftsräten in Erscheinung, daß es sich um Gebilde handelt, weiche lediglich ein Mitbestimmungsrecht der Massen vortäuschen. Das weiß der größere Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ebensogut wie wir. Für ihn ist die Agitation für diese „Organe der Wirtschaftsdemokratie" nur eine Verschleierung für seine kapitalistische Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, um dieser ein scheinbar fortschrittliches und sozialistisches Mäntelchen umzuhängen. Daß diese Behauptung stimmt, beweist sowohl die praktische Gewerkschaftspolitik des ADGB als auch der Inhalt der Diskussion maßgebender Leute des ADGB über das Thema Wirtschaftsdemokratie. In dieser Diskussion wird die Steigerung der Produktion innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt, d. h. als wesentlichstes wirtschaftliches Ziel der Wirtschaftsdemokratie aufgestellt, dessen Erfüllung als Voraussetzung für die Durchsetzung sozialer Ziele betrachtet wird. „Die von den Gewerkschaften befolgte Politik ist unter den obwaltenden Verhältnissen fast der einzige Weg, auf dem die Gewerkschaften für die Rationalisierung der Produktion in Deutschland für eine Steigerung ihres Ertrags wirken können", schreibt L. Erdmann[**]. Fritz Kummer, der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung", schreibt in einem Artikel in der „Arbeit"[***], die Steigerung der Produktion sei die „alles überschattende Aufgabe" und jede Gewerkschaft müsse für ihre Industrie ein großzügiges Programm der Wirtschaftlichkeit aufstellen.

Kummer meint weiter unter Hinweis auf Amerika, daß das alles noch ergänzt werden müsse durch ein ähnliches Zusammenarbeiten der Arbeiter mit der Leitung des Betriebs und durch eine Gewinnbeteiligung. Das „Mitbestimmen" müsse durch ein Mitverdienen ergänzt werden.

Dieser Hymnus auf die Wirtschaftsdemokratie mag in seinen Einzelheiten etwas phantastisch sein, aber er zeigt gut die Richtung, auf welche die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hinaus wollen: aktives Einspannen von Teilen der Arbeiterschaft in die [462] Arbeitsgemeinschaftspolitik zur Förderung des Kapitlismus.

[*] „Die Arbeit", Jahrg. 1925, Heft 9.
[**] „Die Arbeit", Jahrg. 1925, Heft 7, Seite 394.
[***] Kummer: „Vertiefung der Gewerkschaftstätigkeit", „Die Arbeit", Jahrg. 1925, Heft 8, Seite 461.

Die praktische Gewerkschaftspolitik des ADGB bestätigt das. (Wir müssen hier leider aus Raumgründen die Ausführungen über diese bekannte Wirtschaftspolitik weglassen. D. Red.)

Das Unternehmertum steht dieser Wirtschaftspolitik des ADGB natürlich sehr wohlwollend gegenüber. Es lächelt über den Unsinn, daß Lohnerhöhungen im Interesse der Unternehmer notwendig seien und deshalb von den Unternehmern freiwillig gezahlt werden müßten. Aber da dieser Unsinn geeignet ist, die Arbeiterschaft über den Charakter der kapitalistischen Rationalisierung zu täuschen und damit den Unternehmern die Durchführung zu erleichtern, lassen sie den Unsinn gern geschehen, noch dazu, wo sie gleichzeitig ohne ernsthaften Widerstand der Gewerkschaften den allgemeinen Lohnabbau durchführen können. Über das Ziel einer Demokratie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft lächeln sie. Der sozialdemokratische Professor Hermberg hat auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß erfolglos den Gewerkschaftsführern auseinandergesetzt, daß das Charakteristische der kapitalistischen Wirtschaft gerade das Nichtvorhandensein einer Wirtschaftsführung ist und daß deshalb alles Gerede von Beteiligung der Arbeiter an der Wirtschaftsführung innerhalb des Kapitalismus Unsinn sei. Die Unternehmer wissen das natürlich sehr gut. Sie fürchten deshalb auch die paritätischen Bezirkswirtschaftsräte, den Reichswirtschaftsrat usw. nicht. Wenn sie sich trotzdem nicht ohne Not für die Schaffung derselben einsetzen, so deshalb, weil es unter den heutigen Verhältnissen ihrem absoluten Herrenstandpunkt widerstrebt, auch nur den lächerlichen Schein einer Demokratisierung der Wirtschaft freiwillig zuzugestehen und der Schwindel ja viel wirksamer ist, solange er nicht verwirklicht und als „Kampflosung“ fungieren kann.

III.

Es wäre noch festzustellen, welche Perspektive die maßgebenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei ihrer Politik haben. Wir sagten eingangs bereits, daß die sozialdemokratischen Führer daran glauben, daß die Krise des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus überwunden werden könne. Das „Wunderland“ Amerika ist für sie das Bild der Zukunft. Sie sind nach Amerika gepilgert und malen der Arbeiterschaft in ihren Reden rosige Bilder von den Zuständen in Amerika, von den hohen Löhnen, dem Auto als Volksverkehrsmittel usw. Sie verschweigen dabei in der Regel, daß es nur eine bestimmte Schicht ist, die qualifizierten Arbeiter, die Arbeiteraristokratie, die diese Lebenshaltung erreicht. Sie loben die amerikanischen Gewerkschaften über den Klee und verschweigen dabei in der Regel, daß diese nur Gewerkschaften der Arbeiteraristokratie sind und daß sie politisch absolut bürgerlich sind, Anhängsel der bürgerlichen Parteien und scharfe Gegner der Schaffung einer sozialistischen Massenpartei in Amerika.

Es ist kein Zufall, wenn „Die Arbeit“ in ihrer Mainummer d. J. als Leitartikel ohne Kommentar einen Aufsatz des bürgerlichen Professors v. Schulze-Gaevernitz bringt, in welchem die Möglichkeit einer weiteren Etappe des Kapitalismus über den Imperialismus hinaus im Gegensatz zu Lenin erörtert und mit der Möglichkeit eines „Überimperialismus“ beantwortet wird. Ebensowenig wie die Pilgerfahrt nach Amerika bei gleich-[463]zeitiger schärfster Bekämpfung der Delegation nach Sowjet-Rußland kein Zufall ist. Oder wenn Jäckel im Stile des Exkaisers Wilhelm II. schreibt: „Nur die demokratisch organisierte Wirtschaft wird Deutschlands Weltgeltung wieder heben und sichtbar machen.“[*)]

Die Untersuchung der Lage des Kapitalismus ginge über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus. Zu den Spekulationen der Sozialdemokratie sei aber noch einiges festgestellt. Die Sozialdemokratie stellt die Dinge so dar, als könne der deutsche Kapitalismus, wenn er nur zu einer billigen Massenproduktion nach amerikanischem Muster übergehe, unbegrenzten Absatz für seine Waren finden. Sie sieht nicht oder will nicht sehen, daß die Welt unter die imperialistischen Mächte aufgeteilt ist, daß der Weltkrieg bereits ein Krieg um die Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Mächte war, daß die Zollmauern nie so hoch waren wie jetzt, kurzum, daß das Absatzproblem gerade das schwierigste Problem des Kapitalismus ist, und zwar nicht nur des deutschen.

[*)] Herrn. Jäckel: „Der Kampf des Deutschen Textilarbeiterverbandes und Wirtschaftsdemokratie „Der Textilarbeiter“ vom 13. November 1925.

Wenn so die realen Verhältnisse schon dafür sorgen, daß die Bäume des deutschen Sozialpatriotismus nicht in den Himmel wachsen, so müssen wir trotzdem diese Propaganda und Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sehr ernst nehmen. Sie zersetzt das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, sie will schließlich einen Teil der Arbeiterklasse zu einer bewußten Hilfsgarde des Unternnehmertums machen. Sie ist ein Teil des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die proletarische Revolution, gegen die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die die Voraussetzung für die Besitzergreifung und die planmäßige Regelung und Kontrolle der Produktion durch das Proletariat ist. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Kommunistischen Partei, der Zersetzung des proletarischen Klassenbewußtseins entgegenzuwirken durch die Entlarvung der sozialdemokratischen Propaganda für „Wirtschaftsdemokratie“ und stärkste Propaganda für den revolutionären Sozialismus.

*

Die Spaltung der SPD in Sachsen und die Taktik der Kommunisten

Von P. Böttcher

(Schluß)

II.

In der Gewerkschaftsfrage äußert sich typisch der opportunistische Charakter der linken Führer. Die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“, das offizielle Organ des Bezirksausschusses Sachsen des ADGB, hat sich fortgesetzt mit der Politik der 23 solidarisiert und gegen die linken Führer in schärfster Weise mit starker persönlicher Zuspitzung polemisiert. Der „Disziplinbruch“ der 23 fand im Bezirksauschuß des ADGB seine festeste Stütze. Die rechten sozialdemokratischen Führer Sachsens hätten ja die aggressive Form ihres Vorgehens gar nicht riskiert, wenn sie nicht im Apparat der Gewerkschaften, Genossenschaften und in [464] den Fraktionen der Gemeindeparlamente ein vorteilhaftes Aufmarschgelände für ihre Offensive gehabt hätten.

Auf dem Höhepunkt der Krise der SPD, nach der Ablehnung der kommunistischen und sozialdemokratischen Erwerbslosenanträge im März ds. Js. durch die 23 im sächsischen Landtag, erreichte auch die Kampagne der Gewerkschaftsbürokratie für die Koalitionspolitik und gegen die Beschlüsse der sozialdemokratischen Arbeiter eine alle bisherigen Auseinandersetzungen weit überragende Schärfe. Die Ablehnung der Erwerbslosen- und Wohnungsbauanträge durch die 23 sowie die Verteidigung dieses Verrats durch den ADGB lockerte in breitem Ausmaße den Boden für die revolutionäre Arbeit unserer Partei innerhalb der Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen Arbeiter begannen auf Grund eigener politischer Erfahrung sehr schnell zu begreifen, daß die Konsequenzen der Parteispaltung auch in den Gewerkschaften sich auswirken müssen. Unseren Genossen entstanden jetzt in den Gewerkschaftsversammlungen im Kampfe gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie Verbündete in den sozialdemokratischen Arbeitern. In vielen Fällen, in denen unsere Fraktionen sonst in den Versammlungen wie gegen eine Mauer standen, wurde plötzlich Bresche geschlagen.

In den sozialdemokratischen Parteimitgliederversammlungen konnten die linken Führer ihren Anhängern vorreden, es handle sich im sächsischen Konflikt nur um eine „Disziplinfrage“. In den Gewerkschaftsversammlungen jedoch hatten wir die Möglichkeit, zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu sprechen und ihnen den politischen Kern des Konflikts zu zeigen. Jetzt mußten die linken Führer Farbe bekennen, wie sie zur Rationalisierung, zur Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit, zur Gewerkschaftseinheit und zur Frage der Arbeiterdelegationen stehen. Die sozialdemokratischen Führer sahen insgesamt die Gefahr, die ihnen bei den Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften drohte. Während sie sich im Parlament gegenseitig beschimpften und „Hausknechte der Reaktion“ nannten, beschlossen die rechten und linken Führer den Burgfrieden in den Gewerkschaften. Der ADGB machte einen formalen Rückzug. Am 15. April veröffentlichte der sächsische Bezirksausschuß in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ eine Erklärung, in der feierlich die „Neutralität“ der Gewerkschaften erneut proklamiert und betont wird, daß sich der ADGB mit seiner Stellungnahme zu den politischen Fragen nicht habe in die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei einmischen wollen. In gleicher Weise wirkte die linkssozialdemokratische Presse auf die Arbeiter ein

und kündigte an, daß die Auseinandersetzungen über die Spaltung der SPD „Parteisache“ seien und nichts in Gewerkschaftsversammlungen zu suchen hätten.

Die Partei muß noch eine tüchtige Erziehungsarbeit unter den sozialdemokratischen Massen leisten, damit diese das Spiel mit verteilten Rollen, das zwischen rechten und linken Führern gespielt wird, durchschauen und zunichte machen. Die weiteren Erfolge unserer Partei auf dem Wege zur Gewinnung der Massen hängen davon ab, inwieweit es gelingt, unsere Front in den Gewerkschaften vorzutragen.

III.

Für die weitere Arbeit der Partei ist es von größter Bedeutung, daß wir genau feststellen, in welcher Weise die proletarische Mitgliedschaft der KPD auf die seit dem Ekki-Brief durchgeführte Politik reagiert.*)

[465] Je mehr die Partei mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen Fühlung erhält, je stärker die Schwankungen der linken Führer unter dem Massendruck werden, desto mehr tritt im politischen Tageskampfe bei den Arbeitern die Frage in den Vordergrund: Was unterscheidet die Kommunisten von der linken SPD? Diese Frage kann man aber nur beantworten, wenn man den politischen Charakter der linken SPD kennt. „Was ist diese Linke? Ist sie eine homogene politische Masse? Alles andere als das. In den linkssozialdemokratischen Arbeiterschichten ist noch am ehesten ein einheitlicher Wille festzustellen. Diese Masse, die zum Teil tief verwurzelt ist in den Traditionen der Vorkriegszeit, will zurück zur „alten radikalen Partei“, Vielfach fehlt diesen Arbeiterschichten noch das Begreifen der ungeheuren Umwälzung, die sich auch innerhalb der Arbeiterbewegung mit dem Weltkrieg und der Revolution vollzogen hat. Unter dem täglichen Einfluß der sozialdemokratischen Presse, Literatur und Parteipolitik erscheint ihnen immer noch als „Moskauer Spaltungsaktion“, was in Wirklichkeit der größte Schritt vorwärts gewesen ist: die Gründung der Kommunistischen Internationale, Man muß nur selbst sehen, wie es den sozialdemokratischen Arbeitern wie Schuppen von den Augen fällt, wenn sie sich von unseren Genossen kommunistische Schriften ausgeliehen und gelesen haben. Das Hauptaugenmerk in unserer Agitation unter den linken sozialdemokratischen Arbeitern muß deshalb darauf gerichtet werden, daß sie begreifen: ein Zurück zur „alten“ Partei gibt es nicht – es gibt nur ein Vorwärts zum Kommunismus.

Wir werden das den Arbeitern aber nicht mit abstrakten Thesen und Aufsätzen beibringen, sondern in erster Linie mit Hilfe der täglichen praktischen Kämpfe und Erfahrungen. Das Tempo des Entwicklungsprozesses der sozialdemokratischen Arbeiter läßt sich natürlich nicht im voraus bestimmen, Es hängt ab von der Klugheit unserer eigenen Taktik und dem Verhalten der linkssozialdemokratischen Führer. Die Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter ist ein schwerer Erziehungsprozeß, bei dem auch mit größeren Schwankungen und Rückschlägen gerechnet werden muß. Auf alle Fälle ist Schematismus gerade in dieser Frage am untauglichsten.

Von den linken sozialdemokratischen Arbeitern trennen uns also nicht 20 Prozent mehr oder weniger Radikalismus, Uns eint vielmehr mit ihnen das gleiche Klasseninteresse, sowohl im Kampfe um die Tagesforderungen, wie im Kampfe um den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft. Das Trennende ist nach wie vor die Mauer, die die reformistischen Führer zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern täglich erneuern. Gelingt es, diese Mauer niederzureißen, dann sind die Voraussetzungen für den Sieg unserer Partei innerhalb der Arbeiterbewegung erfüllt.

Die linkssozialdemokratischen Führer sind objektiv die Helfershelfer der Rechten. Ihre Hauptschuld besteht darin, daß sie durch ihren Einfluß die Massen, die im Begriff sind, nach links abzuwandern, an die Politik der rechten reformistischen Führer binden. Sachsen bietet ein typisches Beispiel dafür, wie die linken Führer den bereits wankenden Autoritätsglauben der sozialdemokratischen Arbeiter an den Parteivorstand wieder gestärkt haben. Der Spaltungsprozeß in Sachsen wurde von

*) Genosse Böttcher bespricht hier eine Reihe von linken und rechten Fehlern und betont die Notwendigkeit theoretischer Schulung. Aus Raumgründen mußten wir den Abschnitt streichen. D. Red.

den linken Führern nicht gegen den Parteivorstand durchgeführt, sondern (äußerlich) mit dem Parteivorstand. Vor den sozialdemokratischen Mitgliedern deckten die linken Führer alle Maßnahmen mit der Autorität des Parteivorstandes. Diese Taktik hatte zur Folge, daß die sozialdemokratischen Arbeiter den [466] Eindruck gewannen, als sei auch der Parteivorstand mit der Politik der 23 nicht einverstanden. Es wurde dadurch der Eindruck erweckt, als stünden die 23 Rechten rechts vom Parteivorstand. Diese politische Verwirrung reichte bis in unsere eigenen Reihen hinein, Am 9. Juni schrieb der „Kämpfer" zur Spaltung der SPD:

„... Die sächsischen Rechten sind nicht etwa eine besondere Gruppe in der SPD, sondern sie sind nur die sächsischen Repräsentanten des rechten Flügels der SPD, der im Reichsmaßstabe gegenwärtig offen auf den Eintritt der SPD in eine Regierung der Großen Koalition hinarbeitet. Der Parteivorstand der SPD, und mit ihm das Parteizentrum, hat sich bisher noch nicht zu einem offenen Bekenntnis zu dieser Politik durchringen können. Sein agitatorisches Steckenpferd war die Weimarer Koalition, ohne sich natürlich grundsätzlich hierauf festzulegen."

Diese politische Darstellung des „Kämpfer" stellt die Dinge auf den Kopf. Der Parteivorstand ist erstens der rechte Flügel der SPD, hat zweitens bereits in Görlitz grundsätzlich die Große Koalition angenommen und sie in der Stresemann-Regierung durchgeführt, sowie auf dem Heidelberger Parteitag bereits offen die neue Auflage der Großen Koalition angekündigt. Die Haltung des Parteivorstandes zur Großen Koalition im Reichsmaßstabe ist also durchaus klar. Für Sachsen hat der Parteivorstand nie eine andere Politik vertreten, wie für Preußen und das Reich, Es ist allgemeine bekannt, daß der Parteivorstand die 23 zur Bildung der Großen Koalition aufgefordert hat. Der Parteivorstand ist in allen politischen Fragen mit den 23 nicht nur einig, sondern identisch. Er weiß auch sehr gut, daß die „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens" seiner Politik keinerlei Hindernisse bereiten wird. Im Gegenteil. Der Parteivorstand hat in der Organisation der Rechten nunmehr in Sachsen in der weiteren Entwicklung ein Druckmittel, um die linken sozialdemokratischen Führer uneingeschränkt unter die Parteivorstands-Politik zu zwingen. Man darf in diesen Fragen keine falsche Konzeption aufkommen lassen. Das alte Partei-Zentrum" der SPD ist heute die linke Führergruppe. Natürlich mit den Einschränkungen und Modifikationen, die sich aus der veränderten historischen Situation ergeben.

IV.

Die gegenwärtige linke Führergruppe in Sachsen ist ebensowenig homogen, wie die sozialdemokratischen Massen. In dieser Führergruppe laufen verschiedene Tendenzen durcheinander. Die hervorstechendsten Merkmale dieser Gruppe sind die politische Charakterlosigkeit, Halbheit, sowie Abhängigkeit von allen Stimmungen und Schwankungen der Massen, Die Stellung zur Koalitionspolitik wird von diesen Führern je nach der Situation verschieden formuliert. Sie betreiben in dieser Frage die Politik der offenen Tür. Die Anlehnung an den Austro-Marxismus tritt deutlich zutage; nicht nur politisch, sondern auch personell.

Durch die organisatorische Spaltung in Sachsen ist der politische Einfluß der Rechten aus die linke Führergruppe und auch auf die sozialdemokratischen Arbeiter keineswegs gebrochen. Sehr deutlich treten unter den linken Führern zwei Gruppierungen auf. Die prinzipiellen Verfechter der Koalitionspolitik unter den Linken betreiben eine immer aggressivere Propaganda für die Koalition. Das ist die Gruppe Lipinski, Sachs und [467] Fellisch. Lipinski hat durch die Herausgabe einer neuen Broschüre[*)] den Kampf gegen die Gruppe Arzt-Liebmann eröffnet. In seiner Schrift desavouiert Lipinski die Politik der Zeigner, Liebmann und Arzt. Er rechtfertigt die Politik der Buck-Lipinski-Regierung und rückt von Zeigner-Liebmann ab. Es ist symptomatisch, daß die linkssozialdemokratische Presse Sachsens die Schrift Lipinskis totschweigt, obwohl in der kommunistischen Presse sofort nach dem Erscheinen des Buches Lipinski stark angegriffen wurde. Gegenüber den unbedingten

[*)] Der Kampf um die politische Macht in Sachsen Vor. Richard Lipinski Leipzig 1926. Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig. Preis 1 Mark.

Koalitionspolitikern im Lager der Linken steht die Gruppe A r z t-L i e b m a n n-E d e l-S a u p e. Diese Gruppe erstrebt die Liquidierung der Kommunistischen Partei, indem sie dieser die Politik der Austro-Marxisten aufzwingen möchte. Ihre Stellung gegenüber den Kommunisten ist eine Kette fortgesetzter Schwankungen von der Unterstützung mancher kommunistischer Aktionen bis zum wüstesten Kampf gegen die Kommunisten.

Sind nun die Erfahrungen der Arbeiterschaft mit der Politik der linken sozialdemokratischen Führer so reif, daß die Arbeiter die objektive Rolle dieser Führer klar erkannt hätten? Leider nicht, obwohl über die Haltung dieser Führer ein reicher politischer Erfahrungsschatz vorliegt.

Zu den Erfahrungen der Arbeiterschaft mit den deutschen und besonders den sächsischen linken sozialdemokratischen Führern treten die Erfahrungen mit den Führern der österreichischen Sozialdemokratie und in neuester Zeit die eindringlichen L e h r e n d e s e n g l i s c h e n G e n e r a l s t r e i k s. In England haben die Purcell u. Co. beim Generalstreik faktisch dieselbe Rolle gespielt, wie die sächsischen Linken bei der Reichswehr-Exekutive. Um den Erfahrungsprozeß der Arbeiterschaft mit den linken Führern zu beschleunigen, muß die Partei die linken Führer in Sachsen mehr noch als bisher in den konkreten Einzelfragen kritisieren. Wir müssen zeigen, wie in vielen Fragen (Stellung zum Etat, Ausgaben für Kirche und reaktionäre Institute usw.) die Grenzen zwischen den Linken und Rechten verschwinden und sie in diesen Fragen in einer Front gegen die Kommunisten stehen. Andererseits müssen wir vor der Arbeiterschaft anknüpfen an den verschwommenen, halboppositionellen Formulierungen der linken Führer, Wir müssen zeigen, wie die Opposition wirklich weitergeführt werden muß und welcher Fehler darin liegt, nur einen halben Schritt zu tun. Dabei ist das Hauptaugenmerk zu richten auf die Gewinnung wichtiger Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD, die aufnahme- und entwicklungsfähig sind und aus dem zögernden, schwankenden halben Schritt ihrer Führer einen ganzen machen. Auf diese Weise entwickelt sich tatsächlich eine A r b e i t e r-O p p o s i t i o n in der SPD, die ihren organisatorischen Konzentrationspunkt in den Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären sowie bei den Arbeiterdelegationen hat. Die linken Führer mögen dabei über die „kommunistische Mache“ schreien und diesen Arbeitern mit Maßregelungen drohen. Es wird ihnen nichts helfen. Das ist der gesetzmäßige Gang der Entwicklung. Die Partei wird auf diesem Wege zum Ziele kommen, wenn sie diese Arbeit verbindet mit unermüdlicher theoretischer Aufklärung und sich nicht durch ultralinkes Kleinbürgergeschrei von der energischen Durchführung der bolschewistischen Einheitsfront abbringen läßt.

RUNDSCHAU

Gewerkschaftsbewegung
Die Amsterdamer und der englische Bergarbeiterkampf

Wie vollkommen nicht nur der reformistische englische Generalrat der Gewerkschaften, sondern auch die gesamte Amsterdamer Internationale im englischen G e n e r a l s t r e i k versagt, ja, sich als die offenen Verbündeten der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse betätigt haben, ist von kommunistischer Seite sofort festgestellt worden. Ein besonderes Kapitel ist das Verhalten der Amsterdamer zum englischen B e r g a r b e i t e r k a m p f, der nicht nur der Anlaß zum Generalstreik war, sondern der allen reformistischen Sabotageversuchen trotz Abbruchs des Generalstreiks mit einer beispiellosen Geschlossenheit und Ausdauer weitergeführt wird.

Trotzdem den Amsterdamern vollkommen klar ist, daß eine Niederlage der englischen Bergarbeiter katastrophale Wirkungen nicht nur für England, sondern für die Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder nach sich ziehen muß (erklären doch jetzt schon die kapitalistischen Organe Deutschlands, Polens, der Tschechoslovakei und Amerikas, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne in England ebenfalls Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen in den übrigen Ländern zur Folge haben muß!), haben die Amsterdamer sofort nach Abbruch des Generalstreiks alle Hilfsmaßnahmen und a l l e Maßnahmen zur Verhinderung von Kohlenlieferungen nach England aufgehoben. Ja, die Amsterdamer Gewerkschaftsführer begünstigen und fördern die Kohlenproduktion und den Kohlentransport nach England und den englischen Absatzgebieten ganz bewußt.

Womit begründen die Amsterdamer formal diesen Streikbruch?

Das offizielle Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), die „Presseberichte“ vom Dienstag, dem 29. Juni 1926, veröffentlichen die „Bestimmungen des IGB betreffend internationale Hilfsaktionen bei gewerkschaftlichen Kämpfen“. Sie lauten:

„1. Handelt es sich um eine größere Bewegung eines einzelnen Berufs, so ist das betreffende internationale Berufssekretariat die zuständige Stelle, um die ihm angeschlossenen Organisationen zur Unterstützung aufzufordern. Ein Recht über diesen Kreis hinaus Sammlungen vorzunehmen, steht den internationalen Berufssekretariaten nicht zu.

2. Sind die eigenen Berufsgenossen nicht imstande, eine Bewegung allein zu unterstützen und wünschen sie eine Unterstützung der gesamten internationalen Arbeiterschaft, so ist ein darauf bezüglicher Antrag von der Landeszentrale des in Betracht kommenden Landes beim Vorstand des IGB zu stellen.

3. Im allgemeinen sollen internationale Unterstützungsaktionen nur dann eingeleitet werden, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- oder Industrieverbände in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind. Nur in Ausnahmefällen soll auch dann eingegriffen werden, wenn nur ein einzelner Beruf in Frage kommt.“

Die Presseberichte schreiben dazu:

„Auf den englischen Bergarbeiterstreik übertragen bedeutet dies, daß die Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter die Aufgabe des internationalen Sekretariats der Bergarbeiter ist, wobei es sich in den unter 1 gezogenen Grenzen zu halten hat ... Die Unterstützungsaktion (des IGB), die für den englischen Generalstreik eingeleitet wurde, war daher mit dessen Abschluß zu Ende.“

Der IGB-Vorstand beruft sich also bei seiner Sabotage in der internationalen Solidaritätsaktion, bei seinem organisierten Streikbruch auf „Bestimmungen“, die nicht bloß bürokratisch, sondern ausgesprochen darauf zugeschnitten sind, internationale Solidaritätsaktionen zu verhindern. Man hat sich beizeiten vorbereitet! Eine Weiterführung der Hilfsaktion hätte im vorliegenden Fall bedingt, einen offiziellen Antrag des englischen Generalrats. Da diese hohe Körperschaft jedoch sich ganz auf die Seite der englischen Bourgeoisie gestellt hat und schärfster Gegner der Weiterführung des Bergarbeiterkampfs ist, wurde selbstverständlich kein Antrag beim IGB gestellt. Dieser ist daher ganz „unschuldig“, wenn durch international organisierten Streikbruch ein niederträchtiger Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden englischen Bergarbeiter geführt wird,

Genau wie der IGB-Vorstand, so verschanzen sich auch die Amsterdamer Berufssekretariate und die übrigen gewerkschaftlichen Landesleitungen und Verbandsvorstände bei ihrem Streikbruch hinter formale Bestimmungen. Zwar hat der englische Bergarbeiterverband bei der Bergarbeiter-Internationale wiederholt den Antrag auf Einleitung einer internationalen Solidaritätsaktion aller Bergarbeiterverbände gestellt. Doch die Bergarbeiter-Internationale lehnt das ab, ergo haben die einzelnen Bergarbeitervorstände das „Recht“, Streikbrucharbeit in Gestalt von fortgesetzter Steigerung der Kohlenproduktion in ihren Ländern zu machen.

Aber noch mehr. Neben der Steigerung der Kohlenproduktion in Deutschland, Amerika, Belgien, Polen usw. ist der vermehrte Kohlentransport nach England die schlimmste Gefahr für den englischen Bergarbeiterkampf. Die Bergarbeiter-Internationale, die selbst eine Solidaritätsaktion ablehnt, lehnt es selbstverständlich auch ab, an andere Berufsinternationalen, in diesem Fall an die [469] Transportarbeiter-Föderation, zwecks gemeinsamer Durchführung einer Solidaritätsaktion heranzutreten. Ebenso lehnen es die englischen Transportarbeiterverbände unter Führung des Verräters Thomas ab, einen dementsprechenden Antrag an die Transportarbeiter-Internationale zu stellen. Nach den „Bestimmungen hat die Transportarbeiter-Internationale „kein Recht“, von sich aus internationale Solidaritätsmaßnahmen anzuordnen, und „mit Recht“ hat auch sie sofort nach Abbruch des Generalstreiks an die ihr angeschlossenen Transportarbeiterverbände die Parole ausgegeben: „Alle Sperrmaßnahmen gegen England sind aufzuheben.“ Die Transportarbeiterverbände der einzelnen Länder „müssen“ sich an die Weisungen ihrer Berufsinternationale halten, und sie haben „kein Recht“, von sich aus selbstverständliche internationale proletarische Solidarität zu üben. Sie „müssen“ („So leid es uns tut“, sagen die Heuchler) die Streikbrucharbeit in den deutschen, holländischen und amerikanischen Häfen leisten.

So ist der Ring geschlossen. Die reformistischen Führer handeln vollkommen „ordnungsgemäß“, und nur „die berufsmäßigen Verleumder und Hetzer, die Kommunisten, können ihnen einen Vorwurf machen“.

Soweit die „theoretische“ Seite des Kapitels. Die praktische sieht folgendermaßen aus:

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 23. Juni berichtet aus England:

„In der letzten Woche wurden täglich rund 30.000 Tonnen Kohle eingeführt. Hiervon kamen etwa 14.000 Tonnen aus Deutschland und 16.000 Tonnen aus den Vereinigten Staaten.“

Aus Deutsch-Oberschlesien liegen genaue Ziffern über den Kohlenversand nach dem Ausland (d. h. zum größten Teil nach England) vor. Die Ausfuhr hat sich seit dem 3 Mai bis 4. Juli um über 700 Prozent gesteigert und betrug in der Woche vom

3.	bis	9. Mai	11.000	Tonnen
14.	"	20. Juni	43.000	"
28. Juni	bis	4. Juli	89.000	"

Nach allen vorliegenden Berichten hat seitdem die Steigerung im gleichen Tempo angehalten.

Von dem Versand der Ruhrkohle liegen keine genauen Zahlen vor. Jedoch ist hier, wo es sich um Mengen handelt, die mindestens das Zehnfache der aus Oberschlesien gemeldeten Zahlen betragen, eine Statistik über die Steigerung der Kohlenförderung vorhanden. Sie betrug im Ruhrbergbau arbeitstäglich: in der Woche vom

25. April bis 1. Mai	306.592	Tonnen
6 Juni bis 12. Juni	352.855	"
4. Juli bis 10. Juli	362.345	"

Außerdem haben die Haldenbestände des Ruhrgebiets sich um mehr als zwei Millionen Tonnen in der gleichen Zeit vermindert.

Trotz dieser Tatsachen erklärte das ADGB-Vorstandsmitglied Welker auf der ADGB-Ausschußtagung am 10. Juli in Düsseldorf einer dort vorsprechenden Arbeiter-Delegation folgendes:

„Keine deutsche Kohle geht nach England, sondern nur nach Holland oder Dänemark und Schweden ...“

Der folgende Satz ist eine beispiellos zynische Ausrede:

„Wir unterstützen den englischen Bergarbeiterkampf am besten dadurch, daß wir dem englischen Kapital die Absatzgebiete abjagen. Nur dadurch wird der englische Bergarbeiterstreik gewonnen. Würden wir nämlich dem englischen Kapital die Absatzgebiete nicht abnehmen, dann hätten die Kohlenbarone keine Angst vor dem Streik und würden den Streik bis ins Unendliche laufen lassen.“

Das deutsche Kohlenkapital muß an einer solchen Stellungnahme der ADGB-Führer seine helle Freude haben, denn sie deckt sich vollkommen mit seinen nationalen kapitalistischen Interessen. Freudig schreibt die „Bergwerkszeitung“:

„Es ist dem Ruhrkohlensyndikat gelungen, durchweg langfristige Lieferungen auf den Auslandsmärkten unterzubringen.“

Wie das deutsche Kohlenkapital, so stellt auch das Transport- und Reedereikapital mit Befriedigung eine „erfreuliche Belebung des Transportgeschäfts infolge des englischen Streikes“ fest. Den Hafenarbeitern in den Binnen- und Seeschiffshäfen, die sich schämen, den offensichtlichen Streikbruch durch Verladung der Dutzende von englischen Schiffen, die täglich bei ihnen einlaufen, zu begehen, wird von den Führern des Verkehrsbundes ausdrücklich verboten, durch Verweigerung dieser Arbeit Konflikte hervorzurufen, sie hätten sich um „die Parole der Kommunisten gar nicht zu kümmern“, sondern nur den „Anweisungen der Verbandsinstanzen Folge zu leisten“.

Von der kommunistischen Presse wie von den einzelnen Parteiorganisationen ist an Aufklärung und Organisierung der Verweigerung von Streikarbeit das Möglichste geleistet worden. Wenn trotzdem bis heute weder bei den Bergleuten, noch bei den Transportarbeitern eine ernstliche Aktion zur,. Verweigerung der Streikarbeit zustande gekommen ist, so zeigt sich darin bloß die Schwäche der Partei,

ihr viel zu geringer Einfluß in den in Frage kommenden Arbeiterschichten. Es ist dies eine ernste Mahnung für die gesamte Partei, unter den Arbeiterschichten an den Brennpunkten der Wirtschaft nil aller Energie zu arbeiten, um den Einfluß in den Gewerkschaften und Betrieben zu erhöhen und die Parteiorganisation auszubauen und zu verstärken. 24.VII. A. Enderle.

*

II. Internationale

Die Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeitermassen in Europa, die wir seit einem Jahr verfolgen, nimmt ihren Fortgang und dehnt sich auf verschiedene neue Länder aus. Gleichzeitig damit, als Folge dieser Tatsache, zeigt sich in den führenden Schichten eine schärfere Scheidung in „linke und rechte Gruppierungen, den historischen Nachfolgern der Sozialimperialisten und des [470] „Zentrums“ der alten Zweiten Internationale. In letzter Zeit hat diese Entwicklung in manchen Ländern zu teilweisen Abspaltungen geführt.

Besonders deutlich zeigen sich diese Tendenzen derzeit in der französischen Sozialdemokratie. Die Gruppe Blum-Faure, die dem „Zentrum“ entspricht, ist an der Führung der Partei. Man darf nicht übersehen, daß die Wirkungen der Inflation in Frankreich infolge der Knappheit an menschlicher Arbeitskraft keineswegs so katastrophal für die Arbeiterklasse sind wie seinerzeit in Deutschland. Darum darf man, was in der französischen Arbeiterbewegung vorgeht, durchaus nicht als „Inflationserscheinung“ betrachten. Der Pfingstparteitag von Clermont-Ferrand sah zum erstenmal das Auftreten einer Gruppe unter Führung von Maurin, die sich für die Einheitsfront mit den Kommunisten aussprach und etwa ein Elftel der Stimmen des Parteitags auf sich vereinigte. Diese Gruppe griff die dem Kampf ausweichende Haltung der Parteiführung (Stimmenthaltung im Parlament als Normalzustand) scharf an. Ihre Kritik hatte jedoch austromarxistischen Charakter. Nach ihrer Meinung wird die Kommunistische Partei verschwinden, wenn die Sozialdemokratie eine konsequente Klassenkampfpolitik betreibt, was nach ihrer Meinung durchaus möglich ist. Auch die Annahme der Einheitsfrontangebote der Kommunisten soll dazu dienen, die Mitgliedschaft der KP schrittweise in die SP hineinzuziehen.

Der Konflikt zwischen der Rechten und der Parteimehrheit erreichte auf diesem Kongreß eine bisher nicht gekannte Schärfe, obwohl die Rechte den Hauptpunkt ihres politischen Programms, nämlich die Regierungsbeteiligung, auf dem Kongreß nicht einmal vorzubringen wagte; sehr begreiflich in dem Augenblick, wo das Kabinett Briand-Caillaux in Bildung war. Trotzdem infolgedessen grundlegende politische Differenzen zwischen Zentrum und Rechten nicht in Erscheinung traten, endete der Kongreß mit einem Zusammenstoß: die Rechte unter, Führung von Renaudel weigerte sich, in den Parteivorstand einzutreten, weil sie nicht bereit war, die Rüge der disziplinbrecherischen Zusammenarbeit einiger ihrer Mitglieder mit bürgerlichen Gruppen anzunehmen. Bei der Bildung des Kabinetts Herriot zog diese Gruppe die Konsequenzen ihrer Haltung auf dem Parteitag, indem sie sich gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteiführung mit einem Aufruf zum Regierungseintritt „an das Land wandte . Diese Gruppe will in die Regierung, mit oder ohne Parteiauftrag. Eine Spaltung wird die Parteimehrheit keinesfalls wagen.

Die Rechte verschärft ihren Angriff gegen das Parteizentrum unter dem Druck der Bourgeoisie. Je näher der Sieg des nationalen Blocks herankommt, desto bedrängter fühlen sich die Kommunal-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre, die die Kaders der Rechten bilden, in ihren Positionen. Sie sind bereit, jedes beliebige politische Zugeständnis zu machen, um die Bildung einer „Linksblock-Regierung“ zu ermöglichen, die ihnen ihr Verbleiben im bürgerlichen Machtapparat ermöglicht. Andererseits stößt das drohende Anwachsen der Reaktion die breiten Massen nach links; gegenwärtig jedoch, wo die materiellen Folgen der Inflation noch nicht allzu drückend sind, wirkt sich dies nur in geringem Maße in einer Revolutionierung der sozialdemokratischen Mitglieder aus. Den Hauptgewinn hat vielmehr die Parteimitte mit ihrer Politik der legalen parlamentarischen Opposition. Sie war noch niemals so stark wie auf dem Parteitag von Clermont-Ferrand. Sie ist es, die augenblicklich die paar tausend Arbeiter auffängt, welche die SP im letzten Jahr gewonnen hat.

*

In England ist die Offensive der Bourgeoisie bedeutend weiter vorgeschritten. Hier ist die Zeit der zentristischen Herrlichkeit, die jetzt in der französischen SP blüht, vorüber. Abgesehen von der Stärkung der KP, abgesehen von der äußeren Radikalisierung eines Teiles der Gewerkschaftsbewegung, ist dort auch ein Teil der zentristischen Führer gezwungen, an der zentristischen Praxis der Generalstreiksführung eine äußerst scharfe Kritik zu üben. Die vier prominentesten Männer des englischen Zentrismus, Brailsford, Lansbury, Wheatley und Fenner-Brockway . haben in Artikeln dem Generalrat Feigheit, Unglauben an die Massen, Zurückschrecken vor dem politischen Kampf vorgeworfen. Dies besagt natürlich nicht, daß diese Führer aus ihrer Kritik revolutionäre Konsequenzen ziehen. Vielmehr verharren sie angesichts des überraschend schnell eingetretenen Bankrotts des zentristischen Allheilmittels, des rein wirtschaftlichen Generalstreiks, in hilfloser Negativität. Die wirkliche Radikalisierung der englischen Massen vollzieht sich abseits von diesen Führern innerhalb der Gewerkschaften. Auf der anderen Seite demaskiert sich wie in Frankreich der Flügel, welcher bereit ist, an einer bürgerlichen Regierung unter allen Bedingungen teilzunehmen. Äußerungen von Snowden über die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Minderheits-Labour-Regierung unter weitgehenden Konzessionen an die Liberalen lassen darüber keinen Zweifel, ebenso die Äußerungen einer großen Zahl von Gewerkschaftsführern, mit Thomas und Clynes an der Spitze. Doch hält diese Gruppe angesichts der mächtigen Erregung der englischen Arbeiterschaft den Zeitpunkt zum offenen Auftreten offenbar noch nicht für gekommen.

*

Unter dem Druck des Bankier-Vorstoßes, der zum Sturze des Franken führte, hat die Führung der belgischen Arbeiterpartei die äußersten Konsequenzen aus ihrer reformistischen Theorie gezogen. Unter Führung von Vandervelde beteiligt sich die Partei an dem Bankier-Kabinett, bewilligt ihm diktatorische Vollmachten, stellt jede Opposition bewußt ein und dies alles, ohne auch nur die geringste Gegenkonzession zu erhalten. Hier ist das Prinzip der Teilnahme an der Regierung um jeden Preis bis zu seinen äußersten Konsequenzen getrieben. Die zentristische [471] Gruppe unter Führung von de Brouckére stellt dem nicht einmal die Forderung des Austritts aus der Regierung, sondern bloß die eines energischeren Auftretens in der Regierung entgegen. Sie macht keinerlei Fortschritte innerhalb der Partei. Dagegen zeigte der Pfingstparteitag der belgischen Arbeiterpartei eine andere wichtige Erscheinung: die Vertreter der unteren Massenorganisationen weigerten sich, der Parole der Parteiführung auf Ausschluß der Kommunisten aus den (der Partei kollektiv angeschlossenen) Gewerkschaften zuzustimmen. Der Widerstand war so stark, daß die Parteiführung ihre diesbezüglichen Absichten verschieben mußte. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Delegierten, welche gegen die Linie der Parteiführung auftraten, zum Teil durchaus nicht mit den Kommunisten sympathisieren. Diese Arbeiterelemente weigern sich jedoch, aus Rücksicht auf die ihnen weniger wichtig gewordene politisch-parlamentarische Partei, die Gewerkschaften, die Organe des unmittelbaren Klassenkampfs, zu schädigen. Ein erstes Anzeichen einer Radikalisierung, die sich in ähnlichen Bahnen wie in England bewegen dürfte.

*

Die politische Entwicklung innerhalb der holländischen Sozialdemokratie verläuft auf der gleichen Linie: auf der einen Seite die Wahl einer rechten, borniert parlamentarischen Parteiführung (Henry Polak) auf dem Osterparteitag, auf der anderen Seite nicht bloß die zentristische Opposition von Stenhuis, sondern auch ein immer stärkeres Vordringen der von Fimmen geführten Gruppe „Eenheid“. Die Diskussion über die Anwendung „außerparlamentarischer Kampfmittel“ geht gegenwärtig durch alle Gewerkschaftskonferenzen.

*

Die Lage in Deutschland ist bekannt. Hier ist die Offensive der Bourgeoisie am weitesten fortgeschritten, zugleich aber die Parteiführung fest in der Hand, der rechten sozial-imperialistischen Gruppe. Die Abspaltung der alten Sozialdemokratischen Partei in Sachsen ist nicht gleichzusetzen

mit den Spaltungsbestrebungen in Frankreich, sondern stellt nur eine aus taktischen Gründen vorgenommene Trennung i n n e r h a l b der rechten Führergruppe dar.

*

Ähnlich liegen die Dinge in B u l g a r i e n, wo es nach monatelangem Widerstand der Parteiführung zum Ausschluß der Dschidzow, Tschernockow und Dimitrow aus der Partei kam. Der „Vorwärts berichtet darüber unter dem 24. Juli 1926:

„Scheint es sich bei diesem Konflikt zunächst um rein formale, um Disziplinfragen der Partei zu handejn, so brachen in Wahrheit tiefe innere Gegensätze in dem Streit auf. Die verschiedene politische und historische Haltung der Sozialdemokratie (aber nicht der Führung! D. V.) zum 9. Juni 1923, an dem der Bauerndiktator Stambulijski durch einen Staatsstreich meist reaktionärer Elemente gestürzt wurde, wirkt sich in diesen Zwistigkeiten aus. Denn während die überwiegende Mehrheit der Partei das „Regime des 9. Juni“ auch in seiner neuen Verkleidung Liaptschew als Faschismus heftig bekämpft, betrachtet es, gebannt durch den Haß gegen die Bauernpartei und Kommunisten, die Minderheit mit milderen Augen; der im März ausgeschlossene Kasassow war ja sogar Teilnehmer des Juniputsches und von eigenen (? D. V.) Gnaden Minister im Kabinett Zankow, bis ihn im Februar 1924 ein Entscheid des Parteikongresses zum Rücktritt zwang.“

*

Allen diesen Erscheinungen gemeinsam ist die Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter, die nicht nur praktische Fragen der Gegenwart, sondern auch die verräterische Politik der Sozialdemokratie in den letzten Jahren zur Diskussion stellt, die zentristischen Elemente (Richtung Otto Bauer) zur Verstärkung ihres rhetorischen Kampfes gegen die offenen Sozialimperialisten und Regierungspolitiker nötigt. zugleich aber auch diese im Interesse ihrer Verbindung mit der Bourgeoisie zu offener Vertretung ihres im Grunde faschistischen Standpunkts. Diese Entwicklung bringt Krisen mit sich, zwingt zu mehr oder minder ernsten Spaltungen und s c h w ä c h t – eine richtige Politik der Kommunisten vorausgesetzt – die Sozialdemokratie, auch wenn das unmittelbare Ergebnis eine Stärkung der Zentristen ist. 29.VII. F. W e g n e r.

Wirtschaft
Deutschland

Wir wollen einige Tatsachen ins Auge fassen, die für die Beurteilung der Lage und Perspektive der deutschen Wirtschaft wichtig sind: 1. den deutschen Außenhandel, 2. die deutsche Kapitalbildung, 3. die Transferfrage.

In der ersten Hälfte 1925 bewegte sich der Wert der deutschen Ausfuhr im Monatsdurchschnitt um 700 Millionen Mark herum. Das war die Zeit der hoffnungslosen Passivität der deutschen Handelsbilanz, als in jedem Monat die Einfuhr den Wert der Ausfuhr um mehrere 100 Millionen Mark übertraf. In jener Zeit war man sich durchaus darüber einig, daß die deutsche Ausfuhr ihrer Menge nach völlig unzureichend war. Inzwischen ist die Passivität der deutschen Handelsbilanz verschwunden[*)]. Aber die Wendung ergab sich nicht so sehr durch eine Zunahme des deutschen Exports, als vielmehr durch einen ungeheuren Rückgang der deutschen Einfuhr. Im Januar 1925 führte Deutschland z. B. Waren im Werte von 1276 Millionen Goldmark ein. Im Januar 1926 nur noch im Werte von 707 Millionen. Der Rückgang der deutschen Einfuhr entstand nicht etwa dadurch, daß der wirkliche Bedarf der deutschen [472] Bevölkerung an Waren geringer oder durch eigene Produktion gedeckt wurde. Der Bedarf ist nach wie vor ein außerordentlich großer. Aber er wird nicht mehr in dem Maße befriedigt wie vor einem Jahre.

Die deutsche Ausfuhr hat sich in der zweiten Hälfte 1925 ohne Zweifel gehoben. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, daß Deutschland durch den Abschluß zahlreicher Handelsverträge jetzt wieder mit den meisten Ländern der Welt in einem wirtschaftlichen Vertragsverhältnis steht. Im letzten halben Jahr, für das die amtliche Handelsstatistik zur Verfügung steht, beträgt der Monatsdurchschnitt der deutschen Ausfuhr ungefähr 800 Millionen, Das ist ein Siebentel mehr als in dem ersten Halbjahr

[*)] Sie ist neuerdings, nach Abfassung dieses Berichts, übrigens wieder erschienen. Die Red.

1925, in dem man allgemein über den katastrophalen Zustand des deutschen Außenhandels klagte. Ein entscheidender Erfolg der deutschen Bourgeoisie auf dem Gebiet des Außenhandels ist also nicht festzustellen.

Wie steht es mit der deutschen Kapitalbildung? Nach der amtlichen Statistik betrug die Gesamtmenge der Spareinlagen und Depositen Deutschlands im Jahre 1913 über 28 Milliarden Goldmark und zwar betrugen die Depositen bei den Banken 5 Milliarden, die Spareinlagen der Sparkassen 19,7 Milliarden, die Spareinlagen und Depositen der Genossenschaften 3,6 Milliarden, Nach einer Berechnung des „Berliner Tageblatts“ betrugen im März 1926 die Depositen der deutschen Kreditbanken 3,4 Milliarden, die Spareinlagen der Sparkassen 2 Milliarden und die Einlagen der Genossenschaften 0,6 Milliarden. Das sind zusammen 6 Milliarden, Das gesamte deutsche Sparkapital ist also von 28 auf 6 Milliarden gefallen. Es gibt kaum eine zweite Statistik, die so anschaulich die Kapitalvernichtung darlegt, wie sie in Deutschland durch den Weltkrieg, das Versailler System und durch die Inflation erfolgt ist.

Im Widerspruch zu diesen Feststellungen scheint die Tatsache zu stehen, daß seit langen Monaten der deutsche Geldmarkt für kurzfristige Darlehen ein günstiges Bild aufweist, und daß sich sogar im letzten halben Jahre in Deutschland wiederum ein Markt für langfristige Kapitalanlagen herausbildete. Man hat berechnet, daß in der ersten Hälfte des laufenden Jahres aus deutschem Kapital Anleihen im Werte von über einer Milliarde Goldmark aufgebracht worden sind. Es waren dies teils staatliche und städtische Anleihen, teils Industrieobligationen, teils Pfandbriefe. Wo sind diese Geldmengen hergekommen? Zum großen Teil zweifellos aus den Auslandsanleihen, zum Teil aber ist dies die Kehrseite der großen Erwerbslosenkrise. Durch die massenhaften Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen wurden Betriebskapitalien freigesetzt. Dieses Geld suchte und fand zum Teil Anlagemöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt. Auch die Gelder, die auf dem Markt für kurzfristiges Geld zu haben sind, stammen zum Teil aus freigesetzten Betriebskapitalien, zu einem anderen Teil waren es Kassenbestände des Reichs und der Länder, die vorübergehende Anlage suchten. Es befanden sich hier auch Gelder, die aus Auslandsanleihen stammen, falls die deutschen Geldnehmer die Beträge nicht sofort verwenden konnten und sie deshalb eine Zeitlang auf den Geldmarkt schickten.

Es ist damit zu rechnen, daß im nächsten halben Jahre die Ansprüche an den deutschen Kapitalmarkt sehr steigen werden. Verschiedene Geldsucher, die bisher den einheimischen Kapitalmarkt meiden mußten werden ihn wieder in Anspruch nehmen. Dazu gehört vor allem das Deutsche Reich selbst, Es gehörte zu den Grundgedanken des Dawes-Plans, daß das Reich seinen Bedarf nur aus Steuern und anderen Einnahmen zu bestreiten hat, daß aber die Reichsbank nicht dazu da sei, ein Defizit für das Reich zu decken. Die Zeiten, in denen Herr v. Schlieben riesenhafte Überschüsse in der Reichskasse sammelte, sind aber vorüber. Die Wirksamkeit des Reichsfinanzministers Reinhold zeigt sich vor allem in dem Steuerabbau, den er der „Wirtschaft“ bewilligen mußte. Unter Aufrechterhaltung des deutschen kapitalistischen Staatsapparats ist aber die Möglichkeit zu weiteren Steuernachlässen nicht gegeben, Eine weitere Verbilligung des deutschen Staatsapparats ist nur möglich, wenn man die Machtgrundlagen der Bourgeoisie selbst antastet. So sind die Überschüsse aus der Reichskasse verschwunden. Es zeigen sich sogar Fehlbeträge, die durch Reichsschatzwechsel gedeckt werden sollen. Die Reparationskommission hat erst kürzlich eine Abänderung der Dawes-Gesetze in dem Sinne gestattet, daß die Reichsbank wieder solche Reichsschatzwechsel diskontieren darf. Auf jeden Fall wird die Ausgabe deutscher Reichsschatzwechsel die Möglichkeiten des deutschen Geldmarkts weiter beschränken. Dasselbe Resultat werden die Versuche der Reichsbahn haben, sich an den innerdeutschen Kapitalmarkt zu wenden, Von der Wiederherstellung eines deutschen Kapitalmarkts im Stile der Vorkriegszeit kann also keine Rede sein. Auch auf diesem Gebiet ist ein ernsthafter Schritt zur Sanierung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft nicht erfolgt.

Man muß feststellen, daß die finanziellen Auswirkungen des Dawes-Plans sich nur allmählich bemerkbar machen. Wir befinden uns augenblicklich im zweiten Jahr des Dawes-Plans, das vom 1. September 1925 bis zum 31. August 1926 läuft. In diesem Jahre hat Deutschland eine Gesamtzahlung von 1200 Millionen Goldmark aufzubringen. Im dritten Dawes-Jahr ist derselbe Betrag zu zahlen. Nach der Bilanz des Generalagenten über die erste Hälfte des zweiten Dawes-Jahrs verteilen sich die Leistungen Deutschlands folgendermaßen:

Besatzungskosten	rund 47	Millionen	Mk.
Sachlieferungen	316	"	"
Reparationsabgaben vom deutschen Außenhandel	117	"	"
	480	Millionen	Mk.

Alle diese Zahlungen schließen keinen Zwang in sich, deutsches Bargeld ins Ausland zu [473] schicken. Denn die Besatzungskosten werden in Deutschland in Reichsmark bezahlt, und die Bezahlung der Sachlieferungen erfolgt von der Reichsregierung an die deutschen Firmen selbstverständlich auch in deutschem Geld. Die Reparationsabgabe endlich wird aus den Devisen getragen, die der deutsche Außenhandel von den ausländischen Käufern zu fordern hat. Man darf annehmen, daß diese Zahlungsposten auch im kommenden halben Jahr und überhaupt auf absehbare Zeit ziemlich gleichmäßig sein werden. Also bleibt von der gesamten deutschen Dawes-Verpflichtung jährlich nur ein Betrag von etwa 200 Millionen Goldmark, der für Barzahlung an das Ausland in Frage kommt. Die Übertragung einer derartigen Summe, also der Kauf fremder Devisen in diesem Werte durch Deutschland, bringt aber keinerlei Gefährdung der deutschen Währung. Erst vom fünften Dawes-Jahr ab, mit einer Gesamtrate von 2,5 Milliarden jährlich, wird das Transferproblem in seinem ganzen Ernst auftauchen. Vorläufig ist eine Erschütterung der deutschen Wirtschaft durch den Transfer nicht anzunehmen. Für die gesamte deutsche Wirtschaftsbilanz aber ist es von ernster Bedeutung, daß Deutschland genötigt ist, eine Produktion und Arbeit im Werte von 1200 Millionen Goldmark umsonst hinzugeben. Die Schwierigkeiten der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz sind von der Dawes-Verpflichtung nicht zu trennen. Die Dawes Belastung ist eine der wichtigsten Tatsachen, die eine Verbilligung der deutschen Produktion verhindern. Im gleichen Sinne wirkt die Vertrustung und Kartellierung der heutigen deutschen Wirtschaft. Der Preisabbau ist bisher eine reine Illusion geblieben und wird es bleiben, auch wenn es gelänge, die Produktionskosten erfolgreicher als bisher zu drücken. Das System der Kartelle und Syndikate bedeutet Produktionseinschränkung und Hochhaltung der Preise, auch dann, wenn durch die „Rationalisierung“, d. h. verstärkte Ausbeutung, die Kosten der Produktion sinken. Der deutsche „Preisabbau“ im Laufe des letzten halben Jahres beweist dies. Der Großhandelsindex war im September 1925 gleich 125,9, und im April 1926 gleich 122,7. In derselben Periode ist der Preis für eine Tonne Förderkohle von 15 Mark auf 14,87 gesunken, sind der Preis für eine Tonne Gießerei-Roheisen fiel von 88 auf 86 Mark.

Die Manöver des deutschen Kapitalismus haben zwar in der letzten Zeit dank der passiven und aktiven Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie einzelnen Kapitalgruppen eine Erleichterung gebracht. Aber dies nur um den Preis einer gewaltigen Steigerung der Erwerbslosigkeit, des Lohndrucks, des Elends. Die Grundlagen der schweren Wirtschaftsdepression sind im wesentlichen unverändert. R.

LITERATUR

Rationalisierungsliteratur

Mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals und der Produktion, mit der Aufteilung der wirtschaftlichen Welt unter riesige Trusts und Kapitalistengruppen mußten auch im kapitalistischen Produktionsprozeß Veränderungen vorgehen, die den veränderten Bedingungen und Voraussetzungen der Produktion entsprachen und die vom Stande des Konkurrenzkampfes gefordert wurden.

Die technische Grundlage dieser Veränderungen bildete der immer stärker anschwellende Umfang der Produktion gleichartiger Gegenstände in einem Betriebe oder einer Betriebsgruppe – die ausgedehnte Massenfabrikation, die immer mehr Terrain gegenüber der Einzelherstellung und der schon weitergehenden Serienfertigung gewann.

Diese veränderte technische Grundlage – in der kapitalistischen Gesellschaft abhängig von der Entwicklung der Konkurrenz – bedeutete eine Gesamtheit von Veränderungsmöglichkeiten im Produktions-, speziell im Arbeitsprozeß, die natürlich von den Kapitalisten in der ihnen entsprechenden Form propagiert wurden. Für diese Bestrebungen sind die verschiedensten Bezeichnungen im Gebrauch gewesen. So Taylorismus, wissenschaftliche Betriebsorganisationen, Normalisierung, Spezialisierung, Typisierung, Psychotechnik und schließlich der heute am meisten verbreitete, weil auch umfassendste Ausdruck: Rationalisierung.

Wenn trotzdem auch heute noch die Bezeichnung Taylorismus große Verbreitung besitzt und fast jede größere Arbeit über das Thema Rationalisierung auf den Taylorismus ausführlich eingeht, so hat dies folgende Gründe. Die Merkmale der Rationalisierung entwickelten sich naturgemäß erst langsam und allmählich und waren, ganz abgesehen von ihrer Verbindung mit der Vergangenheit, zum Teile schon in praktischer Anwendung, ehe sich das theoretische Bewußtsein der im Gange befindlichen Veränderung herausbildete. Taylor war nun der erste oder jedenfalls einer der ersten, der das Grundlegende der sich vollziehenden Veränderungen erkannte, Nutzanwendungen für den Kapitalismus zu ziehen bemüht war und das Gemeinsame vieler Erscheinungen in einem Begriff: [474] wissenschaftliche Betriebsorganisation, zusammenzufassen suchte. In seinen Schriften ist zum erstenmal der Versuch der Bildung eines Systems oder genauer einer systematischen Darstellung gemacht, und so kommt es, daß die Bezeichnung Taylorismus sich in breitem Umfange einwurzelte, obwohl Taylor selbst an viele heute bestehende Erscheinungen noch gar nicht dachte und obwohl die direkten praktischen Vorschläge Taylors – sein System – nur eine relativ ganz geringe Verbreitung gefunden haben. Daraus ergibt sich auch, daß die – bereits sehr umfangreiche – Rationalisierungsliteratur sich fast durchweg auch mit dem Taylorismus befaßt und ihn bald von dieser, bald von jener Seite beleuchtet.

Was die kapitalistisch eingestellte Literatur betrifft, so ist es klar, daß sie mit den Zielen und Grundsätzen im allgemeinen einverstanden ist, die grundsätzlichen Fehler Taylors wiederholt und nur diese oder jene Schönheitsfehler bemängelt.

Ein nicht so einheitliches, im Gegenteil sehr buntscheckiges Bild bietet Sie in der Arbeiterbewegung entstandene, kommunistische, sozialistische, gewerkschaftliche Literatur über den Taylorismus, wobei auch sie bereits einen nennenswerten Umfang erreicht hat. Es ist selbstverständlich, daß unsere Beurteilung des Taylorismus und der Rationalisierung ihre Grundlage im Marxismus, der uns alles notwendige Werkzeug in die Hand gibt, besitzen muß und daß die theoretischen und praktischen Abirrungen vom Marxismus gerade bei diesem Thema zu vollem, anschaulichem Ausdruck gelangen müssen.

Wenn man deshalb daran geht, die auf dem Boden der Arbeiterbewegung entstandene Literatur zum Rationalisierungsthema einer Kritik zu unterziehen, so ist es zweckmäßig, schon vorher in großen Zügen die Grundtypen dieser literarischen Erscheinungen und die hauptsächlichsten Fehlerquellen gegenüber einer wirklich marxistischen Betrachtung festzustellen. Andernfalls wäre es nötig, bei jeder solchen Schrift vor der ins einzelne gehenden Kritik eine grundsätzliche Untersuchung zu geben, die das Wesen der ganzen Einstellung des betreffenden Buches kennzeichnet.

Auszuscheiden ist zunächst solche Literatur, die sich in das Gewand des Sozialismus kleidet, um im Auftrage kapitalistischer Gruppen für die Rationalisierung Stimmung zu machen. Derartige Schriften, bei denen Verlag und Verfasser alles andere als Sozialismus oder auch nur Arbeiterwohl im Auge haben, gibt es zahlreiche. Hierher gehören vor allem einige vom Verein Deutscher Ingenieure herausgegebene Schriften, die sich mit Sozialisierung und Taylorsystem befassen, Taylor selbst hat ja in seinen Schriften stets versucht, sich als „Arbeiterfreund“ zu geben, obwohl seine kapitalistischen Tendenzen und Schranken nur allzu deutlich und allzu grob in die Erscheinung treten.

Soweit vor dem Kriege in der Gewerkschaftspresse Artikel usw. zu dieser Frage Stellung nehmen, so bekunden sie im allgemeinen gegenüber dem Taylorsystem (oder dem, was so genannt wurde) Ablehnung. So richtig dies an und für sich war, so fehlte doch meist die richtige Auffassung des Phänomens und eine marxistisch richtige Begründung der Ablehnung, eine Tatsache, die den Keim eines späteren Umfallens in dieser Frage in sich bergen mußte. Es ergibt sich dies aus folgendem:

Die Rationalisierung im eigentlichen, auch im Sozialismus möglichen, also nicht kapitalistischen Sinne ist zunächst ein t e c h n i s c h e s Problem, ein technischer Prozeß, der grundsätzlich ähnlich zu bewerten ist, wie der Übergang vom Handwerk zur Manufaktur oder wie die Einführung der Maschinen. Hier lautet die Frage: Wird die Produktivität der Arbeit, die gesellschaftliche Produktivkraft gesteigert? Die Bejahung dieser Frage entscheidet über den technischen Wert positiv, die Verneinung negativ.

Von dieser technischen Beurteilung ist die ö k o n o m i s c h e Beurteilung zu trennen. Während die Tendenz der Kapitalisten und Vulgärökonomen darauf hinausläuft, Technik und Ökonomik immer

zu vermengen und so die Vorstellungen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu trüben, haben wir von Marx gerade auf diesem Gebiete die allerschärfsten und dabei einfachsten Unterscheidungen gelernt.

Wir wissen daher, daß verbesserte Technik der menschlichen Gesellschaft oder der Arbeiterklasse nur unter bestimmten Voraussetzungen zu nützen vermag, daß man unterscheiden muß: Maschine und (volkswirtschaftliche) Anwendung der Maschine und also auch Rationalisierung und Anwendung der Rationalisierung.

Soweit nun die Gewerkschaften usw. die eigentlich technische Seite in den Rationalisierungsfragen zunächst nicht erkannten, richtete sich ihr Kampf gegen bloße Lohnformen usw., also gegen ökonomische Seiten und Auswirkungen des Taylorsystems, und man kam gar nicht auf den Gedanken oder zu dem Bewußtsein, daß auch eine technische Frage zu prüfen sei.

So konnte es kommen, daß die reformistischen, sozialpatriotischen Kreise eine andere Stellung gegenüber dem ganzen Taylorsystem einnahmen, sobald die technische Frage gestellt und in dieser Hinsicht eine positive Antwort gegeben wurde, d. h. gewisse technische, die Produktivkraft steigernde Eigenschaften der Rationalisierung festgestellt wurden. Es kam dann plötzlich die Auffassung zum Ausdruck, als ob der Taylorismus – wohlgemerkt schon innerhalb des Kapitalismus – auch gute Seiten habe und daß also Taylor nur richtig angewandt zu werden brauche, um als „Freund der Arbeiter“ usw. erkannt zu werden. Das heißt, man ist hier auf den Boden der einfachen kapitalistischen Auffassung gelangt, die vorgibt, daß technische Fortschritte auch heute schon der „Allgemeinheit“, dem „Vater-[475]lande“ dienten. Man übersah also oder gab vor, zu übersehen, daß man wohl eine technische Errungenschaft anerkennen kann, daß aber trotzdem eine solche sich in der kapitalistischen Gesellschaft gemeinhin gegen die Arbeiterklasse auswirkt. Die ursprünglich unmarxistische Form der Ablehnung des Taylorsystems schlug also um in eine unmarxistische Anerkennung des Taylorsystems. In verschiedenen Schattierungen finden sich auf dieser falschen Linie zahlreiche Gewerkschafter oder der Sozialdemokratie angehörige Politiker und Schriftsteller, wie Striemer, ehemals Chefredakteur der Zeitschrift des ADGB, der Ingenieur Woldt, Wissell, v. Moellendorf, die früheren Referenten der gewerkschaftlichen Betriebsräteschule zu Berlin Kraus und Witte usw. usw.

Haben wir eben die reformistisch-kapitalistische Abirrung in der Beurteilung des Problems gezeigt, so ist noch auf die kleinbürgerliche Seite zu verweisen. Ebenso wie die Maschinenstürmer mit rückständiger Ideologie gegen die Maschine kämpften, so richten sich viele direkt gegen die in der Rationalisierung liegende technische Entwicklung zugunsten von Arbeits- und Handwerksformen, die in der Vergangenheit, aber nicht mehr in der Zukunft Platz haben. Auch hier gibt es eine zahlreiche Artikel- und Broschürenliteratur, wobei von einzelnen Titelnennungen abgesehen sein soll.

Allen diesen Abirrungen gegenüber steht die Literatur, die sich auf der marxistischen Linie bewegt und die von folgenden Grunderkenntnissen ausgeht: man muß die technische und die ökonomische Beurteilung einer Produktionsfrage unterscheiden. Die Anerkennung einer technischen Errungenschaft (Maschinen, bestimmte Seiten der Rationalisierung usw.) ist zu unterscheiden von der ökonomischen Bewertung, d. h. der technische Fortschritt dient der Arbeiterklasse erst in der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft, bzw. in der Übergangsperiode.

Für diese Übergangsperiode aber sind wir heute nicht mehr auf bloße Theorien angewiesen, sondern in einem großen Lande bereits in den ersten Stadien der Praxis, in Rußland. Und da zeigt sich, daß die genannte theoretische Linie dort sowohl in Literatur wie Betrieb ihre praktische Bedeutung erlangt hat (vergl. darüber Ermansky und Baumgarten). In Rußland ist man sich bewußt, daß die Rationalisierung in anderen Formen, in einem anderen Sinne eingeführt werden muß zu den Zwecken des proletarischen Aufbaues. Wer hieraus irgendeine Unterstützung für die Rationalisierung innerhalb des Kapitalismus nimmt, der zeigt nur seine völlige Verständnislosigkeit für die ganze Frage und die Grundanschauungen des Marxismus. R. Oehring.

Friedrich Engels: „Briefe an Bernstein“

Mit Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben. Herausgegeben von Eduard Bernstein. J. H. W. Dietz Nachf. Berlin 1925, 217 Seiten Preis gebunden 6 Mk.

(Fortsetzung)

Bezeichnend ist, was Bernstein mit diesem ihm begreiflicherweise unangenehmen Dokument heute macht. Aus dem Brief geht ja nicht nur die Albernheit seiner Fälschung der Rolle von Marx und Engels in der internationalen Arbeiterbewegung hervor[*)], sondern auch die Tatsache, daß Bernstein selbst damals diese Fraktionsarbeit mitgemacht und sogar unklug übertrieben hat, so daß Engels ihn vor „Dummheiten“ warnen mußte. Ganz unterschlagen kann Bernstein den Brief nicht mehr. Er nimmt ihn daher bloß aus der Reihenfolge heraus, steckt ihn unter der Versicherung, daß er „keine Frage von nennenswerter politischer oder wissenschaftlicher Bedeutung“ behandle, in den Anhang und schreibt einen heuchlerischen Kommentar dazu, in dem er erklärt, daß der Brief auch nach seiner damaligen Auffassung dem Stand der Dinge in der Partei nicht entsprach. Schließlich stellt er Bebel als den hin, der diesen Brief veranlaßt habe. Das ist sehr bequem, weil Bebel heute nicht mehr reden kann, aber eine ganz unwahrscheinliche Sache, weil ja Engels im Schlußsatz bei Bernstein anfragt, „inwieweit“ er auf diese Dinge in seiner Korrespondenz mit Bebel eingehen solle. Die Aufforderung, den „Sozialdemokrat“ festzuhalten „bis auf die letzte Kartousche“ läßt vielmehr vermuten (was ja eigentlich selbstverständlich), daß ein Brief von Bernstein mit einer Andeutung seiner Absicht zu demissionieren, den Anlaß zu dem Engelsschen Brief gegeben. Ein dreiviertel Jahr später hat ja Bernstein tatsächlich bei der Parteileitung (Reichstagsfraktion) gegen den Willen von Engels seine Demission angeboten. Wie dem auch sei, diese Kohle Bernsteins als Herausgeber beweisen nur noch mehr die Wichtigkeit dieses Dokuments für die Beurteilung der Wirksamkeit von Marx und Engels in der damaligen Arbeiterbewegung.

[476] Die Briefe des folgenden Jahres bestätigen die oben gezogenen Schlußfolgerungen, geben weitere wertvolle Aufschlüsse. Sie erhalten freilich durch die Herausnahme des Briefes vom 5. Juni 1884 für den ahnungslosen Leser einen anderen Sinn, weil er nicht weiß, daß Engels den „Bruch“, d. h. die Spaltung der Partei als „notwendig“ ins Auge gefaßt und vorbereitet wissen will.

Marx hat schon in seinen „Klassenkämpfen in Frankreich“ die „Sozialdemokratie als die Vereinigung von zwei „Parteien“ der proletarisch-kommunistischen und der kleinbürgerlich-demokratischen analysiert. An der englischen Arbeiterbewegung wurde von ihm und Engels der Begriff der „bürgerlichen Arbeiterpartei“ entwickelt. Wir sahen aus den folgenden Briefen, daß Engels die Keime der zwei Parteien auch in der deutschen Arbeiterbewegung scharf trennt und darauf konsequent seine fraktionelle Politik aufbaut. Schon im oben zitierten Brief vom 5. Juni 1884 konstatiert er, daß die bürgerlichen Elemente „sich förmlich zu einer Partei zusammengetan“. Am 11. November desselben Jahres schreibt er weiter:

„Wie es auch mit dem Sozialistengesetz gehen mag, das Blatt und die Druckerei in Zürich werden meiner Ansicht nach fortbestehen müssen. Die Freiheit, selbst wie sie vor 1878 war, gibt man uns nicht wieder. Den Geisern und Vierecken (Führer der opportunistischen Reichstagsfraktion K. S.) wird man volle Freiheit lassen und dabei den schönsten Entschuldigungsgrund, sie gingen soweit, wie sie könnten. Für uns aber wird die nötige Preßfreiheit nur im Ausland zu haben sein.“

Man überblicke hier kurz die Ergebnisse der Engelsschen Analyse der bürgerlichen „Partei“ in der deutschen Arbeiterpartei: 1881 schreibt er, daß die Führer durch das Sozialistengesetz eingeschüchtert wurden, er verfolgt in den Jahren 1882/1883 die Wurzel dieser Tatsache in den deutschen Verhältnissen und der kleinbürgerlichen Herkunft und Lage dieser Elemente; er muß schließlich 1884 konstatieren, daß nun umgekehrt das Sozialistengesetz die Stütze ihres Einflusses ist und gelangt bis zur Feststellung ihrer indirekten Zusammenarbeit mit der Regierung. Daß dieses Urteil nicht auf Vermutungen oder wie Bernstein glauben machen möchte, auf tendenziöse Berichte Dritter, sondern

[*)] Der „bescheidene“, bloß „ratende Engels schreibt z. B.: „Vergiß auch nicht, daß, wenns zum Klappen kommt ... ich nicht die Zeit haben werde, so mit draufzuschlagen, wie ich wohl möchte.“

auf konkreten Tatsachen der politischen Haltung jener Leute beruhte, ist selbstverständlich. Schon am 22. Februar 1882 meint Engels, daß sie im Falle eines Krieges mit Rußland wohl „in das patriotische Geheul mit einstimmen“ würden, um nicht einen Sturm gegen sich hervorzurufen. Am 15. Mai 1885 stellt er fest, daß „sie fast alle geheime Schutzzöllner“.

Man sieht, Engels spürt mit sicherem Instinkt, über ein Jahrzehnt vor der Entwicklung des deutschen Imperialismus, die Keime des Sozialimperialismus in der deutschen Arbeiterbewegung auf. Der nächste große Konflikt zwischen der Reichstagsfraktion und der Redaktion des „Sozialdemokrat“, des Vorpostens der marxistischen Fraktion, hatte denn auch eine Frage der beginnenden imperialistischen Politik zum Gegenstand. Dir Mehrheit der Reichstagsfraktion trat (gegen Bebel, Liebknecht und zwei andere) für die Bewilligung öffentlicher Mittel zur Unterstützung von Dampferlinien nach Australien und Ostasien ein.

Engels hat die Durchkämpfung dieses Konflikts in der Hauptsache Bernstein und Kautsky überlassen müssen[*)], weil er mit der Herausgabe des II. Bandes des „Kapital“ beschäftigt war. Er übermittelte durch Kautsky seine Anweisungen an die Redaktion des „Sozialdemokrat“. Bernstein hat einige dieser Briefe abgedruckt. Sie zeigen im wesentlichen die Taktik des Briefes vom 5. Juni 1884, freilich nur praktische Winke, nicht die konsequente Aufrollung der weiteren Perspektive. Dies dürfte auf Rechnung des übermittelnden Kautsky zu setzen sein, unter dessen Hand die Warnung vor einer ungeschickten Spaltung als Warnung vor einer Spaltung überhaupt erscheint. Immerhin tritt auch aus diesen Briefen die scharfe Abgrenzung der beiden Parteien in der Arbeiterbewegung hervor:

„Der ‚Sozialdemokrat‘ ist die einzige günstige Position der proletarischen Richtung in Deutschland.“ (5. April 1885.)

Aber nicht nur in der Analyse der bürgerlichen Partei der Führer ist Engels in den wenigen Jahren von dem „deutschen Erblaster, der Philisterei“, bis an die Keime des Sozialimperialismus herangekommen. Auch in bezug der Taktik im Kampfe gegen diese Richtung finden wir eine bemerkenswerte Wendung angedeutet. Noch in einem undatierten Schreiben, das Bernstein in den September 1884 setzt, meint Engels über die „Herren Opportunisten“:

„Was wollen sie machen gegen nie Massen? Die drängen sie selbst doch immer weiter, sie mögen wollen oder nicht.“ (S. 156.)

Zwei Monate darauf, nach den Wahlen, schreibt er:

„Die kleinbürgerlichen Elemente unter den Führern werden momentan in den Massen hier und da den Hintergrund finden, der ihnen bisher fehlte. Was bisher reaktionäre Strömung bei einzelnen, kann sich jetzt als notwendiges Entwicklungsmoment – lokal – bei den Massen reproduzieren. Das würde eine veränderte Taktik nötig machen, um die Massen weiterzuführen, ohne deshalb die schlechten Führer obenauf zu lassen. Auch das bleibt abzuwarten.“ (S. 160.)

Engels meint hier die Notwendigkeit, die Tagesfragen des Proletariats, Normalarbeitstag, Fabrikgesetzgebung, Krankengesetzgebung usw. im revolutionären Sinne aufzurollen, um auch auf diesem Boden den bürgerlichen Führern das Wasser abzugraben. Daß er [477] nicht der Meinung war, der prinzipielle Kampf zwischen der proletarisch-marxistischen und der bürgerlich-opportunistischen Richtung werde in dieser neuen Etappe des Klassenkampfes an Bedeutung verlieren oder gar eingestellt werden müssen, sondern gerade im Gegenteil seine Verschärfung voraussah, zeigt der Satz, mit dem er die „Beilegung“ des oben erwähnten Konflikts quittiert:

„Alles das ist zunächst nur Wetterleuchten, doch auch das ist ein Symptom.“ (16. Juni 1885.)

Dies ist die letzte der Äußerungen zur deutschen Frage in der vorliegenden Briefsammlung. In ihrer Gesamtheit zeigen sie, daß Marx und Engels damals konsequent auf die Schaffung einer kommunistischen Partei in Deutschland hinarbeiteten mit der Taktik der fraktionellen Arbeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei und dem Ziel der Abspaltung von den Reformisten. Wir haben niese große Linie ihrer Politik in der Arbeiterbewegung bisher bloß aus den auf Deutschland bezüglichen Briefstellen

[*)] Auch Bebel ist damals scharf und entschieden auf der Engelsschen Linie gegen die Opportunisten vorgegangen. Siehe z. B. seinen Artikel gegen Frohme in Nr. 21 des „Sozialdemokrat“ v. 14. Mai 1885.

rekonstruiert. Den schlagenden Beweis für die R i c h t i g k e i t dieser Rekonstruktion gibt die gleichzeitige politische Arbeiterbewegung in Frankreich, wo aus verschiedenen Gründen entscheidende Teile dieser politischen Linie bereits zu T a t s a c h e n geworden waren. Wir verlassen daher jetzt die deutsche Bewegung und wenden uns der französischen zu, bzw. der Stellungnahme von Marx und Engels, wie sie aus der vorliegenden Briefsammlung hervorgeht.

*

Bei Beginn der Briefe waren zehn Jahre seit der Kommune verflossen, die französische Arbeiterbewegung hatte in den letzten Jahren begonnen, sich wieder zu organisieren. Aber sie stand zum großen Teil unter dem Einfluß kleinbürgerlich-patriotischer und utopistischer Sozialisten, z. T. amnestierter Kommunekämpfer, denen unter dem Eindruck der Niederlage der Rest revolutionärer Gesinnung und früheren Elans flöten gegangen war. Gegen diese Vertreter des genossenschaftlichen, kommunalen usw. „Sozialismus“ hatten die Marxisten Guesde und Lafargue den Kampf im Namen des Kommunismus (Kollektivismus, wie sie ihn öffentlich nannten) aufgenommen und bedeutende Erfolge errungen. Auf dem Kongreß von Marseille 1879 hatte das „kollektivistische Programm über die Anhänger Louis Blattes gesiegt, 1880 gründeten sie die „partei ouvrier“, deren Programm z. T. Marx selber verfaßte (Programm von Le Havre). Das entscheidende Merkmal der damaligen französischen Arbeiterbewegung war, neben dem Vormarsch des Marxismus, die Besiegung des kleinbürgerlich-anarchistischen Proudhonismus der zur Zeit des zweiten Kaiserreichs in Frankreich dominiert hatte. Ein Teil der Anarchisten, die in Marseille mit Guesde gegen Louis Blanc gegangen waren, fiel bei Gründung der Arbeiterpartei wieder ab, blieb

beim Anarchismus und entwickelte sich bis zur Verneinung jeder Politik. Ein anderer Teil mit Paul Brousse, dem sich auch der einstige Blanquist Malon anschloß (beide seinerzeit Mitarbeiter Bakunins), ging mit Guesde in die neue Partei. Um die Abspaltung von dieser Gruppe handelt es sich in den vorliegenden Briefen.

Wir haben verschiedentlich bei den aktuellen Diskussionen in der KPD die g e m e i n s a m e Wurzel der reformistischen wie der ultralinken (anarchistischen) Abweichungen vom Marxismus betont. Die französische Arbeiterbewegung nach der Kommune ist wie keine andere ein Beweis und ein Schulbeispiel für diese Tatsache. Wenn man sich etwas Mühe nimmt, wird man finden, daß der größte Teil der „großen“ französischen Reformisten sich aus ehemaligen Ultras zusammensetzt. Der französische Anarchismus w i e der Reformismus stammen von Proudhon, d. h. sie wurzelten im französischen Kleinbürgertum und seinem Einfluß auf die Arbeiterschaft. Beiden gemeinsam war die Gegnerschaft gegen den Marxismus (Kommunismus), die Scheu vor einer straff disziplinierten Partei, der Föderalismus. So wurden auch die ehemaligen Bakunisten Brousse und Malon, die Väter des „Possibilismus“[*)], d. h. des reformistischen Opportunismus in Frankreich.

In diese interessante Übergangsetappe des Anarchismus in Reformismus führen uns die vorliegenden Briefe.

Engels berichtet von den ersten Briefen an laufend an Bernstein über die Lage in der französischen Partei. Schon in den ersten Briefen urteilt er in schärfster Form über Malon und Brousse und gibt Anweisungen über die Unterstützung des Kampfes der Fraktion Guesde-Lafargue. Er hält es für einen Fehler Guesdes, Malon an sich herangezogen zu haben (25. Oktober 1881). Er weist darauf hin, daß beide – wie die Anarchisten – ihre kleinbürgerliche Gegnerschaft gegen den Kommunismus an den Mann zu bringen versuchen, indem sie an nationalistische Vorurteile der Pariser Arbeiter appellieren gegen den „Deutschen“ Marx[**)].

Ein Monat später erwähnt er die Organisationsfrage: Auf dem Kongreß von Reims hatte Malon alle möglichen Delegierten, auch von nicht wirklich organisierten Föderationen (Parteibezirken),

[*)] Sie nannten sich so, weil sie immer bloß das „Mögliche“ (possible) erreichen wollten, d. h. das, was die Bourgeoisie ohne Kampf bewilligte.

[**)] Übrigens eine Sache, die vollkommen übereinstimmt mit der Haltung sowohl der SPD. wie der KAPD (und ihrer Ableger in der KPD (in Deutschland nach 1918 d e m L e n i n i s m u s g e g e n ü b e r!

zugelassen, darunter zweifelhafte und bürgerliche Intellektuelle: Guesde war mit seinem Gegenantrag unterlegen. Es ist interessant, daß hier am Beginn der Spaltung eine ganz ähnliche Organisationsfrage steht wie bei der Spaltung der russischen Sozialdemokratie im Jahre 1903. Gerade diese Frage (Anerkennung von Mandaten) [478] war es übrigens, die Lafargue zum Anlaß nahm, um im Herbst 1882 den Kongreß zu St. Etienne zu verlassen und damit die Spaltung zu vollziehen. Über diesen Kongreß, der zur Aussöhnung der beiden Richtungen organisiert war, aber ihre Spaltung brachte, schreibt Engels am 20. Oktober 1882:

„Trotz der wohlmeinenden Ratschläge der Delegierten ist das Unvermeidliche geschehen, die unverträglichen Elemente haben sich getrennt Und das ist gut.

Im Anfang bei der Stiftung der parti ouvrier mußten alle Elemente zugelassen werden, die das Programm annahmen: taten sie das mit geheimen Vorbehalten, so mußte sich das später zeigen. Wir haben uns über Malon und Brousse nie getäuscht. Beide in der bakunistischen Intrigenschule großgezogen; Malon sogar Mitschuldiger bei der Stiftung von Bakunins geheimer ‚Alliance' (einer der siebzehn Gründer). Aber immerhin, man mußte ihnen die Chance geben, zu zeigen, ob sie mit der bakunistischen Theorie auch die Praxis abgestreift. Der Verlauf hat gezeigt, daß sie das Programm nur annahmen (und fälschten, Malon hat verschiedene Verschlechterungen hineingebracht) unter dem geheimen Vorbehalt, es umzuwerfen.*) Was in Reims und Paris begonnen, ist in St Etienne vollendet. Der proletarische Klassencharakter des Programms ist beseitigt. Die kommunistischen Considérants von 1880 sind ersetzt durch die Statuten der Internationale von 1866, die so weit gefaßt werden mußten, gerade weil die französischen Proudhonisten so weit zurück waren und doch, nicht ausgeschlossen werden durften. Die positiven Programmforderungen sind annulliert, da jeder Lokalität freisteht, sich zu jedem Spezialzweck, so oft sie will, ein besonderes Programm zu machen. Die angebliche Partei von St. Etienne ist nicht nur keine Arbeiterpartei, sie ist überhaupt keine Partei, weil sie in der Tat kein Programm hat ..."

Der Programmstreit, den Engels hier erwähnt, ist der eigentliche Anlaß der Spaltung gewesen: der Fraktionsgenosse der Malon-Brousse, Joffrin, hatte bei der Nachwahl im Jahre 1881 statt des Programms von Le Havre die Thesen der Ersten Internationale zum Wahlprogramm genommen, worauf ihn das Blatt von Guesde und Lafargue nicht mehr unterstützte.

„Der schlimmste Vorwurf" – schrieb Engels – den diese beiden (Malon und Brousse, K. S.) dem alten Programm machen konnten, war: daß es mehr Leute abgestoßen als zugeführt habe. Damit ist nun abgeholfen: Proudhonisten wie Radikale haben keinen Grund mehr, draußen zu bleiben ..."

Wie man steht, handelt es sich auch hier – wie in der deutschen Frage – für Engels um den Kampf gegen den bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Einfluß in der Partei. Es ist derselbe Kampf, den Lenin seit 1900 in den Reihen der russischen Sozialdemokratie, den die Kommunisten heute in der internationalen Arbeiterbewegung führen.

Es ist interessant, daß der französische Reformismus in diesen seinen Anfängen ebenso die breite ehrlich-derbe Maske des Ökonomismus zeigte, wie später der russische Menschewismus in statu nascendi. Engels schreibt:

„Die Chambres Syndicales – ja, wenn man jede Streikgesellschaft, die nur, wie englische Trade Unions, für hohen Lohn und kurze Arbeitszeit kämpft, sonst aber auf die Bewegung pfeift –, wenn man die alle zur Arbeiterpartei zählt, so bildet man in Wirklichkeit eine Partei zur A u f r e c h t e r h a l t u n g der Lohnarbeit, nicht zu ihrer Abschaffung" (28. November 1882).

Die Rolle der neuen Partei Brousse-Malon – man bedenke: bevor sie noch offen mit dem opportunistischen Programm des Possibilismus aufgetreten – charakterisiert Engels in einigen Sätzen von unübertrefflicher Wucht und Exaktheit, die auch heute noch verdienten, als Motto auf die Stirn der Parteien der „Sozialistischen Arbeiterinternationale" geschrieben zu werden:

„Die Leute sind erstens gar keine Partei, am allerwenigsten A r b e i t e r partei, ebensowenig wie die hiesigen Arbeiter (Engels meint die englischen reaktionären Trade Unions, K. S.). Sie sind aber im Keime, was die

*) Diese Politik von Engels den Malon-Brousse gegenüber erinnert in mehr als einem Punkt (trotz der Verschiedenheit der konkreten Umstände) an die Haltung der Komintern den deutschen Ultralinken (Scholem-Fischer) gegenüber nach Frankfurt. Wie ja auch umgekehrt diese Strömungen selbst sowohl in „Theorie" wie (vor allem innerparteilichen Taktik gewisse Anklänge an die alten Bakunisten zeigen. K. S.

hiesigen voll entwickelt sind; der Schwanz der radikalen Bourgeoispartei! Das einzige, was sie zusammenhält, ist der bürgerliche Radikalismus, Arbeiterprogramm haben sie ja keins. Und die Arbeiterführer, die sich dazu hergeben, ein solches Arbeiterstimmvieh für die Radikalen zu fabrizieren, begehen in meinen Augen direkten Verrat."

Das Wort „Verrat" hat Engels selbst dick unterstrichen. Man überlege: „direkter Verrat", weil – bloß ein paar „gleichfalls von Marx verfaßte" (wie Bernstein tückisch und albern zugleich „entschuldigt") Leitsätze von 1866 an Stelle des Programms von 1880 gesetzt wurden! Wie ist dann das Vorgehen Kautskys zu qualifizieren, der 1922 (in der Einleitung zu seiner Ausgabe der „Inauguraladresse" der Ersten Internationale) versucht, dieselben Leitsätze von 1866 gegen das Programm der Kommunistischen Internationale von 1919 auszuspielen? Wir wollen darüber keine weiteren Erwägungen anstellen und bloß konstatieren, daß Engels schon 1882/1884 Kautsky gering geschätzt hat.*) Und wie ist nach dem obigen Urteil von Engels die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Führer in der Arbeiterbewegung zu qualifizieren? Man wird zugeben müssen, daß Lenins Worte von dem „denkbar schmutzigsten Gesindel" vergleichsweise milde sind. (Schluß folgt.) K. S.

[479]

Neuere Literatur über China

(Fortsetzung und Schluß)

Bertrand Russell: „China." (München 1925. 224 S.) Dieses Buch ist in einem weit tieferen Sinne zwiespältig, als das Wilhelmsche. Wilhelm ist Bürger, will nichts anderes sein. Russel dagegen, Mitglied der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, tritt als „Sozialist" an die Probleme des Fernen Ostens heran. Seine Einstellung zur Frage der proletarischen Revolution ist daher viel unsicherer, seine Bewertung Rußlands heftiger und – jedenfalls teilweise – feindseliger.

Russell war 1920 in Rußland. Es hat ihm damals dort wenig gefallen. Anstatt jedoch die materiellen Ursachen der derzeitigen kritischen Lage Sowjetrußlands zu erkennen, gab er an Hungersnot und Wirtschaftszerrüttung den bolschewistischen „Dogmatikern" die Schuld. So gesonnen, fuhr er nach China. Er kam aber dort als Dozent in die Kreise der chinesischen Studenten; und siehe, diese entpuppten sich zu allermeist als Menschen von sozialistischer Denkungsart (S. 193), und zwar als Sozialisten bolschewistischer Richtung: „Die Bolschewisten haben die enthusiastische Sympathie der jungen chinesischen Studenten auf ihrer Seite." (S. 126.) Russell sieht sich nun, vermutlich auf Grund der von ihm auf seiner Weltreise gesammelten Erfahrungen, gezwungen, einzuräumen, daß Sowjetrußland gegenwärtig die größte moralische Macht der Welt darstellt. (S. 138.) Ja, obwohl er, auf Seite 152, den Sowjetrussen die Rückkehr zum Kapitalismus voraussagt, erwartet er doch für eine spätere Zukunft, daß „Rußland als Vorkämpfer Asiens und des Sozialismus" dem westlichen Imperialismus gegenübertreten werde. (S. 158.) Dabei wäre übrigens nach Russells Überzeugung „die Hegemonie Rußlands in Asien in keiner Weise bedauerlich". (S. 153.)

Man bemerkt, Russell befindet sich in einer höchst verzwickten Situation. Seine sonderbare Lage verbessert sich auch nicht durch bösartige Bemerkungen über Rußlands angeblichen „bolschewistischen Imperialismus". (S. 153.) Im Gegenteil, er verwickelt sich nur immer tiefer noch in die seinem reformsozialistischen Standpunkte entspringenden Widersprüche. Einerseits rät er den Chinesen, still zu halten und nicht durch revolutionären Kampf die imperialistischen Räuber abzuschütteln; wobei er sofort selbst diesen pazifistischen Rat für China „nur eine schwache Hoffnung" nennt, und für Europa (das kleinbürgerlich-reformistische Europa!) „wenig besser als Verzweiflung". (S. 7.) Andererseits hält er eine Zeit der „Anarchie" (lies: Revolution), wie sie England im 17., Frankreich im 18., Amerika im 19. und Rußland im 20. Jahrhundert durchmachten, auch für eine gedeihliche Entwicklung Chinas für unvermeidlich. (S. 154.) Ja, ihm erscheint sogar die Schaffung eines „Staatssozialismus" oder vielmehr dessen, „was Lenin Staatskapitalismus nennt", für China durchaus wünschenswert. (S. 215.)

Das ganze Chinabuch Russells ist genau so widerspruchsvoll und konfus wie die soeben gegebenen Kostproben. Konfus ist R.s Einstellung zur Chinapolitik der Vereinigten Staaten, die ihm in vielem

*) Siehe die treffenden Urteile über Kautsky auf Seite 111 (Brief vom 8. Februar 1883) und Seite 118 (27. Februar 1883).

offensichtlich imponiert, und hinter der er doch zuguterletzt den imperialistischen Pferdefuß entdecken muß: Die amerikanischen Kapitalisten „werden allen Versuchen (Chinas) nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit Widerstand leisten“. (S. 156.) Konfus ist weiter die Perspektive, die Russel entrollt. Er entrollt nicht eine Perspektive, sondern deren gleich ein reichliches halbes Dutzend, an den verschiedensten Stellen seiner Schrift immer neue, die durch nichts anderes als durch den gemeinsamen Bucheinband zusammengehalten werden. Konfus ist schließlich und vor allem auch die Methode der Betrachtung Russells selber, die so gern konsequent idealistisch sein möchte, und die doch wieder und wieder dem Materialismus die grüßten Zugeständnisse machen muß.

Russells Arbeit, die trotz all ihrer prinzipiellen Verfehltheit eine Menge aufschlußreicher Details über die industrielle, politische und vor allem über die kulturelle Entwicklung Chinas bietet, ist charakteristisch für die Ratlosigkeit und den theoretischen Verfall des Reformsozialismus. Vor den übrigen Chinaschriften hat sie eines voraus, das nämlich, daß sie so ziemlich alle entscheidenden Fragen aufwirft. Allerdings – alle falsch.

Shen-Ji und H. Stadelmann: „China und sein Weltprogramm.“ (Dresden, 1925. 163 S.) An dieser Publikation sind das beste die Photographien. Der chinesische Verfasser ist ein liberaler Jungchinese, der uns einiges Neue über die verschiedenen kulturellen Strömungen in der chinesischen Jugend mitteilt. Obwohl dabei das Programm der Kuo-Min-tang-Partei von 1924 zum Abdruck gebracht wird (S. 112 ff.), verkennt Shen-Ji die letzte Wendung in der Politik Sun-Yat-sens und die Rolle der chinesischen Arbeiterbewegung vollständig. Durch Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen der Industrie „können manche dem kapitalistischen System anhaftenden Mängel abgestreift werden“ (S. 131). „Dann werden die Arbeiter in den Fabriken das Gefühl haben, als sei die Fabrik, wo sie arbeiten, ihre neue Familie“ (S. 130). „Zweifellos wird die Industrie sich dadurch besser entwickeln“ (S. 131). – Zweifellos!

In diesem Stil sind, trotz der platonischen Sympathieerklärung für die Kuo-Min-tang-Bewegung, die geschichtlichen und die Gegenwartsfragen Chinas behandelt. Zwei Testamente Sun-Yat-sens werden abgedruckt. Leider fehlt Suns letzte Mahnung zur Fortführung seiner Politik im Geiste Lenins. Zufall? Wir fürchten: Nein. [480]

Mit Schriften dieser Art ist weder der chinesischen Freiheitsbewegung selbst gedient, noch kann man ihr damit im europäischen revolutionären Proletariat Anhänger werben. Und doch kann die Bewegung allein in der internationalen klassenbewußten Arbeiterschaft wahre und dauernde Freunde finden.

Georg Wegener: „China. Ein Zukunftsproblem.“ (Berlin. 1925. Scherl, Flugschriften des „Tag“, Nr. 19. 78 S.) Diese kleine Schrift zeigt sehr hübsch, daß es vom reaktionären Standpunkt aus ein vergebliches Bemühen ist, in popularisierenden Broschüren Fragen der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik fruchtbar zu behandeln. Es nützt dabei gar nichts, wenn man als Verfasser einen Hochschulprofessor (für Geographie) gewinnt und wenn man dessen Erzeugnis für eine Mark auf des Büchermarkt wirft.

Wegeners Flugschrift ruft uns in anspruchslos vorwissenschaftlicher Zusammenstellung die konventionellen Daten über Geographie, Völkerkunde, Geschichte und Kultur der Chinesen ins Gedächtnis – lauter Dinge, die das früher genannte Büchlein von E. Erkes unvergleichlich fundierter gibt. Den Erscheinungen des neueren gesellschaftlich-politischen Lebens in China steht Wegener völlig hilflos gegenüber. Über die chinesischen Agrarprobleme verliert er kein Wort. Von der Entstehung einer modernen Arbeiterschaft hören wir ebenso wenig. Nur eines weiß der Fachmann des Scherl-Verlages über den chinesischen Arbeiter zu sagen: daß er von bienenhaftem Fleiß ist und daß er „bisher nicht einmal einen Sonntag kennt, geschweige denn einen Achtstundentag zum Ideal hat“. Das letztere ist zwar eine Lüge, aber das macht nichts. W. hält für die „einzige wirkliche Möglichkeit“ einer Lösung der gegenwärtigen „Wirren“ das Auftreten einer „überragenden Persönlichkeit“, die „mit überlegener Waffengewalt Ordnung schafft“. (S. 71.) Von diesem Standpunkt aus erübrigt sich allerdings jede weitere Untersuchung über Charakter und Ziele der chinesischen Arbeiterbewegung.

K. A. Wittfogel.

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. August 1926 * Heft 16

Die Logik der Prinzipienlosigkeit

Von Béla Kun (Moskau).

Von der alten bolschewistischen Garde, die vor einigen Jahren den glänzendsten ideologischen Kampf gegen die trotzkistische Revision des Leninismus einheitlich führte, sind einige Genossen abgefallen. Ein kleiner Teil der alten Garde, der unter Führung Sinowews und Kamenews einen arg fehlgeschlagenen Versuch unternommen hatte, den Leninismus, mit Hilfe der KP der Sowjetunion, durch irgend einen selbst fabrizierten Saisonartikel zu ersetzen, hat vollständig vor dem Trotzkismus kapituliert.

Es ist das nicht der erste Fall in der Geschichte der Fraktionskämpfe innerhalb revolutionärer Parteien, daß die vom Winde linker Phrasen getriebenen Schiffe schließlich in halb oder ganz menschewistischen Häfen landen. Viele Anhänger der in der Zeit zwischen den zwei Revolutionen der russischen Arbeiterbewegung entstandenen sogenannten otsowistischen Richtung, denen Lenin nicht genug revolutionär war und die ihn deshalb des Verrats am Bolschewismus bezichtigten, haben später beim Menschewismus zeitweiligen oder endgültigen Aufenthalt gefunden. Nun ist auch die unter Führung Sinowjews und Kamenews stehende Gruppe von demselben Schicksal ereilt worden. Sie kapitulierte bedingungslos vor jener Richtung, welche sie selbst am lautesten (freilich mit vollem Recht und der Wahrheit entsprechend) als eine schwankende, einmal „links", einmal offen rechts auftretende Verneinung des Leninismus gebrandmarkt hat, die sie selbst einmal bezeichnet hat als eine Richtung, die zwischen halbem bzw. ganzem Menschewismus und hohlem Revolutionarismus hin und her schwankt, bald mit dem Liquidatorentum, bald mit revolutionärem Abenteurertum kokettiert.

Dieses Gemisch von Liquidatorentum und Abenteurerpolitik ist zu neuem Leben erwacht in der Politik einer Gruppe, die in der Sowjetunion die neue (von Sinowjew und Kamenew geführte) und die alte (von Trotzki geführte) Opposition vereinigt und deren rechten Flügel eine reformistisch angehauchte syndikalistische Gruppe bildet (die sogenannte Arbeiteropposition unter Führung Medwedjews). Auch im internationalen Maßstab hat der Kristallisierungsprozeß um diesen Kern nicht lange auf sich warten lassen. Sämtliche ultrarechten und ultralinken antileninistischen Gruppierungen, die sich (einstweilen noch) innerhalb der Komintern befinden, angefangen von Souvarin, über Maslow, Ruth Fischer und Domski, sogar bis zu Paul Levy, diesem widerlichsten Typus des Renegatentums, heften ihre Augen auf die Opposition in der KP der Sowjetunion und begrüßen sie wie die aufgehende Sonne.

[482] Der Trotzkismus, den Lenin eine „Politik ohne Massen, eine Abenteurerpolitik" nannte[*)], ist aber dadurch, daß sich die Sinowjew-Kamenew-Gruppe nach ihrem Bankrott mit diesem „ideologischen Kapital" sanieren wollte, keine Politik der Massen geworden. Im Gegenteil: Sinowjew und Kamenew wurden durch ihn von den Massen isoliert. Jeder denkende Kommunist – in Westeuropa nicht weniger als in der Sowjetunion – muß die Gründe untersuchen, die jene von den Genossen Sinowjew und Kamenew geführte oppositionelle Gruppe so weit gebracht haben.

Logik des Fraktionskampfes

Sinowjew und Kamenew haben in die Front der alten Bolschewiki, der führenden Garde des Leninismus, dadurch die erste Bresche geschlagen, daß sie die Stellungnahme der überwiegenden Mehrheit der alten Garde gegen den Trotzkismus nicht genug radikal fanden. Als die überwiegende Mehrheit der Leninisten – mit Stalin, Bucharin, Rykow an der Spitze – den Antrag Sinowjews und Kamenews, Trotzki aus dem ZK der KP der Sowjetunion auszuschließen, mit den Interessen der Parteieinheit und der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie für unvereinbar hielten, begann diese Gruppe vom „Verrat am Leninismus", von „opportunistischer Politik" zu sprechen. Sie behauptete, daß die Beschlüsse gegen die Fraktionsgruppierungen nur auf dem Papier blieben, weil das ZK. den

[*)] Siehe Lenin: Gesammelte Werke (russisch). Bd. XX, Teil 1, Seite 460. „Über Abenteurertum".

Verkünder und Forderer der Fraktionsfreiheit nicht genug exemplarisch bestrafe, weil es „sich von den Phrasen über innerparteiliche Demokratie einschüchtern“ lasse.

Historisch und politisch formulierte sich in dieser Frage die erste bedeutende Abweichung innerhalb der alten, seit dem Tode Lenins noch fester zusammenstehenden Garde der KP der Sowjetunion und entstand die erste Gruppierung durch die mehr oder minder scharfe Abgrenzung der Gruppe Sinowjew-Kamenew von den anderen.

„Der Fraktionskampf hat seine objektive Logik – sagte Lenin –, die selbst die besten Männer unvermeidlich in eine Lage bringt, die, wenn sie sich an die eingenommene falsche Position klammern, sich tatsächlich durch nichts von der prinzipienlosen Demagogie unterscheidet.“

Wenn man den Ausgangspunkt des Fraktionskampfes, den Standpunkt Sinowjews und Kamenews, daß die alte bolschewistische Garde den Kampf gegen Trotzki mit nicht genügend bolschewistischer Entschlossenheit und Konsequenz bis zum Ende geführt habe, mit der heutigen Lage vergleicht, in der Sinowjew und Kamenew die ganze Plattform Trotzkis von 1923 als ihre eigene anerkennen, muß man feststellen, daß diese Lage sich „von der prinzipienlosen Demagogie“ tatsächlich nicht nur „durch nichts unterscheidet“, sondern daß sie sogar einen bisher unerreichten Gipfelpunkt der prinzipienlosen Demagogie in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung bedeutet.

Die Linie zwischen den zwei Endpunkten

Der Weg der Gruppe Kamenew-Sinowjew, die ersten gesonderten Gruppierungen der „radikalen“ Gegner der Fraktionsfreiheit zur Proklamierung der Fraktionsfreiheit ihrerseits zum höchsten Prinzip, ist der Weg der theoretischen und politischen Prinzipienlosigkeit.

[483] An den einzelnen Wegabschnitten hat die Sinowjew-Fraktion immer mehr und mehr Teile des leninistischen Gepäcks abgeschüttelt und die so entstandene Leere nach und nach mit den aus dem Trotzkischen Arsenal entlehnten Waffen angefüllt.

An dem ersten Abschnitt des Weges wurde gleich eine grundlegende Lehre des Leninismus, die unerläßliche Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, abgeworfen. Wunderbarer Weise erwies sich diese Lehre für die neue Opposition als überflüssiger Ballast, obwohl es gerade Sinowjew und niemand anderer war, der vorher – durchaus unrichtig – diese These Lenins statt der Diktatur des Proletariats in den Mittelpunkt des Leninismus stellen wollte. Sinowjew war in dieser Abweichung soweit gegangen, daß er – nicht nur einmal – in seinen Schriften vergaß, daß die Entdeckung des Bauerntums als des revolutionären Verbündeten des Proletariats nicht anders und nur darum möglich war, weil Lenin den Sinn und die zentrale Bedeutung der proletarischen Diktatur nach der Lehre Marx wieder herstellte, sie auf Grund der Erfahrungen der Revolution konkretisierte. Weil Genosse Sinowjew diesen zentralen Punkt aus den Augen verloren hat, fällt er nun aus der einen Abweichung unvermittelt in eine entgegengesetzte: in die Vernachlässigung, die Ignorierung der Bauernschaft. Die „zentrale Figur“ des russischen Dorfes – der Mittelbauer – ist nun als Verbündeter der im Besitze der Diktatur befindlichen Arbeiterklasse und in dieser Eigenschaft als unerläßliche Vorbedingung für die Erhaltung der Diktatur und des Aufbaues des Sozialismus, aus der Konzeption Sinowjews einfach fortgefallen. Der ersten Anklage gegen das ZK. und die überwiegende Mehrheit der Partei: nämlich, daß sie innerparteiliche Demokratie zu weitherzig auslegen, folgte bald die zweite Anklage: Vernachlässigung des Klassenkampfes im Dorf und Überschätzung des Mittelbauerntums als Verbündeten.

Einer der charakteristischen Züge des Trotzkismus war gerade die Vernachlässigung der Bauernschaft als eine der treibenden Kräfte der Revolution und des revolutionären Verbündeten des Proletariats. Der erste politische Schritt der neuen Opposition auf dem Wege der Prinzipienlosigkeit wurde so zu einem mächtigen Sprung in der Richtung des Trotzkismus. Das panikartige Geschrei von der Kulakengefahr war nur eine Bemäntelung der Abweichung vom prinzipiellen Standpunkt des Leninismus in der Bauernfrage, Eine demagogische Bemäntelung, weil sie auf falschen statistischen Daten über die Klassengliederung im Dorfe beruhte.

Beim zweiten Abschnitt des Weges mußte notwendigerweise die Leninsche Lehre vom Aufbau des Sozialismus für überflüssigen Ballast erklärt werden. Die leichte Reiterei der neuen Opposition (Ssafarow, Salucki) leugnete den sozialistischen Charakter der im Besitze des Sowjetstaats befindlichen Großindustrie. Die Verneinung dieser Leninschen Lehre, daß die Großindustrie des Sowjetstaats eine Industrie von konsequent sozialistischem Typus ist, war nur ein Detail in der ideologischen Abweichung, die die Führer der Fraktion, Sinowjew und Kamenew, begingen, als sie, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und technische Zurückgebliebenheit des Landes, die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion überhaupt leugneten. Niemand anders als gerade Sinowjew war es, der die Feststellung Lenins, daß in Rußland alle inneren Vorbedingungen des endgültigen Sieges, also des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft, vorhanden [484] sind, mehrfach in dem Sinne konkretisierte, die Sowjetmacht beherrsche ein Sechstel der gesamten Erdoberfläche. Die Verneinung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in einem Lande (aber nicht in einem x-beliebigen einzelnen Lande, sondern in der Sowjetunion, dem Sechstel der Erdoberfläche) war der zweite große Sprung in der Richtung des Trotzkismus! Eine Annäherung an die trotzkistische Theorie von der permanenten Revolution, die bekanntlich behauptet, daß „ohne eine direkte staatliche Hilfe des europäischen Proletariats die Arbeiterklasse Rußlands ... ihre vorübergehende Herrschaft in eine dauerhafte sozialistische Diktatur nicht verwandeln könne

Eine demagogische und prinzipienlose Ergänzung der Abweichung vom Leninschen Standpunkt über den sozialistischen Aufbau war die Tatsache, daß die neue Opposition statt der Industrialisierung und der sozialistischen Akkumulation die kleinbürgerliche und halbsyndikalistische Parole von der Beteiligung der Arbeiter der einzelnen Betriebe am Gewinn der betreffenden Betriebe setzen wollte. Durch diese Parole versuchte sie andererseits aber auch Verbindung mit der anarchosyndikalistischen, sogenannten Arbeiteropposition der Schljapnikow und Medwjedjew anzuknüpfen.

Den dritten Abschnitt auf dem Wege der Prinzipienlosigkeit erreichte die neue Opposition, als sie das offene Bekenntnis ihrer eigenen Prinzipienlosigkeit durch den Mund Sinowjews ablegte, und auf dem XIV. Kongreß der KP der SU die Forderung nach Fraktionsfreiheit für alle ehemaligen Gruppierungen erhob. Die neue Opposition schrieb die Parole „leben und leben lassen“ für alle oppositionellen Gruppierungen auf ihre Fahne, um mit einer umso breiteren Front den Angriff gegen die jede Revision des Leninismus entschieden bekämpfende überwiegende Mehrheit aufzunehmen. Früher meinte Sinowjew: Im Falle Trotzki beging das ZK „die Sünde, daß es die innerparteiliche Demokratie zu weitherzig auslegte“. Jetzt wurde ihm von „der neuen Opposition als die eigentliche Sünde angerechnet, daß es die innerparteiliche Demokratie nicht rasch genug verwirklichte,

Der XIV. Kongreß hat die in ihrer Wanderung auf dem Wege der Prinzipienlosigkeit so weit gekommene Gruppe eines würdigen Empfangs zuteil werden lassen. Aber auch der verurteilende Beschluß des Parteikongresses konnte sie nicht zurückhalten.

Die neue Opposition ist „beim vierten bedeutungsvollen Abschnitt angelangt. Aber dieser Abschnitt liegt schon auf dem Gebiete der internationalen Politik. Er zeigte sich darin, daß sie die wichtigsten Lehren über die Einheitsfronttaktik von sich warf.

Jene Auffassung vom strategischen Plan der Revolution, die auf dem Unglauben dem Siege des Sozialismus gegenüber beruht, die in der Neuen Ökonomischen Politik nichts anderes erblickte als einen Rückzug, konnte natürlich auch auf die Stellungnahme der neuen Opposition zur Politik der Komintern nicht ohne Auswirkung bleiben, Den strategischen Plan der internationalen Revolution kann man nicht in einen Plan der russischen Revolution und den Plan der „übrigen Zweige“ der internationalen Revolution teilen. Die Panik, die die neue Opposition erfaßte, als die Entwicklung der Sowjetwirtschaft und -gesellschaft die Partei vor ernste und unmittelbare Probleme des sozialistischen Aufbaues stellte, ihr Unglaube dem sozialistischen Aufbau gegenüber mußte ihr Gegenstück auch in der Auffassung der Politik der Komintern finden. Die neue Opposition hat auch hier ihre Prinzipienlosigkeit bewiesen und ist aus dem einen Extrem ins andere hinübergefallen; sie hat die charakteristischen Merkmale des Trotzkismus auch hier übernommen.

[485] Die panikartige Auffassung, die bei der neuen Opposition die konkrete Analyse der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ersetzte, äußerte sich vor allem in der Frage der Stabilisierung des Kapitalismus.

Die Thesen der VI. Erweiterten Exekutive der Komintern haben erst vor kurzem festgestellt:

„Die Komintern lehnt die voreilige Schlußfolgerung, laut der es bereits überhaupt keine Stabilisierung des Kapitalismus mehr geben sollte, ab."

Diese Feststellung geschah auf Grund des Referats des „Genossen Sinowjew und wurde gemacht „den oberflächlichen Äußerungen der Ultralinken gegenüber (Korsch, Bordiga, Neurath). Genosse Trotzki hat neuerdings einen ähnlichen Standpunkt eingenommen (im Gegensatz zu seiner früheren, Kautsky zuneigenden Perspektive).

Kaum ist nun die Tinte über der letzten Fassung dieser Themen getrocknet, als niemand anderer als Genosse Sinowjew es für nötig hielt, mit folgenden Äußerungen sich gegen die Feststellungen des XIV. Parteikongresses und der Komintern zu wenden:

„Wer die Dinge nicht nur an der Oberfläche sieht, sondern das Rückgrat der kapitalistischen Ökonomik mit einer Klassenanalyse durchdringt, der wird sagen, daß die Ereignisse des letzten Jahres das Vorhandensein einer kapitalistischen Stabilisierung widerlegen."

Wohlgemerkt! Nach Sinowjew beweisen die Tatsachen und Ereignisse nicht, daß die Stabilisierung nur eine teilweise, relative und schwankende ist, sondern „widerlegen das Vorhandensein einer kapitalistischen Stabilisierung" im allgemeinen.

So ersetzt die Prinzipienlosigkeit die konkrete Analyse der objektiven Tatsachen und die auf Grund derselben zu bestimmende revolutionäre Taktik durch die einfache Leugnung der Tatsachen und demzufolge durch eine der Wirklichkeit nicht entsprechende ultralinke menschewistische Taktik.

Diese Taktik kam zum Ausdruck

1. darin, daß Genosse Sinowjew sich den Ansichten Trotzkis über die Lehren des englischen Streiks anschloß, die unter der Parole der „Formierung neuer revolutionärer Organisationen" letzten Endes für den Boykott der Gewerkschaften eintreten;

2, darin, daß er die Zerschlagung des englisch-russischen Komitees durch die Gewerkschaften der Sowjetunion auf die Tagesordnung setzen wollte (hier wollen wir nur daran erinnern, daß Genosse Sinowjew bei der Gründung des englisch-russischen Komitees gesagt hat, man könne nicht wissen, wie in England die kommunistische Massenpartei entstehen würde, ob ihre Führer die Kommunisten oder die linken Gewerkschaftsführer vom Schlage Purcells sein werden);

3. darin, daß er durch Wiederaufwärmung eines bereits abgelehnten diesbezüglichen Antrags von Trotzki den Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang forderte;

4. darin, daß er in den von ihm entworfenen Direktiven für die KP Polens bei der Feststellung, daß die Kommunisten im Falle eines Aufstandes Piłsudskis nicht neutral bleiben können, mit keinem Wort darauf hinwies, daß die Unterstützung Piłsudskis für eine kommunistische Partei unzulässig ist;

5. darin, daß Genosse Sinowjew, ebenso wie er im russischen Maßstab den Kampf gegen die menschewistische Opposition von Medwedjew sabotierte, versucht hat, auch im internationalen Maßstabe jeden ernsten, ideologischen und [486] organisatorischen Kampf gegen die Ultralinken und Ultrarechten zu vertuschen, ja, daß er sogar versucht hat, diese Gruppierungen (angefangen von Souvarin, über Maslow, Ruth Fischer, Domski und Bordiga bis zu Korsch), teils durch aktive Tätigkeit, teils „durch Stillschweigen, um sich zu sammeln – ohne Rücksicht auf die offen sowjetfeindliche Haltung dieser Gruppen und auf die von ihm selbst früher eingenommene Stellung ihnen gegenüber.

Die Tatsache, daß die neue Opposition, mit Genossen Sinowjew an der Spitze, in einer gemeinsamen Kundgebung sich mit Trotzki zu einem Block zusammenschloß, und daß die erste Erklärung dieses

Oppositionsblocks eine Solidarisierung mit der von der KP der Sowjetunion und dem Kongreß der Komintern einmütig verurteilten Haltung des Genossen Trotzki im Jahre 1923 war, kann nunmehr kaum überraschen.

Die Auswirkung auf die Komintern

Die Logik der Prinzipienlosigkeit hat – wie wir gesehen – nicht innerhalb des Rahmens der KP der Sowjetunion Halt gemacht. Sie brach durch auf das Gebiet der Komintern. Ihre Wirkung konnte man auch bisher darin wahrnehmen, daß gewisse Strömungen der Ultralinken wie auch der Ultrarechten in fast allen interessierten Sektionen unter dem Einfluß des entstandenen Oppositionsblocks Trotzkis und Sinowjews viel aktiver, energischer auftraten. Dabei vergaßen auch sie nicht, das gegebene Beispiel zu befolgen und forderten die Vertreter derartiger oppositioneller Gruppierungen zur Bildung ähnlicher prinzipienloser oppositioneller Blocks auf. Es ist aber auch zweifellos, daß die politischen und organisatorischen Beschlüsse des Plenums des ZK der KP der Sowjetunion in der Frage des oppositionellen Blocks nicht ohne Folgen für die Politik und Organisation der Komintern bleiben können. Politisch kann aus ihnen nichts anderes folgen als die Ablehnung eines jeden Versuchs, der die Anwendung der zielsicheren revolutionären, die revolutionäre Perspektive niemals aus den Augen verlierenden Einheitsfronttaktik stören oder gar unmöglich machen will, nur um eine Fraktionsstütze beim Wortradikalismus der Feinde der Einheitsfronttaktik zu finden, die mit dem Leninismus nicht das geringste gemein haben. Die Politik der Komintern, trotzdem deren Sektionen doch jünger und weniger reich an Erfahrungen sind als die KP der Sowjetunion, kann man heute schon ebenso wenig von der Linie des Leninismus verdrängen wie die KP der Sowjetunion. Die Stellungnahme der größten und ältesten Sektionen der Komintern zu den Beschlüssen des Plenums der KP der Sowjetunion bietet bereits eine Garantie dafür, daß die Politik der Prinzipienlosigkeit – möge sie sich auch noch so sehr hinter demagogischen Phrasen verbergen – ihre Anhänger in der Komintern ebenso isolieren wird wie in der KP der Sowjetunion. Sie bietet auch die Gewähr dafür, daß die Abweichung eines Teiles der alten bolschewistischen Garde – der gerade in der Komintern lange die führende Rolle spielte – vom Boden des Leninismus keine organisatorischen Erschütterungen verursachen wird.

Nicht nur die Komintern in ihrer Gesamtheit als Weltpartei, sondern auch ihre einzelnen Sektionen haben ihre Kinderschuhe schon lange abgelegt. Der Beschluß, den die VI. Erweiterte Exekutive eben auf Initiative, im Geiste und unter der Wirkung des XIV. Kongresses der KP der Sowjetunion über die Steigerung der kollektiven Arbeit in der Führung der Komintern und dadurch über die gesteigerte Annäherung der einzelnen Sektionen der Komintern an die KP der Sowjetunion gefaßt hat, ist nicht zufällig zu jener Zeit entstanden. Dieser Beschluß ist deshalb möglich und [487] n o t w e n d i g geworden, weil heute bereits hinter fast allen Sektionen eine nicht unbeträchtliche revolutionäre, politische und organisatorische Erfahrung steht. Die Komintern ähnelt nicht dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Lassalles, auch wenn der Umstand, daß ihr Vorsitzender unmittelbar vom Kongreß der Komintern und nicht von dem durch den Kongreß geschaffenen Ekki gewählt wird, an die lassalleanische Organisationsform erinnert. Wenn die Komintern ihre richtige, prinzipienfeste, leninistische Politik bewahren wird – und wir haben hierfür jede Gewähr –, wird sie die kollektive kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der KP der Sowjetunion und ihren übrigen Sektionen durch Schaffung einer wirklichen kollektiven Führung auch über die viel geringeren organisatorischen Schwierigkeiten leicht hinwegführen.

*

Die Finanzkrise und die politische Lage in Frankreich

Von P i e r r e P o i s s o n

Frankreich durchlebt in den letzten zwei Jahren eine schwere Finanzkrise, die sich in einem ständigen Fallen des Franken und in einer Krisenhaftigkeit „der gesamten politischen Situation offenbart. Seit dem 11. Mai 1924, da das Kleinbürgertum den nationalen Block „besiegte“, hat Frankreich z. B. sieben Kabinettskrisen durchgemacht, wobei wir die Teilkrisen, die im Finanzressort elfmal im Laufe der letzten zwei Jahre vorgekommen sind, nicht mitrechnen.

Die Form dieser Finanzkrise ist zwar nicht so katastrophal wie die der deutschen von 1923 (von der sie sich in vielen Punkten unterscheidet) und ihre u n m i t t e l b a r e Bedeutung für die internationale Revolution ungleich geringer infolge der vorläufigen Stabilisierung des europäischen Kapitals. Aber sie ist mehr als nur ein drastischer Beweis der Relativität dieser Stabilisierung. Sie bedeutet für Frankreich selbst eine größere ökonomische und Klassenumschichtung, als die Inflation der Nachkriegsjahre für Deutschland bedeutet hat. Diese Krise vernichtet endgültig das kleinbürgerliche Frankreich der Vorkriegszeit und schafft ein neues proletarisiertes, proletarisches Frankreich. Was dies für die kommenden revolutionären Auseinandersetzungen in Europa bedeutet und nicht zuletzt für die deutsche Revolution, liegt auf der Hand.

Die Ursache der französischen Krise

Der eigentliche Grund der gegenwärtigen Krise, der alle andern Ursachen derselben beeinflußt hat, ist ohne Zweifel der imperialistische Krieg 1914 bis 1918. Der Kleinbürger, den Herriot „Durchschnittsfranzosen nennt, beginnt erst jetzt sich einen Begriff zu machen über die Verwüstungen, die durch den Weltkrieg verursacht worden sind. Dieser arme „Durchschnittsfranzose“ hat während des Krieges, als die öffentliche Meinung, um das Massenmorden zu ermöglichen, auf das äußerste geheizt wurde, und auch nachher, als die französische Bourgeoisie die Illusion nährte, daß „Deutschland zahlen wird“, nie gefragt, von wo seine Führer die zu ihren Operationen notwendigen Geldmittel aufbrachten.

In seiner Rede, gehalten am 7. Juli in der französischen Kammer, gab aber Caillaux einige Zahlen zum besten. Diese Zahlen zeigen die Defizite der [488] Jahresbudgets, das heißt die Mehrausgaben, die über die ordentlichen Einnahmen des Staates erwachsen sind und durch Anleihen gedeckt wurden.

Jahr:			Jahr:	
1914	5	Milliarden	1920	38 Milliarden
1915	10	"	1921	24 "
1916	22	"	1922	24 "
1917	38	"	1923	11 "
1918	49	"	1924	7 "
1919	42	"	1925	3 "

Die Losung: „Deutschland wird zahlen“ erschien schon in den Jahren 1921/22 etwas phantastisch und nur beschränkt durchführbar. Später stieg ihr Kurs, als Poincaré 1923 das Ruhrbecken besetzte. Mit dem Bankrott dieser Politik und durch die Einführung des Dawes-Planes wurde aber immer mehr offenbar, daß, wenn auch das deutsche Proletariat das „Zahlen“ begann, die französischen Arbeiter und Kleinbürger daraus keinen Nutzen ziehen, daß sie im Gegenteil nun gezwungen werden würden, die Kosten des imperialistischen Feldzugs der französischen Bourgeoisie zu zahlen. In dieser Tatsache und dem Grad, in dem sie von den verschiedenen Klassen erkannt wird, liegt der Schlüssel zur gegenwärtigen Krise in Frankreich.

Es sind auch andere unmittelbare Gründe vorhanden, die aber alle in engster Verbindung mit dem Weltkrieg stehen.

Wir wollen kurz auf sie hinweisen:

1. Die auswärtigen Schulden, die man an Amerika und England zurückzahlen muß, bilden in erster Linie ein Mittel in den Händen der englischen und amerikanischen Bourgeoisie, einen Druck auf die französischen Regierungen auszuüben, aber auch technisch genommen eine schwere Last des französischen Budgets.

2. Die Kapitalsflucht ins Ausland, die (wie seinerzeit in Deutschland) auch in Frankreich in Erscheinung tritt, und die in der Folge „das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz zerstört und dadurch den steten Fall des Franken verursacht.

3. Das französische Kleinbürgertum hat vor dem Kriege seine Ersparnisse in Staatsanleihen (russische, türkische usw.) angelegt. Der Krieg und die Revolution haben diese kleinen Anleihebesitzer zugrunde gerichtet. Natürlich berühren diese Verluste auch die Zahlungsbilanz, da in der Vorkriegszeit der Ertrag dieser Anleihen vier Goldmilliarden jährlich für Frankreich bedeutete.

Die versteckte Inflation

Man hat die französische Krise oft dadurch charakterisiert, daß man behauptete, daß es um die Beantwortung der Frage gehe: „Welche Klasse soll den Krieg bezahlen?“ Diese Charakteristik ist absolut richtig. Diese Frage bildet die Achse der gesamten Politik Frankreichs, seitdem es offenbar wurde, daß die Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse allein nicht zur Begleichung aller Kriegsschulden genügt.

Die französische Bourgeoisie, die aus dem Krieg und aus den Kriegsschäden maßlos profitiert hat, antwortete selbstverständlich mit einem starren „Nein“ und machte sich gleichzeitig auf die Suche nach den Mitteln, die ihr die Auspressung des Proletariats und der Mittelschichten ermöglichten.

Es gab aber nur zwei solche Mittel:

1. Die indirekte Besteuerung der Massen. Dieses Mittel war aber nicht nur außerordentlich schwierig durch seinen brutalen und den werktätigen [489] Massen verhaßten Charakter, sondern auch nicht ausreichend, da zur Ausgleichung des Budgets sehr große Summen notwendig waren.

2. Das andere Mittel war die Inflation durch Banknotendruck, was einer Enteignung der Arbeiter- und Mittelschichten gleichkommt, wie wir aus dem deutschen Beispiel wissen.

Beide Wege konnte die französische Bourgeoisie mit Rücksicht auf das Kleinbürgertum, das politisch noch eine große Rolle spielte, n i c h t d i r e k t beschreiten. Diese Schichten wandten sich gegen die indirekten Steuern und waren durch das Beispiel der deutschen Inflation erschreckt. Die französische Bourgeoisie schlug daher einen anderen Weg ein.

Der einfache ungehemmte Banknotendruck ist nur in beschränktem Maßstab angewandt worden. Dies geht aus einigen Zahlen hervor: Der gesamte Geldumlauf (Gold, Silber, Banknoten) betrug im Jahre 1913 13 Milliarden Goldfranken[*)]. (In dieser Summe ist der wahrscheinliche Geldumlauf in Elsaß-Lothringen einbegriffen.) H e u t e (August 1926) beträgt der ganze Umlauf 58 Milliarden. (Das gesetzliche Maximum des Umlaufs ist 58½ Milliarden.) Wenn wir nun bedenken, daß „sich das Geschäftsleben in Frankreich seit dem Jahre 1913 beträchtlich gehoben „hat und daß die Preise im Weltmaßstabe im allgemeinen gestiegen sind (Tatsachen, die zwangsläufig zur Vermehrung des Geldumlaufs führen), so müssen wir feststellen, daß der Geldumlauf nur im Verhältnis von 1 : 4 sich gehoben hat, während die Entwertung (am Durchschnittskurse des Pfund Sterling gemessen: 200 Franken pro Pfund) einem Verhältnis von 1 : 8 entspricht.

Wie ist dies möglich? Sehr einfach. Zwar ist ein ähnliches Verhältnis sicher ein „Gesetz jeder Inflation und hat sich in noch schärferer Form in der letzten Etappe der „deutschen Inflation gezeigt. Daß es aber in der französischen heute schon kraß zum Ausdruck kommt, liegt an dem besonderen Charakter dieser Inflation. Man trieb „in Frankreich statt einer offenen, einfachen Inflation wie in Deutschland eine versteckte, maskierte Inflation durch die Herausgabe der Nationalverteidigungsbons, das heißt man machte gefährliche Anleiheoperationen mit der Perspektive „des „Deutschland wird zahlen“. Diese Bons der nationalen Verteidigung wurden mit einer Umlaufsdauer von einem, drei, sechs und zwölf Monaten ausgegeben. Sie waren verzinslich von vier bis sechs Prozent und genossen außerdem Steuerfreiheit.

Dadurch ist folgende Situation entstanden: Wenn die Regierung einfach Banknoten gedruckt hätte, so hätten sich die ökonomischen Umwälzungen der letzten Jahre in Frankreich zweifellos viel rascher und mit katastrophalen Erschütterungen abgespielt; aber gesetzt, daß diese überwunden worden wären, würde man heute gar nicht mehr über diese Noten-Emissionen reden, da sie dem Staat nur die Druckkosten bedeutet „hätten. Durch das oben erwähnte System aber, das das Papier nicht nur direkt als Geld, sondern vorwiegend als Anleihe zum Aufsaugen der kleinbürgerlichen Ersparnisse verwendete, mußte der Staat nicht nur hohe Zinsen, sondern er mußte nun auch eine Schuld zurückzahlen. Gegenwärtig sind 45 Milliarden Franken in Bons, der nationalen Verteidigung angelegt. Die Situation wird noch erschwert durch die oben erwähnte kurze Umlaufsdauer dieser Bons (ein, drei, sechs und

[*)] Daten von Pietri, Finanz-Staatssekretär im Kabinett Painlevé-Caillaux.

zwölf Monate). Im Falle einer Panik kann es daher sein, daß sie den Staatskassen sofort nach Ende ihrer Laufzeit zur Einlösung vorgelegt werden.

[490] Während in Deutschland die Inflation sehr rasch die innere Verschuldung des Staates aufgehoben hat, ist sie in Frankreich zuerst stark gewachsen und bildet auch jetzt noch eine ansehnliche Summe. In der bereits erwähnten Rede von Caillaux wird die innere Schuld mit 300 Milliarden Franken beziffert. Hiervon sind 140 Milliarden schwebende Schuld, d. h. kurz befristet. Im Budget 1925, das 34,220 Milliarden Franken für die Staatsausgaben vorsieht, müßten nur für die innere Schuld 18 561 589 682 Franken veranschlagt werden. Die innere Schuld stellt also einen der auswärtigen Schuld nahezu gleichkommenden Betrag dar.

Diese besondere Form der Inflation in Frankreich hat bis jetzt schon alle Nachteile einer offenen Inflation gebracht (Entwertung des Franken, Steigerung der Lebenshaltungskosten usw.), aber nicht alle ihre Vorteile für die Bourgeoisie und ihren Staat. Die Industrie hat sich unter der Inflation ungeheuer entwickelt. Noch aber ist die innere Staatsschuld nicht ganz vernichtet wie in Deutschland. Dadurch würde die französische Regierung, w e n n sie den Franken auf seinem gegenwärtigen Niveau (zu einem Pfund-Kurs von 200 Franken) stabilisieren w o l l t e, vor ungleich größeren Schwierigkeiten stehen als seinerzeit die deutsche Regierung bei der Stabilisierung der Mark. Aber die französische Bourgeoisie, das ausschlaggebende Bankkapital und die Schwerindustrie wollen n o c h n i c h t stabilisieren. Dies hat Poincarés Programm schlagend bewiesen. Man will vorläufig etwas bremsen, aber der Vorteile der Inflation bis zu Ende teilhaftig werden.

Die Opfer der Inflation

Welches sind nun die Klassen und sozialen Schichten, die durch die Inflation am meisten betroffen worden sind?

Es ist überflüssig zu sagen, daß die Großbourgeoisie nicht zu den Opfern der Inflation zählt, sondern aus der Krise ihre größten Profite gezogen hat.

Das g r ö ß t e O p f e r hat in der Inflationskrise unzweifelhaft das Kleinbürgertum gebracht. Die kleinen Rentiers bilden in Frankreich eine große gesellschaftliche Schicht. Für sie bedeutete die Inflation eine wirkliche Enteignung. Man schätzt die Verluste der kleinen Rentner auf mehr als 100 Milliarden Franken. Ihr Anleihebesitz hat sich nicht nur dadurch verringert, daß die Inflation den auf Goldfranken lautenden Nennwert ihrer Anleihescheine auf Papierfranken umstellte, sondern sie wurden auch durch den Kurssturz ihrer Papiere arg in Mitleidenschaft gezogen.

In dem Bericht des Sachverständigenkomitees, das kürzlich über die finanzielle Situation Frankreichs Untersuchungen vornahm, finden wir die nachstehende Tabelle eindrucksvoller Zahlen:

	1913:		**1926:**	
	Durchschnittskurs	Goldwert	Kurs am 30. Juni	Goldwert
dreiprozentige französische Anleihe	87,12	87,12	47,20	6,88
Nordbahn-Aktien	1677,50	1677,50	1126,	64,28
dreiprozentige Schuldverschreibungen der Paris-Lyon-Mediterran & Eisenbahn	405,24	405,24	210,00	30,64

Außerdem sehen wir die gleiche Erscheinung wie in Deutschland. Die Preise im Kleinhandel folgen den Großhandelspreisen etwas zögernd. Dadurch kann der Kleinhändler nur seine eigenen Kosten in den Preis einkalkulieren. Er ist außerstande, die n e u e n Anschaffungspreise zu errechnen, wodurch er oft schwere Verluste erleidet, trotzdem er gewinnreiche Geschäfte zu machen glaubt. Das Verhältnis der Groß- und Kleinhandelspreise, das im [491] August 1925 durchschnittlich 569 zu 423 betrug, stand schon im Juni 1926 auf 754 zu 544.

Eine weitere soziale Schicht, die ein Opfer „der Inflation geworden ist, sind die Staatsbeamten. Viele Beamte besaßen eine Anzahl von Wertpapieren, die von der Inflation stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Dazu kommt noch die Tatsache, daß die Gehälter dieser Beamten mit dem Frankenkurs und den gesteigerten Lebenshaltungskosten keineswegs Schritt gehalten haben.

Wenn man die Lage der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter betrachtet, so muß man feststellen, daß sie n o c h nicht im gleichen Maße von der Inflation betroffen worden sind. Wenn dies

auch nicht für jede einzelne Stadt und jedes einzelne Dorf zutreffen mag, so kann man doch sagen, daß sich der Reallohn der Arbeiter in den industriellen und landwirtschaftlichen Zentren auf dem Vorkriegsniveau gehalten hat. Für die Jahre 1921 bis 1922 läßt sich sogar eine gewisse Steigerung des Reallohns beobachten, die allmählich zurückgegangen ist, um seit einigen Monaten einer leichten, aber fortschreitenden Senkung Platz zu machen. Wenn man noch die Verkürzung „der Arbeitszeit in Betracht zieht, so kann man sagen, daß die Lebenshaltung der französischen Arbeiter sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verbessert hat. Das ist großenteils auf die günstige Lage des Arbeitsmarkts zurückzuführen, den Mangel an Arbeitskräften, dem das Kapital durch Einfuhr von zwei bis drei Millionen ausländischer Arbeiter versucht hat, abzuhelfen. Erst jetzt aber „ zeigt der Arbeitsmarkt Anzeichen einer Sättigung.

Wir wollen die Aufmerksamkeit der Genossen auf die große Bedeutung dieser Frage für das Verständnis der Lage in Frankreich und in der französischen Arbeiterbewegung lenken. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß das Kleinbürgertum und die Beamtenschaft im politischen Leben dieser letzten Jahre eine weit aktivere Rolle gespielt haben als die Industriearbeiterschaft. Der Sieg des Blockes der Linken bei den Wahlen von 1924 war das Werk der Beamten und des Kleinbürgertums. Man hat diese Situation durch die revolutionäre Tradition des französischen Kleinbürgertums zu erklären versucht. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Tradition existiert und daß ihr eine gewisse Bedeutung zukommt, aber wir denken, daß die treibende Kraft hier nicht jene Tradition war, sondern die gegenwärtige wirtschaftliche Lage.

Was dem französischen Reformismus wieder einige Kraft eingehaucht hat, ist diese paradoxe Lage. In derselben Zeit, da die rückständige Schicht der Beamten sich nach links entwickelt und in die reformistische „Conféderation Général du Travail eintritt, zeigen die Arbeiter eine gewisse Passivität. Ist es nicht eigenartig, wenn man z. B. sieht, daß die „CGT“ 75 000 Lehrer umfaßt, aber nur 25- bis 30.000 Metallarbeiter? Es ließen sich viele solcher Beispiele anführen.

Selbst unter den Kleinhändlern herrscht große Unzufriedenheit. Kleinhändlervereine laden zu ihren Versammlungen kommunistische Deputierte ein und bitten diese, ihre Sache zu vertreten. Für den 1. Mai 1926 haben die Vereine der Kleinhändler ihre Anhänger zur Arbeitsruhe aufgerufen, um sich mit der Arbeiterbewegung zu solidarisieren“.

Die politische Lage Frankreichs

Wir haben oben gesagt, daß das politische Leben Frankreichs in der Nachkriegszeit mit Kämpfen zwischen den Klassen und sozialen Schichten ausgefüllt war, die alle bemüht waren, die Kriegslasten auf einander abzuwälzen. Im Mai 1924 haben das Kleinbürgertum und die Beamten einen glänzenden Wahlsieg davongetragen. Aber selbst in Frankreich, wo es noch [492] sehr stark ist, ist das Kleinbürgertum nicht mehr fähig, eine unabhängige politische Rolle zu spielen. Die Bourgeoisie hat trotz ihrer Wahlniederlage alle Maßnahmen zu sabotieren verstanden, die das Kleinbürgertum schüchtern gegen sie ergriff. Das Mittel der Nationalverteidigungsbons war schon sehr verbraucht. Gerade unter der Herrschaft des Kartells der Linken mußte daher die offene Inflation am meisten praktiziert werden und wurden zugleich die schwersten, die Arbeiterschaft und den Mittelstand am fühlbarsten treffenden Lasten beschlossen. So ist die Unzufriedenheit in diesen Schichten noch gestiegen und den kleinbürgerlichen Regierungen der Boden unter den Füßen weggezogen worden.

Die Politik der Regierung Poincaré-Herriot ist eine Politik der Offensive gegen die Arbeiterklasse. Ihre erste Tat war die Bewilligung von elf Milliarden Konsumsteuern, die in erster Linie von den Arbeitern und Bauern zu tragen sind, und die Herabsetzung der Steuer auf das Einkommen der Bourgeoisie. Sie wird die Inflation fortsetzen, weil diese noch dem Interesse der Bourgeoisie entspricht. Die französische Kammer hat soeben ein Gesetz angenommen, das die Bank von Frankreich ermächtigt, neue Noten auszugeben, ohne Beschränkungen, um sich Gold und ausländische Devisen zu beschaffen. Man hat darüber gesagt, dies bedeute keine Inflation, weil ja das angekaufte Gold und die angekauften Devisen eine Deckung von hundert Prozent bedeuten. Diese Theorie wäre richtig, wenn die Bank von Frankreich ihre Noten jeden Augenblick wieder gegen Gold und die gekauften Devisen zurücknehmen würde, aber nicht unter der Herrschaft des Zwangskurses. Diese Inflation wird

eine Herabdrückung der Reallöhne der Arbeiter zur Folge haben, und die Regierung ist entschlossen, sich einer Erhöhung der Nominallöhne mit allen Mitteln zu widersetzen.

Darüber schreibt die Regierungszeitung „l'Avenir" (Organ der Schwerindustrie, „des „Comité des Forgés") vom 29. Juli mit zynischer Offenheit. Sie sieht die „Entscheidung" kommen und bereitet auf die „grausame und unerbittliche" Unterdrückung von Straßenunruhen vor. In der gesamten bürgerlichen Presse wird der Achtstundentag heftig angegriffen und dem Neun- oder Zehnstundentag der Weg bereitet.

Aber die Dinge gehen nicht ganz so einfach wie die Bourgeoisie das wünscht. Wohl haben die von Poincaré neu erweckten Hoffnungen auf Revalorisierung des Franken ihm unter den kleinbürgerlichen Rentenbesitzern vorübergehend wieder eine gewisse Basis verschafft, „doch die Basis des Poincaré von 1914 und 1923 in den kleinbürgerlichen Massen ist rettungslos untergraben. Sowohl in der radikalen Partei (Herriot) wie in der republikanisch-sozialistischen Partei (Painlevé) herrscht starke Unzufriedenheit.

Von weitaus größerer Bedeutung als die kleinbürgerlichen Proteste ist aber die Tatsache, daß sich jetzt unbezweifelbare Anzeichen eines Erwachens d e r A r b e i t e r k l a s s e bemerkbar machen. Schon seit einigen Monaten begann die Arbeiterschaft auf einen stärkeren Widerstand der Bourgeoisie gegen die zum Ausgleich der erhöhten Lebenshaltungskosten geforderten Lohnerhöhungen zu stoßen. Die Streiks vermehren sich nun neuerdings und nehmen einen immer heftigeren Charakter an. Trotz des Umfalls der Herriot-Painlevé, den niemand bezweifeln konnte, der diese Sorte Politiker kennt, und trotz der Passivität der Sozialistischen Partei, hat die Bourgeoisie „die Schlacht noch keineswegs gewonnen.

Es ist das durch die ökonomischen Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre gewaltig angewachsene Proletariat, das die französische Bourgeoisie nach der Erledigung des Kleinbürgertums auf ihrem Wege vorfinden wird. [493]

*

Geld, Kredit und Banken in Deutschland[*)]
Zur Entwicklung des deutschen Imperialismus

Von E. L u d w i g

I.

Der Geldumlauf in Deutschland in seinen verschiedenen ökonomischen Formen, die Kreditgebahrung und das Bankkapital haben in den letzten Jahren eine tiefgehende Wandlung erfahren.

An Stelle der vollkommenen Markentwertung in der Inflationszeit ist die stabilisierte Reichsmark und damit ein geregelter Geldumlauf getreten.

Die mit der Stabilisierung und ihren Krisen verbundene Geld- und Kreditnot ist von Geldüberfluß und Kreditzustrom abgelöst.

Das Bankkapital, von dem in der Geldentwertungszeit das Industriekapital sich fast ganz emanzipiert hatte (Stinnes war z. B. der Herrscher über die Berliner Handelsgesellschaft), hat sich wieder eng mit dem Industriekapital zu einem neuen Finanzkapital verfilzt.

Diese Wandlung, die gegen das Chaos der Geldentwertungszeit die „normalen" Widersprüche des kapitalistischen Geld- und Kreditumlaufs, ein „normales" Finanzkapital wieder herzustellen scheint bedeutet zugleich eine Änderung in den deutschen Geld-, Kredit- und finanzkapitalistischen Beziehungen von heute gegenüber denen in Deutschland vor 1914.

Im deutschen Vorkriegskapitalismus war die Mark aus der e i g e n e n Kraft des stürmisch fortschreitenden Imperialismus mit seiner selbständig aktiven Zahlungsbilanz stabil; heute ist sie auf den Dollar stabilisiert.

[*)] Der Artikel erscheint auch russisch in der „Ekonomitscheskaja Shisn". Wir bringen ihn mit einigen Kürzungen. Die Redaktion.

Im deutschen Vorkriegskapitalismus waren die aus dem Mehrwert des deutschen Kapitals abgezweigten Anleihen ein Mittel zur Kapitalakkumulation in Deutschland und seinen auswärtigen Interessengebieten: heute akkumuliert amerikanisches Kapital und in seinem Gefolge europäisches, darunter auch deutsches, in Deutschland, das Anlagemarkt für fremde Anleihen geworden ist.

Im deutschen Vorkriegskapitalismus war das monopolistische Bankkapital Pionier des deutschen Imperialismus auf allen Kapitalanlagemärkten der Welt: heute wirkt es bei der Expansion des fremden amerikanischen, englischen Kapitals in Deutschland mit.

Diese Neuartigkeit der geld-, kredit- und finanzkapitalistischen Verhältnisse in Deutschland in ihrer doppelten Richtung, sowohl gegenüber der Inflationszeit wie gegenüber dem deutschen Vorkriegsimperialismus aufzuzeigen, ist das eigentliche Problem der deutschen Geld- und Kreditbeziehungen.

II.

Das Charakteristische der Geld- und Kreditverhältnisse in Deutschland ist die große Flüssigkeit des täglichen Geldes, bei immer noch fortdauernder, wenn auch gemilderter Schwierigkeit der Beschaffung l a n g f r i s t i g e r Kredite. Dieser Unterschied zwischen täglichem Geld und langfristigen Krediten kommt in dem Unterschied der Zinssätze zum Ausdruck.

Beide Erscheinungen erklären sich aus dem Stand der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland.

Die Ursache der Geldflüssigkeit ist die Krise in Verbindung mit der Rationalisierung. Die Krise mit ihrer [494] Produktionsstockung, den Schwierigkeiten, die sie der Verwertung des produktiven Kapitals entgegensetzt, läßt das Geld immer noch schwer Anlage in Produktionsmitteln finden, wirft es auf den Markt des täglichen Geldes.

Dieser Überfluß an täglichem Geld hat z w e i Wirkungen gehabt. Die e i n e ist die, daß Geld, das in Deutschland nicht unterzubringen war, nach L o n d o n und auch N e u y o r k geströmt ist, so daß sich der Zustand ergeben hat, daß Geld, das aus amerikanischen und englischen Anleihen stammt, nach London und Neuyork (von den deutschen Schuldnern ausgeliehen) zurückströmt. Die a n d e r e Wirkung ist die, daß die Schwierigkeiten für langfristige Kredite sich etwas gemildert haben. Es ist in Deutschland, wenn auch im wesentlichen aus den fremden Anleihen stammend, Geld für Anleihen vorhanden. Das erklärt wiederum das Sinken des Zinsfußes, das Angleichen der verschiedenen Diskontsätze nicht nur zwischen Deutschland und England, sondern auch in Deutschland selbst.

Aber diese Milderung „der Kreditschwierigkeit in Deutschland, auf die unten im Zusammenhang mit der Kreditgebahrung noch eingegangen wird, das Festlegen von Geld in langfristigen, für Produktionsmittel verwendete Anleihen hat eine eigentümliche Rückwirkung auf den Markt des täglichen Geldes. Die Geldflüssigkeit dauert, trotz der Unterbringung von inländischen Anleihen, die bis zum Mai eine Milliarde Mark überstiegen haben, fort. Das erklärt sich aus der Rationalisierung. Diese erfordert zwar, soweit sie mit einer Erneuerung und Verbesserung der Produktionsmittel verbunden ist, einerseits Geld in der Form von langfristigen Anleihen. Auf der anderen Seite aber ist die Rationalisierung mit Betriebseinschränkungen und -zusammenlegungen, mit Arbeiterentlassungen bei gleichzeitig durchgeführter Steigerung der Intensität der Arbeitsleistung verbunden, so daß im Zusammenhang mit der Bindung von Geld durch die Rationalisierung, durch denselben Prozeß Geld f r e i g e s e t z t wird und auf den Markt für tägliches Geld zurückströmt. So ergibt sich, trotz des Entstehens eines Marktes für innere Anleihen in Deutschland, die F o r t d a u e r d e r G e l d f l ü s s i g k e i t. So ergibt sich die Wendung in der Kreditgebahrung des deutschen Kapitals, die mehr und mehr auf eine V e r f l e c h t u n g i n n e r e r u n d ä u ß e r e r A n l e i h e n, allerdings unter Führung des amerikanischen Finanzkapitals, hinausläuft.

III.

Die Bewegungen des deutschen Geldmarkts bestimmen „sich zum erheblichen Teil von den Bewegungen auf dem deutschen Anleihemarkt, wie umgekehrt die Geldmarktverhältnisse auf den Anleihemarkt zurückwirken.

Für die erste Zeit nach der Stabilisierung ist das Einströmen e n g l i s c h e r wie a m e r i k a n i s c h e r Anleihen nach Deutschland charakteristisch, zunächst in der Form kurzfristiger Anleihen mit hohem

Zinsfuß – das Risiko war noch zu groß – dann übergehend zu langfristigen Anleihen mit langsam sich senkendem Zinsfuß und Rückzahlungsbedingungen.

Mehr und mehr haben sich neben den vom englischen und amerikanisches Bankkapital gegebenen Anleihen die im Inland aufgelegten Anleihen entwickelt, sich mit jenen verflechtend.*) Mit dieser internationalen Verfilzung [495] des Bankkapitals geht die zunehmende internationale Kartellierung des Industriekapitals unter Führung des Bankkapitals – die finanzkapitalistische Verflechtung – Hand in Hand.

Während in der ersten Zeit nach der Stabilisierung die kurzfristigen Anleihen vor allem in Form von Wareneinfuhr (Rohstoffe, Lebensmittel) ausgezahlt wurden und sich daraus die wachsende Passivität der Handelsbilanz ergeben hatte, ist mit der Verschärfung der Krise an Stelle der Wareneinfuhr, die zurückgegangen ist, was in der wachsenden Aktivisierung der Handelsbilanz zum Ausdruck gekommen ist, die Einfuhr von Devisen und auch von Edelmetallen getreten. So ist die Einfuhr von Gold vom Dezember 1925 bis zum Januar 1926 von 7.099.000 Mark auf 26.079.000 Mark und im Februar bis auf 59.419.000 Mark gestiegen. In dieser zunehmenden Einfuhr von Edelmetallen bei zunehmender Stockung des Außenhandels, die wiederum nur die Stockung der Produktion in Deutschland widerspiegelt, offenbart sich wieder der Zwiespalt, der in der wachsenden Geldflüssigkeit an der Börse bei gleichzeitig immer noch vorhandenen Schwierigkeiten für langfristige Kredite zum Ausdruck kommt, weil das in Deutschland arbeitende Kapital überall auf die Grenzen seiner Verwertung stößt.

Seit dem Januar 1925 bis zum Juni 1926 ergibt sich nach einer im „Berliner Tageblatt“ vom 3. Juli 1926 veröffentlichten Tabelle folgende Entwicklung der in Deutschland angelegten Auslandsanleihen in Millionen Mark:

	1925		1925		1926
Januar	197,4	Juli	134,9	Januar	162,2
Februar	67,2	August	49,4	Februar	136,4
März	46,2	September	223,9	März	61,5
April	12,7	Oktober	110,3	April	122,8
Mai	–	November	292,9	Mai	148,5
Juni	–	Dezember	331,5	Juni	260,5

Das bedeutet außer der Dawes-Anleihe von 800 Millionen Mark eine Verschuldung des deutschen Kapitalismus von 2358 Millionen Mark seit dem Januar 1925.

Davon entfallen auf das Jahr 1925 1466 Millionen Mark, auf das erste Halbjahr 1926 892 Millionen Mark. In den ersten Monaten 1926 sind also an neuen Krediten schon mehr als die Hälfte der Gesamtsumme der Kredite des ganzen Jahres 1925 aufgenommen worden. Woraus sich ergibt, daß der Kreditzustrom nach Deutschland nicht nachgelassen, sondern sich noch verstärkt hat. Nur die Reklame mit den ausländischen Krediten, die anfangs sehr laut gewesen ist, ist ein wenig leiser geworden.

Auf die einzelnen Gläubigerstaaten verteilen sich die Kredite nach der gleichen Aufstellung des „Berliner Tageblatts“ wie folgt (in Millionen Mark):

	1925	1. Halbjahr 1926	Summe
Vereinigte Staaten	1090	650	1740
Holland	127	105	232
Großbritannien	142	68	210
Schweiz	84	43	127
Schweden	23	26	49

Die Vereinigten Staaten haben also weitaus die Führung; sie dirigieren auch das deutsche Bankkapital, soweit es in Deutschland seine Anleihen bezieht.

*) Auch eine dritte, beide Bewegungen umfassende Bewegung zeigt sich. So bringt die Deutsche Bank, unter Ausnutzung der Geldflüssigkeit, ihre an englische und amerikanische Banken (Henry Schroeder & Cie. in London und Speyer, Ellissen & Co. in Neuyork) gegebenen Kapitalien nach Deutschland zurück. Das ist – zunächst in einem Einzelfall – eine allerdings auf der Grundlage der ausländischen Kredite vermittelte Rückkehr überfremdeten Kapitals.

[496] Es zeigt sich, daß alle kapitalistischen Unternehmungen, ob unter der Kontrolle des Privatkapitals, ob unter der Kontrolle des Staates und der Kommunen betrieben, Schuldner des amerikanischen Bankkapitals geworden sind. Die Verzinsung der Anleihen stellt sich bei einem Zeichnungspreis von dem Durchschnitt 93 bis 95 Prozent und im Rückzahlungskurs von dem Durchschnitt 100 Prozent auf durchschnittlich 7 Prozent, ist also mindestens doppelt so hoch, als es bei den Anleihen vor dem Kriege üblich gewesen ist.

Von den seit dem 1. Januar 1926 bis zum 30. Juni 1926 aufgenommenen Auslandsanleihen von insgesamt 2358 Millionen Mark entfallen nach der Berechnung des „Berliner Tageblatts“ nur 126 Millionen Mark auf die Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige Kredite, so daß die tatsächliche Zunahme der Auslandsverschuldung seit dieser Zeit 2232 Millionen Mark betrug.

Trotz einer allmählichen Milderung der Anleihebedingungen eine in die Millionen gehende Zinsenlast für „das deutsche Gesamtkapital, die wiederum zu einer der Ursachen der Rationalisierung wird, der gesteigerten Intensivierung der Arbeitsleistung, der Produktionskostensenkung auf Kosten der Arbeiterschaft, um auf diese Weise außer der Verzinsung der aufgenommenen Anleihen eine angemessene Rente für das produktive Kapital herauszuholen.

Von dem in Deutschland produzierten Mehrwert fließt ein sich auf viele Millionen beziffernder Anteil als Revenue in die Keller des amerikanischen Bankkapitals. Das amerikanische Bankkapital verflucht sich mit dem deutschen produktiven Kapital. Ein neues Finanzkapital wächst in Deutschland auf, dessen in Deutschland erzeugter Mehrwert zum großen Teil als Revenue von dem das deutsche produktive Kapital kontrollierenden amerikanischen Bankkapital „angeeignet wird.

Neben diesem ausländischen Anleihemarkt in Deutschland hat sich in den letzten Monaten, als Folge der Geldflüssigkeit, ein sich vergrößernder inländischer Anleihemarkt entwickelt. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1926 sind über eine Milliarde Mark Inlandsanleihen untergebracht worden, darunter, in Form von Pfandbriefen, zahlreiche Agraranleihen. Im übrigen nehmen an den Inlandsanleihen dieselben Kapitalsschichten teil wie an den Auslandsanleihen.

Das zur Erfüllung der Inlandsanleihen erforderliche Geld ist zum erheblichen Teil eine Abzweigung aus den nach Deutschland gelangten Auslandsanleihen, die als Einlagen sich bei den Großbanken angesammelt haben.

In stärkster Konkurrenz vielfach mit dem ausländischen Bankkapital hat das inländische Bankkapital versucht, sich einen Teil des inländischen Anleihemarkts zu erobern. Ein Beispiel dafür ist die 250-Millionen-Anleihe des Ruhrmontantrusts, bei der nach heftigen Kämpfen das deutsche Bankkapital sich schließlich mit einem Anteil von 90 Millionen Mark begnügen mußte, während das amerikanische Bankkapital die Hälfte der gesamten Anleihe und damit die Führung der internationalen finanz-kapitalistischen Kontrolle über den Ruhrmontantrust ausgeübt hat, die jene 250-Millionen-Anleihe bedeutet.

Eine besondere Form der Kreditgewährung an das deutsche produktive Kapital sind die Staatssubventionen, sind die Kredite aus öffentlichen Mitteln, wie zum Beispiel der Stickstoff- und Kalikredit, der Kredit an die Mannesmann-Werke und neuerdings die Lombardierung des Getreides neuer Ernte durch die Reichsbank und die Preußische Genossenschaftskasse.

[497] Als Ergebnis stellt sich heraus: die Kredite, aus- und inländisch untereinander verflochten, sich vielfach auf die gleichen Konzerne beziehend, sind ein Mittel der finanzkapitalistischen Durchdringung des deutschen Kapitalismus, sind der wichtigste Hebel zum Aufbau des neuen Finanzkapitals in Deutschland – unter Führung des amerikanischen Bankkapitals.

Die Milliardenkredite, die nach Deutschland strömen und die in Deutschland zum erheblichen Teil aus den fremden Anleihen aufgelegt werden, verwandeln noch schneller als es vor dem Kriege der Fall war, den „wirklich fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals und den Kapitalseigentümer in bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten“ (Marx: „Kapital, III.,

1., S. 423). Der wirklich fungierende Kapitalist in Deutschland ist im doppelten Sinne Verwalter fremden Kapitals: einmal insofern, als das Kapital, das er verwaltet, vom kreditierten Bankkapital gegebenes Kapital ist; zum anderen insofern, als dieses fremde, kreditierte Kapital aus den Bankkellern der Vereinigten Staaten stammt.

IV.

Damit ergibt sich schließlich auch die veränderte Stellung des deutschen Bankkapitals. Es ist nicht mehr ausschließlich Eigner, wie vor dem Kriege, des von ihm dem wirklich fungierenden Kapitalisten kreditierten Kapitals, sondern ist gleichfalls zum erheblichen Teil Verwalter fremden amerikanischen Bankkapitals geworden.

Die Banken verwalten das Geldkapital jenes Teiles des Industrie- und Warenhandlungskapitals, der sich in der Geldform verselbständigt. (Marx: „Kapital“, III. 1., S. 299.)

Hatten vor dem Kriege die deutschen Großbanken das Monopol der finanzkapitalistischen Führung im deutschen Gesamtkapital, so ist diese Führung jetzt auf das amerikanische Bankkapital übergegangen. Zwar hat sich entsprechend der zunehmenden Konzentration im ganzen deutschen Gesamtkapital auch das Bankkapital in Deutschland noch mehr als vor dem Kriege konzentriert. Die Großbanken haben noch mehr als vor dem Kriege ihr Übergewicht innerhalb des deutschen Bankkapitals durchgesetzt. Aber ihre Monopolstellung ist nicht mehr eine selbständige, sondern ist vom amerikanischen Bankkapital vielfach abhängig geworden. Das kommt darin zum Ausdruck, daß ein erheblicher Teil der Aktien der deutschen Großbanken im amerikanisch-englischen Besitz sich befindet.

Dieses verminderte Gewicht des deutschen Bankkapitals, verglichen mit der Vorkriegszeit (gegen die Inflationszeit gewiß vergrößert), zeigt sich schon in der Größe der Aktienkapitalien. Die sieben Berliner Großbanken: die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, die Dresdner Bank, die Darmstädter und Nationalbank, die Commerz- und Privatbank, die Berliner Handelsgesellschaft und die Mitteldeutsche Kreditbank, verfügten vor dem Kriege über Aktienkapitalien, die sich zwischen 200 Millionen (Deutsche Bank) und 60 Millionen Mark (Mitteldeutsche Kreditbank) bewegten; abgesehen von der Darmstädter und Nationalbank, die, vor dem Kriege noch aus zwei selbständigen Banken bestehend, ein Aktienkapital von 250 Millionen Mark kommandierte. Heute bewegt sich das Aktienkapital jener Banken zwischen dem höchsten von 150 Millionen Mark bei der Deutschen Bank und 22 Millionen Mark bei der Mitteldeutschen Kreditbank.

[498] Stellt man die Aktienkapitalien der Großbanken von 1913 dem ersten Abschluß nach der Goldbilanzierung gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

	Aktienkapital		Reserven		Kreditoren		
	In Millionen Mark						
	1924	1913	1924	1913	1924	Goldbil.	1913
Deutsche Bank	150	200	50	112,5	864	349	1580
Diskonto-Gesellschaft	100	200	47	81,3	682	216	674
Dresdener Bank*)	78	200	22	61,8	684	189	958
Darmstädter u. Nationalbank	60	250	40	48,5	669	195	847
Commerz- und Privatbank	42	145	21	22,5	378	144	315
Berliner Handelsgesellschaft	22	110	5	3,5	131	31	296
Mitteldeutsche Kreditbank	22	60	2,2	9,1	62	16	130

In Wirklichkeit ist das Zusammenschrumpfen des Bankkapitals noch größer, als es diese Tabelle ausdrückt; denn seit 1913 haben die Großbanken auch einen großen Teil der mittleren Provinzbanken in sich aufgenommen.

Wie die Aktienkapitalien sind auch die Kreditoren, das heißt das von den Banken verwaltete Geldhandlungskapital, das ihnen aus dem Industrie- und Warenhandlungskapital, das ihnen zum Teil auch aus Ersparnissen der Mittelschichten zuströmt, erheblich zurückgegangen und dementsprechend auch die von ihnen bewirkten Ausleihungen. Der Wechselbestand erreichte in der Eröffnungsbilanz

*) Die Dresdener Bank erhöht jetzt ihr Aktienkapital auf 100 Millionen Mark.

am 1. Januar 1924 nicht einmal zwei Prozent des Wechselbestandes von 1913 und blieb trotz aller Steigerung Ende 1924 noch um zwei Milliarden Mark gegen 1913 zurück, Die Debitoren im Kontokorrentverkehr waren 1924 noch um drei Milliarden geringer als Ende 1913; die Warenvorschüsse um 600 Millionen Mark.

1925/26 hat sich mit dem Einströmen der Auslandsanleihen dieses Bild gewandelt. Ende 1925 zeigten im Vergleich mit Ende 1924 die Summen der Konten für die großen Banken eine erhebliche Steigerung, wobei immer wieder unterstrichen werden muß, daß sowohl die fremden Mittel, über die die Banken verfügen, wie die Anlagen, die sie aus diesen Mitteln machen, zum erheblichen Teil aus den Auslandsanleihen stammen, die sie als Agenten des amerikanischen Bankkapitals verwalten.

Eine Betrachtung schließlich der zwei letzten Monatsbilanzen vom 30. April zeigt dasselbe Bild. Für die Berliner Großbanken – ohne die Berliner Handelsgesellschaft – ergibt sich mit dem Vergleich des 28. Februar eine Steigerung aller Kreditoren von 4530,2 Millionen Mark um 2,106 Millionen Mark auf 4736 Millionen Mark.

Der größte Teil der in die Banken gelegten fremden Gelder ist in Wechseln ausgelegt worden. Die Wechselbestände der sechs Großbanken haben sich von Ende Februar bis Ende April um 139 Millionen Mark auf 1383 Millionen Mark gesteigert. Der Überfluß an kurzfristigen Geldern wird in leicht zu realisierenden Wechseln angelegt.[*)]

Das Verhältnis des deutschen Bankkapitals zum deutschen Industriekapital ist schließlich nicht nur dadurch verändert, daß die Führung über das in Deutschland fungierende Geldhandlungskapital auf das [499] amerikanische Bankkapital übergegangen ist, nicht nur, daß vielfach die Kommandeure der deutschen Industriekonzerne direkt unter Übergehung des deutschen Bankkapitals mit dem amerikanischen Bankkapital Verträge abschließen, wodurch die Führerstellung des deutschen Bankkapitals noch mehr erschüttert wird, sondern auch dadurch, daß die öffentlichen Banken im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik im Interesse des Industriemonopols in scharfer Konkurrenz zu den privaten Banken sich entwickelt hatten. Die Subventionen, die Kredite aus öffentlichen Mitteln, werden durch die öffentlichen Banken, die Reichsbank, die Reichskreditgesellschaft, die Preußische Staatsbank, die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, vermittelt. Dadurch vermag sich das monopolisierte Industriekapital von der Führung des deutschen Finanzkapitals zu emanzipieren, mit dem Erfolg allerdings, daß es der Kontrolle des amerikanischen Bankkapitals um so weniger entgehen kann.

Das deutsche Gesamtkapital hat in der Entwicklung der letzten Jahre mittels des Dawes-Pakts, der Stabilisierung, während der Entwicklung der Kreditbeziehungen, gestützt auf den Dollar, eine gewisse Selbständigkeit sich zu erringen gewußt. Aber das Finanzkapital, das sich in Deutschland entwickelt, entwickelt sich auch heute noch unter dem Patronat des amerikanischen Imperialismus.

*

Der Zollkampf in der Tschechoslovakei und seine Ergebnisse

Von Robert Bürger

Man hat im allgemeinen in den letzten Monaten den Vorgängen in der Tschechoslovakei keine allzu große Aufmerksamkeit zugewandt. Mit Unrecht; denn die Tschechoslovakei hat in diesem letzten Halbjahr außerordentliche wirtschaftliche und politische Erschütterungen erlebt, und die Wandlungen in der Struktur des Staates sind bei der Bedeutung des Landes für die europäische Revolution vor allem für die unmittelbaren Nachbarn der Tschechoslovakei von großer Wichtigkeit. Besonders die deutschen Arbeiter sollten die Vorgänge in der Tschechoslovakei nicht nur vom Standpunkt zufälliger Ereignisse, die die Aufmerksamkeit auf sich lenken, beobachten. Denn für die deutsche Arbeiterklasse ist das tschechoslovakische Proletariat einer der wichtigsten Verbündeten.

[*)] Die Junibilanzen zeigen eine Verlangsamung in der Zunahme der Kreditoren; nur 125 Millionen Mark im Mai und Juni gegen 201 Millionen Mark im März und April bei den Berliner Girobanken. Auch die Ausleihungen der Banken sind entsprechend zurückgegangen.

Die Tschechoslovakei hatte bis zum Ende des vergangenen Jahres wirtschaftlich ausgesprochene Konjunkturzeiten. Der Export der Textil- und Metallindustrie „beschäftigte diese Industrien beinahe vollständig. Auch die sehr wichtige Glas- und Keramindustrie war im Gange. Die Ernte des vergangenen Jahres war eine gute. Es herrschte rege Bautätigkeit. Bloß die Kohlenindustrie, die sich infolge der übermächtigen Auslandskonkurrenz und bei der fortschreitenden Rationalisierung der Kohlenverwertung seit 1924 im ständigen Abstieg befand, wies schwere Krisenmerkmale auf.

Mit Beginn des Jahres 1926 trat ein merklicher Umschwung ein. Vor allem die Textilindustrie, eine der Hauptindustrien des Landes, die in Nord-, Ost- und Mittelböhmen sowie in Brünn und im Egerland konzentriert ist, hatte mit großen Schwierigkeiten beim Export zu kämpfen. In den Balkanländern und in Ungarn machte sich dort seit kurzem einheimische, aber auch deutsche Konkurrenz bemerkbar. Nach Ungarn ist ein nicht unerheblicher Teil der tschechischen Textilindustrie wegen der dort herrschenden [500] gesteigerten Ausbeutungsmöglichkeiten verschleppt worden. Die Glas- und Keramindustrie hat seit März dieses Jahres eine geradezu katastrophale Krise zu verzeichnen. Die Glasöfen stehen zur Mehrzahl; der Export der wertvolleren Waren kommt beinahe völlig zum Stillstand, da auch hier die ausländische Konkurrenz mit den Methoden der Rationalisierung und damit der Preisunterbietung wirkungsvoll arbeitet. Die Metallindustrie ist die einzige halbwegs gut beschäftigte Industrie; sie ist aber allein nicht ausschlaggebend. Die Kohlenkrise dauert beinahe unvermindert an; bloß der englische Bergarbeiterstreik hat in den Steinkohlenrevieren von Ostrau und Rossitz eine minimale Mehrverladung von Haldenkohle hervorgerufen. Die Zahl der Konkurse ist in den letzten Monaten gestiegen; der Konsum der Bevölkerung gesunken. Die breiten Massen der tschechoslovakischen Bevölkerung gleiten in ihrer Lebensführung langsam, aber stetig abwärts.

Bis zum März dieses Jahres regierte in der Tschechoslovakei die allnationale tschechische Koalition, die alle tschechischen Parteien von der faschistischen Nationaldemokratie bis zu den tschechischen Sozialdemokraten umfaßte. Man hat diese Koalition den tschechischen Arbeitern vor allem wegen ihrer großen Verdienste auf sozialpolitischem Gebiete gepriesen und sie als eine unerläßliche Voraussetzung für den Bestand des Staates als eines tschechischen erklärt, das heißt als eine Voraussetzung der unumschränkten Herrschaft der tschechischen Bourgeoisie. Die Wirkung dieser „sozialen Errungenschaften“ bekommen die Arbeiter bei der nunmehr hereingebrochenen Krise zu spüren ... Die Arbeitslosen werden nach dem „Genter System“ unterstützt, besser gesagt: nicht unterstützt. Das Genter System macht aus den Gewerkschaften Zahlstellen der staatlichen Bürokratie; es macht zehntausende Arbeiter vollkommen brotlos und gibt die Kurzarbeiter ebenfalls dem unglaublichsten Elend preis, da sie nicht oder so gut wie nicht unterstützt werden. Die Sozialversicherung, die am 1. Juli letzten Jahres in Kraft trat und die auch im Ausland als ein Wunderwerk der Sozialpolitik gepriesen wird, vernichtet die letzten Reste der Selbstverwaltung der Arbeiterkrankenkassen, welche in staatliche Sozialversicherungsanstalten verwandelt werden, raubt den Versicherten eine ganze Reihe von Vergünstigungen und vertröstet sie im übrigen auf eine freundlichere Zukunft. Es ist selbstverständlich, daß die oben angeführten wirtschaftlichen Tatsachen in Verbindung mit der Enttäuschung über die Versprechungen auf sozialpolitischem Gebiet, die Arbeiterschaft auf das tiefste erbittern mußten. Dazu kam, daß im vergangenen Jahre bereits die sogenannten gleitenden Getreidezölle ein Sinken des Brotpreises bei steigendem Elend verhinderten, ja, daß im Gegenteil ein Steigen der Brotpreise zu verzeichnen war. All dies erregte aber die Arbeiterschaft bis weit hinein ,in die Reihen der beiden regierungssozialistischen Parteien, der Sozialdemokraten und der tschechischen Sozialisten, der Partei des Außenministers Benesch, der auch der Präsident der Republik Masaryk nahe steht.

Die Wahlen des November 1925 hatten der Kommunistischen Partei 950.000 Stimmen gebracht und sie zur zweitstärksten Fraktion im Parlament gemacht. Die tschechische Sozialdemokratie verlor ebensoviel Stimmen, die deutsche Sozialdemokratie mehr als eine Viertelmillion und die ungarische Sozialdemokratie verschwand spurlos vom Erdboden. Die Situation für die beiden Regierungssozialistenparteien – die tschechischen Sozialisten hatten ihren Bestand ungefähr behauptet – war nach den Wahlen eine recht schwierige, denn sie mußten ihre Position sowohl den Kommunisten als auch der immer frecher werdenden Bourgeoisie gegenüber, der sie keine ausreichenden Dienste mehr leisten konnten, verteidigen. Die beiden Parteien [501] suchten also nach einer Gelegenheit, ähnlich der

Sozialdemokratie in Deutschland, „freie Hand“ zu bekommen, d. h., freie Hand für einen Betrug der Arbeiter, betrieben durch eine Opposition, mit der man sich den Zutritt zu den Ministerfauteuils nicht verrammelt.

Die Situation in der Tschechoslovakei wurde stets nicht nur durch die sozialen Fragen gekennzeichnet. Die n a t i o n a l e n Fragen stehen in diesem Land der sechs Nationen, in welchem die Staatsnation selbst in zwei Teile zerfällt, und deren stärkste Minderheit, nämlich die deutsche, beispielsweise 70 Prozent der Textilindustrie, 60 Prozent der Metallindustrie, 50 Prozent des Bergbaues, 80 Prozent der Keram- und Glasindustrie in Händen hat, ganz abgesehen von den Banken und Handel, ständig auf dem Programm. Die tschechische Bourgeoisie benutzte mit Geschick das soziale Moment der Ausbeutung der slavischen Arbeiter und Bauern durch den deutschen und magyarischen Bourgeois und Großgrundbesitzer, um daraus Kraft zu ziehen für die Tschechisierung von Kapital, Industrie und Handel. Es ist so seit 1918 eine wesentliche Strukturverschiebung vor sich gegangen. Es ist eine starke, kapitalskräftige tschechische Industrie- und Handelsbourgeoisie entstanden, der auf dem flachen Lande die neue Agrarbourgeoisie zur Seite steht, das sind die Besitzer der enteigneten Großgrundbesitze und Restgüter, die nur zu einem geringen Teil den landhungrigen Kleinbauern zukamen und vor allem dazu benutzt wurden, in den Gebieten der nationalen Minderheiten die deutschen Grundbesitzer durch tschechische zu ersetzen. In der Entwicklung der tschechischen Bourgeoisie ist nunmehr ein gewisser Still. stand eingetreten. Das Maß des Erreichbaren ist erreicht. Nun gilt es, den bürgerlichen Staat mit allen Mitteln zu halten, konkurrenzfähig zu bleiben, in der Industrie zu rationalisieren. Kurz, ein Teil der tschechischen Bourgeoisie beginnt zu erkennen, daß man zur Rettung des Erworbenen sich mit dem bisherigen „nationalen Feind“ auf der Grundlage des Klasseninteresses vereinigen müsse. So eilt denn die Tschechoslovakei mit Riesenschritten dem von Pazifisten und melancholischen Sozialdemokraten erträumten nationalen Ausgleich entgegen, aber einem Ausgleich zwischen den beiden B o u r g e o i s i e n, der tschechischen und der der nationalen Minderheiten, also vor allem der deutschen.

Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament beschleunigten diese Entwicklung und machten diese Frage zu einer entscheidenden, denn die allnationale Koalition besitzt in der gegenwärtigen Nationalversammlung eine minimale Mehrheit von zehn bis fünfzehn Stimmen, so daß bei Grippe-Epidemien nicht regiert werden kann, wenn zufälligerweise auf der Regierungsseite der Schnupfen ärger wütet als bei der Opposition. Die Schwierigkeiten, welche von den Arbeitern den beiden regierungssozialistischen Parteien bei Beginn dieses Jahres gemacht wurden, trieben, da nach den Wahlen die tschechische Bourgeoisie die Stärke ihrer Position kräftig ausnützte, nun die beiden Parteien dazu, zunächst in eine Scheinopposition einzutreten. So kam es zu dem Sturz des allnationalen Ministeriums Svehla. Die beiden Parteien wurden aber von ihrer Bourgeoisie schwer genarrt. Sie rechneten damit, eine angenehme Opposition führen zu können und dabei gleichzeitig Regierungspartei zu bleiben, um, wenn ein paar Gesetzentwürfe (feste Getreidezölle, Pfaffengehälter usw.) unter Dach und Fach wären, wieder in die Regierung eintreten zu können. Das Spiel wurde ihnen aber versalzen. Das Beamtenkabinett Cerny, das seit März regiert, und in dem als einziger parlamentarischer Minister der Außenminister Benesch verblieb (der inzwischen aus parteidemagogischen Gründen sein Mandat niederlegte), schuf sich, deutlich gestützt auf die Prager Burg, eine neue Regierungsmehrheit [502] aus allen tschechisch-bürgerlichen Parteien, den bisher oppositionellen slovakischen Klerikalen und den deutschen Agrariern, deutschen Christlich-Sozialen und Gewerbe-Parteilern, mit denen auch eine kleine Gruppe ungarischer Bürgerlicher zusammengeht. Diese neue Koalition führt den Namen „Zollkoalition“, denn sie peitschte im Parlament die festen Getreidezölle durch, welche zur Folge hatten, daß der Preis des Mehles und Brotes rapid stieg, sie erhöhte die Pfaffengehälter und schuf ein ganz unzulängliches Beamtengehaltsgesetz. Diese Verhandlungen im Parlament hatten ihresgleichen nicht aufzuweisen. Die beispiellose Empörung der arbeitenden Bevölkerung über die Tatsache der Verteuerung der Lebensmittel in einem Augenblick der schwersten Wirtschaftskrise fand im Vorgehen der kommunistischen Fraktion, das überall den lautesten Widerhall auslöste, ihren Ausdruck. Spontane Demonstrationsstreiks, überfüllte Massenversammlungen, Demonstrationen, die blutigen Zusammenstöße in Prag, gemeinsame Kundgebungen aller sozialistischen Parteien unter dem Druck der von

den Kommunisten geführten Arbeiter, waren die Begleitmusik zu der Demolierung des Parlamentssaals. Man zertrümmerte nicht nur die Ministerbank; man nahm dem Präsidenten nicht nur die Glocke weg; es waren dies nicht leere parlamentarische Demonstrationen, sondern die beste Symbolisierung der Empörung der Massen, die ungeteilten Beifall bei allen Arbeitern fanden.

Nun ist eine Parlamentspause eingetreten, die eingeleitet wurde durch das große Sokolfest, das Fest der tschechischen nationalen Turnerschaft. Der Sokolkongreß wurde zu einer Demonstration für die Politik Masaryks und Beneschs gestaltet, der Politik, die daraufhin abzielt, mit demokratisch bemäntelten Methoden Ausbeuterpolitik zu treiben, den Bourgeoisstaat zu konsolidieren, zu diesem Zweck den Ausgleich mit den Bourgeoisien der Minderheiten herbeizuführen und den Faschismus deswegen zu bekämpfen, weil er die breite Basis der Gesamtbourgeoisie national zersplittert und dadurch die Möglichkeit bietet, daß die einheitliche Front der Arbeiter allzu rasch übermächtig werden könnte.

Man hat also zunächst den faschistischen Generalstabschef Gajda, der eigentlich ein Deutscher ist und an dessen mehr als dunkle Vergangenheit man sich plötzlich erinnert, entfernt. Die Entfernung Gajdas hat zu einer tiefgehenden Krise im tschechischen Lager geführt. Der Fall Gajda ist mehr als eine Sensation, die in der Tatsache besteht, daß der jugendliche Generalstabschef einmal Spion der Weißen und dann der Roten währen der Bürgerkriege in Rußland und im russisch-polnischen Krieg gewesen sein soll. An Gajda entzündet sich der Streit um die Frage: Hegemonie des tschechischen Kapitals oder Koalition des tschechischen und deutschen Kapitals. Man verhandelt inzwischen offen über den Eintritt der vorher erwähnten deutschen Parteien in die Regierung. Die tschechischen Sozialisten und die tschechischen Sozialdemokraten toben. Denn die eigentlich Gefoppten sind sie; und während die tschechischen Sozialisten offen dagegen protestieren, daß der tschechische Staat nun auch von Deutschen regiert werden solle, tun dies die Sozialdemokraten nur versteckt, indem sie daran erinnern, welche herrlichen sozialen Errungenschaften die alte Koalition zu verzeichnen hatte, während sie aber in Wirklichkeit gleichfalls an die nationalen Instinkte appellieren.

Die Entwicklung wird, so glauben wir, so vorwärts gehen, daß für die nächste Zeit zunächst einige billige Konzessionen an die Deutschen zu erwarten sind. Dafür werden die Deutschen das Budget bewilligen. In der Frage der Militärdienstzeit (die verlängert werden soll) werden zwar die Deutschen nicht gut mittun können, aber da werden die Regierungssozialisten im Interesse der Vaterlandsverteidigung einspringen. Der rechte Flügel der [503] tschechischen Bourgeoisie, die Nationaldemokratie unter Kramarsch, wird einen Eintritt der Deutschen in die Regierung selbst kaum mitmachen, aber als Ersatz werden dann immer beide oder eine von beiden regierungssozialistischen Parteien zur Verfügung stehen.

Die Periode der relativen Stabilisierung wird in der Tschechoslovakei durch ein treffliches Beispiel erläutert.

Ein Auf und Ab von Konjunktur und Krise und die Umwandlung des als Nationalstaat anno 1918 „eröffneten“ Staates in einen Nationalitätenstaat noch vor dem achten Jahrestag der Republik; der Einfluß der kommunistischen Partei nicht nur ungeschmälert; die Möglichkeiten ihrer Agitation im Steigen; die tschechische Bourgeoisie in einen offen faschistischen und in einen auf nationalen Ausgleich drängenden Teil gespalten; in der auswärtigen Politik in Wirklichkeit vollkommene Isolierung, da die Abhängigkeit von Frankreich gerade jetzt eine schlechte Kapitalsanlage ist und die Feindseligkeit gegen die Sowjetunion mit der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Verbindung mit ihr in krassem Widerspruch steht; Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit; Lebensmittelteuerung und Wohnungselend, das jetzt durch ein neues Bauten- und Mietergesetz verewigt werden soll; Zerstörung der nationalen Illusionen beim Proletariat auf allen Seiten; Herausbildung einer klaren Klassenfront; Drängen der Arbeiter zum einheitlichen Kampf; eine Welle von Streiks und Demonstrationen; vollkommene Blamage der Sozialdemokratie, die auch jetzt, nachdem ihr tschechischer Teil in Opposition steht, national gespalten bleibt, um sich für ihre Bourgeoisien in Reserve zu halten; und immer wieder: gesteigerte Wirkungskraft der Kommunisten: das ist die augenblickliche Lage in der Tschechoslovakei.

RUNDSCHAU

Internationale Politik

In den letzten Wochen zeigte die englische Außenpolitik wieder eine außerordentliche Regsamkeit. Es handelt sich darum, die Aktion Piłsudskis gegen Litauen und gegen Sowjetrußland gründlich vorzubereiten. Die englische konservative Regierung fühlt, daß der Boden unter ihren Füßen wankt. Der heldenhafte Widerstand, den die englischen Bergarbeiter nun schon ein Vierteljahr gegen die Bourgeoisie leisten, zeigt die Kraft des britischen Proletariats. Die englischen Arbeiter haben zwar den Generalstreik verloren, aber trotzdem ist keine Rechtsbewegung in der Arbeiterschaft zu merken. Im Gegenteil. Das erstaunliche Wachstum der Kommunistischen Partei Englands, des Kommunistischen Jugendverbandes und der Auflage der kommunistischen Presse zeigen, wie die Massen wirklich gestimmt sind. Bei allen Nachwahlen zum Unterhaus wird die Regierung geschlagen und siegt die Arbeiterpartei. Diese Wahlresultate bedeuten nicht etwa, daß die Masse des englischen Proletariats zur Macdonald-Führung besonderes Vertrauen hätte. Aber die werktätige Bevölkerung will dadurch ihren Haß gegen die Bourgeoisie beweisen, daß sie „sozialistisch“ wählt. Ein Barometer für die politische Entwicklung Englands ist auch diesmal wieder Lloyd George. Er fährt fort, arbeiterfreundliche Reden zu halten und mit dem rechten Flügel der Arbeiterpartei zu kokettieren. Lloyd George spekuliert darauf, daß die wachsende Erbitterung der Massen die Stellung der Baldwin-Regierung immer mehr erschüttern wird. Vielleicht schon im kommenden Winter wird sich das Unterhaus auflösen müssen, dann wird die konservative Mehrheit, die durch den gefälschten Sinowjew-Brief zusammengeschoben wurde, verschwinden. Es ist dann mit einer Übergangsregierung zu rechnen, bei der Lloyd George zusammen mit den „Staatsmännern“ der Arbeiterpartei versuchen wird, das Proletariat irrezuführen.

Solange der extreme Flügel der englischen Konservativen noch an der Macht ist, bietet er alles auf, um durch brutale Schläge seine Gegner niederwerfen zu können. Das bedeutet innerpolitisch verschärften Polizei- und Gerichtsterror gegen die Arbeiter unter Leitung des würdigen Joynson-Hicks, im britischen Reichsmaßstab die verstärkte Anwendung von Fliegerbomben und Maschinengewehren gegen [504] die Ägypter, Inder und Irak-Araber, und endlich außenpolitisch die Vorbereitung des neuen Krieges gegen Sowjetrußland. Die Kriegsrüstungen Polens gegen Litauen lassen sich nicht ableugnen, denn die Dinge, um die es sich hier handelt, sind ja von der polnischen bürgerlichen Presse selbst verraten worden. Piłsudski ließ in Warschau einige Zeitungen konfiszieren, die allzu offenkundig über die militärischen Vorbereitungen erzählten. Die litauische Regierung hat amtlich auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die ihr von Polen droht. Die innerpolitische Lage Polens ist es, die Piłsudski zu einem Kriegsabenteuer drängt. Piłsudski ist nicht imstande, irgendeines der Probleme zu lösen, die im heutigen Polen die Massen der Bevölkerung zur Verzweiflung bringen. Auch unter der Regierung Piłsudski-Bartel-Mosziski haben die polnischen Erwerbslosen keine Arbeit bekommen und die landarmen Bauern keinen Boden. Auf der anderen Seite ist das Mißtrauen der national-demokratischen Faschistencliquen gegen Piłsudski noch nicht überwunden. Ein frisch-fröhlicher „nationaler“ Krieg wäre das beste Mittel, um für eine gewisse Zeit die Massen von ihren Nöten abzulenken und um die nationale Einheitsfront aller polnischen Militaristen, Junker und Bankschieber unter den „ruhmreichen“ Fahnen Piłsudskis zu bilden. Wenn man dabei noch die finanzielle und moralische Unterstützung Englands erhält, um so besser. Die Wiedervereinigung Polens und Litauens ist ein altes Stück der Piłsudski-Ideologie. Die polnischen Machthaber wollen entweder durch den Druck ihres militärischen Aufmarschs Litauen zur Kapitulation zwingen oder aber direkt mit bewaffneter Hand über Litauen herfallen. Wie so etwas gemacht wird, das zeigte ja vor mehreren Jahren der Handstreich des polnischen Generals Zeligowski gegen Wilna. Damals tat die polnische Regierung, als wisse sie von nichts. Zeligowskj bildete privat die Freikorps mit denen er die wichtigste Stadt Litauens eroberte. Auch diesmal könnten sich die amtlichen polnischen Stellen in den Mantel der Friedensliebe hüllen, während die Piłsudski-Schützen illegal den Bandenkrieg gegen Litauen führen. Ist aber einmal Litauen in Polens Hand, so ist die direkte Verbindung Polens mit Lettland und Estland hergestellt. Dann kann die polnische Armee zusammen mit den Weißgardisten der Randstaaten den nächsten Akt, den Vorstoß gegen Sowjetrußland, vorbereiten.

Für das Gelingen dieses englisch-polnischen Planes ist von entscheidender Bedeutung, wie sich in einem solchen Fall die deutsche Regierung verhalten würde. Denn Polen kann einen Krieg an seiner Grenze nur dann führen, wenn seine Westgrenze gegen Deutschland gesichert ist. Die englische Politik konzentriert sich also darauf, die wohlwollende Neutralität Deutschlands gegenüber Piłsudski herbeizuführen. Nun ist in den letzten Monaten ohne Zweifel der englische Einfluß auf die deutsche Regierung geschwächt worden. Der Mißerfolg der letzten Völkerbundstagung, auf der es nicht gelang, Deutschland in den Völkerbund hineinzubringen, wirkt sich bis zum heutigen Tage aus. Wichtige Teile der deutschen Bourgeoisie wollen an Stelle der englischen die französische Orientierung. Die Verständigung zwischen der deutschen und französischen Eisenindustrie ist inzwischen nach vielmonatlichen Verhandlungen zustande gekommen. Handelspolitisch ist ein neuer provisorischer Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen worden. Die Herausbildung eines Wirtschaftsblocks zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie, von dem in den letzten Jahren so viel geschrieben wurde, ist jetzt tatsächlich im Gange. England bietet alles auf, um dessen ungeachtet seine Vormachtstellung in Berlin zu behaupten. Die englische Regierung kann der deutschen Bourgeoisie dreierlei versprechen. Erstens den Sitz im Völkerbundsrat, den Deutschland im kommenden September in Genf erhalten soll, zweitens die Befriedung deutscher Kolonialwünsche, die in den letzten Monaten immer lauter geäußert wurden, und endlich wichtige Konzessionen im Osten. Wenn Polen durch die Hilfe Deutschlands Litauen niederwirft, kann es z. B. aus der litauischen Beute das Memelland an Deutschland zurückgeben. Oder man kann den Freistaat Danzig so vergrößern, daß er die Lücke zwischen Pommern und Ostpreußen ausfüllt. dann würde die Eisenbahnverbindung zwischen dem übrigen Deutschland und Königsberg nicht mehr durch den polnischen Korridor gehen, sondern nur noch über Danzig. Der Pariser „Temps“ hat kürzlich enthüllt, daß über diesen Gegenstand bereits Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen geschwebt haben. Endlich könnte Deutschland in Oberschlesien wichtige wirtschaftliche Zugeständnisse erhalten. Es könnte irgendwie eine einheitliche Vertrustung zwischen dem deutschen Ost-Oberschlesien und dem polnischen West-Oberschlesien hergestellt werden.

Es spricht sehr vieles dafür, daß die deutsche Bourgeoisie auf ein derartiges Angebot eingehen und daß Stresemann unter solchen Bedingungen Piłsudski den Rücken decken würde. Wie weit die deutsch-polnische Verständigung gediehen ist, wird sich in nächster Zeit aus zwei Momenten entnehmen lassen, aus den Fortschritten der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen und aus der Haltung Polens auf der Völkerbundstagung in Genf. Ist es England gelungen, bis dahin das deutsch-polnische, Geheimabkommen zu sichern, so wird Polen den deutschen Ansprüchen auf einen Sitz im Völkerbundsrat keinen Widerstand entgegensetzen.

Zur selben Zeit haben die englischen Konservativen sich bemüht, die wohlwollende Unterstützung Italiens zu gewinnen. Man hat den Italienern einen Anteil an der Kontrolle über die internationale Stadt Tanger gewährt. Damit hat Italien seinem alten Wunsch gemäß in Marokko festen Fuß gefaßt. Dazu kommt der wichtige englisch-italienische Vertrag, worin die beiden Großmächte sich [505] Abessinien aufteilen: ein besonders interessanter Vorgang, denn Abessinien ist ein Mitglied des Völkerbundes. Ist es zulässig, daß zwei große Völkerbundsmächte einen kleineren Völkerbundsstaat ausrauben? Die Vertreter Abessiniens werden in Genf im September diese Frage stellen. Man kann sich dabei auf interessante Antworten einrichten.

In welcher Weise England versuchen wird, auch die französische Politik sich günstig zu stimmen, ist noch nicht klar. Aber zur selben Zeit, in der die Agenten Englands in Berlin die lockendsten Vorschläge für eine deutsch-polnische Verständigung machten, hielt Chamberlain im Unterhaus drohende Reden gegen Deutschland. Er entdeckte plötzlich, daß Deutschland unzureichend abgerüstet sei, und er erklärte, daß die Entente in Locarno nicht versprochen habe, die rheinischen Besatzungsstärken abzubauen. Was soll das bedeuten? Die englische Politik hält sich gegenüber Deutschland zwei Wege offen. Entweder will man die direkte Verständigung mit Berlin. Oder aber man verständigt sich mit Paris, indem man den militaristischen französischen Gewaltpolitikern Vorschub leistet, und zwingt dann Deutschland durch das gemeinsame englisch. französische Diktat alles auf, was man will. Diese Bestrebungen kreuzen sich heute mit den Wünschen zu einer direkten deutsch-französischen Verständigung, die oben angedeutet wurden.

Bemerkenswert ist endlich das Bestreben der englischen Bourgeoisie, auch Amerika in die antibolschewistische Einheitsfront hineinzuziehen. In den letzten Wochen konnte man eine gewisse Annäherung der englisches und amerikanischen Politik in China beobachten. Die üblichen englischen Drohnoten gegen die nationale Kantonregierung werden nun auch von Amerika unterstützt. Auch in Mexiko bereitet sich im Zusammenhang mit dem Kirchenstreit eine gemeinsame Aktion des englischen und amerikanischen Petroleum-kapitals gegen die kleinbürgerlich-sozialistische Regierung Calles vor.

Die Arbeiterschaft wird diese ganzen Pläne mit verschärfter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Das englisch-russische Gewerkschaftskomitee hat in der gegenwärtigen Situation die besondere Aufgabe, den russischen Proletarierstaat mit dem britischen und dem ganzen westeuropäischen Proletariat zu verbinden im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg. Daneben ist die Haltung der deutschen Arbeiterschaft von besonderer Wichtigkeit. Sie muß die neuen Kriegsabenteuer Stresemanns vereiteln. 7.VIII. A. Rosenberg.

*

Komintern
Ultralinker Menschewismus

Seit den letzten Wochen beginnen in den verschiedenen Sektionen der Komintern neue provokatorische Vorstöße der ultralinken Gruppierungen gegen den Leninismus. Das besondere Kennzeichen dieser konzentrierten Angriffe besteht darin, daß sie nicht nur gegen den politischen Kurs der Komintern überhaupt gerichtet sind, sondern mit der stärksten desorganisatorischen Fraktionsarbeit innerhalb der einzelnen kommunistischen Parteien und neuerdings auch im internationalen Maßstabe verbunden werden. In der KP Italiens haben eine Reihe führender Mitglieder der Bordiga-Gruppe offen erklärt, daß sie die Beschlüsse des letzten Parteitags nicht anerkennen. Sie weigern sich – ungeachtet der schweren, illegalen Lage unserer italienischen Bruderpartei –, die ihnen vom ZK zugewiesene Partei-arbeit durchzuführen, da sie für die „opportunistische“ Politik dieses Zentralkomitees keine Verantwortung übernehmen könnten. In Deutschland gründeten die ausgeschlossenen ultralinken Parlamentarier eine, oder, genauer gesagt, gleich zwei neue „Parteien“, die der KPD den Krieg bis zur Vernichtung erklären. Katz nennt seine Neugründung „Spartakusbund“, Korsch nennt die seine „Gruppe internationaler Kommunisten“. Daß sich diese beiden „Parteien“ untereinander bis aufs Messer bekämpfen und sich gegenseitig der opportunistischen Nachgiebigkeit gegenüber der KPD beschuldigen, hindert sie nicht daran, die sofortige und restlose Zerstörung der KPD als die wichtigste Tagesaufgabe des revolutionären deutschen Proletariats zu proklamieren. Die Pläne und Taten dieser ultra„revolutionären“ Mitglieder des demokratischen Reichstags der deutschen Republik entbehren nicht einer gewissen Lächerlichkeit. Viel ernster und viel gefährlicher ist das Vorgehen eines anderen Teiles der deutschen Ultralinken (Ruth Fischer, Urbahns, Maslow), die es vorziehen, in der KPD zu „wirken“, um von innen her in der gleichen Richtung zu feuern, wie die Katz und Korsch von außen. Auch diese innerparteiliche Unterabteilung des ultralinken Kartells geht immer entschlossener zu den schärfsten Desorganisationsmethoden gegen die Komintern und ihre Führung, gegen die deutsche Partei und ihr ZK über.

Das neueste Auftreten der internationalen Ultralinken seit dem Märzplenum des Ekki wird aber vor allem gekennzeichnet durch die Annäherung zwischen den ultralinken Gruppen und einem Teil des rechten Flügels der Komintern, mit dem Ziel, einen Block aller oppositionellen Richtungen und Führer (ohne Rücksicht auf ihre Prinzipien und ihre Vergangenheit) zu bilden.

Noch beim Eintreten der Ultralinken für den Menschewisten Schönlank konnte man von einem Einzelfall sprechen. Viel bezeichnender ist bereits das bewußte und seit mehreren Jahren bestehende Bündnis zwischen der Bordiga-Fraktion in Italien und den wegen ihrer antikommunistischen Politik aus der französischen Partei ausgeschlossenen rechten Gruppen Souvarines und Rosmer-Monattes. Bordiga lebt seit sechs Jahren von der Legende, daß er entschlossener als alle Leninisten die Sozialdemokratie bekämpfe. Und der gleiche Bordiga sagte in der Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 23. Februar 1926 über die [506] halbfaschistische Gruppe Souvarine-Rosmer folgendes:

„Was die Fraktion der Rechten in Frankreich anbelangt, so zögere ich nicht, zu sagen, daß ich sie im ganzen als gesund und nicht als einen Ausdruck des Eindringens kleinbürgerlicher Elemente betrachte."

Schuld an dem Auftreten diese rechten Fraktion seien nicht die bürgerlichen Lakaien Souvarine und Rosmer, sondern – „die Generallinie der Internationale".

Auf ein drittes Beispiel für den politischen Block der Opposition „von links" mit dem äußersten rechten Flügel der Arbeiterbewegung wies vor kurzem unsere Parteipresse hin. Genosse Medwedjew, der engste Mitarbeiter des Genossen Schljapnikow, formuliert in einem langen „Brief an die Bakuer Genossen" den neuesten Standpunkt der ehemaligen Arbeiteropposition in der KPSU. Dieser Standpunkt läuft auf die Liquidierung des sozialistischen Aufbaues, auf die völlige Sprengung des Arbeiter- und Bauernblocks im Sowjetland hinaus; er setzt an seine Stelle die bedingungslose Kapitulation des Sowjetstaats vor dem ausländischen Finanzkapital. Und dieselben Leute, die 1922 als „klassenbewußt"-proletarische Warner vor dem Opportunismus Lenins und der angeblichen Rechtsschwenkung der Komintern aufgetreten sind, sagen heute, man solle die „Hetze" gegen die internationalen Menschewisten einstellen, das Kabinett Macdonalds sei eine wirkliche Arbeiterregierung gewesen, die westeuropäischen kommunistischen Parteien aber seien „Haufen kleinbürgerlicher Hausdiener", die von „russischem Golde" leben.

„Wir sind dafür, daß die kommunistischen Arbeitermassen ein Bestandteil der Arbeitermassen bleiben, die in den Gewerkschaften, Genossenschaften und sozialistischen Parteien usw. organisiert sind; daß alle Versuche, eine von diesen Massen als abgesonderte Organisationen der gleichen Art zu organisieren – entschieden zurückgewiesen werden müssen als Abenteuer, die die Arbeiterbewegung desorganisieren." (Brief an die Bakuer Genossen.)

Diese Plattform der russischen Ultralinken bedeutet den direkten Übergang zur Propaganda und Agitation der Zweiten Internationale.

*

Die Beispiele aus Deutschland, Frankreich, Italien und der Sowjetunion sind Ausdrücke des gleichen politischen Prozesses. Die verschiedensten „linken" und „rechten" Gruppen in und neben der Kommunistischen Internationale sammeln sich, verbünden sich, organisieren sich zum gemeinsamen Generalangriff gegen die Komintern und ihre leninistische Führung, die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Es bildet sich ein Block von Korsch und Katz, Medwedjew und Schljapnikow, Ruth Fischer, Maslow, Urbahns und Bordiga bis zu Souvarine, Balabanowa und Schönlank – der prinzipienloseste Block, die charakterloseste Gruppierung, die es bisher in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung gegeben hat.

Der Übergang des ehemaligen Linksradikalismus zum rechten Opportunismus erscheint in den Köpfen seiner Anhänger zunächst noch als „Manöver", als ein Mittel der innerparteilichen „Strategie", als ein zweckmäßiger Schritt zur Konzentration aller oppositionellen Kräfte gegen den gemeinsamen Gegner: die Führung der Bolschewiki. Aber die Logik der revolutionären Parteientwicklung ist eine höhere als die der fraktionellen „Staatsmänner". Die Ultralinken reichen dem Opportunismus nicht den kleinen Finger wie sie glauben, sondern Hirn, Herz und beide Arme, wie sie müssen. Das Manöver verwandelt sich in eine politische Richtung, das Mittel in ein politisches System und der Schritt in einen politischen Weg – den Weg zum Menschewismus. Die Linken gehen zur äußersten Rechten, weil sie mit ihr verwandt sind, weil sie durch den objektiven Inhalt und die geistigen Grundlagen ihrer Politik dorthin getrieben werden. Wer auf die Dauer vom Leninismus abweicht, ohne seine Fehler zu korrigieren, wer seine Differenzen mit dem Leninismus in eine politische Richtung verwandelt, endet folgerichtig bei dem ältesten, erfahrensten und stärksten Zentrum des Kampfes gegen den Leninismus in der Arbeiterbewegung. Dieses Zentrum ist nicht irgendein linkes Grüppchen, sondern der echte, der wirkliche, der organisierte Menschewismus. In dieser Entwicklung besteht die Gesetzmäßigkeit des Bruches mit dem Leninismus, d. h. mit der Theorie und Taktik des revolutionären Proletariats. Heinz Neumann.

SPD

Dieselben Gegensätze und Klasseninteressen, die in Deutschland die erste Hälfte des Jahres 1926 beherrschten, werden im Herbst verschärft a u s g e t r a g e n werden. Reichstagsabgeordnete können zwar in die Ferien fahren, während sich die politische Öffentlichkeit einschließlich der sozialdemokratischen Presse mit Verfassungsfeiern, deutschnationalen Untersuchungsrichtern, mit den Diebstählen auf Rügen und dem Notstandsprogramm der Regierung beschäftigt, aber das Elend der breitesten Volksschichten, in erster Linie der Erwerbslosen, läßt sich nicht auf Urlaub schicken.

Auf der politischen Tagesordnung stehen zurzeit folgende Fragen: [1.] Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Verhältnis zu Polen und zur USSR; 2. Wirtschaftskrise und Unternehmeroffensive; 3. große Koalition, Bürgerblock oder „legale“ Diktatur mit Hilfe des § 48 der Verfassung. Welches ist die Haltung der SPD in diesen entscheidenden Fragen?

[507] Die SPD-Führung drängt mehr denn je zum Völkerbund. Der konterrevolutionäre Charakter ihrer Politik äußert sich kraß in entschiedener Fortsetzung des westlichen Kurses, Eingliederung in die imperialistische Front, verschärfte Kampfstellung gegen Sowjetrußland. Innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft geht ein entgegengesetzter Prozeß vor sich. Kritische Stellungnahme zu Locarno, wachsendes Mißtrauen in die Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie und der SPD-Führung (die linksstehenden Zeitungen spiegeln in zahlreichen Artikeln diese Stimmung wider), gleichzeitig wächst das Solidaritätsbewußtsein zu Sowjetrußland, dem die zahlreichen sozialdemokratischen Artikel zur Parteidiskussion der KPSU keinen Abbruch tun können. Es ist bezeichnend für den politischen Charakter der Linken, die nur im Negativen, in der Kritik des Völkerbundes von der offiziellen Parteilinie abweichen, daß sie sich gegen diese Strömung in den Massen wütend stemmen und – wie vor allem die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ beweisen, antibolschewistischer sind als ein Teil der Rechten, So kommt es auch, daß diese Linken von der Stellung Otto Bauers, mit der sie einige Zeit fraternisiert hatten, ohne sich mit ihr jemals ganz zu solidarisieren, mehr und mehr abrückten, indem sie erklären, daß nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus in Sowjetrußland aufgebaut werde. Bezeichnend ist hierzu noch die Solidarisierung mit den verschiedenen Oppositionsgruppen der KPD und der KPSU Schon jetzt ist zu erkennen, daß die Rückkehr der zweiten Arbeiterdelegation aus Sowjetrußland zu schweren und tiefen Auseinandersetzungen im Lager der SPD führen muß, in der die „westliche“ Führergruppe einschließlich der oppositionellen Parkettrevolutionäre einer starken Strömung in der eigenen Partei gegenüberstehen wird, einer Strömung, die von Arbeitern aus den Betrieben getragen ist. Eine „russische Diskussion“ im Lager der SPD steht auf der Tagesordnung.

Die Pläne auf Schaffung der Großen Koalition hängen noch immer in der Luft. Die Tendenzen zur offenen Beteiligung an der Regierung sind im Wachsen, der Wille, die Partei herumzureißen und aus der Opposition herauszukommen, verstärkt sich bei den Führerkaders, während gleichzeitig die Gegen-tendenzen im Lager der sozialdemokratischen Arbeiter ebenfalls stärker geworden sind. Der halbe Verrat in der Volksentscheidskampagne, die Stützung Hindenburgs, der systematische Versuch, mit Apothekerrezepten an der Wirtschaftskrise herumzudoktern und die Machtfrage im wirtschaftlichen wie politischen Kampfe völlig auszuschalten, müssen in ihrer Konsequenz bei der wachsenden Zuspitzung der Klassengegensätze zur offenen Unterstützung der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft führen. Wie immer bereitet der „Vorwärts“ vor, indem er eine immer schärfer werdende Hetzkampagne gegen die Kommunisten führt, die Schießereien der Berliner Polizei deckt, die Gewerkschaftsbürokratie immer offener zu einer neuen Gewerkschaftsspaltung auffordert, zum Hinauswerfen der oppositionellen Arbeiter aus den Gewerkschaften. Ob diese Taktik der SPD-Führer auf einen festen Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter stoßen wird, hängt wesentlich ab von der Kraft der KPD in der Mobilisierung der Erwerbslosen und Betriebsräte, in der Massenkampagne für den Kongreß der Werktätigen, im Aufmarsch der außerparlamentarischen Front gegen Reichstag, Regierung und Unternehmer. Den Drang der Arbeiter zur proletarischen Einheitsfront suchen die SPD-Führer durch ein neues Manöver zu durchkreuzen und abzulenken. Die Parole der „republikanischen Union“, die Wirth mit Löbe gemeinsam ausgegeben haben, verfolgt in erster Linie diesen Zweck. Das Wesen der Weimarer Politik ist konterrevolutionär, das ändern auch nicht die abgestandenen republikanischen Phrasen, mit denen sie verbrämt sind. Die deutsche Bourgeoisie rüstet sich

zu einer neuen Ära imperialistischer Politik und versucht, das Kleinbürgertum genau wie vor 1914 vor seinen Wagen zu spannen. Und die republikanische. „Gesinnung“ der Josef Wirth und Paul Löbe wird keinen anderen Weg gehen als der Liberalismus der Naumann und Frank vor dem Kriege. Die pazifistische Maskerade der SPD-Politik geht ebenso dem Ende entgegen wie ihre innerpolitische Opposition. Aber diese neue Entwicklung vollzieht sich unter wachsendem politischen und wirtschaftliches Druck auf die Arbeiterschaft, bei steigender Verelendung und Erbitterung bis tief in die Reihen des Kleinbürgertums hinein. Damit beginnt für den großen Block des Reformismus in Deutschland die Periode der inneren Zersetzung und Auflösung; die Spaltung der SPD – in Sachsen begonnen – wird fortschreiten und die Voraussetzung für einen tevolutionären Aufschwung des deutschen Proletariats schaffen. Fritz Rück. [508]

LITERATUR

Anna Siemsen: „Beruf und Erziehung“

Schriftenreihe „Neue Menschen“. Herausgegeben von Dr. Max Adler, Wien. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1926, 222 Seiten,.

Die Schrift bedeutet eine wesentliche Bereicherung der sozialistischen pädagogischen Literatur. Sie unternimmt den gelungenen Versuch, die „wirtschaftliche und gesellschaftliche Verwurzelung unseres Schulwesens an einem Beispiel aufzuweisen“ und „die Entwicklungslinien anzudeuten, die aus der heutigen Krise in die Zukunft führen“. Es zeigt sich wieder, daß auch die Behandlung einer Teilfrage, sofern nur die historisch-materialistische und dialektische Methode angewandt wird, äußerst fruchtbar sein kann. Anna Siemsen weist in den ersten Kapiteln nach, daß der „Beruf“ als „die individuell ergriffene Tätigkeit“, durch die der einzelne seine wirtschaftliche Existenz erhält und durch die seine Stellung in der Gesellschaft bestimmt wird, der ständischen feudalen Gesellschaft durchaus fremd war. In dem Maße, wie sich in der kapitalistischen Gesellschaft Tätigkeit und Lebensstellung aus der Gebundenheit des geburtsbestimmten Standes lösen, entsteht auch das Problem des Berufs: Wie lassen sich die Forderungen des Berufs und der freien „menschlichen Entwicklung“ in Einklang bringen? Das Bürgertum sucht die Lösung in der „freien Wirtschaft“, mit dem Erfolge, daß unter dem wirtschaftlichen Zwang der Beruf für die breiten Massen mehr und mehr in Unsicherheit, Einseitigkeit, Mechanisierung entartet. Rousseau, Pestalozzi, Fichte, Goethe (in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“) bleiben notwendigerweise bei ihren Lösungsversuchen in pädagogischen Utopien stecken; Berufsreformer wie Ruskin (in Deutschland die Anhänger Naumanns, der „Kunstwart“, und „Werkbund“-Kreis) versuchen vergeblich, die Entwicklung auf handwerksmäßige Qualitätsarbeit zurückzuschrauben. Der Taylorismus aber „vernichtet das letzte berufliche Interesse des Arbeiters, indem er ihn willen- und impulslos einem Arbeitssystem unterwirft und ihn zu einem Maschinenteil macht, das ein fremdes Gehirn in Bewegung setzt. So wird die Frage der „wissenschaftlich rationellen Betriebsführung“ zur Arbeiterfrage, und ist nur mit ihr zugleich lösbar. Die Schule aber, prinzipienlos zwischen Aufgaben der Allgemeinbildung und der Berufsbildung hin- und herschwankend, hat die Verbindung mit gesellschaftlichen Aufgaben verloren. Das Schulsystem ist unter dem Gesichtspunkt aufgebaut, „Hemmungen für die bevorzugten Berufe zu schaffen.“ Psychotechnische Eignungsprüfung, Berufsberatung kommen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wohl dem Bedürfnis des Unternehmertums nach geeigneten Arbeitskräften entgegen, garantieren aber dem Jugendlichen nicht den seinen Kräften und Anlagen entsprechenden Platz im Wirtschaftsprozeß; und die technisch hervorragenden Werkschulen einiger Großbetriebe und der Eisenbahn sind geradezu eine Gefahr für die polytechnische Ausbildung und die Freizügigkeit ihrer Lehrjungen.

Die Lösung der Krise erwartet Anna Siemsen von all den Tendenzen zu einer kollektivistischen Arbeitsauffassung, einer solidarischen Klassenverbundenheit und einem neuen Berufsethos, wie sie sich immer stärker in der organisierten Arbeiterschaft herausbilden und die asozialen Eigenschaften verdrängen. Ihre Betrachtung gipfelt in dem Satze: „Wenn die Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, ihre Aufgaben erfüllen wollen, nicht Interessenvertretungen innerhalb der heutigen Gesellschaft, sondern Keimzellen einer neuen Gesellschaft zu sein, so müssen sie Erziehungsorganisationen werden.“ Sie müssen den Weg finden zu den reinen Erziehungsorganisationen, den

eigentlichen Schulen, und sie müssen Formen des Gemeinschaftslebens entwickeln, wobei den Arbeiterjugendvereinigungen eine hervorragende Aufgabe zufällt.

Das ist richtig gesehen und auf Grund umfassender Kenntnis des Schulwesens und der einschlägigen soziologischen Literatur sehr eindrucksvoll dargestellt. Wie aber steht es mit dem Wege zur Erreichung dieses Zieles. Zwar weist Anna Siemsen durchgehend nach, daß die aufgezeigten Widersprüche Wesenszüge der kapitalistischen Gesellschaft sind und nur mit dieser selbst verschwinden können, sie erkennt den politischen Machtkampf der Arbeiterschaft als notwendig an; ja, sie spricht mehrfach von der in den heutigen „Gemeinschaftsschulen“ versuchten Einrichtung eines k ü n s t l i c h e n Bodens für die natürliche und gesellschaftliche Erziehung, und zeigt damit am klarsten, daß sie die Umgestaltung der Gesellschaft nicht von der Seite der Erziehung her erwartet; schließlich fordert sie sogar das „Z e r b r e c h e n d i e s e r a l t e n M a s c h i n e r i e“ einer auf Erwerb und Profiterzeugung aufgebauten Gesellschaft. Leider erinnert man sich dabei, wie Kautsky dies „Zerbrechen“, das Marx bekanntlich forderte, reformistisch umgefälscht hat. Da Anna Siemsen der Partei Kautsky [509] angehört, so wüßte man gerne einiges mehr hierüber. Auf welchem Wege soll es der organisierten Arbeiterschaft gelingen, die öffentlichen Erziehungseinrichtungen dem Einfluß des Kapitals zu entreißen und sie in ihre Hand zu bekommen, oder den entscheidenden Einfluß auf die Berufsschulung des Nachwuchses in den Betrieben zu gewinnen? Darüber erfahren wir nichts. Es stimmt höchst bedenklich, daß für das Zerbrechen der alten Maschinerie nach Siemsen „die kommende Generation zu erziehen ist“. Also doch wieder durch Erziehung der Jugend zur Revolution? Weiter: kann Anna Siemsen im Ernst glauben, daß die Gewerkschaften in ihrer heutigen organisatorischen und ideologischen Verfassung zu einem solchen Werk fähig und willens sind? Warum setzt hier die Untersuchung aus? Es ist klar, sie würde Frau Siemsen theoretisch zum Standpunkt der gewerkschaftlichen Opposition und der Kommunistischen Partei führen. Und diesen Weg auch nur theoretisch zu gehen, ist man nicht ehrlich und nicht mutig genug. Daher auch das wissenschaftliche Manko.

Wir raten der Verfasserin, sich gründlich mit der Lösung der Frage, wie sie in Sowjet-Rußland vor sich geht, zu beschäftigen. Es ist auffällig, daß sie, die ständig bei ihren Betrachtungen auch die außerdeutschen Verhältnisse heranzieht, mit keinem Wort das Rußland Lenins auch nur erwähnt. Und doch vollzieht sich dort unter der proletarischen Diktatur gerade das, was Anna Siemsen ersehnt: die enge Verbindung und wechselseitige Durchdringung der Arbeiterorganisationen und Erziehungsinstitutionen, mit dem Ziele der Erziehung kollektivistischer, vollseitig entwickelter Menschen.

F r i t z A u s l ä n d e r.

Friedrich Engels: „Briefe an Bernstein“

M i t B r i e f e n v o n K a r l K a u t s k y a n e b e n d e n s e l b e n. H e r a u s g e g e b e n v o n E d u a r d B e r n s t e i n. J. H. W. D i e t z N a c h f., B e r l i n 1 9 2 5, 2 1 7 S e i t e n. P r e i s, g e b u n d e n 6 M k.

(Schluß)

Engels hat bekanntlich mit seinem scharfen Urteil über die Partei Brousse-Malon vollkommen recht behalten. Diese Leute sind immer tiefer in die bürgerliche Politik hineingeraten, sind später mit Millerand durch dick und dünn gegangen usw. Die „bürgerliche Arbeiterpartei“, an der englischen Arbeiterbewegung zuerst festgestellt, ist auch in der französischen Bewegung zur Tatsache geworden. Wir haben aus dem vorliegenden Briefmaterial bewiesen, mit welcher Klarheit Engels dies (trotz des scheinbar „linken“ Ursprungs) voraussah und mit welcher Sicherheit er die Konsequenz zog: Spaltung. Daß diese Spaltung kein Zufall, keine bloß französische Sache war, sondern ein von Marx und Engels vorausgesehener i n t e r n a t i o n a l notwendiger taktischer Schritt im Kampfe gegen die „bürgerliche Arbeiterbewegung“, der in England ebenfalls schon geschehen, in Deutschland noch bevorstand – kann nur ein Ignorant oder bewußter Fälscher leugnen.

*

An dieser Stelle ist es nötig, ein Wort zur Stellung des Adressaten sind Herausgebers der Briefe zu der französischen Frage zu sagen. Daß Bernstein heute (wie bei der deutschen Frage) einen dummen und heuchlerischen Kommentar dazu schreibt, der die wirkliche Bedeutung der Fragen und die

tatsächliche Stellung von Engels verwischen und verzerren soll, ist selbstverständlich.[*)] Interessant daran aber ist, daß Bernstein damit seine damalige Stellung nicht korrigieren muß. Dies scheint auf den ersten Blick absurd: der einstige Bernstein, Vertrauensmann von Engels und Vertreter des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, sollte in einem Punkt derselben Meinung gewesen sein wie der heutige Renegat und Sozialliberale? Aber es ist in der Tat so: Bernstein stand damals innerlich auf der Seite von Malon-Brousse, das geht aus den Briefen und einigen Bemerkungen Bernsteins klar hervor. Es wird bestätigt durch die viel deutlichere Stellung Vollmars, der – damals ebenfalls Anhänger des linken Flügeln (z. T. mit starken „ultralinken" Abweichungen) – sich zur Zeit dieser Ereignisse in Paris befand und an den „Sozialdemokrat" berichtete.

In den Briefen zur französischen Frage, von der Spaltung an, merkt man, daß Engels mit ihrer Behandlung im „Sozialdemokrat" nicht zufrieden ist[**)]. Er kritisiert und antwortet zum Teil in recht gereiztem Ton auf [510] Briefe von Bernstein, der scheinbar versucht hat, Guesde-Lafargue in Engels Augen schlecht zu machen. Er erklärt ihm, warum die deutsche Emigration in Paris die denkbar schlechteste Informationsquelle ist und schreibt:

„Für ihre wiederholte Versicherung von dem bedeutenden Mißkredit des ‚Marxismus' in Frankreich haben sie doch auch keine andere Quelle als diese, d. h. Malon zweiter Hand." (2/3.XI.1882.)

Ein paar Wochen später hat Engels diese Quelle entdeckt. Er schreibt voller Zorn über einen Artikel im „Sozialdemokrat":

„Vollmars Artikel ist mit Ausnahme einiger Nebendinge der reine Malon zweiter Hand. Die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung seit 1871 wird hier total gefälscht ... (28.XI.1882.) In der Tat: der damals noch „linke" Vollmar – der erst vor kurzem noch ein paar Artikel mit „ultralinken" Kindereien über die deutschen Verhältnisse geschrieben – stand in Frankreich völlig auf dem Boden der Brousse-Malon. Und Bernstein verteidigt ihn nicht nur jetzt (z. B. die blödsinnigen Noten auf S. 100 f. und 105 f., wo er z. B. eine Konspiration zwischen Malon und Vollmar damit für unmöglich erklärt, weil letzterer am Bein gelähmt, das Zimmer hüten mußte!), sondern hat ihn auch damals gedeckt. Engels hat dies sehr gut gesehen. Er schreibt am 6. November 1882 an Marx, der sich auf der Insel Wight befand:

„Lafargue hat mir den ‚Proletaire' (Zeitung der Malon-Brousse. K. S.) zugeschickt, worin der in St. Etienne verlesene Anklageakt gegen ihn, Guesde usw. steht. Ein echt bakunistisches, aber sonst schwaches Machwerk ... Ich schicke Dir das Ding morgen, Du mußt's aber zurückschicken von wegen Bernsteins, gegen den ich's wohl brauchen werde" (Briefwechsel Marx-Engels, IV., S. 481 f.)

Die klägliche Rolle, die Bernstein schon damals gespielt hat, wird hier blitzartig klar: nach außen hatte er sich – auf die Fußtritte von Engels hin – „als Kämpfer für den Marxismus ... verpflichtet (! K. S.) gefühlt, dort (d. h. nur im ‚Sozialdemokrat'. K. S.) die Sache von dessen fähigsten Vertretern zu führen", sogar gegen Vollmar; im Innern aber war er mit Malon-Brousse und Vollmar einverstanden, betätigte sich (siehe oben) als Miesmacher und riet (wie er selbst sagt) in seinem Schlußartikel – „von jeder Einmischung der deutschen Sozialdemokratie in den Streit und jeder Parteilichkeit den Streitendens gegenüber ab," S. 91.) Man denke an Engels Worte von dem Schwanz der radikalen Bourgeoispartei und den Verrätern an der Arbeitersache – und besehe sich dann diese „Unparteilichkeit" Bernsteins!

Wir sind deshalb so ausführlich auf diesen Fall eingegangen, weil sich in ihm schon damals wie in einem Wassertropfen die ganze politische Zukunft von Bernstein und Vollmar signalisierte. Es ist

[*)] In diesem Kommentar (S. 36 ff.) nimmt B. zuerst die politische Gegnerschaft von Engels persönlich, um dann zu zeigen, daß Malon gar kein so schlechter Mensch gewesen. Engels sei durch „tendenziöse Berichte" irregeführt worden. – Die Programmverleugnung erklärt er – wissentlich falsch – aus einer „Mißstimmung", die in Le Havre „zurückgeblieben" sei, weil das Marxsche Programm „mit der Peitsche zur Annahme gebracht wurde". Also: der Possibilismus ist nicht entstanden aus den historisch-ökonomischen Gründen, die Engels anführt, sondern weil die „Marxisten" Diktaturen waren! Wie soll man derartige „Kommentare" anders bezeichnen als – Verdrehung der Tatsachen?

[**)] Siehe auch Sorge-Briefwechsel, Seite 186: „Der ‚Sozialdemokrat" ist in Beziehung auf die Spaltung zwischen den Unsern und Malon viel zu schlapp ..." (Brief von Engels an Sorge vom 9.XI.1882.)

schon verschiedentlich festgestellt worden, daß eine große Zahl Reformisten aus „ultralinken“ Anfängen hervorgegangen ist, und daß beide Abweichungen [511] vom Marxismus dieselbe Wurzel haben. Auch bei Bernstein und Vollmar bestätigte sich dies wenige Jahre später. Diese Leute, die in der Tat nie wirklich Marxisten waren, obwohl sie so redeten und sich dafür hielten, mußten auf die Partei Brousse-Malon, die damals noch mit einem Fuß im Anarchismus, mit dem anderen im Reformismus stand, wie Lakmuspapier reagieren. In Deutschland noch „Linke“, reagierten sie in Frankreich schon reformistisch, Die weiteren Ereignisse haben den experimentellen Beweis für die Richtigkeit des oben zitierten Engelschen Satzes geliefert, daß die deutschen „Führer“ in Deutschland selbst Opportunisten, ins Exil versetzt – zu Ultras werden und umgekehrt. Unsere beiden Helden Bernstein und Vollmar waren eben nichts anderes als ins Exil versetzte Kleinbürger und Philister von derselben Sorte wie jene „Herren Führer“, Bernstein, der schlauere von beiden, konnte selbst Engels bis zu seinem Tode täuschen. Dann aber ist auch er zurückgefallen in „jene selbstzufriedene ‚Objektivität“, die nicht weiter sieht als ihre Nase, und eben deshalb die borniertesteSubjektivität ist, selbst wenn nie von Tausenden dieser Subjekte geteilt wird“.

*

Es erübrigt sich, in derselben Weise die Stellung Engels’ zur englischen Arbeiterbewegung in den vorliegenden Briefen zu verfolgen[*)], weil diese aus den Sorge-Briefen und dem Marx-Engels-Briefwechsel hinlänglich bekannt, die Zeitspanne übrigens auch nicht sonderlich wichtig ist.

Über die amerikanische Arbeiterbewegung findet sich nur eine kurze Notiz im Briefe vom 22.V.1886.

Fassen wir alle diese Äußerungen und Tatsachen zusammen mit den schon bekannten, so ergibt sich das Gesamtbild der internationalen Arbeiterpolitik von Marx und Engels in einer neuen, viel schärferen Prägung. Sie sind weder die bescheidenen „Ratgeber“, noch die „Nörgler“, als die man sie oft hingestellt hat. In der Tat arbeiten sie mit historischem Weitblick für die Schaffung der neuen, marxistischen Internationale. Sie führen den Kampf für deren Grundlagen nach rechts wie nach „links“.

„Es scheint“ – sagt Engels am 20. Oktober 1882 –, „jede Arbeiterpartei eines großen Landes kann sich nur im inneren Kampf entwickeln ... Unter solchen Umständen Einigung predigen wollen, wäre reine Torheit.“

Und einen Monat darauf schreibt er – ebenfalls anläßlich der französischen Spaltung:

„Mit dem richtigen Programm momentan in der Minorität zu sein – quoad Organisation – ist immer noch besser als ohne Programm einen großen, aber dabei fast nominellen Scheinanhang zu haben. Wir sind unser ganzes Leben in der Minorität gewesen und haben uns sehr wohl dabei befunden.“

*

[511] Es ist derselbe Kampf, den sie führen, in England, in Frankreich, in Deutschland, nur unter anderen konkreten Umständen, in einer anderen Entwicklungsetappe der Arbeiterbewegung, gegen andere Gegner. Ist es in England schon eine vollständig korrupte Schicht von Parlamentsstrebern und Trade-Union-Führern, so in Frankreich noch eine Clique intriganter kleinbürgerlicher Ideologen, auf der Reise vom Anarchismus zur parlamentarischen Korruption, ist es in Deutschland schließlich noch „das alte deutsche Erblaster“, die Philisterei. Aber alle diese Richtungen entwickeln sich in einer Linie, zum Opportunismus und Sozialimperialismus. Und allen diesen Richtungen stellen Marx und Engels damals schon eine Linie gegenüber: die Abspaltung der (bzw. von der) „bürgerlichen Arbeiterpartei“ und die Vorbereitung einer neuen, kommunistischen Internationale. Es ist nach den zitierten Dokumenten, und wenn man bedenkt, welche üppige Entfaltung die von Engels festgestellten Keime des Opportunismus genommen haben unter dem Einfluß des Imperialismus, kein Zweifel möglich, daß die in Frankreich vollzogene Spaltung nach Ansicht Engels’ auch für Deutschland bevorstand und daß er, wenn ihn sein Tod (und im letzten Jahrzehnt die ungeheure Arbeit am Marxschen Nachlaß) nicht verhindert hätte, seine konsequente kommunistische Fraktionspolitik in der Internationale und der deutschen Partei fortzusetzen, diese Spaltung vollzogen bzw. propagiert hätte. Engels

[*)] Siehe z. B. Seite 89. 135 f., 151, 161 f., 177 im Briefe vom 2.V.1886.

hat zwar nicht mehr die Möglichkeit gehabt, diese letzte Etappe des Kapitalismus in allen ihren Folgen für die Arbeiterklasse zu analysieren. Aber er hat wichtige Punkte zum Teil an England, zum Teil am Bismarckschen Deutschland festgestellt.*)

Mit diesen Feststellungen über die Politik und Taktik von Marx und Engels in der internationalen Arbeiterbewegung nach der Kommune ist bewiesen, daß die Taktik Lenins und der Komintern, die Spaltung der Arbeiterbewegung, in keinem Fall die Zerstörung des von Marx und Engels geleisteten Werkes war, sondern die konsequente Fortsetzung dieses Werkes. Es tritt damit der Verrat des marxistischen Zentrums besonders in Deutschland an der Marxschen Politik historisch scharf hervor, zugleich aber auch der Fehler der deutschen Linken vor dem Kriege, die das Problem der Spaltung zu stellen unterließ.

Dieser letzte Fehler wird freilich begreiflich, wenn man bedenkt, wie völlig diese oben dokumentarisch dargestellte Linie der Marx-Engelsschen internationalen Arbeiterpolitik vergessen, verschwiegen, vertuscht worden ist von ihren einstigen Vertrauensleuten und späteren politischen Testamentsvollstreckern. Man hat zum Teil sogar den Eindruck (so beim Lesen dieser Briefe), daß sie nicht einmal verstanden wurde von diesen Leuten, daß sie die Engelschen Angriffe gegen die bürgerliche „Partei“ in der Arbeiterpartei für bloßes Gepolter eines alten Herrn hielten, wohl, wo nötig, sie mitmachten (teilweise sogar übertrieben), aber ohne Perspektive, ohne inneren Glauben. Rein aus Opportunismus Engels gegenüber. Daher ihr mehr oder minder rasches Umkippen nach seinem Tode.

Man hat oft von der Einsamkeit der beiden „Alten in London“ geschrieben. Jetzt erst ermißt man diese Einsamkeit. Aber es war keine in dem sentimental-persönlichen Sinne, sondern eine politische Einsamkeit. Man beurteile die Qualität eines Geschlechts von „Revolutionären“, deren beste Repräsentanten ein Bernstein und Kautsky waren! Mit ganz wenigen Ausnahmen haben diese Leute, auf die Marx und Engels angewiesen waren, später versagt, sind umgefallen oder untergesunken in dem Strom des Opportunismus, den der Imperialismus mit sich führte. Was Engels nach Marx’ Tode schrieb, daß „seine großen Gesichtspunkte für lange aus der Arbeiterbewegung verschwinden“ würden, ist eingetreten, nachdem auch Engels ihm gefolgt. Nicht nur dies: die Zweite Internationale hat schon lange bevor sie den Sozialismus offen verriet, die Schritte von Marx und Engels zum Aufbau einer wirklich kommunistischen Internationale zunichte gemacht. Die Schaffung der marxistischen Partei in Frankreich, der Guesde-Partei, wurde annulliert durch die in Amsterdam (1904) angeordnete Vereinigung mit der Jaurès-Partei, und in derselben Richtung wirkte die Zweite Internationale auf die deutsche Partei und die übrigen (z. B. die russische); als Fessel, als Verhütung der Trennung von den Reformisten, als Stützpunkt der Reformisten gegen die Marxisten.

Es sind heute noch nicht alle Dokumente an die Öffentlichkeit gelangt, die diese Auffassung beweisen würden. Ein Beweis, und zwar ein sehr gewichtiger, ist die vorliegende Briefsammlung. Und dies vor allem macht ihren historischen Wert für die internationale Arbeiterbewegung aus und den politischen Wert ihrer Veröffentlichung.

*

Es ist selbstverständlich, daß mit dem Obigen noch längst nicht der Inhalt des Briefbandes ausgeschöpft ist. Aus Raumgründen ist es nicht möglich, auch andere Fragen, die von Engels in den Briefen behandelt werden, ebenso ausführlich zu besprechen. Wir wollen nur kurz einige der wichtigsten, die auch für die Gegenwart von Bedeutung sind, hier vermerken.

Zuerst, weil mit der obenerwähnten Auseinandersetzung in engem Zusammenhang, sollen die Stellen registriert werden, wo Engels – immer wieder – „den Deutschen“. d. h. den revolutionären Elementen der Partei, die z. T. mit „ultralinken“ Fehlern behaftet waren und das Wort Revolution ziemlich gedankenlos aussprachen, erklärt, was eine wirkliche Revolution ist. (Siehe Briefe vom 2/3.XI.1882, 12.VI. und 27.VIII.1883.)

Wie Engels damals die internationalen Fragen beurteilte, weiß man aus anderen Dokumenten. Einen Beitrag von [512] großem Wert stellt der Brief vom 22.II.1832 dar, wo er anläßlich der

*) Siehe die Seiten 18 f., 25, 45, 78 ff.

Aufstände einiger südslavischer Stämme und ihrer begeisterten Begrüßung durch den „Sozialdemokrat“ die bekannte Stellung von Marx zum Befreiungskampf der Südslaven entwickelt:

„... gibts Krieg, so gehen alle diese interessanten Natiönchen auf seiten des Zarismus, der Feind des ganzen bürgerlich entwickelten Westens. Solange dies der Fall, kann ich mich für ihre unmittelbare Befreiung nicht interessieren.“ (S. 56.)

Wir können hier auf diese Frage des Verhältnisses dieser Politik von Marx und Engels zur leninistischen Nationalitätenpolitik (welche Frage wert wäre, einmal in einer gründlichen Arbeit behandelt zu werden) nicht näher eingehen.*) Um den scheinbaren Widerspruch zu verstehen, muß man folgende Tatsachen berücksichtigen: 1. die neue Etappe des Kapitalismus, den Imperialismus; 2. das Erstehen einer proletarisch-revolutionären Bewegung in Rußland selbst und die russischen Revolutionen von 1905 und 1917; 3. den Unterschied der bürgerlich-liberalen „Völkerbefreiungsphrasen“ von der marxistisch-leninistischen Politik der proletarischen Revolution.**)

Der beherrschende Gedanke in der internationalen Politik ist damals für Engels die Erhaltung des Friedens, die Verhinderung eines Krieges mit Rußland, der sowohl in Deutschland, wie vor allem in Rußland selbst die Arbeit der Revolutionäre vernichten würde. Die russische Regierung selbst wünsche der. Krieg, um sich aus dem „Morast“ herauszuziehen. Bleibe Frieden, dann werde die Revolution in Rußland marschieren. (Siehe die Seiten 61 f. des Buches) Es ist aus Raumgründen nicht möglich, das ganze Dokument zu zitieren, das sehr anschaulich die schon von Lenin und Sinowjew (siehe „Gegen den Strom“ und „Krieg und Krise des Sozialismus“) hervorgehobene Wendung der Marx-Engelsschen Rußlandpolitik seit dem Entstehen der revolutionären Bewegung in Rußland selbst beweist. Es ist nicht mehr der Krieg mit Rußland, den Marx und Engels seit 1848 (mit Recht) als die einigende Losung der revolutionären Demokratie festgehalten, sondern die demokratische Revolution in Rußland, von der Engels den „rechtzeitigen Anstoß von außen“ und eine Rückwirkung auf den Westen, „besonders Deutschland“, erwartet. Wir haben hier im Keim dieselbe großartige Perspektive, die Lenin unabhängig davon in den neunziger Jahren entwickelt und die das russische Proletariat – wenn auch dreißig Jahre später, wenn auch nach wichtigen weltgeschichtlichen Umwälzungen durch den Imperialismus – verwirklicht hat.

*

Es ist eine wichtige Aufgabe der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, die historische Kluft, die zwischen dem Marxismus und dem Leninismus noch an vielen Punkten klafft, durch konkrete geschichtliche Studien zu schließen. Das vorliegende Buch trägt viel Material zu dieser Arbeit bei.***) Wir haben versucht, es ganz roh zu gruppieren und seine Bedeutung aufzuzeigen. Ohne Zweifel werden weitere Veröffentlichungen weitere Bestätigung sein für die Tatsache, daß der Leninismus eine geradlinige Fortentwicklung des Marxismus ist, seine Anwendung auf die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. K. S.

*

Druckfehlerberichtigung*

Im Heft Nr. 14, Seite 421, muß in der Zeile 26 von oben nach dem Wort „Führer“ „stehen“ eingefügt werden. – In dem Artikel „Die Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie“ soll es auf Seite 425, Zeile 14 von unten, statt „heischt“ richtig heißen „freisetzt“.

---

*) Siehe dazu noch Seite 77 (wo Engels über die Bauernvölker und ihre nationalen Bewegungen schreibt) und S. 185 der vorliegenden Briefsammlung.

**) Bernstein, der dummdreist genug ist, den Brief dem Interesse des Lesers zu empfehlen, weil er aktuell sei „durch die zunehmende Annäherung der auswärtigen Politik Sowjetrußlands an die traditionelle auswärtige Politik des weiland zarischen Rußland“ (S. 7), erinnert damit nur an seinen eigenen Weg in dieser Frage der dem von Marx und Engels direkt zuwider, aber dem der Bourgeoisie parallel gelaufen von den liberalen Befreiungsphrasen zur imperialistischen Kolonialpolitik.

***) Es wäre leicht möglich, noch einige weitere Punkte zu erwähnen und zu besprechen, so die Stellung von Engels zur Frage der Elektrifizierung, die er wie Lenin als Mittel zur Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land wertet (S. 117), ferner die Stellung zur „Narodnaja Wolja“ (S. 172 1) usw.

* Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 1. September 1926 ∗ Heft 17

Zur Frage der Einheit der Partei

Von E. J a r o s l a w s k i

Sekretär der ZKK der KPdSU

Die vereinigte Plenarsitzung des ZK und der ZKK (Zentral-Kontrollkommission) unserer Partei, die vom 14. bis 23. Juli stattfand, war der Schauplatz eines Kampfes der neuen Opposition, die gestrige heftige Anti-Trotzkisten mit den Trotzkisten zu einem „ernst gemeinten und dauerhaften“ Block vereinigt, wie einer der Führer dieses Blockes erklärte. Die Plenarsitzung faßte einen Beschluß, der allen Fraktionsumtrieben ein Ende machen muß und in der Frage der Beziehungen zu der Opposition Klarheit schaffen soll. Er beleuchtet die schwierige Lage, in der sich die Partei gegenwärtig befindet. Es ist daher für jedes Parteimitglied, auch unserer Bruderparteien, notwendig, diese Resolution zu kennen und zu verstehen.

Wenn man die Behauptung ernst zu nehmen hat, daß dieser Block „ernst gemeint und dauerhaft“ ist, so muß man sich in erster Linie darüber klar werden, was dieser Block eigentlich vorstellt, welche Grundsätze er vertritt. Was Genosse Trotzki und die Trotzkisten vorstellen, darauf braucht man jetzt wohl kaum näher einzugehen. Wir haben zu dieser Frage die für die ganze Partei bindende Entscheidung der XIII. Partei-Konferenz und des XIII. Parteitags der KPdSU, die die kleinbürgerliche Abweichung der Trotzkisten verurteilt. Wir haben den Beschluß des V. Kongresses der Komintern zur russischen Frage, die die angeführten Beschlüsse völlig billigt und sie als Richtlinie für alle kommunistischen Parteien annimmt. Diese Beschlüsse wurden nach einem Referat des Genossen Sinowjew und unter seiner Leitung angenommen. Wir haben die Möglichkeit, aus diesem Anlaß eine detaillierte Charakteristik der Opposition der Jahre 1923, 1924 und 1925 zu hören. Es genügt, auf solche die Frage des Genossen Trotzki und des Trotzkismus beleuchtende Arbeiten hinzuweisen, wie die Broschüren der Genossen G. Sinowjew, L. B. Kamenjew, S. Kanatschikow, Safarow, Jedokimow usw. In diesen Schriften war seinerzeit eine sehr eingehende Charakteristik dieser Grundströmung innerhalb des neuen Blockes der neuen Opposition gegeben worden, die uns in der mehr als zwanzigjährigen Geschichte der Partei unter dem Namen Trotzkismus bekannt ist.

Damals versicherte uns Genosse Sinowjew, „es wird niemandem gelingen ... zu erreichen, daß der Trotzkismus als ‚eine zulässige Strömung innerhalb des Leninismus‘ erklärt wird“, daß „der Trotzkismus sich gerade so zum Bestandteil des Leninismus eignet, wie ein Löffel Teer zum Bestandteil eines Fasses Honig“. Damals versicherte Genosse Sinowjew in einer Plenarsitzung des ZK im Jahre 1924, es sei klar ersichtlich, „die heutige [514] Opposition ist ein gewisses Wiederaufleben des Menschewismus, sie ist nichts weiter als ein Rückfall in den Menschewismus.“ Damals warnte uns Genosse Kamenjew, wir sollten nicht glauben, „es gebe zwei Trotzkis – einen vor 1917, den andern nach 1917“. Er warnte uns: „Genosse Trotzki wiederholt jetzt in der Partei die gleiche Art von Fehlern, die er gemacht hat, als er noch nicht in der Partei war.“ Genosse Sinowjew spricht in der vorerwähnten Broschüre „Bolschewismus oder Trotzkismus“ davon, die Linie des Genossen Trotzki sei „ein ziemlich offener Versuch einer Revision oder sogar einer direkten Liquidierung der Grundlagen des Leninismus“, er prophezeite, in ganz kurzer Zeit werde das unserer ganzen Partei, der ganzen Kommunistischen Internationale klar werden.

Nun also! „Kurze Zeit“ ist vergangen und es ist dies wirklich klar geworden nicht allein der ganzen Partei und der ganzen Komintern, sondern sogar erheblichen Teilen der parteilosen breiten Massen. Und da plötzlich: eine wirklich „unvorhergesehene Wendung“ – eine Drehung von 180 Grad in der Richtung des Trotzkismus. Noch Ende 1925 beschuldigte die Opposition uns Anhänger des Beschlusses des XIV. Parteitags, daß wir „Halbtrotzkisten“ seien, daß wir mit dem Trotzkismus liebäugeln, daß wir die Trotzkisten und sonstigen Oppositionellen zu milde beurteilen; sie forderten von uns drakonische Maßnahmen gegen die Opposition und gegen Genossen Trotzki. Darüber findet sich Erbauliches in den Protokollen des XIV. Parteitags.

Genosse Sokolnikow z. B., einer der Führer der neuen Opposition, hat Genossen Trotzki sehr bestimmt charakterisiert.

„Aus diesen Darlegungen des Genossen Trotzki gibt es nur einen Schluß – den, den er selbst vor Brest zog: Die Frage ist, wie wir untergehen wollen. Eine andere Lösung gibt es nicht. Wir sind, wenn wir dem Genossen Trotzki Gefolgschaft leisten, zum Untergang verurteilt, oder zu irgendwelchen verzweifelten Versuchen, uns auf irgendwelchen übernatürlichen Wegen aus dem Kreis herauszureißen, in den wir gebannt sind. Aber das ist es ja eben, daß dieser ganze Kreis auf einem Mißverständnis Trotzkis beruht, der nicht bolschewistisch denkt. In Beurteilung der internationalen Lage fand sich Genosse Trotzki mit dem Sozialverräter Hilferding zusammen, ebenso wie er sich in der Beurteilung der Rolle des Bauerntums unseres Landes mit den Menschewiki in Übereinstimmung fand."

Genossin N. K. Krupskaja wies ebenfalls darauf hin, daß „Genosse Trotzki die Rolle der Partei im ganzen, die Rolle des guten Einvernehmens innerhalb der Partei auf der ganzen Linie eben gerade nicht versteht". Sie wies darauf hin, daß das Verständnis der bolschewistischen Partei beim Genossen Trotzki ein äußerst oberflächlicher, administrativer Standpunkt sei. Und Genosse Kamenjew erklärte unumwunden: „In der Organisationsfrage steht es für mich außer Zweifel, daß Genosse Trotzki, natürlich sich selber völlig unbewußt, in den Menschewismus zurückgefallen ist." Er legte dar, Trotzki stelle sich die Partei vor „als eine Zusammenfassung von Gruppen, die sich miteinander ins Einvernehmen setzen".

„Das ZK ist kein Schleppdampfer, der die Partei nach sich zieht, und der Parteiapparat selbst ist keine schlagbereite Faust, sondern bedient die Selbsttätigkeit der Partei. So denkt sich Genosse Trotzki die organisatorische Struktur der Partei, wie sie sich auch Axelrod und Genossen stets vorgestellt haben."

[515] Solche Beispiele – und man könnte sie endlos vermehren – genügen, um den noch kürzlich vertretenen Standpunkt der heutigen Anhänger des prinzipienlosen Blockes klar zu machen, der nach dem XIV. Parteitag einen Angriff auf unsere Partei unternommen hat.

Jetzt ist das alles über den Haufen geworfen, und die Trotzkisten leiten, äußerlich wenigstens, die neue Opposition. Eine charakteristische Eigenheit dieser Opposition ist auch der Umstand, daß sie sich nicht abschließt von den anarcho-syndikalistischen Elementen, die sich in verschiedenen Perioden unserer Geschichte jeder Opposition an die Fersen gehängt haben. So war es auch in der Diskussion des Jahres 1923, als die sogenannte „Arbeiteropposition" sich mit allen übrigen oppositionellen Gruppen vereinigte gegen die Hauptlinie der Partei, gegen das ZK.

Jedes Parteimitglied kann sich bei näherem Bekanntwerden mit den Resolutionen der vereinigten Plenarsitzung des ZK und der ZKK der KPdSU, besonders mit der Resolution in Sachen des Genossen Laschewitsch, davon überzeugen, daß die organisatorischen Schlußfolgerungen des ZK und der ZKK nicht darum gezogen worden sind, weil bei uns Meinungsverschiedenheiten mit dem Genossen Sinowjew und seinen Freunden bestehen. Die Plenarsitzung hat hervorgehoben, daß auch jetzt noch bei uns eine weit größere Ideenverwandtschaft besteht mit solchen Parteimitgliedern wie die Genossen Sinowjew, Kamenjew, Krupskaja als mit dem Genossen Trotzki. Sowohl die Resolution wie die Diskussion haben den Umstand hervorgehoben, daß die Partei in den Grenzen des Organisationsstatuts jede sachliche Kritik ihrer Beschlüsse zuläßt. Die Partei stand jedoch vor der Tatsache einer geheimen Bildung einer spalterischen Fraktion, und sie mußte entschiedene Maßnahmen ergreifen, um der ganzen Partei zu zeigen, daß die Entschließungen ihres X. und XIV. Parteitags zur Aufrechterhaltung der Einheit innerhalb der Reihen der KPdSU keine leeren Worte für sie sind.

Womit erklärt die Opposition eine solche Erscheinung in der Partei wie die Abhaltung einer Geheimversammlung, in der das stellvertretende Mitglied des ZK, Genosse Laschewitsch, ein Referat über die innerparteiliche Lage hält, ein Referat, das gegen die Linie des ZK und der ganzen Partei gerichtet ist. Damit, daß sich angeblich in unserer Partei eine solche Lage herausgebildet hat, daß sich Genosse Laschewitsch auf keine andere Art mit der Meinung der Arbeiter bekanntmachen konnte, er mußte zu diesem Zwecke in den Wald gehen. Nun die Mitglieder des ZK und das stellvertretende Mitglied

des ZK, Genosse Laschewitsch, haben das Recht, jede beliebige Parteiversammlung zu besuchen. Er hatte das Recht, in jeder beliebigen Parteiversammlung zu sprechen, er hat von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht, aber er hatte kein Recht, in eine konspirative Versammlung zu gehen, die von Patrouillen gedeckt nach allen Regeln illegaler politischer Tätigkeit einberufen war; denn er wußte, daß die Teilnehmer einer solchen Versammlung sich einer Fraktions- oder Gruppendisziplin unterwerfen, die dann für sie der Parteidisziplin vorgeht, und daß dieser Umstand sie veranlaßt, vor der Partei Geheimnisse zu haben, vor der Partei zu lügen, sich der Partei entgegenzustellen.

Gewöhnlich kann man von den Anhängern der Opposition eine solche Argumentation hören: „Ihr seid selbst eine Fraktion, ihr, die Parteimehrheit, stellt selbst eine Fraktion dar." Eine solche Vorstellung von der Partei – daß unsere Partei aus zwei Fraktionen besteht, aus der Mehrheit, deren Programm die Resolutionen der Parteitage darstellen, und [516] der Minderheit, die ein anderes Programm besitzt, hat mit Leninismus nichts gemein. Gerade Lenin hat stets hervorgehoben, daß eine Fraktion eine solche Gruppe ist, die ein eigenes Programm besitzt, das heißt nicht einverstanden ist mit den Parteitagsbeschlüssen, die die oberste Richtlinie für die Parteiorgane bilden.

Die Opposition arbeitete gewöhnlich darauf hin, die Bedeutung der Parteitage herabzusetzen. So sagte seinerzeit die trotzkistische Opposition nach der XIII. Parteikonferenz: Warten wir einmal ab, was der Parteitag sagen wird. Und als der XIII. Parteitag die Beschlüsse der XIII. Parteikonferenz bestätigte, sagten die Trotzkisten verächtlich: Nun ja, wir wissen doch, was eure Parteitage vorstellen. Die neue Opposition, die auf dem XIV. Parteitag eine völlige Niederlage erlitten hat, sagte, man möge abwarten, was der XV. Parteitag sagen werde. Sie gingen sogar bis zu Vergleichen mit dem Stockholmer Parteitag; auch dort gab es ja eine Mehrheit (die Menschewiki), und diese Mehrheit behielt nicht recht. Zu einer andern Zeit aber wußte Genossin N. K. Krupskaja einen derartigen Standpunkt zu brandmarken, da sie der Meinung war, daß ein solcher Standpunkt den Bolschewiki schädlich sei. Hinsichtlich der Anschauungen M. Eastmans, der ein verleumderisches Buch über unsere Partei geschrieben hat, „Nach Lenins Tode", schrieb N. K. Krupskaja im „Bolschewik" Nr. 16, 1925[*)], und an die Redaktion des „Sunday Worker" (eine Sonntagszeitung der englischen Arbeiter):

„Für M. Eastman ist der Geist unserer Partei völlig unverständlich; für M. Eastman ist ein Parteitag eine Tagung von Parteibürokraten, für uns Bolschewiki ist der Parteitag die höchste Parteiinstanz ..."

Wir aber verlangen ja weiter nichts von der Opposition, als das eine, daß sie die Beschlüsse des XIV. Parteitags nicht allein als bindend anerkennen, sondern sie auch durchführen, die Entscheidungen als Entscheidungen der höchsten Parteiinstanz nicht bekämpfen solle. Mehr als das, wir haben mehr als einmal der Opposition erklärt und vorgeschlagen: Gebt die Erklärung ab, daß ihr die Beschlüsse des XIV. Parteitags als bindend für euch anerkannt und wir werden freundschaftlich mit euch zusammenarbeiten.

Dazu ist zu bemerken, daß wir die gegen das bolschewistische leninistische ZK gerichtete Anschuldigung der Fraktionsbildung nicht zum erstenmal hören. Früher hörten wir sie gewöhnlich von der sogenannten „Arbeiteropposition" und von andern Fraktionen. Auch Lenin wurde der Fraktionsbildung beschuldigt. Wir sprechen schon gar nicht davon, wie sich Genosse Trotzki gegen Lenin verhielt, ehe er in die Partei eintrat, als er zum Beispiel im Brief an Tscheïdse[**)] im April 1913 schrieb:

„Lieber Nikolai Semjonowitsch! Erstens gestatte ich mir, Ihnen meinen Dank auszusprechen für das nicht allein politische, sondern auch ästhetische Vergnügen, das uns Ihre Reden bereiten, besonders Ihre letzte Rede über den Hooliganismus. Ja, und überhaupt muß man sagen – man freut sich von ganzer Seele, wenn man die

[*)] Wir empfehlen überhaupt den Genossen, L. Trotzkis Artikel über Eastmans Buch nachzulesen und den Artikel der Genossin Krupskaja, worin sie Aufklärung geben über die Gerüchte betreffend die Verheimlichung des sogenannten „Testaments" Lenins seitens unseres ZK.

[**)] N. S. Tscheïdse, der kürzlich in Paris Selbstmord begangen hat, war ein Führer der Menschewiki.

Reden unserer Deputierten [517] liest, die Briefe der Arbeiter an die Redaktion des ‚Lutsch'[*], oder wenn man die Tatsachen der Arbeiterbewegung registriert. Und als was für eine sinnlose Übertreibung stellt sich jetzt diese schmutzige Stänkerei heraus, die der Meister in solchen Dingen, Lenin, systematisch eingerührt hat, dieser professionelle Ausnützer jeder Rückständigkeit in der russischen Arbeiterbewegung. Nicht ein geistig gesunder europäischer Sozialist glaubt, daß eine Spaltung möglich ist wegen solcher Margarine-Meinungsverschiedenheiten, wie sie Lenin in Krakau fabriziert.

Lenins ‚Erfolge' an sich, ein wie großes Hindernis sie auch sein mögen, geben mir nicht mehr zu Befürchtungen Anlaß. Jetzt schreiben wir weder 1903 noch 1908. Mit ‚dunklen Geldern', die bei Kautsky und Zetkin abgefangen wurden, hat Lenin ein Organ gegründet, hat dafür die Firma einer populären Zeitung erwischt und hat dadurch, daß er ihre ‚Einheit und ihren ‚nicht offiziellen' Charakter auf die Fahne schrieb, Arbeiter als Leser gewonnen, die natürlich im bloßen Erscheinen einer täglichen Arbeiterzeitung eine große Errungenschaft für sich erblicken. Und dann, als die Zeitung erstarkte, benutzte Lenin sie als Hebel für Zirkel-Intrigen und prinzipienlose Spalterei. Doch ist das instinktive Verlangen der Arbeiter nach Einheit so unwiderstehlich, daß Lenin sich gezwungen sieht, systematisch mit den Lesern Versteck zu spielen, von einer Einheit von unten zu sprechen, während er von oben die Spaltung betreibt und Zirkel- oder Fraktionseinstellungen Begriffe des Klassenkampfs unterzuschieben. In einem Wort, das ganze Gebäude Lenins ist gegenwärtig auf Lügen und Fälschungen aufgebaut und trägt den giftigen Keim der eigenen Zersetzung in sich."

Auf dem XI. Parteitag gaben die Genossen Schljapnikow und Medwedjew von der Arbeiteropposition bei der Debatte über den Bericht des ZK, den der Genosse Lenin erstattete, eine ebensolche allgemeine Charakteristik von Lenins Position, vom Leninschen ZK und der Mehrheit der Partei, wie wir sie gegenwärtig gelegentlich von der neuen Opposition hören. Da wurde auch der Satz geprägt, „unserer Großindustrie gegenüber wurde eine grausame Gleichgültigkeit an den Tag gelegt", da war auch die Anschuldigung einer „bäuerlichen Abweichung" und die, daß „unsere Partei ihr Interesse immer mehr von der Arbeiterklasse abwendet" usw. Kosjor (Vladimir), der damals der Gruppe „demokratischer Zentralismus" angehörte, beschuldigte das ZK der Fraktionsbildung, sagte, daß „das ZK den Fraktionskampf kultiviere" usw. Es darf nicht vergessen werden, damals stand an der Spitze des ZK der Genosse Lenin. Trotzki, der von seinem Diskussionsfieber des Jahres 1920-21 genesen war und damals versuchte, sich dem Leninschen ZK anzupassen, fand Worte, um solch unbegründeten Vorwürfen Schljapnikows, Medwedjews und anderer entgegenzutreten:

„Jede solche Äußerung, wie ‚wir und sie', wobei der Redner vor den breiten Massen der Parteimitglieder und der Parteilosen auftritt verleiht der Kritik einen solchen Charakter und einen solchen Ton, daß sie unweigerlich und sofort Material in den Händen unserer ausgestoßenen Klassenfeinde wird." (Protokoll des XI. Parteitags der KPR, Stenographischer Bericht S. 117.)

Hinsichtlich der Schwierigkeiten, die zu jener Zeit Genosse Medwedjew an die Wand malte, daß „Tod und Hunger umgehen" usw., sagte Genosse Trotzki:

„Denkt euch in die Lage ‚wir' einerseits und ‚sie', nämlich das ZK, anderseits, seht, was für Ereignisse stattfinden. Das heißt doch die [518] schlechte Lage agitatorisch ausbeuten und dies auf die Fahne zu schreiben, eine Fahne, die nur die Fahne von Kronstadt werden kann." (Beifall.) (Ebenda S. 118.)

Genosse Trotzki fand zu jener Zeit auch Worte, um Schljapnikow und Medwedjew zurückzuweisen. Er sagte: „Erinnern wir uns, was hier die Genossen Schljapnikow und Medwedjew gesagt haben: ‚Ihr nehmt den Kurs auf die Bauern, das ZK sucht sich auf die Bauern zu stützen'. Tatsächlich sagt das ZK dem Arbeiter: ‚Damit deine Diktatur nicht gesprengt wird, mußt du Kurs auf den Bauern nehmen'."

Darum berührt es so sonderbar, von solchen Leute, wie den Parteigängern der neuen Opposition, darunter auch von Trotzki, eine Wiederholung, noch dazu eine fast wörtliche Wiederholung dessen zu hören, was gestern Schljapnikow, Medwedjew und andere Oppositionelle gesagt haben. Alle Argumente, alle Angriffe gegen die Linie der Partei, die Linie des ZK – alle stammen sie aus dem Arsenal der vorigen Opposition.

[*] „Lutsch" war eine menschewistische Zeitung.

Natürlich, die Entscheidung der Plenarsitzung des ZK ist eine Ausnahmemaßregel. Aber seit der Zeit des XIV. Parteitags haben sich zu viele parteischädigende, die Einheit gefährdende Tatsachen angesammelt, als daß die Plenarsitzung von ZK und ZKK an diesen Tatsachen vorübergehen konnte. So konnte anfangs, nach dem XIV. Parteitag, bei der Parteimehrheit noch die Zuversicht bestehen, es werde gelingen, die zu jener Zeit hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zu überwinden. Nun aber waren wir gezwungen, zur Frage der Einheit der Partei einen Beschluß zu fassen, der einzig von dem Verlangen diktiert ist, die Einheit in unseren Reihen aufrechtzuerhalten. Der Beschluß der Plenarsitzung ist eine Warnung an alle Mitglieder der Partei. Innerhalb der vom Organisationsstatut gezogenen Grenzen kann jeder die Beschlüsse unserer Partei kritisieren, in seiner Zelle, in allgemeinen Versammlungen, in Funktionärversammlungen, auf Konferenzen, auf dem Parteitag. Aber unsere Partei wäre nicht die Partei Lenins, wenn wir Lenins organisatorische Grundsätze aufgeben würden zugunsten solcher, die uns völlig fremd sind, eines Blockes von Fraktionen, Strömungen, verschiedener Gruppen und Grüppchen, der Auffassung der Partei als einzelner Cliquen von Parteimitgliedern. Wir wären nicht die Leninsche bolschewistische Partei, wenn wir Seite an Seite mit den Parteibeschlüssen die Verbreitung irgendwelcher Sonderprogramme seitens irgendwelcher neu hervortretenden prinzipiellen Opposition dulden würden, die verschiedene Gruppen von Parteimitgliedern auf einer gemeinsamen Grundlage in sich vereinigt – auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen die Beschlüsse des Parteitags und des ZK.

Unsere Partei ist und bleibt die leninistische Partei. Ihre organisatorische Grundlage bleibt auch weiterhin eine entschiedene Durchführung der innerparteilichen Demokratie, die Teilnahme aller Parteimitglieder an der Beratung und Entscheidung der wichtigsten Fragen, die an unsere Partei herantreten. Die Vorbedingung der Durchführung dieser innerparteilichen Demokratie ist die aktive Teilnahme aller Mitglieder der KPdSU am Parteileben. Das erfordert das sich immer komplizierter gestaltende Parteileben. Große, schwierige Aufgaben stehen vor der Arbeiterklasse unseres Landes im Zusammenhang mit dem sozialistischen Aufbau. Die Einheit der Partei ist auf diesem Wege die erste und wichtigste Vorbedingung unseres Sieges. Jeder Versuch, diese Einheit zu stören, jeder Versuch, unsere Partei zu spalten, sie zu zersetzen, in ihrer Mitte fraktionelle Gruppen zu bilden, in ihr eine unter-[519]irdische Tätigkeit zu entfalten, die Autorität ihrer leitenden Organe, des ZK und der ZKK zu zerstören, muß und wird die entschiedenste, einmütigste Zurückweisung finden in allen Organisationen, in allen Zellen, bei jedem Parteimitglied.

Und wie in unserer Partei, so werden die Arbeiter in allen anderen Parteien der Komintern die Richtigkeit des Grundsatzes begreifen, der in der Resolution der Plenarsitzung vom Juli bekräftigt: „Ohne feste Parteidisziplin, ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit wäre die Partei unfähig, die ihr von der Oktoberrevolution auferlegte historische Aufgabe zu erfüllen, die Macht der Diktatur des Proletariats zu erhalten und zu stärken und dadurch den Sieg des Sozialismus sicherzustellen."

*

Otto Bauer und die russische Revolution

Von Werner Hirsch

Der folgende Artikel ist der dritte Teil einer größeren Arbeit über den Austromarxismus. Wir veröffentlichen ihn zuerst, weil er in der Auseinandersetzung mit den „linken" Pessimisten und Renegaten über den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion unmittelbar aktuell ist. Die Analyse der Stellung Otto Bauers beweist schlagend, daß die Plattform dieser „Linken" heute bestenfalls – die von Otto Bauer verlassene Plattform des Austromarxismus 1921 bis 1924 darstellt. Die historische Rolle der ultralinken Elemente wird damit sehr scharf beleuchtet: in dem Moment, da die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion eine Position verliert, d. h. da Otto Bauer von den Arbeitern gezwungen wird, vom Angriff in die Verteidigung überzugehen, erhält sie eine neue Hilfe von Elementen wie Korsch und Maslow, aber auch von den Genossen Urbahns und Weber, die in die verlassenen Positionen Otto Bauers „von links" einmarschieren.

Die Redaktion.

Der Krieg schied in allen Ländern die marxistischen Elemente der Arbeiterbewegung von dem verfaulten Körper der II. Internationale. Aber die Scheidung war keine vollkommene. Halbe, zentristische Gruppen bemächtigten sich der Arbeiteropposition in den sozialdemokratischen Parteien, und die

besten revolutionären Teile rangen sich vielfach erst langsam zu einer reinlichen Scheidung von den Zentristen durch. Das endgültig Entscheidende, der endgültige Wendepunkt war erst gegeben, als durch die proletarische Revolution in Rußland zum ersten Male praktisch das Problem der geschichtlichen Aufgabe unserer Epoche – die proletarische Diktatur – nicht mehr als holder Zukunftsschimmer, sondern als konkrete Aufgabe der Gegenwart auf die Tagesordnung gestellt wurde. So wurde die russische Revolution zum Brennpunkt der ideologischen Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung. Die Stellung zu Sowjetrußland – das war die Probe auf das Exempel revolutionärer oder verbürgerlichter Gesinnung. Hier schieden sich die Geister. Und dies gilt auch heute noch. Die Stellung eines jeden Führers zu allen Problemen des Klassenkampfes läßt sich – wie damals – mehr oder weniger klar schon aus seinen Auffassungen über Fragen der russischen Revolution ableiten.

Otto Bauer hat sich in drei Broschüren und zahlreichen Reden und Artikeln zu dieser Grundfrage der proletarischen Politik geäußert. Die erste Broschüre, die Bauer unter dem Decknamen Heinrich Weber im Jahre 1917 herausgab, „Die russische Revolution und das westeuropäische Proletariat“, wurde vor der Oktoberrevolution [520] abgeschlossen. Otto Bauer entwickelte bereits damals eine Auffassung, die später zur Lieblingsidee seiner „marxistischen“ Studien über Sowjetrußland wurde. Er betrachtete damals schon (also noch unter Kerenski) „die vorübergehende Herrschaft des mit der Bauernschaft verbündeten Proletariats als eine notwendige Entwicklungsstufe im Entwicklungsgang Rußlands zur bürgerlichen Demokratie“.

Das revolutionäre Rußland wird kapitalistisch werden! – Diese Prognose Otto Bauers (die neuerdings eine fast wörtliche Wiedergeburt in den „revolutionären“ Theorien unserer Ultralinken gefunden hat) steht in schlagendem Widerspruch zu den Äußerungen, die derselbe Otto Bauer in jüngster Zeit über die russische Revolution und ihre siegreiche Entwicklung zum Sozialismus getan hat. Unsere Aufgabe wird es aber keineswegs sein, etwa die Entwicklung vom „dummen“ oder „bösen“ zum „klugen“ oder „guten“ Otto Bauer zu schildern, sondern den kausalen dialektischen Zusammenhang zwischen der jeweiligen Situation des proletarischen Kampfes und den jeweiligen Methoden des Austromarxismus zu analysieren. Im wesentlichen haben wir dabei mit drei Etappen zu rechnen. Die erste Etappe findet ihren Niederschlag in der erwähnten „Weber“-Broschüre während des Krieges und einer Broschüre „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“, die Bauer im April 1920 abschloß. Die Zeitspanne innerhalb deren Bauer also die in diesen Broschüren verarbeiteten Ansichten verfocht, umfaßt politisch die erste Welle der Revolution, in Österreich vom Januarstreik 1918 ausgehend, der mit Hilfe der zentristischen sozialdemokratischen „Linken“ abgewürgt wurde, über den Zerfall des Habsburgerreiches, die ungarische und bayerische Räterepublik mit ihren Auswirkungen auf Österreich, bis zu jener gespannten europäischen Situation, die sich im deutschen Kapp-Putsch einerseits und dem russisch-polnischen Krieg andererseits entlud. Es bestand also eine zugespitzte Situation im Weltmaßstab, deren Ausgang noch ungewiß war, und eine stürmische Entwicklung des Klassen-kampfes in den meisten Ländern. In Österreich fand diese Entwicklung, die stark durch die ungarische Proletarierdiktatur beeinflußt wurde, vor allem im Wiener Arbeiterrat Ausdruck, in dem der Einfluß der zahlenmäßig schwachen Kommunisten stieg. Zusammen mit der „Neuen Linken“, einer unter Führung des später zur KPÖ übergetretenen Frey neugebildeten sozialdemokratischen Opposition gegen die aus ehemaligen „Linken“ (d. h. Zentristen) und Rechten bestehende Parteiführung und ihre Koalitionspolitik errang unsere Bruderpartei im Juni 1920 sogar die Mehrheit auf der dritten Tagung des Reichsarbeiterrats. Die Situation für den austromarxistischen Menschewismus war also damals besonders schwierig. Die Wirkung des Beispiels der russischen (und ungarischen) Revolution auf die österreichischen Arbeiter mußte abgewehrt werden, wenn der Austromarxismus seinen Zweck die Erhaltung der sozialdemokratischen Parteieinheit, die Verhinderung der Bildung einer kommunistischen Massenpartei und damit die „Vermeidung“ des Bürgerkriegs, erreichen wollte. In dieser bedrohlichen Situation nun entwickelt Otto Bauer eine Methode der Betrachtung der russischen Revolution, die alle Künste des Austromarxismus widerspiegelt und die Taschenspielerstückchen eines Jahrmarktzauberers mit „wissenschaftlicher“ Aufmachung verbindet.

Er beginnt – schon damals – mit einer These, die der proletarischen Begeisterung für die russische Revolution schmeichelt:

„Es ist eine sozialistische Gesellschaft, die da entsteht.“ („Bolschewismus oder Sozialdemokratie“ S. 62.)

[521] Aber dann stellt er zugleich von der hohen Warte seiner „überlegenen“ Wissenschaft herab gnädig und mitleidig fest, daß diese armen Russen leider eine ganz barbarische, ganz rückständige Art von Sozialismus einführen müssen, weil sie noch so unaufgeklärt und unentwickelt sind. Diese Art der Sozialisierung zum Beispiel, wie sie im „wilden“ Rußland vor sich ging, sie ist sehr unähnlich dem wunderbaren und ganz „schmerzlosen“ Programm, wie er – Otto Bauer – es entworfen hat. Aber die Russen wußten es nicht besser. Denn erstens war kein Otto Bauer da, sie zu belehren, und zweitens waren sie zu barbarisch. Sie enteigneten die Kapitalisten, aber sie waren ja noch gar nicht „reif“ dazu, die Betriebe selbst zu verwalten. Also mußte die Sowjetregierung ihrerseits die Produktion organisieren: „von oben herab“. Welche Vergewaltigung der Arbeiter! Otto Bauers revolutionäres Herz hebt vor Mitgefühl, wenn er denkt, daß es wieder Betriebsleiter und ähnliche furchtbare Einrichtungen in Rußland gibt.

Aber wie mit der Sozialisierung, so steht es auch mit der ganzen Arbeiterherrschaft. Dieser „despotische Sozialismus“, als den er den Bolschewismus entdeckt, ist ja nur in Rußland notwendig, wo das Proletariat so spärlich gesät ist. Und so schreit Otto Bauer aus Leibeskräften – und das ist seine erste Lanze in diesem Waffengang –: „Arbeiter Europas, Arbeiter Österreichs, befolgt nicht das russische Beispiel! Denn Ihr habt das nicht nötig. Ihr könnt es viel leichter, viel besser, viel richtiger machen als die russischen Barbaren!“

Aber damit, daß er den im kapitalistischen Elend schmachtenden Arbeitern sagt, sie seien für die Freiheit nach dem Beispiel der russischen Arbeiter viel zu gut, damit allein kann Otto Bauer seine Lämmer nicht vor dem verhaßten Bolschewismus schützen. Und so hat er seine zweite Waffe parat. Was in Rußland geht, verkündet er, ist – abgesehen davon, daß es nicht schön genug für uns ist – für Europa auch gar nicht durchführbar. Denn – und nun müssen die armen Bauern wieder herhalten – nur weil die Bauern in Rußland noch nicht befreit waren, konnten die russischen Arbeiter sich mit ihnen verbünden. In Westeuropa, in Österreich ist das anders. Also (zweite Lanze): „Arbeiter Europas, Arbeiter Österreichs, befolgt nicht das russische Beispiel! Denn was in Rußland klappt, muß bei Euch Schiffbruch erleiden.“

Und zum Schluß – für ganz hartnäckige Sünder – hält der edle Ritter des „Marxismus“ noch die dritte, letzte, schwerste Lanze in Bereitschaft, seine Grundthese: die Bauern Rußlands sind heute dumm („kulturlos“), also lassen sie sich von den Bolschewiken, von den Arbeitern regieren. Aber:

„Indem die Sowjetmacht ... höhere Kultur in das Dorf trägt, zerstört sie selbst die Voraussetzungen der Diktatur des Proletariats. Denn in dem Maße als der Bauer kulturell reift, gewinnt er politisches Interesse und politische Regsamkeit, erlangt er den Wunsch und die Fähigkeit, seine Interessen und seine Anschauungen im staatlichen Leben durchzusetzen. Sobald aber die Bauernschaft. die die gewaltige Masse der Nation bildet, eigenen politischen Willen hat und zu selbständigen politischen Aktionen fähig wird, bricht die Alleinherrschaft des städtischen Proletariats zusammen.“ („Bolschewismus und Sozialdemokratie“, S. 69.)

Mit der proletarischen Diktatur ist es also Essig! Und was die „sozialistische Gesellschaft“ anbetrifft, die Otto Bauer auf Seite 62 seiner Schrift „entstehen“ ließ, so weicht sie fast ganz dem Kapitalismus. So bricht dem der austromarxistische Held auch seine dritte Lanze gegen Sowjetrußland: „Arbeiter Europas, Arbeiter Österreichs, nicht nur, weil Ihr es nicht nötig habt, nicht nur, weil es Euch nicht möglich ist, befolgt das russische Beispiel [522] nicht! Vor allem tut es auch nicht, weil es ohnehin zu nichts führt als zum Zusammenbruch und zur bürgerlichen Demokratie!“

Der Ritter, der diese drei Lanzen auf einmal schwingt, gleicht jenem Diebe, der sagt: „Erstens habe ich die goldene Uhr nicht gestohlen, zweitens ist sie nicht golden, sondern aus Blech, und drittens glaubte ich, es sei meine eigene Uhr.“

Wenn es dem Austromarxismus damals gelang, die österreichischen Arbeitermassen noch einmal von dem Wege ins Lager der Revolution zurückzuhalten, so war das nicht einfach der demagogischen „Vielseitigkeit“ der Otto Bauerschen Argumente, sondern jenen konkreten Bedingungen des Kampfes in Österreich zuzuschreiben.

Die bedrohliche Situation für die österreichische Bourgeoisie und damit auch für den Austromarxismus ging vorüber – um so mehr, als bald darauf international der Kapitalismus eine Atempause errang. Die Niederwerfung des französischen Massenstreiks vom Mai 1920, des tschechoslovakischen Massenstreiks im Dezember 1920, des deutschen Märzaufstandes 1921 und der Ausgang des russisch-polnischen Krieges bewirkten, daß die erste Sturmwelle der Revolution abebbte, ohne Neuland für den Sozialismus zu erobern. Sowjetrußland verlegte die Kräfte der proletarischen Revolution von der Kriegs- und Bürgerkriegsfront an die Front der Wirtschaft. Naturgemäß ließen sich auf diesen inneren Schlachtfeldern des zähen Kampfes um den Sozialismus nicht von heute auf morgen jene glänzenden Siege erringen wie zuvor an der Front gegen die weißgardistischen Generäle. So bewirkten alle diese Verschiebungen in der Weltlage, wie die Lage der russischen Revolution, daß die zündende, unmittelbar revolutionierende Wirkung Sowjetrußlands auf die Arbeiter der Welt sich vorübergehend abschwächte, sowie überhaupt eine gewisse Stagnation in der Arbeiterbewegung eintrat. Damit veränderten aber auch der Austromarxismus und sein Feldherr Otto Bauer ihre taktischen Methoden gegenüber der russischen Frage. Es erübrigt sich nunmehr, mit so gelenkigen Akrobatenkunststücken um den heißen Brei der russischen Revolution herumzubalancieren, wie in den verflossenen kritischen Jahren.

Die Sprache des Austromarxismus gegen die russische Revolution wird also in dieser zweiten Etappe ziemlich eindeutig. Wieder ist es Otto Bauer, der in die Schlacht zieht, den Bolschewismus endgültig „marxistisch“ hinzurichten. „Der ‚neue Kurs‘ in Sowjetrußland“, vier Artikel, zu einer Broschüre vereinigt, sind sein Rüstzeug. Er beginnt natürlich mit der Feststellung, alles sei gekommen, wie er es gesagt habe. Und dann legt er los:

1. Die Bauern haben über das Proletariat gesiegt, die Sowjetregierung hat vor dem bürgerlichen Privateigentum kapituliert.

2. Der Sieg der Bauern bedeutet auch den Sieg der Nepbourgeoisie.

3. Damit ist der Sozialismus endgültig begraben.

„Es ist eine kapitalistische Wirtschaft, die wir so wiedererstehen sehen: eine kapitalistische Wirtschaft, die von der neuen Bourgeoisie beherrscht wird, die sich auf die Millionen Bauernwirtschaften stützt und der sich die Gesetzgebung und die Verwaltung des Staates notgedrungen anpassen müssen.“ („Der neue Kurs in Sowjetrußland“, S. 20.)

4. Die Sowjetregierung ist eine Dienerin von Nepbourgeoisie und Bauern, aber keine Arbeiterregierung mehr.

Nachdem er so den Stab über das neue „kapitalistische“ Rußland gebrochen hat, findet er, das sei alles ganz gut so, weil sonst sein „Marxis-[523]mus“ nicht recht behalten hätte. Es waren eben die Verhältnisse vom hohen Standpunkt der Wissenschaft noch nicht „reif“, darum mußte es schief gehen. Dieser wunderbare „Marxismus“ wird dann noch weiter „vertieft“. Bauer findet heraus, daß die ganze Sowjetgeschichte nur ein Hinausführen der bürgerlichen Revolution über sich selbst war. Jetzt aber habe sie sich in den Kapitalismus zurückgefunden und alles sei zu Ende. Die kommunistische Ideologie war bloßer Schall und Rauch:

„Der russische Kommunismus war die Illusion der plebejischen Massen eines sich eben erst aus den Fesseln des Feudalismus befreienden Landes, die, durch die bürgerliche Revolution vorübergehend zur Macht emporgeschleudert, ihre Ideale vergebens zu verwirklichen suchen, um schließlich an dem niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte zu scheitern und zu erfahren, daß ihre Herrschaft nicht durch ihre kommunistischen Ideale verwirklichen kann, sondern nur ein Mittel der Geschichte war, alle Überbleibsel des Feudalismus zu zertrümmern und dadurch die Voraussetzungen der Entwicklung des Kapitalismus auf neuer, verbreiterter Grundlage zu schaffen.“ („Der neue Kurs in Rußland“, S. 31.)

Der wohlmeinende Otto Bauer des „Neuen Kurses“ hält es jedoch für nicht ganz ausgeschlossen, daß diese russischen „Plebejer“ mit der ihnen von ihm zudiktierten geschichtlichen Aufgabe nicht einverstanden sein könnten. Vielleicht werden sie sogar sagen, daß er „Schmähung“ und „Verrat“ begehe. Nun, er ist großmütig, er verzeiht ihnen. Er weiß: „Wer in solchem Kampf steht, braucht Illusionen.“ (S. 5.)

Leider hatte sich einer von diesen russischen Plebejern, Lenin, schon im Jahre 1919 über die Leute mit der „Bauerntheorie“ à la Bauer (und Korsch, Maslow usw.) geäußert. Er sagte damals:

„Wer da glaubt, daß die Aufstellung dieser Aufgabe (Verhältnis zum mittleren Bauerntum) gewissermaßen eine Schwächung unserer Regierungsgewalt, eine Schwächung der Diktatur des Proletariats oder auch nur eine teilweise oder geringfügige Veränderung unserer Grundpolitik darstellt, der befindet sich auf dem Holzwege, der begreift nicht die Aufgaben des Proletariats, die Aufgaben des kommunistischen Umsturzes. Ich bin überzeugt, daß unsere Partei solche Leute nicht aufweist. Ich wollte nur die Genossen vor jenen Leuten warnen, die außerhalb der Arbeiterpartei auftauchen und so reden werden, nicht etwa, weil sich dies aus irgendeiner Weltanschauung ergibt, sondern einfach, um uns die Suppe zu versalzen und den Weißgardisten unter die Arme zu greifen.“

Aber der mutige Otto Bauer fürchtet solche Beschimpfungen nicht. Er tut seine „Pflicht“. Einmal gegen das internationale Proletariat, das durch den „Irrtum“ über den Charakter der russischen Revolution „gespalten“ wurde.

„Wir müssen hinter dem Schein der kommunistischen Ideologie die Realität der bürgerlichen Revolution aufdecken, um das Proletariat von diesem irreführenden Mißverständnis zu befreien.“ (S. 36.)

Zum anderen will Bauer aber auch der Sowjetregierung selber helfen. Denn ihm fehlt zum vollen Glück in Rußland noch die „bürgerliche Rechtssicherheit“. Ihr zuliebe will er die proletarische Diktatur, von der er zwar gerade bewiesen hat, daß sie „endgültig tot“ ist, auch noch begraben. Darum „rät“ er der Sowjetregierung im guten, schleunigst mit der (von den Bauern und Nepleuten zerschlagenen) [524] Diktatur Schluß zu machen, weil sonst Bauern und Nepleute sie zerschlagen könnten.

Der Rat war gut gemeint. Aber die russischen „Plebejer“ waren „unklar“ genug, ihn nicht zu befolgen. Darum muß – fünf Jahre später – Herr Otto Bauer schon wieder eine neue Taktik gegen diese eigensinnige, zehnmal totgesagte und noch immer lebendige russische Proletarierherrschaft einschlagen. Auf die Flaute, die in Österreich Ende 1922, Anfang 1923 durch die Kronenstabilisierung einsetzte, nachdem schon zuvor die revolutionierende Wirkung Sowjetrußlands vorübergehend zurückging, folgte Ende 1924 ein neuer, sehr langsamer Radikalisierungsprozeß innerhalb der österreichischen Arbeiterschaft. Dieser Prozeß zeitigte die allmähliche innere Gesundung der KPÖ und eine gewisse Steigerung ihres Einflusses. Da aber die österreichische Arbeiterklasse – zumal in Wien – zunächst noch immer fast völlig sozialdemokratisch orientiert ist, mußte sich die proletarische Radikalisierung und Aktivisierung vor allem innerhalb der Sozialdemokratie selbst vollziehen. Diese Entwicklung ging nur sehr langsam vonstatten, weil – eben infolge der Schwäche der österreichischen kommunistischen Partei – die österreichischen Arbeiter heute noch vorwiegend auf ihre objektiven Erfahrungen ohne genügende Auswertung durch die KP angewiesen sind, und andererseits im letzten Winter eine gewisse Stagnation der österreichischen Krise eintrat. Aber die Radikalisierung vollzog sich doch und sie gewann ihre entscheidenden Antriebe aus den neuen Erfolgen der Sowjetunion im sozialistischen Aufbau. Also leitete Otto Bauer die dritte Etappe des austromarxistischen Kampfes gegen die russische Revolution mit den beiden Reden ein, die er vor der Abreise und nach der Rückkehr der österreichischen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland vor den Wiener Vertrauensleuten der Sozialdemokratie hielt. Symptomatisch für die austromarxistische Taktik in dieser dritten Etappe ist, daß die Reise den sozialdemokratischen Delegierten nicht verboten wurde, daß man sie lediglich „bedauerte“, und zwar mit der wahrhaft austromarxistischen Begründung, sie sei ungünstig gerade für die angestrebte „Festigung des Bündnisses der internationalen Arbeiterbewegung mit der russischen Revolution“. Gleichzeitig verbeugte sich Bauer von vornherein vor dem „gewaltigen Experiment der russischen Revolution“ und betonte, daß „wir in Marseille dem einseitigen Antibolschewismus anderer Parteien entgegengetreten sind“. Schon in dieser ersten Rede – also bevor noch die Arbeiterdelegation drüben war und sich durch ihren Bericht die Situation noch ungünstiger für die Feinde der russischen Revolution gestaltete – sagte er die bekannten Sätze von dem Beweis, den Rußland erbringe, daß es ohne Kapitalisten geht.

Inzwischen hat sich die „neue Taktik“ des Austromarxismus weiter ausgewachsen. Es lassen sich bequem zwei Elemente darin unterscheiden. Auf der einen Seite die Anerkennung der tatsächlichen, nicht mehr zu verheimlichenden Entwicklung Sowjetrußlands zum Sozialismus, auf der andern Seite eine Reihe von offenen und verschleierten Einwänden (Bolschewismus als spezifisch russische Erscheinung, gegen Komintern, für die Legalisierung der Menschewiki und SR, gegen Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten usw.). Diese neue Taktik Otto Bauers ist zwar kein „einseitiger Antibolschewismus“, den er ja in Marseille heldenhaft ablehnte, wohl aber als ein „diplomatischer Antibolschewismus“, zwiespältig in der Form, einheitlich nur im praktischen, politischen konterrevolutionären Inhalt. Das Ganze ist eine Art Neu-[525]auflage der Taktik in der ersten Etappe 1917–1920, auf veränderter, entwickelterer Grundlage. Aber zugleich treten hier schon die Grenzen des Austromarxismus und seines gefährlichen Raffinements konkret in Erscheinung. Man betrachte nur die negativen Argumente, mit denen Otto Bauer diesmal noch der Sturmflut trotzen zu können hofft. Er ist so völlig in die Verteidigung, in die Rückzugsstellung gedrängt, daß er gar nicht mehr versucht – wie früher stets –, sowohl für den österreichischen als auch für den internationalen Menschewismus die Klinge zu führen. Alle seine Argumente haben nur noch eine begrenzte, „österreichische“ Zugkraft. Es ist klar, daß der Hinweis auf das starke Ausland in keinem Lande überhaupt verfangen würde, das weniger eingeklemmt zwischen Nachbarstaaten liegt als Österreich. Es ist klar, daß man sich mit dem „Terror“geschrei nur gerade noch in einem Lande ohne Bürgerkriegserfahrungen wie Österreich nicht direkt lächerlich macht, weil die Arbeiter dort die Knebelung der revolutionären Agitation, Presse usw. durch die Bourgeoisie und Sozialdemokratie noch nicht am eigenen Leibe und in größerem Umfang zu verspüren Gelegenheit hatten. Es ist weiter klar, daß ein Argument, wie: die Komintern störe das „Bündnis“ der Menschewisten mit Sowjetrußland, nur in einem Lande überhaupt ausgesprochen werden kann, in dem die Rolle der kommunistischen Bewegung noch nicht in das Bewußtsein breiter Massen gedrungen ist, wie wohl sie auch dort schon praktisch voll und ganz gegeben ist, wiewohl auch in Österreich ohne die kleine KP niemals Arbeiterdelegationen denkbar gewesen wären und niemals Otto Bauer seinen „einseitigen Antibolschewismus“ von 1920 bis 1924 mit den heutigen diplomatischen Bündnisphrasen vertauscht hätte. Auch die Ablehnung der Gewerkschaftseinheit zerschlägt nur gerade unter den gegebenen österreichischen Verhältnissen nicht ohne weiteres die austromarxistische Komödie, weil dort die Praxis der Gewerkschaftsspaltung durch die reformistischen Führer noch nicht solche ungeheuerliche Formen angenommen hat, wie etwa in Deutschland. Seine kleinlichen und verschlagenen Manöver mit der Wiener Gemeindepolitik (ihr „Vergleich“ mit der proletarischen Diktatur in Rußland, der Versuch, mit der wachsenden Wiener Enttäuschung den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion zu belasten) haben selbstverständlich auch nur mehr „lokale“ Bedeutung. Andererseits sind die Zugeständnisse, die Otto Bauer heute schon an die revolutionären Sympathien für Rußland machen muß, derartige, daß er damit, wenn auch ohne es direkt auszusprechen, nichts weniger als den restlosen Bankrott seiner gesamten politischen „Weisheit“ anmeldet.

Die spezifischen Bedingungen der österreichischen Arbeiterbewegung bewirken, daß der Augenblick sich noch verzögert, wo die betrogenen Arbeitermassen ihn praktisch auf jenen Kehrichthaufen werfen, auf dem er „theoretisch“ längst schon ist. Und wenn auch international betrachtet der Austromarxismus noch im Vormarsch ist, so darf uns dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß er (nicht nur in Österreich) heute bereits die Grenzen eines diplomatischen Antibolschewismus erreicht hat. Weitergehend würde der Austromarxismus seine eigene Grundlage, den ‚ungefährlichen“ Radikalismus, gefährden. Noch einige Zugeständnisse an die radikalisierte Stimmung der proletarischen Massen mehr – und die Arbeiter würden allzu leicht in Versuchung gebracht, ihren „Meister“ mißzuverstehen, für bare Münze zu nehmen, was umgekehrt gedacht ist, und die „Worte“ in die Praxis zu übersetzen.

*

[526]

Die USSR auf dem Wege zum Sozialismus

Die Bedeutung der Kontrollziffern der Planwirtschaftskommission für das Jahr 1926/27

Von L. F. Winow

Zum zweitenmal wurden vor einigen Tagen die sogenannten „Kontrollziffern“ veröffentlicht, die eine Berechnung der möglichen und wahrscheinlichen Entwicklung der Sowjetwirtschaft für ein Jahr im Voraus enthalten. Die Bedeutung dieser „Kontrollziffern“ müssen wir von zweierlei Gesichtspunkten aus einschätzen. Erstens kommt ihre Bedeutung als Anzeichen des Entwicklungsgrads der Planwirtschaft in der Sowjetunion in Betracht, zweitens ihr materieller Inhalt, der uns über die wahrscheinlichen Fortschritte des Wirtschaftslebens und über die der Hebung der Lage der Arbeitenden orientiert.

Was die erste Frage anbelangt, so bedeuten die Kontrollziffern an sich einen großen Schritt vorwärts zur Planwirtschaft.

Die Kontrollziffern, als ein Ausdruck der planwirtschaftlichen Errungenschaften der Sowjetmacht, stellen ebenso, wie die proletarische Staatsindustrie, nichts anderes dar, als ein sozialistisches Element innerhalb des komplizierten Gewebes der wirtschaftlichen Beziehungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, innerhalb der Neuen Ökonomischen Politik. Sie sind ein Ausdruck der Offensive des Proletariats gegen die kapitalistische Anarchie. Ihre Basis ist das Wachstum der materiellen sozialistischen Elemente der Sowjetwirtschaft (Staatsindustrie usw.), das heißt die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung und die Besetzung der Kommandohöhen durch das herrschende Proletariat.

Natürlich kann, solange ein großer Teil der Wirtschaftsfaktoren aus kleinbürgerlichen (hauptsächlich bäuerlichen) privatwirtschaftlichen Elementen besteht, keine Rede sein von einem vollständigen sozialistischen Wirtschaftsplan, der das gesamte Wirtschaftsleben autoritativ regelt. So dürfen auch die Kontrollziffern nicht in der Art aufgefaßt werden, daß sie den einzelnen Produktionszweigen vorschreiben: soviel, nicht weniger und nicht mehr, muß produziert werden. Sie stellen aber – auf Grund der Berechnung der Möglichkeiten und der Grenzen der Entwicklung vom Gesichtspunkte der Aufgaben des proletarischen Staates – eine wichtige wirtschaftspolitische Leitlinie für die höheren Wirtschaftsorgane dar. Sie erleichtern die Arbeit der Partei und der Sowjetorgane an der Steigerung der Produktion in den für den sozialistischen Aufbau notwendigen Proportionen, an der Hebung des Wohlstandes der arbeitenden Bevölkerung und an der Erhöhung des Schwergewichts der sozialistischen Elemente in der Gesamtwirtschaft des Landes. Sie sind ein wichtiges Mittel zur Verringerung der Möglichkeit und (in weiterer Perspektive) zur vollkommenen Ausschließung von Wirtschaftskrisen wiewohl die sogenannten „Krisen“ innerhalb der Nep schon heute von den Krisen der kapitalistischen Wirtschaft auch qualitativ gänzlich verschiedene Erscheinungen sind.

Die wichtigsten Gesichtspunkte der neuen Kontrollziffern

Der größte Mangel der vorjährigen Kontrollziffern bestand darin, daß sie sich allzusehr nur auf die quantitative Seite des Entwicklungsprozeses beschränkten und allzuwenig auf den sozialen, auf den Klassengehalt [527] dieses Prozesses Rücksicht nahmen. Diese Lücke ist in den diesjährigen Kontrollziffern ausgefüllt worden.

Die zwei wichtigsten Gesichtspunkte, von denen die Planwirtschaftskommission bei der Zusammenstellung der diesjährigen Kontrollziffern ausging, waren: 1. die Aufgabe der Industrialisierung; 2. der Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion. Die Hauptprobleme, die die Kontrollziffern zu beantworten haben, formuliert die Planwirtschaftskommission selbst folgenderweise: „Findet überhaupt ein Wachstum der Produktivkräfte des Landes statt? Welches Tempo wird voraussichtlich dieses Wachstum im Wirtschaftsjahr 1926-27 im Vergleich mit dem vorangegangenen Jahre haben und welche Perspektive bringt es für das Wirtschaftsjahr 1927-28? In welchen Richtungen geht dieses Wachstum der Produktivkräfte vor sich?“ Dies ist die erste Fragengruppe. – Die zweite ist: „Welche Klassen und Gruppen sind die Träger der wachsenden Produktivkräfte in der Sowjetunion? In welcher Richtung entwickelt sich die wirtschaftliche Macht der sozialistischen und der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsteile? Welche Errungenschaften zeigt der sozialistische Aufbau und welche Gefahren

drohen diesem Aufbau im gegebenen Entwicklungsstadium der Produktivkräfte? Findet ein zahlenmäßiges Wachstum des Proletariats und eine Hebung seiner materiellen Lage statt?“

Wie beantworten nun die Kontrollziffern diese Frage?

Die Produktion im nächsten Wirtschaftsjahr

Die Produktionssteigerung der gesamten der Kontrolle des obersten Volkswirtschaftsrats unterliegenden Industrie wird im nächsten Wirtschaftsjahre 15,8 Prozent betragen. Dieses Tempo kann dem oberflächlichen Beobachter gegenüber der schwindelhaften Produktionssteigerung in den letzten beiden Wirtschaftsjahren (1924-25 60 Proz. und 1925-26 40 Proz.) als gering erscheinen. Wenn man aber bedenkt, daß die große Steigerung der letzten beiden Jahre dadurch erreicht wurde, daß stilliegende Betriebe ohne größeren Kapitalaufwand in Betrieb gesetzt werden konnten, während die Produktionssteigerung im laufenden Jahre mit geringen Ausnahmen nur durch neue Kapitalanlagen erreicht werden kann, wenn man bedenkt, daß der proletarische Staat im nächsten Wirtschaftsjahr um ungefähr 7 Proz. mehr für industriellen Neubau und Neuausrüstung wird ausgeben können, als im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr, dann muß man sagen, daß auch das Tempo des Industrieaufbaues im nächsten Wirtschaftsjahr einen Fortschritt bedeuten wird. Dies um so mehr, als zur Zeit des Zarismus eine jährliche Produktionssteigerung von über 6 bis 7 Proz. zu den Seltenheiten gehörte.

Wie wird sich nun diese Produktionssteigerung auf die einzelnen Produktionszweige verteilen? Gemäß den Aufgaben der Industrialisierung wird die Schwerindustrie ihre Produktion um 19,7 Proz. steigern, während die Produktion der leichten Industrie nur um 12,3 Proz. steigen wird. Im einzelnen beträgt die Steigerung der Kohlenproduktion 30,9 Proz., der Naphthaförderung 10,6 Proz., der Eisenerzförderung 46,1 Proz., der Metallindustrie 14,4 Proz., der elektrotechnischen Industrie 36,0 Proz., der Textilindustrie 7,8 Proz. usw.

Die wichtigsten Faktoren dieser Produktionssteigerung sind:

a) Neue Kapitalanlagen für industriellen Neubau und Neuausrüstung im Umfange von 845 Millionen Rubel (1,7 Milliarden Mark). Die Tendenz der Industrialisierung kommt auch hier klar zum Ausdruck, – u. a. darin, daß die neuen Kapitalanlagen für die Metallindustrie gegenüber dem Vorjahr um [528] 20 Proz., für die elektrotechnische Industrie um fast 50 Proz. gesteigert werden, während die gesamte Erhöhung der Kapitalanlagen nur ungefähr 7 Proz. beträgt.

b) Eine Erhöhung der Zahl der Industriearbeiter um .6,3 Proz. und

c) eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 8,4 Proz.

Die eigene Akkumulation der Industrie wird für das nächste Wirtschaftsjahr mit 918,5 Millionen Rubel berechnet. Hiervon entfallen auf das Konto der Amortisierung 412 Millionen Rubel, auf das des Reingewinns 506,5 Millionen Rubel.

Die landwirtschaftliche Produktion wird voraussichtlich um 5,2 Proz. steigen. Wir sehen also, daß die Industrieproduktion bedeutend rascher wachsen wird als die landwirtschaftliche Produktion. Allerdings wird jener Teil der landwirtschaftlichen Produktion, der als Ware auf den Markt gelangt, ungefähr doppelt so rasch wachsen wie die Produktion selbst.

Die Verteilung dieses Warenanteils der landwirtschaftlichen Produktion unter die verschiedenen Konsumenten (außer jenem Teile, der noch innerhalb des Dorfes zum Verkauf gelangt) zeigt in ihrer Entwicklung seit 1923 folgende Tabelle:

In absoluten Zahlen (Wert in Millionen Vorkriegsrubeln)

Wirtschaftsjahr 1. Okt.–30. Sept.	Städtische Bevölkerung (inkl. Rote Armee)	Industrie	Export	Zusammen
1923–1924	804,2	222,8	181,4	1209,4
1924–1925	922,9	331,1	110,6	1364,6
1925–1926	958,8	502,9	214,1	1675,8
1926–1927	1060,3	507,1	364,3	1931,8

In Prozenten

Wirtschaftsjahr 1. Okt.–30. Sept.	Städtische Bevölkerung (inkl. Rote Armee)	Industrie	Export	Zusammen
1923–1924	66,5	18,5	15,0	100
1924–1925	67,6	24,3	8,1	100
1925–1926	57,2	30,0	12,8	100
1926–1927	54,9	26,3	18,9	100

Die Elektrifizierung wird mit großen Schritten vorwärts schreiten. Es werden hierfür 160 Millionen Rubel neues Kapital angelegt und es ist eine Erweiterung der bestehenden Kraftwerke und ein Bau von neuen Kraftwerken mit einer gesamten Leistungsfähigkeit von 280.000 Kilowatt zu erwarten.

Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen (Preise, Steuern usw.) könnte die Entwicklung der Produktion allein im nächsten Wirtschaftsjahr noch nicht zu einer Liquidierung bzw. Linderung des Warenhungers, d. h. des Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot von Industrieprodukten führen. Daher schlägt die Planwirtschaftskommission folgende Maßnahmen vor: energische Fortsetzung der Preissenkungspolitik, strenge Durchführung des Produktionsprogramms, Reduzierung der Nachfrage durch die Erhöhung der direkten Besteuerung der städtischen und der Dorfbourgeoisie, ferner Verringerung der administrativen Unkosten. [529]

Die sozialen Prozesse

Von, dieser Fragengruppe interessieren uns vor allem zwei Fragen: das Wachstum der proletarischen Klasse und das Verhältnis zwischen dem Wachstum der vergesellschafteten und der privaten Zweige der Volkswirtschaft.

Die Gesamtbevölkerung wird im nächsten Wirtschaftsjahr nach den Berechnungen der Planwirtschaftskommission von 141,4 auf 144,8 Millionen – also weit über das Friedensniveau von rund 140 Millionen steigen. Dieses Wachstum verteilt sich auf Stadt und Land in folgendem Verhältnis:

	1924–1925	1925–1926	Jahreswachstum in Prozenten
	(Millionen Menschen)		
Städtische Bevölkerung	23,7	24,4	3,0
Ländliche Bevölkerung	117,7	120,4	2,3
Zusammen	141,4	144,8	2,4

Während die Gesamtbevölkerung ein Wachstum von 2,4 aufweist, wird die Zahl der Lohnarbeiter von 9.808.000 auf 10.285.000, also um 4,9 Proz. steigen. Das zeigt die Erhöhung des Schwergewichts der proletarischen Klasse gegenüber den anderen Bevölkerungsschichten.

Die Verteilung der in allen Zweigen des Staats- und Wirtschaftslebens beschäftigten Personen zeigt folgendes Bild:

	1925–1926	1926–1927	Prozentuelle Veränderung in einem Jahr
	in tausend Personen		
Landwirtschaft	59.846	6.0971	+ 1,8
Industrie	4950	5350	+ 8,1
Bauwesen	635	730	+ 15
Transportwesen	1355	1460	+ 7,7
Post, Telephon- u. Telegraphenwesen	100	103	+ 3
Handel	1000	1100	+ 10
Volksaufklärung	671	701	+ 4,5
Volksgesundheitswesen	387	399	+ 3,1
Andere Staatsorgane	786	786	–
Rentner	50	50	–
Arbeitslose	1230	1200	+ 7,7
Sonstige	1400	1350	+ 3,6

Also starke Zunahme der Industriearbeiter, Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Was nun den Vergesellschaftungsprozeß anbelangt, sehen wir folgendes: In der Landwirtschaft wird das nächste Wirtschaftsjahr einen starken Vorsprung der Genossenschaften bringen. Während die staatliche Produktion in der Landwirtschaft um 5,2 Proz. und die privatwirtschaftliche Produktion um 5,3 Proz. zunehmen werden, wird die genossenschaftliche Produktion um 19,3 Proz. erhöht. Die Forstwirtschaft befindet sich bereits zu 100 Proz. in staatlichen Händen. In der Fischerei werden weder die absoluten noch die relativen Zahlen bedeutend verändert. Alle die genannten Gruppen zusammen ergeben folgendes Bild:

Staatliche Produktion	5,5 Proz.
Genossenschaftliche Produktion	17,7 Proz.
Private Produktion	5,2 Proz.

In absoluten Zahlen ausgedrückt bleibt natürlich die in der Landwirtschaft vorherrschende Form noch weitaus die privatwirtschaftliche Produktion, [530] die im Jahre 1926-27 in Vorkriegspreisen ausgedrückt eine Produktion im Werte von 10.626 Millionen Rubel aufweisen wird, während die vergesellschafteten Formen der Landwirtschaft zusammen nur im Werte von 1276 Millionen Vorkriegsrubel produzieren werden. Immerhin muß das Vordringen der vergesellschafteten Formen festgestellt werden.

Ein ganz anderes Bild zeigt natürlich die Industrie, wo die Entwicklung durch folgende Tabelle veranschaulicht werden kann:

	1925-26	1926-27	1925-26	1926-27	Prozentuales in Vorkriegspreisen	Wachstum in Goldpreisen
	in Vorkriegspreisen (Millionen Rubel)		in Goldpreisen			
Großindustrie						
staatlich	5309	6080	8531	9749	14,5	14,5
genossenschaftlich	247	267	610	679	8,1	11,3
privat	241	261	391	439	11,6	12,3
Kleinindustrie						
staatlich	24	26	41	45	8,3	7,1
genossenschaftlich	91	98	160	173	7,7	7,5
privat	1011	1092	1775	1916	7,9	8,1
Gesamtindustrie						
staatlich	5333	6106	8572	9794	14,5	14,5
genossenschaftlich	338	365	770	851	8,0	10,5
privat	1252	1352	2165	2396	8,0	8,0

Diese Tabelle zeigt uns also nebst einem allgemeinen Wachstum der gesamten Industrie einen Ausbau der staatlichen Positionen der sozialistischen Elemente in der Industrie, besonders aber in der Großindustrie.

Im Handel wird es durch entsprechende Maßnahmen voraussichtlich möglich sein, den Anteil des Privatkapitals am gesamten Umsatz von 24 Proz. auf 22 Proz. herabzusetzen.

Die Lage der Arbeiterklasse

Was die Lage der Arbeiterklasse anbelangt, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß die gesamte Lohnsumme um 12 Proz. erhöht wird, während die Zahl der Arbeiterschaft nur um 6,3 Proz. zunehmen wird. Das bedeutet, daß der Arbeitslohn im nächsten Wirtschaftsjahr steigen wird, wenn auch nicht so schnell, wie in diesem Jahr. Diese Lohnerhöhung wird nicht auf alle Arbeiterkategorien gleichmäßig verteilt, sondern es werden hauptsächlich die Löhne der gegenwärtig am schlechtesten bezahlten Arbeitergruppen erhöht.

*

Zusammenfassend kann man also über die voraussichtliche Entwicklung des nächsten Wirtschaftsjahres feststellen: Trotzdem die Entwicklung der Produktion sich nunmehr fast ausschließlich auf

neue Kapitalanlagen stützen muß, wird der proletarische Staat imstande sein, seine Produktion in einem Tempo zu entfalten, das für die kapitalistische Entwicklung auch in ihrer Blütezeit unerreichbar war. Die Produktion der Industrie wird rascher steigen, als die Produktion der Landwirtschaft, und innerhalb der Industrie – und auch des Handels – wird das Schwergewicht der vergesellschafteten (staatlichen und genossenschaftlichen) Wirtschaftselemente steigen. Die Industrialisierung des Landes und das absolute und relative zahlenmäßige Wachstum des Proletariats wird weitere Fortschritte machen. Das wirt-[531]schaftliche Wachstum wird – wie es in einem proletarischen Staate nicht anders vorzustellen ist auch eine entsprechende Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse mit sich bringen. Mit einem Wort: das Werk des sozialistischen Aufbaues wird – trotz der verschiedenen Schwierigkeiten, die natürlich auch im nächsten Wirtschaftsjahr zu überwinden sein werden – einen großen Schritt vorwärts tun.

*

Grundsätzliches und Taktisches zur Erwerbslosenfrage

Von Fritz Heckert

I.

Die Erwerbslosigkeit ist in Deutschland wie in England und vielen anderen kapitalistischen Ländern eine Dauererscheinung geworden. Sie ist nicht mehr gleichzusetzen mit jener Arbeitslosigkeit, die uns aus der Vorkriegszeit als ständiger Begleiter der Wirtschaftskrisen bekannt ist. Das Arbeitslosenheer von heute ist durchaus nicht identisch mit der industriellen Reservearmee, die zum unentbehrlichen Bestand der kapitalistischen Produktionsweise gehört und die das Reservoir ist, aus dem in Zeiten der Hochkonjunktur die notwendigen Ergänzungskräfte für die Industrie geschöpft werden, um in der Krise wieder dorthin abzufließen. Das heutige Arbeitslosenheer unterscheidet sich schon von der industriellen Reservearmee der Vorkriegszeit durch seine Größe und die Dauer der Erwerbslosigkeit seiner Mitglieder und insbesondere durch die Eigentümlichkeit seines Standorts. Heute sehen wir die größte Anhäufung der Erwerbslosen in den industriell hochentwickeltsten Gebieten; und hier ist die Arbeitslosigkeit für den einzelnen Erwerbslosen auch am längsten, hier hat er die wenigste Aussicht, schnell Arbeit zu erlangen.

Das war früher ganz anders. Da war ein allgemeiner Zug der auf dem Lande und den Kleinstädten Arbeitsloswerdenden nach den Großstädten und den Industriegebieten zu verzeichnen. Hier wurden die zuströmenden Kräfte mehr oder minder schnell von der Industrie aufgesogen. Die Reservearmee der Industrie rekrutierte sich also vornehmlich aus den vom Lande den Industriezentren zuströmenden Elementen.

Wie steht es aber heute? Das Verhältnis hat sich direkt umgekehrt; an einem Beispiel des deutschen Bergbaues läßt sich dies sehr anschaulich erkennen. So sin-d allein an der Ruhr seit 1921 192.000 im Bergbau Beschäftigte abgebaut worden und auch in den anderen Industriezweigen dieses größten europäischen Industriegebietes ist ähnliches zu bemerken. Betrachtet man dagegen die Produktionsziffern, so findet man, daß sich diese nicht nur nicht in gleichem Maße, wie die Zahl der betriebstätigen Arbeiter vermindert haben, sondern relativ und a b s o l u t eine Steigerung aufweisen gegenüber 1921 (ja sogar gegen 1913).

Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in England, jenem Land, das im Kriege von allen europäischen Ländern am wenigsten gelitten hat, relativ am größten ist und schon sechs Jahre mit größter Hartnäckigkeit anhält, beweist auch, daß man die Arbeitslosigkeit nicht als eine Folge des verlorenen Krieges bezeichnen kann. ihre Ursachen müssen tiefere sein. Auch darüber geben uns die vorliegenden statistischen Untersuchungen genügende Aufklärung. Der Krieg hat nicht nur große Vernichtungen mit sich gebracht, aus denen heraus auf einen allgemeinen Warenhunger zu schließen wäre und [532] damit auf einen guten Geschäftsgang, er hat auch die Produktionskapazität der einzelnen Länder beträchtlich erhöht. So sind z. B. in Deutschland durch Verarmung des Mittelstandes und Proletarisierung weiter bäuerlicher Schichten drei bis vier Millionen Menschen neu in den industriellen Produktionsapparat gezogen worden. Weiter hat eine sehr umfangreiche Erweiterung der industriellen Maschinerie während des Kriegs und auch in der Inflationszeit stattgefunden. Keinen gleichen Schritt

hielt dagegen mit der Steigerung der Produktionskapazität die Aufnahmefähigkeit des Welt-marktes. Die Ausfuhrstatistiken der Großstaaten geben darüber Auskunft. Besondere Erschwerungen sind für die europäischen Weltmarktproduzenten eingetreten durch die rasche Entwicklung einheimischer Industrien im Fernen Osten, in Südafrika und Südamerika, vor allem aber durch die gewaltige Industrialisierung der Vereinigten Staaten.

Steigt aber die Produktionskapazität bei gleichzeitiger Verengerung des Weltmarktes für die europäischen Länder, dann gibt es zur Vermeidung einer Dauerkrise nur einen Ausweg: das ist die Hebung der Kaufkraft auf dem inneren Markt. Ein Problem, das für den Kapitalismus schlechterdings unlösbar ist. Den überschießenden Teil seiner Produktion muß der Kapitalist auf dem äußeren Markt realisieren, denn auf dem inneren Markt könnte er ihn nur absetzen, wenn er die Löhne seiner Arbeiter entsprechend erhöhen würde. Eine Erhöhung der Arbeiterlöhne durch eine Verschiebung des Anteils des Arbeiters am Gesamtprodukt zuungunsten der Kapitalisten würde aber wieder die kapitalistische Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt aufheben. Aus dieser ganz einfachen Schlußfolgerung erklärt sich zur Genüge, warum die Kapitalisten nicht den guten Ratschlägen der ADGB-Führer – siehe Denkschrift des ADGB zur Wirtschaftskrise – folgen, sondern den umgekehrten Weg der permanenten Offensive zur Herabsetzung des Arbeitslohns beschreiten. Hieraus folgt, daß die Erwerbslosigkeit und die Senkung des Lebensstandards der betriebstätigen Arbeiter wirkliche Dauererscheinungen sind, solange das kapitalistische System bestehen wird.

II.

Die Rationalisierung der Produktion soll aber, so sagen Unternehmer und Gewerkschaftsführer, au-s diesem Dilemma einen Ausweg bieten. Warum, so fragen wir, hat das im Kriege siegreiche kapitalkräftige England nicht diesen gescheuten Ausweg gewählt? Warum schleppt es sich seit sechs Jahren mit einer so riesigen Arbeitslosenarmee dahin, deren Erhaltung jährlich fast vier Milliarden Goldmark verschlingt? Sicher sind die englischen Wirtschaftsführer und Politiker nicht solche Dummköpfe, daß sie dieses einfache Rezept nicht anwenden würden, wenn es solchen durchschlagenden Erfolg verspricht, wie das der ADGB jedem, der es hören will, erzählt.

Was aber die „bornierten Engländer nicht tun, vielleicht tun es die deutschen Unternehmer und lösen damit die soziale Frage. Sehen wir zu. Aus dem Kohlenbergbau wurden 192.000 Kohlengräber herausgeworfen, im Ablauf der Rationalisierung: nicht einmal der Kohlenpreis ist dadurch gesunken, die Reallöhne fielen langsam weiter, die Arbeitszeit wurde verlängert, das Elend wuchs. Im Kalibergbau wurden während der Rationalisierung sogar zwei Drittel aller Bergleute entlassen. Damit verbunden war Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung und Erhöhung der Kalipreise. Ein weiteres Musterbeispiel der Rationalisierung bietet die Eisenbahngesellschaft; hier flogen 420.000 Beamte und Arbeiter in den letzten zwei Jahren. Ergebnis: gesunkener Lohn, unerhörte Schinderei bei maßlos langer Arbeitszeit, und Eisenbahntarife um 60 und mehr Prozent höher als in der Vorkriegszeit.

[533] Je mehr der Rationalisierungsprozeß fortschreitet, desto größer wird die Kraft der großen kapitalistischen Konzerne, desto widerstandsunfähiger wird die Arbeitermasse unter der reformistischen Führung. Fünf gewaltige Trusts haben sich in der Rationalisierungsperiode gebildet, die mit ihrer Macht den ganzen Staatsapparat beherrschen: die Dawes-Eisenbahngesellschaft, der Montantrust, der Farbentrust, das Kohlensyndikat und der werdende Elektrotust. Unsere Gewerkschaften repräsentieren gegenwärtig keine Kraft, um der Tyrannei dieser Trusts Widerstand leisten zu können, und da die Bedingungen, unter denen sich die Rationalisierungskrise in unserem Lande abwickelt , in der Hauptsache von der Führern dieser Trusts und der großen Bankherren bestimmt wird, kann und wird die Rationalisierung keine Gesundung für die deutschen Arbeiter bringen.

Durch die Trusts, bei denen der Rationalisierungsprozeß am schnellsten zur Durchführung gelangt, werden den Arbeitern solche Mengen von Mehrwert aus den Knochen gepreßt, daß die Trustmagnaten dadurch die Möglichkeit erhalten, auf dem Weltmarkt wieder mitsprechen zu können. Heute herrscht ein solcher Zustand, daß eine Reihe kapitalistischer Konzerne ihre Produkte auf dem Weltmarkt um 20 Prozent billiger verkaufen, als auf dem inneren Markt. Um auf diesem Wege eine gewisse Galgenfrist zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft zu erreichen, müssen die Kapitalisten

fortgesetzt neue Angriffe auf die Arbeiter machen. Als der Kalitrust gebildet wurde, antwortete er mit einer durchschnittlichen Lohnkürzung um 17 Prozent. Er konnte dies um so leichter durchsetzen, weil ihm die arbeitslos gemachten Kaliarbeiter die Gelegenheit gaben, einen entsprechenden Druck auf die noch in Arbeit befindlichen auszuüben. Anfang August trat der Montantrust ins Leben, schon kündigt er zum 1. Oktober 10 Prozent Lohnabzug an. Dasselbe Schauspiel im Farbentrust und in der Elektrizitätsindustrie.

Neben dieser offenen Lohnreduktion geht die verschleierte einher. Seit dem 1. Mai dieses Jahres hat der Ruhrkohlenbergbau die arbeitstägliche Leistung pro Bergmann um 28 Prozent gesteigert, ohne einen Pfennig Zulage zu gewähren. Den Schiedsspruch, ab 1. September 4 Prozent Lohnerhöhung eintreten zu lassen, lehnte das Zechenkapital einstimmig ab. Besonderes Augenmerk schenken die Unternehmer der Umwandlung der Stundenlohnarbeit in Akkordarbeit. Hierbei sind sie leichter in der Lage, eine entsprechende Lohnsenkung durchzuführen, als im Stundenlohn. Kürzung des Stundenlohns ruft den Widerstand der gesamten Arbeiterschaft auf den Plan. Herabsetzung der Akkordpreise braucht aber für den einzelnen Arbeiter sich nicht in einer Verminderung seines Wocheneinkommens auszudrücken – wenn der Arbeiter „tüchtig ins Zeug geht“. Die Not zwingt ihn dazu, und so hilft er selber mit, die weniger leistungsfähigen Arbeiter aus dem Betrieb hinauszurationalisieren und die Wirtschaft – seines Unterdrückers – gesund zu machen.

Dabei muß man weiter im Auge behalten, daß der Rationalisierungsprozeß auf diese Weise ja niemals zum Stillstand kommen kann. Ist ein Unternehmen rationalisiert, so muß das andere folgen oder die Tore schließen; ein Industriezweig muß es dem andern nachtun, ein Land das andere auszustechen suchen. Wenn es zum Beispiel den englischen Unternehmern gelingt, ihre Bergarbeiter zu besiegen, dann werden diese eine Stunde länger arbeiten müssen, bei geringerem Lohn größere Leistung geben und damit einigen hunderttausend Bergarbeitern ihres Landes die Arbeit nehmen. Mit dem dadurch hervorgerufenen Wachsen der Konkurrenzfähigkeit des englischen Kohlenkapitals wird der deutsche Kohlenproduzent [534] gezwungen, eine neue Steigerung der Leistung der deutschen Bergarbeiter durch Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung des Lohnes und Intensivierung der Ausnutzung der Arbeitskraft zu erzwingen. So dreht sich das Rad der Gesundungskrise ohne Ende und macht das Elend der Arbeitermassen immer tiefer und ausgedehnter.

III.

Haben aber die Kapitalisten nicht selber das größte Interesse daran, jenen unangenehmen Zustand in ihrer Wirtschaft zu beseitigen, der doch ihr ganzes System ständig bedroht? Die Erwerbslosen sind doch gleich den schlechtentlohnten Arbeitern ein unzufriedenes Element, auf dessen Zuverlässigkeit man nicht rechnen kann. Muß nicht der Kapitalist selbst darauf bedacht sein, alle Elemente der Unruhe aus seiner Ordnung zu beseitigen? Und außerdem, verschlingt die Erhaltung der Erwerbslosen nicht größere Summen, als ihre produktive Beschäftigung kostet? Ganz abgesehen davon, daß der erwerbslose und schlechtentlohnte Arbeiter auch schlechte Kunden sind? Wir haben schon gezeigt, daß die Lösung dieser Probleme gar nicht vom Willen des Kapitalisten abhängig ist, sondern unlösbare Widersprüche des kapitalistischen Systems selber sind, die nur aufgehoben werden können mit dem Sturz des Kapitalismus.

Noch aber ist den Kapitalisten das Heer der Erwerbslosen nicht so drohend, daß sie vielleicht aus Angst vor den geballten Fäusten wieder Zugeständnisse machen müßten, wie nach dem Zusammenbruch des Weltkriegs, wo sie nach ihrem eigenen offenen Zugeständnis „unter den Regenschirm sozialer Zugeständnisse vor dem Hagelschauer der Revolution flüchteten“. Die Ernährung der Erwerbslosen in England geschah bisher in der Hauptsache aus der gesteigerten Ausplünderung der indischen Bauern, und nicht aus der Tasche der Unternehmer. Deutschland kann keine indischen Bauern plündern, es gehört selbst zu den. Ländern, die von den Imperialisten fremder Nationen geplündert werden. Was die Erhaltung unserer Erwerbslosen kostet, muß darum aus einem andern Säckel bestritten werden. Wessen Säckel das ist, ist nicht schwer zu erraten.

Die Werkzeuge der Staatsgewalt im Verein mit den reformistischen Führern unserer Gewerkschaften bringen es h e u t e n o c h zuwege, die Arbeiter von jeder Rebellion gegen die schier unerträglichen

Zustände, unter denen sie leiden, abzuhalten. Der Kapitalist dagegen erfreut sich aller Wohltaten dieser famosen Einrichtungen; sie geben ihm sogar die Gewähr, daß sich die einzelnen Teile der Arbeiter untereinander prügeln, sich spalten in feindliche Haufen, statt gemeinsam den kapitalistischen Gegner niederzuringen. In der letzten Zeit machen die Gewerkschaftsführer sogar Anstrengungen, um -die Versorgung der Opfer der kapitalistischen Anarchie dem kapitalistischen Staat abzunehmen und durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung an Stelle der Arbeitslosenfürsorge diese den Arbeitenden aufzuhalsen. Triumphierend schreibt die Nr. 32 der „Gewerkschaftszeitung“: „Gewerkschaften und Regierung wünschen die baldige Schaffung der Arbeitslosenversicherung“. Wir glauben gern, daß die Regierung, diese Agentur der Schwerindustrie und der Ostelbier, die Arbeitslosenversicherung wünscht. Ihre Einführung schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. 1. Da den Arbeitern mit ihren niedrigen Löhnen der Abzug hoher Beiträge zur Erhaltung der Arbeitslosen sicher nicht erfreulich ist, wird durch dieses famose System der Spalt zwischen den Betriebstätigen und den Arbeitslosen beträchtlich erweitert. Ein großartiges Geschäft für alle Feinde der Einheit der Arbeiterklasse. Und 2. kann die Regierung die mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung ersparten Ausgaben für die [535] Arbeitslosenversicherung wundervoll gebrauchen: für die Vermehrung der Freunde der Reichswehr, die Kleinkalibervereine, für Severings Polizei und für Niedners Rechtsprechung, oder zur Anschaffung von „Gasbomben gegen den Streikmob und seine Frauen und Kinder“; herrliche Dinge, in denen uns Amerika weit voraus ist und ohne die wir die Gesundungskrise der Wirtschaft wahrscheinlich ohne Störung seitens der Arbeiter nicht durchhalten können.

In einem weiteren Artikel werden wir zeigen, welche Aufgaben vor uns stehen, um den normalen Fortgang dieser Entwicklung – auch gegen den Willen der Reformisten – gründlich aufzuhalten und die Bewegung der Erwerbslosen in das richtige Gleis zu lenken.

RUNDSCHAU

Wirtschaft

Im ersten Halbjahr 1926 wurden 4.021.300 Eisen in Deutschland verbraucht gegenüber 7.166.000 t in demselben Zeitabschnitt 1925. Der Verbrauch beträgt also nur 56 Prozent der Menge des ersten Halbjahrs 1925. Diese Zahlen zeigen noch klarer die Tiefe der wirtschaftlichen Depression, als die Angaben über die Arbeitslosigkeit. Bedeutende Teile des deutschen Produktionsapparats sind im Verhältnis zu den Absatzmöglichkeiten zu groß; dadurch wird die Stockung der Herstellung von neuen Produktions- und Arbeitsmitteln – und infolgedessen der starke Rückgang des Eisenverbrauchs – hervorgerufen. Eine Möglichkeit der Erweiterung des Produktionsapparats besteht in Deutschland nur für die Industriezweige die auf dem Weltmarkt Monopolstellung genießen (Chemieindustrie, Elektroindustrie). Deshalb hat die Entwicklung des Weltmarkts für die Besserung oder Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland e i n e n o c h g r ö ß e r e B e d e u t u n g a l s v o r d e m K r i e g e.

*

Betrachten wir die Lage erstens in E n g l a n d, welches als Absatzland für die deutschen Waren an erster Stelle steht. Die schweren Folgen des Bergarbeiterstreiks auf die englische Wirtschaft werden immer deutlicher. Der Streik hat in der Eisen- und Stahlindustrie eine vollständige Stillegung (von 147 Hochöfen, die bei Ausbruch des Streikes im Gange waren, arbeiteten Ende Mai nur 23, Ende Juni 11 und Ende Juli 8), im Schiffbad und in der Textilindustrie sehr starke Einschränkungen verursacht. Die wichtigsten Industriezweige Englands sind lahmgelegt. Die Arbeitslosenzahl hat bis Anfang August um 650.000 zugenommen, sie ist von 1.034.000 auf 1.699.000 gestiegen. Die Steigerung ist bloß darum nicht größer, weil für einen großen Teil der Arbeiterschaft die Kurzarbeit eingeführt wurde. Über die Zahl der Kurzarbeiter und über den Umfang der Kurzarbeit haben wir keine zahlenmäßigen Angaben.

Das Nationaleinkommen hat bis Anfang August infolge des Streikes eine Einbuße von mindestens 2800 Millionen Mark erlitten. Die Verluste verteilen sich folgendermaßen:

Kohlenbergbau	1200	Mill.	Mk.
Verkehr	500	"	"

Eisen- und Stahlindustrie	400	"	"
andere Industrien	700	"	"

Von den 2800 Millionen Mark sind nach bürgerlichen Schätzungen 1400 Millionen die Lohnverluste der Arbeiterschaft. Bis zum Ende des Streikes werden die Verluste noch zunehmen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kampfes sind unabschätzbar. Wir können aber einen Rückgang des Nationaleinkommens um mindestens sechs Milliarden Mark für 1926 annehmen, wenn auch der Streik bald beendet werden sollte: Eine so weitgehende Störung der Produktion muß sich noch monatelang auswirken. In den ersten drei Monaten des Streikes (Mai bis Juli) war die englische Ausfuhr um 700 Millionen Mark kleiner als in derselben Periode von 1925. Die Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes wird infolge des Streikes stark vermindert werden.

*

In Frankreich wurde die gute Konjunktur durch die bisherigen „einleitenden Stabilisierungsmaßnahmen“ vorläufig noch nicht erschüttert. Die Entwicklung der Großhandelspreise ist aus den folgenden Zahlen ersichtlich.

Großhandelsindex

	Gesamtindex	Pflanzliche Nahrungsmittel
April	664	583
Mai	702	637
Juni	754	731
Juli	856	788

Es ist möglich, daß die Preise infolge der Erhöhung des Frankenkurses etwas zurückgehen werden. (Für ein Pfund wurden am 20. Juli 239, 1. August 149, 19. August 169 Franken gezahlt.) Aber dieser Rückgang wird gewiß nicht bedeutend sein. Wenn wir den Währungskurs und Preisstand von heute mit dem [536] von Ende April vergleichen, kommen wir zu folgendem Ergebnis: der Frank hat 16 Prozent seines Wert es verloren, der Großhandelsindex (Gesamtindex) dagegen hat 28, der Großhandelsindex für pflanzliche Nahrungsmittel (die wichtigsten Waren im Haushalt der Arbeiterschaft) 35 Prozent zugenommen. Die Nominallöhne in Gold gerechnet müssen erhöht werden – auch bei einer sinkenden Tendenz der Reallöhne. Die neuen Steuermaßnahmen tragen auch zur Hebung des allgemeinen Preisniveaus bei. Die Einschränkung der Kredite – der Diskontsatz wurde von 6 auf 7½ Prozent heraufgesetzt, und eine weitere Erhöhung ist geplant – kann auf den weiteren Gang der Konjunkturentwicklung nicht ohne Einfluß bleiben. Infolge aller dieser Umstände nimmt einerseits die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, andererseits die Konkurrenz der französischen Waren auf dem Auslandsmarkt ab. Während aber die Aufnahmefähigkeit des französischen Marktes schon kleiner geworden ist, kommt die Abschwächung der französischen Konkurrenz erst später zum Vorschein. Für die nächste Zukunft werden daher die Schäden einer französischen Stabilisierung für die deutsche Wirtschaft größer sein als ihr Nutzen.

Ähnlich ist die Wirkung der in Italien und Belgien vorgenommenen Stabilisierungsmaßnahmen, Ein Bericht des landwirtschaftlichen Departements der Vereinigten Staaten, der die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts für landwirtschaftliche Produkte untersucht, kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Kaufkraft in Europa, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gesunken ist: ein Zeichen der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage und ein Beweis der Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft im kapitalistischen Europa.

+

In den Vereinigten Staaten machten sich unsichere Krisenerscheinungen im Frühling dieses Jahres bemerkbar, die aber verschwunden sind; die gute Konjunktur dauert weiter an. Die Industrialisierung des Südens, die starke Bautätigkeit, die großzügige Kapitalausfuhr bilden eine starke Basis für eine längere gute Konjunktur. Die Lage ist aber nicht frei von Tatsachen, die zu Zweifelts Anlaß geben. Die Erhöhung des Diskontsatzes von 3½ auf 4 Prozent zeigt, daß die leitenden Finanzkreise die Spekulation einzudämmen wünschen. Sehr ernste Schwierigkeiten zeigen sich in der Landwirtschaft; die Lage einiger Produktionszweige (Baumwollfarmer, Maisfarmer) hat sich sehr verschlechtert. Wenn

die Getreideausfuhr der Sowjetunion in der nächsten Kampagne bedeutend sein wird, dann wird die Agrarkrise in den Vereinigten Staaten noch verschärft werden. Vorläufig ist es noch eine offene Frage, wie die Lage der amerikanischen Landwirtschaft auf die Gesamtwirtschaftslage des Landes rückwirken wird. Die wachsende Opposition des Farmertums gegenüber der Coolidge-Regierung beweist jedenfalls die wachsenden Schwierigkeiten in der Landwirtschaft.

Schon aus dieser kurzen Umschau ist zu ersehen, daß die allgemeine Lage auf dem Weltmarkt sich verschlechtert hat und daß die weitere Entwicklung wahrscheinlich zu weiteren Erschütterungen der Wirtschaftslage in Deutschland und nicht zu ihrer Besserung beitragen wird. Unter diesen Umständen ist es – trotz gewisser vorzeitiger Jubelhymnen der Börsenpreise – fraglich, ob die deutsche Depression ihre Tiefe schon erreicht hat, ob nicht in den nächsten Monaten wieder ein Rückschlag erfolgen wird. 20.VIII. L. M.

*

Sowjetunion
Steuerpolitik

Nach den Beschlüssen des Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der USSR. über die Aufstellung des einheitlichen Staatbudgets für das Etatjahr 1925/26 wurden die Steuereingänge folgendermaßen veranschlagt:

Steuern in der USSR

	Veranschlagt auf 1924/25 Rubel	Veranschlagt auf 1925/26 Rubel
1. Direkte Steuern:		
a) Landwirtschaftliche Einheitssteuer	335.900.000	234.672.755
b) Gewerbesteuer	184.000.000	210.000.000
c) Einkommensteuer	100.000.000	130.000.000
d) Rentensteuer	8.500.000	8.292.000
e) Einmalige Steuer	18.000.000	–
f) Erbschaftssteuer und sonstige direkte Steuern	229.000	500.000
	646.629.000	583.464.755
2. Indirekte Steuern:		
a) Akzisen	468.000.000	986.635.000
b) Zolleinnahmen	94.515.000	140.522.000
	562.515.000	1.127.157.000
3. Gebühren und Abgaben:		
a) Stempelgebühren	91.000.000	150.184.000
b) Sonstige Gebühren	16.822.390	20.070.743
	107.822.390	170.254.743
Steuern insgesamt	1.316.966.390	1.880.876.498

Um die Verschiebung zwischen direkten und indirekten Steuern richtig beurteilen zu können, darf man natürlich nicht bloß diese zwei Jahre vergleichen. Die direkten Steuern spielen gegenwärtig eine ungleich größere Rolle als im Vorkriegsrußland Nach Angaben der „Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 25. Juli 1926 entfielen auf die direkten Steuern im Jahre 1913 nur 12,8 Prozent, im Jahre 1924/25 aber 38,2 Prozent der gesamten Steuern. Der Rückgang der direkten Steuern im laufenden Wirtschaftsjahr ist aber – entgegen allen oberflächlichen Schlüssen der Gegner – eine bewußte Maßnahme im Interesse der proletarischen Diktatur, keine Verleugnung des Klassencharakters der proletarischen Steuerpolitik. Sie ergibt sich aus der Direk-[537]tive, die Steuerlast der ärmsten Schichten der Bevölkerung zu erleichtern und wird sie merklich erleichtern, Von der landwirtschaftlichen Einheitssteuer werden nämlich in diesem Jahr 20 Proz. der bäuerlichen Bevölkerung, und zwar die ärmsten Bauern, völlig befreit, Folgende Grundsätze hat das Plenum des Zentralkomitees der KPSU in seiner Resolution über die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion in diesem Zusammenhang aufgestellt:

„Die erreichte Stufe des Waren- und Geldverkehrs und der Akkumulation im Dorfe sowie die Notwendigkeit der Regelung dieser Akkumulation entsprechend den Interessen des proletarischen Staates erfordern den Ausbau eines solchen Steuersystems gegenüber der Bauernschaft, das die Steuer der minderbemittelten Schichten der Bauernschaft erleichtert und sich ihrem Typus nach möglichst dem System der Einkommensteuer nähert. Daher sind folgende wesentliche Änderungen in der Struktur der einheitlichen landwirtschaftlichen Steuern notwendig:

a) das der Besteuerung zugrunde liegende Einkommen soll nicht in Naturalform, sondern in Geldform festgestellt werden;

b) in den Bereich der Steuerobjekte sollen die früher nicht erfaßten oder nicht genügend erfaßten Einkunftsquellen der Bauernbevölkerung (Weinbau, Bienenzucht, Gartenbau, Gemüsebau, wenn diese Beschäftigungen gewerblichen Charakter haben, ferner der außerlandwirtschaftliche Erwerb usw.) hineingezogen werden (dieser Punkt wendet sich gegen die wohlhabenden Schichten des Dorfes. S. E.);

c) die Steuersätze sollen in der Richtung einer größeren Progressivität abgeändert werden, bei voller Steuerfreiheit der ärmsten Gruppen und Erhöhung der Steuerlasten der Wohlhabenden und Kulakenschichten der Bauernschaft.“

Die Einkommensteuer, eine städtische Steuer in Sowjetrußland wiederum ist derart aufgebaut, daß die höchsten Gruppen der Steuerzahler bis zu 32 Prozent ihrer Einnahmen effektiv (d. h. ohne irgendwelche Nachlässe) zu zahlen haben, die niedrigsten Gruppen völlig von der Einkommensteuer befreit sind. Zur Zeit des Zarismus dagegen überschritt die Besteuerung der höchsten Gruppen der Steuerzahler nicht 6 Prozent ihres Einkommens, die gesamte Last der Steuer fiel auf die breiten Massen der Bevölkerung.

Was nun die Belastung durch die indirekten Steuern anbelangt, so ergibt ein genaueres Zusehen, daß die indirekte Besteuerung in Sowjetrußland ganz anders aufgebaut ist als in bürgerlichen Staaten. Der Verbrauch wird anders steuerlich erfaßt. Von den gesamten indirekten Steuern entfallen nämlich auf Gebrauchsgegenstände ersten Bedarfs, (die in das Existenzminimum hineingehen) 32,7 Prozent. Der Rest der indirekten Steuern differenziert sich weiter nach Steuern auf Produkte minder wichtigen Gebrauchs (Tabak usw.) und Produkte, die für ein Existenzminimum nicht notwendig sind (Alkohol, Wein, Bier usw.). Letztere tragen mit 46,2 Prozent des gesamten Aufkommens an indirekten Steuern bei. Inneihalb der Gebrauchsgegenstände minder wichtiger Natur gibt es ebenfalls verschiedene Abstufungen der Besteuerung. So werden beispielsweise billigere Tabaksorten weit schwächer besteuert als die teueren Sorten. Das gleiche gilt hinsichtlich der billigen Gewebe usw. Es wird also die Verteilung der indirekten Steuern unter der Bevölkerung entsprechend der Bevölkerung vorgenommen. (Angaben laut „Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 25. Juli 1926.)

Was nun die allgemeine Schwere der Steuerlast betrifft, so betrug nach angestellten Berechnungen der einschlägigen Stellen die Gesamtsumme der Steuern pro Kopf im Jahre 1913 11 Rubel 18 Kopeken in Vorkriegswährung, nach dem Budget des Jahres 1925/26 wird sie 15 Rubel 48 Kopeken in Nachkriegswährung betragen. Wenn man nun die Entwertung des Geldes gegenüber der Vorkriegszeit in Rechnung stellt, so macht die Besteuerung pro Kopf der Bevölkerung gegenwärtig – im Realwerte berechnet – nur annähernd 70 Prozent jener der Vorkriegszeit aus. Die Berechnung pro Kopf spiegelt jedoch noch nicht den wirklichen Sachverhalt wider. Das System der Besteuerung hat sich unter der proletarischen Diktatur, vor allem vom Gesichtspunkte der klassenmäßig getroffenes Steuerverteilung, von Grund auf verändert. Im Gegensatz zum zaristischen Rußland und den kapitalistischen Ländern der Welt fällt die Besteuerung durch die Sowjetmacht in ihrer ganzen Schwere in erster Linie auf die wohlhabenderen Gruppen der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang brachte die „Ekonomitscheskaja Shisn“ für das Jahr 1924/25 folgende Zahlen, welche die klassenmäßige Belastung pro Kopf in Sowjetrußland charakterisieren. Es entfielen durchschnittlich pro Kopf im Monat:

auf sie landwirtschaftliche Bevölkerung	etwa 5 Rbl.
auf Arbeiter und Angestellte etwa	14 Rbl.
auf die wohlhabenderen Gruppen der städtischen Bevölkerung	mehr als 42 Rbl.

Die Besteuerung der Bauern, die in Sowjetrußland die durchschnittlich weitaus ärmste Schicht darstellt, hat sich gegenwärtig im Vergleich mit der Vorkriegszeit auf ungefähr die Hälfte vermindert, ähnlich die Besteuerung der Arbeiter. Die neue Steuerveranlagung sieht eine weitere Entlastung der Arbeiter und Bauern vor. Die Besteuerung der übrigen Bevölkerungsgruppen dagegen ist gegenwärtig viel schwerer als in der Vorkriegszeit.

Im Verlaufe der fünf Jahre geregelter Steuerpolitik hat sich ferner in Sowjetrußland im Durchschnitt pro Kopf der Gesamtbevölkerung die Steuerlast fast gar nicht geändert, während sie in bürgerlichen Ländern ununterbrochen angewachsen ist. Im Jahre 1913 betrug beispielsweise die Steuer auf den Kopf der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten etwa 21 Dollar, gegenwärtig rund das Doppelte. Dabei fällt diese Besteuerung in ihrer ganzen Schwere auf die breiten Massen der Arbeiter und Farmer.

[538] Die bisher erreichte Stufe des Steuersystems ist natürlich noch nicht vollkommen und wird im Verlaufe der weiteren Wirtschaftspolitik weiter ausgebaut werden. Aber heute schon kann festgestellt werden, daß die Steuerpolitik in Sowjetrußland eine starke Waffe des proletarischen Staates im Interesse der Arbeiterschaft und der breiten Massen der Bauernschaft darstellt. S. E.

*

Jugendbewegung
1. Die Jugend der Sozialdemokratie

Die „Sozialistische Arbeiterjugend“ kann nicht ohne weiteres mit der SPD verglichen werden. Schon rein zahlenmäßig würde sie einen solchen Vergleich nicht aushalten, denn gegenüber deren 845.000 Mitgliedern zählt sie – nach eigenen Angaben – ganze 70.000 Jugendliche. Bei dieser Zahl muß man sich noch besonders die Tatsache vor Augen halten, daß die SPD heute noch im Besitz zahlreicher höherer und niederer staatlicher und besonders kommunaler Verwaltungs-posten ist, die ihr die stärkste Unterstützung ihres Jugendverbandes ermöglichen, und daß weiter die SAJ selbst den amtlichen und halbamtlichen Jugendpflegeorganisationen (z. B. Jugendherbergsverband, Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände, Ortsausschüsse für Jugendpflege usw.) angeschlossen ist, durch die sie reichliche Unterstützung in Form von Jugendheimen und direkten finanziellen Beihilfen erhält. (So erhielt z. B. im vorigen Jahre allein der Bezirk Schlesien der SAJ laut eigenen Angaben 80.000 Mark staatliche Beihilfe.) Trotz alledem nur 70.000 Mitglieder – ein Zeichen für die ideologische Schwäche der Bewegung.

Aber weit größer noch als ziffernmäßig ist der politische Unterschied gegenüber der SPD. Während die SPD immerhin noch ein politisch aktiver Faktor ist, trifft dies auf ihre Jugend nicht zu. In dem Programm ihrer sogenannten „Internationale“ und in zahlreichen Bezirksstatuten lehnt die SAJ jede Beteiligung am politischen und wirtschaftlichen Tageskampf als alleinige Aufgabe von Partei und Gewerkschaften grundsätzlich ab. Als Grundaufgabe stellt sie sich, wie es in der Prinzipienerklärung ihrer „Internationale“ sehr schön heißt, „einen neuen Lebensstil (!), den des Sozialismus, zu begründen“, d. h. sie betrachtet sich als reine Kulturbewegung.

Demgemäß sind auch ihre Arbeitsmethoden: in Spiel, Musik, „Volkstanz, Abstinenz, Urwaldkleidung und Allgemeinbildung erschöpft sich ihre ganze Tätigkeit. Nicht einmal in den Gewerkschaften ist sie, obwohl sie hier glänzende Arbeitsmöglichkeiten hätte, aktiv. Ihre Mitgliedschaft ist sehr schlecht gewerkschaftlich organisiert (z. B. Niederrhein 50 Prozent, Thüringen 45 Prozent). Sie beherrscht zwar heute noch die meisten gewerkschaftlichen Jugendfunktionen, aber lediglich dank unserer Inaktivität und der Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen.

Wie fast alle bürgerlichen Jugendverbände mit starker Arbeitermitgliedschaft befindet sich auch die SAJ auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse heute in einer schweren Krise. In den letzten zwei Jahren hat sie bereits 26.000 Mitglieder (von 96.000 auf 70.000) verloren. In den vergangenen Monaten erfolgten zahlreiche Austritte und Übertritte zu unserem Jugendverband und gerade in den letzten Wochen zeigt sich eine neue bedeutende Zunahme der Zersetzung. Wie bei dem unpolitischen Charakter der Organisation nicht anders zu erwarten, erfolgen die Austritte zum großen Teil noch aus persönlichen und weniger aus politischen Gründen. Doch ist gleichzeitig eine starke, bewußte

Linksentwicklung, ein Drängen der Mitglieder zur Beteiligung am wirtschaftlichen und politischen Kampf und zum Zusammengehen mit den Kommunisten festzustellen.

Die „Jungsozialistische Vereinigung“ ist ein Diskutierklub mit zirka 3000 Mitgliedern und hat im Rahmen der SPD, der auch ihre meisten Mitglieder angehören, nur eine bestimmte Selbständigkeit. Gegründet 1920 bildeten sich in ihr bald zwei politisch scharf ausgeprägte Flügel heraus: rechts: Hofgeismarer, „links“: Hannoveraner. Während des Ruhrkrieges zeigten die ersten unverhüllt ihren nationalistischen Charakter, wodurch auch die Gegenseite zu stärkerer Konsequenz getrieben und die Gegensätze somit bedeutend verschärft wurden. Nach vergeblichen Verkleisterungsversuchen kam es Anfang dieses Jahres in der Frage des von den „Linken“ geforderten Ausschlusses von Ernst Niekisch aus der SPD zum offenen Bruch: die Hofgeismarer traten aus dem Reichsausschuß aus und rissen die unter ihrem Einfluß stehenden Bezirke aus der Vereinigung. In all diesen Kämpfen stand der Parteivorstand, wenn auch nicht immer ganz offen, natürlich auf Seiten Hofgeismars.

Der zweite Schlag gegen die unbequeme Linke (Führung: Engelbert Graf, Leiter der Wirtschaftsschule des DMV und Redakteur der „Jungsozialistischen Blätter“) wurde auf der letzten Reichskonferenz der SAJ im April dieses Jahres geführt, indem diese ihre Altersgrenze von 18 auf 20 Jahre erhöhte und den Jungsozialisten somit einen Teil ihrer Mitgliedschaft nahm. Es bleibt abzuwarten, ob nicht der nächste Parteitag der SPD ihnen das Lebenslicht vollends ausblasen wird.

Die Bedeutung der Jungsozialisten besteht darin, daß ein Teil von ihnen als Funktionär in der SAJ und SPD arbeitet. Soweit sie nicht politische oder gewerkschaftliche Funktionen bekleiden, sind sie nur vertheoretisierte Schwätzer. Sie sind heute zwar sehr „links“, aber zum größten Teil noch sehr unklar, obwohl auch bei einem Teil von ihnen ein gewisser Klärungsprozeß unverkennbar ist.

2. Die christlichen Jugendorganisationen

Katholische Verbände. Zunächst einige Mitgliederzahlen, die ihre Bedeutung am besten illustrieren: [539]

	Mitglieder
Verband der katholischen Jugend- und Jungmännervereine (4382 Vereine)	382.831
Verband der katholischen Gesellen-Vereine	72.000
Verband der katholischen Burschenvereine Bayerns	6000
Jugendbund im Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen	7200
Windhorstbund (Junge Zentrumsmitglieder) – 350 Bünde	8500
Neudeutschland, Verband katholischer Schüler höherer Lehranstalten	19.000
Quickborn	6500
Jungborn	2177
Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands, (3500 Vereine)	575.000
Verband katholischer Dienstmädchenvereine	170.000

Hinzu kommt noch eine ganze Reihe anderer, z. T. auch bedeutender Reichsorganisationen, wie z. B. die Sportorganisation „Deutsche Jugendkraft“, sowie unzählige kleinere selbständige Landes- und Provinzvereine.

Einige der oben genannten Verbände enthalten vor allem in den Industriegegenden wie Rheinland-Westfalen, Oberschlesien, Saargebiet einen sehr starken Prozentsatz jugendlicher Arbeiter. So ist z. B. die soziale Zusammensetzung der größten Organisation, des „Verbandes der katholischen Jugend- und Jungmännervereine“ nach seinen Angaben folgende:

Arbeiter	43,6	Proz.
Bauern	18,7	"
Studenten	4,9	"
Handwerker	21,6	"
Kaufleute	5,9	"
Beamte	3,3	"

Neben den Jugendsektionen der christlichen Gewerkschaften enthalten Quickborn, Jungborn, Kreuzfahrer und Werkjugend die meisten Arbeiter. Ein typisches Beispiel für die zahlenmäßige Überlegenheit der katholischen Vereine gegenüber unserem Jugendverband sei hier erwähnt: Allein in Essen

(Stadt und Land) hat der bereits genannte Jungmännerverband 12.000 Mitglieder, während die drei rheinischen Bezirke unseres Jugendverbandes zusammen nur 4000 Mitglieder zählen.

Evangelische Verbände. Diese spielen nicht die Rolle wie ihre Konkurrenz, was durch den loseren Aufbau und den geringeren ideologischen Druck der protestantischen Kirche erklärlich ist, sind aber, wie die folgenden Mitgliederzahlen zeigen, trotzdem recht ansehnlich.

	Mitglieder
Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde (3349 Vereine)	193.199
Evangelischer Verband zur Pflege der weiblichen Jugend Deutschlands (5444 Ortsgruppen)	184.718
Bund deutscher Jugendvereine	28.000
Jugendbund für entschiedenes Christentum (1209 Bünde)	51.000

Der letzte Bund steht durch den „Verband christlicher Jugendbündnisse Deutschlands“ im Kartellverhältnis mit den Jugendgruppen der Baptisten, Methodisten, frei-evangelischen Gemeinschaften usw., die insgesamt auch über 35.000 Mitglieder zählen.

Auch bei dieser Aufzählung ist eine große Zahl anderer Reichsvereine wie z. B. die starke Bibelkreisbewegung an den höheren Schulen, die christlichen Pfadfinder usw. nicht erwähnt. Hinzukommen auch hier noch zahlreiche selbständige Landesvereine (z. B. der große Wartburg-Verein in Süddeutschland). Der Prozentsatz der Arbeitermitglieder ist in den evangelischen Verbänden bedeutend geringer als bei den katholischen.

Insgesamt umfassen also die christlichen Jugendorganisationen mehr als eine Million Jugendliche, darunter mehrere hunderttausend Proletarier, die von ihnen in volksgemeinschaftlicher, ja z. T., besonders bei den Protestanten, offen nationalistischer Ideologie erzogen werden.

Der Aufbau der christlichen Verbände ist trotz scheinbarer Zersplitterung straff zentralistisch; sie verfügen Ober einen geschulten zuverlässigen Führerkader (Geistliche), der ein Eindringen gegnerischer Einflüsse sehr erschwert. Deutlich können wir dies bei den katholischen Organisationen beobachten.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise sehen wir aber in den letzten Monaten auch in der proletarischen Mitgliedschaft, besonders der katholischen Jugendorganisationen, einen sehr starken Radikalisierungsprozeß, der sich auf das gesamte Reich erstreckt und bereits bei verschiedenen Anlässen, besonders beim Volksentscheid, deutlich zum Ausdruck kam. Durch das Anhalten der Krise sowie den steigenden Einfluß der Christlich-sozialen Reichspartei, die bereits über eine Anzahl eigener Jugendgruppen verfügt und jetzt mit deren Zusammenfassung zu einem „Erzberger Bund“ beschäftigt ist, wird er sich rasch weiter entwickeln Unser Jugendverband unternahm in dieser Zeit die ersten praktischen Schritte, um auch an die gewaltigen christlichen Jungarbeitermassen heranzukommen und kann dabei bereits einige Erfahrungen buchen. In den protestantischen Vereinen ist von einer Radikalisierung bisher noch wenig zu spüren.

3. Die demokratische Jugend

Sie ist in zahlenmäßiger und sozialer Hinsicht ganz unbedeutend. In der Mehrzahl besteht sie aus jüdischen Bourgeoissöhnchen. Interessant ist, daß auch hier sich eine deutliche Radikalisierung zeigt, die in der Volksentscheidsbewegung ihren Ausgang nahm (Gegensatz zu Haltung der Partei), aber auch weiterhin andauert. Die Jungdemokraten stehen heute auf dem linkesten Flügel der Partei und in schärfster offener Opposition gegen Geßler-Külz.

4. Die Jungmannschaften des Reichsbanners

Diese sind organisatorisch ganz unselbständig. Sie bestehen auch nicht im ganzen Reich. Sie zerfallen in die Jungscharen (14 bis 17 Jahre) und die eigentlichen Jungmannschaften (17 bis 21 Jahre). Die Zahl der Jugendlichen bis zu 21 Jahren dürfte im Reichsbanner 200.000 betragen. Von seiten des Zentrums wird versucht, den Eintritt von [540] Jugendlichen in das RB möglichst zu verhindern. Ebenfalls bestehen aus Konkurrenzgründen ständig starke Reibungen mit dcc sozialdemokratischen Jugend. Der Prozentsatz der indifferenten Jugendlichen im RB scheint demnach ziemlich hoch zu

sein. Die Jungmannschaften gehören meist zu den oppositionellsten Teilen des RB, weshalb bereits verschiedene von ihnen aufgelöst wurden.

5. Die nationalistischen Jugendverbände

Hierher gehören die Jugendverbände der Parteien. Diese sind ziemlich unbedeutend und enthalten meist wenig Arbeiter. Zu nennen wären die Jugendgruppen der Deutschen Volkspartei und die „Bismarck-Jugend der Deutschnationalen Volkspartei“, deren Starke auf ihrer leiden Reichstagung im Mai dieses Jahres mit 613 Ortsgruppen und 49.600 Mitgliedern (beiderlei Geschlechts) angegeben wurde.

Weit wichtiger sind die Jugendabteilungen der Wehrverbände. Sie umfassen stich einige hunderttausend junger Arbeiter. Die größte Rolle unter rinnen spielt der durch den 1923 erfolgten Anschluß des Scharnhorstbundes an den Stahlhelm entstandene Jungstahlhelm. (Im übrigen verweisen wir auf die Darlegungen von F. Burg in seinen Artikeln über die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie in dieser Zeitschrift.)

Alle nationalistischen Jugendverbände sind durch ihre Stammorganisationen zusammengefaßt in den „Vereinigten Vaterländischen Verbänden“, die u. a. auch einheitliche Richtlinien für ihre militärische Ausbildung herausgeben. Außerdem sind ihre Mitglieder fast restlos Mitglied der Technischen Nothilfe.

Auch in den nationalen Jugendverbänden zeigten sich beim Volksentscheid in der proletarischen Mitgliedschaft verschiedene Schwankungen, ja vereinzelt erfolgten sogar Übertritte zur „Roten Jungfront“.

*

Im vorstehenden mußten wir uns auf eine ganz knappe Übersicht über die wichtigsten bürgerlichen Jugendorganisationen beschränken, bei der wir weder diese selbst genügend schildern, noch eine ganze Menge anderer sehr wichtiger Vereine, wie z. B. die etwa 1 Million Jugendliche umfassenden bürgerlichen Sportorganisationen, überhaupt erwähnen konnten. Doch zeigt schon dieser kurze Überblick, welch ungeheuren Wert die Bourgeoisie auf die Gewinnung der proletarischen Jugend legt und wieweit es ihr heute bereits gelungen ist, diese für ihre Zwecke einzufangen und damit dem revolutionären Klassenkampf als Damm entgegenzusetzen. Gleichzeitig sehen wir aber auch, wie wankend dieser Einfluß ist und wie leicht er bei systematischer Arbeit der Kommunisten zerstört werden kann. Daß gerade in den Jugendorganisationen die Radikalisierung heute am weitesten fortgeschritten ist, ist kein Zufall. Es ist einerseits die Folge der besonders schlechten wirtschaftlichen Lage der Jugendlichen. Andererseits aber wird der Radikalisierungsprozeß begünstigt durch das Fehlen einer alten Tradition und den Mangel eines im Abwürgen von Oppositionen jahrzehntelang geschulten Bonzenapparats. Deshalb besteht für unseren Jugendverband eine günstige Situation, an diesen schwachen Stellen der feindlichen Front mit seiner revolutionären Arbeit dem Klassenfeind hunderttausende für den revolutionären Kampf äußerst wichtiger Jungproletarier zu entreißen.

Am 5. September blickt die Kommunistische Jugendinternationale und mit ihr unser deutscher Jugendverband auf zwölf Jahre harten, revolutionären Kampfes zurück. Gegenüber der ungeheuren Übermacht der bürgerlichen Jugendorganisationen, von den Staatsorganen ständig verfolgt und schikaniert und ohne die Unterstützung durch die Partei, die nötig wäre, ist unserem Jugendverband doch die Sammlung einiger zehntausend Jugendlicher in seinen Reihen gelungen und hat er gerade in den letzten Monaten bedeutende organisatorische Fortschritte gemacht. Doch wir können damit noch keineswegs zufrieden sein. Es ist die Pflicht der Partei, jeder ihrer Organisationen und Mitglieder, den KJV zu unterstützen, seine Reihen zu verstärken und in diesem Punkt lange Versäumtes nachzuholen. 27.VIII. W. Richter.

LITERATUR

Literatur zu den Klassenkämpfen in England[*)]

Fritz Croner: „Sturm über England“

Industriebeamtenverlag, Berlin 1926, 102 Seiten. Preis 1.50 Mk.

Ein deutscher Gewerkschaftsfunktionär, der in offiziellem Auftrag nach England fährt und nach seiner Rückkehr sich nicht bemüßigt fühlt, die englische „Demokratie“ zu preisen, sondern ihren unaufhaltsames Niedergang feststellt, die kriegerischen Absichten der englischen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland aufzeigt und das englischrussische Gewerkschaftskomitee als Vorboten der internationalen Gewerkschaftseinheit unter dem Banner des Klassenkampfes begrüßt, ist gewiß eins weißer Rabe. Und es ist verständlich, daß „Vorwärts“ und „Gewerkschaftszeitung“ bei achtungsvoll reservierter Behandlung dieses etwas unerwünschten Buches um seine Schlußfolgerungen herumgehen; Herr Spliedt also etwa dem Anhang des Buches, der die englische Arbeitslosenversicherung darstellt und mit dem übrigen Inhalt kaum etwas zu tun hat, volles Lob spendet.

Wenn aber der Verfasser meist, die im Vorwort umschriebene Aufgabe, „den deutschen Angestellten und Arbeitern die Kenntnis der Tatsachen zum vermitteln, die zum Verständnis des britischen Krisenverlaufs erforderlich sind“ (S. 5), voll gelöst zu haben, ist er im Irrtum. „Verständlichkeit und Lesbarkeit“, die er anstrebte, hat er zweifellos in hohem Maße erreicht – und das zählt zu den größten Vorzügen der Schrift –, aber auf die „unbedingte Vollständigkeit“ ist es ihm leider so wenig angekommen, daß seine Arbeit nur einen Ausschnitt aus den industriellen Fragen des englischen Imperiums darstellt, eine Anzahl wesentlicher ökonomischer Fragen, in erster Reihe alle finanziellen, unberührt läßt und die politischen nur knapp streift. Das führt zu einer so starken „Vereinfachung“ aller Machtfragen, daß der Leser, an den sich das Buch wendet, es zum Schluß mit der beruhigenden Gewißheit aus der Hand legt, daß die britischen Arbeiter die Sache schon „schmeißen“ werden. Die innergewerkschaftlichen Kämpfe werden in der Arbeit eines Gewerkschafters, die sich vor allem an gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte wendet, kaum erwähnt; die Bedeutung von Scarborough wird zwar betont (S. 78) und die antiimperialistische Resolution des Kongresses wird sogar zitiert, aber es wird kein MacDonald erwähnt, der Kriegsschiffe baute, Mesopotamien und Indien „pazifizierte“ und auch kein Snowden, der in der „Bergwerkszeitung“ die deutschen Imperialisten zu neuem Kolonialraub ermuntert. Hier scheinen „Rücksichten“ gewaltet zu haben, deren Ergebnis eine unzuträgliche Verflachung aller innerpolitischen Kampftragen der britischen Arbeiterbewegung ist. Kein Leser des Cronerschen Buches wird die Ursachen des „Generalverrats“ verstehen, mit dem der englische Generalstreik geendet hat; keiner die Niederlage der „kämpfenden britischen Gewerkschaften“, denen das Doch gewidmet ist.

Wenn wir uns aber zunächst auf den Boden der vom Verfasser behandelten Tatsachen begeben, müssen wir einen weiteren Grundirrtum feststellen, der wieder aus einer viel zu weit getriebenen „Vereinfachung“ entspringt. Croners Darstellung führt die englische Industriekrise ausschließlich auf die Kriegsfolgen zurück, ohne ausreichend die schweren Niedergangssymptome des britischen Imperialismus vor dem Kriege zu betonen. Aber es war gerade dieser Niederfang, der England in den Krieg, als letzten Ausweg aus den Hemmungen imperialistischer Expansion, trieb. Croner stellt überall die Vorkriegsziffern der Produktion usw. den Zithern der Jahre 1923/24/25 gegenüber und erweckt damit den Anschein einer imperialistischen Blüte Englands in der Vorkriegszeit. Objektiv müssen dadurch jene falschen pazifistischen Illusionen in der Arbeiterschaft gestärkt werden, welche die ganze „Balkanisierung“ Europas als bloße Kriegsfolge hinstellen, an eine automatische Rückentwicklung zu den Vorkriegsverhältnissen, die gleichzeitig idealisiert werden, glauben machen, und dem revolutionären Proletariat die verlogene Parole der Verhütung eines neuen Krieges durch allerlei Pazifismus geben. Der Verfasser hätte, um von allen Quellen abzusehen, von Trotzkis „Wohin treibt England“ (z. B. in dem Abschnitt über den Eisenbahnerstreik, S. 11/13) eine richtigem Einschätzung

[*)] Wir werden unter diesem Titel eine Reihe von Büchern und Broschüren sowie Zeitschriftenartikel besprechen, die die gewerkschaftlichen und politischen Fragen der englischen Arbeiterbewegung der Gegenwart behandeln. Die Redaktion.

der Vorkriegskrise des englischen Imperialismus lernen können. Und das um so eher, als er S. 90 ff) die imperialistischen Kriegsrüstungen Englands im gegenwärtigen Zeitpunkt richtig einschätzt und die kriegerischen Absichten Englands gegen die Sowjetunion hervorhebt.

Zu den besten Abschnitten des Buches zählt die Darstellung der Kohlenkrise (S. 28 [542] bis 49), die in sehr klarer Weise über den Standpunkt der Unternehmer, der Regierung und der Kohlenkommission, dagegen nur sehr knapp über die Begründung der Arbeiterforderungen unterrichtet. Im Kapitel „Export" ist die Gegenüberstellung der Jahre 1913 und 1924 methodisch mangelhaft (S. 51). Das Jahr 1913 ist bekanntlich kein „Normaljahr" gewesen, und es ist viel zweckmäßiger, einen Durchschnitt der letzten fünf Vorkriegsjahre den Nachkriegsziffern gegenüberzustellen. Ganz mit Unrecht wird (S. 87) das ständige Arbeitslosenheer als eine besondere englische Erscheinung hingestellt. Der „Ausgleich zwischen besser und schlechter beschäftigten Industrien" gelingt, wie wir seit dreiviertel Jahr sehen, auch in Deutschland nicht, gelingt schon viel länger nicht in Österreich, und es ist leicht möglich, daß auch die Länder „lateinischer" Währung nach ihrer Stabilisierung ständige Arbeitslosenheere in vielfacher Höhe der industriellen Reservearmeen vor dem Kriege aufweisen werden.

Croner weiß sehr gut, daß für die englische Bourgeoisie der Hauptweg aus der Krise die Sanierung der konkurrenzunfähigen Industrien auf Kosten der Arbeiterschaft ist, und er schätzt den Bericht der Kohlenkommission richtig als einen ersten Vorstoß nach dieser Richtung ein. Aber man sucht vergeblich nach einer kritischen Darstellung der Zusammensetzung und Arbeitsweise jener politischen und gewerkschaftlichen Organe des Proletariats, die diesen Stoß zu parieren haben. Man vermißt eine Wiedergabe des wirklichen Programms der Gruppen, die um die Führung des englischen Proletariats ringen. Das deutsche Proletariat hat es bitter nötig, aus dem englischen „Generalverrat" des Mai 1926 zu lernen. Dazu mag ihm die Cronersche Darstellung einiger Seiten der imperialistischen Krise Englands eine nützliche Grundlage sein. Aber ohne eine richtige Einschätzung der politischen Kämpfe innerhalb des englischen Proletariats werden sich diese Ereignisse und ihre Lehren niemals in eine Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung im eigenen Lande umsetzen können, deren Schwäche wir gerade jetzt, beim reformistischen Verrat des Heldenkampfs der englischen Bergarbeiter durch die kontinentalen Gewerkschaftsführer, erleben. R. Anders.

*

Zwei Rettungsversuche der bürgerlichen Demokratie[*)]

Alfred Weber:
„Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa"

Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1925. 173 S. Preis 6.– Mk.

M. J. Bonn:
„Die Krisis der europäischen Demokratie"

Meyer & Jessen, München 1925. 155 S. Preis 3.75 Mk.

Zwei Schriften, die die Ratlosigkeit der bürgerlichen „Denker" gegenüber dem Problem des Staates und der Demokratie klassisch demonstrieren. Es ist direkt zu sehen, wie sie der Beantwortung der Fragen, die sie selbst aufwerfen, ausweichen und vor den Konsequenzen ihrer eigenen Voraussetzungen zurückschrecken.

A. Weber, der Heidelberger Soziologe, erklärt sogleich, daß er kein neues Material verwende und daß kaum einer der einzelnen Gedanken volle Originalität für sich beanspruchen könne, Den Beginn der Krise datiert W. von 1880. Bis zu diesem Zeitpunkt etwa fühlten sich die vorwärtstreibenden

[*)] Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich ein „Werk" erledigen, das in neuester Zeit auf dem deutschen Büchermarkt aufgetaucht ist. Es heißt „Probleme der Demokratie". Wirtschaftspolitische Betrachtungen von Arthur Twining Hadley. Der Verfasser ist ehemaliger Präsident der Yale University, New Haven, Mitglied der amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften, korrespondierendes Mitglied der britischen Akademie, und sein Buch gehört zu den naivsten und beschränktesten Produkten der vulgären bürgerlichen Demokratie, wie sie heute nur mehr in Amerika und in den Kreisen der kontinentalen Sozialdemokratie ernst genommen werden, Es ist bei W. Kohlhammer-Stuttgart erschienen. Eine ausführliche Besprechung erübrigt sich.

Elemente als Vollstrecker des „harmonistischen Individualismus“. Es setzten sich die Grundsätze der französischen Revolution, der bürgerlichen Demokratie durch: die Menschenrechte, das parlamentarische System der Mehrheitsentscheidung, das Nationalitätenprinzip. Wenn aber nicht den Gegensätzen „scharf abgegrenzter Interessengruppen“ (lies: Klassen) ein Gemeinwohl übergeordnet ist, dann bedeute ein Mehrheitsbeschluß „nichts anderes als die in fremde Form gehüllte Konstatierung einer in Wahrheit vorhandenen Gewaltstellung“. W. begnügt sich begreiflicherweise mit dieser verschwommenen und bedingten Bemerkung, ohne die Frage der Klassen zu beantworten.

Ebensowenig zieht er irgendwelche Konsequenzen für das Problem, das er behandelt, aus seiner im allgemeinen richtigen Kennzeichnung des modernen Imperialismus. [543] Er führt als wesentliches Moment der Entwicklung seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts den „Umschlag des Konkurrenz- in den Monopol-Kapitalismus“ an, den Kampf um die Aufteilung der Welt, um Märkte- und Anlageverteilung, die Inanspruchnahme des Staates für die Zwecke des Monopol-Kapitals, das Wachsen eines neuen Militarismus. Auf diesen Boden wird die Frage gestellt, wie eine demokratische Willensbildung möglich ist. Die marxistische Antwort, daß sie unter diesen Bedingungen überhaupt nicht möglich ist, wird von unserem gelehrten Verfasser einfach ignoriert. So erspart man sich die Mühe der Widerlegung. Dafür unterschiebt W. Marx ein „Staatsideal nach demokratisch-sozialistischen Idealen“. (S. 78.)

Im weiteren spricht W. einigermaßen den Tatsachen entsprechend vom „kapitalistischen Hörigwerden der Parteiapparate, die die politische Willensbildung vermitteln“, aber mit einem kühnen Sprung gelangt er plötzlich zur Unabhängigkeit der politischen Idee von den materiellen Interessen. Statt zu zeigen, wie die Ideologien entstehen, künstlich gepflegt und gefördert werden, die die verschiedenen Schichten des Volkes an die Interessen der herrschenden Klassen binden, erklärt er, daß jedes Parteigebilde, „mag es noch so partikulär und klassenegoistisch aufgebaut oder in dieser Art durchsetzt sein, oder noch so sehr geldmäßig abhängig zu werden, die Tendenz besitzen“, sich dennoch als Instrument der Mitgestaltung des allgemeinen Staatswillens „gebärden“ muß, daher eine „Gesinnung mit eigenem Gewicht und eigener Gesetzlichkeit“ entwickelt. „Die Klassen- und Interessenschichten werden derart stets nur (!) Kerne oder Inkremente solcher Parteien. Sie werden stets auf Mitläufer ‚Rücksicht‘ (die Gänsefüßchen gebraucht der Verfasser sehr mit Recht) nehmen müssen, auf die von den allgemeinen staatspolitischen Prinzipien zusammenzuführenden und nach deren besserer oder schlechterer Verteidigung jeweils fluktuierenden Massen.“ Die Parteien entwickeln um so eigenständigere Tendenzen, je größer und moderner durchorganisiert sie sind. (Seite 75 bis 77.) Mit derart liederlichen Argumenten wird die Unabhängigkeit der Parteien vom Kapital „bewiesen“! Ähnlich macht es W., um die Unabhängigkeit des Staates vom Kapital zu beweisen. Er schreibt:

„Die Illegitimisierung jedes in der öffentlichen Argumentation als solches vertretenen Sonderinteresses vor der im Staate vorhandenen kollektiven Einheit ist das Mittel, durch das sich die Staatseinheit zu mindesten innenpolitisch vor den Wirtschaf In- und Klassenkräften rettet und ihre eigene Basis erhält.“

Der Staat bleibt „seiner Idee nach unberührt“ von dem „Schmutz“ der Klasseninteressen. Dem Ideologen genügt die Idee, mögen die Tatsachen sich noch so wenig um die Idee bekümmern. „Heilige Einfalt!“ möchte man ausrufen, wenn man nicht wüßte, daß diese Professoren-Einfalt sich auch nur als objektive Wissenschaft „gebärdet“, während ihre „geldmäßige Abhängigkeit“ vom bürgerlichen Staate doch nicht allzutief im Unterbewußtsein steckt.

Nachdem auf diese Weise ohne viel Mühe die Demokratie aus den Klauen des Kapitalismus gerettet ist, zieht unser Ritter weiter, um „das geistige Europa“ aus den Klauen des Imperialismus zu befreien. Kein Wunder. daß von der hohen Warte dieser Betrachtung aus auf dem Trümmerfeld, das der Weltkrieg hinterlassen hat, Faschismus und Bolschewismus nebeneinander als Schreckgespenster gleicher Art erscheinen. Das Ergebnis der proletarischen Revolution in Rußland kennzeichnet dieser Mann der Wissenschaft nicht anders als die demokratischen Zeitungsschreiber, die für ihren Antibolschewismus ja auch bereits vornehmere Ausdrucksformen gebrauchen. „Reasiatisierung“ (das prächtige Wort wäre für den Sprachschatz des „Vorwärts“ zu empfehlen) eines nur zeitweise, gewissermaßen

versehentlich in die europäische Staatengemeinschaft hineingeschobenen ... nie wirklich zu Europa gehörigen Geschichtskörpers“, „Wiederausscheiden Rußlands aus Europa“, „umgekehrter Zarismus“, „in irgendwelche europäische Formen gehüllte, rein asiatische Blöße“ usw. Den sozialdemokratischen Antibolschewisten ist W. wenigstens insofern voraus, als er das Geschwätz vom Sowjetimperialismus nicht ohne Einschränkungen wiederholt. Er behauptet zwar, der neue Staat sei „außenpolitisch nichts anderes als das wiedererstandene russisch-asiatische Reich der Vorkriegszeit“, fügt aber hinzu: „Ein allerdings nicht imperialistisches im bisherigen europäischen Sinne, denn es arbeiten in diesem neuen Körper nicht mehr die wirtschaftlich-kapitalistischen Expansionskräfte des Vorkriegs.“ (Seite 119.)

Etwas mehr Verständnis zeigt W. für den Faschismus, dessen „Prätorianer-Caesarismus“ er richtig als „Sammelpunkt aller früher von dem Legitimismus garantierten und gehegten geistigen Kräfte und Besitzinteressen“ bezeichnet. Den Kampf „zwischen demokratischen Majoritätsprinzipien und ganz bewußtes Minoritäts- und Gewalttendenzen, teils proletarischer, teils national-faschistischer Natur“ sieht W. als ein besonderes Merkmal der besiegten Länder, während sonst im internationalen Maßstab die Demokratie im Vordringen sein soll. Auch für Mitteleuropa hat unser Professor die fromme Hoffnung, daß der Bolschewismus am Widerstand der „besitzfanatischen Bauern und Bürger“, der Faschismus am Widerstand der Arbeiter scheitern und die „unegalitäre Densokratie“ triumphieren wird. Dieses Wort bezeichnet eine „Führer-Demokratie“, eine Demokratie, die die Massen bürokratisch lenkt und die Entscheidung den berufenen Führern anheimgibt. Das ist also nichts anderes als die ordinäre bürgerliche Demokratie, als deren Muster die „großen Demokratien des Westens“ angeführt werden.

*

M. I. Bonn, der 1920/21 als Berater der Reichsregierung in Reparationsfragen an den Verhandlungen in Spa teilgenommen hat, be-[544]trachtet in seinem Buch, das aus Vorträgen am Institute of Politics in Williamstown. Massachusetts, hervorgegangen ist, das gleiche Problem wie Weber vom Standpunkt des praktischen Politikers. Sein Standpunkt ist gleichfalls der des vulgären Demokratismus. Er führt die Krise der Demokratie auf die Tatsache zurück, daß die 1918 neugeschaffenen demokratischen Staaten mit der Erbschaft des Krieges bisher nicht fertig werden konnten. Auch B. erkennt als stillschweigende Voraussetzung des Parlamentarismus den Glauben an die Harmonie der Interessen. (S. 21.) Zwischen unversöhnlichen Interessengruppen wäre der Parlamentarismus als die Methode des Verhandelns und Vermittelns sinnlos. Zur Verteidigung der Interessenharmonie weiß er aber nichts Gescheiteres vorzubringen als die naive Gegenüberstellung, das parlamentarische System gehe von der Voraussetzung aus, daß die Menschen „vernunftbegabte Wesen“ und „von Natur gutartig“ sind, während „die Theorie der Gewalt“ die „ursprüngliche Verderbtheit der menschlichen Natur“ voraussetzen müsse. So wird an die Stelle einer Tatsachenfrage ein absurder metaphysischer Streit gesetzt. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen wiederum proletarische Revolutionäre und faschistische Reaktionäre auf einer Linie als Anhänger der „Gewalt einer Minderheit“. Nach der Meinung dieses Fachmanns sind in Rußland die Arbeiter und armen Bauern eine Minderheit. (S. 73.)

Andererseits sieht B. die Demokratie von den kapitalistischen Mächten bedroht. Als Beispiel führt er die Arbeitsgemeinschaft an, die „herzerfreuende Harmonie, mit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Leder anderer Leute ihre Riemen schnitten“. (S. 94.) In diesen Worten kommt die Empörung des verarmten Kleinbürgertums über die Schichten der Arbeiteraristokratie zum Ausdruck, die sich in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs vorübergehend eine bessere Lebenshaltung als die Massen des Volkes sichern konnten.

Die Krise der Demokratie entspringt nach der Meinung B.s nicht nur aus den besonderen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit, sondern auch aus dem Wesen der Demokratie, aus der Schwierigkeit einer festen Mehrheitsbildung beim System der parlamentarischen Vertretung aller Interessengruppen. Als Rezept gegen die parlamentarischen Schwierigkeiten empfiehlt B. die Abschaffung des Proportionalwahlsystems. Er hat auch nichts gegen einen „auf demokratischer Basis gewählten Präsidenten mit zeitlich befristeten diktatorischen Vollmachten“. Das wäre zwar eine Verneinung des

Parlamentarismus, aber nicht der Demokratie! Die nötigen Argumente für eine Diktatur Hindenburgs sind also bereits gefunden.

Nachdem die Demokratie so nach allen Seiten begründet und verteidigt ist, erklärt B. sie für die Zukunft dennoch als gefährdet, „wenn man den Versuch macht, eine soziale Ordnung aufrechtzuerhalten oder neu aufzurichten, in der das Privateigentum sich in der Hand einiger weniger befindet“. (S. 131.) Daher sollte man zwar nicht den Sozialismus einführen, aber eine staatliche Kontrolle der kapitalistischen M o n o p o l e. Hier spricht wieder der Kleinbürger. Auch auf dem Gebiet der internationalen Politik ist noch allerlei zu reformieren. „Eine Weltordnung, bei der die großen unerschlossenen Teile der Erde von einigen wenigen bevorzugten Nationen monopolistisch ausgebeutet werden, die anderen die Beteiligung an diesem Reichtum versagen, kann nicht dauern.“ Gleiches Recht auf Ausbeutung der Kolonialvölker! – das ist also der Schlachtruf der deutschen Demokratie. L e n z.

*

Druckfehler-Berichtigung[*]

In dem Artikel von P. Poisson: „Die Finanzkrise und die politische Lage in Frankreich“ im Heft 16 soll es auf Seite 487, 20. Zeile von unten, statt „Realität“ richtig „R e l a t i v i t ä t“ heißen. – Auf Seite 492, 12. Zeile von unten ist statt „daher“ richtig zu lesen „a b e r“.

In der Literaturbesprechung Friedrich Engels: „Briefe an Bernstein“ Seite 510 rechte Spalte, Zeile 27 von oben, ist statt „Objekte“ – „S u b j e k t e“ zu setzen, Zeile 20 von unten statt „kommunistischen“ – „m a r x i s t i s c h e n“. – Seite 511, linke Spalte, Zeile 17 von oben, heißt es statt „danach“ richtig „d a m a l s“.

[545]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 15. September 1926 ∗ Heft 18

Die Dresdner Industriellentagung

⊥ An der Schwelle des dritten Dawes-Jahres waren die Herren vom Reichsverband der Industrie in Dresden zusammengetreten, um der aufhorchenden Öffentlichkeit ihren gebieterischen Willen bekanntzugeben. Rückblickend verkündeten sie machtbewußt, triumphierend ihre Erfolge in alle Welt. Die gefährliche Rebellion der revoltierenden Arbeiterschaft nach der Niederlage im Weltkriege wurde in hartem Ringen niedergeschlagen. In einem ungeheuren Konzentrationsprozeß wurde die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums in einem vorher unerreichten Maße zusammengehallt. Mit den ausländischen Imperialisten wurde nach Jahren hartnäckigster Auseinandersetzungen ein Ausgleich erzielt. Er mag die kritischste Seite in dem Kapitel des letzten Aufstiegs der deutschen Unternehmer sein. Aber das letzte Wort soll hier noch nicht gesprochen sein, so wenigstens hoffen sie. Neue Vorbereitungen wurden getroffen, um von Stufe zu Stufe weiter vorwärts zu schreiten. Das deutsche Finanzkapital hat entschiedener denn je die Führung an sich gerissen. Eine neue Konzentrationswelle flutete über Deutschland. Millionen von Existenzen wurden in diesem Prozeß neuerdings dem Elend preisgegeben, Millionen noch fester in die Fesseln modernster Sklaverei geschmiedet. Denn in einem gewaltigen Anlauf will das deutsche Finanzkapital einigermaßen den Vorsprung aufholen, den in der Kriegs- und ersten Nachkriegsperiode seine Konkurrenten, da vor allem das amerikanische Finanzkapital, gewonnen haben. Tatsächlich kann heute der neue deutsche Imperialismus auf neue stärkere Fortschritte zurückschauen. Denn gerade auf dem modernsten Gebiete, auf dem der Chemie, wo Erfolge schwerer wiegen als Erfolge auf irgendeinem Gebiete, ist das deutsche Kapital den anderen Ländern weit führend voran. Damit hat es neue, festere Grundlagen für seine Machtausbreitung geschaffen, neue Stoßkraft für seine Machtausdehnung in der Welt gewonnen. Verstärkte Wirtschaftsgeltung auf dem Weltmarkte, nicht zuletzt deshalb, um die herabgeminderte staatliche Großmachtgeltung mehr als aufzuwiegen – das war die große Parole auf der Dresdner Industriellentagung.

[546] Diesem Ziel gewaltigster Expansion hat sich die gesamte Staats- und Wirtschaftspolitik Deutschlands zu unterordnen. Je höher die Barrieren auf dem Weltmarkte werden, um so stärkere Möglichkeiten müssen in Deutschland die anderen Klassen dem Unternehmertum bieten, um so größere „Opfer“ müssen die breiten Massen bringen, damit die Unternehmerklasse all diese Widerstände überwinde. Daher hat die Rationalisierung in jeder Art, die Rationalisierung um jeden Preis die große Losung der Zeit zu bleiben. Die Rationalisierung muß nach den Worten Kastls, des wirtschaftspolitischen Referenten in Dresden, „vor allem kapitalistisch rentabel“ sein und kann erst in zweiter Linie „technisch-konstruktiv“ sein. Erniedrigung der Produktionskosten in jeder Form und auf jedem Gebiete zwecks Erhöhung der Profite muß also das Leitmotiv der Rationalisierung von heute sein. Wird dieses Ergebnis nach den Worten Kastls durch bloße „organisatorische Maßnahmen“ erzielt, werden also nur Arbeiter entlassen und wird die Arbeitsleistung der im Betriebe zurückgebliebenen Arbeiter entsprechend gesteigert, so ist das in den Augen der Herren vom Industrieverband die zweckdienlichste, erfolgreichste Rationalisierung. Wirklich technisch-konstruktive Verbesserungen im Produktionsprozeß stellen nur kompliziertere Wege zu demselben Ziele da. Nach den Worten Kastls ist es dann nur „üble Doppelzüngigkeit“, wenn auf der einen Seite ganz allgemein nach der Rationalisierung gerufen wird und auf der andern Seite „der Leitung der Werke unsoziales Empfinden“ vorgeworfen wird, wenn sie nur Betriebe stillegt. „Ich kann hier mit Befriedigung feststellen, daß die gewerkschaftliche Presse sich erfreulicherweise mit wenigen Ausnahmen von einer derartigen Stellungnahme ferngehalten hat ...“

Auf sämtliche Zweige der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltungsmaschinerie hat sich auf Gebot des Industriellenverbandes die „Rationalisierung“ zu erstrecken. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold breitete sich auf der Dresdener Tagung über seine Erfolge auf dem Gebiete der Rationalisierung der öffentlichen Finanzen aus. Die „gefährliche und sinnlose“ Luxussteuer wurde von ihm beseitigt. Die Fusionssteuer wurde herabgesetzt, um der fortgesetzten Konzentration der Gesellschaften, der Monopolisierung zwecks Durchhalten der hohen Preise keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Demselben Zweck diente die Befreiung der Besitzenden von Zahlungen der Vermögenssteuer. Die Börsenumsatzsteuer wurde gesenkt, um die Spekulation zu fördern, um den kleinen Mann zur Geldanlage in Aktien, zum Börsenspiel zu ködern, damit er dann um so leichter von den großen Börsenkönigen „geschlachtet“ werden könnte. Steuern auf den Grundbesitz sollen zur Stützung der Junker und Hausbesitzer weiter ermäßigt werden. Dagegen hat die Reichsregierung „die Pflicht, eine Neuaufrollung des Aufwertungsproblems nicht zuzulassen“. Die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan werden mit „voller Loyalität“ erfüllt werden. Das bedeutet: die Zahlungen für Repara-[547]tionen werden jetzt von Jahr zu Jahr in die Höhe gehen, gleichzeitig aber werden den Besitzenden Steuern erlassen werden. Das wird zur Folge haben, daß in Zukunft die Steuerlasten der breiten Massen relativ und absolut wachsen müssen.

Für die Arbeiter im besonderen hat der Reichsverband der deutschen Industrie folgendes Programm vorgesehen: Lohnerhöhungen müssen abgelehnt, die Arbeitszeit muß erhöht werden. „Es kann nicht oft genug betont werden, daß nominelle Lohnerhöhungen keine Stärkung der Kaufkraft bedeuten ... Die Anwendung des Achtstundentags darf nicht schematisch sein“, mit diesen Sätzen brachte der wirtschaftspolitische Referent Kastl die diesbezüglichen Forderungen der Industriellen zum Ausdruck. Noch drastischer und eindeutiger waren andere Stimmen. in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 3. September 1926 behauptete der Generaldirektor Konrad Piatschek, daß in den letzten zwei Jahren eine Erhöhung der Löhne um rund 10 Milliarden Mark „zu Lasten der Industrie“ erfolgt sei. Die naheliegende Folgerung ist, daß die Industrie um diese 10 Milliarden Mark „entlastet“ werden müsse. Bergrat Dr. Winkhaus wiederum führte in demselben Blatte aus: „So widerspruchsvoll es daher auch klingen mag, so halte ich eine Behebung der Arbeitslosigkeit nur für möglich, wenn wir, so lange die Inflation in den Nachbarländern andauert, uns zu längerer Arbeitszeit entschließen ... Die allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit würde deshalb auch die Lohnfrage stark beeinflussen, weil man, ohne den Reallohn der Arbeiter zu schädigen, mit den Löhnen erheblich wird herabgehen können.“ Auf derselben Linie lagen die Forderungen nach energischem Abbau jeder Sozialpolitik (4 Milliarden Mark jährliche „Lasten“), nach Abbau des Arbeiterschutzes, der „Wohnungszwangswirtschaft“ usw.

Die Beschaffung sogenannter „produktiver Arbeit“ für Arbeitslose wiederum soll weniger eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, deren lange Dauer übrigens ausdrücklich in Aussicht gestellt wurde, als eine Lösung der Frage der Arbeitslosenunterstützung bringen. Kastl führte in diesem Zusammenhange aus: „Das wichtigste finanzielle Ziel des Arbeitsbeschaffungsprogramms (das von der Regierung aufgestellt wird) besteht jedenfalls darin, daß durch Schaffung produktiver Arbeit die völlig unproduktiv laufenden Ausgaben für die unterstützende Arbeitslosenfürsorge eingeschränkt werden können.“ Unter „produktiver“ Verwendung der Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge verstehen die Unternehmer den Abbau der Arbeitslosenunterstützung und die Überführung dieser „freigewordenen“ Mittel an die Unternehmer.

Gesteigerte Ausplünderung der werktätigen Massen in Stadt und Land, Sicherung und Befestigung der brutalsten Arbeitsdisziplin in den Betrieben, schrankenlose Ausbeutung der Beschäftigten, Preisgabe der Erwerbslosen dem Hunger und Elend, kurz der „Aufbau“ Deutschlands zu einer Schwitzbude „rationalisiertester“ [548] Profiterpressung, – das ist der Weg, den der Industriellenverband auf vorgezeichnet hat. Deutschland in ein einziges politisches Zuchthaus zu verwandeln, ist nur die „rationelle“ Ergänzung“ dieses Programms nach seiner politischen Seite hin.

Dieser Errichtung der „rationalisiertesten“ Reaktion im Innern des Landes paßt sich auch das außenpolitische Programm der Herren vom Reichsverband an. Dr. Herle, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wies in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 3. September den „Gedanken einer einseitigen Ostorientierung“ mit aller Entschiedenheit zurück. „Die großen internationalen Verhandlungen, die in letzter Zeit in den verschiedenen Industriezweigen eingeleitet sind und zum Teil kurz vor dem Abschluß stehen, zeigen ... die Tendenz nach dem Westen. Es sei in diesem Zusammenhange auf die internationalen Eisenverhandlungen, die privatwirtschaftlichen Verständigungsversuche zwischen der deutschen und französischen Industrie, die Kartellverhandlungen der Zementindustrie und ähnliche Bestrebungen hingewiesen.“ Ein anderes Mitglied des Reichsverbandes,

Dr. Reichert, forderte in demselben Blatt, daß die internationalen Kartelle, unter deutscher Beteiligung errichtet, ihre Spitze gegen die Sowjetunion, zunächst gegen ihr Außenhandelsmonopol, richten müssen. Die Sowjetunion müsse unbedingt zum Verzicht auf ihr Außenhandelsmonopol gebracht werden. „Jedoch ist hiermit vorerst nicht zu rechnen. Wollen deshalb die Lieferanten dem russischen Außenhandelsmonopol gegenüber eine ebenbürtige Stellung einnehmen, dann müssen sie sich zu nationalen und internationalen Zusammenschlüssen verstehen." Die Sowjetunion muß also mit allen Mitteln niedergerungen werden. Vorerst muß sie die wirtschaftliche Kriegsfront der geeinten Imperialisten, die deutschen eingeschlossen, in Bewegung gesetzt werden. Schon wurde aber auch Deutschland in Genf in das militärische Kampfbündnis der Imperialisten gegen die Sowjetunion eingegliedert, das neue Interventionen, die Fortsetzung des wirtschaftlichen und sozialen Kampfes gegen die Sowjetunion mit den äußersten Mitteln planmäßig vorzubereiten hat.

Das waren die allgemeinen Ziele, die dem Reichsverband der deutschen Industrie vorschweben. Die aktuelle Lage drängt aber auf ihre rascheste Durchsetzung. Die „englische Streikkonjunktur" droht zu Ende zu gehen. Ihre Beendigung dürfte voraussichtlich die Arbeitslosigkeit in Deutschland eher vergrößern, gleichzeitig die englische Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker aufleben lassen. Um so härteren Arbeitsbedingungen müssen dann die deutschen Arbeiter unterworfen werden, damit das deutsche Finanzkapital auch unter den neuen Umständen Märkte halten, neue Märkte gewinnen kann, um so energischer muß die Unterstützung der Arbeitslosen abgebaut werden, damit diese „falschen Kosten" der Produktion für die Bourgeoisie in neue schlagfertige Mittel umgewandelt werden.

Ein solcher Zeitpunkt erfordert es, daß der unterdrückende Charakter der Staatsmacht wieder brutaler hervortritt. Stark aber [549] ist die Empörung der Massen, ihr Widerstand dürfte wachsen, hart auf hart kann es in allernächster Zeit wiederum einmal gehen. Daher müssen sämtliche Hilfstruppen der Bourgeoisie in die vorderste Front. So ist das Angebot der Unternehmer, die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bürokratie in die Reichsregierung und damit zur allgemeinsten „Mitarbeit" heranzuziehen, zu verstehen. Dies sprach auch offen aus ein Organ des Industriellenverbandes, die „Industrie- und Handelszeitung" vom 7. September 1926, in einem Kommentar zur Rede Dr. Silverbergs, der Programmrede auf der Industriellentagung in Dresden, mit folgenden Worten: „Von diesen, auf der Praxis beruhenden Erwägungen ausgehend, kann man die von Silverberg getane Äußerung über die Notwendigkeit einer Kooperation nicht als Prophezeiung zur Einleitung eines neuen Wirtschaftszeitalters auffassen. Das ist zunächst einmal festzustellen. Was aber an der Rede Silverbergs von Bedeutung ist, ist das Bekenntnis zu dieser Notwendigkeit in einem Zeitpunkt, in dem durch die große Zahl der Streitigkeiten über Tarife, Arbeitszeit, Löhne eine starke Spannung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmertum gegeben ist."

Wie aber antwortete die Sozialdemokratie auf dieses Henkerangebot der Herren vom Reichsverband? Hier der Kern der Antwort, die der „Vorwärts" vom 5. September 1926 den Industriellen auf ihre Einladung gab: „Zum erstenmal seit dem Bestand der Republik fand das Unternehmertum den Mut, den Staat, so wie er ist, zu bejahen. Darin ist die Sozialdemokratische Partei und mit ihr die Gewerkschaftsbewegung von dem Tage an vorangegangen, als mit der Aufrichtung des neuen Staates die demokratische Verfassung gesichert wurde. Niemals hat sich die Sozialdemokratie den Pflichten entzogen, die die größte Partei in unserem republikanischen Staatswesen zu tragen hat. Dabei hat sie oft genug die ökonomischen Zielsetzungen zurückstellen müssen, die der Wille zum Sozialismus bedingt."

Wie verhält es sich mit diesem Bekennermut des Unternehmertums zur Republik, wie steht es mit dem „Staat, so wie er ist"? Darauf weiß selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt" eine Antwort zu geben (Handelsteil der Abendausgabe vom 6. September 1926): „Man wünscht nicht eine Demokratisierung der Wirtschaft, sondern eine Entdemokratisierung des Staates ... Gewiß, die Herren sind Republikaner geworden, sie haben allen Grund dazu ... Aber was Herr Silverberg der Arbeiterschaft angeboten hat, ist doch die Republik mit dem Großherzog an der Spitze, nur daß der Großherzog heute Reichsverband heißt."

Niemals durfte an der Bereitschaft der Sozialdemokratie, ihre Henkersdienste der Bourgeoisie im gegebenen Zeitpunkt zu leihen, gezweifelt werden, so beteuert der „Vorwärts". Das gehört zur „Pflicht"

der größten republikanischen Partei. Und Leipart, der Sprecher der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, beeilt sich ebenfalls in seiner Antwort an die Industriellen („Vorwärts“ vom [550] 12. September 1926), seine Hand zur „Entdemokratisierung des Staates“, zur Sicherung und Festigung der großherzoglichen Republik von Gnaden des Reichsverbandes zu bieten. Für die bevorstehenden Kämpfe schließt sich die Front der Bourgeoisie fest zusammen ... Front gegen Front – das muß die Antwort der Werktätigen auf den Bund von Bürgertum und sozialdemokratischer Führerschaft sein.

*

Deutschland im Völkerbund

Von Gerhart

Deutschland ist in den Völkerbund aufgenommen und erhält einen ständigen Ratssitz. Die letzten Schwierigkeiten wurden in monatelangen Verhandlungen beseitigt. Polen erhält zwar der Form nach keinen ständigen Ratssitz, der Sache nach bedeutet aber der Polen garantierte sechsjährige halbständigen Ratssitz, der gleichzeitig mit dem deutschen Ratssitz beschlossen wurde, daß mit der „Großmacht“ Deutschland als Gegengewicht die polnische „Großmacht“ in den Rat einzieht.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die Konsequenz des Dawes-Vertrags und von Locarno. In Locarno war der englische Imperialismus Sieger. Aber der jetzige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund findet am Beginne neuer imperialistischer Umgruppierungen statt. Die Lage des englischen Imperialismus hat sich gegenüber Locarno auch in Europa verschlechtert. In dem Rahmen, welcher Locarno darstellt, werden neue Fäden geknüpft.

Was war Locarno? Man hat es mit Recht als den politischen Überbau des Dawes-Plans bezeichnet. Die ökonomischen Interessen des englischen und amerikanischen Finanzkapitals verlangten eine gewisse „Beruhigung“ Europas. Dazu war in erster Linie notwendig, Frankreich das Reparationsinstrument aus der Hand zu schlagen. Das geschah durch Dawes. Mit dem Dawes-Plan wurde das Reparationsinstrument aus einem französischen zu einem amerikanischen Instrument.

Nach der Entwindung des Reparationsinstruments aus der Hand des französischen Imperialismus galt es für die angelsächsischen Mächte, auch eine gewisse politische Stabilisierung der europäischen Verhältnisse zu erreichen. Und hier setzte energisch die Politik des englischen Imperialismus ein.

Locarno war der Versuch des englischen Imperialismus, seine alte Rolle als Schiedsrichter auf dem Kontinent wieder zu spielen. Dazu mußte das deutsch-französische Verhältnis in einer solchen Weise geregelt werden, daß es zwar zu keinem deutsch-französischen Bündnis, aber doch zu einem vorläufigen modus vivendi zwischen diesen beiden Staaten komme, dessen Dauer und dessen Methoden durch die Interessen des englischen Imperialismus reguliert werden. Europa unter englischer Kontrolle, ein europäischer Block unter dem Kommando des englischen Imperialismus, ist von ungeheurer Bedeutung für die englische Bourgeoisie. Sie bedarf einer gewissen „europäischen Ruhe“, um die ungeheuren Aufgaben im Fernen Osten (China usw.) erfüllen zu können. Sie bedarf eines englisch orientierten Europas, eines großen europäischen Blockes, mit dem sie die „Aufgaben“ gegen Sowjetrußland erfüllen kann. Deutschland sollte in Locarno fest in die englische Einheitsfront hineinbezogen werden, die englische Position auch im Völker-[551]bund stärken. Zwischen Deutschland und Frankreich sollte ein bestimmter, von England abhängiger Gleichgewichtszustand geschaffen werden. Deutschland, mit dessen, auch am Weltmaßstabe gemessen, wirtschaftlicher Macht seine imperialistischen Tendenzen wachsen, soll systematisch nach dem Osten abgelenkt werden.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzieht sich im Zeichen der deutsch-französischen Eisen- und Stahlverständigung. Die Weltwirtschaftskrise im allgemeinen, die Krise der Schwerindustrie im besonderen zwangen die deutschen und französischen Stahlindustriellen, die 1923 im „Ruhrkrieg“ kämpften, zu einer Verständigung über die Schaffung eines internationalen Monopols. Frankreich deckte vor dem Kriege gerade seinen Bedarf an Stahl. Heute muß es 4 Millionen Tonnen exportieren. Die Stahlkapazität des kleineren Deutschlands ist heute ebenso groß, wie die des größeren Vorkriegsdeutschlands, 18 Millionen. Aber seine faktische Produktion beträgt nur 12 Millionen

Tonnen. In einer ganzen Reihe von Ländern hat sich eine neue Schwerindustrie gebildet. Der gesteigerten Kapazität der Schwerindustrie gegenüber hat sich absolut und relativ der Absatzmarkt verkleinert, der Konkurrenzkampf ist erbitterter und schwieriger geworden.

Deutschland beginnt wieder eine der größten wirtschaftlichen Weltmächte zu werden. Aber zwei Fragen stehen vor der deutschen Bourgeoisie, die sie lösen muß: die inneren Voraussetzungen der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus ist die ungeheure Auspowerung der breiten Massen. Hier sieht die Bourgeoisie die steigende Radikalisierung der Arbeiterklasse, die Signale der sozialen Rebellion. Die Rede Silverbergs auf dem Industriellentag war die Ankündigung einer Methode, mit der die Bourgeoisie hofft, diese Schwierigkeiten zu besiegen; im engsten Bund mit der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie.

Die andere große Schwierigkeit der deutschen Bourgeoisie ist die Notwendigkeit der Eroberung eines größeren Anteils am Weltmarkt, der Möglichkeit einer aktiven imperialistischen Politik. Die Lösung dieser Frage ist für den deutschen Kapitalismus ebenso entscheidend, wie die Lösung der Frage der Niederhaltung der Arbeitermasse. Deutschland hat keine Kolonien, keine Flotte. Es kann seine imperialistische Politik nicht in den Formen Wilhelm II. machen, es muß sich vorsichtig vorarbeiten, Koalitionen mit den großen imperialistischen Weltmächten suchen.

Wenn Deutschland heute in Europa zu den Initiatoren der internationalen Kartelle gehört, so ist das die konkrete Form, in welcher die deutsche Politik ihre weltpolitische Kräftigung zu erreichen sucht. Ein bürgerlicher Banktheoretiker schrieb einmal, was auch auf die jetzige Politik Deutschlands angewendet werden kann: D i e p o l i t i s c h e n V o r p o s t e n g e f e c h t e w e r d e n a u f f i n a n z i e l l e m G e b i e t g e s c h l a g e n.

Die deutsch-französische Eisenverständigung, mit der die deutsche Bourgeoisie versucht, ihre wirtschaftliche und politische Stellung zu stärken, ist ein solches Vorpostengefecht, das auch andere als wirtschaftliche Mittel ankündigt, mit denen die deutsche Bourgeoisie versuchen wird, nicht nur Großmacht im Rat des Völkerbundes, sondern auch eine wirkliche imperialistische Großmacht zu werden.

Die französische Teilnahme an der Eisenverständigung erklärt sich aus der Tatsache, daß Deutschlands Eisenindustrie, seine wirtschaftliche und industrielle Macht der französischen überlegen ist. Die Stabilisierung des französischen Franken, welche wahrscheinlich in absehbarer Zeit erfolgen wird, wird auch für die französische Industrie eine Deflationskrise erzeugen, wenn auch vielleicht nicht in so starkem Maße wie in Deutschland. Die [552] großen Schwierigkeiten des Absatzmarkts, die für den gesamten europäischen Kapitalismus gelten, würden die französische Industrie in eine sehr gefährliche Situation bringen, wenn sie im heftigsten Konkurrenzkampf mit Deutschland steht. Frankreich wäre in der jetzigen Lage gezwungen, diesen Kampf mit w i r t s c h a f t l i c h e n Mitteln zu führen. „Poincaré-Politik“ würde heute die völlige Isolierung Frankreichs, die finanzielle Katastrophe, die gefährlichsten sozialen Konsequenzen nach sich ziehen.

Zweifellos bedeutet die deutsch-französische Eisenverständigung eines der wichtigsten Ereignisse in Europa seit Locarno. Diese Verständigung bedeutet für eine gewisse Zeit eine gewisse Ausschaltung und Verminderung der deutsch-französischen Gegensätze. Aber damit auch eine gewisse Vergrößerung der Schwierigkeiten Englands auf dem Kontinent. Denn diese Eisenverständigung stärkt in einem gewissen Maße sowohl die deutsche als die französische Politik gegenüber England. Es wird für England schwieriger zu manövrieren.

Hier taucht die Frage auf: Wer wird der dritte Partner der deutschfranzösischen Eisenverständigung sein? Wie wird England darauf reagieren? Wird Amerika der Partner der kontinentalen Eisenverständigung werden? Eine solche Kombination wäre eine große Gefahr für England, dessen Schwerindustrie sich in einer miserablen Lage befindet. Die Höchstleistung der englischen Schwerindustrie beträgt etwa 12 Millionen Tonnen, bis zum Streikausbruch betrug die Produktion etwa 60 Prozent der Leistung von 1913. In Australien, Indien, Südafrika rund Kanada entwickelt sich eine eigene Schwerindustrie, mit Amerika befindet sich England in steigendem Konkurrenzkampf in Japan und China, Kanada, Südamerika und Südafrika.

Die äußerst schwierige Lage Englands ist ein starker Anreiz für die kontinental-europäische Eisenverständigung, die Spitze gegen England zu wenden, die ungeheure Macht Amerikas ein starker Anreiz, den Partner in Amerika zu suchen.

Oder wird England versuchen, als Partner dieser Verständigung mit Europa gegen Amerika zu manövrieren? Oder gemeinsam mit Amerika gegen Europa? Alles das sind Fragen, deren Beantwortung heute nicht möglich ist, die aber die Entwicklung stellt.

Natürlich bedeutet die deutsch-französische Eisenverständigung nicht die Ausschaltung der deutsch-französischen Gegensätze. Es ist kein Zufall, daß die letzten Monate ein militärisches Bündnis nach dem andern in Europa brachten (rumänisch-polnisches Bündnis usw.). Die französische Bourgeoisie versteht sehr gut, daß die deutsche Bourgeoisie sich am Tisch über Quoten verständigt, weil sie noch nicht die Kraft hat, mit andern Mitteln „das Verteilte neu zu verteilen".

Im deutsch-polnischen Gegensatz lebt der französisch-deutsche Gegensatz weiter, so sehr sich auch England bemüht, zum Zwecke einer einheitlichen Front gegen Rußland auch zwischen Polen und Deutschland eine Verständigung zustandezubringen. Die englische Politik versucht trotz der größeren Schwierigkeiten, weiter planmäßig die Front gegen Rußland zu organisieren. Piłsudskis Umsturz wurde zweifellos von England beeinflußt. Die Versuche der Organisierung der Randstaaten gegen Sowjetrußland, die Ermutigung der polnischen Vorbereitungen gegen Litauen, die italienischenglische Verständigung, die englischen Aktionen in China, alles das zeigt, daß die englische Bourgeoisie mit höchster Aktivität den Kampf gegen die Sowjetunion weiter organisiert. Ja, gerade die schwierige wirtschaftliche, soziale und weltpolitische Stellung Englands läßt die englische Bourgeoisie mit dem Gedanken plötzlicher Abenteuer gegen Sowjetrußland spielen. Die [553] Hicks, die Churchills, die Birkenheads usw., das Schwanken der englischen Politik von plötzlich heftigster Aggressivität abwechselnd mit Zurückhaltung ist nur der Ausdruck der Gefährlichkeit der Lage.

Aber auch der „friedliche Charakter" der deutsch-französischen Eisenverständigung mit seiner planmäßigen Ausplünderung der breiten Massen trägt gefährliche Tendenzen in sich. Sie ist nicht nur eine Ehe auf Zeit, sondern auch eine Ehe, in der es Abenteuer geben kann, bevor es infolge von Abenteuern zur Scheidung kommt. Die deutsch-französische Eisenverständigung ist das Resultat der Weltwirtschaftskrise. Das deutsch-französische Eisenkartell wird einen erbitterten Kampf um die Erweiterung der Absatzmärkte führen. Wird es nicht auch versuchen, die Schranke Sowjetrußlands zu überwinden? Kann hier nicht die Tendenz sehr rasch anwachsen, Erweiterung des kapitalistischen Absatzmarkts durch Vernichtung des proletarischen Staates? Zweifellos liegt auch hier ein Faktor für die Möglichkeit einer großen Westkombination, Deutschland eingeschlossen, gegen Sowjetrußland vor.

Die gesteigerte diplomatische Tätigkeit der imperialistischen Staaten, die steigende Anzahl der politischen und militärischen Bündnisse und Alliancen, sie sind der realste Ausdruck des „stabilisierten Kapitalismus". Der „stabilisierte" Kapitalismus kämpft erbittert um den Weltmarkt, um die Sicherung des Geraubten, um die Neuverteilung des Verteilten, um die Vernichtung der proletarischen Festung Sowjetrußland. Der stabilisierte Kapitalismus geht mit neuen Kriegen, mit der sozialen Rebellion der „stabilisierten" Massen und der nationalen Rebellion der unterdrückten Völker schwanger.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist die Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland wieder ein aktiver Faktor der europäischen Politik zu werden beginnt. Sie ist die Anerkennung, daß bei allen imperialistischen Abenteuern mit Deutschland gerechnet werden muß. Deutschland beginnt im imperialistischen Mächtekonzern der Welt wieder eine Rolle zu spielen.

Wenn die Sozialdemokratie die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund als ihr Werk betrachtet, so hat sie zweifellos recht. Denn die Wiedererstehung eines großkapitalistischen Deutschlands, das bereit ist, im Bunde mit andern Staaten an imperialistischen Abenteuern teilzunehmen, war nur möglich durch die Niederwerfung der Revolution und durch die erbarmungslose Ausplünderung der werktätigen Massen.

Der Völkerbund ist eine der wichtigsten Organisationen des internationalen Kapitals. Die in ihm vorhandenen Gegensätze und Konflikte sind Ausdruck der Gegensätze zwischen den kapitalistischen

Mächten. Der Völkerbund ist eine Börse, welche die militärischen Alliancen der Staaten notiert. Er ist ein Instrument, um dessen Beherrschung der Kampf zwischen den imperialistischen Staaten geht, um mit der Autorität des Völkerbundes ihre verschiedenen Interessen durchzusetzen. Er ist ein Instrument, welches vor den Massen die imperialistische Politik, die Vorbereitung für neue Kriege in eine beruhigende menschliche Sprache, in die Völkerbundssprache, übersetzen soll.

Der Beifall des Kleinbürgertums, allen voran der der Sozialdemokraten, welchen diese dem Völkerbund und dem Eintritt Deutschlands zollen, findet immer weniger Echo in den Massen. Es ist kein Zufall, daß in der Zweiten Internationale der oppositionelle Flügel gegen den Völkerbund wächst. Er drückt das wachsende Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegen die imperialistische Politik der Bourgeoisie unter dem Mantel des Völkerbundes aus. So sehr diese Opposition sich auch bemüht, [554] wie Otto Bauer in Bern, durch einen Scheinkampf gegen Renaudel, Boncourt, Hilferding, Breitscheid die Massen bei der Zweiten Internationale zu behalten, so sehr ist sie doch ein Barometer für die wachsende Desillusionierung des Völkerbundes bei den Massen.

Die deutsche Bourgeoisie wird jetzt, nach dem Eintritt in den Völkerbund, alles versuchen, um in Anlehnung an große imperialistische Mächte weitere Fortschritte im Wiederaufbau des deutschen Imperialismus zu machen.

Sie wird alle ihre Vorstöße (Bewaffnung, Kolonien, Kolonialfrage usw.) im Namen der Wiederherstellung der „deutschen Souveränität und der deutschen Freiheit“ usw. durchführen. Und zweifellos wird die deutsche Sozialdemokratie ebenso wie nach innen auch nach außen die Politik der deutschen Bourgeoisie bedingungslos decken. Unsere Aufgabe ist es, den Arbeitern klarzumachen, daß die deutsche Bourgeoisie, welche sich auf ihre Kosten stabilisiert hat, sich anschickt, nun auch auf Kosten der deutschen Werktätigen im imperialistischen Mächtekonzern eine aktive imperialistische Rolle zu spielen.

*

Gesetzmäßigkeiten der Kapitalskonzentration in der chemischen Industrie

Von A. F r i e d

I.

Die Konzentrationsbewegung innerhalb des deutschen Kapitalismus wurde in ihren einzelnen Erscheinungen zwar mehr oder minder eingehend beschrieben, jedoch noch nicht in bezug auf die Gesetze und auf die Formveränderungen, die diese Konzentrationsbewegung im inneren Aufbau des Kapitals zur Folge hatte, verfolgt. Das vorliegende Material über den Verlauf der Konzentration ist zwar nicht vollständig, reicht aber immerhin aus, um auch das Studium der der Konzentration zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten in Angriff zu nehmen. In den folgenden Ausführungen wird versucht, die Aufmerksamkeit auf die Eigenart der Konzentration in der deutschen chemischen Industrie an der Hand der Entwicklung des Chemietrusts der J. G. Farbenindustrie A.-G. hinzulenken. Diese Konzentrationsbewegung erfordert erhöhte Beachtung. Sie stellt einen Typus der Kapitalskonzentration dar, der gerade für die Zukunftsentwicklung des Kapitalismus nicht nur in Deutschland, sondern auch im internationalen Maßstab richtunggebend werden kann.

Zur genaueren Charakteristik der Konzentrationsbewegung wurden die Begriffe der horizontalen und vertikalen Konzentration geprägt. Diese Unterscheidung ist zweifellos berechtigt, jedoch nicht als eine starre Gegenüberstellung von zwei Entwicklungsreihen, die sich ausschließen. Vielmehr zeigt es sich, daß zum Beispiel innerhalb der chemischen Industrie die gesamte Konzentrationsbewegung eine Zickzacklinie verfolgt, in der horizontale und vertikale Konzentration gleichzeitig und nacheinander auftreten und sich gegenseitig bedingen.

Außerdem zeigt es sich, daß dieses Begriffspaar nicht mehr genügt, um die Entwicklung in ihrer konkreten Gestaltung überhaupt zu erfassen, geschweige denn ihre Gesetzmäßigkeiten aufzuzeigen.

Versteht man nämlich unter horizontaler Konzentration die Zusammenfassung von kapitalistischen Gebilden innerhalb desselben Produktionszweigs und unter vertikaler Konzentration die Zusammenfassung ineinandergreifen-[555]der Produktionszweige (Schwerindustrie und Fertigindustrie), so

müßte man die Konzentration der Chemie als horizontale, dagegen den Zusammenschluß von Chemie und Braunkohle als eine vertikale Konzentration bezeichnen. Indessen spielt die Braunkohle im wirklichen produktionstechnischen Vorgang genau dieselbe Rolle, nämlich die Rolle des Rohstoffs, wie Stickstoff und Wasserstoff für die chemische Industrie. Infolgedessen muß man in die gesamte chemische Industrie die Begriffe der Rohstoffproduktion und der verarbeitenden Industrie noch einmal hineintragen, und so müßte man konsequenterweise auch die Begriffe der horizontalen und vertikalen Konzentration innerhalb der chemischen Industrie selbst noch einmal als Begriffe zweiter Ordnung aufstellen.

In der bürgerlichen Wirtschaftsliteratur taucht verschiedentlich die folgende sehr „tiefsinnig" sein wollende Theorie auf: „Nachdem die Inflationskonzentration eine vertikale Richtung aufwies (Stinnes), herrscht gegenwärtig in Deutschland die horizontale Konzentration (Vereinigte Stahlwerke A.-G., Phototrust, Elektrotrust usw.)." Daß diese Verallgemeinerung nichts taugt, zeigt das Beispiel des Farbentrusts. Die Entwicklung weist seit Beginn der Gründung der J. G. Farbenindustrie beide Tendenzen auf. Als im Oktober 1925 die J. G. gegründet wurde, bestand die Konzernbasis aus der Zusammenfassung von den größten chemischen Fabriken: Badische Anilin- und Sodafabrik mit den Leunawerken, Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Sohn, Leverkusen, Höchster Farbenwerke, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation und andere. Seitdem wurden dem Chemietrust ständig neue chemische Werke als auch neue Fabriken und Rohstoffquellen aus andern Industriezweigen angegliedert. Auf chemischem Gebiet war die größte Erwerbung die Angliederung des Sprengstoffkonzerns. Auf dem Gebiet der Rohstoffe genügt es, die Erwerbung der A.-G. für Chemische Industrie Gelsenkirchen-Schalke (Zinkweiß) und die Angliederung der Riebeck-Montan-Werke mit deren riesigen Braunkohlen-vorräten zu erwähnen.

Die Konzentration unter der Führung des Farbentrusts verfolgt eine der schwerindustriellen Konzentration entgegengesetzte Richtung. Hat diese letztere die Linie von der Schwerindustrie zur verarbeitenden Industrie verfolgt, so kann man s c h e m a t i s c h die chemische Konzentration als die entgegengesetzte bezeichnen: von der verarbeitenden chemischen Industrie zur Angliederung der Rohstoffbasis.

Ein eigentliches Bild über die chemische Konzentration können wir aber nur gewinnen, wenn wir die Begriffe der chemischen Rohstoffproduktion und der chemischen weiterverarbeitenden Industrie einführen. Und hier zeigt es sich, daß der Farbentrust eine beispiellose Macht innerhalb der gesamten chemischen Industrie durch seine Monopolstellung auf dem Gebiete der chemischen Rohstoffproduktion erlangen k o n n t e. Während früher, wie der noch heute geläufige Name „Farbentrust" darauf hinweist, das Schwergewicht der J. G. auf dem Gebiet der Farbenproduktion lag, hat sich im Laufe der Jahre 1925-26 die Situation vollkommen geändert, das Schwergewicht wurde auf die Herstellung von künstlichem Stickstoff gelegt. Als Rohstofflieferant für den Sprengstoffkonzern hat die J. G. einen steigenden Einfluß auf den Konzern ausgeübt, der schließlich die Fusion mit Köln-Rottweil und die bevorstehende Fusion Dynamit-Nobel herbeiführte. So hat die Dynamit-Nobel A.-G. 80 Prozent der benötigten Rohstoffe schon vor der jetzigen Interessengemeinschaft von der J. G. bezogen. Ebenfalls war diese Rolle der chemischen Rohstoffproduktion für den herrschenden Einfluß des Chemietrusts auf die Kunstseideproduktion [556] maßgebend. Wechselwirkungen sind natürlich mit diesen Prozessen auch verbunden. So hat die J. G. für ihre Rohfilmproduktion (Agfa-Wolfen) das nötige Rohmaterial, Gelatine, von den Sprengstoffabriken bezogen. Die angeblich bevorstehende Interessengemeinschaft zwischen der Agfa-Wolfen und der Ufa beweist wiederum auf einer weiteren Stufe die herrschende Rolle, die die chemische Rohstoffproduktion gegenüber der verarbeitenden Industrie spielt. Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel drastisch die Relativität der Begriffe Rohstoffproduktion und weiterverarbeitende Produktion.

Marx behandelt dieses Ineinanderübergehen von Rohmaterial und Fertigfabrikat im I. Band des „Kapitals" (S. 127–138) und schlägt den treffenden Ausdruck „Stufenfabrikat" für bearbeitete Produkte, die wieder als Rohmaterial zu gebrauchen sind, vor. Der Ausdruck „Stufenfabrikat" ist besonders in der Chemie viel treffender, als der Ausdruck „Halbfabrikate".

Genau dieselbe Entwicklung weist die deutsche Lackindustrie auf. Die J. G. produziert den Rohstoff für die Zellulose-Lackindustrie fast ausschließlich, nämlich Nitrozellulose, Acetylzellulose, Filmabfälle und Farbstoffe. Ebenfalls ist der Vorgang ein Beispiel für die restlose Verwendung der Abfälle und Nebenprodukte, die der eine Produktionszweig der J. G. für die andern liefert.

Die für die Lackerzeugnisse unentbehrlichen Weichmachungsmittel sind ebenfalls Monopolerzeugnisse der J. G. Dasselbe gilt für Teer und Mineralfarben.

Die ökonomische Folge dieser Vorherrschaft der J. G. auf dem Gebiet der Rohstoffproduktion in der Lackindustrie ist, daß gegenwärtig die J. G. auf die deutschen Lackfabriken den größten Druck ausübt und in Höchst am Main schon größere eigene Anlagen errichtet. („Frankfurter Zeitung“ vom 9. September.) Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet auch, daß einige Werke sich schon zum Kauf der J. G. angeboten haben. Das Ende dieser Entwicklung ist vorauszusehen. Die J. G. wird teils durch Errichtung eigener neuer Werke, teils durch die Angliederung der bestehenden größeren Lack-fabriken diesen Produktionszweig der chemischen Fertigfabrikation aufsaugen.

Wir können also das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß die Konzentration in der chemischen Industrie das Gesetz vom Primat der chemischen Rohstoffproduktion über die weiterverarbeitende chemische Industrie befolgt.

Nun aber ein Widerspruch: Gleichzeitig ist festzustellen, daß die Konzentrationsbewegung zwischen der chemischen Industrie und anderen Produktionszweigen eine entgegengesetzte Richtung befolgt. Die Rohstoffproduktion, namentlich die Braunkohlenindustrie und in gewissem Maße auch schon die Kaliindustrie, gerät in steigende Abhängigkeit vom Chemietrust.

Diese scheinbar widerspruchsvolle Entwicklung findet ihre Erklärung in derselben Ursache: in der Wertzusammensetzung des Chemiekapitals und in seinem Verhältnis zur Wertzusammensetzung anderer Kapitalzweige. Die Vorherrschaft der chemischen Rohstoffproduktion über die verarbeitende chemische ist größer als die der Roheisenproduktion über die eisenverarbeitende Industrie, der Rohstahlproduktion über die Stahlwarenindustrie, wo auch infolgedessen der Konzentrationsprozeß viel weniger hemmungslos fortschreitet. Warum? Weil das Wertverhältnis zwischen chemischem Rohstoff und Fertigprodukt infolge der Hochwertigkeit der chemischen Rohstoffe und der geringen Kosten der Verarbeitung zugunsten der Rohstoffproduktion das Verhältnis entscheidet. [557] Nach der amerikanischen Statistik über die chemische Industrie („Statistical Abstract“ 1924, S. 321) ist das Durchschnittsverhältnis des Wertes der Rohstoffe und der Fertigprodukte in Amerika 1 : 2, in der Stickstoffdüngemittelindustrie sogar 2 : 3, in der Farbstoffindustrie 3 : 4 (nur in der pharmazeutischen Industrie 1 : 4). Demgegenüber ist das entsprechende Wertverhältnis in der Stahlwarenindustrie durchschnittlich 1 : 8 bis 1 : 10!

Für Deutschland gibt es weder eine chemische Produktionsstatistik noch eine Wertstatistik, doch gelten im allgemeinen auch die obigen Beziehungen für das deutsche Chemiekapital.

Es ergibt sich eine Kette der gesetzmäßigen Zusammenhänge, deren Verständnis uns Marx liefert:
1. „Die technische Zusammensetzung des Kapitals ... ist die eigentliche Grundlage seiner organischen Zusammensetzung.“ („Das Kapital“, Bd. III, T. 1, S. 124.)

2. Die Wertzusammensetzung des Kapitals (die Marx auch als „organische Zusammensetzung“ bezeichnet), führt zur Vorherrschaft der chemischen Rohstoffproduktion, d. h. in der gegenwärtigen Epoche zur speziellen Herrschaft der synthetischen Rohstoffe.

3. Diese Herrschaft bedingt die Form der Konzentration im deutschen Chemiekapital: Fusion auf der ganzen Linie, Bildung eines Trusts, der in Kürze voraussichtlich 80 Proz. der chemischen Produktion umfassen wird.

4. Die absolute und relative Hochwertigkeit der chemischen (synthetischen) Rohstoffe ermöglicht eine Konzentration in der Richtung, die der JG die Erwerbung von Rohstoffgrundlagen, natürlichen Rohstoffen ermöglicht.

Wir wenden uns nun den Konsequenzen der Zusammensetzung des Chemiekapitals und ihren Veränderungen durch die neuen Produktionsmethoden zu.

II.

Die Grundlage der neuen Konzentration in der Produktion des Chemietrusts beruht auf der Ausnützung der Braunkohle. Daher ist die neue Konzentration noch mehr als frühere Phasen standortlich bedingt. Dies zeigt sich sowohl bei der Stickstoffgewinnung (Stickstoff aus Luft) als auch bei der Kohlenverflüssigung. Die Braunkohle liefert 1. den in großen Mengen benötigten Brennstoff, 2. Strom, der in den eigenen Kraftanlagen der Riebeck-Montanwerke aus Braunkohle gewonnen wird, 3. Wasserstoff (H), der am billigsten gewonnen wird durch Überleiten von Wasserdampf über Koks. Die Herstellung von Methylalkohol (Methanol) erfordert nur Kohlenwasserstoffderivate, Kohle, Wasserstoff und Sauerstoff. Stickstoff (N) und Sauerstoff (O) werden in den Leunawerken getrennt. Weitere wichtige Kombinationen: Braunkohle-Strom – elektrische Phosphorgewinnung in den Piesteritzer Stickstoffwerken – Mischung von Phosphorsäure und künstlichem Stickstoff zum „Leunaphos“, dem neuen Düngemittel. Die chemische Industrie Mitteldeutschlands verbraucht genau 33 Proz. der gesamten Braunkohlenproduktion Mitteldeutschlands, die Elektrizitätswerke 18 Proz., die Kaliindustrie 9,4 Proz. und die Zuckerindustrie (zum Teil im Besitz der JG) 9,4 Proz.

Die Braunkohle, die an Ort und Stelle verfeuert wird, liefert nicht nur billigsten Strom, sondern auch Dampf und schlägt dadurch die Wasserkraftanlagen, die dafür extra Kohle und Transport erfordern.

Schließlich wird bei der Kohlenverflüssigung nach dem JG-Verfahren beim Aufbau der Kohlenwasserstoffe der Koks restlos verbraucht, es bleiben keine Nebenprodukte, keine Rückstände zurück.

[558] Aus diesen produktionstechnischen Eigenschaften ergibt sich die Tatsache, daß die Zusammensetzung des Chemiekapitals grundlegend verändert wird.

Das konstante Kapital besteht aus Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen. Dadurch, daß die Braunkohle als Ur-Rohstoff in mannigfachsten Formen verwendet werden kann, entstehen ungeheure Ersparnisse gegenüber der Verwendung von Steinkohle. Durch die fast restlose Verwertung der Abfälle und Rückstände entsteht eine weitere Herabwürdigung des Kostenanteils für Roh- und Hilfsstoffe im Verhältnis zur Montanindustrie. Die Zusammensetzung der Bestandteile des konstanten Kapitals ergibt eine Verschiebung zugunsten des maschinellen Anteils.

Dieser Umstand ermöglicht aber – auch wenn die Kosten für maschinelle Anlagen für die chemische Großindustrie größer sind als für andere Industrien – ein viel schnelleres Tempo der Vergrößerung des konstanten Kapitals, als dies für die Schwerindustrie oder für die eisenverarbeitende Industrie möglich ist, und hierin liegt die Erklärung für das Geheimnis der beispiellosen Machtkonzentration der JG, die jene der Schwerindustrie weit überflügelt hat.

Indem ein schnelleres Tempo des Anwachsens des konstanten Kapitals erreicht wird, geht damit auch ein schnelleres Tempo in bezug auf die Veränderung in der Zusammensetzung des Gesamtkapitals vor sich. Die Ersparnisse an Rohstoffen und Hilfsstoffen werden in neuen Maschinenanlagen angelegt. Der ungeheure ständige Umbau der Anlagen in den JG-Großbetrieben, ein Prozeß, über den wir ausschließlich von den Arbeitern der Betriebe unterrichtet werden, geht in einem stürmischen Tempo vor sich. (Durch das rasende Tempo der Umbauten – ganze Fabrikanlagen werden niedergerissen, z. B. in Piesteritz – entstehen allerdings auch größere Verschleiß-Kosten. „Moralischer Verschleiß“.) Diese stürmische Erweiterung des konstanten Kapitals führt selbstverständlich dazu, daß der Anteil des variablen Kapitals zurückgeht. Der Anteil des variablen Kapitals war in der Chemie ohnedies geringer als in der Fertigindustrie. Die Zahl der angelernten und der ungelernten Arbeiter überwiegt, und die nimmt ständig zu. Eine genaue Statistik darüber steht leider nicht zur Verfügung. Der Lohnanteil an den Produktionskosten in einem chemischen Großbetrieb Mitteldeutschlands wurde vom Betriebsrat auf Grund eingehender Sachkenntnis und Dokumentenmaterial auf 8 bis 9 Proz. angegeben!

Durch den Zusammenschluß mit dem Braunkohlenkapital wird das variable Kapital vergrößert („Entgegenwirkende Ursachen, die den tendentiellen Fall der Profitrate aufhalten“ – Marx).

Inwieweit die Vermehrung der Leistung der Arbeiter pro Kopf steigt und damit der relative Lohnanteil sinkt, kann in der chemischen Großproduktion nicht mit statistischer Genauigkeit angegeben werden, da eine chemische Produktionsstatistik für Deutschland nicht existiert. Direktor Bueb von der JG gibt für die N-Gewinnung folgende Zahlen an:

1923-24	28.000 Tonnen N
1925-26	ca. 135000 Tonnen N

Zur selben Zeit sind Tausende von Arbeitern entlassen worden. (In Leuna wurden von 16.000 6000 entlassen.)

Die relative Wertzusammensetzung ergibt also im Verhältnis zur Gesamtentwicklung, die die kapitalistische Rationalisierung er-[559]strebt, einen Temporekord und damit einen Tempovorsprung zugunsten des Chemiekapitals.

Bürgerliche Schätzungen und offizielle Angaben über die Rentabilität der JG ergeben die Bestätigung für dieses Ergebnis. Die Rentabilität der JG wird nach Börsenschützungen mit 25 Proz. eingeschätzt, die des Montantrusts mit 16 Proz, Eine Differenz von mehr als 50 Proz.! Die Bilanz der JG für das Jahr 1925 verzeichnet freilich „nur“ einen Reingewinn von 68 Millionen Mark, dagegen rund 56 Millionen Mark „Abschreibungen“ und 45 Millionen Mark Generalunkosten (worunter Löhne und Aufsichtsratstantiemen, Direktorengehälter, also Teile des Profits fallen). Dies bei 168 Millionen Mark Roheinnahmen und 646 Millionen Aktienkapital. Aus einer Überprüfung dieser Angaben ergibt sich, daß die Schätzungen einer 25prozentigen Rentabilität nicht übertrieben sind.

Die Zukunft des Chemietrusts liegt nach den Ausführungen der Verwaltung im Ausbau der Kohlenverflüssigung. „Das Öl ist das Problem aller Probleme“ – erklärte Duisburg. Dies bedeutet, daß die nächste Zukunft – vorausgesetzt, daß die Berechnungen in bezug auf die praktische Auswertung des Berginverfahrens sich bewahrheiten werden – eine weitere ungeheuer starke Vermehrung des variablen Kapitals in der Chemie ergeben werden.

Innerhalb des konstanten Kapitals: weitere Steigerung des maschinellen Anteils an den Produktionskosten, billigste Gewinnung der nötigen Roh- und Hilfsstoffe.

Es erhebt sich noch die Frage, welche Konsequenzen diese Entwicklung für die Machtverhältnisse innerhalb des gesamten deutschen Kapitalismus, besser für dessen Zusammensetzung, ergeben wird. Für das Chemiekapital sind nicht nur steigende Produktionsmöglichkeiten, schnelleres Tempo, Vergrößerung des konstanten Kapitals, sondern auch auf die Dauer des Weiterbestehens des kapitalistischen Systems – größere und schnellere Akkumulationsmöglichkeiten gegeben als für die übrigen Zweige des deutschen Kapitals. Für die Stickstoffproduktion: wachsende Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft, für die Giftgasproduktion: wachsende Aufnahme durch Verschärfung des imperialistischen Wettrüstens, für das künstliche Öl: Verdrängung des Kohlenbrennstoffs bei der Eisenbahn, deren Umstellung auf Dieselmotore, Versorgung der wachsenden Automobilindustrie mit Benzin.

Die Monopolstellung der chemischen Industrie der JG schränkt für diese die Auswirkungen der Absatzkrise ein. Die Herstellung von künstlichem Öl ermöglicht noch eine Ausdehnung der Produktion ins Riesenhafte. Gleichzeitig wird aber dadurch die internationale Konkurrenz zwischen Ölkonzernen und JG, als ökonomische Basis für einen selbständigen deutschen Imperialismus, in die Perspektive der Entwicklung gerückt. Diese Perspektive wird noch bedeutungsvoller, wenn man erwägt, daß der Chemietrust in der Herstellung von synthetischem Kautschuk seine Zukunftsaufgabe erblickt! Die von Lenin festgestellten Merkmale und Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus behalten vollauf ihre Geltung: Unsere Aufgabe ist es aber, die konkreten Formen dieser Gesetzmäßigkeiten weiter auszuarbeiten und auf die Grundgesetze zurückzuführen.

[560]

Die historischen Wurzeln und die Grenzen des Austromarxismus

Von Werner Hirsch

Wir werden in einem der nächsten Hefte den neuen Programmentwurf der österreichischen Sozialdemokratie behandeln, dessen allgemeine Tendenz übrigens schon in unserer Besprechung des Agrarprogramms dieser Partei (Heft 8) vorweggenommen ist. Die Untersuchung der geschichtlichen Wurzeln des Austromarxismus scheint uns eine nötige Vorarbeit. Die Redaktion.

1. Unser Verhältnis zum Austromarxismus

Wenn die Ultralinken gegen die Taktik der Komintern im Kampf zur Überwindung der Sozialdemokratie eine „prinzipielle" Attacke reiten wollen, so fangen sie an, über die gegenwärtige „Sachsenpolitik" der KPD zu philosophieren. Ihre Argumentation ist dann etwa folgende: „Die Partei hilft den linken Sozialdemokraten (in den Gewerkschaften usw.), die Rechten zu schlagen. Aber der Erfolg ist, daß in Sachsen die Rechten wirklich hinausgeworfen werden und die verräterischen linken Führer nunmehr sich vor den Arbeitern brüsten können: ‚Seht her, wir haben ausgemistet!' Dadurch konsolidiert sich die Sozialdemokratie. Und die Kommunisten haben ihr dabei geholfen. Also ist die Politik der Partei opportunistisch!"

Dieser Gedankengang unserer Ultralinken hat einen bösen Haken. Denn er geht von der stillen Voraussetzung aus, daß sich die linken SPD-Führer, ans Ruder gekommen, trotz ihrer praktischen Politik einen etwaigen, durch den Hinauswurf etlicher Rechter erworbenen Nimbus erhalten könnten.

Der Zweifel, ob nicht die linke Sozialdemokratie mit ihren raffinierten Methoden letzten Endes doch die kommunistische Aufgabe der Revolutionierung und Gewinnung der Massen überhaupt unausführbar machen könne, – diese Grundeinstellung der Ultralinken entspricht nur ihren sonstigen pessimistischen Auffassungen über die revolutionären Fähigkeiten der Massen, denen sie nicht zutrauen, überhaupt je hinter die Schliche des pseudolinken Menschewismus zu kommen. Hand in Hand damit geht eine Überschätzung der Geschicklichkeit der linken sozialdemokratischen Führer, und als praktische Konsequenz ergibt sich der kleinmütige Versuch, als Kommunisten sich vor dem Kampf mit diesen geschickten, raffinierten, gefährlichen Gegnern überhaupt zu drücken, darum herumzukommen.

Es ist klar, daß die Kommunistische Partei ihr Verhältnis zum Austromarxismus unzweideutig bestimmen maß – und damit ihr Verhältnis zur heutigen Form des Zentrismus, der aus der Kautsky-Strömung der Vorkriegszeit in die Internationale „Zweieinhalb" einmündete und in der Nachkriegszeit sein festestes Bollwerk, seine stärkste Ausprägung in Österreich fand. Das ist um so notwendiger heute, wo der Austromarxismus eine internationale, vor allem auch deutsche Erscheinung zu werden beginnt. Es ist ebenso klar, daß die einzige Methode für eine wirkliche Wesensbestimmung des Austromarxismus nur die marxistische Dialektik sein kann. Die folgende Untersuchung kann naturgemäß keine irgendwie endgültige und erschöpfende Analyse des Austromarxismus geben. Sie wird sich darauf beschränken, nur andeutungsweise eine solche allgemeine Analyse des Austromarxismus zu skizzieren.

II. Das Wesen des Austromarxismus

Unsere Fragestellung muß lauten:

1. Wann, wo, unter welchen Voraussetzungen tritt der Austromarxismus auf? [561]

2. Welche Funktionen übt der Austromarxismus im Klassenkampf aus?

3. Unter welchen Voraussetzungen vermag sich der Austromarxismus – wenigstens für eine gewisse Periode – durchzusetzen?

4. Welche Grenzen sind der Wirksamkeit des Austromarxismus gesetzt?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden wir keine abstrakten „Regeln" aufstellen, sondern die lebendigen geschichtlichen Erfahrungen betrachten. Wir können davon ausgehen, daß der Austromarxismus

im Österreich der Nachkriegszeit am stärksten in Erscheinung tritt. Andererseits zeigt sich in der Entwicklung des letzten Jahres immer deutlicher die Tendenz zur europäischen Expansion des Austromarxismus innerhalb der II. Internationale. Auf dem Marseiller Kongreß spielte Otto Bauer bereits eine hervorragende Rolle, in der englischen Sozialdemokratie gewinnen austromarxistische Elemente die Überhand, in Frankreich zeigt sich eine starke Linkstendenz, in Holland tritt Stenhuis mit einer Plattform auf, die noch weit „radikaler" als die Bauers ist, in der deutschen Sozialdemokratie machen sich unzweifelhafte Kräfteverschiebungen in der Richtung zum Austromarxismus geltend. Wir müssen also die kausalen (ursächlichen) Wechselbeziehungen zwischen diesen Erscheinungen und dem jeweiligen Stande der Klassenverhältnisse studieren, um die „Gesetze" des Austromarxismus zu enträtseln. Die Nachkriegskrise führte in Deutschösterreich zum völligen Inflationschaos in den Jahren 1921-22. Die österreichische „Sanierung" mit Völkerbundskrediten und Kolonisierung, die dem deutschen Dawes-Plan annähernd entspricht, liegt um die Wende von 1922-23. Schon im Jahre 1924 machten die geringfügigen Entspannungen der Sanierung neuen Krisenmomenten Platz, die sich Anfang 1925 gewaltig verschärften. Um die Zeit aber, in der in Österreich die Sanierungskrise sich voll auswirkte und eine gewisse Radikalisierung der Arbeiterschaft zeitigte, also 1924-25, befand sich Deutschland im Höhepunkt der Stabilisierungsphase, lag im internationalen, vor allem aber europäischen Maßstabe unzweifelhaft eine Situation der relativen Stabilisierung des Kapitalismus noch mit vorherrschend aufsteigenden Tendenzen und eine zeitweilige gewisse Lähmung der Arbeiterbewegung vor. Damals herrschte der Austromarxismus in Osterreich fast isoliert, führte der Welt gegenüber ein ziemlich abgeschlossenes Mauerblümchendasein, damals schmetterte Otto Bauer keine großen Fanfaren in die „internationalen" Lüfte, oder fand jedenfalls keinen Widerhall. Die Periode aber, innerhalb derer sich der Austromarxismus zu europäischer Bedeutung aufzublähen beginnt, und die annähernd vom Sommer 1925 her datiert, steht international im Zeichen eines gewissen Niedergangs der kapitalistischen Stabilisierung, einer allmählichen neuen Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse, neuer Aktivierung und Radikalisierung der proletarischen Massen.

Aber die Feststellung dieses Zusammenhangs zwischen den Radikalisierungserscheinungen der Arbeiterschaft und den abstrakten austromarxistischen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie erschöpft selbstverständlich durchaus nicht alle Seiten des Problems. Wir fragen also weiter, warum sich gerade in Österreich die Brutstätte des Austromarxismus entwickelte, da solche Radikalisierungstendenzen doch unzweifelhaft auch anderswo, teilweise noch viel stärker, aufgetreten sind? Hier wird es notwendig, ganz kurz die Entwicklung der heutigen österreichischen Sozialdemokratie aus den Verhältnissen unter der alten Habsburger Doppelmonarchie bis heute zu betrachten.

(Fortsetzung folgt)

[562]

Die bürgerliche Konterrevolution und der Renegat Korsch

Von A. S.

Die in Nr. 13-14 der „Kommunistischen Politik" veröffentlichte „Erklärung der Linken zur Krise in der KPdSU und in der Komintern" verdient die Beachtung der Partei, denn sie zeigt deutlich, wohin die Irrtümer der russischen und deutschen Opposition führen, wer ihre Verbündeten sind, mit wem Ruth Fischer und Maslow im Fraktionskampf gegen die Partei zusammengehen.

Bis jetzt galt es als selbstverständlich, daß die grundlegende theoretische Differenz in der „russischen Frage", die zwischen den Kommunisten und allen bürgerlichen und menschewistischen Parteien bestand, die grundsätzlich verschiedene Beurteilung des Charakters der Oktoberrevolution war. Die Menschewiki behaupten bis jetzt, daß die russische Revolution lediglich eine bürgerliche Revolution sei, die die Bahn für die Entwicklung des Kapitalismus freigelegt habe; die sozialistische Entwicklung in Rußland sei unmöglich ohne eine ganze Epoche der Entfaltung des Kapitalismus, die erst die sozialen und Produktionsvoraussetzungen für den Sozialismus schaffen müßte. Lenin lehrte, daß die russische Revolution, die eine ganze Reihe bürgerlich-demokratischer Aufgaben (vor allem die Beseitigung der Überreste des Feudalismus in der Landwirtschaft) radikal gelöst hat, in eine proletarische, sozialistische Revolution übergegangen sei, indem sie einen

proletarischen Staat geschaffen habe und durch Nationalisierung der Großindustrie, der Banken und des Transportwesens usw. zum Aufbau des Sozialismus geschritten sei.

Ein indirekter Beweis für die Richtigkeit dieses Grundsatzes Lenins ist der intensive Drang der ausländischen Kapitalisten und der kapitalistischen Elemente in der Sowjetunion, die Dinge in der Sowjetunion zu ändern und eine bürgerliche Restauration in Rußland zu erzielen. Die Klügeren unter ihnen haben längst jede Hoffnung auf Intervention und bewaffneten Aufstand aufgegeben und rechnen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die friedliche innere Entartung der Sowjetmacht und der KP. Andere wiederum, die auch den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution und die Entartung der KP zu beweisen versuchen, träumen darüber hinaus noch immer von einer Intervention oder wenigstens von einem bewaffneten Sturz der Sowjetmacht.

Zu dieser letzteren Position gelangte faktisch auch der „Kommunist" Korsch. In der Frage des Charakters der russischen Revolution hat er bereits den Standpunkt des Menschewismus angenommen. „War 1917 in Sowjetrußland die von allen revolutionären Führern des Proletariats stets verkündete Möglichkeit gegeben, auch trotz der geringen Zahl seines Proletariats und der überwältigenden Mehrheit der vorkapitalistisch und kapitalistisch produzierenden Bauernschaft ohne vorherige Durchlaufung der langwierigen qualvollen Periode der Entwicklung und allseitigen Entfaltung des Kapitalismus die proletarische Revolution durchzuführen und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, so zeigt sich mit der vorübergehenden Zurückwerfung der revolutionären Bewegung des internationalen Proletariats immer deutlicher der radikal-bürgerliche Charakter der – im Umkreis der kapitalistischen Weltwirtschaft allein gebliebenen russischen Revolution." (Überall von den Verfassern der „Erklärung" unterstrichen.) Das kann so verstanden werden, daß die [563] russische Revolution eine proletarische war und zu einer bürgerlichen geworden, d. h. entartet ist, aber auch so, daß sie von Anfang an eine bürgerliche Revolution war, daß die „Möglichkeit", „die proletarische Revolution durchzuführen und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen", unausgenutzt blieb, und daß das Zurückfluten der Weltrevolution bloß den „verborgenen" bürgerlichen Charakter der russischen Revolution klar aufgezeigt hat. Daß Korschs Worte eben in diesem letzteren Sinne zu verstehen sind, zeigt eine Stelle in einem anderen Artikel derselben Nummer seines Organs: „Damit erfolgt zugleich auch die Umwandlung des Charakters der russischen Revolution aus einer radikal-bürgerlichen zu einer bürgerlichen." Hier wird bereits der Punkt aufs I gesetzt. Die russische Revolution war eine radikal-bürgerliche und wurde zu einer einfach bürgerlichen. Eine völlige Kapitulation vor der Theorie des Menschewismus.

Korsch versucht seinen Standpunkt durch Zitate aus Marx zu begründen, der in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts – als es in Rußland noch keine Großindustrie und kein Proletariat gab, als der Kapitalismus der fortgeschrittenen Länder noch Jahrzehnte reicher Entfaltung vor sich hatte – darauf hinwies, daß Rußland, wenn es den Weg kapitalistischer Entwicklung beschreiten wird, auch den Gesetzen des Kapitalismus wird folgen müssen. Marx war absolut im Rechten gegen die russischen Ideologen der sogenannten „Narodniki", die von dem unmittelbaren Übergang von der Dorfgemeinde zum Sozialismus, ohne kapitalistische Industrie, ohne Proletariat, träumten. Nur Lobredner des Kapitalismus, die Marx im Interesse der Bourgeoisie ausnutzen möchten, können diese Ansichten Marx auf die Epoche des Imperialismus und die Nachkriegskrise des Weltkapitalismus, auf das vorrevolutionäre Rußland mit seiner konzentrierten Industrie und seiner Arbeiterklasse oder auf die jetzige Sowjetunion mit ihrer proletarischen Diktatur übertragen. Das ist die alte menschewistische Manier.

Noch bezeichnender ist es, daß die „entschiedenen Linken" den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution dadurch zu begründen suchen, daß sie die Argumente der Opposition über die NEP und den Aufbau des Sozialismus in einem Lande zu Hilfe nehmen: „... war nach der durch das Ausbleiben der Weltrevolution gegebenen Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus – zumal mit der Wiedereinführung der kapitalistischen Produktionsweise in der Produktion und im Austausch – die beste Möglichkeit gegeben, nicht für den Aufbau des Sozialismus, sondern für die schnelle und gründliche Entwicklung des Kapitalismus in Sowjetrußland." Korsch hat die übermäßige Unterstreichung seitens der Opposition, daß die NEP ein Rückzug des Proletariats vor dem entstehenden Kapitalismus sei, ernst genommen und weiter entwickelt.

Für ihn ist die NEP ausschließlich die „Wiedereinführung der kapitalistischen Produktionsweise“. An einer andern Stelle sagt das ehrenwerte Organ dieser entschiedenen Renegaten noch deutlicher, daß „seit 1921 die sozialistische Orientierung verlassen und die kapitalistische Wirtschaftsform endgültig wieder eingeführt wurde“. W e n n geleugnet wird, daß die Staatsindustrie Betriebe konsequent sozialistischen Typus umfaßt, w e n n man auf dem staatskapitalistischen Charakter des Staatskredits, des Handels usw. beharrt (Sokolnikow), w e n n man die warenkapitalistischen Betriebe mit der einfachen Warenproduktion verwechselt und auf diese Weise die gesamte Wirtschaft der Sowjetunion als kapitalistisch betrachtet, d a n n bleibt in der Tat nichts übrig als zu behaupten, daß die NEP nur die „Wiedereinführung der kapitalistischen Produktionsweise“ sei. Korsch revidiert die Leninsche Auffassung der NEP als U m w e g zum Sozialismus [564] durch den Kampf der sozialistischen gegen die kapitalistischen Elemente der Wirtschaft und zieht aus der Argumentation der Opposition Schlußfolgerungen, über die die Genossen aus der Opposition tiefer nachdenken sollten.

Dasselbe geschieht auch mit der Frage des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande. Ist dieser unmöglich, so bleibt für Rußland, das ja nicht auf einem Fleck verharren kann, nichts übrig als der Aufbau des Kapitalismus. Auch hier treibt Korsch die Argumentation der Opposition weiter und zeigt die Kehrseite der Medaille.

Was sollen das russische Proletariat und seine P a r t e i anfangen, wenn der bürgerliche Charakter der Revolution nachgewiesen ist? Korsch empfiehlt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, g l e i c h z e i t i g e i n e k a p i t a l i s t i s c h e u n d e i n e p r o l e t a r i s c h e P a r t e i zu sein! „Auf der einen Seite soll sie (die Partei) es sein, die diese notwendige Entwicklung der Produktivkräfte, die bei der Isoliertheit Rußlands gleichbedeutend ist mit der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte und mit der Entwicklung des Staats- und Privatkapitals, kurzum mit der k a p i t a l i s t i s c h e n E n t w i c k l u n g Rußlands, möglichst schnell und gründlich vollzieht und gegen alle konterrevolutionären Versuche und Tendenzen verteidigt.“ Also – Abschaffung aller Hindernisse für den Kapitalismus, Beseitigung aller sozialistischen Elemente; praktisch – Übergabe der Betriebe, der Banken, der Eisenbahnen, des Außenhandels an die Kapitalisten, weil sonst eine vollkommene Entfaltung der k a p i t a l i s t i s c h e n Produktionskräfte unmöglich sei. Das alles soll die KPdSU nach Korsch tun, wenn der Aufbau des Kapitalismus ernst gemeint ist. Das fordern von ihr auch die Menschewiki und die Kapitalisten. „Auf der andern Seite soll sie die Vertreterin der s e l b s t ä n d i g e n I n t e r e s s e n d e r A r b e i t e r k l a s s e ... sein“, schreibt Korsch an derselben Stelle. Die Menschewiki sind immerhin noch gescheiter. Die Rolle der Leiterin der kapitalistischen Entwicklung überlassen sie den Kommunisten, die Rolle der Vertreterin der Arbeiterklasse beanspruchen sie für sich selbst. Der ultra-revolutionäre Korsch, der soviel über die Unversöhnlichkeit der kapitalistischen und proletarischen Interessen redet, will sie beide in e i n e r Partei, und zwar der KP, vereinigen! Das erinnert an den Standpunkt des kürzlich aus der KPdSU ausgeschlossenen Ossowski, der die Ansicht vertrat, daß die KPdSU die Interessen s ä m t l i c h e r K l a s s e n der Sowjetunion vertrete, und deshalb eine Legalisierung zunächst der Fraktionen innerhalb der Partei und dann die Legalisierung der Menschewiki und SR, das heißt die politische Demokratie, forderte.

Nachdem Korsch selbst der KPdSU empfohlen hat, eine kapitalistische Partei zu werden, beginnt er zu klagen, daß die Partei ihre Aufgaben nicht erfüllt, u. a. „indem sie in der gesamten Staatspolitik und Ökonomik ohne Widerstand immer stärker den kapitalistischen Elementen nachgibt (Agrargesetzgebung, Umwandlung des Bürgerkriegs in den ‚Burgfrieden‘, Abbau der proletarischen Klassendiktatur zur ‚Sowjetdemokratie‘, ‚pazifistische‘ Außenpolitik)“.

Welche eiserne Logik! Erstens s o l l sie die „kapitalistische Entwicklung Rußlands schnell und gründlich vollziehen“. Dann aber soll man n i c h t „ohne Widerstand“ den kapitalistischen Elementen nachgeben. Das sind die glänzenden Resultate des Versuchs, der KPdSU eine Vereinigung der kapitalistischen und der proletarischen Interessen aufzudrängen.

Die Argumente, mit denen Korsch die Kapitulation der KPdSU vor dem Kapitalismus nachzuweisen sucht, sind nicht nur falsch, sondern geradezu unsinnig. [565]

1. A g r a r g e s e t z g e b u n g. Hier handelt es sich um das Dekret, das die Verpachtung von Grund und Boden und Verwendung von fremden Arbeitskräften in der Landwirtschaft zuläßt. Die XIV.

Parteikonferenz beschloß, diese Beziehungen auf dem Lande, die faktisch bereits früher schon bestanden, zu legalisieren, damit die armen Bauern organisiert gegen die ausbeuterischen Pacht- und Arbeitsverhältnisse ankämpfen können, damit der auf dem flachen Lande vorhandene Überschuß an Arbeitskräften, der jetzt in die städtisch? Erwerbslosigkeit fließt, eine Arbeitsverwendung in der Landwirtschaft selbst finden kann. Die gesamte Opposition stimmte für diese Beschlüsse. Auf dem XIV. Parteitag erklärte Sinowjew noch einmal, daß er diese Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz für absolut richtig halte. In der KPdSU bestehen in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Korsch und seinen Nachläufern Maslow, Tzschornow blieb es vorbehalten, nun mit einer Verspätung von einem Jahr (die Beschlüsse wurden im April 1925 gefaßt) plötzlich in diesen Beschlüssen ein Zeichen der „kapitalistischen Entartung“ zu erblicken.

2. Umwandlung des Bürgerkriegs zum „Burgfrieden“. Ebenfalls eine nagelneue Entdeckung. Im Bürgerkriege handelt es sich um den Kampf um die Macht. Liegt die Macht in den Händen des Proletariats, so ist die Wiederaufnahme des Bürgerkriegs nicht im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse seiner Klassenfeinde. In der Sowjetunion ist das Proletariat für den „Burgfrieden“, der die Unterwerfung der andern Klassen unter seine Diktatur bedeutet. Das bedeutet natürlich keineswegs die Beendigung des Klassenkampfs. Dieser wird, und zwar sehr energisch, vor allem auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem Gebiete geführt, ohne die Formen des Bürgerkriegs annehmen zu dürfen, da sich die Staatsmacht in den Händen des Proletariats befindet.

3. „Abbau der proletarischen Klassendiktatur zur ‚Sowjetdemokratie‘.“ Es genügt, auch nur ein einziges Werk Lenins über den Staat und die Demokratie zu kennen, um einzusehen, wie falsch die Gegenüberstellung der proletarischen Diktatur und der „Sowjetdemokratie“ ist. Die proletarische Diktatur ist die Diktatur über die Bourgeoisie, aber für die Werktätigen ist sie die proletarische Demokratie. Wenn die Verhältnisse des Bürgerkriegs es nicht gestatteten, die proletarische Demokratie in den Sowjets ganz zu entfalten, so erscheint das jetzt als notwendige Voraussetzung der aktiven Beteiligung der Werktätigen am sozialistischen Aufbau. Die „Sowjetdemokratie“ hat nichts gemeinsam mit der Demokratie schlechthin und der formalen bürgerlichen Demokratie, Sie ist eine Form der proletarischen Diktatur in der Epoche des sozialistischen Aufbaues.

4. Pazifistische „Außenpolitik“. Wenn darunter die Friedenspolitik gemeint und angegriffen wird, so kann man daraus nur folgern, daß Korsch eine Kriegspolitik verlangt. (Es ist in diesem Zusammenhange interessant, daran zu erinnern, daß der „entschiedene“ Korsch seine Opposition bei dem angeblichen „roten Imperialismus“ der Sowjetunion begann.) Es erübrigt sich, über einen derartigen Vorschlag ein Wort nur zu verlieren. Ist aber die Rede von den Entwaffnungsvorschlägen, die von der Sowjetunion gemacht wurden, so hat die Sowjetunion ja diese Politik jahrelang durchgeführt, und kein Kommunist hat je etwas dagegen einzuwenden gehabt, denn diese Vorschläge der Sowjetunion entlarvten die imperialistische Politik der kapitalistischen Staaten, zerstörten die pazifistischen Illusionen der Massen, bewiesen die Friedenspolitik der Sowjets usw.

[566] Korschs Vorwürfe über die Kapitulation der KPdSU vor dem Kapitalismus sind also an den Haaren herbeigezogen und sind um so unsinniger, da er selbst von der Partei die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland forderte („schnell und gründlich“). Was hat also die KPdSU. „auf der andern Seite“ zu tun als „Vertreterin der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse“? Die „Erklärung“ antwortet: „Sie hat das Bewußtsein der Arbeiterklasse auf die Lösung der geschichtlichen Aufgaben des Proletariats, auf die Vorbereitung und Durchführung der ‚zweiten Revolution‘ hinzulenken.“ Das kann wohl nur so gemeint sein: bisher war die Revolution bürgerlich, die zweite Revolution soll proletarisch, sozialistisch sein. Selbst wenn man diesen Standpunkt „theoretisch“ akzeptiert, würde die KPdSU durch Korsch in eine merkwürdige Lage versetzt werden. Er ist dagegen, daß die KPdSU „freiwillig auf die Macht verzichte“. Die KPdSU soll also an der Macht bleiben, soll auch weiterhin die herrschende Regierungspartei sein. Es ist aber allbekannt, daß die Grundfrage jeder Revolution die Machtfrage ist, die Frage, welche Klasse das Staatsruder haben soll. Nach Korsch heißt es also, daß die KPdSU die „zweite Revolution“ gegen ... sich selber vorzubereiten habe. Dieser hanebüchene Unsinn der „Ultrarevolutionäre“ ist kennzeichnend für die ganze Stellung Korschs in der Frage der russischen Revolution und zu den Aufgaben der KPdSU.

Für die deutsche Arbeiterklasse besteht aber nicht die geringste Veranlassung, die „Theorien“ dieses „entschiedenen“ Renegaten anzunehmen. Vom Leninschen Standpunkt, vom sozialistischen Standpunkt ist diese „zweite Revolution“ nichts anderes als die offene Konterrevolution, nämlich der Aufstand gegen die Herrschaft des Proletariats und seiner Partei. Diese alte Erfindung der aktivsten und politisch zurückgebliebensten russischen Weißgardisten hat sich der „Kommunist“ Korsch zu eigen gemacht. Denn die Predigt der „zweiten Revolution“ bei Vorhandensein der Diktatur des Proletariats kann nichts anderes bedeuten als die Konterrevolution, und zwar die bürgerliche Konterrevolution.

Wenn Korsch zur Rechtfertigung dieser konterrevolutionären Propaganda sich auf den „Marxisten Lenin“ beruft, der „die zweite Revolution verkündete“, so ist das eine Unterschiebung, zu der nur kleine politische Schwindler übelster Sorte fähig sind. Lenin behauptete zwar, daß es bei der bürgerlichen Revolution allein in Rußland nicht bleiben wird, daß sie radikal durchgeführt werden muß, damit sie das Proletariat zur sozialistischen Revolution vorbereiten kann. Lenin sprach aber auch von der Möglichkeit des Umschlagens der bürgerlichen Revolution in die proletarische. Ferner sprach er bereits im April/Mai 1917 davon, daß die Februarrevolution 1917 eine bürgerlich-demokratische (das heißt die „erste“ Revolution) ist. Außerdem wies Lenin nach dem Oktober-Sturz stets darauf hin, daß die bürgerliche Revolution bereits in die sozialistische übergegangen sei, daß in der Sowjetunion der Sozialismus aufgebaut wird. Es wird den Renegaten nicht gelingen, Lenins Namen für die Ziele der bürgerlichen Restauration zu mißbrauchen.

Wenn nach all dem Korsch feierlich erklärt, daß „der anwachsende Klassenkampf des russischen Proletariats“ seinen Ausdruck „in dem Auftreten der linken Opposition“ findet, so muß dieser Anschluß Korschs an die russische Opposition ebenso wie die entsprechenden Erklärungen Paul Levis und der russischen Menschewiki die oppositionellen Genossen auf die Frage bringen, warum der Renegat Korsch sie so liebt.

Korsch predigt die Schaffung einer internationalen Fraktion „marxistischer Kommunisten“ „gegen die leninistischen Liquidatoren“, sowie die Spaltung [567] der KPdSU und der Komintern. Das riecht stark nach der Revision, ja nach der vollkommenen Ablehnung des Leninismus. Je rascher Korsch den Leninismus zugunsten Kautskys liquidiert, um so klarer wird die Lage auch für seine wenigen Anhänger werden. Aber weder die Partei noch die Komintern können sich den Luxus erlauben, daß der Leninismus, daß der wahre Marxismus der Epoche der proletarischen Revolution menschewistisch verwässert werde und daß unter dem Banner der bürgerlichen Konterrevolution die Spaltung der Partei und der Komintern vorbereitet werde. Die letzte „Erklärung“ Korschs wirft ein grelles Licht auch auf die Stellung seiner Verbündeten aus dem Urbahns-Lager. Können denn Leute, die im Bunde mit Korsch stehen, den Anspruch erheben, wahre Revolutionäre zu sein? Die Beantwortung dieser Frage muß jedem revolutionären Arbeiter klar sein.

RUNDSCHAU

Sozialpolitik
Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit bildet die Forderung nach , Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß die zentrale Losung Der Kampf um Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen ist somit auch für die Partei die wichtigste Aufgabe im Kampf um die Vertretung der Interessen der Erwerbslosen, besonders in der Periode der Dauer-Erwerbslosigkeit. Die Partei führt seit Beginn der Massen-Erwerbslosigkeit nicht nur einen Kampf um die Erhebung der Unterstützung für die Erwerbslosen, um das Hinabsinken der Erwerbslosen in die Reihen des Lumpenproletariats zu verhindern, sondern , sie kämpft mit allen Mitteln gegen die Betriebsstillegung, gegen die Folgen der Rationalisierung, für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, für Arbeitsbeschaffung. Dieser Kampf wird von der Partei parlamentarisch wie außerparlamentarisch geführt. Im Reichstage forderte die Fraktion sofort mit dem Beginn der Wintersaison von der Regierung neben der sofortigen Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung

„alle Maßnahmen zu treffen, die für die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten möglich und geeignet sind, die zunehmende Erwerbslosigkeit zu unterbinden, vor allem keine Genehmigung zu Betriebsstillegungen zu erteilen und dafür zu sorgen, daß in bereits stillgelegten Betrieben mit Unterstützung aus staatlichen Mitteln und unter Kontrolle der Betriebsräte die Arbeit wieder aufgenommen wird".

Die Regierung sowie alle bürgerlichen Parteien versuchten, die Erwerbslosen über den beginnenden zustand der Dauer-Erwerbslosigkeit zu täuschen, machten den Erwerbslosen Hoffnung, daß mit Beginn des Frühjahrs die Krise überwunden sein würde. Die Regierung sabotierte im Auftrage der Schwerindustrie und des Finanzkapitals jede Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung. Die Unternehmer benutzten die Erwerbslosigkeit zum Kampf gegen die gesamte Arbeiterschaft, senkten die Löhne und verlängerten die Arbeitszeit.

Am 10. Dezember brachte die Reichstagsfraktion einen neuen Antrag ein, in dem sie konkrete Maßnahmen für die Inangriffnahme von Arbeit vorschlug. In dem Antrag heißt es:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Die Regierung zu ersuchen, alle Maßnahmen zu treffen, die für die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten nötig und geeignet sind, die zunehmende Erwerbslosigkeit zu unterbinden.

Für die nicht in der Industrie unterzubringenden Arbeiter ist neue Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Sie sind vom Staat, von den Ländern und Gemeinden mit dem Bau von Wohnungen sowie mit dem Ausbau und der Neuerrichtung von Anlagen zu beschäftigen, die dem Verkehr und sonstigen öffentlichen und wirtschaftlichen Interessen dienen. Für diese vom Staat, den Ländern und Gemeinden in eigener Regie auszuführenden Arbeiten werden die jeweiligen Tariflöhne gezahlt.

Für jeden Antrag der Unternehmer auf Entlassung von Arbeitern und Angestellten, auf Verkürzung der Arbeit oder auf Betriebsstillegung entscheidet eine Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerkschaften der betreffenden Branche, der Betriebsräte und des Unternehmers.

Betriebe, die nach der Entscheidung der Kommission weitergeführt werden müssen, sind, wenn die Unternehmer die Weiterführung verweigern, entschädigungslos zu enteignen und, zu verstaatlichen."

Der Reichstag überwies den Antrag dem Ausschuß, wo er durch Beratungen verschleppt wurde, um so den Unternehmermaßnahmen [568] gegen die Arbeiterschaft: Kürzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der sozialen Leistungen, nicht entgegenzuwirken. Der Druck der Erwerbslosen war noch nicht genügend stark, um die Regierungssabotage zu brechen. Der ADGB, dessen Aufgabe es ist, auch die Interessen der Erwerbslosen zu vertreten, rührte keinen Finger, um den Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen. Im Gegenteil, in seinem Wirtschaftsprogramm erklärte er frei und offen, daß er sich für die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft ausspreche, daß die Gewerkschaften die Rationalisierung fördern und daß man eben die Vermehrung der Erwerbslosen mit in Kauf nehmen müsse. Nach seiner Meinung wäre es der einzigste Weg zur „Gesundung" der Wirtschaft. Der Reichstag beschloß so nur eine geringe Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Erst nach acht Monaten, nachdem selbst die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker in Deutschland feststellen mußten, daß die Erwerbslosigkeit nicht eine vorübergehende Erscheinung ist, sondern daß wir mit 1 bis 2 Millionen Erwerbslosen auf längere Jahre hinaus rechnen müssen, beschloß der Reichstag auf Grund der wiederholten Vorstöße der Erwerbslosen und Kommunisten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte für 500.000 Erwerbslose Arbeit bringen. Im einzelnen sieht das Programm folgende Arbeiten vor:

1. Straßenbauten und die notwendige Erneuerung eines Teiles der Straßendecken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen.

2. Kultivierung von Ödlandflächen, Moorgelände und anderem unfruchtbaren Boden.

3. Schiffbarmachung deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle.

4. Fluß- und Bachregulierung zur Gewinnung von Kulturboden sowie zur Verhütung von Hochwasserschäden.

5. Bau von Stauanlagen, Schutzdämmen, um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen.

6. Schaffung von Anlagen zur Gewinnung von Wasserkräften.

7. Wohnungsbau.

8. Elektrifizierung der Eisenbahn.

Der Reichstag bewilligte zur Inangriffnahme der Arbeiten 400 Millionen Mark. Eine Kommission wurde eingesetzt, die die Durchführung der Arbeiten in Angriff nehmen sollte. Diese Kommission schlug weitere Arbeiten im Betrage von 600 Millionen Mark vor, so daß insgesamt 1 Milliarde Mark für Inangriffnahme der Arbeiten ausgelegt werden sollten. Dieses Programm sowie auch die weiteren angekündigten Arbeiten entpuppten sich immer mehr als ein ausgemachter Schwindel zur Täuschung der Erwerbslosen, um sie von ihrem Kampf um Arbeitsbeschaffung und Sicherung der Lebenshaltung abzuhalten. (Die Kommunisten haben gleich von vornherein diesen Schwindel gebrandmarkt.)

Ein Vierteljahr ist seit der Annahme des Programms verstrichen. Die Sabotage der Regierung wird immer offensichtlicher. Die Zahl der Arbeiter, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren, ist seit der Annahme des Programms nicht gestiegen, sondern gesunken. Waren vor Annahme dieses „großzügigen“, von allen Parteien, außer den Kommunisten, warm begrüßten Programms Mitte Mai 170.105 Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt, so Mitte Juli 143.695 und im August nur noch 130.000.

Diese Sabotage der Regierung ist nur möglich, weil die reformistischen Gewerkschaftsführer nichts unternommen haben, um auch nur für die Durchführung dieses bescheidenen Programms zu sorgen. (Von allen Stellen wird heute ja zugegeben, daß, wenn diese Arbeiten auch durchgeführt würden, nicht 500.000, sondern höchstens 200.000 und noch weniger Arbeiter Beschäftigung dadurch erhalten würden.) Statt die Kraft der Gewerkschaften gegen die Sabotage der Regierung in die Waagschale zu werfen, haben die Gewerkschaftsführer immer wiederholt Bittgänge zur Regierung unternommen, deren Erfolg nur der war, daß die Regierung und die Unternehmer noch frecher als bisher die Interessen der Arbeiter mit Füßen traten.

Kann dieses Programm Arbeit für die Erwerbslosen bringen?

Die Erwerbslosen müssen sich darüber klar sein, daß, aber selbst wenn es gelingt, dieses Programm durchzuführen, selbst, wenn 200.000 Arbeiter mit diesen Arbeiten beschäftigt werden, ein merklicher Rückgang der Erwerbslosigkeit nicht eintreten wird. Von einer Beseitigung der Erwerbslosigkeit kann auch bei der Durchführung dieses Programms keine Rede sein. Die Rationalisierung, die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft, die Einführung von neuen Maschinen setzt weitere Arbeitskräfte frei, wodurch das Heer der Erwerbslosen vergrößert wird, wenn nicht gleichzeitig der Absatzmarkt sich gewaltig erweitert. Dies ist unmöglich: die Welt ist zwischen den großen imperialistischen Räubern verteilt, und es besteht im Rahmen der heutigen Wirtschaft unter den heutigen Arbeitsbedingungen keine Möglichkeit, für alle Arbeiter Arbeit zu bekommen. Sollen alle Arbeiter Beschäftigung erhalten, so muß die Arbeitszeit für die heute noch in der Produktion Stehenden verkürzt werden.

Der Achtstundentag. die 46-Stunden-Woche müssen mindestens allgemein, in allen Industrien wieder eingeführt werden. Die Unternehmer werden zwar freiwillig dies der Arbeiterschaft nicht zugestehen. Dazu ist notwendig, daß die Gewerkschaften, die Arbeiter in den Betrieben und die Erwerbslosen gemeinsam den Kampf führen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer müssen gezwungen werden, die Macht der Gewerkschaften für diesen Kampf einzusetzen.

Unter dem Druck der Arbeiterschaft müssen die Regierung sowie die Kommunen veranlaßt werden, Aufträge nur an solche Firmen zu [569] vergeben, die nicht länget als acht Stunden arbeiten. Das gilt besonders für Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbauten, für die Kommunal- oder Halbkommunalbetriebe usw.

Neben diesem allgemeinen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Wiederherstellung des Achtstundentags, bzw. der Siebenstundenschicht, muß der Kampf um die Durchsetzung von konkreten Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung in den Kommunen durchgeführt werden. In Deutschland gibt es 1 Million Wohnungslose, kein Ort, keine Stadt, in der nicht die Notwendigkeit des Wohnungsbaues

vorliegt. Unsere kommunistischen Gemeindevertreter müssen sich ernstlich überlegen, welche konkreten Vorschläge zur Beschaffung von Arbeit in den Kommunen aufgestellt werden können.

Die Sozialdemokraten sowie die Gewerkschaftsführer versuchen, die notwendigen konkreten Vorschläge für Arbeitsbeschaffung mit der Begründung abzulehnen, daß keine genügenden Finanzen vorhanden sind, daß die Gemeinden kein Geld zur Verfügung haben. Zur Deckung dieser Arbeiten ist zu fordern:

Einführung einer progressiv gestaffelten Vermögensabgabe der Vermögen über 50.000 Mk. durch das Reich;

in den Kommunen progressive Staffelung der Grund- und Gewerbesteuer von 10.000 Mk. Einkommen;

progressive Staffelung der Preise für Wasser, Strom und Gas.

Um die Durchführung dieser Maßnahmen muß die Partei kämpfen. Sie muß es verstehen, die Erwerbslosen selbst für den Kampf zu mobilisieren, die Arbeiterschaft in den Betrieben für diesen Kampf zu gewinnen und so von unten herauf den Druck zu erzeugen, der notwendig ist, um die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer zu brechen und die Schlagkraft der Gewerkschaften für diesen Kampf einzusetzen.

Der Kampf um die Durchführung dieser Maßnahmen bildet gleichzeitig das Bindeglied zur Organisierung des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Rationalisierung auf Kosten des Proletariats, gegen die Offensive des Unternehmertums gegen die Arbeiter. Max Köhler.

Militärpolitik
Genfer Abrüstungskonferenz

Es ist, wie vorauszusehen war, nicht gelungen, eine allgemeine Formel für die Bewertung und Beschränkung der Rüstungen zu finden, Inzwischen gehen die öffentliche Diskussion, die hauptsächlich in gegenseitigen Sabotage-Beschuldigungen gipfelt, und die Aufrüstung weiter.

Amerika reißt neuerdings die Initiative an sich. Es verlangt kategorisch Rüstungsminderung des europäischen Kontingents; andernfalls droht es mit eigener gewaltiger Rüstungsverstärkung.

England und Japan sträuben sich aus allen Kräften gegen diesen amerikanischen Druck.

Die britische Admiralität hat sich deshalb schroff gegen den amerikanischen Vorschlag auf Einberufung einer neuen (dritten) Flottenkonferenz gewandt und Berücksichtigung seiner Interessen im Mittelmeer; d. h. angesichts der italienischen und französischen Unterseebootbauten und des erweiterten spanischen Schiffsbauplans Ausdehnung seines Flottenprogramms angekündigt. Die Rückwirkung dieser Ankündigung auf Amerika und Japan dürfte völlig im Sinne der Drohungen Coolidges liegen.

Angesichts dieser Lage interessiert eine Denkschrift der ILP (Unabhängigen Arbeiterpartei Englands), welche diese nach WTB vom 6. August an den Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale eingereicht hat. Darin wird die Zwecklosigkeit der Genfer Konferenz aufgezeigt, die nur geeignet sei, „ein falsches Sicherheitsgefühl unter den Arbeitern zu erzeugen“. Insbesondere wird die Unaufrichtigkeit Englands gebrandmarkt.

Flugwesen

Eine selbst in Genf bemerkenswerte Leistung ist die Verneinung des Angriffscharakters der Luftwaffe und ihre Registrierung unter „Friedensrüstungen“. Dabei beträgt nach der authentischen Darstellung der Völkerbundskommission, die sich auf die Angaben der beteiligten Staaten stützt, also bestimmt nicht zu hoch sind, die Zahl an Kriegsflugzeugen 1925 (ohne Schulflugzeuge)

	im Dienst	in Reserve
in England	1053	–
Amerika	1423	–

	im Dienst	in Reserve
Japan	1300	–
Frankreich	1542	4000
Italien	750	750

Dieser Stand ist gegenwärtig längst wieder überschritten. Das illustrieren zwei Beispiele der Gegenwart.

Am 21. August 1926 teilte der Leiter des amerikanischen Marineluftwesens, Konteradmiral Moffatt, mit, daß im laufenden Rechnungsjahr zwölf Millionen Dollar für den Ankauf neuer Marineflugzeuge ausgeworfen würden. Die Luftflotte soll in der gleichen Zeit um 100 Kampf-, 47 Beobachtungs-, 61 Torpedoabwurf- und Aufklärungs- und 74 Schulflugzeuge (insgesamt also 282 Stück) vermehrt werden.

In Europa konkurrieren Frankreich und England um den Vorsprung in der Luft, ohne daß England indessen den Abstand wesentlich verringern könnte. Frankreichs Sorge sind die großen, modernen Bombenflugzeuge. Nach WTB vom 24. August sind davon ein Dutzend fertiggestellt, ein zweites wird in nächster Zeit folgen.

Gleichzeitig liefert Frankreich an Polen, wie durch Beobachtungen im Flughafen Basel (Schweizer Depeschenagentur, 20. August) festgestellt wurde. Ein Dutzend Riesenflugzeuge sollen auf dem Wege nach Warschau sein. Außerdem fabriziert Polen selbst fieberhaft, wie ein Auftrag Piłsudskis auf hundert neue Militärflugzeuge an polnische Fabriken zeigt. – [570]

Piłsudskis Rüstungen

Der latente Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und England ist im August an zwei Fronten in bedrohliche Nähe des akuten Ausbruchs geraten; In Polen und in China.

Die Pläne Piłsudskis gegen die Sowjetunion und in dieser Verbindung gegen Litauen sind mehr oder weniger bekannt.

Der militärischen Vorbereitung dieser Pläne dienen u. a. die Entsendung des berüchtigten „Eroberers“ von Wilna, Generals Zaligoraki, in das Grenzgebiet; die kürzlich erfolgte Inspektion der Demarkationslinie durch Piłsudski; größere Umgruppierungen der im Wilnaer Gebiet stehenden Truppen. (WTB, 2. August.) Die überstürzte Aufstellung eines „Stabes für den Kriegsfall“ in Grodno und die beschleunigte Durchführung der neuen Armeeorganisation liegen in der gleichen Linie. Letztere vereinigt die gesamte faktische Macht in den Händen Piłsudskis, der damit auch innenpolitisch freie Hand hat. Piłsudski übernimmt als Generalinspekteur die gesamte Ausbildung der Armee, ihre höhere Organisation (und Stellenbesetzung) und die Ausarbeitung der Mobilmachungspläne. Er ist dabei völlig unabhängig von Parlament, Regierung und dem Staatspräsidenten Das bedeutet, daß in Polen heute die militärische Diktatur besteht. Damit ist der Weg frei für imperialistische Abenteuer.

Endlich ist die Mobilisierung der irregulären Truppenverbände zu registrieren. – Die spezielle Kampforganisation Piłsudskis, die „Jäger“, zählen heute bereits 230.000 Mann. Sie erhalten Geld, Waffen, Ausrüstung und Ausbildung durch das Kriegs-ministerium. – Die Organisierung der Reservisten und der Bauern in halbmilitärischen Verbänden ist bereits weit fortgeschritten. Für den 11. und 12. September sind in Bromberg größere Manöver dieser Verbände vorgesehen. („Militärwochenblatt“ Nr. 8, 25. August.) – Und als direkte Drohung gegen Sowjetrußland wurde der ukrainische Bandenführer und Freund Petljuras, Balachowitsch, mit der Aufstellung von Partisanengruppen an der russischen Grenze beauftragt. („Iswestija“, 20. August.)

Die Bedeutung dieser Maßnahmen läßt sich nicht durch das geplante Attentat auf Litauen allein erklären. Litauen ist die erste Etappe eines neuen, großangelegten Angriffs der kapitalistischen Welt auf die russische Revolution.

Der Vormarsch Kantons in China

Vor wenigen Monaten war der Rückzug der Kuomin-Truppen (des Generals Feng) aus Peking vor den gemeinsamen Kräften Tschangs und Wupeifus das zentrale Ereignis. Die Folgen des Rückmarsches

waren doppelte: Tschang und Wupeifu mußten sich trennen, weil sie über die Verteilung der Machtsphären uneinig blieben, Peking blieb unter dem Einfluß Tschangs. Zweitens aber reorganisierte sich die Kuomin-Armee nach ihrem Rückzug und machte sogar neue (friedliche) Eroberungen in den westlich und südwestlich von Peking gelegenen Provinzen.

Dem jetzigen Vormarsch der Kanton-Armee (Süd-Armee) liegt ein alter strategischer Plan zugrunde: die Vereinigung der nördlichen und südlichen Volksarmeen im geographischen, industriellen und kommerziellen Zentrum Chinas, in Hankon. Diese Vereinigung bedeutet nicht nur die Schaffung eines allchinesischen revolutionären Kraftzentrums durch die geplante Ausrufung Hankons als der neuen Hauptstadt des Reiches, sie bedeutet militärisch die Offensive gegen Wupeifus Domäne Schanghai am Yangtsekiang abwärts. Diesem zweiten Schritt würde der dritte, die Isolierung und allmähliche Zurückdrängung Tschangs aus den nördlichen Provinzen und der Westmandschurei zu folgen haben.

Gegenwärtig stehen die Kantontruppen mit Wupeifu im Kampf um Hankon, das nach bürgerlichen Meldungen vom 4. September bislang n i c h t erobert wurde. Wupeifus Truppen sind stark gelichtet und. demoralisiert. Die Stimmung der Bauern, Arbeiter und kleinen Kaufleute in Mittelchina ist für die Kanton-Truppen.

Wupeifu ist also auf dem Wege, geschlagen zu werden. Seine Hoffnung – und die große Gefahr für die Volksarmeen – liegt bei dem Eingreifen der imperialistischen Mächte, besonders Englands (dessen Strohmann Wupeifu ist!). Die Vorbereitung der Intervention ist im Gange.

Gleichzeitig mit Falschmeldungen Ober Bedrohung der englischen Kaufleute berichtet „Daily Telegraph“ am 2. September über Absichten Großbritanniens, „gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Japan eine Interventionspolitik einzuleiten“. Und die „Times“ vom gleichen Tage verlangen kategorisch Blockade des Kantonflusses.

Bereits am 4. September deuten „Times“ an, daß die auswärtigen Mächte im selben Augenblick eingreifen würden, in dem Hankon von Kanton erobert sei. Und zum Beweis der Realität dieser Drohungen wurden die ausländischen Konzessionen in Rankon in Verteidigungszustand gesetzt, 250 Japaner zum Schutze der japanischen Niederlassungen gelandet und von Schanghai aus englische (nach einigen Meldungen auch französische) Kanonenboote den Yangtsekiang hinauf geschickt.

*

Komintern[*)]

Der Staatsstreich Piłsudskis und die Stellung der Kommunistischen Partei P o l e n haben nicht nur für diese Partei eine große Bedeutung. Schon auf der letzten Tagung des Erweiterten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens wurde die allgemeine Lage als revolutionär zugespitzt bezeichnet. Wirtschaftlich ist es vor allem die riesenhafte Arbeitslosigkeit (die Hälfte der Industriearbeiter ist arbeitslos und bezieht fast [571] keine Unterstützung), die dem Lande die größten Schwierigkeiten bereitet. Das Bürgertum sah in der ganzen Situation nur einen Rettungsweg, und zwar den großer ausländischer Kredite, um das Land zu sanieren. Die politischen Faktoren, die die Voraussetzungen für den Staatsstreich Piłsudskis bildeten, waren vor allem die stark vorgeschrittene Zersetzung der bürgerlichen Parteien; der Sejm hatte Bankerott gemacht, die Koalition mit den PPS als letzter Rettungsanker war mit dem Austritt der PPS aus der Regierung bei dem Versuch, 40 000 Eisenbahner zu entlassen, gescheitert.

Zur politischen Sanierung verlangten die Großgrundbesitzer und die kapitalistischen Strömungen vor allem die Beseitigung der Soziallasten und die Beschränkung des Wahlrechts. Piłsudski, der Strömungen im Kleinbürgertum für sich ausnutzte, trat vor und während seines Staatsstreichs nicht mit einem eigenen und besonderen Programm hervor, sondern machte nur verschiedene Reformvorschläge. In bezug auf die Parteien sind seine Kräfte, auf die er sich stützt, vor allem die PPS, die opportunistische Bauernpartei Wizwolenije und die Nationale Arbeiterpartei.

[*)] Wir tragen hier wichtige Vorgänge in einzelnen Parteien nach. Die Red.

Auf seiten der Arbeiterklasse trat schon vor der Aktion Piłsudskis insbesondere durch die elementaren Aktionen der Arbeitslosen das Bedürfnis nach einheitlicher Aktion innerhalb der Arbeiterklasse auf. Die Forderungen nach einer Einheitsfront wurden in den verschiedensten Industriegebieten gestellt. Die oppositionelle Strömung innerhalb der Gewerkschaften nahm zu. Die Front der kämpfenden Arbeiterklasse hat ihre Voraussetzung zur Erweiterung vor allem bei den armen Bauern. Nach eiern Bankerott der Agrarreform setzte eine Massenflucht der Kleinbauern aus der großbäuerlichen Bewegung Piast ein. Die Wizwolenije als opportunistische Gruppe zwischen der Unabhängigen Bauernpartei und dem Piast zerfällt, und sie muß Kräfte an beide Seiten abgeben. Die Parole der Unabhängigen Bauernpartei, die eine große Massenkraft besitzt, ist die Forderung der entschädigungslosen Enteignung von Grund und Boden.

In diese wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen fällt der Staatsstreich Piłsudskis, der mit seinen Ergebnissen die Massen ungemein enttäuschte. Die Kommunistische Partei stellte im Kampf, in dem sie die Kräfte Piłsudskis unterstützte, die Forderung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf und machte der PPS einen Einheitsfrontvorschlag, der aber von letzterer abgelehnt wurde.

Neben der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung gab die Kommunistische Partei noch folgende Parolen heraus: Fortführung der stillgelegten Betriebe unter Kontrolle der Arbeiterschaft, entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der armen Bauern, völlige Freiheit für die unterdrückten nationalen Minderheiten, Freilassung der proletarischen und politischen Gefangenen, Entwaffnung der Reaktion und Bewaffnung der Arbeiterschaft.

In den taktischen Maßnahmen, die die Partei während des Piłsudski-Aufstandes ergriff, traten eine Reihe opportunistischer Abweichungen in Erscheinung, mit denen sich das Präsidium der Kommunistischen Internationale eingehend befaßte und die auch eine internationale Diskussion hervorriefen. Die Ergebnisse des Kampfes sind bekannt. Sie haben in den Massen eine große Enttäuschung hervorgerufen, weil keine ihrer Forderungen erfüllt wurde.

*

In der letzten Zeit fand in den V e r e i n i g t e n S t a a t e n eine Reihe größerer Wirtschaftskämpfe statt, an denen die Partei äußerst aktiv beteiligt war. In erster Linie ist der Passaic-Streik (Textil) zu erwähnen. Dieser Kampf, der schon eine geraume Zeit geführt wird, umfaßt zirka 16 000 Streikende. Die Partei hat auf die Führung des Kampfes einen ausschlaggebenden Einfluß, wobei es ihr im Verlaufe des Kampfes gelang, die Einheitsfront in breitester Linie anzuwenden. Weiter ist der Kampf der Kürschner in New York zu erwähnen, der auch unter kommunistischer Leitung vonstatten ging. Das Kampfobjekt ist, die 40-Stunden-Woche. Versuche der AF of L und der Leitung der Kürschner-Organisation, den Kampf in ihre Hände zu bekommen, sind gescheitert.

Die Partei organisierte eine größere Konferenz zum Schutze der Ausländer, die im Mai stattfand. An dieser Konferenz beteiligten sich 110 Delegierte, die über 600.000 Mitglieder verschiedener Organisationen vertraten. Der Ausschuß, der geschaffen wurde, erhielt vielfach Unterstützung von verschiedenen Organisationen der AF of L Der Kampf wird hauptsächlich gegen das Deportationsgesetz und gegen das Gesetz über die Fingerabdrücke geführt.

Weiter bereitet die Partei in großzügiger Weise die Wahlen im kommenden Herbst vor.

*

Zwei Fragen standen im Vordergrund der vergangenen Tätigkeit der türkischen Partei. 1. Gewinnung der Werktätigen, die mit dem gegenwärtigen Regime. unzufrieden sind und die unter dem Druck der Lasten, die ihnen von seiten der Herrschenden auf gebürdet werden, zu leiden haben: 2. stand die Frage der Umstellung der Partei im Vordergrund der Behandlung.

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erleichtern der Partei wesentlich ihre Agitation. Im Vordergrund stehen die wirtschaftliche Krise, die im letzten halben Jahr erneut eingesetzt hat, und die Mossul-Frage. Die wirtschaftliche Krise trifft vor allem die am Ein- und Ausfuhrhandel interessierte Kleinbourgeoisie sowie eine Reihe landwirtschaftlicher Schichten. Andererseits ist es vor allem

die Neugestaltung des Steuersystems, das einer Benachteiligung der arbeitenden Massen gleichkommt, was die Unzufriedenheit der Arbeiter in den Städten und die der Bauern auf dem Lande erhöht. Die Partei fordert hier die Ersetzung der [572] indirekten Steuern durch direkte, die Abwälzung der Lasten auf die kapitalkräftige Industrie sowie auf die Handels- und Bankwelt. In bezug auf die Wirtschaftspolitik werden die Nationalisierung der großen Unternehmungen und eine wirksame Staatskontrolle über die gesamte Industrie gefordert. Erschwerend für die Arbeit der Partei ist die Tatsache, daß sie kaum über irgendwelche Literatur verfügt.

*

Die Illegalität der Partei in Britisch-Indien zwingt in erster Linie, die Tätigkeit auf die verschiedensten politischen Organisationen des Landes zu übertragen, wobei die Partei in letzter Zeit bedeutende Erfolge erzielt hat. Innerhalb der Swaradschisten ist ein starker linker Flügel entstanden.

Stärkeren Einfluß besitzt die Partei auch auf die bengalische Arbeiter- und Bauernpartei, die seit einem Jahr existiert. Bei den letzten religiösen Kämpfen zwischen den Hindus und Moslems in Bombay trat die Partei mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem gesagt wird, solange die Bewegung in Indien teilweise oder gänzlich in religiösen Bahnen vor sich gehe, die Einheit der Bevölkerung im Kampf gegen die Imperialisten nicht verwirklicht werden könne. Es wird weiter in dem Aufruf auf die Ursache der allgemeinen Not hingewiesen, die einen einheitlichen Kampf gegen das imperialistische England bedinge.

Die Partei hat sich mit der Frage Legalität oder Illegalität beschäftigt. Die Meinungen, welchen Weg man in Zukunft gehen müsse, waren geteilt. Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage wurde noch nicht gefaßt. 5.VIII. Ch. Wurm.

LITERATUR

Ein Buch des Kampfes

Im Jahre 1914 kam unter dem Titel „Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und ihre Kämpfe, eine Sammlung von Aufsätzen Adolf Brauns heraus, die von 1892 bis 1913 in den verschiedensten Blättern erschienen waren. Jetzt erscheint die Fortsetzung des Braunschen Werkes unter dem Titel „Die Gewerkschaften nach dem Krieg“. Der Verfasser ist Richard Seidel.

In eiern Braunschen Buche wird so ziemlich alles und noch etwas behandelt. Einheitlich ist an der ganzen Sammlung von Aufsätzen nur eine gewisse Flachheit in der Behandlung aller Fragen. Eine Unfähigkeit oder auch Unlust, die Gegensätze in der deutschen Arbeiterbewegung, die längst schon sichtbar vor aller Augen sich zeigten, zu erkennen.

Dieser besagte Adolf Braun nun ist der Mann, den Richard Seidel als seinen Lehrer betrachtet, und dem er nachzueifern bestrebt ist. Sein Buch hat er, wie er selbst schreibt, „nach dem Vorbild des ersten Bandes“ geschrieben. Trotzdem ist aber Richard Seidel der Meinung, daß seine gesammelten Aufsätze „Ein Buch des Kampfes“ seien und „der Arbeiterschaft dienen“ könnten. Sehen wir zu, inwiefern es der Arbeiterschaft dienen kann.

Wir wollen uns gar nicht bei einigen kleinen Flüchtigkeitsfehlern, die jedem zur schnellen Arbeit Gezwungenen unterlaufen können, wie z. B., daß . die Koalitionsverbote in England 1820 aufgehoben wurden, während das 1824 der Fall war, aufhalten. Dafür werden wir aus dem Buche, das Aufsätze bringt über den Nürnberger Gewerkschaftskongreß, Sozialpolitik und Gewerkschaften, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Verfassungsfragen der Gewerkschaften und der Internationale, einige Punkte herausgreifen, an denen sich besonders deutlich zeigt, inwiefern Seidels Artikel „Ein Buch des Kampfes“ sind, „das der Arbeiterschaft dienen“ kann.

So ist gleich im ersten Aufsatz über den Nürnberger Gewerkschaftskongreß ein Satz charakteristisch und lehrreich. Seidel setzt auseinander, wie nach dem Kriege die Gewerkschaften „in eine neue Epoche ihres Daseins eingetreten“ seien. Wie die Macht der Arbeiterklasse „gewaltig vermehrt“ sei. Dann sagt der Schüler Adolf Brauns: „Die Steigerung der Macht der Arbeiterklasse, ihr Aufstieg zur herrschenden Gewalt, der sich damals zu vollziehen schien, ließ den Augenblick der Verwirklichung der

letzten Ziele des Sozialismus nahe erscheinen, aber diese Steigerung der Macht war auch verbunden mit einer Vermehrung der Verantwortung für das durch den Ausgang des Krieges aufs schwerste bedrohte Leben und Gedeihen eines ganzen Volkes ... Wie die Aufgaben der Gewerkschaften plötzlich über das Streben nach der Verbesserung der Lage der Lohnarbeiterschaft hinauswuchsen, so erstreckte sich jetzt ihre Verantwortung weit hinaus über die Verantwortung für das Wohl der Mitglieder.“ (Sperrungen von uns. H. Fg.)

Der ganze Klassenverrat des Reformismus ist in diesem Satze eines ehemaligen „Freiheit“-Redakteurs enthalten. Allein das kleine Wörtchen „aber“ spricht in diesem Zusammenhang Bände.

Mit einer solchen Einstellung zum heutigen Staate und zur heutigen Wirtschaft, die sie doch stützen und aufbauen wollen, die also praktisch immer zur Arbeitsgemeinschaft führt – gleichviel unter welchem Namen –, kann man natürlich nicht sehen, daß die Arbeiterklasse selbstverständlich die Ver-[573]legenheiten dieses Staates und dieses Wirtschaftssystems zur Durchführung ihrer Aufgaben ausnutzen muß. Vielmehr muß man mit einer solchen Einstellung zu den gleichen Ansichten kommen, wie sie Seidel hier vorträgt:

„Die sozialistische Wirtschaftsordnung ließ sich nicht von einem Tage zum andern durchführen, denn ihre endgültige Gestalt kann sich nur allmählich bilden ... und nun will es das historische Schicksal, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen diese Kraft nur gewinnen können aus dem Boden einer blühenden Wirtschaft, während die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege einem Trümmerhaufen glich.“

Danach muß man also erst den Kapitalismus wieder zu „einer blühenden Wirtschaft“ ausgestalten; muß man der Bestie, anstatt sie totzuschlagen, gut zureden, daß sie doch einsehen möge, wie sehr hohe Löhne doch auch in ihrem Interesse lägen; muß man eben kapitalistische Politik machen und die Arbeiterschaft, die sich dagegen auflehnt, als Störer des notwendigen Aufbaues bezeichnen, und wenn man kann, sie niederschlagen. So kommt man zuletzt noch, wie in Italien, zu einem Bündnis mit den Faschisten.

In derselben Linie liegt es, wenn Seidel, wie irgendein liberaler Schwätzer, folgenden Gallimathias von sich gibt:

„... daß sich die Gewerkschaften der Forderung der Gesellschaft, den Maßstab für ihre Ansprüche nicht allein im subjektiven Wünschen und Wollen des einzelnen Arbeiters oder der Gruppe, sondern auch im objektiven Bedürfnis der Wirtschaft zu suchen und ihre Entschließungen auch nach ihrer Wirkung auf die allgemeine wirtschaftliche Lage zu prüfen, gar nicht mehr entziehen können. Und aus solcher Forderung der Gesellschaft, die lediglich an die reine Lohnpolitik der Gewerkschaften anknüpft, ergibt sich in gerader Linie wieder die Gegenforderung der Gewerkschaften, daß sie, wenn sie auf die allgemeine wirtschaftliche Lage Rücksicht nehmen sollen, auch unmittelbar Einfluß nehmen wollen auf die Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.“

Oder wenn er einige Seiten weiter sagt:

„In der Arbeitsverfassung stehen die Gewerkschaften gleichberechtigt neben den Organen der Unternehmer ... die soziale Demokratie der Arbeitsverfassung ist bereits ein Stück Wirtschaftsdemokratie.“

Wunderschön ist diese Stute, aber leider ist sie tot.

Im Abschnitt über Gewerkschaften und Partei versucht Seidel auch die Gegensätze in der deutschen Arbeiterschaft um 1905 herum zu schildern. Aber er weiß nicht mal die historische Situation von damals zu schildern:

„Man schrieb das Jahr 1905, die russische Revolution erregte die Aufmerksamkeit des gesamten europäischen Proletariats, und die Vorbereitungen zum Kampfe um das allgemeine Wahlrecht für den preußischen Landtag, der Hochburg der sich und enger verdichtenden Reaktion in Deutschland, waren bereits getroffen. Daher hatte die Partei den Massenstreik als Waffe in den zu erwartenden Kämpfen in Erwägung gezogen. Die Führer der Gewerkschaften verschlossen sich der Einsicht in die drohende politische Lage gewiß auch nicht, aber sie blieben dennoch ihrem Bestreben treu, Katastrophen, welche die Stetigkeit des Wirkens der gewerkschaftlichen Organisationen bedrohen konnten, zu vermeiden, oder sie zum mindesten nicht heraufzubeschwören. Das aber befürchteten sie von einer Propaganda des Massenstreiks, der Bömelburg deshalb als ‚ein äußerst

zweifelhaftes Kampfmittel‘ erschien, dessen Erörterung ‚aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung verschwinden‘ müsse. ... Der Streik war die ihrer Taktik eigentümliche Waffe, und sie dachte nicht daran, ihrer Benutzung für andere Zwecke als denen der Gewerkschaftsbewegung zuzustimmen, ohne Einfluß auf Art und Zeitpunkt ihrer Verwendung zu haben.“

Herr Seidel verteidigt also allen Ernstes die damalige Haltung der deutschen Gewerkschaftsführer, die schnurstracks hinführte und hinführen mußte zum August 1914. Er verteidigt sogar noch hinterher das Wort Bömelburgs in Köln 1905: „Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe.“ Das Wort, das einmal beim Zusammenbruch des altpreußischen Polizeistaats ein Berliner Polizeipräsident sagte: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“; dies Wort wurde nachgeplappert von einem Gewerkschaftsführer in einer Stunde, die wahrlich eine ändere Entscheidung verlangt hätte als Ruhe. Und dies Wort verteidigt Seidel noch 15 Jahre später nach einem Weltkriege und der Revolution.

Auf Schritt und Tritt begegnen wir bei Seidel einer tief im Wesen des Reformismus begründeten Verachtung der Massen, die nach 1918 den Gewerkschaften zuströmten. Man muß diese Massen, meint Seidel, die dann 1923 die Gewerkschaften wieder verließen, wägen und nicht zählen! „Diese Massen aber erwarteten von den Gewerkschaften die sofortige endgültige Lösung der sozialen Frage.“ Deswegen dieses oft zitierte Schiller-Zitat, das den Arbeitern vor dem Kriege bis zum Überdruß von den Reaktionären vorgeplärrt worden ist. Heute ist es gut genug, von sogenannten Gewerkschaftern nachgebetet zu werden: „Man muß die Stimmen wägen und nicht zählen.“ Hier und dort hat Seidel auch so etwas wie eine dumpfe Ahnung, woher das Mißtrauen großer Arbeitermassen in die Politik der Reformisten stammt. Diese Massen werfen den Gewerkschaften vor, daß sie versagt hätten, meint Seidel. Und nun legt er den Finger an die Nase und unterrichtet uns über die Ursachen besagten Mißtrauens:

„Dieser Vorwurf ist ungerecht. Er erklärt sich aber zum Teil daraus, daß die Organisationen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten, Gewerkschaften und Partei, zu der 1918 entstandenen Republik nicht mehr im Verhältnis der prinzipiellen Opposition stehen, sondern am staatlichen Leben dieser Republik positiven Anteil nehmen ... Mit dieser Anteilnahme am staatlichen Leben ist aber die Mitverantwortlichkeit für die Zustände, die man gemeinhin dem Wirken des Staates verdankt – oder zur Last legt, je nachdem – verbunden, und da diese Zustände nun den arbeitenden Massen in der Tat mancherlei Grund zur Unzufriedenheit bieten, so richtet sich ein Teil dieser Unzufriedenheit gegen jene Mitverantwortlichen, gegen Gewerkschaften und Partei. [574] Und zwar gegen die Gewerkschaften am heftigsten, weil ihr Wirken wie ihr „Versagen“ von den Arbeitern und Angestellten an ihren unmittelbaren vitalen Interessen empfunden wird.“

Aber nachdem er eben der Erkenntnis ziemlich nahe gekommen ist – einen Schritt nach vorwärts gemacht hat, macht er, wie die Echternacher Springprozession, zwei Schritte nach rückwärts. Er versichert uns nämlich, der Unwille über das „Versagen“ der Gewerkschaften (natürlich bringt Richard Seidel das Wort Versagen nur in Gänsefüßchen) erkläre sich daraus, „daß breite Massen die Grenzen des Wirkens der Gewerkschaften nicht kennen“.

Diese dummen Massen – warum gehen sie auch nicht bei Richard Seidel in die Schule –, sie wissen wohl, daß die Gewerkschaftsbewegung die Macht der Arbeiterklasse „unerhört zu steigern vermag, aber sie erkennen nicht, daß die Macht der Gewerkschaften immer wieder bestimmt wird durch die Kraft, die der Arbeiterklasse selbst innewohnt, die aber wieder abhängt von der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten“.

Verdienstlich ist es immerhin, daß Seidel auch die sozialdemokratischen Arbeiter so offenkundig auf klärt über das eigentliche Wesen des Reformismus, So wenn er seinen Lesern beim Artikel über das moderne kollektive Arbeitsrecht auseinandersetzt:

„... daß jenes öffentliche Interesse an der Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsvertrags, das die Staatsgewalt, w i e s i e a u c h b e s c h a f f e n s e i n m a g (!), immer wahrzunehmen haben wird, am besten gewahrt wird mittels des Abschlusses von Tarifverträgen durch die Gewerkschaften, und daß die sozialen Auseinandersetzungen, die dem Abschluß von Tarifverträgen vorausgehen, dem öffentlichen Interesse ... zum mindesten nicht zuwider sind.“

Wie sie, d. h. die Staatsmacht, auch immer beschaffen sein mag, die Gewerkschaften haben nach Richard Seidel, dem jetzigen zweiten Redakteur der „Gewerkschaftszeitung“, ihr Interesse zu wahren.

Und dann beklagen sich die Reformisten darüber, daß ihnen vorgeworfen wird, sie seien zu Stützen des kapitalistischen Staates geworden.

Die Stellungnahme des ehemaligen „Freiheit"-Redakteurs Seidel zum Betriebsrätegesetz unterscheidet sich in keiner Weise von der der alten Reformisten: Um ihre Aufgaben zu erfüllen, brauchen sie, so versichert uns der Mann, der jahrelang die Betriebsrätebewegung bei den Eisenbahnern leitete, „keineswegs das Recht, zwingende Beschlüsse fassen zu können".

Ja, dies Buch ist ein „Buch das Kampfes", aber ein Buch des Kampfes gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft, ein Buch des Kampfes nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen jede Gewerkschaftsopposition. Ein Buch, das der Arbeiterschaft höchstens indirekt dienen kann. Insofern nämlich, als es zeigt, wie politisch verkommen heute die führenden Ideologen des ADGB sind.

H. Farwig.

Schriften zur Geschichte Chinas

F. E. A. Krause: „Geschichte Ostasiens." 2 Bände. Vandenhoeck &Ruprecht, Göttingen 1925.

Krause hat sich das Ziel gesteckt, „eine für ein größeres Publikum lesbare und doch wissenschaftlich brauchbare Geschichte Ostasiens" zu schreiben. Ein größeres Publikum wird das Krausesche Werk, das aus einer ganz willkürlichen Aneinanderreihung politischer, kultureller und (gelegentlich) ökonomischer Daten besteht, gewiß nicht lesen. Einen wissenschaftlichen Wert aber hat die umfangreiche Arbeit, eben wegen ihrer rein chronologischen Methode, noch weniger. Bei seiner Darstellung der älteren Geschichte wiederholt Krause unkritisch das alte Dogma, vom „Neun-Felder-System", das in der von Krause vorgetragenen Form sicher falsch ist. Der große sozialreformerische Versuch des Wang An Schih im 11. nachchristlichen Jahrhundert wird nicht nur in der Form gehässig dargestellt (Wang wird mit dem „schwachsinnigen König Kobad" verglichen und als „phantastischer Schwärmer" lächerlich gemacht), sondern darüber hinaus läßt sich Krause, aus seiner offensichtlich reaktionären Einstellung heraus, auch zu einer direkten Geschichtslüge hinreißen: Während die nach dem Wangschen Plan den armen Bauern gewährten Staatskredite nur zu einem Bruchteil der üblichen Zinssätze verzinst werden mußten, erzählte Krause, die Bauern hätten das geliehene Geld „mit hohem Zins" zurückzuzahlen gehabt. Das ist jene famose bürgerliche Wissenschaft, die bekanntlich „über den Klassen" steht! Daß Herr Krause die neueren Ereignisse in China nicht versteht, ist, nachdem er schon die alten mißverstand, kein Wunder. „Kein echter (!) Chinese", erklärt er, „hat die Revolution (von 1911, W.) in seinem Lande allzu ernst genommen. Sie war ein äußerlicher Vorgang, der das tief gewurzelte Kulturleben der Nation kaum wesentlich berührt hat." (II, S. 309.) Das ist angesichts der Tatsachen immerhin ein starkes Stück! Man braucht nur in den früher skizzierten Büchern Russells und des weit tiefer analysierenden R. Wilhelm zu blättern, um sich durch tausend wesentlichste Angaben davon zu überzeugen, daß mit der tiefgreifenden materiellen Umgestaltung des ostasiatischen Riesenreichs eine entsprechende kulturell-ideologische Umgestaltung innigst verschmolzen ist. Da aber Krause dem materiellen Umwälzungsprozeß mit imposanter Ahnungslosigkeit gegenübersteht, [575] kann er natürlich auch die geistige Revolution Chinas nicht begreifen. Nach Karl Radek besteht die bürgerliche Chinakunde aus einer Mischung von hochqualifizierter Sprachenkunde und reiner Mythologie[*]. Das ist ein scharfes, aber leider nicht unrichtiges Urteil. Sprachenkunde enthält das Krausesche Geschichtswerk nicht ...

Otto Franke: „Ostasien." (Weltgeschichte der neuesten Zeit 1890 bis 1925. Herausgeber P. Herre. Ullstein, Berlin. Bd. 1. o. J. 1925. S. 331 bis 356.) Derselbe: „Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914." (G. Westermann, Braunschweig und Hamburg. 1923. 408 S.)

Ins Jahre 1911 hat K. Radek Conradys Darstellung der chinesischen Geschichte in der Ullsteinschen Weltgeschichte trotz zahlreicher Einschränkungen als eine das Niveau dieses Sammelwerks wesentlich übersteigende Arbeit begrüßt[**]. Frankes Beitrag zu dem neuesten Ergänzungsbande der

[*] „Arbeiterbewegung und Revolution in China." Berlin 1925. S. 11.
[**] „Die Neue Zeit." 1911. Jahrgang 29, 1.

„Weltgeschichte“ macht auf eine derartige Ausnahmestellung keinen Anspruch. Was Franke in seinem größeren Werk über die „Großmächte in Ostasien“ ausführlich, unter Benutzung „amtlicher Schriftstücke und Aufzeichnungen der in der Entwicklung führenden Persönlichkeiten“ dargestellt hat, das gibt er in der Ullsteinschen Sammlung als übersichtliche Skizze. Während aber seine größere Schrift wenigstens durch die Fülle der geschilderten politischen Schachzüge und Kämpfe einen gewissen Material wert hat, enthält die Ullstein-Skizze alle Fehler seiner Arbeitsweise, ohne eine einzige ihrer Lichtseiten. Franke sieht die ganze Geschichte Ostasiens vor dem Kriege unter dem Gesichtswinkel eines England, das planmäßig auf Einkreisung und Vernichtung Deutschlands lossteuert und das alle seine außenpolitischen Maßnahmen diesem Prinzip unterordnet. Wenn nun auch vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus die Bedeutung derartiger imperialistischer Zweckhandlungen keineswegs geleugnet werden kann, so ist Franke dabei zweifellos weit über das Ziel hinausgeschossen, vor allem ist auch die Beobachtung der chinesischen Entwicklung selbst, wie sie sich unter dem Einfluß der imperialistischen Mächte vor 1914 vollzog, durch seine anglophobe Einstellung völlig zu kurz gekommen. Frankes reaktionär-nationalistischer Standpunkt läßt ihn weder die wahren Ursachen der chinesischen Revolution erkennen – diese ist nach ihm „ein Erzeugnis amerikanischen Geistes“ („Großmächte“ S. 369) – noch vermag er zu ihrem Verlauf und ihren Trägern ein verständnisvolles Verhältnis zu gewinnen. Er spricht von einer widersinnigen „republikanischen Komödie“, deren Vorkämpfer sich durch „Unreife und Urteilslosigkeit“ auszeichnen. Eine große Rolle spielt dabei das Rassenmoment. Ist schon auf Grund einer solchen Blutsgemeinschaft ein Bündnis aller Asiaten gegen die Weißen ins Leben getreten – ein Bündnis, das sich leider, nach F.s eigenem Geständnis, nicht bewährte –, so liegt der Revolution von 1911, obwohl sie doch nach seiner Amerikatheorie ein von außen eingeführtes Kunstprodukt ist, andererseits die „Bluts“-Verschiedenheit des chinesischen Nordens und Südens zugrunde. „Der Süden hatte nicht sowohl gegen die mandschurische Dynastie an sich als vielmehr ... gegen den ihm wesensfremden Norden gekämpft“. („Ostasien“, S. 352.) Die ganze vorwissenschaftliche Armseligkeit des offiziellen Universitätsgeschichtsschusterei kommt in diesen Frankeschen „Analysen“ zum Ausdruck. Die wirtschaftlichen Grundlagen der imperialistischen Ostasienpolitik werden von Franke in schamhafter Unwissenheit völlig totgeschwiegen. So erfahren wir denn über die inneren Motive der imperialistischen Ostasienpolitik weniger als nichts, Ein Zeichen, daß die „korrekteste“ Benutzung unantastbarer „Quellen“ nicht immer zum wissenschaftlichen Erfolge führt – vor allem dann nicht, wenn diese Quellen gar nichts mit den wirklich zu lösenden Problemen zu tun haben.

George Dubarbier: „La China contemporaine, politique et économique“*). (Paul Geuthner Paris. 1926. 373 S.) Das Nützliche an diesem Werk. das sich auf seinen ersten 200 Seiten mit der politischen Entwicklung des jüngsten China beschäftigt, sind die detaillierten Angaben über den äußeren Verlauf der Ereignisse. Die verschiedenen Verfassungen, Wahlbestimmungen usw. sind so ausführlich wiedergegeben, daß der marxistisch geschulte Leser ohne Mühe den Klassensinn dieser Institutionen herauslesen kann. Die Konferenz von Washington und die durch sie aufgerollten Chinaprobleme neuesten Datums (von der Exterritorialität und der Konsulargerichtsbarkeit bis zum Problem der Einflußsphären und der Zollautonomie) erfahren eine sachlich ziemlich aufschlußreiche Darstellung. Der Standpunkt des Verfassers ist allerdings der eines überzeugten Söldlings des Imperialismus, von dessen welterlösender Mission er ohne Vorbehalt überzeugt ist. Ohne die technische und materielle Hilfe der „Fremden“ geht es nun einmal in China nicht (S. 278). Eine „trockene“ Intervention, in der Art, daß die imperialistischen Mächte eine von einem imperialistischen Offizierskorps geführte „chinesische“ Polizei bildeten, würde „günstige Wirkungen für die Chinesen selbst haben“. (S. 151.) Kein Wunder, daß von diesem Standpunkte aus Sun-Yat-Sen als eine „armselige Figur“ erscheint, als ein „Utopist“ , in dem unser französischer Imperialist nichts anderes sieht als einen „Agitator und Krakehler“ (brouillon). (S. 32.) Wertvoll ist trotz allem noch die sorgfältige Wiedergabe des russisch-chinesischen Vertrags, die Darstellung des gegenwärtig bestehenden Verwaltungssystems (S. 201 ff.) sowie vieler Details aus dem ökonomischen Leben des gegenwärtigen China.

*) Das zeitgenössische China, ökonomisch und politisch.

[576] Putnam Weale: „Why China sees red.“[*)] (Macmillan & Co., Ltd. London. 1926. 313 S.) Vertritt das Buch Dubarbiers die französische Schattierung des imperialistischen Standpunkts, so ist Putnam Weales Buch über die jüngsten Ereignisse in China die Arbeit eines hundertprozentigen englischen Imperialisten. Während aber die älteren Schriften des Engländers, der sich schon seit vielen Jahren drüben aufhält, eine gewisse liberale Note zeigten, haben die letzten Ereignisse diesen liberalen Lack jäh zum Abblättern gebracht.

P. W. unterscheidet sich heute kaum noch von den konservativsten Eisenfressern seines Landes, An seinem neuesten Buch sind die Urteile und Ratschläge interessanter, als die zum Teil ganz entstellt und unvollständig gegebenen Tatsachen. Im Kapitel über den „Bolschewismus“ muß der Verfasser zugeben, daß die Ideen der sowjetrussischen Politik in Kanton einen bedeutenden Erfolg errangen (S. 79 ff.), daß dort, wie es an einer anderen Stelle heißt, „zweifellos eine kommunistische ‚Zelle‘ entstanden ist“. Doch hält P. W. diese Radikalisierung Kantons wie auch die der Studenten- und Arbeiterbewegung, für eine – Krankheit. „Das chinesische Problem“, erklärt der berühmte „Kenner“ des fernen Ostens, „ist in weitem Maße ein pathologisches, sehr wenig ein politisches“. (S. 108.) Hier hört offensichtlich die ruhige Beobachtung der Vorgänge auf. An ihre Stelle tritt eine blinde Wut, die sich nicht nur in Schimpfworten, wie dem eben zitierten, sondern in sehr konkreten politischen Ratschlägen Luft macht. Ist die Masse der Studenten den Gedanken des alten konservativen Konfuzianismus abhold geworden, nun, so muß die englische Regierung eben einen tüchtigen Haufen Geld auswerfen, um dem Konfuzianismus – im Gegensatz zu den „ungesunden“ neuen Ideen – wieder auf die Beine zu helfen. (S. 233.) Wenn denn einmal Tschang-Tso-Lin der einzige Mann ist, der eine reaktionäre Aktion entschlossen durchführen kann, dann hätte man ihm, trotz all seiner politischen Schattenseiten (Abhängigkeit von Japan) die nötigen Mittel für eine Niederwerfung der revolutionären Bewegung in die Hand drücken sollen, Hätten ihm nämlich die englisch sprechenden Mächte Geld und Munition gegeben, „dann würde es niemals einen 30. Mai in China gegeben haben; denn trotz all seiner Fehler ist Tschang-Tso-Lin doch ein Mann, der sein Wort hält und den einmal unternommenen Plan mit Energie und Entschlossenheit durchführt“. (S. 89.) Daß P. W. auf Grund dieser Einstellung einer bewaffneten Intervention gegen China nicht ablehnend gegenübersteht, sondern im Gegenteil eine solche in allen Einzelheiten ausgearbeitet vorlegt[**)], ist nur konsequent. Er erwartet, daß früher oder später Kanton erobert werden wird, ob direkt von den Imperialisten oder ob indirekt etwa von Tschang-Tso-Lin und seinem Anhang, das ist dabei von untergeordneter Bedeutung. Und das einzige Hindernis für seinen Interventionsplan sieht er in der Uneinigkeit der imperialistischen Mächte (S. 265). Immerhin macht P. W. schon jetzt Pogromstimmung gegen die erbittertsten Feinde des Imperialismus in China, und er richtet sich hierbei ebenso sehr an die reaktionäre Generalität wie an England und die übrigen fremden Mächte: „Früher oder später wird es den Roten und der Kuo-Min-Tang-Partei beschieden sein, ganz in der gleichen Weise überall in China angegriffen zu werden wie die Mandschus im Jahre 1911“ (S. 89). Dann würde, so phantasiert P. W. weiter, nach Vernichtung der revolutionären Kräfte eine Lücke entstehen, die sehr wohl durch ein neues Mandschu-Kaisertum ausgefüllt werden könnte (S. 261). Der Engländer steht einem solchen Unternehmen nicht feindlich gegenüber; er, der erst wenige Jahre früher, als eine chinesische Republik den englischen Plänen günstiger zu sein schien, für diese Republik schwärmte[***)] [er], er paßt seine Ideale heute unbedenklich der veränderten Konjunktur an.

[*)] Warum China rot sieht.

[**)] Mit etwa 100.000 Mann wäre nach P. W. der Interventionsfeldzug erfolgreich durchzuführen. Eine europäische Division würde gegen General Feng genügen. „Kanton könnte durch ein einziges Bataillon europäischer Infanterie genommen werden, wenn dieses angemessene Unterstützung von Kanonenbooten erhielte“ (S. 264). Auch die Finanzierung des Planes wird offen erörtert, Wir haben in einem Aufsatz in der „Internationale“, Nr. 6 (1926, S. 176), bereits auf das Bestehen eines derartigen Planes aufmerksam gemacht. P. W.s Ausführungen über diesen Punkt, die seinen eigenen Angaben nach von Fachleuten und Bankiers herstammen, beweisen erneut, wie ernst der Gedanke einer bewaffneten Intervention, trotz aller offiziellen Ableugnungsmanöver, in den Kreisen jener Mächte erwogen wird, die, wie P. W. sich ausdrückt, „es sich nicht leisten können, zu warten“ (S. 262).

[***)] Putnam Weale: „The Fight for the Republik in China“ („Der Kampf für die Republik in China“). London 1918. S. 288.

Bertrand Russel hat, offenbar eingedenk der liberaleren Zeit des englischen Schriftstellers, diesen „einen der besten Freunde Chinas“ genannt.*) Das neueste Werk P. W.s gibt allen revolutionären Chinesen die Möglichkeit, zu prüfen, welch einen idealen „Freund“ sie an Herrn P. W. haben. Sein Fall (Um-Fall) ist weit über seine belanglose Person hinaus bedeutungsvoll: China sieht hier klar, daß auch hinter den lyrischen Flötentönen der englischen Liberalen die brutale Fratze des nur seinen eigenen Vorteil verfolgenden Imperialismus verborgen ist.

[577]

*) „China“; S. 143.

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 1. Oktober 1926 * Heft 19

Die Bedeutung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks

╬ B e r l i n, 2. Oktober 1926

Der Ausbruch des Hamburger Hafenarbeiterstreiks stellt eine der wichtigsten Fragen für das deutsche Proletariat und für die Taktik der deutschen Gewerkschaften auf die Tagesordnung. Der Streik ist der erste größere Wirtschaftskampf nach einer längeren Periode der Passivität, er bedeutet den Beginn des aktiven Abwehrkampfs des deutschen Proletariats gegen die Rationalisierung und die Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Er erhält seine internationale Bedeutung durch die Tatsache, daß im selben Moment, wo die Bergarbeiterinternationale den internationalen Solidaritätsstreik für die englischen Bergarbeiter ablehnte, durch den Ausbruch des Streikes im Hamburger Hafen die Verschiffung von Streikbrecherkohle zu einem erheblichen Teil unterbunden wird.

Die größte Bedeutung des Streikes liegt jedoch auf anderem Gebiet. Er stellt den ADGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften vor die wichtigste Frage ihrer gesamten Taktik, die zu einer Lebensfrage für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung geworden ist: Ob sie sich länger der durch die Schlichtungsverordnung im Jahre 1924 geschaffenen Beseitigung des Streikrechts bei Verbindlichkeitserklärungen unterwerfen wollen oder ob sie gewillt sind, die Machtmittel der Arbeiterschaft einzusetzen sowohl gegen die Unternehmer als auch gegen den Staatsapparat, der durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen jeden Kampf der Arbeiterschaft um höhere Löhne und günstigere Lebensbedingungen zu unterbinden gewillt ist.

Im Jahresbericht des ADGB für 1924 wird eine Entschließung des Bundesausschusses zu der Frage der Schlichtungsverordnung veröffentlicht, die in einer Sitzung am 18. März 1924 angenommen worden ist. Es heißt darin:

„Der Bundesausschuß des ADGB erkennt in dem gesetzlichen Einigungszwang der Gesamtstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine schwere Gefahr für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung ... Der Bundesausschuß erklärt deshalb die den Einigungszwang betreffenden Bestimmungen in der Verordnung über das Schlichtungswesen als unvereinbar mit den Interessen der Gewerkschaften."

Trotz dieses Beschlusses hat der ADGB bisher nichts unternommen, um die Gewerkschaftsbewegung von den Fesseln der Schlichtungsverordnung zu [578] befreien. In ihrem Bestreben, die Stabilisierung des deutschen Großkapitals nicht zu stören, haben die Gewerkschaftsführer bei zahlreichen Wirtschaftsstreitigkeiten auf das wichtigste gewerkschaftliche Kampfmittel, den Streik, prinzipiell verzichtet, dann, wenn die staatlichen Schlichter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs erlassen haben. Durch diese Taktik wurde nicht nur die Kraft der Gewerkschaftsbewegung erheblich geschwächt, auch das Vertrauen der breitesten Arbeitermassen in den Gewerkschaftsorganisationen wurde durch diese Unterwerfung unter das Diktat der Schlichtungsinstanzen der deutschen Großbourgeoisie wesentlich herabgemindert.

Nun stellt der Ausbruch des Hamburger Hafenarbeiterstreiks die reformistischen Gewerkschaftsführer erneut vor die ernste Frage, welchen Weg sie einschlagen wollen, den der völligen Unterwerfung unter das Diktat des Arbeitsministeriums oder den des offenen entschlossenen Kampfes gegen Unternehmertum und Regierung, wobei sie nur dann auf einen Erfolg rechnen können, wenn sie gewillt sind, die gesamte Kampfkraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in die Waagschale zu werfen und den Kampf zugleich als p o l i t i s c h e n gegen die kapitalistischen Staatsgewaltmethoden zu führen. Es ist aber ohne weiteres klar, daß die Reformisten bei ihrer Taktik des Verrats jeden Arbeiterkampfs beharren werden.

Die Haltung des Deutschen Verkehrsbundes in Hamburg zeigt allerdings, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer weit davon entfernt sind, den zweiten Weg zu gehen. Es ist wohl eines der traurigsten Kapitel der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß die Führer einer Gewerkschaft am Beginn eines Streikes die von ihnen selbst einberufene Versammlung der Mitglieder ihres

Verbandes verlassen mit der Erklärung, daß sie die Führung des Kampfes nicht übernehmen können, da sonst die Regierung die Organisation schadenpflichtig machen würde. Es ist der vollendete Ausdruck des vollkommenen Bankrotts der reformistischen Gewerkschaftstaktik, der sich hier den deutschen Arbeitermassen mit besonderer Klarheit zeigt. Jetzt wird der Kampf geführt ohne die Organisation. Die Kampfführung hat eine von der Arbeiterschaft eingesetzte Streikleitung übernommen, während die Gewerkschaftsbeamten auf eine günstige Gelegenheit zur Abwürgung des Streikes warten. Muß nicht ein solches Verhalten den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation bei den streikenden Arbeitern und darüber hinaus bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die morgen schon in derselben Situation stehen kann, aufs tiefste diskreditieren? Es ist nicht darauf zu hoffen, daß die „Strategen“ des ADGB aus der Stellung dieser Frage die notwendigen Konsequenzen ziehen werden. Denn ein Kampf gegen die Schlichtungsverordnung und Schlichtungspraxis kann nur geführt werden als Kampf gegen die bürgerliche Regierung wie gegen das konzentrierte Großkapital. Aber das wollen die Herren Tarnow und Leipart, die wie gebannt den Silverbergschen Sirenenklängen lauschen, unter keinen Umständen. Zwar schlägt unter dem mächtigen Drucke der Stimme der Arbeiterschaft der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel vom 2. Oktober einige „radikale“ Töne an, aber das einzige, wozu er sich aufschwingen kann, ist die lächerliche Feststellung, daß das Reichsarbeitsministerium die Verantwortung für den Ausbruch des Konflikts trage. Das Reichsarbeitsministerium wird im Bunde mit den Unternehmern diese Verantwortung gerne tragen, denn die Praxis der staatlichen Schlichter ist ein Teil des bewußten Feldzugs des deutschen Großkapitals für die weitere Verschärfung der Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft. Und wenn der „Vorwärts“ mitteilt, daß das Reichsarbeitsministerium bei der Ablehnung jeder Lohnerhöhung noch weiter gegangen ist als selbst die [579] Unternehmer, so ist dies nur Ausdruck der Tatsache, daß das Reichsarbeitsministerium im Auftrage der gesamten deutschen Großbourgeoisie handelt, während speziell in den Hafenbetrieben die Unternehmer noch gewisse Bedenken tragen, sich durch einen Streik die günstige Konjunktur zu beeinträchtigen. Daher machte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums keinen Gebrauch von der Erklärung der Unternehmer, daß sie selbst zwar keine Lohnerhöhung wollen, sich aber mit einer solchen abfinden würden, wenn der Vertreter des Ministers durch Schiedsspruch die Grundlöhne erhöhen würde.

So zeigt der Hamburger Hafenarbeiterstreik, wie auf der einen Seite Unternehmer und Regierung eng zusammenarbeiten gegen die Arbeiterschaft, während auf der anderen Seite die Gewerkschaften auf die Kampfführung verzichten und dadurch den Sieg der Arbeiter erheblich erschweren. Daß die reformistischen Führer des ADGB wie auch der SPD eine Verbreiterung des Kampfes unter allen Umständen verhindern wollen, daß sie nicht daran denken, aus dem Verhalten der Schlichtungsinstanzen den einzig möglichen Schluß zu ziehen, sich über die Schlichtungsverordnung hinwegzusetzen, die Gesamtkraft der deutschen Arbeiterklasse zu mobilisieren gegen den Versuch der völligen Ausschaltung und Lahmlegung der Gewerkschaftsorganisationen, das zeigt die wütende Polemik des „Hamburger Echo“ gegen die Kommunisten, die eine Verbindung des Kampfes der Hafenarbeiter, Werftarbeiter und Verkehrsarbeiter forderten.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik wirft vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Grundfrage auf, ob die Gewerkschaften proletarische Kampforganisationen oder kleinbürgerliche Unterstützungsvereinigungen sein sollen. Die Taktik der reformistischen Gewerkschaftsführer hat die Kampfkraft der Gewerkschaften zermürbt und geschwächt, sie führt jetzt zum offenen Verzicht auf die Führung des Klassenkampfs und auf die Erfüllung der ureigensten Gewerkschaftsaufgaben. So wird der Hamburger Kampf, ganz gleichgültig, wie seine Weiterentwicklung sich gestalten wird, eine bittere und ernste Lehre für das deutsche Proletariat. Er zeigt, daß die Brechung des reformistischen Einflusses in den Gewerkschaften eine Existenzfrage für das deutsche Proletariat und für die Gewerkschaften selbst geworden ist. Je früher die Arbeitermassen dies erkennen, und je geschlossener sie die Konsequenzen daraus ziehen, desto besser kann einer neuen Gewerkschaftsflucht und Gewerkschaftsmüdigkeit vorgebeugt werden, die sonst aus dem Versagen der reformistischen Gewerkschaftsführer entstehen wird. Es gilt jetzt, innerhalb der Gewerkschaften alle Kräfte zu mobilisieren, um der kampflosen Unterwerfung unter das Lohn-

und Arbeitszeitdiktat der Unternehmer und der Regierung der Großbourgeoisie ein rasches Ende zu bereiten. Der Auszug der Führer des deutschen Verkehrsbundes aus der Streikversammlung der Hamburger Hafenarbeiter war das Kennzeichen des völligen Zusammenbruchs der reformistischen Gewerkschaftstaktik, der Streikbeschluß der Hamburger Hafenarbeiter trotz dieses Auszugs war die Bekundung der für die weitere Entwicklung entscheidenden Tatsache, daß die deutschen Arbeitermassen die aktive Gegenwehr gegen den Rationalisierungsfeldzug aufgenommen haben trotz des Versagens der Gewerkschaftsbürokratie. Damit wird der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter zum Signal, zum Beweis dafür, daß ein neuer Aufschwung des proletarischen Klassenkampfs in Deutschland, die Sammlung des Proletariats zum Widerstand, die Aufrollung der revolutionären Klassenfront, begonnen hat. [580]

*

Zur Frage der Stabilisierung des Kapitalismus

Von A. K u r e l l a

Der Ausbruch des englischen Generalstreiks und die Ereignisse in Polen haben einigen Genossen den Anlaß gegeben, die von der Kommunistischen Internationale auf den beiden letzten Plenarsitzungen der Exekutive gegebene Definition der Weltlage, als eine Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, als nicht mehr gültig zu bezeichnen und das absolute Ende dieser Periode zu verkünden. In diesen Fehler ist vor allem Genosse S i n o w j e w verfallen, der in der Sitzung des Präsidiums, die sich mit der englischen und polnischen Frage beschäftigte, mehrmals ausdrücklich und nachdrücklich davon gesprochen hat, daß die Periode der relativen Stabilisierung endgültig vorüber sei, und der denselben Gedanken, wenn auch in etwas vorsichtigerer Weise, in seiner Rede über den Generalstreik am 21. Mai in der Öffentlichkeit wiederholt hat. In dieser Rede sagte er wörtlich, „daß die Ereignisse des letzten Jahres das Vorhandensein einer kapitalistischen Stabilisierung widerlegen".

Gegenüber diesen Abweichungen von der richtigen Linie der Komintern ist es notwendig, klar und deutlich zu formulieren, was die Kommunistische Internationale unter „relativer Stabilisierung des Kapitalismus" versteht.

Die Kommunistische Internationale hat niemals von einer „Stabilisierung des Kapitalismus" schlechthin gesprochen. Sie hat gegenüber der menschewistischen Auffassung von einer ernsten und auf lange Dauer reichenden kapitalistischen Stabilisierung, von einer r e l a t i v e n Stabilisierung gesprochen. Wie noch Genosse Sinowjew auf der VI. Erweiterten Plenarsitzung der Exekutive ausgeführt hat, ist darunter zu verstehen, daß der Kapitalismus der Jahre 1925-26 stabiler ist, verglichen mit seiner Lage in den unmittelbar auf den Krieg folgenden Jähren. Das heißt zunächst, daß der Kapitalismus sich nach wie vor in der Periode der Fäulnis befindet, als die Lenin die Periode des imperialistischen Kapitalismus bezeichnet hat. Die tiefe Krise, die der Kapitalismus in der Nachkriegsperiode durchmachte, ist aber nicht hervorgerufen durch eine ganz neue, besondere und eigenartige Zersetzungsperiode, für die man etwa eine neue Theorie der Gesetzmäßigkeit dieser Zersetzung aufstellen müßte, sondern ist zu betrachten als eine Episode in der allgemeinen imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus für die ein rasches Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft und ausgesprochene Zersetzungstendenzen g l e i c h z e i t i g kennzeichnend sind. („Es wäre irrig, zu glauben, daß diese Zersetzungstendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließe", schreibt Lenin in seinem „Imperialismus".) Im Laufe der imperialistischen Entwicklung sind Perioden möglich, in denen einmal die Zersetzungstendenzen ein anderes Mal die Befestigungstendenzen, und zwar wechselnd an verschiedenen Stellen des kapitalistischen Welt-gebäudes, der Gesamtentwicklung ihren Stempel aufdrücken. Die Periode unmittelbar nach dem Kriege war für Europa eine Periode der außerordentlichen Verschärfung der Zersetzungstendenzen. In den letzten Jahren sehen wir im Gegensatz dazu wiederum in Europa Erscheinungen eines neuen Wachstums der kapitalistischen Kräfte auf der Grundlage einer relativen Überwindung der genannten Zersetzungserscheinungen

W o aber sind diese Zersetzungserscheinungen und r e l a t i v e n B e s s e r u n g s e r s c h e i n u n g e n zu suchen?

Einige Genossen, und unter ihnen ist vor allem Trotzki zu nennen dessen Standpunkt sich jetzt die ganze Opposition auch in dieser Frage genähert hat, sind der Meinung, daß sowohl die Zersetzungs- als auch die Stabilisierungstendenzen im europäischen Kapitalismus sich in der [581] p o l i t i s c h e n Ebene gezeigt haben. Nach ihrer Meinung ist die Lage kurz folgende: Der Krieg hat das kapitalistische System tief erschüttert, indem er die Massen zur Aktion getrieben hat. Die kapitalistischen Staaten haben den revolutionär auftretenden Massen Konzessionen gemacht und sind vor ihnen zurückgewichen. Mangels einer festen revolutionären Führung waren die revolutionären Massen aber nicht in der Lage, die Nachkriegskrise in allen betroffenen Ländern zur Eroberung der politischen Macht auszunutzen. Die revolutionären Kämpfe endeten mit der Niederlage des Proletariats und i n f o l g e d e s s e n konnte die Bourgeoisie ihre Lage politisch befestigen und sich stabilisieren.

Diese Auffassung, die die U r s a c h e n der Stabilisierung des Kapitalismus in der politischen Niederlage des Proletariats sieht, ist f a l s c h.

Die eigenartigen und besonderen Zersetzungserscheinungen des Kapitalismus in der Nachkriegszeit (des Kapitalismus als Weltsystem im allgemeinen und des europäischen Kapitalismus im besonderen) waren ö k o n o m i s c h e r N a t u r. Was der Krieg vollkommen durcheinander gebracht hat, waren der vor dem Krieg bestehende einheitliche Weltmarkt und Welthandel, die internationale kapitalistische Arbeitsteilung, die einheitliche Entwicklung der Weltpreise, die einheitliche Parität der internationalen Währung, das einheitliche Weltkreditsystem. Der Krieg hat die ganzen Weltbeziehungen des Kapitalismus zerstört. Der Kapitalismus als Weltsystem wurde zerschlagen in eine Reihe von kapitalistischen Gruppen, innerhalb deren wiederum jedes kapitalistische Land in weitem Maße zu einem mehr oder weniger geschlossenen nationalen Wirtschaftssystem zurückkehrte. Gleichzeitig setzte die industrielle Entwicklung einer Reihe von Ländern ein, die bisher in einer gewissen Abhängigkeit von den dominierenden europäischen Industrieländern gestanden haben. Der Kapitalismus versuchte in den einzelnen Ländern nach dem Kriege seine Wiederherstellung in dem Rahmen dieser nationalen Zersplitterung durch ausgesprochenen Raubbau an den Produktionsmitteln, durch die Ausnutzung der vorübergehenden Schwächen der kapitalistischen Konkurrenten, die zu einer teilweisen, ungesunden Aufblähung einzelner Industriezweige in einzelnen Ländern führte. Eine große Rolle bei diesen Versuchen spielte die Enteignung des Kleinbürgertums im nationalen Rahmen mit Hilfe der Inflation, der eine Politik gewisser Konzessionen an die Arbeiterklasse gegenüberstand. Die Weltwirtschaftskrise 1920-23 zeigte die Unfruchtbarkeit aller dieser Versuche und rief die ersten Versuche der Rückkehr zu stabilen Verhältnissen im Weltmaßstabe, das heißt durch Wiederaufbau der kapitalistischen Weltbeziehungen, hervor. Es ist außer Zweifel, daß der Übergang zu derartigen Stabilisierungsversuchen dadurch begünstigt wurde, daß die Arbeiterklasse die in der vorhergehenden Periode entstandenen Krisen nicht zu entscheidenden Schlägen gegen den Kapitalismus auszunutzen verstanden hatte. Die Niederlagen der Arbeiterklasse erleichterten den Übergang zu internationalen Stabilisierungsversuchen.

Wenn wir aber heute von einer relativ erfolgreichen Stabilisierung des Kapitalismus sprechen, so meinen wir in erster Linie die ö k o n o m i s c h e n Ergebnisse der neuen Versuche: Die Rückkehr zum Weltmarkt, die fortschreitende Wiederherstellung einheitlicher Weltpreise, die Wiedereinführung einer internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, die immer weiter um sich greifende Wiederherstellung einer internationalen festen Währung und damit des Weltkreditsystems. Daß der europäische Kapitalismus sich auf diesen Weg begeben hat, und daß es ihm auf diesem Wege gelungen ist, nicht unbedeutende Erfolge zu erringen, daß er das auf diesen Gebieten durch den Krieg geschaffene Chaos überwunden hat – alles das ist es, was uns in erster Linie von seiner relativen Stabilisierung sprechen läßt.

[582] Es ist selbstverständlich, daß diese relativ erfolgreiche Wiederherstellung der Weltbeziehungen des Kapitalismus auf einer wesentlich veränderten Grundlage erfolgt, als der, die vor dem Kriege bestanden hat. Die Proportionen der Beteiligung der einzelnen kapitalistischen Länder am Weltmarkt, am Weltkreditsystem usw. sind durchaus revolutioniert. Aber hier zeigt sich nur eine der Grunderscheinungen, die Lenin als typisch für die kapitalistische Entwicklung überhaupt und für die imperialistische im besonderen aufgezeigt hat: Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in der sowohl die Zersetzungs- als auch die Wachstumserscheinungen ungleichmäßig, an verschiedenen Orten, zu verschiedener Zeit, in verschiedener Stärke auftreten. Diese

Ungleichmäßigkeit der Entwicklung ist geradezu die Vorbedingung für den Erfolg der Stabilisierungsbewegungen im internationalen Maßstabe. Dank dieser Ungleichmäßigkeit ist es in den einzelnen europäischen Staaten gelungen, eine mehr oder weniger richtige Linie für die Demobilisierung ihrer im Kriege aufgeblähten Industrie, für die Herstellung eines neuen Gleichgewichts der einzelnen Industriezweige ihres Landes im Zusammenhang mit dem Weltmarkt und seiner Aufnahmefähigkeit zu finden. Mit Hilfe der Inflation, mit Hilfe der Dumping-Politik und mit den Mitteln des rein kommerziellen Zusammenschlusses zahlreicher Unternehmungen zu wirtschaftlichen Einheiten (Konzernen) konnte der Kapitalismus der einzelnen Länder den sich langsam wiederherstellenden Weltmarkt abtasten und nach und nach die Grenzen ausfindig machen, in denen eine Stabilisierung der nationalen Wirtschaft, als Teil der Weltwirtschaft, möglich wurde. Diese Methoden gaben dem Kapitalismus eine gewisse Elastizität, die es ihm erlaubte, aus den verschiedenen Teilkrisen wieder herauszukommen, ohne von der revolutionären Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse hinweggefegt zu werden.

Nach der Eroberung einiger wichtiger Positionen auf dem Wege der Wiederherstellung der kapitalistischen Weltbeziehungen der Vorkriegszeit (in neuer Konstellation) tritt der sich stabilisierende Kapitalismus jetzt in einigen Ländern in eine Phase ein, die einige neue Momente enthält. Die Bemühungen zur Wiederherstellung stabilerer Verhältnisse in den internationalen Beziehungen sind von relativem Erfolg gekrönt gewesen. Das Weltkreditsystem fängt an, wieder zu funktionieren. Die bestehenden Märkte sind mehr oder weniger neu verteilt. Die Preise spielen sich auf ein Weltniveau ein. Der Kapitalismus kehrt zur Politik der Abschließung internationaler Kartelle über verschiedene Produktionszweige zurück. Wie soll die Entwicklung weitergehen? Der Kapitalismus kann nicht stehenbleiben. Ungeachtet aller internationaler Vereinbarungen und nationaler Zusammenschlüsse bleibt das Gesetz des Konkurrenzkampfs weiterhin geltend. Stillstand der kapitalistischen Beziehungen bedeutet tatsächlich ständigen Rückgang der Profitrate für die einzelnen Kapitalisten. Der Kapitalismus kann nur leben, wenn er sich ständig weiterentwickelt. Die Stabilisierung bedeutet die Erreichung eines relativen Gleichgewichts. Dieses Gleichgewicht würde für den Kapitalismus unerträglich sein.

Die relative Stabilisierung bedeutet also, daß die einzelnen kapitalistischen Gruppen suchen müssen, dieses Gleichgewicht wieder zu zerstören. Das kann auf drei Wegen geschehen, und wir sehen die sich stabilisierenden kapitalistischen Gruppen tatsächlich auf diesen drei Wegen vorgehen.

1. Auf dem Wege der gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterschaft durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Reallöhne. Bekanntlich hat in den letzten Monaten ein neuer, verschärfter Feldzug gegen den Achtstundentag und für Lohndrückung eingesetzt, dessen bekanntes Beispiel der englische Kohlenkonflikt ist. [583]

2. Auf dem Wege der Verbesserung der Organisation und der technischen Ausrüstung des Produktionsapparats. Das geschieht durch Stilllegung veralteter Produktionsmittel, Konzentrierung und Vervollkommnung der leistungsfähigen und Verstärkung des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen.

3. Durch die Ausschaltung der schwächsten Konkurrenten im internationalen Maßstabe mit den Mitteln der Gewalt. Zu diesem Zwecke werden in allen kapitalistischen Ländern durch die Abschließung aller möglichen militärischen Bündnisse, durch gesteigerte Rüstungen neue Kriegsvorbereitungen getroffen, deren Spitze sich gegen die aufsteigenden Konkurrenten richtet, die gegenwärtig für die schwächsten gehalten werden: Gegen China und die Sowjetunion.

Alle die Maßnahmen, die der Kapitalismus so für seine weitere Stabilisierung auf der bereits erreichten Grundlage trifft, fallen letzten Endes auf das Proletariat und den proletarisierten Teil des Kleinbürgertums zurück. Das Ergebnis dieses verschärften Druckes auf die Bevölkerungsschichten ist aber die Verstärkung ihrer Widerstandsbewegung gegen den Kapitalismus. Die Erscheinungen dieser verstärkten Widerstandsbewegung der proletarisierten Bevölkerungsschichten sind allgemein bekannt: Die Zunahme der Linksströmung der Arbeiterbewegung, die Krisen in der sozialistischen Bewegung, das wachsende Interesse dieser Schichten für die Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau sind die Kehrseite der erfolgreichen Stabilisierungsversuche des Kapitalismus, und sie werden zunehmen, je weiter der Kapitalismus seine Stabilisierung weiterzutreiben suchen wird.

Die Periode der relativen Stabilisierung ist deshalb zugleich eine Periode der Verstärkung der revolutionären Energie der unterdrückten Klassen und Völker. Nur wenn man die Stabilisierung des Kapitalismus richtig versteht, wenn man sie in ihrem Wesen, in ihrem ökonomischen Inhalt und ihren sozialen und politischen Folgen richtig analysiert, kann man daher auch richtig die revolutionäre Taktik in der Periode der relativen Stabilisierung bestimmen.

Fehler in der Auffassung der Stabilisierung ziehen unvermeidlich Fehler in der kommunistischen Taktik nach sich. Darum ist es für jeden Kommunisten, der sich davor hüten will, in die taktischen Fehler der verschiedenen, gegen die Kommunistische Internationale kämpfenden oppositionellen Strömungen zu verfallen, notwendig, sich zuerst eine richtige Meinung über die relative Stabilisierung des Kapitalismus zu bilden. Es kann hier nur ein Entweder-Oder geben: Entweder eine richtige, marxistisch-leninistische Auffassung oder eine menschewistische, die letzten Endes dem Kapitalismus dient.

*

Die Rationalisierung im Ruhrbergbau

Von Archivar (Essen)

Der Ruhrbergbau befand sich in der Nachkriegszeit in einer schwierigen Situation bezüglich seiner Wettbewerbsfähigkeit und der Rentabilität. Die Ursache diese Zustandes war in dem während des Krieges geübten Raubbau und im unsachgemäßen Arbeiten zu finden. Es sei in dieser Beziehung an die große Zahl der während der Kriegsjahre im Bergbau beschäftigten Kriegsgefangenen und der Veränderung der Belegschaftszusammensetzung während des Krieges gegenüber der Vorkriegszeit erinnert. War zum Beispiel im gesamten Ruhrbergbau im Jahre 1914 nur 0,1 Prozent der [584] Belegschaft weiblichen Geschlechts, so stieg ihr Anteil 1917 auf 6,1, 1918 sogar auf 6,6 Prozent. Sie nahm dann in den Nachkriegsjahren langsam ab. Den friedensmäßigen Anteil erreichte sie aber erst in den Jahren 1924-25. Auch der Altersaufbau erfuhr eine wesentliche Verschiebung zugunsten der jüngeren Altersstufen. Der Anteil der Jugendlichen unter 16 Jahren betrug im Jahre 1913 durchschnittlich etwa 3,6 Prozent, er wuchs in den Kriegsjahren bis auf 8,2 Prozent, und im Jahre 1922 betrug er noch im Durchschnitt etwa 3,5 Prozent. Im Frieden waren 15 Prozent der Belegschaft unter 20 Jahre, der Anteil der Altersgruppen über 30 Jahre betrug 55 Prozent. In der Kriegszeit standen im Alter unter 20 Jahren 25, im Alter über 30 Jahre 57 Prozent. In den Jahren 1919-20 bis zu 20 Jahren 22 Prozent, über 30 Jahre 51 Prozent. Noch im Jahre 1921-22 betrug der Anteil der unter 20 Jahre alten Arbeiter 20 Prozent, der der über 30 Jahre alten 48 Prozent.

Es ist klar, daß diese Verschiebung der Belegschaftszusammensetzung die Leistungsfähigkeit wie auch die fachmännische Kohlengewinnung beeinträchtigte. Diese Tatsache kommt zum Ausdruck bei der Betrachtung der Entwicklung der Belegschaft nach Beschäftigungsarten. Im Jahre 1913 entfielen von der Gesamtbelegschaft einschließlich Beamte 76 Prozent auf Untertage-Arbeiter, ihr Anteil sank 1919 bis auf 68,2 Prozent; 1922 betrug sie nur 69,3 Prozent. Im Jahre 1925 erreichte sie erst 75,8 Prozent. Für die wichtigsten Arbeitergruppen bei der Kohlengewinnung, für die Hauer und Schlepper, sah die relative Bewegung folgendermaßen aus:

1913 50,7 Prozent, 1919 etwa 41,4 Prozent, sie sank in den Nachkriegsjahren bis auf 40 Prozent, im Jahre 1924 betrug sie erst 47,35 Prozent und im Jahre 1925 47,5 Prozent. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren die Auswirkungen des Krieges und die von ihm hervorgerufenen Entbehrungen, die nicht nur eine physische, sondern auch eine psychologische Minderung der Leistungsfähigkeit mit sich brachten. Bei einer Gegenüberstellung des Verhältnisses vom Jahresverdienst und Existenzminimum ergibt sich für das Jahr 1913, daß der Jahresverdienst der Bergarbeiter das 1,51-fache des Existenzminimums betragen hat, wogegen er während der Kriegsjahre bis auf das 1,09-fache gesunken ist und 1922 das 1,26-fache betragen hat. Die physischen Nachwirkungen kommen zur Erscheinung bei der Betrachtung der Krankheitsziffer. Die Tuberkulosesterblichkeit der Belegschaft betrug auf 10.000 Lebende im Jahre 1913 6,2, sie stieg 1918 bereits auf 15,9. Dieselbe Entwicklung zeigt die Sterblichkeit an Erkrankungen der Atmungsorgane. Für Bronchitis stieg die Sterblichkeitsziffer während des Krieges sogar über das 5-fache der des Jahres 1913.

Unter diesen Nachwirkungen stand der Ruhrbergbau bis am Ende des Jahres 1922, und es muß festgestellt werden, daß in den Nachkriegsjahren nichts von den Zechenbesitzern für eine Verbesserung der während, des Krieges technisch zurückgebliebenen Betriebe getan wurde, im Gegenteil, die Jagd nach der Kohle ging weiter, ohne Rücksicht auf technische Notwendigkeiten zu nehmen. Im Jahre 1923 kam die Ruhrbesetzung und damit eine Stillegung fast des gesamten Ruhrbergbaues. Nach Beendigung des passiven Widerstandes haben die Ruhrindustriellen in der Form einer Besatzungsentschädigung 715 Millionen Mark erhalten, die sie dann in den Stand gesetzt hat, eine technische Verbesserung der Betriebe durchzuführen. Der eigentliche Rationalisierungsprozeß im Bergbau nahm nach der Beendigung des Streikes im Jahre 1924 seinen Beginn und dauert noch heute fort.

[585] Die Maßnahmen zur Durchführung des Rationalisierungsprogramms erstrecken sich auf drei Gebiete: 1. auf technischem Gebiet, Mechanisierung der Förderung 2. organisatorisches Gebiet, Ausnützung der Standortverhältnisse, Konzentration der Produktion auf geringere Betriebsanlagen in den Händen einer geringeren Zahl Gesellschaften. 3. Eine Erhöhung der Intensivität der Arbeit, nicht nur durch technische Mittel, sondern hauptsächlich, teilweise sogar ausschließlich durch Anwendung aller Mittel der Antreiberei, um eine restlose Ausnutzung der Arbeitszeit für „produktive Arbeit“ zu sichern.

1. Die Mechanisierung der Kohlenförderung im Ruhrbergbau nahm folgende Entwicklung:

	1913[1]	1914[2]	1924[2]	1925[1]
	31.12.	April	2. Halbjahr	31.12.
Bohrhämmer	10.141	13.783	43.472	31.516
Drehbohrmaschinen	32	48	2427	2260
Abbauhämmer	189	545	15.500	35.666
Schüttelrutschenmotoren	1672	2135	6301	6195
Schrämmaschinen	231	270	715	748

[1] „Deutsche Bergwerkszeitung“ 6.8.1926.
[2] Jüngst: Lebenshaltung und Lohnkosten im Ruhrbergbau.

Hier sei eingeschaltet, daß bei Betrachtung dieser Tabelle klar wird, daß die eben in der Zeit zwischen dem 2. Halbjahr 1924 und 1926 eingetretene Leistungssteigerung nicht, wie es die Zechenbesitzer behaupten, zum größten Teil auf die Mechanisierung zurückzuführen ist, denn während dieser Zeitspanne ist nur ein geringer Fortschritt, teilweise sogar ein Rückgang der im Betriebe befindlichen Maschinen zu verzeichnen.

2. Die organisatorischen Maßnahmen:

Der schon seit Jahren andauernden standortmäßigen Verschiebung des Bergbaues vom Süden, teilweise sogar von der Mitte des Ruhrbezirks nach dem Norden ist eine große Bedeutung zuzumessen. Dieser Prozeß führte in den letzten drei Jahren zu einer großen Zahl von Stillegungen (76 Schachtanlagen mit 48000 Mann Belegschaft). Zuerst wurden die sogenannten Randzechen, meistens Magerkohlevorkommen, betroffen. Diese Stillegungen wurden vorerst auf die geringere Absatzmöglichkeit dieser Kohlensorte zurückgeführt. Die nachfolgende Stillegung vieler Zechen mit Eß-, Fett- und Gaskohle bewies aber, daß es sich um tiefergehende Ursachen handelt. Die Begründung dieser Umschichtung ist in der günstigen Verkehrslage des Nordens (Wasserwege: Rhein, die Kanäle Dortmund–Ems, Rhein–Lippe, Rhein–Herne und die geplanten Hansa- und Mittellandkanäle) zu finden. Diese Umschichtung kommt auch in der Entwicklung der Bevölkerungsbewegung und insbesondere der Bewegung der bergmännischen Bevölkerung zum Vorschein, die deutlich einen Zug nach Norden, teilweise auch nach Mitte zeigt.

	Ortsanwesende Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme von
	am 1.12.1910	am 16.1.1925	1910 bis 1925 Proz.
Süd	347426	366082	+ 5,37
davon bergmännische Bevölkerung	74.393	40.858	– 45,08
Mitte	2.057.838	2.358.947	+ 14,63
davon bergmännische Bevölkerung	597.537	722.103	+ 20,85
	830.099	1.119.872	+34,91

	Ortsanwesende Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme von
	am 1.12.1910	am 16.1.1925	1910 bis 1925 Proz.
Nord			
davon bergmännische Bevölkerung	311.745	478.530	+ 53,50

[586] Die standortmäßige Verschiebung bewirkte, daß in den einzelnen Kreisen des südlichen Gebiets, z. B. in Schwelm, alle Schachtanlagen stillgelegt und damit eine Verminderung der bergmännischen Bevölkerung um 100 Proz. eingetreten ist.

3. Konzentrationsprozeß

Die Konzentrationsbewegung im Ruhrbergbau machte ihre größten Fortschritte in den Nachkriegsjahren 1919-1921 im wesentlichen in der Richtung der vertikalen Konzentration. In den Jahren 1924-1925 wurde die Konzentrationsbewegung verschärft und die in den Nachkriegszeiten neu aufgetretenen Bergwerksgesellschaften teilweise zur Stillegung gebracht, andere zusammengefaßt, an bestehende Konzerne angegliedert, teilweise in Betrieb gehalten, teilweise stillgelegt und die Förderungsquoten auf die eigenen Anlagen übernommen. Diese Konzentration der Werke in wenige Hände und die der Produktion auf wenige Anlagen bezweckte eine Herabsetzung der Kosten der Produktion. Wie weit dieses Bestreben erreicht wurde, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung über die Konzentration im Ruhrbergbau, sowohl was die Zahl der Gesellschaften als auch die der Betriebsanlagen anbelangt.

	Unter 1 Mill. t jährliche Förderung		Von 1-5 Mill. t jährliche Förderung		Über 5 Mill. t jährliche Förderung	
	1924	1925	1924	1925	1924	1925
Zahl der Gesellschaften	49	30	14	16	7	8
In % der Gesamtzahl	70,0	55,6	20,0	29,6	10,0	14,8
Förderung in t	8.579.274	7.481.230	36.694.500	36.544.719	48.853.954	59.661.286
In % der gesamten Förderung	9,10	7,21	38,99	35,25	51,90	57,54
Belegschaft	45.774	32.340	176.030	151.823	239.785	248.884
In % der gesamten Belegschaft	10,27	7,47	38,14	35,06	51,96	57,47
Zahl der in Förderung stehenden Werke	60	35	84	78	118	129
In % aller Werke	22,9	14,4	32,1	32,2	45,0	53,3
Auf ein Werk fallende durchschnittliche Förderung t	142.988	213.749	436.839	468.521	414.017	462.490
Auf eine Gesellschaft fallende Förderung t	175.087	249.375	2.621.035	2.284.045	6.979.136	7.457.661
Belegschaft auf einem Werk	783	924	2096	1947	2032	1929
Belegschaft auf einer Gesellsch.	934	1078	12.573	9488	2032	1929
Auf 1 Mann der Belegschaft entfallende Förderung in Tonnen für das Jahr	187	231	208	234	203	240

Vorweg sei bemerkt, daß bei dieser Zusammenstellung die Gründung des Montantrustes nicht berücksichtigt ist, sie hat die Zahl der Gesellschaften mit einer Förderung von über 5 Millionen Tonnen jährlich um 2 verringert (die Rhein-Elbe-Union ist in der vorstehenden Aufstellung als eine Gesellschaft betrachtet). Die Zahl der im Betrieb befindlichen Anlagen und Werke entspricht nicht dem Stande am Ende des Jahres 1925, da im Verlauf des Jahres stattgefundene Stillegungen nicht mit berücksichtigt sind. Bei der Berücksichtigung dieser Stillegungen ergibt sich eine weitere Verringerung hauptsächlich der Zahl der Gesellschaften, die eine jährliche Förderung unter 1 Million Tonnen haben. Dasselbe trifft auf die Zahl der im Betrieb befindlichen Werke zu. Die Aufstellung gibt auch einen Überblick über die Vorteile der größeren Konzentration und über die Überlegenheit des Großbetriebs.

Die Gesellschaften mit unter 1 Million Tonnen Förderung haben im Jahre 1924 9,10 Prozent der gesamten Förderung mit 10,27 Prozent der Gesamtbelegschaft gefördert. Im Jahre 1925 ist das Verhältnis 7,21 Prozent [587] 7,47 Prozent. Die mittleren Gesellschaften, mit einer Förderung von 1 bis 5 Millionen Tonnen haben 38,99 Prozent der Kohlenmenge mit 38,14 Prozent der Belegschaft geliefert. Im Jahre 1925 35,25 Prozent mit 35,06 Prozent der Belegschaft. Die Betriebe mit über 5 Millionen Tonnen jährlicher Förderung haben 51,90 Prozent mit 51,96 Prozent der Belegschaft, im Jahre 1925 aber 57,54 Prozent mit 57,47 Prozent der Belegschaft gefördert. Auch die Jahresförderung eines angelegten Arbeiters zeigt bei den Gesellschaften mit über 5 Millionen Tonnen jährlicher Förderung die höchste Ziffer.

Methoden der Antreiberei

Zur Illustrierung der Methoden der Antreiberei auf den Zechen des Ruhrgebiets werden wir einige wörtliche Auszüge aus den Berichten der Arbeiter in den Zechen an das „Ruhr-Echo“ (Arbeiterkorrespondenzen) wiedergeben.

1. Revierweise Seilfahrt. „Morgens sind 15 Minuten Seilfahrt. In jeden Korb sind 70 Personen hineingezwängt. In der Morgenschicht geschieht die Mannschaftsförderung ohne Kontergewicht. Bis auf den letzten Platz wird der heruntergehende Korb gefüllt. Der aufwärtsgehende hingegen ist leer. Was daraus entstehen kann, das zeigen uns die Unglücksfälle auf Mathias Stinnes usw. Unten am Schacht läuft die Belegschaft an allen vier Seiten heraus, trotzdem nur zwei Anschläger vorhanden sind, die die Türen öffnen. Dann werden die Kumpels in die Personenzüge, geladen und in einem Tempo geht’s durch die Querschläge, das man denkt, man befindet sich auf einer Schaukelbank.“ (Zeche Dannenbaum.)

„Aus Angst, nicht mitzukommen, kommen schon viele 20 Minuten vor Einfahrt. Wer zur festgesetzten Zeit nicht herunterkommt, kann das erstemal nach Hause geben, das zweitemal wird er bestraft, das drittemal entlassen.“ (Bergmannsglück, Staatszeche.)

Diese Klage wiederholt sich in unzähligen Zuschriften. Alle bergpolizeilichen Sicherheitsverordnungen werden mißachtet. So liegt uns von Zeche Diergardt I–II folgender Bericht vor:

„Die bergpolizeilichen Vorschriften werden wieder vollständig außer acht gelassen. Bis zwei Minuten vor der Seilfahrt wird gewühlt, dann schnell die Tore eingehängt. Die Leute gehen auf den Korb, trotzdem noch vollgeladene Kohlenwagen auf der oberen Etage stehen. All dies ist bergpolizeilich verboten.“

2. Mangelnder Ausbau der Strecken. „Die Strecken werden nicht vorschriftsmäßig ausgebaut.“ (Zeche Brassert.)

„Alle Kappen und Stempel sind zerbrochen und die Schlepper müssen darüber volle Kohlenwagen schleppen. In den Streben fehlt es tagelang an Holz; wird darüber Beschwerde geführt, dann heißt es nur: Morgen ist Holztag. Es entstehen häufig Brüche, die meistens Unfälle zur Folge haben.“ (Zeche Brassert.)

„Kohle muß gefördert werden. Verhauen ist Nebensache. Die Unglücksfälle und täglichen Verletzungen nehmen in erschreckendem Maße zu. Dahlbusch ist zum Dauerlieferant für das Krankenhaus geworden. Das Schlimmste ist, daß kolossal an Holz gespart wird und die Arbeiten immer häufiger zu Bruch liegen. Beschwerde beim Bergamt erfolglos.“ (Dahlbusch.)

„Fahrschacht niemals sauber gemacht. Häufige Steinfälle. Auf den Fahrten von der 4. bis zur 2. Sohle sind die Sprossen mitunter einen Meter auseinander.“ (Auguste Viktoria.) [588]

3. Strafen. „Wegen unreiner Kohle, Mindermaß, nicht sofortiger Ausführung einer Anordnung, Spreizen in der Strebe, die nicht vorschriftsmäßig gelegt waren, werden Strafen verhängt.“ (Auguste Viktoria.)

„Der Steiger von Revier 13 hat in einem Monat nicht weniger als 73 Kumpels bestraft, nicht unter 2 Mark.“ (Auguste Viktoria.)

„Auf der Zeche De Wendel werden Strafen bereits bei 3 Prozent unreiner Kohle verhängt.“

Häufig sind die Strafen wegen Mindermaß durch die Nichtinstandhaltung der Strecken verursacht: „Die Hölzer sind gebrochen und das streift die Kohle vom Wagen herunter.“ (Beeckerwerth.)

4. Überschichten. „Zweimal iii der Woche werden anderthalb Schichten verfahren.“ (Asseln.)

„Kohlenhauer verfahren 8 bis 9 Schichten.“ (Zeche Bonifatius.)

„Revierweise jede Woche eine Überschicht.“ (Bergmannsglück.)

Der Zwang zu Überschichten: „In der ersten Schicht machen wir unseren Einbruch, und man hat lange zu tun, ehe man ein Schalholz hineinbekommt, und der Verdienst beträgt dann 350 bis 4 Mark.

Dann kommt der Steiger und sagt: ‚So, heute abend wird vollgesetzt!‘ Wenn man nun nicht kommt, dann arbeitet ein anderer an dieser Stelle und kann, da der Einbruch bereits heraus ist, seine Meter machen, und er verdient dabei, wenn es gut geht, 7.80 Mark, und der Überschichtenverweigerer geht mit 5 bis 6 Mark nach Hause.“ (Ahrenberg Fortsetzung.)

„Wenn nicht anderthalb Schichten verfahren werden, braucht Ihr nicht mehr anzufahren.“ (Königin Elisabeth.)

5. Die Steiger. Die Steiger führen im Auftrage der Zechenverwaltung die Antreiberei durch; sie stehen selbst sehr häufig unter der Antreiberei der Verwaltung. „Kommen die Steiger mittags um 2 Uhr aus der Grube, so müssen sie dem Assessor Rapport erstatten. Derjenige, dem es gelungen ist, sein Soll zu fördern, hat das Glück, keinen Rüffel zu bekommen. Sonst Revierentziehung.“ (Beeckerwerth.)

„Haben die Steiger ihr Soll nicht geschafft, so werden sie wieder in die Grube gejagt. Sogar aus dem Hause werden die armen Teufel geholt und müssen wieder anfangen.“ (Dahlbusch.)

6. Außerachtlassung der bergpolizeilichen Verordnung. „Auf Körben mit Personenbeförderung werden Wagen aufgeschoben.“ (Auguste Viktoria.)

Auf der Zeche Dahlbusch erklärte die Verwaltung, wenn die Belegschaft in den heißen Betriebspunkten nur sechs Stunden arbeiten will, die Betriebspunkte schließen zu wollen.

„Am 1. April 1926 sollte überall die Gesteinstaubstreuung eingeführt werden. Aber man sieht noch verflucht wenig von dieser Verordnung. Schlammbäder kann man unentgeltlich haben. Das Fahren im Blindschacht wird stillschweigend geduldet. Schlimm ist es mit dem Kohlenstaub. Es gibt Strecken, da liegt derselbe fußhoch. Die Gefahren, die sich daraus ergeben, brauchen nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es sind mitunter 18 bis 25 Felder offen. Kohlenbrüche und Bergversatzbrüche sind an der Tagesordnung. In den Überhauen werden keine Lutten eingebaut.“ (Zeche Dannenbaum.)

Die Folge davon ist Vermehrung der Unglücksfälle.

(Minister Aschenbach.) In den Monaten Juli-August waren 130 Kumpels im Krankenhaus“

„Im Juli täglich fast zwei Unfälle.“ (Ahrenberg Fortsetzung.)

[589] „Die Hauptschuld trägt natürlich die Verwaltung, die nicht genug an Material, das man unbedingt zur Sicherheit braucht, sparen kann, weil ein großer Teil der Steiger angesichts des Prämiensystems am Monatsschluß am besten abschneiden will und heute im Bergbau 60 Prozent der Steiger wohl theoretisch, aber nicht praktisch ausgebildet sind.“ (Prosper.)

„Wenn die Schrämmaschine, die Kohlenrutsche und die Steinrutsche in Betrieb sind, ist ein derartiger Höllenlärm, daß die Kumpels ihr eigenes Wort nicht verstehen.“ (Brassert.)

7. Die Behandlung der Verunglückten. „Auf dem Schacht-bau Beeckerwerth erlitt am 8. Juli ein Schachthauer lebensgefährliche Verletzungen. Ein großer Stein traf ihn derart, daß er außer Verletzungen an den Augen, Rücken, einen Bruch des Nasenbeins und Schädelbruch davontrug. Der Verletzte konnte nicht sofort abtransportiert werden, da keine Tragbare vorhanden war. Auf Anfrage erklärte die Markenkontrolle: Für Schachtbau haben wir keine Tragbahre.“ (Beeckerwerth.)

8. Der Verkehrston in der Grube. „Los, halten Sie das Maul, ich brauche Kohle und damit basta. Wenn Sie nicht wollen, bestrafe ich Sie, ich kann Sie dann nicht gebrauchen.“ (Ahrenberg Fortsetzung.)

„Ihr Dickköppe, Schweinehunde, ich trete euch in den A ..., daß ihr Kohlen kotzt. Und wenn ihr vor lauter Kohldampf die Wände rauf rutscht. Dubbeln (Butterbrot essen) gibt es nicht.“ (Dickscheheide.)

„Halten Sie Ihre Schnauze, sonst schlage ich Ihnen die Meterlatte an den Schädel.“ (Dickscheheide.)

„Kohle, oder ich jage euch aus dem Loch. Den ganzen Morgen habt ihr auf dem Arsch gesessen, gefaulenzt habt ihr.“ (Beeckerwerth.)

9. Ausbeutung der Jugendlichen. „Vier Jahre Verpflichtung; Erziehungsrecht steht der Zeche zu. Nur fünf Schichten werden ihnen vergütet, die sechste als Unterrichtschicht unbezahlt. Die Krankentage müssen nach Ablauf der Lehrzeit nachgeholt werden.“ (Auguste Viktoria.)

10. Über die Lohnhöhe. „Zwei Lohnscheine im Juli, 27 Schichten, 221.60 Mark, davon Abzüge 68.34 Mark. 26 Schichten, 201,50 Mark, davon Abzüge 56 Mark.“ (Prosper.)

„Im Juli haben 60 Prozent der Belegschaft den Durchschnittslohn nicht erreicht.“ (Zentrum I–III.)

„Juli, sehr wenige Kameradschaften haben den Tariflohn erreicht.“ (Königin Elisabeth.)

„Seit der Einführung der Metergedinge, das heißt seit einem Jahr, wurde kein Durchschnittslohn verdient.“ (Ahrenberg Fortsetzung.)

(Fortsetzung folgt)

*

Nach Bournemouth

O. O. War der 58. Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes ein Schritt vorwärts im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung oder ein Schritt rückwärts? Die Reformisten können sich darauf noch keine klare Antwort geben, wie es aus folgender Schlußbetrachtung eines vom SPD-Pressedienst abgedruckten Artikels aus London hervorgeht: „Allerdings erst nach der großen, reinigenden Aussprache über den Generalstreik wird man wirklich sehen können, wohin die Fahrt geht ... Erst nach dem großen Kampf im Bergbau wird eine Diagnose darüber möglich sein, ob der Weg vom Radikalismus Scarboroughs zur nüchternen Selbstbescheidung von Bournemoufh tatsächlich einen Fortschritt anzeigt.“

[590] Um diese und alle anderen damit verbundenen Fragen richtig zu beantworten, ist es notwendig, die Lehren des letzten Kongresses in Bournemouth im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Kongreß von Scarborough und der dazwischen liegenden Kampfperiode der britischen Arbeiterklasse zu ziehen.

Kein Zufall ist es, wenn der Generalrat einen Badeort und eine Erholungsstätte der Bourgeoisie an der Südküste Englands als Tagungsort für diesen Kongreß erwählte. Warum wurde er nicht im Kampfgebiet der Bergarbeiter abgehalten, die seit über vier Monaten im Abwehrkampf gegen den Aushungerungsfeldzug der Zechenbarone und ihrer Regierung standen und mit Recht eine entscheidende Hilfe sowie aktive Solidarität für die Sicherung ihres Sieges von den Kongreßdelegierten verlangten? Nicht der Kampfplatz der darbenden Bergarbeiter, sondern der Erholungsort der Bourgeoisie wurde vom Generalrat als Tagungsort für würdig befunden. Diese Tatsache ist geradezu symbolisch und kennzeichnet die feindliche Stellung des Generalrats zum Bergarbeiterkampf wie auch zu allen anderen entscheidenden Schritten im Interesse der gesamten britischen Arbeiterschaft.

I.

Jene Haltung des Generalrats trat nicht erst auf dem Kongreß oder nach dem verratenen Generalstreik zutage. Sie ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß dieser Generalrat alle Kongreßbeschlüsse von Scarborough unausgeführt und auf dem Papier stehen ließ.

Weder der beschlossene Kampf gegen den Dawes-Plan noch gegen den Imperialismus und seine kriegerischen Gefahren wurden durchgeführt. Nicht einmal einen Protest gegen die Dawesierung Deutschlands, noch einen einzigen Schritt zur Verhinderung der von den imperialistischen Mächten entfachten Kriegsfackel in Marokko, Syrien, China und in anderen Ländern hat der Generalrat unternommen. Trotzdem die vorhergehenden Kongreßbeschlüsse ausdrücklich vom Bündnis mit den unterdrückten und ausgebeuteten Kolonialvölkern sprechen und der Generalrat auf Beschluß das Recht zur Entsendung einer Kommission nach China hatte, sabotierte er auch diese Durchführung. Nicht anders war das Schicksal der übrigen Beschlüsse. Weder ein Entwurf für die Erweiterung der Rechte und Pflichten des Generalrats wurde vorgelegt, noch ist die zur Stellungnahme hierfür beschlossene Spezialkonferenz einberufen. Weder der Beschluß über die Bildung von Betriebsräten noch ein einziger ernsthafter Schritt zur Verwirklichung der internationalen Gewerkschaftseinheit wurde ausgeführt,

trotzdem der Kongreß insbesondere für letztere Frage ganz genaue Richtlinien dem Generalrat erteilte.

Was bringen diese Tatsachen zum Ausdruck? Allein die angeführten Beispiele zeigen, daß die große Linksentwicklung der britischen Arbeiterklasse wohl auf dem Kongreß in Scarborough in allen Resolutionen und Beschlüssen ihren Ausdruck fand; nicht aber in der Wahl eines solchen Generalrats, der seiner Zusammensetzung nach auch eine Sicherheit für die Verwirklichung aller gefaßten Beschlüsse gab.

Wie läßt sich dies erklären? Nur dadurch, daß der in Scarborough gewählte Generalrat sich auf jenem Kongreß nicht dem Willen der nach links sich orientierenden Arbeiterschaft entgegenstellte. Zeitweise waren die gewählten Führer vorher sogar Träger dieses Willens, wie die „Linken", die das Verlangen für eine einheitliche Weltgewerkschafts-Internationale, für ein Bündnis mit den Arbeitern der Sowjetunion und ihren Gewerkschaften zum Ausdruck brachten. Diese Haltung spiegelte den Druck der Massen wieder, der auch auf dem Kongreß in Scarborough sich zeigte, wo alle fortschrittlichen Anträge angenommen wurden, ohne daß ein Widerstand sich dagegen von den „linken" Führerelementen zeigte. Jener großen [591] Mehrheit der Delegierten, die in Scarborough eine solche Linksbewegung widerspiegelte, fehlten damals noch die sichtbaren Lehren von heute, wie sie durch die Kapitulation der sogenannten „Linken" vor der Politik der „Rechten" während der Periode von Scarborough bis Bournemouth und insbesondere seit dem Bergarbeiterkampf sowie nach dem Generalstreik nunmehr jedem einzelnen Arbeiter vor Augen sind.

Diese Tatsache muß man aussprechen, um zu verstehen, warum trotz aller Linksentwicklung der britischen Arbeiter ihre Beschlüsse von Scarborough auf dem Papier blieben, welche Rückwirkungen sich daraus auf den Bergarbeiterkampf und besonders auf den Generalstreik ergaben, und welche tiefe Kluft zwischen dem Ergebnis von Scarborough und Bournemouth liegt.

Dadurch wird es erst verständlich, daß ein solcher Generalrat – der nicht einen einzigen Schritt zur Durchführung der Scarborough-Beschlüsse tat, sondern in Wirklichkeit ihr Gegner war – auch zum Verräter an der siegreichen Durchführung des Bergarbeiterkampfs sowie am Generalstreik werden mußte.

So wie der Rote Freitag im Vorjahre das Signal für die Bourgeoisie war zur Konzentrierung aller Kräfte für die verschärfte Offensive gegen die Arbeiterklasse, war das Resultat von Scarborough ein Signal für alle Gegner des Klassenkampfs, um die Durchführung seiner Beschlüsse zu sabotieren. Vor dieser Politik der „Rechten" kapitulierten die „Linken". Sie bereiteten deshalb schon lange vor dem 1. Mai den Verrat an dem Bergarbeiterkampf wie auch am Generalstreik vor. Damit wurde faktisch die Gesamtpolitik der britischen Bourgeoisie und ihrer Regierung gestützt, die sich nicht nur gegen die britische, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse richtet. Am sichtbarsten zeigte sich dies seit dem 12. Mai, dem Tage des Generalverrats am Generalstreik, mit der dann offen einsetzenden Kampagne von der britischen Regierung gegen die Sowjetunion.

Denn die britische Regierung hatte ja nunmehr den Generalrat nicht mehr zu fürchten, der eben erst den Burgfrieden mit seiner Bourgeoisie höher stellte als den Klassenkampf und das Bündnis mit der Arbeiterschaft der Sowjetunion. Durch die Ablehnung der von den Gewerkschaften der Sowjetunion angebotenen Hilfe und Zurückweisung ihrer internationalen Klassensolidarität seiten des Generalrats wurden die Churchill und Birkenhead zu ihren Reden und die britische Regierung zu ihrer Note vom 12. Juni an die Adresse der Sowjetunion erst ermuntert.

II.

Alle aus dieser Kampfperiode gezogenen Lehren wurden am Vorabend von Bournemouth zusammengefaßt von der Minderheitsbewegung in den britischen Gewerkschaften. Sie trat kurz vor der Kongreßtagung zusammen zu ihrer dritten

Reichskonferenz, die in Battersea-London stattfand. Die anwesenden 802 Delegierten von 521 Organisationen, darunter 264 Delegierte aus den Provinzen, vertraten eine Gesamtziffer von 956.000 Gewerkschaftsmitgliedern. Ein Vergleich mit den beiden vorhergehenden Reichskonferenzen zeigt ein stetes Anwachsen der Minderheitsbewegung. Auf der ersten August-Konferenz 1924 waren zirka 200.000 Mitglieder vertreten, auf der zweiten August-Konferenz im Vorjahre über 600.000 Mitglieder, und die letzte Konferenz repräsentierte bereits fast eine Million Mitglieder. Diese Zahl hätte mehr als 1.300.000 erreicht, wenn nicht durch den Kampf ein großer Teil der Bergarbeiterdelegierten und infolge dadurch hervorgerufener Kurzarbeit auch Delegierte anderer Organisationen (insgesamt mehr als 40 Delegierte) am Erscheinen verhindert gewesen wären.

[592] Die folgenden Tagesordnungspunkte dieser Konferenz zeigten die Behandlung der wichtigsten Fragen für die britische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung an: 1. Hilfe für die Bergarbeiter, 2. der Generalstreik und seine Lehren, 3. die Reorganisation der Gewerkschaften, 4. internationale Gewerkschaftseinheit, 5. Anti-Arbeiter-Gesetzgebung und 6. Organisationsaufgaben der Minderheitsbewegung. Verlauf und Ergebnis dieser Tagung bewiesen, wie tief die Lehren des verflossenen Jahres in einen entscheidenden Teil der britischen Arbeiterbewegung bereits eingedrungen sind. Gekennzeichnet wird dies durch die bereits veröffentlichten Beschlüsse zu jeder Frage, die seit dem Scarborough-Kongreß aufgeworfen wurden, und wovon die angeführten Punkte die Hauptfragen bildeten.

Gerade die Erkenntnis der Kommunisten und ihr führender Einfluß in der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung Britanniens waren es, die die gesamte Arbeiterschaft auf die Nichtdurchführung der Scarborough-Kongreß-Beschlüsse seitens des Generalrats und seine unterlassenen Vorbereitungsmaßnahmen zu dem am 1. Mai bevorstehenden Bergarbeiterkampf hinwiesen. Diese Stellungnahme gegenüber den Handlungen des Generalrats führte zur Vorbereitung und Einberufung einer Aktionskonferenz seitens der Minderheitsbewegung, um nicht nur in den Zechen und Betrieben, sondern insbesondere in allen Gewerkschaften die breiteste Grundlage der vorzubereitenden Abwehr für den kommenden Abwehrkampf zu schaffen,

So wie die Beschlüsse der vor dem Scarborough-Kongreß stattgefundenen Minderheitskonferenz richtunggebend und bestimmend auf dem Scarborough-Kongreß wirkten, so trug ebenfalls jene Aktionskonferenz nicht nur zur Mobilisierung der englischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, sondern auch zur Auslösung des Bergarbeiterkampfs und Generalstreiks bei. Wohl war es der Minderheitsbewegung unter dem führenden Einfluß der Kommunisten möglich, die Massen zum Kampf zu mobilisieren und zur Entfesselung desselben beizutragen. Ihre Kraft reichte jedoch noch nicht dazu aus, um auch die Führung zu übernehmen, die von dem Generalrat benutzt wurde, um den ohne sein Zutun und gegen seinen Willen ausgebrochenen Großkampf in „geordnete und gesetzliche Bahnen zu lenken und dem sonst drohenden Wirtschaftschaos und Untergang der bestehenden Staatsordnung vorzubeugen.“

Diese Rolle des Generalrats und die Kapitulation der „Linken“ vor der Gesamtpolitik der „Rechten“ seit Scarborough sowie die sich daraus ergebenden Lehren wurden auf der Minderheitskonferenz offen ausgesprochen. Nicht minder auch die Schwächen der Führer des Bergarbeiterverbandes während des Bergarbeiterkampfs. Trotz dieser immer schärfer zutagetretenden Linie kann die Tatsache nicht unerwähnt bleiben, daß bestimmte Schwächen, u. a. in der richtigen Einschätzung der Rolle und Handlungen sowohl der „linken“ Führer wie Purcell und anderer, als auch Cooks, nicht vorher klar und scharf genug ausgesprochen und bekämpft wurden. Während die „linken“ Führer immer sichtbarer die Gesamtpolitik des Generalrats unter Führung der „Rechten“ mitmachten und unterstützten war die milde Kritik gegen die Handlungen der „linken“ Führer, zum Teil auch gegen den gesamten Generalrat (auf einer Exekutive-Sitzung der Minderheitsbewegung) und gegen die Schwächen Cooks in der Führung des Bergarbeiterkampfs ein Fehler, der die nach links drängenden Arbeitermassen nicht von vornherein jene verräterische Rolle des gesamten Generalrats und die Schwankungen Cooks deutlich genug erkennen ließ.

III.

Trotzdem konnten die im allgemeinen richtigen Lehren und Beschlüsse dieser Minderheitskonferenz auch wiederum richtunggebend für die Opposition auf dem bevorstehenden Kongreß in Bournemouth sein. Alle ihre Versuche, auf diesem Kongreß den Kampf der Bergarbeiter in seiner ganzen [593] Tiefe aufzurollen, gelangen ebenso wenig, wie die Stellungnahme zum Generalstreik herbeizuführen. So einmütig, wie der Generalrat nach Scarborough nicht die Durchführung der gefaßten Beschlüsse zuließ, so einmütig er für den Verrat des Generalrats war, so einmütig verhinderte er nicht nur bisher, sondern auch auf dem Kongreß jegliche Diskussion über das weitere Schicksal der für die Arbeiterklasse entscheidenden Fragen. Wichtig hierbei festzustellen ist, daß diesmal nicht nur die sogenannten „linken" Verräter des Generalstreiks, sondern auch die Leitung des Bergarbeiterverbandes und Cook vor der Politik der „Rechten" kapitulierten, wodurch die Hauptfragen von der Behandlung auf dem Kongreß von vornherein ausgeschaltet wurden. Durch dieses zwei Tage vor Beginn des Kongresses getroffene Übereinkommen des Generalrats mit der Bergarbeiter-Verbandsleitung wurde von vornherein eine geschlossene Front zur Verhinderung jeglicher entscheidenden Stellungnahme zum Bergarbeiterkampf und zum Generalstreik aufgerichtet; oder wie ein Londoner Artikel des SPD-Pressedienstes hierzu sagt:

„Die Disziplin überwog. ... So war der Kongreß seines natürlichen Themas beraubt, auf Fragen zweiter Ordnung beschränkt. Die leidenschaftliche Anteilnahme fehlte. Aber die Art, in der diese Fragen, wie das Problem der Machterweiterung des Generalrats, die Zusammenlegung einzelner Verbände, die anglo-russische Einheitsfrage behandelt wurden, ließ doch indirekt einen tiefen Einblick in die psychologischen Wandlungen seit Jahresfrist zu. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wählte der Kongreß von Bournemouth bei allen diesen Fragen die bedächtigere Formulierung, die weniger radikale Resolution."

Diese Wahrheit ist aber nur eine halbe Wahrheit. Aussprechen muß man auf Grund des Resultats von Bournemouth allerdings:

daß in allen Fragen die „Linken" mit den „Rechten" zusammengingen, eine einheitliche Front bildeten und auf diesem Kongreß in den wichtigsten Fragen ihre gegen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft gerichtete Politik durchzusetzen vermochten,

daß jene Haltung der „Linken" sich ebenso zeigte bei allen Fragen „zweiten Ranges", soweit sie behandelt wurden. Nirgends ist eine einzige Stellungnahme gegen die „Rechten" festzustellen. Entweder schwiegen sie und stützten damit die „Rechten", oder die vom Generalrat durchgeführte Politik wurde offen von den „Linken" verteidigt.

Soweit sich Mehrheitsbeschlüsse für die von Kommunisten oder Mitgliedern der Minderheitsbewegung im Namen ihrer Verbände eingebrachten Anträge durchsetzten, geschah es ohne Unterstützung der „Linken", gegen den Widerstand der „Rechten".

Wenn diese Klärung auf dem Kongreß so deutlich sichtbar wurde, so durch die absolut geschlossen und einheitlich auftretende Gruppe der Kommunisten und anderer Mitglieder der Minderheitsbewegung. Gerade ihre Schärfe und Klarheit zu jeder Frage zeigten wie nie zuvor den wachsenden Gegensatz und die bereits tief vorhandene Kluft seitens eines großen Teiles der Massen zu ihren bisherigen „linken" und „rechten" Führern.

Daß diese Tatsache auf dem Kongreß in Bournemouth nicht breiter zum Ausdruck kam, läßt sich besonders auf den Umstand zurückführen, daß fast alle Delegierten vor dem 1. Mai gewählt wurden, zu einer Zeit also, wo die breiten Massen noch nicht die Lehren aus dem Bergarbeiterkampf und Generalstreik gezogen hatten. Nicht zuletzt verwischte auch infolge mangelnder Urwahlen die aus höchsten Körperschaften hervorgegangene Wahl aller Delegierten – zur Hälfte waren es Angestellte – die wirkliche Stellung der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Generalrat und für die Opposition auf dem Kongreß.

[594] Denn der nicht abgeschätzte, sondern feste Einfluß der Opposition allein innerhalb des Gewerkschaftsbundes – der nur einen, allerdings entscheidenden Teil aller britischen Gewerkschaften umfaßt – ist tatsächlich viel größer, als es auf dem Kongreß durch die vor dem 1. Mai gewählten Delegierten zum Ausdruck kam. Trotzdem nur 15 Delegierte, darunter 9 Kommunisten, als Mitglieder der Minderheitsbewegung von insgesamt 697 Delegierten anwesend waren, verfügten sie dennoch in allen abgelehnten Anträgen über einen Einfluß von 800.000 bis 1 Million Stimmen von zirka 4.360.000 als Gesamtmitgliedsziffer des Gewerkschaftsbundes, die übrigens seit Scarborough nicht zurückgegangen, sondern um zirka 14.000 gestiegen ist.

Aus diesem Grunde wurde de, Kongreß in Bournemouth im Gegensatz zu Scarborough der Schauplatz scharfen Kampfes zwischen den von Kommunisten und anderen Mitgliedern der Minderheitsbewegung geführten Opposition gegen die herrschende Bürokratie und ihren Einfluß. Scharf standen sich die Anhänger des Klassenkampfs und die Träger der Klassenharmonie und Arbeitsgemeinschaft gegenüber, was in Scarborough noch nicht zum Ausdruck kam. Dort drückte sich wohl eine starke Linksentwicklung aus, aber ihre Schwäche äußerte sich im Fehlen organisatorischer Konsequenzen. Obgleich auf diesem Kongreß die immer stärker werdende Linksentwicklung der Massen ungenügend zum Ausdruck kam, war um so stärker die nicht nur politisch, sondern auch bereits organisatorisch gezogene Konsequenz. Also: Ablösung der reformistischen Führer durch eine revolutionäre Gewerkschaftsführung war das eindeutige Ziel, oder wie die vor-aufgegangene Minderheitskonferenz beschloß: Kampf um eine solche Führung, die völlig bricht mit der Politik der „Rechten“, sie bekämpft und die Politik der Minderheit unterstützt, bis sie zur Mehrheit geworden ist.

Solange dies nicht der Fall ist, werden nicht nur die Scarborough-Beschlüsse, sondern auch die von der Minderheit für ihre Forderungen durchgesetzten Mehrheitsbeschlüsse vom Bournemouth-Kongreß auf dem Papier bleiben, wenn es nicht gelingt, durch verstärkten Massendruck ihre Verwirklichung zu erzwingen. Soll also z. B. die von der Minderheit mit überwiegender Mehrheitsannahme durchgesetzte Resolution gegen alle britischen Interventionsmaßnahmen, die sich sowohl gegen den chinesischen Freiheitskampf als auch damit gegen die Sowjetunion richten, zu Fleisch und Blut werden, so wird dies nicht vom Generalrat zu erwarten sein der fast unverändert wiedergewählt wurde, sondern nur von einem solchen Massendruck, der die gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen imstande ist.

Wenn man also die Bilanz von Bournemouth gegenüber Scarborough zieht, so spiegelte sich die verschärfte Offensive der britischen Bourgeoisie auch in ihrer Arbeitsgemeinschaft und Klassenharmonie mit den reformistischen Führern wieder, die sichtbarer als nie zuvor die Klasseninteressen der Arbeiterschaft für die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie preisgeben.

Während diese Rechtsschwenkung der englischen Gewerkschaftsführung deutlich zutage tritt, ist auf der anderen Seite aber auch der wachsende Widerstand dagegen, die weitere Linksbewegung der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften sowie das unaufhaltsame Anwachsen der Minderheitsbewegung als revolutionärer oppositioneller Flügel, festzustellen, der sich trotz mancher Wachstumsschwächen auf eine klare Linie stützt, wie es das Resultat der letzten Minderheitskonferenz, das Auftreten in Bournemouth und die Resultate zum Ausdruck brachten.

Obgleich die auf dem Kongreß angenommenen Resolutionen im Vergleich mit Scarborough einen großen Schritt rückwärts bedeuten, so muß andererseits die Lichtseite der Gesamtentwicklung hervorgehoben werden: nämlich das große Wachstum des Einflusses der Minderheitsbewegung innerhalb der Gewerkschaften und damit in der gesamten britischen Arbeiterbewegung. [595]

Die historischen Wurzeln und die Grenzen des Austromarxismus

Von Werner Hirsch

(Fortsetzung und Schluß.)

Das Österreich-Ungarn der Vorkriegszeit war, um mit den Worten Rosa Luxemburgs zu sprechen, die Lenin in der Besprechung der Junius-Broschüre besonders unterstrich, „nicht die politische Organisation eines bürgerlichen Staates, sondern bloß ein lockeres Syndikat einiger Cliquen gesellschaftlicher Parasiten“. Der besondere Charakter der Habsburger Monarchie mit ihrem Nebeneinander von kapitalistischer Bourgeoisie, die den Staatsapparat für ihre Zwecke ausnutzte, und feudalistischem Großgrundbesitz, der gleichfalls um die Beherrschung der staatlichen Machtmittel rang, während schließlich durch den Stand der kapitalistischen Entwicklung auch dem Kleinbürgertum noch ein erhebliches gesellschaftliches Gewicht zufiel – vor allem aber die Tatsache, daß die Klassenkämpfe innerhalb der Doppelmonarchie auf Grund der Unzahl von zusammengewürfelten Nationen verschiedenster gesellschaftlicher Entwicklungsstufen sich gleichzeitig als nationale Kämpfe entwickelten –, das alles setzte die Sozialdemokratie in den Stand, gewisse Tagesforderungen der Arbeiterklasse voll durchzusetzen, indem sie das mannigfache und zerklüftete Kräftespiel ausnutzte und bald mit dieser, bald mit jener Macht im Staate paktierte. Otto Bauer selbst schilderte schon 1906-07 die Möglichkeit, daß die Habsburger Krone zur Unterwerfung der ungarischen Selbständigkeit mit den Parolen des „unverfälschten gleichen Wahlrechts“, des „Koalitionsrechts für die Landarbeiter“, der „nationalen Autonomie unterdrückter Nationen“ aufmarschieren könne[*]. Er meint, daß andererseits der „nationale Streit einen starken Bundesgenossen für die Verwaltungsreform“, also gegen die absolutistische Bürokratie geschaffen habe[**]. So konnte die österreichische Sozialdemokratie ihre Forderungen höher spannen als in anderen Ländern, ohne in ernsteren Konflikt mit dem bestehenden System zu geraten. Sie konnte bisweilen mit dem Staat gegen die Bourgeoisie oder gegen den Großgrundbesitz kämpfen, andererseits mit der Bourgeoisie gegen die Krone, schließlich mit der einen Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie der anderen Nation. Zwei Folgeerscheinungen ergaben sich: erstens erhielt ein Teil des Proletariats (besonders der deutsch-österreichische) durch diese inneren Verhältnisse des zerfallenden Habsburger Staates ebenso besondere Vorteile zugeschanzt, wie das in England, Deutschland usw. auf Grund der Kolonialextraprofite der Fall war (also Entstehen einer Arbeiteraristokratie), und zweitens nahm das Paktieren der Sozialdemokratie mit den klassenfeindlichen Mächten (Krone, Adel, Bourgeoisie) stets eine besonders undurchsichtige Form an, indem es kein Paktieren schlechthin war, sonders jeweils eine dritte Macht zum Gegner hatte, folglich dem ehrlichen Klassenbewußtsein der Arbeiter einen gewissen Spielraum (jeweils gegenüber dieser dritten Macht) beließ, dieses Klassenbewußtsein also nicht direkt unterdrückte, sondern hinters Licht führte. Die menschewistische Korrumpierung der Arbeiterbewegung beließ den Arbeitern einen gewissen „unschädlichen“ Radikalismus.

[596] Die erste „Feuerprobe“ des wachsenden Austromarxismus brachte der Krieg. Der unaufhaltsame Zerfall des Habsburger Staates vollzog sich in beschleunigtem Tempo. Opposition gegen die Kriegspolitik des Habsburgerstaats, wie sie zunächst nur die Minderheit der Partei verlangt hat, konnte unter den speziellen österreichisch-ungarischen Verhältnissen in der Form eines Bündnisses mit den andersnationalen Bourgeoisien in Österreich und dem großdeutschen Kleinbürgertum der Doppel-monarchie erfolgen. Man befand sich so sehr am Schwanz der Geschichte, deren Entscheidung hundertprozentig feststand, daß man Opposition betreiben, ja, „den Staat verneinen“ konnte, ohne irgendwie eine grundsätzlich-klassenbewußte, unversöhnliche Stellung gegen das kapitalistische System einzunehmen. Andererseits war diese Stellung der linken Opposition in der Partei nicht so weit von der Position der offenen sozialpatriotischen Opportunisten entfernt, daß diese bei der Machtübernahme in der Partei durch die „Linke“ nicht den Sprung hätten wagen und mitgehen können. So blieb die Parteieinheit gewahrt: die radikalisierten Massen wurden in der alten, unveränderten Partei scheinbar befriedigt,

[*] „Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie“ S. 430.
[**] Ebenda S. 401.

deren Führung und Politik bürgerlich-reformistisch war und blieb. Die Revolution begann, ohne daß nur die entferntesten Voraussetzungen für eine kommunistische Massenpartei durch eine Differenzierung im sozialdemokratischen Lager entstanden wären.

Die zweite „Feuerprobe“ brachte der eigentliche Zerfall des Habsburger Staates. Von der Opposition zur Revolution übergehend, blieb der Austromarxismus doch durchaus zahm gegenüber dem kapitalistischen System. Man konnte den Habsburger Staat „zerschlagen“, ohne der Bourgeoisie und dem Kapitalismus nur ein Haar zu krümmen. Die Veränderungen durch den Umsturz traten in Österreich vielfach stärker in Erscheinung als etwa bei der Ablösung des wilhelminischen Deutschland durch die Noske-Republik. „Revolution“ ohne Revolution – das war der glänzende Kampfboden für den Austromarxismus, auf dem er seine zweite „Feuerprobe“ bestand.

Die dritte liegt in der Periode der Nachkriegszeit. Wir werden sie später eingehender in ihren einzelnen Phasen betrachten. Hier sei nur das Wesentliche vorausgeschickt. Die drei Kraftquellen für den Austromarxismus, die es ihm ermöglichten, bisher auch diese dritte Probe zu bestehen: einmal ist dies der Hinweis auf die Kleinheit Österreichs, dessen Proletariat allein keine Revolution machen könne, sondern warten müsse, bis die „größeren Brüder“ vorangegangen sind. Dieser Schwindel kann naturgemäß leichter in dem Rumpfgebiet des zerschlagenen alten Österreich verfangen als etwa in Deutschland oder andern größeren Ländern. Es ist aber klar, daß die in der Epoche der Weltrevolution sich radikalisierenden Massen durch eine solche Argumentation („für“ die Revolution, aber gegen ihre Ausführung!) eher eine Zeitlang betört werden können, als durch das Dogma der deutschen Menschewisten, daß man erst den Kapitalismus gesund machen müsse, ehe man zum Sozialismus übergehen dürfe. (Dieses Argument spielt deshalb für den Austromarxismus nicht eine solche überragende Rolle wie in Deutschland.) Eine zweite „Stärke“ des Austromarxismus stellt die Wiener sozialdemokratische Gemeindeherrschaft mit ihren billigen Reformen dar. Die dritte heutige Kraftquelle des Austromarxismus beruht auf folgenden Tatsachen: die Wahrung der Parteieinheit der Sozialdemokratie und damit das Nichtbestehen einer revolutionären Massenpartei nimmt der Auseinandersetzung zwischen. Bourgeoisie und Proletariat in Österreich vorläufig die Schärfe. Die österreichische Bourgeoisie hat dank dem Austromarxismus den Bürgerkrieg bisher vermieden. [597] Hierdurch kam sie wiederum in die Lage, auch ihrerseits zunächst auf die Zerschlagung der proletarischen Organisationen Verzicht leisten zu können. Drei Folgeerscheinungen entstehen aus diesem Prozeßverlauf der „Revolution“: ein Proletariat, das vollkommen aus allen Positionen verdrängt, entrechtet, zurückgeworfen ist, gleichzeitig verhältnismäßig intakte Riesenorganisationen eben dieses Proletariats und drittens ein starkes Kraftgefühl des Proletariats auf Grund seiner Organisationen, trotz der bestehenden Schwäche seiner Klassenlage. (Die Organisationen sind übrigens intakt, wenn man sie an dem Rückgang zum Beispiel in Deutschland mißt, obwohl für österreichische Verhältnisse auch schon der gegenwärtige gewisse Rückgang der österreichischen gewerkschaftlichen Organisationen sehr bedeutungsvoll ist.)

In diesem Widerspruch, den die besondere Geschichte Österreichs ergab, liegt aber die allerbedeutendste Wurzel für Bestand und Entwicklung des Austromarxismus gerade in Österreich: die Geschichte erlaubt dem austromarxistischen Führertum, sein trauriges Handwerk gegen das österreichische Proletariat auszuüben unter Verhältnissen, wo sogar die starke Organisiertheit – sonst eine Quelle des revolutionären Bewußtseins und des Angriffsgeistes – zu einer Unterstützung der reformistischen Korrumpierung der Arbeiterbewegung werden kann; unter Verhältnissen, wo sich die Arbeiterklasse gerade durch das Argument ihrer intakten Organisationen in eine satte Sicherheit bringen läßt, die durch die wahren objektiven Klassenverhältnisse keineswegs gerechtfertigt wird.

So kristallisiert sich immer klarer ein Merkmal aus den verschiedenen Etappen der Geschichte des Austromarxismus heraus: es sind die spezifischen, konkreten Bedingungen der österreichischen Entwicklung, die dem Austromarxismus immer wieder Chancen gegeben haben, ohne die er nicht hätte bestehen können. Und damit sind wir in der Lage, unsere vier Fragen zu beantworten:

1. Der Austromarxismus tritt auf mit zunehmender Verschärfung der Klassengegensätze, mit dem Ansteigen der Radikalisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse.

2. Der Austromarxismus stellt den Versuch dar, die radikalen Strömungen der Arbeiterschaft im Rahmen des kapitalistischen Systems zu „befriedigen“, um sie ohne Bürgerkrieg zu überwinden. Er ist also – seinem politischen Inhalt nach – ein reines Hilfsmittel der bürgerlichen Gesellschaft, zu deren Erhaltung bestimmt, gewissermaßen das „allerletzte Latein der Bourgeoisie“, dessen Anwendung an Stelle von Faschismus oder Sozialfaschismus bedingt ist durch eine gewisse Schwäche der Bourgeoisie, sei es infolge ihres noch ungenügenden militärischen Machtapparats, sei es infolge allzu radikaler Stimmungen der sozialdemokratischen Arbeitermassen.

3. Der Austromarxismus vermochte nach seiner bisherigen Geschichte eine gewisse Rolle innerhalb der Arbeiterklasse insoweit und dort zu spielen, als (und w o) es für das austromarxistische Führertum infolge der spezifischen Situation die Möglichkeit gab, radikale Tendenzen der Arbeiterschaft wenigstens äußerlich zu befriedigen, ihnen formal etwas zu bieten, o h n e daß deshalb die Bourgeoisie geschlagen zu werden brauchte.

4. Die Grenzen des A u s t r o m a r x i s m u s aber sind dort zu suchen, wo die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, jene Befriedigung des Radikalismus der Arbeiter zu gewähren, o h n e d i e d e r A u s t r o m a r x i s m u s u n d e n k b a r i s t, wo andererseits die Arbeiter mit dem schon errungenen Grad radikaler „Erfüllung“ nicht mehr zufrieden sind, wo mit andern Worten die Linksentwicklung der Arbeiter ihren „ungefährlichen, ideologischen Radikalismus“ in einen „gefährlichen“ politischen verwandelt. Der gleiche [598] Fall tritt natürlich ein, wenn die Bourgeoisie den Austromarxismus n i c h t m e h r n ö t i g hat, weil sie inzwischen erstarkt ist. Nach rechts aber erscheint die Elastizität des austromarxistischen Führertums unbegrenzt: mit der Stabilisierung des Kapitalismus kann der Austromarxismus Schritt halten ohne Skrupeln; nur die umgekehrte Entwicklung sprengt die ideologischen Fesseln, die er dem Proletariat anlegt. – Andererseits ist es klar, daß der Austromarxismus das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter, das die Grundlage für sein Auftauchen gibt und dessen Gefahr er von der bürgerlichen Gesellschaft abwenden möchte, wohl eine Zeitlang i r r e f ü h r e n, a b l e n k e n, e i n s c h l ä f e r n, n i c h t a b e r b e s e i t i g e n oder auf die Dauer in das Gegenteil verdrehen kann. So wenig der Austromarxismus der F ü h r e r etwa einen Schritt auf dem Wege vom Sozialverrat zum Kommunismus bedeutet – so sehr sind die A r b e i t e r, die nur noch der Austromarxismus (nicht mehr o f f e n e r Reformismus) zu lähmen vermag, tatsächlich und ehrlich einige Schritte nach links gegangen. Indem die Geschichte zwischen diesen Arbeitern und ihrer Befreiung die l e t z t e i d e o l o g i s c h e S c h r a n k e – d e n A u s t r o m a r x i s m u s – errichtet, bewirkt sie zugleich, daß mit dessen Bankrott, m i t s e i n e r i d e o l o g i s c h e n Ü b e r w i n d u n g die Arbeiter sich a l l e V o r a u s s e t z u n g e n f ü r e i n e k l a r e k o m m u n i s t i s c h e E r k e n n t n i s ihrer Lage und ihrer Aufgaben aneignen.

Es gibt noch einen Einwand gegen diese Ergebnisse unserer Betrachtung, gegen diesen Versuch einer Analyse des Austromarxismus. Man könnte die Frage aufwerfen, warum denn in Österreich der Austromarxismus noch nicht Bankrott gemacht, noch nicht die Grenzen seiner Möglichkeiten erreicht hat. Die Erklärung hierfür aber ergibt das verlangsamte Tempo der österreichischen Krise gerade in dem Zeitraum, in dem im Weltmaßstabe eine neue Verschärfung einsetzte und der Austromarxismus außerhalb Österreichs seine Schwingen entfaltete. So ist auch ex contrario, durch die Widerlegung der Widerlegung, unser Ring geschlossen. Wir brauchen den Austromarxismus keineswegs nach ultralinker Art zu fürchten als einen a b s o l u t e n S c h u t z d e r B o u r g e o i s i e und des Kapitals gegen Revolution und Kommunismus, sondern wir können ihn erkennen als eine b e s o n d e r e k o n k r e t e A r t d e s M e n s c h e w i s m u s, konkreten Bedingungen des Klassenkampfs entspringend und an konkrete Bedingungen objektiver wie subjektiver Natur (Fehlen der kommunistischen Massenpartei usw.) mit seinen Erfolgsmöglichkeiten gebunden.

So m ü s s e n wir ihn erkennen.
So werden wir ihn schlagen. [599]

*

RUNDSCHAU

Internationale Politik
Die Auswirkungen von Thoiry – Die Lage in China

Die Stellung der englischen Presse zu der deutsch-französischen Annäherung ist außerordentlich „eigenartig“. Zunächst muß man darauf hinweisen, daß die englische Presse bereits zwei Tage nach der Konferenz von Thoiry in der Lage war, den gesamten Inhalt der Besprechungen zwischen Stresemann und Briand mitzuteilen. Die Außenminister Deutschlands und Frankreichs hatten sich verpflichtet, ihre Vereinbarungen streng geheim zu halten. Darum brachte in den ersten Tagen nach Thoiry auch weder die deutsche noch die französische Presse Einzelheiten über die Konferenz. Stresemann hat indes nach alter Gewohnheit alles, was in Thoiry geschah, Chamberlain mitgeteilt, und Chamberlain leitete das Material sofort der englischen Presse zu. Die Absicht war dabei folgende: Durch vorzeitige sensationelle Veröffentlichung wollte man den nationalistischen Flügel der französischen Bourgeoisie kopfscheu machen. So soll ein Druck auf die französischen Minister ausgeübt werden, die dem nationalen Block angehören. Das sind neben Poincare selbst Tardieu, Bokanovski und Mann. So schrieb der „Sunday Express“, eines der Blätter des bekannten konservativen Zeitungskönigs Beaverbrook: „Stresemann stellte folgende Forderungen: 1. sofortigen Abbau der Entente-Besatzung im Rheinland; 2. baldige Räumung des Rheinlandes; 3. sofortige Rückgabe des Saargebiets an Deutschland; 4. Abberufung der Interalliierten Militär- und Kontrollkommission. Gemäß den Instruktionen Poincarés die letzte dieser Forderungen nur dann bewilligen, wenn Deutschland restlos abrüstet. Von dieser Bedingung hängt jede neue Verminderung der Entente-Truppen im Rheinland ab. Was aber die Frage einer Räumung des Rheinlandes und einer Rückgabe des Saargebiets an Deutschland betrifft, so ist Briand bereit, gemäß den Ratschlägen Loucheurs, daraus eine Geldfrage zu machen. Wird Deutschland geneigt sein, die Hälfte oder Zweidrittel der Eisenbahn-Obligationen auf den Markt zu bringen, deren Gesamtwert sich auf 11 Goldmilliarden beläuft. Chamberlain hat Briand und Stresemann gestattet, diese interalliierten Fragen (denn es sind keine Angelegenheiten, die nur Deutschland und Frankreich allein betreffen) in seiner Abwesenheit zu erörtern. Aber es darf darüber kein Zweifel herrschen, daß Großbritannien stets seinen Anteil an den Reparationen verlangen wird, d. h. zweiundzwanzig Prozent aller Beträge, die Deutschland auf Grund des Dawes-Plans aufbringt.“ Die Tendenz dieses englischen konservativen Organs ist ganz klar. Auf der einen Seite die Aufhetzung des rechten Flügels der französischen Parteien und daneben die drohende Feststellung, daß England bei den Fragen, um die es sich handelt, auch mitzureden habe. Wenn es nicht gelingt, die deutsch-französische Verständigung überhaupt zu sabotieren, will England diese Verhandlungen im Locarno-Stil beeinflussen, d. h. stets als Dritter im Bunde und als Schiedsrichter mit dabei sein. Immerhin hat die englische Presse ihre kritischen Äußerungen zum deutsch-französischen Verständigungsplan meistens sehr vorsichtig abgewogen. Man versichert, daß England eine deutsch-französische Versöhnung „im Geiste von Locarno“ nur begrüßen könne. Von auffälliger Offenherzigkeit ist indessen eine Äußerung des „Daily Mirror“. Das Blatt schreibt: „Wenn der französisch-deutsche Pakt in der geplanten Weise zustandekommt, so gibt dies den Arbeitgebern und den Arbeitern Englands viel zu denken. Politisch wäre es zwar gut, für uns und für die ganze Welt, wenn die beiden großen kontinentalen Mächte jede Idee eines Revanchekrieges aufgäben. Aber wirtschaftlich sieht die Frage ganz anders aus. Wenn Frankreich und Deutschland ihre finanziellen und industriellen Hilfsmittel vereinen, so können sie einen gewaltigen Block bilden. Er hätte in der Welt nicht seinesgleichen, denn selbst die Vereinigten Staaten wären keine so mächtige Wirtschaftseinheit, wie eine deutschfranzösische Gruppe, die in ihren Bereich auch noch die Tschechoslovakei, Österreich. Ungarn und vielleicht Polen ziehen könnte, mit einer Bevölkerung von zusammen hundertfünfzig bis zweihundert Millionen Menschen. Dieser Trust hätte zu seiner Verfügung eine gewaltige Menge von willigen Arbeitskräften, die unter einer geschickten technischen Leitung und zusammen mit den Bodenschätzen Mitteleuropas eine gewaltige Macht darstellen würden.

Aus solchen Erwägungen heraus hat England auch alles getan, um unter der Hand das Zustandekommen des kontinentalen Eisenkartells zu stören. Die Engländer benutzten ihre Verbindung mit Belgien, um einen Keil in das geplante Kartell hineinzutragen. Während bei den Eisenverhandlungen die

deutsch-französisch-luxemburgischen Industriellen im großen und ganzen einheitlich auftraten, verlangte Belgien einen so hohen Anteil an der Gesamtproduktion, daß die anderen darauf nicht eingehen wollten. So ist bis zur Stunde eine Verständigung zwischen den kontinentalen europäischen Eisenindustriellen nicht erzielt.

Zur selben Zeit sahen wir die Anfänge einer Parallelaktion, um die Verbindungen zwischen der englischen und der deutschen Industrie zu stärken. Die Hauptträger der deutschen und französischen Wirtschaftsverständigung sind in Deutschland die Stahl-[600]industrie und die Kaliproduzenten. Die englische Orientierung vertritt demgegenüber der Farbentrust. Schon durch seine enge Verbindung mit der deutschen Sprengstoffindustrie hat der Farbentrust die Verbindung mit den englisch-amerikanischen Sprengstoffwerken aufgenommen. Bekanntlich ist das Weltkartell der Sprengstoffkapitalisten nach dem Kriege wieder erneuert worden. Die maßgebenden Männer des deutschen Farbentrusts hoffen, durch eine Verständigung mit den Engländern die überseeischen Märkte für die deutsche chemische Industrie zurückzugewinnen. Der führende Kopf des deutschen Farbentrusts, Duisberg, steht in Verhandlungen mit den Spitzen der englischen Industrie über eine weitergehende Verständigung.

Die englische Gegenaktion gegen die Bildung eines deutsch-französischen Blocks wird dadurch erleichtert, daß die deutsche Bourgeoisie zwar gewillt ist, von Frankreich Vorteile zu nehmen, daß sie aber nicht daran denkt, auf die englische Grundorientierung ihrer Außenpolitik zu verzichten. Zweitens hängt das Gelingen des Planes von Thoiry vollständig davon ab, daß Amerika die nötigen Milliardenbeträge zum Ankauf deutscher Eisenbahnobligationen hergibt. Die amerikanischen Kapitalisten haben sich aber bisher zu diesem Plan außerordentlich zurückhaltend gezeigt.

*

Die neueste Entwicklung in China hat vorübergehend die Möglichkeit einer großen militärischen Intervention Englands nahegerückt. Aber trotzdem hat England bisher noch keine entscheidenden Schritte getan, und eine große militärische Aktion ist, zurzeit wenigstens, unwahrscheinlich. Es spielt dabei zunächst die Tatsache mit, daß das Gebiet von Wantsien, wo die englischen Schiffe von den Chinesen weggenommen wurden, rein geographisch für einen englischen Vorstoß sehr ungünstig liegt. Es handelt sich um die große Provinz Szechuan am Oberlaufe des Yangtse-Flusses, viele hunderte Kilometer von der Küste. Der Machthaber von Szechuan, General Yong-Sen, war gar kein Anhänger der revolutionären Kanton - Regierung, sondern ein Untergebener Wu-Pei-Fus. Freilich trieb Yong-Sen in seiner abgelegenen Provinz eine ziemlich selbständige Politik, und er trat gegen die englischen Übergriffe sehr entschlossen auf.

Noch viel wichtiger ist aber die allgemeine politische Erwägung, daß eine große englische Offensive in China weder von Amerika noch vorläufig von Japan gebilligt worden wäre. So läßt der „Manchester Guardian“ sich von seinem Korrespondenten in Kobe melden, daß die japanische Presse zwar mit Großbritannien sympathisiert, aber eine Intervention durchaus ablehnt. Interessant ist die Meinung einiger japanischer Zeitungen, daß England, wenn es weitere Niederlagen in China erleiden sollte, damit auch seine Stellung in Indien gefährdet. Die englische Lokalpresse in Ostasien ist selbstverständlich sehr kriegerisch, aber die Zeitungen des Mutterlandes bewahren eine auffällige Zurückhaltung. So hat man versucht, den Zwischenfall von Wantsien durch gütliche Verhandlungen mit General Yong-Sen beizulegen. Ja, wenige Tage nach den blutigen Ereignissen kam eine offizielle Meldung von Hongkong, wonach der Boykott Hongkongs durch Kanton zu Ende sei. Die Behörden von Kanton hätten sich verpflichtet, der Einfuhr englischer Waren kein Hindernis in den Weg zu legen. Dafür haben die Engländer die Verpflichtung übernommen, von allen Waren, die sie nach Kanton bringen, an die Kanton-Regierung eine Abgabe von 2½ bis 5 Prozent des Wertes zu bezahlen, Es bleibt abzuwarten, ob diese Nachricht sich bestätigt. Trifft sie zu, so wäre dies das Ende des jahrelangen Boykotts, der dem englischen Handel in Südchina einen Milliardenschaden zugefügt hat. Die Verpflichtung der Engländer, die erwähnte Steuer an die Kanton-Regierung zu zahlen, wäre ein erheblicher Erfolg für die chinesische Revolution. Es ist ganz offenbar die starke Hand Amerikas, die in den letzten Wochen eine englische Intervention in China verhinderte. Die amerikanischen Kapitalisten

rechnen anscheinend damit, daß die Kuomintan-Partei in absehbarer Zeit ganz China beherrschen wird, und Amerika will seine Beziehungen mit dem chinesischen Volke nicht verderben. Der Druck Amerikas bringt anscheinend auch Japan auf dieselbe Linie, und so muß England sich fügen. Trotzdem ist bei der schnellen Entwicklung der Dinge in China auch eine andere Wendung noch möglich. Wenn die Kanton-Truppen sich anschicken werden, Schanghai zu erobern und damit die wichtigsten englischen Interessen in Mittelchina zu treffen, bleibt trotzdem ein englisches militärisches Abenteuer möglich. Die Grundlage der englischen Außenpolitik bleibt nach wie vor der Gegensatz zu Sowjetrußland. In diesem Sinne will England eine Blockbildung gegen Sowjetrußland in Europa und eine Blockbildung gegen das revolutionäre China in Asien. In Europa hat die englische Politik durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund einen bedeutsamen Schritt vorwärts getan. Auch die deutsch-französischen Sonderverhandlungen können bisher diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. In Asien dagegen ist England augenblicklich durch die gewaltigen Erfolge der chinesischen Revolution und durch den amerikanischen Gegendruck gelähmt. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise die englische Diplomatie einen Ausgleich der Lage in Europa und in Asien und eine Klärung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten versuchen wird. A. Rosenberg.

*

Sowjetunion

1 Wirtschafts-Jahreswende

Die letzten Wochen im Leben der Sowjetunion sind gekennzeichnet durch den Übergang vom alten in das neue Wirtschaftsjahr. Das ist in jedem Jahre die komplizierteste, von größten Aufgaben belastete Periode der Arbeit der Partei und des Staatsapparats.

[601] In diesem Jahre wird der Übergang vor allem durch die Industrialisierung charakterisiert. Welche Schritte im beginnenden Wirtschaftsjahre auf diesem Gebiete geplant sind, wurde bereits anläßlich der Erörterung der „Kontrollziffern“ der Planwirtschaftskommission in dieser Zeitschrift dargelegt.[*)] Die Sowjetregierung hat zu den Kontrollziffern der Planwirtschaftskommission nach einer mehrtägigen eingehenden Diskussion Stellung genommen. Gegenüber der ursprünglichen Fassung der Kontrollziffern hält die Regierung eine Erhöhung der für die Industrialisierung für neue Kapitalsanlagen zu verwendenden Summen sowie ein größeres Wachstum der leichten Industrie möglich und notwendig, als in den Kontrollziffern vorgeschlagen wurde. Sie ordnete gleichzeitig die Ausarbeitung verschiedener Maßnahmen an, um diese Erhöhung des Akkumulations- und Produktionsprogramms zu ermöglichen. Darunter Verringerung der administrativen Unkosten, Preisabbau sowohl auf landwirtschaftlichem als auf industriellem Gebiet, maximale Besteuerung des Privatkapitals usw.

2. Die Getreidekampagne

Eine der wichtigsten Faktoren, die für die gesamte Wirtschaftslage bestimmend sind, ist der Verlauf der Getreidekampagne. Im vorigen Jahre war es gerade der anfängliche Mißerfolg der Kampagne, der eine Revision sämtlicher ursprünglichen Wirtschaftspläne notwendig gemacht hat. Natürlich zeigt die Getreidebeschaffungskampagne auch in diesem Jahre neben günstigen auch ungünstige Symptome; die günstigen überwiegen aber. diesmal die ungünstigen. Was man als eine ungünstige Erscheinung betrachten könnte, das wäre die Tatsache, daß im Juli und im August etwas weniger Getreide aufgebracht wurde als in den entsprechenden Monaten des vorigen Jahres. Einerseits ist aber schon im ersten Septemberdrittel eine Wendung eingetreten, indem die vorjährige Menge des während des gleichen Monatsdrittels eingebrachten Getreides überholt wurde, und andererseits ist die gesamte Atmosphäre, in der die Getreidebeschaffung jetzt vor sich geht, viel besser, viel gesünder als im vorigen Jahre. Erstens sind die Getreidebeschaffungspreise viel niedriger (um volle 30 bis 40 Prozent) als zur gleichen Jahreszeit 1925. Ferner legen die staatlichen und genossenschaftlichen Beschaffungsorgane diesmal eine viel größere Organisiertheit an den Tag. Gewisse Mängel in ihrer Arbeit sind wohl auch heute noch vorhanden, aber schon die ruhige Preisentwicklung –

[*)] Winow in Nr. (2) der „Internationale.

trotz des verhältnismäßigen Unterangebots – zeigt, daß die rechtzeitige und gründliche Vorbereitung der Getreidebeschaffungskampagne durch die Partei und die Sowjetregierung ihre Früchte getragen hat. Viel trägt zur Gesundung des Getreidebeschaffungsmarkts die vorsichtige Kredit- und Emissionspolitik der Regierung bei. Im vorigen Jahre, als es beschlossen wurde, schon in den ersten Monaten den größten Teil des gesamten Jahresprogramms der Getreidebeschaffung durchzuführen, wurden die Beschaffungsorgane stark überkreditiert, wodurch einerseits eine starke Preissteigerung auf dem Getreidemarkte hervorgerufen und such sonstige Inflationserscheinungen begünstigt wurden. In diesem Jahre ist die Lage in dieser Hinsicht bedeutend besser. Die umlaufende Geldmenge ist in der ersten Hälfte 1926, trotz der bedeutenden Steigerung des Warenverkehrs, von 1310 auf 1209 Millionen Rubel zurückgegangen.

Was den Warenhunger anbelangt, so zeigt das Ende des Wirtschaftsjahrs eine ziemliche Entspannung. Bei manchen Waren sogar übersteigt das Angebot die Nachfrage. Das bedeutet allerdings noch nicht eine vollkommene Gesundung des Warenmarkts, der Warenhunger wird auch im nächsten Wirtschaftsjahr schwerlich zu überwinden sein, aber auch diese vorübergehende Entspannung muß immerhin, gerade in der Herbstzeit, als eine günstige Erscheinung bewertet werden.

Preispolitik – Verhältnis zwischen Industrie und Genossenschaften

Eine wichtige und trotz der vielen Anstrengungen noch ungelöste Aufgabe ist der Kampf um die Herabsetzung der Kleinhandelspreise – eines der wichtigsten Mittel zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der Sicherung des Zusammenschlusses zwischen Proletariat und Bauernschaft. Gewisse Teilerfolge sind wohl vorhanden. Vom 1. Mai bis zum 1. September ist der Kleinhandelsindex von 271 auf 263 zurückgegangen. Dieses Ergebnis ist aber noch sehr weit von jener durchschnittlich zehnprozentigen Herabsetzung der Kleinhandelspreise entfernt, die die Sowjetregierung sich als vorläufige Aufgabe gestellt hat.

Eine wichtige Aufgabe fällt in dieser Beziehung den Genossenschaften zu. Die neuesten Verordnungen regeln das viel umstrittene Verhältnis zwischen den Genossenschaften und der Sowjetindustrie. Der Streit zwischen den Vertretern der Industrie und den führenden Genossenschaftern, der seinen Höhepunkt in der Presse im Frühjahr erreicht hat, bestand in folgendem:

Mit der Entfaltung des freien Handels, nach der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik, entfaltete sich in ziemlich rascher und elementarer Weise der staatliche und genossenschaftliche Handelsapparat. Die Staatsindustrie hat in der Form von Syndikaten mächtige eigene Absatzorganisationen ausgebaut, deren Hauptfunktion in der Organisierung des Absatzes der Industrieprodukte auf der ersten Stufe des Großhandels, d. h. im sogenannten „großen Großhandel“ bestand. Gleichzeitig entfalteten sich die Konsumgenossenschaften, denen die Hauptrolle in der unmittelbaren Vermittlung der staatlichen Industrieprodukte an die Konsumenten, d. h. im Kleinhandel, zukam. Auf diesen beiden Stufen des Handels gab es keine besondere Konkurrenz zwischen den staatlichen [602] und genossenschaftlichen Handelsorganisationen. Der Streit ging vielmehr um die mittlere Stufe, um den sogenannten „mittleren und kleinen Großhandel“.

Die Syndikate waren bestrebt, durch ihre Bezirkssektionen die genossenschaftlichen Kleinhandelsorganisationen unmittelbar mit Waren zu versorgen, während die Genossenschaften durch ihre Bezirksverbände die Vermittlung zwischen den unmittelbaren Absatzorganisationen der Industrie und dem genossenschaftlichen Kleinhandel für sich in Anspruch nehmen wollten und die Liquidierung der Bezirkssektionen der Syndikate forderten.

Die Mitte September veröffentlichte Verordnung des Rates für Arbeit und Verteidigung bringt nun in diese Frage volle Klarheit. Die Verordnung stellte sich im Prinzip auf den Standpunkt der Genossenschafter, indem sie verfügt hat, die Bezirkssektionen der staatlichen Handelsorganisationen im Interesse der Vermeidung des Parallelismus und der ungesunden Konkurrenz zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Handelsorganen in allen jenen Gebieten, wo Konsumgenossenschaften stark und gut organisiert sind, allmählich abzubauen. Allerdings darf dieser Abbau keinen schematischen Charakter haben, so daß in jenen, besonders Randgebieten, wo die Genossenschaften

schwach sind, vorläufig ein Ausbau und nicht ein Abbau der mittleren und unteren staatlichen Handelsorganisationen empfohlen wird. Als bewährteste organisatorische Form für die Vermittlung der Waren vom Produzenten zum Konsumenten empfiehlt die Verordnung die Form der Generalverträge zwischen der Staatsindustrie bzw. deren Absatzorganisationen und den Genossenschaftszentren, wobei bei der Übernahme der Waren auf die möglichste Vermeidung von Zwischengliedern zu achten ist. Endlich bestimmt diese wichtige Verordnung, daß der Anteil der Genossenschaften an der gesamten Menge der auf den Markt gelangenden staatlichen Produkte nach Maßgabe der Erstarkung der Genossenschaften stets zu steigern ist, und daß die Verkaufsbedingungen an die Genossenschaften unter allen Umständen günstiger sein müssen, als die Bedingungen, unter denen die Produkte der Staatsindustrie an Privatkaufleute abgegeben werden.

Diese Regelung der vergesellschafteten Formen der Warenvermittlung wird zweifelsohne den Kampf um die Herabsetzung der Kleinhandelspreise fördern.

Die Lage der Arbeiterschaft

Zur Sicherung bzw. Hebung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung wurden in der letzten Zeit verschiedene Schritte unternommen. Die aus der Tagespresse bekannte Kundgebung der Genossen Stalin, Rykow und Kujbischew über die Erfolge und Mängel der Sparsamkeitskampagne hatte das Ziel, zu verhindern, daß diese großzügige Kampagne, die auf die Erschließung neuer Mittel für die Hebung der Produktion und dadurch auch für die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse hinausläuft, in der Praxis einzelner Wirtschaftsbehörden zu kleinlichen Maßnahmen gegen die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft entartet. Die Rationalisierung der Produktion und die Hebung der Produktivität ist eine der Hauptbedingungen des sozialistischen Aufbaues. Der Inhalt dieser Regierungs- und Parteikundgebung zeigt den ganzen Unterschied zwischen der Rationalisierung in der Sowjetunion und in den kapitalistischen Ländern. Dort Rationalisierung im Interesse des Proletariats, hier Rationalisierung zugunsten des Profits, gegen die Arbeiterklasse.

Die Sowjetregierung hat eine Kommission eingesetzt, die in kürzester Frist (2 Wochen) zu berichten hatte, wie weit eine Erhöhung der am schlechtesten entlohnten Arbeiterkategorien möglich ist. Auf Grund der Berichte dieser Kommission wird der Reallohn verschiedener Arbeiterkategorien – vor allem in der Metall- und Kohlenindustrie – um durchschnittlich 10 Prozent erhöht.

Die neue Regelung der Einkommensteuer erleichtert gleichfalls die Lasten des städtischen Proletariats. Sie sieht einerseits eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums (in Großstädten auf 1200 Rubel jährlich, in der Provinz etwas weniger) vor. Die Steuer für die nicht werktätigen Schichten wurde gegenüber den bisherigen Sätzen um 32 Prozent erhöht. Die Bevölkerung wird nach dem neuen Gesetz in drei Kategorien eingeteilt: 1. Lohnarbeiter, 2. Werktätige, die nicht Lohnempfänger sind und 3. Nichtwerktätige. Die Steuersätze der drei Kategorien bei gleicher Einkommenshöhe stehen durchschnittlich im Verhältnis wie 1: 3 : 4.

*

Der große Streik und Lohnkampf der englischen Konzessionsunternehmung „Indo-Europäische Telegraphengesellschaft“ ist, noch nicht beendet, obwohl die Unternehmer sich bereits zur Erfüllung der Forderung der Arbeiter nach einer 15- bis 33prozentigen Lohnerhöhung bereit erklärten, allerdings nachdem sie alle Mittel der Diplomatie und der Einschüchterung usw. vergebens versucht haben. Ungelöst sind noch verschiedene technische und administrative Fragen, in denen die Arbeiterschaft gleichfalls ihren Willen durchsetzen wird.

*

Die Berichterstattungskampagne über die Ergebnisse des Juli-Plenums des ZK und ZKK, der KPdSU wurde unter Hinzuziehung der breitesten Parteiöffentlichkeit durchgeführt. Die Parteimitgliedschaft verurteilt überall mit erdrückender Mehrheit die Fraktionspolitik der neuen Opposition und unterstützt geschlossen die Politik des Zentralkomitees. – Die Partei bereitet sich zu der für den 15.

Oktober einberufenen ordentlichen Reichskonferenz der KPdSU vor, auf deren Tagesordnung die Frage der internationalen Politik, der Wirtschaftslage der Sowjetunion und die Gewerkschaftsfrage stehen werden. [603]

II. Internationale

Die II. Internationale und der Völkerbund
Die Züricher Tagung der Exekutive der II. Internationale

Der Charakter, richtiger die Charakterlosigkeit der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ wurde auf der letzten Tagung ihrer Exekutive in Zürich Ende August wieder einmal offenbar. Die Wesensgleichheit der Nachkriegssozialisten mit den Vorkriegssozialisten zeigte sich mit aller Deutlichkeit bei der Behandlung der Völkerbundsfrage, die der Hauptgegenstand der Beratungen war.

Schon die Zusammensetzung der Exekutive spricht Bände. Die überzeugtesten Freunde der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und verbissensten Feinde des revolutionären Proletariats, die schon Zehntausende kommunistischer Klassenkämpfer der Bourgeoisie zur Abschlachtung überliefert haben, geben der Exekutive ihr Gepräge. Wir begegnen Peyer, dem erprobten Kumpanen Horthys, Diamand, dem Koalitionsbruder der polnischen Blutbourgeoisie, Soukup der die tschechische Republik vor den Kommunisten schützt, Wels, Modigliani, dem Vorkämpfer nicht gegen den Faschismus, sondern gegen den Kommunismus in Italien, Renaudel (Frankreich) und Brouckere (Belgien), erprobte Kriegs- und Völkerbundsstreiter usw. Unter den zwei Dutzend Exekutivmitgliedern treffen wir nicht weniger als fünf Vertreter imaginärer Parteien, die allerdings als Bolschewistenfresser hochverdient sind: Abramowitsch für die russischen Menschewiki, Stalinski für die russischen Sozialrevolutionäre, Tseretelli für Georgien, Bezpalko für die Ukraine, Isahakianz für Armenien. Otto Bauer für. die österreichische Sozialdemokratie und Friedrich Adler als Sekretär der Internationale haben die Rolle des Feigenblattes, allerdings eines welken und zusammengeschrumpften.

Dieser Exekutive ist das Kainszeichen des Klassenverrats auf die Stirne geschrieben.

Das Sekretariat der SAJ (Friedrich Adler) legte der Sitzung der Exekutive ein umfangreiches Memorandum vor, eine Fleißarbeit austromarxistischen Einerseits–Andererseits. Eine lange historische Einleitung gibt ausgesuchte Zitate, wie die Sozialdemokratie mehr oder minder die Völkerbundsaktion von seinem wilsonistischen Ursprung an getreu mitgemacht hat, während des Krieges, während der Friedensverhandlungen und auch nach Versailles, wobei es zwei Fraktionen gab, die der überzeugten Sozialpatrioten der Zweiten Internationale, die mit dem Völkerbund durch dick und dünn – Branting! – gingen und die der Zweieinhalben, die, nachdem sie einige Wenn und Aber im Sinne eines verbesserten und allumfassenden Völkerbundes geltend machten, so kühn wurden, wie das Memorandum sagt, den Völkerbund zu – „ignorieren“. Aber nach dem Hamburger Gründungskongreß kam die Zeit der gemeinsamen Mitarbeit am Völkerbund, die Zeit Brantings, MacDonalds, Vanderveldes, Undens, Boncours, de Brouckéres. Die Internationale der Völkerbundsverbesserung arbeitete rege mit am „Genfer Protokoll“ – wenn auch nichts daraus geworden ist –, sie war am Locarno-Pakt glühend interessiert. Schließlich ist die so oft von der Zweiten Internationale „geforderte“ Aufnahme Deutschlands erfolgt. Die Exekutive der SAJ im April 1926 hat dies überzeugend damit begründet, daß dafür „die SPD ... eine energische Aktion geführt hat“.

Aber das Memorandum macht auch – mit Rücksicht auf gewisse Widerstände z. B. in der Schweiz und in Österreich – „prinzipielle Gesichtspunkte“ geltend. Der Völkerbund sei wohl einerseits ein Instrument des Kapitalismus, sei noch eine Privilegienkörperschaft. Man müsse aber andererseits diese „Grundlage für den internationalen Parlamentarismus“ (!) hinnehmen und als „Vertretung der Arbeiterklasse“ im Völkerbund zu arbeiten suchen. Wie aber, wenn, wie in den Fällen Branting und Paul Boncour, diese als Vertreter von sozialistenfeindlichen Regierungen im Völkerbund bleiben? Einerseits, lautet die Antwort, hat das wegen der „Kontinuität“ der Vertretung im Völkerbund manches für sich, andererseits manches gegen sich. Aber, so ist nun die erlösende Antwort, es handelt sich da „nur um vereinzelte Individualfälle“. Die Lösung liege – in der Vertretung nicht der

Regierungen, sondern der Parlamente im Völkerbund. Also muß der Schlachtruf lauten: „Demokratisierung des Völkerbundes!“

Im Geiste dieser Theorie der Verbesserung des Völkerbundes, von dem die Zweite Internationale wünscht, daß er weniger plump die Interessen der kapitalistischen Mächte wahren möge, woran sich insbesondere die sozialdemokratischen Völkerbundsdelegierten gelegen sein lassen sollen, wurde dann eine von Otto Bauer und de Broucküre zusammengeschweißte Resolution angenommen. Diese bemerkt, daß sozialdemokratische Völkerbundsdelegierte mit ihren Parteien arbeiten und von ihnen zu ihrem Mandat ermächtigt sein müssen. Was aber „die Grundsätze der Aktion der Internationale gegenüber dem Völkerbund“ und die „Auffassung über dessen Demokratisierung“ betrifft, so wird dies dem nächsten Kongreß überlassen. Dieser Kongreß wird gemäß dem Vorschlag derselben Exekutivsitzung im Jahre 1928 in London zusammentreten. Inzwischen wurde aber eine „Studienkommission“ für die Völkerbundsfrage eingesetzt.

Das Fazit: Die Zweite Internationale, insbesondere der Otto-Bauer-Flügel, wagte nicht, die Rolle des Völkerbundes als Vollzugsorgan der maßgebenden kapitalistischen Regierungen völlig zu leugnen, aber verschiebt die Stellungnahme auf Jahre hinaus und arbeitet an diesem Organ des Imperialismus mit. Ihr Gewissen erleichtert die Zweite Internationale durch Stoßseufzer nach Demokratisierung des Völkerbundes. Nachdem sie den Völkerbundsfall im allgemeinen umschifft hat, hat sie [604] auch den „Fall Boncour“ umschifft, indem sie ihn aus Gründen der „Kontinuität“ im Völkerbund beläßt, nur ihm und der französischen Sozialdemokratie empfiehlt, sich miteinander zu vertragen.

Es braucht kein weiteres Wort zur Charakterisierung dieser Internationale, die im Schoße des Völkerbundes mit tätig ist, des Vollstreckers von V e r s a i l l e s, des „Sanierers“ von Österreich und von Ungarn, des Knechts des britischen Imperialismus in der Mossulfrage und in anderen Fragen, jenes „Völkerbundes“, der in allen internationalen Fragen seine Ohnmacht als selbständiges Organ und seinen Eifer als Sprachrohr des Ententeimperialismus gezeigt hat, dessen Funktion als „pazifistischer“ Sammelkader für den Kampf gegen die Sowjetunion wie gegen die Kolonien, die „Mandats“gebiete, von Tag zu Tag offenkundiger wird. Wenn die Zweite Internationale vom „Völkerbunds p a r l a m e n t“ redet, so heißt dies Sand in die Augen der breiten Massen streuen. Der Völkerbund ist nichts mehr und nichts weniger als ein V o l l z u g s o r g a n in erster Linie des britischen, in zweiter Linie des französischen Imperialismus.

Kurz vor der Tagung der Exekutive hat die „Abrüstungskommission der SAJ“ eine Sitzung abgehalten. Auch hierin zeigte sich die Funktion der wiederauferstandenen Zweiten Internationale: Anstatt die tatsächliche Entwicklung der fieberhaften Rüstungen der imperialistischen Mächte, der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, gegen die Kolonien und auch untereinander klar aufzuzeigen und dem gegenüber das Proletariat zum revolutionären Kampf zu organisieren und zu führen, wird der lendenlahme Abrüstungsschwindel fortgesetzt, wird durch Pazifismus reinsten Wassers das Proletariat außer Kampf zu setzen gesucht, wodurch den Imperialisten freie Bahn gegeben wird.

Die Resolution dieser Abrüstungskommission lenkt den Blick auf „die vom Völkerbund einzuberufende Abrüstungskonferenz“ wobei sie vor „unabsehbarer Verzögerung“ warnt und stellt dann eine Reihe neckischer Fragen: Welche Abrüstungsmaßnahmen wollen die verschiedenen Länder? Soll versucht werden, gebietsweise Abrüstungsvereinbarungen herbeizuführen? Soll eine internationale Kontrolle der Kriegsproduktion und Kriegsrüstungen durchgeführt werden, und auf welche Methode? Und so fort. Ein müßiges und also ein frevelhaftes Spiel.

Auch die K o m m i s s i o n f ü r K o l o n i a l p o l i t i k d e r S A J trat in Zürich zusammen. Was hat sie in der Zeit des Marokko- und Syrienkriegs, der Befreiungskämpfe und der drohenden imperialistischen Intervention i n China, der Emanzipationsbewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern beschlossen? Sie beschloß,

„... z u n ä c h s t B e r i c h t e d e r P a r t e i e n j e n e r L ä n d e r, d i e K o l o n i e n b e s i t z e n, ü b e r i h r e S t e l l u n g z u d e n F r a g e n d e r K o l o n i a l p o l i t i k e i n z u h o l e n. Ferner wurde beschlossen, eine Sammlung der programmatischen Kundgebungen und der Diskussionen der Parteitage der angeschlossenen Parteien sowie der internationalen Kongresse in der Kolonialfrage durchzuführen.“

Also, die sozialpatriotischen Parteien, die, wie die Parteien der MacDonald- oder der Vandervelde-Regierung, die Ausbeutungs- und Versklavungspolitik der Kolonien im Sinne und Interesse der kapitalistischen Räuber praktisch durchgeführt haben, werden zu Gutachtern der Zweiten Internationale über die praktische Kolonialpolitik bestimmt. Das ganze soll aber in eine programmatische Tunke eingemacht werden.

Vielleicht wird sich die Zweite Internationale zu einer etwas geschmeidigeren Taktik verstehen. Dann ist zu erwarten, daß solche Rezepte, wie sie vor einem Jahre Ch. R. B u x t o n und neuerdings wieder sozialistische „Paneuropäer" gegeben haben, wieder aufleben: Das „Mandatssystem" soll auf alle tropischen Kolonien erstreckt werden; die Rechte und Arbeitsbedingungen der „Farbigen" sollen festgestellt und gebessert werden; der Völkerbund, als europäisches oder gar Welt„parlament", soll alle Mächte, auch Deutschland, mit Kolonien beteiligen. – Der Völkerbund als G. m. b. H. für Kolonialexploitation!

Die Kolonialfrage steht heute brennender als je auf der Tagesordnung und erheischt von der Zweiten Internationale eine Antwort. Die Züricher Tagung der Exekutive der Zweiten Internationale hat, trotzdem sie in diesem Punkte ihr Gesicht verhüllen wollte, ihren Charakter als Helferin des Imperialismus neuerlich enthüllt.

*

Einen positiven Erfolg der Züricher Tagung glaubt die Zweite Internationale doch buchen zu können: Die Schweizerische Sozialdemokratische Partei hat sich auf Grund des Sirenengesangs verschiedener „linker" Sozialistenführer von der ehemaligen Zweieinhalb-Internationale, mit Otto Bauer an der Spitze, entschlossen, ihr Schmollen gegenüber der Zweiten Internationale aufzugeben und sich in ihre Arme zu werfen. Es ist verwunderlich, daß die Schweizer sozialdemokratischen Führer – nicht die Arbeiter – nicht schon früher zur Erkenntnis gekommen sind, daß die Zweite Internationale, dieses versumpfte Sammelbecken für die verschiedenen „sozialistischen" Richtungen, die sich nur in ihrem Kampf gegen den Kommunismus und gegen die revolutionären Methoden des Klassenkampfs einig sind, auch ihnen eine warme „linke" Ecke bietet. Darum haben Otto Bauer und seine Freunde die Schweizer Sozialdemokraten nochmals dringend aufgefordert, in die Hamburger Internationale zu kommen, um die Wiener Tradition – „Grundsätze internationaler sozialistischer Politik" – in der SAJ zu stärken.

Der Parteivorstand der SP der Schweiz hat, mit 31 gegen 16 Stimmen, dem kommenden Parteitag der SP der Schweiz empfohlen, [605] den Eintritt in die SAJ zu vollziehen. Schon das Stimmenverhältnis im Parteivorstand zeigt die Widerstände der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diesen Eintritt an. Auch die Begründung der Entschließung des Parteivorstandes, welche die „revolutionäre" Tradition (Zimmerwald!) und die „revolutionären" Aufgaben der Schweizer Sozialdemokratie in der SAJ in den Vordergrund rückt, zeigt, daß ihm vor der Anschauung der sozialdemokratischen Arbeiter über die SAJ nicht geheuer ist. Die KP der Schweiz hat an die sozialdemokratischen Arbeiter einen Appell gerichtet, der das Wesen der Zweiten Internationale bloßlegt und die Arbeiter auffordert, den Weg zur Internationale des Arbeiter-verrats nicht mitzumachen. P. L a n g e.

*

LITERATUR

Amerika-Literatur

„Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer."

B e r l i n 1 9 2 6. V e r l a g s g e s. d e s A D G B 256 S.

Seit dem Dawes-Pakt sind die Augen der deutschen Bourgeoisie unverwandt auf Amerika gerichtet: und seitdem wird eine Masse literarischer Erscheinungen über die Vereinigten Staaten produziert – ein bezeichnender Reflex der Bindung des deutschen Kapitalismus an die Finanzmacht von Wall Street. Diese kapitalistische Amerika-Ideologie hat selbstverständlich auch die Führer der deutschen Gewerkschaften und zum Teil auch obere Schichten der Arbeiter erfaßt: nicht nur der U n t e r n e h m e r will

lernen, auf welchem Wege sein amerikanischer Kollege zu Riesen-profilen kommt, wie der „soziale Frieden“ erreicht wird, der angeblich in der amerikanischen Gesellschaft herrschen soll, sondern auch manche verkleinbürgerlichten Arbeiter suchen nach einem Rezept, womit sie gleich ihren Klassengenossen in Amerika den berüchtigten „Wohlstand“ erlangen. Und nicht zuletzt sind es die Gewerkschaftsführer, die in der amerikanischen Arbeitsgemeinschaft. in den amerikanischen „Labor lieutenants of the capitalist class“ ihre Vorbilder erblicken. So wird Amerika für das in einer scheinbar ausweglosen wirtschaftlichen Depression stehende Deutschland zum Symbol des kapitalistischen Rettungswegs, zum Gegenstück und Propagandaobjekt gegen den steigenden Einfluß des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues der Sowjetunion.

Schon das ist charakteristisch mir den ausgesprochenen Klasseninhalt der gesamten neuen Amerika-Literatur. Ebenso charakteristisch ist es, daß der ADGB zwar eine vierzehngliedrige Delegation nach den Vereinigten Staaten, bisher aber roch nicht einen einzigen Delegierten nach Rußland geschickt hat.

Für die deutsche Arbeiterklasse ist das natürlich kein Anlaß, diese Amerika-Literatur unbeachtet zu lassen. Es ist im Gegenteil sehr nützlich und notwendig, den Charakter dieser Veröffentlichungen zu kennen und gegenüber diesen rosigen Darstellungen den tatsächlichen Stand der Dinge, insbesondere die Lage der amerikanischen Arbeitermassen und die Aussichten der amerikanischen Arbeiterbewegung, zu untersuchen.

Während wir hinsichtlich der einseitigen Amerika-Orientierung eine Art „Einheitsfront“ von den Gewerkschaftsführern bis zu ausgesprochen großkapitalistischen Vertretern feststellen können, ergeben sich natürlich in den Darstellungen und den Schlußfolgerungen daraus einige Unterschiede, je nach dcci Klassen und Schichten, aus denen die Verfasser dieser Literatur hervorgehen, irr wessen Auftrag sie schreiben. Es ist bezeichnend, daß gerade dort, wo der Klassenstandpunkt der Bourgeoisie am offensten und plumpsten vertreten wird, Sowjetrußland gegenüber dem amerikanischen Vorbild als böses Gegenbeispiel herangezogen wird. (Th. Lüddecke ‚Das amerikanische Wirtschaftstempo als Bedrohung Europas“ S. 83.)

Andererseits entspricht es dem Klassencharakter der Amerika-Literatur, daß fast durchweg über die Grundtatsache, die der amerikanischen Wirtschaft, ihren technischen Entwicklungen, zum Teil auch der Lage gewisser amerikanischer Arbeiterschichten ihren Stempel auf drückt, einfach hinweggegangen wird: die imperialistische Monopolposition, die die amerikanische Bourgeoisie in diesem Jahrzehnt einnimmt. Heute gehört Amerika nicht nur zu jener „Handvoll reicher Länder“, die „Monopole in unerhörten Dimensionen entwickeln, Hunderte Millionen und Milliarden Mehrprofit aus kolonialer Ausbeutung ziehen“ (Lenin), sondern die amerikanische Bourgeoisie hat sich an die Spitze dieser „Handvoll reicher Länder“ gestellt. 4.5 Milliarden Mark betrugen 1925 die ausländischen Kapitalsemissionen Amerikas, die nur erst eine Form des Kapitalexports darstellen. Das ist der zehnfache Betrag der Auslandsmissionen Deutschlands in den letzten Vorkriegsjahren. [606] Damit hat Amerika den Betrag der englischen Auslandsemissionen, der 1925 rund 1,5 Milliarden Mark betrug, weit überflügelt.

Für einen Teil der amerikanischen Arbeiter gilt infolge der imperialistischen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten erst recht, was von den englischen Arbeitern in den Jahrzehnten vor Kriegsausbruch galt: es hat sich eine Arbeiteraristokratie entwickelt, für die aus den Monopolen der amerikanischen Bourgeoisie einige Brocken abfallen. Dies ist die Wurzel der berühmten klassenfriedlichen und patriotischen Ideologie der bevorzugten amerikanischen Arbeiterkreise.

Jede zukünftige Veränderung und Erschütterung der Monopolstellung Amerikas muß – man denke an England – diese Ideologie des bevorzugten Teiles der amerikanischen Arbeiter über den Haufen werfen. Aber bereits heute ist keine Rede davon, daß in den Vereinigten Staaten „sozialer Frieden“ existiert. Nur ein begrenzter Teil der Arbeiterklasse Amerikas profitiert etwas von den Extraprofiten des amerikanischen Kapitalismus, daneben aber steht eine große, nach Millionen zählende Masse von Proletariern und Halbproletariern, die von den Organisationen der Arbeiteraristokratie ausgeschlossen ist und deren Ausbeutung durch rassen- und sprachenmäßige Zerrissenheit erleichtert wird.

Schon heute kündigt sich aber auch für die bevorzugte Schicht der Arbeiter ein allmählicher Wandel an. Selbst im Bericht der ADGB-Delegierten wird diese Entwicklung zugegeben:

„Je tiefer man in den einzelnen sozialen Arbeiterschichten der Vereinigten Staaten vordringt, um so größer ist die Unzufriedenheit, die Verbitterung. Überall wurde bestätigt, daß dieses Grollen derer, die hin Schatten leben, heute vernehmlicher ist als vor dem Kriege ... Davon kann also nicht gesprochen werden, daß der amerikanische Arbeiter zufriedener sei als der deutsche Arbeiter“ (S. 36).

Die Rolle der „gewerkschaftlichen“ Organisationen, die ausschließlich qualifizierte Arbeiter umfassen, wird immer mehr dadurch gemindert, daß infolge der Zerlegung des Produktionsprozesses in lauter gleichmäßige Einzelhandlungen die Unqualifizierten die Qualifizierten immer mehr verdrängen. Diese Entwicklung steht noch am Anfang. Das Klassenbewußtsein ist in diesen Schichten daher noch kaum erwacht. Es wird in ähnlichem Tempo erwachen, wie die Expansion der amerikanischen Bourgeoisie auf Schranken stoßen wird.

Gegenwärtig gibt es in Europa viele Arbeiter, die den Teil der amerikanischen Arbeiter, der über ein eigenes Auto, ein eigenes Häuschen oder eine Vierzimmerwohnung verfügt, nicht als Klassengenossen ansehen können und die bezweifeln, ob sich auch dort, wo der „Wohlstand“ schon diesen Grad erreicht hat, jemals eine revolutionäre proletarische Bewegung entfalten kann. „Der klassenbewußte Proletarier im Automobil, der den Kapitalisten enteignen will, ist und bleibt für amerikanische Verhältnisse ein Monstrum“, heißt es in dem erwähnten Buch von Th. Lüddecke (S. 84/85). Der chinesische Kuli, der indische Plantagenarbeiter oder Klein-pächter könnte ebenso geistreich fragen, ob in Europa, wo ein Teil (und zwar ein recht beträchtlicher) der Arbeiterbevölkerung sich weiße Wäsche, seidene Strümpfe, ja sogar elektrisches Licht und einen Radio-Apparat leisten kann, noch eine revolutionäre Bewegung der Arbeitermassen möglich ist. Das eine wie das andere hat an sich nichts mit der revolutionären Entwicklung der Arbeiterklasse zu tun; Dinge dieser Art drücken nur einen Gradunterschied aus, der weniger das Stadium des Klassenkampfs als vielmehr die Entwicklung des Kapitalismus hier oder dort bezeichnet.

*

Es war notwendig, diese Tatsachen der Besprechung der Amerika-Literatur voranzuschicken, weil sie die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaftsverhältnisse betreffen. Sie fehlen in der gesamten „modernen“ Amerika-Literatur. Und sie fehlen und werden direkt vertuscht in dem Buch, mit dem wir uns zuerst befassen wollen, dem Amerika-Bericht der ADGB-Delegierten („Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“, Verlag des ADGB, Berlin 1926).

Die Gesichtspunkte dieser Darstellung sind etwa folgende:

1. In den Vereinigten Staaten wird in den meisten Betrieben nicht „geschuftet“, das Arbeitstempo ist, soweit es vergleichbar ist, nicht rascher als bei uns. Schlußfolgerung: vor der Rationalisierung, vor weiterer Anwendung des Taylorismus und Fordismus braucht den deutschen Arbeitern nicht bange zu sein.

2. In Amerika herrscht im allgemeinen zwischen Unternehmern und Arbeitern ein gutes persönliches Verhältnis, das für beide Teile von Vorteil ist. Schlußfolgerung: auch in Deutschland soll gegenseitige Achtung herrschen, wobei es in der Hauptsache auf die Hebung der gesellschaftlichen Achtung der Gewerkschaftsführer abgesehen ist, auf ihre persönliche „Mitbeteiligung“ in der Führung der Wirtschaft.

3. In Amerika besteht ein enger Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und hohen Löhnen. Schlußfolgerung: in Deutschland müssen die Arbeiter mehr Verständnis für technischen Fortschritt, für die Rationalisierung haben, weil dies zu hohen Löhnen führt ...

Es kehren somit im Amerika-Bericht der Gewerkschaftsführer all die bekannten Gesichtspunkte des Wirtschaftsprogramms des ADGB wieder.

Zweifellos enthält der Gewerkschaftsbericht trotz seiner kapitalistenfreundlichen, einseitig [607] auf Amerika gerichteten Grundeinstellung viel bisher unbekanntes Material über die Lage der

amerikanischen Arbeiter, obwohl die Studienreise der 14 Delegierten (unter denen sich Schumann, Tarnow, Heinig, Eggert und Husemann befanden) nur sieben Wochen dauerte und gerade die Staaten mit dem größten Elend und den schlechtesten Organisationsverhältnissen nicht bereist wurden.

Das Vorwort begründet zunächst die Reise:

„Wenn es für den Neuaufbau der Wirtschaft irgendwo in der Welt ein Objekt des Studiums gab, so waren dies die Vereinigten Staaten Nordamerikas ... Wollten die Gewerkschaften als Sachverwalter der Arbeitskraft bei diesen Auseinandersetzungen ein beachtliches Wort aus eigener Erfahrung mitsprechen, so mußten sie selbst Vertreter nach Amerika schicken. Dies schien um so gebotener, als sie ihr Anrecht auf Beteiligung an der Führung der Wirtschaft erst auf dem 12. Gewerkschaftskongreß zu Breslau eindringlicher denn je geltend gemacht hatten."

Nachdem so offen ausgesprochen ist, daß nur Amerika, das Land des höchstentwickelten Kapitalismus, für die Gewerkschaftsführer als Vorbild für den deutschen „Wiederaufbau" in Frage kommt, bemerken sie, daß „auch noch andere" Gründe für diese Reise sprachen: das Studium der amerikanischen Arbeiterbewegung, der Auswirkungen der Rationalisierung, der Lebenslage der Arbeiterklasse usw. Dann heißt es:

„Gleichzeitig galt es, dem in Atlantic City tagenden amerikanischen Gewerkschaftskongreß einen Besuch abzustatten, um auch hier zu studieren und darüber hinaus Bande der Freundschaft, die der Krieg zerrissen hatte, zu erneuern und zu festigen."

Auch das ist charakteristisch: diese Freundschaftserneuerung steht in Verbindung mit den Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), die amerikanischen „Gewerkschaften" seiner Organisation einzuverleiben, während er andererseits die Zusammenarbeit mit den russischen Gewerkschaften strikt ablehnt. Wir werden noch darauf zurückkommen, welchen Charakter in Wirklichkeit jene amerikanischen „Gewerkschaften" haben.

Nach einem einleitenden Kapitel, das einen Vergleich der amerikanischen und der deutschen Wirtschaft (ihrem Produktionsumfang nach) und Bemerkungen über das amerikanische Arbeitstempo enthält, befaßt sich das Hauptkapitel des Buches unter dem verschwommenen Titel: „Aus dem sozialen Leben Amerikas", mit der Lage der amerikanischen Arbeiterklasse. Es beginnt mit einer Schilderung des „nationalen Reichtums" der Vereinigten Staaten und seiner Verteilung: „Von dem nationalen Reichtum (über 320 Milliarden Dollar) befinden sich drei Fünftel in den Händen von zwei Hundertsteln der reichsten Staatsbürger, eine „Mittelklasse", die 35 Prozent der Bevölkerung ausmacht, beherrscht ein weiteres Drittel davon und die restliche Masse von rund 65 Prozent des Volkes besitzt das verbleibende eine Zwanzigstel. Außer dieser gewaltigen Kluft zwischen einer dünnen Oberschicht des Reichtums und den breiten Volksmassen besteht in diesem Musterstaat innerhalb der Volks-klassen und auch speziell innerhalb der Arbeiterklasse eine Differenzierung, die alles in Deutschland Übliche weit übertrifft. Während im Süden Negerinnen, die mit Baumwollpflücken beschäftigt sind, einen Tagesverdienst von 80 bis 100 Cents (3,30 bis 4,20 Mark) haben, während in Massachusetts 89 Prozent der (weißen) weiblichen Arbeitskräfte der Konservenindustrie weniger als 9 Dollar Wochenverdienst erreichen, erhalten z. B. Installateure, Bautischler und Zimmerer in St. Louis einen Stundenverdienst von 1,5 Dollar, was einen Tagesverdienst von 12 Dollar (50 Mark) ausmacht.

Der Gewerkschaftsbericht wendet sich zuerst der „sozialen Unterschicht" zu, freilich ohne zu betonen, daß rund die Hälfte der amerikanischen Arbeiter, wenn nicht mehr, zu dieser „Unterschicht" zu rechnen sind. Die Gesamtzahl der amerikanischen Arbeiter (vergl. Wl. Woytinsky „Die Welt in Zahlen", Band II, S. 38) beträgt rund 30 Millionen. Für die „Unterschicht", deren Hauptanteil von den Erwerbstätigen der 11 Millionen Neger und 17 Millionen Menschen süd- und osteuropäischer Abstammung gestellt wird, ergeben sich (S. 107) vielleicht 15 oder mehr Millionen, mindestens aber 13 Millionen Erwerbstätiger. Dieser letzteren Ziffer aber entspricht fast genau die Gesamtzahl der ungelernten Arbeiter in Industrie, Transport und Handel (5,45 Millionen), der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter (5,45 Millionen) und der Bediensteten in Haus, Hotel, Eisenbahn usw. (2,40 Millionen).

Auch der Gewerkschaftsbericht muß zugeben, daß der weitaus größte Teil dieser Millionen E l e n d s e x i s t e n z e n sind – ohne aus dieser Tatsache Schlußfolgerungen zu ziehen. So wird von Negern in Alabama berichtet, die in Baumwollmühlen bei zwölfstündiger Tagesarbeit Löhne von 10 bis 12 Cents pro Stunde verdienen. Auch weißen Arbeitern und Arbeiterinnen geht es oft keineswegs besser, zumal bei der auch in den Vereinigten Staaten weit verbreiteten Heimarbeit. Von Putzmacherarbeiten in New York, die in „trostlosen Behausungen" verrichtet werden, heißt es: „Wenn die Frau und zwei Kinder von morgens bis abends arbeiten, bringen sie es allenfalls auf 1¼ oder 1½ Dollar am Tage. Ihre Wohnung besteht aus zwei Räumen, die in gesundheitlicher Hinsicht der Beschreibung spotten."

Das Charakteristische für diese „Unterschicht" ist, daß, da die Kinder ebenfalls von früher Jugend an erwerbstätig sein müssen und infolgedessen keine Ausbildung genießen, auch die folgende Generation „wieder in diesen Kreis hineingezogen" wird.

Tatsächlich hat die Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten, auf die der Gewerk-[608]schaftsbericht nur in ein paar Absätzen eingeht, einen riesenhaften Umfang. Nach der „Monthly Labor Review" vom Oktober 1922 waren in den Vereinigten Staaten 714.000 Knaben und 347.000 Mädchen im Alter von 10 bis 15 Jahren erwerbstätig! Der Gesamtdurchschnitt der erwerbstätigen Kinder, gemessen an der Gesamtzahl der Kinder, beträgt 8½ Prozent, doch steigt dieser Prozentsatz in den Südstaaten um das Vielfache davon. „Im Durchschnitt wird in den Baumwollstaaten (Südstaaten) mindestens jedes zweite – schwarze und weiße – Proletarierkind vom 10. Lebensjahre an in dieser Weise kapitalistisch ausgebeutet", stellt auch der Gewerkschaftsbericht fest.

Aber gibt äs nicht in den Vereinigten Staaten Gewerkschaften, die sich dieser arbeitenden Massen annehmen – wird der deutsche Arbeiter fragen? Tatsächlich aber haben diese „Gewerkschaften" nichts getan, um diese Massen zu organisieren, sie weisen jede Verbindung mit ihnen zurück, ja, sie heulen ihrerseits die Not und die Unorganisiertheit dieser Millionen noch aus. (Schluß folgt.)

A. F r i e d r i c h.

*

Druckfehler-Berichtigung[*]

In dem Artikel von L. F. Winow: „Die USSR. auf dem Wege zum Sozialismus. Die Bedeutung der Kontrollziffern der Planwirtschaftskommission für das Jahr 1926-27", in Heft 17 hat sich in die Tabelle auf Seite 530 ein bedauernswerter Fehler eingeschlichen. Unter der Rubrik Gesamt-industrie wurde an Stelle der Produktionszahlen die Menge des auf den Markt gelangten Teiles der Produktion angegeben. Die Rubrik „Gesamtindustrie" sieht folgenderweise aus:

5333	6106	8572	9794
338	365	770	851
1252	1352	2165	2396

Die prozentualen Zahlen stimmen.

Unseren Lesern wird bereits aufgefallen sein, daß die Zahlen falsch sein müssen, da ja die Gesamtindustrie nicht weniger produzieren kann als Großindustrie und Kleinindustrie zusammen.

[609]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 15. Oktober 1926 ∗ Heft 20

Thoiry und die imperialistischen Tendenzen Deutschlands

Ø Die kapitalistische deutsch-französische Annäherung steht gegenwärtig im Vordergrund der internationalen Ereignisse. Doch kommt in ihr nur e i n e der Tendenzen zum Ausdruck, die auf die Schaffung eines neuen internationalen Kräfteverhältnisses, auf den Abschluß neuer Bündnisse und auf die intensivere Vorbereitung eines neuen Weltkriegs hinauslaufen. In welchem Grade die 1919 (Versailles) geschaffenen Formen der kapitalistischen Entwicklung zu eng geworden sind, zeigt ein Vergleich der heutigen Lage mit der von 1923 (Ruhrkrieg).

1. Eine Regelung der R e p a r a t i o n s f r a g e (eine „Entpolitisierung", wie die amerikanischen Bankiers sagen), ist erfolgt, wenn auch nur eine provisorische. Die Kontrolle über die Reparationsdurchführung ist in amerikanische Hände übergegangen, Parker Gilbert als Vertreter der amerikanischen Hochfinanz ist Generalagent für Reparationszahlungen. Sowohl von englischer Seite (Furcht vor der Konkurrenz der Sachlieferungen) wie von amerikanischer (Sorge um die Sicherheit und Rentabilität der amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland) wird auf eine Revision des Dawes-Plans hingearbeitet, wodurch der Anteil und der Einfluß Amerikas, weniger Englands, noch weiter gesteigert werden soll.

2. Die Stabilisierung und imperialistische Entfaltung des d e u t s c h e n K a p i t a l i s m u s ist in sehr raschem Tempo vor sich gegangen. Zentralisierung und Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse, d. h. eine stärkere Machtposition der deutschen Bourgeoisie nach innen, ist die Grundlage eines wachsenden Machtbewußtseins nach außen, Charakteristisch ist die Feststellung des Reichsinnenministers Dr. Külz (auf dem Landesparteitag der Demokratischen Partei Sachsens), „die Anerkennung der Deutschen Republik als Großmacht sei ein ungeheurer moralischer Erfolg, der von realpolitischen Auswirkungen gekrönt sein müsse: Räumung des besetzten Gebiets, Aufhebung der Militärkontrolle, Zulassung Deutschlands in den Kreis der Mächte, die an der kolonialen Erschließung der Welt beteiligt sind".

3. Andererseits hat sich die Lage F r a n k r e i c h s gegenüber der Situation von 1923 verschlechtert. In Belgien, Polen, den Rand- und den Balkanstaaten ist der französische Einfluß zugunsten des englischen, teilweise des italienischen, erheblich zurückgegangen, die verschiedenartigen Angriffe auf die englischen Positionen in Vorder- und Mittelasien haben aufgehört, die Vorbereitungen zu einem englisch-italienischen Bündnis bedrohen die französische Position im Mittelmeer und Nordafrika.

[610] Diese Dinge mußten die deutsch-französische Annäherung fördern.

Diese Annäherung ist aber alles andere als nur etwa taktischer Natur, ihre Grundlage bilden mehrere d e u t s c h - f r a n z ö s i s c h e k a p i t a l i s t i s c h e I n t e r e s s e n g e m e i n s c h a f t e n, die sich teilweise schon in der Vorkriegszeit entwickelten, teilweise aber durch die neue politische Grenzziehung von 1919 notwendig gemacht wurden. Die wichtigsten Schrittmacher dieser Verständigung waren die Schwerindustrie und das Kalikapital.

Als im Frühjahr 1926 das deutsche K a l i s y n d i k a t und die französische Kaligruppe einen Vertrag über feste Quotenverteilung, gemeinsame Absatzorganisation und Propaganda abschlossen, d. h. das 1918 zerrissene Weltkalimonopol gemeinsam wieder aufrichteten, so war dieser Vorgang schon deshalb von großer Bedeutung, weil an der französischen Gruppe die Regierung beteiligt ist, während das deutsche Kalikapital in verschiedenen engen Beziehungen zum deutschen Agrarkapital (Beteiligung an Reichslandbundgesellschaften, Kalieinfluß auf die deutschnationale „Kreuz-Zeitung" usw.) steht.

Der deutsch-französische S c h w e r i n d u s t r i e l l e n - P a k t ist auch durch den Abschluß des internationalen Rohstahlkartells, das in der Hauptsache eine deutsch-französische Angelegenheit geblieben ist, noch nicht zum Abschluß gekommen, doch „stehen wir", wie kürzlich Sauerwein, Mitarbeiter des „Matin", mitteilte, „vor neuen Verhandlungen über ein Steinkohlen- und Erzkartell", also vor der neuen Inangriffnahme eines Problems, das im Weltkrieg eine große Rolle spielte (die französischen

Erzbecken als Kriegsziel der deutschen Schwerindustrie) und das 1923 zum Ausbruch des Ruhrkriegs führte (Kampf der Partner um die Höhe der Quote).

Aber schon das internationale Rohstahlkartell ist eine starke Grundlage auch für eine politische Verständigung. Dr. Vögler, der eigentliche Chef des deutschen Stahltrusts, führte Anfang Oktober auf der Tagung der Deutschen Volkspartei aus: „Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß diese wirtschaftliche Verständigung nur auf die Dauer Bestand haben kann, wenn hierauf auch eine politische Verständigung folgt. Das eine ohne das andere ist nicht möglich," Ähnlich haben sowohl Dr. Stresemann und Dr. Curtius, der Reichsaußen- und der Reichswirtschaftsminister, ausgesprochen, daß die schwerindustrielle Verständigung die Grundlage für die politische Entwicklung bilde.

Zu diesen deutsch-französischen Kapitalverbindungen kommen noch einige andere, die aber entweder noch nicht abgeschlossen sind (Besprechungen der chemischen Gruppen, ebenso der Filmindustrie) oder nicht von gleicher Bedeutung sind (verschiedene Interessengemeinschaften deutscher und französischer Handelsgesellschaften usw.).

Thoiry war die erste politische Auswirkung dieser Tendenzen. Es ist zweifellos richtig, wenn Sauerwein ausführte, daß mit einer Bildung eines westeuropäischen Industrieblocks auch weitgehende politische und militärische Abmachungen verbunden sein können: die „Bildung einer kontinentaleuropäischen Macht, welche ein wichtiges Element in der Weltpolitik bedeuten würde". Aber ebenso falsch ist ein anderer Satz aus Sauerweins Ausführungen: „Den Hauptpunkt bildet die Möglichkeit, Frankreich durch Mobilisierung gewisser, im Dawes-Plan vorgesehener Obligationen eine Summe von zwei bis drei Milliarden Goldmark in ausländischen Devisen zu verschaffen, um es in den Stand zu setzen, seine Valuta zu stabilisieren, ohne sich von den amerikanischen Bankiers und den amerikanischen Wucherzinsen abhängig zu machen."

[6101] Wir erinnern an die ähnliche Einstellung der Stinnes-Politik – etwa an die Unterredung zwischen Hugo Stinnes und einem Sonderberichterstatter des „Journal des Débats" Anfang Januar 1924 – und an die Tatsache, daß gerade amerikanische Finanzkreise an der Liquidierung des Stinnes-Konzerns lebhaft interessiert waren. Tatsächlich kann bei den heutigen Machtverhältnissen Thoiry ohne Beteiligung Amerikas nicht zustandekommen, ein deutsch-französischer Pakt mit einer Spitze gegen Wallstreet ist – wenigstens auf absehbare Zeit – nicht möglich.

Erstens ist eine Realisierung der Abmachungen von Thoiry nur möglich, wenn der Generalagent für Reparationszahlungen seine Zustimmung gibt und die amerikanische Finanz deutsche Reichsbahnobligationen in dem erwarteten Riesenumfang kauft; der amerikanische Druck auf Frankreich, der den ganzen Sommer über sehr energisch ausgeübt wurde, wird somit durch Thoiry keineswegs vermindert, und die Vereinigten Staaten bestehen nach wie vor auf der Anerkennung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens (Pakt Mellon-Béranger).

Zweitens übt die amerikanische Finanz nicht nur allgemein infolge ihrer großen Kapitalanlagen in Deutschland einen politischen Druck auf die deutsche Bourgeoisie aus, sondern auch am Eisenpakt hat sie sich ihren Einfluß gesichert: der deutsche Stahltrust verfügt fast über die Hälfte des deutschen Anteils an der internationalen Rohlstahlgemeinschaft und wird entscheidenden Einfluß auf die Absatzpolitik dieses Kartells ausüben. Dieser Trust aber wird infolge seiner umfangreichen Verschuldung gegenüber dem Bankhaus Dillon, Read and Co. in hohem Grade von amerikanischen Bankiers kontrolliert.

Die abwartende Stellung der Vereinigten Staaten gegenüber Thoiry erklärt sich daraus, daß vorläufig die Garantie einer ausreichenden amerikanischen Kontrolle noch nicht sichergestellt ist, Es ist zweifellos, daß die amerikanische Bourgeoisie alle zur Verfügung stehenden Druckmittel anwenden wird, um ihr Ziel zu erreichen. Hierzu gehört z. B. auch die Durchführung einer Kreditsperre, wie sie der Handelsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses im März 1926 befürwortete, ebenso die Verschärfung der Zolltarifpolitik gegenüber Kontinentaleuropa.

Die amerikanische Bourgeoisie ist über die weitere Entwicklung der Dinge durchaus optimistisch. Trotzdem die amerikanischen Finanzmänner im September unverrichteter Dinge aus Frankreich nach

Newyork zurückgekehrt sind, rechnen sie bestimmt über kurz oder lang mit einer Kapitulation Frankreichs; und wenn auch die republikanische Hearstpresse anläßlich der Reden in Genf und der Abmachungen von Thoiry unterstrich, daß eine deutsch-französische Annäherung eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten haben werde, so rechnet man doch in Washington und Newyork keineswegs mit einer Verschiebung der Machtverhältnisse. Der amerikanische Schatzsekretär Mellon erklärte Ende September gegenüber dem Präsidenten Coolidge, „es sei gar nicht nötig, die amerikanische Zolltarifpolitik mit Rücksicht auf Europa zu ändern. Es bestehe nicht die geringste Gefahr, daß eine paneuropäische wirtschaftliche Allianz gegen Amerika aus Tarifgründen oder irgendwelchen anderen Ursachen zustandekommen werde. Erstens habe Europa Amerikas Mitarbeit an dem Wiederaufbau viel zu nötig, und zweitens sei auch Europa in sich nicht einig genug hierfür."

Ist auch vorläufig eine Ausschaltung des amerikanischen Einflusses nicht möglich, ja, ist sogar noch mit einer weiteren Stärkung der amerikanischen Position in Europa zu rechnen, so sind doch die Tendenzen, die im Laufe der Zeit zu einer Blockbildung mit einer ausgesprochenen Spitze nicht nur [612] gegen England, sondern auch gegen Amerika führen, im Wachsen begriffen. Nicht nur der Eisenpakt und die deutsch-französische Verständigung, sondern auch die immer noch steigenden amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland werden auf die Dauer die europäische Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärken und schließlich zu einem Angriff auf den amerikanischen Anteil am Weltmarkt führen.

Wenn gegenwärtig die deutsch-französische Annäherung im Vordergrund der Ereignisse steht, so wäre doch die Einstellung falsch, als ob die neue imperialistische Entwicklung Deutschlands einseitig auf dies Ziel eingestellt wäre. Es entspricht der immer noch sehr schwachen politischen und militärischen „Weltstellung" der deutschen Bourgeoisie, daß die deutsche Politik sich bald an England, bald an Amerika – und zwar auf Kosten Frankreichs – anlehnt. Was England anlangt, so hofft die deutsche Bourgeoisie auf dessen Unterstützung für eine Revision des Dawes-Plans; und es ist auch charakteristisch, daß gerade am 10. und 11. Oktober, also mitten wahrend der Debatte über Thoiry, in London eine Besprechung zwischen Delegierten der britischen Industriellenvereinigung und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stattgefunden hat, Besprechungen, aus denen sich ebenso politische Konsequenzen ergeben müssen wie aus den Abmachungen von Thoiry und aus dem Eisenpakt.

Es ist auch wichtig, daß, von taktischen Momenten ganz abgesehen, die internationale Verbindungs- und Expansionsrichtung der deutschen Kapitalgruppen durchaus verschiedenartig ist, daß z. B. eine Anzahl wichtiger kapitalistischer Elemente in Deutschland keinerlei Kontakt mit französischen Gruppen haben und vorläufig nicht haben wollen: so die Großbanken, die Reedereien, die Elektrizitätsgruppen usw.

Schließlich dürfen wir die Kräfte des deutschen Kapitalismus, so sehr sie sich auch auf Kosten der Arbeiterklasse gestärkt haben, nicht überschätzen; trotz der starken Kapitalneubildung in den letzten Monaten hält sich der Kapitalexport Deutschlands in sehr engen Grenzen und wird um das Vielfache von dem anhaltenden Kapitalimport aus den Vereinigten Staaten übertroffen.

Bei all dieser Uneinheitlichkeit der Entwicklungstendenzen war doch der Anfang Oktober in Wien tagende Paneuropa-Kongreß ein anschaulicher Ausdruck der vorherrschenden Tendenz: des Versuchs, einen westeuropäischen Kapitalblock zusammenzubringen, der auf die Dauer nicht nur gegen England und gegen Amerika gerichtet ist, sondern in erster Linie gegen Sowjetrußland. Die Bedeutung dieses Kongresses wird bezeichnet durch die Teilnahme von Männern wie Cailleaux, Herriot, Painleve, Kerenski, von Vertretern der von Stresemann geführten Deutschen Volkspartei und anderen wichtigen kapitalistischen Repräsentanten. Daß bei solch einem Kongreß Vertreter der SPD nicht fehlen durften, war selbstverständlich.

Dieser Kongreß, aber ebenso Thoiry und der Eisenpakt sind die Vorboten eines kapitalistischen Kriegspakts gegen Sowjetrußland. „Wenn die Sowjets einem solchen westeuropäischen Block gegenüberstehen, dann werden sie gezwungen sein, ihr System so abzuändern, daß Rußlands Mitwirkung im europäischen Wirtschaftsleben möglich wird", meinte der oben erwähnte Sauerwein Ende September. Verstärktes Interesse an der Unterminierung des Sowjetsystems

und einer kolonialen Ausbeutung Rußlands, Verschärfung der internationalen imperialistischen Gegensätze sind die wichtigsten Folgeerscheinungen der internationalen Entwicklung der letzten Monate. [613]

*

Die KPD und die Landtagswahlen in Sachsen

Von Paul Böttcher

I.

Die Entwicklung der politischen Ereignisse seit der Industriellentagung in Dresden und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund läßt die Neugruppierung der Partei- und Klassenkräfte in Deutschland von Woche zu Woche klarer in Erscheinung treten. Die Schwerindustrie hat die Hindenburg-Republik offiziell für sich reklamiert. Zu den Garanten zum Schutze dieser Republik vor dem Bolschewismus, zur Sicherung der kapitalistischen Rationalisierungspolitik und imperialistischen Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie gehören die sozialdemokratischen Führer. Parlamentarische Ausdrucksform soll diese Tatsache durch die Schaffung der Großen Koalition im Reiche erhalten.

Die innerpolitischen Entscheidungen sowie die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie haben in auffälligster Form auf die politischen Gruppierungen und die Taktik der bürgerlichen Parteien im sächsischen Wahlkampf eingewirkt. Strebte die Bourgeoisie im Sommer dieses Jahres und noch vor wenigen Wochen unter Initiative des Verbandes Sächsischer Industrieller nach dem Bürgerblock deutschnationaler Couleur, mit volksparteilichem Einschlag, so ist nach den Reden Silverbergs und Stresemanns bei den bürgerlichen Koalitionsparteien eine andere taktische Linie festzustellen. Der Wahlkampf rückt mehr und mehr ins Zeichen der Großen Koalition. Die Berliner Inspiratoren der sächsischen Bürgerparteien hatten bei der Festlegung der Wahlstrategie keine große Mühe. Die sächsischen Unternehmer und Fabrikanten waren von jeher gut prädestiniert für den waschechten Nationalliberalismus Stresemannscher Offenbarung.

Auf dem Parteitag in Köln hat Stresemann den vaterländischen Verbänden Sachsens, die offiziell für den Bürgerblock warben, einen deutlichen Korb gegeben. Die Deutsche Volkspartei geriet mit der Leitung dieser Verbände in Konflikt, weil sie sich nicht die Möglichkeit der Koalitionspolitik nach den Wahlen versperren wollte. In Köln ging deshalb Stresemann auf die Wahlen in Sachsen ein. Er erklärte:

„Worüber ist denn ein Streit entstanden zwischen diesen Verbänden und unserer Partei in Sachsen? Darüber, daß man von uns die grundsätzliche Einstellung verlangte, im Falle der Erreichung einer bürgerlichen Mehrheit in Sachsen unter keinen Umständen in irgendeine Regierungskombination mit den Sozialdemokraten einzutreten. Wenn hier aus der Sozialdemokratie heraus, in einem industriell so entwickelten Lande wie Sachsen, bei einem großen Teil der Gewerkschaften die Empfindung kommt, der Kampf um die Herrschaft im Lande darf nicht geführt werden im Sinne des Klassenkampfs, Proletariat gegen Bürgertum, sondern wir stellen uns bewußt auf den Standpunkt, mit dem Bürgertum zusammen das Beste für das ganze Volk herauszuholen, dann wäre es eine Verleugnung der Grundsätze der Deutschen Volkspartei, denen nicht die Hand zu reichen, die das erstreben."

Mit dieser Charakterisierung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik als einer kapitalistenfrommen Politik erntete Stresemann bei den versammelten Schwerindustriellen und Großkaufleuten stürmische Zustimmung. Auch der „Vorwärts" ist entzückt darüber, daß der „Mann von Thoiry" so anerkennende Worte für die ASPS findet.

[614] Als Rückversicherung gegen Unfälle bei der Bildung und Durchführung der Großen Koalition im Reiche fordern die reformistischen Führer allgemein die Große Koalition für die ausschlaggebenden Landesregierungen. Es treffen sich also bei den sächsischen Landtagswahlen Volksparteiler, ASPS und Parteivorstand der SPD (die kleinen bürgerlichen Mittelparteien selbstverständlich!) im

Streben nach der Erhaltung der Großen Koalition. Alle diese Gruppierungen rechnen dabei von vornherein stillschweigend mit einer Verschiebung der Koalitionsbasis nach rechts durch offene oder versteckte Unterstützung der Deutschnationalen. (Entsprechend dem gegenwärtigen Zustand in Sachsen.)

Die Sozialdemokratie sieht aber auch für die Zeit nach den Wahlen keinen Ausweg. Prinzipienlos zerfressen von inneren Parteikämpfen, geschüttelt von Angstpsychosen vor unvermeidlichen Entscheidungen werden die linken SPD-Führer im Wahlkampf ziellos hin- und hergeschleudert.

Mit klarer Marschroute und offensiver Taktik gegen die SPD tritt die ASPS auf. Ihre Gründungsgeschichte ist ihr Programm: Unter allen Umständen Koalitionspolitik, Ablehnung jeder sozialdemokratischen Minderheitsregierung, die auf die Kommunisten angewiesen ist, Bereitschaft zu jedem Lakaiendienst für die Bourgeoisie.

Aber unausgesprochene Anerkennung der Bereitschaft zur Koalition durch die linken sozialdemokratischen Führer wirkt objektiv als Agitation für die ASPS. Im Kampfe gegen die Verbrechen der Heldt-Koalition fehlt der Sozialdemokratie in Sachsen die schärfste Waffe: die grundsätzliche Gegnerschaft gegen jede Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Die Folge davon ist Verwirrung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter. Auch diese Verwirrung wirkt lähmend auf Propaganda und Agitation. Wir beobachten also in Sachsen nicht eine erhöhte Schlagkraft der Sozialdemokratie als Ergebnis der Wahlmobilisierung, sondern umgekehrt infolge der Wahlmobilisierung fortschreitende Zersetzung und Schwächung der SPD.

Der Parteivorstand der SPD hält auch im Wahlkampfe seine bisher bezogene Stellung gegenüber der Parteikrise in Sachsen ein. Seine Aufgabe besteht in der Weiterführung der Großen Koalition. Diesem Ziel ist die Taktik untergeordnet. Im Grunde ihres Herzens sind Wels und Dittmann bei Buck und Bethke. Nach Neuwahlen kann jedoch die Koalitionsregierung nicht mehr mit den 23 Renegaten aufrechterhalten werden. Diese verschwinden fast völlig von der parlamentarischen Bildfläche. Die Koalitionspolitik erfordert also nach Neuwahlen auch eine Partei. Und zur Partei braucht man Massen. Die sozialdemokratischen Arbeiter folgen jedoch noch den „jungen Schulmeistern und Redakteuren“. Also muß der Parteivorstand diese für die Koalitionspolitik „reif“ machen.

Schon in Heidelberg hat der Parteivorstand den Linken begreiflich gemacht, welches ihre Rolle ist. Im Lager der linken sozialdemokratischen Führer Sachsens sitzen die Vertrauensleute des Parteivorstandes, alte ausgekochte Koalitionspolitiker, wie Lipinski, Fellisch, Sachs. Der Parteivorstand arbeitet im Einverständnis mit einem großen Teil der „linken“ Führer von Schlage Lipinskis bewußt hin auf die Bildung der großen Koalition nach Neuwahlen. Die Durchführung der Parteivorstandspolitik wird zwangsläufig die Wiedervereinigung der abgesprengten „Alten“ Sozialdemokraten mit der Gesamtpartei zur Folge haben. Das ist die Strategie der SPD, die im sächsischen Wahlkampf verstärkt zur Anwendung gelangt.

[615] Man darf sich durch die Presse- und Versammlungsfehden zwischen rechten und linken sozialdemokratischen Führern nicht über den Kern des Problems täuschen lassen. Ob der Parteivorstand Zu seinem Ziele kommt, welches Tempo die Entwicklung nimmt, oder ob das Gegenteil eintritt und der Riß zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und den rechten sozialdemokratischen Führern sich zu einem bewußten Gegensatz zwischen der Klassenkampfpolitik der Massen und dem Reformismus erweitert, das hängt von einer Reihe wichtiger Faktoren ab. Die wichtigsten liegen in der allgemeinen Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze. Von entscheidender Bedeutung sind ferner die Arbeit, Aktivität und der Einfluß der Kommunistischen Partei. In welchem Umfang und Tempo sich die Spaltung der SPD vertieft und verbreitert, ist immer eine Frage des Vertrauens, das die Kommunistische Partei innerhalb der Arbeiterschaft erwirbt. Und die Erfahrung beweist, je mehr das Zutrauen zur Arbeit der Kommunistischen Partei wächst, um so stärker zerfällt die SPD, um so stärker wird die Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter.

Die linkssozialdemokratischen Führer in Sachsen lehnen jeden Gedanken an eine Loslösung der hinter ihnen stehenden Massen vom Parteivorstand der SPD grundsätzlich ab. Sie sind bewußte

Feinde des Kommunismus, Anhänger der bürgerlichen Demokratie, Gegner der Sowjetherrschaft und der Diktatur des Proletariats. Ihre zentristische Prinzipienlosigkeit unterliegt aber stärker dem Druck der Massen, als der Verrat der Parteivorstandsgarde und der Amsterdamer. Dem unmittelbaren Druck der rebellierenden, hungernden und arbeitslosen Massen ausgesetzt, spüren sie nur zu gut, daß man die weitere Radikalisierung dieser Massen nicht aufhalten kann, wenn man Bruderküsse mit Silverberg und Vögler tauscht. Die Anpassung der linken Führer an die Massenstimmung ist geschmeidig, nachgiebig und zu Konzessionen in bestimmten Grenzen bereit. Jene Führer lassen sich von radikalen Strömungen und Stimmungen immer bis zu der Grenze treiben, wo diese Stimmungen umschlagen in revolutionäre Massenaktionen. In diesem Augenblick entlarven sich die „Linken“ als dieselben Verräter und Renegaten wie die rechten sozialdemokratischen Führer. (Zeigner war bereits vor der Reichswehrexekutive bereit, das sozialdemokratische-kommunistische Kabinett in Sachsen zu stürzen. – Böchel erklärte auf der Chemnitzer Konferenz im Oktober 1923, die Reichswehr marschiert nicht gegen Sachsen, sondern gegen Bayern! – Verrat des sächsischen Oktoberstreiks durch die vereinigten rechten und linken sozialdemokratischen Führer und Amsterdamer.) Die linken Führer stärken also innerhalb der Arbeiterschaft den Einfluß des Reformismus.

Im gegenwärtigen Wahlkampf legen die linken SPD-Führer den größten Wert darauf, daß die Arbeiterschaft nicht ihr wahres Gesicht erkennt. Die Linken kämpfen maskiert. Unter der Losung „proletarische Mehrheit im Landtag“ versuchen sie, die Arbeiter über ihre wahren politischen Ziele zu täuschen. Das Hauptreservoir ihrer Wahlagitation sind die Verbrechen der Heldt-Koalition. In ihrem Scheinkampfe gegen die Heldt-Regierung besorgen die Linken jedoch gleichzeitig gegen ihren Willen Hilfsarbeit für die Kommunisten. Der Arbeiter empfindet sehr deutlich, daß man nicht einen Unterschied zwischen einer Heldt- und einer Severing-Koalition machen kann, sondern daß jede Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie sich gegen die Arbeiter richtet. Diese ungewollte Wirkung ihrer scheinradikalen Propaganda versuchen die linken Führer zu paralysieren durch ein ausgiebiges Maß von Kommunistenhetze.

[616] Es ist die Aufgabe der Kommunisten, angesichts des maskierten Wahlradikalismus der SPD in Sachsen die Frage der „proletarischen Mehrheit“ im Landtag zu konkretisieren, sie aus dem Gebiet der radikalen Phrase zu übersetzen in die Sprache des Klassenkampfs und gleichzeitig die politische Wesensverwandtschaft der linken Führer mit dem Parteivorstand nachzuweisen. Innerhalb der linken Führergruppe existiert ein starker Flügel, der ohne jede Bedenken sich für die Koalitionspolitik in Sachsen einsetzt. Eine kleinere „radikale“ Gruppe weicht einer klaren Antwort auf diese Frage aus. Es ist deshalb notwendig, auf die offiziellen, von allen linken Führern anerkannten politischen Dokumente hinzuweisen. Besonders wichtig ist in dieser Beziehung das Heidelberger Programm. Dieses enthält die grundsätzliche Bereitschaft zur Koalitionspolitik. Wie die Linken eine Koalition definieren, an der sie teilnehmen können, wird in der Erklärung zum Ausdruck gebracht, die die linkssozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags am 22. April 1926 als Gegenerklärung gegen die 23 abgegeben hat. Die Erklärung der linken Führer bejaht die Möglichkeit der Koalition mit der Bourgeoisie und stellt sich auf den Boden des Berliner Parteitags, dessen Beschluß sie wörtlich zitiert:

„Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziel haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.“

In schärferer Form als zu anderen Zeiten spitzt sich im Wahlkampfe der Widerspruch zwischen der grundsätzlichen Bereitschaft der linken Führer zur Koalitionspolitik und ihrer radikalen Propaganda gegen die sächsische Koalitionsregierung zu. In Hunderttausenden wird durch die Agitation der SPD in Sachsen der Glaube erweckt, daß sich diese Partei nach den Wahlen keinesfalls an einer Koalitionsregierung beteiligen wird. Nimmt dann die SPD im neuen Landtage plötzlich die Schwenkung vor und koaliert sich mit den bürgerlichen Parteien, so ist das sichere Ergebnis eine starke Enttäuschung der Hunderttausende, die sich irregeführt und betrogen fühlen. Die linken Führer sehen natürlich diesen Widerspruch sehr gut. Ihn zu lösen, sind sie unfähig.

II.

Die KPD hat im Wahlkampf keine besondere Taktik. Wahlen zum bürgerlichen Parlament sind für die Kommunisten keine Veranlassung, ihre Taktik irgendwie zu ändern. Wir führen den Wahlkampf als einen Teil des Klassenkampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Wahlen sind uns nicht Selbstzweck. Mit Recht ist dem revolutionären Teil des deutschen Proletariats der Parlamentarismus verhaßt und verekelt. Und besonders für die Beteiligung an den sächsischen Wahlen gilt, was Lenin über die Arbeit der Kommunisten im parlamentarischen „Schweinestall" gesagt hat. Besonders im sächsischen Wahlkampfe muß die grundsätzliche Stellung der KPD zum Parlamentarismus immer wieder betont werden. Das ist im Wahlaufruf der Partei geschehen und muß auch in der Tagespresse ununterbrochen zum Ausdruck kommen.

Was soll nach den Wahlen geschehen, wenn die arbeitende Bevölkerung Sachsens eine Mehrheit von [617] kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten in den Landtag gewählt hat? Das ist die Frage, auf die jeder Arbeiter von unserer Partei eine klare und eindeutige Antwort verlangt. Die Partei kann diese Antwort mit gutem Gewissen geben, da für uns diese Frage nicht ein parlamentarisches Kombinationsspiel ist, sondern eine solche der außerparlamentarischen Kraft und Kampfbereitschaft des Proletariats. Die KPD läßt die Arbeiterschaft darüber nicht im unklaren, daß in Sachsen nicht die Frage der politischen Macht aufgerollt wird, weil die Bourgeoisie für den 31. Oktober Wahlen zum Landtag angesetzt hat. Der Wahlkampf kann dem Proletariat nicht die Macht geben. Er muß aber im Interesse der Arbeiterklasse Vorbereitung und Stärkung zum Machtkampfe sein, indem die Partei den Kampf für die Teilforderungen mit der Propaganda für das Endziel verbindet. Wenn eine Mehrheit von kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten in den Landtag einzieht, dann wird auch damit die Frage der Macht noch nicht aufgerollt. Keine Parlamentsmehrheit wird je das kapitalistische System weder in Sachsen noch im Reiche stürzen. Wo in Arbeiterkreisen über diese Fragen noch Illusionen vorhanden sind, dort müssen die historischen Erfahrungen des Oktobers 1923 unermüdlich von den Kommunisten als Anschauungsunterricht verwendet werden. Es wäre deshalb verhängnisvoll, würde die Partei in ihrer Propaganda die Illusionen nähren, als würde dem Proletariat durch das Zustandekommen einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit im Landtag geholfen werden. Eine solche Agitation würde sich im Sinne einer Stärkung demokratischer Illusionen auswirken. Die KPD unterschiede sich dann in nichts von den reformistischen Fetischisten des Stimmzettels. Unsere Agitation muß im Gegenteil darauf gerichtet sein, den Arbeitern an Hand der Tätigkeit der Parlamente und Erfahrungen begreiflich zu machen, daß der Kampf für den Sozialismus außerhalb des Parlaments geschlagen wird. Wenn die Kommunisten sich dennoch am Parlamentarismus beteiligen, so geschieht das eben aus der Erkenntnis, daß das, was für die revolutionäre Vorhut des Proletariats, für die KPD, „überwunden" ist, nicht überwunden ist für die Klasse.

Die Erfahrungen des sächsischen Proletariats nach der Revolution werden es der Partei erleichtern, den Massen den Widerspruch aufzuklären, der im proletarischen Wahlergebnis einer stark industriellen Bevölkerung und der antiproletarischen Politik der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie besteht. Würden die bisherigen politischen Erfahrungen der Arbeiterklasse genügt haben, um die Mehrheit derselben zum politischen Bewußtsein und zur Reife der proletarischen Avantgarde, der KPD, heraufzuziehen, dann wären die Voraussetzungen, unter denen die Partei zu kämpfen hätte, völlig andere. Das politische Erleben hat aber bisher noch nicht genügt, um den Erfahrungsprozeß der werktätigen Bevölkerung zum Kommunismus bis zu diesem Grade reifen zu lassen. Es ist Tatsache, daß hinter der SPD noch die Mehrheit der sächsischen Arbeiterklasse steht, und daß sich die großen Massen in den Gewerkschaften noch unter dem leitenden Einfluß der Amsterdamer Bürokratie befinden.

Die zurückgebliebenen Schichten der Klasse, die Anhänger des Reformismus und die im Lager des Zentrismus stehenden schwankenden Arbeiterschichten müssen neue ein dringliche politische Erfahrungen durchmachen, um endgültig alle Illusionen von sich werfen zu können. Die Kommunistische [618] Partei führt aus diesem Grunde auch im Wahlkampf ihre ursprüngliche Taktik weiter, indem

sie erklärt, daß sie nach den Wahlen die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter bestimmten Voraussetzungen dulden wird. Das bedeutet noch lange nicht, daß die Kommunistische Partei eine parlamentarische Minderheitsregierung aus den Führern der SPD in allen Fällen positiv unterstützt oder auch nur ihr Zustandekommen bedingungslos ermöglicht. Es bedeutet vor allen Dingen keinen politischen Dauerzustand. Die Duldung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung ist für uns lediglich eine politische Kampfform gegen die SPD und den bürgerlichen Klassenstaat. Selbst wenn die Kommunisten parlamentarisch, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung dulden, befinden sie sich mit der Sozialdemokratischen Partei nicht etwa in einem Friedenszustand („Bruderpartei"), sondern nach wie vor im Kriegszustande. In keiner Form darf die Stellungnahme der Partei zu einer Beeinträchtigung ihrer politischen Handlungsfreiheit und Agitation außerhalb oder innerhalb des Parlaments führen.

Die Partei hat in ihrem Aufruf. zu den sächsischen Wahlen eine Reihe wichtiger Teilforderungen formuliert, deren Durchführung für die gegenwärtige Situation in Sachsen eine starke Mobilisierung der Arbeiterklasse bedeutet und zu einer Stärkung der Kampfpositionen des Proletariats führen muß. Diese Forderungen sind eine der Arbeiterschaft durchaus verständliche Konkretisierung und politische Beantwortung der Frage: „proletarische Mehrheit". Im Vordergrunde stehen der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und die wichtigsten Erwerbslosenforderungen. Nicht weniger wichtig ist der Kampf gegen das Wohnungselend und den Steuerraub. Die Forderungen sind von der Partei so gehalten, daß ihre Durchführung selbst im Rahmen einer Landesregierung möglich ist. Aber nur dann, wenn eben hinter diesen Forderungen der Wille organisierter Massen steht, d. h. wenn die Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Mieterverbände usw. sich außerparlamentarisch in Versammlungen, Demonstrationen usw. für die Durchführung dieser Forderungen einsetzen.

Eine der wichtigsten linkssozialdemokratischen Forderungen in Sachsen ist die „Wiedergutmachung der Folgen der Reichswehrexekutive". Die KPD fordert in ihrem Aufruf sofortige Entlassung aller von der Reichsexekutive und der Heldt-Regierung eingesetzten Beamten und Vertrauensleute der Reaktion in Polizei, Justiz und Verwaltung, sowie die restlose Entschädigung der Opfer der Reichswehrexekutive. (Unterstützung an Hinterbliebene, Entschädigung für Haft und Mißhandlungen, Eigentumsbeschädigungen, Arbeits- und Einkommensverluste.) In der Agitation der linken Führer gegen die Heldt-Regierung kehrt regelmäßig der Refrain von der Entlassung republikanischer Beamter wieder. Die Forderung der Kommunisten gibt den Sozialdemokraten Gelegenheit, zu zeigen, was hinter ihrem Geschrei steckt. Dasselbe gilt für das Gebiet der Gemeindeverfassung. Hier fordern die Kommunisten Beseitigung der reaktionären Gemeindeverfassungsreform der Heldt-Regierung. In gleicher Weise geben die Kommunisten den sozialdemokratischen Führern Gelegenheit, ihren Ruf nach dem Verbot der reaktionären Kleinkaliberschießvereine in die Praxis umzusetzen. Für den Kampf gegen Klassenjustiz und monarchistische Reaktion ist die Durchführung einer politischen Amnestie und einer §-218-Amnestie von größter Bedeutung. Eine Reihe wichtiger Maßnahmen zum Kampfe gegen [619] die bürgerliche Schul- und Kulturpolitik, die in Sachsen seit jeher eine besondere Rolle spielen, werden ebenfalls von den Kommunisten gefordert. Da die Landesregierungen entscheidenden Einfluß auf die Lage der unteren und mittleren Beamten haben, sind für die Besserung der Lage dieser Beamtenschichten von uns ebenfalls wichtige Forderungen aufgestellt worden. Ebenso für die Besserung der furchtbaren Lage der Inflationsopfer und Sozialrentner, sowie zur Unterstützung des werktätigen Bauerntums. Von der Haltung der SPD zu diesen Forderungen wird die KPD auch ihre Haltung bei der Bildung eines sozialdemokratischen Minderheitsregierung abhängig machen.

Die politische Plattform der KPD zum Wahlkampfe ist für die breiten Massen klar und verständlich. Die KPD zeigt, welchen Inhalt der Kampf gegen die Koalitionspolitik haben muß, mit welchen Methoden dieser Kampf zu führen ist und unter welchen Bedingungen eine proletarische Mehrheit im Landtage den Kampf der Arbeiter erleichtern könnte. Die Kommunisten zeigen aber gleichfalls, daß all dies kein Abschluß, sondern nur der Anfang neuer Kämpfe ist, daß erst recht nach den Wahlen

wiederum alle Grundfragen der proletarischen Strategie und Taktik vor die Arbeiterschaft gebracht werden. Diese Fragen sind aber nicht „sächsisch“ zu lösen. Es sind Fragen der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Eben darum haben die sächsischen Wahlen ihre große Bedeutung über den Rahmen Sachsens hinaus.

Auf dicht bevölkertem Industriegebiet spielt sich der Wahlkampf als eine Form des Klassenkampfs ab, bietet einen Gradmesser für das Kräfteverhältnis der Klassen gegeneinander und für die politische Reife der Arbeiterklasse. Es versteht sich von selbst, daß unter diesen Umständen der Wahlausgang auch für die weitere Politik im Reiche von großer Bedeutung ist. Es wäre müßig, über die voraussichtliche Stärke der einzelnen Parteien im neuen Landtag zu spekulieren und sich in parlamentarischen Kombinationsspielen zu ergehen. Es ist aber gar keine Frage, daß nach den Wählen im Reichstag die bürgerlichen Parteien und die SPD aus dem Wahlergebnis ihre jeweiligen Geschäfte machen werden. Wenn es in Sachsen zu einer Niederlage der Deutschnationalen, zur Zurückdrängung des Einflusses der bürgerlichen Parteien und zur Zerschlagung der Heldt-Koalition kommt, dann ist das ausschließlich das Verdienst der Kommunistischen Partei. Die KPD hat im Kampfe gegen die Große Koalition einen eindeutigen, unversöhnlichen Kurs durchgehalten. Sie kann auch mit ihrer parlamentarischen Arbeit vor den proletarischen Massen bestehen. Die KPD ist es, die durch ihren unermüdlichen, unerschrockenen Kampf das Kraftbewußtsein im Proletariat immer wieder geweckt hat und trotz aller Verrätereien der sozialdemokratischen Führer dafür sorgte, daß der Glaube an den Sieg des Sozialismus im Proletariat nicht erlosch. Es ist deshalb die Aufgabe der Partei, im Wahlkampfe nicht nur die politischen Grundsätze und Forderungen der KPD in die Massen zu tragen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die Ideen des Sozialismus neue werbende Kraft erhalten. Das heißt das Bewußtsein der Klassenlage in den Massen wecken, den Willen zur Macht stärken und den Glauben an den Sieg der Arbeiterklasse festigen.[620]

*

Der europäische Eisenpakt

Von Leo Luther

Zum unwiderruflich letzten Male sollte bereits am 17. September die von Monat zu Monat angekündigte und immer wieder hinausgeschobene Gründung des europäischen Rohstoffkartells erfolgen. Es erschienen bereits schwerindustrielle Begrüßungsartikel – das Kartell aber ließ bis zum 30, September auf sich warten. Im folgenden soll zu dem Inhalt der internationalen schwerindustriellen Abkommen Stellung genommen werden, nachdem Genosse Eisenmann[*)] die Grundlinien der ökonomischen Entwicklung, die in diesen Abkommen ihren Abschluß findet, aufgezeigt hat,

Inhalt der Abkommen

1. Die deutsch-französische Eisenverständigung

Die Eisenindustrie in Lothringen, Luxemburg und dem Saargebiet setzte vor dem Kriege den größten Teil ihrer Erzeugung in Deutschland ab und muß hier auch heute unter allen Umständen Absatz finden, weil Frankreich bekanntlich keine genügend entwickelte eisenverarbeitende Industrie besitzt und weil eine verstärkte Ausfuhr nach dem nichtdeutschen Ausland unmöglich ist; dort besteht schon jetzt eine äußerst scharfe Konkurrenz der Eisenexporteure. Lothringens und Luxemburgs Schwerindustrielle haben sich erstens verpflichtet, nicht mehr als 6½ Proz. des innerdeutschen Gesamtabsatzes der Rohlstahlgemeinschaft nach Deutschland einzuführen. Zweitens wird das lothringisch-luxemburgische Eisen, das nach Deutschland geht, zu den Monopolpreisen der deutschen Eisenindustrie verkauft. Die saarländische Industrie findet Aufnahme in den deutschen Eisenverbänden. Eine Unterbietung der deutschen Monopolpreise ist also auf dieser Seite ebenso unmöglich gemacht. Zwar ist das Saargebiet staatsrechtlich laut Versailler Vertrag vom Reich durch die deutsch-französische Zollgrenze getrennt; das private Abkommen „bestimmt“ aber, daß für die Einfuhr saarländischen Eisens der Zoll fortfällt und daß die Zollstundungen, die bisher erfolgten, in Zollerlaß umgewandelt werden.

[*)] Nr. 11-12 der „Internationale“: „Die ökonomischen Kräfte der Schwerindustrie.“

Die Abmachungen enthalten Klauseln, wonach sie kündbar sein sollen, wenn der endgültige Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommen sollte. Die Einfuhreingeständnisse für französisches Eisen waren bekanntlich in den Handelsvertragsverhandlungen als Ausgleich gegen französische Einfuhreingeständnisse für deutsche Fertigwaren vorgesehen. Ferner schweben noch Verhandlungen über den Rohstoffaustausch Lothringen-Ruhrgebiet. Vor dem Kriege sandten die Ruhrzechen Koks nach Lothringen und empfingen von dort als Rückfracht Erz. Dieser Austausch ist seit dem Kriege unterbrochen; die Ruhrindustrie hat sich auf Verwendung anderer – insbesondere schwedischer – Erze eingestellt, während Lothringen weiter Ruhrkoks beziehen mußte. Jetzt hat sich der Ruhrbergbau verpflichtet, Koks außerhalb der Reparationen zum Preis von 16,80 Mark nach Lothringen zu liefern. (Inlandspreis 21,50 Mark.)

Man kann annehmen, daß damit der frühere Erz-Koks-Austausch wieder in Gang kommen wird, zumal die Reichsbahn die Erzfracht von Lothringen nach dem Ruhrgebiet soeben um ein Drittel ermäßigt hat. Ein schönes Geschenk an die Eisenindustrie! [621]

2. Die kontinentale Eisenverständigung

Während das Abkommen zwischen der französischen, luxemburgischen und saarländischen Eisenindustrie einerseits, der deutschen andererseits schon längere Zeit fertig vorlag und seine Folgen bereits spürbar sind – Preissteigerungen in Deutschland durch Fortfall der bisherigen Unterbietungen der deutschen Monopolpreise seitens Lothringen –, machte die Gründung der internationalen Rohstahlgemeinschaft aus den in dem früheren Aufsatz dargelegten Gründen lange Zeit Schwierigkeiten. Zum Schluß waren es die belgischen Werke im Becken von Charleroi, die eine höhere Quote haben wollten und deshalb die Unterzeichnung solange ablehnten, bis ihr Verlangen erfüllt wurde. Luxemburg hatte zuerst unterzeichnet, Frankreich war Mitte September bereit dazu. Der Mechanismus der Rohstahlgemeinschaft ist kurz folgender:

Auf Grund der Erzeugung des ersten Quartals 1926 wird jedem Land eine Anfangsquote zugeteilt. Vierteljährlich wird, ähnlich wie bei der deutschen Rohstahlgemeinschaft, für alle Teilnehmer einheitlich festgesetzt, bis zu welcher Höhe sie ihre Quote ausnützen dürfen, bzw. um welchen Prozentsatz sie die Quote übersteigen dürfen. In eine Ausgleichskasse zahlt die Eisenindustrie eines jeden Landes einen Dollar je eine Tonne Rohstahlerzeugung. Bleibt ein Land unter der Quote, dann erhält es aus den angesammelten Geldern zwei Dollar für jede Tonne, um die es unter der gerade gültigen Erzeugungsquote blieb. Wer mehr als die Quote produziert, wird mit vier Dollar je Tonne Überproduktion belastet. Die endgültige Verrechnung der Kasse erfolgt jährlich. Die Quoten werden alle Vierteljahr neu festgesetzt.

Bewertung der Abkommen

1. Das Lothringer Kontingentabkommen

1. Die Außenpolitik des bürgerlichen Staates wird hier in einer noch nie erlebten Weise unmittelbar kapitalistischen Interessen dienstbar gemacht. Die Kündigungsklausel besagt gar nichts. Nachdem sich die prominenteste Kapitalistengruppe beider Länder geeinigt hat, wird wohl schon ein Handelsvertrag zustande kommen, in dem die übrigen klein beigeben; daß die deutsche Regierung im Falle zu geringer französischer Einfuhrzugeständnisse es wagen würde, Einspruch zu erheben, glaubt das noch jemand?

2. Die deutsche Schwerindustrie hat die einzigen ernsthaften Gegner der deutschen Eisenzölle im Ausland unschädlich gemacht: Frankreich und Luxemburg hätten ein Interesse daran gehabt, durch Handelsvertrag die Eisenzölle Deutschlands zu senken. Jetzt ist ihnen eine Absatzmenge garantiert, die sie auf gewöhnlichem Wege bei den geltenden Eisenzöllen nie erreicht hätten. Der Hauptvertreter der Eisenindustrie im Reichstag, Reichert, hat bisher immer behauptet, trotz der Zölle werde Deutschland mit französischem Eisen wegen der französischen Inflation „überschwemmt“, obwohl bisher noch nie soviel eingeführt wurde, wie die in dem Abkommen vorgesehenen Kontingente gestatten. In der „DAZ“ vom 14. August gab er selbst zu, daß „mit der Überschwemmung Deutschlands mit französischem Eisen“ durch die Einfuhrkontingente die Unberührtheit der deutschen Eisenzölle

erkauft sei. Und da die Massen der Werktätigen bisher schon so manches eingesteckt haben, ohne zu murren, glaubt die Eisenindustrie jetzt endlich auch den Schutzzoll unangreifbar gesichert zu haben.

[622] Da den französisch-luxemburgischen Eisenindustriellen der Absatz zu deutschen Monopolpreisen garantiert ist, machen sie ein glänzendes Geschäft: selbst wenn sie den Zoll bezahlen, bekommen sie in Deutschland mehr für Eisen als in Frankreich!

3. Die der westlichen Eisenindustrie gegebene Garantie der deutschen Monopolpreise ist ein unerhörter Schacher mit deutschem Volkseinkommen. Denn in Süddeutschland gab es bis jetzt diese Monopolpreise deswegen nicht, weil dort trotz der Zölle bisher die lothringische Industrie auf ihre Kosten kam, auch wenn sie unter diesen Preisen verkaufte. Jetzt werden die Franzosen sozusagen eingeladen, feste auf zuschlagen. Die deutschen Montangewaltigen verschenken großzügig das Geld derer, die später die entsprechend verteuerten Eisenwaren kaufen sollen, letzten Endes also Teile des Masseneinkommens, an den „Erbfeind“. Und da wagt der berüchtigte Dr. Reichert noch die zynischen Worte: „Nutzen haben von dem Kontingentsabkommen mehr die deutschen Eisenverbraucher als die deutschen Eisenerzeuger.“ („DAZ“, ebenda.)

Ebenso gehen die neuen Abmachungen wegen der Kokslieferungen auf Kosten der steuerzahlenden Massen. Jahrelang hat sich die Ruhrindustrie am Ruhrkoks bereichert. Sie erhielt nämlich vom Reich dafür nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags den deutschen Inlandspreis, der also hübsch hoch gehalten wurde. War er höher als der englische Preis, dann gab’s, ebenfalls laut Friedensvertrag, nur den englischen. Jedesmal, wenn dies der Fall war, erhob die Schwerindustrie ein großes Geschrei über die Verluste, die sie so erleiden müsse, denn nur der Inlandspreis decke die Selbstkosten. Das Reichswirtschaftsgericht fällte sogar kürzlich einen „unparteiischen“ Schiedsspruch, wonach das Reich Millionen an die Zechenherren nachzuzahlen hat, weil es ihnen nur den englischen Preis vergütet habe. Niemals aber hätten sie den Inlands-Monopolkokspreis bekommen, wenn sie außerhalb der Reparationslieferungen an Frankreich geliefert hätten. Jetzt mit einem Male geht alles: Die Franzosen kriegen den Koks außerhalb der Reparationen 4,70 Mark oder 22 Prozent billiger, als er an deutsche Käufer abgelassen wird! Wahrscheinlich zahlt das Reich in irgendeiner Form eine Beihilfe, denn laut Reichswirtschaftsgericht ist es ja verpflichtet, den vollen Inlandspreis für Reparationslieferungen dem Syndikat zu zahlen.

4. Die Einigung des deutsch-französischen Eisenkapitals bahnt der kommenden Koalition des deutschen mit dem französischen Imperialismus den Weg. Typisch ist hierfür die Entwicklung, die die Beteiligung deutschen und französischen Kapitals an der Saarindustrie genommen hat. Nachdem das französische Kapital einige Jahre hindurch die gesamte Saarindustrie mit Ausnahme der Röchlingschen Werke beherrscht hatte, zieht sie sich jetzt aus ihr zurück. Unlängst wurde die 60prozentige Beteiligung am Neunkirchner Eisenwerk zu zwei Drittel verkauft, etwas später die 40prozentige Beteiligung am Homburger Eisenwerk vollständig. Eine holländische Gruppe, hinter der Otto Wolff steht, erwarb die Anteile. Die Saarwerke wurden daraufhin „verbandsfähig“ für die deutschen Eisenkartelle.

Da die saarländische und die lothringische Eisenindustrie auf der einen Seite, das Ruhrgebiet andererseits im wahrsten Sinne des Wortes materiell aufeinander angewiesen sind, müssen sich auch auf die Dauer die politischen Mächte, zu denen die betreffenden Gebiete jeweils gehören, miteinander verbinden. Das Eisenkapital legt den Grundstein zur deutsch-französischen Entente, die wiederum voraussichtlich den Kern einer größeren kontinentalen Gruppierung bilden wird. [623]

II. Die internationale Rohstahlgemeinschaft

1. Die Vertragsbestimmungen beweisen, daß der Konkurrenzkampf in der kontinentalen Eisenindustrie nicht aufgehoben, sondern nur in das neue Kartell verlegt wird. Alle Vierteljahre neue Produktionsfestsetzung! Der Streit, der jetzt mit belgischen Werken entbrannt ist, kann dann jedesmal mit den jeweils unzufriedenen Mitgliedern beginnen. In Frankreich und Belgien gibt es keine gleich allmächtigen Eisenverbände wie in Deutschland. Der Vertrag der internationalen Rohstahlgemeinschaft muß vielmehr mit den Vertretern der deutschen Rohstahlgemeinschaft und ausländischen Einzelfirmen abgeschlossen werden. Das Abkommen kann also jedes Vierteljahr neu gefährdet werden. Solange

die internationale Rohstahlgemeinschaft nicht ergänzt wird durch internationale Verbände für die einzelnen aus Rohstahl hergestellten Erzeugnisse, solange steht also ihre wirkliche Macht auf ziemlich losen Füßen. Wenn die Konjunktur schlecht wird, besteht die Gefahr zunächst von Preisrückgängen, dann des Auseinanderfallens. Genau wie im Falle der deutschen Rohstahlgemeinschaft soll daher die internationale nur die Grundlage solcher Spezialkartelle bilden. Einige solcher Kartelle bestehen bereits. Das internationale Röhrenkartell umfaßte zunächst nur alle Produzenten auf dem Kontinent; durch Beteiligung der Mannesmann-Werke, d. h. des europäischen Hauptproduzenten, an dem größten englischen Röhrenwalzwerk British Mannesmann Tube Co. Ltd. in Südwales, ist indirekt jetzt auch England beteiligt. Bekannt ist das Schienenkartell, dem, wenigstens indirekt, über England, auch die Amerikaner angehören. Walzdraht wird auch bald international kartelliert sein; einige Drahtverfeinerungsprodukte sind es schon.

Vor dem Kriege war noch Formeisen kartelliert. Hier und eventuell bei Halbzeug wird die Schaffung eines Verbandes auch jetzt relativ geringe Schwierigkeiten machen. Dagegen wird es schwer gelingen, das wichtigste, in größter Menge erzeugte Eisenprodukt, Stabeisen, zu syndizieren. Freunde des Völkerbundes dürften sich dafür interessieren, ob auch jetzt wieder, wie vor dem Kriege, die Panzerplattenerzeuger international vereint Geschäfte machen wollen.

2. Die Auspowerung der eisenverbrauchenden Konsumenten wird am restlosesten in Deutschland gesichert. Keine dem Kartell angeschlossene Eisenindustrie darf die Preise der deutschen auf dem deutschen Inlandsmarkt unterbieten! Das internationale Kartell wird aber auch im Ausland die Schaffung der monopolkapitalistischen Organisationsformen befördern, die wir in Deutschland bereits haben. Wie diese Organisationen wirken, zeigt unsere Erfahrung: Der Preis, den die Eisenhütten Deutschlands vom Roheisenverband bezahlt erhalten, beträgt 61,50 Mark. Verkauft wird Roheisen vom Verband zu 86 Mark und mehr. Differenz 23,50 Mark je Tonne steckt der Verband ein, d. h. verteilt er nach Abzug seiner viel geringeren Selbstkosten unter die Werke als zusätzlichen Gewinn am Schluß des Geschäftsjahrs. Bei Stabeisen gilt das gleiche: 106 Mark kriegen die Werke, 135 Mark nimmt der Verband (laut „Kölner Volkszeitung“ vom 6. Sept. 1926). Dem gleichen Zwecke dient die gegenseitige Garantie der Zölle, und ob wirklich die europäische Zollunion, eine der Utopien der Zweiten Internationale, vom internationalen Eisenkartell gefördert wird, ist noch sehr die Frage! Die Rationalisierungskosten der europäischen Eisenindustrie werden noch fester als bisher den Konsumenten auferlegt. Denn es ist klar, daß besonders gut arbeitende Werke, um nicht mit dem Strafgeld wegen Quotenüberschreitung belastet zu werden, Quoten anderer Werke ankaufen werden. Dieser Quotenschacher kann bis zur Stillegung ganzer Werke [624] gehen. Der Preis der Quote hat als untere Grenze zwei Dollar, die das eine Werk erhält, wenn es unter der Quote bleibt, als obere die vier Dollar, um die das andere Werk bei Quotenüberschreitung belastet würde. Unter Umständen also zahlt ein Werk an ein wegen Unrentabilität stillgelegtes dauernd zwei bis vier Dollar mal der Tonnenzahl der Quote des stilliegenden. Das bedeutet die Aufrechterhaltung der Rente eines Kapitals, das gar nicht mehr im Produktionsprozeß steckt. Die Eisenaktionäre haben also gute Zukunftsaussichten; ihnen werden von den Konsumenten die die hohen Eisenpreise zahlen müssen, auch die geringsten „Opfer“ erspart.

3. Durch den Quotenkauf wird die internationale kapitalistische Verfilzung des Eisenkapitals gefördert werden. Wenn ein Werk erst eine Weile ganz oder teilweise die Quote eines anderen mitproduziert hat, wird es die Aktienmehrheit desselben direkt ankaufen. Das zu verzinsende Gesamtkapital des aufkaufenden Werkes steigt, ohne daß als Gegenwert arbeitende Produktionsanlagen vorhanden sind. Statt daß die Eisenpreise infolge technischen Fortschritts herabgehen, werden die Rationalisierungsfortschritte durch Erhöhung der Zinsbelastung der arbeitenden Werke aufgezehrt.

4. Diese steigende Verflechtung des europäischen Eisenkapitals hat selbstverständlich noch gar nicht absehbare politische Rückwirkungen. Das Kartell besteht zunächst aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg. Aber außerdem besteht zwischen Deutschland und der Tschechoslovakei bereits ein Sonderabkommen über die Verteilung der Märkte. Die Tschechen und Österreicher haben gemeinsam den Eisenabsatz innerhalb der beiden Länder selbst und im Ausland aufgeteilt. Dazu haben die österreichischen Wöllersdorfer Werke in Österreich durch die Vereinigten Stahlwerke bereits intime Beziehungen zur deutschen Eisenindustrie. Auch zwischen polnischen und tschechischen

Eisenwerken ist ein Absatzabkommen abgeschlossen worden. Französisches Kapital ist weitgehend in Osteuropa investiert. Soweit mit den kleinen Balkanindustrien noch keine Abkommen bestehen, wird man dies nachholen oder aber sie mit vereinten Kräften totmachen. Ein mitteleuropäischer Eisenblock ist also im Entstehen.

Bezeichnend ist der zähe Widerstand einiger belgischer Werke. Denn die belgischen Werke würden ganz zweifellos nicht allein wegen einer geringen Quotenerhöhung die ganze Sache gefährdet haben, wenn sie nicht noch einen anderen Rückhalt gehabt hätten: England! Zunächst rein wirtschaftlich. Die englische Eisenindustrie hat insofern ein Interesse g e g e n das Kartell, als sie viel kontinentales Halbzeug verarbeitet, das natürlich jetzt verteuert wird. Die Lieferanten hierfür sitzen zum großen Teil in Belgien, und es ist anzunehmen, daß die englischen Kunden den belgischen Werken irgendwelche Vorteile geboten haben, wenn sie das Kartell zum Platzen bringen oder stören. Die britische Presse redet sich zwar vielfach vor, für England sei das Kartell nur zum Vorteil, aber sie glaubt wohl selbst nicht daran. England kann an einem so allgemeinen Kartell wegen der Zersplitterung seiner Eisenindustrie und der Eigenbrödelei der britischen Unternehmer nicht teilnehmen, das ist der wahre Grund. Teilnahme an Spezialkartellen ist eher möglich, obwohl z. B. auch das Schienenkartell wenig günstig in England beurteilt wird. Ferner bietet solch ein Kartell der britischen Eisenindustrie auch keine wesentlich größeren Absatzvorteile als sie sie in Gestalt des Absatzmonopols in den britischen Kolonien schon hat. Dort m u ß britisches Eisen, sei es noch so teuer, dank der Kolonialherrschaft gekauft werden, anderes Eisen wird durch die Kolonialzölle – die in England gemacht werden – abgehalten. Übrigens ist dies einer der [625] wichtigsten Gründe für die Kolonialrente, die bisher auch die breite Masse der Arbeiterschaft teilweise in Gestalt etwas höherer Löhne bezog, eine Rente, die in der Gegenwart immer geringer wird.

Natürlich fürchtet England insgeheim doch, daß das Kartell in die Kolonien eindringt. Diese seine Gegnerschaft sucht und findet natürliche Bundesgenossen außer in Belgien in Spanien und Italien. Besonders die italienische Eisenindustrie ist schwer im Druck, und man spielt dort außer mit der Bildung eines großen Außenseiterblocks, die energisch zwischen Italien und Spanien betrieben wird, mit dem Gedanken der Kündigung von Handelsverträgen. Wie ersichtlich, besteht der Block der Kartellgegner aus England an der Spitze und einigen Staaten mit ausgesprochenen Seegrenzen, während das Kartell selbst die kontinentalen Länder Mitteleuropas umfaßt.

Außerhalb dieser Außenseiter steht Sowjetrußland. Die Schwerindustrie hat durch Reicherts Mund offen zugegeben, daß das Kartell eine ausgesprochene Spitze gegen Sowjetrußland habe, weil dem Außenhandelsmonopol nicht anders begegnet werden könne Ein Grund mehr für Sowjetrußland, seine eigene Eisenindustrie aufzubauen und sich von den kapitalistischen Kartellen unabhängig zu machen!

Und wer ist sonst noch f ü r die „internationale Rohstahlgemeinschaft“? Die Vereinigten Staaten, die im Grunde überhaupt die treibende Kraft gewesen sein dürften. Das ist der Hauptgegenstand der Sorge in England: das in Frankreich und in Deutschland angelegte amerikanische Kapital steckt dahinter, schreiben die britischen Blätter, und mit dem neuen Kartell habe Wallstreet einen wesentlichen Schritt zur weiteren kapitalistischen Durchdringung Europas gemacht! Nur wenn sich der europäische Kontinent einigt, kann sich das amerikanische Kapital rentieren In diesem Sinne wird das Kartell ausgesprochen freundlich in Amerika begrüßt, argwöhnisch in England verfolgt, devot in Deutschland vollzogen. „Als ein Kunstgriff, in Europa die Preise zu erhöhen, ist das Kartell für die amerikanischen Besitzer von Aktien der deutschen Stahlkonzerne (vor allem der Vereinigten Stahlwerke! d. V.) von Vorteil“, schreibt das „Journal of Commerce“, Neuyork, „weil durch den Fortfall der deutsch-französischen Konkurrenz die dortige Eisenindustrie wesentlich gestärkt wird.“ Alle amerikanischen Blätter sind sich darüber einig, daß in Anbetracht der großen amerikanischen Kapitalsbeteiligung in Deutschland das Kartell nicht gegen Amerika gerichtet ist – und Reichert hat auch pflichtschuldigst das gleiche öffentlich bekundet.

Die politischen Folgen des Kartells werden erst in einiger Zeit deutlich hervortreten, jedoch lassen sich die großen Tendenzen, die zu seiner Bildung führten, schon jetzt gut erkennen. Im großen

gesehen, stellen sie einen Teil der britisch-amerikanischen Wirtschaftsauseinandersetzurig dar, offensichtlich sehr zum Nachteil Englands. Zwar werden mehrfach Versuche gemacht, auch England als Mitglied hineinzuziehen, aber diese Versuche haben in England wenig Gegenliebe gefunden. Neben diesem Kampf der kapitalistischen Mächte, in dem das Kartell eine wichtige Phase darstellt, tritt der Gegensatz zu Sowjetrußland verhältnismäßig zurück; er wird jedenfalls kaum genügen, um allein deswegen England in das Kartell zu bringen. Wenn auch die kapitalistischen Mächte alle Feinde Sowjetrußlands sind, so sind sie deswegen noch lange nicht alle untereinander Freunde. [626]

*

Die Hölle der Rationalisierung

Von *.*

> Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug aus einem Zellenbericht, der die Auswirkungen der Rationalisierung im Betrieb behandelt. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebszellen, die speziellen Formen der Rationalisierung in ihrem Produktionszweig zu studieren und der Partei zu vermitteln. Dies vor allem deshalb, weil erst eine wirkliche, detaillierte Kenntnis des Rationalisierungsprozesses die Aufzeigung jener besonderen Kampfesmethoden ermöglicht, aus deren revolutionären Anwendung eine Massenbewegung gegen die Rationalisierung entstehen kann. Die Redaktion.

Mitte Juli v. J. setzte bei uns die Krise ein. In den meisten Abteilungen unseres Betriebs wurde nur noch drei Tage die Woche gearbeitet.

Anfang März stellte die Direktion den ersten Stillegungsantrag. Darauf erfolgte die Entlassung von 700 Mann. Bis jetzt sind insgesamt vier Stilllegungsanträge erfolgt, Zur Entlassung sind ungefähr 1300 Mann gekommen. Die Gießerei ist ganz stillgelegt. Man will dieselbe zur Rationalisierung vorbereiten. Aus diesem Grunde mußte man einige Betriebsräte und Kollegen aus dem Betrieb entfernen, um mit der übrigen Belegschaft, die man dann wieder einstellen wird, leichter fertig zu werden.

Weiter will ich noch mitteilen, daß der gesamte Betrieb rationalisiert wird. Kurz vor Pfingsten entfernte man einen Teil von höheren und mittleren Beamten, an der Spitze der Generaldirektor. An Stelle des Generaldirektors stellte man einen neueingestellten Diplom-Ingenieur. Dieser stellte einen ganzen Stab neuer Beamter ein und ging mit diesen zur „wissenschaftlichen“ Betriebsführung über, Kurz einige Erläuterungen über dieselbe:

In jede Abteilung, die man rationalisieren wollte, schickte man zwei Beamte, Diese beobachteten 14 Tage lang immer drei bis vier Kollegen der Reihe nach, bis sie bei jedem die Verlustzeit festgestellt hatten, Sie hatten zu diesem Zwecke zwei Stoppuhren und stoppten jede Zeit ab, die nicht zur direkten Arbeit gehörte, Also entfernte sich ein Arbeiter vom Platze, um Werkzeug zu holen, was er zu einer neuen Arbeit benötigte oder um dasselbe umzutauschen oder um seine Notdurft zu verrichten, Trinkwasser zu holen, eine Arbeitskarte unterschreiben zu lassen oder sprach er mit einem Kollegen usw., so wurde diese Zeit jedes einzelnen Kollegen in eine dazu bestimmte Liste eingetragen. Der Zweck ist aus folgendem zu ersehen. Wurde vorher (also vor der „wissenschaftlichen“ Betriebsführung) ein Akkord neu reguliert oder neu gemacht, so rechnete man die Stunde mit 50 Minuten; 15 Proz., also 10 Minuten Verlustzeit pro Stunde wurden für Vorbereitung gerechnet, Da war es jedem Kollegen möglich, etwas über den Tarif zu kommen. Die 10 Minuten Verlustzeit pro Stunde mußten aber unter allen Umständen reduziert werden, und das hat man auch erreicht. Trotzdem von unserer Seite alles getan wurde, um dieses zu verhindern, war uns das nicht möglich. Die SPD -Betriebsräte erklärten offen, nachdem wir sie zwangen, zu diesem System Stellung zu nehmen man könne dagegen nichts tun, das sei eben der technische Fortschritt. Den Kollegen der verschiedenen Montageabteilungen haben wir sofort praktisch erläutert, um was es bei der Beobachtung ging, weiter, wie sie sich zu verhalten hätten, um zu verhindern, daß die 10 Minuten Verlustzeit reduziert würden. Leider trat gerade das Gegenteil ein. Die Kollegen [627] blieben aus Furcht vor Entlassung an ihren Arbeitsplätzen stundenlang sitzen, wenige nur folgten unserem Rat und machten sich Wege, tauschten

Werkzeuge um usw. Das hatte zur Folge, daß die Verlustzeit um 10 Proz. reduziert wurde, also wird jetzt die Stunde mit 57 Minuten berechnet. Im Maschinensaal ist diese Zeit etwas höher, weil da die Vorbereitung eine längere Zeit in Anspruch nimmt.

Die nächste Arbeit der Z e i t s t u d i e n b e a m t e n (oder Lumpen) war, jeden Akkord neu zu regulieren. Zu diesem Zwecke setzten sie sich stunden-, ja oft tagelang neben den betreffenden Arbeiter, dessen Akkord neu reguliert (oder reduziert) werden sollte, und stoppten jeden einzelnen Handgriff ab und trugen die so erhaltenen Zeiten in vorgedruckte Listen. Da nun bei der Massenfabrikation die verschiedenen Montagen geringe Zeit in Anspruch nehmen, sind auch die einzelnen Handgriff von sehr kurzer Dauer, also geringen Zeitschwankungen unterworfen. Es ist also infolge der kurzen Zeit, die zu den einzelnen Handgriffen einer Montage benötigt wird, schwer möglich, die Arbeitsdauer zu verlängern. Die Zeitstudienbeamten sind zum größten Teil Fachleute, die auf diesem Gebiete Erfahrungen besitzen, also schwer zu hintergehen sind. Weiter ist es möglich, da bei jedem Handgriff einer Montage die genaue Zeit eingetragen wird, große Zeitschwankungen festzustellen, da nicht bloß ein Arbeitsstück, sondern mehrere, je nach Art der Arbeit, abgestoppt werden. Zeigen z. B. die immer wiederkehrenden Handgriffe bei den abgestoppten Arbeitsstücken große Zeitschwankungen auf, so stellt der betr. Beamte den Schwankungsfaktor fest und jede Zeit, die über diesem liegt, wird einfach gestrichen. Die so erhaltenen Zeiten werden dann addiert und mit der Stückzahl der abgesteppten Arbeitsstücke dividiert. Die so erhaltene Zeit ist die reguläre Arbeitszeit, die bezahlt wird. Zur Errechnung des Akkordpreises bedient man sich folgender Faktoren: 1. Verlustfaktor sind 5 Proz., 2. Leistungsfaktor. Dieser ist verschieden. Es gibt folgende: 1,25, 1,20, 1,10, 0,90. Dieser Leistungsfaktor ist auf folgende Art entstanden: Man hat den Verdienst von 6 Wochen im vorigen Jahr, und zwar 2 Wochen im Frühjahr, 2 im Sommer und 2 im Herbst von jedem Arbeiter errechnet. Die Arbeitsstunden dieser 6 Wochen wurden nun mit dem Gesamtlohn dividiert. Die Summe, die man erhielt, war der Durchschnittsverdienst einer Stunde. Nun wurden die Prozente errechnet, die jeder Arbeiter verschiedener Arbeitsklassen und Berufsklassen über den Tarif der angeführten Klassen verdient hatte. Die Berufsklassen sind Gelernte, Angelernte und Ungelernte. Hat zum Beispiel ein gelernter Schlosser über 25 Jahre, dessen Normallohn 55 Pf. die Stunde beträgt, den Lohn von 75 Pf. erzielt, so hat er 37 Prozent über den Normallohn verdient. Von diesen 37 Prozent werden 12 Punkte abgesetzt. Die 12 Punkte sind maßgebend für jede Tarifklasse, also 37 weniger 12 sind 25. Vor diese 25 wird eine 1 gesetzt. So erhält man den Leistungsfaktor 1,25. Alle höher liegenden Verdienste werden nicht bewertet, Der höchste Leistungsfaktor ist 1,25. Man begründet diese Gemeinheit damit, daß bei höher erzielten Verdiensten ein Kalkulationsfehler vorliege.

Die Berechnung des Zeitakkords ist demnach folgende: Angenommen, ein Arbeiter hat zu einer Arbeit 60 Minuten gebraucht. 60 Minuten zuzüglich 5 Prozent Verlustzeit sind 63 Minuten, mal 1,25 Leistungsfaktor sind 78,75 Minuten. Diese Summe wird mit dem Preis der Arbeitsminute des jeweils gültigen Tarifs multipliziert und ergibt dann den zu zahlenden Stückpreis. Bei einem Gelernten über 23 Jahre ist der Tarif 0,92 Pf. für eine Minute. Die oben erhaltene Zeit wird demnach bei meinem Beispiel mit 0,92 multipliziert und ergibt den Preis von 72,45 Pf. Zu diesen 72,45 Pf. kommen [628] noch 38,2 Prozent. Diese 38,2 Prozent sind der Teuerungsfaktor, der für alle Klassen des Tarifs der Metallindustrie maßgebend ist. Also 72,45 Pf. zuzüglich 38,2 Prozent sind 1 Mark. Das ist also der Verdienst eines Gelernten über 23 Jahre mit höchstem Leistungsfaktor für eine Stunde.

Unsere Aufgabe ist es, durchzudrücken, daß bei der Errechnung des Zeitakkords ein Ermüdungsfaktor aufgenommen wird, Wird ein Arbeiter in der Zeit von früh 7 Uhr bis 12 Uhr mittags abgestoppt, so ist selbstverständlich, daß er betrogen wird, denn nachmittags läßt jeder infolge der Ermüdung in seinen Leistungen nach und kann demnach nicht so arbeiten wie bei Beginn. Weiter: Wird ein Arbeiter den ganzen Tag über abgestoppt, so läßt er aus Gründen der Ermüdung in seinem Arbeitstempo nach, und so weisen die einzelnen Handgriffe größere Schwankungen auf. Diese werden aber nach dem geschilderten System nicht bewertet. Also Einsetzen des E r m ü d u n g s f a k t o r s.

Kurz noch einige Beispiele, wie es gemacht wird, wenn man Akkordpreise reduzieren will, wo keine Möglichkeiten bestehen, erstens, weil der Preis schon zu schlecht ist und zweitens, wo die Kollegen

scharf aufpassen und die Zeiten innehalten. In solchen Fällen setzt man einen hochqualifizierten Vorarbeiter ein. Dieser schuftet wie ein Wahnsinniger. So war es möglich, einen Akkordpreis von 40 Pf. auf 15 Pf. zu reduzieren. Weiter: Ein Kollege erkennt die abgestoppte Zeit nicht an, er verlangt die Hinzuziehung eines Betriebsrats. Zwei Betriebsräte kommen auch (es waren zwei Betriebsräte der SPD) und kontrollieren die Zeiten, die von Zeitstudienbeamten abgestoppt werden. Nachdem die Handlung beendet war, fragte der betreffende Beamte die beiden Betriebsräte, was für ein Arbeitstempo der Arbeiter gehabt habe. Strikte erklären beide, ein normales. Dieser Kollege hatte nun den Leistungsfaktor von 1,25, also den höchsten. Normales Arbeiten bekommt aber den Leistungsfaktor 1,00. Auf diese Weise werden die Arbeiter mit Hilfe der SPD-Betriebsräte betrogen. Weiter wird von denselben Betriebsräten gedroht: Wenn die Kollegen nicht ehrlich sind und nicht so arbeiten, wie es ihrem Leistungsfaktor entspricht, so könnte die Möglichkeit eintreten, daß man eine Abteilung mit hochqualifizierten Arbeitern gründet, die nur die Aufgabe hätte, sämtliche Akkordpreise neu zu regulieren. Dieses Verhalten der SPD-Betriebsräte, die trotz intensivster Arbeit unsererseits bis jetzt noch großen Einfluß hatten, führte dazu, daß sie in einer Abteilungsversammlung, wo vier Abteilungen mit 250 Mann tagten, scharf angegriffen wurden. Es war mir ein leichtes, diese Stimmung zu steigern, und gerade in einer Abteilung, wo die SPD noch sehr stark ist und der zuletzt angeführte Fall vorkam, war die Mißstimmung am größten. Daß wir diese Stimmung ausnutzen, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

In den Maschinen- und Automatenabteilungen bekommt der Arbeiter das Arbeitstempo der Maschine, also die Umdrehungsgeschwindigkeit genau vorgeschrieben, weiter das Werkzeug und den Platz, wo dasselbe zu liegen hat, wenn die Arbeit beginnt. Der Dreher bekommt beim Abstoppen zum Beispiel vorgeschrieben, wie stark der Spahn sein muß, wenn er ein Arbeitsstück abdreht.

Dann versucht man weiter, die einzelnen Arbeiter und Montagen zu zerreißen, um so zum Fordsystem zu kommen und auf der anderen Seite, um mehr Ungelernte beschäftigen zu können. In der Nähmaschinenabteilung ist das Transportband schon vor 1½ Jahren eingeführt. Auf Grund dessen ist die Belegschaft stark reduziert worden. Im Fahrradbau trifft dasselbe zu. Hier hat man noch die Fließarbeit eingeführt. [629]

*

Die politischen Tendenzen in der proletarischen Genossenschaftsbewegung Deutschlands

Von Karl Ertinger

1. Von der Gründung (1903) bis zum Ausbruch des Weltkriegs

Der eigentliche Vorläufer des Zentralverbandes deutscher Konsumvereins in Hamburg war der sächsische Konsumgenossenschaftsverband „Vorwärts“, der am 5. Oktober 1890 in Leipzig gegründet wurde. Die Initiative hierzu ging vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz, einem der ersten großen Arbeiterkonsumvereine, aus, und das Ziel sollte ein vom bürgerlichen Einfluß unabhängiger Genossenschaftsverband sein,

Die damaligen Arbeiterkonsumvereine Sachsens sahen also 1890 schon ganz klar, daß ein Zusammenarbeiten im „Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“, der auf Schultze-Delitzscher Grundlage stand, nicht möglich war. Weiter ist bemerkenswert, daß auch der sächsische Verband „Vorwärts“ den Hauptanstoß gab zur Gründung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Hamburg – GEG – im Jahre 1894. Mittlerweile entwickelten sich auch in den übrigen Provinzen die Konsumvereine, so daß im „Allgemeinen Verband“ der Einfluß der Konsumvereine stark zunahm. Auf Betreiben dieser Konsumvereine beantragte nun der sächsische Verband „Vorwärts“ seinen Beitritt zum Allgemeinen Verband. Aus dem Beitritt wurde aber nichts, weil die „Vorwärts“-Vereine einen Revers unterschreiben sollten, daß sie die „genossenschaftliche Organisation weder mittelbar noch unmittelbar zur Verfolgung politischer Zwecke gebrauchen werden“. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt.

In Baden-Baden 1901 auf dem Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes wurde nun in die Leitsätze folgender Passus aufgenommen:

„Die Verfolgung politischer Zwecke – unmittelbar oder mittelbar – und die Unterstützung von Klassen- und Standesorganisationen steht im Widerspruch mit den Aufgaben des Konsumvereins."

In Baden-Baden wurde der Konflikt noch überkleistert namentlich auf Drängen von Heinrich Kaufmann, der sich gern als Vater der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung bezeichnet. Mit kleinen Änderungen empfahl er die Annahme der Leitsätze mit den Worten: „Betätigen wir unsere Liebe zum Allgemeinen Verband dadurch, daß wir nur den Schlußsatz des ersten Leitsatzes annehmen." Heinrich Kaufmann war gegen jede Sonderorganisation und lehnte „politische Aufgaben" der Konsumvereine ab.

Dennoch kam es auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach im Jahre 1902 zum Ausschluß von 98 Arbeiterkonsumvereinen aus dem „Allgemeinen Verband". Damit war der Weg freigelegt für eine moderne Arbeiterkonsumgenossenschaftsbewegung.

Die Konsumvereine waren damals in überwiegendem Maße Arbeiterorganisationen. Kaufmann lehnte aber trotzdem eine politische Beeinflussung und Betätigung ab. Er verkündete die „unbedingte politische Neutralität", die denn auch bei Gründung des Zentralverbandes 1903 feierlichst proklamiert wurde. Aber, das war das Verhängnisvolle: Heinrich Kaufmann nahm die „Neutralität" ernst, während die örtlichen Konsumvereine und die Mitglieder glaubten, es sei notwendig, es nur nach außen hin zu sein, da das deutsche Genossenschaftsgesetz eine „politische" Genossenschaft nicht kenne. Der Keim der heutigen taktischen und grundsätzlichen Differenzen war also schon bei [630] Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsum-Vereine vorhanden, und es fehlte nie an Stimmen in der modernen Arbeiterbewegung, die sich mit diesen Dingen beschäftigten. Auf den sozialdemokratischen Parteitagen wurde sehr oft heiß um die taktischen Strömungen in der Konsumvereinsbewegung gestritten, vor allem deshalb, weil die Konsumvereine immer mehr zu einem Hort des Revisionismus wurden. Auch die berühmte Magdeburger Resolution vom Jahre 1910 stellt nur ein Kompromiß dar zwischen Revisionismus und dem offiziellen Flügel (Bebel) der alten Sozialdemokratie, ähnlich wie es auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß 1910 in Kopenhagen geschah, wo namentlich der Einfluß Jaurès' und des Führers der Hamburger Genossenschaftsbewegung, von Elm, überwiegend war. Lenin kämpfte auf diesem Kongreß schon gegen die deutschen Genossenschaftsreformisten und legte dem Kongreß ein „Projekt der russischen Delegation" vor, worin gegen den „Nurgenossenschafter", der von dem „Hineinwachsen in den Sozialismus faselt", Front gemacht, außerdem aber auch dargelegt wird, daß die Konsumvereine ein gewaltiges Mittel im Klassenkampf der Arbeiter sein können. Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung wurden aber in den ersten Jahren der Entwicklung der Konsumvereine von diesen nicht beachtet. Es lag den Konsumvereinen vor allem daran, ihre Organisationen auszubauen und im übrigen ihre Pflichten gegenüber den Mitgliedern zu erfüllen, die nach Ansicht Kaufmanns in der Hauptsache darin bestanden, den Mitgliedern durch gemeinsamen Einkauf wirtschaftliche Vorteile zu vermitteln und den erzielten Reingewinn am Jahresabschluß in Form der Rückvergütung an die Mitglieder auszuschütten. Praktisch aber unterstützten auch die einzelnen Konsumvereine schon in der Vorkriegszeit die Gewerkschaftsbewegung durch Hergabe von Geldern, besonders für Bibliotheken. Auch den arbeitslosen und streikenden Arbeitern wurde in vielen Fällen Hilfe geleistet durch Auszahlung direkter Unterstützung oder durch Gewährung eines Vorschusses aus der zu erwartenden Rückvergütung. Die Leitung des Zentralverbandes förderte aber von sich aus diese Bestrebungen nicht, sondern duldete sie nur, um es nicht mit den Mitgliedern in den Konsumvereinen ganz zu verderben.

So nahte nach einer innerlich ruhigen, aber starken Entwicklung der Weltkrieg heran, und auch die Genossenschaftsreformisten im Zentralverband mußten offen ihr wahres Gesicht zeigen.

2. Während des Weltkriegs

Bei Ausbruch des Weltkriegs gingen die Genossenschaftsführer mit fliegenden Fahnen ins Lager des nationalistischen Bürgertums über. Am 31. Juli schon (!) versandten der Zentralverband und die Geschäftsleitung der Großeinkaufsgesellschaft an alle Genossenschaften ein Rundschreiben, worin unter anderm folgendes zu lesen war:

„Der Krieg steht vor der Tür und mit ihm die Schicksalsstunde des deutschen Vaterlandes. Gewollt hat ihn sicherlich das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit nicht; aber wenn das russische Zarentum und seine echtrussischen Spießgesellen Deutschland in den Staub treten wollen, dann haben alle Erwägungen darüber, weshalb es so gekommen ist, zurückzutreten hinter der gebieterischen Pflicht, die nationale Existenz ... vor dem menschheitsschändenden Knutenregiment zu schützen."

Mit folgenden Worten in diesem Rundschreiben verlangte der Zentralvorstand die Einstellung des Genossenschaftsapparats in den Kriegsdienst:

„Neben der in erster Linie dem Besten der Mitglieder dienenden Tätigkeit der Genossenschaften wird vielfach auch die Möglichkeit ge-[631]geben sein, die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Bei Aktionen großen Stils zur Versorgung bestimmter Märkte und Bevölkerungskreise mit Nahrungsmitteln erwarten wir die Mitwirkung der Konsumvereine, wo sich immer Gelegenheit dazu bietet."

Willig haben sich die Konsumvereine dann in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt. Fast alle Großbäckereien der Genossenschaften haben für die Armee gebacken. An der Organisation der Zwangswirtschaft beteiligten sich die Konsumvereine ganz hervorragend. In allen zentralen und örtlichen Körperschaften der Zwangswirtschaft waren die Konsumvereine vertreten. Die Konsumvereine waren auch die sogenannten Specksammelstellen für das Ludendorff-Programm, das bekanntlich eine Ergänzung des deutschen Hilfsdienstgesetzes war und dazu diente, die Lebensmittelration der Munitionsarbeiter, unter denen bekanntlich schon im Jahre 1917 eine große Gährung vorhanden war, zu erhöhen. Auch an der finanziellen Unterstützung der Kriegführung beteiligten sich die Konsumvereine hervorragend, einmal direkt und zum andern durch Aufrufe an ihre Mitglieder. So zeichneten die Konsumvereine

für die erste Kriegsanleihe	408.700 Mark
für die zweite Kriegsanleihe	2.640.000 Mark.

Später wurden über die Zeichnungen keine Zahlen mehr veröffentlicht, weil der Unmut in der Mitgliedschaft gegen die Kriegspolitik der Instanzen immer mehr wuchs.

Am 8. und 9. Oktober 1915 fand in Hamburg mit Vertretern der deutschen Regierung, eingeladen vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, eine „Sachverständigenkonferenz über Fragen der Volksernährung im Kriege" statt. Die Konferenz war vor allem von Konsumvereinsvertretern aus allen Bezirken Deutschlands besucht und außerdem von vierzehn Vertretern der Reichsministerien. Die Konferenz wurde während des Krieges geheimgehalten. Sie beschäftigte sich in erster Linie mit der Rationierung der Lebensmittel. Über den Geist dieser Konferenz ist man unterrichtet durch die letzten Sätze im Schlußwort des Vorsitzenden der Konferenz, des damals noch sozialdemokratischen Vorstandsmitglieds des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Dr. August Müller, der folgendes ausführte:

„... Aber wir sehen, unsere Feinde sind noch nicht zum Frieden bereit; sie fühlen sich noch nicht als besiegt, ... Und deshalb können wir nur wünschen, daß den Waffen der Erfolg bald beschieden wäre und daß es bald gelingt, unsere Feinde in der ganzen Welt niederzuringen (starker Beifall). Dann werden wir einen dauernden und ehrenvollen Frieden für das Deutssche Reich bekommen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)"

Eine Opposition gegen diese nationalistischen Tendenzen ist in den Genossenschaften nicht organisiert hervorgetreten, da jede Bewegung gegen den Krieg brutal durch die Militärdiktatur unterdrückt wurde.

Es war also von der sogenannten „politischen Neutralität" der Genossenschaften nichts übrig geblieben. Ganz offen haben sich die Konsumvereine während des Krieges für die Kriegspolitik der Bourgeoisie betätigt. Und die Geschichte des deutschen Zentralverbandes zeigt deutlich, daß die Genossenschaftsführer nur immer dann die Warnungstafel „politische Neutralität" aufstellen, wenn verlangt wird, daß die Konsumvereine dem Willen ihrer proletarischen Mitglieder, die neun Zehntel der Gesamtmitgliedschaft befragen, Rechnung tragen und sich in den Dienst des Existenzkampfes der Arbeiterklasse stellen sollen. [632]

3. Nach dem Weltkrieg

Die Konsumgenossenschaftsführer stellten sich 1918-1919 auch auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Doch sie verteidigten wiederum sogenannte „Volksinteressen" gegen die Arbeiter. Sie waren

die eifrigsten Unterstützer der verräterischen Parole: Nur Arbeit, Ruhe und Ordnung können uns retten! Welche „Volksinteressen“ die Genossenschaftsführer vertraten, zeigen die Tatsachen. An der im Jahre 1919 vom Reichstag eingesetzten Sozialisierungskommission waren Kaufmann, Bästlein, Kasch vom Vorstand des Zentralverbandes hervorragend beteiligt. Aber nicht etwa, um die versprochene „planmäßige Sozialisierung“ vorzubereiten, sondern um sich für einen „ruhigen Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft“ einzusetzen. In all den wirtschaftlichen Körperschaften bildeten die Konsumgenossenschaftsführer eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. Auf den Genossenschaftstagen 1921 in Baden-Baden und 1922 in Eisenach und auch in vielen Veröffentlichungen der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wurde Stellung genommen gegen die Sozialisierung, für den Abbau der Zwangswirtschaft und für die Wiedereinführung des freien Handels. Auch auf sozialpolitischem Gebiet gingen die Konsumvereine Arm in Arm mit den Unternehmern. Sie sind die ersten und eifrigsten Befürworter der Wiedereinführung der Bäckernachtarbeit gewesen. Seit 1922 wurde auf jedem Genossenschaftstag eine entsprechende Entschließung angenommen. Die Rechte der Betriebsräte wurden auf dem Genossenschaftstag 1922 in Eisenach wesentlich eingeschränkt und praktisch zur Bedeutungslosigkeit herabgemindert.

Aber auch nach dem Weltkriege betätigten sich die Hamburger Genossenschaftsführer ganz hervorragend als gute Nationalisten. So hat sich der Zentralverband nicht an den ersten internationalen Sitzungen in Brüssel und Paris im Jahre 1921 beteiligt, weil dieselben in „Feindesland“ stattfanden, ebenso nicht an einer Sitzung im Jahre 1923 in Belgien, weil Belgien an der Ruhrbesetzung teilnahm. Aus dem gleichen Grunde wurde auch nicht die „Genter internationale Genossenschaftsausstellung“ im Jahre 1924 beschickt und erst in letzter Minute entschloß sich der Zentralverbandsvorstand, den gleichzeitig stattfindenden Internationalen Genossenschaftstag in Gent, „weil die Besetzung des Rheinlandes wesentlich gemindert wurde“, zu besuchen. Ebenso stark wie seine nationalistische ist die antibolschewistische Tendenz. Auf dem Internationalen Genossenschaftstag im Jahre 1921 in Basel waren die deutschen Genossenschaftsvertreter gegen die Zulassung der sowjetrussischen Vertreter.

An der vom Internationalen Genossenschaftsbund beschlossenen und auch durchgeführten Studienreise, die gute Berichte über Rußlands Genossenschaften veröffentlichte, beteiligte sich Heinrich Kaufmann nicht, trotzdem er als Delegierter des IGB gewählt war. Er begründete seine Ablehnung auf dem Genossenschaftstag in Ulm 1923 damit, daß „er es ablehnen müsse, Gast der Sowjetregierung oder des ‚Zentrosojus‘ zu sein, da dies unter seiner Würde stände“.

Im „Internationalen Bund“ und in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird seitens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine alles versucht, um die russischen Genossenschaften aus dem IGB hinauszubefördern. Noch in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 44 vom 31. Oktober 1925 schreibt August Kasch über „Die Rolle der Russen in der internationalen Genossenschaftsbewegung“ anläßlich der Zentralverbandssitzung des Internationalen Genossenschaftsbundes in Paris und [633] scheut dabei nicht vor der offenen Drohung mit der Spaltung des IGB zurück.

Auch heute lehnt der Zentralverband durch seine Organe jeden gemeinschaftlichen Kämpf mit den Arbeiterorganisationen ab. Er fuhrt auch keinen Kampf gegen die Ausplünderung der Konsumenten durch die Kartelle und Konzerne sowie gegen die Steuerbedrückung der Regierung. In all diesen Fragen beschränkt sich der „Kampf“ auf Bittgänge zu den Ministerien und inhaltlose Resolutionen. Er lehnt es ab, eine Kartellverbindung mit den Gewerkschaften zur Unterstützung des Existenzkampfs der Arbeiterklasse einzugehen, hingegen ist der Zentralverband hervorragend beteiligt an dem „Freien Ausschuß“ der genossenschaftlichen Zentralverbände. Praktisch bedeutet das ein Kartellverhältnis mit den arbeiterfeindlichen bürgerlichen Genossenschaften.

Gegen alle diese Tendenzen hat sich in den letzten Jahren ein harter grundsätzlicher Kampf entsponnen, der in der Hauptsache von der KPD geführt wurde und den wir jetzt kurz skizzieren wollen.

4. Der Kampf der KPD um die Grundsätze und Aufgaben

Die Genossenschaftsbewegung war für die Kommunisten ein hartes Kampffeld, da sich die Reformisten aller Schattierungen durch den famosen „demokratischen“ Apparat starke Bollwerke in den

Konsumvereinen geschaffen hatten und durch die Entartung der Genossenschaftsbewegung zu einer mehr geschäftlichen Organisation die Mitglieder an dem inneren Leben interesselos machten.

Die Genossenschaften mit ihren dreieinhalb Millionen Mitgliederfamilien sind aber ein fruchtbares Feld, um indifferente Massen des Proletariats für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf des Proletariats zu gewinnen. So waren unsere Forderung und unser ständiger Appell, daß die Mitglieder in den Konsumvereinen nur allein in der Lage sind, die Konsumvereine ihren ursprünglichen Aufgaben zurückzuführen.

Der vierte und fünfte Weltkongreß, der zweite Parteitag (Jena) und der dritte Parteitag (Leipzig) befaßten sich eingehend mit der Genossenschaftsfrage und gaben Richtlinien für die grundsätzliche Linie und praktischen Forderungen der Kommunisten in den Genossenschaften. Vor allem wurde verlangt, daß die Kommunisten nur durch die Fraktionsbildung innerhalb der Genossenschaften den Kampf um diese erfolgreich führen können. Es wurde weiter jeder Kommunist verpflichtet, auch Mitglied der Konsumgenossenschaft zu sein.

Leider ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Parteigenossen diesen Parolen nur in sehr mangelhafter Weise nachgekommen sind. Dies hat einesteils seinen Grund darin, daß das ZK. und vor allem auch die Bezirke und örtlichen Leitungen der Genossenschaftsfrage nicht die notwendige Bedeutung beimaßen und die Genossenschaftsarbeit aus der bisherigen isolierten Ressortarbeit nicht eingliederten in die allgemeine politische Parteiarbeit. Verursacht war diese Vernachlässigung aber auch zum Teil dadurch, daß es in nur geringem Maße gelungen war, in den Konsumgenossenschaften eine breite Mitgliederbewegung zu entfachen, und daß die KPD keine Tradition in dieser Arbeit hat. Die tätigen Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind meistens Arbeiter, die schon die Vorkriegsschule der SPD durchgemacht haben und heute noch zum großen Teil Mitglieder der SPD sind, während es kein Geheimnis ist, daß die KPD als Gros schon eine neue Generation der Arbeiterbewegung darstellt. Da, wo es uns gelungen ist, auch große Schichten ehemaliger sozialdemokratischer Arbeiter zu uns herüberzuziehen, beherrschen wir vorwiegend auch heute [634] noch die Konsumgenossenschaftsbewegung. So in Halle, Remscheid, im Solinger Bezirk, Gotha und noch einigen kleineren Orten in Thüringen, Mitteldeutschland und Sachsen. Aber überall dort, wo wir die Partei allein mit der neuen Generation aufbauen mußten, ist unser Einfluß in den Genossenschaften ganz gering. Es muß deshalb die KPD heute eine der wichtigsten vorkriegszeitlichen Organisationsarbeiten der SPD fortsetzen und die Arbeiter, vor allem die neue Generation von zwanzig bis fünfunddreißig Jahren, den Konsumgenossenschaften zuführen. Deswegen ist unsere kommunistische Parole: „Hinein in den Konsumverein“, für die allgemeine Parteiarbeit äußerst wichtig.

Die Arbeit in der Konsumgenossenschaft ist sehr ergiebig, kann ebenso erfolgreich werden wie die Arbeit in den Gewerkschaften. Es ist nur notwendig, daß wir, von konkreten Anknüpfungspunkten ausgehend, breite Arbeitermassen in und außerhalb der Konsumvereine überzeugen und beweisen können, daß die Konsumgenossenschaften auch heute noch wichtige Organe für den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse sein können. So wie die Gewerkschaften ausgehen müssen von den Tagesnöten im Betriebe (Lohnfrage, Rationalisierung, Achtstundentag), so muß in den Konsumvereinen von dem andern täglichen Ereignis in der Proletarierfamilie – den hohen, von der vereinten Kapitalmacht diktierten Preisen – ausgegangen werden. Wie in den Gewerkschaften der wichtigste Zentralpunkt die Lohn- und Arbeitslosenfrage ist, so muß in den Konsumvereinen der zentrale Pendelpunkt die Preisfrage mit all ihren Nebenerscheinungen sein.

In der Einheitsfrontbewegung und insbesondere zur Herausbildung eines Linksflügels in der Arbeiterbewegung sind die Konsumgenossenschaften eine gute Basis. Gerade die Bürokratie im Zentralverband deutscher Konsumvereine ist durch ihre bewußte arbeitsgemeinschaftliche und klassenfriedliche Politik ungeheuer schwerfällig und tritt ganz offen ablehnend den Arbeiterinteressen entgegen. Der Genossenschaftsbürokratie fehlt meistens die scheinrevolutionären Phrasendiplomatie, die von den Gewerkschafts- und SPD-Führern äußerst geschickt angewandt wird; um die Arbeiter vom wirklichen Kampf abzuhalten, so daß wir bei nur einigermaßen intensiver Arbeit und Einspannung der gesamten Partei einen guten Kampfboden für die Einheitsfront schaffen können.

*

Die Rationalisierung im Ruhrbergbau

Von A r c h i v a r (Essen)

Infolge eines technischen Versehens wurde in Nr. 19 der Artikel geteilt. D i e R e d a k t i o n.

(Fortsetzung und Schluß)

Die Erfolge der Rationalisierung

Auf Grund der amtlichen Nachweisungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im preußischen Bergbau werden wir nachstehend eine Übersicht über die Entwicklung der Förderung und Belegschaftsstärke, der Zahl der verfahrenen Schichten, der verausgabten Löhne und die auf die Tonne Kohle entfallenden Lohnkosten innerhalb des Zeitraums vom dritten Vierteljahr 1924 bis zum ersten Vierteljahr 1926 geben. [635]

Förderung und Belegschaftszahl im Ruhrgebiet

			Förderung in 1000 t	Zahl der angelegten Arbeiter	in Proz. 3. Quart. Förderung	1924 = 100 Arbeiter
1924	III.	Quartal	26.942	468.173	100,0	100,0
	IV.	"	27.029	465.699	100,3	99,4
1925	I.	"	27.004	470.293	100,2	100,4
	II.	"	24.586	452.088	91,2	96,5
	III.	"	26.135	414.091	97,0	88,4
	IV.	"	26.381	399.398	97,9	85,3
1926	I.	"	25.036	384.313	92,9	82,1

Während die Förderung im ersten Quartal 1926 gegenüber dem dritten Quartal 1924 einen Rückgang um 7,1 Prozent zeigt, ist bei der Zahl der angelegten Arbeiter im Ruhrbergbau eine Verminderung um 17,9 Prozent für dieselbe Zeit festgestellt. Setzt man an Stelle der angelegten Arbeiter die Zahl der Vollarbeiter, so kommen wir zu einer Verminderung um 21,3 pro Mille, also um das Dreifache der Produktionsverminderung. Mit weniger Arbeitern wurde also eine verhältnismäßig höhere Förderung (gemessen an der Zahl der Arbeiter) erreicht, obwohl auch die Zahl der verfahrenen Schichten des Ruhrbergbaues, sowohl insgesamt wie auf den Kopf des einzelnen Vollarbeiters gerechnet, gegenüber dem dritten Vierteljahr 1924 einen Rückgang aufweist. Wie aus den nachfolgenden Aufstellungen ersichtlich, wurden im ersten Vierteljahr 1926 gegenüber dem dritten Vierteljahr 1924 7 354 295 Schichten oder 23,6 Prozent weniger verfahren.

			Zahl der Schichten	In Prozenten III. Quartal 1924 = 100	Die Abnahme beträgt gegenüber d. III. Quart. 1924: Schichten
1924	III.	Quartal	31.175.360	100,0	–
	IV.	"	30.297.721	97,1	877.639
1925	I.	"	29.973.011	96,4	1.202.349
	II.	"	27.125.343	87,0	4.050.017
	III.	"	27.006.009	86,6	4.169.351
	IV.	"	25.977.429	83,3	5.197.931
1926	I.	"	23.820.065	76,4	7.355.295

Diese Tatsache, daß bei verminderter Schichtenzahl eine verminderte Belegschaft eine verhältnismäßig höhere Förderung herausgebracht hat, bewirkte, daß trotz der in dieser Periode erfolgten Lohnerhöhung die Gesamtsumme der Löhne im Ruhrbergbau sich vermindert hat. Nach den oben angeführten amtlichen Nachweisungen betrug der Barverdienst der Gesamtbelegschaft:

			Insgesamt	Nach Abzug der Nebenbetriebe
1924	III.	Quartal	207.765.626	194.893.301
	IV.	"	206.541.327	193.535.632
1925	I.	"	212.735.569	199.164.362
	II.	"	199.876.143	185.855.481
	III.	"	201.816.418	188.163.450
	IV.	"	201.428.465	187.853.395
1926	I.	"	186.740.451	173.811.211

Wie aus der Übersicht hervorgeht, zeigte die gesamte Lohnsumme eine Abnahme gegenüber 1924, im ersten Quartal 1926 um 21 Millionen Mark, das ergibt eine wesentliche Verminderung der Lohnkosten auf die Tonne geförderter Kohle. [636]

Auf je 1000 Tonnen geförderter Kohle entfallen:

1924	III.	Quartal	7382,27	Mark	Lohn
	IV.	"	7160,29	"	"
1925	I.	"	7375,36	"	"
	II.	"	7559,40	"	"
	III.	"	7199,67	"	"
	IV.	"	7120,78	"	"
1926	I.	"	6942,45	"	"

Das bedeutet eine Verminderung der Lohnkosten an der Tonne Kohle um 44 Pfennig. Die starke Leistungssteigerung im Ruhrbergbau veranschaulichen noch die Zahlen über den Schichtförderanteil der Gesamtbelegschaft, ohne Nebenbetriebe, in Kilogramm:

	1924	1925	1926
Januar	812	901	1052
Februar	864	901	1068
März	868	902	1075
April	864	895	1075
Mai	645	908	1105
Juni	798	922	1130
Juli	854	944	
August	866	971	
September	873	992	
Oktober	880	999	
November	891	1020	
Dezember	888	1031	

1913 Durchschnitt 943

Das sind unbestreitbare Tatsachen, die, trotz der von den Reformisten gepriesenen „Wirtschaftsdemokratie“, zeigen, daß nur die Arbeiterklasse die Kosten der Rationalisierung trägt und von dieser daher mit allen Mitteln bekämpft werden muß.

Rundschau

Agrarpolitische Rundschau

Das ungefähre Ergebnis der Ernte 1926 liegt nunmehr sowohl für Deutschland wie für die nördliche Halbkugel vor. In Deutschland ist trotz Regenperioden und ausgedehnter Hochwasserschäden die Ernte an Brot- und Futtergetreide etwas größer als im Vorjahre. (142.762.811 dz gegen 141.587.863 dz.) Es ist jedoch eine Verschiebung im Anbau der Getreidearten eingetreten, Die B r o t getreideernte an Weizen, Spelz und Roggen ist 6,6 Prozent geringer als im Vorjahre.

Die Welternte beträgt auf der nördlichen Halbkugel, mit Ausnahme von Rußland und Frankreich, nach den Mitteilungen des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom, an Weizen 732,1 Millionen dz gegen 712,4 Millionen im Vorjahre und 673,6 Millionen im Durchschnitt 1920/24, an Roggen 204,2 Millionen dz gegen 238,1 bzw. 192,4 Millionen dz, an Gerste 233,3 Millionen dz gegen 250,0 bzw. 211,2 Millionen dz, an Hafer 456,6 Millionen dz, gegen 487,8 bzw. 435,5 Millionen dz. Auffallend ist auch hier der starke Rückgang an Roggen zugunsten des Weizenbaues. Das Institut schätzt die europäische Ernte im ganzen ebenso groß wie 1923 und die Weizenernte wie 1925.

Trotz der verhältnismäßig guten Welternte und der verschärften Konkurrenz auf dem Weltgetreidemarkt stehen die Getreidepreise dauernd hoch. In Deutschland stiegen sie direkt nach der Ernte sogar bedeutend höher als im Vorjahre. Deutscher Roggen steht durchschnittlich um 20 Mark die Tonne über Weltmarktpreis.

Die deutschen Großagrarier nennen dies einen ganz unbefriedigenden Preisstand und verlangen, daß die deutschen Getreidepreise um den vollen Zollbetrag über die Weltmarktpreise erhöht werden. Aber bereits bei den [637] gegenwärtigen Getreidepreisen ist der Brotpreis von den Bäckern nach den Berechnungen verschiedener Konsumgenossenschaften um 5 bis 11 Pfennig pro Pfund erhöht worden, und zwar dadurch, daß die Bäcker das Brotgewicht entsprechend herabsetzen. Genaue Feststellungen hierüber hat die Rheinisch-Bergische Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in Köln gemacht. Unterstützung erhielten die Kornwucherer durch den sozialistischen Statistiker Calwer, der errechnete, daß die „Landwirtschaft“ nur bei einem Preis von 250 Mark die Tonne Roggen ihre Unkosten decken könne.

Dabei hat sich das Preisverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie seit Sommer 1926 in wichtigen Punkten geradezu umgedreht. Nach dem Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts betrug am 28. August die Indexziffer für Agrarerzeugnisse 130,5, für Industriestoffe 123,9. Nach dem Wirtschaftsbarometer des „Berliner Tageblatts“ stand Anfang September der Index für Lebens-, Futter- und Genußmittel auf 124,4, der Index für Düngemittel und Chemikalien auf 116,6. Da bei den Agrarkapitalisten die Hauptausgabekonten das Lohn- und Düngemittelkonto sind, Stickstoff und Kali aber ungefähr die Friedenspreise halten, so stehen sich die kapitalistischen Agrarunternehmer zweifellos günstig. Bei den bäuerlichen Familienbetrieben jedoch ist die Schere immer noch offen, da ihre Hauptausgabeposten Brennstoffe, Geräte, Textilien, Baumaterialien usw. sind, und die Indexziffer für diese Industriewaren zwischen 140 und 160 schwankt.

Dank der rührenden Fürsorge der Marx-Reinhold-Haslinde-Regierung für das Wohlergehen der ostelbischen Junker und rheinisch-westfälischen Großbauern werden in Deutschland die Erntevorräte künstlich zurückgehalten. Die ständige Mitteilung der Getreidebörsen lautet: Das Angebot an inländischem Weizen und Roggen blieb klein. Angeblich seien große Mengen der neuen Ernte nicht „mahlfähig“ und an den Börsen deshalb nicht zugelassen. Die Hauptursachen der Zurückhaltung sind natürlich die mit 250 Millionen Mark Reichskrediten durchgeführte große G e t r e i d e l o m b a r d i e r u n g s a k t i o n und das wiederholte Eingreifen der im Frühjahr aus Reichsmitteln und unter Mitwirkung der Düngemittelindustrie ins Leben gerufenen „D e u t s c h e n G e t r e i d e-H a n d e l s-G e s e l l s c h a f t“. Kredite erhalten nur die den Genossenschaften Angeschlossenen; das lombardierte Getreide ist an die Genossenschaften abzuliefern – was aber die Großagrarier nicht hindert, sich gegen Kredite an Konsumvereine und andere ihnen politisch unbequeme Genossenschaften zu wenden, da das „eine unberechtigte Privilegierung“ von Genossenschaften ist.

Gleichzeitig sind große Abschlüsse der deutschen Getreidefirmen nach Skandinavien, Belgien und Italien getätigt worden. „Diese Exportverkäufe“, schreibt der „Berliner Börsen-Courier“ am 18. September, „haben dem Inlandsmarkt eine bedeutende Festigkeit verliehen.“ Aus dieser Exporttätigkeit erklärt sich auch die heftige Kampagne der großagrarischen Organisationen für die Angleichung des Wertes der Einfuhrscheine an die im Juli erhöhten Zollsätze, was ihnen auch am 10. Oktober gelungen ist. Das bereits 1925 von Professor Areboe und anderen Führern der agrarischen Wissenschaft propagierte Programm der Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf „tierische Veredelungsprodukte“ und Export ist also schon in voller Entfaltung. Die Erhöhung der Zollsätze für Getreide ab 1. August, die nachträglich durchgesetzte Erhöhung der Mehl- und Butterzölle, der gegenwärtig tobende Kampf um die Erhöhung des Zuckerzolls schaffen den Boden, auf dem die monopolistischen Handelsorganisationen des Agrarkapitals gedeihen.

Die Rationalisierung und Industrialisierung der kapitalistischen Agrarbetriebe schreitet systematisch vorwärts, gefördert durch die Flüssigkeit des Geldmarkts, den langsam sinkenden Zinsfuß und die ausgiebige Hilfe des Staates. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Verschuldung. Die üblichen Beleihungsbedingungen der Rentenbankkreditanstalt sind zwar immer noch reichlich hoch, aber verhältnismäßig günstig gegenüber 1925. Dabei ist zu beachten, daß nur die langfristigen Realschulden im letzten Halbjahr zugenommen haben.

Für die Rückzahlung der kurzfristigen Wechselschulden sind große Erleichterungen geschaffen worden So werden die am 1. Dezember fälligen 300 Millionen Reichsmark Rentenbankgelder nur ganz

allmählich der Landwirtschaft entzogen werden, da die Rentenbank sich bereit erklärt hat, die durch das Londoner Abkommen festgelegte Zahlungssumme aus ihren angesammelten Reserven, Zinsen und dergleichen aufzubringen. Es bleiben dann noch rund 400 Millionen kurzfristiger Kredite, von denen der größte Teil durch den Staat bzw. die Rentenbankkreditanstalt prolongiert, der übrige in langfristige Hypothekarschuld umgewandelt wird.

Um die Industrialisierung zu beschleunigen, hat die Reichsregierung Stützungsaktionen z. B. für die Kartoffeltrocknungsindustrie und die Flachsröstindustrie in Höhe von vielen Millionen eingeleitet. Die aus der Reichsgetreidestelle erübrigten 60 Millionen Mark werden teilweise für Meliorationen zugunsten der Großgrundbesitzer, zum Teil für den Bau von Werkswohnungen, zum Teil für die Förderung der Pferdezucht und des Gemüsebaues verwandt. Um die Motorisierung der Großbetriebe zu beschleunigen, wurde mit Staatshilfe eine „Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen“ ins Leben gerufen. Diese Gesellschaft gewährt Kredite auf zwei Jahre zu einem relativ günstigen Zinssatz, ihre Tätigkeit ist jedoch auf ganz bestimmte Fabrikate beschränkt.

Die relativ günstige Lage der kapitalistischen Agrarbetriebe spiegelt sich übrigens auch in den „befriedigenden“ Absatzziffern der Düngemittelindustrie. Die Kaliabsatzziffern bis September 1926 stehen immer noch weit über den Ziffern derselben Monate 1924, wenn sie auch hinter den Rekordziffern 1925 zurück-[638]bleiben. Der Rückgang ist fast ausschließlich auf das Konto der bäuerlichen Familienbetriebe zu setzen.

Die Lage der bäuerlichen Familienbetriebe ist nach wie vor ruinös, wie die in fast allen Teilen Deutschlands noch fortdauernden Pfändungen, Zwangs- und Notverkäufe ausweisen. Auch die dauernde hohe Preisspanne zwischen dem Schlachtvieh der Großgrundbesitzer und dem minderwertigen Kleinbauernvieh zeigt die Notlage. Doch macht sich auch hier eine Differenzierung bemerkbar, da die wirtschaftlich stärkeren Mittelbauern sich etwas erholt haben.

Besonders stark trifft die kleinen Bauern, die auf den lokalen Markt angewiesen sind, die geschwundene Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenmassen, Gemüse und Obst werden zu Schleuderpreisen an den Händler abgesetzt oder bleiben liegen. Die Wochenmärkte in den Landstädten sind von bäuerlichen Verkäufern überschwemmt. Die Massenerwerbslosigkeit drückt ebenfalls auf die kleinbäuerliche Familie, die auf industriellen Nebenerwerb angewiesen ist. Der erhöhte Bodenhunger hat zumal in Mitteldeutschland im Gebiete der stillgelegten Kalischächte einen wilden Pachtwucher entfacht. In der Pfalz und in Baden kam es im Laufe der Monate August bis Oktober zu größeren Demonstrationen der Bauern und Kleingewerbetreibenden vor den Finanzämtern, mit der deutlichen Tendenz zur Schaffung selbständiger Mittelstandsparteien. Völkische und Landbündler versuchen diese Protestbewegungen in ihrem Sinne auszubeuten. Ein völkischer Reichsbauerntag fand am 10. Oktober in Magdeburg statt. In Ostpreußen, auf der Rhön, in Pommern, Schleswig-Holstein und im Erzgebirge haben Kundgebungen der radikalen Kleinbauernverbände gegen die Regierung und für den Kongreß der Werktätigen stattgefunden.

Gestützt auf die relative Stabilisierung ihrer Wirtschaft versuchen die Machthaber, durch gewisse Konzessionen an die stärkeren Mittelbauern den Linksabmarsch der Bauernschaft aufzuhalten und ihre Reihen zu verwirren. Hierher gehört die Aufhebung der Umsatzsteuer vom eigenen Verbrauch und die vom Reichsfinanzminister Anfang August, entsprechend einem Reichstagsbeschluß vom Mai, herausgegebenen Anweisungen für „Steuermilderungen“. Dadurch werden die bisher üblichen Zuschläge für mitarbeitende volljährige Familienmitglieder herabgesetzt. Für die meist mit minderjährigen Kindern und der Ehefrau wirtschaftenden Kleinbauern bedeuten diese „Milderungen“ herzlich wenig, Im Juli beschloß der Reichstag, mit Zustimmung der Regierung, die Bereitstellung von je 50 Millionen Mark auf fünf Jahre zur Durchführung einer großzügigen Ostsiedlung. 15 Millionen Mark sind inzwischen bereitgestellt. Das Geld dient in erster Linie zur Stützung der Bodenpreise, Von den Siedlungsbewerbern werden Baranzahlungen in Höhe von 8- bis 12.000 Mk, gefordert, was praktisch den Ausschluß der Klein- und Zwergbauern von der Aktion bedeutet. Auch besondere „Kleinbauernkredite“ wurden zur Verfügung gestellt, aber in so geringem Ausmaß, daß sie eher Erbitterung als Genugtuung hervorriefen. Ein neuer Amerika-Kredit ist durch die Deutsche Bauern-

kasse unter Garantie der Reichskreditgesellschaft in Höhe von 20 Millionen aufgenommen; freilich zu Bedingungen, die für den bäuerlichen Familienbetrieb in Wirklichkeit unerschwinglich sind (7⅜ Prozent Zins, 1 bis 1½ Prozent Amortisation, Ausgabekurs 90 Mark).

Diese Politik der kleinen Konzessionen an die wirtschaftlich stärkeren Mittelbauern hat bereits zur Folge ein deutliches Rechtsrücken der kleinbürgerlichen Führer in den verschiedensten Bauernverbänden und ein Abflauen der radikalen Gandorfer Opposition in Bayern, In der eigentlichen Kleinbauernwirtschaft dagegen schreitet der Radikalisierungsprozeß konstant vorwärts. Bezeichnend ist, daß an die kleinen Pächter nicht die geringsten Konzessionen gemacht werden, und daß die staatliche Hilfe für die Hochwassergeschädigten durchweg auf Schäden über 150 Mark beschränkt ist, was bedeutet daß die kleinen Arbeiterpächter und Zwergbauern nichts bekommen.

Mit Abschluß der Ernte haben die Agrarunternehmer ihre Offensive gegen die Land-arbeiter erneut aufgenommen, Die schlesischen Gutsbesitzer haben am 1. Oktober den erst wenige Wochen vorher abgeschlossenen Tarif mit einem Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde gekündigt. Unter dem Geschrei über Kontraktbruch und Landflucht wird ein scharfer Angriff auf das Koalitionsrecht eingeleitet. Der Landbund fordert: Abbau der sozialen Lasten, wirksame Maßnahmen gegen den „Kontrakt-bruch“ der Arbeitnehmer durch ein Arbeitsvertragsgesetz, Bekämpfung des Arbeitsmangels durch eine „Reform der Erwerbslosenfürsorge“, restlose Freimachung der Gutswohnungen von „Betriebsfremden“, Zulassung der „notwendigen Zahl“ von fremden Wanderarbeitern. Wie es übrigens mit dem angeblichen Arbeitermangel bestellt ist, zeigt der Bericht des Landarbeiteramts Schleswig-Holstein von Ende September, wonach die allgemeinen „Saisonentlassungen“ die Zahl der für die Hackfruchternte eingestellten Arbeiter weit überwog. In Wirklichkeit besteht als Folge der Rationalisierung und Mechanisierung eine wachsende Arbeitslosigkeit unter den Berufslandarbeitern. Die Unternehmer gehen immer mehr dazu über, die Zahl der ständigen Arbeiter zu verringern und nach Abschluß der Ernte Massenentlassungen vorzunehmen, Die reformistische Bürokratie des DLV, sieht dieser Entwicklung tatenlos zu, stützt sie sogar durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik Die Folge ist eine gedrückte Stimmung in der Landarbeiterschaft, Der Internationale Landarbeiter-Kongreß in Genf am 28. und 29. September stellte einen gewaltigen Rückgang der Mitgliederzahl fest (um 83.000 auf 365.000) und beschränkte sich auf einige Wünsche an die Regierungen, ohne auch nur zu dem brennenden internationalen Problem der Wanderarbeiter überhaupt Stellung zu nehmen. H o e r n l e.

[639]

LITERATUR

„Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“

Berlin 1926. Verlagsges. des ADGB. 256 S.

(Schluß.)

Die a m e r i k a n i s c h e n „G e w e r k s c h a f t s o r g a n i s a t i o n e n“ scheinen auch nach den Schilderungen der ADGB-Delegation auf den ersten Blick ein Überbleibsel von Handwerkerzünften aus dem Mittelalter zu sein – und doch sind sie die Spiegelbilder des in der kapitalistischen Entwicklung, in der Schaffung einer imperialistischen Monopolmacht an erster Stelle stehenden Landes. Die Verwandlung des einen Teiles der Arbeiterklasse in scheinbare Kleinbürger (Arbeiteraristokratie), das Elend, die Zerrissenheit und Zersplitterung des anderen Teiles der Arbeiterklasse machen in den Vereinigten Staaten ‚Arbeiterorganisationen“ möglich, die in Europa nicht ihresgleichen haben. Selbst die rein faschistischen Gewerkschaften wie die Italiens werden hinsichtlich der restlosen Einstellung auf die kapitalistische Basis, der Teilnahme an den Profitinteressen „ihrer“ Bourgeoisie, der vollständigen Abschließung gegen „minderwertige“, andersdenkende Arbeiterschichten durch die amerikanischen Federations und Brotherhoods bei weitem übertroffen.

Wir stellen über sie einige der markantesten Tatsachen kurz zusammen:

1. Nur ein sehr geringer Teil der amerikanischen Arbeiter, höchstens 3,5, wahrscheinlich aber nicht mehr als 3 Millionen, sind in den Vereinigten Staaten „gewerkschaftlich“ organisiert, d. h. etwa 10 bis 12 Prozent.

2. Die Gewerkschaftsbewegung ist in viele, teilweise ihrer Zahl und Macht nach ganz geringe Organisationen zersplittert, bei denen der Schwerpunkt stets in den L o k a l verbänden, niemals bei der Z e n t r a l verwaltung liegt, wie denn auch der Anteil der Zentralverwaltung an den Beiträgen überall relativ klein ist. Auch der ADGB -Bericht stellt fest, daß das Interesse vieler Gewerkschaftsmitglieder nicht über die engere Lokalunion hinausreicht. (S. 217.)

3. Die Organisationen umfassen fast ausschließlich qualifizierte Arbeiter, „sowohl die Ungelernten als auch die Angestellten in den Büros und Verkaufsläden sind zum größten Teil vollständig unorganisiert, und selbst wenn sich einzelne Angehörige dieser Gruppen einer Gewerkschaft anschließen wollen, finden sie häufig keine Möglichkeit dazu“. (S. 217/218.)

4. Auch f a r b i g e n Arbeitern (insbesondere den Negern) und N e u e i n g e w a n d e r t e n ist durchweg gewerkschaftliche Organisierung unmöglich gemacht.

5. Durch die „Tarifverträge“ werden die Gewerkschaften zu alleinigen Arbeitsvermittlern für diejenigen Betriebe, mit denen sie vertraglich gebunden sind (Union Shop); da die gewerkschaftliche Organisierung, wie erwähnt, nur ganz mangelhaft ist, nutzen die Gewerkschaften diese Position n i c h t z u e i n e r M o n o p o l i s i e r u n g d e r A r b e i t s k r a f t g e g e n ü b e r d e n U n t e r n e h m e r n, sondern zu einer M o n o p o l i s i e r u n g d e r A r b e i t s b e s c h a f f u n g i n b e s t i m m t e n B e t r i e b e n g e g e n ü b e r d e n u n o r g a n i s i e r t e n A r b e i t e r n aus. Das führt bis zur Anwendung des sogenannten Permitt-Systems: „Sie nehmen auch dann neue Mitglieder nicht auf, wenn alle Mitglieder Beschäftigung haben und trotzdem noch Arbeitsplätze frei sind: sie geben dann an Nichtmitglieder Permitts, d. h. Arbeitserlaubniskarten gegen eine fortlaufende Gebühr, aus ... Die Nichtmitglieder müssen an die Gewerkschaften Beiträge entrichten, die oft höher sind als die der Mitglieder, haben aber keinerlei Anspruch auf die Leistungen der Organisation und sind der größten Unsicherheit ihrer Existenz ausgeliefert.“ (S. 228/29.)

6. Sie vergeben bei Abschluß von Tarifverträgen den Unternehmern das Recht, die Waren mit einem „label“, einer g e w e r k s c h a f t l i c h e n S c h u t z m a r k e, zu versehen. Der ADGB-Bericht sieht in dieser Einrichtung eine Propaganda für gewerkschaftliche Organisierung (S. 236), während es nur eine geschäftliche Manipulation ist.

7. Nicht Betriebs- oder staatliche Schulen, sondern die Gewerkschaften sind es, die sich der H e r a n b i l d u n g d e s F a c h a r b e i t e r n a c h w u c h s e s widmen, teilweise werden von ihnen regelrechte Lehrlingsprüfungen veranstaltet, „fast alle Verbände haben nach Abschluß der Prüfung noch das zunftmännisch-feierliche Zeremoniell der Aufnahme in die Bruderschaft“. (ADGB-Bericht S. 148.)

8. Es entspricht diesen Tatsachen, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung s t a r k n a t i o n a l i s t i s c h eingestellt ist, und daß seit 1896 folgender Satz in das Statut der Federation of Labor, der größten amerikanischen Gewerkschaftszusammenfassung, aufgenommen ist: „Parteipolitik, mag sie demokratisch, republikanisch, sozialistisch oder sonstwie sein, findet in den Jahresversammlungen des Bundes keinen Platz.“ (S. 219.)

Es ist bezeichnend, daß die ADGB-Delegation, deren Bericht diese Tatsachen zum größten Teil selber erwähnt, an ihnen kaum Kritik übt.

Bei der Schilderung z. B. des Permitt-Systems, der oben erwähnten Ausbeutung der Unorganisierten durch die Organisierten, bemerkt der ADGB-Bericht lediglich, daß dies eine „dem deutschen Gewerkschaftsempfinden unsympathische Methode sei, beeilt sich aber, sofort in einer Anmerkung hinzuzufügen: „Der deutsche Gewerkschafter muß sich hüten, voreilig den Stab über die amerikanischen Ge-[640]werkschaften zu brechen“ – alsdann werden diese Methoden mit berufsegoistischen Interessen auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung entschuldigt. In keiner einzigen Zeile nennt die ADGB-Delegation diese amerikanischen „Gewerkschafts“organisationen als das, was sie sind: Korruptionserscheinungen, Organisationen zur Besserstellung einer kleinen Schicht der weißen qualifizierten Arbeiter auf Kosten der großen Masse der Arbeitenden, Genau so wie bürgerliche Propagandisten sieht sie die Basis solcher Gewerkschaften statt dessen in der „staatsbürgerlichen Mitarbeit“ der Arbeiter darin, daß in Amerika „die alte Tradition der Herrenkaste“, die „mit politischen Privilegien

ausgestattete Geburtsaristokratie“ fehlt. (S. 204.) Th. Lüddecke, der in den Vereinigten Staaten keine sozialen Gegensätze entdeckt hat und der im übrigen nur immer von „Mitarbeitern“ statt von „Arbeitern“ spricht, stellt immerhin fest: „Unter den ‚oberen Zehntausend‘ gibt es älteste angelsächsische Familien, die ... wegen ihrer großen Finanzmacht exklusiver sind als mancher europäische Adel.“ (S. 81.)

Der englische Gewerkschaftsführer A. A. Purcell, der gegenwärtige Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes der nach seinem Verhalten im englischen General- und Bergarbeiterstreik sehr weit von einem strikten Klassenkampfstandpunkt entfernt ist, fand in einem Artikel – vergl. „Rote Fahne“ vom 26. Februar 1926 – durchaus andere Worte über die amerikanische Arbeiterhage und Gewerkschaftsbewegung als die deutsche ADGB-Delegation. Er spricht von einer „monotanen Tyrannei“ des Industriekapitals, der vollständigen gesundheitlichen Zerüttung der industriellen Arbeiter in Amerika, insbesondere über die Ausbreitung des weitverzweigten Spitzelsystems gegen die Arbeiterklasse (Pincertons): er stellt fest, daß ausgesprochene Spitzel führende Stellungen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung innehaben.

Wie die Gewerkschaften, so natürlich die von ihnen kontrollierten 32 „Arbeiterbanken“. Zweifellos hat es der ADGB-Delegation imponiert, daß die von den Gewerkschaften beherrschten Arbeiter- und Privatbanken 1925 über rund 200 Millionen Dollar verfügten, „die Tatsache, daß die amerikanische Arbeiterschaft die Organisierung ihrer Finanzkräfte durch die Arbeiterbanken selbst vornimmt und somit einen Machtfaktor im Wirtschaftsleben schafft, ist von ungeheurer Bedeutung“. (S. 249.)

Das Entscheidende dieser Arbeiterbanken ist, daß sie ihre Gelder keinesfalls für gewerkschaftliche Kämpfe riskieren, daß sie sich – wie auch der ADGB-Bericht feststellt – in der Anlage der Gelder nur unwesentlich von den Privatbanken unterscheiden. „Sie geben Darlehen an Privatgenossen, die die nötigen Sicherheiten beibringen können, unter Bevorzugung von Mitgliedern ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Sie geben Kredite an Privatunternehmungen, jedoch fast immer nur an solche Unternehmungen, die gewerkschaftsfreundlich eingestellt sind und im Vertragsverhältnis mit den Gewerkschaften stehen.“ (S. 249.) Es handelt sich bei diesen Arbeiterbanken also tatsächlich um alles andere als um Finanzorganisationen zur Unterstützung des Klassenkampfs der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, als vielmehr um Spar-banken im Interesse des engen Kreises der organisierten Arbeiteraristokratie und des mit ihr zusammenarbeitenden Teiles der amerikanischen Bourgeoisie.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß der Bericht der ADGB-Delegation trotz seiner scheinbar objektiven Mitteilungen, z. B. über das Elend verschiedener Arbeiterschichten, ein falsches Bild über die wirkliche Lage der amerikanischen Arbeiterklasse, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitern, den Charakter der „Gewerkschaften“ gibt, ein falsches Bild, das jedoch in allen Punkten den politischen Zielen der ADGB-Leitung für Deutschland entspricht.

Daß angesichts des starken Elends des größeren Teiles der amerikanischen Arbeiterklasse, ebenso angesichts der immer stärkeren Ersetzung der qualifizierten Arbeiter durch unqualifizierte – die deutschen Arbeiter kennen diesen Prozeß infolge der „Rationalisierung am eigenen Leibe –, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung nicht mehr lange so bleiben kann, wie sie ist, deutet auch der ADGB-Bericht an. Tatsächlich ist bereits heute, vom Verkehrswesen abgesehen, die gewerkschaftliche Organisierung in Amerika auf Mittel- und Kleinbetriebe beschränkt, während gerade die modernsten Großbetriebe zum allergrößten Teil nicht zu den „Union Shops“ gehören. Der ADGB-Bericht rechnet mit einem allmählichen „Einschmelzen der bisherigen Oberschicht der Arbeiter in eine werdende, mehr oder weniger homogene (gleichartige) Arbeitermasse“ und dementsprechend allein Anschein nach mit einer allmählichen Umstellung der Gewerkschaftspolitik. Der ADGB-Bericht vergißt, hinzuzufügen, daß ohne gewaltsames Eingreifen der amerikanischen Arbeitermasse in die aristokratischen und zunftmäßigen, kastenartig abgeschnittenen Gewerkschaftsorganisationen, ohne Beseitigung der bisherigen Grundlage dieser Gewerkschaften (Interessenvertretung eines Teiles der eingeborenen hochqualifizierten Arbeiter), ohne restlose Reinigung des gesamten gegenwärtigen Gewerkschaftsapparats nicht nur von Interessenvertretern dieser Art, sondern auch von den bezahlten Spitzeln der Bourgeoisie eine derartige Umorientierung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nicht möglich ist. Der ADGB-Bericht kann eine derartige Schlußfolgerung schon deswegen nicht

ziehen, weil dann die deutschen Arbeiter eine Parallele zwischen der Rolle der amerikanischen Gewerkschaften und der Leitung des ADGB ziehen und zu der Auffassung kommen könnten, daß auch in Deutschland erst die restlose Reinigung des Gewerkschaftsapparats von den gegenwärtigen Führern diese Organisationen zu wirklichen Machtinstrumenten im Interesse des Klassenkampfs der Arbeiter machen wird. A. F r i e d r i c h

Die Internationale
Jahrgang 9 ∗ Berlin, den 1. November 1926 ∗ Heft 21

„Über Gräber – vorwärts!“

⊥ B e r l i n, 1. November.

„Über Gräber – vorwärts!“, – mit diesem Aufruf schloß der scheidende General Seeckt seinen letzten Tagesbefehl an die Reichswehr. Sein politischer Sinn war eindeutig: „Ehrenvolle Kriegsjahre“, wie es in dem Tagesbefehl hieß, mit den verschiedenen ausländischen Erbfeinden stehen der Reichswehr in nächster Zeit voraussichtlich kaum bevor. Die deutsche Bourgeoisie hat vielmehr im Bewußtsein der Schwäche ihrer staatlichen Weltmachtgeltung jetzt zunächst den Weg der Vergleiche, Pakte mit anderen Imperialisten eingeschlagen. Sie muß erst diese Phase durchgehen, und erst an diese Zeit der Vorbereitung werden sich die großen, militärischen Waffengänge nach außen anschließen. So kann daher diese Parole des scheidenden Generals nur für die „schönen Friedensjahre“, die auch der Tagesbefehl erwähnt, das Stichwort sein, das Stichwort für den Kampf mit dem inneren Feind.

Der Referentenentwurf über das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfassung, der übrigens ebenfalls im Reichswehrministerium ausgeheckt wurde, ist ein anderes und ausführlicheres Dokument in demselben Sinne. Dieser Entwurf, für den formell das Innenministerium zeichnet, ist, wie selbst bürgerliche Blätter buchstäblich festgestellt haben, „seinem Inhalt nach von der Tendenz getragen, die Diktaturmöglichkeiten des Artikels 48 in jeder Richtung auszuweiten“. In ihm ist der sogenannte „militärische Ausnahmezustand“ das Kernstück. Nach § 15 des Entwurfs liegt der militärische Ausnahmezustand dann vor, wenn der Reichspräsident seine Befugnisse auf einen Militärbefehlshaber überträgt. Dieser Paragraph hat nun in Verbindung mit anderen Paragraphen desselben Entwurfs einfach die völlige Willkür der Gewaltherrschaft solcher militärischer Diktatoren zu legalisieren. Die Legalisierung weitester Beschränkung und Ausschaltung der bestehenden geringfügigen politischen Rechte hat sich im allgemeinen dieser Referentenentwurf zum Ziel gesetzt. So darf der Reichstag nicht mehr wie bisher die Auflösung von Parteiverboten, die Aufhebung willkürlicher Verhaftungen usw. fordern und durchsetzen. Das „Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes“, ein Kriegsgesetz vom 4. Dezember 1916, von Wilhelm Hohenzollern eigenhändig unterzeichnet, soll unter dem Namen „Schutzhaftgesetz“ wieder in Kraft treten. Die Polizei soll das Recht erhalten, willkürliche Verhaftungen vorzunehmen außerordentliche Gerichte (Standgerichte) sind vorgesehen, usw.

[642] Eine ganze Reihe von „praktischen und positiven“ Sonderarbeiten, die jetzt der Reichsminister des Innern, Dr. Külz, vorbereitet und die schon für den Alltag in Geltung treten sollen, zielen in der gleichen Richtung. Külz hat eine W a h l r e c h t s r e f o r m im Auge, die das Wahlrecht breiten Schichten ganz nehmen soll und die außerdem durch wahlgeometrische Künste der Reaktion neue Wahlvorteile zuschanzen soll. Eine neue, „moderne“, umfassende Beamtengesetzgebung will das Streik- und Koalitionsverbot für die Beamten aussprechen. Das Gesetz gegen Schmutz und Schund soll die Propaganda- und Agitationsfreiheit für die werktätigen Massen noch stärker einengen, das Gesetz zur Änderung des Preßgesetzes die Preßfreiheit noch weiter beschneiden. Ein Erlaß zur Änderung des Vereinsgesetzes hat die Koalitionsfreiheit der breiten Massen noch stärker den Zugriffen der Reaktion auszusetzen. Das Reichsschulgesetz hat die volle Auslieferung der Schulen an die kirchliche Reaktion einzuleiten.

Die deutsche Bourgeoisie dehnt auf diese Weise planmäßig die Reaktion auf sämtliche Gebiete des gesellschaftlichen Lebens aus, damit der Schritt, den sie zum militärischen Ausnahmezustand zu tun hat, für sie immer kürzer und leichter werde. Sie hat die Bahn des „trockenen Putsches“ betreten: sie erhebt einfach jede einschneidende reaktionäre Maßnahme von vornherein zum Gesetz, „verankert“ sie einfach in der Verfassung, sie macht es auf diese Weise überflüssig, die Verfassung gewaltsam zu brechen. Indem sie so den Boden der Republik niemals mehr verlassen braucht, erleichtert sie gleichzeitig das Spiel ihrer sozialdemokratischen Freunde.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 17. Oktober 1926 schrieb:

„Mit Recht hat man bei der Düsseldorfer Versammlung darauf hingewiesen, daß es innerhalb der Gewerkschaften und auch innerhalb der Sozialdemokratie einsichtige Führer gäbe, die die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens durchaus anerkennen, die aber nicht den Mut hätten, ihre Ideen in Wort und Schrift zu propagieren. Es gälte, diese Ansätze zu nutzen und zu kräftigen. Aber wenn man sich über die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht täuschen will, muß man sich auf der anderen Seite vor Augen halten, wie die Massen denken. Der seit Jahrzehnten propagierte Klassenkampf, der verhängnisvolle Grundsatz des Marxismus, daß es in der Industrie nur Ausbeuter und Ausgebeutete gäbe, daß der Kapitalismus mit Naturnotwendigkeit auf die Verelendung der Massen hinauslaufen müsse, hat es doch zuwege gebracht, daß der Unternehmer für jeden ‚Zielbewußten' das rote Tuch ist. Dieses Vorurteil zu vernichten ..., wäre die unerläßliche Vorarbeit für die praktische Verwirklichung der Zusammenarbeit."

Diese „unerläßliche Vorarbeit" im weitesten Sinne soll jetzt zum Teil auch die Gesetzesmaschinerie der Bourgeoisie leisten. So hat die Bürokratie des ADGB gelegentlich erklärt, auch sie könne vom „Klassenkampf" nicht lassen. Aber noch im Streit um das Schlichtungswesen im Zusammenhang mit dem Hamburger Hafenarbeiterstreik hat diese Bürokratie unverhüllt zu verstehen gegeben, daß dieser Klassenkampf über eine Schranke, über die des Gesetzes, nicht hinwegschreiten werde und nicht hinwegschreiten dürfe. Die Bourgeoisie, für die vor allem diese Erläuterung bestimmt ist, versteht diesen Wink, sie „nutzt diese Ansätze und kräftigt sie". Sie „rationalisiert" gewissermaßen den „Klassenkampf" des ADGB und der Sozialdemokratie, indem sie ihm durch ihre Gesetzesmaschinerie von vornherein allerengste Grenzen zieht, jene Grenzen, die den Bürokraten des ADGB und der Sozialdemokratie willkommen sind. So kann daher der militärische Ausnahmezustand als Folge eines gewaltsamen Streiches des Bürgertums für diese Bürokratie eine zu starke Belastungsprobe sein, als Gesetz aber wird er für sie – „verbindlich".

[643] Aber auch die Bürokratie der SPD und des ADGB darf nicht müßig bleiben, auch sie hat eifrig und höchst selbständig an den Voraussetzungen für die „Zusammenarbeit" und an der Vorbereitung der Größen Koalition mitzuarbeiten. Silverberg hat in Dresden den Satz geprägt: „Es sollte nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden. Er hat aber gleichzeitig erklärt, daß die Sozialdemokraten erst gewisse Vorbedingungen erfüllen müssen, bis sie in die Große Koalition hereingenommen werden können. Daher sind die Führer der Sozialdemokratie jetzt so eifrig daran, mit greifbaren Beweisen das deutsche Bürgertum von ihrer „Regierungsfähigkeit" zu überzeugen. So hat sich mit weniger Pathos zwar als ein Seeckt, aber mit genau derselben Entschiedenheit ein Severing durch seinen Schießerlaß zur Losung „Über Gräber – vorwärts!" bekannt. Einer politisch vielleicht noch stärkeren Belastungsprobe wurden die sozialdemokratischen Führer in der Frage unterworfen, in der sie mit ihrer schließlichen Zustimmung zum Volksentscheid in den Augen der deutschen Bourgeoisie sich der schwersten Verfehlung schuldig gemacht hatten, in der sie dem Ruf der sozialdemokratischen Massen nach Klassenkampf nicht genügend entschiedenen Widerstand geleistet hatten. Von den sozialdemokratischen Führern wurde daher auf Grund dieser schwersten Verfehlung nichts mehr und nichts weniger verlangt, als sich zurückzumausern zu der Zeit, wo sie, wie November 1918, entschlossen waren, den Kronprinzensohn als Thronfolger zu proklamieren, um nur die Monarchie zu retten. Denn die Aufnahme desselben Kronprinzensohnes in das sogenannte Stammregiment der Hohenzollern war eine monarchistische „Geste" des Herrn Seeckt, die Zuteilung des Schlosses Homburg an den Großvater, an Wilhelm Hohenzollern, als „seine Residenz" aber eine ebensolche monarchistische Geste des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun. Braun und mit ihm der sozialdemokratische Parteivorstand mußten damit der Bourgeoisie bekunden, daß sie ebenso wie Seeckt davor nicht zurückschrecken, ohne und mit dem Kaiser den militärisch-monarchistischen Zuchthausgeist zu fördern. Das war der Zweck dieser Geste, wie es ähnlich und richtig unter anderem auch das Organ des englischen Finanzkapitals, die „Times", gedeutet hat.

„Über Gräber – vorwärts!", das war die Losung, die seinerzeit Wilhelm II. ausgegeben hat, die jetzt von Seeckt wieder aufgenommen wurde und für die einzustehen auch die sozialdemokratischen Führer sich „tapfer selbst bezwingen" wollen.

Die wirtschaftliche Gesamtlage heißt die deutsche Bourgeoisie, sich so eifrig mit allen Machtmitteln zu rüsten. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte in letzter Zeit wiederholt seine Ansichten über

die wirtschaftliche Lage und über den Charakter verschiedener konjunktureller Erscheinungen auseinandergesetzt, kürzlich noch vor dem Enquete-Ausschuß. Die gewisse Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die für die letzte Zeit festzustellen gewesen ist, führt Schacht unter anderem auf das Hereinkommen größerer Auslandskredite zurück. Aus diesem Grunde steht er daher den verschiedenen konjunkturellen Anzeichen mit gewissen „Bedenken“ gegenüber. Versiegt nämlich dieser neue Strom der Auslandskredite, so wird damit der gegenwärtig etwas verstärkten Wirtschaftstätigkeit eine der Grundlagen genommen, die „Konjunktur“ läuft also Gefahr, einen Rückschlag zu erleiden. Ferner ist die Anlage der Auslandskredite nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten eine falsche gewesen. Sie hat nur zur Stärkung des inländischen Marktes gedient, war „unproduktiv“. Denn Auslandskredite dürfen nur zu einer Steigerung der Auslandsverdienste der deutschen Bourgeoisie führen und nicht zu einer Steigerung der auf den Inlandsmarkt [644] angewiesenen Produktion. Im allgemeinen muß der Export Deutschlands mit den wachsenden Zahlungen an das Ausland Schritt halten. Die deutschen Exporteure dürfen daher selbst vor einem Verschleudern deutscher Waren im Auslande nicht zurückschrecken, um nur die benötigten fremden Valuten für die deutschen Auslandsverpflichtungen aufzubringen. „Wir befinden uns geradezu unter einem außenpolitischen Zwang zum Exportdumping“, stellte ausdrücklichst und buchstäblich der Reichsbankpräsident in seiner Rede vor dem Enquete-Ausschuß fest. Die Folge ist, daß daher die Rationalisierung“ in Deutschland noch stärker als bisher betrieben werden muß. Auch die sich in letzter Zeit immer mehr wiederholenden Stimmen, die geradezu von einem „Erlahmen des Rationalisierungsgedankens“ sprechen deuten darauf hin, daß die Unternehmer eine neue Periode verschärfter „Rationalisierung“ einzuleiten gedenken.

Die Lohnentwicklung in der letzten Periode würde dagegen sprechen, daß im Sinne der Kapitalisten nicht „rationalisiert“ wird. In der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ vom 21. Oktober 1926 wurde die Lohnentwicklung in der letzten Periode folgendermaßen dargestellt:

„In den letzten Monaten ist ein merkbares S i n k e n der Reallöhne festzustellen. Der Reallohn ist aus den Lebenshaltungskosten und den Nominallöhnen abzulesen. Nun zeigen aber die Lebenshaltungskosten keine Abnahme, ja es liegt eine starke Tendenz zu ihrer weiteren S t e i g e r u n g vor, wie überhaupt die Preisentwicklung mit einer einsetzenden Konjunkturbelebung nach oben geht. D e m g e g e n ü b e r mußten die Nominallöhne gesteigert werden, während sie in der Wirklichkeit heruntergehen. Nach Angaben in der ‚Wirtschaft und Statistik‘ haben sich zwar die Tariflöhne in den letzten Monaten wenig geändert. In der Brauindustrie und auf einigen Gebieten der Metallindustrie und des Steinkohlenbergbaues sind sie einigermaßen gestiegen, in anderen Industriezweigen, wie in der Süß-, Bach- und Teigwarenindustrie, im Holzgewerbe, in der Kartonnagenindustrie und auch bei der Reichsbahn sind sie gesunken. In Wirklichkeit können aber die Tariflöhne infolge des Überangebots auf dem Arbeitsmarkt vielfach nicht gehalten werden, wie auch der Vertreter des ADGB auf dem Kongreß des Vereins für Sozialpolitik kürzlich hingewiesen hat. Noch schlimmer gestaltet sich der Nominallohn bei tariflosem Zustand, w o d i e t a t s ä c h l i c h e n V e r d i e n s t e n a c h ‚Wirtschaft und Statistik‘ a u c h n a c h d e n v o r l i e g e n d e n M e l d u n g e n e i n e r ü c k l ä u f i g e B e w e g u n g v e r z e i c h n e n. So hat zum Beispiel die südbayerische Textilindustrie ohne ein neues Lohnabkommen die bisherigen Löhne um 3,7 Prozent ermäßigt und auch im Holzgewerbe machte sich der verhältnismäßig starke außertarifliche Lohnabbau auf einzelnen Gebieten bemerkbar.“

Es wird also „rationalisiert“. Und die Tatsache, daß die Produktion viel stärker gesteigert wird als verhältnismäßig Arbeiter neu angestellt werden, zeigt, daß auch weiterhin an Stelle einer Vermehrung der Arbeitskräfte die Intensivierung der Arbeit tritt. „Anspannung des Rationalisierungsgedankens“ heißt daher, daß die Unternehmer das bestehende Lohnniveau wahrscheinlicher Weise weiter senken, die Arbeit weiter intensivieren wollen usw.

Die unerhörte Auspowerung der Arbeiterschaft durch die Rationalisierung und das Elend der werktätigen Massen führt zu ihrer Radikalisierung, zum Erwachen ihres Kampfwillens. Der Hamburger Hafenarbeiterstreik war ein solches Zeichen der wachsenden Gärung. Der Widerstand gegen das Rationalisierungselend ergreift in wachsendem Maße auch Kreise außerhalb der Arbeiterklasse. Als beispielsweise die Belegschaft der Zeche „Margarethe“ bei Hürde den Abbruch der Zeche verhinderte, da konnte sie sich [645] auf die Sympathie der ganzen vom Ruin bedrohten Gemeinde stützen. Steuerdemonstrationen von kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden in den Städten und von Kleinbauern auf dem Lande nehmen immer größeren Umfang an. Wie der Reichswirtschaftsminister

Curtius ausgeführt hat, sind durch die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit rund 8 Millionen der deutschen Bevölkerung „ohne wesentliche Kaufkraft“. Hier wird besonders deutlich die engste Gemeinsamkeit der Not, hier bestehen auch die engsten Voraussetzungen zur gemeinsamen Tat.

Andauernd aber wächst die Not der Arbeitslosen. Deutschland steht vor dem zweiten Winter der Massenarbeitslosigkeit. Nicht nur, daß die Erwerbslosigkeit immer furchtbarer wird, je länger sie andauert; die Zahl der Ausgesteuerten, die der Armenfürsorge überwiesen werden, schwillt jetzt rapide an. Zur Not der Arbeitslosen kommt noch der Hohn hinzu. Der Reichsarbeitsminister Brauns erklärte im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags am 21. Oktober: „Angesichts der Tatsachen, daß bei der heutigen Unterstützung die Löhne zum Teil schon überschritten werden, lehnt die Reichsregierung eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze ab.“ Ebenso weist die Reichsregierung die Verlängerung der Unterstützungsdauer zurück, wie überhaupt jede größere Unterstützung der Arbeitslosen. Mit der Steigerung der Not verschärft sich aber die gesamte politische Situation. Durch ein Zuchthausregime will das deutsche Bürgertum die Empörung der Massen gewaltsam niederhalten.

„Über Gräber – vorwärts!“, war das Vermächtnis des scheidenden Generals. Es ist die Losung des Bürgertums und seiner Helfershelfer für die allernächste Zeit. Es ist die Drohung einer machttoll gewordenen Schicht, die zynisch, übermütig, provokatorisch, verzweifelten Massen nur die Wahl ihres Todes lassen will. Das Echo, das der Kongreß der Werktätigen in den breiten Massen ausgelöst hat, zeigt aber, daß diese zur energischen Abwehr sich zu finden beginnen.

*

Rationalisierung und Arbeitslohn

Von Lucifer

I.

Seit ein paar Jahren sind eine ganze Reihe von Büchern erschienen, die dem deutschen Arbeiter und zugleich dem deutschen Unternehmer das amerikanische Beispiel dringend ans Herz legen. Die Bücher sind nicht alle auf den gleichen Ton gestimmt. Es sind solche darunter, die alles, was in Amerika geschieht, bis in den siebenten Himmel erheben; andere sind kritischer und verschweigen nicht, daß es auch von dort Nachteiliges zu berichten gibt. Über zwei Dinge jedoch sind sich alle einig: erstens, daß die amerikanische Wirtschaft (d. h. die Wirtschaft der USA) im Gegensatz zu Europa in voller Blüte steht, und zweitens, daß sie ihre Blüte den hohen Arbeitslöhnen verdankt, die dort angeblich gezahlt werden.

Beide Behauptungen bedürfen sehr der kritischen Nachprüfung. Daß es dem amerikanischen Kapital augenblicklich besser geht als dem europäischen, scheint allerdings Tatsache zu sein. Eine andere Frage aber ist, in welcher Richtung die Entwicklung geht; ob nicht auch dort Symptome des kommenden Niedergangs erkennbar sind, so daß das, was man als [646] Wesens unterschied zwischen der amerikanischen und der europäischen Wirtschaft ausgibt, sich nur als ein Zeit unterschied entpuppt: aus nicht fern zu suchenden Gründen kommt der Niedergang in Amerika später als in Europa.

Ich will diese Frage hier weder untersuchen noch entscheiden, möchte aber doch bemerken, daß die Verfasser all der Bücher, die ich darüber gelesen habe, sich diese Frage offenbar überhaupt nicht gestellt und deshalb die bezüglichen Symptome – die manchmal aus ihren eigenen Schilderungen heraus ganz deutlich sprechen – nicht beachtet haben. Sie wissen eben nichts von der für den Kapitalismus charakteristischen dialektischen Entwicklung.

Kommt zweitens die Behauptung von den hohen Arbeitslöhnen. Hier vermisse ich regelmäßig die deutliche Klarstellung, ob wirklich alle oder auch nur die meisten amerikanischen Arbeiter so hohe Löhne beziehen, oder ob das nur eine kleine Elite ist, die sich über die große, wimmelnde, im Elend versinkende Masse erhebt; und ob die große Masse sich nicht ständig durch bisherige Elitemitglieder vermehrt, die gerade durch die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsmethoden in Arbeitslosigkeit geworfen werden.

Das sind Bedenken, die dem marxistischen Leser solcher Bücher ohne weiteres auffallen. Aber damit ist es noch nicht getan. Jene Forschungsreisenden, die in Amerika den sozialen Stein der Weisen, das unfehlbare Rezept zur Heilung der kranken europäischen Wirtschaft gefunden zu haben meinen[*)], behaupten weiter einstimmig, die hohen Löhne in Amerika werden deshalb erreicht, weil die Arbeit „im Verhältnis zur Leistung" bezahlt und so dem Arbeiter die Möglichkeit eröffnet wird, sein Einkommen unbegrenzt zu steigern, solange er seine Leistung steigert. Diese Behauptung verdient eine nähere Untersuchung, denn hier scheint ein wirklicher Unterschied zwischen Amerika und Deutschland vorzuliegen. Jeder weiß, wenn bei uns in Deutschland die Leistung und mit ihr der Lohn ernstlich ins Steigen kommen, wird alsbald der Akkordsatz heruntergesetzt, so daß zwar die Leistung immer weiter, der Lohn aber nur bis zu einer gewissen Grenze steigen kann. Hierin sollen die amerikanischen Kapitalisten klüger sein. Sie verzichten auf die Herabschraubung der Akkordsätze, sie lassen dem Arbeiter die Illusion, er könne immer mehr verdienen, wenn er nur immer mehr leiste und erreichen so, daß er sich von selbst aufs äußerste antreibt. Es muß deshalb untersucht werden, wie sich der Akkordlohn gestaltet unter der Voraussetzung, daß der Akkordsatz n i c h t von Zeit zu Zeit verkleinert wird.

II.

Bezeichnend ist, daß alle die erwähnten Bücher Worte wie Akkordlohn, Akkordarbeit sorgsam vermeiden. Sie reden statt dessen von „Leistungslohn" und dergleichen. Vermutlich wissen sie, daß der deutsche Arbeiter die Akkordarbeit mit einem richtigen Instinkt schon längst, schon [647] seit Jahrzehnten auf Mordarbeit gereimt hat und möchten ihn nicht daran erinnern.

Aber bekannt darf ich bei den Lesern dieser Zeitschrift voraussetzen, daß der A r b e i t s l o h n überhaupt nicht (wie es die vulgäre Auffassung will) die Bezahlung einer Leistung, also die Bezahlung der geleisteten Arbeit ist, sondern der Kaufpreis für die Arbeitskraft. Es ist ein falscher Schein, daß der Arbeiter dem Unternehmer seine „Arbeit" verkaufe. Um kurz daran zu erinnern, wie man diesen falschen Schein durchdringt und zur Erkenntnis des wahren Zusammenhangs gelangt: wonach bemißt sich die Summe, die für die „Arbeit" gezahlt wird? Wieviel ist die „Arbeit" wert? Ein etwas tieferes Nachdenken, wie es jedem Marxisten geläufig ist, führt zu dem Resultat, daß die Gleichung, die an der Oberfläche etwa so aussah:

10 Stunden Arbeit = 10 Mark
oder
1000 Puppenköpfe bemalen = 10 Mark

in Wirklichkeit darauf hinausläuft, nicht den Wert der „Arbeit", sondern den Wert der Unterhaltsmittel zu bezeichnen, die der Arbeiter verbrauchen muß um seine Arbeitskraft in gebrauchsfähigem Zustande zu erhalten und anzuwenden. Was der Arbeiter dem Unternehmer in Wahrheit verkauft und im Arbeitslohn bezahlt erhält, ist nicht die Arbeit, ist nicht irgendeine Leistung, sondern ist die A r b e i t s k r a f t.

Diesen Unterschied, diesen Widerspruch gegen den (im allgemeinen für wahr hingenommenen) oberflächlichen Schein der Dinge muß man fest im Auge behalten, um die weiteren Schlußfolgerungen zu verstehen, die den wirklichen Zusammenhang enthüllen. Leider ist ja wohl anzunehmen, daß die Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitskraft, die Erkenntnis, daß der Lohn tatsächlich nicht für die Leistung, sondern als Kaufpreis der gesamten Arbeitskraft bezahlt wird – leider ist anzunehmen, daß diese Erkenntnis auch unter den Anhängern des Marxismus nicht mit der wünschenswerten vollen Klarheit verbreitet ist. Indessen, das gehört zum ABC des Marxismus und kann hier nicht weiter erörtert werden. Es existieren genug populäre Schriften darüber.

Unmittelbare logische Schlußfolgerung hieraus lehrt nun: jede stärkere Anspannung der Arbeitskraft – sei es durch Verlängerung der täglichen Arbeitszeit oder durch Erhöhung der Arbeitsintensität –

[*)] In dem bisher neuesten jener Bücher, „Das Rätsel hoher Löhne", von Austin und Lloyd, findet man Weisheiten wie: je mehr ein Unternehmer produziert, desto kleiner sind die Generalunkosten auf das einzelne Stück; oder: es ist vorteilhafter, wenn ein Unternehmen die Einzelteile seines Fabrikats selbst herstellt anstatt sie von anderen zu kaufen (beides S. 10); oder gar (S. 14): je schneller der Umsatz, desto weniger Kapital ist erforderlich. – Mußte man wirklich erst nach Amerika reisen, um solche Selbstverständlichkeiten zu entdecken?

vermehrt ihre Abnutzung, steigert ihren Tageswert. Denn um so mehr Unterhaltsmittel muß ja der Arbeiter verbrauchen, um die Arbeitskraft in ihrem unversehrten Zustande zu erhalten bzw. zu erneuern, ganz abgesehen davon, daß dies überhaupt nur bis zu einer gewissen Grenze möglich ist. Wird diese Grenze überschritten, dann wird die Arbeitskraft dauernd in einem höheren Grade verbraucht, als sie durch Konsum und Erholung wiederhergestellt werden kann, und der Arbeiter geht zugrunde.

Daraus folgt weiter: eine stärkere Anspannung der Arbeitskraft geschieht nur dann ohne wirtschaftliche Benachteiligung des Arbeiters, wenn der Lohn in genau demselben Verhältnis wächst. Und auch dann nur, wenn sie nicht über jene eben erwähnte Grenze hinausgeht.

Gerade das soll angeblich das amerikanische System leisten. Es setzt dem Arbeiter keine Höchstgrenze des Lohnes, es garantiert ihm für jede Mehrleistung einen entsprechend höheren Lohn (obzwar nirgends gesagt wird, wonach sich das bei den nicht wenigen Arbeitern richtet, deren Leistung nicht einfach an der angefertigten Stückzahl abgelesen werden [648] kann), und es verlangt auch nicht, daß er sich zu Tode arbeitet, denn – vermutlich abgesehen von einer gewissen Mindestgrenze, die jedermann ohne Schwierigkeiten erreichen kann – es überläßt ja ihm selbst, wie weit er seine Leistung steigern will.

Hier ist nun von vornherein zu bemerken: auch wenn alles so gerecht und vernünftig zugeht, wie die Amerikaner behaupten, so richtet sich die Lohnerhöhung doch immer nur nach der vermehrten L e i s t u n g – d. h. bei Stücklohn nach der Zahl der mehr hergestellten Stücke, bei Zeitlohn nach der Zahl der Überstunden –, aber nicht nach der Menge und dem Preis der K o n s u m m i t t e l, die der Arbeiter mehr braucht. Nun werden die Amerikaner vermutlich sagen, der Mehrlohn übersteige sogar den Mehrverbrauch, und es bleibt uns überlassen, ob wir das glauben wollen. In Deutschland lehrt die Erfahrung oft genug das Gegenteil. Welcher deutsche Arbeiter hätte es nicht schon erlebt, daß er nach längerer Quälerei und Mehrarbeit für den dabei erworbenen Lohn schließlich nicht einmal die Mehrkosten decken konnte, die ihm aus dem Bedürfnis nach kräftigerer Nahrung, aus der größeren Abnutzung der Kleider usw. erwuchsen? Jedenfalls ist hier bereits die Möglichkeit gegeben, daß der Arbeiter trotz „gerechter“ Entlohnung der Mehrleistung noch nicht so viel bekommt wie der Wert seiner Arbeitskraft durch eben diese Mehrleistung gewachsen ist.

Hinzu kommt aber noch ein zweites. Der Tageswert der Arbeitskraft bemißt sich nicht schlechthin nach denjenigen Unterhaltsmitteln, die der Arbeiter an dem betreffenden Tage verbrauchen müßte, sondern er ist auf eine n o r m a l e L e b e n s d a u e r berechnet. Gerade deswegen verkauft ja der Arbeiter seine Arbeitskraft, um sein Leben fristen zu können. Der Tageswert der Arbeitskraft ist mithin der Durchschnitt aller Aufwendungen für Unterhaltsmittel, die er während der sämtlichen Jahre seiner normalen Lebensdauer machen müßte, dividiert durch die Anzahl Arbeitstage, die in jenen Jahren enthalten sind. An jedem einzelnen Arbeitstag muß er (mindestens durchschnittlich) soviel verdienen, daß er bei Aufhören seiner Arbeitsfähigkeit seine Lebensbedürfnisse für die ganze normale Lebensdauer decken kann. Dies mag folgender Bruch veranschaulichen:

Tageswert der Arbeitskraft $\frac{\text{K}}{\text{T}}$ $\frac{\text{(Gesamtmenge der Konsummittel)}}{\text{(Gesamtzahl der Arbeitstage)}}$ während der normalen Lebensdauer.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß bei stärkerer täglicher Abnutzung der Arbeitskraft die Gesamtzahl der Tage, an denen sie arbeitsfähig bleibt, sinkt. Folglich wird der Tageswert der Arbeitskraft größer. Da nun überdies noch, wie oben gezeigt, pro Tag mehr verzehrt werden muß, um die stärker angespannte Arbeitskraft zu erhalten, so wird ihr Tageswert v i e l größer. Das kann man sich noch deutlicher veranschaulichen, wenn man die Buchstaben in unserem Beispiel durch Zahlen ersetzt. (Nur darf man nicht vergessen, daß die Zahlen in diesem Falle keine bestimmte Summe darstellen, sondern eben nur als Beispiel für jede beliebige andere Zahl gelten.) Nehmen wir an, die normale Arbeitsfähigkeit dauere 40 Jahre zu je 300 Arbeitstagen. Das sind insgesamt 12.000 Arbeitstage. Der Unterhalt koste, bei normaler Anspannung, 2000 Mk. im Jahre, 80.000 Mk. während der 40 Jahre. Dann ist der Tageswert der Arbeitskraft = $\frac{80.000}{12.000}$ Mk. Wenn nun infolge stärkerer Anspannung die Arbeitsfähigkeit nur 10.000 Tage vorhält, so steigt der Tageswert auf 80.000:10.000 = 8 Mark. Wird außerdem der Bedarf an Konsummitteln [649] größer, sagen wir 90.000 Mk., so erreicht der Tageswert der Arbeitskraft 90.000:10.000 = 9 Mk.

Hieraus geht klar hervor, daß eine Erhöhung des Arbeitslohns bei Mehrleistung noch durchaus keinen Vorteil für den Arbeiter bedeuten muß. Selbst wenn die Lohnsteigerung ebenso viel beträgt wie der vermehrte Konsum und überdies die gesteigerte Abnutzung der Arbeitskraft ausgleicht, selbst dann befindet sich der Arbeiter wirtschaftlich noch immer in derselben Lage wie vorher und hat obendrein die größere Plackerei, die verminderte Freizeit und die verkürzte Lebensdauer seiner Arbeitsfähigkeit. Ist die Lohnsteigerung aber nicht mindestens ebenso groß, dann ist der Arbeiter auch rein wirtschaftlich geschädigt. In der Tatsache, daß die Lohnsteigerung sich überhaupt nicht nach der Wertsteigerung der Arbeitskraft bemißt, sondern nach dem, was der Unternehmer vermehrte „Leistung" nennt, liegt, wie gesagt, bereits die Möglichkeit, daß die Lohnerhöhung kleiner ist. Und diese Möglichkeit wird im kapitalistischen System unfehlbar zur Wirklichkeit. Schon zu Marx Zeit war es „allgemein bekannte Tatsache, daß, je länger der Arbeitstag in einem Industriezweig, um so niedriger der Arbeitslohn". (Kapital, Bd. 1, Kapitel 18.) Und ganz ebenso konstatierte in allerjüngster Zeit, im September 1926 eine Enquete unter den Bauarbeitern Deutschlands, „daß die Kategorien der Arbeiter, welche am wenigsten verdienen, am meisten Überstunden leisten". Das ist die bekannte optische Täuschung. Sie selbst und die meisten Betrachter bilden sich ein, sie drängen deshalb nach Überstunden, weil sie so wenig verdienen. In Wahrheit ist es umgekehrt: weil sie so viel Überstunden leisten, deshalb verdienen sie so wenig. In den seither verflossenen 90 Jahren – Marx' Beispiele gehen bis auf das Jahr 1839 zurück – hat sich daran nichts geändert, und schon dies deutet darauf hin, daß es im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet liegt.

III.

Zunächst liegt ja klar auf der Hand, daß jede von dem einen geleistete Mehrarbeit dem andern eine Arbeitsgelegenheit fortnimmt und so Arbeitslosigkeit schafft. Und es bedarf keines Beweises, daß Vergrößerung der Arbeitslosigkeit auf den Lohn drückt. Es ist deshalb völlig unerfindlich. wie die Verteidiger der gegenwärtigen Rationalisierung behaupten können, diese „bezwecke" Lohnerhöhung oder sie „habe nur dann einen Sinn", wenn sie zur Lohnerhöhung führt, und wie die Redensarten alle lauten. Die Rationalisierung bezweckt – darüber ist kein Wort zu verlieren – das gleiche Quantum Produkte mit weniger Arbeitskräften herzustellen. Sie erzeugt also notwendig Arbeitslosigkeit, nicht bloß anfangs, sondern auf die Dauer. Und je größer die Arbeitslosigkeit, desto kleiner die Löhne der Beschäftigten, zumal dann, wenn die Rationalisierung nicht mit einem einzelnen Akt beendet ist, sondern weitergeht, so daß jeder Arbeiter in jedem Augenblick doppelt bedroht ist: nicht nur durch einen Arbeitslosen, sondern auch durch den Fortgang der Rationalisierung brotlos zu werden.

Allerdings muß hier ein weit verbreiteter Irrtum berichtigt werden. Das Wachstum der Arbeitslosigkeit, das die Unternehmer befähigt, den Arbeitslohn nicht in gleichem Maße wie die Dauer oder Intensität der Arbeit zu steigern, oder gar ihn abzubauen – dieses ständige Wachstum der Arbeitslosigkeit wird nicht durch die schärfere Anspannung der Arbeitskraft an sich verursacht. Wir wissen aus zahllosen Beispielen, daß eine Verkürzung des Arbeitstags die Produktion nur vorübergehend, aber nicht dauernd senkt, weil wegen der besseren Erholung bald in der [650] kürzeren Zeit ebenso viel, oft sogar mehr produziert wird als vorher in der längeren. Dasselbe gilt auch umgekehrt. Verlängerung des Arbeitstags oder schärfere Anspannung der Arbeitskraft vermögen für einige Zeit die Produktion zu vermehren; aber die unvermeidliche Übermüdung bringt es mit sich, daß bald in der längeren Zeit auch nicht mehr, unter Umständen noch weniger produziert wird als früher in der kürzeren. Soweit sich der Lohn wirklich nach der „Leistung", d. h. nach der Menge der gefertigten Produkte bemißt, muß er dann auch wieder sinken. Es ist merkwürdig, daß die vielen Berichte über Amerika hiervor nichts melden; es sei denn die Bemerkung bei Austin und Lloyd (S. 8): „Der Amerikaner entläßt ohne Gewissensbisse jeden aus seinen Betrieben, der sich nicht als fähig erweist." Sollte sich darunter nicht so mancher befinden, der zuerst ganz „fähig" war, mit der Zeit aber, eben wegen der dauernden Übermüdung, „unfähig" geworden ist? Jedenfalls, hinge die Arbeitslosigkeit nur von der Menge Produkte ab, die die Beschäftigten fertigbringen, dann wurde sie infolge verlängerten Arbeitstags oder verschärft angespannter Arbeitskraft wohl vorübergehend, aber nicht dauernd gesteigert werden. In der Hauptsache jedoch wird sie verursacht durch Verbesserung der Arbeitsmittel und

Arbeitsmethoden, welche es gestattet, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren. Und hierfür gibt es keine Grenzen. Hat doch im September d. J. auf der Fließarbeitstagung zu Köln ein Ingenieur oder Professor ganz richtig ausgeführt: „Das Ideal, das wir eines Tages erreichen werden, ist die menschenleere Fabrik, die völlig ohne Arbeitskräfte auskommt. Der Redner sah nicht, daß damit dann auch der Kapitalismus verneint wird*). Aber das ist eine Sache für sich. Noch sind wir ja nicht so weit. Bis dahin jedoch gibt es keine Grenze – gerade die Gegenwart lehrt das mit aller Deutlichkeit – für die Verminderung der Beschäftigten, also auch keine Grenze für die Vermehrung der Arbeitslosen. Und daraus folgt weiter: selbst dann, wenn der Akkordsatz nicht verkleinert wird, selbst dann, wenn der Arbeiter wirklich immer so viel mehr erhält als er mehr „leistet", ist er doch der Geprellte. Denn der höhere „Leistungslohn" bleibt hinter dem gesteigerten Wert der Arbeitskraft zurück. Ganz zu schweigen von den – oben schön erwähnten – sozialen Schädigungen, die der Arbeiter erleidet; ganz zu schweigen auch namentlich davon, daß er infolge des Raubbaues an Arbeitskraft vorzeitigt stirbt.

*

Das Trustkapital und die öffentliche Finanzwirtschaft

Von Th. Neubauer

Auf der diesjährigen Tagung des Reichverbandes der Deutschen Industrie in Dresden hat der Geheimrat Dr. Kastl die Forderungen der Großindustrie hinsichtlich der öffentlichen Finanzpolitik wieder an die Spitze seiner programmatischen Rede gestellt. Sie sind nicht neu; sie finden sich bereits in der bekannten Denkschrift des Industriellen-Verbandes vom [651] Dezember 1925 und haben seitdem auf die praktische Finanzpolitik des Reichs den größten Einfluß geübt. Sie haben jedoch auch heute noch nichts von ihrer Aktualität verloren; hat doch erst in Dresden wieder Kastl mit Nachdruck betont, daß sie

„auch heute noch den Kernpunkt unserer Betrachtungen darstellen müssen".

Sie sind im Gegenteil heute besonders aktuell, weil in den kommenden Monaten mit der Neuregelung des Finanzausgleichs auch diejenigen Forderungen des Trustkapitals durchgeführt werden sollen, deren Erfüllung bisher noch nicht möglich war.

Das beherrschende „Leitmotiv" des Finanzkapitals ist die Steigerung seiner Akkumulationsrate. Davon wird auch seine Stellung zu der öffentlichen Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden beherrscht. Um so mehr, als sich ja hier unter Umständen für die Trustherren Milliarden herausholen lassen, ohne daß sich das Unternehmertum selber irgendwie dabei zu engagieren braucht. So sprach auch Kastl ganz offen aus:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse das Ziel jeder Finanzreform eine Milderung der Steuerlasten sein muß. Schon zu lange ist der notwendige Kapitalbildungsprozeß in der Wirtschaft behindert oder unmöglich gemacht worden. Die Kapitalbildung ist die wichtigste Säule des materiellen und damit auch des kulturellen Fortschritts".

Diese Preisgesänge auf den Segen der kapitalistischen Akkumulation haben wir von jeher gehört, besonders seitdem der Industrielle Dr. Reinhold im umgebildeten Luther-Kabinett die Verwaltung der Reichsfinanzen übernahm. Mit der Begründung, man müsse den Kapitalbildungsprozeß befördern, hat er die Besitzsteuern ermäßigt, die Kapitalverkehrssteuern halbiert und dafür gesorgt, daß auch die ganze Senkung der Umsatzsteuer dem Kapital zugute kam. Herr Reinhold hat dafür Kastls warme Anerkennung gefunden; der industriellentag in Dresden hat ihm eine stürmische Ovation dargebracht! Aber wenn das Trustkapital mit der Finanzpolitik des Reiches schon so zufrieden sein konnte, so war es mit der Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden recht wenig zufrieden. Gegen sie richteten sich seine Vorstöße, und der Reichsfinanzminister höchstselbst sekundierte ihm dabei.

*) Nicht aus Arbeitslosen, sondern aus Beschäftigten zieht das Kapital den Profit. Die Arbeitslosen dienen ihm nur als Mittel, um den Lohn tief und den Profit hoch zu halten. Andererseits hätte die Arbeiterklasse gar keine Einkünfte mehr. Es könnten also in einem solchen Zustand, würde er unter der Herrschaft des Kapitalismus erreicht, weder Kapitalisten noch Arbeiter existieren.

Die Herren vom Reichsverband der Industrie haben feststellen lassen, daß die Gesamteinnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden sich jährlich auf 11 bis 12 Milliarden belaufen, gegenüber 4,9 Milliarden 1913. Diese Zahl erklärt sich einmal durch die Belastung infolge des Krieges und des Dawes-Pakts (allein das Reich gibt jährlich 2422 Millionen Mark als „unmittelbare Ausgaben infolge des Krieges und der Besatzung“ aus), zweitens durch die ungeheuerliche Verelendung der breitesten Massen und drittens durch die infolge der inneren Klassengegensätze außerordentlich gestiegenen Kosten für den direkten Unterdrückungsapparat des Kapitalistenstaats.

Das Finanzkapital fordert nun kategorisch eine Kürzung der sämtlichen öffentlichen Etats um 20 Proz. Kastl bemerkt dazu, daß eine solche Kürzung im Reichsetat nicht gut durchführbar sei, um so stärker müsse sie darum bei den Etats der Länder und Gemeinden vorgenommen werden. An den Ausgaben für die Kriegsfolgen und den Dawes-Pakt kann die deutsche Bourgeoisie nichts kürzen. Es bleiben also nur zwei Möglichkeiten: erneuter Beamten-Abbau mit entsprechender Mehrarbeit für die verbleiben den Beamten und Abbau des Sozialbudgets. Das letztere ist das Wichtigste. [652] Um diese Forderung zu unterstützen, liefen die Duisberg, Kastl und Silverberg Sturm gegen den „Fürsorgestaat“, der nicht weniger als vier Milliarden für soziale Zwecke ausgehe, Milliarden, die soviel zweckdienlicher dem Kapital zugewandt werden könnten.

Der geforderte Abbau der Etats soll durch einen Druck auf die Finanzen der Länder und Gemeinden erreicht werden. Dies ist der Sinn des neuen Finanzausgleichsgesetzes.

Die einzelnen Forderungen des Trustkapitals sind:

Anstatt der bisherigen prozentualen Anteile an der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer sollen die Länder und Gemeinden das Recht erhalten, zur Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer Zuschläge zu erheben.

Kommt das nicht schließlich auf dasselbe hinaus? Natürlich bemüht man sich, es so darzustellen Aber Kastl verrät den Zweck der Übung, indem er ausführt:

„Das Zuschlagsrecht darf nicht zu einer Erhöhung der Belastung der Wirtschaft, sondern muß zu einer Senkung der direkten Steuern führen.“

Die beabsichtigte Senkung der Besitzsteuern soll durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden. Erstens soll das Zuschlagsrecht begrenzt sein, und die Kommunalaufsicht der Länder soll dafür sorgen, daß die Grenzen nicht überschritten werden. Über die Festsetzung dieser Grenzen geht gegenwärtig hinter den Kulissen der heftigste Streit zwischen dem Reich und den Ländern.

Zweitens soll das Kapital dadurch steuerlich entlastet werden, daß das Zuschlagsrecht zwangsmäßig auch auf die ärmsten Bevölkerungsschichten erstreckt werden soll, deren Einkommen noch nicht einmal an die einkommensteuerpflichtige Grenze heranreicht. Wir haben insgesamt in Deutschland 28 Millionen Einkommensteuerpflichtige; darunter sind sicher einige Millionen, deren Einkommen die untere Grenze der Reichseinkommensteuer noch nicht erreicht. Diese Ärmsten der Bevölkerung sollen also in Zukunft an die Länder und Gemeinden Einkommensteuer zahlen, mag auch ihr Einkommen noch so gering sein! Sie sollen zahlen, damit dem Kapital die Steuerzahlung erleichtert werden kann!

Die Absicht des Trustkapitals ist dabei die, durch ein solches Zuschlagsrecht mit gleichem prozentualen Zuschlag für die geringsten wie für die größten Einkommen zu verhindern, daß die großen Einkommen scharf belastet werden können. Der Gemeinderat oder das Stadtverordnetenkollegium, das etwa die Absicht haben sollte, einen hohen Zuschlag zu erheben, würde davon Abstand nehmen müssen, weil ja sonst den Ärmsten der Armen das letzte Stück Brot weggesteuert würde. Dieses gleiche Zuschlagsrecht ist also eine Sicherung des Kapitals gegen eine scharfe Heranziehung zur Steuerzahlung überhaupt.

Dazu kommt ein weiterer Gesichtspunkt: Natürlich können auch die Besitzsteuern abgewälzt werden, und zwar in dem Maße, wie sich die Arbeiterklasse die Verteuerung der Waren oder, was dasselbe ist, die Senkung der Reallöhne gefallen läßt. Die Abwälzung aller Steuern wird jedoch dem Kapital erschwert durch Zuschläge, die örtlich ganz verschieden sind. Nehmen wir an, daß in Düsseldorf Zuschläge eingeführt würden, die doppelt so hoch sind wie in Köln und dreimal so hoch wie in Duisburg, so wird es den Düsseldorfer Kapitalisten schwer werden, diese Steuer-[653]zuschläge restlos

wieder abzuwälzen. Deshalb hält das Trustkapital streng darauf, daß das Zuschlagsrecht eng begrenzt sein soll, wodurch eine gewisse Gleichheit hergestellt wird.

Dies gilt besonders auch für die Gewerbesteuer. Hier wird verlangt: gleiche Grundsätze für das ganze Reich, Beseitigung der Zersplitterung durch 18 verschiedene Landesgesetze und Feststellung bestimmter Normen, die für eine gewisse Gleichheit der Steuer garantieren. Darum soll die Gewerbesteuer in einer bestimmten Relation, in einem festen Verhältnis zu den Einkommensteuerzuschlägen stehen. Würde also in Zukunft irgendein Gemeinderat eine Gewerbesteuererhöhung beschließen wollen, so wird ihm das Kapitel entgegenhalten: dies ist nur möglich, wenn ihr zuvor auch die Einkommensteuerzuschläge für die niedrigsten Einkommen erhöht habt.

Ferner wird bei der Gewerbesteuer gefordert, daß sie nach dem Ertrag bemessen wird, nicht nach dem investierten Kapital oder nach gemeinem Wert, Grund: Öffnung aller Türen zur Steuerhinterziehung! Schließlich fordert das Trustkapital in aller Bescheidenheit ein Einspruchsrecht der Industrie und Handelskammern gegen zu hohe kommunale Steuern! Das würde bedeuten, daß die ganze öffentliche Finanzwirtschaft unmittelbar seiner Diktatur unterstellt würde.

Die Stellung der Parteien zu diesen Forderungen des Trustkapitals ist zwar noch nicht endgültig festgelegt, aber schon ziemlich klar zu sehen. Als dieser Plan des Finanzausgleichs zu Beginn dieses Jahres zum erstenmal von der Reichsregierung vorgelegt wurde, mußte er zurückgestellt werden wegen des Widerstandes aller Länder. Aber die Länder kämpfen, gar nicht gegen den Charakter des neuen Finanzausgleichs als solchen, sondern sie streiten bloß um das Wieviel, das für sie bleibt.

Die alten bürgerlichen Parteien haben gegen die brutale Arbeiterfeindlichkeit des neuen Finanzausgleichs keinerlei Einwendungen erhoben; sie haben auch nichts gegen die Besteuerung der ärmlichsten Schichten zu sagen gehabt; sie kuhhandeln genau wie die Länder nur darum, wieviel an steuerlichen Einnahmen den Kommunen bleiben soll.

Und die Sozialdemokratie hat im Grunde keine andere Stellung eingenommen als die anderen bürgerlichen Parteien auch. Sie wird bereit sein, die verschärfte Ausplünderung der ärmsten Bevölkerungsschichten zugunsten des Großkapitals zu unterstützen.

Die Kommunistische Partei hat von Anfang an die Arbeiterfeindlichkeit des neuen Finanzausgleichs aufs schärfste gebrandmarkt. Sie wird auch jetzt, wo die neuen Vorstöße zu seiner Durchführung beginnen sollen, den schärfsten Kampf dagegen führen müssen. Es muß insbesondere unsere Aufgabe sein, in den Gemeinden die arbeitende Bevölkerung dagegen zu mobilisieren. Ihr droht Abbau der an sich schon höchst jämmerlichen Sozialfürsorge und dazu noch verschärfter Steuerdruck. Indem die KPD die Massen gegen diese neuen Vorstöße des Trustkapitals mobilisiert, hat sie die Möglichkeit, ihren Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals zu verbreitern und zu steigern. [654]

*

Zur Religionsfrage

Von Peter Maslowski

Lenin hat wiederholt darauf hingewiesen daß der dialektische Materialismus den Atheismus einbezieht, daß also die Propaganda des Marxismus mit umfaßt die atheistische Propaganda. Stellt man dem gegenüber, was die KPD bisher getan bzw. nicht getan hat, so sieht jeder auf den ersten Blick, daß bei uns auf dem Gebiet atheistischer Propaganda eine große Lücke klafft. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man geradezu einen Nihilismus in Religionsfragen bei uns konstatiert. Dieses Uninteressiertsein hat dazu geführt, daß in unseren Kreisen manchmal eine große Unkenntnis herrscht über die religiösen und antireligiösen Strömungen und über die wichtigsten philosophischen Systeme unserer Zeit.

Es ist aber klar, daß die von Lenin geforderte Propagandatätigkeit unmöglich ist, wenn nicht ein bestimmtes praktisches Wissen auf diesem Gebiete erworben wird. Versuchen wir darum zunächst, einen Überblick zu gewinnen über die Kampflage auf weltanschaulichem Gebiet in Deutschland.

I.

Da ist von vornherein festzustellen, daß wohl zu keiner Zeit der Arbeiterbewegung der Kampf gegen die vom Klassenkampf ablenkenden Nebelschwaden der Religion so notwendig gewesen ist wie gerade heute. Nicht nur bedroht die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom konsequenten Atheismus Bebels zum „religiösen Sozialismus“[*)] der Radbruch, Meerfeld, Ehrenberg, Bonus und verschiedener sozialdemokratischer Pfarrer große Massen sozialdemokratischer Arbeiter mit der Vergiftung durch das Opium Religion, sondern vor allem stehen wir heute in der religiösen Frage an einem gewissen Abschluß der grundlegenden Wandlung der Bourgeoisie seit den Tagen Feuerbachs.

Konnte man früher einmal davon sprechen, daß das Bürgertum in der Auseinandersetzung mit dem Feudalismus die mit diesem verbündete Kirche bekämpft oder noch in der Form des Liberalismus eine heftige Fehde gegen die kirchliche Orthodoxie geführt hat, daß es also damit auch der aufsteigenden Arbeiterklasse Waffen vorwiegend aus dem Arsenal des Materialismus geliefert hat, so sind heute die Zeiten der Strauß und Feuerbach der Gutzkow und Heine, der Darwin und Büchner und des letzten großen bürgerlichen Aufklärers Häckel endgültig vorbei. Wie Religion und Kirche einst Stützen des Feudalismus waren, so sind sie heute restlos dem Kapitalismus dienstbar. Die vor der proletarischen Revolution zitternde Bourgeoisie klammert sich immer enger [655] an die Religion und weiß sich der Dienste der Kirche[**)] immer besser zu versichern, in dem Bewußtsein, daß „dem Volke die Religion erhalten“ werden muß, weil der Glaube an ein besseres Jenseits das beste Sicherheitsventil gegen die Religion auf Erden ist.

Das Freidenkertum, bei den Aufklärern der Bourgeoisie beginnend, war dabei noch über 1900 hinaus im wesentlichen bürgerlicher Natur. Wenn auch die alte Sozialdemokratie selbstverständlich den bis dahin vorwiegend naturwissenschaftlich aufgefaßten Materialismus auch auf das gesellschaftliche Gebiet übertrug und im Atheismus einen Teil des Klassenkampfs sah, so konnte doch von einem systematisch geführten Kampf gegen die metaphysische bürgerliche Weltanschauung nicht gesprochen werden. Die Religion als Privatsache gegenüber dem Staat, noch im Erfurter Programm vom Jahre 1891 festgelegt wandelte sich unter revisionistischem Einfluß zur Privatsache gegenüber der Sozialdemokratie selbst. Das heißt: Die Partei verkündete offen ihr Desinteressement daran, welchen Glauben ein Parteigenosse habe.

Erst etwa seit 1905, seitdem der „Atheist“[***)] zu erscheinen begann und mit ihm sich die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ entwickelte und „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ gegründet wurde, begann erst eigentlich ein systematischer Kampf um den Atheismus auf der Grundlage marxistischer Weltanschauung. Jedenfalls ist heute erfreulicherweise zu bemerken, daß diese beiden Organisationen um so bewußter zum Marxismus streben, je weiter die offizielle Sozialdemokratie sich von ihm entfernt. Alte Freidenker wie Sommer, Beißwanger, Hartwig[†)] führen

---

[*)] Die religiösen Sozialisten sind heute eine sehr rührige Zelle innerhalb der SPD. Sie halten sogar schon Reichskonferenzen ab, suchen vor allem die Frauen und die Jugend der SPD für sich zu gewinnen und machen ungestört in fast allen Kulturbeilagen der sozialdemokratischen Blätter die unverschämteste religiöse Propaganda. Neben Broschüren werden von ihnen seit 1920 die „Blätter für religiösen Sozialismus“ herausgegeben, Außerdem bringt die Zeitschrift „Die Tat“ nicht nur Sonderhefte der Katholiken und Protestanten heraus, sondern auch solche dieser religiösen Sozialisten.
Charakteristisch ist der Fall des „Genossen“ Pfarrer Fuchs, der innerhalb der SPD die Ersetzung des „seelenlosen Marxismus“ durch die Religion fordert und gleichzeitig Mitglied des von der Thüringer Landeskirche zur Abwehr der Kirchenaustrittsbewegung gegründeten „Arbeitsrings zum Studium des Freidenkertums“ ist. Erinnert sei auch an die Herausgabe des Neuen Testaments im eigenen Verlag des ADGB!

[**)] Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, darauf hinzuweisen, daß die staatlichen Ausgaben für die Kirche von Jahr zu Jahr wachsen. Als Beispiel sei Preußen genannt. Die Zuschüsse für die evangelische und katholische Kirche wuchsen von 40.034.202 Mark im Jahre 1913 auf 60.076.000 Mark im Jahre 1925 und auf 70.510.200 Mark im Jahre 1926. Die Ausgaben für die Geistlichkeit ergeben folgendes Bild: 1913 29.281.000 Mark, 1925 52.670.000 Mark und 1926 60.817.100 Mark. (Die Angaben sind entnommen dem „Haushaltsplan des preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1926“)

[***)] „Der Atheist“, Erscheinungsort Leipzig, Organ der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker, ist beute eine ernst zu nehmende Zeitschrift. Er erscheint heute in einer Auflage von 80.000 Exemplaren und bemüht sich mit Erfolg um die proletarische und marxistische Vertiefung der Freidenkerbewegung.

[†)] Prof. Hartwig, Brünn, ist Vorsitzender der Internationale der proletarischen Freidenker die als Wiener Internationale im Jahre 1925 im bewußten Gegensatz zu der bürgerlichen Freidenker-Internationale von Brüssel gegründet wurde.

heute einen frischen Kampf gegen die Verfälschung der marxistischen Weltanschauung durch die religiösen Sozialisten. Und das vor allem ist es, was die Wichtigkeit der heutigen proletarischen Freidenkerbewegung ausmacht.

Hier ist schon der Punkt, wo wir Kommunisten einzusetzen haben. Es ist sozialdemokratisch, die Bedeutung proletarischen Freidenkertums, das den Atheismus und die Ersetzung der Religion durch die Wissenschaft lehrt, für die revolutionäre Entwicklung des Proletariats zu unterschätzen. Diese Mißachtung stammt daher, daß die proletarischen Freidenker stets dem Opportunismus der Sozialdemokratie entgegentraten, der darin bestand, daß diese in erster Linie zwecks Erhaschens möglichst zahlreicher Parlamentsmandate bei der Massenagitation jedem Religionsbekenntnis gegenüber sich völlig uninteressiert – „Religion ist eure Privatsache!“ – zeigte. Nicht selten wirkt diese sozialdemokratische Tradition [656] noch nach, daß selbst sehr gute revolutionäre Arbeiter heute noch verächtlich von „Freidenker-Pfaffen“ sprechen, als ob diese nur eine Umkehrung kirchlicher Dogmen wollten.

Worauf es ankommt, ist: Die proletarischen Freidenker nicht nur als Störenfriede der Parteiarbeit betrachten, sondern im Gegenteil ihrem Kampf, sofern er rein weltanschauungsmäßig und nur dogmenstreitsüchtig, losgelöst vom Klassenkampf, geführt wird, die entscheidende proletarische Klassengrundlage zu geben. Es gilt, den Freidenkern gegenüber gewiß den Standpunkt zu vertreten, den Lenin in dem Artikel vom Jahre 1905, „Ist Religion Privatsache“, eingenommen hat: „es wäre töricht, zu glauben, daß man in einer auf ständige Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen gegründeten Gesellschaft auf dem bloßen Wege des Predigens die religiösen Vorurteile zerstreuen könnte“, aber das heißt nicht, den proletarischen Freidenkern die Existenzberechtigung absprechen, sondern das soll nur der Hinweis darauf sein, daß wir ihre Aufklärungsarbeit dem allgemeinen politischen Klassenkampf ein- und unterzuordnen haben.

Die in Deutschland in den letzten Jahren stark angewachsene Freidenkerbewegung ist der Ausdruck proletarischen Gegenstoßes gegen die Verlumpung und Verlotterung der Sozialdemokratie auf dem Gebiet marxistischer Weltanschauung. Es ist kein Zufall, daß diese Bewegung parallel läuft zu der Opposition gegen jede Art jener bürgerlichen Koalitionspolitik. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die proletarischen Freidenker gegen die von der SPD anbefohlene Reichspräsidentschaftskandidatur des Reichsbanner-Marx, dieses Vorsitzenden der klerikalen Schulorganisationen, gewirkt haben, daß die sozialdemokratische Arbeiteropposition gegen das reaktionäre badische Lehrergesetz des Sozialdemokraten Remmele vorwiegend aus Freidenkerkreisen genährt wird, daß die proletarischen Freidenker sowohl das zwischen Zentrum und Sozialdemokratie schon 1919 abgeschlossene Weimarer Schulkompromiß bekämpft haben, als auch gegen den drohenden Abschluß eines klerikalen Reichsschulgesetzes wirken, entgegen den Absichten der offiziellen SPD, die selbstverständlich wieder der Koalitionspolitik zu Liebe auf neue Kompromisse hinarbeitet.

Vor allem aber ist die heutige Freidenkerbewegung in Deutschland ein wichtiger Träger proletarischen Einheitswillens[*)], um so mehr, als die Zahl der proletarischen Freidenker eine wirklich achtunggebietende ist. Die in der Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik zu einem losen Kartell verbundenen vier großen Freidenkerorganisationen, die Gemeinschaft proletarischer Freidenker, der Verein der Freidenker für Feuerbestattung, der Volksbund für Geistesfreiheit und der Deutsche Monistenbund, umfassen in der Gesamtheit gut 600.000 Mitglieder. Davon sind allein 500.000 in den beiden zuerst genannten, als proletarisch zu bezeichnenden Verbänden organisiert, während die beiden anderen Vereine kleinbürgerlichen Charakters nur 100.000 Mitglieder haben. Das

---

Beißwanger ist der verdienstvolle Begründer des „Atheist“. heutiger leitender Redakteur ist Wolf. Bruno Sommer gehört zur alten Garde der proletarischen Freidenker. Schon im Jahre 1891 gründete er im Gegensatz zur bürgerlichen Freigeisterei die Zeitschrift „Lichtstrahlen“, die leider an der Ungunst der Zeit bald einging. Er ist ein guter Theoretiker der proletarischen Freidenker. Bemerkenswert ist seine „Geschichte der Religionen“.

[*)] Übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Tschechoslovakei, wo sich im Gegensatz zum sozialdemokratischen Nationalismus die deutschen und tschechischen Freidenker unter der Führung Hartwigs vereinigt haben, was ihre scharfe Bekämpfung durch deutsche und tschechische Sozialdemokraten veranlaßte.

Günstigste dabei aber ist, daß zwischen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker und dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung laut Beschlüssen beider Organisationen eine Verschmelzung stattfinden soll, der sich in neuester Zeit auch der Bund proletarischer Freidenker für [657] Rheinland-Westfalen mit seinen 12000 Mitgliedern anschließen will, so daß also in Kurze von über einer halben Million proletarischer Freidenker in Deutschland gesprochen werden kann, die grundsätzlich den revolutionären Marxismus anerkennen, d. h. in unserem Fall, im Kampf um den Atheismus einen Teilkampf dies allgemeinen proletarischen Klassenkampfs sehen.

Weil eben der Wille zum Marxismus sich in diesen proletarischen Freidenkern erhalten hat, wenn auch natürlich noch manche Fehler und Schwächen vorhanden sind, so ist eine wachsende Verstimmung zwischen diesen und der offiziellen SPD zu bemerken, während auf der anderen Seite eine freundschaftliche Stimmung zur KPD sich in Freidenkerkreisen immer mehr bemerkbar macht.[*)] Das dürfen wir nicht so einfach selbstgefällig als ein Zeugnis dafür hinnehmen, daß wir im Gegensatz zur SPD die Erben des Marxismus sind. Es gilt, diese Tatsache politisch auszunutzen. Es liegt ja auf der Hand, daß die vielen sozialdemokratischen Arbeiter in diesen Freidenkerorganisationen, die von vornherein die geistig regsamsten, fortgeschrittensten und ideologisch konsequentesten sind, auch diejenigen sein werden, die am besten und schnellsten gegen die Koalitionspolitik ihrer Parteiführer rebellieren werden.

Weit davon entfernt also, das proletarische Freidenkertum als umgestülptes Pfaffentum zu betrachten, müssen wir Kommunisten ganz im Gegenteil die günstige ideologische Entwicklung der proletarischen Freidenker mit allen Mitteln fördern. Das bedeutet, dem Freidenkertum in der großen Schlachtreihe gegen die kapitalistische Klasse den Platz einer wichtigen Spezialtruppe der proletarischen Armee anweisen.

Die rein taktische Seite dieses ganzen Problems soll noch im einzelnen erörtert werden.

II.

Die Wichtigkeit antireligiöser, atheistischer Propaganda wird uns noch klarer, wenn wir uns die wachsende Bedeutung der religiösen und halbreligiösen Strömungen unserer Tage als Mittel zur Verhinderung des proletarischen Klassenkampfs vor Augen führen Suchen wir das Typische und Charakteristische der verwirrenden Fülle in den Richtungen der heutigen Philosophie, so ergibt sich folgendes Bild: Die alles überragende Tatsache ist, daß die Weltanschauung der Bourgeoisie in Deutschland immer stärker zur Metaphysik auf philosophischem und zur Orthodoxie auf kirchlichem Gebiet strebt. Über diese Hauptströmung, die ganz offen von einem gewissen „theokratischen Imperialismus“[**)], entsprechend dem politischen, innerlich getrieben wird, geht eine Richtung einher, die die vom kapitalistischen Klassenkampfstandpunkt aus schwächlicheren bürgerlichen Ideologen umfaßt. Es sind dies die Verzweifelnden, die Pessimisten, die Skeptiker, diejenigen, die vom „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler) reden, die sich in fremde [658] und geheimnisvolle Kulte, irgendwoher aus China oder Indien, flüchten (Hermann Keyserling[***)], Paul Ernst[†)] usw.).

Unter diese Kategorie fällt z. B. auch die Modephilosophie des „Als ob“ eines Hans Vaihinger. Die Grundlage seiner Philosophie ist völlig negativ, nämlich die Fiktion. Da aber diese skeptische Betrachtungsweise für die Klassenwerte der Bourgeoisie gefährlich ist, da die „heiligsten Güter“ der

[*)] Besonders sind auch diese Freidenker Freunde Sowjetrußlands und haben nicht wenig den Boden für sozialdemokratische Arbeiterdelegationen vorbereitet. Der Bund russischer Atheisten, etwa 150.000 Mitglieder, ist ja auch Mitglied der Wiener Internationale der proletarischen Freidenker. Hartwig z. B., obwohl linker Sozialdemokrat austromarxistischer Färbung, hebt stets die großen Verdienste Lenins hervor und anerkennt restlos die Erfolge der Bolschewiki auf kulturpolitischem Gebiet.

[**)] Dieser Ausdruck ist bezeichnenderweise in der wichtigen katholischen Zeitschrift „Hochland“ zuerst geprägt worden. Als Programm des theokratischen, in unserem Fall katholischen Imperialismus wird entwickelt: 1. die im Sinken begriffene ungläubige, liberale Bourgeoisie vollends hinabzustoßen, 2. die rote Flut aufzuhalten, “die letzte noch mögliche Form des autonom gewordenen Laienprinzips im Pöbel- und Zuchthausstaat“.

[***)] „Reisetagebuch eines Philosophen.“

[†)] „Der Zusammenbruch des deutschen Idealismus.“

Kapitalisten auch dann gefährdet wären, wenn Vaihinger sich der hypothetischen Untersuchungsmethode bedienen würde, etwa in der Form: „w e n n ein Gott ist, dann sollst du so oder so handeln“, so wird von ihm die Tendenz seiner Philosophie künstlich ins Positive verbogen, und es entsteht folgende Anweisung: „du s o l l s t so handeln, a l s o b ein Gott existiert“. Diese Philosophie des „Als ob“ ist hier deswegen herangezogen worden, um an diesem Musterbeispiel zu zeigen, wie selbst die ungläubigsten Philosophen sich krampfhaft bemühen, die Religion zu erhalten zur Stützung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Diese Leute à la Vaihinger entpuppen sich, untersucht man ihre Philosophie erst einmal gründlicher von der Klassenlage her, als die raffiniertesten Zutreiber des „theokratischen Imperialismus“.

Dieser S k e p t i z i s m u s, das ist heute nein Hauptkennzeichen, mündet überhaupt, wenn auch nicht gleich und nicht immer in den Gottesglauben, so doch in irgendeinen haltsuchenden A u t o r i t ä t s g l a u b e n. Das markanteste Beispiel dafür ist wiederum O s w a l d Spengler. Schon seine Schmähschrift gegen die Novemberrevolution, das 1920 erschienene Buch „Preußentum und Sozialismus“ und dann der zweite 1922 herausgegebene Band des „Untergang des Abendlandes“ wandelten sich von der tiefverzweifelten bürgerlichen Novemberstimmung ins Brutale, Gewalttätige, kurz ins – F a s c h i s t i s c h e. Das entspricht durchaus dem politischen Vorgang: Die November 1918 in den Mauselöchern verkrochene Bourgeoisie ging in demselben Maße wieder zum Angriff über, in dem es ihr gelang, die desorganisierte Staatsmacht wieder in die Hand zu bekommen. Spengler, der jetzt in der Religion das Wesen aller Kultur sieht, den Gottesglauben für wertvoller hält, als alle Wissenschaft, und Adel und Priester zu alleinigen Kulturträgern macht, klammert sich an einen „Cäsarismus“, der den vierten Stand, das Proletariat, das ja formlos, geschichtslos, kulturlos sei und „das Ende, das radikale Nichts“ bedeute, bändigen würde.

Wie es der Zukunftslosigkeit, der übersättigten, nur auf Verteidigung eingestellten Bourgeoisklasse entspricht, sonderte die bürgerliche religiöse Philosophie bestimmte F ä u l n i s p r o d u k t e ab. Die Degeneration zu allen möglichen okkultistischen Systemen, zur Gesundbeterei, Geisterbeschwörung und ähnlichem Hokuspokus steht besonders seit dem Weltkriege in Blüte. Hand in Hand damit geht die rapide Entwicklung des S e k t e n w e s e n s. Soweit dieses auch proletarische und halbproletarische Schichten erfaßt, – erinnert sei nur an die „ernsten Bibelforscher“, denen so mancher für einen ernsten Klassenkampf damit verlorene Arbeiter anheimgefallen ist – bedeutet es meistens genau so wie Antisemitismus einen „Sozialismus der dummen Kerle“. Jedenfalls ist das Sektenunwesen durchaus kein Widerspruch zu dem Grundzug des „theokratischen Imperialismus“, sondern muß als seine n a t ü r l i c h e E r g ä n z u n g angesehen werden, und zwar durch die nichtzünftige, nichtakademische Philosophie, d. h. durch die ungebildeten „Volksmassen von unten“ her. [659]

III.

Der äußere Ausdruck dieser geschilderten Entwicklung bürgerlicher Weltanschauung ist der schon vor dem Kriege einsetzende und nach dem Kriege vollentfaltete Machtzuwachs des Klerikalismus. Es ist dabei nur zu natürlich, daß den Hauptanteil an dieser klerikalen Macht$_e$ntfaltung nicht der zahlenmäßige stärkere Protestantismus – sondern der K a t h o l i z i s m u s[*)] einzuheimsen verstanden hat. Denn er ist es, der mit seinem stark ausgebildeten Autoritätsglauben, seiner positiven Orthodoxie, seiner raffiniert ausgebildeten kirchlichen Befehlsgewalt über alle menschlichen Verhältnisse der herrschenden bürgerlichen Geistesrichtung unserer Tage am besten entspricht. Das wird auch ganz offen sogar von protestantischer Seite anerkannt. Ein protestantischer Theologe, D. Dr. Hermelink[**)], schreibt: „Die allgemeine Stimmung ist bis weit in die protestantischen Kreise hinein heute p r o k a t h o l i s c h, wo sie vor zwanzig Jahren überwiegend antikatholisch war.“ In der Tat gehört der K u l t u r k a m p f eines Bismarcks restlos der Geschichte an, und selbst der „Evangelische Bund“, diese 1886 eigens zur Abwehr des ultramontanen Katholizismus, d. h. zur Fortsetzung des Kulturkampfs,

[*)] Daß der Katholizismus heute seine Macht steigern konnte, ist um so bemerkenswerter. als er sich zahlenmäßig nach dem Kriege in Deutschland vermindert hat. Während die Katholiken vor dem Kriege etwas über 37 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachten, beträgt ihr Prozentanteil nach dem Verlust verschiedener Gebietsteile nur noch 33 Proz.

[**)] D. Dr. Hermelink ist Professor der Kirchengeschichte in Marburg. Die Zitate sind aus dem auch für Kommunisten lesenswerten Buche: „Katholizismus und Protestantismus in der Gegenwart, vornehmlich in Deutschland“.

gegründete Organisation, wird im Vergleich zu seinem ursprünglichen Ziel immer bedeutungsloser. Im Jahre 1921 hat er in offiziellen Richtlinien sogar seine Versöhnlichkeit*) gegenüber dem Katholizismus proklamiert. Prof. Hermelink gesteht auch ein, daß Philosophen, Großindustrielle, Politiker – man beachte die vielsagende Zusammenstellung! – „dem Katholizismus weit mehr kulturfördernde Eigenschaften zuschreiben als dem Protestantismus“. Die Stimmung nach dem Kriege sei überhaupt „rein zum katholisch werden“ gewesen:

Alle diese Äußerungen sind nur eine Bestätigung jenes in der Gegenwart vorhandenen Zuges zur Metaphysik, zum Dogma, zur Autorität der schon im Vorhergehenden analysiert worden ist.

Aus dieser ganzen bürgerlichen Klassenstimmung heraus ist auch zu verstehen, warum ausgerechnet heute, wo der Ultramontanismus – nicht nur in Deutschland übrigens**) – stärkere politische Positionen errungen hat denn je, von einem Kampf gegen ihn von bürgerlich-liberaler Seite nichts zu spüren ist. Ein bayrisches Konkordat z. B., dieser glänzende Sieg des Papismus in Deutschland, hätte vor dem Kriege noch alle protestantischen Kräfte mobil gemacht und die Liberalen auf den Kampfplatz gerufen. Heute darf im Gegenteil das Zentrum bereits ein Reichskonkordat propagieren. Die bürgerlichen Parteien trugen zu ihm schon einen Baustein zu in der Gestalt des Entwurfs zum Reichsschulgesetz. Das Zentrum, das es versteht, bald mit [660] den Sozialdemokraten bald mit den Deutschnationalen zu regieren, ist nicht zufällig eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Partei im heutigen Deutschland, die unbeschadet der politischen Situation wie keine andere Partei gerade seit November 1918 ununterbrochen die Hand am Ruder des Staatsschiffes hat.

Ein besonders wichtiger Faktor des vordringenden Klerikalismus ist aber die schnelle Entwicklung des Mönchs- und Klosterwesens, ist der „monastische Frühling“ (monastos = Mönch), wie die Katholiken ihren Erfolg nennen. Im Jahre 1901 hat ein Mathias Erzberger, damals noch Lehrer und ganz kleiner Hilfsredakteur an einem Stuttgarter Zentrumsblatt, in einer Schrift, „Die Säkularisation in Württemberg von 1802–1810“, die Forderung der Zurückgabe der Klöster Oberschwabens und Frankens erhoben. Die Novemberrevolution d. h. praktisch der sozialdemokratische Verrat an der proletarischen Revolution durch bürgerliche Formaldemokratie und Koalitionspolitik, hat nach zwei Jahrzehnten seine kühnsten Hoffnungen übertrumpft. Einige Zahlen mögen dafür sprechen:

Die Zahl der männlichen Ordensniederlassungen hat sich seit 1913, dem Jahr vor dem Kriege, selbst in dem vorwiegend protestantischen Preußen fast verdoppelt. Für das ganze Reich sind mir zwar Vergleichszahlen zu 1913 nicht bei der Hand, aber auch so geben nachfolgende Zahlen, kirchlichen Statistiken entnommen, ein Bild des Wachstums. Es gibt heute in Deutschland 31 Arten männlicher und 54 Arten weiblicher Orden. Niederlassungen gab es 1914 insgesamt 6091, im Jahre 1923 bereits 481 mehr. Ordensleute, männlich und weiblich, waren 1913 insgesamt 72.536 vorhanden, im Jahre 1923 schon wieder 11.354 mehr, Seitdem ging die Entwicklung weiter Jahr für Jahr aufwärts!

Man stelle sich diese Orden beileibe nicht durchweg vor als Stätten klösterlicher Beschaulichkeit und Zurückgezogenheit, Das Klosterwesen der katholischen Kirche hat sich durchaus modernisiert***) und zielt folgerichtig unter Ausnutzung aller modernen Errungenschaften – Presse! – auf die Massenbeherrschung. Die Orden sind heute die Ausgangsstätten regsten Literaturvertriebs;

*) Diese Versöhnlichkeit macht Fortschritte. Ein „Religiöser Bund für die sachliche Behandlung kirchlicher Fragen“ mit seinem Organ „Treuga Dei“ , der seit 1917 unter Dernburgs Führung stehende „Reichsausschuß zur Pflege des inneren Friedens und der im Dezember 1918 gegründete „Interkonfessionelle Verständigungsausschuß“ arbeiten in dieser Richtung. Schließlich setzt sich eine „Hochkirchliche Vereinigung“ in der evangelischen Landeskirche zum Ziel, sich auch im ganzen Gottesdienstwesen dem Katholizismus anzugleichen.

**) Wir sehen eine parallele Entwicklung in Frankreich!

***) Die Geschicktesten sind ohne Zweifel wieder einmal die Jesuiten. Aus der Fülle des Materials nur folgendes Musterbeispiel für monastische Organisationsarbeit außerhalb der Klostermauern: Obwohl erst seit 1918 wieder in Deutschland, hatten die Jesuiten bereite im Jahre 1921 unter dem Namen „Neudeutschland“ einen Verband höherer Schüler aufgezogen, der in 19 deutschen Gauen bei 325 Ortsgruppen 26.000 Mitglieder erfaßte und 3 Verbandszeitschriften herausgab: „Leuchtturm“, „Burg“, „Aufstieg“. Es braucht nicht erklärt werden, was diese Erfassung der Jugend bedeutet!

angefangen vom kleinsten frommen Traktätchen bis zur modernsten Zeitschrift. Daß von diesen Orden her auch ein erfolgreicher Ansturm auf die Schulen bis hinauf Zur Universität erfolgt, sei noch hervorgehoben.

Diese wenigen Beispiele werden genügen, um schon mit aller Deutlich.. keit gezeigt zu haben, welche Anstrengungen zu unternehmen sind, um die proletarischen Massen von der antirevolutionären Beeinflussung durch den Klerikalismus zu befreien. (Schluß folgt.) [661]

*

„Paneuropa“

Von P. Lang

Bereits Rosa Luxemburg und Lenin haben sich mit der Frage der Vereinigten Staaten Europas auseinandergesetzt. Sowohl ihre Betrachtungsweise als auch ihre Schlußfolgerungen haben für uns noch sehr aktuelle Bedeutung. Rosa Luxemburgs Artikel, der im Mai 1911 geschrieben wurde, setzt sich mit einer anderen Konzeption der Vereinigten Staaten Europas auseinander, als der im August 1915 geschriebene Artikel Lenins, Charakteristisch ist aber, daß Luxemburg und Lenin die Frage mit der gleichen marxistischen Methodik anpacken und im wesentlichen zu den gleichen Schlußfolgerungen gelangen.

Rosa Luxemburg geht in ihrem Aufsatz „Friedensutopien“ (II. Teil), zu denen eben das Rezept der „Vereinigten Staaten Europas“ gehört, von einer Rede Ledebours im Reichstag aus, in der dieser die Forderung der Vereinigten Staaten Europas im Interesse des Wettbewerbs des europäischen Kapitalismus gegenüber Amerika erhebt (diese Formulierung wirkt heute nicht weniger „aktuell“ als damals), sowie von einem Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“, wo dieser, etwas vorsichtiger, nicht in ökonomischem, sondern in politisch-pazifistischem Sinne die „Herstellung“ der Vereinigten Staaten von Europa wünscht,

Was die wirtschaftliche Grundlage der Vereinigten Staaten Europas betrifft, kommt Rosa Luxemburg, indem sie einerseits auf die scharfen kapitalistischen Gegensätze innerhalb Europas, andererseits auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Europas von den außereuropäischen Ländern hinweist, zur Schlußfolgerung, daß

„der Begriff von Europa als ein am gesonderten Wirtschaftsganzen ein lebloses Hirngespinst ist“.

Was die politische Seite betrifft, so spielen

„die europäischen Gegensätze selbst ... jetzt gar nicht mehr auf dem europäischen Kontinent, sondern in sämtlichen Weltteilen und Ozeanen.“

So kommt Rosa Luxemburg, unter den Vorkriegsverhältnissen, zum Schluß, daß die „Vereinigten Staaten Europas“ eine Idee darstellen,

„die sowohl wirtschaftlich wie politisch dem Gang der Entwicklung direkt zuwiderläuft.“

Diese Feststellung Rosa Luxemburgs wurde in grausiger Weise bestätigt durch den großen Krieg von 1914–1918. Angesichts dieser welthistorischen Tatsache erübrigt sich jeder weitere Kommentar dazu.

Sehr bemerkenswert ist, was Rosa Luxemburg über die Konsequenzen, die „eigene objektive Logik“ dieser Losung sagt, und zwar „trotz aller radikalen Allüren“, trotz des revolutionären Gewandes, in dem säe auftreten mag.

„... Jedesmal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die ‚gelbe Gefahr‘, gegen den ‚schwarzen Weltteil‘, gegen die ‚minderwertigen Rassen‘, kurz, es war stets eine imperialistische Mißgeburt. (Von mir hervorgehoben, d. V.)

Und wenn wir als Sozialdemokraten jetzt versuchen sollten, diesen alten Schlauch mit neuem revolutionären Wein zu füllen, so muß man sagen, daß die Konsequenz jedenfalls nicht auf unserer, sondern auf bürgerlicher Seite wäre (von [662] mir hervorgehoben, d. V.). Die Dinge haben eben ihre eigene objektive Logik. Und die

Losung des europäischen Zusammenschlusses kann objektiv innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wirtschaftlich einen Zollkrieg mit Amerika und politisch einen kontinental-patriotischen Rassenkampf bedeuten ...“

Diese Folgerungen Rosa Luxemburgs treffen – mutatis mutandis – ins Schwarze auch der heutigen Ideen von Paneuropa, wie sie die Paneuropäer mehr oder minder „sozialistischer“ Marke propagieren. Nur daß sie bei diesen mehr oder weniger bewußt vor allem den Kampf gegen die Sowjetunion und die „kommunistische Gefahr“ bedeuten.

Lenins Artikel, „Über die Losung der Vereinigten Staaten Europas“ (23. August 1915), geht davon aus, daß in einem Manifest des ZK. der (bolschewistischen) sozialdemokratischen Arbeiterpartei als politische Losung die der Vereinigten Staaten Europas, im Zusammenhang mit der revolutionären Umwälzung der reaktionärsten Monarchien Europas, der russischen, deutschen und österreichischen, aufgestellt wurde, daß aber die ausländischen Sektionen der Partei beschlossen haben, die Losung erst auf ihre wirtschaftliche Stichhaltigkeit zu prüfen. Lenin sowie die Redaktion des Zentralorgans der Partei („Sozialdemokrat“) kommen zum Schlusse, daß die Losung der Vereinigten Staaten von Europa unrichtig ist.

Es handelt sich nicht um die „imperialistische Mißgeburt“ der Friedenszeit, die Rosa Luxemburg mit der ätzenden Säure ihrer Kritik zersetzt hat, es handelt sich vielmehr um eine Losung, die erstens in der Zeit des Krieges der europäischen Staaten untereinander aufgestellt wurde, und die zweitens nur im Zusammenhang mit dem revolutionären Umsturz der deutschen, österreichischen und russischen Monarchie gemeint war. Daher sagt Lenin:

„Es wäre vollkommen verfehlt, gegen eine solche Fragestellung im Rahmen der politischen Bewertung dieser Losung zu polemisieren.“

Das heißt, politisch gesehen wirkte damals diese Losung nicht konterrevolutionär, sondern vorwärtstreibend (im Gegensatz zu der andern politisch konterrevolutionären Ledebour-Kautskyschen Formulierung, mit der sich Rosa Luxemburg auseinandersetzte). Entscheidend aber, fährt Lenin als Marxist fort, ist nicht der politische Anstrich, sondern – und hier trifft sich Lenin mit Rosa Luxemburg durchaus auf derselben Linie –

„die sehr wichtige Frage nach dem wirtschaftlichen Inhalt und nach der Bedeutung dieser Losung“.

Seine Antwort auf diese Frage lautet präzis: unmöglich oder reaktionär.

„Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalismus, d. h. des Kapitalexports nach der Aufteilung der Welt unter den ‚fortschrittlichen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialstaaten, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter dem Kapitalismus entweder unmöglich oder reaktionär.“

Auf die Dauer sind die Vereinigten Staaten Europas unmöglich; denn unter dem Kapitalismus ist die Aufteilung der Kolonien, worum es sich in erster Linie handelt, eine Frage der Macht, die schließlich ausgefochten wird in der Form des Krieges.

Vorübergehend sind sie möglich – in Form von Abkommen der Kapitalisten Europas –, aber dann durchaus reaktionär: zum Zwecke der vereinigten Unterdrückung des Sozialismus, der Verteidigung der geraubten [663] Kolonien gegen Amerika und Japan und zur Hemmung der Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus.

Diese genialen Feststellungen Lenins in bezug auf die Möglichkeit und Bedeutung der bürgerlichen Vereinigten Staaten Europas haben auch heute noch voll und ganz ihre Geltung.

Die Schlußfolgerungen Lenins lauten:

„Die Vereinigten Staaten der Welt, und nicht allein Europas (von mir hervorgehoben, d. V.), sind jene Staatsform des Zusammenschlusses und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen – solange bis der volle Sieg des Kommunismus zur endgültigen Vernichtung eines jeden, sei es auch demokratischen Staates führen wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt kaum richtig (von mir hervorgehoben, d. V.), denn erstens

verschmilzt sie mit dem Sozialismus und zweitens würde sie eine irrtümliche Auffassung über die Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und über das Verhältnis eines solchen Landes zu den übrigen Ländern hervorrufen.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unleugbares Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, daß ein Sieg des Sozialismus zuerst in wenig an oder sogar in einem einzigen Lande möglich ist ... Eine freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken mit den übrigen Ländern."

Diese wichtigen Bemerkungen Lenins müssen bei der Erörterung und Konkretisierung der Parole der „Sozialistischen Vereinigten Staaten Europas" wohl in Betracht gezogen werden.

*

Die schwere wirtschaftliche Krise der kapitalistischen Staaten Europas nach dem Weltkriege, bei gleichzeitig gegebenen zwei wichtigen Weltfaktoren, dem Aufschwung des amerikanischen Kapitals, das sich zugleich Europas immer mehr bemächtigt, sowie der Existenz und Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Sowjetunion, deren Werbekraft immer größer wird, bringt es mit sich, daß das alte Projekt von „Paneuropa" seitens verschiedener bürgerlicher und sozialdemokratischer „Politiker" wieder belebt wird. Man kann noch nicht von einer Paneuropabewegung in ernstem politischem Sinne sprechen (geschweige, Angloeuropa als politischem Block, der sich Amerika entgegenstellt[*)]), immerhin aber von einer gewissen paneuropäischen Tendenz (und von einer allgemeinen paneuropäischen Heuchelei – die Heuchelei soll allerdings eine Huldigung vor der Tugend sein).

Es gibt eine „Paneuropäische Union" mit einigen tausend Mitgliedern. Ihren Hauptsitz hat sie charakteristischer Weise an einem politisch und wirtschaftlich für Europa toten Punkt – in Wien. Dafür bezeichnet sich diese „paneuropäische Union" höchst bescheiden als Trägerin „der überparteilichen Massenbewegung zur Einigung Europas". An der Spitze der Union steht ein politisch-ethischer Dilettant, Dr. Coudenhove-Kalergi. Diese Bewegung, die ein Tummelplatz der politischen Heuchler und Dilettanten ist, setzt sich zum Ziel den „Zusammenschluß aller westlich der [664] USSR gelegenen Staaten des europäischen Kontinents zur Sicherung des Friedens, der Gleichberechtigung und der Zollunion".

Das internationale System Coudenbove-Kalergis gliedert sich in Panamerika (30,2 Millionen Quadratkilometer, 202 Millionen Einwohner), Ostasien (11,78 Millionen Quadratkilometer, 408 Millionen Einwohner), Britisches Imperium (36,3 Millionen Quadratkilometer, 454 Millionen Einwohner), Rußland (22 Millionen Quadratkilometer, 145 Millionen Einwohner) und das erhoffte Paneuropa samt Kolonien (25,6 Millionen Quadratkilometer, 431 Millionen Einwohner).

Ursprünglich war die Union, wie aus den Büchern, „Manifesten", „Offenen Briefen", „Memoranden" usw. und aus der Zeitschrift „Paneuropa" Coudenhoves zu ersehen ist, mit deutlicher Spitze gegen die Sowjetunion gerichtet, woran auch noch heute das Hauptkontingent ihrer Teilnehmer festhält. Die Union pflegt einerseits „engstes" und „herzliches" Einvernehmen (!!) mit dem Britischen Reich. England soll Paneuropa nicht angehören, eine These, der viele „Paneuropäer", so Wojtinski und Endres in zwei Büchern, entgegentreten – sie tritt andererseits für „dauernde Sicherung des russischen Friedens und Förderung der russisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen" (!!) ein, sowie für freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Panamerikas (!) und Ostasiens (!).

Die „paneuropäische Union" verschweigt in ihrem Programm einige Kleinigkeiten: welche soziale Grundlage (Kapitalismus oder Sozialismus), welche staatliche Form dieses Paneuropa haben und wie ein solches Paneuropa zustande kommen soll. Das alles gehört wohl zu den – „innerpolitischen Fragen", von denen Punkt 5 des Statuts plaudert: „Die paneuropäische Union enthält sich jeder Einmischung in innerpolitische Fragen."

[*)] Diese These verfocht Genosse Treint auf dem letzten Parteitag der KPF (siehe „Inprekorr." Nr. 30 vom 2. Juli 1926): „Diejenige Erscheinung, die in der weltpolitischen Lage immer mehr als die dominierende Erscheinung hervortritt, ist die Rivalität zwischen Angloeuropa und Amerika.

In einer Reihe von Staaten haben sich paneuropäische Komitees gebildet. Die Zusammensetzung dieser Komitees spricht schon eine deutliche Sprache. Z. B. ist das Präsidium des pan-europäischen Komitees in Deutschland folgendermaßen zusammengesetzt: Präsident: Löbe, Vizepräsidenten: Koch und Graf Lerchenfeld. (Also eine. herrliche Koalition.) Eine womöglich noch komischere Zusammensetzung haben das tschechische, ungarische und das österreichische Komitee (in letzterem ist der erzreaktionäre Pfaffe und Exkanzler Seipel der Präsident).

Ein „Paneuropa-Kongreß“ ist für Oktober 1926 nach Wien einberufen. (Der Kongreß hat inzwischen stattgefunden, d. Rad.)

Die Zeitschrift „Paneuropa“ hat unter anderem drei starke Hefte herausgegeben, in denen zahlreiche Politiker von rechts bis „links“, Herriot, Briand, Painlevé, Loucheur, Caillaux, Marx, Koch, Edmund Stinnes, Seipel, Masaryk, Benesch, Sforza Scialoja, Vandervelde, Thomas, Löbe, Scheidemann, Renner und viel andere, paneuropäische Phrasen dreschen. Auch eine Reihe amerikanischer Bankiers und Politiker haben sich für ein Paneuropa ausgesprochen, natürlich nicht im Sinne eines Paneuropa gegen Amerika, sondern eines Paneuropa als Kolonie Amerikas!

Bemerkenswert ist vor allem, daß in letzter Zeit die sozialdemokratischen Parteien die bürgerliche Paneuropa-Propaganda – als eine Art Etappe zum Sozialismus – sich immer mehr zu eigen machen. Abgesehen von ihrer Beteiligung an den Paneuropa-Komitees hat die Brüsseler Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Belgiens im Februar 1926 einen „Aktionsplan“ in der Richtung einer europäischen Zollunion aufgestellt, in dem allerdings von Aktion keine [665] Rede ist. Ferner gibt es eine wachsende sozialistische Literatur über dieses Thema, von der das vor kurzem veröffentlichte Buch von Woytinsky das meiste Interesse verdient[*)].

Zweifellos gibt es Tendenzen zu einer Einigung europäischer Staaten – Lenin spricht von der Möglichkeit einer vorübergehenden Einigung –, die wir zwar nicht überschätzen, aber auch nicht übersehen dürfen. Sie können, wenn die kriegerischen Pläne der Imperialisten, dank dem Massendruck, nicht zur Blüte reifen sollen, vielleicht auch einmal in den Vordergrund treten. Was wir aber daran zeigen müssen, ist der reaktionäre bzw. durchaus gegen die Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung gerichtete Charakter einer solchen Einigung. (Hier ist nicht die Rede von der Einigung gegen die Sowjetunion und die Kolonien) Diese Tendenzen haben schon eine gewisse, wenn auch noch schwache, ökonomische Basis: in den Bestrebungen auf Herbeiführung europäischer Kartelle und Trusts, vor allem des Eisenkartells, in einer starken Verquickung französisch-deutscher-englischer kapitalistischer Interessen im schwerindustriellen Rhein-Ruhr-Gebiet, und in gewissen Bestrebungen von der Schutzzollpolitik feindlicher Handelskreise, Aber wenn die sozialdemokratischen Paneuropäer nun von einem Paneuropa reden, in dem sich das Lebensniveau der Bevölkerung hebt, die Kaufkraft wieder auflebt, Produktion und Absatz gesteigert werden, so heißt dies, die Tatsachen verfälschen. Vielmehr ist es ganz klar, daß die Bestrebungen der Kartellierung, Hand in Hand mit der Rationalisierung, auf Monopolisierung, nicht aber auf Erweiterung des Innenmarkts Europas gerichtet sind; in ihrer Linie liegt es, preissteigernd zu wirken und die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse herabzudrücken. Dieses „Paneuropa“ wäre eine kapitalistische Hölle anstatt vieler kapitalistischer Höllen.

Die Kommunisten müssen daher, mit Hinsicht auf eine solche sich andeutende Entwicklung, die wie gesagt nur in zweiter und dritter Linie ins Auge zu fassen ist, gegenüber der Losung einer pan-europäischen Klassenharmonie und Klassenarbeitsgemeinschaft den gesteigerten Klassengegensatz hervorheben und für verschärften Klassenkampf eintreten, und zwar in jedem einzelnen kapitalistischen Staate.

Wenn die Kommunisten die Parole der Sozialistischen Vereinigten Staaten (die im Rahmen dieses Artikels nicht erörtert werden soll) ausgeben, so wollen und dürfen sie, im Geiste der zitierten Leninschen Auffassung, nicht den Schatten eines Zweifels darüber lassen, daß der Sturz der

[*)] Diese Literatur – auch die Coudenhove-Kalergis – wird demnächst besonders besprochen werden. Die Redaktion.

Bourgeoisie und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur in jedem einzelnen der kapitalistischen Staaten Europas nicht die Folge, sondern die Voraussetzung der Errichtung sozialistischer vereinigter Staaten. sind. Die Parole der „Sozialistischen Vereinigten Staaten Europas“ ist eine Agitationsparole im Gegensatz zur heuchlerischen bürgerlichen Agitationsparole „Paneuropa“; die Aktionsparolen der kommunistischen Parteien konzentrieren sich auf die revolutionäre Verschärfung der Klassenkämpfe und die Vorbereitung des Sturzes der Bourgeoisie in jedem einzelnen Lande.

[666]

RUNDSCHAU

Justiz

Die Reform des Sexualstrafrechts und das Proletariat

Auf die justizpolitische Bedeutung des Amtlichen Entwurfs eines Deutschen Strafgesetzbuchs von 1925 und auf seinen Allgemeinen Teil ist bereits in einem Beitrag*) hingewiesen worden. Eine Veröffentlichung des – von Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld geleiteten – Instituts für Sexualwissenschaften: „Zur Reform des Sexualstrafrechts“ (Verlag Ernst Birchner, Bern und Leipzig, Preis Mk. 6.–), gibt Gelegenheit, uns sowohl mit den Vorschlägen des A. E. über die Sexualdelikte (Verbrechen und Vergehen in bezug auf das Geschlechtsleben), wie mit der Kritik, welche diese Vorschläge in der Hirschfeldschen Publikation erfahren haben, vom Standpunkt des Proletariats aus zu beschäftigen. Wie das geltende Strafgesetzbuch in seinem 13. Abschnitt (Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit), so ist auch der A. E. von 1925 in seinem 21. Abschnitt (Unzucht), in seinem 22. Abschnitt (Kuppelei, Frauenhandel, Zuhälterei) und in seinem 23. Abschnitt (Verbrechen und Vergehen gegen Ehe und Familie) ausschließlich von dem Bestreben geleitet, das Geschlechtsleben der Bevölkerung im Interesse der herrschenden Klasse zu regeln und das Proletariat auf diesen Gebieten zu bevormunden. Von einer Reform des Sexualstrafrechts durch den A. E. im Sinne einer gesellschaftlichen Höherentwicklung kann überhaupt nicht gesprochen werden. Eine einzige der auf kirchlich-mittelalterlichen Moralanschauungen beruhenden Vorschriften des geltenden Strafgesetzbuchs über Sittlichkeitsdelikte ist fallengelassen worden, die Bestrafung der sogenannten „widernatürlichen Unzucht zwischen Mensch und Tier“ (Bestialität § 175 StGB.), eine besonders auf dem Lande vorkommende geschlechtliche Betätigung. Der A. E. will das Strafgesetzbuch hinsichtlich der sogenannten Sittlichkeitsdelikte nur insoweit ändern, als das geltende Recht die ausführenden Staatsorgane, die Polizei und die Gerichte, vor völlig unlösbare Aufgaben gestellt hatte, und die Widersprüche der gesetzlichen Regelung so offenkundig und unerträglich waren, daß eine Abänderung des Gesetzes auch vom bürgerlichen Klassenstandpunkt aus zweckmäßig erschien. Von diesen wenigen Einschränkungen, die der A. E. hinsichtlich der Sexualdelikte vorsieht, sind zu nennen: die Beseitigung der Bestrafung der weiblichen Prostitution als solcher, beim Fehlen weiterer, im Gesetze besonders genannter Verfehlungen, sowie die Aufhebung der Bestrafung des bloßen Vermietens an erwachsene Prostituierte als Kuppelei. Diesen wenigen Milderungen, die der A. E. auf dem hier behandelten Gebiete vorschlägt, stehen sowohl bedeutsame Erweiterungen der Tatbestände von Sexualverbrechen, wie auch eine verschärfte Bestrafung solcher Handlungen gegenüber, die bei der Besprechung der einzelnen Delikte noch erörtert werden sollen.

Der erste Aufsatz in den „Kritischen Beiträgen zur Reform des Sexualstrafrechts“ stammt von Professor Mittermaier, Gießen. Mittermaier ist einer der wenigen deutschen Rechtslehrer, welche die gesellschaftlichen Vorgänge der Gegenwart vom Standpunkte einer bürgerlichen Aufklärung betrachten. Mittermaier betont, daß ein „wirklich tiefgehender Unterschied“ zwischen den einzelnen Nationen in bezug auf die Sittlichkeit nicht besteht, wie dies von reaktionärer Seite immer behauptet wird, indem die „Sittlichkeit der Germanen“ einer „Unmoral der Romanen“ gegenübergestellt wird. Mittermaier spricht von der „unendlich großen Heuchelei“, die die Rechtsgeschichte auf dem Gebiete

*) Vergl. „Die deutsche Strafrechtsreform und das Proletariat“, Heft 5 der „Internationale“ vom 1. März 1926.

der Sittlichkeitsdelikte zeigt. und er gesteht, „daß kein Zweifel darüber herrschen kann, daß der Gesetzgeber Handlungen verboten hat, die er vermutlich selbst ohne jede Scheu getan hat“.

Die herrschende Klasse hat von jeher in der Ausübung des Strafrechts einen Teil ihres erotischen Sensationsbedürfnisses befriedigt. Die Lust an Körperstrafen, an den Qualen der Verurteilten, an den Folterungen sowie an den Züchtigungen im Strafvollzug, die während des 19. Jahrhunderts bis an die Schwelle der Gegenwart beibehalten wurden und jetzt noch im Strafvollzug der Jugendlichen und in der sogenannten Fürsorgeerziehung eine große Rolle spielen, hat ihre Wurzel in den sadistischen Neigungen der herrschenden Klasse und ihrer Schergen. Was in dieser Hinsicht vom Strafrecht und Strafvollzug im allgemeinen gilt, gilt für die sogenannten Sittlichkeitsverbrechen im besonderen. Strafe und Strafvollzug dienten und dienen weniger dem Schutze der geschlechtlichen Freiheit der von dem Täter angegriffenen Personen, als vielmehr der Befriedigung eines Teiles der erotischen Bedürfnisse der Richter und der Strafvollstreckenden sowie des sich über den „Sittlichkeitsverbrecher“ und die „Sittlichkeitsverbrecherin“ erhaben dünkenden „ehrbaren“ Bürgertums.

Mittermaier protestiert gegen den Gebrauch des Wortes Unzucht im A. E., sowohl als Kapitelüberschrift für den 21, Abschnitt, wie als Bezeichnung für alle geschlechtlichen Handlungen, die außerhalb der bürgerlichen Ehe vorgenommen werden.

Der A. E. 1925 will den Ehebruch als Personenstandsdelikt verschärft durch die Er-[667]höhung der bisherigen Strafandrohung (Gefängnis bis zu 6 Monaten als Höchststrafe) mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraf eh, obwohl England (das Mutterland, die Dominions, sowie seine Kolonien, mit Ausnahme Indiens und des Sudans) und der Kanton Genf ohne Ehebruchsstrafe auskommen, und im dänischen Entwurf von 1917 der Tatbestand des Ehebruchs aus dem Strafrecht gestrichen ist. Mittermaier weist darauf hin, daß in Deutschland im Verläufe eines Jahres nur wenige hundert Fälle bestraft werden, obwohl wir wissen, daß in hunderttausenden Fällen Ehebrüche während eines Jahres begangen werden, ohne daß sich jemand darum kümmere.

Mittermaier rügt, daß die Bestrafung der Übertragung der Geschlechtskrankheiten als Gefährdungsdelikt einem besonderen Gesetz überlassen worden ist und daß der A. E. über diese wichtige Materie nichts enthält[*)], Wir können vom proletarischen Standpunkt einer solchen Strafandrohung im Prinzip zustimmen, weil durch die Übertragung von Geschlechtskrankheiten die breiten Volksmassen gefährdet werden, und der einzelne Proletarier sich auch in hygienischer Hinsicht zumeist schlechter zu schützen vermag als die Angehörigen der besitzenden Klasse. In einem bürgerlichen Staat werden freilich in der Regel nur Proletarier und Kleinbürger in der Praxis wegen Verstöße gegen solche Vorschriften bestraft werden, während die skrupellosen Angehörigen der herrschenden Klasse sich einer Bestrafung wegen Übertragung einer Geschlechtskrankheit werden entziehen können. Erst ein proletarischer Staat wird in Verbindung mit weitgehenden hygienischen Maßnahmen positive Ergebnisse für die Volksgesundheit im großen Umfange zu erzielen vermögen.

Was den Schutz der Jugend vor vorzeitiger Verführung zu sexueller Betätigung angeht, so zeigt sich, daß Mittermaier hier nicht frei von Beeinflussung durch die Anschauungen seiner reaktionären Kollegen geblieben ist. Vom proletarischen Standpunkt aus werden auch diese Fragen nicht von formalen Gesichtspunkten aus beurteilt werden dürfen, sondern die sexuelle Reife der Schutzbedürftigen wird als Maßstab für die Ausdehnung der Strafandrohung betrachtet werden müssen. Unbedingt geschützt werden muß der noch nicht geschlechtsreife Mensch, das Kind im engeren Sinne. Darüber hinaus hat bei Jugendlichen sich der Schutz nur darauf zu erstrecken daß nicht unter Mißbrauch irgendwelcher Autorität, sei es als Eltern, Erzieher, Lehrer oder Unternehmer, der Jugendliche gegen seinen Willen zu Geschlechtshandlungen verführt oder

[*)] Anmerkung: Während der A. E. die Bestrafung der Übertragung von Geschlechtskrankheiten einem besonderen Gesetz überläßt, hält er es für notwendig, in einem § 270 die Ankündigung, Anpreisung und Ausstellung von Sachen, die zu „unzüchtigem“ Gebrauch bestimmt sind, mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe zu bedrohen. Der A. E. nennt ausdrücklich unter diesen Sachen Mittel zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten. Die sozial-hygienische Wirkung dieses Paragraphen ließe sich in einer Überschrift am treffendsten dahin charakterisieren: „Gesetz zur Förderung der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten“.

gezwungen wird. Dagegen ist die Willensfreiheit des Jugendlichen in durchaus höherem Maße zu achten, wie dies durch das bürgerliche Gesetz (geltendes Recht und A. E.) und den bürgerlichen Richter geschieht.

Bezüglich der Bestrafung der Blutschande (Inzest) und der Unzucht mit minderjährigen Abkömmlingen entwickelt Mittermaier gegenüber dem A. E. 1925 eine durchaus moderne Auffassung. Der A. E. hält an der Bestrafung des Beischlafs zwischen Blutsverwandten und Verschwägerten auf- und absteigender Linie sowie zwischen Geschwistern, wie das geltende Recht, fest (A. E. § 263, StGB. § 173). Der A. E. erhöht die Strafandrohung gegenüber der aufsteigenden Linie auf Zuchthaus bis zu 10 (1) Jahren und will darüber hinaus verschärfend nicht nur den Beischlaf, sondern in § 264 jede geschlechtliche Handlung (Unzucht) zwischen Blutsverwandten an den Verwandten aufsteigender Linie mit Zuchthaus bis zu 10 (!) Jahren bestrafen. Gegenüber dieser erhöhten (und erweiterten) Bestrafung des Inzestes erklärt Mittermaier, daß man die sogenannte Blutschande mit der Strafe am wenigsten bekämpfen kann. Mittermaier erkennt, daß soziale Mißstände, insbesondere die völlig unzureichenden Wohnungsverhältnisse. es sind, die in erster Linie zu einem Geschlechtsverkehr zwischen verwandten Personen führen.

Im Hinblick auf die Bestrafung homosexueller (gleichgeschlechtlicher) Geschlechtsbetätigung zeigt Mittermaier die Unkonsequenz des A. E., der in Anlehnung an eine Definition des kanonischen Rechts und an die auf diese Abgrenzung aufgebaute Rechtsprechung des Reichsgerichts beischlafähnliche Geschlechtsbetätigung zwischen Männern (A. E. § 67) bestrafen, andere geschlechtliche Betätigungen zwischen Männern (z. B. gegenseitige Onanie) und geschlechtliche Handlungen zwischen Frauen untereinander straffrei lassen will. Mittermaier fordert die Beseitigung dieser Strafvorschrift, die in dem Rechtssystem einer Reihe ausländischer Staaten (insbesondere in den romanischen Ländern Italien, Frankreich u. a.) fehlt. Das Proletariat erkennt kein Strafbedürfnis gegen eine homosexuelle Betätigung zwischen geschlechtsreifen Personen in freier gegenseitiger Übereinstimmung an. Das werktätige Volk erblickt vielmehr in dem geltenden Recht und seiner Handhabung durch die gerichtliche Praxis sowie in dem A. E. den untauglichen Versuch der herrschenden Klasse, die einzelnen Individuen zwangsweise zu einer Zeugung anhalten zu wollen, um sich billige Arbeitskräfte und Rekruten für imperialistische Kriege zeugen und gebären zu lassen.

Mit Recht verwirft Mittermaier sodann die Bestrafung der männlichen Prostitution, die der A. E. mit Gefängnis [668] nicht unter sechs Monaten bis zu fünf Jahren bedroht (A. E. § 267 Abs. 2). Es ist ein Stück geradezu grotesken Unverständnisses, wenn der A. E. in einer Zeit, da Millionen männlicher Erwerbsloser in Deutschland auf die Straße geworfen sind, diese für Geschlechtshandlungen, zu denen sie sich aus Nahrungssorgen hergeben, mit Gefängnis oder gar mit Zuchthaus bestrafen will. Gerade in der Nachkriegszeit konnte während der Demobilmachung von Ärzten und Juristen beobachtet werden, daß erwerbslose junge Männer zur Prostitution getrieben wurden, weil sie in dieser Betätigung die einzige Möglichkeit fanden, ohne zum Eigentumsverbrecher zu werden, genügende Geldmittel zu ihrer Erhaltung zu bekommen. Mit der Möglichkeit eines Verdienstes durch Arbeit bei veränderter Konjunktur wandten sich die meisten dieser jungen Männer von der außergewöhnlichen Einnahmequelle ab.

Der zweite Aufsatz von Justizrat Werthauer über „Eherechtsreform“ beschäftigt sich nicht nur mit der strafrechtlichen Behandlung der Ehe durch den A. E., sondern mit der bürgerlichen Ehe als gesellschaftlicher Einrichtung überhaupt. Werthauer zeigt das Auseinanderklaffen der vom bürgerlichen Gesetz angestrebten Sittlichkeit und den wirklichen gesellschaftlichen Zuständen der Vergangenheit und Gegenwart in bezug auf die Ehe. Hinsichtlich der Bestrafung des Ehebruchs meint Werthauer, daß diese nur zu Erpressungen an dem für schuldig erklärten Teil führe. Treffend schreibt Werthauer: „die Eherechtsreform muß bestehen in einer Eherevolution“. Der Vergleich der Ehegesetzgebungen in den kapitalistischen Staaten und in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ergibt, daß eine solche Eherevolution nicht von der Bourgeoisie durchgeführt werden wird, sondern daß der Träger der neuen Rechtsentwicklung in allen Ländern das klassenbewußte Proletariat sein wird. Justierst Werthauer kommt auch zu dem Ergebnis, daß die sowjetrussische Ehegesetzgebung allgemein als ein großer Fortschritt anerkannt werden muß.

Bezüglich der Abtreibung, die der A. E. in dem § 228 behandelt, hat der bekannte Frauenarzt Professor Dührssen, Berlin, einen besonders wertvollen Beitrag geliefert. Dührssens Kritik an dem A. E. 1925 und an den Ausführungen der bürgerlichen Ärzte und Juristen, welche die Bestrafung der Abtreibung aufrechterhalten wollen, ist geradezu vernichtend. Dieser Beitrag Dührssens ist um so beachtenswerter, als der Reichstag am 7. Mai 1926 ein Gesetz angenommen hat, in dem er die vom A. E. vorgeschlagene Regelung der Abtreibung vorwegnimmt. Die Zuchthausstrafe für die abtreibende Frau selbst wird beseitigt, aber die Möglichkeit langjähriger Gefängnisstrafen auch für die Abtreibende beibehalten. Professor Dührssen, der versucht hat, sich als wirklich vorurteilsfreier, unabhängiger Forscher auf dem Fachgebiet der Geburtshilfe zu betätigen, ist sehr bald in Gegensatz zu den amtlichen Stellen und seinen reaktionären Fachkollegen geraten, die nichts wahr haben wollen, was nicht der bürgerlichen Klasse dient Professor Dührssen, der in seinem Aufsatz ohne Scheu auf die Erfolge der gesetzlichen Regelung der Abtreibungsfrage durch die. Gesetzgebung der Sowjetunion hinweist, fordert ein Medizinalministerium für Deutschland, in ähnlicher Art, wie ein Volkskommissariat für Volksgesundheit im neuen Rußland besteht. Dührssen übersieht, daß ein Medizinalministerium im bürgerlichen Staat wieder bürgerliche Medizinalpolitik gegen die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung treiben würde. Nur die proletarische Revolution in Deutschland wird imstande sein, aus einem Wunsch nach sozialer Medizin eine Wirklichkeit zu schaffen, weil die Bourgeoisie nicht daran denkt, freiwillig ihre Interessen auf sexuellem Gebiet den Interessen des werktätigen Volkes zu opfern. Die sozialdemokratischen Führer und Fachmänner werden, wie die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Behandlung der Abtreibungsnovelle im Reichstag und die Haltung des Sozialdemokraten Professor Grotian zeigen, auch in dieser Frage der Bourgeoisie in Praxis Gefolgschaft leisten.

Die Beiträge der Ärzte Dr. Kronfeld, Sanitätsrat Juliusburger und Sanitätsrat Magnus Hirschfeld, die sich u. a. mit der Sachverständigentätigkeit vor Gericht beschäftigen, lassen erkennen, daß vor den Gerichten der herrschenden Klasse auch der modern eingestellte Sachverständige kaum eine ersprießliche Tätigkeit ausüben kann, und es ihm häufig nicht gelingt, mit seinem Gutachten Ergebnisse zu erzielen, die seiner wissenschaftlichen Erkenntnis und seinem sozialen Empfinden entsprechen. Die Richter des bürgerlichen Klassenstaats folgen nämlich, wenn es sich um proletarische oder entschiedene republikanisch gesonnene Angeklagte handelt, in der Regel dem Gutachten eines oder der reaktionär gesonnenen medizinischen Sachverständigen. Handelt es sich dagegen – wie z. B. im Falle des Dr. Freiherrn von Lützow – um Taten, deren Bestrafung den betreffenden Richtern unerwünscht ist, so finden diese Richter ausnahmsweise an den Gutachten der fortschrittlichen Richtung großen Gefallen und die Möglichkeit, zu dem Freispruch eines Reaktionärs zu gelangen.

Der entschieden revolutionär eingestellte Dr. Hiller zeigt in einem Beitrag: „Das Recht über sich selbst“, die völlige Unzulänglichkeit des A. E. Erwähnt sei aus dem Aufsatz nur die eine Kennzeichnung des Entwurfs durch die Gegenüberstellung, daß der A. E. grausame Kindermißhandlungen nur in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, dagegen „unzüchtige“ Handlungen zwischen Verwandten oder auch Kuppelei an der aufsteigenden Linie mit Zuchthaus bis zu 10 (!) Jahren ahnden will.

Das beste Vergleichsmaterial bietet gegenüber dem A. E. 1925 das Sexualstrafrecht der Sowjetunion und vor allem seine praktische Anwendung durch die proletarischen Gerichte des Arbeiter- und Bauernstaats. Felix Halle [669]

Wirtschaft
Die deutsche Konjunktur

In der bürgerlichen Presse sind wiederum unzählige Mitteilungen zu finden, die einen Konjunkturumschwung in Deutschland andeuten Es ist unzweifelhaft, daß sich eine gewisse Besserung der wirtschaftlichen Lage bemerkbar macht, man darf aber nicht vergessen daß die die Konjunktur charakterisierenden Angaben der letzten Monate nur unter sehr starkem Vorbehalt zu bewerten sind. Aus den Produktionsdaten für Kohle, Eisen und Stahl, aus der Wagenstellung der Reichsbahn erhalten wir

kein richtiges Bild der wirklichen Lage, weil diese durch den englischen Streik stark beeinflußt sind. Den amtlichen Arbeitslosenziffern, die zwischen 1. Juli und 15. September einen Rückgang von 1.740.754 auf 1.483.623 aufweisen, kann man keine entscheidende Bedeutung beimessen, weil die Zahl der Ausgesteuerten in ständigem Wachsen begriffen ist. Die Geldflüssigkeit – ein Zeichen der Depression – besteht weiter.

Die Krise in der Maschinenindustrie, also in der Produktion neuer Arbeitsmittel, ist noch unverändert. Die in den letzten Monaten gesteigerte Einfuhr von Rohstoffen könnte als Beweis für die Konjunkturbesserung gelten; beim Einkauf von Rohstoffen können aber auch spekulative Momente eine Rolle spielen. Die Übersehbarkeit der Entwicklung wird weiterhin durch die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms – ähnlich dem englischen Streik nur ein vorübergehender Faktor im Wirtschaftsleben – gestört.

Für die Zwecke des Arbeitsbeschaffungsprogramms waren ursprünglich 1400 Millionen Mark in Aussicht gestellt, tatsächlich werden hierfür im laufenden Rechnungsjahr, d. h. bis 1. April 1927, höchstens 616 Millionen Mark aufgewandt werden. „Die Mittel sollen insgesamt hinreichen, um etwa 270 000 Arbeitern acht Monate Beschäftigung zu geben. Es wird aber bezweifelt, ob es möglich ist, auch nur die Hälfte dieses errechneten Arbeitsbedarfs damit zu finanzieren." (Wirtschaftsdienst Nr. 39.) Mit einer Dauerwirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms kann also nicht gerechnet werden.

Wir können uns an dieser Stelle mit der Frage, welchen Einfluß der englische Bergarbeiterstreik auf die deutsche Wirtschaftslage ausgeübt hat, nicht eingehender beschäftigen. Wir müssen aber hervorheben, daß die Behauptung, die deutsche Kohlenausfuhr hätte keine Bedeutung für die Kohlenversorgung Englands, eine Lüge ist. England hat seit Streikbeginn bis Ende September etwa 10 Millionen Tonnen Kohle eingeführt. Etwas mehr als die Hälfte dieser Menge kam aus den Vereinigten Staaten, mindestens aber ein Viertel der 10 Millionen Tonnen mittelbar oder unmittelbar aus Deutschland. (Frankreich Belgien, Holland haben keinen Kohlenüberschuß um Kohle nach England ausführen zu können, müßten sie dieselbe erst aus Deutschland einführen.)

Die deutsche Zahlungsbilanz

Das Institut für Konjunkturforschung hat vor kurzem eine Aufstellung über die Z a h l u n g s b i l a n z Deutschlands von Anfang 1924 bis Mitte 1926 veröffentlicht. Die bemerkenswertesten Posten derselben sind die folgenden: Deutschland hat während der zweieinhalb Jahre 5585 Millionen Mark Kapital eingeführt (die ausgeführte Kapitalmenge ist bei dieser Summe bereits berücksichtigt); im ersten Halbjahr 1926 überstieg aber die Kapitalausfuhr den Kapitalimport um 559 Millionen Mark. Die Richtigkeit dieser letzten Angaben wird von vielen Seiten bezweifelt. Wir glauben aber daß die Tendenz der Entwicklung dadurch richtig zum Ausdruck kommt, wenn auch die Genauigkeit der Schätzungen umstritten werden kann.

Die günstige Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 1926 ist zum Teil eine Folge der wirtschaftlichen Depression; infolge des starken Rückgangs der Rohstoffeinfuhr konnte eine Aktivität der Handelsbilanz von 752 Millionen Mark erreicht werden. Im Juli war aber die Handelsbilanz schon um 108 und ins August um 86 Millionen Mark passiv.

Der Stahlpakt

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen wurde der S t a h l p a k t von den deutschen, französischen, belgischen, luxemburgischen und saarländischen Stahlwerkvertretern am 30. September auf fünf Jahre abgeschlossen. Die deutsche Stahlausfuhr ist in der letzten Zeit sehr stark gestiegen; infolgedessen war die französische und belgische Stahlindustrie genötigt, die Vereinbarung zu suchen. Der Vertrag bezieht sich nicht auf Roheisen, über einen Eisenpakt soll erst verhandelt werden.

Der Text des Paktes ist bisher nicht veröffentlicht worden. Zeitungsberichten nach wird die Soll-Produktionsziffer für jedes Jahr neu festgesetzt und beträgt für den Anfang etwa 26 Millionen Tonnen. Die Quoten sind die folgenden:

Deutschland	43,5	Proz.
Frankreich	31,19	"
Luxemburg	8,5	"
Saargebiet	5,25	"
Belgien	12,26	"

Die Durchführung der Bestimmungen ist durch eine Ausgleichskasse geregelt und wird eine Preiserhöhung auf den Absatzmärkten zur Folge haben. In Erwartung der Preiserhöhung haben die englischen und amerikanischen Stahlinteressenten vorläufig keine Einwendungen gegen den Stahltrust. Die kleineren osteuropäischen Länder (Tschechoslovakei Polen, Österreich, Ungarn) werden sich wahrscheinlich dem Pakt anschließen; dagegen ist die Beteiligung Englands in der nächsten Zukunft zweifelhaft.

Die neue Ernte

Die endgültigen Angaben über die neue Ernte liegen noch nicht vor, aber die Ziffern der untenstehenden, auf Grund der Veröffentlichung des römischen Agrarinstituts zusammengestellten Tabelle kommen der Wahrscheinlichkeit schon nahe. In den folgenden [670] Zahlen sind die Ernteergebnisse der Sowjetunion nicht mitinbegriffen; sie beziehen sich auf 90 Proz. der Weizen-, 95 Proz. der Roggen-, 85 Proz. der Gerste- und Haferernte der nördlichen Halbkugel.

Getreideernte

	Nördliche Halbkugel*)		Europa	
	1925	1926	1925	1926
Weizen	712	732	288	269
Roggen	238	201	222	190
Gerste	250	233	129	129
Hafer	488	456	186	201

Die Welternte von Weizen ist günstiger, von Roggen, Gerste und Hafer ungünstiger als im vorigen Jahre. Der Brotgetreideertrag (Weizen, Roggen) in Europa ist in diesem Jahre bedeutend geringer als 1925, der Einfuhrbedarf Europas ist daher gestiegen, wird aber durch die größeren Erträge der Vereinigten Staaten und die größeren Überschüsse der Sowjetunion reichlich gedeckt werden. Amerikanische Geschäftskreise schätzen die zur Ausfuhr verfügbare Weizenmenge der Weizenausfuhrländer für die Kampagne 1926-27 auf 192 Millionen Doppelzentner gegen 179 Millionen Doppelzentner der Kampagne 1925-26. Die günstigen Aussichten der Weizenversorgung kommen den deutschen Verbrauchern infolge der hohen Zölle nicht zunutze.

Die Folgen des englischen Streikes

Die Folgen des englischen Streikes zeigen sich mit jedem Tage klarer, der vorgetäuschte Optimismus der bürgerlichen Presse kann den wirtschaftlichen Verfall in England nicht mehr verheimlichen. Die Zahl der Arbeitslosen wird für Anfang Oktober immer noch nur mit 1.527.000 angegeben, aber die Zahl der Kurzarbeiter, die nirgends mitgeteilt wird, wächst in einem raschen Tempo. Die amerikanische Baumwolle verarbeitenden Spinnereien z. B. haben beschlossen, von Oktober ab von drei Wochen nur eine Woche arbeiten zu lassen. Der Grund dafür ist zum Teil in den sehr hohen Kohlenpreisen zu suchen. Der Kohlenpreis ist seit Streikbeginn auf das Doppelte gestiegen, und es ist in den nächsten Wochen, wo der Bedarf an Hausbrandkohle stark zunimmt, eine weitere Preissteigerung zu erwarten. Die englische Industrie wird zwar vom Auslande mit Kohle beliefert, sie kann aber die Preise dieser Kohle nicht tragen. Eine stärkere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs ist in Vorbereitung. Wenn der Streik noch einige Wochen dauert, wird fast die ganze Industrie lahmgelegt werden.

Nach vorsichtigen Schätzungen beträgt der durch den Streik verursachte Verlust monatlich eine Milliarde Mark. Die sowieso ungünstige Handelsbilanz ist durch den Streik ganz erschüttert worden.

*) Ohne die Sowjetunion.

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
	Millionen Pfund		
1925 Januar-August	766	518	248
1926 Januar-August	720	445	275
	– 46	–73	+27

Trotz des starken Rückgangs der Einfuhr ist die Passivität der Handelsbilanz gegenüber dem Vorjahr um 27 Millionen Pfund (540 Millionen Mark) gestiegen.

Noch einleuchtender sind vielleicht die folgenden Zahlen:

	Ausfuhr englischer Waren	Rückgang gegen 1925
Kohle	17,2	17,3
Eisen und Stahl	40,2	4 8
Maschinen	30,3	2,1
Baumwollartikel	108,3	29,0
Wollwaren	35,0	6,6
Andere Textilien	17,8	1,0
Bekleidung	17,5	1,7

Die englische Bourgeoisie hat außerordentlich viel aufs Spiel gesetzt, um die Bergarbeiter – und damit das ganze englische Proletariat – zu schlagen, um das Lebensniveau der Arbeiterschaft herunterdrücken zu können. Sie ist entschlossen, für diesen Zweck weitere Opfer zu bringen und weitere kolossale Verluste zu ertragen. Der Kampf geht seitens der englischen Bourgeoisie auf Leben und Tod. L. M.

LITERATUR

Die Arbeiterkammern in Österreich 1921–1926

Vor uns liegt der Bericht über die Tätigkeit der österreichischen Arbeiterkammern in der ersten fünfjährigen Periode ihres Bestehens.

Für den deutschen Gewerkschafter kann die Rolle und die Tätigkeit dieser Art Arbeitervertretung nicht gleichgültig sein, angesichts der Tatsache, daß die deutschen Gewerkschaften Ähnliches schaffen wollen: den Reichswirtschaftsrat.

Die Arbeiterkammern in Österreich werden gebildet von Vertretern der gesamten Arbeiterschaft, die aus einer direkten Wahl hervorgehen. In diesen Arbeiterkammern finden sich Vertreter der gesamten Arbeiterschaft aller gewerkschaftlichen Richtungen zusammen. In Österreich bilden diese Arbeiterkammern ein Gegengewicht gegen die Handelskammern der Unternehmer und haben nur gutachtliche Funktionen. So bestimmt der Paragraph 2 des österreichischen Kammergesetzes:

„Die Kammern für Arbeiter und Angestellte ... sind insbesondere berufen:

a) den Behörden und gesetzlichen Körperschaften Berichte, Gutachten und Vorschläge zu erstatten über die Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Arbeitsmarkts [671] sowie über alle Angelegenheiten des Gewerbes, der Industrie, des Handels und des Verkehrs, welche unmittelbar oder mittelbar das Interesse der Arbeiter und Angestellten berühren ...!

Ferner sollen die Kammern über Wohnungsfürsorge, Volksernährung, Volksgesundheit und Volksbildung Gutachten abgeben sowie über die Einrichtung und Organisation von öffentlichen Anstalten, welche der Förderung des Handels, des Gewerbes und der Industrie dienen, des weiteren mitarbeiten an der Wirtschaftsverwaltung und bei all den Fragen, die die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten berühren u. a. m. Im Paragraph 3 werden die Behörden und gesetzlichen Körperschaften verpflichtet. die Arbeiterkammern in der Erfüllung ihrer Aufgaben nach jeder Möglichkeit zu unterstützen.

Damit sind die Aufgaben und Befugnisse dieser Arbeiterkammern klar umrissen, und nun wollen wir im nachfolgenden sehen, welcher Art die Tätigkeit der Arbeiterkammern ist.

Bevor wir jedoch die Tätigkeit der Arbeiterkammern einer kritischen Betrachtung unterziehen, sei die Frage noch beantwortet, wer die Mittel für diese Einrichtungen aufbringt. Denn obwohl diese

Kammern gesetzliche Einrichtungen sind, müssen sie lediglich aus den Mitteln der Arbeiterschaft finanziert werden, was in Form von Beiträgen, welche zu den üblichen Versicherungsbeiträgen hinzukommen und von dem Lohne bzw. dem Gehalt abgezogen werden, geschieht. Demnach sind die Umlagen der Arbeiterkammern eine nicht geringe Belastung der Arbeiterschaft, die sich noch erhöht, wenn beispielsweise „Kammergebäude" errichtet werden.

Die Verwendung der Gelder steht nicht immer in einem guten Verhältnis zu den Interessen der Arbeiterschaft, mit welcher Betrachtung nun begonnen werden soll, die Tätigkeit der österreichischen Arbeiterkammern zu beleuchten.

Zunächst unterstützt die Kammer mit größeren Aufwendungen Einrichtungen, deren Unterhaltspflicht ausschließlich Sache des bürgerlichen Staates ist wie z. B. Kriegsbeschädigte, Arbeitsinvaliden, Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt die Opfer der Wirtschaftskrise. Wenn schon angesichts der berühmten „Sanierung" in Österreich und noch mehr durch die seit Beginn des Jahres 1924 andauernde „Sanierungskrise" die Not der Arbeiterschaft, insbesondere der Arbeitsinvaliden, der Kriegsinvaliden und anderer unterstützungsbedürftiger Kreise ungeheuer groß ist, so verpflichtet dieser Zustand eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft keineswegs, zu einer Wohlfahrtseinrichtung des bürgerlichen Staates zu werden und mit den Mitteln der Arbeiterschaft den bürgerlichen Staat in seiner Unterhaltspflicht gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise, des Krieges und der Arbeit zu entlasten. Somit haben die österreichischen Arbeiter und Angestellten nicht nur die Kosten der „Sanierung" zu tragen, sondern dank der Arbeiterkammer auch die Opfer derselben mit zu unterhalten. Wenn es jedoch gilt, der Krise und der ungeheuren Erwerbslosigkeit Einhalt zu gebieten, verfällt die Arbeiterkammer beispielsweise in der Frage der Regulierung des Arbeitsmarkts in das ihrer Wohltätigkeit direkt entgegengesetzte Extrem, indem sie als einzigen Ausweg in ihrem Bericht von der Auswanderung österreichischer Arbeitskräfte spricht.

Bekanntlich stehen die Amsterdamer Gewerkschaftsführer auf dem Boden der kapitalistischen Restauration, wie sie überhaupt die Zielsetzung des Sozialismus aufgegeben haben. In ihrer „Verantwortung" gegenüber dem „Volksganzen" und der „Gesamtwirtschaft" fühlen sie sich an der Beratung bestimmter „Heilungsmaßnahmen" zur Überwindung der Wirtschaftskrise verpflichtet, und so sehen die österreichischen Arbeiterkammern als wirksames Mittel zur Behebung des Arbeitsmarkts die Auswanderung. In einer Resolution vom 4. April 1925 wird denn auch von der Regierung verlangt, „daß sie sich von nun an in erhöhtem Maße mit der Frage der Wanderungspolitik beschäftigen" soll und nachdem „eine Zeitlang wöchentlich 50 bis 100 Arbeiter mit der Bestimmung nach Frankreich Österreich verließen", jedoch dieses „zahlenmäßige Ergebnis ... nicht befriedigen konnte" (!), regte die Arbeiterkammer eine Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika an, „welche die Einwanderung von 50.000 bis 60.000 österreichischen Arbeitslosen ohne fühlbare Belastung ertragen würden".

Und trotz dieser durchaus unternehmer-freundlichen Politik hat der Berichterstatter noch den traurigen Mut, zu rühmen, „daß die Arbeiterschaft in Österreich mit den Arbeiter-kammern immer und von jeher den Begriff einer n u r den Interessen der Arbeiter und Angestellten dienenden Institution verband und den Gedanken einer mit den Unternehmern gemeinsamen Vertretung wirtschaftlicher Interessen, in den besonders im Deutschen Reiche vielbesprochenen Wirtschaftsräten und Arbeitskammern, ablehnt". Wir bleiben zunächst bei der Feststellung, daß eine der (privatkapitalistischen) Wirtschaft gegenüber verantwortungsvollere, unternehmerfreundlichere Politik selbst nicht in den von den deutschen Gewerkschaften propagierten „paritätischen" Wirtschaftsräten bzw. dem Reichswirtschafts rat betrieben werden kann. Angesichts dieser Tatsache erscheint es nunmehr verständlich wenn in der Einleitung zu dem Berichte der österreichischen Arbeiterkammern Klage geführt wird darüber, daß sich die Arbeiter-kammer nicht nur gegenüber den Behörden erst durchsetzen mußte, „sondern sie muß sich auch (scheinbar sogar jetzt noch nach ihrem fünfjährigen Bestehen und ihrer ‚ruhmreichen' Tätigkeit! K. W.) gegen starke grundsätzliche Einwände und Seelenstimmungen der Arbeitermassen behaupten". Danach liegt es also nicht allein an der äußeren Form einer Vertretung der Arbeiterklasse (A r b e i t e r kammern), sondern vielmehr an ihrem geistigen Inhalt, gemessen an den Klasseninteressen [672] des gesamten Proletariats! Endlich: E i n e V e r t r e t u n g d e r

Arbeiterschaft, die ihre Aufgaben erst von dem bürgerlichen Staat vorgeschrieben erhält, muß naturgedrungen zu einem Instrument dieses Staates gegen die Arbeiter werden, andernfalls sie sich ihre weitere Existenz innerhalb dieses Staates verwirkt.

In Deutschland haben wir keine den österreichischen Arbeiterkammern gleichkommenden Institutionen. Der Artikel 165 der deutschen Reichsverfassung sagt zwar:

„Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat."

Dieser Artikel 165 der Reichsverfassung spricht ferner noch davon, daß diese Arbeiterräte bei der Durchführung der Sozialisierungsgesetze (!) gemeinsam mit den Unternehmern mitbestimmen sollen.

Es ist in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchaus kein Ruhmesblatt, daß sie die Bildung dieser Arbeiterräte unter einem Reichsarbeiterrat hintertrieben haben. Warum dies geschah, sagt uns ziemlich offen der ADGB in seiner „Gewerkschaftszeitung", Nr. 48, Jahrgang 1925, unter dem Aufsatz „Der künftige Reichswirtschaftsrat". Es heißt dort:

„Solche Arbeiterräte könnten die Gewerkschaften in der Erfüllung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben höchstens ergänzen oder ablösen ... Eine Ablösung ist auf jeden Fall nachteilig für die Arbeitnehmer, weil den aus direkter Wahl hervorgehenden Räten, falls sic sich nicht auf die Gewerkschaften stützen können, die Macht fehlt, die ihren Kundgebungen Nachdruck verleiht. Diese Gefahr liegt um so näher, wenn direkte Wahlen auch kommunistische oder gar gelbe Arbeitervertreter bringen, die das Arbeitnehmertum zersplittern und schwächen." (Der letzte Satz ist von mir hervorgehoben! K. W.)

Dieser hirnverbrannten, vom Haß gegen die Kommunisten erfüllten Einstellung ist es zu verdanken, daß die Arbeiterräte in Deutschland von der Bildfläche verschwunden sind bzw. wie sie der Artikel 165 vorsieht, überhaupt nicht gegründet worden sind; daß es lediglich Kommunistenhaß war, geht daraus hervor, daß sich der ADGB nicht nur damit abfindet, daß in dem künftigen Reichswirtschaftsrat nicht nur freie, sondern auch christliche und gelbe sitzen, sondern es. sogar über sich ergehen läßt, daß die Vertreter der Gewerkschaften nach beiden Gesetzentwürfen – nach dem Referentenentwurf der Regierung (Reichsarbeitsblatt Nr. 40/41 v. J. 1925) als auch nach dem Entwurf des vorläufigen Reichswirtschaftsrats – von den Unternehmervertretern direkt majorisiert werden. Allerdings kämpft der ADGB dagegen mit „Eingaben". Aber in dem künftigen Reichswirtschaftsrat – und das befriedigt unsere Reformisten außerordentlich – werden deshalb keine Kommunisten sitzen, da die Arbeitervertreter nur von den gewerkschaftlichen Spitzen vorgeschlagen werden. Aber nun hat die Regierung aus dieser Einstellung des ADGB durchaus gewonnen, und es ist eine Frage der Zeit, ob überhaupt so etwas ähnliches wie ein Reichswirtschaftsrat geschaffen wird, da sich inzwischen die Reaktion in Deutschland soweit etabliert hat, daß sie sich stark genug fühlt, ihre Wirtschaft selbst ohne das Zutun der Reformisten zu „beraten". Wie sieht es nun in der Tat mit der Parität im endgültigen RWR aus? Dieser RWR wird sich aller Voraussicht nach in einem Verhältnis von 3 : 2 zuungunsten der Arbeiterschaft zusammensetzen, was aus den bereits oben angeführten Entwürfen deutlich hervorgeht. Als Grundlage des Reichswirtschaftsrats fordert der ADGB durch den 12. Gewerkschaftskongreß in Breslau die paritätische Ausgestaltung der bestehenden Berufs-, Handels-, Gewerbe- und der Landwirtschaftskammern unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterschaft.

Der künftige RWR wird ein Organ der reaktionären Regierung sein. Er wird sein ein Instrument des Wirtschaftsfriedens, wenn es heißt, die Arbeiter gefügig zu machen, und er wird ferner in Zeiten der Unternehmeroffensive – eben weil die Mehrheit Unternehmervertreter bzw. ihnen nahestehende Vertreter sind – ein Kampfesinstrument der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse sein. Und das alles in holder Eintracht mit den Vertretern der freien Gewerkschaften, den deutschen Reformisten.

Karl Wöll.

Druckfehlerberichtigung[*]

In dem Artikel von A r c h i v a r: „Die Rationalisierung im Ruhrbergbau“ in Heft 19 sind auf Seite 586 in den letzten drei Zeilen der Tabelle einige sinnentstellende Druckfehler, und zwar muß es in der dritten Zeile von unten „Belegschaft auf einem Werk“ in der Spalte „Über 5 Mill. t jährl. Förderung 1924“ an Stelle von „34.252“ richtig „2032“ und in der Spalte „1925“ an Stelle von „31.111“ richtig „1929“ heißen.

In der zweiten Zeile von unten, „Belegschaft auf einer Gesellsch.“ muß es in der Spalte „Von 1–5 Mill. t jährl. Förderung 1924“ an Stelle von „1257“ richtig heißen „12.573“ und in der Spalte „1925“ an Stelle von „949“ „9488“.

Die letzte Zeile heißt statt „Belegschaft auf 1-t-Förderung“ richtig „Auf 1 Mann der Belegschaft entfallende Förderung in Tonnen für das Jahr.“

[673]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. November 1926 * Heft 22

Vor der VII. Erweiterten Exekutive

F. W. Es ist kein Zweifel, daß die Periode der relativen Stabilisierung seit 1924 zunächst einen Rückgang der Mitgliederzahl und der Einflußsphäre der westeuropäischen Kommunistischen Parteien mit sich gebracht hat, der durch die ultralinken Fehler einer Reihe von Parteiführungen in diesem Zeitpunkt, wo das Erhalten der Fühlung mit den Massen besonders wichtig war, noch verstärkt wurde. Die Liquidierung dieser ultralinken Fehler und das neue Aufflammen gewaltiger Klassenkämpfe in mehreren Ländern haben diesen Rückgang seit Ende 1925 zum Stillstand gebracht. Jetzt zeigt sich bereits wieder eine deutliche Aufwärtsbewegung, deren Tempo in den letzten drei Monaten gewachsen ist. Unsere englische Partei registrierte als Ergebnis ihrer festen und konsequenten Haltung während und nach dem Generalstreik einen Mitgliederzuwachs von mindestens 3000, das sind 50 Prozent der früheren Parteimitgliedschaft eine für englische Verhältnisse ganz außerordentliche Zahl. Die Werbekampagne der französischen Partei im Laufe des Oktobers ergab 5000 neue Mitglieder, etwa 8 Prozent der früheren Parteimitgliedschaft. Nicht umsonst hat Mussolini unsere italienische Partei jetzt auch formell verboten. In ihrer faktischen Illegalität wuchs sie seit einem Jahr ununterbrochen und wurde zu einer immer stärkeren Bedrohung des faschistischen Regimes. Auch die Werbekampagne in Deutschland verzeichnete günstige Ergebnisse.

Dem Wachsen der Mitgliederzahlen entspricht ein Wachsen des Einflusses. Die sächsischen Wahlen brachten die KPD der Stimmenzahl nach den Wahlen vom 4. Mai 1924 ganz nahe, die Prozentzahl der kommunistischen Stimmen überschritt den 4. Mai. Unsere belgische Partei hat in den Gemeindewahlen vom 10. Oktober ihr Sektendasein durchbrochen, den ersten Schritt zu einer ernsten Massenpartei getan. An dem gewaltigen Erfolg der Labour Party bei den jüngsten Gemeinderatswahlen hat unzweifelhaft die Kommunistische Partei einen großen Anteil. In der gleichen Richtung liegen die Ergebnisse der wenig zahlreichen französischen örtlichen Wahlen des letzten Jahres und der griechischen Wahlen, die der Kommunistischen Partei einen großen Erfolg brachten. Nur unsere schwedische [674] Partei hatte bei den Kreistagswahlen im September einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen, der infolge hoher allgemeiner Wahlbeteiligung zu einem ernsten Mandatsverlust führte.

*

Es besteht eine enge Wechselwirkung zwischen dem Aufschwung der Bewegung und der Liquidierung der ultralinken Abweichungen. Die Einzelheiten dieser Entwicklung sind bekannt: der immer fortschreitende Zerfall der „linken“ Opposition in Gruppen und Grüppchen; der zahlenmäßige Rückgang der Opposition, Wie er sich insbesondere in dem Verlust ihrer Hochburgen in Deutschland äußert. Die französische und die polnische Partei haben die Ultralinke faktisch ganz, die italienische so gut wie ganz liquidiert. Die parteitreuen Elemente suchen die Versöhnung mit den Parteiführungen. Auf der anderen Seite werden die direkt parteifeindlichen Gruppen in dem allgemeinen Verfall der Opposition zu immer offenerer Vertretung ihres konterrevolutionären Standpunkts getrieben (Maslow, Ruth Fischer, Schwarz usw.).

*

Die Feinde der Partei aus dem sozialdemokratischen und ultralinken Lager behaupten, daß diese Liquidierung der Opposition eine Beseitigung aller Diskussionsmöglichkeiten in der Kommunistischen internationale anzeige. In Wahrheit wird die kommende Erweiterte Exekutive vor einer Reihe äußerst ernster Probleme stehen. Hier sind zunächst die Differenzen in der englischen Partei. Sie gingen von der Kritik einiger Genossen an dem Auftreten der Kommunisten auf der letzten Konferenz der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung aus. Auf dieser Konferenz war mit Zustimmung der Kommunisten eine Resolution gefaßt worden, welche eine milde und vorsichtige Kritik der „linken“ Gewerkschaftsführer und eine grundsätzliche Differenzierung in der Behandlung der „linken“ und der rechten Führer befürwortete Zusammen mit dem EKKI wandten sich hiergegen eine Reihe von führenden Genossen der englischen Partei. Es handelt sich jedoch natürlich nicht bloß um die

Korrigierung dieses einzelnen Fehlers, sondern um eine richtige Bewertung aller Tendenzen der englischen Gewerkschaftsbewegung (Rechte, „Linke“, Cook, Mehrheit der Bergarbeiterexekutive); es gilt, einen Weg zu finden, um die englischen Arbeiter von der reformistischen Führung loszulösen, von ihren Schwankungen zu heilen, den Verrat und die Unsicherheit der Führung zu bekämpfen, aber so, daß hierbei die Arbeiter nicht durch Opportunistische Fehler ins reformistische Lager zurückgetrieben wenden.

Einen schwierigen Klärungsprozeß durchlebt die polnische Partei. Sie hat sich während des Piłsudski-Aufstandes im Mai in der Einschätzung der Lage grundlegend geirrt, hat Piłsudski gegen Witos unterstützt, ihn, der sich als der Führer des polnischen Faschismus erwiesen hat. Die Partei hat die Piłsudski-Bewegung, eine Aktion [675] äußerst reaktionärer Gruppen, die das Kleinbürgertum geschickt einzufangen verstand, für eine kleinbürgerlich-revolutionäre Bewegung gehalten. An diesem Fehler waren alle früheren Richtungen der Partei, die gesamte Organisation, von der Spitze bis zur Basis, in gleicher Weise beteiligt. Die Partei in ihrer Gesamtheit hat, belehrt durch ein halbes Jahr Piłsudski-Regime, ihren Fehler erkannt. Nicht um die Ersetzung einer Führung durch eine andere, sondern um die Herausarbeitung der Wurzeln des Fehlers in der gesamten Parteimitgliedschaft geht es darum.

Besonders eigenartig sind die Probleme unserer chinesischen Partei. Die Kuo-min-tang-Regierung steht an der Spitze einer bürgerlich-revolutionären Bewegung, will und kann nach der objektiven Lage nicht über die Grenzen einer bürgerlich-radikalen Gesetzgebung hinausgehen. Von dieser Tatsache ausgehend, haben Genossen innerhalb der chinesischen Partei, vor allem aber außerhalb derselben, verlangt, daß die Partei gegenüber der Kuo-min-tang-Regierung eine Oppositionsstellung beziehe. Das EKKI und die Mehrheit der chinesischen Partei haben jedoch sehr mit Recht die Grundsätze in Erinnerung gebracht, die Lenin im Jahre 1905 für das Verhalten der proletarischen Partei in einer bürgerlichen Revolution aufgestellt hat; daß nämlich die proletarische Partei zwar eine Oppositionspartei nach dem Abschluß der bürgerlichen Revolution sei, sich aber während derselben an ihre Spitze stellen müsse, um sie soweit wie möglich vorwärts zu treiben. Die Lehrsätze von 1905 gelten um so mehr für China in der Epoche des Zerfalls des Kapitalismus und in der Nachbarschaft der Sowjetunion.

Wir haben hier nur einige wenige der Fragen der wichtigsten Landesparteien herausgegriffen, die die bevorstehende Erweiterte Exekutive entscheiden wird. Eine Reihe anderer Parteien, die italienische, die französische usw., stehen gleichfalls vor schwierigen Aufgaben. In all diesen Diskussionen kommt etwas grundsätzlich Neues gegenüber dem Kampf mit der Ultralinken und dem früheren Kampf mit den Zentnisten innerhalb der Komintern zum Ausdruck. Damals kämpften wir gegen solche Gruppen, die die Grundbegriffe des Bolschewismus noch nicht verstanden hatten. Diese Abweichungen, hervorgegangen aus dem sozialdemokratischen Erbteil der Vorkriegszeit, waren international. Jetzt gehen die Diskussionen nicht mehr um abstrakte sektiererische und opportunistische Formulierungen. In all den Diskussionen, die die Sitzung der Erweiterten Exekutive beschäftigen werden, sind nicht die Grundfragen der kommunistischen Taktik aufgerollt, sondern F r a g e n d e r E i n s c h ä t z u n g d e r k o n k r e t e n V e r h ä l t n i s s e d e r e i n z e l n e n L ä n d e r. Die Einheit den Komintern in den Grundfragen ist fast ganz erreicht. Es beginnt eine neue Phase, in der die Kommunistischen Parteien die Anwendung dieser Grundprinzipien in jeder einzelnen konkreten Situation immer gründlicher lernen werden. [676]

*

Die gegenwärtigen Klassenkräfte in Deutschland und der Kongreß der Werktätigen

Von E. K u n i k

Mit dem Ausgang des Volksentscheids über die Fürstenabfindung wurde bereits die Strategie und Taktik klar, welche der sozialdemokratischen Führung durch ihre grundsätzliche Einstellung zum kapitalistischen Staat aufgezwungen werden mußte. Diese Parteiführung war durch die kommunistische Taktik ganz und gar gegen ihren Willen in die Volksentscheidskampagne gezwungen worden, weil die Mitglieder an unserer Seite marschierten, und hatte ihre politische Handlungsfreiheit damit

vorübergehend an uns verloren. Sie konnte sie nur wiedergewinnen, indem sie dem Druck von unten zum Scheine nachgab. Wie sehr dies Nachgeben scheinbar war, hat die sozialdemokratische Führerschaft inzwischen bei der Hohenzollernabfindung im Preußenlandtag ausreichend gezeigt. Aber bereits damals war klar, daß die sozialdemokratische Führung ihre politische Handlungsfreiheit nach der anderen Seite verlieren mußte nachdem sie der Ausgang der Volksentscheidskampagne aus unserer taktischen Umklammerung befreite. Eine selbständige politische Rolle kann die SPD-Führung niemals spielen, weil ihr dazu die Klassengrundlage fehlt. Sie verliert diese Handlungsfreiheit je nach der Situation an die Bourgeoisie oder an die repräsentative Partei des Proletariats, also an uns. Der Unterschied besteht darin, daß gemäß der grundsätzlichen Einstellung der sozialdemokratischen Führer das erste m i t und das zweite g e g e n ihren Willen geschieht.

Im Sommer war die beginnende Erstarkung der deutschen Kapitalisten bereits sehr deutlich zu erkennen. Mit dem Abebben der politischen Hochwelle der Fürstenkampagne galt es, die Teilerfolge, die gegen die Zerspaltung des Proletariats und für die Heranziehung der übrigen Schichten der Werktätigen in der Einheitsbewegung erzielt waren, zu halten und weiter auszubauen, um eine kampffähige Front gegen die wirtschaftliche, politische und kulturelle Unterdrückung der werktätigen Massen zu sammeln. Vor allem mußte verhindert werden die Zerspaltung des Proletariats in Erwerbslose und Beschäftigte und die weitere kampflose Duldung der kapitalistischen Rationalisierung, also die Duldung der Mästung der Profitwirtschaft aus gesteigerter Ausbeutung mit all ihren Folgen, besonders der Folge der politischen Stärkung der Ausbeuter und damit der politischen Schwächung der Werktätigen. Die Parteiführung leitete deshalb eine Sammlungskampagne ein, als deren Kulminationspunkt der Kongreß der Werktätigen in Aussicht genommen wurde.

Die gegebenen Ziele waren:

1. Überwindung der Zerspaltung und Lähmung des Proletariats.

2. Vorbereitung und Durchführung möglichst allgemeiner und möglichst breiter Kämpfe um Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und für die möglichst weitgehende und andauernde Unterstützung der Erwerbslosen.

3. Aufrechterhaltung und Aushau der Bindungen mit den übrigen Schichten der ausgebeuteten Werktätigen und ihre Einreihung in die Klassenfront.

4. Klare Hervorhebung der Hegemonie des Industrieproletariats als des entscheidenden politischen Faktors auf der Seite der Ausgebeuteten. Die Vorbereitung wurde gestört durch die Parteidiskussion. Bis heute ist es noch nicht möglich gewesen, die ganze Partei und darüber hinaus die [677] mit ihr sympathisierenden Schichten für diese große Sammelaktion zu mobilisieren.

Die nachfolgenden Absätze stellen sich zur Aufgabe, an der Beweisführung mitzuarbeiten, daß die bestmögliche Lösung der mit dem Kongreß der Werktätigen gestellten Aufgaben vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse und darüber hinaus aller werktätigen Schichten eine Notwendigkeit ist.

Es soll aufgezeigt werden, ob und wieweit

1. die deutsche Kapitalistenklasse erstarkt ist,

2. woher diese Erstarkung kommt,

3. welche nächsten strategischen und taktischen Ziele die deutsche Bourgeoisie verfolgt,

4. welche Rolle die sozialdemokratische Führung in Partei und Gewerkschaften in diesen Plänen spielt und

5. wieso der Aufmarsch im Kongreß der Werktätigen die beste strategische Plattform für die Organisierung des Abwehrkampfes der Werktätigen gegen die soziale Unterdrückung darstellt.

I.

D a s E r s t a r k e n d e s d e u t s c h e n K a p i t a l i s m u s

Einige Tatsachen über die Entwicklung und die Lage müssen vorangestellt werden.

1. Der Geld- und Kapitalmarkt hat sich seit Januar 1926 sehr befestigt. Die Zinssätze für tägliches Geld sind ständig gesunken (von 7–8 Proz. im Januar bis auf 4–4½ Proz. im Oktober). Seit Oktober sucht das kurzfristige Geld, weil es am deutschen Markt kaum unterzubringen ist, bereits Anlage auf dem englischen und amerikanischen Geldmarkt.

2. Der inländische Anleihemarkt hat sich fortschreitend belebt und hat die Auslandsanleihen bereits weitgehend zurückgedrängt.

3. Die Neuanlagen von Kapitalien haben von Quartal zu Quartal zugenommen; die Aktienemissionen stiegen seit April in jedem Monat und betrugen im August bereits 74,24 Millionen, was das Zweiundeinhalbfache der Monatsdurchschnittsemissionen von 1925 ausmacht.

4. Die Börsenkurse stiegen gleichfalls von Monat zu Monat. Alle an der Berliner Börse notierten Papiere hatten 1925 einen Durchschnittskurs von 69,7; am 20. Oktober 1926 waren sie bereits auf 161,6 gestiegen. Im Hochkonjunkturjahr 1913 betrug der Durchschnittskurs dieser Papiere 167,4.

5. Die Sparkasseneinlagen nahmen in jedem Monat d. J. um mehr als 100 Millionen zu. Seit April um 109 Millionen im Monatsdurchschnitt gegen zirka 82 Millionen im Monatsdurchschnitt von 1925.

6. Die Zahl der Konkurse ging von 2013 im Januar über 1302 auf 451 im September ganz stetig zurück. Der Monatsdurchschnitt der Konkurszahlen von 1913 betrug 811. Die Zahl der Geschäftsaussichten bewegte sich in der gleichen Kurve (von 1473 im Januar auf 136 im September). Die Geldsummen der zu Protest gegangenen Wechsel machte eine ähnliche Bewegung.

7. Die Produktionsziffern in Kohle und Eisen stiegen ständig und rapide. Hier brachte der englische Streik eine Teilkonjunktur, die bereits weiter in die verarbeitenden Industrien ausstrahlt. Die Steinkohle hat seit Mai die Produktionsziffer von 1913, die 11,73 Mill. t im Monatsdurchschnitt betrug, stets überschritten und betrug im Oktober 12,75 Mill. t. [678]Die Braunkohle machte diese Bewegung mit. Dabei sind die Haldenbestände von 9,2 Mill. t im April auf 4,7 Mill. t im September zurückgegangen, darunter auch ein großes Quantum geringwertiger Kohle, die man sonst kaum absetzen. konnte. In Rohstahl ist die Produktionsziffer des Hochkonjunkturjahrs 1913 ebenfalls weit überschritten. (1141 Tausend t im August, 1144 im September gegen 981 Tausend t im Monatsdurchschnitt 1913). Roheisen und Walzwerkerzeugnisse überschritten die Ziffern von 1925 bedeutend.

Es ist sicher, daß der Hauptanteil an der Besserung der Lage der kapitalistischen Wirtschaft von den Teilkonjunkturen in Kohle und Eisen aus dem englischen Streik bestritten wird. Darüber hinaus aber bestanden und bestehen Anzeichen für eine Besserung, auch abgesehen vom englischen Streik, die aber sehr leicht sind. Wichtig ist, daß der Ablauf dieser Teilkonjunkturen sich sehr langsam vollziehen wird und daß zunächst ihre Ausstrahlung in andere Wirtschaftszweige noch zunimmt. So ist die Inlandsversorgung mit Eisen und Stahl seit April bereits von 625.000 t auf 923.000

im August gestiegen und die eingeführten industriellen Rohstoffe nahmen nach den Handelsbilanzen seit April um 25 Proz. zu.

Die Ernte ist mindestens mittel.

Das ist zunächst das äußere Bild. Es ist sicher, daß die deutschen Kapitalisten eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit gewonnen haben aus dem Rationalisierungsprozeß der die Produktionskosten sehr stark gesenkt hat. Die deutsche Wirtschaft produziert mehr als im Frieden, mit einer gewaltig verringerten Zahl von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Die Steinkohlenproduktion von 11,06 Millionen t im Jahre 1913 wurde z. B. mit einer Belegschaft von 412.000 Mann gefördert, während im Juli 1926 13,07 Mill. mit 366.000 Mann gefördert wurden. Ähnlich liegen die Dinge überall. Im ganzen kann man sagen, daß die Leistungen der zwei Millionen erwerbslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten von den im Produktionsprozeß Verbleibenden mit getätigt werden. Die Auswirkungen der Rationalisierung waren etwas verdeckt durch die Finanzlage der deutschen Wirtschaft, die nach der Inflation den Rationalisierungsprozeß mit sehr teuren Auslandsgeldern finanzieren, also einen großen Teil der aus den Werktätigen erpreßten Profite mit ausländischen Kapitalisten teilen mußte, was gleichzeitig als Erhöhung ihrer Produktionskosten

wirkte. Die Streikkonjunktur machte diese Entwicklung wieder rückläufig. Die Sonderprofite (und das aus den Inflationsländern hereinflüchtende Kapital) drückten die Geldkosten herunter und gestatteten eine bereits spürbare Abwälzung der Auslandsschulden. Die Erhöhung der Konkurrenzkraft der deutschen Kapitalisten wird immer sichtbarer, je mehr dieser Prozeß fortschreitet. In diesen Tagen rüstet sogar die Autoindustrie bereits zum Export.

Zusammenfassend kann man sagen: die wirtschaftliche Kraft der deutschen Kapitalistenklasse ist gewachsen aus der Rationalisierung (der erhöhten Ausbeutung des Proletariats) der verbesserten organisatorischen Zusammenfassung (Konzentration, Vertrustung, Kartellierung usw.) und aus technischen Verbesserungen, die gewisse Vorsprünge geben (in der chemischen Industrie international, in der übrigen Industrie nur gegenüber Europa). Zugleich wurde dies innere Erstarken begünstigt und beschleunigt durch Teilkonjunkturen mit großen Sonderprofiten. Zugleich verfielen ferner die hauptsächlichsten europäischen Konkurrenten einer weiteren akuten Schwächung. (England durch den Streik und die kostspieligen Niederlagen in China, Frankreich durch die Inflation und den Zwang zur Schuldenreglung [679] und zur Stabilisierung unter Bedingungen, die von der amerikanischen Kapitalistenklasse abhängen. Obendrein ist der Vorsprung im Rationalisierungsprozeß gegenüber den europäischen Ländern ziemlich groß. Die deutsche Bourgeoisie steht also mit kampfbereiten Kräften in einer günstigen Situation, was sich auch politisch ausdrückt in der Tatsache ihrer erhöhten B ü n d n i s f ä h i g k e i t m i t s e l b s t ä n d i g e n i m p e r i a l i s t i s c h e n M ä c h t e n. Sie wird von der englischen, wie der französischen Bourgeoisie geradezu umworben. Ihre finanzielle Abhängigkeit (Dawes-Pakt, Verschuldung an die USA.) ist noch keineswegs aufgehoben, aber die Möglichkeiten zu wesentlichen Milderungen sind eröffnet, das Morgenrot eignen K a p i t a l e x p o r t s scheint anzubrechen. Die Restaurierung der Armee, des wichtigsten Instruments einer selbständigen imperialistischen Politik (wenigstens für Europa), rückt als natürliche Folge der ökonomischen Entwicklung in den Bereich der Möglichkeiten, unter dem Schutze einer koalierten Großmacht.

II.

W o r a u s h a t d i e d e u t s c h e K a p i t a l i s t e n k l a s s e d e n K r a f t z u w a c h s g e s o g e n?

Den Hauptfaktor des Kraftzuwachses stellt die Rationalisierung dar.

Worin besteht sie?

1. In einer vermehrten Arbeitsleistung des Proletariats bei sinkenden Reallöhnen und durch Überstunden, Überschichten und Einsparung der Urlaubstage, verlängerte Arbeitszeit, also in einer Senkung des Lohnanteils im Produkt. Die Leistungssteigerung macht zahllose Arbeitskräfte überflüssig.

2. In einer beschleunigten Nachholung der technischen Versäumnisse der Betriebsführung, einer Verbesserung des technischen Produktionsapparats.

3. In einer organisatorischen Verbesserung der Wirtschaft, einer Zusammenfassungsbewegung unter Stillegung aller Betriebe von geringerem Profitertrag oder Verlegung an günstigeren Standorten.

Begleitet wird sie von einem im Tempo gewaltig verschärften Konzentrationsprozeß, der Riesentrusts nach amerikanischem Muster schuf.

Rationalisieren heißt wörtlich: vernünftig machen. Kapitalistische Wirtschaft heißt: Wirtschaften zum Zwecke der Erzeugung von Privatprofit. Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft heißt naturgemäß: Vernünftigmachung des Privatprofits. Sonst nichts. An der Rationalisierung hat das Proletariat demgemäß nur insoweit und insofern Interesse, als es der natürliche Erbe des Wirtschaftsapparats ist. Das Proletariat muß in der Form der Erwerbslosigkeit, der vermehrten Ausbeutung seiner physischen und psychischen Leistungskraft und einer vermehrten Unfallziffer die Kosten dieser Rationalisierung tragen, die Erträge gehen restlos zugunsten seines Klassenfeindes und stärken ihn also obendrein ökonomisch und damit auch politisch.

Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, im einzelnen die Wirkung des Rationalisierungsprozesses zu schildern. Ein Beispiel ist oben bereits für die Kohlenproduktion gegeben. Die offiziellen Zahlen sind zumeist tendenziös entstellt. Im Bergbau muß die Leistungssteigerung der Hauer (1913

gleich 100 gesetzt) auf mindestens 138,4 angegeben werden. (Dabei verwischt die Hochkonjunktur in Kohle mit ihrem Anreiz zum Raubbau die Leistungsentwicklung.)

Hier kommt es hauptsächlich auf den klassenmäßigen Verlauf des Rationalisierungsprozesses an. Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft ist eine Schätzung der Leistungssteigerung bei dem gegenwärtigen Stand der [680] Forschung und der Gebundenheit aller Untersuchungen an tendenziös gefärbte Statistiken sehr schwierig. Immerhin kann man als Mindestziffer ganz sicher eine Steigerung der Arbeitsleistung von 15 Prozent im Gesamtdurchschnitt ansetzen

*

Ein ungefähres Bild erhält man aus folgenden Tatsachen: Die Gesamtleistung ist in allen entscheidenden Wirtschaftszweigen gegenüber dem Stand vor Beginn des Rationalisierungsprozesses gestiegen.

Die Zahl der Erwerbslosen, einschließlich der Ausgesteuerten und der aus irgendwelchen Vorwänden Nichtunterstützten beträgt unter Einrechnung der Kurzarbeit mindestens 2 Millionen am Ende des Oktobers 1926.

Der Lohn dieser aus Arbeitern, Angestellten und Beamten bestehenden Erwerbslosen muß mit mindestens 4 Mark pro Tag angesetzt werden. Das ergibt eine Lohnsumme von monatlich 200 Millionen (den Monat zu 25 Arbeitstagen) die von den deutschen Kapitalisten eingespart wird. Um diese mindestens 200 Millionen produzieren sie billiger, als vor der Rationalisierung.

Die Erwerbslosenunterstützung braucht aus folgenden Gründen nicht abgezogen zu werden:

1. Wird der größere Teil im Steuerwege von Proletariat und Mittelschichten aufgebracht;

2. bezahlen Proletariat und Mittelschichten denjenigen Steueranteil der Kapitalisten, der abwälzbar ist, auf dem Preiswege über den Konsum;

3. geben die Zölle mit ihren Inlandspreisbelastungen zusammen mit den Kartellrenten und Monopolprofiten bei dem restlos auf Export eingestellten Wirtschaftsprogramm der deutschen Kapitalisten eine weitere Rückvergütung, die den prozentualen Anteil an den Unterstützungslasten weiter reduziert;

4. wird auch jeder etwa verbleibende Rest von Belastung der Kapitalisten mehr als aufgewogen durch die Leistungssteigerung des im Wirtschaftsprozeß verbliebenen Teiles des Proletariats, die an sich schon mehr ausmacht, als der Gesamtlohnsumme der Erwerbslosen entspricht, bestimmt aber weit mehr als die Gesamtunterstützungslast.

Von der Subventionspolitik braucht man also gar nicht mehr zu reden. Die Lohneinsparung an den Erwerbslosen aus der Rationalisierung bringt eine eklatante Senkung der Produktionskosten, restlos zu Lasten der Werktätigen.

*

Außer der Rationalisierung gibt es noch eine zweite wichtige Quelle, aus der der Kraftzuwachs der Kapitalistenklasse gespeist wird. Das ist die geringe Höhe des R e a l l o h n s.

Eine brauchbare Reallohnstatistik existiert nicht. Die amtlichen Lebenshaltungskosten-Indizes sind gefälscht. Die Tarife sagen über die tatsächlich gezahlten Löhne nichts aus. Lohnsteigerungen durch Überarbeit gehen klassenmäßig restlos zugunsten der Ausbeuterklasse, können also nicht gewertet werden. Die Gewerkschaftsführer hüten sich, offen die Folgen ihrer Lohnpolitik einzugestehen und geben, wenn überhaupt, frisierte Reallöhne an (möglichst viele Monate zurückliegend).

Es bleibt nur ein sicherer Anhalt zur Errechnung des Reallohns, das i s t d e r G e l d e n t w e r t u n g s k o e f f i z i e n t, den die Kalkulationsbüros der Industrie und die Banken anwenden. Er beträgt (Oktober 1926) 152,4.

[681] Danach hat die Mark gegenwärtig gegenüber der Mark von 1913 einen realen Wert von 66 Pfennigen. Jeder Arbeiter braucht seinen Lohn nur mit 0,66 zu multiplizieren, um den realen Wert

festzustellen. (Mark 30.– mal 0,66 sind = 19.80 Mark.) Hier ist aber einzuschalten, daß erstens das Lohnniveau von 1913 ein sehr niedriges war und daß in den vergangenen dreizehn Jahren die durchschnittliche Steigerungskurve der Jahre von 1900 bis 1913 mindestens in der gleichen Tendenz fortgesetzt werden müßte.

III.

Das Programm der deutschen Bourgeoisie

Die deutsche Bourgeoisie ist natürlich entschlossen, ihren Kraftzuwachs in der gegebenen günstigen europäischen Situation rücksichtslos auszunützen. Sie will (und muß) ihre vorübergehende gesteigerte Konkurrenzfähigkeit ausnützen, um soviel als irgendmöglich vom Weltabsatz zu erobern. Aus den gewonnenen Profiten erhofft sie eine progressive Zurückdrängung ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Finanzkapital der Großmächte, eine zunächst wirtschaftliche Hegemoniestellung auf dem Kontinent, und als Folge der daraus sich ergebenden politischen Stärkung den allmählichen Wiederaufbau ihrer Militärmacht und die allmähliche Wiedergewinnung von Kolonien.

Daraus ergibt sich als allgemeiner wirtschaftlicher Plan der deutschen Bourgeoisie die Konzentration aller Kräfte auf ein ausgesprochenes Exportprogramm. Im zweiten Absatz ist aufgezeigt, in wie hohem Grade der augenblickliche Vorsprung der deutschen Kapitalisten gegenüber den europäischen Ländern auf der Ausbeutung der werktätigen Massen gegründet ist. Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen können diesen vorläufigen Vorsprung in der Konkurrenzfähigkeit ausgleichen. Die Kapitalisten müssen also Mittel und Wege finden, um ihr Exportprogramm vor den Existenzinteressen des Proletariats zu schützen. Zu diesem Zweck haben sie die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer eingeladen, genau so, wie in der Außenpolitik, auch in der Innenpolitik ein festes Bündnis mit ihnen einzugehen – politisch in der Form der offiziellen oder faktischen Arbeitsgemeinschaft. Sie wollen die Gewerkschaften zur Desorganisation der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe einsetzen, indem sie die sozialdemokratische Bürokratie in Partei, Gewerkschaft, Konsumvereinen, Staats- und Verwaltungsapparaten an ihre Interessen binden. Zu diesem Zweck „anerkennen“ sie die Republik, den gegenwärtigen Ausbeuterstaat, dem dann um so leichter auch die Gewerkschaftsführer die absolute Souveränität zubilligen können, wie es praktisch beim Hamburger Streik geschah.

Nur vom Standpunkt des Exportprogramms um jeden Preis und vom Standpunkt der imperialistischen Gesamtziele ist erklärbar, wieso die zurzeit außerordentlich starke Industrie ein Bündnis mit der kleinbürgerlichen sozialdemokratischen Bürokratie braucht, ein Bündnis, das sie immerhin in dieser oder jener Form bezahlen muß.

Der politische Inhalt des bekannten Silverberg-Programms ist mit dieser Darstellung im wesentlichen gekennzeichnet. Die Heranziehung der Arbeiteraristokratie in ein festes Bündnis mit den Ausbeuterparteien unter unbestrittener Führung der klassenbewußten Schicht der Ausbeuterklasse, der Deutschen Volkspartei, bedeutet klassenmäßig gleichzeitig den Versuch der größtmöglichen politischen Isolierung des Proletariats und seiner Partei, der KPD Gegen den Versuch [682] der KPD, die breitmöglichste Front zur Abwehr der Ausbeutung der Werktätigen zusammenbringen, versucht die Industrie, die unter dem organisatorischen und ideologischen Einfluß der sozialdemokratischen Führung stehenden Teile der Ausgebeuteten auf ihre Seite zu bringen.

IV.

Die Rolle der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer

Auf das Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben die sozialdemokratischen Führer ganz unzweideutig geantwortet mit ihren Taten; diesmal zum Teil sogar auch in Worten – zwei Dinge, die bei ihnen gewöhnlich einander diametral entgegengesetzt stehen.

Für die Koalitionspolitik opferte die SPD ihren Severing, nahm aktiv durch ihre Minister und passiv durch ihre ganze preußische Landtagsfraktion an der „Abfindung“ der Hohenzollern teil. Sie lieferte auch dort, wo irgendeine ihren Mitgliedern faßbare Begründung nicht möglich ist, Positionen an die

Ausbeuterparteien aus, wie in Berlin, wo sie zusammen mit der kommunistischen Fraktion sich eine Magistratsmehrheit hätte sichern können, es aber vorzog, diese Mehrheit der Bourgeoisie zuzuschanzen. Das zweifellos Tollste vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus vollführte sie aber beim Hamburger Streik, wo sie an der Seite der Ausbeuter den Streikbruch gegen eine fast einmütig um Lohnerhöhung kämpfende Arbeitermasse von 14.000 Mann organisierte, zum Schutze des Exportprogramms der Kapitalisten. Sie fügte dieser Tat noch eine Begründung hinzu, die einen tiefen Einblick in die Zukunftsabsichten gestattet. Die nackte Tatsache ist so: Ein Schiedsspruch war vom Reichsarbeitsminister „verbindlich" erklärt worden. Die Rechtsgültigkeit dieser Verbindlichkeitserklärungen leiten die Ausbeutervertreter aus einer auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung her. Diese Verordnung hebt das für die Arbeiterschaft wichtigste Grundrecht der Weimarer Verfassung, das Streikrecht, völlig auf, weil sie jeden Lohnstreit durch Zwangsschiedsspruch unterbinden kann. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erkannten die Gesetzmäßigkeit des Zwangsschiedsverfahrens an, indem sie den Streik desorganisierten mit der Begründung, daß sie sich nicht zu Gesetzesverletzungen hergeben würden! Sie gaben also ihre eigene Weimarer Verfassung preis, und zwar in einem Punkte, der die vitalsten Interessen des Gesamtproletariats trifft. Eine realere, offensichtlichere Antwort auf das Silverberg-Programm kann es nicht geben. Darüber hinaus wird von der sozialdemokratischen Presse dieser Tatbestand noch unterstrichen. Die „Rheinische Zeitung" Nummer 245 vom 19. Oktober 1926 stellt in ihrem Leitartikel zur Verteidigung der Hohenzollernabfindung die Frage:

„Was ist tausendfach wichtiger als der Hohenzollernvergleich?" und antwortet wörtlich:

„... die Eroberung von Exportgebieten Diese Grundfragen des Arbeiterschicksals (Arbeitsbeschaffung, Hebung der Kaufkraft des Volkes und der Eroberung von Exportgebieten) werden weder durch Annahme noch durch Ablehnung des Hohenzollernvergleichs berührt."

Deutlicher kann es nicht gesagt werden, daß die SPD auch innenpolitisch die imperialistische Politik der Ausbeuter stützen wird. Das geht natürlich bis in die letzten Konsequenzen. In den „Sozialistischen Monatsheften" vom [683] Oktober 1926 setzt sich der Sozialdemokrat Max Cohen für die „Erwerbung" von Kolonien ein. Die Sozialdemokratie fordert die deutschen Ausbeuter auf, nicht nur das deutsche Proletariat, sondern auch fremde Völker gewaltsam auszubeuten! Cohen begründet ausführlich Deutschlands „Anrecht" auf Kolonien, bezeichnet gleich die dazu am besten geeigneten und weist Wege, wie sich die Ausbeuterklasse diese Kolonien erobern kann. Der offizielle Vertreter der SPD im Kolonialausschuß (Quessel) ist ein Mann aus dem Kreise dieser „Sozialistischen Monatshefte".

Daran, daß die SPD für den ungeheuerlichen Reichswehretat gestimmt hat, muß man in diesem Zusammenbange wieder erinnern.

Das Ergebnis: Geschlossener Aufmarsch von Deutscher Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokratie für die Einheimsung der Erfolge des Rationalisierungsprozesses durch Exportsteigerung auf Kosten des Proletariats, Einreihung auch in die innerpolitische Front, die das deutsche Ausbeutertum zur Sicherung seiner imperialistischen Politik vor den Lohnansprüchen des Proletariats aufzieht.

V.

Warum Kongreß der Werktätigen

Der Tatbestand der Ausbeutung und ihr Grad sind bekannt. Zwei Millionen Erwerbslose hungern, das beschäftigte Proletariat hat völlig unzureichende, durch Preissteigerungen ständig sinkende Reallöhne bei vermehrtem Verbrauch an Arbeitskraft. Die Konsumkraft ist viel zu gering, und darunter leiden auch die dem Proletariat benachbarten werktätigen Schichten, die einem unerhörten Preiswucher und Steuerdruck ausgesetzt sind.

Eine endgültige Besserung kann nur die Niederschlagung der Bourgeoisie bringen – die Revolution, die Eroberung der politischen Macht durch das werktätige Volk in Stadt und Land.

Eine siegreiche Revolution ist an Bedingungen geknüpft, die zurzeit nicht gegeben sind. Aufgabe einer proletarischen Klassenpartei ist es, unablässig für die Schaffung der Bedingungen und Voraussetzungen für den Sturz der Bourgeoisie zu arbeiten, die Eroberung der politischen Macht vorzubereiten.

Das kann nicht nur durch die politische Aufklärung der Massen über die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur geschehen, das muß besonders geschehen in der Herstellung einer ausreichend breiten, ausreichend geschlossenen und ausreichend geschulten Massenfront.

Eine solche Massenfront entsteht niemals aus der bloßen Propaganda, sondern sie entsteht im Kampf um die nächsten, einfachsten, notwendigsten Existenzinteressen der Ausgebeuteten.

Es sind drei große Gruppen von Ausgebeuteten, die nebeneinander marschieren und deshalb bisher keinerlei Erfolge haben.

1. Die Erwerbslosen, die bei der vorläufigen Festigkeit der Machtapparate der Bourgeoisie keine nennenswerte eigene Kampfkraft haben. Die Befriedigung ihrer Existenzinteressen liegt im ureigensten Interesse des im Wirtschaftsprozeß verbliebenen Proletariats, dessen Kampfkraft durch eine vom Hunger gepeitschte industrielle Reservearmee zermürbt wird.

2. Das Proletariat, dessen Reallohn und Arbeitsbedingungen völlig unzulänglich sind, und das in der gegebenen Situation auf die aktive Solidarität der Erwerbslosen angewiesen ist.

3. Die nicht-proletarischen werktätigen Bauern, Gewerbetreibenden, Mittelständler, Intellektuellen, die von der herrschenden Klasse in ähnlicher [684] Weise ausgebeutet und unterdrückt werden wie das Proletariat und die ebenfalls keine nennenswerte eigene Kampfkraft haben, sondern auf das Bündnis mit dem Industrieproletariat angewiesen sind.

Im allgemeinen zermürbt jede Massenarbeitslosigkeit die wirtschaftliche Kampfkraft des Proletariats. In der gegebenen besonderen Situation aber ist die wirtschaftliche Kampfkraft des deutschen Proletariats erhöht, weil die deutschen Ausbeuter im Interesse ihres Exportprogramms Unterbrechungen des Produktionsprozesses vermeiden müssen. Ihr Vorsprung kann bei Produktionsausfall durch Massenstreiks nicht ausgenützt werden.

Im Mittelpunkt der Aufgaben steht also die Organisierung von Massenkämpfen um Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen Das Proletariat kann ein Stück des aus ihm durch den Rationalisierungsprozeß von den Ausbeutern erpreßten Mehrwerts zurückgewinnen, aber natürlich nur im Kampfe. Es bedarf dabei der aktiven Hilfe der Erwerbslosen die jeden Streikbruch abwehren helfen müssen und für die deshalb auch eine ausreichende Unterstützung erkämpft werden muß, damit der nackte Hunger sie nicht zum Streikbruch treibt. Es bedarf dazu auch der Hilfe aller werktätigen Mittelschichten, die an der Last jedes Kampfes mittragen und die an höheren Löhnen ein eignes Interesse haben, weil ihr Umsatz im wesentlichen von der Kaufkraft der Masse abhängt. Für den Kleinbauern ist der Arbeiter der Käufer von Milch, Gemüse, Butter, Fleisch. Die Gewerbetreibenden wissen aus eigener Erfahrung, wie schlechte Löhne ihre Geschäfte verschlechtern Das Proletariat hat ein Interesse an der steuerlichen Entlastung aller Werktätigen, ganz einfach schon deshalb, weil im Kampf der Klassen jede Belastung der feindlichen Klasse und jede Entlastung der benachbarten und befreundeten Schichten sich als politische Schwächung des Feindes bzw. als politische Stärkung des Freundes auswirken kann. Hinzu kommen die ungeheuerlichen politischen Angriffe der Reaktion auf alle Werktätigen, die Klassenjustiz, die kulturelle Unterdrückung, die eine gemeinsame Abwehr erfordern.

Die drei Kolonnen waren bei der Volksentscheidskampagne gemeinsam im Kampf. Sie hatten vielfach, aber noch bei weitem nicht ausreichend, organisatorische Bindungen geschaffen: die Einheitskomitees. Unter der Wucht der Angriffe des sich mit Wucherprofiten mästenden und damit immer stärker werdenden Großkapitals ist die Möglichkeit gegeben, die Werktätigen, zu einer Front geschart um das Industrieproletariat, zu sammeln.

Darum Kongreß der Werktätigen und nicht der Betriebsräte oder der Erwerbslosen allein. Das zweite wichtige Argument für die Notwendigkeit, die Sammlungsaktion zum Widerstand so breit wie möglich anzusetzen, , besteht in der politischen Wirkung, die damit auf diejenigen Arbeiter ausgeübt wird, denen es schwer fällt, sich der sozialdemokratischen Ideologie und Disziplin zu entwinden. Auf sie macht eine breite Front einen wirksamen Eindruck, der ihnen die organisatorische Lösung erleichtert. [685]

Vormarsch

Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen

Von Paul Böttcher

I.

Eine Meuterei gegen die parlamentarische Regeldetrie

Die Geschichte hat unseren vortrefflichen und tapferen republikanischen Zeitgenossen wieder einmal einen ihrer unvorhergesehenen Streiche gespielt. Die Hüter des parlamentarischen Froschteichs starren behext auf die sächsischen Wahlziffern. Verbürge sich nicht für die Echtheit dieser Zahlen der bürokratische Verwaltungsapparat der Geldsack-Republik, die sächsischen Wahlergebnisse wären längst als „elende kommunistische Mache“ vom „Vorwärts“ und seinen Trabanten denunziert worden. Aber an der Richtigkeit der Wahlziffern ist nicht zu zweifeln. Und die Sache war doch so glänzend im Zuge. Stahlhelm-Block – und wenn nicht das, so mindestens Große Koalition. Die Industriellen waren sich ihrer Gefolgschaft absolut sicher. Jetzt auf einmal diese elementare Meuterei der „Mittelständler!“ Statt einer Stahlhelm-Einheitsliste marschierten plötzlich kurz vor dem Wahltermin, einschließlich der ASPS, sieben bürgerliche Parteien auf. Und das Resultat? Eine völlig neue Partei, die Wirtschaftspartei, schnellte von 5137. Stimmen bei der Landtagswahl 1922 empor auf 237 462 Stimmen am 31. Oktober. Das sind knapp 50.000 Stimmen weniger als die Deutsche Volkspartei und über 120 000 Stimmen mehr als die Demokraten erhielten. Eine soziale Schwesterpartei der Wirtschaftspartei, die Aufwertungspartei, erhielt gegenüber Nichts 1922 am 31. Oktober 98.258 Stimmen. Die bisherigen großkapitalistisch-agrarischen Monopolparteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) verlieren zusammen, gegenüber der Reichstagswahl im Dezember 1924, fast eine Viertelmillion Wähler, nämlich 218.546.

Die hauptstädtische Presse der Bourgeoisie steht über dieses Resultat Kopf und – ruft nach dem Schutzmann. Den Mitgliedern der diversen Reichstagsfraktionen jener von Verlusten heimgesuchten Parteien ist der panische Schrecken in allerhöchst dieselbigen Hosen gefahren. Peinliche Situationen im Bierrestaurant der Ludendorff-Manege. Sollen etwa die sächsischen Ergebnisse eine Vorwegnahme künftiger Reichstagswahlen sein? Zur Beruhigung ihrer erschreckten Kinder erzählt die Tante „Voß“ von „Interessenegoismus“, „kurzsichtiger Standesborniertheit“, „sächsischen Besonderheiten“ – nun, was eben eine fürsorgliche Preßtante für solche Fälle an Märchen auf Lager hat.

Das parlamentarische Rechenexempel will nicht ohne weiteres aufgehen. Grund genug für die Bourgeoisie, die störrische sozialdemokratische Führerschaft mit der Drohung einer Zivil-Reichsexekutive einzuschüchtern. Aber weder die Drohungen, noch das Lamento der Bourgeois-Presse über die „Zersplitterung im Ordnungslager“ ändern etwas an der historischen Tatsache der politischen Umschichtung in der bürgerlichen Klasse Für uns Marxisten ist diese Umschichtung keineswegs eine Überraschung. Ist sie doch der politisch-soziale Ausdruck für die großen ökonomischen Umgruppierungen der Inflationszeit. Große Teile des Kleinbürgertums, der Mittelschichten, ziehen erst heute die Bilanz aus der Inflationsepoche. Sie verweigern zum erstenmal dem Trustkapital die parlamentarische Gefolgschaft! Diese Tatsache ist mindestens ebenso wichtig für den Sieg des Sozialismus, wie die andere Tatsache, die Radikalisierung im Lager der Arbeiterklasse.

[686] Das ist überhaupt das Hervorstechende an dem sächsischen Wahlergebnis: keine nennenswerte Verschiebung des Stimmenverhältnisses zwischen der besitzenden und der besitzlosen Klasse. Dafür aber, sowohl im Lager der Bourgeoisie als auch im Lager des Proletariats, radikale Umgruppierungen im Sinne eines entschiedenen Bruches breiter Massen mit der bisherigen Führung. Es ist nichts mit der Konsolidierung der bürgerlichen Klassenherrschaft Die Großbourgeoisie sieht sich bereits bei ihren ersten imperialistischen Reiterstückchen einem meuternden Kleinbürgertum gegenüber. Die Konsequenzen dieser oppositionellen Politik des Kleinbürgertunis liegen auf der Hand.

Breite Schichten des Kleinbürgertums nahmen die unsäglichen Opfer des Krieges auf sich, weil sie in der Illusion befangen waren, einer großen Idee zu dienen. Die Restauration des deutschen Kapitalismus in der Nachkriegszeit geschah aber nicht nur auf dem Rücken des Industrieproletariats, sondern auch auf dem der Handwerker, Gewerbetreibenden und anderer mehr oder weniger von eigener Hände

Arbeit lebender Existenzen. Der Raub der Spargroschen und die Vernichtung der Existenzgrundlagen jener Leute ließ sich mit keinerlei patriotischen „Ideen“ verhüllen. Die Bereicherung auf der einen und Verarmung auf der anderen Seite waren zu kraß. Die kapitalistischen Parteien stehen alle viel zu sehr unter dem absoluten Einfluß des Großkapitals, als daß sie sich auch nur die kleinste Konzession an die betrogenen Mittelschichten gestatten dürften. Deutschnationale und Volkspartei haben jetzt ihre schwerkapitalistische Interessenpolitik mit dem Abmarsch fast einer Viertelmillion bürgerlicher Wähler bezahlen müssen. Der Abfall von den großkapitalistischen Parteien ist für diese Wähler natürlich noch längst nicht gleichbedeutend mit dem Abfall von der kapitalistischen K l a s s e. Aber der Autoritätsglaube an die bürgerliche Gesellschaft hat einen starken Stoß erhalten. Wie der Wahlausgang zeigt, haben die verwirrten, enttäuschten Mittelschichten die gesellschaftlichen U r s a c h e n ihrer Not noch nicht begriffen. Sie versuchen es mit neuen Parteien und bleiben noch beim alten System. Das Wesentliche ist auch, daß der Boden gelockert ist und die alten Götter stürzen. Das bisher nur negative Ergebnis der politischen Neuorientierung der Zwischenschichten dialektisch umzuformen zu positivem Zuwachs für den Sozialismus ist die Aufgabe der KPD. Unsere Agitation unter den Mittelschichten erhält durch das Wahlergebnis neue Impulse. Die Partei darf nicht mechanisch die vor den Wahlen übliche Mittelschichten-Propaganda weiterführen, sondern muß die große Bedeutung der Umschichtung im bürgerlichen Lager erkennen und durch neue Formen der Agitation politisch auswerten.

II.

D e r e n t s c h e i d e n d e S t o ß g e g e n d a s s o z i a l d e m o k r a t i s c h e M o n o p o l d e r F ü h r u n g

Jeder ernste Politiker versteht, daß der Wahlsieg der KPD kein K o n j u n k t u r s i e g ist. In den Jahren 1924-25 verkündete der „Vorwärts“ täglich das „Inflationskonzern“ KPD. Hätten die sozialdemokratischen Führer den Marxismus nicht absolut preisgegeben, dann würden sie wissen, daß breite Massenbewegungen nicht das Werk einiger „Hetzer“ sein können. Die kommunistische Bewegung ist herausgewachsen aus den allgemeinen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Zuständen. Das Argument der Kleinburger und Polizeiwachtmeister, die KPD nütze die Notlage der Massen aus, um dieselben gegen den Staat aufzuwiegeln, vermag noch nicht einmal eine vulgäre Erklärung dafür zu geben, warum die Massen zur KPD kommen. Die kommunistische Bewegung entspringt und entspricht den ökonomischen [687] Lebensinteressen der ausgebeuteten Klasse. Es ist eine kurzsichtige, törichte und unmarxistische Auffassung kleinbürgerlicher Politikanten, die den Arbeitern glauben machen will, die KPD lebe nur von dem durch die besondere Stellung des deutschen Kapitals bedingten Massenelend und nähre sich von Zeit zu Zeit vom Verrat der sozialdemokratischen Führer. Das ist ja eben das Charakteristische der gegenwärtigen Epoche, daß die Produktionsverhältnisse in viel höherem Masse als je zuvor mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sich In unlösbarem Widerspruch befinden. Die Dauerkrise der kapitalistischen Wirtschaft stößt immer neue Kreise ins Elend, läßt vorübergehend Arbeitskräfte durch den Produktionsprozeß aufsaugen, um sie nach kurzem wieder auszustoßen. Dieser Kreislauf wiederholt sich auf immer höherer Stufenleiter. Daneben besteht als Dauerzustand die Massenarbeitslosigkeit. Kapitalismus und Massenelend sind heute mehr denn je unzertrennbar mit einander verbunden. Der Vormarsch des Kommunismus in der Periode der relativen Stabilisierung erklärt sich also aus der Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Lebensbedürfnisse der breiten Massen zu befriedigen, ihnen Arbeit und Brot zu geben. Die sozialdemokratischen Führer bauen auf den unerschütterlichen Bestand des Kapitalismus. Sie treiben bewußt imperialistische Politik, um ihre Anhänger im Lager der Arbeiterklasse mit Hilfe kolonialer Extraprofite zu bestechen und für die imperialistischen Kriege abzurichten.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die entweder offen zum Imperialismus steht oder – linker Flügel der SPD – die Grundfragen des Klassenkampfs vertuscht und die imperialistischen Gegensätze verwischt, leitet die KPD ihre Politik aus der marxistisch-leninistischen Einschätzung des Imperialismus ab. Für uns ist der Imperialismus nicht die Auflösung der kapitalistischen Widersprüche und neuer kapitalistischer Aufstieg, sondern nach Lenin „s t e r b e n d e r K a p i t a l i s m u s“. Die diametral entgegengesetzte Einschätzung der ökonomischen Lage sowie der Perspektive der kapitalistischen

Entwicklung ist der Ausgangspunkt der grundsätzlich verschiedenen Taktik der KPD und SPD. Die sozialdemokratischen Führer haben den Boden des Marxismus verlassen und sind bestrebt, ihre bisherige Gefolgschaft ebenfalls von ihm wegzuziehen. Deshalb wirkt ihre Politik als permanenter Verrat der proletarischen Interessen und fördert objektiv das Anwachsen der kommunistischen Bewegung.

Das Ergebnis der sächsischen Wahlen liefert bedeutungsvolles Material zur Erforschung der großen Grundlinien in dem gewaltigen Umgruppierungsprozeß, den die deutsche Arbeiterklasse gegenwärtig durchläuft. Die große Bedeutung des Wahlergebnisses wird man aber nur dann richtig marxistisch einschätzen, wenn man dasselbe im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung betrachtet. In diesem Zusammenhang ergeben sich wichtige Aufschlüsse über das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen – reformistische und kommunistische – innerhalb der Arbeiterbewegung. Was lehren in diesem Zusammenhang gesehen die sächsischen Wahlen? Allgemein gesprochen: ein Wachstum der revolutionären Kräfte und des Widerstandes gegen die mit dem Imperialismus eng verknüpfte Reaktion. Konkret auf die gegenwärtige Situation innerhalb der Arbeiterklasse angewendet heißt das: das Wahlergebnis ist ein entscheidender Stoß gegen die sozialdemokratische Führung der Mehrheit der Arbeiterbewegung. Die KPD erhielt bei den Dezemberwahlen im Jahre 1922 10 Prozent aller abgegebenen Stimmen; bei den Wahlen am 31. Oktober wuchs unser prozentualer Stimmenanteil auf 14,5. [688]Im Gegensatz hierzu erhielt die SPD 1922 41,8 Prozent und 1926 32,14 Prozent aller Stimmen. Das Verhältnis zwischen SPD und KPD hat sich also von 1 : 4 entwickelt zu 1 : 2. War die SPD im verflossenen Landtag viermal so stark vertreten wie die KPD, so verfügt sie jetzt nur noch über die doppelte Zahl der Mandate. Die Entwicklung führt also zunächst zu einem labilen Gleichgewichtszustand im Verhältnis der zwei Grundströmungen der Arbeiterbewegung zu einander.

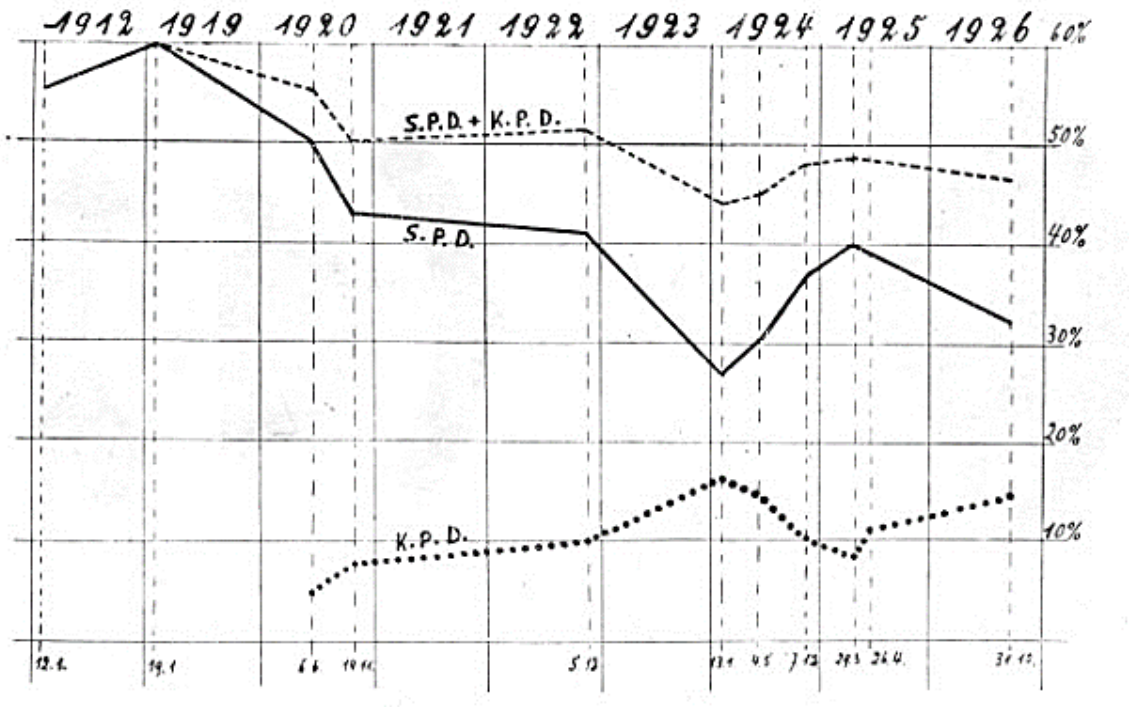
In welcher Richtung die weitere Entwicklung verlaufen wird, dafür bietet das Wahlergebnis einige wichtige Anhaltspunkte. Die in unserer Wahlkurve (Abbildung 1) dargestellten Zahlen widerspiegeln nur den allgemeinen Durchschnitt des Stärkeverhältnisses zwischen KPD und SPD Eine sorgfältige marxistische Analyse des Wahlergebnisses zeigt jedoch folgendes: in den Industriezentren, in den proletarischen Stimmbezirken ist die Zahl der abgegebenen kommunistischen Stimmen genau so hoch wie die der sozialdemokratischen Stimmen. Noch mehr. In einer Reihe wichtiger Industrieorte hat die KPD die Mehrheit gegenüber der SPD Was bedeutet das? Es bedeutet, daß die KPD im industriellen Kern des Proletariats das Monopol der SPD bereits gebrochen hat. Die beigefügten graphischen Darstellungen zeigen zunächst grob umrissen diesen Entwicklungsprozeß auf. Aus den Zeichnungen ist ersichtlich, daß der Einfluß der KPD nach der Peripherie des Proletariats zu immer mehr sinkt und der Einfluß der SPD dafür im entsprechenden Umfange stärker wird. In den rein proletarischen Stimmbezirken hingegen konkurriert die KPD mit der SPD unmittelbar um die Führung. Die SPD wird also aus den Großbetrieben mehr und mehr verdrängt und zieht sich zurück auf die Mittel- und Kleinbetriebe auf die Handwerkerstuben Büros und Kanzleien. (Nebenbei bemerkt bestätigt diese Tatsache auch die politische Notwendigkeit des Aufbaues der Partei auf Betriebszellen!) Die Verschiebung der sozialen Basis der SPD zum Kleinbürgertum wirkt naturgemäß wiederum zurück auf die Politik dieser Partei und erzeugt dialektisch eine neue Steigerung unseres Einflusses in den proletarischen Zentren.

Es muß einer besonderen, ausführlicheren Arbeit vorbehalten bleiben, diesen für die Taktik der KPD überaus wichtigen Tatsachen auf Grund des gesamten Wahlmaterials im einzelnen nachzuspüren Vor der Hand nur ein paar Beispiele, die in großen Zügen die Entwicklung zeigen. Von der gesamten Bevölkerung Sachsens wohnt mehr als ein Drittel (36,6 Prozent) in den fünf Großstädten des Landes. Setzt man nun die in diesen Städten für die KPD und SPD abgegebenen Stimmen ins Verhältnis zum allgemeinen Landesdurchschnitt des Stimmenergebnisses zwischen KPD und SPD, so gelangt man zu folgendem Resultat:

	KPD	SPD	Stimmenverhältnis
Dresden-Stadt	32.250 (10%)	106.624 (34%)	1 : 3
Leipzig-Stadt	64.488 (18%)	155.362 (44%)	1 :2½
Chemnitz-Stadt	36.111 (22,5%)	43.700 (27%)	1 : 1⅕
Plauen-Stadt	8961 (20,6%)	10.904 (25%)	1 : 1¼
Zwickau-Stadt	5182 (13,8%)	12.556 (33,5%)	1 : 2⅖

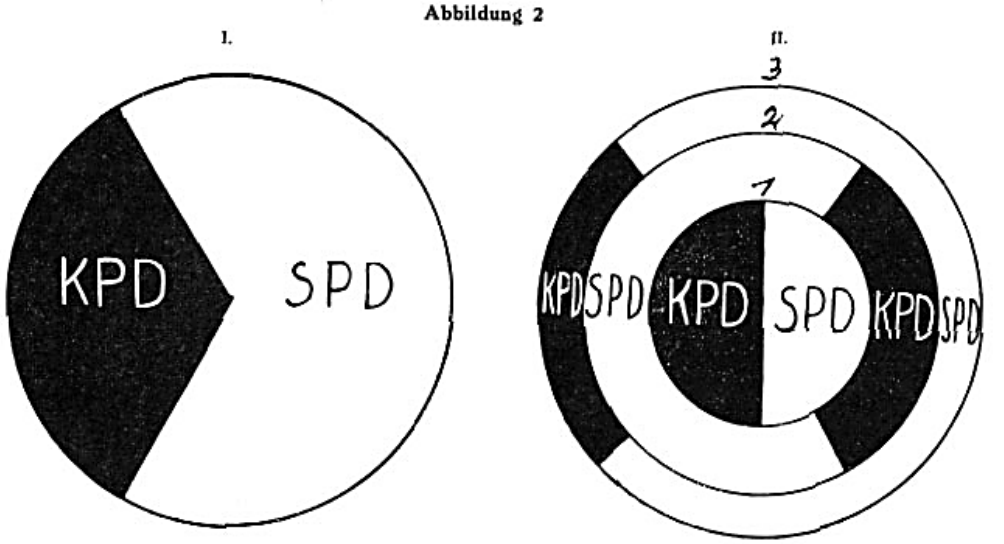
Zergliedert man wiederum das Resultat in den einzelnen Großstädten, so ergibt sich ein noch größerer Prozentsatz kommunistischer Stimmen gegenüber der SPD in den Arbeiterbezirken der Städte. In der Stadt Chemnitz z. B. erhielt die KPD in den Stimmbezirken 42–51 3356 Stimmen und die SPD 2327 Stimmen. Das Verhältnis ist hier also 3 : 2. In den Chemnitzer Stimmbezirken 4, 5, 8, 11, 12 und 14–18 erhielt die KPD 2551 und die SPD 2098 Stimmen. Das Verhältnis ist hier 5 : 4. [689]

Abbildung 1



[690]

Abbildung 2



I. Landesdurchschnitt der abgegebenen Arbeiterstimmen (KPD. + SPD.), dargestellt als Kreis. 1/3 Arbeiterstimmen entfallen auf KPD.

II. Gesamtzahl der Arbeiterstimmen, zerlegt in 3 Zonen: 1. (Innenkreis bis Linie 1) proletarische Stimmbezirke, 1/2 Stimmen entfallen auf KPD. 2. (Ring zwischen Linie 1 und 2) Bezirke mit sozialgemischter Bevölkerung. 1/3 Stimmen entfallen auf KPD. 3. (Ring zwischen Linie 2 und 3) Bezirke mit kleinbürgerlicher Bevölkerung. 1/4 Stimmen entfallen auf KPD.

[691]	KPD	SPD	Stimmenverhältnis
Falkenstein i. V.	1664	1112	3 : 2
Oelsnitz (Amtshauptmannschaft)	1872	1594	1 : ⅘
Werdau	2100	2442	1 : 1⅒
Marienberg (Amtshauptmannschaft)	3983	4751	1 : 1⅕
Chemnitz (Amtshauptmannschaft)	14.045	15.727	1 : 1⅒
Schwarzenberg (Amtshauptmannschaft)	9124	9498	1 : 1 1/25
Flöha	704	427	5 : 3
Limbach	3018	978	3 : 1
Oelsnitz	2397	1765	4 : 3

Wir glauben, mit diesen Zahlen einen Einblick geben zu können in die soziale Schichtung der Wählermassen. Eine besondere Stellung nahm bei den sächsischen Wahlen die ASPS ein. Wer sind die Wähler der ASPS? Mit der allgemeinen Bezeichnung „Kleinbürger“ ist die soziale Basis dieser Partei noch nicht erklärt. Auch die Wähler der ungefähr gleich starken Aufwertungspartei sind Kleinbürger, und doch sind soziale Herkunft, Tradition, politische Entwicklung und Erwerbstätigkeit der Wähler dieser Parteien durchaus verschieden. Die Wähler der ASPS stammen aus dem Lager der Arbeiterklasse. Es ist nach Lenin „jene Schicht der verbürgerlichten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘, die in ihrer Lebensart, in ihrem Einkommen, in ihrer ganzen Weltanschauung vollkommen verspießert ist“. Diese Arbeiter sind „die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“. Es ist selbstverständlich, daß die Agitation der KPD diese Schicht nicht einfach ignorieren kann, sondern daß auch sie bearbeitet werden muß. Die fortgesetzte Propaganda unter dieser Oberschicht der Arbeiterklasse muß ein integrierender Bestandteil der dem Imperialismus im allgemeinen und dem Opportunismus im besonderen entgegenwirkenden Kräfte sein.

Einen interessanten Einblick in die politische Orientierung der arbeitenden Frauen gewährt eine Betrachtung des Wahlergebnisses in den Textilbezirken. In den großen westsächsischen Textilarbeiterstädten Glauchau, Crimmitschau, Netzschkau, Meerane, Mylau ist die SPD gegenüber der KPD noch außerordentlich weit voran. Das durchschnittliche Verhältnis zwischen SPD und KPD ist in diesen Orten 1 : 4 Die SPD ist vier- bis fünfmal so stark wie die KPD. Das Stärkeverhältnis der SPD gegenüber der KPD reicht also über den Landesdurchschnitt hinaus. Ein wichtiger Hinweis für die politische und organisatorische Bearbeitung dieser Industriebezirke.

II.

Die taktischen Lehren der Wahlen

Überblickt man den interessanten Verlauf der Wahlkurve, so fällt zunächst auf, daß SPD und KPD den prozentualen Anteil aller abgegebenen Stimmen von den Reichstagswahlen im Jahre 1912 noch nicht wieder erreicht haben. Mit dem Fallen der sozialdemokratischen Stimmen fällt auch regelmäßig der Gesamtanteil der Arbeiterschaft an allen abgegebenen Stimmen. Die SPD bestimmt den Gesamtverlauf der Kurve. Das ist ein Beweis dafür, daß es der KPD bisher noch nicht gelungen ist, die Verluste der SPD voll aufzusaugen. Der Höchststand kommunistischer Stimmen wurde bisher erreicht bei den Gemeindewahlen am 13. Januar 1924. Den tiefsten Stand erlangte unsere Stimmenzahl bei der Präsidentenwahl am 29. März 1925. Im ganzen zeigt die Entwicklung der kommunistischen Stimmen, daß es seit 1925 wieder aufwärts geht. Die Partei kann diese Tat-[692]sache mit gutem Gewissen als eine Bestätigung für die Richtigkeit der seit dem Offenen Brief wiederum durchgeführten Einheitsfronttaktik buchen. Der Offene Brief öffnete der Partei die Augen über die katastrophale Isolierungspolitik der Katz, Maslow und Ruth Fischer, jener Führergruppe, die heute im Lager der Antibolschewisten gelandet ist. Der Offene Brief bezeichnet es als die wichtigste Aufgabe der Partei, „rechtzeitig und tatkräftig auf die sich anbahnende politische Umgruppierung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zu reagieren“. Die neuen Erscheinungen dieser Umgruppierung muß die Partei in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit rücken und bei jedem ihrer praktisch-politischen Schritte berücksichtigen Das Wahlergebnis zeigt, daß wir uns vor den ersten praktischen Resultaten unserer Arbeit in diesem Umgruppierungsprozeß befinden. Wie gesagt, die ersten erfreulichen Resultate. Aber die Hauptarbeit ist noch zu tun Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die sich von ihren konterrevolutionären Führern abzukehren, langsam, zögernd, aber unverkennbar der

proletarischen Revolution zuzuwenden beginnen, müssen das Gefühl haben: die Kommunistische Partei ist wirklich eine Partei der Arbeiter, eine Partei, die unentwegt für unsere Interessen, unsere Teilforderungen unsere Tagesnöte kämpft die uns nicht nur als Agitationsobjekt sondern als Klassenbrüder betrachtet, die ehrlich die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf will. Im Offenen Brief wurde auch das Tempo der Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter richtig eingeschätzt, wenn gesagt wurde: „Eine lange Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste, alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern – das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!“

*

Zur Religionsfrage

Von Peter Maslowski

(Schluß)

Es ist schon erwähnt worden, daß die Sozialdemokratie seit ihren Anfängen mit der Zeit immer weniger für einen grundsätzlichen Kampf gegen Religion und Kirche zu haben war, und daß heute sogar der bürgerliche Zug zur positiv-kirchlichen Religion auch auf sie in der Form des „religiösen Sozialismus“ abgefärbt hat.

Der Entwicklungsgang dazu ging über den Neu-Kantianismus; er war der Kuppler zwischen Sozialdemokratie und Bourgeoisie auf ideologischen Gebiet. Der Kritizismus Kants, ursprünglich eine Waffe – man könne über die letzten Dinge absolut Feststehendes nichts sagen! – gegen die kirchliche Orthodoxie, verwandelte sich in der Hand der Revisionisten zur Waffe der Kritik am Marxismus. Bernsteins Jünger, die zweifelnd fragten, ob denn ein wissenschaftlicher Sozialismus überhaupt möglich sei, wollten Marx zunächst nur durch Kant ergänzen, dann wollten sie ihn mit Kant aussöhnen, und sie haben schließlich Marx durch Kant ersetzt.

Dieser Kantianismus zu dessen hervorragenden Vertretern ein Max Adler zählt, ist in weltanschaulicher Beziehung genau so ein gewisser Abschluß des Revisionismus, wie es die formale Demokratie, die Koalitionspolitik der bürgerlich fundierte Pazifismus auf politischem Gebiet [693] ist. Genau so wie der Sozialismus überhaupt den Kant-Sozialisten als ein nebelfernes, undefinierbares Etwas erscheint, genau so machen sie zum Fundament des Sozialismus ein ganz unbestimmtes, „sittliches Ideal“, eine Variante nur des Kantschen kategorischen Imperativs. Max Adler formuliert das so: „Wäre nicht das sittliche Ideal, warum sollte das Proletariat am Ende nicht mit einem System des Industriefeudalismus zufrieden sein, wenn ... es in ihm besseren Lohn ... fände.“ („Marxistische Probleme.“ Seite 134.)

Diese, von allen Klassengegensätzen losgelöste ethische Begründung des Sozialismus hat das Grundelement des Marxismus, den dialektischen Materialismus, aufgegeben und nicht nur irgendeiner verschwommenen Menschheitsreligion, sondern direkt der Gottidee wieder Tür und Tor geöffnet. Und davon machen heute auch die religiösen Sozialisten reichlich Gebrauch[*)].

In der neuesten Zeit sind Kräfte am Werk, die in der Religionsfrage den Marxismus durch neueste Forschungsergebnisse auf anderen wissenschaftlichen Gebieten zu „modernisieren“ streben. Selbstverständlich kann der dialektische Materialismus als jene Untersuchungsmethode des Marxismus, die auf alle Wissenschaften angewandt werden kann, niemals fortschrittfeindlich werden, eben weil er alle Dinge in der Bewegung sieht und die Ergebnisse der fortschreitenden Forschung diese seine grundlegende Methode nur bestätigen können. Das „Modernisieren“ aber führt zu dem entgegengesetzten Resultat, zu seiner Ersetzung durch eine bürgerliche Modetheorie.

Die Psychologie, besonders die Psychoanalyse eines Freud, die Soziologie eines Müller-Lyer, die Gemeinschaftskunde eines Krische spielen hier eine wichtige Rolle. Das

*) Zu welch einer geradezu unverschämten Verfälschung der Lebensarbeit von Marx sie sich manchmal dabei versteigen, dafür nur ein Beispiel: Kürzlich haben die „Jungsozialistischen Blätter“ eine dem religiösen Problem gewidmete Ausgabe herausgebracht. In ihr macht ein Fritz Solmitz Karl Marx einfach zu einer „religiösen Persönlichkeit“. Nur „männliche Scham“ habe ihn daran gehindert, zu gestehen, daß ihn ein unbestimmtes, religiöses „Es“, „das außerhalb und über jeder Vernunft liegt“ – also kein anderer als Gott! – zu seinem Lebenswerk angetrieben habe.

hervorstechende Merkmal ist, daß irgendwelche triebhaften Anlagen der Menschen verselbständigt werden und nun, losgelöst von der Klassengrundlage, als Triebfedern der Religionsbildung eine große und schließlich die primäre Rolle spielen – aber nicht der Produktionsprozeß. Dr. Paul Krische z. B., ein in der Freidenkerbewegung sehr fruchtbarer Schriftsteller, schreibt in dem Bestreben, neue Resultate psychoanalytischer Forschung mit Marx auch dort zu versöhnen, wo in Wirklichkeit nichts zur Versöhnung vorhanden ist, sehr viel von dem „Rauschhaften", dem „Mysteriösen", das in jeder Massenbewegung vorhanden sei, um dann fortzufahren: „Der Produktionsprozeß ist doch aus Triebkräften aufgebaut, durch sie bedingt, und so kommt man doch nie um das letzte, mögliche Problem herum, das vor dem undurchdringlichen Schleier des rätselhaften Allertiefsten liegt, eben um das ‚Triebhafte jedes Stoffes'." (Marx und Freud, Verlagsanstalt proletarischer Freidenker, Leipzig 1924, S. 11.)

Auf der Grundlage einer solchen gegen die bekannte Überbau-Theorie von Marx vorstoßenden, sich dem Lustprinzips Freuds nähernden Auffassung gelangt man allerdings sehr leicht dazu, in der Religion an sich einen dem Menschen unwiderruflich angeborenen, also nie zu beseitigenden Trieb zusehen. Während die Marxisten von jeher in der Religion überhaupt einen Ausdruck bestehender Klassengegensätze erblickten und auch die Religion absterben sahen in dem Maße der Beseitigung der Unterdrückung und damit dieser [694] Klassengegensätze, wandeln sich bei denjenigen, die das Problem der Religion von der „triebhaften Anlage" her lösen wollen, nur die äußeren Formen der Religion, aber die Religion an sich bleibt bei ihnen bestehen. So bezeichnen sie denn auch jene Begeisterungs- oder Aufopferungsfähigkeit die eine ganz natürliche Angelegenheit ist und sehr gut durch den einfachen und schönen Namen der proletarischen Solidarität umfaßt wird, künstlicherweise als die neue Religion, die Menschheitsreligion, die Gemeinschaftsreligion oder so ähnlich. Damit ist metaphysischen Bedürfnissen ein Hintertürchen offen gelassen. Denn der Begriff „Religion" ist, wie schon seine wortgetreue Übersetzung (religio = Bindung) besagt, sowohl im Sprachgebrauch wie im Bewußtsein der Massen der Ausdruck des Verbundenseins mit etwas Höherem, etwas über dem Menschen Stehendem, etwas jenseits des einfachen menschlichen Verstehens Liegendem, letztlich also einem Gott, ob er nun persönlich oder unpersönlich, monotheistisch oder pantheistisch aufgefaßt wird. Zudem ist historisch erwiesen, daß der Religion stets ei ne bestimmte Organisationsform der Ausübung dieser Religion entspricht. Die Religion als Religion, losgelöst von jeder Organisation, zu betrachten, ist absurd und unmarxistisch. Diese Betrachtungsweise ist typisch bürgerlich, weil sie die Klassengrundlage völlig aus dem Auge läßt.

Der Gemeinschaftstrieb findet in seiner Ausnutzung zu religiösen Begriffen eine Ergänzung im Sexualtrieb. Freud*) und seine Jünger, die Kolnai**), Reik***), Federn†) u. a., übertrugen ihre Psychoanalyse, die auf medizinischem Gebiet ohne Zweifel eine Errungenschaft ist, auch auf die Gesellschaftswissenschaft, und zwar in der Weise, daß das von ihnen sezierte sexuelle Triebleben nicht allein den Gesundheitszustand, sondern auch den Gesellschaftszustand der Menschen entscheidend beeinflusse. Von diesem Gesichtspunkt aus bringt Freud auch die Religion in Zusammenhang mit Zwangsvorstellungen und Zwangshandlungen, die alle ihren Ausgangspunkt im sogenannten Ödipuskomplex haben. Dieser „Ödipus-Komplex" bedeutet, daß die im Dämmer vorgeschichtlichen Zeit erfolgte Ermordung des Vaters durch die in sexueller Hinsicht zur Mutter hinneigenden Söhne eine Umwertung erfahren habe zu einem Gram und Reuegefühl, zu einer tiefen Vatersehnsucht, die dann ihrerseits den Anstoß gegeben habe zum Totemismus, zum Ahnenkult des Stammvaters, zu einer der ersten Formen der Religion. Nach Ansicht der Freudisten wirken diese Gefühle, und sei es auch nur im Unterbewußtsein durch die Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch bis zum heutigen Tage so richtungweisend nach, daß man von der Religion einfach als von der Projektion der menschlichen Sexualität sprechen könne.

*) Sein Hauptwerk „Toten und Tabu".
**) „Psychoanalyse und Soziologie."
***) „Probleme der Religionspsychologie."
†) „Zur Psychologie der Revolution."

Auch bei diesem „Sexualtrieb“ der Freudisten ist, sowie beim „Gemeinschaftstrieb“ einiger Soziologen, zu beobachten, daß er abgetrennt wird vom Menschen selbst, dessen natürlicher Teil er doch ist, und dann auch losgelöst wird von jeder Gesellschaftsform, in deren Rahmen er sich doch nur betätigen kann, um über allen Klassengegensätzen schwebend ein vollkommen selbständiger religionsbildender Faktor zu werden. Für den Freudismus gilt also alles das, was schon über den Gemeinschaftstrieb als Religionsbildner gesagt wurde, nur in noch verstärktem Maße.

[695] Denn die Freudschen Lehren entwickeln sich deutlich zu einem reaktionären Gewäsch der Feinde des Proletariats. Dafür liefert Kolnai den schlagenden Beweis. Der Revolutionismus der proletarischen Massen ist nach ihm dadurch erklärlich, daß diese im Laufe der Jahrhunderte einen großen Vorrat von „Libido“ (geschlechtlicher Begierde) angehäuft haben, der sich wegen des niedrigen kulturellen Niveaus des Proletariats nicht „sublimieren“ (d. h. seelisch auflösen) konnte und jetzt mit elementarer Kraft zum Durchbruch kommt[*)]. In diesem Sinne sei die russische Oktoberrevolution die Sublimierung sadistischer Triebe des russischen Proletariats. Der Ausdruck „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ sei nichts anderes als der Klassenausdruck der Homosexualität. (!) Der ganze Kommunismus könne überhaupt nur als regressiv angesehen werden, als ein Zurückfluten zum Urelement. Der Haß gegen den Staat sei nämlich nur der uralte Haß gegen den Vater aus inzestuösem Trieb zur Mutter. Und diesem inzestuösem Triebe wiederum entspräche die Gemeinschaft des Kommunismus, besonders aber des Agrarkommunismus, der in seiner Sehnsucht zur Erde nichts anderes sei als der ewige Wunsch nach Vereinigung mit der Mutter.

Genug dieser lächerlichen und gehässigen Verzerrungen der proletarischen Bewegung, die heute als „Wissenschaft“ auftreten dürfen. Es genügt, aufgezeigt zu haben, wohin schließlich der Irrweg führen muß, wenn erst einmal irgendwelche Triebe an die Stelle des Gesamtproduktionsprozesses gesetzt werden, um eine Ideologie und ihre Bewegung zu erklären.

VI.

Schon das Kommunistische Manifest hat in klassischer Form mit allen jenen abgerechnet, die, selbst wenn sie zugeben, daß die Religionen sich gewandelt haben mit dem Wandel der Gesellschaftsordnungen, von dem unaufhörlichen Fortbestand der Religion an sich sprechen:

„Aber, wird man sagen, religiöse ... Ideen modifizierten sich allerdings im Laufe der geschichtlichen Entwicklung. Die Religion ... erhielt sich stets in diesem Wechsel. Es gibt zudem ewige Wahrheiten, wie Freiheit, Gerechtigkeit usw., die allen gesellschaftlichen Zuständen gemeinsam sind. Der Kommunismus aber schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten, er widerspricht also allen bisherigen geschichtlichen Entwicklungen.“

Auf diesen sich selbst gestellten Einwurf antworten Marx und Engels: „Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassengegensätzen, die in den verschiedensten Epochen verschieden gestaltet waren. Welche Form sie aber auch immer angenommen, die Ausbeutung des einen Teiles der Gesellschaft durch den anderen ist in allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Tatsache. Kein Wunder daher, daß das gesellschaftliche Bewußtsein aller Jahrhunderte, aller Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz in gewissen gemeinsamen Formen sich bewegt, in Bewußtseinsformeln, die nur mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich vollständig auflösen.“

Hier wird also besonders scharf und klar dem Gedanken Ausdruck gegeben, der oben gegen die Religionsneubildner fixiert worden ist, nämlich daß mit völligem Aufhören der Klassengegensätze auch die Religion [696] sich nicht bloß einfach wandeln, sondern direkt auflösen wird.

Durch die ganze wirklich marxistische Literatur bis hinauf zu Lenin zieht sich seitdem dieser entscheidende Gedanke wie ein roter Faden. In unserem Zusammenhang besonders wichtig ist, was

[*)] Man glaube nicht, daß diese Absurdität auf unsere biederen, des marxistischen Geistes baren Sozialdemokraten ohne Einfluß geblieben ist. Ein Kurt Geyer, der auch eine kurze Gastrolle in der KPD gegeben hat, hat tatsächlich in einem Buch, das das Wesen des Radikalismus zu erklären versucht, diesen mit starker Sexualität in Verbindung gebracht.

Engels („Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie". S. 27 ff.) gegen die Verhimmelung der Geschlechtsliebe und des Glückseligkeitstriebs zu einer Religion bei Feuerbach sagt: „Der Idealismus besteht hier bei Feuerbach darin, daß er die auf gegenseitiger Neigung beruhenden Verhältnisse der Menschen zueinander Geschlechtsliebe Freundschaft, Mitleid, Aufopferung usw., nicht einfach als das gelten läßt, was sie ohne Rückerinnerung an eine, auch für ihn der Vergangenheit angehörige, besondere Religion aus sich selbst sind, sondern behauptet, sie kämen erst zu ihrer vollen Geltung, sobald man ihnen eine höhere Weihe gibt durch den Namen Religion. Die Hauptsache für ihn ist nicht, daß diese rein menschlichen Beziehungen existieren, sondern daß sie als die neue, wahre Religion aufgefaßt werden." Jedes Wort dieser Kritik hat natürlich auch vollste Geltung für Krische und Freud, die ja tatsächlich an Stelle des Glückseligkeitstriebs Feuerbachs nur den Gemeinschaftstrieb bzw. den Sexualtrieb, wie wir ja gesehen, verselbständigen und dann zu einem Faktor der Religionsbildung idealisieren. Das sind eben, um wieder mit Engels zu sprechen, „etymologische Kunststücke" die „das letzte Auskunftsmittel der idealistischen Philosophie bilden". Und nicht um die Religion abzuschaffen, sondern um sie zu vollenden, werden sie unternommen!

Es ist weiter bekannt, wie Engels im Anti-Dühring" gerade dort Dühring sehr heftig angreift, wo dieser, obwohl selbst Atheist, doch der religiösen Philosophie ein Hintertürchen offen läßt.

Diese marxistische Tradition ist dann vor allem von Lenin fortgesetzt worden. Sein Kampf gegen die „Gottkontrukteure" Lunatscharski und Gorki lag durchaus in dieser Linie. Man weiß, wie scharf Lenin in seinen Briefen an Gorki das „Gottmachen" verurteilt hat. Er warnt ja ganz besonders vor den „Pfaffen ohne Meßgewand", die gefährlicher wären als etwa ein katholischer Pfaffe, der junge Mädchen vergewaltigt, denn dieser sei sehr leicht zu entlarven, jene aber wären viel schwerer zu fassen.

In neuerer Zeit (Sommer 1923) bot innerhalb der Kommunistischen Internationale die Diskussion im Fall Höglund, der in der KP Schwedens religiöse Ideen zu verwirklichen suchte, Gelegenheit, noch einmal grundsätzlich mit jeder Religionskonstruktion abzurechnen. Der heutige Kommunismus, der Leninismus, ist es allein, der die philosophische Grundlage von Marx und Engels rein erhalten hat. Es ist erfreulich, daß die besten Köpfe der proletarischen Freidenkerbewegung in dieser Frage auf demselben Boden stehen. Im „Atheist" (Januar-Nummer 1926) nimmt z. B. Bruno Sommer gegenüber Religionsneubildungen folgende Stellung ein: „Wenn man an Stelle von Gott Menschheit setzt, kommt ein vollständiger Unsinn heraus, den der proletarische Freidenker nicht mitmacht. Natur- und Völkerkunde haben uns gelehrt, daß Sittlichkeit kein Ergebnis der Religion ist, sondern Ausdruck des Solidaritätsgefühls das aber bereits (Darwin hat das schon ausgesprochen) in der Tierwelt vorhanden ist, und ohne welche Tiergesellschaften (Herdentiere) überhaupt nicht bestehen könnten. Wir leben nach einer aus dem Solidaritätsgefühl hervorgegangenen religionslosen Sittlichkeit und weisen alle Phrasen von einer Mensch-[697]heitsreligion, in der alle freiheitlichenden, vernünftig denkenden Menschen sich vereinigen können, von uns. Unser politisches Prinzip ist der Sozialismus, der mehr besagt als jede Menschheitsreligion, und unser Freidenkertum ist nicht Selbstzweck, wie bei vielen bürgerlich Gesinnten, die sich damit oft nur die Hölle wegphilosophieren wollen, – es ist uns vielmehr nur ein Mittel zur Verwirklichung unseres politischen Zieles. Jedes andere ist uns halbes Freidenkertum". Von derselben begrüßenswerten Klarheit sind Ausführungen Hartwigs über „Aufgaben und Ziele der Internationale proletarischer Freidenker", denen nur dieser Satz entnommen sein mag: „Für uns proletarische Freidenker ist die Gottlosigkeit keine Frage der Gesinnung und nicht nur eine Frage der Weltanschauung, sondern eine Waffe im Klassenkampf."

Wir können nur wünschen, daß Sommer und Hartwig diese Prinzipien, denen Kommunisten die weitgehendste Unterstützung gewähren werden, auch innerhalb der Freidenkerbewegung selbst gegenüber manchen Abweichungen von der marxistischen Linie, besonders der Religionsbildung auf Grund irgendwelcher „Triebe", noch entschiedener als bisher vertreten werden.

Daß es aber hierbei immer noch hapert, dafür liefert einen Beweis die soeben im Freidenker-Verlag, Leipzig, erschienene „Programmbroschüre" von W. und A. Lindemann: „Die proletarische Freidenkerbewegung. Geschichte, Theorieund Praxis". So wertvoll diese

Broschüre an sich ist, so anerkennenswert es ist, daß die Verfasser zum Grundgedanken ihrer Ausführungen Lenins bekannten Artikel „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ („Proletarij“, Mai 1909) machen, so richtig also die theoretische Grundlage im allgemeinen ist, so muß doch bedauert werden, daß weder zu den religiös-philosophischen Strömungen der Gegenwart noch speziell zu dem „Modernisieren“ der marxistischen Weltanschauung Stellung genommen wird. Es genügt nicht, nur die religiösen Sozialisten zu kritisieren. Sie sind heute schon als ganz gewöhnliche Pfaffenknechte ohnehin ziemlich leicht zu erkennen. Gerade eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Krische, Müller-Lyer, Freud usw. – das ist das Gebot der Stunde für proletarische Freidenker. Warum weicht man hier aus? Hat man etwa die Gefahr der Lehre von den selbständigen Trieben als den religionsbildenden. Faktoren für die marxistische Weltanschauung nicht erkannt? Dann allerdings handelt man nicht im Geist von Marx und Lenin, und wenn man auch ganze Seiten von ihnen zustimmend zitiert, denn diese haben rücksichtslos stets gerade die allerersten und allerneuesten Versuche der Abweichung vom dialektischen Naturalismus als am meisten gefährlich bekämpft[*)].

VII.

„Die politische Grundlage des Marxismus ist in der Religionsfrage untrennbar mit seiner philosophischen Grundlage verknüpft.“ Dieser Satz Lenins, in dem schon genannten Artikel „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ enthalten, ist für unsere antireligiöse Taktik von grundlegender Bedeutung. Er besagt, daß wir nicht einfach nur die Religion – das tun auch bürgerliche Materialisten – befehden, sondern daß wir als dialektische Materialisten vor allem die Ursache, die Entwicklung, kurz die Bewegungsgesetze der Religion und damit die Bedingungen [698] begreifen lernen, unter denen ihre Bekämpfung überhaupt erfolgreich sein kann. Wir kennen die Religion als Überbau einer auf Ausbeutung begründeten Wirtschaftsbasis, wir wissen, daß sie unzertrennbar mit dieser verbunden ist. Wir begreifen also, daß es eine Utopie ist, die Religion mit Erfolg bekämpfen zu wollen, ohne ihre Grundlage anzugreifen. So ergibt sich die Grundregel: Die Religionsbekämpfung ist mit dem proletarischen Klassenkampf aufs innigste verknüpft, oder genauer: sie ist nur ein Teil dieses Klassenkampfs und muß als Teil dem Ganzen untergeordnet werden.

Mit unermüdlicher Zähigkeit und Geduld müssen wir die Religion in den Massen immer wieder an der Wurzel angreifen, d. h. bei der wirtschaftlichen Ausbeutung. Es wird Situationen geben, wo schon ein Aufklärungsbuch am Platze sein wird, aber auch Situationen, wo ein direkter Freidenkerkampf für den Atheismus geradezu verderblich wirken kann. Lenin nennt einen solchen konkreten Fall: In einer großen Streikbewegung, in der gläubige und dissidente Arbeiter um ihre Klassenziele gemeinsam kämpfen, wäre es direkt eine Zerschlagung des einheitlichen Klassenkampfs, wenn Freidenker ausgerechnet in einer Streikversammlung mit ihrer atheistischen Propaganda beginnen, und also die einheitliche, sich als Klasse fühlende Masse in Gruppen für und wider Gott spalten würden.

Lenin verlangt überhaupt in der Massenagitation gegen die Religion eine geschickte Elastizität. Weil er weiß, daß Predigten allein nicht zum Ziele führen, läßt er das pädagogische Element der systematischen, langsam aufbauenden, gläubige Arbeiter nicht von vornherein provozierenden Agitation durchaus gelten, um aber gleichzeitig zu verlangen, daß sie stets in Verbindung gebracht wird mit den proletarischen Tageskämpfen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß unsere Partei danach handelt. Wenn z. B. unsere Genossen im Ruhrgebiet zum Ausgangspunkt ihrer Agitation unter gläubigen Proletariern die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen. den Katholiken Thyssen und Klöckner und ihren katholischen Arbeitern nehmen, oder wenn die ganze Partei durch ihr Vorgehen in der Frage der Fürstenenteignung die höhere Geistlichkeit zwang, sich vor den gläubigen Massen einwandfrei als Fürstenknechte zu entlarven, was praktisch nützlicher war als die besten Predigten gegen die Kirche, so liegt das durchaus in einer richtigen taktischen Linie.

[*)] Die Broschüre von W. und A. Lindemann kam in meine Hand gerade in dem Moment, wo ich die letzten Zeilen dieses Artikels zu schreiben im Begriff war Eine ausführliche Besprechung der Broschüre wäre nötig.

Auf gleichem Gebiet liegen die Anweisungen, die Lenin noch ein Jahr vor seinem Tode (in einem Geleit-Artikel der ersten Nummer der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“) gab. Er spricht da von der atheistischen Propaganda, die „in der mannigfaltigsten Form unter die Massen getragen“ werden soll, ohne „langweilige, trockene, durch keinerlei geschickt gewählte Tatsachen erläuterte marxistische Wiederholungen“, um dann fortzufahren: „Besonders wichtig ist die Verwertung von Werken und Broschüren, die viel konkretes Tatsachenmaterial und den Zusammenhang der Klassen-interessen und Klassenorganisationen der modernen Bourgeoisie mit den religiösen Instituten und der religiösen Propaganda beweisende Betrachtungen enthalten.“

Aber wo Lenin und vor ihm Marx und Engels (z. B. gegen Feuerbach, gegen Dühring) unerbittlich aggressiv waren, das war dort, wo sich innerhalb der proletarischen Bewegung selbst Anzeichen religiöser Ideenbildung bemerkbar machten. So sehr auch Lenin für pädagogisches Geschick eintritt gegenüber den Massen, die noch vom Opium Religion zu erlösen sind, wobei er es sogar nicht krumm nimmt, wenn ein Agitator, um überhaupt bei [699] religiös befangenen Hörern anknüpfen zu können, vom Sozialismus als einer Religion spricht, so entschieden geht er gegen alle vor, die als führende Persönlichkeiten daraus eine regelrechte Theorie machen. „Der Grundsatz, ‚Sozialismus ist Religion‘, ist für die einen eine Form des Übergangs von der Religion zum Sozialismus, für die andern – vom Sozialismus zur Religion“. In der Tat findet dieser Satz von Lenin seine vollste Bestätigung. Die Massen, die sich auf der Entwicklungslinie zum proletarischen Klassenkampf befinden, die so sich von der Kirche loszulösen beginnen, können naturgemäß unter Überspringung von Entwicklungsstufen nicht sofort den religiösen Mantel von ihren sehr realen, sehr weltlichen Forderungen herunterziehen. Wir müssen ihnen sehr geduldig dabei helfen. Die „religiösen Sozialisten“ aber tun nicht dies, sondern leisten im Gegenteil ganz gewöhnliche Zutreiberdienste für die Religion, sie jagen systematisch die von der Religion sich fortentwickelnden Arbeiter wieder in die religiöse Verdummung zurück.

Aus alldem ergibt sich, daß wir heute an den Eintritt in unsere Partei noch nicht als Vorbedingung etwa den Kirchenaustritt knüpfen können. Aber auf der andern Seite ist kein wirklicher Kommunist denkbar, der nicht als Anhänger des dialektischen Materialismus. der philosophischen Grundlage des Marxismus-Leninismus, die Religion als eins der gefährlichsten Mittel der Ausbeutung erkannt und alle religiösen Ideen über Bord geworfen hätte. Das bedeutet, daß jedem in der KPD Organisierten über kurz oder lang so der Marxismus-Leninismus begreiflich gemacht werden muß, daß er mit allen religiösen Überbleibseln bei sich selbst aufräumt, also auch aus der Kirche austritt. Jedenfalls gilt das auf alle Fälle von den Funktionären. Die Partei wäre verloren, kämen für ihr Rückgrat – und das ist der Funktionärstab – noch das zersetzende Gift religiöser Anschauungen in Betracht.

RUNDSCHAU

Zweite Internationale

Der Parteitag der Britischen Labour Party – Tagung des Nationalrats der französischen sozialistischen Partei – Lage in den sozialdemokratischen Parteien Belgiens, Spaniens und der Tschechoslowakei

Verfolgt man die Ereignisse in der losen Vereinigung von Parteien, welche die Etikette „Sozialistische Arbeiterinternationale“ trägt, so zeigt sich, daß nicht einmal von einer Verständigung der ihr angeschlossenen Parteien die Rede ist, geschweige von gemeinsamen Aktionen oder auch nur Kampagnen. Das weltwichtige Ereignis des zähen Streiks der britischen Bergarbeiter hat nur eine erbitterte Sabotage dieses Kampfes durch die sozialdemokratischen Parteien hervorgerufen.

Die sozialdemokratischen Parteien betreiben nach wie vor ihre Politik viel mehr im Einvernehmen mit den Bourgeoisien ihrer Länder als im gegenseitigen Einvernehmen. Kommt es dann und wann zu Demonstrationen der Solidarität zwischen sozialistischen Parteien, so fast nur im Gefolge von gemeinsamen Aktionen der betreffenden Bourgeoisien, wenn diese ein zeitweiliges Zusammengehen als in ihrem Interesse gelegen erachten. Noch öfter durchkreuzt die Politik einer sozialdemokratischen Partei

die einer anderen. Das zeigt sich besonders im „Völkerbund“. Jahrelang haben z. B. französische, englische, belgische Sozialisten Hand in Hand mit dem Finanzkapital ihrer Länder Österreich saniert, während die Sozialdemokraten Österreichs dauernd in Opposition gegen diese Sanierung standen.

Einstweilen kann man jedenfalls noch das Andauern einer gewissen Atempause für die Zweite Internationale feststellen. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus bringt auch eine relative Stabilisierung der Sozialdemokratie mit sich. Allerdings kann man bereits feststellen, daß so wie bei der Stabilisierung des Kapitalismus das Relative immer stärker in Erscheinung tritt, so auch bei der Stabilisierung der Sozialdemokratie. In den meisten sozialdemokratischen Parteien zeigen sich in letzter Zeit Krisenerscheinungen, die sogar wie in Spanien. bis zur Spaltung führen. [700]

*

Der Parteitag der britischen Labour Party der in Margate im Oktober getagt hat, zeigte deutlich, wie die herrschende Führergruppe seit dem Generalstreik bewußt und planmäßig die Politik der Aufrechterhaltung und Stärkung der bürgerlichen Ordnung in Großbritannien betreibt, während die fortgeschrittenen Teile der Industriearbeiter, vor allen die Bergarbeiter, einen sich steigernden Widerstand gegen diese Politik entfalten.

Diese Gegensätze traten auf dem Parteitag der Labour Party deutlich in Erscheinung. Das Verhalten der Führer der Labour Party mit MacDonald, Thomas und Konsorten war hauptsächlich durch folgende Tatsachen gekennzeichnet, die keines Kommentars bedürfen: Absolute Verurteilung des Generalstreiks; Verurteilung des Bergarbeiterstreiks; Ablehnung jeder Hilfsaktion, wie Verhinderung des Kohlentransports (Embargo) und auch jeder materiellen Unterstützung der Bergarbeiter; Beharren auf dem Ausschluß der „kommunistisch verseuchten“ Ortsgruppen aus der Labour Party; Weitertreiben der Spaltungspolitik gegen links, Versöhnungs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie.

Die wachsende Opposition gegen die herrschende Führerschaft kam in einer Reihe von Tatsachen zum Ausdruck. Trotz des Ausschlusses der Kommunisten und der für sie eintretenden Ortsgruppen konnten auf dem Parteitag einige Kommunisten, so der Führer der Minderheitsbewegung Pollitt, und der Bergarbeiterführer Hornes die Kampfforderungen der Bergarbeiter zum Ausdruck bringen. Der Parteitag zollte ihnen große Aufmerksamkeit, während sich Thomas nur mit Mühe das Wort verschaffen konnte. Trotz der schon erfolgten Reinigung des Parteitags im Verlaufe der Wahlen zum Parteitag setzte sich noch immer eine sozialistische Minderheit für die Aufnahme der Kommunisten in die Labour Party ein. In der wichtigsten Frage, der Frage der Unterstützung des Bergarbeiterstreiks, ergab sich bei der Abstimmung über die Sabotage-Resolution des Parteivorstandes eine erhebliche Opposition, indem die Linie der Führerschaft nur mit 2.159.000 gegen 1.368.000 Stimmen durchdrang.

Die Opposition krankte an Ziellosigkeit und Schwanken. Die „Independant Labour Party („Unabhängige Arbeiterpartei“) spielte ihre historische Rolle der Unschädlichmachung der linken Strömungen. Ihr Auftreten innerhalb der Labour-Party-Führung war schädlich und phrasenhaft. Im übrigen konzentrierte sie sich auf eine akademische, Erörterung der Frage eines „Minimallohns“ (Brailford referierte darüber), eine Frage, die dahin gelöst wurde, daß – eine Kommission zu ihrer weiteren Erörterung eingesetzt wurde.

*

Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hielt am 31. Oktober und 1. November eine Tagung ab, welche die Partei nach einer Zeit schwerer Krise wieder zusammenleimen sollte. Das ist auch äußerlich gelungen, aber die innerlichen Widersprüche bestehen und entwickeln sich weiter.

Die Sozialistische Partei Frankreichs ist in den letzten Jahren ziemlich bedeutend gewachsen. Aber dieses Wachstum erfolgte auf Kosten des spezifischen Gewichts der Industriearbeiter in den Reihen der Partei. Der Zustrom kam von rechts, von den Massen der Kleinbürger und Mittelschichten, die in Frankreich eine große Rolle spielen. Die großbourgeoise Politik des Nationalen Blocks, welche die Mittelschicht allmählich expropriierte, trieb diese nach links. Die Sozialistische Partei, die sie zum

Teil aufnahm, orientierte sich nach ihren Bedürfnissen, indem sie sich mit der „linken“ Bourgeoisie zum Linkskartell zusammenschloß. Dabei fielen die Arbeiterforderungen durch. Dagegen begannen die Arbeiter zu rebellieren. Ihr Druck wirkte sich auch nach oben aus. Es kristallisierte sich der linke Flügel heraus (Wortführer Zeromski). Dieser Flügel übte wieder auf die herrschende Mittelgruppe der Partei (Leon Blum, Bracke, Paul Faure) einen Druck aus.

Zwei Faktoren waren es, dank denen nun die Partei auf der letzten Parteiratstagung wieder zusammengeleimt wurde. Der eine Faktor war die Bildung der allbürgerlichen Regierung von Poincaré bis Herriot, die ein Programm aufstellte und auch durchführte, das die Staatsfinanzen auf Kosten der werktätigen Massen brutal „saniert“. Infolgedessen blieb der sozialistischen Parteileitung nichts anderes übrig, als sich wieder selbständig zu machen und in die parlamentarische Opposition zu gehen. Der Parteirat faßte daher auch mit überwiegender Mehrheit den „kühnen“ Beschluß, bei den kommenden Senatswahlen mit eigenen Listen aufzutreten. Bei den Stichwahlgängen wird man wieder mit bürgerlichen Parteien Einheitslisten machen. Dies war die Versöhnung der Linken. Auf der anderen Seite versöhnte man die Rechten, indem man unter Hinweis auf die letzte Tagung der Zweiten Internationale in Zürich das Verbleiben Boncours als Vertreter der reaktionären Regierung Poincaré billigte. Und zwar – einstimmig billigte. Zeromski hielt zwar eine beinahe wilde Rede über den Völkerbund und die französische Außenpolitik, aber stimmte dann – für Boncours Verbleiben, das zur „Verbesserung“ des Völkerbundes beitragen solle Boncour selbst wiederholte erstens feierlich: „Wenn die Politik der Internationale und das Interesse meines Landes in Widerspruch kämen, so würde ich nicht das Interesse meines Landes opfern.“ (!) Er sagte ferner, daß die Sozialistische Partei keinen Beschluß fassen dürfe, der auf die (imperialistische) Außenpolitik der Poincaré-Regierung einen Verdacht werfen könnte. (!)

*

Auch in der Sozialistischen Partei Belgiens ist eine schleichende Krise vorhanden. Die Koalitions- und Völkerbundspolitik Vanderveldes ruft wach-[701]sende Unzufriedenheit in großen Teilen der Partei, so vor allem in der Brüsseler Organisation und in einer Reihe von schwerindustriellen Bezirken hervor. Schon vor einigen Monaten hatte die Brüsseler Organisation nach einer langen Diskussion die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags gefordert, in der Absicht, der Koalitionspolitik entgegenzuwirken. Aus einer Reihe von Organisationen kommen die Resolutionen die den Austritt der Sozialisten aus der Regierung verlangen. Vandervelde ist taub. Die belgische Regierung hat sich zur Antwort in eine Regierung der festen Hand mit besonderen Vollmachten zur Sanierung der Finanzen, natürlich auf Kosten der breiten Massen, verwandelt.

Die Gemeindewahlen in Belgien, die vor kurzem stattfanden, bedeuteten bereits eine erste Quittung der Arbeitermassen für die Koalitionspolitik. Die sozialdemokratischen Stimmen haben einen empfindlichen Rückgang gezeigt, während die Kommunistische Partei einen bedeutenden Fortschritt buchen kann. Die Wirkung dieser Wahlen zeigt sich bereits in einer Verschärfung der Krise in der belgischen sozialdemokratischen Partei. Ein linker Flügel beginnt sich herauszukristallisieren. Seine Ziele sind zwar noch unklar, aber der Druck der Massen wird die Auseinandersetzung über die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Vandervelde und de Bruckère auf die Tagesordnung der Gesamtpartei setzen.

Die spanische Sozialistische Partei spielt derzeit die Rolle, die in der Zweiten Internationale die ungarische Sozialdemokratie, die Horthy-Paktler und die bulgarischen Sozialverräter gespielt haben. Es ist nicht genügend bekannt, daß die sozialistische Partei Spaniens seit dem Herbst 1923 eine Politik der Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur Primo de Riveras betreibt. Diese Politik hat Früchte getragen. So wurde z. B. der sozialistische Führer Largo Caballero Staatsrat unter Primo de Rivera. Primo de Rivera übergab die Arbeitereinrichtungen kommunistischer Tendenz den Sozialisten als Geschenk. Die Sozialistische Partei war in der Praxis reaktionärer und korrupter als sogar die monarchistische Partei die die Forderung der Wiederherstellung der konstitutionellen Verfassung und ordnungsgemäße Parlamentswahlen fordert.

In Anbetracht der wachsenden Wirtschaftskrise und auch der Unzufriedenheit in Spanien hat nun Primo de Rivera das Surrogat einer „Nationalversammlung“ einberufen, in der neben Vertretern der

Partei Primo de Riveras, neben Industrie- und Handelsrepräsentanten 40 sozialistische Mitglieder Sitz und Stimme haben sollten. Ein neues Geschäft der korrupten sozialistischen Führer, die hinter dem Rücken der Massen einen Gegenseitigkeitspakt mit Primo de Rivera eingingen.

Nun kam es zur Rebellion in der Partei. Der volkstümliche Führer J. P r i e t o, ein strammer Demokrat (beileibe kein Revolutionär), lief gegen diesen schreienden Verrat Sturm. Die Regierung ihrerseits mobilisierte alles, um die offizielle Richtung der Sozialistischen Partei mit dem Professor J u l i a n B e s t e i r o an der Spitze zu unterstützen. Das Ende des Liedes war, daß die Nationalversammlung infolge des Protestes der Monarchisten nicht zusammentrat. Die Sozialistische Partei selbst aber wurde gespalten. Es bildete sich eine republikanisch-sozialistische Partei mit Prieto an der Spitze. welche die alten, übrigens durchaus reformistischen Anschauungen der Sozialdemokratie wieder aufnimmt.

W i e v e r h ä l t s i c h d i e Z w e i t e I n t e r n a t i o n a l e i n d i e s e r S a c h e? Genau so, wie sie sich im Falle der Horthy- und Zankow-Agenten verhalten hat. Sie schützt die offizielle verräterische Richtung, die mit der Militärdiktatur paktiert. Unter anderem hat das Organ der Zweiten Internationale, „Die Internationale Information, im Oktober einen beschönigenden Artikel des Herrn B e s t e i r o in der ganzen Presse verbreitet. Damit ist ihre Mitverantwortlichkeit festgestellt.

Noch einige Bemerkungen über die t s c h e c h i s c h e S o z i a l d e m o k r a t i e. Auf der letzten Tagung der Exekutive der Zweiten Internationale in Zürich wurden im Rahmen einer Kommission Versuche gemacht, die feindlichen Brüder, die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie, miteinander zu versöhnen. Das Sekretariat wurde beauftragt, weitere Versöhnungsversuche anzustellen. Nun haben Verhandlungen zwischen diesen zwei Sektionen der Zweiten Internationale stattgefunden. Diese Verhandlungen haben sich zerschlagen.

Die tschechische Sozialdemokratie hat sich klipp und klar geweigert, einer konkreten Plattform in der nationalen Frage, die sich gegen die Unterdrückung der Minderheit in der Schulpolitik, Beamtenpolitik, Bodenreform usw. richtet, zuzustimmen. Die tschechische Sozialdemokratie verharrt in loyaler Opposition zur gegenwärtigen Regierung und hofft, daß man sie wieder einlassen wird. Es ist charakteristisch, daß sie die neugebildete tschechisch-deutsche Klassenregierung der Bourgeoisie als nationalen Fortschritt bezeichnet, während sie zugleich nationale Forderungen, die auch nur im entferntesten das proletarische Interesse berühren, zurückweist.

Die Situation der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie ist ein Symbol für die Situation in der Zweiten Internationale überhaupt. P. L a n g.

*

Gewerkschaften

Aus der Beamtenbewegung

Im Oktober hielt der D e u t s c h e B e a m t e n b u n d seinen Bundestag ab, auf dem die Vereinigung mit dem christlichen Gesamtverband der Beamtengewerkschaften erfolgte. Die vereinigte Organisation, die den Namen Deutscher Beamtenbund beibehalten hat, zählt [702] mehr als eine Million Mitglieder. In der Hauptsache sind es untere und mittlere Beamte.

Diese Verschmelzung hat eine interessante Vorgeschichte, Sie ist das vorläufige Ergebnis einer erfolgreichen Einheitstaktik. Im Frühjahr dieses Jahres richtete der Deutsche Beamtenbund an alle übrigen Beamten-Spitzenorganisationen ein Angebot auf Vereinigung. Er nutzte dabei geschickt die in der Beamtenschaft vorhandenen Stimmungen aus. Die Christen, in deren Beamtenverbänden die Leute vom Schlage Stegerwalds und Behrens die Führung haben, waren klug genug, nicht gegen den Strom zu schwimmen. Sie haben durch diese Verschmelzung nichts verloren, sondern nur gewonnen. Zusammen mit dem bisherigen rechten Flügel werden sie im Bunde eine starke Position haben.

Dem A l l g e m e i n e n D e u t s c h e n B e a m t e n b u n d, der bekanntlich mit ADGB und Afa-Bund durch einen Organisationsvertrag verbunden ist, ist durch diese Taktik des Deutschen Beamtenbundes übel mitgespielt worden. Sein Einfluß auf die Beamtenschaft war seit Monaten stark im Schwinden.

Seine Mitgliederzahl hat stark abgenommen. Bei den Einigungsverhandlungen, die hinter den Kulissen geführt wurden, beherrschte der Deutsche Beamtenbund durchaus das Feld. Er war stark genug, sie schließlich an formalen Hindernissen scheitern lassen zu können. Noch während der Verhandlungen wechselte ein Teil der führenden Funktionäre vom ADB zum DBB hinüber, Ein anderer Teil tat diesen Schritt nur deshalb noch nicht, weil er dabei seine persönlichen Interessen nicht genügend gewahrt sah.

Die tieferen Ursachen dieser Abwanderung breiter Beamtenmassen von der freigewerkschaftlichen Bewegung liegen in erster Linie in dem Versagen der reformistischen und sozialdemokratischen Führung. Die „Zusammenarbeit“ der drei Spitzenorganisationen, ADGB, Afa und ADB, war in der Hauptsache nur niedrigstes Gezänk und Geraufe um die Mitglieder. Bei allen Auseinandersetzungen zwischen Beamten und Regierung wurden die Beamten regelmäßig im Stiche gelassen, ja sogar noch bekämpft. So mußte die Redensart von der Solidarität von Arbeitern, Angestellten und Beamten in den Augen der Beamten als elende Heuchelei erscheinen. Das mußte mit Notwendigkeit zur Abstoßung der Beamten von den Arbeitern führen.

Der Konzentrationsprozeß im Deutschen Beamtenbund wird weiter gehen. Mit den Hirsch-Dunckern und den höheren Beamten sind Verhandlungen im Gange. Aber mit jeder neuen Verschmelzung werden sich auch die Gegensätze im DBB. selbst verschärfen. Es sind dort jetzt schon die verschiedenartigsten Elemente zusammengekoppelt Was ne aber zusammenhält und in der nächsten Zukunft auch noch zusammenhalten wird, ist der mächtige Wille zur Einheit innerhalb der Beamtenschaft selbst.

Es ist falsch, in der Beamtenbewegung die abgebrauchen Begriffe „freigewerkschaftlich“ und „gelb“ schematisch anzuwenden. Der Deutsche Beamtenbund hat gewiß eine wirtschaftsfriedliche Ideologie. In Wirklichkeit hat er aber dieselbe Einstellung wie ADGB und Afa-Bund, nur spricht er offen und naiv aus, was diese mit Rücksicht auf die Arbeiter nicht so offen aussprechen können. Vergleicht man die programmatischen Erklärungen von ADB und DBB, so ist man überrascht von der Gleichartigkeit der Gedankengänge. Der Staat steht über den Klassen, der Beamte hat mehr Pflichten gegenüber der Gesamtheit als der Arbeiter (kein Streikrecht), Bekenntnis zur bürgerlich-demokratischen Republik usw. Das ist die Grundeinstellung beider Bünde. Die scheinradikalere Agitationsweise des ADB ist nur als das übliche sozialdemokratische Täuschungsmittel zur Irreführung der Massen zu bewerten.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hielt ebenfalls im Oktober eine Sitzung seines Bundesausschusses ab. Es ist charakteristisch, daß dort der preußische Ministerpräsident Braun dieselbe Rede halten konnte wie kurz vorher beim Deutschen Beamtenbund, und daß er denselben „stürmischen“ Beifall erhielt. Im übrigen stand im Mittelpunkt der Tagung der Konflikt mit – dem Parteivorstand der SPD Der ergreift nämlich durch seine Beamtenzentrale in einseitiger Weise Partei für den Deutschen Beamtenbund wo nicht wenige Sozialdemokraten in führender Stellung sind. Das liegt in seiner Koalitionspolitik begründet. Er will lieber eine ‚zufriedene“ Beamtenschaft, die Seinen Parteigenossen in Regierung und Verwaltung keine Schwierigkeiten macht, als eine durch aus Konkurrenzrücksichten „radikale“ Agitation „verhetzte“ Beamtenschaft. Auf dem Bundestag sind, die Führer des ADB als die starken Männer aufgetreten, die den Parteivorstand dazu zwingen wollen, die sozialdemokratischen Beamten zum Beitritt zum ADB zu verpflichten. Das ist natürlich nur eine der üblichen, lächerlichen Kraftmeiereien dieser Leute. Eine ernstere Wendung könnte der „Konflikt“ nur dann nehmen, wenn ADGB und Afa wirklich hinter dem ADB ständen. In Wirklichkeit denken die Leipart und Aufhäuser natürlich nicht daran, wegen einer Handvoll von Beamten, für die sie nie das Geringste übrig gehabt haben, einen ernsten Konflikt mit dem Parteivorstand heraufzubeschwören.

Der Zusammenbruch des ADB ist der Bankrott der reformistischen Dreisäulentheorie. Wir waren seinerzeit gegen die Gründung des ADB und sagten voraus, daß durch diese Organisationspolitik die Beamten den Arbeitern nicht nähergebracht sondern von ihnen getrennt werden. Aber das Kernproblem ist immer wieder das völlige Versagen der reformistischen Gewerkschaftsführung bei den Kämpfen der Beamten um ihre Existenz. Mit ihrer hinterhältigen, zweideutigen und oft auch offen beamtenfeindlichen Politik haben die Führer der freien Gewerkschaften die Beamten wieder in

die [703] Absonderung getrieben und damit den herrschenden Klassen unschätzbare Dienste geleistet. Es hat keinen Zweck, sich Illusionen zu machen. Die überwältigende Mehrzahl der Beamten ist für die freigewerkschaftliche Bewegung, so wie sie heute ist, endgültig verloren. Nicht verloren aber sind sie für den Klassenkampf. Unsere Partei besitzt bei den Beamten nicht geringe Sympathien, und zwar gerade darum, weil wir den Reformismus heftig bekämpfen und vom proletarischen Klassenstandpunkt aus die Forderungen der Beamten so energisch vertreten und unterstützen. Verstehen wir es außerdem, in den Beamtenverbänden unsere Kräfte taktisch klug einzusetzen und dem heute faktisch so gut wie führerlosen und desorientierten proletarischen und linken Flügel eine wirkliche Führung zu geben, so kann das in gewissen entscheidenden. Situationen von ausschlaggebender Bedeutung sein. B r e c h e n m a c h e r.

*

LITERATUR

Ultramarxismus

F r i t z S t e r n b e r g: „D e r I m p e r i a l i s m u s." M a l i k-V e r l a g, B e r l i n. 6 1 4 S e i t e n.

„Dieses Buch will ein marxistisches Buch sein. Die entscheidenden Marxschen Grundgedanken sind auch die seinen. Aber der Weg zu diesem Ziel, zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zur klassen- und mehrwertfreien Gesellschaft ist von Marx nicht in allem richtig gesehen worden, und dies vor allem aus dem Grunde, w e i l seine Analyse der industriellen Reservearmee, des Arbeitslohns, des Akkumulationsprozesses des Kapitals unter einer Voraussetzung konzipiert war, die bisher noch niemals verwirklicht worden ist, daß es auf der ganzen Erde nur kapitalistisch produzierende Volkswirtschaften gäbe." (! S. 7.)

Nach diesen prahlerischen Erklärungen wird im Vorwort mitgeteilt, daß „dies Buch nicht n u r eine Fortsetzung des Marxschen Kapitals ist". Rosa L u x e m b u r g und vorher R o d b e r t u s haben das Problem des „nichtkapitalistischen Raumes" zuerst gesehen. Der Verfasser verspricht im Vorwort, Marx auf Grund von Rosas Entdeckungen umzuarbeiten. Kein Stein des Marxschen Baues soll unberührt bleiben ...

Über L e n i n s Theorie des Imperialismus wird mitgeteilt: „Man wird in diesem Buche vergeblich eine Auseinandersetzung expressis verbis mit dem Werke Lenins suchen." Begründung: „Zu unserem Thema ist in deutscher Sprache lediglich seine Broschüre Der Imperialismus" erschienen ... Mit einem Manne solchen Formats darf man sich nur auf Grund seines Gesamtwerks auseinandersetzen, nicht auf Grund einer einzelnen Broschüre." (S. 9.) Es ist klar: Von einem „Theoretiker" vom Format eines Sternbergs kann man nicht erwarten, daß er den Grundgedanken Lenins aus seiner Schrift über den Imperialismus allein begreift. Eine „Broschüre" von Lenin, bloß 112 Seiten – was ist das gegen Sternbergs 600 Seiten?

*

Nun zum Inhalt: Der Trick des Verfassers ist, durch eine neue, der modernen bürgerlichen Soziologie und zum Teil der bürgerlichen Ästhetik entnommene Terminologie den Schein vorzutäuschen, daß gedanklich etwas über Rosa Luxemburgs bekannter Theorie von den „dritten Personen" hinaus geboten würde. In Wirklichkeit wird Rosa Luxemburgs an sich fehlerhafte (aber in all ihrer Fehlerhaftigkeit und Einseitigkeit fesselnde und anregende und deshalb fruchtbare) Auffassung stark v u l g a r i s i e r t. Sternberg, der Vulgär-Luxemburgianer, stellt das Problem so: Marx wollte die industrielle Reservearmee innerhalb des kapitalistischen Systems selbst begreifen. Die heutige industrielle Reservearmee ist aber nur durch die Surplusbevölkerung zu erklären, die durch „Kapitalexpansion" eines kapitalistischen nach einem nichtkapitalistischen Lande erzeugt wird. „Kapitalexpansion" = „Einbruch in den nichtkapitalistischen Raum" ist überhaupt das Zauberwort, das für unseren Verfasser alles erklärt. Erstens ist der Ausdruck v e r s c h w o m m e n und ist daher für „Ultra-Marxisten" p r ä z i s e n und k o n k r e t e n Begriffen wie Kapitalexport vorzuziehen, weil er alles (und darum nichts) erklärt. Zweitens ist der Ausdruck dem Gedankenschatz Kautskys entnommen. Was den geistigen

Standort der Theorie überhaupt beleuchtet, wenn auch. die Zusammenhänge dem Verfasser wahrscheinlich unbekannt geblieben sind.

Nachdem die ökonomische Fragestellung Rosa Luxemburgs nach dem Ursprung der Kapitalakkumulation in eine Frage nach der geographischen Herkunft der industriellen Reservearmee umgewandelt worden ist (eine Fragestellung, die nur verrät, daß der Verfasser von Marx' Problemstellung trotz seitenlanger Zitate nicht viel verstanden hat) – wird die Frage des Arbeitslohns im Imperialismus besprochen. (S. 50-83.) Das soll eine Polemik gegen die marxistische Lohntheorie sein. Da der Verfasser von Lenins Theorie über die besondere Funktion der Arbeiteraristokratie im Zeitalter des Imperialismus nichts wissen will (die „Broschüre" wird von ihm keiner Beachtung gewürdigt), kann er zur tiefen Weisheit kommen, daß ein Teil der Arbeiterschaft auf das Lebensniveau des Mittelstandes gekommen ist." Sternberg hebt ausdrücklich hervor, daß nicht [704] nur eine Arbeiteraristokratie ein mittelständisches Niveau erreicht hat! (S. 67.) Es folgen Selbstverständlichkeiten über die Variationsmöglichkeiten der Lohnhöhe während des Imperialismus, die unser „Ultra-Marxist" stets als weltgeschichtliche Entdeckungen auftischt. Die „Schonzeit", während welcher der Wert der Arbeitskraft sich „bis zu der Grenze erhöhen kann, die es der Arbeiterschaft gestattet, in größerem Umfange (!) selbst Kapital zu akkumulieren" (S. 62) – ist glatter Unsinn. Der Verfasser gibt mit dieser Formulierung nichts weniger zu, als daß seiner Ansicht nach die Arbeiter, sogar die Arbeiterschaft, wohl in ‚kleinerem Umfange' Kapital akkumulieren können!!" Wohlgemerkt: Die Arbeiterschaft akkumuliert Kapital! Damit wird Marx endlich so weit „vertieft" und „fortgesetzt", bis der Verfasser glücklich bei Ford gelandet ist.

*

Das Kapitel „Die ökonomische Krise im Imperialismus" ist im großen und ganzen eine Wiederholung von Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie in prahlerisch-schöngeistiger Aufmachung. Die Originalität des Verfassers besteht in solchen Ausdrücken wie: „Das Problem des Zusammenhangs der erweiterten Reproduktion mit dem Einbruch in den nichtkapitalistischen Raum ist methodisch von Rosa Luxemburg entdeckt worden." Über Rosas Kritik der Schemata heißt es: „Wir halten ihre Kritik der Marxschen Schemata in allen entscheidenden Punkten für richtig und begründet." (S. 87.)

Was ist dazu zu sagen? Die elementare Pflicht eines Luxemburg-Schülers wäre es gewesen, sich mit Bucharins Kritik der Rosa Luxemburgschen Akkumulationstheorie in ausführlicher und gründlicher Weise auseinanderzusetzen.

Wenn der Verfasser sich von den typischen bürgerlichen Marx-Kritikern dadurch unterscheidet, daß er nicht nur Band I des „Kapitals", sondern auch Band II und Band III gelesen hat, was durch seitenlange Zitate bestätigt werden soll, so krankt seine ganze „Krisentheorie" doch daran, daß er allem Anschein nach die entscheidenden Ausführungen Marx' in den „Theorien über den Mehrwert" überhaupt nicht kennt! Jedenfalls werden diese – außer eines gelegentlichen Zitats (S. 156) – mit keinem Wort berücksichtigt. Die Grübeleien des Verfassers (die übrigens an und für sich von Scharfsinn zeugen) über die Beziehungen zwischen Abteilung I und II und seine wunderliche These, „Produktionsmittel sind latente Konsumtionsmittel", wären überflüssig gewesen, wenn er sich die Mühe gegeben hätte, die Ausführungen von Marx in den „Theorien über den Mehrwert" durchzuarbeiten

Im Gegensatz zu Lenin meint Sternberg, daß „zwischen imperialistischem Vorstoß und Übergang des Kapitalismus zu Monopolorganisationen keine eindeutige parallele Beziehung in den entscheidenden imperialistischen Staaten besteht; sie bestand vor allem bis zum Weltkrieg nicht". (S. 182. Voss Verfasser gesperrt.) Und diese Weisheit wird durch folgenden himmelschreienden Unsinn bewiesen: „Das Land mit der stärksten Konzentration, die der Kapitalismus bis heute erreicht hat, die Vereinigten Staaten, war vor dem Kriege infolge seines eigenen kolonialen Charakters (!) erst in den Beginn der imperialistischen Phase getreten." Lenins Auffassung sei daher „wissenschaftlich unhaltbar".

Der zweite „empirische" Teil des Buches (S. 403 bis 582) enthält eine wahllose Zusammenstellung von bürgerlich-statistischem Material. Sicherlich kann man von keinem Verfasser erwarten, dieses

Material allein zu sammeln. Aber eine kritische Auswertung ist wohl möglich und auch von jedem zu fordern, der als „Marxist“ gelten will. Der Ultramarxist hat aber keine konkreten Untersuchungen nötig. Er konstruiert ...

„Ultramarxismus“ – Expressionismus – Frankfurter und Heidelberger bürgerliche Soziologie ergeben als Resultat ein dickes Buch, das vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus nur als B l u f f bezeichnet werden kann. Da aber in der Partei für die F o r s c h u n g s a r b e i t und für das rege theoretische Leben überhaupt noch viel zu wenig getan wurde, besteht die Gefahr, daß einige Genossen den Bluff nicht gleich durchschauen werden. (Eine unserer Parteizeitungen hat schon das Buch als eine „wichtige Erscheinung in der marxistischen Literatur“ begrüßt.) So sehr wir jeden ernstgemeinten Versuch auch zur Selbstverständigung in den Grundproblemen des Marxismus begrüßen, so muß auch jede Nachahmung derartiger Versuche entschieden bekämpft werden.

A d a l b e r t F r i e d.

[705]

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 1. Dezember 1926 * Heft 23

Unternehmertum und Arbeiterschaft im letzten Wirtschaftsaufschwung

B e r l i n, 1. Dezember

⊥ Einzelne Zweige der deutschen Wirtschaft befinden sich seit einiger Zeit in einer ausgesprochenen Hochkonjunktur. So liegt seit Juli 1926 die Steinkohlenproduktion Monat für Monat über dem Monatsdurchschnitt des letzten Vorkriegsjahrs, eines Jahres stärkster Konjunktur. Von größerem Gewicht aber ist noch die Tatsache, daß die Profitbilanz für die deutschen Kohlenunternehmer eine noch viel günstigere Entwicklung genommen hat, als man aus der bloßen Bewegung der Förderzahlen folgern kann. Folgende Umstände, von denen jeder einzelne geeignet ist, die Profite zu erhöhen, trafen in diesem Zeitabschnitt zusammen: Die Ausbeutung der Arbeitskraft im Bergbau ist auf Grund der Intensivierung der Arbeit stark gestiegen. Daher wird mit einer geringeren Belegschaft als in der Vorkriegszeit gegenwärtig mehr Kohle gefördert, als es im letzten Vorkriegsjahr der Fall war. Gleichzeitig sind jetzt die Ausgaben für Löhne verhältnismäßig niedriger als im letzten Vorkriegsjahr. Die Preise wiederum, und zwar die Preise für ausgeführte Kohle, sind kräftig in die Höhe geschnellt. So wird jetzt Ruhrkohle in England bis zu 95 Mk. die Tonne verkauft gegen 15–19 Mk. Weltmarktpreis bei Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks. Ausgeführt wurde aber Kohle aus Deutschland in den letzten Monaten in solchen Mengen, daß in Deutschland selbst Kohle knapp geworden ist. Im dritten Vierteljahr 1926 betrug die reine Kohlenausfuhr rund 11 Millionen Tonnen gegen rund 1,5 Millionen Tonnen im Vierteljahrsdurchschnitt 1925 und gegen rund 1,5 Millionen Tonnen im Vierteljahrsdurchschnitt 1913. Die Gewinne der deutschen Kohlenbarone sind auch märchenhaft: die riesigen Haldenbestände, die einen Wert von etwa 150 Millionen Mark repräsentierten, faktisch aber totes Kapital waren, sind verwertet worden, dieses ehemalige tote Kapital erscheint jetzt in der Gewinnbilanz der Zechen. Hinzu treten die großen Gewinne aus der laufenden Produktion. Auf diese Weise konnten die Kohlenunternehmer ihre früheren Bankschulden rasch löschen, Bankguthaben anlegen und ebenso in anderen Formen Kapitalreserven für künftige Zeiten ansammeln.

[706] In einem gewissen stärkeren Abstande zwar, aber in einer ähnlichen Richtung haben sich die Verhältnisse bei der Eisenindustrie entwickelt. Die Rohstahlproduktion hatte im Juli die Walzwerkerzeugung im September und die Roheisenproduktion im Oktober – letztere zum ersten Male in der Nachkriegszeit – den Monatsdurchschnitt des letzten Vorkriegsjahrs überschritten. Hier ergaben sich ebenfalls vergrößerte Gewinne nicht allein auf Grund der erhöhten Produktion, sondern auch infolge der gestiegenen Weltmarktpreise. Auch in der Eisenindustrie sind ähnlich wie im Bergbau in der letzten Periode mächtige finanzielle Reserven angesammelt worden, von denen jetzt ein Teil zur Erneuerung und Modernisierung der Anlagen, zur Hebung der Konkurrenzkraft verwendet werden soll.

Die chemische Industrie wiederum hat während des letzten Wirtschaftsaufschwungs ihre Sonderstellung, die ihr Monopolprofite bringt, weiterhin ausbauen können. Von der chemischen Industrie geht seit langem der Hauptantrieb zu den Veränderungen aus, die eine Umwälzung der gesamten Kraft- und Rohstoffwirtschaft bringen sollen, Umwälzungen, die sich nicht allein auf Deutschland beschränken, sondern auch auf die übrige Welt übergreifen werden. In der letzten Periode war nun diese Industrie besonders emsig daran, ihre weit ausholenden Expansionspläne einen kräftigen Schritt vorwärts zu bringen. Symptomatisch dafür ist unter anderm auch die Tatsache, daß die wirtschaftspolitisch rührigsten Machtgruppen der Welt, die angelsächsischen Ölkonzerne, mit der IG Farbenindustrie auf einer Basis verhandeln, die der IG gegen Kompensationen auch Einflußnahme in der speziellen Machtsphäre der Ölweltkonzerne gewähren soll. Im allgemeinen konnte die chemische Industrie in der letzten Periode ihren Reservefonds, aus dem sie ihre weittragenden Pläne finanzieren will, stärken.

Die anderen Zweige der deutschen Wirtschaft können in der letzten Zeit allerdings nicht auf annähernd solche Fortschritte zurückschauen, wie die hier erwähnten. Aber bis auf wenige Ausnahmen haben sie im letzten Vierteljahr die Wirtschaftsintensität der vorhergegangenen Periode überschritten, dabei ebenfalls in einem viel stärkeren Maße profitmäßig als produktionsmäßig. Die letzte deutsche

Wirtschaftsentwicklung stand im allgemeinen im Zeichen einer Tendenz fortschreitender Kapitalbildung. Die Depositen der Großbanken sind stark angewachsen, ebenso die entsprechenden Posten bei den Hypothekenbanken, ebenso die Sparkasseneinlagen. Der starke Kapitalbedarf der deutschen Aktiengesellschaften wurde in steigendem Maße vom inländischen Markt gedeckt. Die Vorgänge auf der Börse widerspiegelten den stärkeren Aufschwung der deutschen Kapitalmacht in der letzten Periode. Der Kurswert des Nominalkapitals der rund 950 in Berlin gehandelten Aktienwerte in Höhe von insgesamt 109 Milliarden Reichsmark stellte sich am 31. Dezember 1925 auf 7,37 Milliarden Reichsmark und am 30. Oktober 1926 auf 16,80 Milliarden Reichsmark.

[707] Allerdings sind verschiedene Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftskonjunktur Deutschlands keine festen. Die augenblickliche Konjunktur steht vor allem in einem innern Zusammenhang mit dem englischen Bergarbeiterstreik. Eine zweite unsichere Grundlage ist darin zu sehen, daß der gegenwärtig lebhaftere Wirtschaftsgang zum Teil auch auf die in letzter Zeit in reicherem Maße nach Deutschland hereingekommenen ausländischen Wirtschaftskredite zurückzuführen ist. Weiter bleibt als konjunkturhemmendes Moment der Reparationsdruck bestehen. Schließlich sind hier noch die Tendenzen zu erwähnen, die zu einer Einengung des Innenmarkts führen. Die Bemerkung des Reichswirtschaftsministers Curtius, daß 8 Millionen der deutschen Bevölkerung „ohne wesentliche Kaufkraft“ sind, charakterisierte treffend die Verfassung dieses Marktes.

Große Teile des sogenannten städtischen Mittelstandes, Angestellte mit niedrigen Gehältern und Gewerbetreibende, die von der Kaufkraft der Arbeiterschaft abhängig sind, verarmte Rentner, Kleinbauern, Pächter, Landarbeiter und schließlich die industrielle Arbeiterschaft bilden das Millionenheer dieser Schichten „ohne wesentliche Kaufkraft“. Der Reichstagspräsident Lobe schilderte anläßlich der republikanischen Tagung in Frankfurt das Los dieser Schichten folgendermaßen:

„Anders als früher vollendet sich heute der Lebenslauf der Überzahl: Millionen altern in lebenslänglicher Abhängigkeit, ohne daß sie die Altersrente vor dem Armenhaus bewahrt, ohne daß sie ihre Kinder versorgen können. Die Hauptträger der Wirtschaft wohnen in den schlechtesten Wohnungen; ihre Arbeitsstätten gleichen Gefängnissen; ihre Kleidung ist verschlissen. Unzählige Millionen Deutschen weicht die Frage nicht aus dem Hirn: wofür lebe ich?“

Diese Darstellung der Lage der Massen Deutschlands von seiten des Sozialdemokraten ist richtig. In ihr ist gleichzeitig ein vernichtendes Urteil seiner Partei enthalten, die ihre Politik in der Richtung einstellt, die nur dieses Massenelend zu „stabilisieren“ geeignet ist. Die Ereignisse in der letzten Periode bestätigen es in besonders krasser Weise. Vor allem war in diesem Teilabschnitt die These der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer hinsichtlich der Rationalisierung auf die Probe gestellt. Sie lautet bekanntlich: Die Rationalisierung ist ein fortschrittlicher Prozeß, gegen deren Durchführung sich die Arbeiterklasse nicht stemmen darf. Die Arbeiterklasse hat vielmehr zunächst, wie es besonders eingehend und wiederholt das Vorstandsmitglied des ADGB, Eggert, ausgeführt hat, selbst „erhebliche Opfer“ auf sich zu nehmen, damit der Rationalisierung schließlich ein voller Erfolg beschieden sei. Um so mehr werde sich die Arbeiterklasse bei Erfolgen, die sich im Verlaufe der Rationalisierung einstellen, entschädigen können. Nun hat die deutsche Bourgeoisie in der letzten Periode wirtschaftliche Erfolge, mögen sie neben der Rationalisierung auch auf außergewöhnliche Umstände zurückzuführen sein, im reichsten Maße zu verzeichnen. Die Unternehmer konnten hier aus dem Vollen schöpfen. Wie gestalteten sich nun die Verhältnisse [708] in derselben Zeit für die Arbeiterklasse, welchen Anteil hatte sie an den Erfolgen der Rationalisierung und der Konjunktur? Die Antwort auf diese Frage gibt gleichzeitig Anhaltspunkte dafür, wie es mit der These der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bürokratie hinsichtlich der Rationalisierung in der Wirklichkeit bestellt ist.

Man kann innerhalb der Arbeiterklasse für die letzten Monate eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit feststellen, aber diese Verminderung hat nicht mit der Zunahme der Produktion entsprechend Schritt gehalten. In den letzten Wochen hat die Abnahme der Arbeitslosigkeit ein verlangsamtes Tempo eingeschlagen, in der Woche zum 20. November ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin wieder gestiegen. Der Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger in Deutschland war in den letzten neun Monaten nicht unbedeutend (Von 2,06 Millionen am 15. Februar 1926 auf 1,34

Millionen am 15. Oktober 1926.) Aber nur ein Teil der ehemaligen Hauptunterstützungsempfänger fand im Produktionsprozeß Unterkunft, der andere fiel der Armenpflege anheim. „Durch solches Ausscheiden der Arbeitslosen sieht die Zahl der Unterstützten zwar gemindert aus; die Not aber ist gemehrt.“ (Professor Hirsch im „Berliner Tageblatt“.) Der in letzter Zeit durchgeführte Abbau der Erwerbslosenunterstützung in den verschiedensten Formen – das Ausgesteuertenproblem wird zu einer immer brennenderen Frage – bringt eine weitgehende Verschlechterung der sozialen Lage der gesamten Arbeiterklasse. Überdies erhält jetzt die Erwerbslosigkeit noch durch die bloße Tatsache ihrer langen Dauer – der zweite Winter von Millionenerwerbslosigkeit in Deutschland – ein besonderes und neuartiges Schwergewicht.

Aber auch die Lebensverhältnisse der Arbeiter, die im Betrieb stehen, haben sich in der letzten Periode neuerdings verschlechtert. Vor allem wird mit der Arbeitskraft Raubbau getrieben. Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ betrug die Zahl der Krankenziffern – in Prozenten der Belegschaft gerechnet – im Juni 5,83, Juli 6,54, August 7,80, September 8,95 Prozent. Zu der erhöhten Zahl der Kranken trat noch eine Erhöhung der Unfälle hinzu. Die Unfallziffern im Bergbau zeigen folgendes Bild: erstes Vierteljahr: Gesamtzahl der Unfälle 15.534, auf 1000 Beschäftigte 49,55, tödliche Unfälle 180, auf 10.000 Beschäftigte 5,74; im zweiten Vierteljahr lauteten die entsprechenden Zahlen: 15.115, 46,59, 210, 6,47; im dritten Vierteljahr: 21.789, 62,98, 209, 6,04.

Ferner besteht der Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit. In der chemischen Industrie wird bis zu 14 Stunden pro Tag gearbeitet, in der Textilindustrie bürgert sich die 60-Stunden-Woche immer stärker ein, im Bergbau sind 10 bis 12 Überschichten im Monat keine Seltenheit. Nach einer Statistik des Metallarbeiterverbandes wurden allein in einer Woche in 50 Orten mit 234 Betrieben und 145.573 Arbeitern 1.167.751 Überstunden geleistet. Gleichzeitig dürfte der Reallohn der im Betrieb befindlichen Arbeiter in der letzten Periode eher gesunken sein. Die Nominallöhne sind in Deutschland im großen und ganzen in [709] dieser Zeit gleich geblieben, die Preise, da in erster Linie die ausschlaggebenden Lebensmittelpreise, gestiegen, was im Endresultat eine Senkung des Reallohns bedeutet. Berichtet wurden aber auch aus verschiedenen Teilen des Reiches willkürliche Herabsetzungen der Tariflöhne. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Arbeiter von den Erfolgen der Rationalisierung und der Konjunktur nur wenig zu merken bekommen haben.

Die Unternehmer haben ihre Absicht, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu senken, für keinen Fall aber Verkürzung der Arbeitszeit und stärkere Erhöhung der Löhne zuzulassen, in zahlreichen Dokumenten bekanntgegeben. (Unter anderem drohen sie in diesem Zusammenhang mit einer „neuen Rationalisierung“.) Wesentlichsten Antrieb zu dieser Wirtschaftspolitik der Unternehmer bildet folgendes Moment: Infolge der Unsicherheit verschiedener Grundlagen der gegenwärtigen Konjunktur sind die Unternehmer daran, durch Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse die Voraussetzungen für eine Behauptung ihrer bisher erreichten Weltmarktposition – dies wiederum Voraussetzung für eine aktivere imperialistische Politik – auch bei objektiv ungünstigeren Weltmarktbedingungen als gegenwärtig sich zu sichern. Die gewerkschaftliche Bürokratie wiederum hat durch ihr Verhalten bei verschiedenen Streiks in der letzten Periode den Beweis erbracht, daß sie entschlossen ist, diese Wirtschaftspolitik der Unternehmer mit aller Kraft zu unterstützen, daß sie gewillt ist, die Versuche der Arbeiter, ihre Lebenshaltung zu bessern, auch in Zeiten der Konjunktur und der Rationalisierungserfolge zu unterbinden. Es hat sich also in der letzten Periode, in einer Periode stärkster Rationalisierungs- und Konjunkturgewinne, die These der Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, daß Erfolge der Rationalisierung der Arbeiterschaft gewissermaßen „automatisch“ zugute kommen werden, nicht nur nicht bewährt, sondern diese Bürokratie hat durch ihre eingeschlagene Politik alles dazu getan, um diese, ihre These, Lügen zu strafen.

Die Tatsache nun, daß die Erwerbslosigkeit gegenwärtig viel drückender geworden ist, ebenso, daß sie jetzt endgültig nicht mehr als ein bloß vorübergehendes Moment einer Anfangsperiode der Rationalisierung erscheint, ist geeignet, die erwerbslosen Millionenmassen in Bewegung zu setzen. Ebenso sehen sich die im Betrieb verbliebenen Arbeiter in ihren Hoffnungen hinsichtlich der Auswirkungen der Rationalisierungserfolge, die von den Gewerkschaften genährt wurden, betrogen. Gleichzeitig wird ihnen der Druck, den die Reservearmee der Arbeitslosen auf ihre Lebensbedingungen ausübt,

immer deutlicher. So macht nicht nur ihre frühere Passivität einem immer stärker werdenden Willen zur Aktivität Platz, auch die Notwendigkeit des einheitlichen, geschlossenen und planmäßigen Zusammengehens mit den Erwerbslosen wird den im Arbeitsprozeß Stehenden immer mehr bewußt. Die Frage der Arbeitszeit, die Wiedererlangung des „unelastischen" Achtstundentags wird in diesem Zusammenhang zum wichtigsten Angriffspunkt der Bewegung der Arbeiterklasse. [710]

*

Die Ergebnisse der XV. Parteikonferenz der KPdSU

Von J. Jaroslawski

Zehn Monate sind seit der Zeit des XIV. Parteitags verstrichen, auf dem die neue Opposition aufgetaucht war. Auf viele in unserem Lande und in den proletarischen Parteien anderer Länder machte der Umstand einen besonders starken Eindruck, daß die Opposition im Namen einer der größten proletarischen Organisationen sprach, die in der Sowjetunion der Größe und Bedeutung nach an zweiter Stelle stand, der Leningrader Organisation. Es schien vielen – und dessen versicherten uns die Führer der Opposition –, daß die Genossen Sinowjew, Kamenew und andere alle Berechtigung hätten, im Namen des organisierten Leningrader Proletariats zu sprechen.

Es bedurfte allerdings nur einer kurzen Zeit, um zu beweisen, daß das Leningrader Proletariat die Anschauungen der Opposition nicht teilt. Jedoch die Tatsache des Auftretens fast der gesamten Leningrader Delegation gegen die Beschlüsse des XIV. Parteitags, die Tatsache der Bildung einer neuen Opposition flößten beängstigende Befürchtungen ein, daß die Oppositionsstimmungen in der Partei sehr weit gehen könnten, daß tatsächlich eine derartige Unzufriedenheit mit der Linie der Partei bestehe, daß sie zum Anschluß mehr oder minder bedeutender Schichten der Partei an die neue Opposition führen könnte.

Es besteht auch kein Zweifel daran, daß auf viele Mitglieder der Kommunistischen Partei der Umstand einen starken Eindruck machte, daß an der Spitze der Opposition Leute mit solchem Namen und einer solchen Autorität wie die Genossen Sinowjew, Kamenew usw. standen, mit Namen und Autoritäten, die ihnen die Kommunistische Partei und ihre Beteiligung an der proletarischen Revolution verschafft hatte.

Trotz der schrecklichen Niederlage, die die Opposition auf dem XIV. Parteitage und bald nach dem Parteitage in Leningrad selbst erlitten hatte, trotz der ziemlich einmütigen Verurteilung der Linie der Opposition entwickelte sich ihre Tätigkeit im Verlaufe von neun Monaten immer mehr. Schon bald nach dem XIV. Parteitag begann die Mobilisierung der oppositionellen Kräfte, ihre Vereinigung zum Oppositionsblock auf Grund der von den Oppositionsführern, den Genossen Sinowjew und Kamenew, bereits auf dem XIV. Parteitage unternommenen Aufforderung. Schon auf dem April-Plenum des ZK und der ZKK wurde es klar, daß ein Block zwischen den Trotzkisten und der neuen Opposition in Bildung begriffen war. Auf dem Juli-Plenum des ZK und der ZKK wurde dieser Block bereits als ein ernst zu nehmender und auf lange Zeit berechneter Block ausgerufen. In allen Fragen der Parteipolitik wurden besondere Resolutionen, Plattformen und Erklärungen formuliert, das im Keime befindliche Programm einer neuen Partei.

Eine konspirative Organisation sowie die propagandistische und agitatorische Arbeit der neuen Opposition entwickelten sich mit jedem Tage immer breiter, die Angriffe auf die Partei wurden immer stürmischer und kühne: Tatsächlich ging die Bildung einer neuen Partei im Schoße der KPdSU vor sich und umfaßte bereits hier und dort Parteilose, die sogar zu geheimsten organisatorischen Arbeiten der Opposition herangezogen wurden. Der Einfluß dieser neuen Opposition war natürlich bedeutend größer auf die Schichten außerhalb der Partei als auf die Schichten in der Partei, dies ist jetzt völlig klar, Außerhalb der Partei, besonders unter den Feinden der [711] KPdSU, erweckte die neue Opposition unverhohlene Freude und kühnste Hoffnungen auf die Überwindung der Diktatur der KPdSU oder, wie die Opposition unsere Partei nannte, der „Stalinschen Fraktion". Die Sprache der Opposition war in einer ganzen Reihe von Dokumenten bereits schwer von der Sprache des „Sozialistischen Boten" und manchmal auch schwer von der Sprache der unmittelbaren Klassenfeinde zu unterscheiden.

Die Führer der Opposition selbst bestimmten den Plan des Generalangriffs auf die Positionen der Partei im Oktober. Im Oktober sollte die Opposition aus der Konspiration hervortreten. Es waren bestimmte Drohungen zu vernehmen: „Wir werden es euch zeigen! Wir werden schon sehen, was die Genossen von den Putilow-Werken in Leningrad sagen werden! Wir werden schon sehen, was die Genossen der Moskauer Vorstadt Krassnaja Pressnja sagen werden! Wir werden schon sehen, was die Arbeiter von Charkow sagen werden!“ Man ging daran, „das ZK. auf beide Schultern zu legen“, man bereitete sich darauf vor, „im Herbste die Schlacht zu schlagen“.

Und nun kam der Oktober. Der Oktober 1926 war ein Monat des Sieges der Kommunistischen Partei über jene, die es versuchten, die Festigkeit ihrer Reihen zu erschüttern und sie vom erprobten Leninschen Wege abzudrängen. Die Oktobertage des Jahres 1926 sind Tage der größten Niederlage der vereinigten neuen Opposition. Noch niemals in der Geschichte unserer Partei hat eine Opposition eine solche Niederlage, eine solche ideologische Zermalmung erfahren.

Die XV. Parteikonferenz der KPdSU hat gezeigt, daß die Opposition die Lehren aus dieser Niederlage noch nicht endgültig gezogen hat. Die Opposition begreift nicht, daß ihre Niederlage nicht nur ein Ergebnis dessen war, daß die ideologische Einstellung ihres Programms nichts mit der Linie der Leninschen Partei gemein hat, daß diese Niederlage das Ergebnis einer ungeheuren Arbeit war, die von den Mitgliedern der KPdSU in der letzten Zeit, besonders nach dem XIV. Parteitage, geleistet worden war. Tatsächlich sind denn auch noch nie Beschlüsse der Partei so durchgearbeitet und so studiert worden wie nach dem XIV. Parteitage. Noch niemals haben die Parteimitglieder Parteibeschlüsse so eifrig studiert und ihre Richtigkeit vom Standpunkte der Lehre Lenins überprüft wie nach dem XIV. Parteitage. Noch niemals hat eine solche Menge von Parteimitgliedern die Protokolle und Beschlüsse von Parteitagungen so studiert wie jetzt die Beschlüsse des XIV. Parteitags und der Plenartagungen des ZK und der ZKK im April und im Juli 1926.

Das Aktivum der Partei ist um ein Mehrfaches gewachsen. Das schändliche Verhalten der Opposition gegenüber dem „Apparate“ der Partei bedeutet, daß die Opposition einfach nicht einmal das begreift, daß der Apparat der Partei zumindest 300.000 Parteimitglieder sind, mehr als ein Drittel der Parteimitgliedschaft, die aktivsten, bewußtesten, das gesamte Parteileben leitenden Parteimitglieder. Und diese aktiven Parteigenossen entscheiden natürlich, wobei sie die richtige Linie verfechten.

Die XV. Parteikonferenz trat nach der geschichtlichen Erklärung der sechs dem ZK angehörenden Oppositionsführer vom 16 Oktober zusammen. Die Partei wollte in dieser Erklärung nicht nur eine Lossagung vom Fraktionskampf mit Fraktionsmitteln sehen, die Partei wollte, daß die Opposition auch ihre ideologischen Fehler eingestehe – die Partei hätte diese Fehler verzeihen können, wie sie denn auch mehr als einmal vielen ihrer Mitglieder und Gruppen verziehen hat –, und die Partei erwartete ein offenes Eingeständnis dieser Fehler und hatte das Recht, dies zu erwarten.

[712] Die Opposition machte jedoch kein solches Eingeständnis ihrer ideologischen Fehler. Dadurch haben die Oppositionsführer zwei Dinge herbeigeführt: Einerseits mußten unvermeidlich aus der Opposition alle jene Parteimitglieder aus der Masse ausscheiden, die sich von der ideologischen Unbegründetheit der Opposition überzeugten und an Hand der Materialien der XV. Parteikonferenz sich noch mehr davon überzeugen werden, was natürlich unvermeidlich zu einer noch größeren Isolierung der Führer führt. Andererseits werden sich die Oppositionsführer, wenn sie auf ihren Fehlern beharren, noch mehr von der Partei entfernen und, freiwillig oder unfreiwillig, den Feinden der KPdSU nähern.

Aus jener Lage, in die die Oppositionsführer hineingeraten sind, gibt es nur einen Ausweg: Vollständige Rückkehr zu den Stellungen der Partei, Anerkennung ihrer eigenen Fehler, Revidierung ihrer grundsätzlich falschen Einstellung. Der Verlust der ungeheuren politischen Autorität, die von den Oppositionsführern im Verlaufe von vielen Jahren angesammelt worden war, ist eine der schwersten Kosten des Kampfes um die Linie der Partei. Diese Autorität werden die Genossen von der Opposition erst in Jahren wiederherstellen können. Diese Tatsache muß anerkannt werden. Wenn die Oppositionsführer etwas weiterblickend wären,

hätten sie diese Ergebnisse weitaus früher sehen müssen, oder, um ein vom Genossen Stalin gebrauchtes Wort anzuwenden, wenn sie das hören könnten, was in der Partei vor sich geht, hätten sie noch vor dem Parteitag warnende Stimmen gehört.

Eine ungeheure ideologische Errungenschaft der gesamten durchlebten Periode nach dem XIV. Parteitag ist die Aufrollung und Lösung einer Reihe von Grundfragen, die mit dem weiteren Aufbau des Sozialismus im Zusammenhang stehen. Fragen, wie die des Staatskapitalismus, des Charakters unseres sozialistischen Aufbaues, des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande oder des Charakters des Sowjetstaats, Fragen, die scheinbar schon längst gelöst waren, die aber mit einer noch nicht dagewesenen Präzision und Tiefe der Analyse gerade nach dem XIV. Parteitage von neuem aufgerollt worden waren – all dies hebt die Massen der Parteimitglieder der KPdSU auf eine bedeutende Höhe und verleiht ihnen die Möglichkeit, den Kampf um den Sozialismus mit weitaus größeren Perspektiven zu führen.

Noch nie haben sich die Parteimitglieder die Parteilinie in diesen Fragen so angeeignet, wie in der Zeit seit dem XIV. Parteitag. Dies besitzt nicht nur eine theoretische, sondern auch eine ungeheure praktische Bedeutung. Hunderttausende Parteimitglieder haben buchstäblich die zum sozialistischen Aufbau und zur Überwindung der großen Schwierigkeiten, die noch auf unserem Wege stehen, notwendige Spannkraft erhalten.

Die XV. Parteikonferenz der KPdSU besitzt eine nicht geringere Bedeutung auch für die kommunistischen Parteien der anderen Länder. Es besteht kein Zweifel daran, daß die neue Opposition ihre Karte auf die Ausscheidung von oppositionellen Elementen in allen kommunistischen Parteien und auf ihre Gruppierung im internationalen Maßstabe gesetzt hat. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es [713] sich um die Bildung einer in der Zukunft vereinigten Opposition innerhalb der kommunistischen Parteien handelte. Aber es gab hier keine große Klarheit. Dies ist nun einmal das Geschick jedes breiten Blocks, und darin besteht auch die Schwäche solcher vereinigten Blocks.

Dies ist besonders an dem Beispiele der Oppositionsgruppen in der Kommunistischen Partei Deutschlands zu ersehen. Die Niederlage der vereinigten Opposition der KPdSU bedeutet daher eine Niederlage in allen kommunistischen Parteien, erleichtert den Kampf gegen die oppositionellen Gruppierungen in einzelnen Sektionen der Komintern, erleichtert die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Jedermann begreift, daß, wenn die Opposition bereit war, für alle unsere Resolutionen zu stimmen, wenn wir nur aus diesen Resolutionen einige die Opposition kritisierenden unangenehmen Punkte ausließen, dies eine ganz unglaubliche ideologische Armut der Opposition, das Fehlen eines ernsten, grundsätzlichen Programms bei ihr bezeichnet.

Natürlich bedeutet dies nicht, daß es bereits keinen Boden für das Entstehen neuer irgendwie oppositioneller Gruppen innerhalb der KPdSU wie auch in den kommunistischen Parteien anderer Länder gäbe. Es gibt in allen kommunistischen Parteien schwache Kettenglieder, es wird im Leben jeder kommunistischen Partei schwierige Augenblicke geben, und in diesen schwierigen Augenblicken werden die schwachen Kettenglieder wieder von neuem zu schwanken anfangen. Aber jetzt haben die kommunistischen Parteien von neuem den Anschauungsunterricht des Kampfes gegen den Oppositionsblock erhalten. Und wenn sie sich diese Lehren des Kampfes richtig aneignen, werden sie leichter mit neu entstehenden Oppositionsgruppierungen innerhalb aller Parteien fertig werden.

Wir dürfen und können uns mit den erzielten Ergebnissen nicht zufrieden geben, solange nicht die Opposition ihre grundsätzlichen Fehler eingestanden hat. Wir werden den ideologischen Kampf gegen sie fortsetzen, wir werden, kein Winkelchen in diesen ideologischen Stellungen unbeleuchtet lassen, die sie noch immer zu verteidigen trachtet. Wir müssen jedem Parteimitgliede, jedem Kandidaten der Partei, jedem Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und jedem bewußten revolutionären Proletarier die Unbegründetheit der Anschauungen der Opposition zeigen. Wir müssen

unsere Energie beim Aufbau des Sozialismus verzehnfachen, denn letzten Endes werden wir nur nach Maßgabe der Erfolge dieses sozialistischen Aufbaues die Möglichkeit. einer Wiederholung solcher gefährlichen Abweichungen überwinden, wie wir sie nach dem XIV. Parteitage hatten, als ein Teil unserer Partei zu sozialdemokratischen Gedanken und Stimmungen hin schwankte.

Wir vermochten die kleinbürgerliche Abweichung unserer Partei abzuwehren. Wir sind mit den in unserer Partei entstandenen Gruppen der „linken Kommunisten", der „Arbeiteropposition", des „demokratischen Zentralismus", der „Arbeitergruppe", der „Arbeiterwahrheit" fertig geworden. Als das Gefährlichste und Lebenskräftigste hat sich der Trotzkismus erwiesen, den die Genossen Kamenew und Sinowjew seinerzeit als eine besondere Spielart des Menschewismus, als ein Wiederaufleben des Menschewismus bezeichnet haben. Die Partei wird in sich die Kräfte finden, um jegliche Möglichkeit eines Rückfalls, um das Entstehen jeglicher sozialdemokratischer Abweichung in unseren Reihen auszurotten.

[714] Auf Grundlage der Beschlüsse der XV. Parteikonferenz in den Fragen der Wirtschaft, der Tätigkeit der Gewerkschaften und der internationalen Politik müssen wir eine noch hartnäckigere und vertieftere Arbeit zur Erziehung der Parteimitglieder im Geiste des Leninismus entwickeln. Wir müssen zeigen, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande nicht eine Utopie ist, nicht eine Phantasie, nicht ein Traum, sondern eine reale Wirklichkeit. Der XV. Parteitag wird nicht nur die theoretische Richtigkeit der Beschlüsse des XIV. Parteitags und der XV. Parteikonferenz zu bestätigen, sondern auch die neuen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus festzustellen haben.

*

Zur Frage der Revision des Dawes-Plans

Von Fred Meister

Daß den Finanzverhandlungen, die in diesem Sommer in Frankreich stattfanden, eine ähnliche Bedeutung zukommt wie der Londoner Konferenz und ihren Vorverhandlungen 1924, zeigt bereits eine Liste von Personen, die sie leiteten: J. P. Morgan, der Generalagent für Reparationszahlungen Parker Gilbert, der Gouverneur der amerikanischen Bundesreservebank B. Strong, der amerikanische Schatzsekretär Mellon, J. N. B. Close (der Präsident der Bankers Trust Co.), G. Roberts (Vizepräsident der National City Bank), M. Norman (der Gouverneur der Bank of England), Moreau (Gouverneur der Bank von Frankreich) und Reichsbankpräsident Schacht. Über den Inhalt dieser Verhandlungen, die sich um die Unterordnung Frankreichs unter das amerikanische Kapital, eine internationale „Schuldenregelung" und insbesondere um eine „Revision des Dawes-Plans" drehten, hat bezeichnenderweise die deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Presse so gut wie nichts berichtet. Auf die interessante Tatsache, daß parallel zu diesen Verhandlungen in Deutschland nicht einmal eine entsprechende Preßkampagne geführt wird, werden wir noch zurückkommen.

Um so mehr ist es Pflicht, rechtzeitig die Arbeiterklasse über diese Vorgänge zu informieren, zumal es schon der Begriff „Revision" mit sich bringt, Illusionen zu erwecken, die den über den Dawesschen Sachverständigengutachten erweckten Illusionen nicht nachstehen werden. Wir erinnern hier an die „Vorwärts"-Artikel von Mitte April 1924, wo es hieß: „Das Gutachten verwirklicht die hohen Grundsätze, für welche die Sozialdemokratie unablässig kämpft. ... Mit dem Gutachten ist ein neues Zeitalter des Dauerfriedens und des allgemeinen wirtschaftlichen Gedeihens angebrochen. ... Die Sozialdemokratie hatte recht, wenn sie von Anfang an dafür eintrat, daß Deutschland durch Erfüllung den Weg zur Freiheit finden müsse." Genau so wie damals die Hoffnungen der SPD- und ADGB-Presse leere Illusionen bleiben mußten, weil die Schöpfer des Dawes-Plans die internationalen und deutschen Finanzkapitalisten waren, die sich auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse einigten, genau so erfolgt auch die geplante Revision ausschließlich im Interesse der Bourgeoisie. Ebenso wie damals gehen die Initiative und die Führung von den Amerikanern aus.

Der Nutzen, den das amerikanische Finanzkapital bisher aus der Durchführung des Dawes-Plans gezogen hat, drückt sich zunächst darin aus, daß es für rund 2½ bis 3 Milliarden Mark Kapital in

Deutschland fest, d. h. in langfristigen Anleinen, in Aktien und in Firmengründungen, investiert hat [715] und dadurch einen wachsenden Teil der deutschen Produktion direkt oder indirekt kontrolliert. Bereits diese festangelegte Summe (also von den ebenfalls nach Milliarden zählenden noch zu verzinsenden kurzfristigen Warenkrediten abgesehen) geht erheblich über die in den ersten beiden Dawes-Jahren von Deutschland aufgebrachten Reparationsleistungen hinaus. Mit Notwendigkeit ergab sich aus diesem Prozeß, daß das Interesse der Amerikaner an der Sicherheit und Rentabilitätssteigerung ihrer Anlagen immer mehr gestiegen ist, ein Interesse, das naturgemäß in einen Widerspruch zu dem Wachstum der Jahresleistungen auf Grund des Dawes-Plans geraten muß. Ferner hat – ebenso notwendig – der finanziellen Unterstützung der deutschen Bourgeoisie durch die amerikanische eine gewisse Unterstützung auch auf politischem Gebiet entsprochen.

Voraussetzung für eine Revision des Dawes-Plans im amerikanischen Interesse ist die Unterordnung Frankreichs, das heute, nachdem die belgische Priorität abgelaufen ist, zu 54 Prozent an den deutschen Reparationsleistungen interessiert ist. Diese Unterordnung ist im letzten Halbjahr durch die verschiedensten Methoden, Frankenerschütterungen, Kreditsperre, Schwierigkeiten auf kolonialem Gebiet usw. vorbereitet worden, wobei die amerikanische Finanz meist mit der belgischen Hand in Hand arbeitete. Entgegen den Wünschen Frankreichs nach einer Verminderung der Schuldenzahlungen an Amerika oder nach Einschiebung einer „Transferklausel“, d. h. nach einer Abhängigmachung der französischen Schuldenzahlungen vom Einlauf der deutschen Reparationszahlungen, forderten Mellon und mit ihm die gesamte amerikanische Hochfinanz, daß Frankreich zunächst einmal -das Bérenger-Mellon-Abkommen über die französischen Amerika-Schulden anerkennen und den Franken auf Grund der Bedingungen der Amerikaner (Anleiheaufnahme, Verpfändung von Einnahmen usw.) stabilisieren müsse. Da Poincaré die amerikanischen Forderungen bisher nicht erfüllte, und es ihm sogar gelang, aus eigenen Kräften eine – wenn auch nur provisorische – Frankenstabilisierung durchzuführen, so haben die Finanzverhandlungen noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt, doch „hält man“, wie sich die „Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 3. September melden ließ, „in gut informierten Pariser Kreisen (d. h. in den Amerikanern nahestehenden Finanzkreisen) die ganze finanzielle Frage zwischen Frankreich und Amerika für ein Problem, das nur die Zeit lösen kann und glaubt hierbei, daß Frankreich in den nächsten drei Monaten soweit nachgeben wird – weil es muß –, daß eine internationale Konferenz zur allgemeinen Lösung der Schuldenfrage stattfinden kann“.

Diese Absichten des amerikanischen Finanzkapitals sind keineswegs neu, sondern lassen- s-ich bis in dieselbe Zeit hinein zurückverfolgen, wo der Dawes-Plan entstand. Im März 1924, also einige Monate vor der Annahme des Dawes-Plans, erklärte Charles G. Dawes einem Mitarbeiter der „Industrie- und Handels-Zeitung“: „Das Gutachten ist auf die Dauer nicht gut. Es ist aber das beste, was im Moment zu erreichen war. Und es ist entschieden besser als gar nichts. Die Zeit wird jedoch kommen, wo es im Interesse der Alliierten sowie Deutschlands abgeändert werden muß.“ (Ihre eigenen Interessen nennen die Amerikaner meist nicht.) Derselbe Gedanke wird auch im Dawes-Gutachten selbst (I. Teil, Kapitel 17) ausgesprochen. Es wird hier darauf hingewiesen, daß der „Wiederaufbau Deutschlands“ (d. h. des deutschen Kapitalismus) nur einen Teil des größeren Problems des „Wiederaufbaues Europas“ darstellt, und daß der Dawes-Plan lediglich „eine Regelung in Aussicht stellt, deren Durchführung genügend [716] Zeit läßt, das Vertrauen wieder herzustellen, und die doch gleichzeitig so beschaffen ist, daß sie eine endgültige, umfassende Übereinstimmung in allen Reparations- und verwandten Fragen erleichtert, sobald die Verhältnisse es ermöglichen“.

Im Gegensatz zu Deutschland hatte in Amerika eine Preßkampagne für eine Dawes-Plan-Revision bereits vor dem Beginn der verschiedenen Finanzkonferenzen in Frankreich eingesetzt. Das geschah insbesondere in einigen Leitartikeln des „Journal of Commerce“ eines führenden amerikanischen Finanzorgans gegen Ende Mai 1926. Der Kerngedanke ist enthalten in dem Satz: „Während der beiden letzten Jahre haben wir sehr große Summen an Deutschland und an das deutsche Volk (!) ausgeliehen, deren Sicherheit und Verzinsung unvermeidlich schwer gefährdet würden, wenn auf größere Zahlungen, als Deutschland tragen kann, gemäß dem Dawes-Plan

bestanden wird“ (Nummer vom 24. Mai). Am folgenden Tage wurden dann im „Journal of Commerce“ Forderungen nach einem „gänzlichen Umbau oder einer gründlichen Überarbeitung des Dawes-Plans“ gestellt. Dieser Artikel wies darauf hin, daß Frankreich nicht mehr in dem Maße hartnäckig ist wie vor zwei Jahren.

Beide Artikel erklärten, Amerika dürfe bei dieser Entwicklung keineswegs nur „interessierter Zuschauer“ sein, und noch krasser kam der Wille, diese Dinge in rein amerikanischem Interesse zu lösen, darin zum Ausdruck, daß die deutsche Bourgeoisie die Frage einer Dawes-Plan-Revision nicht aufwerfen solle. Es hieß in dem Artikel, daß Deutschland höchst verständig handelt, wenn es sich darauf beschränkt, den Plan „pünktlich und loyal“ durchzuführen Dem entsprach, was sich die „Industrie und Handelszeitung“ am 15. August aus Paris melden ließ: „Man vertritt in amerikanischen wie auch in englischen gutinformierten Kreisen die Ansicht, daß das jetzige Hervorbringen der deutschen Wünsche mit Bezug auf das Dawes-Gutachten der deutschen und damit auch der europäischen Sache nur schaden könnte.“ Dr. D u i s b e r g, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, erwähnte zwar auf der Dresdener Tagung dieser Organisation die Schwierigkeiten und Widersprüche des Dawes-Plans meinte aber: „Bei der Lösung dieser nicht abzuleugnenden Widersprüche wird Deutschland bei seinem Mangel an staatlicher Macht k e i n e ausschlaggebende Rolle spielen können.“

Wenn in dieser Rede Duisberg darauf aufmerksam machte, daß Deutschland zur Durchführung der Reparations- und insbesondere der Barleistungen jährlich einen Ausfuhrüberschuß von 3 Milliarden Mark haben müsse, so war das übrigens nicht zum erstenmal, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie mit dieser Entwicklung drohte und damit versuchte, auf das e n g l i s c h e Hauptmotiv für eine Dawes-Plan-Revision nämlich auf die Furcht vor der wachsenden deutschen Konkurrenz, einzugehen.

Daß auch in F r a n k r e i c h die gleiche Furcht vor dem Anwachsen der Sachlieferungen und ebenso vor Vermehrung der deutschen Warenausfuhr nach Frankreich besteht, dafür zeugen nicht nur die vielfachen Eingaben industrieller und kommerzieller Organisationen an die Pariser Regierung, die deutschen Sachlieferungen auf einige eng begrenzte Gebiete zu beschränken, sondern ebenso das Festhalten Frankreichs an den wichtigsten Schutzzollsätzen das seit fast zwei Jahren den endgültigen deutsch französischen Handelsvertrag hinauszögert. In den B a r z a h l u n g e n dagegen sieht Frankreich die Unterlage für eventuelle Schulden und Zinsenzahlungen an England und Amerika.

[717] Gerade auf den engen Zusammenhang zwischen Reparationen und Schuldenzahlungen ist der amerikanische Plan einer Dawes-Plan-Revision aufgebaut; denn die „Erleichterungen“, die sich für Deutschland aus der Dawes-Plan-Revision ergeben werden, sollen in der Hauptsache darin bestehen, daß die Zahlungen, die ursprünglich auf etwa drei Jahrzehnte vorgesehen waren, auf mehr als sechs Jahrzehnte ausgedehnt werden, und daß dafür die auf 2½ bis 3 Milliarden Mark vorgesehenen Höchstjahresleistungen (ab 1928-29) auf 1½ bis 2 Milliarden Mark herabgesetzt werden. Es soll also der Reparationsplan hinsichtlich seiner Laufzeit den verschiedenen internationalen Schuldenabmachungen (62 Jahre) angepaßt und gleichzeitig Deutschland möglich gemacht werden; einen wesentlich höheren Tribut als heute in Form von Zinsen aus Privatanleihen und Dividenden aus Aktienbesitz an die amerikanische Bourgeoisie zu zahlen. Gegenwärtig sind die jährlich nach Amerika fließenden Zinsen aus Privatanleihen (ohne die Provisionen!) auf 200 Millionen Mark zu schätzen; relativ wesentlich höhere Gewinne wirft die Tätigkeit der verschiedenen amerikanischen und englischen Investierungsgesellschaften in Deutschland ab. Jedenfalls handelt es sich vorläufig um geringe Summen gegenüber dem, was internationale Finanzkreise von der weiteren Entwicklung erwarten. Josiah Stamp, englischer Großindustrieller, Aufsichtsratsmitglied bei der Bank of England, ein prominentes Mitglied des Dawes-Ausschusses, machte bereits im November 1925 eine phantastische Rechnung, in der er zu dem Ergebnis kam, daß sich in etwa 30 Jahren die amerikanischen Investierungen in Deutschland auf etwa 4300 Millionen englische Pfund belaufen werden, das heißt auf 85 bis 90 Milliarden Mark. Unter solchen Umständen würden sich auch bei einem weiteren Sinken der Zinssätze aus einer derartigen Investierungssumme ganz enorme Zinsenmengen, die an die amerikanische Bourgeoisie zu zahlen sind, ergeben, Tribute, die alle im Dawes-Plan vorgesehenen Reparationsleistungen Deutschlands in den Schatten stellen.

Die Zinsen- und Abzahlungssummen werden aber auf jeden Fall noch erheblich wachsen wenn wir auch die Zahlen Josiah Stamps als übertrieben ansehen und seine Ausführungen für einen englischen Alarmruf halten, der auf die drohende amerikanische Durchsetzung des deutschen Kapitals hinweist. Daher ist es unwahrscheinlich, daß, auch auf die Jahresleistungen bezogen, eine derartige „Dawes-Plan-Revision“ etwa eine Lastenverminderung für Deutschland bedeutet, vielmehr handelt es sich in der Hauptsache um eine Verschiebung der Gläubiger Deutschlands: Der Weg zu Tributen an Amerika soll nicht durch Reparationen verstopft werden.

Eine derartige Entwicklung kann ferner dazu führen, daß die amerikanische Bourgeoisie die deutsche noch erheblich mehr als bisher, sowohl in ihrer Klassenherrschaft über die breiten Massen, als auch in ihren imperialistischen Zielen, unterstützen wird. Gerade hieran ist der deutschen Bourgeoisie, nachdem sie glaubt, die Lasten des Reparationsplans – und erst recht die aus der Überfremdung der Produktionsmittel stammenden – endgültig auf die Arbeiterklasse abgewälzt zu haben, viel gelegen – wir erinnern an ihre Erfolge in den Luftfahrtsverhandlungen in Paris, an ihre Versuche in der Frage Eupen-Malmedy und an ihre Kolonial- und Mandatspläne. Die Interesselosigkeit der bürgerlichen deutschen Presse gegenüber den Besprechungen über die Dawes-Plan-Revision ist aber zweifellos nicht nur eine Folge des Winkes der Amerikaner, keinerlei Wünsche zu äußern, sondern entspringt zum Teil der Tatsache, daß „die führende Unternehmerschaft in Deutschland durchaus bereit ist, in loyaler Weise mit den [718] Dawes-Kommissionären sich n teilweise aus Liebe zur Ruhe und teilweise, um die Gunst der ausländischen Finanzgruppen zu erhalten“ – eine Feststellung, die der englische Nationalökonom John M. Keynes im Februar 1926 machte.

An alledem hat auch Thoiry nicht wesentlich gerüttelt. Denn die Verwirklichung des deutschen Angebots von Vorschußreparationsleistungen gegen frühere Räumung des Rheinlandes und Verkauf des Saargebiets hängt davon ab, ob Amerika die entsprechenden Mengen Eisenbahnobligationen zu diesem Zweck mobilisieren will; und das wird es nur tun, wenn Frankreich das erwähnte französisch-amerikanische Schuldenabkommen anerkennt. Die spätere Entwicklung, die Möglichkeiten eines deutschfranzösischen Zusammengehens ohne und gegen Amerika, ist augenblicklich noch so weit im Felde, daß wir sie hier bei der Frage der Dawes-Plan-Revision ruhig unerwähnt lassen können. Wenn wir im verstehenden fast ausschließlich das amerikanische Programm behandelt haben, so nicht deswegen, weil sich im Laufe der Zeit keine Gegenkräfte gegen diese Interessen herausbilden – diese Gegenkräfte sind bereits da und werden wachsen –, sondern weil der amerikanische Einfluß gegenwärtig der vorherrschende ist.

Wir fassen die hier erwähnten Tatsachen zu folgenden Feststellungen zusammen:

1. Die Finanzbesprechungen über eine Revision des Dawes-Plans stehen in engster Verbindung mit den Vorarbeiten für die endgültige Unterwerfung Frankreichs unter die Finanzmacht Amerikas und Englands;

2. es ist keine wirkliche Lastenverminderung für Deutschland, geschweige denn für das deutsche Proletariat zu erwarten, zumal ja der Zeitraum der deutschen Reparationszahlungen verdoppelt werden soll;

3. vielmehr handelt es sich in erster Linie um die bessere Sicherstellung, Gewinnsteigerung und Ausdehnung der amerikanischen Kapitalanlagen auf dem europäischen Kontinent – außer in Deutschland in Zukunft auch in Frankreich;

4. von England wird dieser Plan deswegen unterstützt, weil es bei den vorgesehenen fortdauernden Jahresleistungen von 2½ bis 3 Milliarden Mark ein Überhandnehmen der deutschen Konkurrenz fürchtet.

Eine notwendige Auswirkung dieser Art „Revision“ ist eine noch etwas engere Kettung der deutschen Bourgeoisie an die Interessen des amerikanischen Imperialismus, ihre immer stärkere Hineinziehung in die Gegensätze der imperialistischen Weltmächte und die Förderung ihrer eigenen imperialistischen Tendenzen, damit aber Beschleunigung der Vorbereitungen zur nächsten Weltkriegskatastrophe. Die deutsche Arbeiterklasse muß über diese Dinge diesmal so rechtzeitig aufgeklärt werden, daß

kein SPD-Führer es wagen kann, die geplante Revision als eine „Kapitulation vor dem Marxismus“ zu bezeichnen. Diese Worte gebrauchte bekanntlich Wels über den Dawes-Plan als er am 11. Juni 1924 den Parteitag der SPD eröffnete.

Diese „Revision“ wird den gegenwärtigen internationalen Machtverhältnissen besser entsprechen als der Dawes-Pakt auch sie wird ein Argument der Bourgeoisie sein, dem das Proletariat aller beteiligten Länder, am meisten aber Deutschlands, schärfsten Widerstand entgegensetzen muß. Und sie wird ebensowenig „endgültig“ sein wie Versailles und Dawes-Vertrag, denn schon entwickeln sich neue Machtverhältnisse, die sie aufheben werden. [719]

*

Der technische Fortschritt in der deutschen Wirtschaftskrise

Von Günther Reimann

I.

Das Großkapital ist in seinem Kampfe um Erzielung gesteigerter Profite und Stärkung seiner Machtposition gezwungen, eine Reihe neuer technischer Umwälzungen zu bewirken, sie teilweise selber noch zu entwickeln, aber zum Teil nur in beschränktem Maße. Diese Erscheinungen haben heute wieder für die Arbeiterklasse besonderes Interesse, weil sie gerade bei der jetzigen Lage des europäischen, besonders des deutschen Kapitalismus 1. verschärfte Konkurrenzkämpfe auslösen, die auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden und zu neuen kapitalistischen Machtgruppierungen führen, 2. den Widerspruch steigern, der darin liegt, daß in dem Maße, wie die Entwicklung der modernen, höheren Technik die Produktivität der Arbeit erhöht, menschliche Arbeitskraft ersetzt, dies nicht zu einer entsprechenden Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft, sondern im Gegenteil zu weiterer gesteigerter Verelendung führt, und weil schließlich 3. aufgezeigt wird, welche Zukunfts- und Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialismus durch die Entwicklung und Zunutzemachung der modernen Technik hat. Durch ihn werden erst eine Reihe technischer Umwälzungen, die der Kapitalismus nur unvollkommen entwickeln kann, völlig zum Durchbruch kommen, vor allem aber die Lebenslage der Arbeiterschaft entsprechend verbessert werden.

Die wichtigsten technischen Neuerungen

Die wichtigsten derartigen technischen Neuerungen, die erst zum Teil entwickelt sind, sind:

Die Produktion von Stickstoff aus der Luft,
die Herstellung von Kunstseide,
die Umwandlung der Steinkohle in Öl und Benzin,
die Umstellung von Schwermetallen auf Leichtmetalle (Aluminium),
das Vordringen der Elektrizitätsindustrie,
neue, arbeitssparende Maschinen in der Textilindustrie.

Der vom Anilin-Konzern in den Oppauer und Leunaer Werken aus der Luft produzierte Stickstoff, welcher zumeist zur Produktion von Düngemitteln verwandt wird, hat erfolgreich den Konkurrenzkampf gegen das Chile-Salpeter aufgenommen.

Während des Weltkriegs war die erste Periode des Aufschwungs der deutschen Luftstickstoffindustrie auf Grund des Ausfalls von Chile-Salpeter. Bekanntlich ist der Stickstoff, der in Verbindung mit Wasserstoff zu Ammoniak und zu Salpetersäure wird, nicht nur ein wichtiges Düngemittel, sondern auch durch das Salpeter ein notwendiger Rohstoff für die Herstellung von Explosiv- und Sprengstoffmitteln. Bereits während des Krieges wurde erstmalig die Massenproduktion von Luftstickstoff nach dem synthetischen Ammoniakverfahren (Haber-Bosch-Verfahren), das während des Krieges vom Anilinkonzern verbessert und verbilligt wurde, aufgenommen. In den Oppauer und in den erst 1917 nach dem Schema der Oppauer Werke erbauten Leuna-Werken wurden diese Verfahren praktisch angewandt. Heute hat die Luftstickstoff-Produktion nach dem Haber-Bosch-Verfahren die übrigen Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft in Deutschland weit überflügelt, weil letztere

mehr Elektrizität und sonstige Produktionskosten erfordern. Und auch das Chile-Salpeter ist aus Deutschland so gut wie verdrängt. (Vorkriegseinfuhr Deutschlands an Chile-Salpeter: 800.000 Tonnen [720] im Jahr). – In einer zweiten Aufschwungsperiode der Luftstickstoffindustrie befinden wir uns jetzt. Der Anilin-Konzern hat erstens seine Luftstickstoffverfahren weiter verbessert und verbilligt, zweitens durch Herstellung neuer Mischdünger und Erweiterung des Düngemittelabsatzes den Absatzradius für Luftstickstoff erweitert. Der Konkurrenzkampf gegen das Chile-Salpeter soll auch im Ausland durch beabsichtigten Massenexport von Luftstickstoff aufgenommen werden. Es bestanden Pläne, in Süddeutschland neue Luftstickstoffwerke nach dem Muster der Leuna-Werke zu errichten. Auch soll in den Leunawerken selbst der Produktionsapparat erweitert werden. Schließlich hat der Anilin-Konzern aus Reichsbesitz die Piesteritzer Werke aufgekauft; in ihnen soll Luftstickstoff nach dem Kalkstickstoff-Verfahren hergestellt werden. Durch Verbesserung der Produktionsverfahren ist es möglich, in der halben Fabrik ebensoviel Stickstoff herzustellen, wie früher in der ganzen! – Bereits haben die chilenischen Salpeter-Industriellen sich zusammengeschlossen, als Folge der verstärkten Konkurrenz des Anilin-Konzerns „rationalisieren“ müssen, Bergwerke stillgelegt und schließlich dem Anilin-Konzern einen Antrag auf Abschluß eines internationalen Stickstoff-Kartells gemacht. Der Anilin-Konzern fühlte sich aber stark genug, diesen Antrag ablehnen zu können.

Die Kunstseide, aus Baumwollabfällen oder Zellulose (Holz) hergestellt, ist weit billiger als Naturseide, verdrängt teilweise noch andere Textilerzeugnisse. Zwar wurde Kunstseide bereits in der Vorkriegszeit produziert; dank der Verbesserung der Verfahren, teilweise im Anschluß an den allgemeinen Fortschritt der chemischen Industrie, dann aber auch dank der besonders starken Verteuerung der Wollstoffe, hat sich die Kunstseide-Produktion erst in den letzten Jahren in größerem Maße ausgedehnt. Im Jahre 1925 wurde bereits das 2,3fache der Produktion von 1922, das 1,9fache von 1923 und das 1,2fache von 1924 im Weltmaßstabe hergestellt. In Deutschland: 1925 das 1,8fache von 1923 und 1922, das 1,01fache von 1924. Es wird aber gerade jetzt an der Verbesserung und Verbilligung der Kunstseide-verfahren gearbeitet. Eine Reihe von neuen Kunstseidewerken auch in Deutschland soll errichtet werden. Der Anilin-Konzern hat ebenfalls in der Kunstseideindustrie durch „Interessengemeinschaften“ und Aufkäufe seine Macht ausgedehnt. Es gibt in Deutschland im wesentlichen drei Kapitalsgruppen in der Kunstseideindustrie: der A n i l i n-K o n z e r n, der die Kunstseidenwerke und -verfahren der Köln-Rottweil-Gruppe in sich aufgenommen hat, die V e r e i n i g t e n G l a n z s t o f f w e r k e A.-G., die mit dem englischen Kunstseide-Konzern Courtaulds zusammenarbeiten, und die I. P. B e m b e r g-G e s e l l s c h a f t, welche mit amerikanischem Kapital verbunden ist. Der Anilin-Konzern hat sowohl mit den Vereinigten Glanzstoffwerken als auch mit Bemberg Interessengemeinschaftsverträge – Trotz vorübergehender Absatzschwierigkeiten besteht in der Kunstseideproduktion eine aufsteigende Konjunktur, Erweiterung der Produktionsanlagen, während gleichzeitig in der übrigen Textilindustrie die Absatznot nicht wesentlich nachläßt. Allerdings nimmt die heutige Kunstseideproduktion erst 1,15 Proz. der gesamten Textilproduktion ein.

Das Öl als Kraftquelle hat auch in Deutschland größere Anwendung gefunden, den Verbrauch an Steinkohle teilweise zurückgedrängt, die Krise in der Kohlenindustrie verschärft. Wenn jetzt die Kohle den Kampf gegen das Erdöl aufnimmt, indem die Kohle selbst in Öl verwandelt werden soll, so kann die Absatznot teilweise auf das Erdöl übertragen werden. Bereits vor dem Kriege waren Verfahren zur Kohleverflüssigung bekannt. Aber sie wurden erst in den letzten Jahren soweit verbessert und verbilligt, daß eine rentable Produktion möglich ist. Die Steinkohlenindustriellen selber [721] begünstigen keineswegs die Entwicklung zur Verflüssigung der Kohle, denn hierdurch wächst der Einfluß des Anilin-Konzerns, welcher auch die Hauptprofite bei der Verflüssigung der Steinkohle einstecken würde. Außerdem würde die Kohlenabsatzkrise weiterhin bestehen bleiben, weil der rationellere Verbrauch der Kohle dank ihrer Verflüssigung wiederum relativ Kohle überflüssig macht. Statt dessen der Versuch, die schwer absetzbaren Kohlenebenprodukte und Kohlesorten durch neue Methoden (Fernheizung, Ferngasleitung) besser zu verwerten. Bereits wird in Mitteldeutschland (auf dem Gelände des Leuna-Werks?) der Bau riesiger Kohlenverflüssigungsanlagen vom Anilin-Konzern geplant. Die mächtigen internationalen Ölkonzerne haben deswegen mit dem Anilin-Konzern, dem maßgebenden Beherrscher der neuen Produktionsmöglichkeiten, über eine beschränkte Ausnutzung

dieses neuen technischen Fortschritts im Zusammenhang mit organisierter Preishochhaltung und Absatzbeschränkung verhandelt, ohne daß es bisher zu einer Einigung gekommen ist.

Auch die Aluminiumindustrie zeigt im Gegensatz zu den meisten übrigen Industrien einen Aufschwung. Die Leichtmetalle können erfolgreich auf vielen Gebieten gegen Eisen und Stahl konkurrieren, vor allem, weil sie leichter und sparsamer verarbeitet werden können. Mitte September wurden von den Aluminiumwerken die Preise für Aluminium um rund 10 Proz. herabgesetzt, damit sich der Absatzradius für Aluminium erweitert. – Die Eisen- und Stahlbearbeitungsmaschinen sind aber zur Bearbeitung von Leichtmetallen untauglich und entwerten sich teilweise, während gleichzeitig neue Maschinen für die Bearbeitung von Leichtmetallen benötigt werden.

Eine der wichtigsten Umstellungen ist die auf Elektrizitätswirtschaft durch Ausbau der Wasserkraftwerke, durch Umwandlung von Braunkohle und Torf in Elektrizitätskraft und schließlich durch rationellere Auswertung der Steinkohle dank ihrer Umwandlung in Elektrizität. Durch all dies ist die Krise im Steinkohlenbergbau verschärft worden; sein besonders starker Niedergang war u. a. der Preis für den Aufschwung der Elektrizitätsindustrie. Dies ist aber auch hier nicht der Arbeiterschaft zugute gekommen; trotz erweiterter Produktion werden heute nicht mehr Arbeitskräfte als vor dem Kriege in der Elektroindustrie beschäftigt, in der AEG sogar noch 8000 Mann weniger. Dagegen werden nach Angabe von Siemens gegenwärtig in den Werken des Siemens u. Halske-Konzerns 100 Proz. der Produktionskapazität, in denen der Siemens-Schuckert-Gesellschaft 75 Proz. der Produktionskapazität ausgenutzt! In den letzten Jahren ist auch in der. deutschen Elektroindustrie, teilweise erzwungen durch die lebhafte Konkurrenz der amerikanischen Elektroindustrie, durch Fließbandarbeit und Senkung der Akkordlöhne bei teilweisen technischen Verbesserungen die Ausbeutung der Arbeitskraft gesteigert worden. So konnte die Elektroindustrie allein im ersten Halbjahr 1926 45,45 Millionen Mark Dividende, dies nur ein Teil des Gesamtprofits, an die Aktionäre verteilen.

Aber auch innerhalb der übrigen Industriezweige ist teilweise die Technik verbessert worden. Es seien nur die Zahlen über die erhöhte Verwendung von Maschinen bei der Kohleförderung genannt. Bei Gesellschaften mit rund einem Drittel der Förderung des Ruhrbezirks betrug im Abbaubetrieb

	die Zahl der Maschinen	
	April 1914	Juni 1925
Bohrhämmer	5126	14.844
Abbauhämmer und Preßlufthacken	111	10.525
Säulenschremmaschinen	145	303
Kohlenschneider	–	87

[722]

	1913	1925
Handbohrmaschinen	1177	3550
Abbauhämmer	6	697
Schremmaschinen	14	299
Fördermaschinen	42	54

In ähnlichem Ausmaß hat sich die Zahl der Maschinen in den übrigen deutschen Kohlenrevieren gesteigert.

Die Beförderung der Steinkohle unter Tage und bis zum Koksofen ist durch neue technische Anlagen und Betriebsmittel verbilligt worden.

Es wurden im oberschlesischen Steinkohlenrevier verwandt:

	1913	1925
Pferde	420	127
Seilbahnen	32	172
Benzollokomotiven	83	113
Elektrische Lokomotiven	29	89
Schüttelrutschen, Motore	118	448

Diese starke Steigerung der Anzahl neuer Maschinen, Apparate usw. ist jedoch nur r e l a t i v. Der größte Teil der Kohle wird heute noch durch die Handarbeit der Hauer losgeschlagen. In den meisten

Bergwerken hat die Zahl der Hilfsmaschinen und Apparate seit 1913 nur geringfügig zugenommen. Dies nicht nur als Folge von Kapitalmangel und der niedrigen Bergarbeiterlöhne; bekanntlich können die amerikanischen Kohlenlager z. B. in stärkerem Maße maschinenmäßig, mit mechanischen Hilfsmitteln abgebaut werden, weil die deutschen Kohlenflöze, z. B. gegenüber den amerikanischen, zumeist nur dünn und ungleichmäßig geschichtet sind.

Auch in dem Prozeß der Verkokung der Steinkohle sind durch bessere Wärmetechnik und maschinelle Bedienung der Koksöfen die Produktionskosten gesenkt worden. So ist der Koksprozeß in den Koksöfen des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues teilweise von 44 Stunden bis auf 11 und 12 Stunden herabgedrückt worden. Trotz relativer Überproduktion gerade an Koks und meist nur beschränkter Ausnützung der Produktionskapazität ist die Produktion des einzelnen Koksofens gestiegen. Doch gilt auch hier, daß größtenteils noch die alten Koksöfen in Gebrauch sind. Von den 315 Koksöfen des als besonders modern geltenden Eschweiler Bergwerkvereins sind lediglich 60 modernerer Bauart.

Rund 85 Proz. der deutschen Braunkohlenförderung geschieht im Tagesbau. In den meisten großen Braunkohlenwerken sind in den letzten Jahren, an Stelle des Abbaues durch ungelernte Arbeiter (bei 12 Stunden Arbeitszeit), elektrische Baggermaschinen und Transportanlagen eingeführt worden, die jetzt noch größeren Verbesserungen unterliegen. (Schluß folgt.)

[723]

Diskussion

Plattform der Weddinger Opposition zur VII. Erweiterten Exekutive der Komintern

(von Hans Weber, Peters und Max Riese, Berlin)

Nachstehend bringen wir den ersten Teil der Plattform, der durch den Genossen Riese im Auftrage der Mehrheit des Weddinger Bezirks der 7. Erweiterten Exekutive vorgelegt wurde.

Wir begrüßen es, daß diese oppositionellen Genossen ihren Standpunkt in den Fragen der deutschen Parteiarbeit endlich niederlegen und werden ihre in allen Fragen irrige Auffassung nach Veröffentlichung des zweiten Teiles (jr. Nr. 24) ausführlich beantworten. Die Redaktion.

I. Einleitung

Um den Aufgabenkreis der KPD als Führerin der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Bourgeoisie zu bestimmen, muß als Erstes die grundlegende Frage gestellt und beantwortet werden:

Wie ist die gegenwärtige Lage des deutschen Kapitalismus und wohin steuert derselbe? Wir wollen im Rahmen der für heute speziell auf Deutschland beschränkten Untersuchung uns mit den internationalen Beziehungen Deutschlands nur soweit beschäftigen, als dies zur Klärung der gestellten Fragen unbedingt notwendig ist.

II. Die internationale Lage Deutschlands

Der Weltkrieg, der in seinem Wesen bereits ein Kampf um die Neuaufteilung des Weltmarkts war, hat mit einer Niederlage Deutschlands geendet. Das Versailler Diktat brachte Deutschland neben der Abtrennung wichtiger Grenzgebiete auch den Verlust sämtlicher ausländischer Rohstoffquellen und Absatzgebiete.

Durch den Ruhrwiderstand versuchte die deutsche Bourgeoisie eine Lockerung der Versailler Fesseln zu erzwingen. Dies scheiterte an der militärischen sowie allgemeinen Überlegenheit der sogenannten Siegermächte. Diese gescheiterte Widerstandsaktion mit ihrer wahnwitzigen Kräftevergeudung brachte die ohnedies schon zerrüttete Wirtschaft vollends an den Rand des Abgrundes.

Daraus zog die Bourgeoisie ihre Lehren und beschritt den Weg der sogenannten Verständigungspolitik, d. h. der freiwilligen Unterwerfung, die in der bedingungslosen Anerkennung des Dawes-Pakts ihren Ausdruck fand.

Durch den D a w e s-P a k t sicherten sich die Ententemächte die Reparationseinkünfte. indem sie die deutsche Wirtschaft ihrer Kontrolle unterstellten. (Verpfändung der deutscher, Wirtschaft.)

Drohte der bis dahin eingeschlagene Kurs zu einem Ende mit Schrecken zu führen, so bedeutet der gegenwärtige ein Schrecken ohne Ende.

Daraus ergibt sich das Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich Deutschland innen- und außenpolitisch gegenüber den Ententestaaten befindet. Trotz Locarno und Thoiry bestehen bei den Ententestaaten nicht die geringste Neigung und Veranlassung, dieses Abhängigkeitsverhältnis in irgendeiner Form zu lockern. Durch die beiden Verträge sind die Ententestaaten jederzeit in der Lage, auch etwaigen Konkurrenzbestrebungen Deutschlands auf dem Weltmarkt wirksam entgegenzutreten.

Eine gewaltsame Eroberung kommt schon infolge der völlig unzureichenden militärischen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands nicht in Frage.

Des weiteren weisen die vorhandenen Weltmärkte nicht einmal eine vollbefriedigende Aufnahmefähigkeit für ihre derzeitigen Inhaber bzw. Beherrscher auf, so daß auch eine anderweitige, friedliche Durchdringung ausländischer Märkte für den deutschen Kapitalismus nicht in Betracht kommt. Wenn einige konjunkturgläubige Genossen von Steigerung der Produktion von Kohle, Stahl und Eisen sowie von einer aktiven Handelsbilanz und Kapitalexport reden, so sei ihnen schon jetzt folgendes erwidert:

Die P r o d u k t i o n s z i f f e r n f ü r E i s e n, S t a h l u n d K o h l e können infolge der starken Beeinflussung durch den englischen Streik nicht als Gradmesser für den Stand der deutschen Wirtschaft herangezogen werden. Die Handelsbilanz ist auf Grund des starken Rückgangs der Rohstoffeinfuhr in der ersten Hälfte 1926 zunächst aktiv geworden Jedoch ist für die Monate Juli bis Oktober (einschließlich) bereits wieder ein Passivum von annähernd 300 Millionen Mark zu verzeichnen. Der K a p i t a l e x p o r t ist mit 15 Millionen Mark für das 1. Halbjahr 1926 gegenüber dem Halbjahrsdurchschnitt der Vorkriegszeit von 235 Millionen Mark und im Hinblick auf den seitherigen bedeutenden Kapitalimport ein derart niedriger, daß er als Maßstab gänzlich ausschaltet.

[724] Schon die e r s t e n Verpflichtungen aus dem Dawes-Vertrag wurden bisher fast nur mit ausländischen Anleihen beglichen und gleichzeitig eine Umstellung der Wirtschaft durchgeführt.

Der Zweck dieser Umstellung war: Unter voller Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitrate den zerrütteten Wirtschaftsapparat in Gang zu bringen und darüber hinaus exportfähig zu gestalten.

Die durch die Nichtaufnahmefähigkeit der Weltmärkte bedingte Verschärfung des Konkurrenzkampfs zwingt die deutsche Bourgeoisie zur Schmutzkonkurrenz. Diese Schmutzkonkurrenz ist zugleich ein bestimmender Faktor für die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft.

Nach alledem kann von einem vollblütigen Imperialismus Deutschlands nicht im entferntesten gesprochen werden. Jeder ernsthafte Politiker weiß, daß aus dem Völkerbundseintritt, aus Locarno und Thoiry keinerlei Kräftezustrom abgeleitet werden kann.

III. Die Lage in Deutschland

a) W i r t s c h a f t l i c h

Trotz der zahllos stilliegenden und kurzarbeitenden Betriebe und der Massenarbeitslosigkeit herrscht, - gemessen an der weitersinkenden Konsumtionskraft, immer noch „Ü b e r p r o d u k t i o n“. Vergleichen wir aber die gegenwärtigen Produktionsziffern mit dem notwendigsten Bedarf der Allgemeinheit, so bestehen absolute U n t e r p r o d u k t i o n und W a r e n h u n g e r.

Dieser Zustand drückt die g a n z e A n a r c h i e der kapitalistischen Wirtschaft aus.

Da die Voraussetzung für einen aufnahmefähigen kapitalistischen Markt eine kaufkräftige Bevölkerung ist, so wäre die Steigerung der Kaufkraft der Konsumenten der einzige Ausweg.

Dieser scheitert aber an den grundlegenden Widersprüchen des kapitalistischen Systems selbst, weil der Kapitalismus die Produktion nicht nach dem Bedarf, sondern nach dem Profit reguliert. Natürlich hat der Kapitalismus d a s B e s t r e b e n, auf seine Weise diesen Widerspruch zwischen Produktion

und Absatzmöglichkeit zu lösen. Ein solcher -Versuch ist der gegenwärtige Rationalisierungsprozeß. Aus alledem geht schon hervor, daß der Rationalisierung eine kapitalistische Zwangsläufigkeit innewohnt.

Die Methoden dieser Rationalisierung

Die Methoden der gegenwärtigen Rationalisierung bestehen:

1. in der Herabsetzung der Produktionskosten, d. h. Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft durch Verlängerung der Arbeitszeit, Steigerung der Arbeitsintensität, Abbau der Löhne und Gehälter, Stillegung von produktionstechnisch zurückgebliebenen und unrentablen Betrieben, Massenentlassung von Arbeitskräften usw.;

2. in der Beraubung der Konsumenten, d.h. Vertrustung und Monopolisierung der Wirtschaft, Ausrottung unbequemer Konkurrenten, Expropriierung der Mittelschichten, Aufrichtung von Zollmauern zum Schutze des Monopolkapitals. (Der Ersatz für die Zollschutzgesetzgebung durch die im Wirtschaftsmanifest der internationalen Industrie- und Bankmagnaten angestrebte internationale trustweise Preismonopolisierung liegt ausschließlich mm Interesse des Monopolkapitals. Alle dem internationalen Konzentrationsprozeß, besonders der Schwerindustrie, lästig gewordenen und hemmenden Faktoren sollen beseitigt und dadurch die Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung der Profitrate gesichert werden. Diese Aufrichtung einer internationalen Preisdiktatur wird keine Milderung im Ringen um die Rohstoffquellen und Absatzmärkte, sondern im Gegenteil eine Verschärfung zur Folge haben.)

Die Folgen davon sind:

eine ungeheure Verelendung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes und damit eine weitere Lähmung der Konsumtionskraft und Einengung des Absatzmarkts, was wiederum eine weitere Verschärfung und Zuspitzung der Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit auslösen muß.

Die auf Grund vorgezeichneter Rationalisierungsmethoden erzielte Rentabilität hatte zwar eine gewisse Profitsteigerung zur Folge. Aus dieser Teilerscheinung aber eine Stabilisierung der Gesamtwirtschaft zu konstruieren, ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die gegenwärtige Geldflüssigkeit (Geldmarkt) ist entgegen mancher Auffassungen keine Konjunkturerscheinung, sondern erklärt sich aus der schlechten Wirtschaftslage, die wiederum eine Einschränkung der Anlagemöglichkeiten zur Folge hat.

Eine entscheidende Rolle bei einer einwandfreien Analyse der deutschen Wirtschaft spielt auch der soziale Faktor.

Eine Wirtschaft, die eine ständig zunehmende Schwächung der Kaufkraft und des Warenumlaufs, Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und der Mittelschichten aufweist, kann nicht als stabilisiert bezeichnet werden. Der Zustand, daß mit einer verhältnismäßigen Steigerung des Profils einiger Monopolindustrien eine absolute und unverhältnismäßige Verschlechterung des Gesamtorganismus verbunden ist, ist ein durchaus pathologischer. Man kann diesen Krankheitszustand auch als wirt-[725]schaftliche Onanie bezeichnen. Während sich der kapitalistische Produktionsgewaltige entgegen jeder Normalität selbst befriedigt, hat er wohl seinem eigenen krankhaften Bedürfnis entsprochen, dabei aber den Gesamtorganismus absolut geschädigt. Je länger und stärker dieser widernatürlichen Betätigung Rechnung getragen wird, je baufälliger, krankhafter und gereizter wird der Gesamtorganismus.

Nicht Stabilisierung, sondern wirtschaftliche Onanie betreibt also der deutsche Kapitalismus, denn er befriedigt seine eigenen Profitbedürfnisse nicht auf Grund einer „normalen wirtschaftlichen Konjunktur und Produktionssteigerung, sondern ausschließlich auf Kosten und zum Schaden der Gesamtwirtschaft und -bevölkerung. Er treibt unerhörten Raubbau an der Existenz der Allgemeinheit.

Bei der objektiven Prüfung der Gesamtlage des kapitalistischen Systems ist also folgendes festzustellen:

1. schärfster Widerspruch zwischen Produktionsweise und Absatzmöglichkeit,

2. Zusammenschluß und Konzentrationsbestrebungen einzelner kapitalistischer Unternehmungen einerseits und Lahmlegung und Niederringung nichtkonkurrenzfähiger Betriebe andererseits,

3. monopolistische Profitsicherung unter Anpassung an die eingeengte Marktlage,

4. Umschlag der Rationalisierung in die Senkung der sozialen Lage der werktätigen Klasse einschließlich des Mittelstandes,

5. Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit,

6. Entwicklung zum weiteren Zerfall des kapitalistischen Systems infolge der Unmöglichkeit der Überwindung vorgenannter Widersprüche.

Damit sind wir am Abschluß desjenigen Teiles unserer Untersuchung angelangt, der die Lage und die Entwicklung des deutschen Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der Rationalisierung behandelt und dessen einwandfreie Charakterisierung die Vorbedingung für die Aufstellung einer marxistischen Perspektive und Taktik unserer Partei ist.

b) Politisch

Die trotz Locarno und Thoiry weiterbestehende engbegrenzte Manövrierfähigkeit Deutschlands zwingt die deutsche Bourgeoisie zur Anpassung der Innenpolitik an den außenpolitischen Kurs. Nachdem nun auch die bis dato sich in Nationalismus überschlagenden Deutschnationalen auf Geheiß der Schwerindustrie sich auf den „realpolitischen Boden der Westorientierung zurückgefunden haben, ergibt sich bei allen bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie eine übereinstimmende Grundsätzlichkeit in der Einstellung zu den außen- und innenpolitischen Problemen.

Die Antisowjetfront ist mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund geschlossen und wird innenpolitisch von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten gesichert.

Die sich aus der wirtschaftlichen Lage ergebende Verschärfung der Klassengegensätze findet auf politischem Gebiet ihre Widerspiegelung einerseits in der verstärkten Anwendung der Diktaturmethoden (Polizeiattacken, Verbote, Terrorurteile, Staatsstreichdrohungen mit § 48 usw.) und in den Konzentrationsbestrebungen der Bourgeoisie unter Einbeziehung der SPD und des ADGB, die in der bekannten Rede Silverbergs zum Ausdruck kam.

Die grundsätzliche Übereinstimmung und Bündnisbereitschaft der SPD und des ADGB äußerten sich bereits in geradezu klassischer Form bei dem unerhörten Verrat und der Preisgabe der gewerkschaftlichen Grundrechte im Hamburger Hafenarbeiterstreik und der Zustimmung zu dem schändlichen Hohenzollernvergleich.

Damit entledigten sich die SPD- und ADGB-Führer der ihnen durch Silverberg gestellten Prüfungsaufgabe, und die Krönung des Verrats durch den Eintritt der SPD in die Große Koalition ist demzufolge nur noch die Frage des geeigneten Moments.

Andererseits hatte aber die durch die kapitalistische Rationalisierung bedingte Verschlechterung der sozialen Lage der werktätigen Massen eine starke Radikalisierung derselben bis weit in die Kreise des Mittelstandes hinein zur Folge.

In den Mittelschichten ist eine starke Erschütterung des Vertrauens zu den bürgerlichen Parteien unverkennbar, was sich in den verstärkten Bestrebungen zur Bildung besonderer Mittelstandsparteien (Aufwertungs-, Hausbesitzer- usw. Parteien), ferner in verschiedenen spontanen Widerstandsaktionen (Bauern- und Winzerrevolten, Berliner Steuerproteststreik usw.) bereits in primitiven Formen auswirkte.

Unter anderem zeigt auch der Ausfall der Sachsenwahlen die fortschreitende Radikalisierung der Arbeiterschaft und Loslösung von der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie.

IV. Die revolutionäre Perspektive

Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus bestätigt aufs neue:

1. Die Generallinie der kapitalistischen Wirtschaft läuft in raschem Tempo auf dem sich stetig verengenden Kreislauf einer Spirale abwärts.

2. Die kapitalistische Rationalisierung kann zwar einige Profitsteigerungen verzeichnen, wird aber infolge der damit verbundenen Verstümmelung der Gesamtwirtschaft und völligen Pauperisierung der Mittelschichten und der Arbeiterklasse den Zerfall des kapitalistischen Gesamtsystems absolut beschleunigen. Der Kapitalismus hat in seinem jetzt erreichten Stadium keinerlei „normale“ Konjunkturmöglichkeiten mehr. [726]

3. Zu diesen beiden fundamentalen Merkmalen einer objektiv revolutionären Situation kommt hinzu der zwar zum großen Teil noch primitive, instinktive und schlecht organisierte Widerstand der ausgeplünderten und ausgebeuteten Volksmassen.

Angesichts einer solch eindeutigen Lage und Entwicklung und in Verbindung mit der Rolle der KPD als revolutionäre Vorhut der unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten kommt jeder Versuch, mit langer oder doppelter Perspektive zu operieren, einem Verschleppungs- und Ablenkungsmanöver gleich.

Die Grundzüge der Entwicklung liegen klar und unzweideutig vor uns und berechtigen, ja verpflichten die KPD zur Durchführung einer konkret revolutionären Grund- und Tagespolitik.

Die Möglichkeit des weiteren Dahinvegetierens des Kapitals durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen der breiten Massen des werktätigen Volkes hat also eine rein subjektive Voraussetzung, und zwar hängt es davon ab, inwieweit die Arbeiterschaft gewillt ist, diese katastrophale Entwicklung bis zum Ende mitzugehen oder aber durch die Umkehr zum organisierten revolutionären Klassenkampf, durch den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung ihrer eigenen Herrschaft den einzigen Weg zur Rettung vor der Barbarei zu beschreiten. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei, als Trägerin der Revolution und Führerin der Arbeiterschaft im Kampfe zum Sturze des bankrotten kapitalistischen Systems ist klar und besteht ausschließlich darin, unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel und Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten, durch die Organisierung wirtschaftlicher und politischer Kämpfe die bestehenden Schwierigkeiten des Kapitalismus zu verschärfen, den schleppenden kapitalistischen Verendungsprozeß zu beschleunigen und die für den Sturz der Kapitalsdiktatur notwendigen proletarischen Massensturm reif zu machen.

Es ist ein unverzeihlicher Irrtum, in der Epoche des Imperialismus die Existenzfähigkeit des Kapitalismus direkt oder indirekt auf Jahre und Jahrzehnte hinaus nachweisen zu wollen. Kein anderer als Lenin kennzeichnete die Epoche des Imperialismus als die Epoche des sterbenden Kapitalismus und sprach damit ganz klar aus, daß in jener Epoche weder eine Stabilisierung, geschweige denn eine Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus überhaupt möglich ist. Sprunghafte Vorstöße einzelner kapitalistischer Länder beweisen lediglich eine zeitweise Hegemonie gegenüber dem im Konkurrenzkampf e unterlegenen Gegner und bewegen sich nicht in der Linie der Höherentwicklung, sondern schlagen zu einer weiteren Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche um. Aus dieser ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus im negativen Sinne ergibt sich eben die Verschiedenheit und Eigentümlichkeit der wirtschaftlichen und politischen Lage in den einzelnen Ländern. Hier ist es die Aufgabe der Komintern und ihrer Sektionen, zu prüfen, inwieweit die jeweilige Situation eines Landes zur Auslösung revolutionärer Kämpfe oder des Endkampfs ausgenutzt werden kann.

Wenn es dem Kapitalismus bis jetzt gelungen ist, seinen Kurs des Verderbens zu steuern und dabei eine große Manövrierfähigkeit zu entwickeln, so ist damit noch keineswegs eine Festigkeit und Kraftentwicklung erwiesen. Nur das passive Verhalten der proletarischen Klasse gegenüber den Angriffen des Kapitalismus ermöglichte die ungehinderte Fortsetzung der kapitalistischen Katastrophenpolitik. Somit ist die Aufstellung einer langen Perspektive und die Behandlung der strategischen und taktischen

Probleme unter einem solchen Gesichtswinkel unleninistisch und läuft auf die Ausschaltung der Kommunistischen Partei als revoltierender Faktor im Verendungsprozeß des Kapitalismus hinaus.

Eine falsche Einschätzung der Lage und Entwicklung steigert gleichfalls die Gefahr, daß sich überstürzende Ereignisse eine völlig unvorbereitete, verbürokratisierte, ideologisch und organisatorisch aktionsunfähige Kommunistische Partei antreffen.

So wie im Jahre 1914 die durch den wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampf der Großmächte mit Konfliktsstoffen längst überladene Atmosphäre rein äußerlich durch das an sich nicht vorausgesehene Attentat von Sarajewo zum Platzen kam, lehrt uns auch die Geschichte der Klassenkämpfe und Revolutionen, daß nicht immer nur wirtschaftliche Krisen den äußeren Anstoß zur gewaltsamen Austragung der Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, sondern oft auch unvorhergesehene politische Ereignisse und Zwischenfälle zur Auslösung entscheidender, revolutionärer Aktionen führen können.

Wie leicht konnte – uns ein neueres Beispiel anzuführen – die Fürstenenteignungskampagne bei einer guten außerparlamentarischen Führung durch die KPD infolge der offenen Staatsstreichdrohung der Reaktion zu einer Rebellion breiter Volksmassen gegen das herrschende Regime und darüber hinaus zur völligen Beseitigung desselben umschlagen.

Häufig dient eine lange Perspektive auch als Deckmantel für eine reformistische Politik, indem objektiv eine Tendenz genährt wird, die jeden grundsätzlichen und akut revolutionären Kampf zum Sturze der Bourgeoisie jederzeit als verfrüht und unzeitgemäß ablehnt.

Durch die Stabilisierungsperspektive wird ferner eine Taktik auf hange Sicht vorherrschend, die zur Vernachlässigung, ja zur Lähmung jeglicher Aktionskraft der Partei führen muß, wie wir sie zum Beispiel im Ruhrgebiet anläßlich des englischen Generalstreiks und Bergarbeiterstreiks in erschreckendem Maße schon zu verzeichnen hatten, und die mangels eines aktivisierenden, vorwärtsdrängenden, eindeutig revolutionären Faktors keine [727] wirklichen Kämpfe erzeugt und somit dem Kapitalismus eine wirkliche Atempause zur noch schärferen Anspannung seiner Ausbeutungsmethoden verschafft.

Zusammenfassend ergibt sich in der Frage der Perspektive: Der Kapitalismus ist zur Geißel der Menschheit in jeder Beziehung geworden. Objektiv hat er seine Rolle zweifellos ausgespielt. Wir befinden uns in der Epoche des sterbenden Kapitalismus, in der die Ära des Sozialismus in der Gestalt des siegreichen Sowjetrußlands bereits die ersten greifbaren Formen annimmt.

Eine revolutionäre Partei und Klasse hat in einer solchen Epoche die Aufgabe, alle Konfliktsmöglichkeiten auszunützen, auf das Höchstmaß zu steigern und in der Linie des Kampfes um die politische Macht weiterzutreiben.

„Allzeit bereit“ zum revolutionären Kampf und zum Sturze des bankrotten kapitalistischen Systems unter Vermeidung putschistischer Methoden, das muß die Richtschnur unseres Handelns sein.

V. Zu den wichtigsten Aufgaben der Partei

Für die KPD ergeben sich nun aus der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage unter den vorerwähnten Gesichtspunkten auf den wichtigsten Gebieten der Bewegung folgende Aufgaben:

a) Allgemein

Im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfe gegen die Rationalisierung des deutschen Kapitals, gegen die Reaktion und die Bourgeoisie überhaupt kann die Losung der Partei nur sein:

„Kommunisten vor die Front!“ Jede Tagesforderung des Proletariats muß unabhängig von der gewerkschaftlichen Sanktion oder Ablehnung zum Ausgangspunkt von Konflikten gemacht werden. Jeder Kommunist muß, ohne Rücksicht auf seine Person, seine revolutionäre Pflicht erfüllen und alles dafür einsetzen, um die ihm zugänglichen Arbeiterkreise für die Auslösung derartiger Kämpfe

zu gewinnen bzw. mitzureißen. Im zähen, täglichen Kleinkrieg im Betrieb usw. gilt es auch für den letzten Parteigenossen, durch die Tat zu beweisen, daß er würdig ist, Soldat der Revolution und Führer des Proletariats zu sein.

Ohne diese Umkehr zu den revolutionären Teil- und Tageskämpfen kann bei dem heutigen Stande der Arbeiterbewegung eine zentrale Aktionsbewegung ganzer Arbeiter- und Bevölkerungsschichten bzw. der Gesamtklasse überhaupt nicht mehr ausgelöst werden sondern bildet dieselbe geradezu die Voraussetzung eines wirklich außerparlamentarischen Kampfes auf breitester Basis.

Gerade inmitten der für die Weiterexistenz des deutschen Kapitalismus überhaupt entscheidenden Rationalisierung – deren Durchführung und Gelingen doch ausschließlich von dem Verhalten der Arbeiterklasse abhängt – ist jede Kampfhandlung, sei es für den Achtstundentag, 42-Stunden-Woche, Lohnerhöhung, Einreihung in den Produktionsprozeß, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, gegen den Steuerraub oder eine sonstige Tagesforderung, ein wuchtiger Schlag gegen das kapitalistische System und seinen bürgerlichen Staat überhaupt.

b) Politisch

Angesichts der immer stärker zum Ausdruck kommenden Diktaturgelüste der Bourgeoisie muß die KPD ihrerseits erst recht die kommunistischen Endziele verstärkt propagieren.

In den Lebensfragen des Kapitalismus können die Herrschenden weder Halbheiten noch Konzessionen dulden, wie andererseits die Arbeiterklasse ihre Existenz auch nur erhalten und sichern kann durch den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung ihrer eigenen Klassenherrschaft, wie das Beispiel Sowjetrußland beweist.

Die gegen die brutalen Auspowerungsmethoden mehr und mehr anwachsende Empörung der Arbeiter und Mittelschichten zwingt die Bourgeoisie, den Schleier von ihrer „demokratischen Herrschaftsform zu lüften und mit offenen Diktaturmethoden zu arbeiten. In dieser Niedergangsphase auch der formalen Demokratie ergibt sich für die KPD die Aufgabe, auch ihrerseits die Demaskierung der bürgerlichen Demokratie konsequent zu betreiben und den weißen Diktaturgelüsten die eindeutige und revolutionäre Losung der Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, statt unter einer angeblichen Entlarvungstaktik einen aussichtslosen Kampf für das sogenannte „kleinere Übel“ (Demokratie und Republik) Seite an Seite mit der Kleinbourgeoisie zu führen.

Steigerung der Werbekraft der Partei: Der Ausfall der Wahlen in Sachsen einerseits und derjenige der verschiedenen Werbewochen der Partei andererseits ferner die große Fluktuation der Parteimitgliedschaft widersprechen sich in ihren Ergebnissen, was u. E. wie folgt zu erklären ist:

Wenn in dem offiziellen Artikel „Unser Sieg“)siehe „Rote Fahne vom 2. Nov. 1926) besonders hervorgehoben wird, daß der günstige Wahlausgang in Sachsen deshalb besonders hoch einzuschätzen sei, weil dieser Wahlkampf – wie bisher noch kein [728] Wahlkampf in Deutschland – unter unseren grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Losungen geführt und fast durchweg nur mit den Klassenfragen (Demokratie – Diktatur, Kapitalismus – Sozialismus) operiert wurde, so bestätigt das die Richtigkeit unserer Auffassung, wonach nur bei schärfster Betonung unserer Grundsätze und Endlosungen die Anziehungskraft der Partei gesteigert werden kann, die seither aber als „ultrahinke Starrheit und Unbeweglichkeit die die KPD von den Massen isoliere, bekämpft wurde.

Dagegen beweist die Abneigung gegen den Eintritt in die Partei, die bei einem großen Teil Sympathisierender zu beobachten ist, daß die Partei im allgemeinen als eine ernsthafte und stabile revolutionäre Klassenorganisation noch nicht eingeschätzt wird. Das liegt sowohl an dem politischen und taktischen, wie auch an dem innerparteilichen Kurs.

Der Arbeiter, der nach jahrelanger Zugehörigkeit zur SPD seinen lange überlegten Austritt aus dieser Partei endlich vollzieht, möchte diesen Schritt durch den Eintritt in die KPD sicher in voller politischer Konsequenz machen. Er will aber nicht vom Regen in die Traufe kommen. Die bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen haben ihn mißtrauisch gemacht. Wenn er mit seinem Austritt dem Reformismus in der SPD Valet gesagt hat, so will er ihn in der KPD, der er künftig angehören möchte,

auch nicht mehr andeutungsweise bemerken. Hinzu kommt, daß die wüste Beschimpfung der eigenen, wenn auch Oppositionellen Genossen durch seitenlange Hetzartikel usw. in der Parteipresse, ferner der außerordentlich geräuschvolle und große Führerverbrauch in Verbindung mit dem Autoritätenmangel infolge der schlechten Bodenständigkeit auch unserer lokalen und bezirklichen Führung besonders für den noch fernstehenden Arbeiter abstoßend wirkt.

Je rücksichtsloser die Partei dem Opportunismus auch innerhalb der eigenen Reihen zu Leibe rückt, je kameradschaftlicher selbst die größten Meinungsverschiedenheiten in der Partei ausgetragen werden, je mehr wird das Ansehen der Partei innerhalb der Arbeiterschaft steigen und das zunächst instinktiv Vertrauen großer Massen zur Partei in ein festes, organisatorisches Parteiverhältnis verwandeln.

c) Die Gewerkschafts- und Betriebsrätearbeit

Die von der Partei herausgegebene Losung „75 Prozent Gewerkschaftsarbeit hat, wie die Praxis beweist, bis jetzt nur sehr geringe Ergebnisse aufzuweisen. Tatsache ist, daß infolge der allgemeinen Linie der Partei bei den gewerkschaftlichen Bewegungen, sei es um Lohn, Arbeitszeit usw., es an kommunistischer Initiative und Konsequenz mangelt. Die Folge davon ist naturgemäß, daß gerade auf dem Gebiet, wo eine erfolgreiche Bekämpfung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie objektiv am leichtesten möglich ist, die Partei versagte.

Deshalb muß eine zähe, systematische, anfeuernde Arbeit innerhalb der Gewerkschaften geleistet werden, wodurch allein die Durchdringung des Funktionärapparats der Gewerkschaften mit revolutionären Elementen erreicht werden kann.

Eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ist die größtmögliche Aktivist in der Betriebsarbeit. Hier findet der Kommunist nicht allein die beste Verbindung mit der Arbeiterschaft sondern hat auch die beste Gelegenheit, durch rücksichtslose Vertretung der Tagesinteressen das Vertrauen der Belegschaft zu erwerben. Die Gewinnung dieses Vertrauens sowie die Besetzung der Betriebsfunktionen gewährleistet gleichzeitig eine positive Gewerkschaftsarbeit und stärken die Aktionskraft der Gesamtarbeiterschaft Die Betriebsräte spielen inmitten des Rationalisierungsprozesses eine entscheidende Rolle, und ihre Zusammenfassung zwecks Vorbereitung und Organisierung wirtschaftlicher Kämpfe in engster Gemeinschaft mit dem Kampf der Erwerbslosen ist ein Gebot der Stunde.

Die Erwerbslosenbewegung

Die Lage und Entwicklung des deutschen Kapitalismus zeigt, daß die Massenarbeitslosigkeit keine vorübergehende, sondern eine Dauererscheinung ist.

Die Erwerbslosenbewegung selbst befindet sich in einem Zustande der Plan- und Ziel-losigkeit sowie der Desorganisation was in erster Linie auf das Versagen der Gewerkschaften und die ängstliche Zurückhaltung der Partei zurückzuführen ist. Dem ist auch die Isolierung der Erwerbslosen von- der betriebstätigen Arbeiterschaft letzten Endes zuzuschreiben.

Diesem ungeklärten Verhältnis in der Erwerblosenbewegung muß schleunigst ein Ende gemacht werden. Angesichts der fortdauernden Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist es die Pflicht der Partei, ihrerseits die Initiative zu ergreifen und die Führung der Erwerbslosenbewegung zu übernehmen. Genau wie bei den Fragen der betriebstätigen Arbeiterschaft muß die Partei den Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht nur brandmarken, sondern auch darauf hinarbeiten, daß die Erwerbslosen den Kampf um ihre Forderungen eventuell auch ohne und gegen den Willen der Reformisten selbständig unter Führung der KPD durchführen.

Je besser die Partei in dieser Beziehung ihre Aufgabe erfüllt, um so geringer ist die Gefahr der Abgleitung in das antigewerkschaftliche Fahrwasser. Überall müssen die Erwerbslosen organisatorisch erfaßt, Erwerbslosenausschüsse gebildet und dieselben im Bezirks- und Reichsmaßstabe zu festen [729] Führerkaders unter ständiger Kontrolle der KPD zusammengefaßt werden. Unter revolutionären Gesichtspunkten hat dieser Funktionärkörper die Aufgabe, die speziellere politische und organisatorische Erwerbslosenarbeit (Vorbereitung von

besonderen Kampagnen und Aktionen, Verbindung mit den Betrieben und Gewerkschaften, Bearbeitung der Arbeitsnachweise, Herausgabe von Erwerbslosenzeitungen, Registrierung der Erwerbslosen usw.) im Sinne der bekannten Forderungen der Partei für die Erwerbslosen durchzuführen.

Angesichts der Tatsache, daß trotz der Massenarbeitslosigkeit, fortdauernder Betriebsstillegungen und Entlassungen das Überstundenunwesen immer mehr um sich greift, muß jede Überstundenarbeit als eine Streikbrucharbeit in das Bewußtsein der Gesamtarbeiterschaft gebracht werden. Dies wird am besten gefördert und erreicht durch aufklärende Demonstrationen der Erwerbslosen vor den betreffenden Überstundenbetrieben, ferner durch entsprechende Anträge und Beschlüsse in den Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen.

Bei der Vertretung der Erwerbslosenforderungen durch unsere Kommunal- und Parlamentsfraktionen muß mehr als bisher das Schwergewicht auf die Forcierung des außerparlamentarischen Druckes gelegt werden. Hierzu eignet sich gegebenenfalls auch das Mittel der parlamentarischen Obstruktion.

cl) Die Arbeit unter den Mittelschichten

Der Vernichtungsfeldzug der Großbourgeoisie auch gegen die Mittelschichten durch Inflation, Steuerdruck, massenhafte Vernichtung mittlerer Existenzen sowie Herabdrückung des Lebensniveaus wurde durch den Rationalisierungsprozeß ungeheuer verschärft. Die in diesen Kreisen vorhandene tiefe Erbitterung kam schon des öfteren demonstrativ und aktiv zum Ausdruck (z. B. bei den Berncastler Winzerunruhen, Bauernrevolten und dem Berliner Steuerproteststreik). Die Bildung besonderer Aufwertungs- und Mittelstandsparteien zeigt den Charakter einer – wenn auch falsch orientierten – absoluten Radikalisierung und wachsenden Aktivität auch des Mittelstandes. Der Umstand, daß gerade bei den Mittelschichten noch starke kleinbürgerliche Illusionen vorherrschen und, soweit Organisationen vorhanden sind, dieselben von offenen Agenten der Bourgeoisie geführt werden, verpflichtet die Partei, ihre politische Aufklärungsarbeit und Initiative unter den Mittelschichten besser und stärker als bisher durchzuführen. Dieser Kampf muß unter strengster Vermeidung irgendwelcher Konzessionen in der Linie der Überwindung und Zerstörung der kleinbürgerlichen Illusionen sowie der Anpassung an die Kampfesweise der Arbeiterklasse geführt werden. Durch die Einberufung besonderer Mittelstandsversammlungen, die Organisierung von Demonstrationen, Durchführung von Kampagnen und Aktionen bei besonderen Anlässen muß der Einfluß unserer Partei in diesen Kreisen dahingehend geltend gemacht werden, daß sie begreifen lernen, daß der Kampf um ihre Existenzforderungen nicht durch Bildung besonderer Mittelstandsparteien oder durch die bestehenden bürgerlichen Parteien, sondern nur in engster Kampfgemeinschaft mit der Arbeiterschaft geführt werden kann. (Schlußteil: „Die Fehler der Partei“, folgt.)

RUNDSCHAU

Internationale Politik
Thoiry-Probleme

Stresemanns Fahrt nach Thoiry wurde von einem ungeheuren Reklame-geschrei der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse begleitet. Das Thoiry-Projekt wurden von den Preßkulis des Auswärtigen Amtes als eine Leistung von unvergleichlicher Bedeutung behandelt. Schon glaubte man, daß in wenigen Wochen die Franzosen aus dem Rhein- und Saarland abziehen und daß, als deutsche Gegenleistung, einige Reparationsmilliarden flüssig gemacht würden. Diese Hoffnungen erweisen sich jetzt als vollkommen trügerisch. Der Katzenjammer im Auswärtigen Amt ist groß, und Stresemann muß alle seine Künste auf bieten, um sich durch die außenpolitischen Debatten des Reichstags durchzuschlängeln. Trotzdem wäre es ganz falsch, den Verlauf der Thoiry-Verhandlungen nur als Probe von Stresemanns Fähigkeiten oder Unfähigkeiten anzusehen. Ebenso falsch [730] wäre es, die ganze deutsche Außenpolitik auf die Formel „Thoiry oder nicht“ zu bringen. Thoiry war nur eine Etappe in einer bedeutsamen Entwicklung, nämlich in dem Vorwärtsschreiten des neuen deutschen Imperialismus Der Thoiry-Plan ist zunächst gescheitert. Damit sind aber die Fäden zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie durchaus nicht zerrissen. Man braucht nur an das immer noch funktionierende

deutsch-französische Stahlkartell zu erinnern. Aber neben der Tendenz, die auf das Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Kapitalisten hinarbeitet, sind in der deutschen Politik und Wirtschaft andere, zurzeit stärkere Kräfte aufgetaucht. So ist die Thoiry-Politik in die Sackgasse geraten.

Warum ist „Thoiry“ gescheitert? Nicht an persönlichen Unzulänglichkeiten und nicht an diplomatischen Intrigen, sondern durch die inneren Widersprüche des europäischen Kapitalismus, die sich bisher als unüberwindlich gezeigt haben. Die Initiative zu Thoiry ging nicht von Deutschland, sondern von Frankreich aus. Stresemann hat nur die Gedanken aufgegriffen, die Briand entwickelt hatte. Die große Rede, die Briand im letzten September in der Völkerbundsversammlung hielt als Antwort auf die Antrittsrede Stresemanns, war zugleich ein wohldurch. dachtes politisches Programm. Für jeden, der es hören wollte, entwickelte Briand mit Voller Deutlichkeit den Gedanken eines deutsch-französischen Blocks, der die Führung in Europa übernehmen sollte. Das Grundproblem von Thoiry bestand nicht darin, daß Deutschland gegen eine bestimmte Geldzahlung die frühere Räumung des Rhein- und Saarlandes erreichen sollte, sondern Briand wollte weit mehr. Es ist auch nicht richtig, daß etwa Briand in seiner Thoiry-Politik von anderen französischen Politikern sabotiert worden wäre. Als Briand in Paris über seine Thoiry-Besprechungen berichtete, hat der Ministerrat einstimmig sich ihm angeschlossen Poincaré war mit Thoiry einverstanden. Die Thoiry-Politik War nicht etwa die persönliche Laune des „Pazifisten“ Briand, sondern sie War ein wohlüberlegter Schritt der französischen Großbourgeoisie.

Die Einleitung zu einem französischdeutschen Zusammenarbeiten mußte freilich darin bestehen, daß die störenden Rheinlandfragen weggeräumt wurden. Ein französisch-deutsches Bündnis wirtschaftlicher und politischer Art ist schwer denkbar, solange die französische Armee noch in Mainz und Trier steht. Das ist ohne weiteres klar. Die Rheinlandbesetzung durch Frankreich hatte nur den einen Sinn, ein feindliches Deutschland niederzuhalten. Die Ruhrpolitik Poincarés 1923 ging darauf aus, die Vorherrschaft der französischen Kapitalistenklasse über ein zerstückeltes Deutschland zu sichern. Inzwischen hat die französische Bourgeoisie eingesehen, daß sie auf diesem Wege nicht weiterkommt Da die Ruhrpolitik 1923 aus einer gefährlichen Überschätzung der französischen Kräfte heraus entstanden ist, so mußte man einen neuen Weg einschlagen. Nach wie vor will die französische Schwerindustrie und wollen die französischen Großbanken die Vorherrschaft in Europa, aber sie hoffen, dieses Ziel nicht mehr im Kampf gegen Deutschland zu erreichen, sondern durch Verständigung mit der deutschen Bourgeoisie.

Die ersten Schritte der Thoiry-Politik dachte man sich so, daß Frankreich in absehbarer Zeit aus dem Rhein- und Saarland herausgehen würde, daß zur selben Zeit Belgien auf Eupen-Malmedy verzichten würde. Als Gegenleistung sollte ein Reparationsbetrag von ungefähr zwei Goldmilliarden flüssig gemacht werden. Bekannt sind die Projekte über einen teilweisen Verkauf der deutschen Eisenbahn-Obligationen. Eine solche Finanzoperation wäre nur mit Zustimmung des amerikanischen Kapitals möglich gewesen. [731] Die Neuyorker Börse hätte die Milliarden aufbringen müssen. Zwei Milliarden Goldmark sind zwar sehr viel Geld (die ganze Dawes-Anleihe betrug nur 800 Millionen), trotzdem war die Aufbringung einer solchen Summe in Amerika nicht unmöglich, zumal wenn man die Finanzgeschäfte stückweise auf eine Periode von einigen Jahren verteilte. Ein prinzipieller Widerspruch Amerikas gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit ist nicht erfolgt. Englische Tendenzmeldungen erzählten zwar von amerikanischer Gegnerschaft gegen Thoiry, aber sie wurden so prompt und energisch aus Neuyork dementiert, wie man es nur wünschen konnte. Die amerikanische Bourgeoisie fürchtet eine deutsch-französische Konkurrenz nicht. Sie ist bereit, große Geldsummen in Mitteleuropa anzulegen, wenn das Geld genügend sicher erscheint. Was wäre aber eine größere Sicherheit, als eine feste deutsch-französische Verständigung? Es muß jedoch mit aller Entschiedenheit betont werden, daß ein solcher deutsch-französischer Antrag nach Amerika gar nicht gelangt ist. Die Amerikaner waren gar nicht in der Lage, das Thoiry-Projekt zum Scheitern zu bringen, weil man sie bis jetzt ernsthaft über ihre Meinung gar nicht befragt hat.

Der wahre Grund, der vorläufig zum Scheitern von Thoiry geführt hat, ist der folgende: Die deutsche Bourgeoisie war zwar bereit, die frühere Räumung des Rhein- und Saarlandes durch ein Geldgeschäft zu erkaufen, aber sie war nicht bereit, eine feste politische und wirtschaftliche Verständigung mit

Frankreich einzugehen, denn dann hätte Deutschland zwischen Frankreich und England wählen müssen. Es hätte zugunsten Frankreichs auf die englische Verbindung verzichten müssen, und dazu waren entscheidende Schichten der deutschen Bourgeoisie nicht zu haben. Den Franzosen wiederum genügte das reine Geldgeschäft: Rheinland-Räumung gegen Flüssigmachung der Eisenbahn-Obligationen, nicht. Da Deutschland aber nicht mehr bieten will, ist das Projekt zunächst zu Wasser geworden.

Die Gruppen der deutschen Bourgeoisie, die für eine Zusammenarbeit mit Frankreich zu haben wären, sind vor allem die Kali- und die Eisenindustrie. Beide haben auf ihrem Spezialgebiet die bekannten Abkommen mit der französischen Wirtschaft durchgeführt. Aber daneben gibt es andere Kräfte, die imstande sind, die Stahltrustpolitik zu durchkreuzen. Das ist in erster Linie der gewaltige Chemietrust. Die Interessengemeinschaft der Farbenindustrie mit ihrem Milliardenkapital wächst sich immer mehr zu einem der entscheidenden Faktoren der deutschen Außenpolitik aus. Die deutsche Farbenindustrie hat zwar unter einer sehr geschickten Leitung die Krise der deutschen Niederlage und die Inflation einigermaßen überstanden, aber die Monopolstellung, die Deutschland früher auf dem Gebiet der Farben und Chemikalien in der Welt hatte, besitzt sie nicht mehr. Deutschlands Export an Farben und Chemikalien ist kaum die Hälfte von der Ausfuhr der Vorkriegszeit. Wenn der deutsche Farbentrust seine Weltstellung zurückgewinnen will, so muß er wieder die überseeischen Absatzgebiete erfassen können. Hier kommen wir recht eigentlich zum Grundproblem des neudeutschen Imperialismus. Wäre Deutschland nur ein Kontinentalstaat, so könnte es sich bei einer Verständigung mit Frankreich allein wohlfühlen. Da aber die deutsche Bourgeoisie eine neue imperialistische Politik treiben will, muß sie sich freien Raum in den überseeischen Ländern erkämpfen. Mit Gewalt geht das nicht, da die deutsche Flotte nicht mehr existiert, und der Versailler Vertrag den Neubau deutscher U-Boote verbietet. Also geht es nur im Wege friedlicher Verständigung mit den Kapitalsmächten, die den Schlüssel zu den überseeischen Märkten haben. Das [732] sind die Amerikaner und immer noch in hervorragendem Maße die Engländer. In England hat man sich während des Weltkriegs und darnach eifrig bemüht, eine selbständige britische Farbenindustrie zu schaffen. So wollte man die Bedürfnisse des britischen Reiches allein decken und den deutschen Konkurrenten für alle Zeiten ausschalten. Aber trotz aller staatlichen Subvention blieb die britische chemische Industrie ein kränkliches Wesen. In letzter Zeit hat man alle Farben- und Chemikalienfabriken Großbritanniens zu einem Trust zusammengeschlossen. Einer der klügsten Männer der englischen Bourgeoisie, Lord Reading, der frühere Vicekönig Indiens, wurde an die Spitze des britischen Chemietrusts gestellt. Aber diese Geste kann den Fachleuten nicht imponieren. Die Leistungsunfähigkeit der britischen chemischen Industrie wird auch Lord Reading nicht beseitigen können. Das wissen die leitenden Männer des deutschen Farbentrusts. Darum setzen Duisberg und Bosch alle Kräfte ein, um zu einer Verständigung mit der britischen Bourgeoisie zu gelangen. Ein friedliches Abkommen mit England soll der deutschen chemischen Industrie wieder die Märkte des britischen Weltreichs öffnen. Ein ähnliches Abkommen der deutschen chemischen Industrie mit Japan besteht bereits, ein weiteres mit Amerika wird gleichfalls angestrebt.

Wir haben hier die typische Form des neudeutschen Imperialismus. Aus eigener Kraft kann man die Weltmärkte nicht erobern. Der neudeutsche Imperialismus litt bisher an der Unfähigkeit, einen nennenswerten Kapitalexport ins Ausland zu schicken. Deutschland ist und bleibt Schuldnerland. Aber Deutschland hat auch hier ein gewisses Surrogat für das fehlende Kapital, das man nicht ins Ausland schicken kann. Die deutsche chemische Industrie exportiert ihre Patente. So können im Ausland Betriebe geschaffen werden, deren Kapital aus England und Amerika stammt, während Deutschland seine Patente liefert und dafür einen entsprechenden Anteil am Profit erhält.

Von ungeheurer weltwirtschaftlicher Bedeutung ist das neue Bergius-Verfahren zur Verflüssigung der Kohle, das in der Hand des deutschen Chemietrusts ist. Wenn die Engländer dahin gebracht werden können, daß sie die Bergius-Patente kaufen, so ist die englische Bourgeoisie in der Lage, ihre überschüssigen Kohlenmengen unter sehr günstigen Bedingungen in Benzin zu verwandeln. Hier ist der Punkt, wo die Interessen des Chemiekapitals im internationalen Maßstabe sich mit der Kohlenindustrie und mit der Petroleumindustrie treffen. Die englisch-amerikanischen Petroleumkonzerne haben ein Interesse daran, daß das neue Verfahren nur im Einvernehmen mit ihnen angewendet wird.

Auf der anderen Seite werden die deutschen Zechenbesitzer auf diese Art vom Chemietrust abhängig. Es stellt sich jetzt heraus, daß Herr Duisberg im Dienste dieser Projekte die Fahrt nach England unternahm, wo dann in Romsey die Konferenz der deutschen und britischen Kapitalisten abgehalten wurde. Die deutsche chemische Industrie hätte zwar auch gegen ein Abkommen mit Frankreich nichts einzuwenden, aber eine einseitige französische Orientierung ist für den Farbentrust völlig undenkbar. An den Farbentrust schließen sich die rheinisch-westfälischen Montanwerke an, soweit sie außerhalb des Stahltrusts stehen (Haniel, Krupp, Klöckner usw.), ferner jene Bankinteressen, die an England und Amerika gebunden sind, endlich die Schiffahrtsinteressen, die auf derselben Linie liegen. Das ist zusammen ein Block, der sehr wohl in der Lage ist, die deutsche Außenpolitik zu bestimmen oder doch mindestens solche Dinge zu verhindern, die man nicht für erwünscht hält. Unter diesen Einflüssen hat Stresemann bis zum heutigen Tage die Folgerungen aus Thoiry [733] nicht gezogen. Das, was Deutschland bieten will, das reine Geldgeschäft ohne feste Blockbildung, genügt Frankreich nicht. Der eifrigste Vorkämpfer der französischen Orientierung in Deutschland, der Kaliindustrielle Rechberg, erkannte, was vorging. So warf er den Plan eines deutsch-französischen Militärbündnisses in die Diskussion. Das Projekt erschien, was bezeichnend ist, zuerst in der Pariser Zeitung „Avenir“, dem Organ Millerands, also einem extrem rechten Blatt. Man sieht daraus, daß auch die eifrigsten Nationalisten in Frankreich das Zusammengehen mit der deutschen Bourgeoisie wollen, freilich unter Bedingungen, die Berlin zurzeit nicht schlucken will.

Freilich läuft die deutsche Bourgeoisie bei dieser Taktik sehr erhebliche Gefahr. England ist zwar der bessere Verbündete für eine überseeische Imperialistenpolitik, aber auf dem europäischen Festlande ist der Druck Frankreichs der stärkere. Frankreich hat Mittel genug in der Hand, um die deutsche Bourgeoise zu einer ganz bestimmten, eindeutigen Wahl zu zwingen. Die Unklarheit der deutschen Außenpolitik hat es auch verhindert, daß die deutsch-polnische Verständigung zustandekam. Piłsudski wird nur dann mit der deutschen Bourgeoisie abschließen, wenn er genau weiß, was er von Deutschland zu erwarten hat. Der neudeutsche Imperialismus leidet eben von Anfang an entscheidend daran, daß ihm die nötige militärische und maritime Kraft fehlt. Auch die gewaltige Kraft der deutschen Chemieindustrie stellt nur eine mögliche Kriegsrüstung, aber keine militärische Gegenwartskraft dar, vor allem keine Kraft, solange Deutschland allein bleibt. Arthur Rosenberg.

LITERATUR

Neue Bücher über die Sowjetunion
George Buchanan:
„Meine Mission in Rußland“

George Buchanan, der von 1910 bis 1918 englischer Botschafter in Rußland war, ist ein geschworener Feind der Sowjetunion. Aus seinen Memoiren – die jetzt im Verlage für Kulturpolitik, Berlin, erschienen sind – können wir die Stellung des englischen Imperialismus zu den verschiedenen Regierungen Rußlands deutlich herauslesen. Wir sehen die Stellung des britischen Imperialismus zum Zarismus, zur Kerenski-Regierung und zur Sowjetmacht.

Buchanan kam 1910 nach Rußland, in einer Zeit, da die deutschen imperialistischen Ansprüche immer mehr den englischen Imperialismus herausforderten. Deutschlands Bestreben, den Ausbau der Bagdadbahn zu forcieren, stellte eine starke Bedrohung Indiens, der wichtigsten Kolonie Großbritanniens, dar. Darum setzte England – auf der Suche nach Verbündeten – alles daran, Rußland zum Feinde Deutschlands zu machen. Rußland hatte sich von der Politik des Anschlusses an Deutschland abgewandt. Die Voraussage Engels, daß der Ausgang des preußisch-französischen Krieges von 1870171 Frankreich in die Arme Rußlands treiben mußte, war eingetroffen. In dieser Lage war es dem britischen Imperialismus leicht, Frankreich und auch das zaristische Rußland zum Feinde Deutschlands zu machen.

In den Memoiren kommt dieser Teil der Botschaftertätigkeit Buchanans recht stiefmütterlich weg – ebenso die Schilderung des Kriegsausbruchs. Aber die Memoiren beweisen trotzdem eindeutig, daß sowohl die deutsche als auch die englische Regierung alles taten, um den Weltkrieg zu entfesseln.

*

Sehr bald nach dem Kriegsausbruch wird es klar, daß der russische Staatsapparat nicht imstande ist, einen langjährigen Krieg auszuhalten. Die Desorganisation der russischen Wirtschaft wirkte sich sehr rasch in der Armee aus.

Der Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen den imperialistischen Krieg wurde immer energischer. Die Autorität des Zaren ging restlos verloren. Die russische Bourgeoisie erkannte, daß man den Zaren absetzen müsse, um den Krieg fortsetzen zu können.

Wie stellten sich der englische Imperialismus – und Buchanan, den man früher oft [734] einen Freund des Zaren genannt hatte, zur bürgerlichen Revolution und zum Sturze des Zaren?

Die Memoiren des englischen Botschafters sind eine heftige Polemik gegen die Anschuldigungen, die englische Botschaft in Petersburg sei „das Foyer der russischen Demokratie“ gewesen. Buchanan wird krebsrot bei der „Beleidigung“, beim Sturze des Zaren seine Hand im Spiele gehabt zu haben. Sein Buch gibt Auskunft Ober diese Frage. Die englische Regierung hat den Zaren fallen gelassen, als sie einsah, daß mit ihm keine Fortsetzung des Krieges möglich sei. Die englische Regierung unterstützte daher die Bestrebungen der Dorns, zur bürgerlichen Demokratie zu kommen. Doch hier versagt die englische Politik vollkommen.

Bereits im Frühjahr 1917 war die englische Bourgeoisie in Rußland auf Probleme gestoßen, die sie nicht mehr meistern konnte. Die Arbeiter und Bauern Rußlands begannen ein eigenes Leben zu leben, begannen ihre eigenen Klasseninteressen laut und vernehmlich anzumelden.

Kurze Zeit nach den Märzereignissen bekommt Buchanan Bedenken, daß die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung dem Ansturm des revolutionären Proletariats erliegen könnte. Aber bald gibt er sich wieder den schönsten Illusionen hin. Er begrüßt die Bestrebungen Kerenskis und Sawinkows, die Todesstrafe in der Armee wieder einzuführen. Aber bald wurden seine Hoffnungen bitter enttäuscht. Die Kerenski-Regierung steht auf zu schwachen Füßen und kann daher die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Disziplin nicht mehr durchführen. –

Buchanan gab sich als Freund des Volkes aus. In einer öffentlichen Versammlung erklärte er, daß er mit „ganzem Herzen auf seiten der Revolution stünde“. Warum tat er dies? Buchanan gibt eine Antwort, die den englischen Imperialismus völlig entlarvt: „Ich dachte nur daran, wie ich Rußland im Kriege erhalten könnte.“ (S. 187.)

Buchanan wußte sehr gut, daß das revolutionäre Proletariat einen energischen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führte. Er hetzte darum die provisorische Regierung gegen die Bolschewiki auf: ‚Ich sagte ihm (dem Minister Miljukow), für die Regierung sei die Zeit gekommen, zu handeln, Rußland würde den Krieg niemals gewinnen, wenn es Lenin weiter erlaubt bliebe, die Soldaten zur Desertion, zum Landraub und zum Morden zu verleiten.“ (S. 196.)

Je näher wir der proletarischen Revolution kommen, um so verwirrter, hilfloser wird der Repräsentant des englischen Imperialismus. Schließlich setzt er, wie die Kadetten, alle Hoffnungen auf den Kornilow-Putsch, der dann wie ein Schemen zusammenbrach und – eine mächtige Stärkung der revolutionären Bewegung hinterließ.

Ab und zu erkennt Buchanan, in welcher Gefahr der englische Imperialismus schwebt: „Die Bolschewiken allein ... haben ein bestimmtes politisches Programm. Sie sind tätiger und besser organisiert als jede andere Gruppe.“ (S. 232.) Er sieht das Anwachsen der Bolschewiki. Er sieht ein, daß man sich jetzt vom Gedanken der Koalitionsregierung lossagen müsse. Er muß einwilligen, daß eine reinsozialdemokratische Regierung gebildet wird. Warum? Buchanan schreibt: „Ich wollte die Sozialisten aus zwei Gründen bei guter Laune erhalten. Erstens mußten wir versuchen, Rußland bei der Stange zu halten (wenn wir auch nicht erwarten konnten, daß es im Kriege eine mehr als passive Rolle spielen werde), denn seine großen Ressourcen durften nicht den Deutschen zugänglich werden. Zweitens fürchtete ich, wir würden zum Siege des Bolschewismus beitragen, wenn wir die gemäßigteren Sozialisten in die Opposition trieben.“ (S. 237-238.)

Die Tage vor dem 7. November tragen alle Zeichen von kommendem Sturm. Aber der englische Botschafter wiegt sich noch immer in dem Glauben, daß die provisorische Regierung imstande sei, die proletarische Revolution niederzuhalten.

Am 7. November ist die Stadt in den Händen der Bolschewiki.

Nach der Machtergreifung durch das Proletariat konspiriert Buchanan eifrig mit den Gegenrevolutionären. Die Führer der Gegenrevolution gingen in der Botschaft aus und ein.

Nach der November-Revolution blieb Buchanan noch zwei Monate in Rußland. In dieser Zeit beschäftigte er sich ausschließlich mit der Verleumdung der Bolschewiki. So schreibt er am 7. Dezember in sein Tagebuch: „Seit der Erhebung der Bolschewiken gehen Gerüchte um, die besagen, daß ihre Operationen von verkleideten deutschen Stabsoffizieren geleitet würden. Nach Informationen, die ich jetzt erhielt, sind sechs solche Offiziere dem Stabe Lenins im Smolny-Institut zugeteilt." (S. 256.) Daß er an diese Tatsachen selbst nicht glaubt, geht aus einer Eintragung vom 5. Januar hervor. Trotzki ist „doch nicht ihr (der Deutschen, H. L.) bezahlter Agent ... Trotzki und Lenin wollen durchaus alle sogenannten imperialistischen Regierungen stürzen". (S. 265.)

*

Der englische Imperialismus versuchte mit allen Mitteln der „Diplomatie" gegen den Bolschewismus zu kämpfen. Aber vergebens! England mußte – wenn auch nur inoffiziell – Sowjetrußland anerkennen. Die proletarische Regierung hatte Faustpfänder (englisches Kapital, englische Bürger) in der Hand. Aber die Reibungsflächen zwischen England und der Sowjetmacht vergrößerten sich sehr schnell.

Schließlich mußte der englischen Imperialismus das Feld räumen. [735] Die Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland verschlechterten sich mehr und mehr. Buchanan reiste ab. – Ein Akt des Theaters war zu Ende. An die Stelle des diplomatischen Kampfes trat der Interventionskrieg.

*

Theodor Dan: „Sowjetrußland, wie es wirklich ist"

Der Theoretiker der russischen menschewistischen Partei hat unter diesem Titel einen „Leitfaden für Rußlanddelegierte" herausgegeben. Das Buch ist im Verlage des ADGB, Berlin, herausgekommen.

Der Sozialdemokrat Dan verfolgt mit seinem Buche den Zweck, die Errungenschaften der proletarischen Revolution in den Augen der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder herabzusetzen. Mit dem „Vorwärts" stimmt er darin absolut überein, daß die Sowjetunion angegriffen werden müsse. Aber mit den Methoden des Angriffs, die der „ Vorwärts" bisher angewandt hat, ist Dan nicht einverstanden. Der „Vorwärts" hatte sich damit begnügt, die unwahrscheinlichsten Lügen über die Sowjetunion auszustreuen. Er hatte sich dabei durch die Tatsache, daß man diesen „Meldungen" die Unwahrheit von der Stirn ablesen konnte, nicht stören lassen.

Dan erkennt sehr richtig, daß die Arbeiter den dick aufgetragenen Schwindel des „Vorwärts" einfach nicht mehr glauben, daß man heute mit dieser Praxis nicht mehr auskommt. Er versucht daher, seine Verleumdungen unter dem Mantel der „Objektivität" zu verstecken. Dabei wendet er folgende Methode an: Er bringt lauter Meldungen aus der Sowjetpresse, d. h.: so oft in den Zeitungen der Sowjetunion irgendein Mißstand gebrandmarkt wird, nimmt Dan diese Notiz zum Beweis, daß in Rußland alles schlecht bestellt sei.

Dabei geschieht ihm freilich ein arges Mißgeschick. Er setzt erst lang und breit – durchaus im Stile der deutschen Sozialdemokratie – auseinander, daß im heutigen Rußland keine freie Meinungsäußerung besteht, daß die Sowjetpresse streng zensuriert würde, daß der übelste Tscheka-Terror jede

ehrliche Äußerung über Lohndruck, ungerechte Steuerverteilung usw. usw. unmöglich mache. Aus dieser selben, unbrauchbaren, zensurierten Sowjetpresse aber will Dan nun die Mißstände in der Industrie und die geknechtete Lage der Arbeiterklasse beweisen. Einer der krassen Widersprüche der Danschen Politik! –

Dan macht sich über die sozialdemokratischen Arbeiter lustig, die nach Sowjetrußland gingen und begeistert über die sozialistische Aufbauarbeit des russischen Proletariats berichten. Er erklärt die Arbeiterdelegierten – wenn nicht für bestochene Gesellen – dann doch bestimmt für Trottel, die sich ein X für ein U vormachen ließen. Nach Dan sind Arbeiter unfähig, zu beurteilen, ob in Rußland das Proletariat herrsche oder die Bourgeoisie. Nur ein „studierter Mann“ kann entscheiden, ob der Sozialismus in Rußland aufgebaut wird! Die Reisen der Rußlanddelegationen sind für Dan eine reine Agitationsmache der Bolschewiki.

Hören wir dagegen, was ein Marxist über die Aufgaben der Arbeiterdelegationen sagt:

„Was ist der Sinn der Arbeiterdelegationen? ... Alle unsere obersten Behörden, der Rat der Volkskommissare und das Zentralexekutivkomitee und auch die lokalen Exekutivorgane waren bereit, vor den Arbeiterdelegationen, in deren Person sie die freundschaftliche, brüderliche Kontrolle der Arbeiterklasse des Westens über unseren Aufbau und unseren Arbeiter-staat sahen, Rechenschaft abzulegen.“ So charakterisiert Stalin auf dem XIV. Parteitage der KP der SU sehr klar und eindeutig den Sinn der Arbeiterdelegationen. („Probleme des Leninismus“, S. 333-334.)

Diese Bedeutung der Arbeiterdelegationen erkennt natürlich der Sozialdemokrat Dan nicht an. Sein Unglaube an die Kraft des Proletariats führt ihn dazu, den Arbeitern jede Urteilsfähigkeit abzusprechen. Untersuchen wir, was das „gründliche Studium“ Dans dagegen über Sowjetrußland zutage fördert – und ob er einen anderen, brauchbareren Weg des Aufbaues der Sowjetunion zu zeigen weiß.

Im Mittelpunkte seines Buches steht die Frage nach der Bedeutung der Nep. Dan gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Den „Kriegskommunismus“ fälscht er einfach in „Kommunismus“ und „kommunistisch“ schlechthin um. Wer ist schuld am Kriegskommunismus? Unbedenklich antwortet Dan: Die Bolschewiki! Dann kommen ihm Bedenken, und er gibt zu, daß der Kriegskommunismus aus der Not der Bürgerkriege und Invasionen geboren, der Sowjetmacht aufgezwungen wurde. Aber mit dreister Stirn behauptet er trotzdem: Die Bolschewisten haben den Bürgerkrieg verschuldet! Und ebenso ist die Hungersnot von 1921 nicht eine Naturkatastrophe gewesen, sondern ein Produkt der falschen Politik der Bolschewiki.

Dan macht die welterschütternde Feststellung. daß „Lenin das Wirtschaftsprogramm den Menschewisten entlehnte“, aber „das damit verbundene politische Programm gänzlich“ ausschaltete. (S. 34.) Was ist nach Dan das Wirtschaftsprogramm der Bolschewiki? Er schreibt: „Seit der Proklamierung der Neuen Wirtschaftspolitik sind nicht die bürgerlichen Elemente der Wirtschaft vor den sozialistischen zurückgewichen, sondern diese werden im Gegenteil von den bürgerlichen in den Hintergrund gedrängt.“ (S. 116.) Das ist die Kulakiüberschätzung Sinowjews-Kamenews in Reinkultur. Aber Dan wird noch deutlicher: „Die ‚neue ökonomische Politik‘, d. h. die Entfesselung der bürgerlichen kapitalistischen Beziehungen in der Wirtschaft, ... war imstande, mit Mühe und Not die Produktivkräfte wiederherzustellen ...“ (S. 50.) Wie klar hören wir hieraus die [736] „Theorie“, daß die Nep nur ein Rückzug zum Kapitalismus sei! Die Nep ist für Dan und seine Gesinnungsfreunde einfach die Wiedereinführung des Kapitalismus.

Mit Korsch verbindet Dan eine verwandte Auffassung des Marxismus. Er redet wie Korsch viel und gern von den „Beziehungen zwischen den Menschen“, die die gesellschaftliche Lage der Menschen bestimmt. Korsch wird vor Neid schwarz werden, wenn er sieht, wie ihm Dan alle „Trümpfe“ wegnimmt. Oder hat Korsch folgende Sätze von Dan abgeschrieben? Dan doziert: „Der kapitalistische oder der sozialistische Charakter eines wirtschaftlichen Unternehmens wird ... durch jene gesellschaftlichen Beziehungen, durch jene Beziehungen zwischen den Menschen bestimmt, die sich auf dem Boden dieses Unternehmens herausbilden ... Zwei grundlegende Merkmale

sind untrennbar verknüpft mit der Vorstellung über die sozialistische Produktion. Dies ist erstens die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse an Stelle des Profits als Ziel der Produktion." Das ist bekanntlich wörtlich Korschs Auffassung. Auch für ihn ist die russische Wirtschaft kapitalistisch, weil Warenverkehr, Markt, Preise und Löhne existieren.

Dan wie Korsch übersehen vollkommen die grundlegende Änderung des Produktionsprozesses. Sie sehen nicht, daß das Klassenverhältnis beseitigt ist, und daß in den „Betrieben sozialistischen Typs" eine Ausbeutung unmöglich ist, da nur eine Klasse vorhanden ist: ‚eben die Arbeiterklasse. Als echte Vulgärökonomen starren Dan und Korsch auf den Markt und den Umlauf von Waren. Sie vergessen darüber ganz die Berücksichtigung des Charakters des Produktionsprozesses, die Tatsache der Abschaffung der bürgerlichen Ausbeuterklasse.

Aus diesem fundamentalen Irrtum heraus erklärt sich die Unfähigkeit, den sozialistischen Charakter der Sowjetwirtschaft zu erkennen. Zwar sieht Dan in seinem widerspruchsreichen Buche auf Seite 107 ein, daß die Eroberung der Macht durchaus mit einer „zeitweiligen Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse" verbunden sein kann. Das hindert ihn aber nicht, von Seite 61 bis 78 über die schlechte Lage der russischen Arbeiter zu zetern. Um die Lage des russischen Arbeiters recht schlecht erscheinen zu lassen, läßt Dan einfach die gewaltigen sozialen Leistungen der Sowjetmacht weg, spricht kein Wort über Lesehallen, Mutterschutz usw.

Als politisches Allheilmittel wiederholt er monoton sein altes Lied: Einführung der Demokratie. Die Demokratie (natürlich die bürgerliche) ist ihm zu einem Idol geworden, dem er alle sozialistischen Ideale opfert. Er scheut auch nicht davor zurück, Engels zu fälschen. Engels sprach bekanntlich davon, daß die bürgerliche Demokratie der beste Kampfboden zur Erringung der proletarischen Macht sei. Daraus macht Dan, Engels verlange zum Aufbau des Sozialismus eine demokratische Staatsform. Damit fälscht er Engels, obwohl er weiß, daß Engels sich an hundert Stellen für die Diktatur des Proletariats (d. h. für die proletarische Demokratie) ausgesprochen hat, unter der es allein möglich ist, den Sozialismus aufzubauen.

Dans Hochruf auf die russische (menschewistische) Sozialdemokratie wird in Rußland ungehört verhallen. Das russische Proletariat hat die sozialdemokratische Politik am eigenen Leibe verspürt und dürstet nicht danach, unter der Herrschaft der „reinen" Demokratie den Kapitalismus in Rußland wieder einzuführen.

Dan kommt das Verdienst zu, die bürgerlichen, sozialdemokratischen und anarchistisch-syndikalistischen Anschuldigungen gegen Sowjetrußland gesammelt zu haben. Gleichzeitig leitet er eine neue Ära des Kampfes der Zweiten Internationale gegen die Sowjetunion – eines Kampfes mit der geschickteren Methode der scheinbaren „Objektivität und Fachlichkeit" – ein. H. Löwen.

*

Berichtigung

Zu dem Artikel des Genossen Maslowski, „Zur Religionsfrage" , in Nr. 21 und 22 wird uns mitgeteilt, daß seit 1½ Jahren Schriftleiter des „Atheist" Genosse Fritz Köhlitz, Leipzig. ist, und daß erst, seitdem die Schriftleitung in die Hände eines Kommunisten übergegangen ist, die Zeitung jenen entschiedenen proletarischen Standpunkt einnimmt, den Genosse Maslowski anerkennend hervorhebt. In der 3. Fußnote auf Seite 655 im 1. Teil des Aufsatzes war als Redakteur des „Atheist" Wolf genannt.

Die Redaktion.

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 15. Dezember 1926 * Heft 24

Die Opposition auf der internationalen Tribüne

Von J. P.

Berlin, 15. Dezember.

Die Führer der Opposition beginnen einen neuen Feldzug. Nachdem sie in der WKP geschlagen worden sind, versuchen sie ihr Glück im internationalen Maßstabe. In der KPdSU haben sie die Schlacht verloren, jetzt versuchen sie, die Schlappe in der Kommunistischen Internationale wettzumachen. Nachdem sie von der Arbeiterschaft Moskaus, Leningrads, Charkows, des Donbeckens und des Urals abgelehnt worden sind, versuchen sie ihr Glück mit der Arbeiterschaft Berlins, Paris', Londons und Neuyorks.

Eigenartige Methoden verwendete die Opposition auf der Erweiterten Exekutive. Die Genossen Sinowjew und Trotzki erklärten zuerst, sie wollen nur eine „Erläuterung" ihres Standpunkts geben. In Wirklichkeit aber haben sie eine ganze Serie von Korreferaten gehalten. Sie behaupteten, sie wollen keinen Fraktionskampf; in Wirklichkeit aber bedeutet ihr Auftreten nichts anderes, als die internationale Verlängerung ihres bisherigen russischen Fraktionskampfs. Der politische Zweck ihres Auftretens ist eben der Versuch, eine Plattform der offenen oder versteckten Opposition innerhalb der Kommunistischen Internationale zu geben. Genosse Sinowjew war ja selbst gezwungen, zuzugeben, daß „es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß ihr Auftreten die Gefahren eines neuen Fraktionskampfs heraufbeschwört".

Die Hauptattacke ritt die Opposition gegen die Auffassung der Partei über die Möglichkeiten des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande. Sie kamen im Talare des Gelehrten. Genosse Sinowjew brachte unzählige Zitate mit aus Marx, Engels und Lenin. Es war ein wahres Jonglieren mit Zitaten, die teilweise zum Thema gehörten teilweise aber zur Frage paßten, wie die Faust aufs Auge. Genosse Sinowjew öffnete alle Schätze seines Zitatenkastens und „bewies", daß die Weltrevolution wirklich eine Weltrevolution ist, daß sie wirklich international ist, daß die Weltwirtschaft wahrhaftig eine Weltwirtschaft ist und dergleichen mehr. Der Zweck der ganzen Übung war, den „Beweis" zu erbringen, daß das ZK der WKP national begrenzt sei, daß es die russische Revolution nicht als einen Teil der Weltrevolution, sondern national borniert betrachte. Genosse Trotzki polemisierte gegen die, wie er sie nannte, „Monroe-Doktrin" des Sozialismus, die in der Auffassung lebt, daß man den Sozialismus „im eigenen Hause", mit den eigenen Mitteln der russischen Revolution aufbauen [738] könne. Genosse Trotzki ging sogar soweit, daß er, die unbestrittene Tatsache des Zusammenhangs der Wirtschaft der Sowjetunion mit der Weltwirtschaft erwähnend, gleichzeitig aber die parallel laufende wachsende Unabhängigkeit der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion von der kapitalistischen Weltwirtschaft verschwieg. Genosse Bucharin hatte ihm mit vollstem Recht entgegengehalten, daß seine Weisheit nur eine halbe Wahrheit und deshalb eine ganze Unwahrheit sei. Genosse Trotzki erklärte pompös: „Wir können doch nicht unsere eigene Wirtschaftsgeschichte mit Füßen treten", mit anderen Worten: er behauptete, daß die Wirtschaft der Sowjetunion in jeder Hinsicht nur die Fortsetzung der alten Wirtschaft des kapitalistischen Rußland sein könne. Er vergaß dabei nur „die Kleinigkeit" des Oktobers, die das Moment der Revolution in die evolutionäre Entwicklung einschaltete.

Das Paradepferd der Opposition war die Frage des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande. In dieser Frage haben sie entweder die Analyse durch Zitate ersetzt, wie der Genosse Sinowjew, oder falsche Theorien aufgebaut, wie Genosse Trotzki, die sie in eine gefährliche Nähe sozialdemokratischer Konzeptionen brachten. In den anderen Fragen aber hat die Opposition statt der Methode der direkten „flammenden Angriffe" des Juli-Plenums und der XV. Parteikonferenz die Methoden der Verdächtigung, der halbversteckten Beschuldigungen angewandt.

Genosse Sinowjew machte der Kommunistischen Internationale den Vorwurf, daß sie kein Programm besäße, – er vergaß nur dabei, daß er selbst sieben Jahre Vorsitzender der Kommunistischen Internationale war.

Die Führer der Opposition stellten die Behauptung auf, daß die Bejahung der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande eine „nationale Perspektive des Kampfes des Proletariats“ bedeute. Sie sagten es nicht offen, sie wollten nur den Eindruck erwecken, daß die KPdSU nationalistischen Tendenzen verfalle.

Genosse Sinowjew und Trotzki traten als Verteidiger des Marxismus auf und protestierten gegen die Revision des Marxismus. Sie haben ja niemanden offen beschuldigt, -aber der Zweck der Übung war, den Eindruck zu erwecken, daß die WKP den Marxismus revidieren will und sich auf dem Wege des Revisionismus befinde.

Genosse Sinowjew erklärte nachdrücklichst: die Konstruktion des Sozialismus braucht Jahre, und protestierte lebhaft gegen die Auffassung, daß der Sozialismus in einigen Monaten oder Wochen aufzubauen sei. Er hat ja niemanden offen damit beschuldigt, daß irgend jemand die Theorie aufstellte, man könne den Sozialismus in einigen Wochen aufbauen; aber er wollte doch den Anschein erwecken, daß diese Auffassung in der WKP vorherrschend sei, er wollte das Mißtrauen der Erweiterten Exekutive der Komintern gegen die Führung der WKP aufstacheln.

Genosse Sinowjew zitierte mit unschuldiger Miene die Behauptung der sozialdemokratischen Presse, wonach der Sieg des „Stalinismus eine große Annäherung der WKP zur Sozialdemokratie bedeute. Genosse Sinowjew hatte selbstverständlich nicht gesagt, daß diese Äußerung der sozialdemokratischen Halunken richtig sei, aber er hat sich auch nicht klipp und klar abgegrenzt von dieser Behauptung. Die Absicht des Genossen Sinowjew war eben die, in den Delegierten der Erweiterten Exekutive den Eindruck zu erwecken, daß der Sieg der 99 Prozent der kommunistischen Arbeiterschaft der WKP über die Opposi-[739]tion den Sieg der Annäherung zur Sozialdemokratie bedeute, und daß die arme unterdrückte Opposition in der WKP die Vertreterin des echten, der Sozialdemokratie feindlichen Bolschewismus sei.

Die Opposition versuchte auch, die „Ware“ der Entartung der WKP auf dem „Weltmarkte“ der Erweiterten Exekutive zu verkaufen, nachdem sie sie mit so wenig Glück auf den „russischen Markt“ lanciert hatte. Genosse Sinowjew sprach ja nur über Tendenzen, nicht über vollzogene Tatsachen; er sprach aber in einer Weise, die durchblicken ließ, daß die sich „verbürgerlichende“ WKP nicht geeignet ist, die führende Rolle innerhalb der Kommunistischen Internationale zu behalten.

Die Führer der Opposition beschuldigten die Kommunistische Internationale, daß sie nur die Ultralinken „verfolge“, die rechte Gefahr aber nicht bekämpfe. Genosse Sinowjew erklärte, der Hauptfeind der Komintern sei der Opportunismus. Dies ist vollständig wahr. Er vergaß nur, zu erwähnen, daß das Gros des Opportunismus sich doch nicht in den Reihen der Kommunistischen Internationale, sondern außerhalb, in der Zweiten Internationale befindet. Genosse Sinowjew erklärt, daß gewissermaßen sein Lieblingssport die Jagd auf das große Wild der rechten Gefahr, und nicht auf das kleine Wild der ultralinken Gefahr sei. Die Frage kann man aber nicht vom Standpunkt der Sportleidenschaft behandeln. Die einzig richtige Stellung kann nur eine konkrete Analyse in jedem Lande und in jeder Situation sein, die immer wieder konkret feststellt, welche Gefahr im gegebenen Zeitpunkt die größere ist. Genosse Sinowjew beschuldigte die Kommunistische Internationale, daß sie gegen die rechten Fehler, die seitens der polnischen, tschechischen und englischen Parteien gemacht worden sind, nicht kämpfe. Die Wahrheit aber ist, daß die Thesen des Genossen Bucharin gegen die rechten Fehler, die in den erwähnten Parteien vorgekommen sind, eindeutig und energisch Stellung nehmen. Genosse Sinowjew ist sehr streng der Kommunistischen Internationale gegenüber, vergißt aber, daß er sich lange Zeit weigerte, sich von Medwedjew und Schlappnikow abzugrenzen, trotzdem die Theorien dieser Genossen eine rechte Gefahr in der WKP bedeuteten, und daß er sich lange Zeit nicht von den ausgeschlossenen deutschen Ultralinken dessolidarisierte, trotzdem diese schon den offenen Weg der Konterrevolution betreten hatten.

Ein merkwürdiges Bild zeigten die Führer der Opposition bei ihrem Auftreten auf der Erweiterten Exekutive der Komintern: Genosse Sinowjew sagte wörtlich: „Ich bin der Alte geblieben.“ Genosse Trotzki aber machte krampfhafte Anstrengungen, um den Delegierten der Erweiterten Exekutive glaubhaft zu machen, daß er sich vom Trotzkismus vollständig lossage; er wollte gewissermaßen

behaupten: „I c h b i n n i c h t m e h r d e r A l t e.“ Das Gegenteil ist aber in beiden Fällen die Wahrheit. Das ganze Auftreten des Genossen Trotzki zeigte, daß er noch immer in sehr vieler Hinsicht der Alte geblieben ist; daß er sich noch immer nicht vom Trotzkismus lossagen konnte. Das ganze Auftreten des Genossen Sinowjew bewies, daß er leider nicht mehr der Alte, nicht mehr unser langjähriger Führer geblieben ist; er ist nicht mehr als Vertreter der leninistischen Ideen aufgetreten, er kam an manchen wesentlichen Punkten in eine gefährliche Nähe des Trotzkismus. [740]

*

Bedeutung und Lehren des Kongresses der Werktätigen – Die neue Form der Einheitsfrontbewegung

> „Während der 1. und 2. Weltkongreß die Strategie und Taktik der Komintern nur in ihren allgemeinen Umrissen bestimmte, arbeitete der 3. Kongreß die konkrete Politik der kommunistischen Parteien in der gegenwärtigen Übergangsperiode zwischen zwei Revolutionen heraus. Er stellte in den Mittelpunkt unserer Politik die Losung: ‚Heran an die Massen!‘ d. h. den Kurs auf die Gewinnung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse. Damit schuf er den Anfang der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, die die Lehre unserer gegenwärtigen Politik bildet.“
>
> Brief der Exekutive an die deutsche Partei, September 1925.

In den 1¼ Jahren seit dem Erscheinen des Offenen Briefes der Komintern hat die deutsche Partei, im steten Kampf gegen die letzten Reste ultralinker Strömungen in der Partei, die Grundlinie der Einheitsfronttaktik klar herausgebildet. Gleichzeitig hat sie in breiten Massenbewegungen die Einheitsfront im Sinne der Beschlüsse das 3. Weltkongresses praktisch hergestellt und die Grundlagen geschaffen für die Bildung eines starken linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung und die ersten festeren Bande geknüpft zur Schaffung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und kleinen Bauern wie zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Mittelschichten.

Die Bewegung für Enteignung der Fürsten trug den breitesten Massen-charakter seit den großen Kämpfen um den Achtstundentag im Frühjahr 1924. Sie war offensiver Natur und bedeutete die Sammlung des Industrieproletariats, großer Teile der kleinen Bauern und der werktätigen Mittelschichten gegen die Großbourgeoisie. Die Form der Bewegung war parlamentarisch-demokratisch, getragen wurde sie jedoch von dem Kampfwillen gegen soziale Ausbeutung und politische Unterdrückung; sie war der erste Ausdruck des beginnenden Widerstandes gegen die kapitalistische Rationalisierung und gegen den neudeutschen Imperialismus.

Die in der Volksentscheidsbewegung geschaffene Einheitsfront war schwach, überwiegend stimmungsmäßig und organisatorisch wenig gefestigt. Der erste große Erfolg der Bewegung, daß sie den sozialdemokratischen Parteivorstand und den ADGB zum Anschluß gezwungen hatte, wurde im weiteren Verlauf zu ihrer Schwäche. Die reformistischen Führer behielten die Hände im Spiel, und es gelang ihnen, im wesentlichen die Schaffung von Einheitsfrontorganen, die das Ziel ihrer Tätigkeit über die Volksentscheidsbewegung hinaus auf den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung richteten, zu verhindern, Trotzdem gelang in der Volksentscheidskampagne – und schuf die Voraussetzungen für eine ernsthafte Einheitsfrontbewegung – die Niederreißung der Schranken zwischen den Kommunisten und den breiten Massen der Arbeiterklasse, die Zerstörung des Mißtrauens gegen die kommunistische Führung, das eine sektiererische Parteipolitik in den Jahren 1924-25 geschaffen hatte.

Die Kampagne für den Kongreß der Werktätigen nahm ihren Ausgang von der im Volksentscheid geschaffenen Massenstimmung. Politisch und organisatorisch stellte sie eine höhere Form der Massenbewegung dar als der Volksentscheid. Gegenüber den Forderungen der Ultralinken in der [741] Partei, die einen Reichserwerbslosenkongreß und eine isolierte Erwerbslosenbewegung verlangten, hatte der Reichskongreß der Werktätigen als Grundgedanke und Hauptlosung: gemeinsamer Kampf der Betriebstätigen und Erwerbslosen, Mobilisierung der gesamten deutschen Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die kapitalistische Rationalisierung und gegen den Imperialismus. In Verbindung damit stand die zweite Aufgabe: Loslösung der kleinen Bauern und proletarischen Mittelständler aus

dem Lager der Bourgeoisie, Schaffung eines linken Kampfblocks in Deutschland unter Hegemonie der Arbeiterklasse und Führung der KPD.

Der Kongreß, der vom 3. bis 5. Dezember in Berlin tagte, hat diese zwei Hauptaufgaben gelöst. Er hat die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Klassenkräfte zum Kampfe gegen die Rationalisierung ins Bewußtsein breitester Arbeitermassen gehämmert, in einer verstärkten Bewegung für den Achtstundentag und die 42-Stunden-Woche zeigen sich jetzt bereits die Auswirkungen im Reiche. Trotz des schärfsten Widerstandes der SPD und Gewerkschaftsbürokratie erschienen auf dem Kongreß 137 sozialdemokratische und zirka 300 von Gewerkschaften entsandte Delegierte. Der Eindruck des mächtigen Verlaufs des Kongresses ist so stark, daß die reformistischen Führer bisher nicht gewagt haben, ihre Ausschlußdrohungen wahr zu machen. So war eine der wichtigsten Wirkungen des Kongresses die Loslösung breiter Arbeiter-massen aus der ideologischen und organisatorischen Gefolgschaft der reformistischen Führer, Beschleunigung des Selbstverständigungsprozesses der deutschen Arbeiterklasse durch Stärkung des Einflusses der Kommunistischen Partei auf die Arbeitermassen in Gewerkschaft und Betrieb.

Durch den Verlauf der Kongreßkampagne und den Verlauf des Kongresses selbst ist die Frage, die in der deutschen Partei wie in der Komintern jahrelang theoretisch diskutiert wurde, praktisch gelöst worden: die stärkste Form der Einheitsfront, die für den Kampf des Proletariats und die Gewinnung der Massen für die soziale Revolution wertvollste ist die Schaffung breiter Massenbewegungen, die sich auf Einheitsorgane der Arbeiterschaft aus Betrieben, Gewerkschaften, Erwerbslosenausschüssen stützt.

Der Kongreß hat sich nicht damit begnügt, diese in der Bewegung erprobte Erkenntnis theoretisch zu formulieren, er hat die praktischen Schlußfolgerungen gezogen. Er hat Organisationsrichtlinien beschlossen, die die Entwicklung eines organisierten linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung als Aufgabe haben, die jedoch gleichzeitig die politischen Ansätze zum Bündnis mit den kleinen Bauern und den Kleingewerbetreibenden zur dauernden Zusammenarbeit, die einer Schulung für den Kampf um den Sozialismus gleichkommt, ausbauen müssen.

Der Kongreß hat bewirkt, daß die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung tief in die Massen gedrungen ist. Er hat damit der alten sozialdemokratischen zünftlerischen Einstellung, die nur den Industriearbeiter sah und die Bauern der Konterrevolution als Kraftreservoir überließ, ein großes Stück Boden entzogen. Das bedeutet die weitere Einengung der Massenbasis der Bourgeoisie.

Trotz aller Erbitterung über die arbeiterfeindliche Politik der Gewerkschaftsbürokratie erfolgte auf dem Kongreß kein Vorstoß gegen die Gewerkschaftslinie der Partei. Im Gegenteil, sie wurde durch die Reden und Beschlüsse wie durch den Gesamteindruck des Kongresses verstärkt. Die Berichterstattung vom Kongreß und seine Auswertung müssen in erster Linie dazu dienen, einen breiten Massendruck auf die Gewerkschaften auszuüben, um die reformistischen Führer zu isolieren und die Gewerkschaften zur Aufnahme des Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung zu zwingen.

[742] Der Kongreß zeigt den Beginn einer Neuorientierung der deutschen Arbeiterklasse an, einer Orientierung auf verschärften Widerstand gegen die Rationalisierung, zugespitzter wirtschaftlicher und politischer Kämpfe gegen die Großbourgeoisie. In diesen Kämpfen wird die jetzt geschaffene Einheitsfront verbreitert und gefestigt werden. Die deutsche Kommunistische Partei ist der Lösung der im Brief der Exekutive gestellten Aufgabe: „Heran an die Massen!“ um ein großes Stück nähergekommen. Jetzt gilt es, die Massen zu fuhren, sie zusammenzuschließen dem Einfluß der reformistischen Führer zu entreißen. Daß die Aufgabe nicht als fernes Ziel, sondern als nächste praktische Arbeit vor der Partei steht, hat der Kongreß der Werktätigen bewiesen.

*

Thesen über die Bedeutung und die Lehren des Kongresses der Werktätigen, der Konferenz der Erwerbslosen und die daraus resultierenden wichtigsten Aufgaben für die Partei

Beschlossen vom Polbüro des ZK. der KPD am 10. Dezember 1926

1. Die entscheidende Bedeutung des Kongresses der Werktätigen, als dessen organischer Bestandteil die Reichskonferenz der Erwerbslosen angesehen werden muß, liegt darin, daß es der Kommunistischen Partei gelang, in der Zeit der relativen Stabilisierung und kapitalistischen Rationalisierung breite Massen der Arbeiterklasse, des verelendeten Mittelstandes und der armen Bauern unter solchen einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Losungen zusammenzufassen, die einerseits massenmobilisierend im Sinne des revolutionären Kampfes wirken, und andererseits die Politik der Bourgeoisie durchkreuzen und die Erreichung ihrer Ziele erschweren. Der KdW war eine Verkörperung der Losung der Einheit der Arbeiterklasse und eine der größten Demonstrationen, die die Geschichte der Partei aufzuweisen hat.

2. Der Verlauf des KdW bewies die **Richtigkeit der kommunistischen These von der kapitalistischen Rationalisierung**, die sich in erster Linie als wirtschaftliche und politische Offensive des Kapitalismus gegen die ökonomischen Existenzbedingungen und die politischen Rechte der werktätigen Massen auswirkt. Die kapitalistische Rationalisierung erfaßt als technischer Prozeß nur einen beschränkten Teil der Wirtschaft, drückt jedoch dem gesamten gesellschaftlichen Leben des Landes ihren charakteristischen Stempel auf. Am KdW ist es gelungen, unter grundsätzlicher Betonung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, wie im Kampfe gegen die Bourgeoisie, als im besonderen gegen die kapitalistische Rationalisierung, große Schichten von nicht unmittelbar Betroffenen, von kleinen Bauern und Mittelständlern für den Kampf der Arbeiterklasse zu mobilisieren.

3. Indem der KdW die kapitalistische Rationalisierung in unmittelbaren Zusammenhang mit der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie brachte, schuf er lebendige Voraussetzungen für den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, der unmittelbar mit dem Existenzkampf des werktätigen Volkes verbunden ist.

4. Der KdW hat wichtige Voraussetzungen für die Verwirklichung jener Bündnislosungen geschaffen, die die wichtigsten Spitzenlosungen für den strategischen Plan des Abwehrkampfs der deutschen Arbeiterklasse gegen die Offensive des imperialistischen deutschen Kapitalismus bedeuten.

5. Die kapitalistische Rationalisierung wirkt sich in der Arbeiterklasse nebst ihren Auswirkungen auf die Existenzbedingungen in einer außer-[743]ordentlich gesteigerten Differenzierung aus. Diese betrifft nicht nur die Scheidung der Arbeiterschaft in Arbeitende und Erwerbslose, sondern auch die Erweiterung der Kluft zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern und eine steigende Differenzierung der Löhne der qualifizierten Arbeiter. Die Rationalisierung bewirkt aber auch eine fortschreitende Einengung der Differenzen des Lebensniveaus zwischen der Arbeiterklasse, dem Halbproletariat, den städtischen Mittelschichten und dem kleinen Bauerntum. Der KdW war ein deutlicher Ausdruck der Herabdrückung der Existenzbedingungen dieser Schichten auf das Lebensniveau des Proletariats.

6. Der KdW bewies die **rapide Vorwärtsentwicklung der Linksbewegung der Arbeiterschaft** und der in ihrem Gefolge marschierenden kleinbürgerlichen Schichten. Alle Faktoren der Linksbewegung kamen am Kongreß zum Ausdruck; der steigende Einfluß der Kommunistischen Partei und ihre innere Konsolidierung durch die unbestrittene Führung des Kongresses durch die Partei; die Zersetzung der Sozialdemokratie durch das aktive Auftreten der sozialdemokratischen Fraktion des Kongresses. Die Krise der kleinbürgerlichen Parteien (Demokraten, Zentrum) und die Rebellion der kleinbürgerlichen Schichten gegen die großkapitalistische Führung (Bildung von Wirtschaftsparteien, Aufwertungsparteien usw.) fanden ihren Ausdruck in der absoluten Zustimmung der mittelständlerischen Vertreter am Kongreß zu den Losungen der Arbeiterklasse und\in ihrer scharfen Opposition zum kapitalistischen Staat und seiner Demokratie.

7. Der KdW legte besonders klar die **Wurzeln der Linksentwicklung** bloß, deren wichtigste Faktoren sind: die Verschärfung der Klassengegensätze infolge der kapitalistischen Rationalisierung und

Kapitalskonzentration, die Gefahr der Erwerbslosigkeit für alle Arbeiter, die ständige Erwerbslosenarmee und die steigende Aktivität der Erwerbslosen, insbesondere in der SPD und in den Gewerkschaften, die Loslösung von großen Teilen der Mittelschichten von der kapitalistischen Führung, die völlige Beherrschung des kapitalistischen Staates durch die Parteien des Finanzkapitals und die Zurückdrängung der kleinbürgerlichen Parteien und der SPD, die Herrschaft der Reaktion auf sämtlichen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens (Kultur, Schule, Justiz usw.) sowie die wachsenden Schwierigkeiten für die Durchführung einer Koalitionspolitik.

8. Der KdW bewies ein außerordentliches **Fortschreiten der** von der Kommunistischen Partei geführten **Einheitsfrontbewegung**. Der KdW ist eine weit höhere Form dieser Bewegung als der Kampf um die Enteignung der Fürsten. Seine Hauptforderungen (Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, Achtstundentag und Lohnerhöhung) waren in viel stärkerem Maße als die der Volksentscheidsbewegung unmittelbar gegen den kapitalistischen Staat gerichtet. Der KdW wurde im Gegensatz zur Volksentscheidskampagne in allen Phasen im schärfsten Gegensatz zur reformistischen Führerschaft organisiert. Er schuf bessere Bedingungen für die Fortführung der Einheitsfrontbewegung, weil seine Losungen nicht vorübergehenden, sondern für den ganzen Abschnitt des Klassenkampfs dauernden Charakter tragen. Der Kongreß vollzog einen tieferen Einschnitt in die SPD, weil er die auf ihm vertretenen Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in einen unmittelbaren und grundsätzlichen Widerspruch zur reformistischen Führung brachte. Endlich war der KdW die erste organisatorische Zusammenfassung der proletarischen Einheitsfront und schuf große Möglichkeiten für die Bildung neuer organisatorischer Formen. Zum Unterschied von der Volksentscheidskampagne stellte der Kongreß auch die [744] kleinbürgerlichen Schichten vor die Losung des alleinigen sozialistischen Auswegs und der Arbeiter- und Bauernregierung.

9. Die **Perspektiven der Einheitsfronttaktik** sind nach dem KdW die denkbar günstigsten. Der Schwerpunkt der Arbeit muß jetzt liegen:

a) In der Bildung elastischer Organe der Einheitsfront in allen Bezirken, wie sie in den organisatorischen Richtlinien und den organisatorischen Resolutionen des Kongresses gefordert werden.

b) In der Entfaltung der Methoden der organisierten Verbindung mit den SPD-Arbeitern.

c) In der verstärkten Kampagne und Heraushebung der Tagesforderungen, hauptsächlich Achtstundentag und Lohnerhöhung.

d) In der Verstärkung des Kleinkampfs nicht nur gegen die Auswirkungen der Rationalisierung, sondern auch gegen die unmenschliche Anwendung des Fließbandes, die Akkordarbeit, des Kampfes gegen die Stillegung von Betrieben, insofern diese sich gegen die Arbeiterschaft auswirken. (Gegenüberstellung der sozialistischen Rationalisierung unter. der Herrschaft der Arbeiterklasse gegenüber der kapitalistischen.)

e) In der verstärkten Kampagne für die politischen Losungen, insbesondere für die Arbeiter- und Bauernregierung, für den alleinigen, sozialistischen Ausweg.

10. Der KdW übertraf, sowohl was seinen Verlauf als die Anzahl der Delegierten betrifft, die Erwartungen der Partei. **Der Kongreß bewies**:

a) Die Losungen der Partei in ihrem Kampfe um die Eroberung der breiten Massen sind richtig.

b) Der Einfluß der Partei ist auch seit der Volksentscheidskampagne in stetem Wachsen.

c) Die Partei hat es verstanden, trotz der breitesten Anwendung der Einheitsfronttaktik ihre führende Rolle im Kampf der werktätigen Massen klar herauszuarbeiten.

d) Die Richtigkeit der Bündnislosungen der Arbeiterklasse mit dem Bauerntum wurde nochmals erwiesen, die Popularität der Losung Arbeiter- und Bauernregierung außerordentlich gesteigert.

11. Die **Hauptergebnisse** der **Reichskonferenz der Erwerbslosen** sind folgende:

a) Die KPD wird von den Erwerbslosen als einzige Partei und einzige Kraft angesehen, die bereit und deren Taktik eine Gewähr dafür ist, daß der Kampf für die Interessen der Erwerbslosen in ihrem Interesse und in ihrem Sinne geführt wird.

b) Die KPD ist auf dem besten Wege, die Passivität, die in breiten Massen der Erwerbslosen noch vorhanden ist, zu überwinden.

c) Die Losungen der KPD sind tief in die Reihen der sozialdemokratischen Erwerbslosen gedrungen, sie haben sich erfolgreich gegen den Ausschlußterror der reformistischen Bürokratie behauptet.

d) Zum ersten Male gelang es der KPD, aus der. aktiven Erwerbslosenbewegung alle gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen zu beseitigen und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Erwerbslosen zum Gemeingut einer Konferenz zu machen, die den entscheidenden Teil der deutschen Erwerbslosen verkörpert.

e) Die Reichserwerbslosenkonferenz schuf eine klare organisatorische Linie, die einerseits alle syndikalistischen Versuche, „Erwerbslosengewerkschaften“ zu bilden, durchkreuzt und andererseits die Erwerbslosenbewegung elastisch zusammenfaßt. [745]

f) Die Reichserwerbslosenkonferenz bewies, daß die anarchistischen, syndikalistischen und ultralinken Splittergruppen gar keinen Einfluß auf die Erwerbslosenbewegung besitzen, und somit alle Voraussetzungen für eine revolutionäre Führung dieser Bewegung durch die Partei gegeben sind.

12. Die **Schwächen** der **Reichserwerbslosenkonferenz** sind folgende:

a) Die Konferenz bewies, daß die Partei in einer ganzen Reihe von Bezirken bisher absolut ungenügende Aktivität in der Erwerbslosenbewegung entwickelt hat.

b) Die Verbindung zwischen Erwerbslosenausschüssen und den Organen der Arbeiterschaft, Betriebsräte usw., ist noch außerordentlich mangelhaft.

c) Die Leitung der Konferenz ließ zum Teil die Anwendung jener Formen der proletarischen Demokratie vermissen, die gerade bei solchen Konferenzen unerläßlich notwendig sind.

d) Die Vorbereitung der Erwerbslosendelegationen durch eine ganze Reihe von Bezirken war außerordentlich mangelhaft. In manchen Fällen wurde nicht einmal für einen verantwortlichen Leiter der Delegation gesorgt.

e) Auf der Konferenz traten absolut falsche Auffassungen in den Fragen der arbeitenden Frauen auf, was beweist, daß die Partei ihre Aufklärungsarbeit in dieser Hinsicht außerordentlich verstärken muß.

13. Die **Schwächen des KdW** sind folgende:

a) Die Großstädte waren auf dem Kongreß verhältnismäßig viel schwächer vertreten als die Städte mit kleinerer Einwohnerzahl. Das beweist, daß die Partei ihre Arbeit in den Großstädten unter den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern außerordentlich verstärken muß.

b) Außerordentlich mangelhafte Vorbereitung der Delegationen durch eine ganze Reihe von Bezirken. Keine Herausbildung kommunistischer Fraktionen innerhalb der Bezirksdelegationen.

c) Verhältnismäßig schlechte Beteiligung von Großbetrieben.

d) Am Kongreß selbst ungenügende Aktivität der Kommunisten innerhalb der einzelnen Delegationen.

14. Die **innerparteiliche Bedeutung** des **Kongresses der Werktätigen** ist außerordentlich groß.

a) Der KdW bewies, daß die Auseinandersetzungen mit der ultralinken Opposition die Massenarbeit der Partei zwar stören, aber ihre revolutionäre Entwicklung nicht aufhalten konnten, und die völlige Einflußlosigkeit der Opposition innerhalb dieses entscheidenden Teiles der Parteiarbeit.

b) Die absolute Richtigkeit des innerparteilichen Kurses, d. h. des entschiedenen Kampfes gegen die ultralinke Ideologie und ihr Fraktionswesen, sowie alle opportunistischen Abweichungen.

c) Die Richtigkeit der These der Parteiführung, daß der ultralinke Einfluß in der Partei das stärkste Hindernis zur Gewinnung der breiten Massen der Arbeiterschaft ist.

15. Der Verlauf und das Ergebnis des Kongresses stoßen die Partei mit aller Schade auf eines der **wichtigsten Probleme der kommunistischen Parteiarbeit**, das man die „Schere" unserer Partei nennen kann: die Differenz zwischen dem fortschreitenden Wachstum des Einflusses der Partei in den breitesten Massen bei verhältnismäßig geringem organisatorischen Anwachsen [746] der Mitgliedschaft unserer Partei. Die Hauptursachen dieser „Schere" sind folgende:

a) Die außerordentlich mangelhafte Fraktionsarbeit der Partei in allen überparteilichen Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften, dem RFB und RFMB.

b) Die Tatsache der innerparteilichen Auseinandersetzungen hat die organisatorische Werbekraft der Partei vermindert. Dieser Faktor kann jedoch jetzt nicht mehr in Rechnung gestellt werden.

c) Die Unfähigkeit einer ganzen Reihe unserer Parteiorganisationen, die richtige Erfassung der Bedeutung der Erfolge der Partei bis in die Betriebszellen zu verpflanzen und diese dadurch fähig zu machen, die Erfolge organisatorisch auszuwerten.

d) Eine falsche Einstellung großer Teile der Parteiorganisation gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern. Der KdW hat bewiesen, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht nur verbittert und enttäuscht über die Politik ihrer Führung sind, sondern auch aktiv bereit sind, sich an der proletarischen Einheitsfront zu beteiligen. Es liegt zum großen Teil an der mangelhaften Arbeit unserer Betriebszellen, wenn diese sozialdemokratischen Arbeiter noch abseits stehen. Dies wirkt sich auch auf den Zustrom von SPD-Arbeitern in unsere Partei aus.

Alle diese Mängel müssen mit allen Kräften beseitigt werden, wenn es der Partei gelingen soll, ihre Mitgliederzahl auf das durch ihren politischen Einfluß bedingte Maß zu heben.

*

Die kapitalistische Rationalisierung und die KPD

Von * * *

In der „Prawda" vom 21. November erschien ein Artikel des Genossen Smoljanski: „Die kapitalistische Rationalisierung und unsere Aufgaben", in dem die Taktik der KPD in der Frage der Rationalisierung behandelt wird. Kurz vorher wurden in der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale" (Nr. 10/11) die Thesen des Genossen Losowski über „Vertrustung, Rationalisierung und unsere Aufgaben" veröffentlicht, die ebenfalls hauptsächlich die Rationalisierung in Deutschland behandeln.

Diese beiden Aufsätze erheischen besondere Beachtung, denn sie behandeln die wichtigste Erscheinung des heutigen Europas und sollten aufs sorgfältigste studiert werden.

1. Was ist die moderne europäische kapitalistische Rationalisierung?

Alle Begriffe der Klassengesellschaft und vor allem die sozialökonomischen Begriffe sind von den sich gegenüberstehenden Klassen im Prozeß ihres Kampfes geschaffen. Jede der kämpfenden Klassen konstruiert ihre Begriffe über diese oder jene gesellschaftliche Erscheinung und fixiert die Merkmale der betreffenden Erscheinungen unter ihrem Klassengesichtswinkel. Die auf diese Weise geschaffenen Begriffe werden ihrerseits zur Waffe der Erzeugerklasse und reihen sich in das Arsenal ihrer

Abwehr- und Angriffsmittel ein. Solange es einen Klassenkampf gibt, gibt es auch einen K a m p f d e r B e g r i f f e, woraus sich das Fehlen von einheitlichen Begriffen für die [747] elementarsten Erscheinungen in der Ökonomie, Soziologie, Politik, Rechtslehre usw. ergibt. Es war von jeher eine beliebte Methode der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse ihre Begriffe und ihre Vorstellungen zu unterschieben und aufzudrängen.

Man muß sich diese Binsenwahrheit mit aller Kraft vor Augen halten bei der Entstehung jeder neuen bedeutenden Erscheinung, die Definition erfordert. Besonders groß ist die Gefahr, auf die bereitwilligst dargebotene und zurechtgestutzte Formulierung der Ausbeuterklasse hinabzugleiten, wenn die neue Erscheinung außerordentlich kompliziert und vielgestaltig ist. In solchen Fällen empfiehlt es sich, aufmerksam den alltäglichen, „vulgären Betrachtungen der Arbeiter in den Betrieben zu lauschen, diese Vorstellungen von allen möglichen Vereinfachungen und Verdunkelungen zu säubern und sie vom Standpunkt der marxistischen Auffassung der geschichtlichen Erscheinungen zu kontrollieren. Nur dann soll man versuchen, eine annehmbare Formulierung festzusetzen. Die erste Bedingung ist jedoch die, daß man sich von der Suggestion der von der Ausbeuterklasse gegebenen Formulierung freimacht.

Es kann keine geteilte Meinung geben darüber, daß wir an eine Definition der modernen kapitalistischen Rationalisierung in Europa nur mit der allergrößten Vorsicht herangehen müssen. Diese Vorsicht haben aber weder Genosse Losowski noch Genosse Smoljanski walten lassen, am wenigsten der letztere. Genosse Smoljanski wiederholt zum Beispiel die Unternehmerlehrbücher und reformistischen Artikel, wenn er behauptet:

„Die heutige kapitalistische Rationalisierung strebt in erster Linie einen besseren Gebrauch der vorhandenen Mittel an: die Erzielung eines bestimmten Produktionseffekts bei der geringsten Verausgabung von Arbeitsenergie."

Eine bessere Definition der kapitalistischen Rationalisierung könnte sich kein Direktor eines großkapitalistischen Konzerns, der über Rationalisierung schreibt, und kein „Theoretiker" der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie wünschen.

Die Rationalisierung kann eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, das heißt eine Zunahme der pro Arbeiter und Zeiteinheit entfallenden Produkte erreichen (theoretisch gesprochen) mit Hilfe dreier Faktoren. Der erste Faktor ist die Steigerung der Arbeitsintensität des Arbeiters, das heißt die Steigerung der Menge von Nerven- und Muskelenergie, die auf den einzelnen Arbeiter in der Zeiteinheit entfällt. Der zweite Faktor sind die technischen Verbesserungen des Betriebs durch Einführung von neuen Maschinen und Anlagen, wo bei gleicher Arbeitsintensität die Produktivität der Arbeit dank der Verbesserung der Technik gehoben wird. Die Arbeitsproduktivität kann schließlich bei unveränderter Intensität und unveränderter maschineller Ausrüstung gehoben werden, wenn bestimmte organisatorische Verbesserungen vorgenommen werden, die immer wiederkehrende Bewegungen ausschalten, wie eine bestimmte Art der Aufstellung der Maschinen, Normierung der erzeugten Produkte und anderes mehr. Diese Faktoren treten einzeln oder in gegenseitiger Verquickung in Erscheinung, aber bei jeder einzelnen Maßnahme im Betrieb sowie im Endeffekt vieler Maßnahmen kann man stets die dominierende und bestimmende Auswirkung der genannten Faktoren feststellen.

Welcher der genannten Faktoren bestimmt nun die stattfindende Erhöhung der Arbeitsproduktivität in dem klassischen Lande der modernen europäischen kapitalistischen Rationalisierung, in Deutschland? Niemand wird bezweifeln, daß die jetzige Steigerung der Arbeitsproduktivität in der [748] Volkswirtschaft Deutschlands den ausgesprochenen Charakter der Steigerung der Arbeitsintensität trägt.

Wollten wir selbst einen Augenblick lang zugeben, daß die Hauptaufgabe der kapitalistischen Rationalisierung in der Steigerung der Arbeitsproduktivität, das heißt in der Steigerung der von je einem Arbeiter in der Zeiteinheit erzeugten Produktenmenge, besteht, so würde das auch dann nichts mit der Behauptung zu tun haben: „Die heutige kapitalistische Rationalisierung strebt in erster Linie ... die Erzielung eines bestimmten Produktionseffekts bei der geringsten Verausgabung von Arbeitsenergie." Der Unternehmer, der die Rationalisierung durchführt, strebt nicht die kleinste Verausgabung von Arbeitsenergie auf die Produktion des betreffenden Gegenstandes „in erster Linie" an,

sondern er erstrebt in erster und in zehnter Linie die Erlangung der größtmöglichen Energie von dem von ihm stunden- oder tageweise gekauften Arbeiter. Die Erzielung eines „bestimmten Produktionseffekts bei der geringsten Verausgabung von Arbeitsenergie“ erfordert einen größeren Aufwand des Kapitals (Maschinen und Anlagen) und führt zu unangenehmen Konflikten auf dem Markte (bei der Typisierung); die Erzielung eines bestimmten Produktionseffekts bei einer bestimmten Arbeitszeit, aber einer vergrößerten Ausnutzung der Arbeitsenergie, bietet dem Unternehmer nichts anderes als eine Steigerung des Mehrwerts. Daher das Märchen der Unternehmer- und opportunistischen Presse über die Rationalisierung als „gleichen Produktionseffekt bei einer geringeren Verausgabung von Arbeitsenergie“.

Freilich, Genosse Smoljanski spricht in seinem Artikel von der „außerordentlichen Intensivitierung“ der Arbeit und erwähnt sogar nebenbei die „Zunahme von Betriebsunfällen“. Man kann ja bei der Behandlung der kapitalistischen Rationalisierung solche Dinge nicht verschweigen, aber diese Erwähnung verpflichtet den Verfasser zu nichts: der Ausgangspunkt seiner weiteren Konstruktionen bleibt nach wie vor seine Formulierung am Anfang des Artikels. Alle, die „gegen die Rationalisierung als solche kämpfen“, sind seiner Meinung nach „Maschinenstürmer“ Er behauptet: „die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder kann weder für noch gegen die Rationalisierung sein“.

Es bleibt ein Geheimnis des Verfassers, warum zum Beispiel der Betriebsrat nicht gegen die Einführung der Stoppuhr kämpfen darf, warum man die Empörung der Arbeiter gegen die Stoppuhr nicht zum Ausdruck bringen und nicht bestimmte Normen auf Grund der durchschnittlichen statistischen Zahlen über die Produktion der letzten drei bis sechs Monate fordern soll. Warum darf man bei dem System der Stoppuhr eine Verkürzung des Arbeitstags fordern, nicht aber gegen die Verwendung dieses Systems selbst kämpfen? Genosse Smoljanski ist so eingeschüchtert durch die kapitalistische Rationalisierungs„lehre“ daß er die ganze Rationalisierung als fatalistische vollendete Erscheinung hinstellt. Er schreibt: „Die Rationalisierung ist eine objektive Tatsache des Kapitalismus, und die Aufgabe der Arbeiterklasse besteht darin, den Schutz gegen die Folgen derselben am besten zu organisieren.“ Aber, die Rationalisierung ist doch nicht etwas, was eines schönen Tages auftaucht und für alle Ewigkeiten da ist, so daß nur ein Kampf gegen ihre Folgen möglich ist. Die Rationalisierung setzt den beständigen intensiven Zustrom von allen möglichen Neuerungen voraus, die die Ausbeutung des Arbeiters anstreben. Nur eine Idealisierung der Rationalisierung und eine vereinfachte Vorstellung über den Rationalisierungsprozeß selbst können einen Fetischismus der „neuen Arbeitsmethoden“ und scholastische Vorschriften, a l l e i n gegen „ihre sozialen Folgen“ zu kämpfen, erzeugen.

[749] Genosse Smoljanski begeht jedoch noch einen Fehler in seiner Definition der Rationalisierung, indem er sich mit beiden Füßen auf den Boden der „Lehre“ der Unternehmer stellt. Die bürgerlichen Ideologen liebten es von jeher, die geschichtlichen Kategorien durch ihren partiellen technologischen Inhalt zu definieren. Wir können die Hauptaufgabe der kapitalistischen Rationalisierung keineswegs als Hebung der Arbeitsproduktivität formulieren, selbst dann nicht, wenn wir darunter die Hebung der Arbeitsintensität, das heißt die Erlangung eines bestimmten Produktionseffekts bei einer bestimmten Verausgabung von Arbeitsenergie, aber bei einer geringeren Vergeudung von Arbeitszeit, verstehen. Diese Erscheinung (die Hebung der Arbeitsproduktivität) ist die Aufgabe aller Neuerungen, die in ihrer Summe den Begriff der technischen Rationalisierung, das heißt der Veränderungen im toten Produktionsprozeß schaffen. Die Rationalisierung, die keine „neue Epoche“ bedeutet, vollzieht sich jedoch unter ganz begrenzten Zeit- und Raumverhältnissen, das heißt, sie ist eine historische Kategorie. In technischer Hinsicht erfaßt die Rationalisierung nur einen beschränkten Kreis von Betrieben, sie drückt aber der gesamten Wirtschaft des Landes ihren Stempel auf. Die gesteigerte Offensive des Kapitals vollzieht sich an der ganzen Front; in den alten Betrieben wird sie durch einen Abbau der Löhne, eine Verlängerung der Arbeitszeit, die Einführung eines Kontroll- und Strafsystems bewerkstelligt. Diese gesteigerte Offensive an der ganzen Front, die zeitlich, örtlich und zum großen Teil ursächlich an die technische Rationalisierung geknüpft ist, bezeichnen wir eben als Rationalisierung in ihrem geschichtlichen Sinne. Die moderne kapitalistische Rationalisierung in Europa stellt eine solche gesteigerte Offensive gegen die Arbeiterklasse dar, die von einer Zunahme der Arbeitsproduktivität in einem Teil der Betriebe durch Steigerung der Arbeitsintensität begleitet ist.

Genosse Losowski, der den Begriff der europäischen Rationalisierung viel vorsichtiger formuliert, definiert diesen jedoch folgendermaßen:

„Gleichzeitig mit der Konzentration der Produktion und der Vereinigung der größten Industriezweige einer Reihe von Ländern geht eine technische Rationalisierung der Produktion vor sich, deren Aufgabe in der Anwendung der amerikanischen Technik und der amerikanischen Methoden der Organisierung der Arbeit auf dem europäischen Kontinent besteht ... Das Ziel dieser Amerikanisierung ist die Verbilligung der Gestehungskosten der Produktion und die Schaffung von Verhältnissen, unter denen der Kampf gegen die Konkurrenz der Vereinigten Staaten ermöglicht wird."

Es dürfte für Genossen Losowski von Interesse sein, die Ansicht der deutschen Unternehmer in dieser Frage zu erfahren, und zwar nicht die Ansicht, die täglich in den Zeitungen, verzapft wird, sondern die Ansicht, die sie im eigenen Kreise vertreten. Am 15. September fand in Köln die zweite Reichskonferenz über die Fließarbeit statt. Über diese Tagung berichtet Dr. Halberstädter in der „Betriebswirtschaftlichen Rundschau", dem Organ der deutschen Gesellschaft zum Betriebsstudium mit folgenden Worten:

„Einstimmig wurde betont, daß es für deutsche Verhältnisse meist unzweckmäßig sei, in größerem Maße Sondermaschinen, zumindestens im Anfang, einzuführen. Man muß versuchen, möglichst mit dem vorhandenen Maschinenpark durch entsprechende Umstellung zu Fließarbeit zu kommen."

Der Kongreß betonte die Notwendigkeit, sich auf die alten Maschinen zu beschränken, so daß von einer amerikanischen Technik nicht die Rede sein kann. Was die amerikanischen Organisationsmethoden der Arbeit betrifft, so hat Deutschland das alte Taylorsystem dem Fordismus entnommen, der auf eine Steigerung der Arbeitsintensität hinausläuft. Die Massenproduktion [750] findet zum Beispiel in Deutschland keinen günstigen Boden ungeachtet der Konzentration und Vereinigung in den verschiedenen Industriezweigen: der übersättigte und launische Markt diktiert seine Bedingungen. Der Kampf gegen die amerikanische Konkurrenz, von der Genosse Losowski schreibt, findet in Europa statt nicht durch Anwendung der amerikanischen Technik und der amerikanischen Arbeitsmethoden, sondern nach dem Rezept der englischen Kohlenbarone, durch einen Angriff auf die Löhne und die Arbeitszeit. Nach der schönfärberischen Statistik des ADGB ist der durchschnittliche Arbeitslohn von Dezember 1925 bis Juni 1926 sogar etwas gesunken, trotz der Durchführung der Rationalisierung, die eine ungeheuerliche Auspressung der Arbeiterklasse bedeutet.

*

Die KPD hat den Begriff der kapitalistischen Rationalisierung als gesteigerten Vormarsch der Bourgeoisie an der ganzen Klassenlinie gedeutet. Den Mittelpunkt und Ausgangspunkt dieses Vormarsches bilden die technologisch rationalisierten Betriebe, wo die Offensive in verhüllter Form mit Hilfe aller möglichen neuen Methoden der gesteigerten Ausbeutung durchgeführt wird. Das Wesen der Offensive besteht in der weiteren Ausdehnung der neuen Ausbeutermethoden oder in der unverhüllten Aufzwingung von längerer Arbeitszeit und geringeren Löhnen.

So und nicht anders versteht, ungeachtet aller Bemühungen der Reformisten, die Arbeiterklasse Deutschlands die Rationalisierung. Trotz aller Lehrbücher der Betriebsorganisation liegt kein Anlaß zur Revision dieses Begriffs vor.

II. Die höhere Mathematik des Klassenkampfs

Die von der KPD aufgestellte Parole: „Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung", bedeutet: „Kampf gegen die neue Offensive der Bourgeoisie" und ist natürlich die einzig mögliche Parole. Zu gleicher Zeit gibt die KPD ein ausführliches Kampfprogramm für die technologisch rationalisierten Betriebe, ein Programm, dessen Grundforderungen in den Artikeln der Genossen Smoljanski und Losowski wiedergegeben sind.

Das vom Genossen Smoljanski angeführte Zitat über die „Organisierung des Kampfes gegen die Rationalisierung", das ihm die Möglichkeit gibt, von „Maschinenstürmern" zu reden, ergibt sich aus

dem oben untersuchten Unterschied in den Begriffen. Das Auditorium der KPD, die Arbeiterklasse Deutschland, versteht die kapitalistische Rationalisierung genau so wie sie die KPD auffaßt. Was im Artikel des Genossen Ludwig das „Mitmachen“ oder „Nichtmitmachen“ der Rationalisierung durch die Arbeiterklasse betrifft, so vergißt Genosse Smoljanski nur eine „Kleinigkeit“, nämlich unseren Kampf gegen den Reformismus auf dem Boden der Rationalisierung. Die Reformisten akzeptieren die Rationalisierung als die einzige Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, wir aber müssen auf die Frage, ob „die Arbeiter die Rationalisierung mitmachen sollen“, mit einem kategorischen „Nein“ antworten. Jeder Arbeiter, und nicht nur Personen, die über Rationalisierung schreiben, begreift, daß es sich im Artikel des Genossen Ludwig um ein „Mitmachen“ handelt in dem Sinne, ob die Arbeiterklasse die Rationalisierung als ihre Angelegenheit mitmacht, wie es die SPD empfiehlt, oder nicht. Darauf gibt Genosse Ludwig die richtige Antwort: die Arbeiterklasse kann die Rationalisierung nicht mit-[751]machen, die Arbeiterklasse stellt der Idee der „Gesundung des Kapitalismus“ die Idee des Kampfes um den Kommunismus entgegen. Man kann nicht in einem Zeitungsartikel bei jeder einzelnen Frage das ganze Programm entwickeln.

Die irrtümliche Vorstellung über die Elemente der europäischen Rationalisierung und die schematische Vorstellung über die Dynamik des Tageskampfs führen den Genossen Losowski zu folgender Erklärung:

„Wir schreien nicht ‚Nieder mit der Rationalisierung‘, sondern wir stellen ein ernsthaftes praktisches Programm zum Kampfe gegen die Folgen der Rationalisierung auf ... Unser Programm spricht sich weder gegen die Einführung neuer Maschinen, noch gegen irgendwelche Arten der Vervollkommnung der Technik oder gegen die Hebung der Produktivität der Arbeit in den Betrieben aus. Unser Programm hat die Aufgabe, die lebendige Arbeitskraft gegen die fortwährende Steigerung der Anspannung und der Intensität der Arbeitskraft, gegen den vorzeitigen Verbrauch der Arbeiter und gegen alle jene Formen und Methoden der Ausbeutung in Schutz zu nehmen, die fortwahrend auf Kosten der Arbeiter eingeführt werden.“

Gegen dieses Programm kann man auf den ersten Blick scheinbar nichts erwidern, aber wir brauchen jetzt mehr als die Proklamierung nackter Prinzipien. Nach anderthalb bis zwei Jahren deutscher Rationalisierung genügt nicht die Wiederholung allgemeiner Wahrheiten. Man muß sagen, was die heutige kapitalistische Rationalisierung ist; man muß. jedenfalls sagen, in welcher Kombination diese Elemente (Produktivität und Intensität) angewandt werden, um nicht falsche Vorstellungen zu erzeugen Eine Reihe von indirekten Zahlenangaben und maßgebenden Erklärungen aus Unternehmerkreisen spricht dafür, daß das Verhältnis von Intensität zu Produktivität wie so zu 20 oder gar 90 zu 10 ist.

Von viel größerer Wichtigkeit ist jedoch das tötende Schema dieses ‚ernsthaften praktischen Kampfprogramms“. Nehmen wir den klassischen Fall der „Maschinenstürmerei“. Bei der Durchführung der Vertrustung werden eine Fabrik oder ein Bergwerk geschlossen, ein kleiner Teil der Arbeiter wird in andere Betriebe umgeleitet. Das ganze Lehen im betreffenden Bezirk stockt, es entsteht eine Bewegung gegen die „Hebung der Arbeitsproduktivität“ im Trust. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie reden von einer „wilden“ Bewegung. Wie soll sich in diesem Fall die KPD verhalten? Sie muß sich an die Spitze der Bewegung stellen. Im kapitalistischen Deutschland wird der Trust natürlich früher oder später den Sieg davontragen. Die KPD stellt zu gleicher Zeit neue Forderungen auf zur Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben, zur Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, fordert den Wohnungsbau für neueingestellte Arbeiter usw. Die KPD versucht die Arbeiter des ganzen Trustes zu mobilisieren für ihre Forderungen, den Kampf der Arbeiter eines bestimmten Bezirks mit dem der anderen Bezirke zu verbinden und die Bewegung auf allen ihren Stufen zu leiten Lenin lehrte die Kommunisten, keine „Kettenglieder“ zu ignorieren; er hielt es für die größte Kunst, zur rechten Zeit eine vorübergehende, noch nicht endgültige Parole auszugeben, um die Bewegung zu erfassen und sie auf eine weitere praktische Stufe zu führen. Das ist die höhere Mathematik des Klassenkampfs. Nicht nackte Prinzipien braucht die KPD, sondern ein Programm zur Erfassung der großen Bewegung der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Rationalisierung. Die Artikel der Genossen Losowski und Smoljanski tragen zur Schaffung dieses Programms nichts bei, sie sind sogar geeignet, neue Verwirrung in der kämpfenden Arbeiterschaft zu erzeugen. [752]

Der technische Fortschritt in der deutschen Wirtschaftskrise

Von Günther Reimann

II. (Schluß)

Technischer Fortschritt und Profitrate

Die gegenwärtige industrielle Konjunktur ist gekennzeichnet durch den besonderen Aufschwung der chemischen Industrie. Sie erobert sich neue Produktionsgebiete. Die Bedeutung und Macht der Chemiekapitalisten wächst; für sie besteht die Möglichkeit neuer profitabler Kapitalsakkumulation, ohne daß dies der weiteren Verelendung der Arbeiterschaft Abhilfe tut. Gerade bei der chemischen Produktion, zum Beispiel bei der Verflüssigung der Kohle, werden relativ wenig menschliche Arbeitskräfte benötigt; die Ausbeutung der Arbeiter wird hier auch durch größere Produktivkraft der Arbeit gesteigert. Die kapitalistische Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, also durch bessere Technik, muß die nationale Profitrate senken, weil weniger menschliche Arbeitskraft im Verhältnis zum Gesamtkapital notwendig ist; damit sinkt auch die Profitmasse, wenn nicht das Gesamtkapital und die Gesamtproduktion entsprechend stark ausgedehnt werden, was beides im deutschen Vorkriegskapitalismus dank der Erweiterung der Absatzbasis, der Möglichkeit erheblichen profitablen Kapitalexports zutraf.

Marx hat bereits aufgezeigt, daß dieser Fall der Profitrate u. a. aufgehalten wird durch die Entwertung und Vernichtung der veralteten Produktionsanlagen, wodurch das Gesamtkapital, auf das sich die Profitmasse bezieht, verkleinert wird, ferner durch die Verbilligung der Rohstoffe, wodurch der Wertanteil, den der Arbeiter durch seine Tätigkeit bei der Verarbeitung hinzusetzt, relativ wieder wächst, hierdurch die Profitrate wieder steigt. Gerade die Entwicklung der chemischen Produktion löst diese beiden Folgen verstärkt aus. Die Kapitalsentwertung und Absatzverminderung findet vor allem in den Konkurrenzindustrien statt; insbesondere aber ermöglichen die neuen chemischen Verfahren, die einstmals berufen sein werden, den Mangel an natürlichen Rohstoffen durch chemische, synthetische Produktion auszugleichen, eine Verbilligung der Rohstoffe, deren Produktionskosten und Wert auf Grund der neuen chemischen Verfahren gesunken sind. Geringwertigere Rohstoffe senken auch den Wert des Fertigprodukts, erhöhen damit relativ den Anteil der menschlichen Arbeit an dem Fertigprodukt.

Trotzdem setzen die Chemieindustriellen auf Grund der beschränkten Absatzmöglichkeiten dank ihrer monopolistischen Stellung die Preise nicht entsprechend der Wertsenkung ihrer Waren herab, um sich einen größeren Profitanteil zu sichern; sie können aber auch bei den von ihnen hochgehaltenen Preisen zumeist mit den natürlichen Rohstoffen und Produkten konkurrieren.

Durch Preishochhaltung und Senkung der Reallöhne einerseits, durch Lohndruck, verlängerte Arbeitszeit und vor allem durch stärkere Arbeitsintensität andererseits, also durch größere absolute Ausbeutung der Arbeitskraft, verhindern die Industriekapitalisten in dem niedergehenden Kapitalismus einen Fall der Profitrate, was der technische Fortschritt „an sich“ bewirken würde.

Auf diese an sich widerspruchsvollen wirtschaftlichen Erscheinungen (einerseits Preishochhaltung, andererseits verschärfter Konkurrenzkampf und [753] technischer Fortschritt) konnten wir wegen des beschränkten Raumes nicht eingehen. Der betreffende Abschnitt mußte fortfallen.

Technik und Arbeitslosigkeit

Die neuen technischen Erfindungen und Umstellungen in der industriellen Produktion laufen größtenteils darauf hinaus, daß andere industrielle Produkte erfolgreich verdrängt werden, weil durch die neuen Verfahren ein billigerer Rohstoff hergestellt wird oder die Verarbeitung zum Endprodukt billiger erfolgen kann. Die Krise in den Konkurrenzindustrien verschärft sich somit. Die gewaltigen technischen Neuerungen können die Wirtschaftskrise im Inlande abschwächen, insoweit zum Beispiel Rohstoffe, die früher eingeführt werden mußten, nunmehr im Inlande (zum Beispiel auf chemischem Wege) produziert werden können, teilweise auch, weil die Konkurrenzfähigkeit mit der Auslandsindustrie wächst.

Gleichzeitig steigern aber die neuen Produktionsverfahren zumeist die Produktivkraft der Arbeit, die Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters. Das bedeutet, daß der beschränkte Inlandsabsatz von

einer noch geringeren Anzahl menschlicher Arbeitskräfte produziert werden kann, letzten Endes also das Arbeitslosenheer und das Arbeiterelend wachsen.

Allerdings erfordert die Umstellung zunächst Neukapital, gibt also die Möglichkeit profitabler Kapitalsakkumulation; dies aber nicht in einem derartigen Ausmaß, als daß ein erheblicher Teil der Arbeitslosen wieder Beschäftigung fände. Im Gegenteil, während die von dem technischen Fortschritt begünstigten Industriezweige das Neukapital möglichst schnell, neben Kreditaufnahme, durch höhere Profite dank erhöhter, intensiverer Ausbeutung der Arbeiter erhalten wollen, versuchen die rückständigen Einzelunternehmen und Industriezweige, durch um so brutalere Ausbeutung der Arbeitskraft sich Profite zu sichern, sich über Wasser zu halten. Dies alles hat zur Folge, daß die teilweise Mehrproduktion nicht zu einer entsprechenden Mehrbeschäftigung führt. Das Arbeitselend wächst. Der Raubbau an der Arbeitskraft, die Verelendung der Arbeiterschaft bleiben also trotz oder zum Teil gerade wegen der epochemachenden technischen Umwälzungen, die an sich gewaltige Fortschritte zwecks Ersparung menschlicher Arbeitskraft sind. weiter bestehen.

In der Vorkriegszeit dagegen, im aufsteigenden deutschen Kapitalismus machten technische Neuerungen und Verbesserungen wohl ebenfalls Arbeiter überflüssig, wurden auf ihre Kosten eingeführt. Die hierdurch mögliche Senkung der Produktionskosten und erhöhte Konkurrenzfähigkeit führten auch damals zu einer Steigerung der Ausbeutung; aber die erhöhte Konkurrenzfähigkeit bewirkte gleichzeitig eine Erweiterung des Absatzes, vor allem des Auslandabsatzes. Unter dem Schutz der imperialistischen Machtpolitik wurde die Absatzbasis durch Kapitalexport in die Kolonialländer erweitert. Der hierdurch mögliche Aufschwung führte zu einer Abschwächung des zugespitzten Konkurrenzkampfs, zu Preissteigerungen bei erweitertem Absatz, damit auch zu gesteigerten Profiten bei Ausdehnung der Produktion, zu beschleunigter Kapitalsakkumulation. Die vorher durch Krise und technische Verbesserungen auf die Straße geworfene „industrielle Reservearmee fand wieder Beschäftigung[*)]. Die absolute Verelendung der Arbeiterschaft trat hierdurch nicht, oder jedenfalls weniger in Erscheinung, wenn auch sich [754] die Lebenslage der Arbeiterschaft trotz des technischen Fortschritts keineswegs erheblich verbesserte.

Eine derartige Ausdehnung der Produktions- und Absatzbasis ist heute dem deutschen Kapitalismus nicht möglich. Bevor die neuerbauten Produktionsanlagen und technischen Neuerungen vom Kapitalisten voll ausgenützt, auch nur ihr Wert realisiert wurde, ist bereits die Absatzschranke erreicht, und durch jene Umstellung, welche die Produktionskapazität erhöht hat sogar in beschleunigtem Maße. Der Widerspruch zwischen den Produktionsmöglichkeiten und der beschränkten Absatzbasis wächst, während gleichzeitig breite Volksmassen an den notwendigsten Gebrauchsgegenständen Mangel leiden. Diese Entwicklung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Kapitalisten bei Anschaffung neuer Maschinen usw. heute damit rechnen, daß sie auf Grund des verschärften Konkurrenzkampfs viel schneller „überholt“ sein werden als in früheren Jahren, daß sie wegen Absatzmangels nicht voll ausgenützt werden können und dieses größere Verlustrisiko nach Möglichkeit durch entsprechende Preisaufschläge „einkalkuliert“ wird, um möglichst schnell den Wert der neuen Kapitalsanlagen zu realisieren.

Für den deutschen Kapitalismus ist unter den jetzigen Machtverhältnissen nicht, oder nur in sehr eingeschränktem Maße, ein allgemeiner Aufschwung, eine erhebliche Erweiterung seines Gesamtkapitals möglich; deswegen ist dem Einzelkapitalisten nach der Rationalisierung und „Umstellung“ keine „Ruhepause“, welche ihm bei erhöhtem Absatz und steigenden Preisen größere Profite einbringt, gegönnt. Verzweifelt ruft auf der Tagung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ihr Interessenvertreter und Vorsitzender, Dr. Reichert, MdR, aus:

„Nach so zahlreichen und opfervollen und tiefgreifenden Umstellungen ist der lebhafte Wunsch der Eisen- und Stahlindustriellen nach Ruhe für den weiteren Wiederaufbau begreiflich.“ (Lebhafte Zustimmung der Eisen- und Stahlindustriellen.)

[*)] „Damit der variable Bestandteil des Gesamtkapitals nicht nur absolut derselbe bleibt, sondern absolut wachse, obgleich sein Prozentsatz als Teil des Gesamtkapitals fällt, muß das Gesamtkapital in stärkerem Verhältnis wachsen, als der Prozentsatz des variablen Kapitals fällt. Es muß so sehr wachsen, daß es in seiner neuen Zusammensetzung nicht nur den alten variablen Kapitalteil ...“ (Marx. „Kapital III. Band, 1. Teil, Seite 203.)

Dieser Hilferuf beseitigt aber nicht die kapitalistischen Widersprüche. Auf Kosten gesteigerter Verelendung der Arbeiterschaft, ihrer größeren relativen und absoluten Ausbeutung, versucht das Großkapital, seine ökonomische Existenz sich zu sichern. Dabei wird der Widerspruch zwischen teilweise fortschreitender Produktionstechnik und vermehrten Produktionsmöglichkeiten bei stärkerer Ausbeutung der Arbeitskraft und wachsender Notlage der Arbeiterschaft immer größer. Die kapitalistische Lösung dieses „Widerspruchs" ist: verstärkte imperialistische Tätigkeit, Kapitalexport oder neue Absatzkrise!

Gewerkschaftspolitik und technischer Fortschritt

Der technische Fortschritt, die neue Maschine an Stelle der menschlichen Arbeit, ersetzt nicht nur menschliche Arbeitskraft, sie steigert auch absolut die Arbeitslosigkeit, kann die beschränkten Absatzmöglichkeiten im Gesamtkapitalismus nicht erweitern.

Hieraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften heute erst recht nicht die Forderung nach technischem Fortschritt, durchgeführt von den Unternehmern, auf ihr Programm schreiben dürfen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verkünden demgegenüber, daß der technische Fortschritt, durchgeführt von den Unternehmern, von der Arbeiterschaft aktiv „erkämpft" werden müsse.

„Der Arbeiter ist innerhalb seiner Organisation verpflichtet, gemeinsam mit den Unternehmern jene Formen der Rationalisierung, der Typisierung, der Taylorisierung (!) usw. herauszufinden, die für die Wirtschaft nützlich sind." (Aus dem Referat Jäckels auf dem letzten Kongreß des ADGB)

[755] Die weitere Entwicklung der Krise, die Stagnation der Arbeitslosigkeit und des Arbeiterelendes, veranlaßt nunmehr unsere Reformisten zu verkünden, daß 1. durch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung die Arbeiterschaft an dem neuen technischen Fortschritt „beteiligt" werden solle, 2. der technische Fortschritt, welcher die Produktionskosten senkt, zu entsprechender Senkung der Preise führen „müsse", wodurch die Absatznot behoben, die Lebenshaltung der Konsumentenmassen verbessert werde. Gewiß ist heute die Forderung nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit von der gesamten Arbeiterschaft aufzunehmen; aber wirkliche Kampfmaßnahmen hierfür werden ja von den Reformisten sabotiert. Statt dessen wollen sie die Kapitalisten „überzeugen", daß auch der „fortschrittliche" Kapitalist an höheren Löhnen interessiert sei; denn dies treibe den technischen Fortschritt vorwärts, mache an vielen Stellen im Produktionsprozeß die Maschine rentabler als die menschliche Arbeitskraft. Das bedeutet aber wiederum, daß von neuem Arbeiter „überflüssig", abgebaut werden, was bei der heutigen Lage des deutschen Kapitalismus, der beschränkten Absatzbasis, zu einer noch größeren chronischen Arbeitslosigkeit führen muß. Der verstärkte Arbeiterabbau und das Heer der Arbeitslosen werden von den Unternehmern wiederum zu neuen Angriffen auf die Löhne und Arbeitszeit ausgenützt, so daß reine Lohnforderungen im Rahmen des Kapitalismus auf die Dauer ungenügend sind. Deswegen halten die Industriellen lieber nach Möglichkeit die Preise hoch, weil sie hierbei eine größere Profitmasse erzielen können.

Wenn wir feststellen, daß die weitere Entwicklung der Technik in dem niedergehenden deutschen und europäischen Kapitalismus weder die Wirtschaftskrise aufhebt, noch die Lebens- sind Arbeitslage der Arbeiterschaft verbessert, sie im Gegenteil zumeist verschlechtert, so stellen wir uns keineswegs auf den Standpunkt der Maschinenstürmer. Der Kampf gilt nicht der Maschine, nicht der Abschaffung irgendeiner technischen Neueinrichtung oder Verbesserung, sondern dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Auf den Vorwurf der Reformisten, daß unser Standpunkt dennoch der des Maschinenstürmers sei, können wir getrost mit unserem alten, aber nie veralteten Marx antworten:

„Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen ihrer die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert (verarmt) usw., erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten beweise haarscharf, daß alle jene handgreiflichen Widersprüche bloß Erscheinungen der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also in der Theorie, gar nicht vorhanden sind. Er spart sich so alles weitere Kopfzerbrechen und hängt seinen Gegnern noch obendrein die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst." (Marx, Kapital, Bd. 1. S. 407.)

Die heutige Lage des europäischen Kapitalismus zeigt schärfer als je den doppelten Widerspruch, daß einerseits kapitalistische Monopole die Entwicklung der Technik beschränken, andererseits der im Konkurrenzkampf erzwungene technische Fortschritt die Lebenslage der Arbeiterschaft verschlechtert. Die Aufhebung dieser Widersprüche bedingt die sozialistische Wirtschaftsordnung. Dies gilt es, den Arbeiter klar zu machen gegenüber dem Rationalisierungsgeschwätz der Reformisten, ohne auf einfache, der Gesamtarbeiterschaft verständliche Forderungen zu verzichten, wie Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit usw. [756]

*

Diskussion

Plattform der Weddinger Opposition zur VII. Erweiterten Exekutive der Komintern

von Hans Weber, Peters und Max Riese, Berlin

Infolge der Behandlung des Memorandums der Mehrheit des Weddinger Bezirks auf der noch nicht abgeschlossenen VII. Erweiterten Exekutive erfolgt unsere Antwort erst in der folgenden Nummer der „Internationale“.

Die Radaktion.

(Schluß)

4. Die Fehler der Partei

a) Politisch

Bei der Volksentscheidskampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ergab sich für die Partei ein großes Tätigkeitsfeld. Jedoch verstand sie es nicht, durch eine wirkliche revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterschaft und des Mittelstandes sich den politischen und organisatorischen Gewinn aus dieser Kampagne zu sichern. Es wäre die Aufgabe der Partei gewesen, durch die rücksichtslose Demaskierung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Verfechter die bei den Wählermassen noch vorhandenen Illusionen zu zerstören und für die Partei neue Kämpfer zu gewinnen.

Statt dessen ließ die Partei vor und während der Kampagne trotz der offenen Staatsstreichdrohung der Reaktion jegliche revolutionäre Klarheit und Initiative sowie die Verknüpfung der Enteignungskampagne mit den Tagesforderungen vermissen, so daß mit dem Tage der Abstimmung auch die ganze Bewegung ein plötzliches und unrühmliches Ende fand. Des weiteren war es cm unverzeihlicher Fehler der Parteiführung, die ganze Bewegung ins parlamentarischen Sinne durchzuführen und dadurch die Weitertreibung auf das außerparlamentarische Gebiet unmöglich zu machen. Infolgedessen mußte auch der von der Partei erst am Abschluß der Bewegung parolisierte Kongreß der Werktätigen seinen Zweck, die Überleitung des parlamentarischen Kampfes auf das außer-parlamentarische Gebiet, vollständig verfehlen. Vermochte die Partei schon bei der Volksentscheidskampagne keine Steigerung der Bewegung mangels Festsetzung eines außerparlamentarischen Konzentrationspunktes hervorzurufen, so wird ihr dies bei der Mobilisierung für den Kongreß der Werktätigen um so weniger gelingen, weil derselbe zeitlich mit der Bewegung nicht mehr zusammenhängt und infolgedessen an Aktualität und Bedeutung verliert. Ein Kongreß solcher Art ist nur dann ein revolutionärer Aktivposten, wenn er als Etappenziel einer bestimmten vorausgehenden Bewegung propagiert und durchgeführt wird. Diese wichtige Voraussetzung ist bei dem Kongreß der Werktätigen nicht vorhanden.

Die Tatsache, daß durch die Unterstützung der KPD die aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende Regierung in Mecklenburg schon seit Monaten ihre arbeiterverräterische Politik durchführen kann, ist die praktische Durchführung der Maslowschen Volksblocktheorie en miniature und ein unerträglicher Zustand für eine bolschewistische Partei. Abgesehen davon, daß durch eine solche positive Mitarbeit im bürgerlichen Staat die parlamentarisch-demokratischen Illusionen bei den proletarischen Schichten roch genährt statt zerstört werden, macht sich die Partei auch mitschuldig an der arbeiterfeindlichen Tätigkeit dieser Lakaien der Bourgeoisie. Darum war und ist es die Aufgabe der Partei, das wahre Wesen sind den Charakter dieser bürgerlichen Regierung bei der Arbeiterschaft zu brandmarken, ihre Unterstützung bei der Regierungsbildung zu

versagen und den Sturz derselben unter allen Umständen jetzt sofort zu betreiben bzw. herbeizuführen.

Die Einstellung unserer Partei zu der

Regierungsbildung in Sachsen

zeigt uns, daß die Partei aus den Fehlern von 1923 nicht die notwendigen Lehren gezogen hat. Nachdem außer der großen sozialen Notlage breiter Bevölkerungsschichten auch der grundsätzlich geführte Wahlkampf unserer Partei gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien wesentlich zum Erfolg bei den Landtagswahlen beigetragen hat, ist die Bereitwilligkeit unserer Partei zur bedingungslosen Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten eine schwere, opportunistische Abweichung. Daran wird auch nichts durch die Erklärung des ZK zur Regierungsfrage in Sachsen geändert, wonach die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung von ihrem späteren Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft abhängig gemacht wird. (Zumal doch nach der neuerlichen Erklärung unserer sächsischen Landtagsfraktion unsere Haltung gegenüber einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung auch noch von der jeweiligen Situation ab-[757]hängig zu machen ist, was auf Proletendeutsch entziffert gar nichts anderes bedeutet, als daß selbst ein offen gegen die Arbeiterschaft kämpfendes sozialdemokratisches Minderheitskabinett weiter von uns geduldet wird, wenn – wie vorauszusehen – die Situation [welche??] zu dessen Sturze als ungeeignet beurteilt [von wem???] wird.) Die bisherigen Erfahrungen haben der Arbeiterschaft zur Genüge bewiesen, daß die Sozialdemokraten keineswegs gewillt sind, eine Regierungstätigkeit im Sinne der werktätigen Klasse zu entfalten, so daß ein weiterer Beweis oder eine weitere Entlarvung durch ein neues sächsisches Experiment höchst überflüssig und schädlich ist. Des weiteren zeigte uns schon das mecklenburgische Beispiel, daß trotz des offenkundigen arbeiterfeindlichen Verhaltens der dortigen Regierung die Entziehung unserer Unterstützung noch sehr lange auf sich warten ließ. Ein Manövrieren in solchen Fragen, unter Außerachtlassung der bolschewistischen Grundsätze, wird nicht ungestraft bleiben und außer der Verletzung des Charakters und der Rolle unserer Partei auch die Lähmung unserer Aktions- und Werbekraft unter den Werktätigen und – wie die Wahlniederlage in Lübeck klar beweist – eine Konsolidierung der SPD zur Folge haben.

Gerade in Sachsen findet die KPD durch die Differenzen zwischen der ASPS und SPD einen geeigneten Boden zur Gewinnung neuer Kämpfer für den Kommunismus, wenn sie es versteht, durch eine grundsätzliche revolutionäre Politik den Keil weiterzutreiben und die SPD von ihren verräterischen Führern loszulösen. Tatsache ist, daß auch die „linken“ SPD-Führer einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zustreben, darum muß die rücksichtslose Bekämpfung dieses Kurses durch die KPD darauf die Antwort sein.

Die Partei muß sofort eine breite außerparlamentarische Mobilisierung der sächsischen Arbeiterschaft politisch und organisatorisch einleiten.

Für das von der Partei propagierte Minimalprogramm muß im Betrieb, Gewerkschaft w. ein außerparlamentarisches Fundament geschaffen werden.

Den Konzentrationspunkt dieser Kampagne soll ein Arbeiterkongreß für Sachsen bilden, der nicht wie 1923 durch ein Paktieren mit der SPD-Führung einberufen und zusammengesetzt werden darf, sondern durch die Wahl der Delegierten im Betrieb, in Gewerkschafts- und Erwerbslosenversammlungen, unter Zugrundelegung und Abstimmung der proletarischen Mindestforderungen der KPD, organisiert werden muß.

Die Aufgabe eines solchen Arbeiterkongresses muß es sein, diese Minimalforderungen als Kampfprogramm der Arbeiterschaft auch bei der Regierungsfrage aufzustellen und von dessen bedingungsloser Akzeptierung durch die „linke“ SPD die Wahl eines linkssozialdemokratischen Ministerpräsidenten bzw. die Unterstützung einer linkssozialdemokratischen Minderheitsregierung abhängig zu machen.

Nur auf diesem Wege kann im Falle der Ablehnung dieses Minimalprogramms durch die SPD-Führer deren koalitionslüsterne und arbeiterschädigende Politik wiederum aufgezeigt und auch alle demagogischen Angriffe der „Linken“ über eine angebliche Schuld der KPD an dem Nichtzustandekommen einer linkssozialdemokratischen Minderheitsregierung bzw. an der Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung mit und ohne „linke“ SPD unmöglich gemacht werden. Durch die so entfaltete Aktivität der Arbeitermassen wird ferner die Parole der Landtagsauflösung Sinn und Kraft bekommen und die Loslösung der SPD-Arbeiter von ihren verräterischen Führern und ihre Gewinnung für die KPD um so erfolgreicher durchzuführen sein,

Im übrigen müssen die sächsischen Fragen in engster Verbindung mit den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen im R e i c h s m a ß s t a b e behandelt werden.

U n s e r e A r b e i t i n d e n P a r l a m e n t e n

Die Haltung unserer Vertreter in den Stadt-, Land- und Reichsparlamenten fordert in vielen Fällen zur schärfsten Kritik heraus.

So stimmten verschiedentlich unsere Parlamentsvertreter für die arbeiterfeindlichen Anträge der Bürgerlichen und Sozialdemokraten; z. B.: Zustimmung zum Reichsknappschaftsgesetz, Gewerbesteuer, Hundesteuer, gemeinsame Anträge mit allen bürgerlichen Parteien in der Beamtenbesoldung, Erwerbslosenfrage usw., zumeist mit ausdrücklicher Billigung und in allen Fällen unter voller politischer Verantwortlichkeit des ZK und der zuständigen Parteiinstanzen. Auch beweist die Zustimmung zu bürgerlichen Etats, die Freigabe der Stimmabgabe bei den Provinzial-, Landtags- und Kreistagswahlen sowie Listenverbindungs-Angebote an die SPD bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin und die Unterstützung sozialdemokratischer Wahlkandidaten in Hessen zuzüglich der Fehler in Baden, Mecklenburg und Sachsen usw. die opportunistische Stellung der Partei zum bürgerlichen Parlament und Staat.

Wenn auch die Partei manche dieser Fehler damit zu entschuldigen versucht, daß diese Zustimmung lediglich zur Deckung der für Arbeiterforderungen benötigten Mittel dienen sollte, so muß eine solche Stellungnahme dennoch als unvereinbar mit unserer grundsätzlichen Auffassung vom bürgerlichen Parlament und Staat bezeichnet und entschieden [758] abgelehnt werden. Des weiteren muß festgestellt werden, daß bei der Behandlung dringlicher und aktueller Anträge der Arbeiterschaft (Erwerbslosenforderungen, Amnestieanträge usw.) die Partei es verabsäumte, durch Organisierung außerparlamentarischer Aktionen den parlamentarischen Vorstößen revolutionären Druck und Inhalt zu geben. Auch sollten unsere Fraktionen bei geeigneten Anlässen Vorstöße im Parlament durch Obstruktion verschärfen. um auch dadurch den revolutionären Kampfwillen der KPD zu demonstrieren und die Arbeiterschaft aufrüttelnd zu beeinflussen. Ferner muß der neue Ton in den Parlamenten durch eine revolutionäre und jedem Arbeiter verständliche Sprache ersetzt und jedes Paktieren mit anderen Parteien strikte abgelehnt werden, wie es uns Karl Liebknecht durch sein Auftreten im Parlament gelehrt hat.

b) G e w e r k s c h a f t s-, B e t r i e b s- u n d E r w e r b s l o s e n b e w e g u n g

Die neuere Entwicklung der reformistischen Politik der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteibürokratie zeigt, daß dieselbe nicht nur in lokalen Teilkämpfen sind in den Kämpfen um die gewerkschaftlichen Tagesforderungen der Arbeiterschaft versagt, bzw. sabotiert, sondern wie im Hamburger Kampf selbst jahrzehntealte Errungenschaften und Grundrechte der Gewerkschaften (Koalitions- und Streikrecht) kampflos preisgibt und verrät. Diese unerhörten Tatsachen hat die KPD unter schonungslosester Aufzeichnung der Rolle der Reformisten als Lakaien der Bourgeoisie in das Bewußtsein der Arbeiterschaft zu bringen.

Die KPD kann sich aber als revolutionäre Vorhut des Proletariats nicht allein mit diesen Feststellungen und mit Schimpfen auf die verräterische, reformistische Gewerkschafts- und Parteibürokratie begnügen. Sie hat die noch höhere Aufgabe, selbst der Arbeiterschaft weg- und zielweisend voranzugehen, die notwendigen Kämpfe durch eigene revolutionäre Initiative zu beleben und zu forcieren.

Statt dessen hat die Partei in einer Reihe von Bewegungen der letzten Zeit schwer versagt, ja selbst schwere reformistische Fehler begangen.

Es ist Tatsache, daß im Ruhrgebiet seit Ausbruch des englischen Riesenkampfs die Förderung und der Transport von Streikbrecherkohle im unerhörten Ausmaße betrieben werden, ohne daß irgendeine ernsthafte Solidaritätsaktion durch die KPD organisiert bzw. durchgeführt wurde und ohne daß zwischen der reformistischen und verräterischen Taktik des ADGB und der SPD und der angeblich revolutionären Linie der KPD in der Praxis irgendwelcher Unterschied hervorgetreten ist. Es steht fest, daß im Gegenteil heute nach mehr als sechsmonatlichem schweren Kampfe der englischen Bergarbeiter die Arbeiter der Kohlen- und Transportbetriebe ohne Ausnahme – also einschließlich der Kommunisten glatte Streikbrecherarbeit verrichten.

Die unter dem neuen Kurs eingerissene Ideologie: „Massen um jeden Preis", „haftet euch in den Betrieben" usw., hat, wie die Erfahrung zeigt, in der Praxis dazu geführt, daß das kommunistische Gesicht immer mehr versteckt und eine Inaktivität gezüchtet wurde. Dies ging im Ruhrgebiet so weit, daß mitten in der Organisierung von aktiven Solidaritätsaktionen unter den anfänglichen ZK-Parolen, „nach sieben bzw. acht Stunden verlaßt die Betriebe", „Stillegung des Duisburger Hafens", maßgebende Genossen und Instanzen unter Zustimmung des ZK dieselben mit der, wie die Praxis nachher treffend bewies, verschleppenden Parole: „verstärkt den Druck auf die Gewerkschaften zur Aufstellung von Lohnforderungen", durchkreuzten. Oder wie ins Falle Duisburg, wo unsere Partei trotz der gewerkschaftlichen Vollmachten und Aufträge nicht einmal einen Teil derselben so zu verwirklichen vermochte, daß diese Schlüsselstellung des englischen Kapitalismus während des Generalstreiks und Bergarbeiterstreiks stillgelegt werden konnte.

Ebenso ist der unter Führung und Zustimmung der Partei erfolgte Abbruch des Hamburger Kampfes schärfstens zu verurteilen.

Selbst die Partei stellt in dem offiziellen Artikel des Genossen Thälmann über „die Lehren des Hamburger Streikes" fest:

„daß die Situation äußerst günstig war,

die politische und geistige Führung des Kampfes ohne Zweifel vollkommen in den Händen der Kommunisten lag,

bei der zweiten Urabstimmung noch eine Zweidrittelmehrheit für Streikfortsetzung vorhanden war,

der Kampf als Auftakt gegen die Rationalisierung und als aktive Solidaritätsaktion zugunsten der englischen Bergarbeiter sowie als Abwehrkampf gegen die Angriffe der Hafengewaltigen auf die gewerkschaftlichen Grundrechte (Koalitions- und Streikrecht) von ungeheurer Bedeutung war."

Demzufolge bleibt der unter der Begründung

der sozialdemokratischen Streikleitungsmehrheit,
des angeblichen „Verrats der ganzen Welt"

über den Kopf der Streikenden hinweg getätigte Streikabbruch eine ungeheuerliche reformistische Handlung.

Daß dies keine Zufälligkeiten sind, beweist auch die Haltung der Partei bei der letzten Lohnbewegung der Berliner Verkehrsarbeiter.

[759] Die Berliner Hochbahner stimmten in der Urabstimmung mit Zweidrittelmehrheit gegen den Schiedsspruch des Schlichters, der ein bis zwei Pfennig Lohnerhöhung vorsah, und beschlossen, in den Streik für ihre Acht-Pfennig-Forderung einzutreten.

Die Gewerkschaftsbürokratie im Bunde mit den Schlichtungsbehörden brachte dann einen zweiten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von zwei bis drei Pfennig vorsah, zustande, um den Streikwillen der Hochbahner zunichte zu machen.

Anstatt für eine energische Zurückweisung dieses durchsichtigen Manövers einzutreten, empfahl die Partei der Belegschaft – trotz nochmaliger Ablehnung des Schiedsspruchs in der Funktionärversammlung der Hochbahner – die Annahme desselben unter ausdrücklicher Ablehnung einer nochmaligen Urabstimmung. Dies löste in der Belegschaft eine starke Mißstimmung gegen die Partei aus.

Dem Abbruch des Hamburger Kampfes trotz der Zweidrittelmehrheit für Streikfortsetzung scheint bereits die neuartige These des ZK zugrunde gelegen zu haben, wonach den Streikeintritt oder die Streikfortsetzung nicht mehr die Mehrheit der betreffenden Belegschaft (Organisierte und Unorganisierte) schlechthin, sondern nur noch die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder beschließen kann.

Demgegenüber stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unsere Einstellung als Kommunisten nur die sein kann, daß die Mehrheit der Gesamtbelegschaft bzw. kämpfenden Arbeiterschaft, ungeachtet des Abstimmungsverhältnisses nach Organisierten und Unorganisierten. über Streikeintritt und Fortsetzung entscheidet.

In der Erwerbslosenbewegung verharrt die Partei in einer ängstlichen Zurückhaltung, die sich z. B. bei dem zum 3. November dieses Jahres festgesetzten Reichsdemonstrationstag der Erwerbslosen wiederum darin äußerte, daß neben einer vereinzelten und offenen, eine viel gefährlichere Sabotage dieser Aktion durch den größten Teil des Parteiapparats einschließlich der Presse festzustellen war, Auch sonst hatte es den Anschein, als ob die Parteiführung die unter dem Druck der Mitgliedschaft seit einigen Wochen erzwungene aktivere Bearbeitung der Erwerbslosenbewegung wiederum versacken lassen will, anstatt im Hinblick auf die bevorstehenden Hungermonate und die Reichskonferenz der Erwerbslosen die Anstrengungen und Initiative zu verdoppeln.

In genau derselben Linie liegen folgende „Kampf"losungen der Partei.

Die Preisgabe des Achtstundentags-Prinzips für die Landarbeiter (siehe „Rote Fahne" vom 14. Februar 1926: „Das Gesicht dem Dorfe zu" und Rundschreiben des ZK und der BL Berlin-Brandenburg vom 24. April 1926 und „RF" vom 23. November 1926).

Die Aufforderung an die betriebstätige Arbeiterschaft zur Bildung von Preiskommissionen zum Kampfe um die Erhöhung der Akkordpreise (Klebestreifen und Parteipresse, November 1926, Siehe auch die Thesen der Oktober-Erwerbslosenkonferenzen).

„Die KPD ist gegen wilde Streiks" (siehe „Rote Fahne", Februar 1926). Herausgabe der **unmarxistischen**[*)] Losung: Die KPD ist **grundsätzlich** für die Unantastbarkeit des Privateigentums an Grund und Boden der Klein- und Mittelbauern (siehe Offenes Schreiben an den westfälischen Bauernverein, ZK-Rundschreiben im Juli 1926 und Reichstagsanträge).

Diese krassen Beispiele des Reformismus, Opportunismus und der Inaktivität, die in dem falschen politischen und taktischen Kurs der Partei ihre Wurzeln haben, könnten noch um zahlreiche andere beliebig ergänzt werden.

c) Innerparteilicher Kurs

Unter der jetzigen Parteiführung entwickelt sich ein innerparteilicher Kurs, der, wenn er nicht schleunigst geändert wird, zur direkten Gefahr für die Existenz der Partei wird.

Mit dem Kampfruf „Der Feind steht links" wird seit vielen Monaten das Feuer gegen alle linken Elemente konzentriert, die sich mit ihrer ganzen Überzeugungskraft gegen den sich immer mehr ausbreitenden Opportunismus in der Partei und gegen jede Neuauflage des Brandlerismus stemmen. Selbst überzeugt davon, daß man die durchaus linke Mitgliedschaft nicht durch sachlichen Kampf für den neuen Kurs gewinnen würde, griff das ZK zu den verwerflichsten Mitteln.

Die systematische Ausrottung linker Funktionäre und Zersetzung der Mitgliedschaft durch eine fraktionell durchgeführte Reorganisation, die bis zu dem grotesken Versuch der Einführung von zweierlei Stimmrecht (erster und zweiter Klasse) ging, war die verschärfte Fortsetzung des von der Fischer-Maslow-Zentrale begonnenen Maßregelungsfeldzugs gegen die damalige, sich gegen die Volksblocktheorie aufbäumende sogenannte ultralinke Opposition. Seitdem hagelt es mit Ausschlüssen und sonstigen mechanischen Maßnahmen des jetzigen ZK gegen die linke

[*)] Unmarxistisch besonders hervorgehoben, weil in einer anderen Veröffentlichung statt unmarxistisch: marxistisch gedruckt wurde.

Opposition. Erst dieser Tage wurden aus demselben Grunde wiederum durchweg ehrliche oppositionelle [760] Arbeiterelemente aus der Partei ausgeschlossen. Weitere Ausschlüsse und Maßregelungen sind im Gange und bereits angekündigt.

Die zum größten Teil unter Ignorierung und Bruch der Parteistatuten erfolgten Ausschlüsse sind in der letzten Zeit zu einer wahren Epidemie ausgeartet, wodurch die Einheit der Partei auf das höchste gefährdet wurde.

Dabei bedient sich das ZK der ebenso bequemen wie durchsichtigen Methode, den von den Ausgeschlossenen später beschrittenen Weg zur „Rechtfertigung" der willkürlich verhängten Ausschlüsse zu benutzen, um darüber hinaus eine Handhabe für die weiteren geplanten Ausschlusse zu schaffen.

Eine Atmosphäre der persönlichen Verhetzung und Gehässigkeit, erfüllt mit den niedrigsten Verdächtigungen und Verleumdungen, beherrscht bei der „Behandlung" der oppositionellen Ansichten seitens der meinten ZK-Referenten die betreffenden Parteiveranstaltungen.

Während in den meisten Bezirksorganisationen, in die bisher noch kein oppositionelles Wort dringen konnte, sich ein willfähriger Parteiapparat in beschimpfenden Reden und gehässigen Angriffen, in Resolutionen und seitenlangen Artikeln ergeht, wird in den wenigen Bezirken mit einer oppositionellen Mitgliedschaft mit den schlimmsten Schikanen und Maßnahmen gegen die Opposition gewütet.

Die Behandlung der letzten Erklärung der russischen Opposition durch das ZK. war besonders verwerflich.

Die russische Opposition unterzeichnete eine von ihr geforderte Erklärung, wonach sie sich gegen die fraktionelle Verbreitung ihrer oppositionellen Auffassung aussprechen mußte. Das ZK täuscht daraufhin der Mitgliedschaft in großen Schlagzeilen und Rundschreiben den ideologischen Bankrott der russischen Opposition vor, um die linke Opposition wie auch die Gesamtmitgliedschaft zu irritieren.

Ferner erinnern wir an das erst nach heftigem Druck der oppositionellen Mitgliedschaft gefallene monatelange Diskussionsverbot über die Auseinandersetzungen in unserer russischen Bruderpartei auf dem XIV. Parteitag der RKP Die darauf folgende, völlig einseitige Information und „Diskussion" infolge Vorenthaltung sämtlichen authentischer Oppositionsmaterials bis zum heutigen Tage, die Nichtzulassung von Korreferaten durch russische oppositionelle Genossen, wenigstens zu den wichtigsten und zentralen Delegiertenkonferenzen usw., ist eine Vergewaltigung der Parteidemokratie.

Gerade die mit dem ZK besonders eng verbundene BL des Bezirks Berlin-Brandenburg übertrifft mit ihren Bekämpfungsmethoden alles bisher Dagewesene. Zwei geradezu groteske Beispiele mögen aus der Fülle des vorliegenden Materials herausgegriffen, werden, um zu zeigen, mit welchen Mitteln gegen die Opposition gekämpft wird.

Anläßlich der Diskussion über die Sechste Erweiterte Exekutive verbietet die BL Berlin-Brandenburg den gewählten oppositionellen Pol-Leitern der einzelnen Verwaltungsbezirke die Teilnahme an den Zellenversammlungen ihres eigenen Verwaltungsbezirks.

Oder aus neuester Zeit: Die BL Berlin-Brandenburg verordnet in ihrem November. Arbeitsplan 1926, „daß die von der Partei betriebene Politische Linie keinen Raum für eine politische Opposition läßt".

Also selbst eine politische Opposition ist verboten.

Im Hinblick auf die der Partei bevorstehenden großen revolutionären Aufgaben müßte es die erste Pflicht der leitenden Parteiinstanzen sein, durch die Einstellung ihres unsachlichen Kampfes den Weg zur Gesundung der Partei freizumachen.

Die Weddinger Opposition ist der Meinung, daß es ausschließlich in dar Hand des ZK liegt, eine fraktionelle Zerklüftung der Partei zu verhindern, indem es die Ursachen derselben

schleunigst aus der Welt schafft. Dazu genügt es nicht, wie die Erfahrung seit dem Ekki-Brief besonders lehrte, in allgemeinen Redensarten von der Notwendigkeit der Parteidemokratie zu sprechen.

Vielmehr ist es notwendig, daß mit der praktischen Verwirklichung der Parteidemokratie wirklich ernst gemacht wird, indem das ZK mit konkreten Vorschlägen (Zusicherung der freien Meinungsäußerung in Organisation und Presse, Zurücknahme der mechanischen Maßnahmen und Ausschlüsse gegen ehrliche Oppositionsgenossen, Einstellung der personellen Hetze gegen die Opposition usw.) vor die Parteimitgliedschaft tritt und durch die so geschaffene Kontrollmöglichkeit deren Durchführung garantiert, Mit der Durchführung eines solchen innerparteilichen Kurses würden sämtliche Fraktionen ohne weiteres überflüssig,

Die Weddinger Opposition fordert in dieser besonders ernsten innerparteilichen Situation die sofortige und wirklich ehrliche Abkehr von dem verderblichen innerparteilichen Kurs des ZK und die Sicherung eines kameradschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Parteimehrheit und der linken Opposition.

Die Weddinger Opposition.

Berlin, den 20. November 1926.

[761]

Zu dem Protest von Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem und Schwan gegen ihren Ausschluß an die Erweiterte Exekutive

> Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem und Schwan haben gegen ihren Ausschluß aus der KPD an das Erweiterte Plenum des Ekki einen gemeinsamen politischen Protest eingereicht. In Heft 13 der „Kommunistischen Internationale“ ist vom Genossen Stalin „Eine Antwort an die Renegaten veröffentlicht. Sie ist für nie deutsche Partei als Abschluß eines der heftigsten innerparteilichen Kämpfe so bedeutsam, daß wir nachstehend den Schluß dieser Antwort wiedergeben.
>
> Die Redaktion.

Außerdem aber demonstrieren sie in ihrem „Protest“ noch eine weitere alte Eigenschaft: Prinzipienlosigkeit und Konfusionsgeist. Nur zwei Beispiele: erstens bezeichnen die fünf Ultralinken den bekannten „Offenen Brief“ des Ekki als Dokument, welches „seine Blöße mit Fetzen und Resten linker Redensarten verdecken will“ und „mit den wirklichen linken Stimmungen der Arbeiter spielt“. In einer Reihe anderer Punkte des „Protestes“ wird der „Offene Brief“ des Ekki als der Ausgangspunkt des liquidatorischen Umschwungs in der KPD betrachtet. Diese Erklärungen werden von derselben Ruth Fischer unterschrieben, die vor weniger als einem Jahre den „Offenen Brief“ des Ekki mit unterschrieben hat. Wie kann das anders als mit Prinzipienlosigkeit bezeichnet werden?

Zweitens haben wir bereits einzelne Fälle angeführt, in denen die ultralinken Führer von der relativen Stabilisierung sprechen und eine Reihe von Tatsachen aus der gegenwärtigen Arbeiterbewegung mit ihr in Verbindung bringen. Wenn aber im ersten Punkte des „Protestes“ die relative Stabilisierung den Ausgangspunkt aller Ausführungen der Ultralinken bildet, so lesen wir im sechsten, letzten Punkt des „Protestes“ von einer „scheinbaren Stabilisierung des Kapitalismus“. Kurz – auf einem Raum von fünf Seiten hat sie die reale Stabilisierung in eine scheinbare verwandelt.

Ein wundervoll logisches und konsequentes Denken!

Die ultralinken Führer fühlen und wissen, daß das Proletariat ihr Verhalten brandmarkt, sie als Renegaten und Agenten der Bourgeoisie bezeichnet. So versuchen nun Maslow und Ruth Fischer in ihrem „erneuten Einspruch“, diesen schmachvollen, aber wohlverdienten Namen abzuschütteln. Sie schreiben: „Mit Entrüstung weisen wir die elende Verleumdung zurück, wir seien ‚Renegaten‘ und ‚Agenten der Bourgeoisie‘. Obwohl ein jeder versteht, daß es sich hierbei lediglich um ein Fraktionsmanöver handelt, stellen wir fest: a) Renegaten nennt man solche Leute, die ihre Anschauungen wechseln und ihre früheren Anschauungen bespucken. Niemand wird uns dergleichen auch nur mit einer Spur von Vernunft zuschreiben können.“

Die Verfasser des „Protestes“ hoffen, durch solche energische Erklärungen die Welt überzeugen zu können, daß der Name „Renegaten“ auf sie nicht paßt. Ihr wollt wissen, warum ihr Renegaten seid? Ihr wollt wissen, worin ihr eure „Anschauungen gewechselt“ habt und eure „früheren Anschauungen bespuckt“? Die Antwort auf diese Frage ist sehr leicht. Mehrere Jahre hindurch wart ihr Mitglieder der KPD und der Komintern. Im Laufe dieser Jahre habt ihr im großen und ganzen ihre politische Linie durchgeführt, euch ihren Resolutionen angeschlossen und selbst einige ihrer Dokumente unter schrieben – so z. B. den „Offenen Brief des Ekki“. Heute aber schreibt [762] ihr, daß die Komintern „sich ewig an die Sozialdemokratie anbiedert“. Ihr verleumdet die Komintern, indem ihr ihre „Generallinie“ als „schwächliche Rückzugsstrategie“ bezeichnet. Ihr schleudert Blitze gegen den Brief des Ekki, den ihr selbst mit unterschrieben habt. Wie wagt ihr es danach, zu leugnen, daß ihr eure „Anschauungen wechselt“, eure ‚früheren Anschauungen bespuckt“, und daß die Bezeichnung „Renegaten“, in der von euch selbst gegebenen Definition dieses Begriffs, auf euch paßt? Doch nicht genug damit. Ihr seid auch deshalb Renegaten, weil ihr die parteispalterische Fraktionsarbeit, die darauf ausgeht, die Komintern zu zersetzen, rechtfertigen wollt, Ist denn die Erklärung: in der bolschewistischen Partei sind Fraktionen allerdings von Schaden, aber die KPD ist gar keine bolschewistische Partei, – ist eine solche Erklärung keine offene Rechtfertigung der Fraktionsarbeit? Ist denn eure Erklärung, daß „die linken Stimmungen und Strömungen in der Partei organisiert werden mußten und organisiert wurden“, kein Versuch, die antibolschewistische Fraktionsmacherei zu begründen? Weiter. Eure beiden Protesterklärungen enthalten genug der schärfsten Ausfälle gegen die KPD und die Komintern, aber kein einziges Wort der Verurteilung gegenüber Korsch, Schwarz und der übrigen konterrevolutionären „ultralinken“ Gesellschaft! Man hat euch beschuldigt, und man beschuldigt euch auch heute noch, daß ihr mit ihnen in ideologischer und organisatorischer Verbindung steht. Die Antwort, die ihr darauf gebt, ist – Schweigen. Dadurch gebt ihr selber die Richtigkeit dieser Beschuldigungen zu. Dadurch zeigt ihr der ganzen proletarischen Welt, daß ihr tatsächlich ein Glied der allgemeinen „ultralinken“ Renegatenkette seid, die mit Katz beginnt und mit Ruth Fischer u. Co. schließt. Nein, ihr lieben Herren, den Namen der „Renegaten“ werdet ihr nicht los werden.

In seinem „Protest“ erklärt das ultralinke Fünfergespann, sie hätten „nicht das Vertrauen, daß sie zur Darlegung ihrer Ansichten nach Moskau berufen werden“ ... Augenscheinlich spekulierten sie darauf, daß man sie ausgeschlossen hat und nicht wird anhören wollen, Statt dessen wurden sie, als Antwort auf ihren Protest, vom Präsidium der Erweiterten Exekutive zum Erscheinen vor dem Plenum aufgefordert. Das höchste Organ der Kommunistischen Weltbewegung gibt den ultralinken Führern die Möglichkeit, ihren Protest unmittelbar, persönlich zu begründen, Die Kritik ihrer Renegaten-„Anschauungen“ wird den Einfluß der Ultralinken auf jene deutschen Arbeiter, die ihnen noch immer einiges Gehör schenken, endgültig liquidieren können. Ob nun die Verfasser des „Protestes“ in Moskau erscheinen werden oder nicht – das 7. Erweiterte Plenum des Ekki wird in die Geschichte der Komintern als abschließende Etappe des siegreichen Kampfes des Leninismus gegen die ultralinken „Schreihälse“, gegen das ultralinke Renegatentum eingehen. [763]

RUNDSCHAU

Sowjetunion
Die wirtschaftliche Lage

Charakteristisch für die Wirtschaftslage der letzten Wochen, aber auch für die Perspektive des gesamten Wirtschaftsjahrs ist die durchaus günstige Entwicklung der Getreidebeschaffungskampagne. – Ihre bisherigen Ergebnisse können von dreifachem Gesichtspunkte aus betrachtet werden:

1. Quantität des beschafften Getreides: Im letzten statistisch voll erfaßten Monat – Oktober 1926 – betrug die Menge des von den Hauptbeschaffungsorganen angekauften Getreides 1.690.000 Tonnen gegenüber 1.530.000 Tonnen im September 1926 und 1.125.000 Tonnen im Oktober 1926[*)]. Es ergibt sich also eine Steigerung um 11 Prozent gegenüber dem Vormonat und eine

[*)] Diese und die nachfolgenden Zahlen sind zum größten Teil den Konjunktur-Aufstellungen der staatlichen Planwirtschaftskommission entnommen.

Steigerung um 50 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des vorigen Jahres. – Was die Zahlen für die Zeit vom 1. bis 20. November anbelangt, so ergeben sie mehr als das Doppelte der Zahlen für die gleiche Zeitspanne des vorigen Jahres. (1,19 Millionen Tonnen gegenüber 0,5 Millionen Tonnen.) Während der ganzen Zeit, von dem Beginn der Getreidebeschaffungskampagne (Juli) bis zum 20. November, beträgt die Menge des angekauften Getreides im Jahre 1926: 5,2 Millionen Tonnen gegenüber 4,1 Millionen im vorigen Jahre. Die im Verhältnis zum vorigen Jahre etwas langsamere Anfangsgeschwindigkeit der Getreidebeschaffung im Juli und August wurde also durch die Entwicklung im September, Oktober und November reichlich eingeholt.

2. Die Entwicklung der Beschaffungspreise zeigt im Gegensatz zur sprunghaften Preisentwicklung des vorigen Jahres im laufenden Jahre eine ziemliche Stabilität und bewegt sich bedeutend unter den vorjährigen Preisen. Nachstehend einige Vergleichszahlen zwischen den Beschaffungspreisen im September und Oktober in Kopeken pro Zentner:

		Weizen	Roggen
September	1925	800	531
Oktober	1925	726	470
September	1926	656	431
Oktober	1926	624	431

3. Der Anteil des Privatkapitals an der Getreidebeschaffung ist seit dem vorigen Jahre stark zurückgegangen. Er betrug

Sept. 1925	Okt. 1925	Sept. 1926	Okt. 1926
22,7%	21,4%	6,5%	2,8%

Dieser günstige Verlauf der Getreide-beschaffung hat eine überaus wichtige parteipolitische Bedeutung. Er ist ein handgreiflicher Beweis für die Haltlosigkeit der wirtschaftlichen Analyse der Opposition. die die vorjährigen Mißerfolge in der Getreidebeschaffung auf die wachsende wirtschaftliche Macht der Kulaken zurückführte, denen es – wie Genosse Kamenew sagte – gelungen sei, einen Strich durch die Pläne der Wirtschaftsorgane zu machen. Die Anhänger der Politik des ZK – und insbesondere Genosse Dzershinski in seiner letzten Rede – haben darauf hingewiesen, daß die Ursachen des verhältnismäßig ungünstigen Verlaufs der vorjährigen Getreidebeschaffungskampagne nicht in der Macht der Kulaken, sondern vor allem in der ‚:angelhaften Organisation der Beschaffungsorgane und den Mängeln der Wirtschaftspolitik und insbesondere den Mängeln der Politik des Handelskommissariats, an dessen Spitze damals gerade Genosse Kamenew gestanden hat, zu suchen sind. Das Aprilplenum des ZK hat auf Grund dieser Lehren die entsprechenden wirtschaftspolitischen (vor allem preispolitischen) und organisatorischen Maßnahmen getroffen, deren Richtigkeit durch das Ergebnis der bisherigen Getreidebeschaffungskampagne praktisch bewiesen wurde.

Was den Warenhunger anbelangt, so ist auch auf diesem Gebiet eine günstige Entwicklung eingetreten, wenn auch der Warenhunger noch nicht vollständig behoben ist. Berichte aus allen Teilen der Union weisen vor allem darauf hin, daß ein wichtiger Faktor, der im Frühjahr zur Verschärfung des Warenhungers geführt hat, heute jedenfalls fehlt. Damals hat ein großer Teil der Bevölkerung aus Angst vor einer Inflation sein gesamtes Geld in Waren „angelegt“, ob er sie nun brauchte oder nicht, Heute sieht jeder, daß die Gefahren, die durch die verhältnismäßig starke Preissteigerung, die ihren Höhepunkt im April und Mai erreichte, für die Stabilität der Währung hervorgerufen wurden, bereits überwunden sind. Der Kurs der Sowjetregierung auf die Herabsetzung der Kleinhandelspreise wirkt sich bereits – wenn auch noch in ungenügendem Maße – aus. Nichtsdestoweniger steht nach wie vor der Kampf um die Herabsetzung der Kleinhandelspreise im Mittelpunkt der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Aufgaben.

Die Elektrifizierung der Sowjetunion ist durch die Fertigstellung des großen Wasserkraftwerks „Wolchowstroj“ in der Nähe von Leningrad um einen großen Schritt vorwärts gekommen. Eine noch größere Rolle wird in der Industrialisierung der Sowjetunion der in Angriff genommene Bau eines Riesenkraftwerks an der Dnjepr in der [764] Ukraine spielen. Der Bau wird voraussichtlich fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Die November-Tagung des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees – Das neue Ehegesetz – Der Wolga-Don-Kanal – Kirgisische Sowjetrepublik

Die III. Tagung des vom XII. Rätekongreß der RSFSR. gewählten Zentral-Exekutiv-Komitees hat neben Erledigung wichtiger lautender Angelegenheiten einige Beschlüsse gefaßt, die für das gesamte wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben der Sowjetunion von größter Bedeutung sein werden. Hierher gehört vor allem die Annahme des neuen Gesetze über „Ehe, Familie und Vormundschaft". Der Annahme dieses Gesetzes ging eine heftige, alle Bevölkerungsschichten umfassende große Volksdiskussion voraus. Diese Diskussion wurde durch die vorletzte Tagung des ZEK eingeleitet, mit Rücksicht darauf, daß ein die Interessen der breitesten Massen so stark berührendes Gesetz nicht angenommen werden könne, ohne den Standpunkt der Massen selbst kennen zu lernen. Es fanden viele Tausende von Versammlungen in Stadt und Land statt, in denen zu den Fragen der gesetzlichen Regelung des Ehe- und Familienlebens Stellung genommen wurde. Mehr als 6000 Dorfversammlungen haben ihre Beschlüsse dem Volkskommissariat für Justizwesen bekanntgegeben. Die Zahl der tatsächlich stattgefundenen Versammlungen war natürlich noch viel größer. Auf Grund der Ergebnisse dieser Diskussion wurden dann entsprechende Korrekturen an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen. Diese Art der Annahme des Gesetzes bedeutet einen gewaltigen Schritt vorwärts zur wirklichen Sowjetdemokratie: zur aktiven Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung.

Die wesentliche Neuerung des Gesetzes gegenüber den gegenwärtig geltenden Rechtsverhältnissen besteht in der rechtlichen Anerkennung der sogenannten „faktischen" Ehe, d. h. einer Geschlechtsverbindung, die standes-amtlich nicht eingetragen ist. Nunmehr haben die in einer solchen unregistrierten Ehegemeinschaft lebenden Ehegatten die gleichen materiellen Pflichten einander gegenüber, wie die Teilnehmer an einer standesamtlich eingetragenen Ehe (Pflicht zur Unterstützung des notleidenden bzw. erwerbslosen Ehepartners während der Ehe und eine Zeitlang auch nach der Auflösung der Ehe; Gütergemeinschaft in bezug auf das während des Zusammenlebens durch einen oder durch beide Gatten erworbenen Eigentums usw.). Dies bedeutet unter den heutigen Verhältnissen, da die Frau trotz der vollständigen rechtlichen und politischen Gleichstellung noch der wirtschaftlich schwächere Teil der Ehe ist, einen Fortschritt in der Verteidigung der Interessen der Frauen. Und das ist der Hauptzweck des neuen Gesetzes. (Es muß bemerkt werden, daß diese Bestimmung über die Anerkennung der nichtregistrierten Ehe hinsichtlich der Pflichten der Eltern gegenüber ihren Kindern keine Neuerung enthält, da die Sowjetunion den Begriff des Unterschieds zwischen „ehelichem" und „unehelichem" Kind überhaupt nie gekannt hat.) Um Mißbräuche zu verhindern – auf deren Gefahr die Gegner der „faktischen Ehe" hingewiesen haben –, wurden die Hauptmerkmale der nicht eingetragenen aber rechtlich anerkannten Ehegemeinschaft im Gesetz angeführt. Diese sind; Zusammenleben, gemeinsame Wirtschaftsführung, Auftreten dritten Personen gegenüber als Ehepaar.

Von großer Wichtigkeit für das gesamte Wirtschaftsleben der Sowjetunion ist der Beschluß des ZEK, wonach der Plan des Baues eines Schiffahrtskanals zwischen den Flüssen Wolga und Don in allernächster Zeit zur Ausführung gelangen soll. Die Bedeutung dieses Kanals liegt darin, daß er einen unmittelbaren Wasserweg von der Ostsee zum Schwarzen Meer schaffen wird.

Das Prinzip des vollständigen Selbstbestimmungsrechts aller innerhalb der Sowjetunion lebenden Völker lag dem Beschluß des Zentralexekutivkomitee, zu Grunde, der auf Wunsch der kirgisischen Bevölkerung das von ihr bewohnte Gebiet der Union in eine autonome Kirgisische Sowjetrepublik verwandelt.

Der 7. Kongreß der Gewerkschaften

Der am 6. Dezember zusammentretende Reichsgewerkschaftskongreß wird sich mit jenen Aufgaben zu beschäftigen haben, vor die er durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Sowjetunion, durch das gewaltige zahlenmäßige Wachstum und durch die kulturelle Entwicklung der Gewerkschaftsmitglieder gestellt wird. Neben den Fragen der internationalen Gewerkschaftseinheit, den wirtschaftlichen Fragen, Fragen der Lohnpolitik, Bildungsfragen usw. werden gerade infolge der großen Steigerung der Mitgliederzahl die Aufgaben organisatorischen Charakters eine große Rolle spielen. Diese

organisatorischen Fragen lassen sich zusammenfassend als Fragen des Ausbaues der Gewerkschaftsdemokratie bezeichnen. (Erzielung einer größeren Aktivität der Gewerkschaftsmitgliedschaft, Ausbau der Rechenschaftslegung der gewählten Funktionäre vor ihren Wählern. Heranziehung der gesamten Mitgliedschaft zu der Lösung der gewerkschaftlichen Fragen und zum sozialistischen Aufbau, Ausbau und Verbesserung der Methoden bei der Heranbildung von Betriebsarbeitern zu verantwortlichen wirtschaftlichen und politischen Arbeiten usw. usw.)

Der britische Bergarbeiterführer Cook wird dem Kongreß einen Bericht über den Bergarbeiterstreik erstatten und den Dank der Bergarbeiter für die Unterstützungsaktion der Sowjetgewerkschaften übermitteln. In krassem Gegensatz zu diesem Solidaritätsakt steht die neuerliche Sabotage der Einheit durch den Generalrat, der es abgelehnt hat, Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden.

[765]

Die Arbeit der Gewerkschaften in dem privaten und Konzessionsbetrieben

Besondere Aufmerksamkeit wird der Kongreß diesmal den Fragen der Arbeit der Gewerkschaften in den privaten und Konzessionsbetrieben widmen. Der Gewerkschaftsrat hat bereits vor dem Kongreß ein Rundschreiben erlassen, worin er die wichtigsten Grundsätze der Arbeit in den Privatbetrieben vorzeichnet. Diese unterscheidet sich ihrem Charakter nach gewaltig von der Arbeit in den sozialistischen Betrieben des proletarischen Staates. Während es in den Staatsbetrieben Aufgabe der Gewerkschaften ist, die möglichst wirksame Verteidigung der Interessen der Arbeiter mit den Interessen der Produktion in Einklang zu bringen und an der Verbesserung und Erhöhung der Produktion, die in den sozialistischen Betrieben eng mit der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft verbunden ist, mitzuarbeiten, müssen die Gewerkschaften in den privaten Betrieben ihre Arbeit auf die Verteidigung der Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung der Unternehmer und auf die Erziehung der Arbeiter in klassenkämpferischem Geist gegenüber dem Unternehmertum konzentrieren. Die Sorge für die Entwicklung der Produktion, für etwaige Rationalisierung usw. ist einzig und allein Sache des Unternehmers; die Gewerkschaften haben damit nichts zu tun. Natürlich sollen die Gewerkschaften einer Rationalisierung der Privatbetriebe durch technische Verbesserungen auch keine Hindernisse in den Weg legen. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen – hebt das Rundschreiben hervor –, daß der Unternehmer keinen Keil zwischen die Arbeiterschaft treibt. Jeder Versuch einer Korrumpierung der Belegschaft oder eines Teiles derselben ist streng zurückzuweisen. Keine Gewinnbeteiligung, keine Sonderbelohnung einzelner Arbeiter! Wenn irgendeine Gruppe vom Unternehmer begünstigt wird, müssen die Gewerkschaften um die Ausdehnung dieser Vergünstigung auf die gesamte Belegschaft kämpfen.

Als besondere Aufgabe der Gewerkschaften in den Konzessionsbetrieben bezeichnet das Rundschreiben die Sorge für die Solidarität zwischen den von ihnen beschäftigten ausländischen und Sowjetarbeitern, für die Heranziehung der ausländischen Arbeiter zu den Gewerkschaften und zur aktiven Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit.

Auf die Würdigung der Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses werden wir in der nächsten Rundschau zurückkommen.

5.XII.1926. L. F. Winow.

LITERATUR

Sozialdemokratie und Paneuropa

Wl. Woytinsky: „Die Vereinigten Staaten von Europa“

Die Losung „Vereinigte Staaten Europas“, „Anglo-Europa“, „Paneuropa“ ist geeignet, Illusionen breiter Mittelschichten und auch von Arbeiter- und Bauernmassen bezüglich eines friedlichen und wiederaufblühenden Europas zu erwecken und zu nähren. Dadurch empfiehlt sie sich der kapitalistischen Klasse der Länder Europas als Deckmantel für verschiedene Tendenzen und Vorbereitungen, die teilweise einander durchkreuzen. Wir wollen sie summarisch andeuten: Die Losung „Paneuropa“ verhüllt die sich verschärfenden Gegensätze und wachsenden Kriegsrüstungen innerhalb

Europas vor den Augen der friedensbedürftigen Massen. Sie ist andererseits eine gute Sammellosung, um dann, wenn der Pazifismus die Massen Europas für die Interessen der Hochfinanz und Großindustrie mürber gemacht hat, gegen den „roten Imperialismus“ der Sowjetunion zu Felde zu ziehen. Sie ist ferner eine Spiegelfechterei der an die Vereinigten Staaten Amerikas verschuldeten europäischen Staaten, um so von Amerika Erleichterungen für Riesenzahlungen durchzusetzen. Sie ist aber keineswegs ein ernsthaftes Schrecknis für die amerikanischen Bankiers, die vielmehr mit ihr sympathisieren. da sie nur ein „befriedetes“ und entwaffnetes Europa dauernd schröpfen können. Sie ist eine Losung der kolonialbesitzenden Großmächte, um mindestens den Status quo, also den gegenwärtigen Kolonialbesitz, durch gegenseitiges Einvernehmen (Form der Völkerbunds-Mandate) festhalten zu können. Endlich widerspiegelt diese Losung in „idealistischer“ Form tatsächlich den sehr materialistischen Prozeß eines gewissen, keineswegs dauernden, Zusammengehens wichtiger. Gruppen von Kapitalisten in Europa. insbesondere deutscher und französische: (Europäisches Eisenkartell usw.).

Zu einem ernsten und für das Proletariat gefährlichen politischen Faktor wird die Paneuropa-Propaganda erst, wenn sie eine politische Partei, die auf Kleinbürger und Arbeiter großen Einfluß hat, aufnimmt: die S o z i a l d e m o k r a t i e. Tatsächlich ist die Sozialdemokratie wie berufen dazu, durch das Aufnehmen der Paneuropa-Parole den Vorbereitungen und Absichten der Bourgeoisie den Weg zu ebnen. Und sie macht sich auch schon ans Werk. In einer Reihe von Ländern stehen führende Sozialdemokraten an der Spitze der Coudenhoveschen Paneuropa-Komitees in Deutschland L ö b e). Innerhalb der Sozialdemokratie gibt es auch hier zwei Strömungen Die eine, welche die paneuropi-[766]ische Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie offen verficht; sie ist nicht so gefährlich, weil sie sich in der Praxis selbst entlarvt. Die andere, gewissermaßen austromarxistische Art (die österreichische Sozialdemokratie ist so klug, von der Coudenhoverei ein wenig Abstand zu halten), welche die Paneuropa-Bewegung einerseits aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen Europas, andererseits aus den Arbeiterinteressen ableiten will; diese ist viel geeigneter, breite Massen mit Illusionen zu erfüllen, und darum gefährlicher.

Bemerkenswert ist, daß die paneuropäische Bewegung in der Sozialdemokratie einsetzte im Gefolge der Kartellierungstendenzen der deutsch-französisch-belgischen K a p i t a l i s t e n. Auch darin offenbart sich wieder der Charakter der Sozialdemokratie.

In der letzten Zeit mehrt sich die sozialdemokratische Paneuropa-Literatur (siehe z B. die „Sozialistischen Monatshefte“ und „Die Gesellschaft“). Am bemerkenswertesten ist das Buch des Menschewisten Wl. W o y t i n s k y über „Die Vereinigten Staaten von Europa“[*]. Dieses Buch trägt einen halb-marxistischen Charakter zur Schau, indem es, ausgehend von den ökonomischen Tatsachen der Vor- und Nachkriegszeit, den ö k o n o m i s c h e n Zweck und Inhalt der Vereinigten Staaten von Europa aufzeigen will.

Aber schon in der Einleitung des Buches zeigt sich des Pudels Kern. Der Verfasser sagt, es bestünde

„die Pflicht, die Ursachen selbst zu beseitigen, die den Weltkrieg herbeigeführt haben und dc uns mit neuen Kriegen fortwährend bedrohen“. (S. 6.)

Aber welches sind diese Ursachen? Der Verfasser sagt nicht die durch die Epoche des Imperialismus und des verschärften Klassenkampfs gegebenen Ursachen. Er weiß nichts von der erbitterten Fortdauer des Kampfes der Imperialisten um Neuaufteilung der Absatz- und Rohstoffgebiete. Daher werden die Ursachen des Krieges nicht durch Erkämpfung und Aufrichtung der proletarischen Macht beseitigt, der europäische Friede nicht garantiert durch die Vereinigung der sozialistischen Staaten Europas, sondern durch die ökonomische Vereinigung der „Völker“, der „Menschen“, wie der so klassenbewußte Sozialist sagt, natürlich auf der Grundlage der b e s t e h e n d e n kapitalistischen Ordnung. Denn die Kapitalisten brauchen die Einigung Europas. (S. 6 f, S. 180 f.)

Dieses „pazifistische“ Programm will Woytinsky – und dies ist das Gefährlichste daran – durch seine rein wirtschaftlichen Zwecke und Vorteile als verwirklichbar darstellen. V o r a u s s e t z u n g dieses Programms ist, daß man den Charakter der gegebenen Epoche als der Epoche der sozialen Revolution

[*] J. H. W. Dietz Nachf., 1926. 186 Seiten.

leugnet. Tendenz ist es, wie sich zeigen wird, daß man einem paneuropäischen Imperialismus den Weg ebnen will.

Das Buch Woytinskys will durch seine zahlreichen Tabellen, die mit dankenswertem Fleiß zusammengestellt, aber nur zum Teil richtig ausgewertet sind, bestechend wirken.

Im ersten Teil, der uns hier nicht interessiert, wird die aufsteigende Kurve des europäischen Kapitalismus vor dem Kriege dargestellt.

Im zweiten Teil werden das „Nachkriegschaos" und die „Stabilisierung" dargestellt. Woytinsky erklärt, daß die andauernde Krise keine Krise des Kapitalismus, also nicht katastrophal und unmittelbar revolutionär ist, sondern nur eine kapitalistische Krise besonderen Charakters, der durch ein Heilverfahren besonderer Art – die Vereinigung Europas – abzuhelfen ist, Aber bei der konkreten Darstellung dieser Nachkriegskrise gerät er selbst in Widerspruch mit seiner allgemeinen zuversichtlichen Behauptung. Denn er zeigt an Hand der Tabellen auf, daß sich in der Landwirtschaft „nicht nur eine absolute und relative Verschlechterung der Stellung Europas in der Weltwirtschaft" ergibt (S. 47), sondern auch daß „ihre Abhängigkeit von Übersee im Punkte der Getreidebelieferung um 77 Prozent gestiegen" ist (S. 48). Was die Industrie betrifft, so ist ein wachsender Widerspruch zwischen den weiter gewachsenen Produktivkräften einerseits und der Produktion andererseits eingetreten. „In den Hauptindustriezweigen (Kohle, Eisen, Baumwolle, Wolle) – ein Verfall oder doch ein Stillstand." (S. 51.) Was den internationalen, vor allem den europäischen Handel betrifft, so ist festzustellen „die tiefgehende Zerrüttung des Weltmarkts" (5. 68), die Umsätze der europäischen Länder fielen um 35 Prozent (S. 71), obgleich die politische Zersplitterung Europas durch den Krieg eingetreten ist, also eine Vervielfachung der Umsätze gegeben sein müßte. Europa ist entthront.

Alle diese Tatsachen stellt Woytinsky selbst dar. Er glaubt aber, daß man dieser Krise des Kapitalismus begegnen könne, wenn Europa seine Kolonialbesitzungen aufrecht erhält und fruktifiziert und wenn es die neuen Elemente in der Weltwirtschaft („Weiße Kohle", Naphtha) gut ausbaut. Europa müsse seine Stellung in der Weltwirtschaft wieder erobern.

Im dritten Teil seines Buches analysiert Woytinsky die „Suche nach einem Ausweg". Er muß zugeben, daß die Herabsetzung der Produktionskosten auf Kosten der Arbeiter, wodurch der europäische Absatzmarkt, also auch die Produktion, noch mehr eingeschränkt wird, kein Ausweg ist, da die europäischen Länder Hauptabsatzmarkt für die Produktion Europas waren und sind. (S. 104 ff.) Es müßte vielmehr die Kaufkraft der Bevölkerung gesteigert werden, die Reallöhne dauernd erhöht werden. (S. 116.) Wie die europäischen Kapitalisten sich dazu stellen – die Antwort darauf bleibt der Autor schuldig. Er erweckt einfach als geübter Menschewik angenehme Erwartungen in die „Einsicht" der Bourgeoisie. Er zeigt ferner, daß weder die Ausnützung der Krise des britischen Imperiums durch Kontinentaleuropa, noch eine radikale Produktionsumstellung, noch das bestehende Hochschutzzollsystem Auswege aus der Sackgasse sind.

[767] Alle ökonomischen Gründe konzentrieren sich also nach Woytinsky auf einen Ausweg, den Amerika – das sich weder durch besondere natürliche Reichtümer, noch durch die Qualität und Dichtigkeit seiner werktätigen Bevölkerung auszeichne – gezeigt habe: den der wirtschaftlichen Vereinigung und Organisation.

In seinem vierten Teil stellt der Autor dar, wie diese „Vereinigung Europas" gemeint ist. In sehr detaillierten Erörterungen über die „Zollunion" wird gezeigt: Die Finanzzölle sollen – nicht aufgehoben, sondern für die ganze Union einheitlich eingehoben und dann quotenmäßig aufgeteilt werden (es sind ja „nur" Konsumsteuern!; die eigentlichen Schutzzölle sollen „abgerüstet", allmählich abgeschafft werden. In eine solche Vereinigung müsse aber (im Gegensatz zu Coudenhove-Kalergi!) Großbritannien einbezogen werden. Denn die Vereinigung Europas hat zum Zweck die Aufrechterhaltung und Fruktifizierung des Kolonialbesitzes, wobei Großbritannien unentbehrlich ist. (S. 157/158, S. 162(163.) Aber auch Rußland muß einbezogen werden? Denn es ist für die europäische Industrie der wichtigste Absatzmarkt. Was ist aber zur Durchführung einer Exploitation Rußlands notwendig? Daß das

Außenhandelsmonopol Rußlands fällt. (S. 164 ff.) Das alles sagt Woytinsky recht offen. Also: Ausbeutung der Kolonien, Ausbeutung Rußlands – das agrarisiert werden soll wie Polen und die Randstaaten – durch das vereinigte europäische Kapital; dieses müßte zu solchem Zwecke eine „sanfte“ Intervention gegen die Sowjetunion unternehmen.

Dieses Vereinigte Imperialistische Europa, meint Woytinsky, liege gewiß im Interesse der Kapitalisten selbst. Doch die widerspruchsvollen Triebkräfte des Imperialismus selbst, vor allem aber die Klasseninteressen und -kräfte des Proletariats werden einen dicken Strich durch diese falsche Rechnung machen. P. Lang.

Das erwachende China

Von Wittfogel

Die bisher über die soziale Lage und über die Politik in China von Europäern geschriebenen Bücher geben nie einen tatsächlichen Überblick. Sie betrachten China entweder als ein barbarisches oder halbbarbarisches Land oder sie fallen in das andere Extrem, sie schildern es als wohlorganisiertes Land, in dem alles wie am Schnürchen geht, als Paradies. Die Verfasser der ersteren Art schreiben ihr Buch aus imperialistischer Tendenz heraus, um die „zivilisierten“ Völker zu ermutigen, in das „unkultivierte“ China vorzudringen und es, wenn möglich, unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe bis aufs Blut auszusaugen. Die andere Art betrachte ich als romantische Idealisten, die aus ihrem Interesse für ein fremdes Land heraus ihrer Phantasie die Zügel schießen lassen. Beide Arten von „Chinakennern“ haben nie das wirkliche Wesen Chinas erfaßt.

Zum ersten Male in europäischer Sprache, zum mindesten aber in deutscher, zeigt das vom Genossen Wittfogel geschriebene Buch die Tatsachen und Vorgänge in China auf, die andere Chinaforscher geflissentlich übersehen haben. Es beschäftigt sich mit den historischen sowohl als mit den neuesten Ereignissen, zieht die wirtschaftliche und soziale Seite und die innerpolitischen und außenpolitischen Angelegenheiten in Betracht. Besonderes Augenmerk wendet Genosse Wittfogel auf die Vorstöße der Imperialisten in China, auf die Ausnutzung der Militärmacht für ihre Zwecke und auf die neuere revolutionäre Befreiungsbewegung. Jedenfalls kann man beim Lesen des Büchleins einen Überblick über die Verhältnisse und Ereignisse in China bekommen. Bemerkenswert und für die Arbeiterschaft sicherlich von Interesse ist es, was über das Verhalten der II. und Amsterdamer Internationale gegenüber dem chinesischen Freiheitskampf gesagt wird. Als Sun-Yat-Sen seinerzeit ein Protesttelegramm an die MacDonald-Regierung wegen der englischen Intervention in Kanton schickte, hielt es der Sozialdemokrat MacDonald, das Mitglied der II. Internationale, nicht für nötig, zu antworten, und als die IAH im vergangenen Jahre an die Amsterdamer Internationale herantrat, sich an der Hilfsaktion für die chinesischen Freiheitskämpfer zu beteiligen, leitete jene eine schamlose Sabotageaktion ein. Ich möchte an dieser Stelle noch hinzufügen, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, in seinen China-berichten entweder die Chinesen als schmutzige eklige Tiere hinstellt, oder daß er die Hinrichtung eines zum Befreiungskampf übergegangenen Generals bejubelt, wie am Ende vergangenen Jahres, als er die Hinrichtung Kuo-Sung-Lins durch den reaktionären Militärmachthaber unseres Landes mit Riesenlettern an erster Stelle des Blattes anzeigte, oder daß er, wie in allerletzter Zeit, über die Interventionen der Imperialisten und über die Gegenaktion der Freiheitskämpfer nicht ein Sterbenswörtchen berichtet.

Jetzt, wo die revolutionäre Bewegung im China äußerst akut ist und die unverschämten Interventionen der Imperialisten in der ganzen Welt Aufsehen erregen, möchte ich diesem Buch besonders den Funktionären der Arbeiterschaft empfehlen, die ganz gut notwendiges Propagandamaterial zum Protest [768] die Interventionen und zur Hilfsaktion für die Befreiungskämpfer in China herausholen können.

Selbstverständlich zeigt das Buch des Genossen Wittfogel auch eine Reihe von Fehlern auf. Z. B. vermisse ich eine Darstellung über die verschiedenen Parteien Chinas, die doch eine große Rolle im Lande spielen, wie die Vereinigung der alten Verkehrswege, die der neuen Verkehrswege, die Vereinigung zum Studium der Verfassung, die Gesellschaft zum Studium der Politik usw. usw. Auch über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Chinas, die seit den letzten fünf Jahren die tatsächliche

Führung der revolutionären Bewegung in der Hand hat, ist nichts zu lesen. Genosse Wittfogel erwähnt nur die Militärcliquen und die Kuo-Min-Tang. Über die Ereignisse am 23. Juni 1925 in Kanton und den daraufhin ausgebrochenen Streik und Boykott gegen England, der noch heute nicht beendet ist, wird kein Wort gesagt. Die revolutionäre Bauernbewegung in früherer und jetziger Zeit, der doch gerade in China eine besondere Stellung beizumessen ist, kommt ziemlich schlecht weg. Die Gründe für diese Fehler glaube ich aus der Tatsache herauszufinden, daß Genosse Wittfogel sein Material ausschließlich aus Quellen europäischer Chinaforscher und Zeitungen und aus einzelnen Doktorarbeiten chinesischer Studenten geschöpft und keine Gelegenheit gehabt hat, eigene chinesische Quellen zu benutzen. Es gibt wohl kaum einen Chinaforscher, der in tatsächliche Verbindung mit der chinesischen Arbeiter- und Bauernschaft gekommen ist. Sie haben vielleicht einmal China. durchreist und einiges gesehen, den chinesischen Kaiser, einige Mandarinen oder Gouverneure besucht, bezeichnen sich als Chinakenner und schreiben ein dickes Buch. T a n g-S h i n-S h e.

*

Druckfehlerberichtigung[*]

In dem Artikel „Die Arbeiterkammern in Österreich 1921-1926“ (Literatur-Rundschau) in Heft 21 muß es auf der letzten Seite (672) in der 11. Zeile der zweiten Spalte nicht „vorliegenden Reichswirtschaftsrats“, sondern „v o r l ä u f i g e n Reichswirtschaftsrats“ heißen. – Der Verfasser des an sechster Stelle der Bibliographie in Nr. 23 aufgeführten Buches „Die Erbschaft des Liberalismus“ heißt nicht „Carhill“, sondern „Carthill“.

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. Den zweiten Verweis habe ich nicht gefunden. *KWF*

Autoren-Register

Algo 154
Anders, R. 541
Ausländer, Fritz 79, 379, 508
Archivar 583, 639
Beer, M. 94, 329
Böttcher, Paul 220, 437, 613, 685
Bucharin, N. 225
Burg, Fritz 201, 364
Bürger, Robert 499
Brechenmacher 146, 701
Becker 458
Dengel, Philipp 324, 421
Duncker, Hermann 84, 213
E. S. 536
Eildermann, H. 219
Eisenmann, W 354
Enderle, August 90, 187, 313, 374, 468
Erkner, S. 55
Ernst 443
Ertlinger, Karl 629
Ewert, A. 97, 321, 336, 385, 577
Farwig, H. 15, 190, 572
Fogarasi, Adalbert 127
Fried, Adalbert 414, 554, 703
Friedrich, A. 49, 165, 350, 396, 605, 639
Frölich, Paul 1, 65, 92, 125
Georg 119, 148, 282, 375
Gerhart 161, 196, 550
Halle, Felix 136, 252, 377, 666
Heckert, Fritz 531
Hirsch, Werner 519, 560, 595
Hoernle, E. 234, 632
Jaroslawski, L 513, 710
Köhler, Max 251, 566
Koenen, Wilhelm 110, 301
Korsch, Karl 27
Kun, Bela 481
Kunik, E. 86, 117, 185, 245, 310, 371, 440, 676
Kurella, A. 580
Lang, P. 315, 661, 699, 765
Lenin, N. 36, 449
Lenz 207, 306, 542
Lominadse, Moskau 40, 68 102
Löwen, H. 383, 735
Lucifer 645
Ludwig, E. 493
Lukácz, Georg 185
Luther, Leo 620
Luxemburg, Rosa 4
M. L. 89, 150, 283, 535, 669
Maslowski, Peter 452, 654, 692
Meister, Fred 714
Moritz, Martha 223
N. 124
Neubauer, Th. 401, 650
Neumann, Heinz 505
Oehring, R. 473
O., O. 589
P., 1 737
Pawlowsky, E. 10
Poisson, Pierre 487
R. 128
Richard, D. 389
Richter, W. 538
Reimann, Günther 719, 756
Rosenberg, A. 503, 599, 729
Rubiner, Frieda 120, 217, 285
Rück, Fritz 33, 152, 249, 261, 373, 506
R–n. 62
S., A. 562
S., D. 155
S., K. 254, 446, 475, 509
Schmidt, Karl 114,193, 227, 264, 289, 417
Schneller, Ernst 181
Schreiber, D. 425
Seyring, Maria 177, 276
Sinowjew, G. 257
Stalin, J. 294
Stetter, O. 411
lang Shin She 767
Varga, E. 431
W., F. 673
W., K. 142, 287, 318
Walter 240, 408
Wegner 217
Wegner, F. 469
Winow, L. F. 526, 763
Wittfogel, K. A. 171, 380, 479
Wurm, Ch. 23, 121, 246, 570